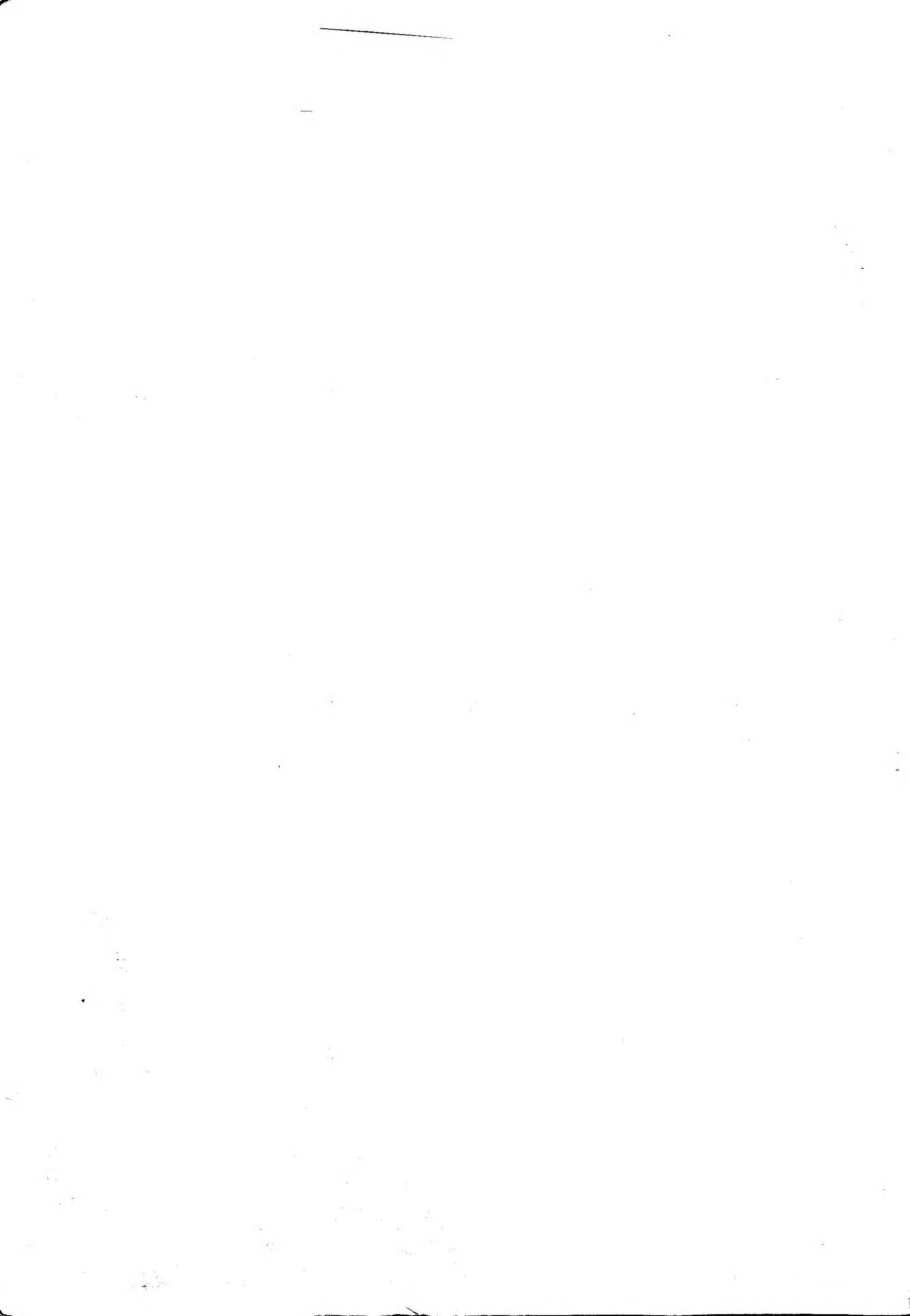
JUAN MALER

Gegen Gott und die Natur

BEITRÄGE ZU EINER ANALYSE UNSERER HISTORISCH-POLITISCHEN SITUATION





JUAN MALER

GEGEN GOTT UND DIE NATUR

Beitrage zu einer Analyse unserer historisch - politischen Situation

Buenos Aires 1971

QUEDA HECHO EL DEPOSITO QUE MARCA LA LEY 11.723

IMPRESO EN LA ARGENTINA - PRINTED IN ARGENTINA

DISEÑO DE LA TAPA: GUSTAVO E. HEPPNER

REPRODUCCION E IMPRESION: FOTOMECANICA ESTRADA S. R. L.
Y ESTABLECIMIENTO GRAFICO TYPOSET S. R. L.

BUENOS AIRES, REPUBLICA ARGENTINA

15 DE JUNIO DE 1971

INHALTSVERZEICHNIS

Ein fremder Wille überströmt die Gassen.
Euch ruft die Zeit, des Erbes Kraft zu fassen...
Wuchs lebt im Mut der Tat und der Gedanken.
Das Volk besteht – ob auch die Fahnen sanken.

E.G. Kolbenheyer
(1959)



Dürer: Ritter, Tod und Teufel.

EINFUEHRUNG

"Die Grosse Rebellion gegen Gott und die Natur" hiess der Gegenstand unserer Darstellung, die wir unter dem Titel "Die Grosse Rebellion" vor genau zwei Jahren im ersten Teil vorlegten und die wir mit dem heutigen Band abschliessen.

Der äussere Aufbau ist der gleiche geblieben. Wieder geht der Weg von Land zu Land durch die Kontinente. Dabei darf dem Leser erneut dringend empfohlen werden, diese Reise in ihrem vorliegenden Ablauf vorzunehmen, da er nur so an der Gestaltung des Gesamtbildes teilhat, und ihm andernfalls Zusammenhänge entgehen müssen. Wieder haben wir die Anmerkungen laufend durch das ganze Buch nummeriert und jeweils dem betreffenden Kapitel gleich angefügt.

Es gibt heute gerade unter den Deutschen Viele, die ihre Augen verschliessen gegen die Unruhe unserer Tage. Sie stecken den Kopf in den Sand, anstatt die Nase gerade in solchen Zeiten in den Wind zu halten und auszuspähen, was kommt. Denn auch dann, wenn man keinen persönlichen Ehrgeiz oder Verantwortung für sein Volk fühlt, man ist in jedem Falle dabei. Und man kann sich durch ein wenig Umsicht so stellen, dass man nicht gerade in dem tiefsten Sumpf zu stehen kommt. Das aber ist nur möglich, wenn man sich unerschrokken umsieht und wenn man den Weg betrachtet, den die Dinge durchwandert haben.

Manches von diesem haben wir bereits in dem vorigen Band aufgezeigt. In dem jetzt vorliegenden versuchen wir, etwas tiefer in die Zusammenhänge einzudringen. Der Leser wird dabei bemerken, dass an einigen Stellen Fehlendes nachgeholt wird, an anderen nur das Wenige zu berichten ist, das die beiden letzten Jahre mit sich brachten. In jedem Falle aber ist die Kenntnis des ersten Buches weitgehend nützlich, um die Zusammenhänge besser zu verstehen. Denn nirgends wiederholen wir uns, auch dort nicht, wo wir auf das gleiche Thema zu sprechen kommen. An einigen Stellen waren dabei Korrekturen notwendig. Wir haben sie der besseren Uebersicht halber noch einmal kurz am Ende dieses Buches zusammengefasst. Dort, wo wir es für richtig hielten, haben wir im folgenden ausdrücklich kurz mit dem Buchstaben R und entsprechender Seitenzahl auf die vorhergehenden Ausführungen im 1. Band hingewiesen. Im übrigen dürften die beiden Register helfen.

Ich bin der festen Ueberzeugung, dass mit 1945 die grossen Ideen Europas nicht besiegt wurden, schon gar nicht etwa deswegen, weil sie hier und dort in einem unsauberen und hässlichen Gefäss präsentiert wurden. Ich bin vielmehr der Meinung, dass diese Ideen sich angesichts des völligen Versagens der Sieger auf allen Gebieten als hellstes Licht für die Zukunft unserer Völker zeigen. Ich habe im Hinblick auf die traurigen und unruhigen Verhältnisse, in welchen wir durch Verschulden der Sieger von 1945 leben, es für mein Recht gehalten, dieses im folgenden im einzelnen festzustellen.

Es kam mir darauf an, das wiederzugeben, was eigentlich unsere Zeit bewegt. So dringen wir diesmal ein wenig tiefer in die Geheimnisse ein,

die hinter der Fassade der normalen Berichterstattung lauern. Bemühen wir uns also, den Dunkelmännern in die Bücher zu sehen, so haben wir dabei doch niemals den festen Boden der Tatsachen verlassen, denn Spekulationen schienen uns nicht am Platze in unserer harten Wirklichkeit. Wir glauben nach dem unerwartet starken Echo des 1. Buches zu wissen, dass man überall auf der Welt von der Hilfe, die solche Information bringt, Gebrauch machen wird. Um so mehr, da unsere Arbeit in einen Aufmarsch hineinstiess, von dessen Ausmass wir uns bei Beginn der Arbeit noch gar keine Vorstellung gemacht hatten.

Der Mitarbeiterkreis ist mit diesem 2. Band grösser geworden. In erster Linie muss ich hier meinem Freunde André v. Harting, dem Sohn des letzten Chefs des zaristischen militärischen Geheimdienstes, General Arkadi v. Harting, meinen Dank aussprechen. Als wohl bedeutendster lebender Kenner der philosophisch-geschichtlichen Grundlagen der Freimaurerei stellte er mir einmaliges Material zur Verfügung. Sodann danke ich den Schriftleitern und Privatgelehrten, die mir bisher unveröffentlichte Manuskripte zur Verwertung zusandten. Ich bin des weiteren allen jenen Herren in den grossen Bibliotheken Englands, Frankreichs, Spaniens und Portugals zu Dank verpflichtet für die Hilfe bei der Auffindung seltener Werke, sowie jenen nordamerikanischen Senatoren, Universitätsprofessoren, Aerzten und Juristen, die mir ganze Pakete dokumentarischen Materials zukommen liessen. Ich statte hier insbesondere auch dem Generalsekretär der Welt-Moslem-Liga, Herrn Inamullah Khan, für seine unermüdliche und weitreichende Unterstützung meinen innigsten Dank ab. Ich danke den christlichen und buddhistischen Ordensgeistlichen, die mir bereitwillig und ausführlich wertvolle Auskünfte gaben, und ich erwähne nicht zuletzt in diesem Zusammenhang jene Hunderte von Personen, die mir zur Ergänzung von Aussagen des 1. Buches Unterlagen und Tatsachenmaterial aus ihrer jeweiligen Heimat von überall her zusandten und damit dazu beitrugen, unsere Darstellung abzurunden.

Ich habe mich bemüht, alle dabei sichtbar werdenden Probleme zur Sprache zu bringen. Vieles konnte jedoch nur angedeutet werden und lässt daher Spielraum für weitere Untersuchungen.

Ich bin dem Schicksal dankbar, das mich so mit vielen neuen Freunden zusätzlich zu den schon seit Jahrzehnten bestehenden Verbindungen in persönlichen Kontakt brachte und dass so dem Buch eine breite menschliche Grundlage gegeben werden konnte. Tausende von oft umfangreichen, immer aber warmherzigen Leserzuschriften zu meinem ersten Buch machten so den anfänglichen Monolog inzwischen längst zu einem weltweiten Kolloquium. Ich möchte hier von mir aus feststellen, dass ich auch über den Abschluss dieses Buches hinaus ein solches Gespräch gerne fortsetze und weitere ebenso gerne anknüpfe.

Eine einzige Bitte möchte ich allerdings noch aussprechen: dass dieses Buch in jedem hinausgehenden Exemplar auch in der einen oder anderen Form Jugendlichen zugänglich gemacht werde, mögen sie ihren parteipolitischen Standpunkt hier oder dort meinen gefunden zu haben, sodass die Aufforderung, die in dem einleitenden Wort Kolbenheyers liegt, Tatsache werde.

Bariloche (Argentinien), im Januar 1971

JUAN MALER

I. NORDAMERIKA

DIE VEREINIGTEN STAATEN VON AMERIKA

sind ein Kind der Freimaurerei. Hätte es keine Freimaurerei gegeben, wären die Vereinigten Staaten von Amerika niemals in dieser Form ins Leben gerufen worden. Das wird heute im allgemeinen gerne vergessen, denn niemand, und schon gar nicht nach Freiheit Dürstende, lassen sich gerne sagen, dass sie nur Marionetten einer relativ kleinen Clique waren. Schon rein äusserlich hatte die Freimaurerei ihre Hand vom ersten Augenblick an im Spiel: "Am Donnerstag, den 16. Dezember 1773 vereinigte sich die Loge "San Andres" in der Taverne "Zum Grünen Drachen" in Boston, konnte jedoch keine Sitzung vornehmen, wie die betreffende Tagesordnung besagt. Während sie also tagten und der benachbarte politische Klub ebenfalls versammelt war, stürzte lärmend eine Gruppe von buntscheckig verkleideten Rothäuten, die niemand vorher ins Lokal hatte kommen sehen, heraus und stürmte zu den Anlegebrücken. Dort schifften sie sich in verschiedenen Schaluppen ein und griffen die drei englischen Schiffe im Hafen an, die sie systematisch und vollständig ausraubten. Sie warfen die Ladung von 342 Kisten mit Tee ins Meer, ohne dass die Seeleute sich dagegen wenden konnten, und ohne dass die englischen Truppen Zeit gefunden hätten, zu intervenieren. Hinterher kehrten sie zu ihren Booten zurück und landeten an der Mole, von wo man sah, wie sie zur Taverne zurückkehrten. Es mussten indianische Zauberer gewesen sein, denn niemand sah sie später wieder aus der Kneipe herauskommen, so dass die englische Polizei sie auch niemals festnehmen und bestrafen konnte. Lediglich die Mitglieder der Loge San Andres konnte man hinausgehen sehen, die nämlich, die sich versammelt hatte und doch keine Sitzung abhalten konnte, wie ihre Akten besagen ... Der Tag des Tees, der erste grosse Revolutionstag Amerikas, ist ein Tag der Freimaurerei. Die nordamerikanische Freimaurerei kann die Ehre nicht von sich weisen, die Lunte ans Pulverfass gelegt zu haben."(Fay, S. 240)

Bis 1760 war es der Freimaurerei gelungen, ein Netz von Logen bis hin in den letzten Winkel Nordamerikas zu spannen, sodass überall in gleicher Form Brüderlichkeit und Einigkeit gepredigt wurde. Die von Franklin in Philadelphia gegründete Amerikanische Philosophische Gesellschaft diente als

Sprachrohr für Dinge, die die Freimaurerei nicht selbst zeichnen wollte. "Zeitung, Taverne und Loge "lancierten" so die nordamerikanische revolutionäre Bewegung."(Fay, S. 237) Zentrum der revolutionären Bewegung war die Loge San Andres, geleitet von dem grossen Chirurgen Joseph Warren, einem intimen Freund Franklins. Wir sahen bereits, wie sie ihre Pflicht verstand. In laufend stattfindenden kontinentalen Kongressen bereitete man die berühmte Unabhängigkeitserklärung vor. Ihre Ausgestaltung wurde zu einem Prachtbeispiel freimaurerischer Möglichkeiten der völligen Verdrehung des eigentlichen Volkswillens, wie es dann fürderhin oft noch in der amerikanischen Geschichte sich ereignete. Denn man war ja eigentlich nur im Streit mit dem Parlament. Man weigerte sich, dem Parlament zu gehorchen, und stellte sich unter den Schutz des englischen Königs, den man sehr ausdrücklich als Oberhaupt anerkannte. Jenes Parlament wurde also vom Volke abgelehnt, welches die Freimaurerei auf der ganzen Welt als letztes Wort in politischer Weisheit pries und als Ziel allen Fortschritts ansah. Trotzdem klagte dann die Unabhängigkeitserklärung nicht das Parlament sondern den König an. "Als gute Freimaurer, die sich dem Parlamentarismus geweiht hatten, setzten sie ein Manifest auf, das nicht der politischen Wirklichkeit, dafür aber ihren Ideen entsprach, den Sehnsüchten und Hoffnungen der Philosophen und Freimaurer, die sie in ihrem politischen Kampf benötigten."(Fay, S. 241)

Dass dann diesen Ideen auch ein Heer zur Verfügung stand, dafür sorgte Bruder Washington. "Das nordamerikanische Heer war mehr ein Heer Washingtons als ein solches des Kongresses."(Fay S. 242) Er schuf zahlreiche militärische Logen und aktivierte, unterstützt von Franklin, deren Tätigkeit. Doch am Anfang seiner Laufbahn steht ein schwarzer Tag. Pierre Gaxotte, Mitglied der Académie Française, berichtet in seinem grundlegenden Geschichtswerk "Das Jahrhundert Ludwigs XV. "(*1) wörtlich: "Washington verdiente sich sein Brot als Zimmermann, als ihn der Tod eines Halbbruders reich gemacht hatte. Er stürzte sich in die Freimaurerei. Im Vorjahre als Abgesandter zum Kommandanten des (französischen) Forts Le Boeuf geschickt, um diesen aufzufordern, das Land zu verlassen, war er sehr höflich empfangen worden und hatte das Vertrauen des Offiziers dazu missbraucht, "um alle Masse des Forts aufzunehmen und alle möglichen Beobachtungen zu machen". Diesmal kam er nicht als Diplomat und Spion, sondern als Soldat. In einem Gehölz überraschte er den Zug des Hauptmanns De Jumonville, der sich sofort als Parlamentär zu erkennen gab. Während Jumonville seine besondere Funktion herausschrie und einen ihn als solchen akkreditierenden Brief schwenkte, liess Washington auf ihn schiessen. Jumonville fiel und seine 30 Gefährten wurden fast alle verwundet oder gefangen genommen. Man hat nicht gezögert, zugunsten Washingtons die verschiedensten Gründe anzuführen. Keiner ist gut. Der Amerikaner war im Fort Le Boeuf in einer Weise empfangen worden, die sein Verhalten hätte bestimmen müssen. Wenn er sich späterhin als ein besserer Mensch erwies, so kann man doch nicht leugnen, dass er sich bei dieser Gelegenheit wie ein Mörder verhalten hat. Einen Monat später war er seinerseits eingeschlossen und zwar von dem eigenen Bruder De Jumonvilles, Coulon de Villiers, der ihn, nachdem er ihm die Fahne, Waffen und Proviant abgenommen, gnädig zu seiner Familie und zu seinen Zuckerrohrplantagen entliess. Aber der Besiegte hatte vorher noch die Kapitulation unterzeichnet, die ihm der Sieger vorlegte: "Da es niemals unsere Absicht war, den Frieden und das gute Einvernehmen zu stören, das zwischen unseren beiden befreundeten Herrschern besteht, sondern nur den Mord zu rächen, den man an einem unserer Offiziere beging, der eine Vorladung in seinen Händen hielt, und an seiner Eskorte, und des weiteren (lediglich) zu verhindern, dass

sich eine fremde Niederlassung auf den Ländern des Königs, meines Herrn, befindet, wollen wir unter diesen Gesichtspunkten allen Engländern, die sich in diesem Fort befinden, Gnade gewähren." Washington behauptete danach, er hätte seinen Namen darunter gesetzt, ohne den Text verstanden zu haben. Dabei war er von einem Sonderdolmetscher begleitet, und selbst, wenn man zugibt, dass ihm einige Worte ungenau übersetzt worden wären, ist es kaum glaubwürdig, dass er den allgemeinen Sinn nicht verstanden haben sollte. Das ist um so weniger anzunehmen, als der Dolmetscher auf seinen Befehl hin Aenderungen verlangte, die ihm auch gewährt worden waren. In einem Augenblick verwirrender Angst vielleicht, aber ganz sicher mit der notwendigen Klarsicht hat Washington also 1754 schön und deutlich das Geständnis seiner Untat und seiner Usurpation selbst unterzeichnet." Die Hauptstadt der Führungsmacht der Freien Welt trägt somit nach dem Urteil eines bedeutenden französischen Historikers den Namen eines Kriegsverbrechers, der eines Verbrechens überführt ist, welches nach Auffassung derselben Macht nicht verjährt. Und wir dürfen von uns aus in voller Seelenruhe hinzufügen, dass wir derartige Geschichtsstudien nicht betrieben oder wenigstens nicht veröffentlicht hätten, wenn nicht die Vertreter jener Macht (unter ihnen ein Unteroffizier Henry Kissinger, dazu seit 1943 USA-Staatsbürger) so unendlich viele unschuldige, tapfere Helden unseres Volkes, von Malmedy bis Landsberg mit den scheusslichsten Methoden gequält und gemordet hätten unter der erlogenen Behauptung, sie seien "Kriegsverbrecher" gewesen.

Wenn wir wissen – was von niemandem bezweifelt wird – dass die Vereinigten Staaten ein ausgesprochenes Kind der Aufklärung sind, ein Produkt dessen, was sich in Europa damals bereits so blutig in der Rebellion gegen Gott und die Natur austobte, dann können wir auch nicht darüber erstaunt sein, dass gerade die typischste soziologische Erscheinung der Aufklärung, die Freimaurerei, eine so entscheidende Rolle in der Entstehung und in der Weiterentwicklung der Vereinigten Staaten spielt. Die Rationalität der Aufklärung hat in diesem Lande die Soziologie an die Stelle der Geschichte gesetzt und "die angewandte Aufklärung ist ebenso Grundzug der Gesellschaft wie der Soziologie in Amerika ... Der kuriose Ausdruck "planned social change" (geplanter sozialer Wandel) ist eine charakteristische Erfindung amerikanischer Soziologen, die allerdings ihre Dienste im Gegensatz zu vielen deutschen Sozialwissenschaftlern lieber den Wilsons, Roosevelts und Kennedys als den staatstragenden Elementen konservativer Observanz antragen" (Dahrendorf, "Aufklärung", S. 19). "Erst vor diesem Hintergrund (die Wirklichkeit nach dem Bilde der Vernunft zu machen) gewinnt der grosse amerikanische Gedanke, den Tocqueville "Demokratie" nannte und den man wohl unmissverständlicher "Gleichheit" nennt, sein Profil" (Dahrendorf, S. 20). Ein Profil, das bereits "der deutsche Jude und Demokrat" (Dahrendorf) Heinrich Heine so kennzeichnet: "Geht nach Amerika! Dort gibt es weder Fürsten noch Adel, alle Menschen sind dort gleich, gleiche Flegel ..."(1840).

Dahrendorf sieht dann sehr wohl die Schwaden von den Pariser Leichenhaufen gen Himmel ziehen und er versucht, sein Ideal zu retten (S. 27): "Von der Encyclopédie und Rousseau führt ein gerader Weg zur Göttin der Vernunft auf dem Piedestal der Revolution; aber für Franklin und seine Landsleute war die Vernunft nicht Göttin, sondern Instrument. Man verehrt die Vernunft nicht, sondern gebraucht sie. Wenn Aufklärung die Mündigkeit des Menschen begründet, kann nur die amerikanische Konzeption als aufklärerisch gelten, während die entfremdete Verehrung des Werkzeuges Vernunft den ersten Schritt zur totalitären Demokratie der Moderne bedeutet. Rationalität als amerikanische Nationaltugend heisst, dass der mündige Mensch die Welt für

machbar erklärt." Wir hatten bereits früher mannigfaltige Gelegenheit, zu erfahren, wohin auch diese angeblich so andere Aufklärung gelangt. Wir werden in den folgenden Seiten mehr noch dazu hören. So oder so, europäisch oder amerikanisch: das Wesen der Aufklärung lag und liegt – mit oder ohne Anbetung der Vernunft – in der Blasphemie, diese Welt machen zu können. Raffiniertere, vollendetere Versklavung als unter dem "Glauben an die Erziehbarkeit des Menschen" (S. 29) und dessen "Manipulierung" (S. 28) ist undenkbar. "Aufklärerischer Glaube an den instrumentalen Wert der Vernunft und die Erziehbarkeit des Menschen ist das dominante (in den USA)", sagt ausdrücklich Dahrendorf (S. 30). Und er betet das Ergebnis an: "Amerika ist das grosse historische Beispiel dafür, dass die Bereitschaft zum überlegten Experiment die Menschen weiter führt als der Griff nach dem Absoluten", und bezeichnet es nur als "Paradoxie Amerikas", "dass ein so zivilisiertes Volk zugleich so reich an Gewaltsamkeit ist. Die Statistiken der Scheidungen, der Geisteskrankheiten, vor allem aber der Art und des Ausmasses der Verbrechen sprechen eine deutliche Sprache", während es uns unabwendbare Folge der Aufklärung scheint. Selbst Dahrendorf stellt zumindest die Frage: "Der private Preis für die öffentliche Rationalität?" – Es bleibt uns noch zu zeigen, wohin diese Experimente führen.

Das aber soll noch einmal an dieser Stelle gesagt werden, und zwar mit den Worten des hier oft zitierten Dahrendorf, das heisst also eines bei Lasky in London und im "Center for Advanced Study in the Behavorial Sciences" der Ford Foundation in dieser europäischen Nachkriegszeit geformten Soziologen: "Mögen die Verfasser der "Federalist Papers", Alexander Hamilton, James Madison und John Jay, Autoren wie Benjamin Franklin und Tom Paine, viele andere Unterzeichner der Unabhängigkeitserklärung und Autoren der Verfassung mit ihrem egalitären Pathos eine Minorität gewesen sein, so haben sie doch eine Kraft in die amerikanische Gesellschaft hineingetragen, die bis heute fortwirkt. DIE EGALITAERE REVOLUTION DER MODERNEN GESELLSCHAFT SCHEINT JA UEBERHAUPT EIN WERK DER MINORITAETEN". Alle soeben namentlich Genannten waren Freimaurer. Selbst die Religion formten sie nach ihren Wünschen. Die prästabilisierte Harmonie von Moral und Erfolg war ihr Glaube.

Das Werk Franklins lief immer wieder Gefahr, von gesunden nationalen Elementen übernommen zu werden. Schon 1784 hatte sich in Cincinnati eine Vereinigung gebildet, die in den Vereinigten Staaten einen erblichen Militäradel, gegründet von den Offizieren der Unabhängigkeitskriege, schaffen wollte. Washington selbst hatte schon das Präsidium dieser Gesellschaft übernommen, "zum Entsetzen des philosophischen Europa" (Fay, S. 269), als Franklin seinen Zorn über dieses Vorgehen zu Papier brachte. In schärfsten Ausdrücken wandte er sich gegen die Einführung eines erblichen Adels. Der ganzen schönen "Befreiung" wäre der Sinn genommen worden. Das Geld wäre wieder entthront worden. Washington machte denn auch gehorsamst einen Zurückzieher und die Herren von Cincinnati änderten ein wenig ihre Statuten, beliessen aber die Erblichkeit der Mitgliedschaft in ihrem heute noch sehr angesehenen, etwa 1 500 Mitglieder zählenden Orden. (*2)

Denn alles ging jetzt nur noch ums liebe Geld. Als einzelne Staaten anfingen, ihre eigenen Noten zu drucken, brachte Sir William Howe 1777 im Auftrage der englischen Regierung Falschgeld ins Land, um die neue Währung zu vernichten. 1781 wurde dann auf Vorschlag Alexander Hamiltons die "Bank of North America" nach dem Vorbild der "Bank of England" gegründet. Doch der Kongress beschloss 1787 eine Verfassung, nach der nur der Kongress das Recht hatte, Geld zu münzen und die Geldangelegenheiten zu kontrollieren (ge-



Ein journalistischer Triumph

Amerikanische Karikatur von F. T. Richards auf die jüdische Skandalpresse. Life. New York

nauer Text R 49, Anm. 23). Als 1790 die Bank of North America einging, erreichte Hamilton ("our first and foremost traitor", unser erster und grösster Verräter, sagt Vennard von ihm) von Washington dennoch die Schaffung einer neuen Bank, "The First Bank of the United States", mit einer Laufzeit von 20 Jahren. Hamilton wurde 1804 von Aaron Burr in einem Duell erschossen. 1811 stimmte der Kongress gegen die Verlängerung der Tätigkeit der Hamiltonschen Schöpfung, und 1812 kam es daher zur ersten Ausgabe von Banknoten durch das Finanzministerium (Treasury) der USA selbst. Doch 1816 schritt man erneut (wieder auf 20 Jahre begrenzt) zur Gründung einer Staatsbank, der "Second Bank of the United States". 1832 legte Präsident Andrew Jackson ("der grösste unserer Präsidenten", Vennard) sein Veto ein gegen eine Vertragsverlängerung mit folgender Begründung: "Ihr seid ein Vipernnest. Ich habe die Absicht, euch auszurotten, und beim Ewigen Gott, ich werde euch ausrotten ... Wenn das Volk nur die stinkende Ungerechtigkeit eures Geld- und Banksystems begreifen würde, wir hätten noch heute Revolution." 1835 gelang es dem gleichen Jackson dann, die nationale Schuld der Vereinigten Staaten auf Null zu bringen, das einzige Mal, wo das bis heute in deren Geschichte geschah. 1836 lief der Vertrag mit der Second Bank ab, und es kam der Moment, wo in massivster Form die Internationalen Banken, damals noch mit Sitz in London, anfingen, sich für die Vereinigten Staaten zu interessieren. 1838 sprach Meyer Amschel Rothschild die berühmten Worte: "Lass mich das Geld einer Nation herausgeben und es kontrollieren, und es interessiert mich nicht mehr, wer ihre Gesetze schreibt."(Let me issue and control a nation's money and I care not who writes its laws.) 1846 wurde das System der unabhängigen Schatzämter der einzelnen Staaten eingeführt, doch bald darauf schon beschloss man in London die Einmischung in die amerikanischen Angelegenheiten.

Doch bevor wir darauf zu sprechen kommen können, halten wir es für richtig, an dieser Stelle ein wenig weiter auszuholen und zusammenhängend über das Thema "Geld" zu sprechen. Eigentlich sollte ja ein gewisses Mindestmass an Wissen über diese Dinge in unserer Geldwelt zur selbstverständlichen Schulausbildung gehören. In keinem einzigen Staat ist das jedoch meines Wissens bis heute der Fall, obwohl doch solches Wissen primitivste Voraussetzung für das uns auferlegte Wahlrecht in solcher Gesellschaft sein müsste, wollte man das Wort "Demokratie" wirklich ernst nehmen. Denn nur auf diesem Hintergrunde ist doch überhaupt erst zu verstehen, was die Zeitungen tagtäglich von Aufwertungen, Abwertungen, Diskontsätzen, Inflation usw. schreiben – Dinge, die unser täglich Leben ganz wesentlich berühren.

Professor Dr. Gustav Ruhland (*3) unterscheidet zwischen Naturalwirtschaft, Geldwirtschaft und Kapitalistenwirtschaft. Den wesentlichen Schritt zu einer Kapitalistenwirtschaft sieht er bereits in Babylon getan, und zitiert: "Die ältesten Banken waren die Tempel der Götter. Die ältesten Bankleute waren die Priester."(*4) "Alle Welt muss den Zins des Sonnengottes leisten, der mindestens 33 1/3 Prozent beträgt und bis zu 1 000 Prozent hinauf steigt." (Gross, S. 9) Durch drei Vorgänge wird dabei dem Geld das ursprüngliche Wirtschaftsmass genommen:

a) die Umwandlung des Volksvermögens in Börsenwerte,
b) die Internationalität des Kapitalismus,
c) die künstliche Schaffung von Konjunkturen und Krisen.

Das Geld hat dadurch nicht eine gleichbleibende Kaufkraft, sondern ändert diese immerfort. Wir haben immer wieder mit einem ganz anderen Wert zu tun, obwohl wir die gleiche Münze in der Hand halten. Eigentlich müsste diese Münze laufend neu bezeichnet werden. Der erste wesentliche Unterschied zwi-

schen Geldwirtschaft und Kapitalistenwirtschaft besteht daher darin, dass man das Geldmass schwanken lässt. "Wenn ein Kaufmann zu einem Fass echten Wein zehn Fässer Wasser schütten könnte, und es ihm gelingt, dieses für echten Wein zu verkaufen, könnte er genau so glücklich sein wie ein Bankier"(*5) kann man im Hinblick auf die kapitalistischen "Geldschöpfungen" sagen. Damit wird es möglich, mit Hilfe des Geldes ganze Volkswirtschaften zu stützen oder zu zerstören. Ruhland stellt denn auch im Altertum 22 "Staatenleichen" infolge derartiger Manipulationen fest. Die Abhängigkeit der Naturalwirtschaft von solchen Vorgängen sieht er damals schon wie folgt: Ein naturwirtschaftlich ausgerichtetes, "unterentwickeltes" Land wird von Vertretern einer kapitalistischen Volkswirtschaft besucht. Letztere ist arm an Rohstoffen, aber reich an Geld (welches bei dem Partner Geltung beansprucht), während jenes unterentwickelte Land reich an Rohstoffen ist und arm an Geld. Man gleicht das aus. Dann kommt ein Jahr mit Missernte und der Unterentwickelte muss Getreide einführen, nimmt dafür Anleihen auf, "für deren Rückzahlung er sich mit seinem Vermögen, mit seinen Freunden und Kindern, mit seiner persönlichen Freiheit verpfändet. In kurzer Zeit gehört das alles den Kapitalisten. ..." Ruhland deckt die uralte Praxis der Banken auf am Beispiel Aegyptens, wo der Pharao Josef die Tochter des Hohen Priesters von Heliopolis zum Weibe gab und so der Interessengemeinschaft zwischen Priester-Banken und den Hebräern beredten Ausdruck verlieh. Die einträchtige Aktivität dieser Banken wurde dabei in die Form göttlicher Offenbarungen gegossen: "Gott verkündigt Pharao, was er vorhat: "Sieben reiche und sieben magere Jahre werden kommen in Aegypten."(1. Mose 41, 25) "Gott führte damit höchst persönlich Inflation und Deflation, künstliche Konjunktur und Krisen, Hausse und Baisse, ein."(Gross S. 16) Sicherheitshalber wurde auch sofort die gesamte Geschichtsschreibung verstaatlicht und neben den Mysterienpriester (wir sehen noch an anderer Stelle, wer ihre heutigen Nachfolger sind) tritt der "heilige Schreiber", beziehungsweise der vom Establishment anerkannte "Prophet". Nur, was der sagt, gilt. Und da alles eingefasst wird in religiösen Rahmen, liest man über den sachlichen Hintergrund hinweg. "Unser täglich Brot gib uns heute." Mehr nicht! "Denn wer da hat, dem wird gegeben, dass er die Fülle habe; wer aber nicht hat, von dem wird auch genommen, was er hat" warnt schon Jesus vergebens, "denn mit sehenden Augen sehen sie nicht, und mit hörenden Ohren hören sie nicht; denn sie verstehen es nicht."(Matthäus 13, 12-13) Josef schon war nicht nur "Getreidewucherer" (Ruhland), sondern darüber hinaus "Währungsmanipulant" (Gross, S. 23), vom Pharao zu seinem "Geheimen Rat" ernannt (1. Mose 41, 44-46), und damit zum Verwalter des Geldes und der Währung. So konnte er denn entsprechend vorgehen: "Es war aber kein Brot in allen Landen; denn die Teuerung war sehr schwer ... Und Josef brachte alles Geld zusammen, das in Aegypten und Kanaan gefunden ward, um das Getreide, das sie kauften; und Josef tat alles Geld in das Haus Pharaos. Da es nun an Geld gebrach im Lande Aegypten und Kanaan, kamen alle Aegypter zu Josef und sprachen: Schaffe uns Brot! Warum lässest du uns vor dir sterben, darum dass wir ohne Geld sind?"(1. Mose 47, 13-15) (*6) Doch Josef ging in seiner Spekulation noch einen Schritt weiter: "Josef sprach: Schafft euer Vieh her, so will ich euch um das Vieh geben, weil ihr ohne Geld seid. Da brachten sie Josef ihr Vieh; und er gab ihnen Brot um ihre Pferde, Schafe, Rinder und Esel. Also ernährte er sie mit Brot das Jahr um all ihr Vieh."(1. Mose 47, 16-17) Und als das Brot aufgegessen war? "Da das Jahr um war, kamen sie zu ihm im zweiten Jahr und sprachen zu ihm: Wir wollen unserm Herrn nicht verbergen, dass nicht allein das Geld sondern auch alles Vieh dahin ist zu unserm Herrn; und ist nichts mehr übrig vor unserm Herrn denn nur unsre Leiber und unser Feld. Warum

lässt du uns vor dir sterben und unser Feld? Kaufe uns und unser Land ums Brot, dass wir und unser Land leibeigen seien dem Pharao; gib uns Samen, dass wir leben und nicht sterben und das Feld nicht wüste werde."(1. Mose 47, 18-19) In diesem Augenblick konnte Josef also die Kolchosen aufbauen, und "er teilte das Volk aus in die Städte, von einem Ende Aegyptens bis ans andere" (1. Mose 47, 21) und hielt sie an zur Sklavenarbeit. "Also machte Josef ihnen ein Gesetz bis auf diesen Tag ..., den Fünften Pharao zu geben; ausgenommen der Priester Feld, das ward dem Pharao nicht eigen."(1. Mose 47, 26) "Also wohnte Israel in Aegypten im Lande Gosen, UND HATTEN'S INNE. Und wuchsen und mehrten sich sehr."(1. Mose 47, 27)

An diesem alttestamentarischen Beispiel erkennen wir daher bereits, dass alles davon abhängt, wie das Geld in Umlauf gesetzt wird, und wer dieses wie bestimmt. Tritt nämlich ein Lykurg auf (Sparta 880 v. Chr.) und führt eine feste Währung ohne Schwankungen (ausgerichtet auf Eisen in diesem Falle) ein (die Münze wird damals im lydischen Reich erfunden), so greift die Tempelpriesterschaft sofort zur Selbsthilfe und schafft das sogenannte "Auserwählte Volk Gottes" (Esra. Vgl. R 497), die "Juden", das heisst, fasst alle diejenigen zusammen, die dem System der Tempel-Banken treu bleiben, fügt den Bankgeheimnissen der Priester den Handelssinn der Phönizier hinzu und produziert das rassische Konglomerat der "Juden" auf palästinensischem Boden.(*7) Nicht zufällig steht die Josefslegende darum am Anfang der eigentlichen jüdischen Geschichte. Wehe dem, der weiter zurückschauen will. Er wird zur Salzsäule erstarren wie Lots Weib, wie warnend der Prophet allen Neugierigen zuruft. Es gilt nur noch, was die Propheten sagen. Und wer dem Volk die Augen öffnen will in Gleichnissen, muss ans Kreuz geschlagen werden. Die Schuld schiebt man den Römern in die Schuhe, und wenn man fast 2 000 Jahre warten müsste, um die diesbezügliche Geschichtsschreibung in die Hände zu bekommen. Die Vertreibung der Wucherer aus dem Tempel war ihnen wirklich zu viel des Guten.

Denn das zweite Charakteristikum des Kapitalismus ist der Wucher, wie man früher die Zinsknechtschaft nannte. Die christliche Kirche verbot den Wucher. Doch bildete sie diesbezüglich in Rom ein Ausnahmeregime für die Juden aus. So trat die Tätigkeit der Juden als Geldverleiher in das heutige Licht erst in Zusammenhang mit der christlichen Kirche. Dabei ist daran zu erinnern, dass in Rom wohl schon eine jüdische Kolonie bestand, bevor dort das Christentum aktiv wurde, dass jedoch diese jüdische Kolonie erst eine bemerkenswerte wirtschaftliche Position mit den ersten Päpsten erlangte. Historisch nicht belegbar, aber typisch für das jüdische Wunschdenken, sind dabei die seit dem V. Jahrhundert in jüdischen Kreisen umlaufenden Berichte, wonach der erste Papst, Simon Kaifas, in seinem Herzen ein Jude geblieben sei, und er es darauf abgesehen hatte, der neuen Sekte der Christen durch gewisse Massnahmen ihre Gefährlichkeit für die Juden zu nehmen. Zu diesen Massnahmen gehörte danach insbesondere die Vorzugsstellung, die die Kirche den Juden in Rom einräumte, eine Vorzugsstellung, die ihrerseits einwandfrei geschichtlich belegt ist. Im Rahmen dieser Privilegien durften die Juden Roms (nicht zuletzt den Päpsten selbst) Geld gegen Zinsen ausleihen. Und es ist genauso belegt, dass dieses römische Beispiel dann auf das übrige Italien und die weitere einst römische Welt anregend wirkte.

Nach anderer (ebenfalls in jüdischen Zirkeln im Mittelalter kommentierter) Version soll diese Entwicklung erst ernstlich mit dem (geschichtlichen?) Papst Simon eingesetzt haben, einem (immer nach diesen Gereden) getauften Mainzer Juden, der gegen Ende seines Lebens sich wieder offen zum Judentum bekennt und nach Mainz flüchtet. Unter ihm sei der päpstliche Schutz

für die Juden Roms erweitert worden und habe konkretere Formen angenommen.

Die übrige katholische Welt hat die römische Einstellung zu der Betätigung der Juden im Wucher immer nur zögernd mitgemacht. Die Mehrzahl der Scholastiker ist daher der Meinung, dass es sich bei den römischen Vorgängen lediglich um eine Haltung der Toleranz den Juden gegenüber handelt, denn man sieht es als "das kleinere Uebel" an, wenn die Juden diese - nun mal als notwendig bezeichnete - Tätigkeit ausüben.(*8) Die jüdischen Autoritäten jener Zeit betonen, dass Moses ausdrücklich den Wucher Nichtjuden gegenüber gestattet habe (Deut. 23, 20) damit die Juden im Verkehr unter sich nicht derartige Praktiken anwendeten, und so, im Gegensatz zu den Christen nicht die Gefahr liefen, einen allgemein schlechten Lebenswandel anzunehmen. Der Heilige Thomas ist es dann, der darauf hinweist, dass jedoch mit dem "Neuen Bund" alle Menschen Brüder geworden seien, und daher niemandem gegenüber Zinsen gefordert werden dürften. Er sagt aber weiter: "So, wie trotz der Unauflösbarkeit der Ehe den Juden die Scheidung gestattet wird, oder die Verstossung der Frau, weil man die Reizbarkeit der Juden in Rechnung stellt und einen Mord, das heisst ein grösseres Uebel, verhindern will, genau so ist es ihnen nach ihren eigenen Gesetzen gestattet, den Wucher Fremden gegenüber zu betreiben, diesmal unter Berücksichtigung ihrer Genusssucht und Sinneslust, und damit sie ihn nicht unter sich betrieben."(Poliakov, S. 41)

Die Juden entschuldigen dabei diese Tätigkeit mit der Notwendigkeit, sich auf solche Weise die Mittel beschaffen zu müssen, die sie zum Ueberleben in einer feindlichen Umwelt, insbesondere für die Unkosten der Vertreibungen, Sondersteuern usw. benötigen. "Das Geld ist unsere Stärke, für uns arme Entwurzelte, arme Herumirrende. Das ist der heilige (!) Beweggrund, um dessen willen sich unsere Geldverleiher um das Gold kümmern", lässt der Schriftsteller Albert Cohen in "Solal" eine seiner Personen sagen.(Poliakov, S. 24) "Handarbeit, wie sie Thomas von Aquin den Juden empfiehlt, scheint nicht immer vorteilhaft gewesen zu sein für die Erhaltung des Judentums in christlichen Ländern."(Poliakov, S. 22) (*9)

Bedenken wir, wie das heute emanzipierte Judentum in immer stärkerem Umfang gerade deswegen angegriffen wird, weil es sich zum Beherrscher des Geldes und des Bankwesens gemacht hat, dass es also sich gefährdet weil es sich mit dem Gelde befasst, so erleben wir eine im Laufe der Zeiten erreichte Umkehrung der ursprünglichen Lage (sofern nicht die Bemerkungen Poliakovs nur Vorwände wiedergeben für eine Betätigung, die schon damals aus Machtgier und nicht aus Selbsterhaltungstrieb erfolgte). Nur, um sein Judentum zu erhalten, übernahm danach der Jude die "heilige" Aufgabe des Geldverleihs. Würde der Jude heute diesen Beruf nicht ausüben, seine Existenz wäre sicher wesentlich ungefährdeter.(*10)

Im Laufe der Jahrhunderte jedoch wurden die Juden Roms dann zu einer Macht, die der Kirche gefährlich werden musste. (Wir werden noch an anderer Stelle später sehen, wie das jüdische Geld eingesetzt wurde, um den Versuch zu machen, die Kirche zu zerstören.) Jacobo Ben Elias (zitiert bei Poliakov, S. 263) drückt das allerdings so aus: "In dem Masse wie die Unsicherheit zunahm, in welcher die Söhne der Göttlichen Rasse lebten, verwandelte sich das Geld in ihre erste und letzte Zuflucht, in ihr Leben, ihre Kraft und ihre Macht." Mit Geld versuchte man die Kurie zu bestechen, bot Paul IV. vergebens 40 000 Escudos an, um den Erlass der berühmten Bulle "Cum Nimis Absurdum" zu verhindern. Die Juden wurden in dieser Bulle jedoch nicht als Wucherer verurteilt, sondern weil sie Ungläubige waren, "von Gott zu ewiger Sklaverei verurteilt wegen ihres Verbrechens, dessen ungeachtet sie die barm-

herzige Duldsamkeit der Christen missbraucht haben und an einen Grad der Schamlosigkeit gelangt sind, in welchem sie nicht nur sich erfrechen, inmitten von Christen zu leben, sondern sogar in der Nähe von Kirchen, ohne sich dabei in ihrer Kleidung zu unterscheiden, Paläste zu mieten und zu kaufen oder Grund und Boden in den Strassen und hauptsächlichsten Plätzen zu besitzen". Unter dem Einfluss der Franziskaner und anderer Bettelorden wurden dann von der Kirche die sogenannten "Montes de Piedad" geschaffen, Institute, die für sehr geringe Zinsen (6 bis 10 Prozent jährlich) nach oben begrenzte Geldbeträge an Bedürftige ausliehen. Dieses Unternehmen ist dann im wesentlichen dafür verantwortlich zu machen, dass die jüdischen Banken in Rom und im übrigen Italien (unter ihnen zB die Del Banco in Venedig, Urahnen der Warburg in Hamburg und New York) langsam aber sicher an Bedeutung verloren oder gar gänzlich ihre Tore schlossen. Die Kirche hat sich seitdem bis auf den heutigen Tag immer gegen die reichen Gesellschaften gewandt, trat immer für gesunde, stabilere Verhältnisse ein.(*11)

Solche stabilen Verhältnisse haben immer dann nicht bestanden, wenn die Geldausgabe ihre Beziehung zum Bruttosozialprodukt, das heisst zu den zu erarbeitenden oder unmittelbar bevorstehend vorausschaubar erarbeitbaren Werten verlor, oder die Erarbeitung von an sich überflüssigen Werten (bestes Beispiel: Rüstungsproduktion) herausforderte. Dabei durften als solche Werte auch die gewonnenen Edelmetalle gelten. Der Aufschwung, den Europa mit dem aus Amerika eintreffenden und in Münze umgeschlagenen Goldstrom im XVI. Jahrhundert nahm (*12), hatte daher eine reale Basis, im Gegensatz zu der Situation, die Law (s.d.) mit seinen Experimenten unter Ludwig XV. schuf, oder die sich nach Ausgabe der Assignaten in der Französischen Revolution ergab (vgl. R 31), oder vor der wir heute stehen.

Für diese letztere ist unter anderem besonders bezeichnend die Abwendung vom Gold nicht nur als Deckung der Währungen, sondern auch im Anteil der Währungsreserven. Diwok (S.20) weist darauf hin, dass im Laufe der letzten 10 Jahre der verzinsliche Teil der gesamten Weltwährungsreserven von 17 auf 26 Milliarden Dollar durch Absinken des Goldanteils an ihnen anstieg. So ist heute die Komponente "Zinsen" wesentlichstes Kriterium des Geldes geworden und bestimmt das Gesicht unserer Zeit. Hemmungslose Spekulation steht obenan. Als besondere Art der "Funds" (vgl. R 56) haben sich in den USA die "Hedge-Funds" oder "Go-go-Funds" herausgebildet, die ihren Mitgliedern bis zu 3 Prozent täglichen Gewinn einbrachten. (Es kam bis zu 140 Prozent in 7 Wochen, nach Abzug von 20 Prozent als Honorar für die Manager!) Diese Funds sind dabei natürlich die besten Freunde der Banken, denn diese verdienen durch den grossen und schnellen Umsatz und geben daher auch gerne Geheimtips ihren guten Kunden. Kreditkäufe, Termingeschäfte und Leerverkäufe gehören zu ihren kapitalistischen Praktiken.(*13) So werden im Handumdrehen aus Millionären Multimillionäre und wieder Supermultimillionäre. Neben diesen steht der einfache Handwerker und verdient mit seiner Hände Arbeit nicht ein Millionstel in gleicher Zeit. Wort und Macht aber hat in unserer "demokratischen" Gesellschaft - und das ist die ernsteste Seite der Angelegenheit - der Reichere, nicht der Fleissigere. Die Abwendung vom kirchlichen Verbot des Wuchers führt darum geraden Wegs steil hinunter in den gemeinsamen Abgrund.

Der Wucher ist es letzten Endes, der dafür verantwortlich ist, dass heute vielfach das an sich völlig absurde Problem besteht: "Was soll mit dem vielen Geld geschehen?" Da erfahren wir zB dass ein Land wie die BRD in ihrem Aussenhandel einen Ertragsbilanzüberschuss hat, dass sie mit Exporten und Dientsleistungen mehr Geld erhält, als sie für Importe ausgibt. Und dass daher ein weiterer Nettokapitalexport zum Ausgleich der westdeutschen Zah-

lungsbilanz notwendig ist ("Institut für Weltwirtschaft", Kiel, Heft 1, 1969). Da erfahren wir aber noch ganz andere Dinge:

Da wird zum Beispiel in den USA durch zweierlei Mass in der Steuergesetzgebung einer Gruppe von insgesamt 45 124 von allen Steuern befreiten Stiftungen mit einem Kapital von mehr als 7 Milliarden Dollar eine unfassbar hohe Summe für politische subversive Zwecke (*14) zur freien Verfügung überlassen.

Da kann der Jude Franz Pick ein Buch "The Numbered Account" als Bestseller herausgeben, welches zum Schrecken der amerikanischen Steuerbehörden erklärt, wie es praktisch, konkret beschrieben möglich ist, Riesensummen vor dem Fiskus zu verstecken und arbeiten zu lassen (*15), und man nennt allein für 1968 die unglaubliche Summe von 2 Milliarden Dollar, die aus solchen Schwarzgeldern auf der Börse in Wall Street arbeiteten.

Die Herausbildung einer Gesellschaft ohne andere Bindungen als die an den Besitz, die mit der Französischen Revolution und mit der Emanzipation der Juden Form annahm, forderte rein zwangsläufig die daran beteiligten Kräfte auf, sofort sich auch der neuen Mittel zu bedienen. So ist es kein Wunder, dass wir schlagartig mit Beginn des XIX. Jahrhunderts sehen, wie sich die eben in die führenden Schichten Aufgenommenen darum bemühen, sich des Geldes zu bemächtigen, das heisst, die Macht anstreben, Geld zu schaffen und dieses sodann mit Zinsen auszuleihen. Am zielstrebigsten gehen diese Absichten auf amerikanischem Boden vor sich, denn hier hatte man noch Neuland vor sich, fast ungehemmt von staatlicher Einsicht, wie sie ein Jackson zeigte, und man sah die Möglichkeit, sich dort besonders grossen Reichtum auf einem von der Freimaurerei gut vorbereiteten Boden zu erwerben. Dass es unter diesen Umständen zu unverblümten, handgreiflichen Eingriffen von aussen kam, wundert daher niemanden.

Wir sahen bereits, wie der von Franklin organisierte Aufbau der nordamerikanischen Gesellschaft solchen Plänen dienlich sein konnte. Die Drahtzieher blieben so leichter im Dunkeln. Ihnen konnte nicht gelegen sein an einem starken, unabhängigen Staat. Conrad Siem veröffentlichte darüber Aeusserungen Bismarcks (*16): "Die Aufteilung der Vereinigten Staaten in gleich starke Bundesstaaten war von der europäischen Hochfinanz lange vor dem Bürgerkrieg (1861) beschlossen worden. Diese Bankiers hatten Sorge, dass die Vereinigten Staaten - würden sie ein Block und ein Staat bleiben - wirtschaftliche und finanzielle Unabhängigkeit erlangen könnten, die zur finanziellen Beherrschung der Welt führen müsste. Die Stimme Rothschilds gab den Ausschlag. Man sah eine Riesenbeute voraus für den Fall, dass man an Stelle der kräftigen, sich selbst versorgenden Republik zwei schwache Demokratien schaffen könnte, die den Bankiers verschuldet wären. Darum entsandten sie ihre Emissäre, um die Frage der Sklaverei auszunutzen, und so einen Abgrund zu graben zwischen den beiden Teilen der Republik. Lincoln argwöhnte niemals diese subversiven Machenschaften. Er war gegen die Sklaverei und war aus diesem Grunde gewählt worden. Es war entgegen seinem Charakter, der Mann nur einer Partei zu sein. Als er die Dinge in seine Hand genommen hatte, entdeckte er, dass diese finsteren europäischen Bankiers ihn zum ausführenden Organ ihrer Wünsche machen wollten. Sie erreichten auch, dass der Bruch zwischen Nord und Süd unmittelbar bevorstand. Die europäischen Bankiers waren es, die diesen Bruch schufen, um ihn auszubeuten. Lincolns Persönlichkeit jedoch überraschte sie. Dass er Präsidentschaftskandidat war, hatte sie nicht weiter gestört. Sie gedachten allzu leicht den Holzfäller täuschen zu können. Aber Lincoln las ihre Absichten und verstand, dass der Süden nicht der ärgste Feind war, sondern die Bankiers."(Vgl. R 16, 17)   1820 hatte man noch den "Missouri-Compromise"

zwischen Norden und Süden unterzeichnet. 1850 wurde er erneut bestätigt. 30 Jahre lang hatte das Land seine internen Probleme selbst gelöst. Da wurde 1857 der Bürgerkrieg beschlossen, nicht etwa in den Vereinigten Staaten, sondern, wie wir von Bismarck schon hörten, in London. John Reeves berichtet in seiner autorisierten Biographie der Rothschilds ("The Rothschilds, The Financial Rulers of Nations") auf Grund von Unterlagen, die er in den Rothschildschen Archiven einsah, von einem bedeutenden Familientreffen 1857 in London aus Anlass der Heirat von Lionel Rothschilds Tochter Leonora mit ihrem Vetter Alphonse, Sohn von James Rothschild aus Paris. Das Familienoberhaupt sagt bei diesem Anlass: "Unter diesem Dach sind die Häupter der Familie Rothschild vereint –, ein Name, der berühmt ist in jeder Hauptstadt Europas und in jedem Teil der Welt. Wenn Ihr wollt, werden wir die Vereinigten Staaten in zwei Teile teilen, einen für Dich, James, und einen für Dich, Lionel. Napoleon (III.) wird genauestens und alles das tun, was ich ihm anordne." Wir sahen schon früher wie dann die Emissäre hiessen (R 16, 17, 44), die man daraufhin in die Vereinigten Staaten entsandte, und wie der Zar half, das Komplott zu zerschlagen. Die Admirale Lesovsky (Pazifik) und Popoff (Atlantik) hatten die gleiche Order: "Bereit sein zum Kampf mit jeder möglichen anderen Macht und Befehle nur anzunehmen von Abraham Lincoln."(*17)

Doch, wie dieses Spiel auch ausgehen sollte, die Macht des Geldes sollte auf jeden Fall errichtet werden. 1862 wurde so von Rothschild-London an die Banken in den Staaten das sogenannte "Hazard-Circular" verteilt: "Die Sklaverei dürfte im Zuge dieses Krieges abgeschafft und die Leibeigenschaft beseitigt werden. Das wird von mir und meinen europäischen Freunden begrüsst, denn Sklaverei ist nichts anderes als der Besitz von Arbeitskraft und bringt mit sich die Sorge um die Arbeiter. Der europäische Plan dagegen, angeführt von England, besteht darin, dass das Kapital (die Geldverleiher) die Arbeitskraft auf dem Wege über eine Festsetzung der Löhne kontrollieren soll. Das kann durch eine Kontrolle der Währung geschehen. Die grosse Nationale Schuld, die die Kapitalisten aus diesem Kriege herausholen werden, muss benutzt werden, um das Geldvolumen zu kontrollieren. Um das zu vervollständigen, müssen die Kriegsschuldverschreibungen als Grundlage für Bankkredite gelten." In diesem Sinne kam es zur National Bank Act, die erneut einer privaten Gruppe 1863 das Recht zur Geldausgabe übertrug. Lincoln, der jedoch dann die Kriegsschuld durch Eigenbeleihung der Vereinigten Staaten (die Greenbacks) aus der Welt schuf, anstatt entsprechend dem Rothschildschen Plan eine Anleihe aufzunehmen, wurde daraufhin 1865 von dem Juden Booth ermordet. (*18) Die ausgegebenen Banknoten aber hatten den Zusatz, wonach damit weder Importe noch Zinsen der öffentlichen Schuld bezahlt werden konnten.(*19) Das hatten die Bankiers also doch erreicht. Diese Einschränkung erlaubte den Rothschilds einen ständigen Markt für ihr Gold zu schaffen. Hätte diese Bemerkung nicht auf den Greenbacks gestanden, hätte man Rothschilds Gold nicht benötigt, um Importgebühren zu zahlen. So aber stieg der Goldpreis auf u$s 2,85 in Greenbacks. Alle Importeure mussten mit Bankzinsen Gold kaufen, um ihre Abgaben bezahlen zu können und Wall Street hatte die Macht, den Preis festzusetzen. Von der oben genannten National Bank Act aber sagen Rothschild Brothers in einem Brief vom 25.6.1863 an die Herren Ickleheimer, Morton & Vandergould, Nr. 3 Wall Street/New York: "Dieses Gesetz wird sich als höchst vorteilhaft für die Banken-Brüderschaft auf der ganzen Welt auswirken ... Die wenigen, die das System verstehen können, werden entweder so an seinen Vorteilen interessiert sein oder so von diesen abhängen, dass von daher keine Opposition zu erwarten ist, während andererseits der grosse Haufen derer, die geistig unfähig sind, zu erkennen, welche riesigen Vorteile das Kapital aus die-

sem System schlagen wird, seine Last ohne Klagen tragen wird und vielleicht nicht einmal argwöhnen wird, dass das System seinen Interessen entgegen ist." Was 1863 geschah fand dann bekanntlich 1913 seinen weiteren Ausbau in der berüchtigten Federal Reserve Act (vgl. R 24), wonach die Währung der Vereinigten Staaten in die Hände internationaler Bankiers überging, denen die Vereinigten Staaten seitdem solche Unsummen von Zinsen zahlen, dass die gesamte westliche Welt in Mitleidenschaft gezogen wird.(*20) Als der Kongress 1932 eine Kontrolle des Federal Reserve Boards vornehmen wollte, da es sich ja um eine private Organisation handelt, antwortete Eugene Meier als dessen Vertreter: "If you do this, you will cause chaos in the Government" (Wenn Sie das tun, werden Sie ein Chaos in der Regierung anrichten). Das war ein Jahr bevor Roosevelt an die Macht kam. (Vgl. R 400, 401)

Doch nicht nur das schwankende Geldmass und die Möglichkeit, ohne Arbeit Zinsen einstreichen zu können (deren Höhe man zudem noch nach eigenem Ermessen festsetzt), kennzeichnen die Situation in der kapitalistischen Wirtschaft, sondern beinahe mehr noch die Möglichkeit der Geldschöpfung aus dem Nichts heraus, das sogenannte Buchgeld. Ohne irgendeine andere Grundlage als eine einfache Buchung, kann eine Bank Kredit gewähren. Sie kann es, wenn s i e es will. Das ist die einzige Voraussetzung bei dieser Art der Geldschaffung! Und heute ist in den USA 95 Prozent des gesamten Geldumlaufs Buchgeld! Das heisst, es gibt dort etwa 19 mal soviel Buchgeld wie alle Banknoten zusammengenommen.(*21) Doch nicht nur im nationalen Rahmen hat diese Geldausweitung eine so grosse Bedeutung erlangt. Sie ist im internationalen Bereich vielleicht noch wichtiger (und gefährlicher) geworden. Sie ist zur Grundlage der Aussenpolitik in einer sonst geblichenen Welt überhaupt geworden, denn andere, nationale oder religiöse Gesichtspunkte werden ignoriert oder ridikulisiert. Nur noch, wo Geld zur Verfügung steht, bewegt man sich. Die Staatsverschuldung der USA ist auf diese Weise auf die gigantische Summe von 370 000 000 000,-- Dollar angewachsen (*22) und steigt jährlich um etwa weitere 25 bis 30 Milliarden Dollar weiter an. Das ist aber nur die Verschuldung gegenüber privaten Banken. Daneben bestehen weitere Posten bei der Weltbank und ähnlichen Institutionen. Durch Einführung der Sonderziehungsrechte (SDR; vgl. R 26) erleben wir gerade jetzt eine weitere sehr starke Ausweitung dieser Geldschöpfung aus dem Nichts.(*23) Hinzu kommen ausserdem die Beträge, die durch die Internationalen Swap-Abkommen zwischen den verschiedenen Notenbanken verfügbar sind (im März 1968 etwa 9,3 Milliarden Dollar (*24), und die der Schaffung zusätzlicher Währungsreserven gleichkommen, Währungsreserven, die allein auf dem Papier stehen und das ganze gebrechliche Kartenhaus veranschaulichen, in welchem die kapitalistische Welt heute so anmassend sich eingerichtet hat. Wir stehen daher unmittelbar vor einer weltweiten Geldkatastrophe. "Die USA-Imperialisten", schreibt die "Peking-Rundschau" Mao Tse-tungs im Januar 1969, "befinden sich mit jedem Tag in einer schwierigeren Lage."

Man wird sicher, wenn eine allgemeine Katastrophe eintritt, genau so zweitrangige Faktoren dafür verantwortlich machen, wie es schon immer geschah, wenn die armen Bankiers in ihrer Furcht vor den bösen Antisemiten, und der damit begründeten Notwendigkeit, Geldgeschäfte zu machen, ein wenig zu weit gegangen waren, und allzuviel hatten aus den arbeitenden Schichten der Menschheit herauspressen wollen.(*25) Man wird eine Deflation fabrizieren und die Welt (wieder einmal) überschwemmen mit Büchern, Zeitungen und Zeitschriften, in welchen tausenderlei Gründe dafür angeführt werden, nur wird man das System als solches nicht ändern. Als es zur grossen Arbeitslosigkeit und zur Weltwirtschaftskrise 1928 kam, frage ich, war uns damals etwa mitge-

teilt worden, dass sich bereits am 18. Mai 1920 die Klasse A-Direktoren (deren Namen geheim sind!) des Federal Reserve Board zu einer Geheimsitzung trafen? In welcher sie eine drastische Deflationspolitik anordneten? (*26)

Denn wie war es damals? Gegen Ende des I. Weltkrieges lief die Politik der Internationalen Banken – nicht nur des Federal Reserve Boards – darauf hinaus, den Goldstandard in den grossen Industrieländern einzuführen. Das war Teil der deflationistischen Politik, die in England 1918 mit dem Cunliffe Currency Report begann, durch welchen die Bank of England die Notenausgabe kontrollieren durfte. Winston Churchill, immer fleissiger Diener der gleichen Herren, führte 1925 den Goldstandard ein. Diese, überdies vom Völkerbund angeratene Währungspolitik schuf eine mächtige Superregierung, bestehend aus den Internationalen Banken. Schon 6 Jahre darauf musste England aber notgedrungen den Goldstandard wieder aufgeben, um nicht wirtschaftlich völlig zusammenzubrechen. So endete damals in den Schrecken der Weltwirtschaftskrise das erste weltweite Experiment der Internationalen Banken und bewies deren mangelnden Willen, die Welt wirtschaftlich gesund zu erhalten. (*27) Heute stehen wir bereits mitten in dem Zusammenbruch ihres zweiten Weltherrschaftsversuches, den diese selbstherrlichen Meister diesmal zur Abwechslung unter Ausschaltung des Goldes und mit inflationistischem Vorzeichen vornehmen. Bretton Woods (1942) führte 1944 den am 21. September 1931 aufgegebenen "Gold-Exchange-Standard" wieder ein, und zwar mit dem ausdrücklichen Ziel, damit eine Expansion des Welthandels zu erreichen. Die Eigenentwicklung der Staaten wurde dem Gleichgewicht im Aussenhandel geopfert. Nur auf diesen kam es an. Interne Probleme waren zweitrangig in den Augen der Weltplaner von Bretton Woods, deren Ideal die von Lord Keynes empfohlene Weltwährung (der Bancor) war. Doch setzte sich neben das Gold als Währungsreserve mehr und mehr das Buchgeld der gegenseitigen Kredite durch, und hier naturgemäss das der grossen Industrienationen. An die Stelle des Goldes traten Papiere, die einerseits eine äusserst zerbrechliche Grundlage für den Welthandel darstellten, andererseits nur einigen wenigen Nationen überhaupt zur Verfügung standen. Der Welthandel wurde zum Neokolonialismus. Am 17. März 1968 wurde mit der Einrichtung eines Parallelmarktes für Gold (Banken bzw. Private) dieses Bild allen enthüllt. Die Tür war aufgestossen worden zu weiterer Ausdehnung der Papierreserven durch die Einführung der Sonderziehungsrechte auf Vorschlag des Zehnerklubs. Die Industrienationen bestimmten, welche Lösung aus dem Zusammenbruch der Weltwirtschaft von Bretton Woods akzeptiert werden sollte, um weiterhin einen sich ausdehnenden Welthandel als Quelle überstaatlichen Reichtums zu retten. Doch, diese Lösung setzt feste Währungsparitäten voraus, denn nur auf derartiger Stabilität kann sich internationales Vertrauen in einem so vorrangig gewünschten Welthandel gründen. Doch von 1949 bis 1961 erlebten wir auf der Welt 200 Abwertungen (Franz Pick) und seitdem wohl an die 100 weitere. Die Währungen wurden zum schönsten Tummelplatz der Spekulation, und damit zu einer (weiteren) ernsten Untergrabung der Arbeitsmoral in der gesamten kapitalistischen Welt. Das schlimmste aber war, dass alle diese Rosskuren nichts halfen. Die Inflation stieg weiter, die Zinsen im internationalen Kreditgeschäft stiegen bereits weit über das bisher in der Geschichte höchste Niveau der kritischen Jahre von 1929 hinaus. Man schaffte im März 1968 den "Patron Gold" ab, weil man die Gefahr der Deflation mit Arbeitslosigkeit und Wirtschaftskrise verhindern wollte, und man schreit heute verzweifelt nach deflationistischen Massnahmen, weil die Inflation das Leben den Menschen zur Hölle macht und die Gefahr besteht, dass allzuviele einfach aus dem schönen Weltverein austreten. Handelssekretär Maurice Stans spricht erfreut Anfang 1969 von "Anzeichen, dass die Inflation nachlässt infolge der

Einschränkung übertriebener Wünsche und der unbedingt notwendigen Steuererhöhungen" (surtax); (übrigens als Teil einer ebenso weltweiten Deflationspolitik wie vorher der Export der Inflation von den USA aus die ganze Welt zwang mitzumachen). Geld ist eben nicht international abstrakt. Wer es als solches behandelt, entzieht ihm die Substanz, die allein hindert, ins Uferlose zu gehen. Der Weg aus dem heutigen Dilemma kann daher nur Staat für Staat gefunden werden. Die Gefahr des Zusammenbruchs ist den Herren in New York seit Jahren bekannt. Die "Revolte von rechts" ("Time") wird laufend stärker. So muss man daran gehen, diejenigen rechtzeitig zu suchen, die die Zeche zahlen sollen, will man selbst mit dem bleiben, was einem die Falschmünzerei bis heute eingebracht hat. Sucht man daher heute vielleicht eine Deflation neu einzuleiten? Etwa, indem man die BRD zur Aufwertung nötigt? (*28) Während zunächst noch die USA und England weiterhin in Saus und Braus leben (und exportieren) dürfen? (*29) Warum nicht die USA zum Verkauf ihrer mit so unsauberen Mitteln erworbenen Auslandsbeteiligungen zwingen, anstatt ihnen sogar noch zu helfen, ihren Raub zu behalten? "Die Dollarklemme ist auf den kurzfristigen Bereich begrenzt, dort aber eine drückende Realität. Wenn die Amerikaner einen Teil ihrer ausländischen Vermögenswerte verkaufen würden, hätten sie genug fremde Währungen." (Diwok, S. 84) Es genügt nun mal nicht die theoretische Erkenntnis, dass der mit Roosevelt so gross und verheerend blutig angelegte Weg unter der Führung des CFR und des Business Advisory Councils (R 21, 72) auf der Welt nur zu Zerstörungen geführt hat, und nicht zum Aufbau. Die Inspiratoren, die Anhänger der Grossen Rebellion gegen Gott und die Natur, haben abzutreten und ihre Beute fahren zu lassen. Das gebietet die Stunde. Eine Weltwirtschaft, die auf diesem grossen Raub aufgebaut ist, kann niemals lebensfähig sein, jagt man dem utopischen Phantom auch mit noch so vielen kapitalistischen Erfindungen, Sonderziehungsrechten, Sonderkrediten, Entwicklungshilfen usw. usw. (*30) nach. Das Mass aller Dinge ist und bleibt die menschliche Arbeitskraft, unterstützt von den ihr dienenden Maschinen. Und das Glück der Menschheit liegt nicht im grenzenlos und pausenlos ausgebauten "Fortschritt", sondern in dem Einbau der technischen Möglichkeiten in eine lebenswerte Welt. Dieses vergessen zu haben ist das hauptsächlichste Manko derjenigen, die unsere Welt zu einer kapitalistischen machen. Diejenige Regierung, die dem angebotenen Geld kein Halt! zuruft und nicht im Rahmen des Natürlichen bleibt, versündigt sich an der Seele ihres Volkes, auch wenn dieses zunächst nur die hohe Steuerlast sieht, die solches Tun mit sich bringt. Es ist auch im tiefsten Sinne unwahr, wenn der Direktor des IWF, Pierre Schweitzer, (am 6. Dez. 1968 vor dem Wirtschafts- und Sozialrat der UN) davon spricht, "den Ueberschussländern komme eine bedeutende Rolle zu bei der Wiederherstellung des Gleichgewichts". Ein solches hat in der Erfindung der "Weltwirtschaft" niemals bestanden. Dieses "Gleichgewicht" ist ja gerade die Utopie, die diese Personen der Welt als Wirklichkeit vorgaukeln wollen. Sie selbst sind es ja sogar, die diese Ungleichheit durch Zerstörung der gesunden Teile der Welt geschaffen haben. Ohne die von ihresgleichen gepredigten schimären Ansprüche sogenannter "Unterentwikkelter" wäre diese Ungleichheit niemals so fühlbar, so sichtbar geworden, wie sie heute betonter Ausdruck der Oeffentlichen Meinung ist. Alle ihre Vorschläge, die derart geschaffene Unausgeglichenheit auf allen Ebenen zu beseitigen, sind dabei ebenso in der lebenswidrigen kapitalistischen Denkweise verhaftet, wie das ursprüngliche Programm von der Einen Welt: Sozialismus, Fabianismus, Kommunismus usw. Keiner dieser Wege führt darum wirklich heraus aus dem Teufelskreis, den man mit Hilfe des Geldes um uns gezeichnet hat. Erst mit dem Verzicht auf Weltherrschaft, egal unter welchem Titel, und mit der freien Entwicklungsmöglichkeit gegenseitig tatsächlich unabhängiger Völker

verschwinden auch wieder die Gespenster, die uns heute peinigen. Das einzig Richtige wäre daher heute, rechtzeitig aus der grossen zum schrecklichen Scheitern verurteilten Weltspekulation auszusteigen, die man mit dem Dollar über Weltbank, UNCTAD usw. betreibt. Dafür den richtigen Zeitpunkt zu finden, darin besteht heute die eigentliche Kunst derjenigen Staatsmänner, die noch das Wohl ihrer eigenen Völker vor das der Auserwählten stellen.

Erneut wurde bei den Verhandlungen in New York im Oktober 1969 klar, dass man mit der Schaffung der SDR gedankliche Konstruktionen ohne sachlicheren Hintergrund als die augenblickliche Situation der Mitgliedstaaten in die Tat umsetzen will, dass man der Dynamik der Völker begegnen will mit der künstlichen Stagnation der übernationalen Welt. Auf der einen Seite befürchten die Nicht-Angelsachsen erneut, dass diese Geldausweitung von insgesamt 9½ Milliarden Dollar die Inflation nicht nur fortsetzen, sondern sogar beschleunigen wird, weil weder die USA noch Grossbritannien (die beide nicht Herren ihrer Währung sind) von ihren weltwirtschaftlichen Prätentionen abgehen werden. Und andererseits beanstanden die weniger- oder unterentwickelten Länder, dass sie nur insgesamt über 1,4 Milliarden Dollar von dieser Summe Neugeld werden verfügen können. Kein Wunder, dass man dieses famose System bereits als den "Klub der Reichen" bezeichnet hat. Alexandre Lamfalussy, Direktor der Banque de Bruxelles, erklärte denn auch: "Es wird praktisch kein Hindernis geben, um zur Vorherrschaft des Dollars zu gelangen. Das beinhaltet, dass die ganze Welt ausserhalb der Vereinigten Staaten ihre Unabhängigkeit auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik verliert, und dass wir (die Europäer) den Typ von Inflation oder Deflation annehmen müssen, den die Vereinigten Staaten vorschreiben. Mir fehlt der Mut, die politischen Folgen eines derartigen Verlustes der wirtschaftlichen Souveränität darzustellen; ich beschränke mich darauf, sie als niederschmetternd zu bezeichnen, und zwar sowohl für die Vereinigten Staaten selbst wie für den Rest der Welt." Man beachte, dass die Advokaten einer freien Welt, eines immer stärkeren Welthandels, einer Oeffnung aller Türen, das heisst diejenigen, die immer bereit sind, nationale Opfer für die Weltwirtschaft zu bringen, hier einmal wieder an einem Punkt angelangt sind, da ihnen selbst Angst wird vor den Folgen ihres Handelns. Denn die Ausstellung von SDR ist ja für einen jeden mehr oder weniger ein grosses Geschenk (solange der Glaube an das Stück Papier hält, natürlich), und man möchte nun doch nicht (oder noch nicht) den letzten Schritt der Einweltler tun, und den Habenichtsen etwa soviel schenken, dass sie dank dieses internationalen Buchgeldes gleich reich würden wie diejenigen, die Tausende von Jahren, Schweiss und Blut und Disziplin dazu benötigten, ihre heutige Position zu erringen, und man möchte ebensowenig den Prozess der Zentralisierung, den diese Welt unter der Leitung der Weltbank durchführen soll, weiter vorantreiben, da eine derartige Politik zwangsläufig zur Diktatur der New-Yorker führen müsste. Eine Diktatur, die im übrigen ja heute bereits jederzeit wahr werden kann, denn rechtlich stehen ihr keine Hindernisse mehr im Wege. Der Weltwährungsfonds (International Monetary Fund, IMF) ist Ergebnis der Abkommen von Bretton Woods aus dem Jahre 1944, seine Schaffung liegt also vor der der Vereinten Nationen. Der IMF ist nicht Teil der UN, noch haben die UN irgendwelche Kontrollmöglichkeiten über ihn. Im Gegenteil: Der IMF kontrolliert seinerseits die UN in allen ihren finanziellen und kaufmännischen und industriellen Angelegenheiten. Der IMF steht ausserhalb jeglicher Landesgesetze und ausserhalb jeglicher Besteuerungen, mögen diese national oder international bestehen. Der IMF kann nicht Gegenstand irgendeines Gerichtsverfahrens sein ohne seine eigene vorherige Zustimmung. Mit anderen Worten, der IMF setzt sich selbst seine Gesetze. Und wer kontrol-

liert diesen IMF? Artikel II des Uebereinkommens zur Gründung des IMF lautet: "Die ursprünglichen Mitglieder des Fund sollen diejenigen jener Länder sein, die auf der United States Monetary and Financial Conference anwesend waren und deren Regierungen die Mitgliedschaft anerkennen." IMF-Mitglieder sind also nicht Länder, sondern Personen, deren Regierungen die Mitgliedschaft anerkennen! Diese Personen haben die Macht in Händen, nicht die Regierungen, die sie vermeintlich vertreten! Und wer ist zB das amerikanische Mitglied? Kein anderer als C. Douglas Dillon. Ihr Präsident Mc Namara aber befiehlt den Staaten, ihre Steuern zu erhöhen, die Korruption zu beseitigen und seine internationalen Richtlinien anzunehmen. Die erlaubten Gewinne sollen also Land für Land von oben festgelegt werden. Der IMF will bestimmen, was moralisch ist und was gegen die Internationale Moralität verstösst. Wir werden gleich noch einmal auf diese erstaunliche Diktatur in unserer demokratischen Welt zurückkommen, denn sie hat bereits ganz konkrete Folgen.(*30a)

Jedenfalls steht man bereits sichtbar an den Grenzen dieser Form der Weltbeherrschung, wenn sich ein Land, die BRD, weigert, aufzuwerten (und erst mit 1 Prozent der Wählerstimmen dazu gebracht werden muss), und wenn ein anderes Land, Frankreich, abwertet, ohne seine Kollegen darüber vorher verständigt zu haben, wie man allsogleich grollend feststellte. Auf der Banken-Allianz in Paris im Jahre 1913 wurde bereits festgestellt: "Die Stunde hat geschlagen für die Hochfinanz, öffentlich ihre Gesetze der Welt zu diktieren, so wie sie es bisher im Verborgenen getan hat ... Die Hochfinanz ist berufen, die Nachfolge der Kaiserreiche und Königtümer anzutreten, mit einer Autorität, die sich nicht über ein Land, sondern über den ganzen Erdball erstreckt."(*31) Und Serge Sulin, einer der bedeutendsten Journalisten unserer Zeit, konnte im November 1941 in der Brüsseler Zeitung "Le Rempart" in Kenntnis dieser Zusammenhänge die für damals sensationellen Prophezeiungen unter der Ueberschrift "Dollarimperialismus" machen:

1) Der zukünftige Sitz des Völkerbundes wird New York sein. Man wird das Weltzentrum des Calvinismus verlassen (Genf), um in das Weltzentrum des Zionismus zu gehen (New York).
2) Nach dem Kriege werden die Amerikaner die Europäer zwingen, Afrika zu verlassen, um dort Republiken nach dem Muster Liberias zu gründen.
3) Südamerika werden die Amerikaner mit Hilfe von Finanzexperten übernehmen. Der finanzielle Druck geht immer dem politischen voran.
4) Der zukünftige Konflikt nach diesem Kriege wird sich austoben zwischen den Logen (Freimaurerei) und den Zellen (Kommunismus).

Dieser letzte Punkt findet denn auch vielleicht Bestätigung in Vorgängen, die sich in unserer Berichtzeit in den Vereinigten Staaten zugetragen haben. Da erfahren wir zum Beispiel, dass die Generalversammlung der UN am 12. Dez. 1968 beschliesst, Portugal und Südafrika alle Weltbankkredite zu sperren. Die Weltbank antwortet jedoch darauf, "dass jeder Versuch, diesen Beschluss durchzuführen, als illegal anzusehen ist. Die formell eingegangenen Kreditverpflichtungen der Weltbank können durch Beschlüsse der UN nicht aufgehoben werden." Diese Antwort ist völlig folgerichtig. Denn, wie wir bereits soeben in anderem Zusammenhang ausführlich darstellten, die Weltbank, oder besser der Weltwährungsfonds, wurde 1944 geschaffen, als es überhaupt noch keine Vereinten Nationen gab. Er ist auch später nie Teil der UN geworden. Diese haben auch keinerlei Kontrollfunktionen über den IWF. Das Gegenteil ist vielmehr Tatsache, auch wenn es nirgends festgelegt wurde. Der Internationale Währungsfonds kontrolliert die UN in ihren finanziellen und Entwicklungsangelegenheiten. Der IWF ist auch keinem anderen Einzelstaat unterworfen, er zahlt weder einem Staat noch irgend einer internationalen Organisation Steuern oder

irgendwelche anderen Abgaben. Er kann ohne eigene Zustimmung auch nicht Gegenstand irgend eines Gerichtsverfahrens sein, da kein Gericht für ihn zuständig ist. Es handelt sich also um eine Behörde, der niemand Befehle erteilen kann. Dabei setzt diese Behörde sich nicht etwa aus verschiedenen Regierungen oder Staaten zusammen, sondern aus "individuals, whose governments accept membership", aus Einzelpersonen aus Ländern, deren Regierungen durch Zahlung einer Mitgliedsquote ihren Willen zum Beitritt ausgesprochen haben (Art. II der konstituierenden Akte). Ist es also eine Organisation, der niemand Befehle erteilen kann, so ist es nur ein ganz kleiner Schritt in das umliegende Machtvakuum hinein, nunmehr umgekehrt von hier aus anderen Befehle zu erteilen. Das aber ist ganz unverblümt jetzt von Mc Namara geschehen. Und zwar sind das gleich Befehle, die bis ins fernste indische Dorf und zum bescheidensten Eskimoiglu reichen: Ich befehle euch, wieviel Kinder ihr haben dürft! Und der andere Befehl geht an die Regierungen und lautet kurz und bündig: "Wir müssen bis 1975 die Auslandshilfe auf mindestens 7/10 Prozent des Nationalprodukts bringen." Und wer befiehlt das? Das amerikanische Mitglied zB heisst C. Douglas Dillon, Hochgradfreimaurer.

Andererseits erfahren wir, dass es ausgerechnet "Life", Organ der Weltfreimaurerei, ist, welches durch einen entsprechenden Tatsachenbericht den Exponenten des Zionismus, Abe Fortas, auf dem Wege zum Präsidium des Obersten Bundesgerichts, zu Fall bringt. Die Unterschiedlichkeit der Konzepte, unter welchen die einen und die anderen ihre Weltherrschaft gerne antreten möchten, und auf die wir bereits hinwiesen (R 497), dringt in solchen Momenten an die Oberfläche. Nixon erlaubt das dann für den Augenblick, den Eindruck eines Mannes zu erwecken, der seinem Wahlauftrag treu bleibt (*32), dem Auftrag nämlich, den ihm derjenige (für die Wahl entscheidende) Teil der Rechten mitgab, der nicht sowieso kurzerhand Wallace als den ehrlicheren Mann ansah. (*33)

Ein solcher Augenblick war mit der Ernennung Warren Earl Burgers zum Obersten Richter gegeben (21.5.69). Denn Burger war bekannt als konservativ, als ausgesprochener Gegner der Begünstigung des Verbrechertums, wie sie von seinem Vorgänger Earl Warren betrieben wurde, verantwortlich, in Zusammenhang mit der Förderung obszöner Literatur durch den gleichen Obersten Gerichtshof, für die Zunahme der Verbrechen in den USA. (*34) Doch die eigentlichen Herren der Lage zeigten auch in diesem Fall sofort, dass sie nicht gewillt sind, ernstliche Einbrüche in ihre Festung hinzunehmen. Denn am 16. Juni 69 erklärte das Oberste Gericht, noch unter Earl Warren, den Beschluss des Repräsentantenhauses für verfassungswidrig, wonach dieses dem Neger Adam Clayton Powell seinen Sitz entzogen hatte (März 1967) wegen liederlichen Lebenswandels und übler, gesetzwidriger Geschäftsmethoden. Es war klar, dass er nur wegen seiner schwarzen Hautfarbe Abgeordneter gewesen war. Und es wurde jetzt durch den (letzten) Urteilsspruch Earl Warrens klar, dass nur diese ihm das Recht gibt, es auch weiterhin zu sein. Das für einen auf Gesetz und Ordnung ruhenden Rechtsstaat unmögliche Urteil besagt, dass niemand der Sitz im Abgeordnetenhaus entzogen werden könne, wenn er die folgenden drei Bedingungen erfüllt: Mindestalter 25 Jahre, seit wenigstens 7 Jahren amerikanischer Staatsbürger, und Wohnsitz in dem Staat, der ihn gewählt hat. Im übrigen aber kann er nach Auffassung von Earl Warren das schmutzigste und verbrecherischste Geschöpf Nordamerikas sein, er bleibt Abgeordneter. Diese Lehre für den von Nixon ernannten Burger wurde noch dadurch klarer, dass gerade Burger es war, der seinerzeit den Entscheid des Repräsentantenhauses gegen Powell unterstützt hatte. Doch eigentlich hätte es selbst dieser Drohung gegen etwaiges Eindringen sauberer Kräfte in die Regie-

rung kaum bedurft, denn schon aus Anlass der Ernennung Burgers hatte die Presse beruhigend und deutlich genug gesagt: "Ebenso klar ist aber auch, dass Burger nicht versuchen wird, rückgängig zu machen, was auf diesem ("sozialreformerischen") Gebiet vom Supreme Court entschieden wurde." ("NZZ" 23. 5.69) Den Abgang Earl Warrens aber charakterisiert der republikanische Senator Strom Thurmond mit den Worten: "Seine Entscheidungen waren Meilensteine auf dem Rückzug von der zivilisierten Ordnung. Unter Warren haben die Gerichte ein Regime des Terrors gegen die gesetzestreuen Bürger aller Rassen errichtet."(*35) Warren Burger begriff sehr schnell, wie man sich in Washington zu benehmen hat. Am 29. Juni 1969 wurde das erste Mal in der Geschichte im Weissen Haus ein religiöser Gottesdienst von einem Rabbiner abgehalten, und es war kein anderer als der Talmudlehrer Earl Warrens, Rabbi Louis Finkelstein, der niemand anderem als den beiden Familien Nixon und Warren Burger die Predigt hielt. Nixon hielt persönlich die Ansprache im Obersten Gericht bei Earl Warrens Dienstbeendigung und aus gleichem Anlass wurde Earl Warren unter Beteiligung sogar einer Militärkapelle noch einmal am 29. Juni am Lincoln-Mahnmal mit einer Rede Arthur Goldbergs im Beisein Katzenbachs und anderer Zionisten geehrt, sodass man kaum deutlicher die Hörigkeit der "Regierung" der Vereinigten Staaten gegenüber der Freimaurerei zum Ausdruck bringen konnte.

Was wir von der Justiz in den USA zu halten haben, zeigt die folgende Zusammenstellung höchster USA-Richter, die wir der Zeitschrift "Common Sense" (1.6.1970) entnehmen:

Earl Warren: Keinerlei richterliche Tätigkeit bevor er Höchster Richter wurde.
Hugo L. Black: Keine richterliche Erfahrung.
Stanley F. Reed: Keine richterliche Erfahrung.
Felix Frankfurter: Keine richterliche Erfahrung oder überhaupt irgendwelche Rechtsausbildung.
Robert H. Jackson: Behauptet, das Richteramt ausgeübt zu haben, doch niemand weiss, wo.
William O. Douglas: Keine richterliche Erfahrung.
Sherman Minton: Keine richterliche Erfahrung.
Tom C. Clark: Keine richterliche Erfahrung.
John M. Harlan: Ein ganzes Jahr richterlicher Betätigung.
Potter Stewart: Vier Jahre richterlicher Betätigung.
Abe Fortas: Keine richterliche Erfahrung.
Byron R. White: Keine richterliche Erfahrung.
Arthur Goldberg: Nicht ein einziger Tag richterlicher Betätigung.
Thurgood Marshall: Drei Jahre Richter.

Die Qualifikation für diese höchsten Richterstellungen erwarben sie durch ihre rassische oder politische Färbung. "Noch immer sind wir Zeugen der eigenartigen Tatsache (! D.V.), dass das Recht der Wirklichkeit vorauseilt – ein übrigens sehr amerikanisches Phänomen" (Dahrendorf, S.38). Und ein sehr Dahrendorfsches Phänomen, in diesem Vorauseilen nicht die Hand einer festgefügten Umerziehungsorganisation zu sehen. Vergebens warnt ein Demokrat wie Alexis de Tocqueville schon 1848: "Die Prinzipien, auf denen die amerikanische Verfassung beruht, jene Prinzipien der Ordnung, des Gleichgewichts der Mächte, der wahren Freiheit, der tiefen und aufrichtigen Achtung für das Recht sind für alle Republiken unentbehrlich. Man kann von vorneher-

ein sagen, dass dort, wo sie fehlen, die Republik bald aufgehört haben wird zu bestehen."

Die gleiche, von Lenin schon vorgeschlagene Taktik des "Zwei Schritte vor, einen zurück" wendet Nixon auftragsgemäss im Rahmen der weitergehenden so verheerenden Integrationspolitik an.

Eine "Integrationspolitik", die in keiner Weise den Wünschen der Neger entspricht. Nicht nur die Zunahme der Studien zur afrikanischen Geschichte auf allen Universitäten zeigt das, sondern vor allem auch der "Wiedergutmachungsanspruch", den sie gegen Christen und Juden erheben. In Kirchen und Synagogen drang man ein und forderte Geld. Bürgermeister Lindsay von New York stellte Polizei zum Schutz des Gottesdienstes zur Verfügung. Zunächst wurden 50 Millionen Dollar gefordert, dann wurden es 500 Millionen "für die in den letzten 300 Jahren erlittene Unterdrückung" durch die Weissen, unter denen sich die Juden als Sklavenhändler hervortaten. Dann stellte CORE (der uns bereits bekannte Congress of Racial Equality) auf einer Bankierskonferenz in Chicago die interessantere Forderung von 6 Milliarden Dollar auf. In Antwort darauf erklärte die Orthodoxe Rabbinergruppe (Fallsburg NY, 26.6. 69) einstimmig, dass derartige Forderungen abzulehnen seien, während die Reform-Rabbis den Ton auf die weitere Notwendigkeit der Unterstützung der schwarzen Bürgerrechtsbewegungen legten, "und man nicht den antisemitischen Aeusserungen einiger schwarzer Politiker erlauben dürfe, eine Spaltung zwischen Juden und Negern zu schaffen".

Als etwa 1 000 Schuldistrikte im Lande angesichts der niederschmetternden Erziehungserfolge solcher Politik sich entschlossen weigern, den Entschluss des Warren-Gerichts vom Mai 1954 durchzuführen, das heisst weisse und schwarze Kinder zusammen zu unterrichten, hatte Johnson kurzerhand diesen sauber gebliebenen Schulen die Bundeshilfe verweigert. Jetzt ging Nixon unter dem Druck der Erfahrung dieser Gleichmacherei den berühmten einen Schritt (es war praktisch kaum ein halber) wieder zurück, indem er für "schwierige Fälle" dennoch "ausnahmsweise" gnädigst auch segregationistischen Schulen weiterhin staatliche Beihilfe gewähren will. Dabei ist heute bereits durch wissenschaftliche Arbeiten in den Vereinigten Staaten selbst einwandfrei erwiesen, dass die Schulintegration völlig unmöglich ist, WEIL WEISSE KINDER INTELLIGENTER SIND ALS SCHWARZE KINDER. Diese TATSACHE, diese WAHRHEIT ist das Ergebnis der von niemandem angezweifelten Untersuchungen des Dr. Arthur R. Jensen, der seit 1958 an der Universität von Berkeley als Psychologieprofessor tätig ist. Das Ergebnis seiner Untersuchungen, um dieses noch einmal konkret zu wiederholen, ist, dass die psychologischen Tests einen Unterschied von wenigstens 15 "I.Q." (Intelligenz-Quote) zwischen den beiden Rassen ergaben und damit "die Existenz struktureller Unterschiede zwischen ihnen und die Erblichkeit derselben" bewiesen wurde. Dieser Niveauunterschied ist besonders deutlich bei der Fähigkeit abstrakten Denkens, das heisst jener Funktion, die nach abendländischer Auffassung das Wesen der Intelligenz ausmacht. Andererseits erzielten die Schwarzen bessere Resultate bei den Gedächtnistests. Jensen stellte daher fest, dass das auf der Integration beruhende Erziehungsprogramm dringend geändert werden müsse, da es schwere Erziehungsschäden für die Weissen mit sich bringt, ohne dass selbst bei noch so einseitiger Förderung der Schwarzen (bessere Lehrer, besondere Methoden usw. usw.) diese nicht zu besseren Intelligenzleistungen gebracht werden können. Dabei ist ja der Zusammenbruch der bisherigen Schulpolitik schon feststehende Tatsache geworden. Dr. Jensen fragt, warum das der Fall ist. "Wenn eine Brücke zusammenbricht, wenn ein Flugzeug nicht hochsteigt, wenn eine Maschine nicht geht, wenn eine Behand-

lung kein Ergebnis zeitigt, dann beginnt man, sich zu fragen, ob die dazu führenden Ueberlegungen richtig waren, ob man sich nicht irgendwo geirrt habe. Genau so muss man es bei der Erziehung tun."(*36) Dr. Jensen besteht darauf, dass die Intelligenz genau so als biologische Tatsache untersucht werden kann, wie andere Vorgänge. Und er betont, "ich bin klarer Gegner derjenigen, die meinen, man dürfe die Wahrheit auf wissenschaftlichem Wege nur unter gewissen Umständen suchen, und die sich dazu weigern, wenn das Ergebnis ihnen nicht passt, oder die meinen, dass die Ergebnisse gewisser Arbeiten nicht veröffentlicht werden dürften". Deutlich wendet sich Dr. Jensen also gegen den Missbrauch der Wissenschaft, wie er heute von der Freimaurerei und vom Judentum betrieben wird. Jensen widerlegt so den Unsinn, den die uns bekannten politischen Utopisten in die Welt setzten, dass nämlich die Menschen von Geburt aus gleich seien und dass erst die Umgebung sie dann verändert. DIE MENSCHEN SIND VON GEBURT AUS NICHT GLEICH UND NICHTS IN DER WELT KANN DIESE NATUERLICHE UNGLEICHHEIT JEMALS VERAENDERN. Das ist die unumstössliche Wahrheit. Da schreibt zB ein Jude namens Keppel, nordamerikanischer Erziehungsbeamter: "Alle Kinder haben im Augenblick der Geburt die gleichen virtuellen Möglichkeiten. Die Unterschiede kommen erst später." Falsch, Herr Keppel!

Die Grosse Presse hat denn auch sofort entsprechend hektisch reagiert: "New York Times": "Das Handikap der Erblichkeit". "Time": "Intelligenz: Gibt es rassische Unterschiede?". "US-News and World Report": "Können die Schwarzen dieselben Dinge auf gleiche Art lernen?". "The International Herald Tribune" aus der Feder von Joseph Alsop: "Dr. Jensen, einer der berühmtesten Pädagogen Amerikas hat soeben ausgesprochen, was niemand vor ihm gesagt hat ... Nach dem Handikap der rassischen Diskriminierung gehen die schwarzen Nordamerikaner nun ihren Lebensweg noch mit dem zusätzlichen Handikap der Erblichkeit." Und James J. Kilpatrick schreibt im "Evening Star" /Washington: "Vielleicht wird es jetzt möglich sein, einen Gegenstand frei zu diskutieren, den man seit 40 Jahren verschwiegen hat. Dr. Jensen wird vielleicht von gewisser Seite als Ketzer bezeichnet werden. Denn eine richtige Religion hat sich bei den Anthropologen, Psychologen und Erziehern entwickelt, eine regelrechte autoritäre Theologie. Mit glühendem Bekenntnis wurden ihre Glaubenssätze angenommen und wer sie verletzte, wurde öffentlich exkommuniziert. Keiner ihrer Glaubenssätze aber wurde so ehrgeizig verteidigt wie die Behauptung, dass die intellektuellen Fähigkeiten der Weissen und der Schwarzen identisch seien." "Sunday Telegraph"/London schreibt: "Diese Debatte wird die tiefsten ideologischen Folgen haben. Die ganze amerikanische Politik der rassischen Integration ruht doch auf dem Postulat, dass die Kinder bei ihrer Geburt die gleichen Geistesgaben haben."

Was bleibt also übrig? Der Jude Dr. Leon Eisenberg, Psychiater in Harvard, sagt's deutlich: "Weil diese Tests zu derartigen Ergebnissen führen, sind sie zu unterdrücken." Und als sich eine Reihe von Wissenschaftlern und Erziehern an die nordamerikanische Nationale Wissenschaftliche Akademie wendet, damit diese ohne Verzug eine allgemeine Studie über die rassischen genetischen Differenzen ausarbeite, und sofort das bestehende Unterrichtswesen dementsprechend geändert werde, da wird dieser Vorschlag zurückgewiesen mit 200 Stimmen gegen 10 – bei 640 Stimmenthaltungen! Der Präsident der Akademie der Wissenschaften, ein gewisser Dr. Frederick Seitz, Hochgradfreimaurer, sagt: "Derartige Untersuchungen sind sehr schwierig und laufen Gefahr, falsch verstanden zu werden."(*37) Der Stanforder Universitätsprofessor Dr. Schockley antwortete ihm treffend: "Mangel an Mut und an Verantwortungsbewusstsein." Wir fügen hinzu: ein selbstverständliches Ergebnis in unserer von der

Freimaurerei und dem Zionismus geleiteten Gesellschaft, die von Grund auf wissenschaftsfeindlich eingestellt ist.(*38)

Die Lage wird jedoch so unhaltbar, der Graben zwischen oktroyiertem "Recht" und menschlicher Praxis öffnet sich so weit, dass Nixon Anfang 1970 gezwungen wird, eine Erklärung zur Frage der Schulsegregation abzugeben, die das Eingeständnis völligen Versagens der naturwidrigen Freimaurerutopie von der Rassenintegration beinhaltet. Nach Herrn Nixon, immerhin Präsident der Vereinigten Staaten, hat man zwischen der De-jure-Segregation und der De-facto-Segregation zu unterscheiden. Das heisst: niemand darf sich gegen das Bundesgerichtsverdikt wenden, wonach Rassentrennung in Schulsachen bekanntlich verboten ist. Aber überall dort, wo solche Rassentrennung de facto besteht, muss sie, wenn auch "unerwünscht"(!) aufrechterhalten bleiben, denn "die Schulen sind in erster Linie dazu da, eine Erziehung guter Qualität zu bieten und dürfen nicht sozialreformerischen Plänen dienen". Selbst ein so faschistisch anmutender Satz wie der folgende tritt auf: "Die Atmosphäre des Elternhauses ist ein höchst bedeutsamer Erziehungsfaktor", und sogar die verteufelte Apartheid wird gepriesen: "Der kulturelle Pluralismus ist zu fördern. Gruppenidentität und Gruppenstolz sind von grosser Bedeutung, solange die offene Gesellschaft die nötige soziale Mobilität aufweist." So sagt also der Präsident seinem Lande, dass man die Gesetze des Herrn Earl Warren weiterhin zu beachten habe, aber nicht einen Millimeter weiter zu gehen braucht, als bis dort, wo diese Gesetze enden. Er nimmt also n i c h t diese Wahnsinnstaten zurück. Er gehorcht seinen Auftraggebern und legt eine notgedrungene Atempause auf dem Weg in den Abgrund ein. Denn das ist ja inzwischen geschehen: Die Privatschulen schiessen im ganzen Lande wie Pilze aus der Erde. Man nimmt die Kinder aus den öffentlichen, antichristlichen, antinationalen Schulen und lässt sie privat erziehen. "Der einzige Unterschied zwischen den beiden Schultypen besteht darin", sagt Prof. Garrett, Columbia University, "dass die öffentlichen Schulen herrliche Gebäude aus Beton ihr eigen nennen, die Privatschulen aber oft in ärmlichen Behausungen untergebracht werden müssen." Denn man meint, den Befehl der Utopisten von der Geldseite her weiter realisieren zu können: Nixon verspricht in der gleichen Botschaft den Schwarzen weitere riesige Mittel zur Etablierung guter Schulen, und Nixons Erziehungsminister Finch sagt: "Wir werden die unabhängigen Schulen schärfer besteuern." Der irisch-amerikanische Journalist John Synon antwortet ihm: "Es kommt dann eine Zeit, wo das Gesetz zum Fenster hinausweht (But there comes a time when law goes out of the window). Wir Südländer haben wahrhaftig im Rahmen der Gesetze gelebt. Aber es kann auch anders kommen. Was in der Zukunft geschieht hängt davon ab, wie weit Nixon zu gehen wagt. Er kann weitergehen auf seiner Fahrt, so wie einst Englands Georg III., bis er dann den vollen Sinn jenes Wortes erkennt, das da heisst: NIEMALS. Und dann fliesst Blut auf den Strassen. Er kanns tun. Wir werden sehen." Und Wallace, der in der vorigen Präsidentenwahl 10 Millionen Stimmen gegen allen Terror und alle Verleumdung auf sich vereinigte, warnt Nixon am 18. Januar 1970 im Fernsehen: "Sie werden die Wahlen von 1972 niemals gewinnen, wenn Sie nicht der Zerstörung unseres öffentlichen Schulwesens Einhalt gebieten." DA nämlich liegt der Hase im Pfeffer: Der Weg der Utopisten führt zur sicheren Niederlage bei der nächsten Präsidentenwahl. Einen neuen Weltkrieg aber, wie ihn rettend einst Roosevelt angesichts der gleichen Katastrophenpolitik auslöste, kann sich das Land nicht mehr leisten. So tritt man notgedrungen auf der Stelle und versucht, um Gottes (Verzeihung: um des Grossen Architekten, wie ihn die .˙. nennen) willen, nirgends, einmal erobertes Gelände wieder frei zu geben. Dem aber dienen weiterhin unentwegt die "Fachleute" und "Wissen-

schaftler". So, wie sie auch inzwischen die übrige der Freimaurerei geöffnete westliche Welt mit Experimenten und Tests verseuchen, die den Eltern weismachen sollen, dass sie kein Recht auf ihr Kind haben, weil sie es falsch erziehen, ja dass sie selbst wegen seinerzeitiger falscher Erziehung überhaupt nur noch als Steuerzahler und als Stimmvieh ein Lebensrecht haben, nicht aber als Eltern, so wird auch das allgemeine "wissenschaftliche" Bild unserer Welt laufend weiter gefälscht. Dabei steht schon deswegen alle Integrationsplanung der USA auf Flugsand, weil man gar nicht weiss, wieviel Neger es dort überhaupt gibt! Offiziell etwa 22 Millionen. Inoffiziell etwa 40 ("WO", 1. 5.70). Wallace aber wird im Juni 1970 wiedergewählt als Gouverneur von Alabama und sichert sich so die rechtliche Grundlage für seine Nominierung als Präsidentschaftskandidat 1972. VON JETZT AN IST ALLES PATRIOTISCHE GEHABE NIXONS UND AGNEWS NUR VON DIESER BEDROHUNG SEITENS DER EHRLICHEN PATRIOTEN NORDAMERIKAS HER ZU VERSTEHEN. Von jetzt an wird die gesamte Weltpresse mehr denn je versuchen, Wallace totzuschweigen, so wie man seine 10 Millionen Wähler bei der letzten Wahl einfach nicht sehen wollte. Und man wird Nixon Spielraum geben, damit er bei allen denen als nationaler Mann erscheinen kann, die diese Zusammenhänge nicht kennen; die sich freuen, aus dem Munde Agnews scharfe Worte gegen die Studentenunruhen zu hören, wie sie sonst von den Meinungspotentaten nicht gebraucht werden, und die dabei völlig übersehen, dass das nur geschieht in Angst davor, dass diese Revolution (die ihnen so sehr erwünscht war, solange sie die nationalen Traditionen zerschlug und den Glauben zersetzte) Richtung einnehmen könnte gegen die wirklichen geheimen Zentren unseres Establishments, dass es "New Fascists" und "Rassisten" geben könnte: "Stellen Sie sich doch nur vor, diese Leute trügen Braunhemden!" schreit er besorgt den in Fort Lauderdale am 28.4.70 versammelten Republikanern zu. Das ist die leninistische Taktik der Herren Nixon/Agnew und ihrer Hintermänner. Dummstolz geht die "nationale" Presse auch in der BRD auf diesen Leim, anstatt von Wallace zu sprechen. Man verschweigt, dass Nixon im Mai 1970 vom Kongress "nur" weitere 1,5 Milliarden (!) Dollar anfordert "zur Beschleunigung der Schulintegration in den nächsten zwei Jahren".

Im übrigen ist es ja eine ganz allgemeine Tatsache, dass sich beide Kinder der Aufklärung, die USA sowohl wie die UdSSR, der Privatkapitalismus wie der Staatskapitalismus, laufend von uns nationalen Sozialisten und Gläubigen die Argumente ausborgen, um sich gegenseitig zu bekämpfen. Und wenn diese dann in der Rede eines Staatsmannes oder in einer Zeitschrift erscheinen und so publik werden, druckt sie die nationale Presse ab, als hätte sie solche Bestätigung nötig.

Zwei weitere Beispiele mögen belegen, mit welcher Leichtfertigkeit "Wissenschaftler" manipulieren, um die politisch gewünschten Ergebnisse an die Wandtafel schreiben zu können. Da lehrt an der Universität in Johannesburg ein Professor P.V. Tobias und hält Vorträge in Südafrika und natürlich New York zu dem Thema "Brain Size, Grey Matter and Race, Fact or Fiction?" (Grösse des Gehirns, Graue Masse und Rasse, Tatsache oder Einbildung?) und behauptet, dass die Funde ältester Schädel der Menschheit belegen, dass es biologisch keine Rassenunterschiede gibt. Damit meint er belegen zu können, dass "die Menschheit in ihre Periode steilen Aufstiegs eintritt, in eine kulturelle und geistige Entwicklung, die Kenntnisse und eine die ganze Menschheit umfassende Liebe deutlich mit ergreift". Als Professor F.J. Irsigler, Krugersdorp, ihn auf die völlige Unvereinbarkeit solcher Schlüsse mit den Tatsachen hinweist, erhält er den folgenden Brief: "Wegen meiner bevorstehenden Abreise nach Amerika bin ich nicht in der Lage, im Augenblick im Einzelnen

Ihnen zu antworten. Ich möchte daher nur sagen, dass der Unterschied in unserer Betrachtungsweise im wesentlichen der ist, dass Sie nur eine sehr kurze Zeit betrachten, die den Weg der Menschheit in einigen Dekaden und Jahrhunderten, vielleicht höchstens ein paar Jahrtausenden umfasst, während die Ansicht, die ich wiederzugeben versuchte, eine Entwicklungsbetrachtung darstellt. Und Entwicklung arbeitet nicht in Zeitspannen von so kurzer Dauer. Wenn man seinen Blick auf viele Tausende von Jahren ausdehnt und die Geschichte der Menschheit über Zehn- und Hunderttausende von Jahren ausdehnt, dann meine ich einige Berechtigung zu finden für die Ansichten, die ich wiedergab und die sich danach entwickeln." Kann die Utopie solcher "Wissenschaftlichkeit" noch deutlicher werden? "Eine leidenschaftliche Liebe zur gesamten Menschheit" also ist nicht in den letzten (und bekannten) historischen Jahrtausenden zu spüren, sondern nur, wenn man bis zum Homo Australopithecin zurückgeht. Wir sind also danach humanitärer gesonnen als die Neanderthaler. Immerhin! Und darum geht es jetzt im Scheinwerferlicht der Weltfreimaurerei steil aufwärts mit der Menschheit. Wie lautete noch das Gebet, das der Feldgeistliche William B. Downey von der Hope Lutheran Church in Minneapolis vor dem Start der drei Maschinen mit den Atombomben für Hiroshima sprach?: "Allmächtiger Vater, der Du die Gebete jener erhörst, die Dich lieben, wir bitten Dich, denen beizustehen, die sich in die Höhen Deines Himmels wagen und den Kampf bis zu unseren Feinden vortragen. Behüte und schütze sie, wir bitten Dich, wenn sie ihre befohlenen Runden fliegen. Mögen sie, so wie wir, von Deiner Kraft und Deiner Macht wissen und mögen sie mit Deiner Hilfe diesen Krieg zu einem schnellen Ende bringen. Wir bitten Dich, dass das Ende dieses Krieges bald kommt, und dass wir wieder einmal Frieden auf Erden kennen. Mögen die Männer, die in dieser Nacht den Flug unternehmen, sicher in Deiner Hut sein und mögen sie unversehrt zu uns zurückkehren. Wir werden im Vertrauen auf Dich weiter unseren Weg gehen, denn wir wissen, dass wir jetzt und für alle Ewigkeit unter Deinem Schutz stehen. Amen."

Das andere Beispiel finden wir in "Match", 26. April 1969. Da wird von einer wissenschaftlichen Konferenz von 600 "Fortschrittlern", Gynäkologen, Psychiatern, Aerzten in Monaco gesprochen, auf welcher ein Professor Trèmolières an Hand von Versuchen an Mäusen nachweist, dass für die Entwicklung des Kindes entscheidend ist die Ernährung der Mutter während der Schwangerschaft. Kinder unterernährter Mütter können später niemals mehr einen solchen Mangel aufholen. Diese Aussagen als solche beruhen auf wissenschaftlichen Forschungen und haben unserer Meinung nach zunächst wirklich nichts mit Politik zu tun. Doch dann heisst es weiter: "Die Form der menschlichen Bestimmung zeichnet sich bereits ab, bevor der Mensch davon noch Kenntnis erlangt hat. Es liegt also am Menschen zu wählen, was er morgen werden will. Für den Professor René Dubos (führender Vortragender an dieser Tagung) unterliegt das keinem Zweifel. Diese biologischen Entdeckungen haben ihn davon überzeugt, dass es keine rassische Inferiorität gibt. Es gibt nur, sagt er, Charakteristiken, die vom Milieu gesetzt werden. So bleibt die Hilfe, die man den Millionen von Menschen in den weniger entwickelten Ländern bringt, ohne grossen Effekt, wenn man sich nicht vor allem um die ersten Lebensjahre kümmert. In den Vereinigten Staaten liegt dort die Lösung des Problems der Schwarzen, sagt er. Es wäre daher am Menschen, zu wählen, was er morgen werden will. Die Zivilgesetzgebung ist sicher nicht unnütz. Aber ihre Wirksamkeit bleibt nur relativ, solange man sich nicht zuerst um die schwarzen Mütter und ihre Babys kümmert." Erkennen Sie, werter Leser, den Gedankensprung? Weil man gesunde und stärkere Kinder zur Welt bringt, soll der Rassenunterschied verschwinden! Das ist "Wissenschaft".

Es ist die gleiche "Wissenschaft", die uns Herr Einstein vorlegt und die so oft schon Gegenstand heftigster Kritik war. Wir zitieren dazu einen Absatz aus der bisher noch nicht veröffentlichten Abhandlung des Physikers W. Fritsche (*38a) unter dem Titel "Analyse und Berichtigung der relativistischen Rechnungsansätze": "Schon vor etwa 50 Jahren hat man gegen die Einstein'sche Relativitätstheorie sachgemässe philosophische Argumente mitgeteilt, sie sind von realpolitischen Gelehrten niedergeredet worden. Wir haben, zur Abwechslung die Sprache der Mathematik anwendend, die Rechnerei der Einsteinschule seziert und können unsere Befunde zusammenfassen in den Satz: Die relativistischen Rechnungsansätze sind falsch, was aus ihnen folgt, widerspricht sich selbst, die Widersprüche sind aalglatt und kaum zu greifen. Kein Zweifel, da ist etwas Revolutionäres installiert worden. Vom Zubehör wird es auch genial genannt, scharfsinnig, eminent, tiefgründig, gross, bedeutend; jedoch das Gegenteil trifft zu. Die Lehre Einsteins ist zum mindesten ein komplettes Durcheinander. Diese Erkenntnis ist nicht neu, man hat die Sachlage schon frühzeitig durchschaut; hat auch sehr bald die Propagierung des Glaubens an den Schwindel ("humbug" nach Soddy, zit. nach Brandenberger) als anrüchig empfunden und das absolut Formlose gespürt, d.h. jene Tendenz, von der Spengler sagt, sie verfolge das geordnete Wissen mit Hass. Nachdem wir die Rechnungsansätze der Relativitätstheorie zerlegt und die Einzelteile betrachtet haben, können wir die Wahrheit der alten Erkenntnis bestätigen."

Man sieht, von wem in den USA die Erziehung abhängt, die (nicht nur in der BRD) klingende Münze schlagen wollen aus der Behauptung, die "freie Welt" anzuführen. Sowohl in völkisch-rassischer wie auch in religiöser Beziehung geht der Kampf der Freimaurerei treu ihren eigentlichen Prinzipien, wie wir später im Kapitel "England" noch sehen werden, gegen das bisherige Erziehungssystem der Vereinigten Staaten weiter. Nachdem verschiedene Staaten (Connecticut, New York, Pennsylvania, Rhode Island, Michigan, Indiana) durch Sondergesetze eine Unterstützung katholischer Schulen im Widerspruch zu dem Earl Warren-Befehl auf Trennung von Schule und Staat und auf Verbot des Religionsunterrichts in den staatlichen Schulen, durchgesetzt haben – und so verhinderten, dass jene mangels staatlicher Mittel hätten geschlossen werden müssen –, droht man diesen Staaten mit dem Einschreiten des Bundes unter der verlogenen Heranziehung einer Behauptung wie: "Oeffentliche Mittel, die von allen beigesteuert werden, können nicht für den einen oder den anderen Glauben verwandt werden. Die Indoktrination der Kinder zu einem bestimmten Glauben widerspricht unserem öffentlichen Schulsystem, einem der Eckpfeiler der amerikanischen Demokratie." ("NY-Times")

Dabei ist ja nicht nur das Christentum durch diese Zerstörungsarbeit bedroht, sondern genau so das Judentum. Dieses sucht in seinen verschiedenen Gruppen (Orthodoxe Juden, Reformjuden, Konservative) daher ebenfalls nach Lösungen zur Erhaltung der Glaubens- und Rasseneinheit im Kampf gegen die Freimaurerei. Die Zionisten fordern, dass junge Juden in Israel studieren "um die hohen Werte des Judentums kennen zu lernen" (Jacques Torczyner), die Reformjuden verlangen eine Reform der "archaischen Synagoge": "Judentum ist vielen Juden irrelevant geworden und das Urteil der Entfremdung (irrelevancy and alienation) wird in wachsendem Masse in unseren Institutionen ausgesprochen ... Wir müssen unsere Synagogen in grösserem Umfang den Erziehungs- und Erholungsnotwendigkeiten unserer Minderjährigen zur Verfügung stellen."(Rabbi David Polish, Juni 69) Die volksbewussten Kräfte erkennen, was gespielt wird. Es ist ganz die gleiche Unruhe, die die verantwortungsbewussten Kräfte in Westdeutschland erfasst hat. Rektor Rudolf Schroeter warnt

in "Der Deutsche Lehrer im Ausland", 1970, Nr. 1, in unmissverständlichen Worten ("Reform oder Umbruch") vor dem, "was auf uns zukommt". Da wir sicher sein können, dass in kaum einer einzigen deutschen Auslandsschule die hier dargestellten Gefahren Gegenstand von Widerstandsmassnahmen, jawohl nicht einmal von primitivstem Zurkenntnisnehmen sind, geben wir an dieser Stelle wieder, welche ernsten Angriffe auf die Erziehung unserer Kinder jetzt einsetzen. Rektor Schröter schreibt: "Schon ein Vergleich der bisher gültigen Richtlinien von 1955 mit den neuen, zeigt in grober Gegenüberstellung der Unterrichtsfächer die Richtung an, in welcher der Fahrtwind das pädagogische Schifflein treibt, das aus ruhigem Wasser kommend in eine bewegte See steuert. Zurück bleibt, was bisher Sicherheit verlieh: Gesamtunterricht, Heimatkunde, spielerischer Lernvollzug und die Prämisse Wachsen- und Reifenlassen. Neu ist ein umstrukturierter Bildungsauftrag der Grundschule, sind flexiblere Organisationsformen des Unterrichts, inhaltliche Reformen für das Lernen in der Grundschule, Möglichkeiten der inneren Differenzierung des Unterrichts sowie einer grundschulspezifischen äusseren Differenzierung." Neu auftreten Fächer wie Soziale Studien und Sexualerziehung. "Wer mag da nicht zögern, beim Prüfen den Kopf schütteln oder gar sich weigern, dem Neuen bedenkenlos zuzustimmen? Der einzelne Lehrer vermag den Fortschritt nur im engen Bereich seiner bescheidenen Möglichkeiten zu steuern. Aber er weiss auch, dass Richtung und Inhalt seiner Arbeit heute mehr denn je bestimmt werden durch die Ergebnisse wissenschaftlicher Forschung, durch Experimente in den Instituten, durch das tatsächlich Erreichte in den Versuchsschulen und schliesslich durch die Daten der Computer, wird doch unsere Generation von einem vorher nie gekannten Vertrauen in die Wissenschaft und ihren Fortschritt getragen. So dürfte zwangsläufig der Pestalozzi der Schulstube von ehedem abgelöst sein durch den spezialisierten Fachlehrer von heute. Doch sollten wir getrost abwarten, ob Tolstois Wort: "Nur wenn in der Seele etwas vollbracht wird, ändert sich die Welt" nicht auch weiterhin gültig sein kann. Das alles konnten nur Andeutungen sein aus der Fülle dessen, was auf uns zukommt. Im innerdeutschen Bereich wird zu gegebener Zeit entsprechend verfügt werden. Weit schwieriger zu beantworten ist die Frage nach den möglichen Auswirkungen für die Arbeitsbereiche der Auslandsschulpädagogik. Ihre vielfältigen Vorbedingungen können nur unterschiedliche Stellungnahmen zulassen." Wird es aber überhaupt zu solchen Stellungnahmen kommen? Wo sind die Organe des Auslandsdeutschtums, die hier aufklären können? Wo wurden überhaupt diese doch sehr deutlich zur bremsenden Stellungnahme auffordernden Worte eines Freundes in Zeitschriften oder Zeitungen bei uns hier draussen wiedergegeben? Im Gegenteil: Mit den Stimmen kinderloser Vereinsmitglieder, mit politischer Hetze hat man dort, wo Widerstand versucht wurde, unter Zuhilfenahme von Polizisten der Freimaurerei den Weg freigemacht zu einer Umerziehung unserer Jugend.

Die Erziehung und die Volksgesundheit sind eben nur verschiedene Objekte eines gemeinsamen grösseren Plans.

Man könnte sich zum Beispiel leicht vorstellen, dass eine Zusammenarbeit der Staaten auf dem Gebiet des Gesundheitswesens angebracht ist. Erfahrungsaustausch bei neuen Medikamenten, Bekämpfung ansteckender, über die heute so nahen Grenzen eilender Krankheiten, wie etwa der "Hongkong-Grippe", Zusammenarbeit bei der Unterbindung des Vertriebs schädlicher Rauschgifte usw. Das alles vermutet man daher auch hinter der 1946 eingeleiteten Errichtung einer Weltgesundheitsorganisation (WGO) im Rahmen der Vereinten Nationen. Doch der e i g e n t l i c h e Sinn der von den UN abhängigen WGO ist ein ganz anderer. Das wird auch amtlich eindeutig zugegeben:

Der kanadische Psychiater Dr. Brock Chrisholm war der erste Generaldirektor der WGO (bis 1953). Nach einer Uebergangsperiode von 1946 bis 48, in welcher der gleiche den Titel eines Executive-Secretary of World Health Organization trug, wurde diese Institution formell im Februar 1948 ins Leben gerufen. D.C.A. Winslow, Herausgeber der US-amerikanischen Zeitschrift "American Journal of Public Health", veröffentlichte aus diesem Anlass eine Darstellung der Aufgaben dieser neuen Weltbehörde, die ihrerseits von Alger Hiss (vgl. R 19, 21, 41, 377) in seiner damaligen Eigenschaft als Präsident der Carnegie-Stiftung für Internationalen Frieden (vgl. R 21, 229, 377) in der von dieser Stiftung unterhaltenen Zeitschrift "International Conciliation" abgedruckt wurde: "Die Einrichtung der WGO beinhaltet in ihren Vorsätzen die weitesten Definitionen eines modernen öffentlichen Gesundheitsdienstes. Indem sie Gesundheit als einen Zustand vollständigen physischen, geistigen und sozialen Wohlbefindens und nicht nur als Abwesenheit von Krankheiten auffasst, schliesst sie in ihrem Arbeitsbereich nicht nur die üblichen Betätigungsfelder ein, sondern auch die geistige Gesundheit ("mental health"), Wohnungs- und Erziehungsfragen, wirtschaftliche und Arbeitsbedingungen, sowie verwaltungsmässige und soziale Techniken, die die öffentliche Gesundheit berühren." Wir sehen also, dass unter dem Stichwort "Gesundheit" die Möglichkeit zur Einmischung in die allerintimsten Gebiete menschlicher Tätigkeit Rechtens wird. Wie diese Einmischung ausgeführt werden soll, erklärt Dr. Chrisholm persönlich, der "dieses Dokument (der Gründung der WGO) in die Geschichte eingehen sieht als eines der weitreichendsten internationalen Abkommen ... Die WGO wird zusätzlich zu ihren mehr traditionellen Pflichten gewisse Arbeiten auf dem Gebiet der geistigen Gesundheit (mental health) fördern, und zwar insbesondere diejenigen, die sich mit der Harmonie der menschlichen Beziehungen befassen." Der Ausdruck "mental health" erhält hier also bereits einen eigenen Sinn. Chrisholm fährt fort (*39): "So wollen wir also die Verantwortung übernehmen, diese Welt umzuwandeln (to remodel the world) durch Zerstörung der traditionellen moralischen Werte (by destroying traditional moral values), das heisst durch Neuinterpretierung und spätere Auslöschung des Konzepts von recht und unrecht, welches die Grundlage unserer bisherigen Kindererziehung ist ... Es spricht manches für ein freundliches Beiseitedrängen der falschen alten Erziehungswege unserer Voreltern ..., doch wenn es nicht freundlich geschehen kann, so muss es eben etwas rauher und notfalls sogar mit Gewalt geschehen." Psychiater sollen darum die Führung der WGO übernehmen. Sie haben es inzwischen auch längst schon getan.

Damit kommen wir zu den eigentlichen Ursprüngen dieser WGO, den Psychiatern. Behaviorismus, Verhaltensforschung, Psychoanalyse, Empfindlichkeitsübungen (sensitivity-training) heissen die verschiedenen Bezeichnungen dieser neuen Waffe zur Beherrschung und Versklavung der Menschheit. Professor B. Watson nennt als Ziel des Behaviorismus: "1. Das menschliche Verhalten auf Reizmittel voraussagen können. 2. Das menschliche Verhalten kontrollieren, wenn die Gesellschaft ein bestimmtes Benehmen wünscht ... Behaviorismus ersetzt dann also Religion durch Experimentalethik, das heisst durch ethische Grundsätze, die von der Wissenschaft und der Gesellschaft (wer ist das? D.V.) bestimmt werden. Gibt man dem Behaviorismus freien Lauf, er würde langsam die Welt verändern."(*40) Dieser Behaviorismus ist also das gleiche, was wir in Sowjetrussland als "Gehirnwäsche" kennen, was die Vereinigten Staaten mit ihrer "Charakterwäsche" in Westdeutschland mit so destruktiven Folgen applizierten.(*41) Beria, der langjährige zionistische Leiter der GPU, sagte an der Moskauer Lenin-Universität amerikanischen Hörern unverblümt: "Psychopolitik ist die Kunst und Wissenschaft, die Herrschaft über

die Gedanken und die Loyalität von Einzelnen, Offizieren, Behörden und Masse zu erlangen und aufrecht zu erhalten, und ist der Hebel, um feindliche Nationen durch "geistige Heilung" (mental healing) zu erobern ... Ihr müsst dafür arbeiten, bis dass jeder Lehrer der Psychologie unwissentlich oder wissentlich nur noch kommunistische Doktrinen unter dem Mantel der "Psychologie" lehrt. (*42) ... Ihr müsst arbeiten, bis wir die Macht haben über die Köpfe und die Körper aller wichtigen Personen in Eurem Lande. Ihr müsst es erreichen, dass ein Urteil über Geisteskrankheit allgemein ernstgenommen wird und dass einem solchen Verdikt so viel Autorität gegeben wird, dass ein Staatsmann, dem es angehängt wird, für alle Zeit das Vertrauen des Volkes verloren hat. Ihr müsst arbeiten, bis der Selbstmord als Folge geistiger Unausgeglichenheit allgemein wird und nicht mehr nach seinen Gründen geforscht wird. Mit den Irrenhäusern haben Sie in Ihrem Land Gefängnisse genug, die eine Million Menschen aufnehmen können, und in welchen sie ohne den Schutz bürgerlicher Rechte und ohne Hoffnung auf Freiheit bleiben können. Und an diesen Personen kann man dann Schock und Medikamente anwenden, sodass sie niemals wieder ein vernünftiges Wort herausbringen. Ihr müsst diese Verfahren allgemein und unwidersprochen machen ... Ihr müsst als geachtete Männer das Feld der Psychiatrie und der Psychologie beherrschen. Ihr müsst die Hospitäler und die Universitäten beherrschen ... Wenn wir eines Tages Wien als Sitz unserer Wissenschaft nehmen, werdet Ihr einen gemeinsamen Boden für Eure Treffen haben, denn dort könnt Ihr so gemeinsam mit anderen Psychiatern Sigmund Freud anbeten."(*43)

In der Sowjetunion hat die Psychoanalyse bekanntlich das System der "Sama Kritika" geboren. Die Bevölkerung wurde aufgeteilt in kleine Gruppen, sogenannte Kollektivs. Diese Gruppen mussten regelmässig zusammenkommen, sodass die Mitglieder sich abhängig fühlten von diesen Gruppen. Man setzte sich im Kreis herum hin, sodass jeder das Gesicht des andern sehen konnte, und einer nach dem andern begann dann, sich selbst zu kritisieren. "Das Ziel war natürlich, die individuellen Denker zu lokalisieren, die zu Unruhestiftern werden können, weil sie nicht konformistisch mitlaufen. Ausserdem schuf die Sama Kritika Misstrauen im Volk und isolierte einen vom andern durch Furcht und machte so der Geheimpolizei ihre Aufgabe leichter."(*44)

Doch nicht nur in Sowjetrussland entstand diese schöne Blüte am Baum des XX. Jahrhunderts. In den zwanziger Jahren bereits machte Frank Buchmann in England von sich reden und gab ähnlichen Plänen ein religiöses Gewand. Seine "Oxford-Bewegung" für "Moralische Erneuerung" (moral rearmament) stank schon bald gen Himmel, wenn der "London Daily Telegraph" etwa am 17. Mai 1928 schreiben musste: "In den Frauen-Colleges zeitigt der Buchmanismus die schlimmsten Folgen als pervertierte religiöse Manie ... Eine "Gruppe" ist da nichts anderes als das Zusammensein mit vier oder fünf Freunden. Hier, in einer Atmosphäre, die zwischen Kichern und Fanatismus hin und her schwankt, ist Zurückhaltung unbekannt, die Seelen werden in hysterischen Beichten blossgelegt und mit einem Eifer, der gar nicht mehr religiös sein will, werden die Lehrsätze als Doktrin diskutiert. Dabei liegt ihrer Meinung nach dem Christentum die Vierheit von Anständigkeit, Selbstlosigkeit, Reinheit und Liebe zugrunde. Die ersten beiden werden keiner Diskussion für wert erachtet ... Die Autoritäten sind beunruhigt, greifen aber nicht ein."(*45)

In den Vereinigten Staaten kam man auf den Gedanken des "Change-Agent", mit dessen Hilfe dann das Gesundheitsamt offiziell in die Schulen und Betriebe einzudringen versucht. Sogenanntes "sensitivity-training" wurde von diesen Leuten angesetzt im Peace-Corps, I.R.S., im Auswärtigen Amt (!) usw. Seit 1956 werden von der NEA (National Education Association) Fabriken

besucht, um den Arbeitern "Selbst- und Gruppenkritik-Techniken im Geschäfts- und Berufsleben" beizubringen. Schon 1946 wurde das NTL geboren (National Training Laboratories in Group Dinamics). Zusammen mit der "National Conference of Christians and Jews" (National-Konferenz für Christen und Juden), und den Ministern für Gesundheit, Wohlfahrt und Erziehung (*46) ist man seither tätig, um "die Kirchen einander näher zu bringen, die Einzelnen unabhängiger zu machen von der Schulautorität (die Folgen lesen Sie in den Zeitungen, D.V.), und den Studenten das Recht zu geben, die Universitäten selbst zu führen, sowie offene Türen für die Schlafsäle einzurichten". "Von Fall zu Fall-Moral" (situation ethics) oder "Neue Moral" (new morality) sind die Schlagworte dieses Sensitivity-trainings in den Vereinigten Staaten. Diese Schlagworte sind sogar die Ueberschrift in Teil III des Grundschul-Erziehungsgesetzes, welches ausdrücklich erlassen wurde, "um die Entwicklung von Modellen zu erforschen für die geplante Aenderung der Erziehung".

Das Ergebnis der sowjetrussischen Erziehung, nämlich Menschen zum "Beichten" zu bringen, und anderen so die Lösung ihrer persönlichsten Probleme zu übertragen, das heisst, sie fremder Indoktrination gegenüber widerstandslos zu machen, wird seit zwanzig Jahren (mit sichtbarem Erfolg) in den Vereinigten Staaten von den tüchtigen Schülern Berias und Freuds angewandt. Das amerikanische Kind soll alles aufgeben, an was es (und seine Eltern) geglaubt hat. Kein neuer Glaube aber tritt an die Stelle, sondern die absolute Glaubenslosigkeit, ein Schiff wird betreten, ohne Steuer und ohne Segel, welches ein Meer befahren soll, dessen Stürme andere willkürlich entfachen. Herr Dr. Chrisholm sagt das so (*47): "Viele Generationen lang haben wir unseren Nacken dem Joch von der Ueberzeugung von der Sünde gebeugt. Wir haben alle Art giftiger Gewissheiten geschluckt, die uns unsere Eltern, Lehrer und Priester mit der wohlerworbenen Absicht eingaben, uns zu kontrollieren ... " (*48) "Die Ersetzung des Glaubens an Gewissheiten jener Alten durch intelligentes und rationales Denken, das sind die letzten Ziele praktisch aller wirksamen Psychotherapie."(*49) "Wären das nicht legitime Gegenstände einer neuen Erziehung? ... Zusammen mit den anderen humanen Wissenschaften muss die Psychiatrie heute entscheiden, welches die unmittelbare Zukunft der menschlichen Rasse ist. Niemand anders kann das."

In Artikel 19 der Verfassung der WGO heisst es darum deutlich genug: "Die Gesundheitsversammlung der WGO ist ermächtigt, Konventionen oder Vereinbarungen zu treffen, die im Rahmen der Zuständigkeit dieser Organisation liegen." Darunter ist unter anderem zu verstehen, dass die WGO "öffentlich das Recht forderte, Personen einzusperren – egal, ob sie ihren Geisteszustand erkennen oder nicht, egal, ob sie sich einer Behandlung unterwerfen wollen oder nicht. Sie verwaltet das gesamte Eigentum des Patienten und alles hat auf Zwangsbasis zu geschehen. Sie hat alle Zweige der Regierung zu beraten, auch Arbeits-, Justiz- und Erziehungsministerien. Nur sie kann Hospitäler genehmigen und nur die von ihr zugelassenen dürfen tätig werden."(*50) Die Vereinigten Staaten stellten sich mit der "Draft Act Governing the Commitment and Hospitalization of the Mentally Ill" (1950) ausdrücklich unter die Anordnungen der WGO. In der Praxis führt dann einen bedeutenden Schritt weiter die berühmt gewordene "Alaskan Mental Health Bill". Das Gesetz wurde 100prozentig vom Senat angenommen. Nur ganze sieben Senatoren waren nämlich anwesend. Der Kongress ermächtigte mit diesem Gesetz das Gesundheitsministerium zum Ankauf von 1 000 acres Land und Errichtung eines Irrenhauses für 12½ Millionen Dollar in Alaska, wo es nur ganze 345 Geisteskranke gibt. Um diese Institution, die also offensichtlich geschaffen wurde, um Als-Geisteskrank-Erklärte, unbequeme Denker aus den Vereinigten Staaten abschieben zu

können (*51), wirksam zu machen, wurde dann noch schnell die Verfassung geändert, womit das Recht eines Bürgers auf ein Verschworenengericht und habeas corpus abgeschafft wurde, und Earl Warren verfügte vom Obersten Gericht aus, dass die Polizei ohne richterlichen Befehl in die Häuser eindringen darf. Der National Council of Churches tat weiter sein möglichstes, um die Annahme solcher Sklaverei nach russischem Vorbild in Ruhe zu gewährleisten. (Vgl. R 221 ff)

Um die Ziele der WGO zu erreichen, wurde mit Unterstützung der Rockefeller Foundation der Weltbund "Mental Health and World Citizenship" (Geistige Gesundheit und Weltbürgertum) geschaffen. Schatzmeister dieses Bundes, Dr. Julius Schreiber, Washington, verweigerte dem Senatskomitee für innere Sicherheit die Antwort, ob er der kommunistischen Partei angehört habe.(*52) Dieser Weltbund fordert die Trennung der Kinder von ihren Eltern. Als man in England diese schöne Idee aufgriff (*53), wurde der entsprechende Zeitungsartikel sofort der ganzen Welt als Vorbild im "Quarterly Journal on World Mental Health" vorgesetzt. "Human Events" schreibt am 15. Dezember 1958 warnend: "Die Hauptgefahr liegt darin, dass man gewisse politische Meinungen mit "gesund und richtig Denken" gleichsetzt und ihre Gegner als "krank" brandmarkt." Denn sachlich gesehen liegen die Dinge doch gerade umgekehrt. Die Jüdische Enzyklopädie sagt (unter dem Stichwort "Nervous Diseases"): "Die Juden sind Krankheiten des Nervensystems mehr unterworfen als andere Rassen und Völker unter denen sie leben. Hysterie und Neurasthenie scheinen sehr häufig zu sein. Einige Aerzte mit langer Erfahrung unter Juden sind sogar so weit gegangen, festzustellen, dass die meisten von ihnen neurasthenisch und hysterisch sind." Collins (in der gleichen Enzyklopädie) sagt: "Unsere Irrenhäuser sind voll von ihnen (Anarchisten), wobei sie sich stark (largely) aus der jüdischen Rasse rekrutieren." (Zitiert bei Nesta Webster, S. 398, mit einer ganzen Reihe weiterer beachtlicher ärztlicher Feststellungen zu diesen Tatsachen.)

Es geht ja überhaupt nicht mehr primär um die Gesundheit. Es geht darum, aus den Erkrankungsmöglichkeiten ein Riesengeschäft zu machen. Gerade die Lage auf dem Gebiet der Gesundheitspflege beweist uns, wer in unserer heutigen Welt bestimmt. Und das nicht nur in den USA. Wir zitieren im folgenden aus dem Buch "Gesundheit für unsere Jugend" (W. Schnitzer Verlag, St. Georgen im Schwarzwald) dazu: "Die gegenwärtige Wirklichkeit ist vom Niedergang der biologischen Kraft der zivilisierten Völker und von einer Zerstörung ihrer biologischen Lebensgrundlagen gekennzeichnet. Nur mit riesigen Medizinal- und Sozialapparaten, mit ungeheuren Aufwendungen für Verluste durch Krankheit und Invalidität, die zum Beispiel in der BRD mit jährlich etwa 120 000 000 000 DM annähernd das Doppelte des öffentlichen Haushalts ausmachen, lässt sich die heutige zivilisierte Gesellschaft funktionsfähig erhalten.

"Einige wenige Zahlen aus der BRD beleuchten die Situation drastisch:

2/3 aller Rentner sind Frühinvaliden.
Das Durchschnittsalter der Pensionierung beträgt 55 Jahre.
60% aller Schulanfänger leiden an "Haltungsschäden" (= Skelettveränderungen).
98% der Kinder von 3 bis 6 Jahren sind von Zahnfäule geschädigt.
70% der Kinder und Jugendlichen leiden an Kiefermissbildungen und Zahnfehlstellungen.
Ebenso viele leiden an chronischer Entzündung der Mandeln oder haben diese bereits durch Operation verloren.

Aehnlich liegen die Verhältnisse in den anderen zivilisierten Ländern.

"Dem Tode gehen heute in den zivilisierten Ländern durchschnittlich 25 Jahre chronischer Krankheiten voraus. Das ist nicht "normal" - der natürliche Tod ist ein Erlöschen in hohem Alter ohne vorangegangene chronische Krankheit und Arbeitsunfähigkeit - aber die Regelmässigkeit einer so langen Periode chronischer Krankheiten vor dem Ende des Lebens ist der Hauptgrund der heutigen erdrückenden sozialen Probleme der zivilisierten Länder. Gesunde Menschen können bis ins hohe Alter leistungsfähig bleiben und für sich selber sorgen ... Das Ziel einer echten Sozialpolitik muss die Senkung der Sozialabgaben durch Gesundung der Bevölkerung sein, nicht immer höhere Aufwendungen aus der Tasche der arbeitenden Bevölkerung für Krankheiten, die durchaus vermeidbar sind ... Die allgemeine gesundheitliche Degeneration beschränkt sich nicht nur auf körperliche Degeneration und Krankheit, sondern zeigt sich mit noch verhängnisvolleren Folgen im Bereich des Geistigen ... Die Oeffentlichkeit erfährt wenig davon, dass zB die Anstalten für Schwachsinnige trotz laufenden grosszügigen Ausbaus den steigenden Zustrom an Patienten kaum bewältigen können. Der Teufelskreis ist dann geschlossen, der biologische Niedergang eines Volkes ist dann nicht mehr aufzuhalten, wenn massgebende Persönlichkeiten entweder auf Grund dieser geistigen Teilerscheinung der Degeneration, oder auf Grund des Fehlens ausreichenden Wissens, oder wegen unzureichender Uebung im systematischen Denken Fehlentscheidungen, unzulängliche Teilmassnahmen oder überhaupt keine Entscheidungen mehr treffen - und wenn auf Grund verschiedener Umstände interessen- und machtpolitischer Art auch keine Möglichkeit besteht, solche Persönlichkeiten durch geeignetere zu ersetzen. Von diesem Stand der Dinge sind wir nicht mehr weit entfernt ...

"Falsche Ernährungsgewohnheiten und die falschen landwirtschaftlichen Anbaumethoden sind die Hauptursachen des heutigen gesundheitlichen Verfalls."

Dahrendorf sieht sich sogar genötigt, zu sagen (S.42/43), "dass der Wohlfahrtsstaat ein ganz und gar unamerikanischer Gedanke ist ... Alle Menschen werden (in den USA) betroffen von den hohen Kosten der Medizin und den exorbitanten Kosten einer Beerdigung, die die Familie oft auf Jahre verschuldet und schon manchen Emigranten im hohen Alter in seine Heimat zurückgetrieben haben."

Verschlimmert wird diese Situation dann aber noch durch die aus gleichem Geist erwachsende Sozialausbeutung. "Diese ist eine neuartige Form der egoistischen Inanspruchnahme von Mitmenschen, die sich als System mitmenschlicher Hilfe tarnt. Ausbeutung ist immer noch eine Grundtatsache der Geschichte. Sie läuft darauf hinaus, dem arbeitenden Menschen Teile seines Arbeitslohnes zwangsweise zu enteignen zugunsten von Personen oder Institutionen, deren Nutzen für die Enteigneten fragwürdig ist ... In früheren Epochen realisierte sich die Herrengewalt offen als Sklaverei, Leibeigenschaft, Frondienstbarkeit, Schuldknechtschaft usw. Sie verzichtete damals auf eine tarnende "soziale" Fassade" (Aus: Thomas Geyer, "Der bundesdeutsche Michel und seine Sozialtäuscher"). Rechtzeitig aber wird die Jugend umerzogen, wird ihnen die warnende Stimme der Väter genommen, um sie auch wirklich in jeder nur denkbaren Beziehung ausbeuten zu können.

Die Folgen dieser Umerziehung erleben wir seit einigen Jahren auf der ganzen Welt, die amerikanischem "Geistesgut" zugänglich ist. Durch zweitausend Jahre Menschheitsgeschichte dringen zu uns die folgenden Worte zu diesem Thema:

"Wenn sich Väter daran gewöhnen, ihre
Kinder einfach gewähren und laufen zu
lassen, wie sie wollen, und sich vor
ihren erwachsenen Kindern geradezu
fürchten, ein Wort zu reden; oder wenn
Söhne schon sein wollen wie die Väter,
also ihre Eltern weder scheuen noch
sich um ihre Worte kümmern, sich nichts
mehr sagen lassen wollen, um ja recht
erwachsen und selbständig zu erscheinen,
dann zerfällt die Demokratie.
Und auch die Lehrer zittern bei solchen
Verhältnissen vor ihren Schülern und
schmeicheln ihnen lieber, statt sie
sicher und mit starker Hand auf einem
geraden Weg zu führen, so dass die
Schüler sich nichts mehr aus solchen
Lehrern machen ...

Sie werden aufsässig und können es
schliesslich nicht mehr ertragen, wenn
man nur ein klein wenig Unterordnung
von ihnen verlangt. Am Ende verachten
sie dann auch die Gesetze, weil sie
niemand und nichts mehr als Herr über
sich anerkennen wollen.
Und das ist der schöne, jugendfrohe
Anfang der Tyrannei."

Platon (427-347 v.Chr.)
Aus: "Der Staat"

Es gibt natürlich auch Proteste gegen all die bekannten Vorfälle als Folge solcher Vergewaltigung der Menschheit. Während Nixon sich wie erwartet, mit einer feigen Feststellung der Tatsachen begnügt ("Unsere Zeit ist durch Aufruhr an den Universitäten, Rassenzwietracht, Rauschgiftsucht und Verbrechen gekennzeichnet", 3.6.1969, Rede im College General Beadle in Madison, Dakota), versucht die "Chicago Tribune" einen anderen Weg. Am 20. Februar 1969 heisst es in ihrem Leitartikel: "Es ist üblich geworden, zu protestieren. Jeder scheint das zu tun. Wir haben daher beschlossen, uns einen Tag lang dieser Mode anzuschliessen. Wir protestieren gegen die Aufmerksamkeit, die innere Anteilnahme und die Duldung, die man den Studentendemonstrationen an den Universitäten der ganzen Welt entgegenbringt. Wir sind der Meinung, dass das die Nachrichten hervorgerufen hat; die in keinem Verhältnis stehen zu ihrer Anzahl und zu ihrer Bedeutung. Als Zeichen unseres Protestes haben wir heute davon abgesehen, irgendeine Nachricht über protestierende Studenten zu veröffentlichen. Morgen werden wir wieder darüber berichten, denn es ist nun mal unsere Aufgabe, Nachrichten zu drucken, ob sie uns passen oder nicht." Gäbe es keine zionistisch gelenkten Zeitungen und Nachrichtenagenturen, das Unwesen der Studentenunruhen wäre sicher niemals so gross geworden!

Die "Neue Zürcher Zeitung" wird (am 13. Juni 1969) noch etwas deutlicher: "Was die " Fortschrittlichen Schüler, Arbeiter und Stu-

denten" an der Justiz glaubten kritisieren zu müssen, konnten sie an einer Pressekonferenz darlegen, über die in den Zürcher Zeitungen ausführlich berichtet worden ist. Darüber hinaus hätte es ihnen freigestanden, ihre Ansichten in einer geordneten Demonstration zum Ausdruck zu bringen, wobei sie bei den heutigen Gepflogenheiten in einem Teil der Massenmedien abermals mit einem Echo hätten rechnen können, das ohnehin in keinem Verhältnis zur Bedeutung dieser kleinen Gruppe von Extremisten gestanden hätte.

"Wenn in einer grossen Stadt ein paar hundert Jugendliche zunächst den Verkehr an einem neuralgischen Punkt und ausserdem zur Stosszeit praktisch zum Erliegen bringen, so ist das eine Zumutung gegenüber der Bevölkerung, die das Mass des Tolerierbaren überschreitet. Viel gravierender ist indessen der Vandalenakt vor dem Gebäude des Obergerichts, das mit roter Farbe verschmiert worden ist und vor dem sich eine Szene abgespielt hat, die man nur noch als empörend bezeichnen kann. Die Tatsache, dass sich eine winzige Minderheit diese Provokation leisten konnte, ohne dass ein ernsthafter Versuch unternommen wurde, sie daran zu hindern und die Verantwortlichen festzustellen, um sie nachher zur Rechenschaft ziehen zu können, ist unannehmbar.

"Der Vorfall liegt ganz auf der Linie der Provokationsstrategie, wie sie seit einiger Zeit in allen demokratischen Industriestaaten des Westens mit auffallender Konsequenz angewendet wird. Dabei ist das Erfolgsrezept der Drahtzieher mehr als einfach: Man provoziert, indem man die Grenzen des Legalen zunächst geringfügig und dann immer eindeutiger überschreitet. Zeigen sich die Behörden tolerant, so feiert man einen Triumph über die unsicher gewordene Autorität; schreiten sie aber dagegen ein, indem sie beispielsweise die Polizei einsetzen, so bestehen gute Chancen, dass diese nicht mit dem optimalen Mass an Weisheit operiert oder sich sogar gravierende Fehler zuschulden kommen lässt, ... mit dem Ergebnis, dass sich solche Entgleisungen publizistisch gegen die Behörden ausschlachten und als Vorwand für eine weitere Eskalation der Demonstrationen verwenden lassen.

"Dieses üble Spiel wäre nicht möglich ohne Massenmedien, die heute auch in der Schweiz dem Sensationsbedürfnis einer auf ungestörten Konsum eingestellten Gesellschaft viel hemmungsloser entgegenkommen als noch vor zehn Jahren. Es wäre auch nicht möglich, wenn die Oeffentlichkeit weniger zwischen der Neigung zu unkritischer Toleranz und dem vorläufig noch unterschwelligen Wunsch nach harten Massnahmen schwanken würde. Diese unsichere Reaktion, wie man sie auch in Deutschland und in den Vereinigten Staaten beobachten kann, bildet die ideale Voraussetzung für eine Strategie, die mittels systematischer Herausforderung die Zerstörung der Autorität im demokratischen Staat zum Ziele hat."

Der ehemalige nordamerikanische Staatssekretär des Gesundheits- und Erziehungsministeriums John Gardner, also ein Mann des Establishments, schreibt am 23.4.69 in der "New York Times": "Nehmen wir einmal an, die studentischen Revolutionäre würden in Amerika siegen ... Schwarze Studienprogramme würden dann in den Vorlesungsverzeichnissen auftauchen und getrennte schwarze Schlafsäle. Die Studenten würden die Verwaltung bestimmen und die Disziplin auf den Universitäten. Sie würden Geldmittel eintreiben und ausgeben können, sie würden die Studenten auswählen, würden Professoren ernennen und 'rauswerfen, die Studenten, die Presse und alle anderen etwaigen Gegner entsprechend behandeln ... Die Zerstörung des gegenwärtigen sozialen Systems in Amerika würde, wenn sie siegen, im Chaos enden, einem Zustand, der völlig antagonistisch ist zu allen organisierten Absichten, einschliesslich der Absichten derjenigen, die mit der Zerstörung anfingen ...

Perioden aber von Chaos folgen solche eiserner Herrschaft. Sie denken immer daran, dass sie nach diesem Kampf die Flöte spielen können, aber sie denken nicht daran, was für ein Diktator hinterher aus allem auftauchen muss. ... Es ist ja ganz schön, zu hassen. Wut und Hass für eine gute Sache, sagen sie. Sei lasterhaft um der Tugend willen! Hemmungslos um höherer Ziele willen, unehrlich im Dienste höherer Ehrlichkeit ... Aber ein erzogener Mensch hat daran zu denken, welche Konsequenzen seine Handlungen haben." Mit Recht mehren sich die Stimmen, die darauf hinweisen, dass die studentische Revolution nicht um kleiner Teilziele willen gemacht wird, sondern, um das gesamte Erziehungssystem zusammenbrechen zu lassen. Die zukünftigen Diktatoren wissen, was sie wollen, die Freimaurerei hat ihnen immer schon die Türen geöffnet.

Während jedoch jene, die sich für das Abendland verantwortlich fühlen, hier Halt! rufen, nennen andere so etwas: "Kampf gegen die Geschichte". Schon 1958 nämlich waren das die Worte James P. Warburgs in einem Offenen Brief an Eisenhower: "Let us stop fighting history! Der grösste Teil der Welt ist in revolutionärem Wandel begriffen, ein Wandel, den zu leugnen müssig und dem zu widerstehen zwecklos ist, ein Wandel, der zu konstruktiven Ergebnissen nur durch eine Führung gebracht werden kann, die sich mit den Notwendigkeiten und Sehnsüchten der Völker auf ihrem Marsch in eine, wie sie hoffen, bessere Zukunft identifiziert ... Lasst uns nicht mehr unser Handeln von Moskau, Peking oder Taipe diktieren, lasst uns eine eigene zustimmende Politik entwickeln." Solche ausgesprochen wahren und weitsichtigen Worte werden ja dadurch besonders hinterhältig, weil die in ihnen geforderte Aktion von den eigenen Rassegenossen systematisch unmöglich gemacht wird, und weil man nicht annehmen kann, ein Warburg habe niemals etwas von der Tätigkeit der Marcuse, Freud, Durkheim, Marx gehört, um nur vier führend daran beteiligte Juden zu nennen.

Den wirklich berechtigten Belangen der Jugend wird ja mit Vorgängen, wie einen solchen die "NZZ" anprangert, ein sehr schlechter Dienst getan, und es ist noch darzustellen, wie diese falsche Frontstellung, diese Abbiegung bewusst von den eigentlichen Hintermännern erwirkt wird. Man kann nicht vermeiden, dass Studenten den Botschafter Israels als "Vertreter eines Regimes von Kriegsverbrechern" niederschreien, wie in Frankfurt und später erneut in Hamburg Anfang 1969 geschehen, man kann nicht verhindern, dass in Harvard im April 1969 die Studenten durchs Mikrophon schreien: "Sieben Männer, die das Establishment und die Hochfinanz repräsentieren, dirigieren alles. Sie sind es, die wir bekämpfen." Doch man lacht sich ins Fäustchen, wenn die gleichen Studenten zugeben müssen: "Nichts von dem, war wir wollen, ist bisher erreicht."

Dabei sind die Vereinigten Staaten ja eigentlich gerade die allerletzten, die sich eine derartige Zerstörung ihrer Jugend erlauben könnten. Sie haben sich derart viele Aufgaben gestellt, dass ein jeder Mann gebraucht würde. Doch man begnügt sich damit, eine kleine Elite herauszufischen und diese an die wichtigen Posten zu setzen. Der Rest steht vor der Gefahr der Arbeitslosigkeit oder darf sich in Perversitäten verbrauchen. Wir sagten bereits, dass der Zionist Mandel House 1919 nach dem Misserfolg mit Amerikas beabsichtigtem Eintritt in den Völkerbund (*54) den Council of Foreign Relations (CFR) schuf (vgl. R 21, 72), der dann zum Rückgrat der "nordamerikanischen" Politik bis heute hin wurde. Finanziell arbeitsfähig gemacht wurde diese Organisation durch die Rockefeller Foundation. Durch eine weitere Spende an das Erziehungsministerium (General Education Board) gewann man Einfluss auf die Universitäten, wo dann jene Personen herangebildet wurden, die die anderen

grossen Stiftungen übernehmen konnten. So sind diese steuerfreien Riesenunternehmen heute die finanzielle Grundlage der eigentlichen politischen Arbeit hinter den Kulissen in den USA.

Innerhalb des CFR besteht sodann ein innerer Ring, der seinerseits wieder dem CFR die Richtlinien erteilt. Es ist der Business Advisory Board (BAB). Ihm gehören heute u.a. an:

Sidney J. Weinberg. Er baute den BAB auf und ist heute einer der fünf Vizepräsidenten. Beruf: Präsidentenberater.
Ralph Cordiner, General Electric
Roger Blough, US-Steel
Joseph B. Hall, Kroeger & Co.
L. F. Mc Collum, Continental Oil Co.
William M. Allen, Boeing Airplane Co.
S. D. Bechtel, Bechtel Corp.
Harold Boeschenstein, Owens-Coming Fiberglass Corp.
General Lucius D. Clay, den Deutschen noch in entsprechender Erinnerung.
Elisha Gray II
Crawford Greenwalt, Du Pont
Eugene Holman, Standard Oil (N J)
Charles G. Mortimer, General Foods Corp.
T.S. Petersen, Standard Oil (Calif.)
Juan T. Trippe, Pan American World Airways
Henry Ford II, Ford Motor Co.
Charles Percy, Bell and Howell
W. Averill Harriman, Union Pacific
William L. Batt, S.K.F..
W.L. Clayton
William McChesney Martin Jr., Chairman des Federal Reserve Board,
u.a.

Insgesamt handelt es sich um 160 Personen. Sie verkörpern die Wirtschaftsmacht der Vereinigten Staaten. Der BAB geniesst amtlichen Schutz seitens des Handelsministeriums und kann so nicht vom Kongress überprüft werden. Das würde dem demokratischen (!) Prinzip der Teilung der Gewalten widersprechen. Seine Stärke zeigte der BAB zB bei der Abwürgung von Mc Carthy, als dieser es gewagt hatte, das BAB-Mitglied Robert T. Stevens einzuvernehmen (*55), und wiederum bei der Nominierung Nixons als Vizepräsident 1960, die erst erfolgte, nachdem dieser in der Wohnung Rockefellers in New York alle dort gestellten Bedingungen annahm. Seitdem wird Nixon vom BAB gesteuert. (*56)

Die zentrale Steuerung wird auf wirtschaftlichem Gebiet durch die Machtkonzentration erleichtert, die sich dort gebildet hat. 1904 war US-Steel noch die einzige Firma mit mehr als 1 Milliarde Dollar Kapital. 1919 erreichten bereits sechs Firmen diese Summe. Zu Beginn des II. Weltkrieges umfasste "Big Business" (vgl. R 22) 31 Milliardäre unter den grossen Gesellschaften, unter ihnen 13 Versicherungsgesellschaften und 22 Banken. Die meisten Wirtschaftsgiganten sind heute verbunden mit Finanzinstituten. So kontrolliert die Morgan-First-National-Gruppe 12 Gesellschaften (corporations), Rockefeller neun, und Chicago Trust Co., Boston Co., Cleveland Co., Kuhn-Loeb Co. und Mellon je 3 Gesellschaften. Die Grössten wachsen dabei immer noch schneller als die Kleineren. So kaufte Rockefeller Anfang 1969 alle italienischen Industrieaktien des Vatikans. In 66 Gross-Gesellschaften (big corporations) haben 127 Personen 1954 289 Direktorenposten inne. Heute dürfte diese Konzentration eher noch zugenommen haben. "Foreign Affairs", die Zeitschrift des CFR,

zählt heute 200 sogenannte Konglomerate (wir erklären das Wesen dieser Superkonstruktionen an anderer Stelle). Eine deutliche Machtkonzentration also ist eingetreten, der gegenüber alle Ideologie lächerlich wirkt. Sie geht über Leichen genau so unbekümmert wie jener Römer, der Archimedes tötete. Als Präsident Nixon sich wegen Lohnschwierigkeiten mit den Postbeamten 1970 entschliesst, die Post in private Hände zu geben, da übernimmt sein Bankhaus Dillon, Read & Co. die Ausgabe der entsprechenden Aktien und stösst sich an den folgenden höheren Posttarifen gesund.

Die Tätigkeit des BAB greift natürlich auch über die Grenzen der USA hinaus. Sowohl der BAB wie auch der CFR sind Mitglied des "Comité International de l'Organisation Scientifique" (CIOS) mit Sitz in Genf (gegründet 1924 von dem Freimaurer Tomas Masaryk und Herbert Hoover). In diesem Rahmen geht man daran, die Manager zu finden und heranzuziehen, die die Weltwirtschaft von morgen braucht, um im Sinne ihrer Hintermänner arbeiten zu können. Von den 100 grössten Unternehmen der Welt befinden sich allein 68 in den USA (unter ihnen wieder General Motors, Standard Oil und Ford Motor Co. als die bedeutendsten). Es war also angebracht, auch einmal einen "International Management Congress" in New York tagen zu lassen (1963). Hier wurde so im Rahmen dieser Gruppe von Weltplanern der Weg in unsere wirtschaftliche Gegenwart personell belegt. Die von David Rockefeller angeführte Liste des Tagungskomitees enthält die führenden Persönlichkeiten der amerikanischen Wirtschaft. Alle Phrasen von gleicher Erziehungsmöglichkeit sind längst über Bord geworfen. Nur, wer linientreu ist, bekommt das notwendige Stipendium von dieser Mammutorganisation und rückt in die Schlüsselstellungen ein. Geld regiert unsere Welt. Es gab (um an Bemerkungen anzuschliessen, die Frank Thiess in der "DHZ" machte) (*57) immer in allen Kulturen ein oben und ein unten. Nur, dass "oben" heute mit "reich" und "unten" mit "arm" gleichgesetzt wird, macht das Neue aus, das mit 1945 auch über Europa hereinbrach. Und dieses Neue ist n i c h t lebensfähig, so wenig wie es jemals in der Geschichte irgendwo lebensfähig gewesen wäre. Immer stand über dem Geld noch ein Höheres in der Skala der Werte. Das letzte Wort in dem heutigen Weltbürgerkrieg werden darum auch wieder heute oder morgen diejenigen sprechen, die das Geld einsetzen für solchen höheren Wert. Gott fällt es gar nicht ein, gerade 1970 abzudanken, und schon gar nicht vor jener "Synagoge des Satans", die meint, dank eines Vertrages mit gefälschter Unterschrift auserwählt zu sein.

Die Vereinigten Staaten bemühen sich, mit derartigen Kongressen eine zu befürchtende betriebswissenschaftliche Lücke zu schliessen, die sich dadurch immer weiter auftut, dass man das Wesen dieser Welt in einer in jeder Beziehung rücksichtslosen technischen Entwicklung sieht. Das Fehlen von genügend Managern ist sicher nur einer der Gründe – und keineswegs der wichtigste – dafür, dass die USA im Jahre 1969 um 120 Millionen Dollar weniger in Europa investierten als im Jahre davor, doch ist dieses auch nach Europa importierte Problem den europäischen Regierungen so wichtig geworden, dass man den neuen Wissenschaftszweig der "Gapologie" (von gap = Lükke) einführte. Servan-Schreiber weist bereits darauf hin (*58), dass eine der Ursachen für das Fehlen von führendem Personal in der Wirtschaft darin zu suchen ist, dass der Zeitraum zwischen einer Erfindung und dem realisierten Wunsch zu ihrer wirtschaftlichen Nutzung immer kürzer geworden ist:

112 Jahre bei der Photographie (1727 - 1839)
56 " Telephon (1820 - 1876)
35 " Radio (1867 - 1902)

15 Jahre	Radar (1925 - 1940)
6 "	Atomenergie (1939 - 1945)
5 "	Transistor (1948 - 1953)
3 "	Integrierte Schaltsysteme (1958 - 1961),

doch fragt es sich, warum dies geschah. Die Ursache liegt sicher nicht im rein Technischen allein begründet. Der bewusste Drang zur Verwertung, zum Umsetzen einer Erfindung in Geld, ist heute intensiver. Dass man sich in solcher Lage in Europa heute weit mehr Sorgen um die Erfüllungsmöglichkeiten der Weltpläne als um die Erhaltung menschlicher Werte macht, ist auch weiterhin bezeichnend für unsere Situation. Dabei ist das beginnende Versagen der grossen Pläne im menschlichen Bereich doch wohl als Alarmzeichen für eine ganz allgemeine Fehlentwicklung unserer Gesellschaft zu werten.(*58a) Seinen geistigen Grund hat dieser (von Europa übernommene) amerikanische Drang nach wirtschaftlicher Ausdehnung in seiner Richtung im Zionismus, in seiner Haltung aber im Calvinismus. Frédéric Hoffet macht in seinem Buch "L'Impérialisme Protestant" schon vor zwanzig Jahren darauf aufmerksam, dass der Amerikanische Imperialismus geformt wird von einem Menschentyp, dessen Religion ihm die Seele eines Eroberers gegeben hat. Er spricht von einem "Calvinistischen Imperialismus", der auf politischer Ebene zum "Imperialismus der Demokratie" wird (wir werden in den Kapiteln "Kanada" und "England" noch näher auf diese Zusammenhänge einzugehen haben). Für Hoffet ist dieser Protestantismus politisch links eingestellt, und er bezeichnet daher jede Annäherung der USA an den Vatikan als ein Entgegenkommen gegenüber den reaktionären Kräften auf der Welt.(*59)

Nixon hatte erneut den Versuch gemacht, diplomatische Beziehungen zum Vatikan herzustellen. Doch, genau so wie frühere derartige Versuche an dem innerpolitischen Widerstand der evangelischen Kirchen, unterstützt von allen "fortschrittlichen" Kräften, scheiterten (Truman versuchte es 1951), musste auch dieser Plan ad acta gelegt werden, um konfessionelle Spannungen zu vermeiden, die angeblich sofort konstruiert worden wären. Die Verteidigung der moralischen Werte durch Paul VI. (*60) und seine deutlichen Ermahnungen an die Rebellen in den eigenen Reihen (*61), vor allem aber seine Osterbotschaft 1969, in welcher er die "Politiker, denen die Hoffnungsbotschaft des heutigen Tages Weisheit, Tapferkeit und Vertrauen schenken möge, aufruft, der Welt wieder den Frieden zu bringen", sind Vorgänge, die einem Kissinger und Burns (*62) nicht gut in den Ohren klingen können, vertreten sie doch die Meinung, der Welt 1945 den Frieden gebracht zu haben. Mit allen Mitteln müssen sie zu verhindern trachten, dass sich eine weltweite Heilige Allianz der gläubigen Völker zu gemeinsamem Kampf gegen die Ungläubigen zusammenschliesst. Man ist sich bewusst, dass noch niemals in der neueren Geschichte so viele Staatsmänner sich bewusst als Christen bezeichnen, wie heute, angefangen von den meisten Staaten Südamerikas bis zu Südafrika, Rhodesien, Portugal, Spanien, Irland, Griechenland, dass sich die mohammedanische Welt in zahlreichen Konferenzen unter den Rufen zum Heiligen Krieg zusammenfindet, dass die buddhistische Welt sich von Ceylon bis Vietnam einer religiösen Wiederbelebung gegenüber sieht. Man ist sich bewusst, dass noch niemals so viel von Volkstum und eigener Rasse rund um den Erdball gesprochen wurde, wie heute. Man ist sich bewusst, dass der Waffenstillstand zwischen diesen Kräften und der gemeinsam aufgenommene Kampf gegen die Feinde aller Religionen und aller Völker zu einem völlig neuen Weltbild führen muss, in welchem von den UN nicht mehr die Rede sein kann. Eine solche Entwicklung ist mit allen Mitteln zu verhindern. Darum darf auch keine politische

Verbindung zwischen Vatikan und Washington hergestellt werden. Die sonst so verachteten evangelischen Christen sind in diesem Punkt gerade gut genug, den Vorwand zu liefern für die Unterbindung eines solchen Kontaktes. Mit seinen 4 Millionen Juden und 3 ½ Millionen Freimaurern verfügen die Vereinigten Staaten über einen sehr gut organisierten Personalbestand, mit dem sie jederzeit die gewünschte Meinungsbildung auch in den anderen Bevölkerungskreisen meinen erreichen zu können. Die Vielfältigkeit des Kampfes der Freimaurerei gegen das eigentliche Leben wird uns im Laufe der weiteren Lektüre bei einer Gegenüberstellung der Wachstumsprobleme der verschiedensten Staaten auf dieser Welt deutlich werden. Wir müssen dabei selbst dort, wo die Staatsgründung eindeutig auf die Freimaurerei zurückgeht, wie im Falle der Vereinigten Staaten als bedeutendstem Beispiel, feststellen, dass sie nicht das Wachsen echter Werte verhindern konnte. Biologische Grundsubstanzen verschmolzen mit den Einflüssen von Klima und Landschaft zu einer neuen Identität und straften die Behauptung Lüge, dass es nationalen Charakter nicht mehr geben könne, dass er auch früher immer nur pure Erfindung interessierter, in Adel und Kirche organisierter Unterdrücker gewesen sei. Es gibt heute sogar deutlicher profiliert noch als bisher bewusst nationalistische Kreise auch in einem Staat wie den Vereinigten Staaten und wir bemerken, dass sich diese Kreise gerade in dem harten Kampf gegen die Zersetzung erst formen. Wir dürfen sogar sicher sein, dass die politischen Ereignisse, die mit den Goldwater- und Wallacewahlen gewisse Höhepunkte, aber auch eine gewisse Weiterentwicklung zeigten, Vorgänge darstellen, die zu einer betonteren nationalen Haltung dieser jungen Nation hinführen werden. Das "Zeitalter des Nationalismus" ist eben dabei, auch Nordamerika zu prägen.

Stimmen werden laut zur bisherigen Aussenpolitik der Vereinigten Staaten, die man nicht erwartet hätte. Spruile Braden, Roosevelts berüchtigter Vertreter in Buenos Aires bei Peróns Regierungsantritt und späterer Unterstaatssekretär für Interamerikanische Angelegenheiten, zum Beispiel meint (UPI 6.10.69): "Der einzige Grund für die Existenz unseres Aussenministeriums und unseres Aeusseren Dienstes ist der Schutz und die Förderung der legitimen Interessen der Vereinigten Staaten. Niemals dürfen wir versuchen, anderen Nationen unseren Lebensstil oder unsere Regierungsform, unsere Ideen oder gar unsere moralischen Wertungen zu importieren. Respekt ist die unabweisliche Bedingung aller äusseren Beziehungen." Solange die USA am gegenwärtigen, von ihnen selbst ausgearbeiteten System der UN und ihrer kulturellen und wirtschaftlich-finanziellen Abteilungen festhält, also die Vernichtung völkischer und religiöser Eigenarten – nicht zuletzt wieder jetzt in Biafra – auf ihre Fahnen schreibt, finden solche Bemerkungen jedoch keinen Glauben.

Doch nicht nur die Beziehungen zum Vatikan waren Gegenstand aussenpolitischer Erwägungen. Mit viel Getue wurde die Reise Nixons nach Rumänien umgeben. Man gab ihr das Bild eines Eindringens in die Welt jenseits des Eisernen Vorhangs und tat, als sähe Moskau diesen Schritt nicht gerne. Die Wirtschaftsteile der Zeitungen sprachen eine ganz andere Sprache. Da las man von erhöhter Warenlagerbildung in den USA (im März 1969 allein Lagererhöhung um 990 Millionen Dollar). Da wies man darauf hin, dass die Westeuropäer 1968 für 3,7 Milliarden Dollar Waren nach Osteuropa exportiert hatten, die USA aber nur für 217 Millionen. Da wies man auf den Zwang hin, endlich die Zahlungsbilanz zu aktivieren, um nicht die weitere Zusammenarbeit mit den Grossen Zehn im Rahmen der allem vorangehenden Weltwirtschaft zu gefährden. So wurde denn im Juni 1969 grünes Licht gegeben für eine Liberalisierung des Osthandels. Eine Fiat-Automobilfabrik wird sowieso schon seit dem Vorjahr

mit 80 Millionen der Export-Importbank in Russland finanziert. Befürworter eines stärkeren Osthandels wie Carl Gilbert und Nathaniel Samuels wurden in die Regierung aufgenommen. Mit einer Ausdehnung der Kredite für die Ostländer ist daher zu rechnen.

Mit solcher Aussenpolitik stimmt es völlig überein, wenn Nixon zum Vertreter der USA bei den UN einen Mann wie den bisherigen Botschafter Charles W. Yost ernennt. Dieser Studiengenosse ("research-fellow" sagt Clement J. Zablocki im Repräsentantenhaus 23.1.69) des Councils on Foreign Relations schrieb erst vor kurzem ein Buch unter dem Titel "The Insecurity of Nations" (Die Unsicherheit der Nationen), in welchem er die für einen Einweltler recht beachtlich klaren Sätze ausspricht: "Nur, wenn alle Nationen ihre nationalen Interessen in denen der gesamten Menschheit untertauchen lassen, kann es Sicherheit für eine Nation geben. Es wird niemals Sicherheit für Staaten und Völker geben, solange es keine unparteiische und mächtige internationale Autorität gibt ... Die Natur der modernen Welt ist derart, dass sie weder eine Pax Romana, noch eine Pax Britannica, Pax Sovietica oder Pax Americana duldet. Frieden-machen, soll es nicht in der Praxis zum Krieg-machen werden, muss in Zukunft kollektiv geschehen ... Auch die regionalen Zusammenschlüsse sind heute nicht mit der genügenden Macht betraut. Kein Mitglied zB gibt der OEA das (wünschenswerte (! D.V.)) Recht zur Intervention in Mitgliedstaaten ... Der Versuch, die Sicherheit der Nationen mit nationalen Mitteln zu erreichen, wird unter den heutigen Umständen immer utopischer ... Wenn die Menschheit weiterhin gedeihen soll, vielleicht überhaupt das Ende dieses Jahrhunderts erleben soll, so muss sie sich verdammt schnell mit ihren Nationalstaaten einem koherent funktionierenden internationalen System einordnen."

Nicht ganz einfach allerdings geht die Rechnung auf, vergleicht man diese Ueberlegungen mit der Zahl von 8 bis 10 Milliarden Dollar, die die USA jährlich für ihren Geheimdienst, einschliesslich der Unkosten für die Beobachtungssatelliten über Russland und Rotchina, ausgeben. Der Abgeordnete Zablocki (Congressional Record 23.1.69) weist bereits darauf hin, dass Nixon bei Einführung des eben genannten Herrn Yost "nicht gerade sehr gläubig war in Bezug auf die Möglichkeiten einer Vermittlungsrolle der UN zwischen Russland und den USA, oder gar die Hoffnung aussprach, die Supermächte könnten Entscheidungen, die ihre Lebensinteressen berühren, den UN übertragen". Es sei also nicht die gleiche Ansicht bei Nixon und bei Yost in diesen grundlegenden Fragen zu bemerken. Zu dieser "Konfusion" sagt James Reston in der "New York Times" am 6.8.1969: "Wenn wir am Potomac (dem Fluss, an welchem Washington liegt) Tidewechsel haben, dann wird er zu einem Strudel miteinander streitender Kräfte ... Nixon wendet sich ab von Vietnam und General Thieu, während er von beiden sagt, sie seien wunderbar ... Nixon ist dabei, sich von seiner antikommunistischen Vergangenheit wegzubewegen ... Alle diese zweideutigen und widersprechenden Feststellungen Nixons, sowohl in der Aussen- wie in der Innenpolitik werden hier mit grosser Vorsicht analysiert. Heute beugt er sich den konservativen Meinungen der American Medical Association oder unterstützt Senatoren aus den Südstaaten gegen die Schulintegrationspolitik, dann wieder unterstützt er Wohlfahrtsstaatspolitik, die er zwanzig Jahre lang bekämpft hat ... Doch dieser politische Hokuspokus ist für Washington erklärlicher als er es für den Rest des Landes ist. Die Hauptstadt ist es gewohnt, Präsidenten wie Wilson, Roosevelt und Johnson zu hören, die betonen, dass sie nicht in Kriege sich verwickeln werden, und die sie dann doch starten. So ist es ebensowenig überraschend, einen Nixon zu finden, der daran geht, einen Krieg zu beenden, den er seit den fünfziger Jahren befürwortete.

Die kritische Frage ist nur, ob das alles auch geht ... Doch die überwältigende Meinung ist, dass dieses bewusste Zickzack letzten Endes doch zu einem Frieden in Vietnam und zu einer Einigung mit Moskau führen wird." So versteht man denn auch manches weitere. Drastische Sparmassnahmen wurden jedoch auf militärischem Sektor angekündigt. Sie ergänzen die Zerstörung der Manneszucht, die konsequent durch Liberalisierung der Militärgerichtsbarkeit und durch Untergrundzeitungen in den Kasernen vorangetrieben wird. Die militärischen Sparmassnahmen werden nach Aussagen des Verteidigungsministers Melvin Laird "unausbleiblich zu einer Einschränkung unserer Militärmacht in der Welt führen". Der Rückzug von Truppen aus Vietnam wird uns noch bei jenem Land beschäftigen müssen. Das NATO-Feuer, im Vorjahre nach der "Tschechenkrise" noch so angefacht, glimmt nur noch so dahin.(*63) In den Streitkräften häufen sich die Fälle von Meuterei, Befehlsverweigerung, Rassenunruhen, Desertion und unerlaubter Entfernung von der Truppe. Soldaten-Gewerkschaften werden gefordert. Man sagt, dass 5 000 Wehrpflichtige nach Kanada entwichen, 2 000 nach Schweden. Andere suchten Asyl in Westberlin. Man darf sich nicht sehr wundern, wenn die "Times" am 29. Juli 1969 schreibt: "Es gibt keine europäische Stadt, für die ein amerikanischer Präsident New York aufs Spiel setzen würde." Im Gegenteil, es wird in Westdeutschland bekannt, dass die NATO Pläne angefertigt hat, nach denen im Falle eines russischen Angriffs die deutschen Städte mit amerikanischen Atombomben dem Erdboden gleichgemacht werden, um den Russen mit solcher "verbrannten Erde" ein Vorrücken zu erschweren (Dokumente in Photokopie veröffentlicht im "Stern", Januar 1970). Warum sollte Amerika, das seit Beginn dieses Jahrhunderts im konstanten Kampf steht gegen Europa, gerade diesem Kontinent gegenüber andere Methoden anwenden als es dieses in Südamerika und in Asien so oft schon tat? Deutlich drückte sich Eugene V. Rostow, der neben seinem Bruder Walt und Arthur Goldberg hauptschuldige 3. Zionist an "Vietnam" in einer Rede vor dem Jahreskongress der atlantischen Gesellschaften, das heisst der Dachorganisation aller Vereinigungen zur Stützung und Förderung der NATO im Oktober 1969 in Washington aus: "Es macht sich heute in den Vereinigten Staaten eine gewaltige isolationistische Welle geltend." Der Mann, der wie sein Bruder selbst die Abschaffung der Nationen gefordert (R 169) und dem ja nur recht ist, was jetzt als natürliche Saat seiner eigenen Tätigkeit aufgeht, gibt sich schnell national und stösst den Kassandraruf aus: "Heute wird die weltpolitische Abdankung Amerikas gefordert." (Und "konservativer" Rattenfänger Agnew doppelt "energisch gegen die gegenwärtige Tendenz zugunsten des Isolationismus" – 7.3.70.) Was gefordert wird, ist etwas ganz anderes: "Der Rückzug ohne Sieg aus einem Krieg, der bei vollem Einsatz unserer Kräfte in wenigen Wochen beendet sein könnte, ist eine Schande für die Nation und führt nur zu weiteren sinnlosen Kriegen. Wir fordern vom Oberkommando Aufhebung aller den Einsatz einschränkenden Befehle und einen schnellen und entscheidenden Sieg zu erfechten. Das bringt unsere Männer schneller nach Hause als die Nixonsche Taktik und kostet weniger Opfer als das, was heute geschieht."(*64) (Flugblatt des Gen. Del Valle)

Dieser Appell ist, wie alle ähnlichen papiernen Aeusserungen zunächst ergebnislos verhallt. Der Zionist Henry Kissinger, der an der Spitze des National Security Councils steht, baut vielmehr in Ruhe sich mit seinen zionistischen Hilfskräften sein eigenes Imperium auf. Von den 25 Zionisten, die er als Mitarbeiter in die Regierung Nixon mitbrachte (und die also niemand gewählt oder gewünscht hat, ja, kaum jemand kennt), nennen wir Richard L. Sneider (Vertreter des State Department bei der Uebergabe Okinawas an Japan), Daniel Davidson (Vietnamverhandlungen in Paris), Spurgeon Keeny (Abrüstung), Mort

Halperin (Weltstrategie), Helmut Sonnenfeldt (Kremlfachmann), Harold H. Saunders Nahost und Südasien), Roger Morris (Sowjets und Afrika), C. Fred Bergsten (internationale Wirtschaftsfragen), Laurence Lynn (System-Analysen), Robert G. Houdex, Richard N. Cooper (vorher im Council of Economic Advisers, internationale Geldangelegenheiten), Viron P. Vaky, Robert E. Osgood, Donald Lesh, Arnold Nachmanoff, Lawrence Eagleburger, Alexander M. Haig, Daniel Irving Davidson (zuletzt bei Harrimans Stab in Paris). Eng arbeitet Kissinger zusammen mit Leonard Garment, dem jüdischen Teilhaber der Nixonschen Anwaltsfirma. Das pseudokonservative Aushängeschild aber der Regierung, Vizepräsident Spiro T. Agnew, lässt sich seine Reden schreiben von der Jüdin Cynthia Rosenwald in Baltimore (was die konservative Tönung derselben als glatte Bauernfängerei erscheinen lässt, als "Spiegel-Taktik", wie wir das an anderer Stelle nennen. Wenn Herr Agnew zum Beispiel "New York Times" und "Washington Post" mit an sich richtigen Bemerkungen kritisiert: "Wir erleben ein wachsendes Monopol der veröffentlichten Meinung. Die Publikationsmittel verfügen praktisch über eine Art diplomatischer Immunität").

Dabei ist jetzt erneut wieder durch einen Prozess in den USA gerichtsnotorisch aus dem Munde führender Zionisten selbst klar geworden, welche Gefahr dieser Zionismus für die USA und darüber hinaus für die ganze Welt bedeutet. "Most people think the purpose of the so-called Zionist movement is to establish a homeland for refugee Jews in Palestine – not at all. THE REAL PURPOSE OF ZIONISM IS TO ESTABLISH TOTALITARIAN GLOBAL CONTROL VIA A WORLD SUPERGOVERNMENT." (Die meisten Menschen glauben, der Zweck der sogenannten zionistischen Bewegung sei es, jüdischen Flüchtlingen eine Heimat in Palästina zu schaffen. Doch ganz und gar nicht. DER WAHRE ZWECK DES ZIONISMUS IST DIE ERRICHTUNG EINER WELTWEITEN KONTROLLE DURCH EINE WELTREGIERUNG.)(*65) Bei dem Prozess, der seit zwei Jahren schon anhängig ist im Distrikt Columbia (Civil-Action Nr. 3271-67) geht es dabei um folgendes: Der gläubige Jude Saul E. Joftes war Generalsekretär des Internationalen Beirats des jüdischen Freimaurerordens B'nai B'rith. In dieser Stellung wandte er sich gegen eine Kontrolle der Zionisten über den B'nai B'rith und andere jüdische Organisationen in den USA. Er wurde daraufhin auf Druck von Dr. Nahum Goldmann, dem Präsidenten der Zionistischen Weltorganisation, durch Dr. William A. Waxler, dem Präsidenten von B'nai B'rith, aus seinem Amt entfernt, aber von dem ihm gewogenen Waxler in die Leitung der Informationsabteilung (Research) des B'nai B'rith neu eingesetzt. Auch hier führte er seine Opposition gegen die "Zionisierung" der amerikanischen jüdischen Organisationen fort, sodass der Zionismus mit der bekannten Waffe der Verleumdung gegen Joftes vorging, wobei der Vizepräsident des B'nai B'rith, Rabbi Jay Kaufman, den Reigen anführte. Joftes klagte jetzt gegen Kaufman, und als Zeugen wurde eine Reihe führender Juden gehört. Sie sagten unter anderem aus, dass der B'nai B'rith eine geheime Rolle bei den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen spielte, dass Beamte des B'nai B'rith Deutsche enteigneten, dass der B'nai B'rith in Zusammenarbeit mit den Zionisten Westdeutschland zwang, den Krieg in Palästina 1948 zu finanzieren, sodass sich die verschwörerische Natur des Weltzionismus aus diesen Aussagen ergibt. Sollte der Prozess ergeben, dass jüdische Organisationen in den USA derartigen zionistischen Zielen unterworfen wurden, so ergibt sich daraus die gesetzliche Notwendigkeit, sie als Agenten einer fremden Macht zu registrieren.

Als solche werden sie auch von vielen Amerikanern empfunden. Als im Februar 1970 zum ersten Mal in der nordamerikanischen Geschichte vom Präsidenten dem Kongress ein "Annual Report on the State of the World" (ein

Jahresbericht über die Lage in der Welt) vorgelegt wird, da schreibt die Zeitschrift "Closer up" in Palm Beach: "Da dieses Produkt von Buchdicke eigentlich sich mit unserer Aussenpolitik befasst, sollte man denken, es sei das Werk unseres Aussenministers. Doch der weilte während dieser Tage irgendwo in Afrika. Es ist auch nicht das Werk Nixons oder seines National Security Councils, oder des Auswärtigen Amts unter Rogers, sondern das Werk Henry Alfred Kissingers ... Die "New York Times" vom 19. Februar machte es sehr klar, dass diese "State of the World"-Verkündung zweifellos die grösste literarische Produktion ist, seitdem Alger Hiss und Leo Pavlovsky ihre Charter der Vereinten Nationen schrieben." In der "New York Times" aber heisst es dann: "Drei Tage lang sassen in der vergangenen Woche sechs Männer und eine Frau draussen in der Sonne oder drinnen am Tisch von Villa 15 des Key Biscayne Hotels, dicht bei Präsident Nixons Haus, und debattierten die Sätze und Paragraphen einer Botschaft von Buchumfang an den Kongress, die zum ersten Male eine verständliche Ansicht des Präsidenten von den Weltangelegenheiten bringt. Kein Satz aber erregte mehr Aufmerksamkeit als der, der ursprünglich so hiess: "Wir müssen unsere Probleme isolieren aber wir dürfen nicht uns selbst isolieren." Auf Befragen strich Kissinger, der alles überwachte, den Satz und setzte dafür: "Amerika kann nicht in Isolierung leben", und William Safire fügte ihm hinzu: "wenn es in Frieden leben will"."

Doch nicht nur dieser so unamerikanische Satz, der bereits das Unglück zweier Weltkriege über die Menschheit brachte, ist aufgefallen. Man sah weiter, wie an die Stelle der Ko-Existenz das dem Amerikaner neue Wort der "Partnerschaft" auftauchte. Es ist uns nicht neu, da wir seine Geburt im offiziellen Jargon der BRD bereits feststellten. Ja, nicht ganz unwahrscheinlich ist sogar, dass überhaupt unsere "Studienreise durch eine Welt am Abgrund", die Herrn Kissinger vor einigen Monaten in die Hände kam, ein wenig Pate gestanden hat bei diesem erneuten Versuch, die Welt unserer Tage durch die zionistische Brille zu sehen. Nachdem sich auch der sowjetische Nachrichtendienst mit dem Besuch eines netten Herrn sehr angelegentlich um unsere Arbeit bekümmerte, würde uns dieses Interesse in Washington nicht sehr wundern.

All solche weltweite Schau des amerikanischen Präsidenten kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass ihm die Flügel selbst dann gestutzt werden, wenn er seine Aussenpolitik von Zionisten machen lässt. Der grosse Börsenkrach im Anschluss an seinen Entschluss, in Kambodscha einzugreifen, zeigt die Grenzen seiner Macht. Wollen wir auch alles weitere darüber erst im Kapitel Kambodscha besprechen, so sollen diese Vorgänge doch zu einer etwas allgemeineren Bemerkung schon hier Anlass sein: Der Präsident der Vereinigten Staaten ordnet das militärische Eingreifen amerikanischer Truppen auf dem Staatsgebiet von Kambodscha in Beantwortung des Hilferufs einer dort eben mit offensichtlich amerikanischer Unterstützung eingesetzten Regierung an. Als Antwort darauf kommt es zu einer verheerenden Baisse an der New-Yorker Börse. Die Zeitungen sagen, dieser Zusammenbruch des Vertrauens spiegelte die Reaktion des amerikanischen Bürgers auf den Entschluss des Präsidenten wider. Man will also weismachen, dass amerikanische Bürger aus Protest oder aus Sorge um die Zukunft Verkaufsorder über die in ihren Händen befindlichen amerikanischen Wertpapiere gegeben hätten. Jener amerikanische Bürger soll sich dazu aufgerafft haben, der sonst nur mit den allergrössten Schwierigkeiten zu irgendeiner politisch gewagten Aeusserung zu bringen ist, der sich in Millionen Fällen viel schwerere und persönlichere Eingriffe vom Staat gefallen liess. Niemand kann daher diese Behauptung glauben. Ein jeder weiss vielmehr, dass hinter einer solchen Börsenaktion eine

kapitalstarke Minderheit steht. Und diese Minderheit ist für uns identisch mit der Weltfreimaurerei. Es wird eine ganze Reihe von Lesern geben, die eine derartige Behauptung nicht hinnehmen, da sie bisher über dieses Problem nicht nachdachten. Wir denken daher auch gar nicht daran, den Leser zur Annahme unserer Behauptung zu überreden. Wir bitten ihn nur in diesem Augenblick, dieses Wort provisorisch hinzunehmen zur Kennzeichnung ja sicher tatsächlich vorhandener Dunkelmänner. Wir werden im Laufe unserer Arbeit dann Beweis um Beweis auf den Tisch legen, bis lückenlos klar ist, was wir in diesem Kapitel noch etwas leichthin behaupteten. Damit aber der Leser unserer so notwendigen Beweisführung auch folgen kann, bitten wir ihn, das Buch in seinem angegebenen Verlauf zu lesen und nicht ihm wegen der Ueberschrift interessant erscheinende Kapitel herauszugreifen. Denn er möge doch bedenken, dass wir in einer Zeit des Umbruchs fast aller menschlichen Strukturen stehen. Wir müssen daher, wollen wir gleich einem Weberschiffchen durch das Gewebe unserer Zeit fahren, oftmals einen Faden fahren lassen, müssen einen anderen aufgreifen, um später wieder den früheren aufnehmen zu können. Der Wechsel der Szenerie von Land zu Land, vor deren Hintergrund sich heute eines der erstaunlichsten Theaterstücke der Geschichte abspielt, wird dabei den Blick für das Wesentliche schärfen. Wir glauben, den Leser in seinen Erwartungen dabei nicht zu enttäuschen.

Die Gewässer, die wir befahren müssen, werden laufend von geschickten Kräften getrübt. Wir müssen daher auf Schritt und Tritt den eigentlichen Grund der Dinge ausloten, wollen wir nicht unversehens auf einer der vielen bereiteten Untiefen stranden. Wir haben uns im folgenden darum bemüht, diese Lotungen in grosser Vielfalt und in jeder uns eingegebenen Richtung auszuführen. Da wir eigentlich bei einem jeden dieser Vorgänge unerwartete Funde machten, dürfte der Leser daher den Fortgang unserer Fahrt recht kurzweilig finden. Mit Hilfe des Registers am Ende des Buches mag er schon passierte Standorte später wohl leicht wieder auffinden können. Dennoch sollte er getrost schon bei der Lektüre selbst laufend Notizen am Rand und Unterstreichungen vornehmen, denn dieses Buch will kein Schaustück in der Bibliothek sein sondern notwendiges Handwerkszeug.

Flugblätter, wie das oben erwähnte des Generals Del Valle, sind jedoch, mögen sie noch so viel Widerhall in allen Schichten des erwachenden Volkes der USA finden, nur Teil einer d e f e n s i v e n Taktik. Aber "defensive tactics always fail against a determined and persistent enemy" (defensive Taktik ist sinnlos gegenüber einem ruhelosen Gegner, der weiss, was er will), ruft Revilo P. Oliver im Herbst 1969 in der führenden nationalen Zeitschrift der USA, "The American Mercury", in einem Artikel aus, der die bezeichnende Ueberschrift "Nach 50 Jahren" trägt und eiskalt feststellt, dass man mit solcher Defensive 50 Jahre einfach verloren hat. "Was hat es alles genützt, dass wir den Gegner erkannten, ihn beschrieben, vor ihm warnten? ... Heute ist die Amerikanische Verfassung tot, dahin. Der Beweis dafür ist, dass es mit verfassungsmässigen Mitteln nicht mehr möglich ist, die Verfassung wieder herzustellen. Die Moral von Ausländern ist bei uns eingeführt worden." Oliver geht hart ins Gericht mit der Rechten: "Unsere Jugend weiss, dass man mit einem Dokument aus einer Horde Gleicher keine Nation machen kann. Sie fühlt, dass Nationen nur durch den Zusammenhalt unter einem geschlossenen Willen in Disziplin und Autorität bestehen können. Sie fühlt, dass die Welt der Staaten heute genau das gleiche ist, was sie immer war, nämlich die wirkliche Welt, in der der Schwache untergeht und der Starke überlebt. Das aber hat man niemals unserer Jugend gesagt. Unsere gutherzigen und weisshaarigen Patrioten redeten und redeten in ihrem immer kleiner werdenden Konklave in

der Hoffnung, ein Wunder würde geschehen. Niemand blies zum Angriff!" Und die Jugend fühlt tatsächlich dieses Versagen der vorherigen Generation, beginnt, sich selbst zu formen. Die National Youth Alliance unter Führung von Louis T. Byers wurde gegründet. Die nächste Zukunft wird zeigen müssen, ob in ihr der revolutionäre Elan besteht, der dem Terror mit Gegenterror begegnet. Was sie beseelt, drückt Dean Alfange in seinem "Amerikanischen Glaubensbekenntnis" aus.(*66) "Ich wähle mir aus, kein gewöhnlicher Mensch zu sein. Es ist mein Recht, ein ungewöhnlicher Mensch zu sein, wenn es mir möglich ist. Ich suche "Gelegenheit", nicht "Sicherheit". Ich möchte kein ausgehaltener Bürger sein, gedemütigt und stumpf gemacht durch den Staat, der für mich sorgt. Ich möchte das Risiko eingehen - zu träumen und zu bauen, erfolgreich zu sein oder zu versagen. Ich weigere mich, Initiative gegen Almosen einzutauschen. Ich ziehe die Herausforderungen des Lebens einer gesicherten Existenz vor; die Freude der Erfüllung, dem ruhigen Dasein von Utopien. Ich werde Freiheit nicht für Wohltätigkeit oder meine Würde nicht für ein Almosen eintauschen. Ich werde nicht vor einem Herrn kriechen oder mich einer Drohung beugen. Es ist mein Erbteil, aufrecht, stolz und tapfer zu sein; für mich selbst zu denken und zu handeln; mich über den Nutzen meiner Schaffenskraft zu freuen und der Welt kühn ins Antlitz zu sehen und zu sagen: "Dies habe ich getan." All dies bedeutet, ein Amerikaner zu sein."

---

*1 - Verlag Arthème Fayard, Paris 1933.

*2 - Man sprach nach dem Koreakrieg von einer heimkehrenden "Mc Carthy-Armee", die ähnlich verräterische Kriegspolitik in Washington für die Zukunft unmöglich machen wolle. Die Gründung eines Ordens aus den ehemaligen Frontoffizieren wäre wohl wirksamer gewesen.

*3 - Ruhland erhielt von Bismarck 1884 den Auftrag, die Ursache für die damalige Ernährungskrise zu erforschen. Er schrieb das Ergebnis seiner Untersuchungen nieder in seinem bekannten 3-bändigen Werk "Das System der politischen Oekonomie". Im folgenden wiedergegebene Zitate aus diesem Werk sind der sehr beachtenswerten kleinen Schrift von W. Gross, "Dämon Geld" (zu beziehen durch H. Strunk, Düsseldorf 1, Schliessfach 2621, Preis DM 1,50) entnommen. Gross weist darauf hin, dass ihm bei seiner Arbeit wesentliche Hilfe u. a. wurde durch August Strindbergs Buch "Der bewusste Wille in der Weltgeschichte".

*4 - Aus Dr. Daniel Steffen, "Kapital und Börse von Babylon bis Wall Street" S. 3.

*5 - Aus "Das Permanente Plebiszit", Albert R. Runge, Cas. Correo 138, Gral. Roca/Río Negro, Argentinien. Weitere positive Gedanken über diese Themen entnehmen Sie der Zeitschrift "Die Gesundung", herausgegeben von H. Damm, 6503 Mainz-Kastel, Friedensstr. 1.

*6 - Am 3. Mai 1966 meldet die "Allgemeine Zeitung": "Drei Millionen Inder vom Hunger bedroht ... Laut regierungsamtlichen Stellungnahmen ist die

Hungersnot nicht so sehr auf Mangel an Vorräten zurückzuführen, als darauf, dass die Arbeiter - ein Fünftel der Bevölkerung - kein Geld haben, sich Lebensmittel zu kaufen." Ausbeutungswirtschaft im "demokratischen" Indien. — Gesamtverschuldung der Landwirtschaft Westdeutschlands: 24 Milliarden DM laut der Zeitung "Deutsche Gemeinschaft" Nr. 24 in dem Artikel "Der Rebell von Remstal". Wer lebt von diesen Zinsen?

*7 - Vgl. zu dieser Frage Salcia Landmann, "Die Juden als Rasse", Walter Verlag, Olten und Freiburg im Breisgau, 1967. Man kann bez. des ägyptischen Aufenthalts der "Juden" noch nicht von einem "Exil" sprechen, "denn einstweilen haben sie ja noch nirgends ein Land, aus dem sie exiliert werden könnten". Bei dem Auszug aus Aegypten begann dann der (Aegypter oder Hebräer?) Moses, diejenigen unterwegs "erbarmungslos niederzumetzeln", die in die ägyptische Religion zurückfielen. Auf diese Weise "re-nomadisierte Mose die Hebräer systematisch, sowohl in moralischer und religiöser wie vermutlich auch in r a s s i s c h e r Hinsicht." (Landmann, S. 97, 98). Er wurde dann von seinen umerzogenen Hebräern erschlagen, und Josua zum Häuptling gewählt, nicht etwa, weil er ihnen die alten religiösen Gedanken der Beduinenwelt als Plagiat vorgesetzt, sondern weil man es müde war, in der Wüste herumzuwandern, und sich danach sehnte, sein Können an anderen Völkerschaften auszuprobieren. Man überfiel (zum ersten Mal), die neue Bundeslade in der Mitte, das Land Kanaan unter dem Vorwand, es sei einem verheissen worden. In seinem nördlichen Teil befindet sich die Landschaft "Judäa", und als "Juden" werden dann später die Bewohner dieser Landschaft bezeichnet. "Manche Küstenstädte", allerdings, "waren so glänzend befestigt, dass es den Juden während ihres gesamten Aufenthaltes im Lande Israel nie gelang, sie zu erobern." (Landmann, S. 117) Von den Tagen Mose her gilt somit der Satz, "dass die politische Geschichte der Juden von der religiösen nicht abtrennbar ist" (Landmann, S. 140).

Vgl. zu diesem Fragenkomplex auch Dr. Adolf Wahrmund, "Das Gesetz des Nomadentums und die heutige Judenherrschaft", 2. Auflage, Deutscher Volks-Verlag, Dr. Ernst Boepple, München 1919. E. Duehring, "Die Judenfrage", meint, S. 110: "Ich glaube nicht daran, dass die Juden, wenn sie wirklich auf einem Gebiet sich vereinigen liessen, an der Erneuerung des Nomadentums zu hindern wären. Das Nomadentum ist ihre weltgeschichtliche Lebensbedingung. Ohne dies, und allein bei sich selbst, würden sie einander zur Speise werden, da ihnen diejenige anderer Völker alsdann fehlte. So etwas wie ein internierter Judenstaat bedeutete daher Ausrottung der Juden durch die Juden." Diese Selbstausrottung absichtlich veranlassen zu wollen, wäre freilich unmenschlich. (Wahrmund, S. 158)

*8 - Leon Poliakov, "Les Bankiers Juifs et le Saint Siège du XIIIe au XVIIe siècle", hier in der spanischen Fassung, Editorial Paidós, Cabildo 2454, Buenos Aires, S. 39 ff.

*9 - Und Poliakov zitiert Herbert Luethy, "La banque protestante en France", Paris 1954, um zu zeigen, dass Geldmittel unbedingt notwendig sind, um geistige Unabhängigkeit aufrechtzuerhalten: "Der protestantische Kult verschwindet auf dem flachen Lande ... wo die Bauern materiell und geistig ohne Verteidigung sind, ohne Kapellen, ohne Geistliche, ohne Unterricht, ohne Bücher. ... Das religiöse Motiv ist schwer zu trennen vom wirtschaftlichen." Wir haben ja nach 1945 und bis heute hin in der europäischen Welt die gleichen Vorgänge erlebt. Insbesondere für das deutsche Volk, aber genauso für die anderen Völ-

ker Europas gilt ja heute: Ohne Verteidigung, ohne unabhängige geistige Zentren, ohne Führung, ohne ungefälschte Unterrichtung, ohne wahrheitsgetreue Geschichtsbücher ist die Masse ohne materielle und geistige Verteidigung.

*10 – Diese akute Gefahr für das Weltjudentum im Augenblick der gegenwärtigen Befreiungsrevolution ist diesem sehr bewusst. Auf der noch mehrfach zu zitierenden jüdischen Tagung unter dem Thema "Diskriminierung und Antisemitismus", November 1969 in Buenos Aires, empfiehlt daher Bernardo Kliksberg, daraufhinzuweisen, "dass die magisch-hypothetische jüdische Plutokratie, die die Vereinigten Staaten beherrscht, nicht existiert". Ein allerdings etwas schwieriges Unterfangen angesichts der vielen bekannten Tatsachen. Es wird daher schwer fallen, in der weltweit beginnenden Umwälzung die schöne Beute retten zu können.

*11 – Comte de Bonald, 1777: "L'église, dans son interdiction du prêt à intérêt, a voulu faire des sociétés stables et non sociétés opulantes."

*12 – Vgl. Pierre Gaxotte, "Le Siècle de Louis XV", Librairie Arthème Fayard, Paris 1933, S.40,41.

*13 – Einzelheiten darüber in der deutschen Zeitschrift "Capital", Januar 1969 S.46.

*14 – Als weitere Beispiele zu den bereits früher aufgezählten erwähnen wir hier noch: 1937 lud Frederick P. Keppel als Präsident der Carnegie-Stiftung Myrdal ein, eine Studie über die Lage der Neger in den USA anzufertigen. Das Ergebnis war das prokommunistische Buch "An American Dilemma".
Die Rockefeller-Stiftung unterstützte finanziell den pornographischen Schmutz der von Dr. Chrisholm (s.d.) organisierten "International Planned Parenthood Association".
1947 erhielt der uns bereits bekannte CFR von der Carnegie-Stiftung 1 500 000 $ und von der Rockefeller-Stiftung 60 000 $, die Ford-Stiftung übergab 1954 50 000 $ und 1955 1 500 000 $ dem CFR. Satzungsgemässe Aufgabe der Ford-Stiftung ist es, "Gelder zu empfangen und zu verwalten für wissenschaftliche, erzieherische und karitative Zwecke, im Interesse der öffentlichen Wohlfahrt und für keine anderen Zwecke". Als unter Eisenhower eine Untersuchung der Finanzgebahren der Stiftungen nicht mehr zu vermeiden war, stellte die Ford-Stiftung sofort 1 300 000 $ der amtlichen Untersuchungskommission für ihre Tätigkeit zur Verfügung und diese stellte denn auch fest, "dass alles in Ordnung war". (Senator Wickliffe B. Vennard, "What's wrong in Washington?", S.82)

*15 – Dazu die Veröffentlichung in "Match", 24. Mai 1969.

*16 – In "La Vieille France", März 1921, S. 216; wiedergegeben in Gertrude M. Coogan, "Money Creators", 10. Auflage 1967.

*17 – Abdruck in "CIS" XII/59 eines Artikels, den Father Coughlin am 12.2.40 in der Zeitschrift "Social Justice" veröffentlichte. Als Generalmajor Grant III, Enkel des 18. Präsidenten der USA, im Jahre 1959 diesen Artikel an die Nachkommen der Offiziere entsandte, die seinerzeit im Bürgerkrieg gekämpft hatten, wurde er von der jüdischen Anti-Defamation-League auf das übelste verleumdet. Sachliches wurde jedoch den Tatsachen nichts entgegengestellt.

*18 - Vgl. "CIS" I/1960 und W.B.Vennard, Sr.: "Chronological History" S. 5,6.

*19 - "This is legal tender for all debts, public and private, except duties on imports and interest on the public debt."

*20 - Wir müssen an dieser Stelle eine Aussage korrigieren, die wir in dem Buch "Die Grosse Rebellion" S. 24, Zeile 23 machten. Die Einzelheiten der ominösen Abstimmung waren anders, als wir sie auf Grund einer amerikanischen Zeitungsmeldung wiedergaben. Die Bankiers bemühten sich vielmehr, so viele Stimmen wie möglich für sich aufzubringen. Nur waren sie zugleich daran interessiert, dass die Tragweite und tunlichst sogar die Tatsache dieser Abstimmung selbst möglichst weitgehend unbekannt blieben. So wählte man als Tag der Abstimmung den 23. Dezember (!) und es ergab sich das folgende Stimmverhältnis: Im Senat 43 Ja-Stimmen und 25 Nein-Stimmen. Ein Drittel der Senatoren, potentielle Nein-Stimmen, war abwesend. Im Abgeordnetenhaus erreichte man sogar 298 Ja-Stimmen gegen 60 Nein-Stimmen. (Aus Vennard, "The Federal Hoax", S. 25)

Die Reichsbank war ähnlich aufgebaut. Sie schüttete 12 Prozent jährliche Zinsen aus. Aehnlich war die Bank of England (seit 1694) privat, wie die Banque de France (seit 1800). Lediglich in Russland (s.d.) kannte man nicht diese Uebergabe der Währung an Fremde, was dann den wesentlichsten Angriffspunkt der Freimaurerei ergab und das Ende des Zarenreiches besiegelte. Hitler stellte 1934 alle Reparationszahlungen einschliesslich Verzinsung und Amortisation ein. Die von Dr. Schacht und v. Schwerin-Krosigk durchgeführte Geldreform wurde von den Alliierten wieder rückgängig gemacht. Die Bundesbank gehört nicht dem Staat, sondern ist eine private Institution. Ueber die westdeutsche Entwicklung unterrichtet Horst Arnold, "Die deutsche Milliardenverschuldung", Buchkreis für Besinnung und Aufbau, Seeheim a.d.B. 1968, aus dem wir kurz zitieren: "Statt von einer deutschen Wirtschaftspolitik sollte man besser von einer Politik gegen die deutsche Wirtschaft sprechen. ... Die gesamte bundesdeutsche Wirtschaftspolitik aller Sparten war geradezu darauf abgestellt, dem Ausland zu einer Vorrangstellung zu verhelfen ... Verschuldungsanstieg ... Die Stellungnahme des Bundeswirtschaftsministeriums ist eine versteckte Empfehlung, Auslandskapital aufzunehmen ... Es schwelgt förmlich in liberalistischen Modellvorstellungen zum Schaden der deutschen Wirtschaftskraft ... Per 30. Juni 1967 wies das Bundesministerium der Finanzen eine Bundesschuld in Höhe von 42,41906 Milliarden DM aus. Die fundierte Schuld der Länder wurde mit 43,3653 Milliarden DM angegeben." Von den Zinsen leben die Banken. Sie müssen durch Steuern aufgebracht werden. Aus dem alten Aegypten grüsst Josef-Jakobsohn herüber.

Der Aussenministertagung der Moslemländer in Djidda, März 1970, legt die Welt-Moslem-Liga ein Memorandum vor, in welchem es heisst: "Es ist höchste Zeit, dass unser Bankwesen islamisiert wird, Banken in Moslemländern sollten nur ihre Verwaltungsunkosten belasten, aber keine Zinsen berechnen. Das Wesen der Moslembanken muss es sein, nicht für eigenen Profit zu arbeiten, sondern nur die eigenen Unkosten auszugleichen. Ihr Ziel muss sein, der Nation zu dienen." Und Punkt 15 der dreiundzwanzig Forderungen der chinesischen Roten Garde lautet klipp und klar: "Abschaffung der Bankzinsen." Und die (bezeichnenderweise von Nasser verbotene) Islamische Bruderschaft fordert Verbot des Kapital-Zinses: "Aegypten kann keine Fortschritte machen und die Herrschaft des Imperialismus nicht abschütteln, ohne das Prinzip des Zinses auszuschalten."

*21 – Es ist festzustellen, dass die Kreditschöpfung durch Buchungen, die von Banken vorgenommen wird, in den USA verfassungswidrig und darum null und nichtig ist, wie am 27. Dezember 1968 der Richter Martin V. Mahoney in Credit-River/Minnesota in einem Prozess gegen die First National Bank of Montgomery entschied. Die sehr interessante Entscheidung ist in vollem Wortlaut abgedruckt in "Proof of a Secret Government", von Wickliffe B. Vennard Sr., Omni-Publications, Februar 1969, POB 216, Hawthorne, Calif. 90250.

*22 – Wir müssen darauf aufmerksam machen, dass die Bezeichnungen sehr hoher Zahlen im amerikanischen Englisch und im Französischen anders lauten als in den übrigen europäischen Kultursprachen (britisches Englisch, Spanisch, Deutsch usw.). Zum Vergleich:

Zahl	amerik. und franz. Bezeichnung	deutsche Bezeichnung
1 mit 9 Nullen	Billion	Milliarde (spanisch: mil millones)
1 mit 12 Nullen	Trillion	Billion
1 mit 18 Nullen		Trillion

In dem Buch "Die Grosse Rebellion" wurden auf den Seiten 24 und 25 die amerikanischen Bezeichnungen beibehalten, und nicht die deutschen Bezeichnungen gesetzt, die sich aus obigem Vergleich ergeben.

*23 – Dabei ist die künstliche Natur dieser Geldfabrikation natürlich Anlass zu Reibungen unter den Fabrikanten. Zum Sprachrohr der Europäer machte sich am 29.9.69 der Direktor der Brüssler Bank, Alexandre Lamfalussy, der – wie wir sofort im einzelnen noch zitieren werden – sich scharf gegen die dadurch geschaffene Vorherrschaft des Dollars wandte. Wenn das ein Europäer feststellt, um wie viel mehr muss der Unwillen der weniger entwikkelten Welt erregt werden, wenn man ihr mit Josefschen Methoden nicht nur das Vieh und den Weizen gegen leere Scheine abnehmen will, sondern alles und jedes, was sie besitzen. Denn das, und nichts anderes ist der Sinn der von New York aufgebauten Weltwährung der SDR.

*24 – Fritz Diwok, "Gold, Dollar und unser Geld", Verlag Fritz Molden, Wien-München-Zürich, 1968. Im übrigen ein offener Verfechter des kapitalistischen Systems, meint er bezeichnenderweise auf S. 105: "In diesem Zauberkreis von Verrechnungen dürften sogar die Zentralbanken keinen vollständigen Ueberblick haben", ohne dass ihn solches bedrückt.

*25 – Die Nation stand ja einer wirtschaftlichen Katastrophe auch insofern nahe, als die bis Anfang 1969 bekannten Oelreserven noch für ganze 12 Jahre gereicht hätten. Die Funde in Alaska haben dann dieses Bild ganz entscheidend verändert. Die dort gefundenen Oelfelder zählen zu den zehn grössten der Welt. Hinzu kommen rund 8 000 Milliarden Kubikmeter Erdgas zu den gefundenen 686 Millionen Tonnen Erdöl allein im Konzessionsgebiet an der Prudhoe Bay. Die Aussichten auf eine vollständige Veränderung der amerikanischen Handelsbilanz sind so gewaltig und folgenschwer, dass die grössten Unkosten nicht gescheut zu werden brauchen, dieses Oel in einer gigantischen Rohrleitung quer durch Alaska und Kanada hindurch nach den USA zu bringen. Sofort auch wurde der Versuch unternommen, Grosstanker nach Nordalaska zu fahren. Da dieses jedoch, selbst bei günstigsten Bedingungen, nur einige Monate im Jahr möglich

sein wird, beginnt man mit dem Ausbau des Hafens von Valdez in Südalaska, um von diesem immer eisfreien Hafen aus ganzjährlich Verschiffungen in Riesentankern vorzunehmen. Unter diesen Umständen war eine Neuaufteilung der Oelimportquoten der USA notwendig. Diese aber wird auf Nixons Anordnung nicht mehr, wie bisher vom Innenministerium, sondern vom Weissen Haus direkt vorgenommen, und zwar von dem dazu von Nixon ernannten Mr. Porter Flanagan. Flanagan aber ist nur zu dieser Tätigkeit beurlaubt von seinem eigentlichen Posten als Vizepräsident der Investment Bank Dillon, Read & Co., deren Mitinhaber Eigentümer ausländischer Oelfirmen sind. "Flagrant conflict of interests" (flagranten Interessenkonflikt) nennt "WO" (15.11.69) dieses demokratische Zusammenspiel.

*26 - US-Senatsdokument Nr. 310 vom Februar 1923.

*27 - Wir müssen uns ins Gedächtnis rufen, was damals (nämlich 1936) der englische Generalmajor Fuller in seinem Buch "First War of the League" (Erster Krieg des Völkerbundes) schrieb: "Das gegenwärtige Finanzsystem gründet sich nicht auf die Produktionskraft (Produktion von Reichtum), sondern das Mittel der Verteilung (Geld) wurde in eine Ware verwandelt, die man kaufen und verkaufen kann. Mit einem Wort: Die Krankheit, an der die Welt leidet, heisst Wucher. Frankreich ist ein Reich, das auf Geldmacht aufgebaut ist, und England ist das Hauptquartier des internationalen Anleihekapitals. Daher auch die Entente zwischen ihnen. Beide sind von internationaler Gesinnung, weil beide unter der Herrschaft zentraler Banken stehen, die internationale Geldorgane sind ... Da Deutschland ausserhalb dieses goldenen Ringes steht, ist es verdächtig. Deutschland beginnt bereits mehr mit den Begriffen der Arbeit zu operieren, als mit den Begriffen des Geldes. Angenommen, Deutschland führt ein vernünftiges Finanzsystem ein, in welchem kein Geld aufgekauft werden kann, dann wird die Goldblase platzen und die Grundlage des Staatskapitalismus bricht zusammen. Daher muss es um jeden Preis daran gehindert werden. Daher auch die fieberhaften Vorbereitungen zu seiner Vernichtung. (1936 geschrieben!) Solange der Reichtum auf Gold beruht, werden die Kriege das Finanzsystem bereichern, wenn sie auch die Industrie zerstören. Denn während der wahre Reichtum vernichtet wird, wird das Gold, das nicht vernichtet werden kann, von den Finanziers aufgekauft und nach dem Kriege zum Wiederaufbau mit grossem Profit der Verleiher ausgeliehen ... Sollte ihr System bedroht werden, so haben sie nichts zu verlieren und alles zu gewinnen, wenn sie zu einem Kriege schüren, um eine Reform zu zerschlagen. Das geschieht heute, und Deutschland ist das auserkorene Opfer." Aus einem Flugblatt des bekannten schwedischen nationalen Publizisten Einar Arberg, Norrviken/Schweden, der es mit seinen zahllosen Veröffentlichungen erreichte, dass für viele Suchende in der deutschen Jugend der Anschluss an die Erkenntnisse früherer Generationen wiedergefunden werden konnte.

*28 - Die Kommentare jedenfalls, die der Bonner Kabinettsentscheid vom 9. Mai 1969 (also vor dem Regierungswechsel infolge der Septemberwahlen) im Ausland hervorrief, nämlich der Entschluss, nicht aufzuwerten, verdienen gewisse Aufmerksamkeit wegen der Schärfe des Tones: "Missverstandenes nationales Prestige" ("NZZ" 12.5.69) und mangelnden Anpassungswillen an die Umwelt wirft man Strauss vor, weil er nicht gewillt war, den Westdeutschen die Folgen der unverantwortlichen Geldausweitung und Verschuldung jenseits des Kanals und des Atlantik aufzubürden. "Nationalistische Elemente"

schleichen sich bei dem westdeutschen Entscheid ein, heisst es anklagend. Man will es niemandem gestatten, aus dem fahrenden Wagen abzuspringen. Ob allerdings eine stabile Währung bei Beibehaltung der Verflechtung der BRD mit der Welt des Dollars möglich ist, scheint mehr als zweifelhaft. 61 westdeutsche Professoren, bestellte Hüter also des Internationalismus und der Weltwirtschaft avant tout an den deutschen Universitäten, richteten damals sofort einen Protest an Bonn, in welchem es heisst: "Die Unterzeichneten haben von der Weigerung der Bundesregierung, jetzt oder in nächster Zukunft den Aussenwert der D-Mark den tatsächlichen Marktverhältnissen anzupassen, mit Bestürzung Kenntnis genommen. Die Entscheidung vom 9. Mai wird eine weitere Zerrüttung des internationalen Währungssystems" (also darauf kommt es ihnen in erster Linie an) "durch dirigistische Eingriffe zur Folge haben und damit die Tendenzen zur weltwirtschaftlichen Desintegration verstärken" (jetzt versteht man, dass die CDU abtreten m u s s t e !). ...

*29 – Um die Importierung der amerikanischen Inflation zu verhindern, die über die offenen Grenzen hereindringt, machte die Straussche Kombination von nationalem Interesse und kapitalistischen Wirtschaftsformen dann komplizierte Massnahmen notwendig. Man erhöhte zunächst notgedrungen die Löhne in der Form des Beteiligungslohns, führte aber gleichzeitig für die so beziehbaren Beträge ein Zwangssparen ein. Frei nur darf der Arbeitnehmer entscheiden, ob er Aktien, Beteiligungen an Investmentfunds oder andere Kapitalanteilscheine erwerben will. In jedem Fall also ein doppelter Dienst am kapitalistischen System, zu dem so der Arbeiter in neuer Weise in interessierte Abhängigkeit tritt. Die Verfechter aber weltwirtschaftlicher Weisheit fanden dann nach den Wahlen keine bessere Lösung als erstmal alles laufen zu lassen, wie es will. Der Kurs der Mark wurde freigegeben.

*30 – Pierre Paul Schweitzer, Juni 1969 auf der Queens-Universität Kingston/Kanada: "Es gilt in erster Linie, die politischen und psychologischen Hindernisse gegenüber Wechselkursänderungen zu überwinden", also sollen die letzten Säulen einer Wirtschaftsstabilität dem Weltbild geopfert werden, in welchem sich "alles nach der Tatsache der interdependenten Zielsetzungen von Wachstum und Stabilität auszurichten hat". Das Ganze gilt und nicht seine Teile, heisst es in dieser Einen Welt.

*30a – Obwohl ja schon heute, wie wir früher schon schrieben, das völlig dekkungslose Buchgeld, die künstliche Schöpfung der Banken, 95 Prozent aller im Umlauf befindlichen Zahlungsmittel ausmacht, wird dauernd diese Grundursache der Entwertung unserer Welt weiter ausgedehnt. Im Mai 1970 wird mit "Befriedigung in Finanzkreisen" zur Kenntnis genommen, dass der Federal Reserve Board die Mindestdeckung für Aktientransaktionen auf Kredit von 80 auf 65 Prozent und für Käufe von Wandelobligationen von 60 auf 50 Prozent gesenkt hat. "In einem Teil der Wall Street-Kreise herrschte heute morgen geradezu Enthusiasmus" ("NZZ", 6.5.70).

*31 – Abgedruckt in W. Gross, "Dämon Geld", S. 40.

*32 – Einer Wahl, übrigens, die keineswegs so sauber war wie etwa die Plebiszite, die Hitler veranlasste. Da lesen wir zB im "Daily Intelligencer", Lancaster /Pa, unter dem 7. November 1968: "Lloyd G. Cope, Wahlobmann der Verfassungspartei (Constitutional Party, Wallace) sagte am Mittwoch, dass er eine formelle Anklage gegen das FBI gerichtet habe ... In Teilen des Staa-

tes war es ziemlich allgemein, dass die Stimmen für George C. Wallace in den Wahlmaschinen nicht registriert wurden ... In Philadelphia besichtigte Nelson Feller, Wahlobmann der Verfassungspartei, zusammen mit zwei Detektiven 25 Wahllokale und fand, dass bei 17 von ihnen die Wahlmaschinen nicht funktionierten." Vennard (in "Proof of a Secret Government" S. 17) fügt hinzu: "Dieser Wahlbetrug erstreckte sich über die ganze Nation." So steht also, verehrter Leser, das Vorbild der Demokratie vor uns!

*33 – Allerdings ist auch auffällig, wie wenig die Zionisten für ihren Vertreter kämpften. Man war gar nicht mehr so erpicht auf Zionisten in exponierten Stellungen. Nachdem man die Pferde falsch angeschirrt hatte, zog man es vor, vom Kutschbock zu springen, noch einmal anzupeitschen, und dann den Karren in den Abgrund jagen zu lassen. Mit Missbehagen muss man es daher vermerken, dass zB bei allen südamerikanischen Studentenunruhen und bei den meisten nordamerikanischen Vorgängen an Universitäten das jüdische Element in den Listen der Verhafteten auf einmal völlig verschwunden ist. Man hat es erreicht, die Jugend aufzuhetzen, man hat ihr die notwendigen falschen Richtungen gezeigt, in welchen sie lostoben soll, und man zieht sich zurück, um die Urheberschaft der jetzt kommenden Zerstörungen zu verdecken. Man hat ganz deutlich erkannt, in welches Chaos die Welt gelangt mit den Ideen aus dem New-Yorker Glashaus und seinen Dependenzen, man hat erkannt, dass dieses Chaos unmittelbar bevorsteht, und dass es gefährlich ist, sich jetzt zu zeigen. Es gibt genug Dummköpfe, die sich darum reissen, für die fremden Utopien den Kopf hinzuhalten, von Nixon bis Brandt. Den Vogel schiesst dabei bei diesem Rückzug aus der Frontlinie unser guter Freund Arthur J. Goldberg ab. Der gleiche Mann, der offen aussprach, dass der Vietnamkrieg nicht zum Siege führen dürfe, erklärt nach seinem Ausscheiden aus der Regierung am 11. Juni 1969 in einem Vortrag an der Yeshiva-Universität: "Solange wir nicht unser eigenes Haus in Ordnung bringen, ist unsere Stellung als Weltmacht in Gefahr (mit "unser" sind die USA gemeint! D. V.). Und wir müssen den Krieg in Vietnam zu einer Lösung bringen, wenn wir die vielen Nöte daheim in dem massiven Umfang angehen wollen, wie es notwendig ist. Es wird jeden Tag klarer, dass wir trotz allen Reichtums und allen Einflusses niemals so viel Butter und Kanonen aufbringen können, um die weltweiten und internen Verpflichtungen gleichzeitig erfüllen zu können." Der Mann, der im Chor mit einem Earl Warren und anderen hauptverantwortlich ist für die Schaffung aller dieser Probleme in einer aufgestachelten Welt, spielt jetzt den Unschuldigen und bläst zum Rückzug, angeblich, um den Rest daheim zu retten, in Wirklichkeit aber, um dann auch hier eines Tages die Kapitulation der Nation als Notwendigkeit hinzustellen. Nationale Töne aus dem Munde Arthur Goldbergs, Verantwortungsbewusstsein für nationale Probleme aus dem Munde gerade dieses Mannes! Er straft sich erneut selbst Lügen, wenn er am gleichen Tage zugibt, gerade eben aus Moskau gekommen zu sein, wohin er als Vorsitzender der "United Nations Association" der USA auf Einladung der Sowjetischen UN-Vereinigung gereist war. Auch dieser nächste Schritt wurde also mit Moskau vorher abgesprochen. Man zieht sich aus der einen Front im Fernen Osten zurück, um sofort wieder an der inneren Front Verwirrung zu stiften.

*34 – Es gibt in den USA zwei gigantische Verbrechersyndikate, das eine ist italienisch, das andere jüdisch. Das jüdische wird gelenkt von Isadore Blumenfeld und seinen beiden Brüdern Harry und Jiddy Bloom, in Zusammenarbeit mit Meyer Lansky, dem König der Unterwelt von Miami Beach ("wo

praktisch alle an der See liegenden Hotels Unterweltlern gehören" - ."WO" 15.12.69), und Ed Levinson aus dem seinerzeitigen Gefolge L.B.Johnsons. Wie günstig die heutige Gesellschaftsformung solchen Tätigkeiten ist, sehen wir an dem verhältnismässig grossen Anteil von Italienern an den Lion Clubs. Wir kommen noch später sehr ausführlich auf die Bedeutung dieser Zusammenhänge zurück. "Konstruktive Steuerhinterziehung" hat man diese Organisationen getauft, doch ist FBI der Meinung, dass auch eine ganze Reihe von Kapitalverbrechen ihnen zur Last gelegt werden müssen. Noch vor 12 Jahren bestritt selbst ein Hoover die Existenz einer Maffia. So sicher war diese Organisation nach aussen abgeschirmt. Ein Eindringen in diesen Apparat ermöglichte erst das Geständnis eines ihrer Führer, Joe Valachi, der sich unter den Schutz des FBI stellte, um Morddrohungen seines Chefs, Vito Genovese, zu entgehen, und als Gegenleistung die sogenannten "Valachi Papers" veröffentlichte. Diese liegen nunmehr Nixon vor. Danach besteht die Maffia nur aus etwa 3 000 bis 5 000 Mitgliedern. Im Staat New Jersey sind sämtliche Stadtverwaltungen in ihrer Hand. Korruption ist ihr erster Trumpf. Im Kongress verfügt sie über wenigstens 25 Senatoren. Sie verfügt über eine Jahreseinnahme von 250 Milliarden französischer Frank ("Paris Match", 6.9.1969), mehr als die Amerikanische Telephongesellschaft, General Motors, Standard Oil, Ford, Chrysler und IBM zusammen! Sie zahlt ihren Anwälten Millionen von Dollar, um die Gesetze umgehen zu können. Man wird sehen, ob es dem Präsidenten der Vereinigten Staaten möglich ist, diese Geheimgesellschaft zu vernichten. Im Hinblick darauf, dass eine solche Aktion beispielgebend sein könnte für den Angriff auf andere, viel stärkere Geheimgesellschaften, verdient dieses Vorgehen unsere Aufmerksamkeit.

*35 – In andere Richtung schlägt dann das Pendel der Ereignisse aus, wenn der Richter am Obersten Gericht des Staates New York Abraham J. Multer am 25.6.1969 kurzerhand anstatt amerikanischen Rechts Talmudrecht zur Grundlage seines Entscheids macht! "Das Gesetz des Moses ist bei uns in Kraft" überschreibt "New York Times" die Mitteilung, und in einer Leserzuschrift wird das Ganze als "outrageous" bezeichnet. Der Richterspruch fängt tatsächlich so an: "Under the Laws of Moses and Israel". Das ist bereits weit mehr als die Konsulargerichtsbarkeit aufgrund der sogenannten Kapitulationen in der Türkei und China einstmals gestattete, denn hier wendet ja ein nationales Gericht fremdes Recht gegenüber eigenen Staatsangehörigen (die jüdischen Glaubens sind) an. Abraham Multer ist weiterhin Richter der USA!

*36 – Die hier folgenden Zitate wurden einem Aufsatz "Intégration scolaire et Psychologie raciale" von Alain de Benoist entnommen, den wir in der hervorragenden französischen Zeitschrift "Nouvelle Ecole", Nummer 10, 1969, S. 21 ff. fanden.

*37 – Weitere Zitate in "SAO" XII/1969, S.5. Siehe auch Prof.H.E.Garrett in "SAO" XI/1969, S.10. Ebenfalls heranzuziehen die wissenschaftlichen Untersuchungsergebnisse, die die "Europa-Korrespondenz" Wien, X/XI/1969, S. 6 bringt.

*38 – Als Beweis der dauernden weiteren Fälschung der Geschichte soll hier noch zitiert werden, was Meyers Konversations-Lexikon 1897 im 16. Band auf Seite 595 über den bekannten Jud Süss schreibt: "Süss Oppenheimer, Joseph, berüchtigter württembergischer Finanzminister, ein Jude, geboren 1692 in

Heidelberg, widmete sich dem Handelsstand und trat 1732 durch verschiedene Geldgeschäfte mit dem Herzog Karl Alexander von Württemberg in Verbindung, der ihm zuerst die Direktion des Münzwesens übertrug und ihn endlich zum Geheimen Finanzrat und Kabinettsminister erhob. Als solcher besetzte Süss alle Stellen mit seinen Kreaturen, liess elf Millionen Gulden falsches Geld prägen, errichtete ein Salz-, Wein- und Tabakmonopol, verkaufte um grosse Summen Privilegien, zog eine grosse Menge Juden ins Land und drückte das Volk mit Abgaben aller Art. Durch dieses alles zog er den allgemeinen Hass auf sich, und nach dem Tode Herzog Karls (12. März 1737) wurde er verhaftet, vor ein Gericht gestellt und als Staatsverbrecher in seinem Staatsgewand am 4. Februar 1738 in einem besonderen Käfig aufgehängt." Vergleichen Sie damit, was in Ihrem zeitgenössischen Lexikon steht.

Vielleicht wollen Sie noch mehr wissen über die wissenschaftliche Einstellung führender wissenschaftlicher Institutionen der USA? Die "National Science Foundation" gab (alles 1969) Irving K. und Rosa L. Feierabend $ 54 700, um eine Studie unter dem Titel "Systematic Conditions of Political Aggression" (Systematische Bedingungen für politische Aggression) herzustellen. Heinz Eulau erhielt $ 41 300 für Untersuchungen unter dem Titel "Decision-making in Small Groups" (Ausarbeitung von Entscheidungen in kleinen Gruppen). Herr W. Kates erhielt $ 128 200 für eine Studie "Collaborative Research on Natural Hazards" (Gemeinsame Untersuchungen über natürliche Gefahren). William Goode für "Social Action and Social Exchange" (Soziales Handeln und sozialer Austausch) $ 23 900, Herr Staten W. Webster "nur" 7 700 Dollar für "Minority Group Anxiety and Task Performance" (Minderheitensorgen und Aufgabenerfüllung), Herbert E. Scarf und Tjalling C. Koopmans jedoch 370 000 Dollar für "Economic Theory and Economics" (Wirtschaftstheorie und Wirtschaft). "Ganz schön für 24 Monate Bibliotheken durchstöbern" meint abschliessend "WO" (1.11.69) dazu. Man vergleiche diese Vergeudungen mit der positiven Geldanlage, die im Rahmen ihrer umfassenden Tätigkeit die Ochrana, wie wir im Kapitel "Russland" noch erleben werden, durch Unterstützung wissenschaftlicher und literarischer Tätigkeit leistete, und man sieht vor sich einen der Gründe für das absinkende geistige Niveau in der New-Yorker Welt.

Das Vorgehen der Minderheit ist ja gut abgerundet: Die Stiftungen vergeben Stipendien. Die Studenten werden von "Soziologen", beamteten Mördern der Geschichte, an Instituten, die von den gleichen von Steuern befreiten Stiftungen unterhalten werden, geschult. Dort erhalten sie die Aufgabe, diesen oder jenen Teil der "pluralistisch" zerschnittenen "Gesellschaft" statistisch zu untersuchen. Gleichzeitig befiehlt das von den gleichen Kräften längst eroberte Statistische Amt des jeweiligen Staates den Untertanen, die vorgelegten Fragebogen auszufüllen – andernfalls Geldstrafen. So beschäftigt sich eine ausgesprochene, vom gesunden Volksempfinden als geisteskrank empfundene Minorität damit, die Bevölkerung mit Hilfe solcher Statistiken zu terrorisieren und deren "Manipulation" vorzubereiten. Alles das aber ist nur möglich, weil durch künstliche Geldschöpfung, Entwertung der eigentlichen Arbeit des Volkes und durch Steuerprivilegien dieser Minderheit die grossen Geldmittel in die Hand gegeben werden, ihre pseudowissenschaftliche Diktatur zu errichten.

Vielleicht interessiert Sie auch, was aus der besten Schule der USA, aus der berühmten "Western High School" geworden ist? Sie war der Stolz des Landes. Sie sandte von allen Instituten die meisten Kadetten nach Westpoint und Annapolis. Heute ist diese, einst von weissen Kindern besuchte Schule ebenfalls befehlsgemäss "integriert" worden: 65 Prozent schwarze, 25 Prozent weisse und 10 Prozent "Gesandtschafts-artige nichtweisse" Kinder. Selbst die linksextreme "Washington Post" gibt zu: "Chronische Diszi-

plinarprobleme", und schwarze Gruppen fordern, "dass der akademische Standard Schritt halte mit der Zeit", das heisst, auch den Dümmsten gerecht werde. In der Umgebung der Schule bemerkt man ein starkes Ansteigen der Kriminalität, der kleine Laden gegenüber ihrem Eingang musste schliessen wegen allzu häufiger Raubüberfälle.

*38a - Wilhelm Fritsche veröffentlichte im Selbstverlag (655 Bad Kreuznach, Schlossstr. 3) 1963: "Die Relativgeschwindigkeit des Lichtes" und 1967: "Geschwindigkeitsmessung, Uhrensynchronisierung und longitudinaler Doppler-Effekt".

*39 - Vortrag in Washington, Oktober 1945.

*40 - Aus "Don Bell Reports", Marah Inc., POB 2223 Palm Beach, Florida. Abgedruckt in "Common Sense" 1. Juni 1969. In der gleichen Nummer erscheinen eine ganze Reihe weiterer Artikel zu diesem selben Thema.

Weiter noch führt der ausführlich belegte Aufsatz von Ed Dieckmann Jr. in "The American Mercury", Winter 1969, S. 22 ff. unter dem Titel "Network for World Control" (Netzwerk der Weltkontrolle). Darin wird das Werk von Edward Hunter "Brainwashing - From Pavlov to Powers" (Bookmailer, 1965) zusätzlich herangezogen.

*41 - Schaffen Sie sich unbedingt das Buch von Caspar Schrenk Notzing, "Charakterwäsche", Seewald-Verlag, 1965, an. Es ist eines der wesentlichsten Bücher zum Verständnis unserer Zeit.

Dahrendorf (S. 18) betont richtig, "dass die amerikanische Gesellschaft besonders günstige Voraussetzungen für die Entstehung der Soziologie bot und bietet". Die Soziologie ist ein typisches Produkt der angewandten Aufklärung. Wie diese in ihrer aus der Selbstherrlichkeit erwachsenden Ungehemmtheit keine Grenzen kennt, erzeugt auch die Soziologie immer "neue Kolumbusse" (Sorokin) voller Grössenwahn, die dann mit ihren tests vermittels gleichgeschalteter Regierungen die Welt in eine Hölle verwandeln dürfen. Die BRD ist neuestens zum sehr beliebten Experimentierfeld für diese "Testomanen" (Sorokin) geworden, insbesondere auf dem Gebiet der Erziehung. "Modernität ist nicht gleich Freiheit, sondern kann auch zur Voraussetzung einer in aller früheren Geschichte unbekannten Unfreiheit werden" (Dahrendorf, S. 227). Was rief doch Mephistopheles Faust zu?: "Greifst Du nach dem Donner? Wohl, dass er euch elenden Sterblichen nicht gegeben ward! Ist's doch das einzige Kunststück euch in euern Verworrenheiten Luft zu machen, dass ihr den entgegnenden Unschuldigen zerschmettert."

*42 - Nicht zufällig wurde in Hamburg im Februar 69 gerade das Psychologische Institut von Studenten "besetzt", die die Polizei dann mit dem Gebrüll "Polizei-Terror" empfingen - und einschüchterten. Die GPU hätte anders mit ihnen aufgeräumt.

*43 - 300 "Wissenschaftler" aus 56 Ländern nahmen im August 1969 an dem Weltkongress "Die Universität und der Frieden" in Wien teil und bereiteten am Wirkungsort Freuds die Schaffung einer "Welt-Universität" vor.

Ganz wesentlich werden auch diese Bestrebungen von der Freimaurer-Einrichtung des sogenannten "Nobelpreises" unterstützt. So erhielten 1946 Professor Herman J. Muller und 1958 Dr. Joshua Lederberg den Nobelpreis für Medizin. Beide sind bekannt geworden durch ihre entsetzlichen Versuche

über "Geistige Kontrolle". Vgl. dazu "American Mercury", April 1960, John Benedict: "Mind Control - The Ultimate Tyranny". Nicht nur auf dem Gebiet der sogenannten "Friedenspreise" und "Literaturpreise" ist diese Organisation einer der bedeutendsten Motoren der Weltzerstörer. Selbst dem unaufmerksamsten Zeitungsleser sollte bereits aufgefallen sein, wie oft es "Nobelpreisträger" der Physik usw. sind, die sich in Vietnamproteste, Rassenintegrationsmärsche usw. usw. einmischen, und dann sofort mit ihrem "würdigen" Titel in der Presse genannt werden, um ihrem aussergewöhnlichen Vorgehen Anerkennung zu verschaffen. Genau so wie man sich daran gewöhnen muss, nicht bei Firmen mehr zu kaufen, die in pornographischen Zeitschriften inserieren, so wird man die wissenschaftliche innere Einstellung von Personen anzweifeln müssen, die den Nobelpreis erhielten. Die Welt wird sich viel mehr noch als bisher von allem und jedem ISOLIEREN müssen, was ihr von der "öffentlichen Meinung" vorerzählt wird. Die Regierungen aber werden angesichts der Schwäche der Einzelnen solche ISOLIERUNG erzwingen müssen. Mangelnde Isolierung ist genau so wie in der Physik Ursache von Kraftverlust.

*44 - sagt Dorothy A. Faber in "Menticide in the Churches", Foundation for Christian Theology, POB 2624, Victoria/Texas. Sie bezieht sich dabei auf das wissenschaftliche Werk von Dr. Joost A.M. Merloo, "The Rape of the Mind", der von der "Schlacht um den Besitz der Nervenzellen der Menschheit" spricht, von der "Zwangsbekehrung durch die totalitären Mächte", die hinter diesem Krieg unter dem Vorzeichen der "Demokratie" stehen.

*45 - Die Zerstörung der Moral anderer Völker ist politisches Dauerziel der Zionisten (vgl. R 64). Nesta H. Webster (in "Secret Societies and Subversive Movements", S. 394) zitiert schon 1924 einen New-Yorker Arzt: "Einmal wurden hier im Sommer 1920 sieben anerkannte Aerzte, alles Juden, verhaftet, da sie illegal Narkotika verschrieben hatten. Bei allen von ihnen wurden dabei grosse Mengen radikaler Literatur gefunden." Nixon macht heute viel von sich reden, wenn er im Juli 1969 dem Kongress ein Zehnpunkteprogramm zur Bekämpfung des Rauschgifthandels vorlegt. Nixon hat natürlich recht, wenn er sagt: "Es ist zweifelhaft, ob Eltern ihre Kinder überhaupt noch auf unsere Hochschulen schicken können, ohne sie der Gefahr des Rauschgiftgenusses auszusetzen." Doch wer ist dafür verantwortlich? Man muss doch wohl die Verantwortlichen anfassen! Kiesinger meint im Februar 1969: "Ein Grossteil der Hochschullehrer hat die ihnen anvertrauten Studenten selbst zu dem Geist erzogen oder umerzogen, den sie jetzt beklagen." Warum entlässt man sie denn dann nicht sofort wieder? Wer ist es, der konkrete, durchgreifende Massnahmen nicht zulässt bei öffentlich bereits nicht mehr zu verschweigenden Verbrechen solchen Ausmasses?

*46 - Eine besondere Finesse ist es, solche Ministerien mit Frauen zu besetzen, die dann nicht so leicht angegriffen werden können, denn, wer wird schon von "Hurenbeschützerinnen" sprechen, wenn er so stattliche Damen vor sich sieht wie etwa Frau Käthe Strobel in Bonn mit ihrem berüchtigten Sex-Atlas für 14- bis 16-Jährige. In den USA hat man parallel dazu den "Sex Information and Education Council" (SIECUS) unter Mitwirkung folgender staatlicher und offiziöser Organisationen aufgebaut: National Educational As., American Medical As., National and World Council of Churches (Weltkirchenrat; vgl. dazu R 222). Führend in dieser Behörde tätig ist William H. Masters, Direktor der "Reproductive Biology Research Foundation" in St. Louis/Mo, der die Ergebnisse seiner schmutzigen Untersuchungen in seinem überall von

Staats wegen laut propagierten Buch "Human Sexual Response" (unter Mitautorenschaft der Dame Virginia E. Johnson) veröffentlichte. Das Buch behandelt in der Tat die Erforschung sexuellen Verhaltens von 382 Frauen und 312 Männern beim Akt sowohl wie bei der Selbstbefriedigung. Die genannten Autoren benutzten einen künstlichen Phallus, um die Reaktionen zu registrieren. Unverheiratete wurden unverfroren benutzt, um die Photoapparate im Vorführraum zu bedienen. Verwaltungsdirektor des SIECUS ist eine andere Dame, Frau Mary C. Calderone. Ueber Homosexualität äusserte sie sich: "Fast jeder hat gewisse Attraktion für Personen des gleichen Geschlechts. Ich kann das nicht verurteilen." Erster Präsident des SIECUS war der Zionist David R. Mace. Er sah auf Tonband aufgenommene Diskussionen vor, die "in die Tiefe der Betrachtung vorehelichen geschlechtlichen Verhaltens drängen; Masturbation, Empfängnisverhütung und Abtreibung gehören so früh wie möglich zur Vorehe". Dies sind die Quellen der nordamerikanischen amtlichen Erziehung. Und da Europa 1945 den von den USA erzwungenen II. Weltkrieg verlor, haben wir heute von Bonn ausgehend die gleichen Bemühungen. Wer sich dagegen wendet ist ein Rechtsextremer, ein Antisemit und hat mit dieser Klassifizierung das Recht verloren, diese Damen und Herren als Schweine zu bezeichnen. Meint "man".

Dr. Albert Ellis, Präsident der Humanistischen Gesellschaft von Amerika, geistige Koriphäe des SIECUS, sagt: "Sollte ich mit meiner Schwester auf eine unbewohnte Insel geworfen werden, ich würde fast sicher mit ihr Geschlechtsverkehr treiben und die Kinder fallen lassen, wie es gerade kommt." Die "heilige" Ferkelei, die man im 1. Mose Kapitel 19 nachlesen kann, steckt diesem Personenkreis eben wie eine erbliche Belastung noch heute im Blut, und sie sähen es gerne, wenn auch andere Völker so tief sänken, denn: "Demoralisiere die Jugend und die Revolution ist schon gewonnen."(Lenin)

Ganz im Geist der genannten Damen ist es, wenn dann die "Deutsche Gesellschaft für Familienplanung" "Sexualpädagogische Arbeitsgemeinschaften" an den deutschen Gymnasien einführen möchte. Ganz im Sinne der berühmten Kinsey-Studie, die (von der Rockefeller Foundation bezahlt) besagt, "dass homosexuelle Erlebnisse der Kinder günstig ihre spätere geschlechtliche Entwicklung beeinflussen, und dass vorehelicher Geschlechtsverkehr der Frauen eine Gelegenheit gibt, sich gefühlsmässig verschiedenen Männertypen anzupassen".

Da die Verbrecher natürlicherweise trotz aller dieser Förderung immer noch in der Minderheit sind, bezeichnet ein Herr Rudolf Walter Leonhardt (in "Wer wirft den ersten Stein?", Piper 1968) es kurzerhand als Grausamkeit gegenüber den "Minderheiten" (!), wenn man deren Schmutz ablehnt, und versucht sogar, den ganzen Abgrund menschlicher Verworfenheit und Verbrechen mit einem Mantel pseudokultureller Phrasen zuzudecken. Durch solche Bücher in gutbürgerlicher Aufmachung soll Gestank gesellschaftsfähig gemacht werden.

Gegen diesen Trend organisierte sich in den USA u.a. die "American Education Lobby Inc.", 20 E Street N.W., Dodge House, Washington DC 20 001.

*47 – im Frühling 1958, William Alanson White Memorial Lecturers, Washington.

*48 – Wieder einmal, wie so oft heute, schliesst "man" von sich auf andere.

*49 – Man sieht, die Philosophen des XVIII. Jahrhunderts siegten mit Hilfe des Auserwählten Volkes 1945 noch einmal.

*50 - Pressemitteilung, veröffentlicht in "Common Sense", 1. Juni 1969, S. 4.

*51 - Vgl. Vennard, "The Enemy within", S. 19 und "50 Years of Treason", S. 31.

*52 - Vgl. "CIS", November 1959, mit sehr ausführlichen weiteren Belegen zu dem hier wiedergegebenen amtlichen Material.

*53 - "The British Medical Journal", 26. Mai 1956.

*54 - In gewisser Weise wurde auch die Errichtung der UN zu einem Misserfolg, insofern nämlich, als die UdSSR nicht den Rubel unter die Kontrolle internationaler Bankiers stellte, wie dies die USA durch den Beitritt zur Weltbank und zum Weltwährungsfonds taten.

*55 - Einzelheiten in dem Aufsatz von Hobart Rowen "America's Most Powerful Private Club", in "Harper's Magazine", September 1960.

*56 - Vgl. Vennard, "What's Wrong in Washington", S..49 ff.

*57 - Diodor 1,93 sagt bereits im 1. Jahrhundert v. Chr.: "Die Besserung der Sitten aber, nicht die Häufung des Reichtums ist das Ziel weiser Einrichtungen."

*58 - in "Die Amerikanische Herausforderung".

*58a - Professor Karl Steinbuch weist auf diese ernste Lücke im westdeutschen Ausbildungsprogramm in seinem Buch "Die informierte Gesellschaft" hin, geht dabei allerdings von der für uns nicht gegebenen Prämisse aus, dass die weitere technische Entwicklung eine Lebensnotwendigkeit für die Menschheit sei.

*59 - Vgl. zu diesem Themenkreis auch Edmond Demolins, "A quoi tient la supériorité des Anglo-Saxons", Paris, etwa 1918.

*60 - Am 24. November 1968 rief Paul VI. die Katholiken der Welt auf, für die moralischen Werte der Menschheit gegen den blinden Instinkt zu beten. "Es scheint, dass die Schritte eines Teiles der Menschheit von einem blinden Geist der Konfusion und einer Tendenz zur systematischen Auflösung gelenkt werden und sie immer weiter von den guten und rechten Wegen wegführen. Beten wir, ... dass die Kirche nicht in ihrer weiteren Geschichte das beständige Bindeglied ihrer Tradition verliert."

*61 - "Die Kirche erleidet Schaden durch die Unruhe und Sucht zur Kritik seitens vieler ihrer Söhne, die sich gegen die innere Gemeinschaft der Kirche, gegen ihre Gesetze, ihre Autorität, sowie gegen ihre Forderungen nach Reinheit und Opfer auflehnen." Ansprache des Papstes am 2. April 1969 auf dem Petersplatz in Rom.

*62 - Während Kissinger ja seit seiner Tätigkeit im amerikanischen Heer auf deutschem Boden (bitte aber nicht an der Front) uns bekannt ist, müssen wir den erklärten Zionisten "Arthur Frank Burns", 27.4.1904 in Stanislau im damaligen Oesterreich-Ungarn unter dem Namen Bernstein geboren, noch vorstellen. Präsident Eisenhower ernannte den damals schon durch langjährige Tätigkeit in kommunistischen Organisationen (Twentieth Century Found, American Society for Cultural Relations with Russia usw.) bekannten Burns zum

Direktor seines Council of Economic Advisers (in Nachfolge des deutschen Juden Leon Keyserling). Nixon ernannte ihn jetzt zum "Counsellor to the President". Die "New York Times" bezeichnete ihn als den "Deputy President", als den Stellvertreter des Präsidenten. Weitere Einzelheiten in "Washington Observer", 1.4.1969.

*63 – Welches bewegte Schicksal diese Organisation gehabt hat, mag man ermessen, wenn man daran erinnert, dass 1956 noch die NATO als Zelle einer Atlantik-Union gedacht war, ein Plan, den Clarence Kirshman Streit ausgeheckt, um der Einen Welt auf diesem Wege näher zu rücken, und der damals die Zustimmung der Präsidentschaftskandidaten und von 17 Senatoren fand. Man hatte an die Schaffung einer neuen Regierung gedacht, die England und die USA umfassen sollte. Am 15. bis 17. Februar 1957 hatte man sich sogar insgeheim auf St. Simon-Island vor Georgia getroffen, um die NATO in eine Regierung der Westlichen Welt umzuformen.

Wie weit heute die Möglichkeiten der NATO gelegt werden könnten, zeigt ein Artikel in der "International Defense Review" vom Januar 1970. Darin wird ein Militärpakt zwischen der NATO und Südafrika gefordert, unter Hinweis auf die Tatsache, dass bei dem derzeitigen Kräfteverhältnis Südafrika eine potentielle wie geographische Schlüsselposition einnimmt: "Es kann heute weder in den USA noch in Grossbritannien einen einzigen militärischen Führer geben, der nicht völlig uneinig geht mit der Regierungspolitik dieser beiden Länder gegenüber Südafrika."

*64 – General Del Valle, als Präsident der "Defenders of the American Constitution" (POB 1776, Ormond Beach, Florida 32074, USA) in dem Flugblatt "Alert", Nr. 61, vom 11. August 1969.

*65 – "WO", 15. Dezember 1969 unter der Ueberschrift "Biggest Story". "WO" betont, dass selbst sogenannte "konservative" Organisationen Angst haben, sich gegen den Zionismus auszusprechen und diese Tatsachen zu veröffentlichen. Wir erleben gleiches ja im deutschsprachigen Schrifttum, wo man sich den Eindruck weltweiter Interessiertheit und Belesenheit geben will (denn was hat es sonst für einen Sinn?), indem man harmlose Märchen über Nixons Regierungskurs (möglichst noch zitiert aus einer ebenso weichen Zeitschrift irgendwo im fernen Südamerika) bringt und damit die Einschläferungstaktik mitmacht, die "oben" so sehr erwünscht ist.

*66 – Veröffentlicht von Baron Richard Leon von Jennings, POB 362, South San Francisco, California. Die entsprechende Karte trägt das Motto: "UNUS PRO MULTIS. That I may profit others. Money is not everything. It's the only thing!"

*

kämpft noch heute um seine innere Einheit und Organisation. Die Franzosen haben nicht vergessen, dass England seinerzeit "das unvorbereitete Kanada ohne Kriegserklärung angriff" (*67), und sprechen seitdem dem englischsprachigen Bevölkerungsanteil Kanadas das von ihm beanspruchte Recht zur Führung der Nation ab. Bewusst katholische Provinzen stehen der calvinistisch-englischen Bevölkerung gegenüber. In sich ruhend, provinziell die einen, nach Entfaltung und Herrschaft drängend die andern, stossen hier Gegensätze aufeinander, die jahrhundertealte Wurzeln haben. Denn woher kamen diese Engländer geistig gesehen, die heute so "konservativ" auftreten und von ihren Traditionen sprechen? Und wohin führt solche Herkunft in unseren Tagen?

Die Grosse Rebellion gegen Gott und die Natur setzte nicht etwa mit dem XVIII. Jahrhundert ein, sondern hat ihren Ursprung schon im XV. Jahrhundert. Damals beginnt eine Welt auseinanderzubrechen, die in der katholischen Kirche ihren obersten Sittenrichter sah. Man darf dabei wohl von einer Gleichzeitigkeit sprechen, mit der auf geistigem Gebiet durch Calvin kapitalistisches Denken Religion wurde, und mit der durch die grossen Entdeckungen im gleichen Moment dieser kapitalistische Geist seine grossen Entfaltungsmöglichkeiten von England aus erhielt. Max Weber ("Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus", im Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, Bd. XX und XXI, 1920) gibt dabei dem Puritanismus die Vorhand und meint, dieser habe die moralischen Grundlagen geschaffen, auf welchen dann erst der Kapitalismus möglich wurde. Tawney (*68) meint dem entgegen, dass kapitalistischer Geist sicher auch andern Orts, in katholischen Stadten wie Venedig und Florenz z. B., vorhanden war.

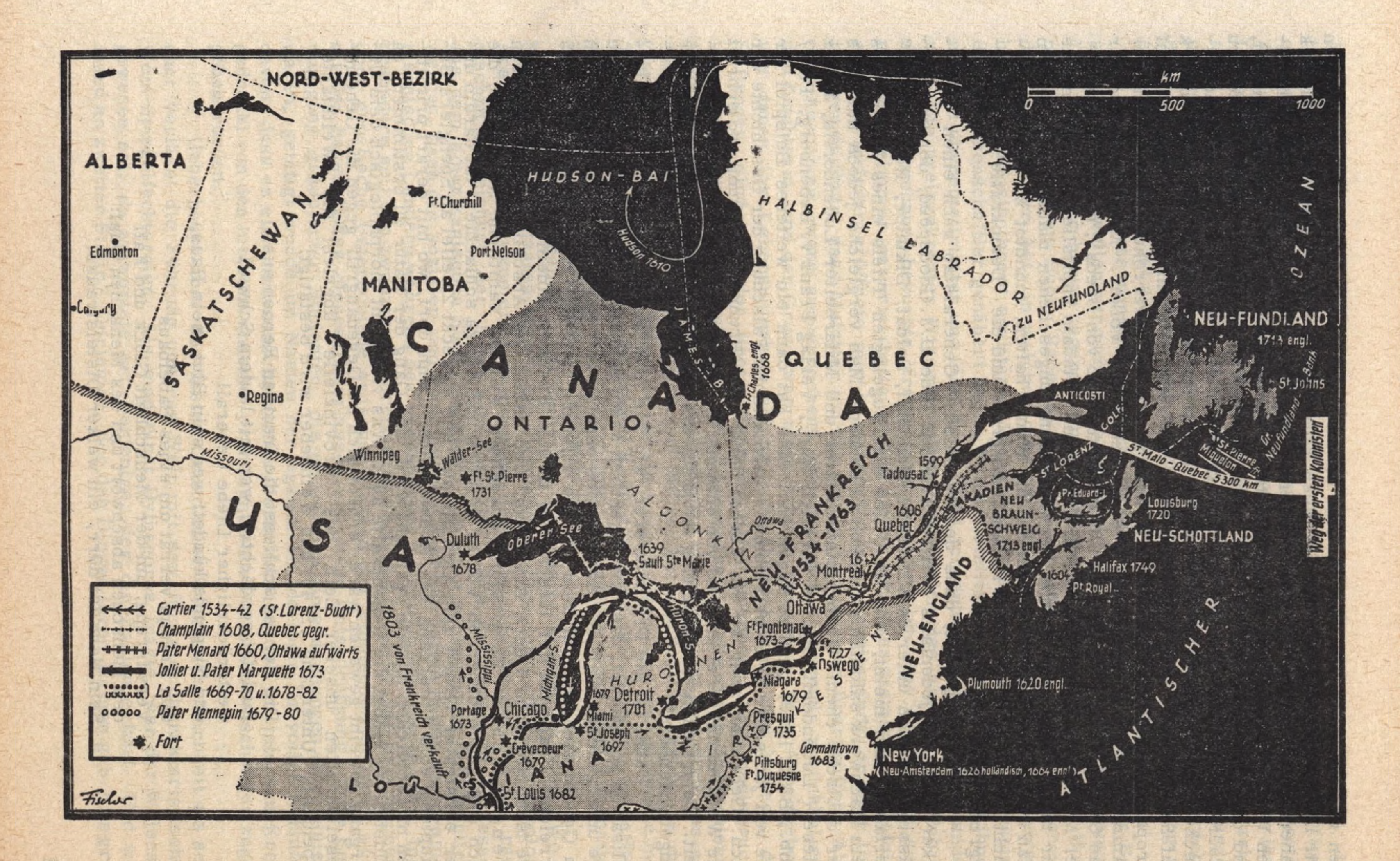
Tawney trifft sich damit mit der Auffassung von Prof. Fritz Rörig ("Vom Werden und Wesen der Hanse", Leipzig 1940, S. 83 ff.), der darauf hinweist, dass es immer schon kapitalistischen Geist gegeben habe: "Einer der verhängnisvollsten Irrtümer der wirtschaftsgeschichtlichen Forschung ... lag wohl in einer Verkennung der psychologischen Grundlagen der Wirtschaft. Man schied, jedenfalls für Nordeuropa, eine bis ins späte Mittelalter reichende Zeit der Befriedigung der "bürgerlichen Nahrung" von einer späteren Zeit, in der erst ein wirkliches Gewinnstreben über die Befriedigung des Notwendigen hinaus die Menschen gepackt habe: das war dann der berühmte "kapitalistische Geist". Im Zeitalter des "Frühkapitalismus", also um 1500 herum, habe er sich zum ersten Male bedeutsam ausgewirkt und die Enge der bis dahin herrschenden Wirtschaft - eng räumlich und der Gesinnung nach - überwunden. Man übersah dabei, dass schon in der Antike die auri sacra fames unvermittelt neben dem von Horaz zum mindesten als Ideal gepriesenen frui paratis mit dem zum Leben Notwendigen und dem Gewinnstreben über das unbedingt Notwendige hinaus nicht um Leitmotive einander ablösender Perioden der Wirtschaft handelte. Man beachtete endlich nicht, dass eine verschiedene menschliche Einstellung zu den Dingen der Wirtschaft überhaupt, darüber hinaus aber zur Lebenshaltung und Lebensgestaltung schlechthin grundsätzlich immer nebeneinander bestanden hat. Je nach dem Wandel der politischen Verhältnisse, vor allem auch der technisch-zivilisatorischen Möglichkeiten, konnte dann allerdings das Gewinnstreben ungleich stärkere Intensität annehmen und andere zwingen, eine straffere wirtschaftliche Leistung auf sich zu nehmen, wenn sie ihr anders geartetes Lebensideal auch nur einigermassen befriedigen wollten. Arbeitsleistung und Menge der erzeugten Güter konnten sich so ge-

waltig steigern; an dem alten Nebeneinander ganz verschiedener Einstellung zu den Dingen der Wirtschaft hat sich dabei aber grundsätzlich nichts geändert." Diese Erkenntnisse verlieren auch dadurch nicht an Wert, wenn wir unter dem Eindruck der letzten Jahrzehnte feststellen müssen, dass man die eine dieser beiden Lebenseinstellungen mit allen Mitteln bekämpft und unterdrückt, und so zu dem Bild nur einer noch bestehenden, nämlich materialistisch-kapitalistischen Einstellung kommt. Die Natur selbst wird zeigen, dass ein solcher politischer Eingriff nicht aufrechterhalten werden kann. Die Sehnsucht der Menschheit nach anderen Lebenszielen, als sie der Kapitalismus bieten kann, ist heute schon so gross geworden, dass nicht nur die Söhne reichster Eltern auf amerikanischen Universitäten in Hemd und Hose und mit langem Bart das Geld ihrer Eltern öffentlich verachten.

Tawney meint (*69), die Komponenten wie folgt setzen zu müssen: "Sowohl der "kapitalistische Geist" wie die "protestantische Ethik" sind weitaus komplizierterer Natur, als Weber es sieht. Das eigentlich Wertvolle und Wahre in seiner Untersuchung ist die Betonung, dass die kaufmännischen Kreise im England des XVII. Jahrhunderts die Bannerträger einer besonderen Auffassung sozialer Konvenienz waren, die sich grundsätzlich von der Art des Unterhalts der konservativeren Elemente der Gesellschaft unterschied, den Bauern, Handwerkern und vielen Landedelleuten, und der Nachdruck, mit dem er bemerkt, wie diese Arbeitsauffassung ihren Ausdruck findet, in der Religion und Wirtschafts- und Sozialpolitik."

Mit dem Bürgerkrieg in England wurde es unmöglich, noch die Theorie von der Existenz eines christlichen Gesetzbuches für wirtschaftliches Verhalten aufrecht zu erhalten. In diese Lücke schoben sich die "Philosophen" ein. Von jetzt an ist der Christ nicht mehr an eine Moral gebunden, sondern an Gesetze. "Es gibt jenseits der Gesetze keine Moralregel mehr, die zu beachten wäre." Seitdem gibt es für den Menschen einerseits ein moralisches und religiöses Milieu und andererseits ein materielles. "Zwischen der Auffassung, dass die menschliche Gesellschaft eine Gemeinschaft ungleicher Klassen mit verschiedenen Funktionen sei, die zu einem gemeinsamen Ziel organisiert sei, und jener, die sie als einen Mechanismus ansieht, der sich mittels einem Spiel von Impulsen und von Appetiten reguliert, die darauf aus sind, ihre wirtschaftlichen Notwendigkeiten zu befriedigen; zwischen der Idee, dass ein Mensch nicht die Notlage seines Nächsten ausnutzen darf, und jener, wonach "die Eigenliebe des Menschen göttliche Voraussicht ist"; zwischen der Haltung, die die Religiosität schafft, um den wirtschaftlichen Appetit zu unterdrücken, und jener, die die Konvenienz als letztes Kriterium gelten lässt; zwischen diesen beiden Fronten besteht ein nicht überbrückbarer Abgrund." Dieser wurde damals in England erstmalig geschaffen (denn in Deutschland hatte Luther seinen politischen Rückhalt in den fürstlichen Reichsgegnern. Der Calvinismus aber fand sehr bereitwillig Asyl bei den direkt auf ihn wartenden Geldmächten in Holland und England, die ihn mit allen Mitteln propagierten, um sich hinter ihm zu verstecken). Und da wir noch heute (nicht nur in Kanada) unter diesem Bruch leiden, wurden wir gedrängt, unsere Untersuchung bis in jene Zeiten zurückzuführen.

Wenn wir durch die dann folgenden Jahrhunderte hindurch weiter verfolgen, wie die Kirche allmählich im wirtschaftlichen Bereich abdankt, und diesen "frei" werden lässt, so "gehen wir neben kleinen Bächen daher, die sich heute in reissende Ströme verwandelt haben" (*70). An anderer Stelle unserer Arbeit erkennen wir, wie die Geheimgesellschaften das dadurch entstandene Machtvakuum sofort ausfüllten, und wie dann diese wieder missbraucht wurden, um politische Ziele gewisser im Hintergrund stehender Grup-



FRANKREICH IN KANADA.

pen zu erreichen. Es würde den Rahmen unserer Arbeit sprengen, gingen wir in weiteren Einzelheiten auf diese Entwicklung ein. Es mag im Augenblick daher genügen, dass der Leser erkennt, dass das, was wir über unsere heutigen Verhältnisse sagen, seine belegten Ursachen in unserer Vergangenheit hat, und dass es daher an der Zeit wäre, diese Vergangenheit etwas ernster zu studieren, als dieses bisher gemeinhin leider der Fall war. Mit der demokratischen Unwissenschaftlichkeit bleibt selbst das schönste und grösste Bauwerk auf Sand gebaut. Eine politische Welt, die geistige Prinzipien ablehnt und "auf Propaganda aufbaut" (Prof. Fay), muss zur Sittenverrohung führen, im Zusammenleben der Einzelnen wie im Leben der Völker. Man vergleiche nur das Gemälde eines Velázquez, "Die Kapitulation von Breda", mit den Nürnberger Morden an denjenigen, die in Reims und Potsdam kapitulierten. Man meine nur nicht, dass man solche Verwahrlosung ungeschehen machen kann, indem man diejenigen, die den Finger auf die Wunde halten, mundtot zu machen versucht. Dann geht der Geist in den Untergrund und die "Demokratie" beschleunigt nur ihren Abgang.

Hierhin gehört, dass der kanadische Generalstab auch einen "Historiker" hat. So jedenfalls betitelt sich der Jude D. J. Goodspeed, der einen gehässigen Roman unter dem Titel "Ludendorff, Soldat, Diktator, Revolutionär" verfasste und meint, mit Hilfe des sich zugelegten Titels eines Historikers sein Machwerk salonfähig machen zu können. Man vergleiche jedoch nur, was der deutsche ehem. Generalstabsoffizier und Mitarbeiter Ludendorffs, Franz Biese ("Ludendorff, wie er wirklich war", Verlag Franz v. Bebenburg, Pähl/Obb., BRD, 1969) dazu zu sagen hat. Man hat dann ein weiteres Beispiel für die von jüdischer Seite betriebene systematische Fälschung der Geschichte vor sich. Geht man aber an ein Verbot derartiger Brunnenvergiftung, so schreit die Weltfreimaurerei unisono von unmenschlicher Knebelung der Meinungsfreiheit. Denn Geschichtsfälschung ist ja für sie der eigentliche Sinn literarischer Ungebundenheit.

Dabei ist die Freimaurerei, wie wir noch sehen werden, unserer Zivilisation so adäquat, dass sie eigentlich kaum nachzuhelfen brauchte. Ihr fiele die untergehende Welt des Abendlandes ohnehin zu. Dass sie dennoch mit allen zu Gebote stehenden Mitteln um die Führung in dieser Welt kämpft, das 1945 erreichte Fragment der Geschichte in alle Ewigkeit hinein sterilisieren will, die technologische Leere Amerikas, und damit den Abschluss aller weiteren menschlichen Entwicklung ausdehnen will auf sämtliche Kontinente, die sich dagegen erhebenden Völker in Asien und Afrika schlachtet, ist darum unser ernstester Grund zum Optimismus und erweckt Zweifel an Spenglers Behauptung vom Untergang des Abendlandes. Denn dort, wo mit derart primitiven menschlichen Mitteln versucht wird, den Gang der Natur zu bestimmen, da bildet diese selbst die Gegenkräfte aus. Was vielleicht morphologisch dem Untergang geweiht gewesen wäre, erhebt sich im Gegenangriff gegen die Geheimgesellschaften unserer Zeit, das "Provinzielle" überlebt die "Weltstädte" (Spengler, "Untergang", S. 48) und Weinheber wird bestätigt:

> Die Heimat schliesst die fremden Fernen aus:
> Zutiefst verdächtig, wer mit lautem Schwall
> weltbrüderlicher Liebe Ueberall
> und Nirgends kündet; wer sein Blut, sein Haus,
>
> den Freund verrät um eines Babelbaus
> Verwirrung; um der Menschheit Glück und Fall
> den Menschen abschwört und des Menschen Qual:
> Sein Herz ist dürr, ein welker Distelstrauss.

Mit einer "Hate-Bill" (Hass-Gesetz), die jede Aeusserung verbieten will, die Hass erzeugen kann, versucht die Regierung Trudeau "increased restrictions on the right of free speech" (erhöhte Einschränkungen für das Recht zur freien Aeusserung. Senator Quart, 19.5.70) einzuführen, um in dieser Situation ihre Lebensfälschung aufrecht erhalten zu können. Das Gesetz passierte das Parlament in Abwesenheit von 130 Mitgliedern (!) und Senator Quart fragt: "Werden unsere Parlamentarier so sehr von dem mächtigen Establishment beherrscht, dass sie nicht mehr wagen, gegen einen Gesetzesvorschlag der Regierung zu stimmen?" Terror ist auch hier die Gegenwart der "Demokratie".

Um die Wissenschaftsfeindlichkeit der Demokratie konkret unter Beweis zu stellen, wollen wir nur einige Sätze zitieren, die wir im "CIS" Januar 1969 finden: "Der hervorragende amerikanische Schriftsteller Carleton Putnam führt in seinem Buch "Race and Reason" an, wie er sich nach eingehendem Studium der Art, in welcher die Sozialisten die Anthropologie verdreht haben, damit sie ihrem egalitären Dogma dienstbar sei, einer Anzahl zuständiger Wissenschaftler genähert habe. Putnam stellte fest, dass viele von ihnen mit ihm übereinstimmten und fährt fort: "Und ich entdeckte noch etwas anderes. Ein preisgekrönter Wissenschaftler im Norden des Landes, den ich in seiner Stadtwohnung besuchte, fragte mich, nachdem ich eine Zeitlang in seinem Wohnzimmer gewartet hatte, ob ich sicher sei, dass niemand mir gefolgt sei. Ein anderer eröffnete mir in seinem privaten Arbeitsraum, er hätte Unterlagen darüber, dass Mulatten ihn bei seinen Vorlesungen überprüften. Alle ohne Ausnahme, wenn angesprochen, waren zunächst zögernd, zurückhaltend und furchtsam, und der Grund war nicht schwer zu finden. Ihre Arbeitgeber, von denen ihr Lebensunterhalt abhing, die Universitäten, die Museen, die Stiftungen, sind entweder kontrolliert von Gleichmachern oder beeindruckt von dem Tabu der Rassenfrage. Die Wissenschaftler die diese Institutionen anstellen, müssen, wenn sie überhaupt hinter der Wahrheit her sind, es auf solchen Umwegen tun, unter Hüllen und Hüllen, beinahe so, als sagten sie das Gegenteil. Aber, in dem Masse, dass sie mich kennen lernten, gaben sie mir Tatsachen ohne Vorbehalt. In langen Konversationen und Briefen beschafften sie mir die Bestätigung, die ich benötigte. Einige von ihnen sind international bekannt. Einige erhielten die höchsten Preise!"

Ein prominenter amerikanischer Psychiater schrieb Putnam: "Wo in den Vereinigten Staaten könnte ein Psychologe, Soziologe oder Anthropologe Anstellung finden, wenn er offen und ohne Reserven die Theorie von der rassischen Ungleichheit der Menschen vorlegte?" Ein Anthropologie-Professor aus dem amerikanischen Süden schrieb: "Es kann ad infinitum dokumentiert werden, dass die sozialen und biologischen Wissenschaften in den anglo-amerikanischen Ländern während des vergangenen halben Jahrhunderts etwa, insbesondere seit den zwanziger Jahren, energisch und bewusst jede Untersuchung über genetische Unterschiede zwischen Rassen und ethnischen Gruppen vermieden haben. Dass dieses Unterlassen und diese Unterdrückung, diese Entmutigung graduierter Studenten, die an solchen Untersuchungen interessiert waren, getätigt wurde im Namen der egalitären Ideologie, in voller Kenntnis davon, dass es ein unwissenschaftliches Verhalten ist, ist im internen Kreis gedruckt von den meisten unserer prominentesten Sozialwissenschaftler zugegeben worden."

Ueberhaupt aber den festen Grund aller Wissenschaftlichkeit als solcher verlässt die Führung unserer Welt mit den für sie charakteristischen Wort-Spiegelfechtereien. Als man einst Pythagoras fragte, wer der Weiseste gewesen sei, da antwortete er: Derjenige, der die Zahlen erfand. Und wer stand an zweiter Stelle? Derjenige, der den Dingen ihren Namen gab. Alle gro-

ssen Denker der Griechen haben die in diesem Satz gelegene Bedeutung der Worte hervorgehoben, haben auf die gleichsam magische Bedeutung der Worte hingewiesen: Heraklit, Hesiod, Hippias, Demokrit, Antisthenes, und nicht zuletzt Pythagoras. Platon vergleicht den "Nomotheten", den Wortschöpfer, mit einem Deus ex machina (Cratyle 425d), und bezeigt damit, welchen Wert er der Unveränderlichkeit des Wortsinnes beimisst, seiner bedingungslosen Genauigkeit. "Der Nomos", schreibt Thassilo von Scheffer ("Die Kultur der Griechen", S. 232), "die Festsetzung von Ordnung, Mass und Form, lag für den Griechen in den Göttern begründet, wie er selbst gar nicht anders konnte, als diesem Ideale nachzustreben." Diese Stabilität der Worte stellt die Stabilität der Dinge sicher und damit auch die politische Stabilität. Thukydides schreibt denn auch, als er von der späteren Dekadenz der griechischen Welt spricht: "Man wechselte willkürlich den traditionellen und objektiven Sinn der Worte." Genau diese gleiche Ursache aber hat die Dekadenz unserer Zeit, in der die Worte zum Spielball jener wurden, die die Literatur beherrschen. Die Sinnveränderung der Worte ist eines der allerersten Verbrechen der Grossen Rebellion gewesen. Nicolas de Bonnevielle, als geistig bedeutender Freimaurer einer der Urheber der Französischen Revolution, schreibt im "Esprit des Religions" (Der Geist der Religionen): "Um die Revolution zu machen, muss man damit beginnen, den Sinn der Worte zu ändern." Das hat man denn seitdem auch fleissig getan (mit der Zeitung "Bouche de Fer" war de Bonnevielle zusammen mit dem Abbé Fauchet als Mitherausgeber tragend beteiligt an dem Verlauf der Französischen Revolution). Da heisst es zB (um ein ganz modernes Beispiel zu nennen) bei der Aussprache über den Beitritt der Schweiz (s.d.) zur Menschenrechtskonvention, "das sei eine politische Anstrengung, die von der ältesten DEMOKRATIE der Welt erwartet wird" ("NZZ"), und man merkt überhaupt nicht, dass hier das Wort DEMOKRATIE mit einem ganz anderen Gehalt gefüllt werden soll, als ihn das Wort in der Schweizer Tradition hat. Alle grossen Worte unserer Zeit, wie Demokratie, Freiheit (*71), Gleichheit, Brüderlichkeit, Zivilisation, Entwicklung, haben bis zur Aufnahme dieser Worte in das politische Vokabular der Grossen Rebellion niemals den Sinn gehabt, den ihnen die "Oeffentliche Meinung" des "Souveränen Volkes" heute beilegt. Eine Musik ganz besonderer Art verdeckt hier eine sehr hässliche Wirklichkeit. So weit führt die Beseitigung fester Unterlagen, dass man Begriffe wie "Relativität" und "Dialektik" sogar umgekehrt heute als "wissenschaftlich" bezeichnet, obwohl sie den Tod aller eigentlichen Wissenschaftlichkeit bezeichnen. Mao Tse-tung schreibt: "Es gibt nichts anderes in der Welt als Materie in Bewegung." "Fortschritt" ist für den Marxisten nur möglich durch den Zusammenprall entgegengesetzter Materie, nur durch Gewalt. Mit der Tatsache, dass der "Dialektische Materialismus" zur Religion der Marxisten wurde, sind seine Anhänger für die übrige Menschheit nicht mehr verständlich, denn sie kennen keine festen Begriffe mehr. "Die eigenen (sehr parteipolitischen) Ziele werden mit dem Fortschritt der Menschheit gleichgesetzt und damit der Gegner unter das Verdikt der Rückschrittlichkeit gestellt" (Brockhaus 6, 430). Die letzten Nomotheten aber in dieser Reihe sind unsere guten Bankiers, die aus Usura = Wucher den Zins machten und diesem dann das Gewand eines Entgelts für ehrliche Dienstleistung gaben.

Und noch ein weiteres Wort zum Thema der Wissenschaftsfeindlichkeit unserer Zeit. Es gibt wohlfeile Volksausgaben vom Koran, nicht zu reden von der Bibel, aber es gibt keine greifbare Ausgabe vom Talmud, weder von der Mischna noch von der Gemara, keine von den doch ebenso verfügbaren und bestimmt hochinteressanten Teilen der Kabbala, Sepher Jetzirah und Zohar. Ist nicht jedem, der das bemerkt, das völlig anormale unserer Bildungsmög-

lichkeiten klar? Dabei hat es niemals zuvor in der Geschichte eine solche Mammut-Bildungsorganisation gegeben wie die UNESCO. Wofür werden denn die ihr von den UN-Mitgliedern einschliesslich der BRD zugesteuerten Milliardenbeträge verwandt? Selbst in der primitivsten Frage, der der Beseitigung des Analphabetentums, versagt man. Zwischen 1950 und 1970 sank das Analphabetentum auf der Welt nur um ganze 2 Prozent. Selbst die Zunahme der Weltbevölkerung berücksichtigt, zeigt das einerseits, dass vieles bei der UNESCO nur Propaganda ist, hinter der sich ganz andere, kostspielige Tätigkeiten verbergen (die Gehälter ihrer Beamten nicht zu vergessen), und andererseits, dass die Existenz einer internationalen Organisation manchen Orts die eigenstaatliche Tätigkeit lähmt, da man sich auf die Hilfe von aussen verlässt. Man darf sicher sein: Wären weitere Teile der Welt in europäischer Hand geblieben, man wäre bedeutend weiter gekommen. Muss man sich nicht, um auf den Talmud zurückzukommen, fragen, warum diese doch ganz bestimmt nicht gerade unwichtigen Bücher dem interessierten Laien nicht zugänglich sind? Es erinnert an den Staub, den es aufwirbelte, als ein Wiener Hochschullehrer 1967 in aller Ruhe und ohne jegliche Parteilichkeit in seinen Vorlesungen Juden als solche bezeichnete. Warum, so fragt sich jeder Gebildete - und in vageren, und daher um so gefährlicheren Wendungen der in einer Demokratie ja nicht zu vernachlässigende Mann aus dem Volke - warum versteckt sich das Judentum offenbar in dieser Weise vor einer Welt, die ihrerseits doch nichts verbirgt, sondern sich (oft gerade unter dem Einfluss von Juden, wie wir sahen) sehr ernst darum bemüht, alles und jedes ans Tageslicht zu ziehen? Es ist nur allzu natürlich, dass bei solcher Haltung das Raunen beginnt und der Argwohn, und es ist auch allzu natürlich, dass aus erhaschten Bruchstücken solchen "geheimen" Wissens kolossale Gebäude zementiert werden, die nur allzu leicht die Wirklichkeit hinter sich lassen. Geschieht das aber, dann steht sofort die gesamte jüdische Welt auf und schreit: "Ein Antisemit!" Sie vergisst, dass sie selbst mit ihrer verschwörerähnlichen Lebensart den Anstoss zu solchem Verhalten gibt. Die Forderung an unsere Verlage, Talmud-Ausgaben (aber vollständige!) zu bringen, ist deswegen besonders dringend, weil das Judentum überhaupt nur vom Talmud her zu verstehen ist. Mit Ausnahme der völlig unbedeutenden jüdischen Sekte der Kaiditen ist ja für keinen einzigen Juden das Gesetz des Moses die Richtschnur seines Handelns, seine Religion und sein Gesetz, sondern der Talmud. Gougenot des Mousseaux hat denn auch nach ausführlicher Belegung dieser Aussage durch jüdische Quellen ("Les Juifs, le Judaïsme et la Judaïsation des Peuples Chrétiens", S. 15 ff.) darauf hingewiesen, wie nur die Lehrsätze des Talmud das uns allen bekannte Verhalten des Juden in der Welt mit einem ihm inherenten Gesetz vereinbar macht. Niemals könnte man ja die hehren Sätze eines Moses in Einklang bringen mit dem Bild, das uns das jüdische Volk, angefangen bei seinen Exponenten Trotzki, Lenin, Beria, La Pasionaria, Anna Pauker, Dayan usw. bis hin zu den mit ihrer Erwähnung in den Zeitungsspalten über Mädchenhandel, Rauschgiftschmuggel, Pornographie Ausgezeichneten nur leider allzu oft bietet, Tatsachen, um die man nun eben einmal nicht herumkommt, will man sich nicht den Schimpfnamen eines Lügners zuziehen. Alles dieses aber, der "Schutz der Mörder Bernadottes durch die Regierung Israels" (amtliche Note der schwedischen Regierung), die Vertreibung von $2\frac{1}{2}$ Millionen Palästinensern, ja, der Ton, in welchem dieses Volk es pflegt, überall aufzutreten, ist einzig und allein zu verstehen, wenn man weiss, welche Rechte der Jude auf Grund des Talmuds sich der nichtjüdischen Welt gegenüber anmasst. Da die Juden heute in der Welt eine so grosse Rolle spielen möchten, ist also Kenntnis des Talmud unabweislich zwingendes Gebot

für jeden Gebildeten. Da haben wir zB das Werk von Flitner über die "Abendländischen Lebensformen". Aber es gibt im deutschen Sprachbereich keine Arbeit über die "Jüdischen Lebensformen", und im Französischen eigentlich nur das soeben erwähnte Standardwerk von des Mousseaux. Welche Bildungslücke! Welches Eingeständnis geistiger Unterernährtheit unserer "gebildeten" Schichten. "Der Forschung, der Lehre, der Bildung" steht in grossen Lettern über dem Portal meiner Alma mater. Aber den grössten weissen Fleck auf diesem Gebiet lässt man unangetastet, überlässt es der Phantasie und der Propaganda, uns auszumalen, was sich dort befindet.

Der Jude Bernard Lazare schreibt: "Das ist es, was den unparteiischen Historiker vom Antisemiten unterscheiden muss. Der Antisemit sagt: "Der Jude ist der Bereiter, der Maschinist, der Chefingenieur der Revolutionen." Der unparteiische Historiker aber beschränkt sich darauf, festzustellen, welchen Anteil der Jude, bei Berücksichtigung seines Geistes, seines Charakters, der Art seiner Philosophie und seiner Religion, an revolutionären Prozessen und Bewegungen gehabt hat", und fügt dann allerdings selbst hinzu: "Die Klage der Antisemiten scheint begründet: Der Jude hat einen revolutionaren Geist. Bewusst oder nicht ist er ein Agent der Revolution."(*72)

Wenn dann in solcher Lage noch die "Oeffentliche Meinung" in gleichen Händen liegt, und nur noch geflüstert wird, was den Menschen auf der Seele brennt, wenn Bücher, die die Augen im Rahmen einer allgemeinen Informationsdiktatur öffnen, mangels sachlicher Gegenargumente auf den Buchmessen verbrannt werden, dann - ja, dann ist wieder einmal ein Vulkanausbruch möglich, der ohne weiteres hätte vermieden werden können. Und damit kehren wir zurück zu unseren kanadischen Problemen.

Bis in die jüngste Nachkriegszeit hinein war der konservativere Teil der englischsprechenden Bevölkerung monarchistisch und sprach von dem "Kingdom of Canada" als einziger traditionell korrekter Staatsform, mit dem englischen König als Souverän einer konstitutionellen Monarchie.(*73) Mit der Schwächung der Stellung des Königs trat, so wird dort argumentiert, "an die Stelle der parlamentarischen Demokratie eine schrankenlose Kabinettsdiktatur". Die ethische Stellung der "Engländer" wurde dann jedoch weitgehend unterspült infolge der aggressiven Haltung, die einige englischsprechende Kanadier in Wilsons Fahrwasser gegenüber Rhodesien einnahmen. Professor Cranford Pratt, ehemaliger Professor an der Universität in Dar-es-Salam, und Clyde Sanger, ein ehemaliger Afrika-Reporter, stimmen zusammen mit dem Reverend Garthe Legge, einem ehemaligen Missionar in Sambia und heute führendes Mitglied des United Church's Board of World Missions (Vereinigte Kirchenbehörde für Weltmissionen - allerdings ganz besonderer Färbung), öffentlich ein in den Hassgesang: "Jan Smith und seine Regierung haben zu verschwinden."(*74) Es ist klar, dass das nicht gerade zur Stärkung der britischen Position in Kanada beiträgt. Zu einem ausgesprochenen Aergernis, ja zu einer Gefahr für den Bestand der Nation werden die kulturellen Differenzen jedoch dadurch, dass es heute Probleme gibt, die eine starke Zentralgewalt auf gewissen Gebieten erheischen. Der stellvertretende Premierminister Hellyer trat im April 1969 zurück, weil die Regierung in der brennenden Frage des Wohnungsbaus nicht aktiv genug ist und zeigte somit auch Aussenstehenden, wie weit die Frage des Föderalismus Uneinigkeit auch im Kabinett selbst geschaffen hat.

Doch ohne Rücksicht auf diese Risse in den Basen des Gebäudes reisst Trudeau (über sein Herkommen vgl. R 53) zunächst einmal den gesamten Staat in eine weltpolitische Richtung, die weder der französischen noch der britischen Tradition entspricht. Am auffälligsten ist dabei sein beinahe verzwei-

feltes Bemühen, mit Rotchina zu diplomatischem Kontakt zu kommen. Vor den UN nimmt sein Aussenminister Mitchell Sharp eine Stellung ein, die aufhorchen lässt: "Es gibt so etwas wie eine stillschweigende Konspiration, an der wir alle teilgehabt haben, indem wir vorgaben, es gäbe institutionale Probleme in den UN, die jedoch nicht existieren (um China den Eintritt zu verwehren). Die Lage lässt sich mit dem akkumulativen Effekt der Vergiftung des Wassers eines Sees vergleichen oder mit der Arbeit des Wassers an den Mauern von Venedig. Wenn man nicht energische Verbesserungsmassnahmen trifft, führt dieser Prozess langsam aber sicher zur Zerstörung ... Die Weltorganisation schwimmt in einem Ozean von Worten, Konferenzen und Versammlungen, sodass sogar Mitglieder mit weitreichenden Mitteln Schwierigkeiten haben, um die Lawine von Dokumenten, Memoranden und Resolutionen zu verarbeiten ... Das Vertrauen, welches man in die UN gesetzt hat als Vermittlungszentrum für die Probleme unserer Welt wird sehr schnell verbraucht." (Die sehr konkreten wirtschaftlichen Hintergründe dieses Vorgehens werden uns noch eingehend im Kapitel "China" beschäftigen.) Trotz einer sehr eindeutigen, scharf nach links abgebogenen Innenpolitik lässt Mao jedoch den Bittsteller ante portas warten. Selbst andere deutliche Beweise einer für ein Mitglied des Commonwealth eigentümlichen Einstellung ("Ich unterstütze den wahren Kommunismus als Ideal", Trudeau auf der Commonwealth-Konferenz in London 1968) wie den Rückzug seiner Truppen aus der NATO (*75), Verstärkung der Guerrillaausbildung in Tansania, konnten Peking nicht abbringen von der Vorbedingung: Abbruch der Beziehungen zu Tschiang Kai-schek. Im übrigen steht die Kanadische Regierung aussenpolitisch vor dem ernsten Problem, eine mit Eintritt Grossbritanniens in die EWG sich ergebende weitere "Kontinentalisierung", das heisst wirtschaftlich engere Bindungen zu den USA in Einklang zu bringen mit dem Wunsch auf Aufrechterhaltung "der nationalen Persönlichkeiten unseres Landes" (Weissbuch der Regierung 1970), dem nur "eine aktive Politik der Diversifikation von Handel und technologischer Zusammenarbeit mit den Ländern Europas und anderen Weltteilen in Erhaltung des Gleichgewichts dienen kann".

Die schwerwiegendste innerpolitische Strukturänderung besteht in der Abkehr vom Rechtsstaat, nämlich "fort von den Gesetzestexten (Scriptural Basis of Canadian Justice) hin zu einer humanistisch-soziologischen Grundlage der Justiz" ... "Die Justiz muss mehr und mehr angesehen werden als ein Regierungszweig, der für die menschliche Gesellschaft von morgen zu planen hat, anstatt nichts weiter zu sein als ein Gesetzesberater."(*76) Es wurde also ein Justizministerium geschaffen, welches nicht in erster Linie Gesetz und Ordnung aufrecht erhalten soll, sondern die Gesetze benutzen soll, um mit ihnen die soziale Ordnung zu ändern und ihr eine neue Farbe zu geben. So wird das Gesetzbuch nicht Rahmen der Oeffentlichen Ordnung, sondern zum Instrument der Revolution.(*77) Straflosigkeit von Abtreibung und Homosexualität sind die ersten Früchte dieser Wendung. Auch in diesem Lande werden also die Zersetzungspläne einer Minderheit mit Hilfe einer Wählermehrheit realisiert, die in einer Mischung von Unwissenheit, Feigheit und Geldgier ihre Stimme abzugeben pflegt und sich im übrigen, immun gemacht mit Obszönitäten, in ihre passive Anonymität zurückzieht.

Die wirtschaftliche Abhängigkeit von den USA liegt weiterhin wie ein Schatten über dem Land. Ein Viertel aller Konsumgüter wird eingeführt und 2/3 dieser Importe stammen aus den USA. So wird notgedrungen auch deren Inflation mit importiert, mag man auch die Gründe dafür (Vietnamkrieg usw.) aufs schärfste ablehnen. Die grossen Investitionen, die die kanadische Industrie in diesen Jahren machte, verstärken dabei diese Entwicklung weiter, sodass

die Regierung bereits mit Restriktionsmassnahmen (Zinserhöhungen, Kreditbeschränkungen) versuchen musste, zu bremsen. Da durch diese Massnahmen im Gegensatz zu den grossen Unternehmen, der kleine Geschäftsmann in seiner Existenz bedroht wird, konnte sich unter John Bulloch der "Canadian Council for Fair Taxation" in wenigen Wochen zu einem politisch ernstzunehmenden Faktor entwickeln (1969) und die Steuerpolitik der Regierung unter Druck setzen.(*77a)

Es gibt in Kanada aber nicht nur "Engländer" und "Franzosen", es gibt sogar Neger. Mitte des vorigen Jahrhunderts flohen viele Negersklaven aus den USA nach Kanada. Als kleine Minderheit waren sie bislang kaum aufgefallen. Doch infolge einer Aenderung der Einwanderungsbestimmungen und des dadurch erleichterten Zustroms von Negern aus dem bisherig britischen West-Indien, stieg die Zahl der Neger in Kanada sichtlich an:

1951	3 000
1957	7 000
1966	11 000
1968	20 000

Das bedenkliche aber ist dabei, dass sich diese Gruppe sofort extrem rassistisch rührte und ihre Black United Front (BUF) (in Neu-Schottland) finanziell von der liberalen Regierung gefördert wird, "damit sie in der Lage ist, zu protestieren". Alles das ganz im Sinne des uns schon bekannten Dr. Chrisholm, der in einem Artikel im "Weekend Magazine", Vol. 5, Nr. 10, 1955 meint: "Kanada sollte ein gross angelegtes Adoptions-Programm für Kinder aus anderen Ländern starten, anstatt eigene Kinder gross zu ziehen. Es würde sogar einen sehr guten Nebeneffekt haben, wenn diese Kinder gelbe oder braune Hautfarbe hätten. Was mich angeht, so halte ich es für gut, dass wir je eher desto besser alle rassisch vermischt (inter-bred) werden."(*78)

Aus dem gleichen Geist des Liberalismus heraus hat der Minister für Indianerangelegenheiten, Jean Chrétien, vor, "die Indianer frei zu machen". Doch sein Plan, meinen die Indianer, ist "kultureller Völkermord". Eine Aufhebung der Reservate und gleichberechtigte Zwangseingliederung der Indianer in die kanadische Gesellschaft, wie sie Chrétien vorschwebt, sei gleichbedeutend mit ihrem Untergang. Sie wünschen vielmehr eine Regelung im Geiste der Apartheid, der Getrennten Entwicklung, dass nämlich die weitaus reichere weisse Gesellschaft ihnen die Institutionen kultureller und sozialer Art hinstellt, mit deren Hilfe sie sich dann selbst weiter entwickeln können. Dass sie dabei, von den bekannten subversiven Quellen angeregt, Milliardensummen für "Wiedergutmachung" des an ihnen begangenen "Unrechts" fordern, zeigt, dass Kanada auch hier den Anschluss an die übrige Welt gefunden hat. Den andererseits dann auch die Errichtung diplomatischer Beziehungen zu Peking im Oktober 1970 bestätigt.

---

*67 – Gaxotte, S. 264. Es heisst dort weiter: "Vor Terre-Neuve trafen die Engländer auf drei französische Kriegsschiffe. Der Kommandant der "Alcide" nahm persönlich das Sprachrohr und wiederholte zweimal die gleiche Frage: "Sind wir im Frieden oder im Krieg?" Von dem benachbarten britischen Schiff, der "Dunquerque", antwortete der Kommandant völlig klar: "Im Frieden! Im Frieden!", woraufhin man im gleichen Augenblick deutlich hörte, wie er den Befehl FEUERN! gab. Ihm wurde augenblicks gehorcht ... Monat auf Monat

folgten ähnliche Attentate. Braddock versucht, das Fort Duquesne zu nehmen, wird aber vollständig geschlagen, und seine Regimenter lassen in Panik ihre Artillerie zurück, ihr Gepäck und ihre Kriegskasse. Eine zweite englische Armee besetzt Akadien, wo eine zahlreiche katholische französische Bevölkerung noch heute lebt. Zehntausend Akadier werden aus ihren Häusern gejagt und zwangsverschifft. Im Oktober und November (1755) ergreifen Boscawen und Hawke im Kanal und im Atlantik mehr als 300 französische Handelsschiffe. Sechstausend Seeleute werden gefangen genommen und einige von ihnen unter Todesdrohung gezwungen, in englische Dienste zu treten. Diese Verluste lasten schwer auf dem ganzen folgenden Feldzug ... zu dem Frankreich dann gezwungen wird."

*68 - R.H. Tawney, "Religion and the Rise of Capitalism", hier in der spanischen Uebersetzung "La religión en el origen del capitalismo", Editorial Dédalo, Buenos Aires, S.331.

*69 - Tawney, S.14.

*70 - Tawney, S.17.

*71 - Vgl. die anregende Schrift von Dr.H.G.Schuette, "Freiheit ist anders", Ratco-Verlag, München 13, Georgenstr.2.

*72 - Zitiert bei Webster, S.177, aus Lazare, "L'Antisémitisme", S.335.

*73 - Die Bezeichnung "Kingdom of Canada" war 1867 noch offiziell vorgesehen, doch Lord Derby änderte den Namen dann in "Dominion" um, weil er fürchtete, die Yankees würden sich an der ersten Bezeichnung stossen. (Aus einem Brief des Sir John A. Macdonald an Lord Knutsford, 1889.) Zitiert in John Farthing, "Freedom wears a Crown", Kingswood House, Toronto 1957.

*74 - "CIS" XII, 1967.

*75 - Brandt dazu: "Die militärische Sicherheit und die Förderung einer Friedenspolitik schliessen einander nicht aus." Das Weiterbestehen des Atlantikpaktes diene auch Kanada. Dieses gab daraufhin zu verstehen, dass es in erster Linie an die Verteidigung der eigenen Grenzen denke, sodann an die gemeinsamen Interessen Nordamerikas, und dann erst an andere Kontinente.

*76 - Peter Newman im "Toronto Star", 25.4.1967.

*77 - Dazu weitere Ausführungen im "CIS", Januar 1968.

*77a - Vgl. dazu den Aufsatz von Dr. Adolf Graf, Winterthur, "Die undurchsichtigen Vorgänge der Steuerüberwälzung. Wer trägt die Steuern?" in "NZZ" IV/1970, die die weltweite Forderung nach GERECHTEN Steuern aufwirft.

*78 - Aus "CIS" XI, 1959.

*

II. MITTEL- UND SUEDAMERIKA

Es gibt zwei Möglichkeiten, einen Erdrutsch zu beschreiben. Entweder man rutscht mit und schildert die jeweils veränderte Lage, als sei es die normale; man ignoriert das Abrutschen und tut, als sei alles beim alten geblieben. Das tat der westdeutsche Botschafter Junker mit seinen Worten auf dem Deutschen Friedhof in Buenos Aires: "Die Zeit der Umerziehung ist vorbei." So schreiben seit 1945 unsere "grossen" Zeitungen und reden unsere "realistischen" Professoren. Oder aber man zieht es vor, von festem Grund, von fester Burg aus die Katastrophen um uns herum als solche darzustellen. Nicht zeitgemässe Absichten gewisser Minderheiten, denen daran liegt, ihr Handeln und dessen Folgen zu vertuschen, sind dann unsere Richtschnur, sondern die wahrheitsgemässe, tendenzlose Darstellung der Vorgänge.

Es war ganz schön geplant, die "Neue" Welt, Amerika, im Norden wie im Süden zum Paradies des Liberalismus, zum Paradies einer Neuen, durch nichts gehemmten Gesellschaft zu machen, die unter dem Motto von Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, ohne Nationalstolz und ohne Traditionen, einträchtig in eine herrlichere Zukunft schreitet, doch die Planer selbst bewiesen schon im gleichen Augenblick, dass nicht die Jakobinermütze im Wappen der neu geschaffenen Staaten deren Lebensinhalt ausmachen würde, sondern die wirtschaftliche Abhängigkeit von den Erfindern dieser schönen Theorien, – ganz abgesehen davon, dass man übersah, welchen Einfluss die neue Umgebung auf die einwandernden Menschen haben würde. Klima und Landschaft formten sie um und machten sie zu bodenständigen (welch schreckliches Wort für die Grossen Planer!) Angehörigen einer anderen Welt, die sich – zunächst im ländlichen Bereich, doch dann auch im intellektuellen – ihrer werdenden Identität bewusst wurden. Parallel mit der Erkenntnis des egoistischen Hintergrundes der "Hilfe" gegen Madrid und Lissabon ging daher die Formung der neuen Volkscharaktere.(*79)

Bald schon hat Lateinamerika erkennen müssen, dass die Geburtsstunde seiner Staaten nicht identisch war mit dem Beginn seiner Unabhängigkeit. Immer wieder unter anderen Vorzeichen kämpft es vielmehr bis heute

noch darum, ist in unseren Tagen sich dieser schmerzhaften Operation sogar bewusster denn je. Der Angriff erfolgte dabei nicht immer aus der gleichen Richtung. An der Wiege stand die Freimaurerei, die von London aus mit schönen Worten das eigentliche Ziel ihres weltoffenen Projektes zudeckte (*80), und deren subtile Herrschaftsformen dann durch einen Canning Tat wurden. Die Periode der kurzsichtigen Politik militärischer Invasionsversuche, die alle blutig abgewiesen wurden, war nämlich schnell vorüber. Länger währte das System der goldenen Ketten der Bank of England. Erst in den fünfziger Jahren dieses Jahrhunderts begannen sie allgemein zu reissen. Doch sie rissen oft nur, um durch andere ersetzt zu werden, die der angelsächsische Bruder im Norden unter so schönen Schlagworten wie Monroe-Doktrin, Gemeinschaft für den Fortschritt usw.(*81) anzubringen wusste. An die Stelle der sowieso schrottreifen englischen Eisen- und Strassenbahnen traten die weitaus lukrativeren Minen. Kupfer, Zinn und Petroleum hiessen jetzt die Objekte.(*82) Unter dem heuchlerischen Wortschwall von der Notwendigkeit der Mitarbeit in einer "demokratischen" Welt, die nur so zu einer "freien" werden könne, sucht man die freiwilligen Sklaven für eine Weltwirtschaft zu finden, der die soeben erst mühsam errungenen Ansätze zu politischer und wirtschaftlicher Freiheit wieder "freudig" geopfert werden sollten. Technische Errungenschaften und Kapitalien wurden unter der Bedingung angeboten, gut und böse auf dieser Welt und auch innerhalb der eigenen Grenzen fürderhin so zu werten, wie New York es wünschte. Wer teilhaben will am "Fortschritt" soll seine traditionelle innere Ordnung aufgeben zugunsten eines von internationalen Bankiers aufgestellten Denkschemas, soll vor allem auch die Anzahl seiner Familienangehörigen von Hochgradfreimaurer Mc Namara bestimmen lassen. Denn die von diesem ehemaligen Vietnam-Strategen (vgl. R 198) geleitete Weltbank hat sich längst in eine sehr aktive Waffe für die Umorganisation der Welt im Interesse der New-Yorker Utopisten verwandelt. ("NZZ", Oktober 1969: "Es zeigt sich an diesem Beispiel, dass die Weltbank ihre traditionelle Rolle als kommerzielles Finanzinstitut zusehends sprengt und Aufgaben zu übernehmen sich anschickt, die ihr Antlitz unter Umständen RADIKAL VERWANDELN könnten.") Die Rebellion des Herrn Mc Namara gegen Gott und die Natur, die Forderung nach Familienplanung, wird ja von einer weltweiten, gutbezahlten Propagandawelle begleitet, wonach der Menschheit der Hunger droht. Und wonach der Menschheit das Elend droht, und das Absinken in die Unkultur, wenn man es nicht fertig bekommt, die "Bevölkerungsexplosion" zu bremsen. Unterstützt wird dieses Bild von der Zukunft von "Wissenschaftlern", die in der FAO und in der UNESCO und in der WGO sitzen, und uns täglich mit falschen Zahlen und vor allem mit falschen Prämissen zudecken. Da wird (seit Malthus vor mehr als 200 Jahren übrigens) behauptet, dass der Vermehrung der Menschheit Grenzen gesetzt sind in der Ernährung, und dass daher nur noch Empfängnisverhütung, die von allen Konformisten propagierte "Pille" die Welt vor dem Untergang retten kann. Alles macht wie auch auf allen anderen Gebieten im Rahmen der Grossen Rebellion in Pessimismus, in Angst, um zum Ziele zu kommen. Und doch ist jedem Einsichtigen klar, was hier in Wirklichkeit gespielt wird. Die Welt hat Raum genug, um bei den gegenwärtig bekannten Arbeitsmethoden und Saaten 40 Milliarden Menschen zu ernähren. (*83) Das Problem ist im Augenblick sogar nicht einmal der Mangel an Nahrungsmitteln, sondern deren Ueberfluss. Und es ist wirklich ein kleines Meisterstück, einerseits an solchem Reichtum möglichst viel zu verdienen (wie wir später im Kapitel "Ghana" noch sehen werden), und andererseits zu tun, als sei man bettelarm, unmittelbar vor dem Konkurs. Ja, es ist sogar so, dass die Zunahme der Bevölkerung der Landwirtschaft erst weitere Entwick-



So sah der arg. Karikaturist Garaycochea die Welt der politischen Parteien in Suedamerika, als Praesident Illia inmitten des Chaos von bald 12 grossen Streiks in einem einzigen Monat General Onganía wich.

lungsmöglichkeiten gibt! Die Landwirtschaft wächst mit der Bevölkerungszunahme. Und es ist eine weitere ganz unbezweifelte Tatsache, dass mit der Zunahme der Bevölkerung deren Spezifizierung im übrigen wirtschaftlichen, insbesondere im industriellen Sektor, zunimmt, ihre Wirtschaft sich entwikkelt und nicht etwa durch Bevölkerungszunahme zerstört wird. Und wer hat denn heute Aussichten auf politische Unabhängigkeit? Die grossen Völker oder die kleinen? China, Indien, USA oder das auf Geburtenrückgang zu dressierende Westeuropa? Südamerika hat unbedingt richtig gewählt, als es mit Vehemenz alle derartigen Verbrechen seitens des Herrn Mc Namara auf allen Ebenen zurückwies. Nicht aus den allerersten Anfängen wäre die Menschheit herausgekommen, hätte sie pessimistisch in die Zukunft gesehen, wie es die Freimaurerei heute will. Nur, wenn wir Gottes Willen folgen, so sagt es deutlich der gerade in Südamerika gehörte Heilige Vater, können wir mit zunehmender Bevölkerung eine höhere Zivilisation erreichen. Südamerika lacht über die Westeuropäer, die im Geldraffen sich austoben und im übrigen Angst haben vor dem Leben, die Obszönitäten an die Stelle der wahren Liebe setzen, und meinen, mit Planung Gottes Wege verbessern zu können. Südamerika hat es erlebt, auf welchen parlamentarischen (und in Argentinien auch dann militärischen) Kanälen die Zersetzung in den Kontinent gespritzt wurde.

Denn solchen Phrasen, und oft genug auch persönlichem materiellem Vorteil, neigte sich die Welt der politischen Parteien, das ganze dafür ja so hervorragend geeignete parlamentarische System in mehr oder weniger ganz Südamerika nur allzu gerne, und es stand bald ein ganzer Kontinent vor dem Chaos. Das nebenstehende Bild vom argentinischen Präsidenten Illia galt mehr oder weniger überall, als Militärregierungen sich anschickten, die Rettung des Vaterlandes in letzter Minute in die Hand zu nehmen.(*84) Das waren jedoch nicht jene abenteuerlustigen egozentrischen Putschisten, die Südamerika bis dahin immer wieder erdulden musste (so, wie China die War-Lords ertrug, bis Mao aufräumte), sondern Patrioten von staatsmännischem Format. In wenigen Jahren hat so die spanisch-lusitanisch-indianische Welt unserer Zeit ein Beispiel gegeben von persönlichem Mut, kameradschaftlicher Zusammenarbeit, Pflichtbewusstsein und aufopfernder Sorge für das eigene Volk inmitten einer Welt, die uns aus ihren nordamerikanischen und zentraleuropäischen Teilen mit den phantastischsten Versuchungen überhäuft. Die völlige Ignorierung der "Oeffentlichen Meinung" ist für alle diese Ritter ohne Furcht und Tadel, von Marschall Branco bis Barrientos und Candia und Rojas Pinilla und Stroessner genau so kennzeichnend wie der unbeirrbare Glaube an das Lebensrecht ihrer Völker.

Es gibt ein Gesetz der Schwere auch im Politischen. Ein Vakuum der Macht kann nicht lange bestehen. Es wird ausgefüllt, so, wie Salz eine Flüssigkeit durchdringt, bis überall die gleiche Konzentration herrscht. Seitdem unsere Welt technisch eine einzige wurde, gilt dieser Satz für den Erdball als Ganzes, während er vorher nur für seine einzelnen politischen Räume galt. Es gibt keine machtleeren Räume. Dort, wo sich Schwäche offenbart, dringt Macht sofort von aussen ein. Dort, wo ihr Halt geboten wird, bleibt sie wartend, dauernd drängend, vor den Toren.

Das aber trifft nicht nur für die Machtpolitik im eigentlichen Sinne zu, sondern für alle anderen Lebenserscheinungen in gleichem Masse. In Südamerika ist es den Militärregierungen gelungen, das Vakuum auf machtpolitischem Gebiet aufzufüllen, das sich mit dem Versagen der parlamentarischen Demokratie gebildet hatte. Verzweifelt ruft ihr Parteigänger Isaac Rojas in Argentinien, jener Admiral, der als einziger Minister der nachperonistischen Revolutionsregierung sich weigerte, auf die Bibel zu schwören, aus: "Die

Traditionen Argentiniens sind liberal". Das Rad der Geschichte lässt sich auch hier nicht wieder zurückdrehen. Der andere Versuch aber, mit Guerrillas die kubanische Revolution zu importieren, ist - trotz menschlich im einzelnen grosser Leistungen - im wesentlichen als misslungen anzusehen. "Che" Guevara, ihr Held, gehört der Vergangenheit an.

Schwerer offensichtlich fällt es den Militärregierungen - ungeheuerliche Versäumnisse nachholend (Argentinien hat zB erst seit 1969 ein eigenes Erziehungsministerium!) - das geistige Vakuum zu füllen, das die "Invasion der Pseudokultur" (*85) in ganz Lateinamerika hervorgerufen hat. Wohl ruft Ronald de Carvalho kurz nach dem ersten Weltkrieg in seiner "Pequena Historia de Literatura Brasileira"(*86) aus: "Es war bis jetzt der grosse Irrtum unserer Eliten, die europäische Stunde künstlich nach Brasilien zu übertragen. Inzwischen ist die amerikanische Stunde da. Endlich können wir beginnen." Doch kaum einige Jahrzehnte ging dieses Beginnen durch den Kontinent, die Chilenin Gabriela Mistral erhielt den Nobelpreis dafür, ihr Landsmann, Aussenminister Gabriel Valdés spricht noch im September 1969 vor der Generalversammlung der UN von einem "wachsenden kontinentalen Nationalismus, der von der lateinamerikanischen Persönlichkeit durch bodenständige (!) Kriterien und Werte gebildet wird", da setzt bereits die Fäulnis an, wird von aussen in so hemmungsloser Form, nicht nur mit der pornographischen Ausstattung schnell als Vorbild dienender westdeutscher Zeitschriften, die Zersetzung auch in diesem Teil der Welt zum erfolgreichsten Kampfgas der modernen apokalyptischen Reiter. Die "amerikanische Stunde", diese seit 150 Jahren ersehnte Stunde der Geburt einer eigenen Kultur wird verdunkelt von Dollarnoten mit dem Freimaurerauge, die wie Heuschreckenschwärme sich über die junge Saat legen. Jene jungen Menschen, die mit Tränengasbomben an den Eingängen zu den Universitäten von den eigenen Regierungen zum Schweigen gebracht werden müssen, fühlen, selbst in dem trüben Bild der ihnen vermittelten Pseudokultur, dass man ihnen den schönsten Sinn ihres Lebens stehlen will, den Glauben an eine eigene bodenständige Kultur, die Unabhängigkeit von den geldgierigen, materiell-orientierten unsichtbaren Drahtziehern der seit 1945 konstruierten "westlichen" Welt. Nicht vergessen ist, dass eine in Logen organisierte Oligarchie die erste Befreiung verzerrte und asoziale Verhältnisse schuf, wie sie schwerer gar nicht wiegen können in der Waage der Justitia, wie sie nicht nur ein Perón zum Angelpunkt seines Kampfes für soziale Gerechtigkeit machte. (*87)

Blind ist man aber oft, wenn ganz die gleichen Personen an die Stelle jener Oligarchien die heutigen Monopole setzen wollen. So ist es möglich, dass dieser gärende Kontinent Streiter für einen "Gemeinsamen Lateinamerikanischen Markt" findet gerade unter denen, die sich lösen wollen von der bisherigen Knechtschaft, dass in dem Augenblick, da die staatskapitalistische Welt mit der Breschnewdoktrin ihre neue Knute erhält, die Integration zur Zuchtrute der Nationen im Westen wird.

Im September 1969 unterzeichnen Bolivien, Kolumbien, Chile, Ekuador und Peru ein Dokument, nach welchem diese "Grupo Andino" bis 1985 einen Gemeinsamen Markt bilden wollen. "Clarín", Buenos Aires, wohl die bedachteste Zeitung Südamerikas, stellt klar, was das bedeutet: "Sicher ist die Idee, einen Gemeinsamen Markt in Amerika zu schaffen, nicht neu. Das war sogar einer der Punkte der Präsidentenerklärung vom April 1967 in Punta del Este (unter Beteiligung der USA!). Der offensichtliche Misserfolg jener Bestrebungen ergibt sich in erster Linie aus der Tatsache, dass die Bildung eines Gemeinsamen Marktes das Vorhandensein verschiedener nationaler Bedingungen voraussetzt, ohne welche das erwünschte Ziel nicht erreicht werden kann.

Alle diese Bedingungen lassen sich in einer einzigen zusammenfassen: Volle und unabhängige nationale Entwicklung. Denn ohne diese Vorbedingung würde der angebliche Gemeinsame Markt weit davon entfernt sein, das zu werden, was er doch sein will, nämlich ein gemeinsamer Markt, sondern würde, wie die zentralamerikanische Erfahrung es zeigt, zum offenen Betätigungsfeld für die Monopolisten werden, die danach streben, auf unserem Kontinent das alte Schema der internationalen Arbeitsteilung wieder aufzurichten, wonach die Länder willkürlich aufgeteilt werden in unterentwickelte Produzenten von Rohmaterialien auf der einen Seite, und Industrienationen auf der anderen Seite, das heisst, die konkreten Grundlagen des politischen Systems des Kolonialismus. Und, wie eben die Erfahrung in Mittelamerika zeigt, bringt die Wiederbelebung dieses Systems unabwendbar neue und verhängnisvolle Zusammenstösse zwischen den Nationen mit sich, weil sich in ihrem Schoss gefährliche nationale Ungleichheiten und Versäumnisse herausbilden.

"Nachdem in der Welt, in Europa und in Zentralamerika das Schema internationaler Arbeitsteilung gescheitert ist, kann es nicht jetzt etwa für Südamerika wieder eingeführt werden .., denn hier herrschen ganz die gleichen Gründe für seine Ungerechtigkeit und seine Undurchführbarkeit wie in der übrigen Welt. Das ist ganz gewiss die wirkliche Fallgrube, die das Dokument enthält, welches jetzt fünf Andenstaaten unterzeichneten, wenn es in ihm heisst, "ein System gemeinsamer Inversionen soll in denjenigen Industriezweigen programmiert werden, wo dieses angebracht erscheint." Man benutzt also die Deckung eines Gemeinsamen Marktes, um eine ganz konkrete Operation, die gegen die Grundlagen selbst unserer nationalen Souveränität gerichtet ist, durchzuführen, indem man nämlich in dieser Zone eine industrielle Spezialisierung schafft, die die Bildung einer nationalen und unabhängigen und souveränen Struktur unmöglich macht. Und das ist genau das grosse Ziel der monopolistischen Strategie in der vorliegenden Region, die diesmal so warm begrüsst wird von der kontinentalen Bürokratie. Und das erklärt denn auch die allgemeine Ablehnung dieser neuen Variante des Integrationismus durch alle weiter östlich ansässigen nationalen Regierungen des Kontinents. Auch Venezuela hat denn auch, nach anfänglicher Zustimmung, unter dem Druck unübersehbarer nationaler Interessen, seine Zustimmung widerrufen und sich entschlossen gegen diese integrationalistische These der Monopole und kontinentalen Bürokratie gestellt."

Auf allen Lebensgebieten ist solches "Gemeinsames" der Tod jeglicher nationaler Unabhängigkeit, wenn die betreffende Nation nicht von sich aus ihre Entwicklung auf dem betreffenden Gebiet vollendet und abgeschlossen hat. Am schwersten wiegt die Einmischung in Unfertiges, wie wir hörten, auf geistigem Gebiet. Eng damit verwandt ist das der Nachrichtenübermittlung. Hier haben die USA mit der Errichtung ihres Nachrichtensatellitennetzes einen Angriff auf die nationale Selbständigkeit nicht nur der lateinamerikanischen Länder, sondern der gesamten übrigen Welt vorgenommen.(*88) Dieses weltweite Nachrichtensystem ermöglicht in Sekundenschnelle die Uebermittlung von Daten und Bildern in die letzten Winkel der Erde, kommt also einem Unterrichtungsmonopol gleich. Während Lateinamerika nicht Gewicht genug hatte, bei den Intelsat-Verhandlungen in Washington im Februar 1969 sich gegen derartige Ueberfremdung zur Wehr zu setzen, machten verschiedene europäische Staaten, insbesondere Frankreich, scharfe Vorstösse, und es ist interessant, dass man diesem Lande die Errichtung eines eigenen Satellitensystems verwehren wollte, "weil das zu Lasten der Wirtschaftlichkeit der Intelsat ginge". Und der uns bereits sattsam bekannte Zionist Rostow sprach sich "mit grossem Nachdruck zugunsten eines einzigen globalen Systems der Nachrichten-

übermittlung" aus. Die Bodenstationen dieses amerikanischen Herrschaftssystems in Südamerika sind Tulancingo in Mexiko, Utibe in Panama und Longovillo in Chile. Aufsichtsrat und Exekutive der amerikanischen Gesellschaft rekrutieren sich aus Persönlichkeiten des bereits erwähnten Business Advisory Boards, ohne dass ausseramerikanische Staaten dagegen ein Einspruchsrecht hätten.

Man weiss in Lateinamerika auch, dass die importierten Begriffe wie "rechts" und "links" wenig mehr besagen, dass es nur den Einweltlern dient, wenn man sich einpressen lässt in jenes Schema von Ost gegen West, wie es einem Nasser aufgezwungen werden soll, wie es bis zu Brandts bedeutenden Worten von der deutschen Stellung "weder gegen Ost noch gegen West" (28. 10.69) in der BRD der Fall war, wie es ein Fidel Castro, erst zögernd, dann aber willig und mit so schwerem Schaden für den ganzen Kontinent annahm. Herauslösen aus diesen nefasten Bindungen soll sich der Kontinent, wenn der chilenische Aussenminister die Teilnahme Kubas an der Organisation der Amerikanischen Staaten fordert, wenn Perus Militärregierung Beziehungen zur Sowjetunion aufnimmt, oder wenn der neue Präsident Boliviens, General Alfredo Ovando Candia (29.9.69) vor der Presse sagt: "Es gibt eine wirkliche Demokratie und eine nur formale. Erstere besteht nur dann, wenn das Volk selbst sein Schicksal bestimmt. Im zweiten Fall ist es nur ein Schema, welches für sich selbst geschaffen wurde, um kleine, privilegierte Gruppen zu begünstigen. Im lateinamerikanischen Volk besteht ein erschreckendes politisches Vakuum. Diese geschichtliche Situation hat die Waffenträger in Lateinamerika gezwungen, sich der vorliegenden Aufgaben anzunehmen auf der Suche nach einem neuen Weg, der es uns erlaubt, würdiger zu leben als bisher." Kein Wunder, dass man sowohl in New York wie in Moskau wenig erbaut ist von diesem Ausbrechen Lateinamerikas aus dem 1945 errichteten Weltgefängnis. Der "Rote Stern" spricht vom "wilden Antikommunismus", der in den Heeren Südamerikas gelehrt werde, und Nixon zittert vor den "in Lateinamerika oft explosiven grundlegenden Veränderungen" und setzt sich ab von einer "Gemeinschaft weitgehend divergenter Völker" (2.11.69 vor der amerikanischen Presse). Sicher ist eben, was "Clarín" (7.9.69) prophezeit: "Dieses Jahr 1969 belegt, dass Lateinamerika der Welt in den siebziger Jahren die grösste Unbekannte sein wird." Jedenfalls werden hier alle Umerziehungsversuche völlig Schiffbruch erleiden und ein ganzer Kontinent sich der New-Yorker Kontrolle mehr und mehr in jeder Beziehung entziehen. Man wird das zionistische Schimpfwort vom Isolationismus mit Stolz aufs Panier erheben und sich auf die eigenen Probleme konzentrieren, anstatt wie bisher in fremden Kontinenten die ominösen Parolen der Einweltler zu verfechten. Man wird als unsittlich empfundene Ausbeuter der Bodenschätze enteignen und wird sich nicht scheuen, eines Tages auch die gleich unsittliche Zinsenlast kurzerhand zu streichen. Man wird sich zur christlichen Kultur bekennen, und dem organisierten Materialismus den ihm gebührenden Platz anweisen.(*89)

---

*79 – Zu dem, meines Wissens bisher nicht entfernt ausgeschöpften Thema der Beeinflussung des Menschen durch Klima, Boden und Landschaft vgl. Willy Hellpach, "Geopsyche", Stuttgart 1965. Ueberaus bezeichnend ist, dass in

diesem Buch jeder zweite Satz lautet: Die Dinge sind noch nicht im einzelnen erforscht. Es liegt ja auch nicht im Interesse unserer Einweltler mit ihrer Vorstellung von einer nivellierten Lebensgrundlage, zu bestätigen, dass die menschlichen Möglichkeiten auf unserer Erde durchaus verschieden sind, ganz abgesehen von den rassischen Konstanten, entsprechend dem Klima, Bodenbeschaffenheit, Nahrungsmitteln usw. Denn dann würden so glitzernde Pläne wie die des Weltkirchenrats, Millionen von Menschen von einem Kontinent in den anderen zu verpflanzen (vgl. R 224), auch von hierher gesehen als eine grausige Utopie erkannt werden. Alle diese superklugen Weltenplaner haben sich ja nicht einmal Gedanken darüber gemacht, w a r u m gerade in manchen Gegenden Hochkulturen entstanden, in anderen aber nicht. Gott schaut nur lächelnd auf diejenigen herab, die seine Welt verändern wollen. Sollte man es aber gar mit Zwangsmitteln versuchen, "die komplizierte Struktur der Gewohnheiten, Kenntnisse und Glaubenssätze der Menschheit zu zerstören, die halbe Menschheit wäre in weniger als einem Jahr vernichtet" (Professor Wallas, zitiert bei Tawney, S. 16).

*80 - Weitere Einzelheiten dazu in unserem Kapitel "England".

*81 - "Gemeinschaft g e g e n den Fortschritt" hat man das in Washington errichtete Propagandagebäude genannt (Marcel Niedergang in "Le Monde", Paris), denn nach "Time" zahlen die grossen amerikanischen Gesellschaften in Südamerika heute schon 1/5 der Steuern, erstellen 12 Prozent der industriellen Produktion und 30 Prozent aller Exporte. Die wirtschaftlichen Konglomerate haben in Südamerika so längst den örtlichen Industriellen beiseite gedrängt oder kaputt gemacht, diktieren Preise und Löhne. 1967 flossen den USA aus Südamerika nach Angaben des Generalsekretärs der OEA, Galo Plaza, 500 Millionen Dollar zu, weit mehr als in umgekehrter Richtung "geholfen" wurde. Man kann sich leicht vorstellen, mit welchen rückfliessenden Summen, ganz abgesehen von allen anderen Folgen, man rechnet, wenn 1969 seitens der USA beabsichtigt ist, 561 Millionen in die Minenindustrie, 564 Millionen in Petroleum und 761 Millionen in die Sekundärindustrie zu investieren. Wem dient dieser "Fortschritt"? Auch hier gilt der Satz: Aermere sind reicher!

*82 - und "Atomkraft" heissen sie morgen. Der mit so viel Stolz angekündigte, von Siemens ausgeführte kostspielige Bau des "ersten Atomkraftwerks in Südamerika" in Atucha/Argentinien, wirft Licht auf die sehr lukrativen Machenschaften der Monopole auf dem Energiesektor. Einer Schrift von Dr. Hans Riegelmann, Sulzbach/Saar, Mühlenstr. 51, folgend, zitieren wir: "Seit dem Jahre 1957 bis zum Jahre 1968 wurden in der Bundesrepublik 76 Schachtanlagen, etwa 160 bis 170 Kleinbetriebe, über 25 Kokereien und ein gutes Dutzend Brikettfabriken stillgelegt. Damit wurden bisher bei Aufgabe einer durchschnittlichen Jahresförderung von über 50 Millionen Tonnen rund 3 Milliarden t (drei Milliarden Tonnen) Kohlenvorräte, d. h. einschliesslich der Zechenausrüstungen ein Volksvermögen von mehreren hundert Milliarden Mark, durch Absaufenlassen der betroffenen Zechen und Gruben sinnlos vernichtet, was man "Gesundschrumpfen" nannte. Und das alles unter dem Druck der internationalen Oelkonzerne, die durch ihre betrügerischen Schleuderpreise den gesamten westeuropäischen Kohlenbergbau mit grossem Erfolge weitgehend wettbewerbsunfähig zu machen wussten. Wie begrenzt demgegenüber die Welterdölreserve nach dem Urteil aller nicht im Auftrag dieser Konzerne urteilenden Fachleute in Wahrheit sind (noch in den 80er Jahren unseres Jahrhunderts er-

schöpft!) und wie politisch unsicher die für uns in Frage kommenden Einfuhrgebiete für Mineralöl dabei sind (85 Prozent aus dem unruhigen Nahen Osten, wo zudem die Sowjets "am Flaschenhals" sitzen!), wurde und wird dabei bewusst verschwiegen. In dieser Oelschwemme liegt aber das ganze Geheimnis der an sich garnicht vorhandenen "Kohlenkrise", die von der Befehlsstelle der Oelkonzerne, der sogenannten Montanunion, geflissentlich weitergeschürt wird.

"Gleich nach 1945 – man muss die Dinge im Zusammenhang sehen – verboten die Besatzungsmächte für Westdeutschland die Kohlehydrierung (Gewinnung von Treibstoffen für motorisierte Fahrzeuge aller Art auf der Erde und in der Luft), fielen die grossen deutschen Hydrierwerke (Deutschland hatte zuletzt 27 nach verschiedenen Verfahren arbeitende Werke dieser Art in Betrieb) der feindlichen Konkurrenzdemontage zum Opfer. Das war "Politik auf lange Sicht", denn 12 Jahre später setzte dann die Oelschwemme aus dem Ausland ein! Nach Nichtmehrbestehen dieses Verbotes wurden alle Anregungen, Vorschläge, Forderungen auf Neuerrichtung von Hydrierwerken als Möglichkeit, den deutschen Bergbau zu erhalten und sich gleichzeitig von Fremdöleinfuhren von zweifelhafter Dauer unabhängig zu machen, mit Spott und überlegenem Lächeln auf einheitliches Kommando hin abgetan: "Unrentabel!" Und jeder kam sich weise vor, der mitlächelte. Lieber wurden Milliarden und Abermilliarden für Stillegungen und Folgelasten zum Fenster herausgeworfen – Stillegungen sogar "prämiiert", Nichtmehrarbeiten bezahlt, und kaum einer merkte das Schizophrene dieser Wunderwirtschaft. Und das alles in dem Lande, in dem vor über einem halben Jahrhundert die Kohleverflüssigung erfunden und bis zur Höchstleistung von 6,5 Millionen Jahrestonnen entwickelt wurde – über die Hälfte des gesamten Treibstoffverbrauchs der Bundesrepublik im Jahre 1967 mit 12,5 Millionen t!

"1968 war dann das "grosse Ziel" erreicht: Der deutsche Steinkohlenbergbau konnte (im Saarland bis zu 35 Prozent) seinen Lieferungsverpflichtungen nicht mehr nachkommen! Die fehlende Kohle nun etwa aus Belgien von den dort ebenfalls von der Stillegung bedrohten grossen Zechen einzuführen – um einerseits selber so wieder über ausreichende Kohlenmengen zu verfügen, andererseits dort die drohenden Stillegungen zu verhindern – verbietet die Montanunion, der sich die ihr angehörenden Länder nun einmal mit Haut und Haaren ausgeliefert haben! (Prof. v. Laun: "Ruhrstatut ist Gebietsabtretung!" d.V.) Und als Japan kürzlich einen Kommissionär entsandte, die belgische Kohle auf 50 Jahre im voraus aufzukaufen, musste dieser ergebnislos wieder abreisen!

"War die bisherige "Begründung" für die "Unmöglichkeit" der Kohle hydrierung deren angebliche "Unrentabilität" (die wirtschaftliche und politische Sicherheitsfrage – in Wahrheit doch das allein Entscheidende – spielte bei unseren Energie-"Politikern" überhaupt keine Rolle!), sah man sich dann gezwungen, dem immer stärkeren Druck in dieser Sache von allen Seiten damit zu begegnen, dass man versprach, diese Frage zu "prüfen", "Forschungsaufträge" zu erteilen, "Untersuchungskommissionen" zu bilden – obwohl garnichts mehr zu prüfen, zu erforschen und zu untersuchen war, da das alles längst praktisch erprobt und mit grösstem volkswirtschaftlichen Nutzen angewandt worden war – , so hatte man jetzt mit einmal die ganz wunderschöne Ausrede: "Ja, wir haben leider zu wenig Kohlen, als dass wir solche hydrieren könnten!" Und gerade in diesem Zeitpunkt konnte ein Fachmann ersten Ranges, der Bergwerksdirektor Bergassessor a.D. Dr.-Ing. Dr.-Ing. E.h. Herbert Barking, MdL Nordrhein/Westfalen, auf Grund sorgsamster Studien und Berechnungen feststellen: "Es geht doch!" – d.h. deutsches Kohlebenzin sei

absolut rentabel und wettbewerbsfähig!

""Fachleute" hatten vorher das Gegenteil behauptet, – Fachleute, angeheuert von der Montanunion. "Fachleute" stellen jetzt plötzlich fest – angeheuert von der Reaktorindustrie: "Der Atomenergie gehört die Zukunft! Sie wird uns den billigsten Strom liefern!" Und jetzt – sind mit einmal wieder Kohlen da, wenn auch nicht zum Hydrieren, sondern zum Betrieb von Atomkraftwerken! Und jetzt stellen "Fachleute" auch plötzlich fest, die Weltenergievorräte herkömmlicher Art, insbesondere die der Kohle, gehen zur Neige, wir müssen daher Atomkraftwerke bauen – und alle reden es begeistert nach. Ernstzunehmende Wissenschaftler aller Fachrichtungen warnen aber vor den unübersehbaren gesundheitlichen Schäden für Mensch, Tier und Pflanze, für Wasser, Luft und Erde, hervorgerufen durch solche Werke, zu deren Beurteilung es noch an jeglicher Erfahrung fehle, deren Errichtung Milliarden verschlingt (im Gegensatz zu der herkommlicher Kohlekraftwerke), durch deren bisher vielfach zu beobachten gewesene monatelange Betriebsausfälle bereits ungeheure Kosten entstanden und von nur sehr begrenzter Lebensdauer sind, aber, stillgelegt, dann noch Gefahrenherde für Jahrhunderte darstellen.

"In England gab es bereits stürmische Auseinandersetzungen im Parlament wegen der sehr viel höheren Stromkosten aus Atomkraftwerken. In den USA hat man alle Aufträge auf die Errichtung solcher Werke zurückgezogen, hat man die Errichtung von 72 neuen Grosskraftwerken auf Kohlebasis beschlossen mit der Begründung, dass im letzten Jahre die Nuklearkosten um 15 Prozent gestiegen seien. Aus England, Frankreich, der Schweiz liefen unterdessen Alarmmeldungen über katastrophale Betriebsunfälle in Atomreaktoren ein. Nur in Deutschland wird der Bau weiterer solcher Werke geradezu fieberhaft mit einem riesigen Reklameaufwand und unter raffinierter Umgehung gesetzlicher Vorschriften betrieben, wurde der Vorsitzende des Atomenergieausschusses im Bundestag, der Bundestagsabgeordnete Univ.-Prof. Dr. Bechert dadurch "abgeschossen", dass mit der fünften Bundestagsperiode, also bereits 1965, dieser Ausschuss (gerade im Zeitpunkt der geplanten Massenerrichtung solcher Werke!) aufgelöst und seine Aufgaben an den – Kulturausschuss (!) überwiesen wurden, in dem zwar zehn Studienräte, Lehrer und Schulräte vertreten sind, aber nicht ein einziger Fachmann auf technischem, nuklearbiologischem oder nuklearmedizinischem Gebiet! Dafür erschien eine mit grossem Aufwand ausgestattete, wunderschöne bunte Propagandaschrift "Die Bundesregierung informiert", von der der Fachmann Prof. Bechert feststellte: keine Information, sondern bewusste Irreführung!

"Die Wirtschaftsberichte aller Welt aber stellen fest: 1968 höchste Weltkohleförderung aller Zeiten! Die USA, die UdSSR, Polen, Rotchina steigerten ihre Kohleförderung in unvorstellbarem Ausmasse, planen weitere enorme Fördersteigerungen für 1980 – für das gleiche Jahr, von dem ab die Welterdölförderung rückläufig sein wird, um gegen Ende des Jahrhunderts völlig zu erliegen. Selbst die "Brüsseler Informationsberichte der Europäischen Gemeinschaft" melden, dass Westeuropa mit seiner "Anti-Kohle-Politik" alleinstehe, obwohl seine Importabhängigkeit von fremdem Oel bereits katastrophale Ausmasse erreicht habe; dabei sei die Produktionskostensituation in vielen Ländern keineswegs günstiger; man betreibe in Westeuropa eine Rohstoffpolitik, die nicht nur allen Erfahrungen, sondern sämtlichen Zukunftstendenzen der ganzen übrigen Welt widerspreche – eine Entwicklung, die nur auf politische Entscheidungen oder auf deren Fehlen zurückzuführen sei!"

Bei diesen Ausführungen sind noch nicht einmal die neuesten Meldun-

gen berücksichtigt worden, die besagen, dass es französischen Physikern gelang, mit einem Laserstrahl von 4·Gigawatt Kernfusionen zu erreichen. Damit wäre Energiegewinnung möglich bei etwa 100facher Wirtschaftlichkeit des Verfahrens, ohne Gefährdung des Organismus und Anhäufung von Atommüll. (Aus "Die Gesundung", 4/69, zitiert nach UPI-Meldung vom 22. 9. 69.)

*83 – Nicht hoch genug kann veranschlagt werden, dass der Oxforder Universitätsprofessor Colin Grant Clark in einer Reihe von Schriften auf diese allergefährlichste, von oben gesteuerte Subversion aufmerksam gemacht hat ("Condiciones para un progreso económico"; "El bienestar y los impuestos"; "Crecimiento de la población y aprovechamiento de la tierra"; dazu auch sein Aufsatz im "Clarín", Buenos Aires, vom 3. Dezember 1969).

*84 – Es nimmt nicht wunder, dass die Strassburger "Europäer" sich im August 1969 keinen besseren Ansatzpunkt zur Kontaktsuche mit Lateinamerika ausdenken konnten als ausgerechnet das "Lateinamerikanische Parlament" in Bogotá, mit welchem ein beratender gemischter Ausschuss gebildet wurde. Die Geschichte wird hierorts kaum mehr von diesen "Menschenrechtlern" Kenntnis nehmen als in Europa selbst, wo ihre Deformierungsbestrebungen längst als solche erkannt wurden.

*85 – So lautet der Titel einer ernsten Arbeit aus der mutigen Feder der argentinischen Schriftstellerin Alicia Jurado, die die angesehene Zeitung "La Prensa" aus Anlass ihres hundertjährigen Bestehens 1969 veröffentlichte. "Die Ritter dieser Pseudokultur", heisst es darin, "lesen Traktate mit politischen Andeutungen, sexuellen Skandalen oder dem, was sie unter Sozialkritik verstehen. Und sie lesen nichts anderes als das ... Diese sehr zahlreiche Gruppe wird täglich stärker durch das Hinzutreten neuer Universitätsstudenten und macht einen wesentlichen Sektor der "Oeffentlichen Meinung" aus, wie sie sich in Zeitungen, Rundtischgesprächen, literarischen Reunionen, bibliographischen Notizen usw. präsentiert. Die Personen, die zu diesem Sektor gehören, den ich als Pseudokultur bezeichne, unterscheiden sich von Sokrates dadurch, dass sie ihre eigene Unwissenheit ignorieren und sich für gebildet halten auf der Grundlage von Informationen, die sie durcheinander und bruchstückweise, wenn nicht gar entstellt, aufgeschnappt haben im Kino, im Fernsehen, in gewissen Zeitschriften und einigen Büchern. Um sie an einem Beispiel zu definieren: es sind jene, die, wenn sie den Namen Thomas Morus hören, an das Gesicht des Schauspielers Paul Scofield denken anstatt an das Gemälde von Holbein. Verantwortlich für diese Pseudokultur sind alle jene Dinge, die eine Illusion von Kenntnissen geben, ohne diese in Wirklichkeit zu vermitteln ... Radio und Fernsehen, deren Technik in dauernden Bild- und Themenwechsel besteht, und den Verstand dessen, der zuhört oder zusieht, so weit wie möglich zer-streut. Wenn man bedenkt, dass Erziehung und Ausrichtung das Ziel verfolgen, dem zu Erziehenden zu helfen, sich zu konzentrieren und nicht sich abzulenken von dem Gegenstand seiner Arbeit, kann man leicht folgern, welchen kulturellen Bildungswert diese Methode der dauernden Zer-Streuung haben muss, die offenbar angewandt wird, um alle Erziehung zu annullieren (deseducar), um die Rückbildung des erwachsenen Gehirns zu dem eines Kindes oder eines Primitiven zu erreichen. Das Ergebnis ist dann eben diese angefressene und rachitische Subspecie von Kultur: eine Serie von Ideen und unzusammenhängenden Daten, ohne Ernährungsgrundlage, ohne Ordnung, ohne die Formung einer Weltanschauung, die als organisch, koherent oder sinnvoll bezeichnet werden könnte.



USA
Miami
Nassau
Habana
Kuba
Guantanamo(USA)
Hispaniola
Haiti
Port au Prince
Dominik. Republik
Santo Domingo
Jamaika
Kingston
Puerto Rico
San Juan
Guadeloupe
Martinique
Barbados
Tobago
Trinidad
Yucatan
Mexiko
Belice
Guatemala
Honduras
Tegucigalpa
El Salvador
Nicaragua
Managua
Costa Rica
San Jose
Kanal-Zone
Panama
Barranquilla
Caracas
Venezuela
Guayana
Kolumbien
Bogotá
Ecuador
Brasilien

"Das Wort Kultur selbst gibt uns den Schlüssel für seinen Sinn, denn es kommt von "kultivieren". Es handelt sich um eine langsame, schwierige Arbeit von vielen Jahren der Herausarbeitung verschiedenartiger Lesestoffe, das Studium vieler Gesichtspunkte über ein und das gleiche Thema. Es ist ein gewundener, oft genug rauher, manchmal angenehmer, immer aber langer Weg. Das einzig absolut Sichere nur ist, dass man ihn nirgends abkürzen kann."

*86 – Zitiert bei Rudolf Grossmann, "Geschichte und Probleme der lateinamerikanischen Literatur", München 1969, S. 31.

*87 – In seinem 1968 in Buenos Aires erschienenen Buch "La hora de los pueblos" (Die Stunde der Völker) sagt er auf S. 51: "No somos, como algunos nos califican, países subdesarrollados, somos países esquilmados desde fuera y destrozados desde los centros vernáculos de la oligarquía, que sólo se interesan de ganar, sin importarles ni mucho ni poco que sea a expensas de una Patria que, aunque está en todas las bocas, no está sino en contados corazones." (Wir sind keine unterentwickelten Länder, wie einige uns bezeichnen, sondern von aussen ausgesaugt und zerbrochen durch die einheimischen Gruppen der Oligarchie, die nur den Gewinn erstreben, ohne sich im mindesten darum zu kümmern, dass es auf Kosten eines Vaterlandes erfolgt, das wohl in aller Munde, aber in nur wenigen Herzen ist.)

*88 – Man erinnert sich, welche Eile man hatte, die sogenannten "Peenemünder" 1945 zu erwischen. Nicht etwa, weil sie Kriegsverbrechen vorbereiteten (so, wie etwa Herr Lübcke, der das Verbrechen beging und Pläne für Baracken im Osten angefertigt haben soll), sondern weil man wusste, welchen Wert der Luftraum um die Erde hatte. WELTBEHERRSCHUNG war von damals an das Ziel des Kreuzzuges gegen Europa.

*89 – In dieser Situation muss es uns mit grosser Sorge erfüllen, wenn wir sehen, wie beflissene und interessierte Personen die Vertreter der BRD in unsere auslandsdeutschen Angelegenheiten hineinziehen. Ganz abgesehen von der vollkommenen Würdelosigkeit, einem westdeutschen Botschafter, Vertreter von Herrn Brandt-Frahm, zu gestatten, auf unserem Friedhof bei der Heldengedenkfeier politischen Hass zu säen und "der Opfer der Vernichtungslager" zu gedenken, handelt es sich um das dauernde Wiederaufwärmen von Beziehungen zu einem zionistisch-nordamerikanischen Satelliten, dessen Lebensethos diametral nicht nur der deutschen Geschichte entgegensteht, sondern auch auf das allerschärfste von der südamerikanischen Jugend abgelehnt wird, das heisst von unserer eigenen Jugend. Diese Gedankenlosigkeit mag beim Empfang von Spenden und Pokalen noch so gross sein, sie erinnert an die gleiche mit Geltungssucht gepaarte Manie von vor 30 Jahren, nur dass damals nicht von einer so tiefgehenden Wesensverschiedenheit der beiden Gebiete gesprochen werden konnte wie das heute der Fall ist. Wir müssen darum schon heute in aller Form Abstand nehmen von diesen Gruppen, die nur ihr eigenes kapitalistisches Schäfchen ins trockne bringen wollen, indem sie bereitwillig westdeutsche kapitalistische Interessen hier jenseits des Ozeans vertreten oder gar steuerhinterzogene Gelder mit entsprechender Kommission anlegen helfen, möge auch eines Tages wieder das ganze Deutschtum durch ihre selbstsüchtige und feige Haltung in Verruf kommen. Vorläufig wurden Bomben nur gegen nordamerikanische Institutionen geworfen, eben weil wir da sind. Doch, wie lange können wir Südamerikadeutsche uns noch

– in diesem Falle völlig ungewollt – schützend vor die an uns so gut verdienenden Institutionen und Firmen der BRD in Südamerika stellen? Institutionen, die so gerne mit ihrem Kapital protzen, aber niemals einen Pfennig übrig haben, wenn es gilt, vaterländische Pflichten zu erfüllen.

*

MEXIKO

Der innerpolitische Burgfriede, von dem wir früher sprachen (*90) kann kaum noch aufrecht erhalten werden. Der Präsident der Vereinigung der Handelskammern (Confederación de Cámaras de Comercio) bemüht sich noch im September 1969, ein rosiges Bild von der Lage des Landes zu geben, indem er darauf hinweist, dass der (alle sechs Jahre stattfindende) Präsidentenwechsel 1970 "keinerlei Unterbrechung im Rhythmus unserer Entwicklung bringen wird. Dieser Rhythmus wird sogar noch die hohen Zahlen der letzten Jahre überschreiten, denn es besteht volles Vertrauen in die Fortsetzung einer Politik, die einen höheren Lebensstandard für den Mittelstand brachte und den Bauernstand in den volkswirtschaftlichen Prozess eingliederte. Man vertraut allgemein auf die politische und währungspolitische Stabilität." Diese Hoffnungen werden von dem Präsidenten der Vereinigung der Auslandskorrespondenten aus Anlass des Rechenschaftsberichts des Präsidenten im September 1969 wiederholt: "Die Stellung Mexikos in seiner gegenwärtigen Etappe kräftiger Entfaltung ist zweifellos einzigartig in der Welt. Die revolutionäre Geschichte Mexikos ist einmalig und vielleicht die beständigste in unserer Gegenwart. Die Stimme Mexikos erhob sich in internationalen Fragen immer zugunsten des Rechts und der Völker, seine Stellungnahme zugunsten friedlicher Lösungen von internationalen Differenzen war immer die gleiche."

Und doch waren die auch Mexiko 1968 erreichenden Studentenunruhen nicht das einzige Zeichen dafür, dass man "am Vorabend grosser Veränderungen" steht (*91). Es wäre zB falsch, aus den oben wiedergegebenen Worten zu schliessen, dass die Landwirtschaft zufriedengestellt ist. Emiliano Zapata, der schon legendäre Bauernführer aus dem Süden, wurde wohl aus Anlass des 50. Jahrestages seiner Ermordung (10.4.1919) in ganz Mexiko geehrt, die 32 Sekretäre der Ligas de Comunidades Agrarias legten Erde aus ihren jeweiligen Heimatbezirken am seinerzeitigen Mordplatz in Chinameca nieder, doch nahm der Führer der Confederación Nacional Campesina im nahegelegenen Morelos diese Feiern zum Anlass, um angesichts des grossen Elends der Landbevölkerung hinzuweisen auf "die Existenz von 12 000 Grossgrundbesitzern, die alle Unterstützung der Privatbanken haben, die Eigentümer sind von 35 Prozent der bewässerten Fläche und 40 Prozent der in Betrieb befindlichen Maschinen besitzen". Der "Plan von Ayala", die politische Forderung Zapatas, ist noch heute nur unvollkommen in die Tat umgesetzt worden. Die Revolution wurde verraten, sagen die Bauern, und flüstern sich zu, Zapata sei gar nicht gestorben, sie hätten ihn noch letzte Nacht auf seinem

weissen Pferd über die Felder Morelos stürmen sehen, "buscando su gente", die Seinen wieder zu sammeln.

Ebensowenig passt in das offizielle Bild der blutige Wahlkampf, den sich der bislang so selbstverständlich führende Partido Revolucionario Institucional mit dem Partido Acción Nacional im November 1969 in Yucatán lieferte. Von Alleinherrschaft der bisherigen Regierungspartei war keine Rede mehr. Beide Parteien behaupteten vielmehr, gesiegt zu haben, sodass das Heer schliesslich die Verwaltung des Staates Yucatán in die Hände nehmen musste. Das weitverzweigte Netz von Berufsorganisationen der Arbeiter, Bauern usw. mit den darin seit Jahrzehnten an Leute des PRI vergebenen Schlüsselstellungen trägt nicht mehr wie bisher. Man fürchtet die Rückkehr zur Gewalt und fordert daher "Strukturveränderungen" innerhalb der Regierungspartei. Aus Anlass des 59. Jahrestages der Revolution forderte darüber hinaus der geachtete, in Michoacan beheimatete Politiker, General Lázaro Cárdenas, die Freilassung der politischen Gefangenen. Und der berühmte Bischof von Cuernavaca, Mons. Sergio Méndez Arceo, wiederholt in ungewohnter Hinwendung zu tagespolitischen Fragen die "Forderung nach einer General-Amnestie, um eine Versöhnung zwischen Volk und Regierung herbeizuführen, die wir alle so sehr wünschen". Doch die Regierung hüllt sich einstweilen in Schweigen und innerhalb der Regierungspartei spricht man von Spaltungserscheinungen.

Insbesondere macht es Schwierigkeiten, sich einmütig auf den kommenden Präsidentschaftskandidaten zu einigen. Es wird darauf hingewiesen (*92), dass in dieser Lage das Militär wieder zu einem politischen Faktor wird, nicht, dass es den Präsidenten stellen könnte (dafür ist das Land noch nicht psychologisch vorbereitet), aber doch, dass es in Sorge um die nationalen Interessen (und um einen Uebergang der Macht in geordneten Bahnen zu gewährleisten) seine Meinung mehr als bisher zur Geltung bringen wird. General Cárdenas hatte bereits lebhafteste Zustimmung gefunden, als er "die bevorrechtigten Gruppen angriff, die ihr Vermögen ohne irgendwelche Gewissensbisse gemacht und vergrössert haben (*93), indem sie die Möglichkeiten missbrauchten, die die wirtschaftliche Entwicklung des Landes bietet, eine Entwicklung, die nur möglich war in allererster Linie dank der produktiven Tätigkeit der Arbeiter und der Bauern, dank der vom Staat errichteten Infrastruktur des Vaterlandes und dank der Heranbildung von Technikern und Freiberuflichen in den Studienzentren, die die Revolutionsregierung geschaffen und vorangetrieben hat". Es ist ganz das gleiche Bild, das wir in Argentinien erleben, wo Spekulanten, zumeist dabei organisiert in Freimaurerlogen, Millionen machen, während der Arbeiter und Handwerker ums tägliche Brot zu kämpfen hat. Auch die weiteren Worte des Generals Cárdenas finden weiter südlich allgemeine Bestätigung, wenn er von der "illegalen Vorherrschaft des ausländischen Privatkapitals" spricht, "welches eine Entkapitalisierung des Landes herbeiführt". Er schloss mit den nicht zu überhörenden Sätzen: "Unser Amerika hallt wider von der Heftigkeit, mit der unsere Jugend sich der vordringlichen Aufgabe der wirtschaftlichen Befreiung ihrer entsprechenden Länder annimmt. Sie wartet auf positive Reaktion seitens ihrer Regierungen in dieser Richtung und geht feste Bündnisse ein mit allen Sektoren, die bereit sind, das Volk vor der oligarchischen und imperialistischen Ausbeutung zu verteidigen."

Nicht zuletzt sind es Geistliche, die dieses Bündnis eingegangen sind. Sie haben nicht nur in Mexiko ihre Stimme zur nationalen und sozialen Befreiung ihrer Heimat erhoben. Als "Kommunisten" verschrieen (*94), werden sie als "subversive Elemente" bezeichnet, während die eigentliche Subversion vielfach von den Regierenden, von den Prebisch und Rockefeller, ausgeht, um

die Neokolonialisierung auszubauen.(*95) Nicht von ungefähr meinte Mexikos Vertreter bei den UN aus Anlass ihres 24. Geburtstages im Oktober 1969: "Mexiko glaubt, dass der Augenblick gekommen ist, dieser Weltorganisation einen neuen Rat anzuschliessen, der sich mit der Entkolonialisierung UNTER ALLEN IHREN GESICHTSPUNKTEN zu befassen hätte".

Die mexikanische Regierung ist sich ihrer Aufgabe in solcher Lage bewusst und stimmt keineswegs, trotz ihres freimaurerischen Hintergrundes, den angezeigten kapitalistischen Exzessen zu. Doch fragt es sich sehr, ob die Mittel des guten Zuredens ausreichen werden, die man bisher anwandte, um ein gerechtes Gleichgewicht zwischen Arbeit und Kapital wieder herzustellen.

Als Rockefeller nach Abschluss seiner so verfehlten Reise durch Südamerika (*96) im November 1969 das Ergebnis derselben veröffentlichte, schlug ihm aus Mexiko eine einheitliche Flammenwand heftigster Kritik entgegen. Energisch wurde seine Idee verworfen, einen "Rat für kontinentale Sicherheit" zu schaffen, denn man sieht darin nichts anderes als einen Neuaufguss des gescheiterten "Interamerikanischen Friedensheeres" (Fuerza Interamericana de Paz). Nichts anderes ist das alles in den Augen Mexikos, als der erneute Versuch der USA, sich die Möglichkeit der bewaffneten Intervention in Lateinamerika zu schaffen.

Das Misstrauen gegen den Nachbarn im Norden flammte ebenfalls auf, als dieser sich (endlich) dazu entschloss, gegen den Marihuana-Schmuggel über den Río Grande einzuschreiten. Unter strengstem Ausschluss der Presse wurde verhandelt. Den USA wurde jede Einmischung in mexikanische Angelegenheiten, Intervention mit Flugzeugen mit Pflanzenvernichtungsmitteln à la Vietnam usw. schärfstens untersagt, und Mexiko sagte zu, von sich aus und ganz im eigensten Interesse, alle notwendigen Schritte zur Unterbindung des Anbaus dieser Giftpflanze zu unternehmen.

---

*90 - Siehe dazu R 59. Wie in diesem Falle, führen die noch mehr oder weniger nur andeutenden Bemerkungen in jenem Buch auch bei den weiteren Ländern in die heute zum Ausbruch kommenden Probleme ein, sodass es, wie hier, auch im weiteren Verlauf dieses Buches oft das Verständnis erleichtert, sich noch einmal an dem ersten Text zu orientieren.

*91 - Manuel Gutiérrez Balcázar in "Clarín", Buenos Aires, November 1969.

*92 - Francis B. Kent in der "Los Angeles Times", September 1969.

*93 - Die argentinische Zeitung "El Litoral", Santa Fe, schreibt zu dem dort ganz gleichen Problem: "Die arglistigen und skrupellosen Nutzniesser der öffentlichen Güter haben weder Flagge noch Doktrin, obwohl sie sehr gerne die Gutgläubigkeit der Massen ausnutzen, indem sie sich ihnen als opferbereite Verteidiger vorstellen, nur um so desto strafloser ihre Machenschaften ausführen zu können."

*94 - Wir erinnern nur an den Fall des Msgr. Illich in Cuernavaca. Herausge-

geber einer Pressekorrespondenz, die man als extrem links bezeichnete (IDOC) und Leiter von Studienzentren zur Vorbereitung der nach Lateinamerika entsandten (und oft ebenfalls als linksextrem bezeichneten) europäischen und nordamerikanischen Geistlichen, wurde er von der Glaubenskongregation in Rom gemassregelt. Tatsächlich wurde die bestehende Unruhe und soziale Ungerechtigkeit sofort auch durch kommunistische Unterwanderung kirchlicher Stellen ausgenutzt.

Auch hier gilt im übrigen das weitsehende Wort unseres Dichters Kolbenheyer: "Die stürmischen Erscheinungen unserer Zeit lassen sich klarer deuten, wenn sie als das gesehen werden, was sie sind: Eine biologische Bewegung, die einem neuen Anpassungszustande zustrebt, der sich über die ganze Kulturwelt erstreckt."

Die zukünftige natürliche Ungleichheit der Menschen wird eben sein: Gläubige und Ungläubige. Unter den Gläubigen der verschiedenen Religionen, denjenigen, die nicht das Geld an die Spitze ihrer Wertskala setzen, sondern das Glück ihres Volkes arbeitender Menschen, muss sich ein Bund bilden gegen die Feinde der Religion an sich, gegen die Materialisten und Kapitalisten. Und wer gegen irgendwelche Religion Stellung nimmt, muss auch von den Anhängern aller anderen Religionen abgelehnt werden. Ein Waffenstillstand zwischen den Religionen ist dazu also Voraussetzung.

Wir müssen an dieser Stelle einschalten, dass unser Gesichtskreis sich bewusst nicht auf Europa beschränkt. Dort ist es wohl angebracht, in der Suche nach geistiger Heilung das Christentum als solches anzugreifen. Doch selbst für dort sagt Frau Professor Dr. Sigrid Hunke ("Europas andere Religion", im Vorwort): "Dieses Buch wünscht nicht, den, der sich in einer Religion fest verankert weiss, in seiner Glaubensüberzeugung anzutasten, noch ihm einen anderen Glaubensweg vorzuschlagen: DENN HEUTE MEHR ALS JE IST FESTE BEHEIMATUNG IM RELIGIOESEN NOETIG IN DER FRONT GEGEN ARELIGIOSITAET UND NIHILISMUS. Und der heutige Christ wie jeder andere Religiöse muss unbehindert und ohne Schaden den Weg zum Göttlichen gehen und gehen dürfen, auf dem er das Göttliche findet." Doch weitaus anders aber liegen die Dinge im christlichen Lateinamerika. Da gibt es nicht jene "andere Religion", die Europa bewegt. Da ist Zerstörung des Christentums gleichzusetzen mit Nihilismus. Da gilt nicht, was Prof. Hunke von Europa sagt ("Notwendig aber ist dies: den zahllosen Suchenden zu zeigen, dass die Alternative zur christlichen Religion nicht Nihilismus, nicht Negierung des Religiösen überhaupt sein muss! Dass Europa auch abseits der christlichen Religion niemals ohne Religion gewesen ist!"). Da führt die Zerstörung und Zersetzung des Christentums schnurgerade in den Schlund der Hölle der Freimaurerei. Als Papst Paul VI. den Wahnsinn beging, schwarze Terroristen aus den portugiesischen Ueberseeprovinzen (Juli 1970) zu empfangen und zu segnen, als daraufhin Portugal mit Abbruch der Beziehungen zum Vatikan drohte, und dieser die flaumweiche Ausrede erfand, der Papst hätte die Mordgesellen natürlich nicht in dieser ihrer Eigenschaft als Terroristen gesegnet, da lautete die balkendicke Ueberschrift des "O Globo" in Rio de Janeiro: "DEUS SEJA LOUVADO! PAPA NAO ABENÇOOU TERROR" (Gott sei gelobt! Der Papst segnete nicht den Terror!), und belegte damit den Schrecken, den die Haltung des Papstes in der ganzen christlichen lateinamerikanischen Welt hervorgerufen hatte. Man stand unmittelbar vor dem finsteren Abgrund der Hölle.

Diese Zusammenhänge möge also der in Europa lebende Leser verstehen, wenn er weiterliest. Was für Europas geistige Situation möglich ist, passt für kaum einen einzigen anderen Teil der übrigen christlichen Welt, angefangen von Nordamerika bis hin zu den Philippinen und Madagaskar.

Und noch eines muss schon jetzt klargestellt werden: Die Begriffe "konservativ" und "revolutionär" sind nicht absolut. Denn man kann sehr wohl eine Revolution wollen, die die derzeitige Verzerrung und Vergiftung des Lebens beseitigt, um gesunde Zustände in zeitgemässem Gewande wieder herzustellen, wie sie vor Ausbruch und Ausbreitung der Grossen Rebellion überall auf dieser Welt bestanden. Dann aber wird eine solche Revolution dort nicht notwendig sein, wo es der Aufklärung und ihrer Geheimbünde nicht gelang, die Welt zu zerstören. In solchen Bereichen wird also unser Revolutionär konservativ-erhaltend, schützend wirken müssen. Gerade die Vermengung dieser Gebiete, die falsche Informierung über andere Weltteile, sowie die marxistische und freimaurerische Idee von der permanenten Revolution und Säuberung sind Teil der Taktik des Teufels, der mit seiner unmenschlich-grausamen Spiesserherrschaft die dagegen revoltierende Seele dieser Welt so sehr hasst. Wir werden dieses noch im einzelnen zu belegen wissen. "In diesem Sinne sind für die betroffenen Volksmassen alle Revolutionen Asiens (z. B.) letzten Endes konservative Revolutionen" (Sarkisyanz, S. 396).

*95 – Diese Geistlichen fassten sich in Südamerika zusammen in dem "Movimiento de Sacerdotes del Tercer Mundo", damit einen politischen Begriff aufgreifend, der seinerzeit von Perón geprägt wurde, als er sich darum bemühte, eine Dritte Welt in Zusammenarbeit mit Nasser zwischen den beiden Supermächten zu formen. Damit aber begeben sich diese Geistlichen auf politisches Gebiet, werden zum Werkzeug politischer Kräfte und ermöglichen diesen, die Revolution in die ihnen genehmen Kanäle abzuleiten. Auf der Bischofskonferenz von Caracas Juni 1969 kam dieses in den Worten des nordamerikanischen Kardinals Krol klar zum Ausdruck: "Das Vatikanische Konzil erinnert uns daran, dass Christus der Kirche keine spezielle Aufgabe auf sozial-ökonomischem oder politischem Gebiet erteilte, sondern eine geistige und religiöse Mission." Geistliche, die sich auf das Gebiet der Politik verirren, dürfen sich daher auch nicht wundern, wenn umgekehrt der Staat sich auf das Gebiet der Religion begibt. Im November 1969 weihte Präsident Onganía Argentinien dem Unbefleckten Herzen der Maria. Diese Handlung wurde Anstoss zu heftigen politischen Polemiken, denn man gewann den Eindruck, Onganía könne so den Oppositionellen den Wind aus den Segeln nehmen. Eine in diesem Zusammenhang veröffentlichte Erklärung von Klerikern der genannten Bewegung gibt einen Eindruck von den in ganz Südamerika tätigen Kräften:

"Etwas lehnt sich auf in unserem Herzen und wir wollen öffentlich die christlichen Gründe unserer Rebellion darlegen. Um so mehr, als der Herr Präsident aus Anlass dieses unvorhergesehenen religiösen Aktes gerade an unser christliches Gewissen appelliert. Unser Gewissen, das sicher genau so christlich ist als das derjenigen, die mit Jubel und Glückwünschen die Einladung zu jenem Akt entgegennahmen, lehnt nämlich jenen Ruf ab.

"1. Der Herr Präsident malt uns in seiner Botschaft die Lage des Landes in ziemlich düsteren Farben. Man bemerkt, sagt er, "Anzeichen ungewöhnlichen Ernstes". "Die materiellen Erfolge", fügt er hinzu, "verwandeln sich oft in Faktoren der Spaltung". Trotz der diskreten Form, in welcher es angedeutet wird, erscheint es uns doch klar genug, dass diese Spaltung sich zwischen "der Macht der Starken und der Ungeduld und Sorge der Bescheidenen auftut". Auch erinnert er uns daran, dass uns alle gleichzeitig "der Sieg, das Unglück und das Unverständnis" treffen.

"Alles das wird in einem Ton gesagt, der aus einer Verzweiflung zu kommen scheint, die keinen Ausweg weiss: "Die Unsicherheit der Zukunft verurteilt uns zu einer Gegenwart voller Schrecken und Unsicherheit, in der wir

Menschen in fruchtlosen Anstrengungen uns bekämpfen, um ein Heilmittel für unsere Sorgen zu finden, wobei wir dann ganz vergessen, dass nichts möglich ist ohne den Trost und die Gegenwart Gottes." Es sieht so aus, als wolle er uns sagen, dass mit menschlichen Mitteln, die sich als fruchtlos erweisen, kein Ausweg möglich sei und nichts anderes übrig bleibe, als sich an Gott zu wenden. Wie ein Arzt, der mit seinem Kranken schon alles mögliche versucht hat, und uns dann als letzte Lösung sagt, die Wissenschaft könne nichts mehr tun und nur noch ein Wunder könne den Todgeweihten retten.

"Aber Politik wird nun mal nicht mit Wundern gemacht. Der Herr General J.C. Onganía aber in seiner "Eigenschaft als Präsident" ist ein Politiker. Von einem Politiker aber erwartet das Volk etwas anderes. Nicht, dass er sage, das Land ginge unter und es bleibe kein anderer Ausweg als der, zu beten. Wenn dem Land der Untergang droht, so hat der politische Mensch die Ursachen anzugreifen und muss versuchen, es mit politischen Mitteln wieder aus dem Dreck zu ziehen, muss damit die menschliche Aufgabe übernehmen, ein Volk zu führen, welches sich selbst führen will, ohne dass er die Probleme zu luftigen Schemen macht, noch dass er sich in eine Geistigkeit flüchtet, der jeder Realismus abgeht. Solche Haltung ist leer und unbeständig.

"Es wäre wirklich bequem, wenn wir in einem Augenblick, da unsere Politik Anzeichen ihrer Versäumnisse zeigt und in eine ausweglose Schlucht gerät, uns an die Göttliche Vorsehung wenden könnten, damit diese dann unter Ignorierung unserer Fehler und Unvorsichtigkeiten in einer Art Göttlichem Paternalismus einschreite. Unsere Lage ergibt sich nun aber mal aus eigenem Verschulden und wir haben die gemeinsame Verantwortung dafür zu tragen, ohne die Schuld abzuwälzen auf irgend einen Sündenbock oder auf Gott. Wir flehen deshalb nicht darum, dass Gott interveniere, wenn ER von uns erwartet, dass wir unsere eigene Verantwortung tragen.

"Die Argentinier hoffen schon seit langem, dass die gegenwärtigen Führer dieses Landes uns Vorschläge machen, die unserem nationalen Gewissen und unserer Geschichte entsprechen. Wenn man uns statt dessen rhetorisch von der Jungfrau als Beschützerin, von ihren über den Kontinent verstreuten Heiligtümern, von dem Kreuz, das unsere Ufer beherrscht, von der die Waffen führenden Jungfrau, von den Farben des Umhangs Marias, die übereinstimmen mit denen unserer Fahne, spricht, dann haben wir den Eindruck, dass man der Verantwortlichkeit ausweichen will, indem man uns an Stelle eines ernst zu nehmenden nationalen politischen Vorschlags die Flucht in eine Vergangenheit voller Märchen und religiöser Symbole anbietet, Symbole, die – und das ist das schlimmste – längst ihrer Härte und ihrer Forderungen entkleidet wurden. Wir meinen, dass weder das Kreuz noch Maria Grund genug sind, um in Rhetorik zu machen, sondern Lebensvorsätze, aus denen wir tragende Schlüsse zu ziehen haben.

"2. Diese Einladung wird natürlich mit politischer Absicht vorgenommen."

Es wird weiter gesagt, die Regierung verstecke sich hier hinter einen religiösen Akt, um zu verbergen, dass sie weder die Zustimmung der Kirche noch die des Volkes zu den bestehenden strukturellen Ungerechtigkeiten habe. "Es gibt keine hässlichere Unterstellung, als die, wenn im Interesse der Macht die edelsten Ideale des Volkes, das der Religion und das der Frau, missbraucht werden. Denn beide Ideale sind enthalten im Begriff der Maria, Prototyp des Gläubigen und der Frau. Aus beiden will unsere Regierung offenbar Nutzen ziehen.

"Wir Christen wünschen es nicht, dass antike Formen der "Christen-

heit" aufgefrischt werden. Wir misstrauen deshalb den Bündnissen zwischen Thron und Altar, zwischen Schwert und Kreuz ... Unser christliches Gewissen, an der Bibel ausgerichtet, sagt uns, dass Gott unsere religiösen Handlungen zurückweist, wenn sie nicht einhergehen mit der Verwirklichung der Gerechtigkeit und der Brüderlichkeit. Man hat uns gelehrt, dass die wahre Religion darin besteht, die Schwachen zu schützen, die Unterdrückten zu befreien, und den Hungernden zu helfen. Auch lernten wir, dass wir hinauszugehen haben, um diejenigen unserer Brüder, die durch unsere Ungerechtigkeit und fehlende Liebe beleidigt und gedemütigt wurden, zu versöhnen, bevor wir uns dem Altar nähern und unsere Gaben anbieten, denn diese Gaben sollen ja gerade die Liebe und die Gerechtigkeit sein. Wir haben gelernt, dass Gott unseren Kult verabscheut, wird er nicht in guter Absicht vorgebracht, sondern nur fingiert, geeignet nur, um verantwortungslose Gewissen einzulullen und berechtigte Rebellion und Sehnsüchte eines Volkes einzuschläfern, welches wir niemals betrügen dürfen.

"Dabei hätte das argentinische Volk wirklich etwas sehr Wichtiges, welches man weihen könnte: Seinen ersten Versuch der Befreiung damals in den Zeiten der Kolonie, und heute seine Sehnsucht, noch freier zu werden, wirklich frei zu werden durch die Vernichtung der neokolonialen Abhängigkeit, in welcher uns die grossen ökonomischen und kulturellen Imperien halten wollen. Eine Verpflichtung, die unvermeidlich die Form des Kampfes annimmt, da jene nicht wollen, dass wir frei seien." Deutlicher können Geistliche nicht sich entfernen von ihrer geistlichen Aufgabe. Sie werden zu Politikern, denen der Glaube nur noch Mittel zum politischen Zweck ist. Es steht nicht zur Debatte, ob dieser Zweck ein guter oder böser ist, es steht nur zur Debatte, dass hier die höhere geistliche Aufgabe vernachlässigt, ja überhaupt beiseite gestellt, wenn nicht gar mit Füssen getreten wird von denen, die sich ihr doch angeblich verschrieben haben. Wenden sich die christlichen Gemeinden dann gegen diese Politiker im geistlichen Gewande, dann werden diese ausgesprochen frech und finden die Unterstützung der Grossen Presse, während die Laien als einzigen Trost die Bibel in ihren vier Wänden noch lesen können, soweit ihnen das gleiche Establishment dazu noch Zeit und Ruhe lässt. Die Generalversammlung der Vereinigten Presbyterianischen Kirche in San Antonio in Texas zum Beispiel (19.5.69) verteidigte ausdrücklich die von ihr herausgebrachten pornographischen Schriften und lehnte die Einmischung der über die ganzen USA bereits verbreiteten presbyterianischen Laien-Komitees in ihre hohen Pläne ab. Letztere sagen nämlich, "die Kirche möge sich in Zukunft konstruktiver geistlicher Tätigkeit widmen" und "wenden sich schärfstens gegen ihre Einmischung in sehr angezweifelte soziale Angelegenheiten". "Wir wollen versuchen, in Zukunft unnötige Beleidigungen konservativer Elemente zu vermeiden" sagen jene Presbyter. Diejenigen aber, die im Kampf ums tägliche Brot stehen und die Aufgabe der Seelsorge Geistlichen übertrugen, sehen sich jetzt gezwungen, diesen das Recht zu geistlicher Führung der Gemeinden abzusprechen. Mehr noch als die katholische Kirche wird die evangelische führerlos, mit allen Folgen, die das für das Abendland haben muss. Die Saat der Desaguliers (s.d. im Kapitel "England") ist wahrlich aufgegangen! Die gleichen, die die Trennung von Kirche und Staat fordern um beide getrennt verspeisen zu können, nehmen eine unheilvolle Vermischung der Dinge vor und beschweren sich dann über die Folgen ihres eigenen Handelns. Schuster, bleib bei deinem Leisten! Es gibt da gerade genug zu reparieren, um das Seelenheil der Mitmenschen zu retten. Oswald Spengler sagt dazu bereits 1933 ("Jahre der Entscheidung"): "Die Diplomatie der Kirche, einst vornehm von oben her und über Jahrzehnte hin die Dinge taktisch beurteilend, hat in weiten Gebieten den ge-

meinen Methoden der Tagespolitik Platz gemacht, der parteimässig demokratischen Agitation von unten mit ihren nichtswürdigen Kniffen und verlogenen Argumenten. Man denkt und handelt auf dem Niveau der grossstädtischen Unterwelt. Man hat das überlieferte Streben nach weltlicher Macht auf den kleinen Ehrgeiz von Wahlerfolgen und Bündnissen mit anderen Pöbelparteien zum Zweck materieller Erfolge reduziert. Der Mob in der Priesterschaft, einst streng gezügelt, führt heute mit seinem proletarischen Denken die Herrschaft über den wertvollen Teil des Klerus, welcher die Seele des Menschen für wichtiger hält als seine Wahlstimme, und metaphysische Fragen ernster nimmt als demagogische Eingriffe in das Wirtschaftsleben." Und die Notgemeinschaft Evangelischer Deutscher fordert kurz und bündig: "Kirche muss Kirche bleiben!"

Zu denen, die dann an der von Onganía angekündigten Pilgerfahrt nach Luján teilnahmen, gehörten auch politische Anhänger Peróns. Es gelang ihnen, ihre Absicht und Meinung in diesem Zusammenhang trotz polizeilichen Vorgehens gegen eine entsprechende Pressekonferenz bekannt zu machen: "Die peronistische Bewegung wird an dieser Pilgerfahrt teilnehmen, weil wir damit Gedanken und Gefühle unseres Führers General Juan Perón verwirklichen, der immer einen justitialistischen Akt forderte, um unser Vaterland zu einen. So bestätigen wir, ohne auch nur einen Deut abzuweichen von den Grundsätzen des Justitialismus, und indem wir unsere innigste Verbundenheit mit allen denen bekunden, die im Laufe dieses Jahres ihr Leben und ihre Freiheit für die Sache der nationalen Befreiung opferten, hiermit unsere historischen, niemals abgeleugneten Ziele, die in dem ungebrochenen Willen bestehen, jenes Regime zum Verschwinden zu bringen, welches das Vaterland wirtschaftlich verarmen lässt, ein System, welches die lebensnotwendigen Reichtümer des Landes dem Auslande übergibt, einer Clique von Fremdlingen, die sich in mitleidloser, antichristlicher und gefrässiger Weise über unser Land hergemacht haben. Wir drücken damit unseren festen Wunsch aus, die Völker Perús und Boliviens auf ihrem Wege zu begleiten, nachdem sie ihre Fahnen auf die höchsten Gipfel unseres Kontinents pflanzen konnten."

Worte sind es, die erinnern an die Zeit, da unsere Jugend sang von den "Kameraden, die Rotfront und Reaktion erschossen". Denn, auch wenn es die Grossen Zeitungen nicht sagen und Intelsat darüber schweigt, "die Zukunft hat schon begonnen", nur nicht gerade in d e r Form, in welcher New York es sich erhofft hat. Ein Wechsel, ein neuer Wandel, eine neue Revolution ist im Kommen. Und man ist sich sehr bewusst, dass es keine Revolution ist, wenn die Drahtzieher im Hintergrund die gleichen bleiben. Die obigen Worte vom "antichristlichen Ausland", von den "fremden kulturellen Imperien" zeigen, dass man in Südamerika zu steuern weiss. Klar gesagt: Das internationale Kapital, welches j ü d i s c h ist, welches zionistischen Plänen dient, welches mit seiner unchristlichen Zinsenlast die Völker Südamerikas in Sklavenketten gelegt hat, ist dabei, eine Schlacht zu verlieren. Mit fallen aber werden dann alle diejenigen, die meinen, das christliche Ethos der Arbeit mit kapitalistischen Gesellschaftsformen weiterhin ersticken zu können.

*96 - In Buenos Aires hatte man mit Plakaten gebeten, sich "zivilisiert" zu zeigen und von Kundgebungen gegen Rockefeller abzusehen. Es blieb denn auch alles ruhig, nur brannten sinnigerweise in der Nacht ganze 14 Rockefeller gehörige Supermärkte ab und die Feuerwehren reichten nicht aus, die Flammen zu bekämpfen.

*

GUATEMALA

Von Guerrillas wurde im März 1970 in Guatemala, Mitglied der Menschenrechtskommission der Vereinigten Nationen, der westdeutsche Botschafter erschossen. So etwas wäre ihm im bösen Rhodesien sicher nicht passiert. Doch da gibt es keinen deutschen Botschafter. Gewissermassen plastisch gewordene westdeutsche Aussenpolitik.

Mit dieser kurzen Bemerkung hätten wir den Vorfall abschliessen können, wenn nicht einige sehr unsachliche Aeusserungen hinterher gefallen wären, die ihrer Richtigstellung bedürfen. Da schreibt zB die "Grosse" Presse: "Mit dem Gewaltverbrechen, begangen an einem Mann, der in keinerlei Beziehung stand zu den innerpolitischen Auseinandersetzungen in seinem Gastlande, hat das politische Gangstertum einen neuen Höhepunkt seiner Ruchlosigkeit erklommen." Es gehört vielmehr unseres Erachtens schon sehr viel Unkenntnis der heutigen Dinge dazu, den Herrn Grafen von Spreti als Unschuldslamm hinzustellen. Für uns hier in Südamerika, und auch gerade für uns Auslandsdeutsche hier, war er doch der Vertreter eines Regimes, welches uns gegenübertritt mit der erklärten und vielfach in die Tat umgesetzten Absicht, unsere Welt zu zerstören. Der Herr von Spreti ist einer derjenigen gewesen, die die Ueberschwemmung Lateinamerikas mit der pornographischen Lektüre westdeutscher Illustrierten amtlich vertritt. Er ist darüber hinaus der zeichnende Vertreter des internationalen Kapitals, soweit dieses sich der westdeutschen Institute bedient. Er ist personifizierter Ausdruck des Neokolonialismus. Er vertritt eine Regierung, die die schamlosesten Angriffe gegen die uns Lateinamerikanern heiligsten religiösen Begriffe gestattet und Propagandisten dieser Gottlosigkeit, amtlich besoldet, laufend zu uns schickt. Er ist Exponent des weltweiten Kampfes gegen alle Völker, die von der amtlichen westdeutschen Aussenpolitik als Anachronismus angesehen werden. Er zeigt sich uns im übrigen auch rein persönlich als ein Mensch, der sicher noch niemals mit den Händen gearbeitet hat, dem geldliche Werte die fehlenden ethischen ersetzt haben. Wenn seine Frau in diesen ernsten Zeiten in solcher Stellung sich eine Kreuzfahrt auf dem Atlantik erlauben kann (von der sie bei der Festnahme ihres Mannes zurückgerufen werden musste), so zeigt auch das, wie unüberbrückbar schon rein menschlich der Graben ist zwischen den gläubigen nationalen Sozialisten Südamerikas und diesem Herrn Grafen von Spreti. "Wir glauben nicht, dass die Volksgemeinschaft erreichbar ist durch Phrasen, Sprüche und Schwüre. Sie wird, wie jedes Hochziel, erkämpft, und zwar unter radikalster Vernichtung aller sozialen Unwerte auf jedem Gebiet" war schon die Meinung eines Dr. Goebbels. "Freiheit und Brot! Ruft diesen Schrei der Anklage in die verfaulende Welt des Kapitalismus hinein. Zertrümmert das Reich der Phrasen! Wagt es, der harten Wirklichkeit in die unerbittlichen Augen zu schauen!" Herr von Spreti hat die harte südamerikanische Wirklichkeit erlebt. Er hat sich in unsere Angelegenheiten mischen wollen, hat uns unsere Seele rauben, hat uns eine fremde eiskalte Ideologie verkaufen wollen. In dieser Auseinandersetzung ist er beseitigt worden, beileibe nicht auf dem Felde der Ehre geblieben. Von "Gangstertum" reden kann nur eine völlig verlogene Journaille, die übersieht, wo heute das Gangstertum sitzt. Oder ist es etwa kein Gangstertum, unschuldige Menschen, Soldaten, die für ihr Volk kämpften, lebenslang in Zuchthäuser einzusperren? Wenn etwas ruchlos ist, dann jene Regierung, die der Herr Graf von Spreti vertrat. Wir Deutschen Südamerikas ziehen jedenfalls einen sehr tiefen Graben zwischen uns und jenen Gangstern, deren Auftreten dem des Herrn von Spreti gleicht.

Und noch eines ist zu sagen. Herr Freimaurer Scheel, mit der Zustimmung von 5 Prozent der westdeutschen Wähler Aussenminister der BRD, meint, "Die völkerrechtliche Verpflichtung, für Spretis Freilassung zu sorgen, hätte unbedingt den Vorrang vor den Gesetzen Guatemalas haben müssen, auf die sich die Regierung in Guatemala beruft". Soweit kommt's noch! Internationalen sauf-conduit für die Vertreter der modernen Gangsterwelt! Nein, meine Herren: zuerst kommt unsere Souveränität. Und wer sich zu uns begibt mit Absichten, wie sie der Herr Graf von Spreti amtlich gehabt hat, der riskiert eben seinen Kopf. Die "NZZ" hat recht, und man nehme getrost zur Kenntnis in den Hochburgen des Kapitalismus: "Niemand ist fortan seines Lebens mehr sicher." Man hat uns mit der schönen "Demokratie" allzulange betrogen. Man nehme der Jugend Südamerikas nicht übel, dass sie den Kampf dort führt, wo sie Chancen hat, ihn zu gewinnen. Und man nehme vor allem ruhig zur Kenntnis, dass es vornehmlich Freimaurer sein werden, die über die Klinge zu springen haben. Denn ganz im Gegensatz zu den Gangstern, die die Welt regieren und die wahllos Tausende, ja Hunderttausende wehrloser Frauen und Kinder in ihrem demokratischen Blutrausch abschlachten, von Dresden und Hiroshima bis Vietnam und Biafra, wird man in diesem Kampf sehr diszipliniert vorgehen und nur die Spretis holen. Man darf annehmen, dass der Kampf der Jugend Südamerikas auch auf den deutschen Universitäten Verständnis findet, wenn man erfährt, dass der Rektor der Heidelberger Universität angewidert im Juni 1970 eine Einladung der amerikanischen Besatzungsmacht ablehnte, solange in Vietnam Frauen und Kinder gemordet werden.

Terrorismus ist eine Kampfesform, sagt noch nichts aus über die Ziele. Von Friedrich Schiller bis in unsere gegenwärtige Widerstandsliteratur bildete sich längst die Auffassung, dass es die Herrschenden sind, die den Freiheitshelden die notwendigen Kampfesformen aufzwingen. Nur dort ist darum Terrorismus verbrecherisch, wo die Regierung selbst unbeirrt den Weg in die nationale und soziale Befreiung weist. Nur dort (wie etwa im gegenwärtigen Brasilien) wird Terrorismus dann zur Subversion. Dort aber, wo die Regierenden das Vaterland verkaufen, ist das Wort "Terrorismus" nur der Schreckensruf auf frischer Tat ertappter Schurken.

*

EL SALVADOR

drang am 15. Juli 1969 in das Hoheitsgebiet von Honduras ein. Die Spannungen hatten nationale Ausmasse angenommen, nachdem bei einem Fussballspiel zwischen den beiden Ländern angeblich ungerecht entschieden worden war. Doch zeigte sich dann, dass die Differenzen schwerwiegenderer Natur sind. Wurden auch die Kampfhandlungen einstweilen eingestellt, so organisierte Salvador doch mit beachtlichen Waffenkäufen, insbesondere in Belgien, seine Verteidigungsbereitschaft. Honduras andererseits erklärte – und gab damit einen Fingerzeig für die eigentlichen Differenzen – "dass es sich keiner Regelung unterwerfen werde, bis nicht der Gemeinsame Zentralamerikanische Markt

umstrukturiert würde" (AP 26.1.70).

Die Wahlen vom 8. März 1970 fanden in einem Klima ernster interner Spannungen statt. Während im benachbarten Guatemala nach einem toten Rennen der "rechts" stehende Kandidat einer grösseren Parteienkoalition, Arana Osorio, gewählt wurde, musste Salvador sich in einer vom Terror der "Linksextremisten" gezeichneten Wahl an die Urnen begeben.

*

HONDURAS

verliess am 12. Februar 1970 die mittelamerikanische Wirtschaftsgemeinschaft. Die vom Norden so sehr gewünschte Zusammenfassung liess vorzeitig ihre Mängel erkennen. Man meint in Tegucigalpa, im kleinen Bereich in Unabhängigkeit glücklicher, wenn auch ärmer zu sein, als abhängig in einem grösseren Wirtschaftsraum, den andere beherrschen würden.

*

COSTA RICA

erlebte im Mai 1970 einen Präsidentenwechsel. Wieder einmal war Figueres Ferrer an der Reihe, denn seit der Revolution von 1948 wechseln sich die beiden etwa linksliberal stehenden Parteigruppierungen in der Macht ab. Die Wahlen im Februar 1970 waren eher ein Volksfest denn ein politischer Kampf. Mädchen in Miniröcken verteilten die Flugblätter ihrer Parteien vor den Wahllokalen, und Studenten hielten die Ordnung im Lande aufrecht. Man sah keinen Polizisten auf der Strasse. Mit der Revolution von 1948 hatte man auch die Streitkräfte abgeschafft und sich dem Schutz der OEA unterstellt. Diese überwachte denn auch die Wahlen und stellte ihren ruhigen und korrekten Verlauf fest. Ein Land, welches weder grosse Besitzunterschiede noch Rassenprobleme kennt, verzichtet eben auch gerne auf die in der übrigen Welt heute so üblichen Unruhen.

Dabei stehen auch hier Wolken am Horizont. Die Krise des funktionsunfähigen Gemeinsamen Zentralamerikanischen Marktes in Zusammenhang mit einer steigenden Auslandsverschuldung, das Drängen der bekannten Kreise auf eine "Agrarreform", und damit einer Störung des bisherigen Gleichgewichts in diesem Bauernlande, und die Zunahme der Bevölkerung stellen die Regierung vor Probleme, die man hofft, mit Hilfe der sozialdemokratischen Freunde,

vor allem in der BRD, leichter lösen zu können.

Unterlegen in der Wahl, war der sicherheitshalber schnell als "Rechtsextremist" verleumdete Führer der Unión Cívica Revolucionaria, Frank Marshall Jiménez, ein Freund des verstorbenen Somoza in Nikaragua. Jiménez wendet sich gegen die von New York gewünschten Bindungen an einen Gemeinsamen Markt und gegen eine Entwurzelung der Bauernbevölkerung durch die ebenfalls vom Ausland her "empfohlene" Agrarreform. Er wird als Oppositionsführer wahrscheinlich Gelegenheit finden, auf die Nachteile dieser Politik konkret hinweisen zu können.

*

KUBA

hatte 1969 auf dem südamerikanischen Kontinent starke Freunde, die die lateinamerikanische Gemeinschaft wiederherstellen wollten. Sowohl Boliviens Staatspräsident General Ovando Candia, wie auch Chiles Präsident Frei plädierten für Wiederaufnahme Kubas in die Organisation Amerikanischer Staaten. Chile sowohl wie Ekuador, Kolumbien, Peru und Venezuela bemühten sich um die Wiederaufnahme von Handelsbeziehungen mit den Verfemten. Sogar der Weltkirchenkongress von Canberra im August 1969 wurde dazu verwandt, die USA um eine Beendigung des Handelsembargos gegen Kuba zu bitten. U Thant liess seine Stimme in der "New York Times" vernehmen und erklärte reichlich unvorsichtiger Weise: "Ich bin immer für die Beendigung der Isolierung oder Absonderung irgendeines Mitglieds der Internationalen Gemeinschaft gewesen. Ich bin immer für die Wiederbelebung von Kontakten und Verbindungen, wie ich gesagt habe." Unvorsichtig, nicht nur, weil man diese Sätze auch in Rhodesien las, sondern weil Kuba allem diesem mehr oder weniger die kalte Schulter zeigte.

Denn Kuba hat sich wieder mit Moskau gefunden. Und Moskau will mehr als nur ein wenig Handel. Noch 1967 hörte man auf der OLAS-Konferenz deutlich antirussische Sätze. Die Guerrillataktik Fidel Castros wurde von Moskau abgelehnt. Sie führt nach Meinung der Zentrale nicht zum Ziel. Während noch 1968 die Zeitschrift der OCLEA (Kontinentale Studentenorganisation) auf der Titelseite einen Studenten zeigte, der in der einen Hand ein Buch, in der anderen eine Flinte hielt, so liest man jetzt folgende Kampfanweisungen: "Wir schlagen Aktionen vor, die Gefühle der Solidarität wecken können, etwa aus Anlass bedeutender Daten wie es der Todestag eines "Che" Guevara oder eines Paters Camilo Torres sind." Und der venezolanische Guerrillaführer Douglas Bravo beklagt sich, dass Kuba ihn mit den Waffenlieferungen im Stich lässt. Kuba schwenkt also im Kampf um die Weltrevolution ein auf die Moskauer Linie. Zugleich verkündet (13.3.70) der Regierungssprecher Guido García Inclán im Hinblick auf die Einladungen der OEA im Radio: "Das Vaterland eines Martí wird niemals wieder in diese Tonne fauler Aepfel zurückkehren (jamás desearía regresar a ese tonel de manzanas podridas)." Und auf die Bemerkung des Premierministers von Trinidad, Eric Williams, hin

(CIES-Tagung Febr. 1970), doch den 1964 ausgesprochenen Handelsboykott aufzuheben, antwortet Radio Habana: "Wir werden Handelsbeziehungen nur aufnehmen mit denen, die ihre souveränen Entschlüsse nicht dem Diktat Washingtons unterwerfen."

Das aber bedeutet: Kuba nimmt, ohne zu geben. Und es ist gezwungen, zu nehmen. Im Mai 1969 wurde das Brot in der Hauptstadt und ihrer näheren Umgebung rationiert. Im Januar 1970 wurde der Zucker rationiert. Man lief Gefahr, die für den Export nach Russland vorgesehene Menge nicht aufbringen zu können, obwohl die Regierung, unter persönlicher Teilnahme Fidel Castros "einen wahren Marathonlauf um die Ernte" lief. Man meint, wenn man eine Ernte von 10 Millionen Tonnen schafft, ist man über die Schwierigkeiten hinweg, die mit dem Fiasko der Industrialisierung durch Industrieminister "Che" Guevara auftraten. Doch erreicht man derzeit bei allem guten Willen nur die Hälfte.

Aus einem Reisebericht ("NZZ" 12.1.69) erfahren wir: "Wir versuchen, vom Direktor der Zigarrenfabrik etwas über die Löhne zu erfahren, und provozieren damit eine revolutionäre Lektion. Der Lohn sei unwichtig, wird uns gesagt. Einzig die Befriedigung zähle im sozialistischen Staate. Ueberzeit werde hier nicht bezahlt, aber freudig geleistet, um in der Produktionskonkurrenz einen guten Platz zu erhalten. Die Arbeiter hätten den Unterschied zwischen der sinnlosen sklavischen individuellen Konkurrenz und der sinnvollen kollektiven Konkurrenz gut verstanden und es mache ihnen Spass und Freude, diese Ueberzeit zu leisten."

Im März 1970 kehrten siegreich kubanische Sportler von den XI. Zentralamerikanischen Sportkämpfen in Panama heim und Fidel Castro begrüsste sie launig wie folgt: "Bald wird Kuba die Vereinigten Staaten auf dem Gebiet des Sports zerschmettern. Wir wollen nicht stärker sein als unsere lateinamerikanischen Brüder, doch wünschen wir Erfolge über die Nordamerikaner weil sie ein Land voller ungezählter materieller Hilfskräfte mit mehr als 200 Millionen Menschen ihr eigen nennen. Unsere Athleten verteidigen mehr als nur Geld. Sie haben ihre Ehre. Sie verteidigen ihren Ruf, ihr Prestige und ihre Moral ... Und jetzt geht ihr, nach ein paar Tagen der Ruhe, hinaus, um bei der Zuckerernte zu helfen!"

*

DIE DOMINIKANISCHE REPUBLIK

hat die Einmischung der Vereinigten Staaten 1963 noch nicht überwunden. Damals hatte General Wessin den Kommunisten Bosch abgesetzt und die Linke verlangte in Washington das Eingreifen der USA zugunsten von Bosch. Rufen wir uns die Namen jener Senatoren ins Gedächtnis zurück, die bereit waren, in Santo Domingo einen zweiten Fidel Castro zu installieren: Barlett/Alaska, Gruening/Alaska, Brewster/Maryland, Church/Idaho, Clark/Pennsylvania, Douglas/Illinois, Gore/Tennessee, Hart/Michigan, Mc Namara/Michigan, Hartke/Indiana, Inoye/Hawaii, Javits/New York, Morse/Oregon, Moss/Utah,

Nelson/Wisconsin, Proxmire/Wisconsin, Pastore/Rhode Island, Pell/Rhode Island, Randolph/West-Virginia, Williams/New Jersey, Yarborough/Texas, Young/Ohio. Und der Richter am Obersten Gericht William O. Douglas, organisierte in seiner Eigenschaft als Präsident der steuerfreien Parvin-Foundation mittels des "Inter-American-Centers" finanziell und personell die Wiedereinsetzung von Juan Bosch (dessen Sohn den sinnigen Namen Leon Trotzky Bosch trug und Rómulo Betancourt zum Paten hatte).

Wir erinnern, wie nach jahrelangen inneren Kämpfen, nach Landesverweisung Wessins durch die USA, es der OEA gelang, mit Joaquín Balaguer einen Washington genehmen Mann einzusetzen. Derweilen man die Wahlen für Mai 1970 vorbereitet, lässt der Vizepräsident Bomben ins Büro der Nationalen Jugendbewegung werfen, und bei Barahona im Süden der Insel entstehen guerrillaverseuchte Gebiete (Januar 70).

Die Wahlen im Mai 1970 gewann Balaguer unter Einsatz des gesamten Verwaltungsapparates des Staates gegen seine beiden Todfeinde zur Linken und zur Rechten, Juan Bosch und General Elías Wessin y Wessin. Bosch forderte Wahlboykott, "weil in der Dominikanischen Republik die tatsächliche Macht unabhängig von irgendeinem Wahlausgang von oligarchischen Gruppen gebildet wird" und bewies so die Radikalisierung der Linken. Balaguer, massiv unterstützter Favorit der USA, steht ohne jegliches Programm tatenlos den schweren sozialen Missständen auf der Insel gegenüber und wird so zu "einer Gefährdung des Friedens im gesamten karibischen Raum" ("NZZ").

*

HAITI

die andere Hälfte der schönen Insel Hispaniola, ist weiterhin nicht weniger unruhig. Bis 1789 war das Land von weissen Franzosen beherrscht. Doch dann erklärte die von den Freimaurern eroberte Heimat der Kolonie den Krieg. Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit bedeuteten das Ende der bisherigen Entwicklung. Fünfzehn Jahre lange Unruhen endeten 1804 mit der Geburt einer von Mulatten und Negern bevölkerten und regierten Republik Haiti. Das weisse Element war liquidiert worden. Die Folgen sind bekannt. Im Laufe der letzten Jahrzehnte wurde der Rassismus noch ein wenig weiter getrieben und auch die Mulatten dezimiert. Hundertfünfzig Jahre Menschenrechte haben an einem konkreten Beispiel bewiesen, wohin sie führen.(*97)

Die Negerdiktatur unter Duvalier hat antikommunistischen Anstrich. Im April 1969 wurden Gesetze erlassen, die jede kommunistische Tätigkeit mit dem Tode bestrafen. Strassenkämpfe mit Kommunisten wurden blutig abgewiesen (Juni 1969). Noch etwas blutiger kam es im April 1970, als einige kleine Flotteneinheiten den Präsidentenpalast bombardierten. Die "Staatssicherheit" in Gestalt des Herrn Duvalier forderte Hunderte von Hinrichtungen. Die "tonton macutes" zeigten, wie befreite Neger nach beinahe 200 Jahren Herrschaft der Vernunft zu regieren pflegen.

*97 - Vgl. Dr. Drew L. Smith, "Race, Color and Chaos" in "The American Mercury", Winter 1969.
Auch das reichdotierte Buch von Paul Clark, "Let us understand the Negro" (Paul Clark, 236 West Second, Clarksdale, Miss/USA) bringt die alarmierende Tatsachenschilderung vom Niedergang einer Kulturgemeinschaft als Folge ihrer rassischen Zusammensetzung.

*

DIE KLEINEN ANTILLEN

hatten in der Berichtszeit ihren Sturm im Wasserglas. Es ging um Anguilla, und britische Zeitungen konnten sich nicht genug tun, die martialische Besetzung der Insel durch britische Truppen darzustellen, als ein paar Abenteurer sich des Eilands bemächtigt hatten, um darauf ein Spielkasino zu errichten. Das Nachspiel aber war doch beachtenswert. Der Entkolonialisierungsausschuss der UN reagierte nämlich sofort und forderte nicht nur die Zurückziehung der englischen Truppen, sondern beabsichtigte, eine Untersuchungskommission zu entsenden. Ausgerechnet Rhodesien-Wilson musste dazu verkünden: "Die englische Regierung wird den UN-Abgesandten nicht gestatten, auf Anguilla zu landen, da die Vereinten Nationen nicht für die Angelegenheiten autonomer Gebiete zuständig sind."(März 1969)

Trinidad erlebte eine interessante Nuance im Lebenskampf der Rassen. Weil die Neger als grösste rassische Gruppe mit 45 Prozent Anteil an der Bevölkerung die Inder nicht über 35 Prozent hinauskommen lassen wollten, wurden die schwarzen Mammas gebeten, genügend Kinder in die Welt zu setzen. Die Bevölkerungsexplosion fand nach Schliessung des britischen Ventils einen Ausweg nach Kanada, doch droht auch dieses Ventil sich angesichts der Reaktionen am St. Lorenzstrom wieder zu schliessen. So geht man den rationalistischen Weg der Familienplanung und gleichzeitiger Industrialisierung, um genügend Arbeitsplätze für den Nachwuchs zu schaffen. Motor dieser Massnahmen ist der baumlange Premierminister Eric Williams, der selbst nicht weiss, aus wieviel Rassen sich seine Vorfahren zusammensetzen. Das grösste Geschäft machte er jetzt für sein junges Land mit der Gründung einer staatlichen Erdölgesellschaft, die vorerst die bisherigen britischen Interessen dazu aufkaufte. Aber an solchen schönen Geschäften will ein jeder gerne beteiligt sein, und so kam es zur Meuterei der Truppen im April 1970, und nur nach heftigen Kämpfen gelang es Polizei und Feuerwehr, die Ordnung wieder herzustellen, bevor die bereits am Horizont dampfenden britischen und nordamerikanischen Kriegsschiffe einzugreifen brauchten, "um ihre Staatsangehörigen zu schützen".

Auf Curaçao brachen im Mai 1969 schwere Unruhen aus, die ihren Anlass hatten in Lohndifferenzen bei den beiden Firmen Vescar und Shell. Die Niederländischen Antillen sind Teil des "Königreichs", welches aus dem eigentlichen Holland, Surinam und den Holländischen Antillen besteht, und als solches eine eigene Regierung hat. Diese Regierung beschloss auf Grund ihres 1954

angenommenen Statuts, Truppen zur Aufrechterhaltung der Ordnung nach Curaçao zu entsenden. Es kam sofort in den europäischen Niederlanden zu den entsprechenden Protestkundgebungen der "Jungen Linken", die natürlich gar nicht begriffen hatte, wie die rechtliche Lage war.

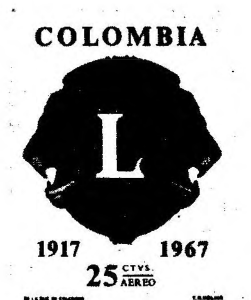
Mit Abschluss eines neuen Gesamtarbeitsvertrages war die Ruhe schnell wieder hergestellt, doch zeigten dann die Wahlen vom September 1969, dass die alte Patina Risse erhalten hatte. Neben die bisherige Alleinherrscherin, die Demokratische Partei, rückte - wenn auch nur mit ganzen drei Sitzen - die neue Arbeitsfront (Frente Obrero) ins Parlament der Holländischen Antillen ein.

*

PANAMA

erlebte neben Unruhen üblichen Ausmasses im Dezember 1969 mal wieder den Versuch eines Staatsstreiches. Die engsten Mitarbeiter des eigentlichen starken Mannes von Panama, General Omar Torrijos, benutzten nämlich seine Abwesenheit, um ihn als Chef der Nationalgarde abzusetzen. Zwei als kommunistisch bekannte Kabinettsmitglieder wurden abgesetzt. Doch alles das hielt sich nur für Tage und der zurückkehrende Torrijos liess seine bisherigen Kameraden einsperren. Deren Familienangehörige flüchteten zu den Amis in die Kanalzone, und die beiden Kommunisten wurden wieder eingesetzt. Von einer Rückkehr zu "demokratischen" Gepflogenheiten, die ja mit dem Sturz des Präsidenten Arias vor Jahresfrist eingefroren worden waren, ist noch nicht die Rede.

*



KOLUMBIEN

Wenn es ein Land in Südamerika gibt, in welchem eine Clique über das Volk regiert, so ist es Kolumbien. Nirgends in ganz Südamerika ist eine seit Generationen fest eingenistete Gruppe wirtschaftlich-finanziell und politisch so mit der Regierung verankert, wie hier. Nach der Volks(!)abstimmung vom 1. Dezember 1957 ist sogar eine regelrechte Krippenverteilung zwischen den beiden Freimaurerparteien, den Konservativen und Liberalen, bis zum Jahr 1974 vorgenommen worden, wonach die beiden Parteien abwechselnd den Prä-

sidenten zu stellen haben, komme was wolle im übrigen. Und alle übrigen Posten werden fifty-fifty verteilt. Der Präsident wechselt also "verfassungsgemäss" alle vier Jahre. Zur Zeit ist der Liberale Hochgradfreimaurer Carlos Lleras Restrepo am Ruder. Sein Mandat endet am 7.8.1970. Dann folgt ein Konservativer, der am 19. April gewählt werden soll.(*98) Designierter Kandidat ist Misael Pastrana, ein Mann in der Hand von Carlos Lleras (dem er ja 1974 die Präsidentschaft wieder übergeben soll). Neben ihm kandidieren Evaristo Sourdis, ehemaliger Aussenminister des Generals Rojas Pinilla (auf den wir noch zu sprechen kommen werden), ein honoriger Mann, der in erster Linie die stark von Negern bevölkerte Atlantikküste vertritt. Ausserdem steht im Rennen Belisario Betancour, ein undurchsichtiger Mann, natürlich ebenfalls Hochgradfreimaurer, bezieht Gelder aus Spanien, Israel und wie man gesagt hat, auch von der Bonner CDU, liebäugelt mit den Gewerkschaften und den links laufenden Intellektuellen. Mit wenig Aussichten auf einen Sieg, aber mit umso klarer sehender Anhängerschaft ist Wahlkandidat dann ebenfalls der General Gustavo Rojas Pinilla. Er regierte bereits einmal von 1953 bis 1956. (*99) Politischen Rückhalt hat er in der von ihm selbst aufgebauten "Alianza Nacional Popular" - ANAPO. Praktisch ist er der einzige Oppositionsführer. Er hat Zulauf im ganzen Lande, wird jedoch in unaufhörlicher Breitseite aus allen dem Establishment zur Verfügung stehenden Geschützen mit den dafür üblichen schmutzigen Geschossen bekämpft, als verrückt erklärt, er habe "kommunistische Neigungen", seine Bewegung sei ein "Sauhaufen" und anderes mehr, wie dort üblich, wo man fürchtet, dass jemand die wirkliche Revolution machen könnte.

Die Gefahr besteht ja gerade in Kolumbien als solche für die herrschenden Schichten in eindeutiger Klarheit. Was in Kolumbien in den letzten Jahren an Grosskorruption aufgedeckt wurde, grenzt ans Sagenhafte. In dieses Bild passt am besten der genannte Pastrana. Er verfügt über unerschöpfliche Gelder und vertritt die Interessen der kapitalistischen Welt in einmaliger Form: Juden, Freimaurer, amerikanische Banken, kolumbianische Oligarchie geben sich bei diesem ewig grinsenden Herrn ein Stelldichein, dessen Wahlpropaganda gesteuert wird von der jüdischen Firma ATLAS.

Natürlich ist ein solcher Regierungsapparat auch mit der schönen Agrarreform gehorsamer Diener der Weltfreimaurerei (wir werden noch im Kapitel "Peru" im einzelnen darauf einzugehen haben). Da aber ja bei Aufteilung des Bodens die Gefahr der Schaffung eines selbständigen Bauerntums besteht, geht man den interessanten Weg, dass man niemanden zum endgültigen Eigentümer des Bodens macht, ihm lediglich einen "Titel" gibt, der jederzeit widerrufen werden kann und in jedem Falle mit dem Tode des Begünstigten erlischt! Deutlicher kann gar nicht gezeigt werden, was mit dieser gesamten Reforma Agraria gemeint ist: Abbiegung der Revolution, um die eigentlichen Herrscher am Ruder erhalten zu können, bei gleichzeitiger Verhinderung der Bildung bodenständiger, unabhängiger Volksschichten, die Kolumbien eines Tages wirklich unabhängig und stark machen könnten.

Bis über beide Ohren ist dieses Kolumbien dabei natürlich verschuldet: Weltbank, Bonn, Interamerikanische Wiederaufbaubank. Letztere, unter dem Hochgradfreimaurer (wie könnte es auch anders sein) Félipe Herrera, war im Februar 1970 Gegenstand eines recht typischen Skandals. Die kolumbianische Zeitung "El Espacio" sagt dazu am 5.2.1970: "Der nordamerikanische Journalist Jack Anderson klagt den chilenischen Präsidenten des BID, Felipe Herrera, an, die ihm anvertrauten Gelder zu verschleudern ... Seit zehn Jahren solcher Regierung unter ihrem ersten Präsidenten werden die Gelder der Bank für Zwecke gebraucht, die keine der beisteuernden Regierun-

gen vermutet hätte, und die ja eigentlich dazu dienen sollen, die wirtschaftliche Entwicklung zu fördern. So hat Herrera zB Gelder der Bank gebraucht, um eine Hypothek auf seiner pompösen Villa bei Washington zu löschen ... Nach einem 1968 bereits vorgenommenen und nie veröffentlichten Bericht eines Beraters der amerikanischen Regierung "ist das Personal der Bank unfähig, eine korrekte Marktstudie eines einzigen südamerikanischen Landes zu machen, was doch Grundlage für die Gewährung eines Kredits ist. Die Folge davon ist, dass ein grosser Prozentsatz der Gelder der Bank in Projekten angelegt wurde, die scheiterten oder sehr grosse Schwierigkeiten hatten. Gelder der Bank aber wurden verwandt, um drei Auflagen der kilometerlangen Reden Herreras zu veröffentlichen; allein 1969 kostete das 269 000 Dollar ... Obwohl niemand ausserhalb der Bank seine Phantastereien ernst nimmt, reist er dauernd umher und predigt. Einmal wurden 7 000 Dollar für ein dreitägiges "Seminar" in Mexiko ausgegeben, in welchem Herrera darüber faselte, was in Lateinamerika in den nächsten 33 Jahren (*100) passieren könnte ... Er liess sich ausser seinen weiträumigst ausgestatteten Büroräumen im 11. Stock der Bank gegenüber ein Haus kaufen und dieses für ihn einrichten ..." "El Espacio" schliesst: "Vielleicht wird dieser ehemalige Angehörige der Chilenischen Sozialistischen Partei, Marxist und erklärter Antiimperialist, bald schon traurig auf die schöne Zeit in Washington zurücksehen."

Es ist wirklich kein Zufall, dass die Weltfreimaurerei ihre 10. Weltkonferenz vom 26. bis 31. Januar 1970 ausgerechnet in Barranquilla in Kolumbien abhielt. Wir geben wörtlich den Text wieder, den wir darüber in einer kolumbianischen Zeitung (*101) finden: "Die Weltfreimaurerei (la unión de la masonería mundial) nahm in dieser Stadt feste Formen an (se consolidó) mit der Beendigung der 10. Konferenz der 34 Obersten Räte, die sich aus Freimaurern des 33. Grades als Vertreter europäischer und amerikanischer Länder zusammensetzen. Sie kamen überein, für den Weltfrieden zu arbeiten. "Vielleicht das Wichtigste an dieser Konferenz war die Union, die wir zu Protokoll gebracht haben", sagte der "Gran Comendador" von Kolumbien, Abraham Mora Sánchez, als er über das Ereignis berichtete. Jedem Rat, stellte er fest, wurden Instruktionen mit auf den Weg gegeben, um den Frieden zwischen den Nationen zu erreichen, "damit er danach in seinem Einflussbereich tätig werde". Die X. Konferenz erliess keinerlei politisches Manifest und im Falle Kolumbiens erhielten die Freimaurer keinerlei Empfehlungen, für einen bestimmten Präsidentschaftskandidaten zu wählen, erklärte er. Er sagte: "In politischen Dingen sind wir alle frei zu handeln." Während der fünf Tage der Sitzungen debattierten die Obersten Räte (Supremos Consejos) verschiedene Themen über soziale Gesichtspunkte und interne Organisation, von denen viele niemals zur Kenntnis der Oeffentlichen Meinung gelangen werden, da sie Teil sind der "reserva masónica". Beschlüsse zB über eine allgemeine Regelung des Grusses wurden nicht öffentlich bekanntgegeben. Während die Delegierten aus 34 Ländern Europas, Kanadas und der Vereinigten Staaten hinter verschlossenen Türen im Tempel der Strasse Nr. 39 Nummer 41-56 verhandelten, nahmen die Gattinnen der Delegierten teil an einem Gesellschaftsprogramm, welches eine elegante Modeschau im Club Barranquilla einschloss. "Es war etwas ganz Besonderes" kommentierte eine der Organisatorinnen. Gewählt wurden im Rahmen der Union Abraham Mora Sánchez/Kolumbien zum Präsidenten, George Niebur/Vereinigte Staaten zum Vizepräsidenten und Giovanni Picca/Italien zum 2. Vizepräsidenten. Die XI. Konferenz wird innerhalb von fünf Jahren in Boston stattfinden."

Es ist auch kein Zufall, wenn "Tiempo" es für wichtig genug hält, in den gleichen Tagen die folgende Meldung zu bringen (*102): "Der Herr Moisés



So sieht der ungarische Jude Peter Aldor die Zukunft Kolumbiens: Zerstoerung der Freiheit durch eine Militaerdiktatur. "Was wird in den 7o er Jahren geschehen?" lautet die Frage auf der Leinwand.

Espinosa Zárate, Mitglied des Komitees für Oeffentliche Beziehungen des Distrikts 445 von Rotary Internacional, traf aus Lima in Bogotá ein. Der Besucher ist darüber hinaus Journalist der Zeitung "La Prensa" in Lima und Korrespondent in Spanien, Mexiko, Ekuador und Kolumbien."

Eine Aktivität also, die wir ohne weiteres historisch gesehen mit der in Frankreich um die Mitte des XVIII. Jahrhunderts vergleichen können. Wir werden später, wenn wir mehr über den Sinn der hier ausgesprochenen Vorgänge erfahren haben, noch einmal diesen Text Wort für Wort nachlesen, und werden dann verstehen, was in Wirklichkeit in Barranquilla geschah, wo "keinerlei politisches Manifest erging" und wo es nicht notwendig war, die Wähler Kolumbiens auf einen der möglichen Kandidaten der Freimaurerei festzunageln. Wir sind berechtigt, mit dem Juden Peter Aldor zu fragen: "Werden die 70er Jahre glücklich enden?" Nur würden wir an die Stelle eines Generals auf die Zeichnung, die wir hier wiedergeben, ganz jemand anderen gesetzt haben. Denn in dem gleichen kurzen Zeitraum, in welchem wir über den Brand der Al Aqsa in Jerusalem zu berichten haben, müssen wir die Bildung einer Weltunion der Freimaurerei melden. Es ist der gleiche kurze Zeitabschnitt, in welchem die Sonderziehungsrechte der Weltbank in Kraft treten, da eine Reihe von Staaten den Atomsperrvertrag unterschreibt und da ein Picasso sein "meist durchdachtes und möglicherweise anstössiges"(*103) erotisches Werk von "Zeich-

nungen über jeden Aspekt sexuellen Vergnügens" herausbrachte. Wir sind der Meinung, dass diese Dinge eine Einheit bilden und einzeln nicht geschehen wären.

Der ausgesprochen politische Auftrag, "für den Weltfrieden zu arbeiten", den die Weltfreimaurerei in Barranquilla im Januar 1970 ihren Brüdern erteilte, richtet sich selbstverständlich in erster Linie an diejenigen, die aussenpolitisch tätig sind. Der Leser wird es daher verstehen, wenn wir in diesem Buch unsere Aufmerksamkeit besonders denjenigen zuwenden, die hier wirken können. Personen wie der amerikanische Aussenminister Rogers oder der westdeutsche Scheel dürften nach Erhalt dieser Empfehlung ganz sicher in den nächsten Monaten deutlich aktiv werden. Wenn wir erfahren, dass man als Gruss unter Brüdern den ausgestreckten Zeigefinger beim Handschlag wieder bestätigte, so wollen wir jetzt also darauf warten, bis dieses Erkennungszeichen auch öffentlich allen Eingeweihten gezeigt wird – so, wie etwa Churchill die zum V geformten zwei Finger im letzten Weltkrieg hoch hielt, und damit doch nur der Weltjudenheit ihr Freudeszeichen zum Passahfest zum Beweise des geheimen Einvernehmens vorhielt.(*103a) Den friedliebenden Brüdern in Barranquilla spricht schon drei Monate später das Präsidium des "Weltfriedensrates" in Moskau aus der Seele, wenn es "die Anerkennung des Status quo in Europa einschliesslich aller derzeitigen Grenzen und der DDR durch die BRD" fordert.(*98a)

Die Tatsache, dass man zum nächsten Mal nach Boston einlädt, zeigt, welches Gewicht auch innerhalb der Weltfreimaurerei die nordamerikanischen Brüder erlangt haben. "Die (im Gegensatz zum Ku-Klux-Klan) harmlosere Geheimbündelei der zahl- und einflussreichen Freimaurer-Logen (in den USA)" (Dahrendorf, "Aufklärung", S. 30) meldet sich auch international im eigenen Kreise zum Wort. Es ist das sicher dann nicht mehr die europäische Freimaurerei des XVIII. Jahrhunderts. Die damals geborene Aufklärung wurde jenseits des Atlantiks auf besondere Weise "angewandt", wie wir bereits ausführlich feststellen mussten. Die Mörder der Französischen Revolution wandelten sich auf internationaler Ebene in die Massenmörder von Katanga und Biafra. Es fehlt der Welt bis heute eine wissenschaftlich fundierte Soziologie der Freimaurerei, um im einzelnen diesen Weg zu beschreiben.

Kolumbien ist unter solchen Vorzeichen ein starker Magnet für linksextreme subversive Strömungen, denn die Freimaurerei war immer schon ihr Wegbereiter. Nachdem jahrelang die Oeffentliche Meinung vorbereitet worden war auf die wirtschaftliche (!) Notwendigkeit, auch mit den kommunistischen Ländern diplomatische Beziehungen anzuknüpfen, wurde im März 1968 eine sowjetrussische Botschaft in Bogotá installiert. Als Botschafter hatte man sinnigerweise Herrn Nikolai Belous gewählt. Er hatte seinen Namen erstmalig in die Annalen unserer Zeit eingetragen, als er sich bei der Beseitigung Masaryks in der Tschechoslowakei hervortat. Später musste er dann durch den Präsidenten Frondizi aus Argentinien ausgewiesen werden, weil man ihn in dem Ort Pacheco damit beschäftigt fand, einer revolutionären Organisation Unterricht zu erteilen. Jetzt überliess er solche Dinge seinen Beamten. Am 29. Februar 1969 teilte "La República" mit, dass der von Staatssicherheitsorganen überwachte russische Diplomat Olev Kudinov plötzlich seinen Aufsehern vor den Augen verschwand, dann nach zwei Tagen erst, trotz eifrigsten Suchens wieder auftauchte, und dass dann wie zufällig, ein paar Tage später schwere Unruhen und Tumulte ausbrachen. Aus Mexiko wurde bekannt, dass die Aktivierung der Ostleute in Kolumbien so weit ging, dass der Vertreter der TASS in Bogotá, da er mehr Wert legte auf Journalismus als auf Spionage, von seinem lateinamerikanischen Vorgesetzten Stanislav Sychev abgesetzt

wurde, da letzterer "die Aufgaben der Spionage für wichtiger hielt als die Zeitungsarbeit"(*104). Einmal installiert, war es auch sachlich uninteressant, dass verschiedene fachkundige Stimmen sich erhoben und darauf hinwiesen, dass sich der Handel mit dem Osten, um dessentwillen man doch die Tore geöffnet hatte, gar nicht so anliess, wie man es erhofft hatte. "La República" stellt am 15.3.1969 im einzelnen fest, dass es sich um lächerliche Summen handelt, die verkauft werden und dass in den meisten Fällen die Handelsbilanz für Kolumbien passiv ist. Auch die Tatsache, dass das wenige, was man meinte, von dort brauchen zu können, sich als minderwertig erwies, wie etwa die Sendung von russischen Jeeps für die Polizeikräfte, die im Februar 1969 wieder ausrangiert werden mussten, weil sie wegen ihrer vielen Mängel nicht einsatzfähig waren, war nur noch Stoff für Zeitungskommentare. Es waren eben Pannen, die man dann zu überdecken versuchte mit "cultura". Die Karl Marx-Universität in Leipzig verlieh aus den Händen des Rektors und Hochgradfreimaurers der Inca-Universität in Bogotá, Jaime Quijano Caballero, dem Dichter Pablo Neruda den Titel eines Dr. honoris causa, worauf Neruda in Dankbarkeit seine "Ode an Lenin" verlas und versprach, ein Buch zu schreiben über die Beziehungen der deutschen Kultur zu Hispanoamerika. Er wird in zahlreichen bundesdeutschen Veröffentlichungen genügend linientreues Material dazu finden.

Auf dem Beet der Freimaurerei wuchs insbesondere auch die Idee der regionalen Zusammenfassung im "Grupo Andino". Die gutnachbarliche Zusammenarbeit mit Venezuela auf der einen und Ekuador auf der anderen Seite ist überhaupt das Steckenpferd von Carlos Lleras Restrepo. Im Januar 1970 traf man sich zB an der Grenze zu Ekuador und konnte Einzelheiten über eine die Grenze kreuzende elektrische Leitung und den Ausbau einer Autobahn (natürlich mit Hilfe des BID des Herrn Herrera) besprechen. Die beiden Staatspräsidenten betonten dabei "die Notwendigkeit eines Ausbaus des Amazonasbekkens". (Wir kommen im Kapitel "Brasilien" als dafür zuständigen Staat auf dieses noch zu sprechen.) Andererseits war der Besuch des venezolanischen Präsidenten Caldera im August 1969 in Bogotá Anlass zu grossen Festlichkeiten, die jedoch nicht die vielen Stimmen in Caracas verdecken konnten, die in der Bindung an ärmere Nachbarn eine Bremse für die eigene wirtschaftliche Entwicklung sehen. Wohl in keinem einzigen Lande Südamerikas sitzt man mehr den St. Elmsfeuern auf, die die Freimaurerei überall entzündet hat, und die am hellsten in jenem Sumpf leuchten, der die schöne Bezeichnung "Regionale Zusammenarbeit" trägt. In einem Artikel "Utopie und Integration" ironisiert "Clarín"/Buenos Aires (26.4.70) den Juden Raúl Prebisch, der in seinem Bericht an die Südamerikaner in Punta del Este meint: "Man muss beschleunigt an die regionale Integration der Schwerindustrie gehen und absehen von der wunderlichen Theorie (!), wonach die nationale Integration der regionalen voranzugehen habe." "Clarín" fragt spöttisch, wo denn regionale Integration war, als sich die ersten kapitalistischen Länder formierten, England, Deutschland, USA, Frankreich? Oder etwa in Asien, Indien und China? Oder welche ist die regionale Formel bei Ländern wie Kanada, Spanien oder Australien? ... "Es ist also wirklich unbegreiflich", schreibt "Clarín", "wieso der Herr Prebisch die Erfahrung von wahrhaft ausnahmslos allen am Industrialisierungsprozess Beteiligten, als wunderlich bezeichnen kann ... Was er will, ist, dass Länder wie Argentinien oder Brasilien freiwillig auf eine nationale Integration verzichten, und ihre Investierungen vornehmen im Einklang mit den Programmen, die die grossen internationalen Korporationen aufstellen. Soll er doch klar heraus sagen, dass also etwa Brasilien und Argentinien darauf verzichten sollen, innerhalb ihrer weiten Grenzen Wirtschaftsräume zu

schaffen, die den Nordosten oder Patagonien einschliessen ... Der Minderwertigkeitskomplex, der bestimmte, internationalen Schemata zuneigende Sektoren beeinflusst, streitet den lateinamerikanischen Ländern das Recht zu eigenem nationalem Leben ab. Mexiko mit seinen 7 Prozent jährlichen Wachstums der Industrie wird sich sicher nicht durch Bemerkungen stören lassen, die solche nationale Politik als "wunderlich" abtun wollen. Und Brasilien wird schwerlich meinen, dass sein zukünftiger Markt von 200 Millionen Menschen nicht für eine eigene Entwicklung ausreicht."

Inzwischen waren nun die Wahlen in Kolumbien, und wir bestätigen also unsere Voraussage: mit den übelsten, für die Demokratie typischen Methoden, nämlich der Verleumdung durch alle verfügbaren Informationsorgane, Einkerkerung der Oppositionsführer, Verbot der oppositionellen Zeitungen und Schliessung des Radiosenders, gelang es mit geringem Vorsprung den Freimaurer Pastrana Borrero ans Ruder zu bringen. Aehnlich frech wie nach dem 6-Tage-Krieg bietet man gleich nach dem "Sieg" dem angespeiten Gegner die Hand zur "Versöhnung" und bittet um "Mitarbeit bei der Suche nach Eintracht unter den Kolumbianern". Nur in Nebensätzen ahnt auch das Establishment, dass es der letzte Sieg war, und dass Rojas Pinilla ante portas steht. "Die zahlreichen Parteigänger von Rojas Pinilla stehen militärisch formiert in heftigstem Widerstand gegen das Regime. Die Folgen sind unvorhersehbar." schreibt "Latino II" im "Clarín"/Buenos Aires, am 26.4.70. "Das Ende einer Epoche" heisst die Ueberschrift. So endet das Verbrechen der "Demokratie" genau so schmutzig, wie es 1789 begonnen: mit einem Wahlschwindel.

---

*98a – Die westdeutsche FDP war von Anfang an der parteipolitische Hebel der Weltfreimaurerei in der Bundesrepublik. Prof. Heuss, Reinhold Meier, Justizminister Dr. Dehler, Dr. Stammberger und andere waren Freimaurer. (Vgl. "Das Forum", Hamburg 19, Tresckowstr. 52, Dez. 1970.)

*98 – Wir haben es uns erlaubt, diese Zeilen vor jenem Datum niederzuschreiben und werden am Ende dieses Kapitels feststellen, ob wir in unserer Voraussage recht hatten.

*99 – Als "Berater" war damals bei ihm unser Carlos Freiherr v. Merck tätig. Von Merck kehrte dann zunächst nach Westdeutschland zurück, um als Korrespondent für den Informationsdienst der Bundesstelle für Aussenhandel (Köln) nach Lima zu gehen. Von dort sollte er nach Mexiko versetzt werden, seinem Geburtsland. Das löste einen der schmutzigsten Hassfeldzüge von Juden gegen ihn aus, dessen Einzelheiten wir jederzeit der Presse zur Verfügung stellen können. Dem damaligen Bonner Botschafter in Mexiko, einem ehemaligen Parteigenossen, Dr. Karl-August Zapp, wurde angedroht, man würde gegen ihn als ehemaligen "Nazi" "schiessen", wenn er nicht dafür sorge, dass v. Merck von Mexiko fernbliebe. Zapp bekam es dann fertig, Merck persönlich zu bedrohen. Im Verfolg dieser Vorgänge wurde v. Merck nach zehnjähriger Mitarbeit von einem Tag auf den andern ohne irgendwelche Entschädigung oder sachliche Begründung entlassen. Von Merck versuchte, sich journalistisch über Wasser zu halten und die Hamburger Zeitung "Die Welt" stand im Begriff, ihn zu übernehmen. Anfang April 1969 war er zu einer Tagung nach Hamburg eingeladen worden. Zwei Tage vor dieser Tagung verstarb er an Herzschlag im Hotel in Lima. Seine Reste ruhen auf dem Niendorfer Friedhof bei Hamburg.

Ich kenne keinen zweiten Deutschen, der wie Carlos Freiherr v. Merck in Iberoamerika zu Hause war, der wie er die Seele dieses Erdteils miterlebt.

Er stand mitten drinnen in allen dortigen Kämpfen, kannte das eigentliche Wollen aller, die im Guten oder im Bösen zwischen dem Río Grande und Feuerland fochten, und stand dabei doch immer weit über aller Tagespolitik. Carlos v. Merck war ein feiner Mensch, ein lieber Mensch, ein unbedingt ehrlicher Mensch. Unser Volk hat in Lateinamerika wohl kaum einen zweiten wie ihn je besessen. Er war der mexikanischen Heimat seiner Mutter treu, wie er es bis zu seinem letzten Atemzug dem deutschen Vaterlande war. Wenn jemand, so wusste er in harmonischer Einheit die beiden Kontinente zu verbinden, ohne einem von beiden auch nur ein I-Tüpfelchen ihrer Identität zu nehmen. Und man horchte auf diesen selten grossen Menschen. Europäische Politiker wie südamerikanische Präsidenten erbaten seinen Rat, und immer gab er diesen gerne und klug. Wenn die normalen Zeitungsschreiber noch herumrieten oder feige sich zurückzogen, hatte er längst schon erfasst, um was es jeweils ging bei den Hunderten von Umwälzungen, die er alle ganz nahe miterlebte. Nichts kam ihm überraschend, niemand aber hat er je in seiner taktvollen Art verletzt, obwohl er immer viel klarer sprach als seine periodistische Umgebung. Man sah klar, nahm man den Faden dort auf, wo von Merck ihn bereit hielt. Die Zahl der von ihm verfassten Zeitungsberichte geht über die Jahrzehnte und in die Tausende. Nichts war ihm dabei selbstverständlicher, als seinem Vaterlande auch im Kriege an dieser Front zu dienen, und dabei auch Brücken zu bauen, die sich nach der Niederlage für so viele als Lebensrettung, für sein Volk als fast einziger Weg in neues Leben dann erwiesen. Als pflichtvergessene deutsche Diplomaten in Madrid im Mai 1945 ihre Botschaft mit auf Halbmast wehender Reichsflagge einfach im Stich liessen, da war er es, der die Haltung aufbrachte, die dem Sterben so vieler Treuen unseres Volkes entsprach, die Fahne in Ehren einholte und zusammen mit wertvollen Dokumenten vor der kurz danach eindringenden Polizei rettete. Als dann die deutsche Zeitung in Buenos Aires am Heldengedenktag 1948 hinter seinem Rücken den hohen Sinn seines Leitartikels verfälschen wollte, da stellte der völlig Mittellose sofort seinen Posten zur Verfügung, für den Fall, dass sein Artikel nicht in vollem Wortlaut gebracht würde, und bewies so manchem, dass ein verlorener Waffengang nicht Selbstaufgabe bedeutet. In jener Nacht, nach siegreichem Kampf mit der Zeitungsdirektion war es, dass wir bei einem "cafecito" in einem der "boliches" in der Alem in Buenos Aires Freundschaft schlossen.

Von Merck war es denn auch, der der gesamten deutschen Kolonie am La Plata ohne Einschränkung aus der Seele sprach, als er den ersten perfiden Abgesandten Bonns, Dr. Spieker, in einem Interview von der Bühne mehr feuerte als abfeierte, mit einer Eleganz und Formfestigkeit, die an einen Shakespeare erinnerte. Doch ein von Merck hielt sich nicht lange in unfruchtbarer Opposition. Ohne seine einmal in einem arbeitsreichen Leben erworbene Ueberzeugung von der Aufgabe der Völker auf unserer Erde auch nur ein einziges Mal zu verraten, fand er schnell schon Kontakt auch zu den neuen Vertretern unseres Volkes. Die solide, menschliche Brücke zwischen einem Botschafter Dr. Terdenge und dem Präsidenten Perón baute niemand anders als Carlos v. Merck. Im festen Glauben an den guten Willen der Regierung Adenauer fand er selbst in den tausendfältigen schmutzigen Erscheinungsformen Bonns immer noch genügend Positives, an das er mit viel Erfolg anzuknüpfen verstand. Er war das Vorbild des ganz grossen Diplomaten. Und Bonn schien damals auch tatsächlich über noch genügend Kräfte zu verfügen, den unersetzlichen Wert zu ermessen, den dieser Sonderbotschafter ohne Titel darstellte, dieses Geschenk im allgemeinen menschlichen Ausverkauf unseres Volkes. Von Merck war es, der mit tausend Fäden in unermüdlicher Korrespondenz die Bindungen herstellte, die ohne verächtliche Selbstbezichtigung, ohne widerliche Verbeugung vor

raffgierigen Siegern Deutschland wieder eine saubere Partnerschaft auf der Basis alter, traditioneller tausendfacher Freundschaften mit seinem Iberoamerika ermöglichte. Geschichtsfälschung wäre hier wahrhaftig nicht notwendig gewesen. Das hat v. Merck bewiesen. Zerstört jedoch wurde dann das alles endlich doch von den Kleinen und von den Hassern, von allen denen, die dem Phänomen von Merck ratlos und dann bald schon feindselig gegenüber standen. Bonn zieht es vor, mit Südamerika in anderem Tone zu sprechen. Mit von Merck starb auch hier in Südamerika ein anständigeres Deutschland.

*100 – Der Leser beachte bitte die Zahl 33. Sie ist sehr aufschlussreich, wie wir noch sehen werden.

*101 – "Espectáculo", 31.1.1970.

*102 – "Tiempo", 2.2.1970.

*103 – Eigene Worte Picassos aus diesem Anlass, wiedergegeben in der "New York Times", 21. Juni 1969.

*103a – Der Freimaurerhandgruss ist: die Hände auf 90° von einander, Zeigefinger ausgestreckt, mit Daumen wiederholter Druck aufs Handgelenk, worauf ebenso geantwortet wird. Vorher werden die Füsse auf 90° gestellt, mit der Hand der Schlips am Hals in Ordnung gebracht, um die Hand und Daumen in 90°-Stellung zu bringen. Daraufhin und nach dem erwähnten Handgruss kommt die wörtliche Einanderprüfung, wie bereits in R 490, Anm. 481 beschrieben.

*104 – "El Universal Gráfico", Mexiko; wiedergegeben in "Tiempo", Bogotá, 29.3.69.

*

VENEZUELA

In den zehn Jahren von 1959 bis 1968 wurden 36 500 km Strassen gebaut, davon 17 300 km asphaltiert. Im gleichen Zeitraum wurden für 6 Milliarden Bolívar Wohnungen gebaut, wurden für 1,2 Milliarden sanitäre Anlagen installiert. Künstliche Bewässerung kannten 1958 nur 16 200 ha. 1968 waren es bereits 85 300 ha und bis 1980 werden es 1,3 Millionen Hektar sein. Das heisst also, dass Venezuela genau das getan hat, was man heute von einem sogenannten Entwicklungsland erwartet, damit es ihm besser gehe. Und trotzdem herrscht Arbeitslosigkeit, Teuerung und eine ausgesprochene Wirtschaftskrise: Die Heilung liegt also n i c h t in der Technik, sie muss eben beim M e n s c h e n gesucht werden! Da hat man nun alles getan, was von der Weltfreimaurerei gepredigt wird, hat die Infrastruktur des Landes ausgebaut, wie nirgendswo anders in ganz Lateinamerika, und die Menschen sind immer noch nicht in glückliche Lebensverhältnisse gestellt worden. Im Gegenteil, die Zahl

der Arbeitslosen stieg als Anteil an der aktiven Bevölkerung, von 1951 bis 1962 von 7 auf fast 14 Prozent. Dabei erleben wir eine ganz unglaubliche Aufblähung des Bankwesens, des Handels und der Verwaltung. Niemand also will mehr eigentlich arbeiten. Geldverdienen ohne Arbeit, jeder nur auf sein eigenes Wohl, aber nicht auf das Gesamtwohl blickend. Mit solcherart erzogenen Menschen kehrt das Glück nicht ein, und wenn jeder Trampelpfad im Urwald asphaltiert wird und jede Urwaldlichtung Neonlicht erhält. Das ist eben keine Entwicklung. Da waren die Menschen, die weniger "Fortschritt" kannten, weitaus glücklicher. Da setzte man die Alten und Schwachen kostenlos und selbstverständlich mit an den Tisch, da hatte man Zeit füreinander, weil ein jeder die Grenzen seiner Arbeitskraft und seiner Verdienstmöglichkeiten und Lebensnotwendigkeiten kannte und anerkannte. Da erstrebte niemand "Elephanten für jedermann", wie es einmal (in der "FAZ") ausgedrückt wurde, sondern nichts weiter als den Feierabend. Heute aber hat sich die in den Materialismus gehetzte und aus ihrem eigentlichen seelischen Heim vertriebene Bevölkerung unter der Anleitung der Logen die Hölle auf Erden gezimmert. Heute erlebt Venezuela, dass die Lebenshetze unserer Zeit sinnlos ist, morgen erlebt es Argentinien, und übermorgen, wenn nicht schon vorher, die BRD. "Unser Problem", antwortet ein Hippy in den USA für die Jugend von heute, einer Zeitung, "ist unsere Eingliederung in die Gesellschaft. Was wir fürchten, ist nicht, dass die Gesellschaft uns zurückweist, sondern, dass wir sie nicht annehmen können. Wir klagen die Gesellschaft von heute an, ihr Gewissen pervertiert zu haben, indem sie die Ungerechtigkeit duldet und die Gefühllosigkeit, den Mangel an Ernst und an ehrlicher Menschlichkeit. Wir wollen eine Gesellschaft, in der Ernst und Ursprünglichkeit möglich sind. Wir wollen Herren unseres Lebens sein." Solange man den Inhalt der Regierungstätigkeit in der Herstellung von Strassen und Wohnungen sieht, in nicht mehr als diesem, solange man nicht unter Regieren wieder Menschenführung versteht, wie es Jahrtausende hindurch der Fall war, solange man sogar derartige Gedanken als "faschistisch" ablehnt, weil unter wahrer Menschenführung die Sklavenhalter von heute nicht mehr ihre Riesengeschäfte machen könnten, und die kranke Machtgier der "Auserwählten" vergebens nach Opfern suchen würde, solange wird die Menschheit von einer schönen Erfindung zur andern gehetzt werden, werden Farbfernsehapparate die Landung auf dem Mond einer abgestumpften, vertierten Menschheit zeigen können, werden aber freie Menschen, Herrenmenschen, nicht mehr geboren werden, weder in den USA, noch in Biafra noch in Venezuela. Denn, "Kapitalismus ist nicht ein Ding, sondern ein Verhältnis zum Ding" schreibt Dr. Goebbels im "Angriff". "Nicht Bergwerke, Fabriken, Haus- und Grundbesitz, Eisenbahnanlagen, Geld und Aktienpakete sind die Ursache unserer sozialen Not, sondern der Missbrauch mit diesen Gütern des Volkes. Der Kapitalismus ist also nichts anderes als Missbrauch mit Volkskapital. Ein Bergwerk ist dazu da, dem Volke Kohle zu geben, damit es Licht und Wärme habe. Fabriken, Häuser, Grund und Boden, Geld und Aktienpakete sind zum Dienst am Volke bestimmt und nicht dazu, ein Volk zum Sklaven zu machen. Der Besitz dieser Güter vermittelt nicht so sehr Rechte wie Pflichten. Eigentum bedeutet Verantwortung, und zwar nicht vor dem eigenen Geldbeutel, sondern vor dem Volk und seinem Gesamtwohl. Missbrauche ich wirtschaftliche Güter, um mein Volk damit zu quälen und zu peinigen, dann bin ich des Besitzes dieser Güter nicht wert. Dann kehre ich den Sinn des Lebens in sein Gegenteil um, ich bin ein Kapitalist der Wirtschaft."

Diese kapitalistische Welt hat wahrlich wenige Freunde nur. Das erstaunliche nur ist, dass ihr Produkt, die "technische Welt", vor allem im deutschen Sprachgebiet als naturnotwendiges Ergebnis unserer Zeit angesehen

wird, dass man nicht daran geht, dieses doch ganz bewusst von einer Geheimgesellschaft geförderte und zu einer Macht ausgebaute System vom Menschen her wieder auszuhöhlen, sondern sich damit begnügt, die Ueberrumpelung von 1945 hinzunehmen und das Heil im Gegenteil im weitestmöglichen Ausbau derselben sieht. Ein Mann wie der Heidelberger Universitätsprofessor Georg Picht stöhnt ("Prognose", S. 46): "Die technische Welt ist ein Produkt des Kapitalismus und trägt das Zeichen des Kapitalismus, gleichgültig ob er in der Form des Privatkapitalismus oder des Staatskapitalismus auftritt. Sie ist aus einer hemmungslosen Ausbeutung der Menschen und der Natur hervorgegangen und hat nicht nur weite Distrikte der Erde, sondern auch ein unermessliches Gelände der humanen Welt zur Wüste gemacht." Dann aber sieht Picht die Lösung in der Schaffung einer "humanen Welt", in welcher die christliche Kirche als dritte Komponente zum Diener von Politik und Wissenschaft werden soll. Der Wissenschaft wird dabei von vorneherein schon von der Finanzierung her, wie Picht selbst zugibt, der notwendige "Raum der Freiheit" und aus der Zwangslage eines gegenseitigen Terrors der Supermächte her auch die notwendige "Musse" genommen, sodass sie, auch infolge des zugegebenen fehlenden "politischen Sachverstandes der beteiligten Wissenschaftler, der in der Regel weit unterhalb des Reflexionsniveaus liegt" zum Diener der Politik wird. Diese Politik also soll bestimmen.

Und wer bestimmt diese Politik seinerseits? Wissenschaft und Religion sollen denjenigen unterstellt werden, die die Politik bestimmen. Das sieht dann bei Picht so aus: "Die Utopie des humanen Friedens erfordert, dass wir es lernen, diese Wüste wieder in fruchtbares Land zu verwandeln ... Ohne eine Befreiung und Konzentration der latenten, aber noch irregeleiteten moralischen Kräfte der Menschheit wird auch der grösste technologische Aufwand die technische Welt vor ihrer Katastrophe nicht bewahren können." Wir aber fragen uns, warum diese Verwandlung in Wüste, die also mit dem Fortschreiten der "technischen Welt" und das heisst des "Kapitalismus", vor sich geht, nun also noch weiter auch auf den Rest der Welt in weltweiter Planung ausgedehnt werden soll. Wir fragen uns mit Schrecken, wie tief da das politische Sachverständnis liegen muss, wo man die zugegebene, erkannte Zerstörung menschlicher Werte weiter voran treiben will, obwohl man zur Verhinderung derartiger Folgen nichts als die Phrase vom "humanen Frieden" zur Verfügung hat. Denn was uns bevorsteht, sehen diese Vertreter des Establishments ja selbst auch ganz deutlich: "Die gigantischen technischen Leistungen, die erforderlich sind, um die Welt vor planetarischen Katastrophen zu bewahren, setzen voraus, dass jene monopolistische Konzentration der Produktionsmittel, des Kapitals und des Wissens, die heute den hochentwickelten Ländern in einer mehr und mehr verelendenden Welt ihre höchst fragwürdige Sonderstellung gibt, nicht abgebaut, sondern vielmehr gesteigert werden muss. Damit vergrössert sich aber der Abstand zwischen dem Reichtum einer kleinen Zahl von Völkern und dem Elend des grössten Teiles der Menschheit. Verglichen mit dem Weltzustand, der sich herausbildet und schon besteht, sind die sozialen Unterschiede und die Not des Frühkapitalismus eine Idylle" (Picht, S. 43). Den Teufel mit Beelzebub austreiben ist also die Parole.

Und wie heisst das schöne Ziel? "Es gibt in der technischen Welt, in der wir leben, im Grund nur eine einzige Utopie, die alle anderen Utopien in sich enthält, nämlich die Utopie des WELTFRIEDENS." Dieser Weltfrieden soll bestehen in einer künstlichen Welt. "Zur künstlichen Welt gehört die künstliche Natur, gehört die Störung des biologischen Gleichgewichts" (Picht, S. 9). Die "Menschheit als Ganzes" soll die Verantwortung übernehmen, doch man gibt zu, dass es eine solche überhaupt noch nicht gibt. Man bezeichnet

alles nationale als "irrational", vernunftwidrig, welches daher ungestraft, ja zustimmend gestürzt werden muss. "Der Friede wird durch die Dynamik der ... nationalen Emanzipationsbewegungen erschüttert" (Picht, S. 44). Man versteht, was in Biafra geschehen m u s s t e. Nicht geschah es, weil es gottgewollt war. Der Gott der Philosophen ist ja von diesen Personen selbst für tot erklärt worden. Es geschah, weil Menschen es wollten, eine ganz bestimmte Gruppe von Menschen. Man spricht von "einer guten alten Zeit, in der man noch glauben durfte, dass Träume die Welt verändern können" (Picht, S. 38), und spricht gleichzeitig, acht Seiten weiter nur, von "jener unheimlichen Lähmung des freien Denkens, die unserer Epoche eigentümlich ist". Man hat den Mut, zu bekennen: "Die Philosophie, die Geistes- und Sozialwissenschaften der sogenannten freien Welt sind weithin ein Spiegel der Mentalität der heutigen Wohlstandsgesellschaft. Ihre Begriffe und Kategorien sind ein Reflex der leeren Beschäftigung dieser Gesellschaft mit sich selbst" (Picht, S. 47) und sieht nicht, dass das alles doch nur die zwangsläufige Folge der Tatsache ist, dass man das Leben selbst verboten hat, dass man nur sterile kapitalistische Betätigung gestattet, dass man GOTT verbieten und die NATUR vergewaltigen will. Nur, wer an diesem Verbrechen teilnimmt, kommt überhaupt noch zu Worte. Im Selbstverlag muss sich durchzusetzen versuchen, wer anderer Meinung ist als jene, die die Konstruktion der "technischen Welt" mit ihrer vollständigen Verwüstung der Erde vorantreiben. Denn "wir haben zweihundert Jahre nach dem Zeitalter der Aufklärung mehr Grund als Gibbon, sie ein Register der Verbrechen, des Wahnsinns und des Unglücks der Menschheit zu nennen". Das sagt ein von der BRD besoldeter Religionsphilosoph in Heidelberg 1966. Wir können mit seinen weiteren eigenen Worten nur sagen, dass diese Hellsicht bei gleichzeitiger Unterstützung der Utopie des Weltfriedens "unseren Verdacht erregt" (Kant, bei Picht, "Gott der Philosophen", S. 50), denn sie scheut die Kritik, indem sie sie verbietet.

Eine Gruppe von Personen, die wir als ganz gewöhnliche Verbrecher in diesen beiden Büchern entlarvt haben, will eine sittliche, höherstehende Welt aufbauen. Glauben S i e, dass das möglich ist? Glauben S i e, dass das ehrlich gemeint ist?

Den geschilderten hypertrophen Dienstleistungsapparat kann sich Venezuela überhaupt nur dank seines Petroleums erlauben. Dabei ist dessen Export nicht ganz so einfach wie früher. Die europäischen Märkte gehen mehr und mehr, wie wir noch sehen werden, an Russland über. England hat sich sein Nigeria auf Kosten von Hunderttausenden von verhungerten Negerkindern als Oelquelle erhalten können. Immerhin ist Kanada als Käufer aufgetreten. Doch die Lieferkosten sind weitaus höher als anderswo. Im Vergleich zum Nahen Osten ist die Ausbeute je Bohrloch etwa 13mal geringer, die Kosten aber um etwa das sechsfache höher. Die Wichtigkeit dieses Wirtschaftssektors ergibt sich daraus, dass der ehemalige langjährige Präsident der CVP (Corporación Venezolana de Petróleo), Dr. Rubén Sader Pérez, im Parlament vor den neuen Verträgen mit dem Ausland mit dem deutlichen Hinweis auf den Sturz Belaúnde Terrys in Perú aus ähnlichen Gründen warnte. Der General Flores musste vorübergehend in Haft genommen und der rechte Flügel der Regierungspartei abgestossen werden. Deutlich bildet sich eine nationale Opposition. Als der ehemalige "Diktator" Pérez Jiménez zum Senator gewählt wurde, annullierte das Oberste Gericht die Wahl, "weil er sich nicht rechtzeitig in die Wählerlisten eingetragen hatte". Es fragt sich, ob mit derartigen Machenschaften Präsident Caldera die ihm übertragene Aufgabe durchführen kann.

Im Einklang mit den schon früher erwähnten Massnahmen bot er den

von Kuba abhängigen Guerrilleros Frieden an, legalisierte zugleich die Kommunistische Partei und eröffnete diplomatische Beziehungen mit der Sowjetunion. Die katholische Kirche ihrerseits unterstützte das Programm der inneren Befriedung, nachdem Caldera den rechten, "nazistischen" Flügel seiner christlich-demokratischen Partei kaltgestellt hatte. Man kam eben in allem und jedem den Plänen Moskaus entgegen, die wir im Kapitel "Kuba" im einzelnen bereits besprachen. Nicht mehr sinnlose Guerrillaunternehmen im Busch sind daher noch an der Tagesordnung, sondern der breite Angriff auf eine von den Kerenskis entmannte Gesellschaft. Im März 1970 meinte Caldera noch vor dem Parlament: "Unser erstes Regierungsjahr brachte einen wirklichen Wechsel der Dinge mit sich. Darum zeichnet sich die Zukunft Venezuelas in Schönheit (hermosura) ab." Es erinnert an die "Schönheit und Würde", die ähnliche Utopisten 1919 dem deutschen Volke versprachen, als es hineingeführt wurde in die Inflation, die Arbeitslosigkeit, die Zeit der Hungerkünstler, der Massenmörder, der Gigolos oder Fremdenlegionäre.

*

GUYANA

bestätigte in den Wahlen vom Dezember 1969 die bisherige Regierung unter Forbes Burnham gegen die starke Opposition der linksradikalen PPP (People's Progressive Party) Cheddi Jagans. Schon im Februar 1970 erklärte sich dann Guyana zur Republik. Der bisherige Gouverneur, Edward Luckhoo, wurde als Präsident der neuen Republik vereidigt, musste jedoch den Titel eines "Knight of the British Empire" niederlegen, da von der britischen Krone verliehene Titel in der neuen Republik nicht mehr anerkannt werden. Alles das erregt natürlich nicht den geringsten Anstoss, wie dies dann einen Monat später im Falle Rhodesiens bei der Konstituierung eines adäquaten politischen Gebildes geschah.

Sowohl im Westen wie im Osten gibt es Grenzstreitigkeiten, mit Venezuela einerseits und mit Surinam andererseits. Dieser seltsame "Staat", der seine Existenz auf nichts anderem als auf der Tatsache 150jähriger britischer Kolonialherrschaft über eine Flussmündung nebst Hinterland aufbaut, mit einer völlig ortsfremden Bevölkerung von mehr als 50 Prozent Indern, mehr als 30 Prozent Afrikanern, 11 Prozent Mestizen, sowie einigen Chinesen und Europäern, setzt sich nun also neben die Vertreter der anderen Mitglieder der UN und zeigt damit, mit welcher Elle in dieser neuen Welt "Staaten" gemessen werden. Als im Juni 1970 der venezolanische Präsident Rafael Caldera, treu seinen freimaurerischen Idealen für die nächsten 12 Jahre auf das von Venezuela beanspruchte Gebiet in Guyana verzichtet, kommt es zu einer schweren nationalen Krise in Caracas. Die Nation ist nicht bereit, dem "Weltfrieden" dieses "völlig unnötige Opfer" zu bringen.

*

SURINAM

Die Politik Johann Adolf Pengels, das heisst der direkte und schnelle Weg zur Unabhängigkeit, war nicht nach dem Geschmack der indischen und indonesischen Bevölkerungsteile. So erlitt die Regierungspartei in den Wahlen vom Oktober 1969 eine schwere Niederlage und es konnte sich eine Koalition aus den so gar nicht südamerikanisch klingenden Parteien Vatan Hitkari und Sarekat Rakjat Indonesia bilden. Man nimmt an, dass Holland die seit 1948 bestehende Autonomie des Gebietes auf dem Felde der Aussenpolitik und des Aussenhandels ausweiten wird. Im Augenblick schützt es mit eigenen Kontingenten die bedrohten Grenzen gegenüber Guyana im Nordwesten.

*

FRANZOESISCH-GUAYANA

Dieses französische Departement im fernen Südamerika diente im März 1970 erstmalig als Basis für das Abschiessen eines deutschen Raumsatelliten. Die bisherigen Abschüsse waren noch von der Sahara aus erfolgt.

*

EKUADOR

"Gebt mir einen Balkon und ich erobere ein Volk!" ist ein bekannter Ausspruch des derzeitigen Präsidenten Ekuadors, José María Velasco Ibarra. Zum fünften Mal sitzt er auf dem Präsidententhron, vertauscht ihn aber allzugerne mit dem Sattel eines Maultiers, um von Dorf zu Dorf zu reiten und die Indianer anzusprechen. Aber auch er wird von der studentischen Jugend als Ausgeburt des Establishments angesehen, und Bombe auf Bombe beweist, dass das Land sich im "Estado de Guerra Irregular" befindet, wie Verteidigungsminister Acosta im November 1969 erklären musste. Das Land könnte nach einem Wechsel seiner gegenwärtigen gesellschaftlichen Strukturen, das heisst nach der auch hier ante portas stehenden Revolution sein Auskommen haben, nicht zuletzt dank der Petroleumfelder in der fernen Urwaldprovinz Oriente. Doch da beginnt dann das Tauziehen mit den Nordamerikanern, die sich einen nicht mehr tilgbaren schlechten Namen in ganz Südamerika gemacht haben. Diese sehen die Ausbeutung jedoch etwa so an, wie es die "NZZ" schildert: "Der Mangel an ekuadorianischen Fachleuten und die Demagogie vieler Politiker dieses Landes, die ihre Wähler mit billigen Schlagworten über die sogenannte "imperialistische Ausbeutung" und den Egoismus der "Monopolkapitalisten" abzuspeisen pflegen, erschweren es der Oeffentlichkeit, sich ein Bild

über die tatsächlichen Verhältnisse zu machen ... Die Phantasie der Lateinamerikaner ist grenzenlos: allein schon das Wissen um die Existenz verborgener Schätze verleitet hier viele Menschen zu völlig unrealistischen Schlüssen. Man lebt schon jetzt im festen Glauben, dass Ekuador innert weniger Jahre zu den reichsten Oelländern der Welt gehören werde, und dieser Glaube nährt gleichzeitig den Verdacht, dass nicht dem Land, sondern den Amerikanern der Löwenanteil der Gewinne zufallen werde. Von den gigantischen Kosten, welche die Gesellschaften tragen, bis das Oel des Oriente einmal exportiert werden kann, wird selten gesprochen. Die Tatsache, dass sie bis zu jenem Zeitpunkt rund 200 Millionen Dollar ausgegeben haben werden, wird, wenn man sie überhaupt zur Kenntnis nimmt, als eine banale Selbstverständlichkeit betrachtet."

Doch eine Revolution braucht auch in Ekuador ihren Caudillo. Schon hatte man im "demokratischen" Lager gehofft, Velasco Ibarra sei zu alt, noch einmal den Saustall zu reinigen, als er zum Zorn aller Parteipolitiker im Juni 1970 mit Hilfe des Militärs in einem Staatsstreich die Diktatur ausrief. Anlass waren linksextreme Studentenunruhen. Der nationale Sozialist Ibarra aber sprach zu seinen Anhängern auf der Plaza de la Independencia: "Die Mächtigen haben sich bereichert. Aber sie blieben taub und indifferent gegenüber den Schmerzen der Republik. Vergebens habe ich anderhalb Jahre lang die Mithilfe der Privatinitiative gefordert. Von jetzt an wird gearbeitet, und ein jeder sei tätig in dem Rahmen, der ihm zusteht." Das Land nahm mit allgemeiner Zustimmung die Worte auf. Die grosse Presse aber in aller Welt war angefüllt von den Tiraden der ohnmächtigen Politikaster.

*

PERU

"Es ist das erste Mal, dass die Gruppen, die bisher die Geschichte in ihren Händen hatten, die politische Macht verloren haben ... Niemals hat sich unsere Revolution darum gegen irgendeine bestimmte politische oder ideologische Gruppe gerichtet. Das peruanische Volk hat sich vielmehr mit den Streitkräften vereint, um eine tiefgehende Veränderung der Strukturen vorzunehmen ... Es gibt keine Möglichkeit des Verstehens zwischen denen, die die Oligarchie verteidigen und denen, die diese Revolution machen." Mit solchen Sätzen stellt Perus Präsident Juan Velasco Alvarado klar, dass in Peru tatsächlich die bisher weitreichendste Revolution in Südamerika stattgefunden hat. Die spontane Gründung von "Asociaciones Amigos de Perú" in verschiedenen Ländern Südamerikas (*105) zeigt den Widerhall der Peruanischen Revolution von 1968 genau so wie die Tatsache, dass die grossen Freiheitshelden Südamerikas, von Tupac-Amarú bis Sandino (vgl. R 68) und "Che" Guevara (vgl. R 93, 95) wieder einmal im Zusammenhang mit den Taten Velasco Alvarados in aller Munde sind.

Zwei Festungen des Internationalen Establishments wurden sofort im Sturm genommen: 1. Weitere Betrügereien der amerikanischen Petroleumfirma

IPC wurden durch Annullierung der Verträge (*106) unterbunden und mit Gründung der "Petróleos del Perú" die Souveränität auf dem Energiesektor hergestellt. Zweitens: Durch Erlass einer Agrarreform wurden die grossen Latifundien (insbesondere im Küstengebiet, wo die deutsche Familie Gildemeister ihr Zuckerimperium auf 32 213 Hektar kultiviertem und 105 131 Hektar nicht genutztem Boden eingerichtet hatte) an Bauern vergeben. Denn Peru ist weitgehend Bauernland, doch führt der Bauer ein Leben, wie es menschenunwürdiger kaum vorstellbar ist. Für einen Sol (etwa 5 Dollarcents) arbeitet er 12 bis 14 Stunden am Tag und verbringt seine Minuten der Ruhe abgestumpft mit Kokakauen, und für eine Flasche Schnaps dankt er seinem Patrón wie einem Heiligen. Heute schon sind mehr als 4 000 Familien Eigentümer des Bodens, den bisher 50 besassen, und 145 089 Hektar Land wurden an Kooperativen, Dörfer und einzelne Familien vergeben: "Campesino", ruft Velasco Alvarado, "el patrón ya no comerá más tu pobreza!" ("Bauer, der Patrón wird nicht mehr deine Armut fressen!") und wiederholt: "Peru ist ein Beispiel sozialer Gerechtigkeit für ganz Südamerika."

Gerade aber diese Bemerkung macht es uns zur Pflicht, hier allgemeiner auf die Südamerika von gewisser Seite versprochene "Reforma Agraria" einzugehen. Südamerika empfohlen, ja aufgezwungen wird die Agrarreform nämlich ausgerechnet von jenem Kreis von Personen, den wir immer wieder schon bei der Zerstörung der bisherigen Ordnung auftreten sahen. Ausgerechnet zB ein Walt W. Rostow schlug auf der Ministerkonferenz des Interamerikanischen Wirtschafts- und Sozialrats (CIES) im März 1966 in Buenos Aires vor, "Lateinamerika solle die strukturellen Reformen, und zwar besonders die Agrarreform und die Reform der Staatseinnahmen intensivieren".(*107) Die von diesem Personenkreis gesteuerte Regierung der USA macht dann sogar die Erteilung von Anleihen abhängig von vorhergehenden Agrarreformen.(*108) Die "Carta de Punta del Este" vom 17. August 1961, ein Uebereinkommen zwischen den Staatsoberhäuptern Nord- und Südamerikas, stellt "die Notwendigkeit der Aufstellung von integralen Agrarreformen entsprechend den Besonderheiten eines jeden Landes fest" und zwar "weil solches das ungerechte System der Landhaltung (tenencia) und der Ausbeutung der Erde erfordert". Die III. Tagung des CIES in Lima im Dezember 1964 erklärt: "Die strukturellen Veränderungen, die eine Agrarreform beinhaltet, sind Grundbedingung für die Entwicklung der Länder der Region. Und damit diese Reform überhaupt Wert hat, muss sie einen Wechsel im Besitz des Landes hervorrufen ... Angesichts der anakronischen Struktur des Landbesitzes (tenencia de la tierra), ist eine substantielle Reform notwendig. Es ist nicht annehmbar, dass etwa Ausdehnung der landwirtschaftlichen Produktion und Kolonisation eine Agrarreform ersetzen." So, wie schon die Carta de Punta del Este es ausspricht, "muss die Reform an der tatsächlichen Umformung der Strukturen orientiert sein und hat in kürzester Frist alle legalen und politischen Hindernisse zu überwinden, die ein Aufschieben der damals eingegangenen Verpflichtung verursachen könnten". Die Konferenz von Viña del Mar, 13.3.1965, wiederholt das gleiche, ebenso dauernde Erklärungen der UN, der FAO, des Interamerikanischen Instituts der Landwirtschaftswissenschaften und alle Konferenzen und Kurse, die unter der Aegide der eigens dafür gegründeten CIRA (Centro Interamericano de Reforma Agraria) stattfanden. Ins gleiche Horn stösst die südamerikanische Dependenz des Internationalen Arbeitsamts, die ORIT. Agrarreform bedeutet also nach Ansicht dieser Befehlsstellen Beseitigung der bisherigen Besitzverhältnisse und Aufteilung des Grundbesitzes. Aufgestellt wird diese Forderung aus einer "egalitären Konzeption marxistischer Provenienz" heraus, rührt also her von einer "Gruppe präkonzipierter Ideen, die eine absolute wirtschaftliche Gleichheit als Aus-

fluss der menschlichen Gleichheit ohne Rücksicht auf alle historischen oder wissenschaftlichen Tatsachen fordert".(*109) Es wird gesagt, dass erst die Herstellung eines solchen Zustandes gesunde nationale Verhältnisse schaffe.

Wie sehen denn nun aber die Tatsachen aus? Sprechen wir von Argentinien. Nach der letzten Zählung 1960 betrug der Anteil der Wirtschaftseinheiten von 1 bis 1 000 Hektar 91,2% aller Einheiten überhaupt, auf 44,8 Millionen Hektar. Es waren das 442 357 Produktionseinheiten. (Die grossen "ungerechten" Besitzungen betrugen also überhaupt nur 8,8%!) Dividieren wir Landfläche durch Zahl der Einheiten, so erhalten wir die zu ordentlicher Ausnutzung völlig unzureichende Zahl von 101 Hektar, das heisst eine Grundfläche, die 3½fach geringer ist als das Minimum, das nach Auffassung des damaligen Landwirtschaftsministeriums erforderlich ist, um unter wirtschaftlichen Bedingungen produzieren zu können. (Heute gilt in Fachkreisen 5 000 Hektar als Minimum!) Die im Jahre 1969 erfolgte Registrierung des landwirtschaftlich nutzbaren Bodens ergab dann sogar die Existenz von 623 000 Wirtschaftseinheiten gegenüber insgesamt 483 494 Einheiten neun Jahre davor. Die Parzellierung des Grundbesitzes wuchs also in diesem Zeitraum um weitere 50% an. (Die Gründe dafür liegen in dem geltenden Erbrecht, der geringen Rentabilität angesichts hoher Steuern und Soziallasten.) Wir erleben also eine wachsende Aufteilung des Landes. Dieses Land aber wird heute zu 53% vom Eigentümer selbst bewirtschaftet (1937 waren es noch 37,9%), während der Anteil der Pächter im gleichen Zeitraum von 44,3 auf 17% zurückging. Vergleichen wir damit die Verhältnisse in Nordamerika, so sehen wir dort das Bestreben zur Ausdehnung der Landflächen pro Wirtschaftseinheit und erleben ein Anwachsen der gemischten Pächter-Eigentümer-Gesellschaften und ein deutliches Absinken der Landbevölkerung, also gerade das, was dieses Land für Lateinamerika verdammt, für ein Lateinamerika, welches sowieso schon mit seinem landwirtschaftlichen Besitz am Minimum guter Leistungsfähigkeit angelangt ist.

Die von Walt W. Rostow und den anderen internationalen Quellen stammenden Vorschläge gehen also kurz und bündig auf eine Zerstörung der landwirtschaftlichen Produktionskapazität Lateinamerikas hinaus. Ueber diesen Punkt gibt es an Hand der umfangreichen sachlichen Literatur überhaupt keinen Zweifel mehr.(*110) Es fragt sich darum nur, ob der Grund für dieses eindeutig böswillige Vorgehen im internationalen Konkurrenzkampf zwischen Nordamerika und Lateinamerika zu suchen ist, oder aber ob Absicht die Verarmung Lateinamerikas ist, um es leichter in die vorgesehene Einwelt einreihen zu können. Es spricht zunächst vieles dafür, dass Nordamerika die Agrarreformen Lateinamerika deswegen aufladen will, weil es dann den Getreide- und Fleischexport nach Europa, Asien und Afrika noch weiter zu Lasten dieses Subkontinents forcieren kann, wie es dieses bereits jetzt in steigendem Masse tut. Die Vereinigten Staaten brauchen diesen Export sehr dringend, um ihre Zahlungsbilanz auszugleichen. Die Vereinigten Staaten haben ausdrücklich den Vorschlag Kolumbiens auf der OEA-Ministerkonferenz Februar 1967 abgelehnt, mit Lateinamerika "eine Handelsgesellschaft zur gemeinsamen Verteidigung der lateinamerikanischen landwirtschaftlichen Erzeugnisse auf den Weltmärkten" zu schaffen. Die Vereinigten Staaten haben derartige Bindungen vielmehr immer systematisch abgelehnt, einschliesslich bei den GATT-Verhandlungen; "Sie haben als grosse Produzenten und Exporteure landwirtschaftlicher Produkte sich vielmehr immer darum bemüht, ihre ungünstigen Staatsfinanzen auf Kosten unserer lateinamerikanischen Interessen aufzubessern."(*111) Sie haben es vor allem auch mit auffallender Zustimmung (!) hingenommen, dass das Riesenlandwirtschaftsunternehmen der Grace & Co.(Peru) mit 1Million Dollar (bei einem Schätzwert von wenigstens 25 Millionen Dollar) enteignet wurde. Doch

alle diese sicher vorliegenden und tätigen nordamerikanischen Interessen erklären dennoch nicht, wieso es möglich ist, dass die Reforma Agraria in allen möglichen Kreisen Südamerikas als das grosse Wunder dargestellt und als Forderung sozialer Gerechtigkeit und nationaler Notwendigkeit ENTGEGEN ALLER VERNUNFT, ENTGEGEN ALLER NATIONALEN INTERESSEN, ENTGEGEN ALLER TATSAECHLICHEN MOEGLICHKEITEN AUF BESSERUNG DER SOZIALEN VERHAELTNISSE, hingestellt wird, propagiert von Feinden nationaler Grösse in den USA wie Walt Rostow und Alger Hiss. Es ist unmöglich, hinter den tausendfachen Aeusserungen in den verschiedensten Zeitungen, Zeitschriften, grossen Stiftungen, Universitäten, Organisationen in Südamerika nicht die USA zu sehen. Bei dem Argwohn, den ja diese Völker Uncle Sam gegenüber hegen, wäre eine derartige Herkunft ihnen mehr als suspekt und man würde anstatt nachzubeten protestieren. Wer aber hat allein Gewalt über alle diese Organe? Der Leser selbst wird am Ende dieses Buches sich die richtige Antwort geben. Bis dahin stellen wir nur zunächst einmal ganz eindeutig und unwiderlegbar fest, dass Südamerika dabei ist, auf einen der grössten Schwindel dieses Jahrhunderts hereinzufallen und sich selbst zu zerstören.

Sieht man, wie gerade Lima in den vergangenen Jahren immer wieder zum Tagungsort für diese Bestrebungen genommen wurde, so ist es auch kein Wunder, dass hier der Funke zuerst zündete. Doch ein solches Gesetz wie die Reforma Agraria ist in jedem Falle nur einmal der Anfang. Jetzt heisst es, die Bodenschätze des Landes zu heben. Und das sollte aus eigenen Mitteln geschehen, wollte man nicht in neue Abhängigkeit geraten. Doch diese eigenen Mittel sind nicht vorhanden. Mit so wenigen Worten ist darum auch das ganze Problem des Nationalismus umschrieben. "Grosse Inversionen sind notwendig." "Wer die Gesetze unseres Landes berücksichtigt, ist herzlich willkommen" heissen die entsprechenden Worte des Präsidenten. Bringt das aber nicht erneute Abhängigkeit mit sich? Ist darum Nationalismus nicht ein Unding in unseren Tagen? Ist es also für drei Viertel der Welt, für alle diejenigen, die nicht auf der höchsten Stufe der technischen Entwicklung stehen, unmöglich, frei zu werden, verboten, national zu denken?

Da solche Hilfe aus dem Ausland, bezahlte Hilfe notwendig ist, werfen sich die verschiedenen nationalen Pole Perus (und anderweitig in Südamerika) denn auch vor, in der Annahme solcher Hilfe (die sie dann jeweils in Anführungsstriche setzen) zu weit zu gehen und das Land unter fremder Ideologie oder hoher Zinsenlast zu begraben. Haya de la Torre und seine, jetzt auch aufgelöste Partei, die APRA, beschimpfen die Militärs, die "ihnen ihre Gedanken gestohlen haben", dass sie "ein Jahrhundert lang die Lakaien der Reichen" gewesen seien, und diese wieder erinnern den "Ehrenkonsul der Vereinigten Staaten in Peru" daran, dass seine Partei unter dem "reaktionären Diktator General Odria" fleissig mitregiert habe. Und die ebenfalls in Opposition zur Regierung stehende konservative Zeitung Limas, "La Prensa", meint, dass "die mit der Agrarreform bezweckte Nivellierung nicht etwa alle ein wenig besser stellen wird, sondern eher alle ruinieren werde".

Tatsache ist, dass die Regierung bisher kein starkes Band mit der breiten Oeffentlichkeit knüpfen konnte. Die regierungsnahe Bewegung Movimiento Patriótico Nacional steht einem ausgesprochenen Klima starker Indifferenz in den Massen der Bevölkerung gegenüber, eine also ausgesprochen undankbare Ausgangslage für die Regierung Alvarado. Denn, wollen wir für uns die eben gestellten Fragen beantworten: Es kommt ja zunächst einmal auf die Einstellung zum eigenen Volk an, auf das Gesicht einer Regierung. Ist dieses sauber und ehrlich national, so sind alle weiteren Schritte – menschliche

Unzulänglichkeiten und Fehler ausgenommen – von dieser Haltung her zu bemessen, und es wird also auch notwendige Zusammenarbeit mit dem Ausland immer nur in diesen Grenzen angesucht und nicht vom persönlichen Gewinnstreben Einzelner abhängig gemacht. Internationale Zusammenarbeit bedeutet doch sicher keineswegs ausschliesslich Dirigismus von einer New-Yorker Zentrale aus, sondern im Gegenteil Zusammenwirken gleichberechtigter national-eigenständiger und sich selbst führender Partner. Erst gerade die unbedingte nationale Haltung einer Regierung gewährleistet in der heutigen Lage von Staaten in so durchsichtigen Wänden eine tatsächliche Eigenentwicklung der Völker im Sinne ihrer so verschiedenen Identitäten. Gerade das technische Gefälle in unserer heutigen Welt macht darum den Nationalismus zur conditio sine qua non für eine jede Regierung, die eine solche Bezeichnung verdient. Neokolonialismus ist das Ergebnis, wo solcher Nationalismus nicht auf die Fahnen geschrieben wird.(*112) Dass das nicht der Fall war unter den bisherigen Regierungen, "dass die Oligarchie mit der Demokratie Schindluder trieb und sie prostituierte" (Velasco Alvarado 12.10.69), gibt allein schon der Peruanischen Revolution ihr geschichtliches Recht zum Handeln. Sollte es aber wieder zur Befragung des Volkswillens kommen, "so wird die Regierung von einer wirklichen nationalen Mehrheit zu wählen sein und nicht von gewissen Minderheiten oder Gruppen innerhalb solcher Minderheiten, wie es bisher der Fall zu sein pflegte" (Velasco Alvarado 10.10.69). Man wird also wohl, im Gegensatz zu einigen anderen Ländern Südamerikas, keine Sonderbriefmarke mit dem "L" der Lions alias Leones in Peru als Anbetung solcher kapitalistischer Minderheiten erwarten dürfen.

Die somit nicht völlig vermeidbare notwendige Abhängigkeit vom Ausland wird so gestaltet, dass durch ihre Diversifizierung politische Folgen möglichst vermieden werden. Kontakte mit verschiedenen Ländern des Ostblocks wurden darum angeknüpft und die israelische Ingenieursfirma "Tahal" soll 30 000 Hektar Reisland erschliessen. Vor allem meint man aber, die Vereinigten Nationen bei vier wichtigen Vorhaben heranziehen zu müssen: Gestellung von Technikern, Beratung durch die FAO, Errichtung einer Höheren Verwaltungsschule und Richtlinien für den Tourismus. Es fragt sich natürlich, ob nicht mit d i e s e n Bindungen ein Verblassen der nationalen Ziele einsetzen wird, ob nicht dem Erzfeind aller bodenständigen Freiheit dadurch Tür und Tor für seine zersetzende Propaganda geöffnet werden. Sicher gehen kann man daher nur insoweit, wie es auch Edgardo Seoane, der Führer der regierungstreuen Acción Popular ausdrückt: "Jedes erreichte Ziel ist Ausgangspunkt für weitere Verwirklichungen unserer revolutionären Dynamik."

---

*105 – zB in Buenos Aires unter Leitung des bekannten Nationalisten Arturo Jauretche (calle Beruti Nº 2426).

*106 – Zum Ueberlaufen kam das Fass, weil die "Seite Elf" des letzten Vertrages, auf welcher die Amerikaner alle möglichen Sicherheitsklauseln eingebaut hatten, als die Oeffentlichkeit sie sehen wollte, einfach verschwunden (!) war. Das war der Funke, der die Revolution auslöste.

*107 - "La Nación", Buenos Aires, 13.3.1966.

*108 - Ronald T. Ely, "El Panorama Interamericano" in "Journal of Inter-American Studies" der Universität von Florida, April 1966, Vol.VIII, Nº2, S.316, zitiert bei Víctor Luis Funes, "La Tierra en nuestro País y los Estados Unidos", herausgegeben von der argentinischen "Sociedad Rural", Florida 460, Buenos Aires, Anfang 1969. Diese Arbeit dient auch als Grundlage für die hier folgenden weiteren Ausführungen.

*109 - Funes, S.3.

*110 - Wir zitieren nur Gerald M. Meier und Robert E. Baldwin, "Desarrollo económico", Editorial Aguilar, Madrid 1964, insbesondere S.280. Ausserdem: José Vázquez Flores, "El falso concepto sobre Latinoamérica" in "El Universal", México. Ausserdem: Michel Cépède et Maurice Lengelle, "Economía Mundial de la Alimentación", Edit. Salvat, Barcelona 1956, insbesondere S.598. Ausserdem: Juan Papadakis, "Geografía Agrícola Mundial, Edit. Salvat, Barcelona 1960 und ausserdem: Alberto Boerger, "Abastecimiento mundial y Agricultura moderna", Edit. Salvat, Barcelona 1957. Ausserdem: Norberto Ras, "Consideraciones sobre la productividad ganadera de la América Latina" in der Zeitschrift "Hereford", Buenos Aires, Oktober 1969, S.634.

Besonders aktiv beteiligte sich an der Ausbreitung dieser Wahnidee das 1963 in Lima/Peru tagende "Lateinamerikanische Seminar über Agrarreform". Die Mehrheit seiner Teilnehmer hatte Stipendien der Rockefeller-Stiftung. Unter den vortragenden Professoren fanden wir militante Linksliberale wie Solon Barraglough, James Becket, Alger Hiss, Marvin Sternberg, David Chaplin, und viele andere mehr.

*111 - Funes, S.18.

*112 - Der brasilianische Wirtschaftswissenschaftler Gelso Furtado ("La concentración del poder económico en los Estados Unidos y sus reflejos en América Latina") betont: "In Abwesenheit einer autonomen Definition der nationalen Interessen eines jeden Landes muss sich ein solcher Prozess (gemeint ist das Vorgehen der im folgenden beschriebenen Konglomerate, d.V.) in klare wirtschaftliche Beherrschung verwandeln." Furtado weist auf das Eindringen von nordamerikanischen Firmenkomplexen hin, sogenannten Konglomeraten, die sich "auf der Suche nach wirtschaftlicher Stabilität heterogen in funktionaler wie in geographischer Hinsicht auf die verschiedensten Gebiete ausdehnen". Ihr Vorrücken "schwächt den Staat in seiner Entscheidungsfähigkeit". Es muss "darum die Entwicklungspolitik aufs engste gekoppelt werden mit dem Kampf um die Erhaltung der nationalen Persönlichkeit", widrigenfalls durch diese Konglomerate "die kulturelle Einheit des Landes, eines jeden Landes zwangsläufig verloren geht". Daher meint er "für Lateinamerika, dass die multinationale Betätigung sich nur dann zu einer positiven Lebensäusserung entwickeln kann, wenn vorher der nationale Staat als Zentrum aller grundsätzlichen Entscheidungen eindeutig aufgebaut wird".

Für Brasilien betont Furtado im zweiten Teil seines beachtenswerten Buches, dass dann, "wenn man ruhig hinnimmt, dass die kleine Minderheit, die den grössten Teil unserer Produktionsmöglichkeiten kontrolliert, über die Macht und über die Mittel verfügt, sich einer Entwicklungspolitik zu widersetzen, die ihren Anteil am Nationaleinkommen vermindern würde", es völlig sinnlos ist, weiter über Wege aus der derzeitigen Unfreiheit hinaus zu spre-

chen.

Fügen wir gleich an dieser Stelle den praktischen Fall an, dass der vormalige argentinische Wirtschaftsminister Adalbert Sully Krieger Vasena Ende 1969 zum Direktor und Mitglied des Exekutiv-Komitees der DELTEC INTERNATIONAL LTD. ernannt wurde. Diese Firma hat ihren Sitz im einkommensteuerfreien Nassau auf den Bahamas und kontrolliert nicht weniger als die folgenden in Argentinien tätigen Riesenfirmen: Frigorífico Swift, Armour, Compañía Inversora y de Seguros Argentaria, Ingenio Leach u.a. Er erhält für diese Stellung ausser Beteiligungen, Reisespesen, Kommissionen u.ä. den Betrag von etwa 45 000 000 pesos m/n. jährlich, auszahlbar auf den Bahamas. (Quelle: "Mundo Nacionalista", Buenos Aires, 5. Dezember 1969, S. 9.) Der ehemalige Wirtschaftsminister des Generals Onganía wird dabei mit einem der schwersten Schimpfworte Südamerikas belegt: "Vendepatria", "Vaterlandsverkäufer".

*

BOLIVIEN

Es war Teil der freiwillig übernommenen Verpflichtungen, dass Präsident Barrientos im Helikopter in die entferntesten Dörfer flog und die örtlichen Probleme mit seinen Bauern besprach. Bei einem solchen Flug verunglückte er am 27. April 1969 tödlich. Argentiniens Präsident Onganía, der unverzüglich zu den Trauerfeierlichkeiten flog, belegte mit dieser Geste die Grösse des Verlustes, den Bolivien erlitten hatte. Denn Barrientos hatte den Weg gefunden, der notwendig war gegen Ichsucht, Freibeutertum und Müssiggang in den höheren gesellschaftlichen Schichten des Landes und auf dem er ohne die Mittel des Umsturzes den sittlichen Staatszweck zu erreichen trachtete. Verfassungsgemäss folgte ihm Siles Salinas im Amt, doch fehlte dem Diadochen nicht nur die Persönlichkeit seines Vorgängers — ohne welche in Südamerika niemals viel erreicht werden kann — , es gelang ihm auch nicht, das Vertrauen des Heeres zu erlangen. So löste ihn denn schon im September des gleichen Jahres der bisherige Oberbefehlshaber, General Alfredo Ovando Candia, in einer unblutigen Revolution ab. Mit Ovando Candia schwang das Pendel der bolivianischen Politik ein deutliches Stück in jene Richtung, die man mit "links" zu bezeichnen pflegt. Zu Grundsätzen der neuen Regierung wurden erklärt: "Solidarität mit jenen Völkern, die gegen den Kolonialismus kämpfen", "Verteidigung des Rechts der unterentwickelten Länder, souverän über ihre Naturschätze zu verfügen". Letzteren Gedanken setzte die Regierung mit der Nationalisierung der amerikanischen Gulf Oil dann bereits im Oktober 1969 in die Tat um.

"Dies ist der Tag der nationalen Würde ... Uns genügt es, dass wir heute sagen können, wir haben unsere Pflicht getan", waren die Worte General Candias am 17.Oktober bei Besetzung der Anlagen der Gulf Oil. Auf die Drohungen, die daraufhin aus Washington eintrafen und die konkret unterstützt wurden von Bonn (denn die deutsche Firma Ferrostal stellte sofort schlagartig

den Transport von nahtlosen Röhren nach Bolivien ein, liess in Rosario/Argentinien einen Frachtzug sogar noch in letzter Minute anhalten) antwortete "Mundo Nacionalista"/Buenos Aires: "Bolivien kann ohne Schwierigkeiten eine in sich abgeschlossene Wirtschaft des Widerstandes praktizieren. Das ist nicht der ideale Weg, den die Industrialisierung bedeuten würde, aber diese Möglichkeit bildet eine gute Verteidigung im Falle, dass die Mentalität der "gorilas" (*113) à la Hickenlooper weiterhin meint, Bolivien unter Druck setzen zu können."

Das Vorgehen gegen den "Superstaat im Staate", wie die Gulf genannt wurde, fand allgemeine Zustimmung in Bolivien. Doch sollte das für viele nur einen Anfang bedeuten. Studenten wie Gewerkschaften fordern seitdem immer wieder die völlige Sozialisierung des Landes, die grundlegende Abkehr vom kapitalistischen System. "Bolivia socialista" ist das Schlagwort, das mit seinem dauernden Wetterleuchten den Horizont des Altiplanos erhellt.

Die Regierung bemüht sich, diesen Strömungen gegenüber ein Zusammenbrechen der allgemeinen Ordnung zu verhindern. Mit der Erschiessung von Guido "Inti" Peredo, dem Nachfolger "Che" Guevaras, erlitt die Guerrillatätigkeit einen empfindlichen Schlag, doch ist heute die Entwicklung schon nicht mehr von diesen Einzelkämpfern im Urwalde abhängig. Erschwert wird die Lage der Regierung aber auch dadurch, dass die Vereinigten Staaten in den ersten Monaten 1970 ihre Zinnreserven auf den Weltmarkt warfen und so der Wirtschaft Boliviens eine ganz erhebliche Einbusse an ihrem Hauptexportartikel zufügten. Die zuständigen bolivianischen Persönlichkeiten betonten, dass "der Gewinn der Vereinigten Staaten aus diesem Vorgehen in keinerlei Verhältnis steht zu dem Schaden, der dadurch Bolivien und anderen Zinnproduzenten zugefügt wird". Die Vorgänge zeigen, wie sehr Bolivien abhängig ist von den Vereinigten Staaten. Der Ankauf von drei 40 000-Tonnen-Frachtern in London (die von Chile aus mit chilenischen Seeoffizieren fahren müssen), die den Grundstock einer eigenen Handelsmarine bilden sollen, stellt allererste Schritte dar auf dem Wege zu nationaler Unabhängigkeit. Ob allerdings das (angenommene) amerikanische Angebot von Studienfreiplätzen für Bolivianer in den Vereinigten Staaten nur erfreuliche Folgen haben wird, ist noch sehr die Frage. Immerhin stehen diejenigen, die mit verdrehten Köpfen in die Heimat zurückkehren vor der Tatsache, dass Bolivien im Januar 1970 die Todesstrafe einführte für Vatermord, Vaterlandsverrat, Vergewaltigungen und andere Sittlichkeitsverbrechen. Von Juni bis Oktober 1970 erlebt Bolivien dann wieder eine Welle von Revolutionen, die mit dem ehemaligen Oberbefehlshaber des Heeres General Torres auf dem Präsidentenstuhl enden. "Befreiung von den Strukturen der Abhängigkeit und Beteiligung des Volkes" sind seine nationalen und sozialen Ziele. Das Hin und Her aber dieser Revolutionen bewies, dass der merkantile Sektor, im Gegensatz etwa zu Argentinien, nicht stark genug ist, die biologischen, bodenständigen Kräfte zu überwältigen. Mit beiden unglücklich vermählt, quält sich die spanisch-indianische Seele Boliviens wohl weiterhin ab mit Kapitalismus und Marxismus, zeigt aber gerade in diesen Wochen Aspekte hin zu einer gesunden Eigenentwicklung, in welcher Richtung und Tempo nicht von den Planern im Auslande sondern von Bauern und Minenarbeitern bestimmt werden. Der endliche Zusammenbruch der eklen Händlerwelt ist vielleicht nur noch eine Frage von Jahren hier im Herzen der Kordillere.

*113 – Gorila, ein Schimpfwort, das in Südamerika in erster Linie angewandt wird auf Militärs.

Zu der hier im nächsten Abschnitt angeschnittenen Frage des Weltzinnmarktes verweisen wir auf die Ausführungen im Kapitel "Ghana".

*

PARAGUAY

Man darf wohl als bemerkenswert die Tatsache bezeichnen, dass der von Nixon ausgesandte Hochgradfreimaurer Nelson Rockefeller in allen Staaten Südamerikas auf das unfreundlichste empfangen wurde, mit einer einzigen Ausnahme: ohne jeglichen Zwischenfall ging in deutlicher Harmonie der Besuch bei dem Diktator in Asunción vor sich. Trotzdem ist gewissen Kreisen der sichtliche Aufschwung Paraguays gar nicht genehm. Im November 1969 muss so das amtliche Blatt der Regierungspartei (Partido Colorado), "Patria", von einer "internationalen Verschwörung" sprechen, die mit Hilfe gewisser Geistlicher und Wirtschaftskreise versucht, Stroessner zu stürzen. Dass dieser erst eben erneut mit 70 Prozent aller Wählerstimmen Präsident wurde, interessiert ja nicht bei den unermüdlichen kleinen Teufeln, die so gerne die Hölle auf Erden vollenden möchten.

Die beiden Freihäfen, die Paraguay neuerdings in Brasilien (Paranaguá) und Argentinien (Buenos Aires) für seinen stark angewachsenen Ueberseehandel hat, konkurrieren miteinander im Wettstreit um die Versorgung des Landes. Unterstaatssekretär Julio César Schupp gelang es, diese wichtigen Wirtschaftswege vom Meer her bis ins eigene Land mit den modernsten Mitteln auszubauen und durchzuorganisieren, sodass heute Paraguay in einem bis vor kurzem kaum denkbaren Umfang sich wirtschaftlich auf eigene Füsse stellen konnte. Sehr viel haben dazu die sittlich hochstehenden Mennoniten beigetragen, die ein sauberes Staatsethos mit edelstem Gemeinsinn zu füllen verstanden und heute schon identisch sind mit dem grossen Ansehen, welches Paraguay in der Welt geniesst.

*

CHILE

ist bei einer Nord-Süd-Ausdehnung von 4 300 km und bei mittlerer Breite von nur 190 km von 9 Millionen Menschen bewohnt, die also in völlig verschiedenen Klimaten und Arbeitszonen leben. Die Industrie ist im Raum um Santiago konzentriert, die Landwirtschaft hat ihren Schwerpunkt im Süden. Aufgeschlossen wurde dieses Urwaldgebiet (unter sehr starker Beteiligung deutscher Einwanderer) unter schwersten Bedingungen erst seit etwas mehr als 100 Jahren. Aller Gewinn aus dieser harten Arbeit wurde von den fleissigen Landwirten immer wieder in den Boden gesteckt und weiteres Neuland laufend dem Urwald abgerungen. So entstanden im Süden auf unbebautem Urwaldboden Landschaften, wie wir sie von Europa her kennen. Mehr als 1 Million Liter Milch liefert heute täglich die Provinz Osorno. Nirgends gibt es Elend im Süden Chiles. Die Wohnsiedlungen Osornos sind ein Beispiel für das gesamte Land. In den Industriegegenden sieht es anders aus. Da gibt es die berühmten villas miseria. Denn den bisherigen Regierungen gelang es nicht, diesen Menschen würdige Wohn- und Lebensverhältnisse zu schaffen. Korruption, ein aufgeblähter Beamtenapparat und dauernder Devisentransfer der in Minen und Industrie tätigen Monopole verhinderten volkswirtschaftliche Lösungen.

In dieser Lage stiess die Freimaurerei nun von New York aus vor, um auch hier die Festung des unabhängigen, souveränen Menschen zu erobern. Völlig aus der Luft gegriffen, völlig sinnlos, ja widersinnig wurde behauptet und propagiert, dass Schuld an der ungerechten Besitzverteilung, an dem Elend in den villas miseria die daran völlig unbeteiligte Landwirtschaft habe. Ausgerechnet jener Erwerbszweig, der in einem Jahrhundert wahre Entwicklungswunder schuf, dessen Vertreter für ihre grossen Leistungen geehrt werden müssten, werden als Volksschädlinge hingestellt, werden ausgestossen aus dem Volksganzen, werden rechtlos gemacht, als "momios" (Mumien) beschimpft und enteignet: "Der Landeigentümer hat im Rahmen der Privatwirtschaft aufgehört zu existieren. Die Regierung bestätigt, dass die Bauern eine Gruppe darstellen, die sich von allen übrigen unterscheidet. Sie will aber Nutzen ziehen aus seiner Erfahrung. Das Recht zur Reserve, im Falle der Enteignung, wird abgeschafft werden und geht über in eine Art Konzession, welche die CORA dem Landwirt erteilen kann. Der Landwirt darf sich dann in einen landwirtschaftlichen Berater der CORA verwandeln, wobei ihm ein Lohn gezahlt wird in Anrechnung auf die Anzahlung, die ihm bei der Enteignung gesetzmässig zusteht. Alle Maschinen, Möbel, Tiere usw. werden ebenfalls enteignet werden." ("La Prensa", Osorno, 31.12.70.) In diesem Geist geht der jüdische Landwirtschaftsminister Jacques Chonchol vor. Ausführendes Organ ist die CORA, deren Exekutivdirektor der in Washington instruierte Herr David Baytelmann-Goldenberg. Kurz vor Jahresende 1970 wurden noch schnell alle diejenigen Güter von ihm besetzt, die die vorherige Regierung Frei bereits enteignet hatte. "Stark bewaffnete Kontingente von mehr als 300 Polizisten und Soldaten besetzten ohne Voranmeldung die Güter und befahlen den Eigentümern, in einer halben Stunde den Hof unter Zurücklassung allen Besitzes zu verlassen." ("La Prensa", 29.12.70.) Wir waren persönlich anwesend und bestätigen die Richtigkeit dieser unglaublichen Pressemeldung. Das nennt man "legales Vorgehen". Im Gegensatz zur "Besetzung" von Höfen durch "Extremisten". Dr. Allende, mit 34% der Wählerstimmen Präsident seit September 1970, versucht, das Image zu retten, fährt aufs Land, und bittet, von weiteren solchen Aktionen abzusehen. Vergebens. Seinem eigenen Innenminister, dem bärtigen José Toha, sind diese Vorgänge sogar willkommener Anlass, die Landwirtschaft als Gan-

zes zu zerstören: "Eine Gruppe von Landwirten hat mit Gewalt geantwortet, als diese Landbesetzungen bereits nachliessen. (Es kommt zu Verzweiflungstaten. Der Landwirt Landarretche vertreibt im Notstand Eindringlinge mit Schüssen. Die Regierung nimmt daraufhin nicht etwa jene, sondern zehn Landwirte fest und spricht von Verschwörung! - 27.12.70.) Wer meint, die Regierung in Gefahr bringen zu können, hat sich schwer geirrt. Solche Herren werden in deutlichster Weise die Stärke der Regierung und deren Unterstützung durch das Volk zu spüren bekommen."(27.12.70) Und der sozialdemokratische Senator Luengo will glauben machen: "Diese Vorgänge sind sozial und wirtschaftlich begründet, nicht etwa politisch."

Das wird in dem Augenblick gesagt, da Bolivien Debray nach Chile entlässt, wo er dann untertaucht, und der Innenminister der Presse mitteilt: "Debray ist ein freier Mann. Er kann hingehen, wohin er will." Und Debrays argentinischer Guerrillagenosse Ciro Bustos nach Empfang beim Staatspräsidenten (!) verkündet: "Ich werde jetzt für die lateinamerikanische Revolution kämpfen und bei dem gegenwärtigen chilenischen Prozess mithelfen so viel ich kann." Damit aber dabei auch ja nichts passieren kann, befiehlt die Regierung die Registrierung aller Feuerwaffen (28.12.70).

Nur ihren Freunden werden sie belassen. Der Bischof von Osorno muss seine Radiostation "La Voz de la Costa" am 31. Dezember 1970 schliessen, da bewaffnete Banden drohen, sie zu zerstören und die örtliche Landbevölkerung nach vergeblicher Verständigung der Polizei mit der Verteidigung ihrer Sendestation gegen jene "stark bewaffneten ortsfremden Studenten" in Selbsthilfe droht. Um solches Blutvergiessen zu verhindern, fliegt er nach Santiago, um den Staatspräsidenten zu ersuchen, die Rechtsstaatlichkeit wieder herzustellen.

Da aber auch solche Eingriffe noch nicht das erwünschte Chaos herbeiführen, gehen andere Banden dazu über, das Vieh von den Weiden und in die Kordillere zu treiben, um so ein "despoblamiento de la masa ganadera del campo", eine Entvölkerung der Viehfarmen mit entsprechenden Folgen für die Ernährung hervorzurufen. ("La Prensa", 29.12.70.)

Schon jetzt ist die Lage so, dass die Industrie- und Handelskammer von Osorno (31.12.70) dem Präsidenten der Republik telegraphieren muss: "Mit ernster Sorge stellt diese berufene Vertretung von Handel und Industrie die wachsenden Gewaltübergriffe gegenüber der Landwirtschaft fest. Es ist wohl nicht notwendig, Ihnen zu sagen, dass das gesamte dynamische Leben des Südens auf der Landwirtschaft aufgebaut ist und dass eine Schädigung derselben negativen Einfluss auf den Fortschritt im Süden haben muss. Wir ersuchen um Ihre entschiedene Aktion zur Garantierung des Privateigentums und der unbegrenzten Sicherung des Rechtszustandes, den Sie selbst so oft anriefen..." Selbst also jene Kreise, die von ihren Leones-Brüdern in Argentinien (wie wir noch sehen werden) beruhigt werden, um das Gesamtkonzept der Weltgängelung in zwei so verschiedenen Ländern nicht zu stören, beginnen aufzuwachen.

Das von Alessandri (dem heutigen Oppositionsführer also) 1965 in Befolgung lieber nordamerikanischer Ratschläge (vgl. bei "Peru") erlassene Gesetz zur Enteignung des Grossgrundbesitzes war von Gutwilligen gedacht um eine soziale Besserstellung der Landbevölkerung und eine höhere Produktion zu erzielen. Beides liegt heute in weiterer Ferne denn vorher. In einer Gesetzesnovelle wird jetzt allen (also auch den kleinen) Landwirten sogar befohlen, die Häuser ihrer Hilfskräfte (inquilinos) und für jeden weitere 10 000 Quadratmeter der CORA als Eigentum zu übertragen. Nicht also die in der Landwirtschaft Tätigen erhalten dieses Eigentum, sondern die Kolchosenverwaltung. Und mehr noch: wer von den Landwirten sozial dachte und seinen Knechten Häuser baute, erlebt jetzt diese Enteignung. Wer asozial

solches nicht tat, dem wird jetzt auch nichts genommen.

Der bereits genannte Herr David Baytelmann-Goldenberg verkündet am 31.12.70 (in Klammern dazu eigene Bemerkungen): "Die jetzt erfolgte Besitzergreifung von Fundos, die bereits von der vorherigen Regierung enteignet wurden, stellt den einleitenden Schritt dar für den eigenen Landwirtschaftsplan dieser Regierung. Als wir die CORA übernahmen, verzeichnete ihre Kasse ein Defizit von 80 Millionen Escudos. Zunächst einmal zahlten wir dennoch die Löhne der auf den verstaatlichten Gütern tätigen Arbeiter, die zwei und mehr Monate im Rückstand waren (früher war das undenkbar. Heute wird das wohl zur Regel werden) ... Unsere Tätigkeit (der Besitzergreifung) vollzog sich in absolut friedfertigem Klima (en un clima absolutamente pacífico) (mit 300 Schwerbewaffneten, unter Zuhilfenahme der Luftwaffe, ohne Voranmeldung dringt man in den Hof ein, der "friedfertig" solches geschehen lässt) ... Bei diesen Besuchen konnten die Vertreter der Regierung die geschlossene Zustimmung der Landbevölkerung zu den Plänen der Agrarreform feststellen, denn man ging unverzüglich an die Arbeit, indem man die Verwaltungs-, Ernte-, Bewässerungs-, Melk- und anderen Brigaden bildete (bisheriges technisches Personal, das politisch indifferent war, wurde auf andere Posten gesetzt. Der Staatsfundo Rupanco entsandte zur Rapssaat 1970 von 35 neugekauften Traktoren ganze 2 fahrfähige) ... Der kleine Landwirt hat nichts zu fürchten. Im Gegenteil, der derzeitige Prozess ist zu seinem Vorteil, sowohl, was die neuen Märkte angeht, die durch die Erhöhung der Volkskaufkraft geschaffen werden (wir hörten bereits, was die Handelskammer dazu meint), als auch, was die Kredite und die technische Hilfe angeht, über die sie in Zukunft verfügen werden. (Allende reichte bereits einen Antrag auf Verstaatlichung der Banken ein. Die gleichzeitig vorgesehene Verstaatlichung der Minen geht weit über das hinaus, was bereits die Regierung Frei auf diesem Gebiet mit dem Erwerb von 51% aller Aktien für Chile durchgeführt hatte. Die so kürzlich erst gebildeten Gemischten Gesellschaften sollen also wieder annulliert werden. Rechtssicherheit! Vor allem aber ist es in Zukunft nach dem bewusst sehr allgemein gehaltenen Text dieses Gesetzentwurfes möglich, alles, nicht nur Minen, ohne weitere Begründung und ohne Entschädigung zu enteignen. ("La Prensa", 31.12.70.) Was andern Orts die Beseitigung der Zinsknechtschaft bedeutet, wird hier zum parteipolitischen Werkzeug der Versklavung. Schon beginnt man ja auch mit der parteipolitischen Säuberung des gesamten Beamtenapparats, einem in Chile ungewohnten Vorgehen. Das Berufsbeamtentum wird abgeschafft. Djilas warnt vergebens von Jugoslawien her.) ... Die Regierung hat das allergrösste Interesse daran, die Enteignung der 3 500 bis 4 000 Latifundien so schnell wie möglich durchzuführen (alles nämlich, was mehr als 80 Hektar bewässerten Bodens besitzt), um die derzeitige Unruhe zu beenden, die die landwirtschaftliche Produktion beeinträchtigt... Erstes Ziel ist, so bald wie angängig mit erhöhter Produktion zu beginnen, um ein Niveau der Nahrungsmittelversorgung zu erreichen, welches die starke Devisenausblutung des Landes beseitigt, die die gegenwärtigen Importe auf diesem Sektor darstellen und die ernstlich unsere Volkswirtschaft schädigen. Im Rahmen dieser Arbeit der wirtschaftlichen Befreiung nimmt die Agrarreform den ersten Platz ein und sie wird ihre Ziele nur erreichen in gemeinsamer patriotischer Aktion der Volksregierung, der organisierten Landleute und der kleinen und mittleren Landeigentümer."

Als Motiv der Aktion wird also in dieser amtlichen Verlautbarung die wirtschaftliche Befreiung Chiles genannt, obwohl in allen vorherigen Fällen, vom Balkan bis Algerien und zum Jemen die Hungersnot an die Stelle der grösseren Produktion trat. Die Wahrheit wird nicht gesagt, dass es sich nämlich um weltweite Pläne handelt (siehe S. 283), dass "die Würde des für sich selbst

verantwortlichen Menschen" (vgl. Anm. 346) beseitigt werden soll, dass DER MENSCH EIN ANDERER WERDEN SOLL, indem man ihn vom Boden löst, abhängig, knetbar macht, so wie einst schon der Bauer Aegyptens es in der Hand des Josef war, und dass es den Drahtziehern in New York wirklich völlig gleichgültig ist, wieder einmal ein Paradies in eine Hölle verwandelt zu haben.

Es mag in diesem Augenblick die Freude über den Einbruch in die ungerechte Welt des Kapitalismus überwiegen, wenn gemeinsame Gegner dieser Welt der Monopole Allende überschwenglich begrüssen, doch vergessen sie, dass Privatkapitalismus und Staatskapitalismus ihre gemeinsame gottlose, materialistische Wurzel in der Aufklärung haben und nur der Konkurrenzneid um den Besitz sie zu Gegnern macht in einem Rennen, welches sie beide im übrigen in ganz der gleichen Richtung hin zum Hölleneingang laufen. Das denken wir, wenn wir lesen, dass Jorge Daniel Paladino, der Vertreter Peróns in Argentinien, zu dem chilenischen Ereignis meint: "Es ist die für Lateinamerika wichtigste Nachricht seit vielen Jahren. Sie zeigt auf, dass die von Perón vorausgesagte "hora de los pueblos" (die Stunde der Völker) viel näher ist als viele es noch glauben." Hoffen wir, dass wirklich nach diesem Ereignis sich diejenigen in den Vordergrund arbeiten können, die aus ihm einen Sieg des Volkes, der sozialen Gerechtigkeit und der nationalen Unabhängigkeit zimmern möchten, dass jetzt der Kampf beginnt gegen diejenigen, die dabei sind, die Welt zu "einen", die Menschen in einer "Menschheit" zu versklaven und mit Komputern und Nachrichtensatelliten die Verdummung und Umerziehung weiterzuführen. Wir glauben darum angesichts eines solchen Programms, dass "die Stunde der Völker" in Chile noch keineswegs geschlagen hat, denn sie setzt unabhängige, souveräne Menschen voraus. Zu politischen Zwecken geschaffene, jüdischer Mentalität entsprechende Kibutz und Kolchosen sind dem Chilenen Zwangsarbeitslager.

*

ARGENTINIEN

"Je schneller die Technik fortschreitet", schreibt der uns bereits bekannte Professor Picht, "desto grösser werden die Anforderungen an die sogenannte Infrastruktur. Für ihren Ausbau muss ein immer grösserer Teil der verfügbaren Mittel abgezweigt werden, und da die Beschaffung dieser Mittel Aufgabe der politischen Instanzen ist, wird mit der Höhe der erforderlichen Investitionen auch die Verflechtung von Wissenschaft und Technik mit der politischen Macht immer enger ... Da zeigt sich nun von neuem die allbeherrschende Macht des Gesetzes von der wachsenden Interdependenz; denn Expansion der Infrastruktur bedeutet eine zunehmende Verflechtung der verschiedenen Planungen und eine wachsende Abhängigkeit jedes Projektes von der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung und den politischen Kräften, die sie bestimmen ... Die eigentlichen Schwierigkeiten (aber) beginnen erst mit der Ausarbeitung der Direktiven für ein Handeln, das in bestimmten Etappen diese Ziele realisieren soll. Denn dann stellt sich heraus, welche politischen und wirtschaftlichen Interessen durch eine solche Planung verletzt werden, welche Machtverschiebungen sich aus der Ausführung des Planes ergeben, und welche Opfer gebracht werden müssen, wenn er in Angriff genommen werden soll."



Diese in der Zeitschrift "Esquiu" erschiene Karikatur verbreitete sich wie ein Lauffeuer in ganz Argentinien, bezog sie sich doch auf den nervus rerum der Bevoelkerung. Sie zeigt drei Praesidenten mit den folgenden Unterschriften: General San Martín/Der Befreier. General Rosas/Der Erneuerer. General Onganía/Der Steuereinnehmer.

Die Mittel aber wurden Argentinien zum grossen Teil vom Ausland zur Verfügung gestellt. Man hatte "Vertrauen" und man gab Geld und gab die Pläne. Die Nehmenden waren des besten Wollens und suchten den Anschluss an die im Norden postulierte "technische Welt". Doch die Folgen waren unabweisbar.

Denn mit der Geschwindigkeit, die man Gottes Mühlen nachsagt, geriet das Werk des Generals Onganía in die Abhängigkeit überstaatlicher Mächte. Dieser argentinische Offizier, der wahrhaftig alles Persönliche opferte, und eine sich ihm aufzwingende Notwendigkeit zur Führung seines in die Verkommenheit gleitenden Vaterlandes erst aufgriff, als wirklich nichts mehr an demokratischer Substanz vorhanden war, es zusammenzuhalten, meinte, ehrliche Mitarbeiter bei jenen zu finden, die er schon früher kontaktiert hatte. Denn schon als Kommandant der Stadt Tandil zeichnete er sich in den letzten 50er Jahren als aktiver Förderer leonistischer Ideen aus. Engste Beziehungen freundschaftlichster Art verbinden ihn seitdem mit Zirkeln, die die Macht hätten, mit ihrer Wirtschaftskraft den grossen Plänen des Präsidenten beizuspringen. Doch kein Teppich wird nur mit einem Faden gewebt. Wir sahen bereits andernorts die internationale Verflechtung der Clubes de los Leones, wir werden später noch sehen, wie sie latent anational und achristlich trotz aller gegenteiligen Bezeugungen Einzelner eingestellt sein müssen.

So ging die Staatskarosse dann einen Weg, der mit allen für Argentinien bis dahin unglaublich wirkenden Erfolgen im Ausbau seiner Infrastruktur den Tieferschauenden doch nur als Blendwerk des Teufels erschien. Die treuesten seiner Kameraden musste Onganía ausbooten oder sie sagten ihm von sich aus Lebewohl. Deutlicher stellte sich mit jedem solchen Personalwechsel in der Landesführung der Oberbefehlshaber des Heeres, General Lanusse, als der eigentliche spiritus rector eines Vormarsches in die unheimlichen Gefilde

des freimaurerischen "Fortschrittes" heraus, dem selbst der doch immerhin gut katholische Onganía dann nur noch sehr zögernd und vielleicht sogar nur unter Druck mehr zu folgen bereit war.

Die wochenlangen Bemühungen, Onganías Zustimmung zur Ausschreibung des sogenannten "blanqueo" zu erlangen, sprechen dafür Bände. Es ging dabei um folgendes:

Die wichtigste Steuer Argentiniens, die Einkommensteuer, ist gekoppelt mit einer Vermögenserklärung. Eine Vermögenszunahme ist nur möglich in dem Rahmen der der Steuerbehörde gegenüber erklärten Gewinne. Bestehende Vermögenswerte also, die nicht in den jährlichen Vermögenserklärungen erscheinen, sind nach Auffassung des argentinischen Fiskus mit Gewinnen erworben worden, die niemals versteuert wurden. Da die Steuern in Argentinien prohibitiv hoch sind ("Clarín", 26.4.70: "un régimen fiscal que resulta demasiado gravoso") und ausserdem eine dauernde starke Inflation herrscht, ergab sich so naturgemäss infolge Steuerhinterziehung und allgemeiner Preisentwicklung ein Bild in den Steuererklärungen, das nicht entfernt mehr der Wirklichkeit entsprach.

Diese Situation wurde nun von den ausländischen Riesenunternehmen ausgenutzt, die mit der Regierung Onganías ins Land gekommen waren. Diese hatten mit relativ geringen Kapitalien gearbeitet. Es lag in ihrem Interesse, nun durch eine billige Steuer höhere Kapitalien im Lande erscheinen zu lassen, so ihre Akquisitionsmöglichkeiten sowie Kreditfähigkeit auszudehnen. Diese einmalige Steuer erhielt dann im Volksmund die Bezeichnung "Weissmachung" (blanqueo), das heisst: Weissmachen bisher "schwarzer" Kapitalien. Man konnte jetzt unbegrenzt hohe Beträge auftauchen lassen und zahlte immer nur neun Prozent, während die normale Einkommensteuer bei den höheren Beträgen über fünfzig Prozent ausmacht! Selbstverständlich beteiligten sich an dieser "obligatorischen Steuer" nicht nur ihre Urheber und Nutzniesser, sondern gezwungenermassen die gesamte argentinische Wirtschaft. Während aber der kleine und mittlere Geschäftsmann mangels Bargeld nicht in der Lage war, diese Gelegenheit zu seinem Vorteil auszunutzen, das Ganze für ihn daher nur eine neue Steuerwunde bedeutete, gingen die grossen Firmen mit allen Rohren ins Gefecht. Riesensummen wurden von ihnen eingezahlt, um so noch gigantischere Kapitalien amtlich in Argentinien ihr eigen nennen zu können. War vorher die bodenständige argentinische Wirtschaft der mittleren und kleinen Betriebe insgesamt wohl etwa gleich kapitalstark wie die grossen internationalen Firmen, so wurde dieses Kräfteverhältnis durch den blanqueo völlig umgekrempelt. Jetzt war die eigentliche argentinische Wirtschaft den Ausländern gegenüber unbedeutend geworden, und es besteht von jenem 30. Mai 1970 an für die Nordamerikaner und Westdeutschen (die ihren Helfern gegenüber auch nicht mit dem Bundesverdienstkreuz knauserten) die elegante Möglichkeit, mit einem Ei und Butterbrot die Kapitalsmehrheit in egal welchem Betrieb zu erlangen. Wofür Argentinier Generationen schwerer Arbeit benötigten, das fiel den Konglomeraten an einem einzigen Tag in den nimmersatten Schoss. Und das beachtlichste an dem Vorgang ist vielleicht, dass Gesprächsthema in jenen verhängnisvollen Tagen alles andere war als diese möglicherweise säkularen Folgen. Auf viel tiefer liegender Ebene debattierten Steuerbehörde, Zeitungen und Steuerzahler das Ergebnis rein vom Gesichtspunkt der kassenmässigen Ergiebigkeit im Augenblick aus. Erste Bedenken tauchten erst post festum auf, als man nämlich die Frage der Verwendung der unerwartet hohen Summe von einkassierten 71 Milliarden neuen Pesos anrührte. "Clarín" warnt schon am 26. April 1970: "Hay que asegurar que este ingreso casi providencial ayude al Estado a corregir sus vicios y no a consolidarlos." (Es sollte sichergestellt wer-

den, dass dieser wie von der Vorsehung geschickte Geldeingang dem Staat helfe, seine Laster zu korrigieren anstatt sie zu konsolidieren.) "La Nación" teilt eine Woche nach Kassenschluss (3.5.70) mit, "dass dem Staat jetzt die Möglichkeit gegeben sei, seinen Haushalt auszugleichen", lässt also erkennen, dass diese Steuersumme damit praktisch bereits wieder aufgezehrt wäre.

Wenn wir sagten, dass es Wochen dauerte, bis der Staatspräsident dem "blanqueo" endlich zustimmte, so zeigt das, dass eine sehr gut organisierte Gruppe, keineswegs irgend ein Einzelner, am Werke war, und dass diese Gruppe Machtmittel zur Verfügung hat, die sich in der Casa Rosada durchsetzen konnten. Wenn wir lesen, dass etwa nach Alexanders Tod seine sämtlichen Anverwandten beseitigt wurden, und wenn wir dann die damaligen Methoden mit den heutigen vergleichen, wenn wir also unsere Gegenwart auf die geschichtliche Ebene anheben wollen, so kann nur ein sehr oberflächlicher Betrachter der Dinge einen Fortschritt der Menschheit behaupten. Denn man sage doch nicht, dass die Vernichtung einer ganzen nationalen Gesellschaft mit all ihrer an der täglichen Arbeit gemessenen Ethik weniger grausam, weniger hart, weniger rücksichtslos ist als das, was die Diadochen an einer Roxane verübten. Und man sage vor allem nicht, dass die Studenten Argentiniens nicht recht hätten, wenn sie davon sprechen, dass ihr Vaterland verkauft wurde. Der "blanqueo" hat gezeigt, dass eine selbständige Politik Argentiniens nicht mehr möglich ist.

Angesichts der Tatsache, dass diese "Ausplünderung" Argentiniens dann zu einem Unmut führte, den man bereits als Welle nationaler Opposition bezeichnen konnte, sah sich die Regierung (und zwar bereits die des Generals Levingston) gezwungen, mit viel Lärm auf die kleinen Nachahmer solcher Raubzüge hinzuweisen. Es wurde festgestellt, dass "allein die Zahl der durch die berüchtigten Brüder Todres ausgeplünderten Firmen mehr als 20 beträgt" und der Staatspräsident rief juristische Koriphäen in den Regierungspalast, um legale Mittel und Wege zur Bekämpfung dieser Vorgänge zu finden (die nämlich darin bestehen, dass die Täter sich billig in den Besitz der Aktienmehrheit von Firmen versetzten, die in finanziellen Schwierigkeiten sind, und dann mit Hilfe eines neuen Direktoriums das Aktivum der Firma so schnell wie möglich verkauften, also nur in kleinerem Umfang das taten, was die internationalen Monopole ungestraft auf der ganzen Welt im grossen praktizieren).

Die erste, sehr logische Folge der neuen Machtverteilung war, dass bereits wenige Tage nach jenem Steuertermin Argentinien an Stelle des mit Rojas Pinilla dubios gewordenen Kolumbiens für würdig befunden wurde, in den Weltsicherheitsrat gewählt zu werden. Da Costa Méndez ebenfalls längst – nach mehr als einstündiger Unterredung mit dem Staatspräsidenten – den San Martín-Palast verlassen und durch den farblosen Juan B. Martín ersetzt wurde, wird Argentinien die eben gemachte Aussage zweifellos auch auf dem Gebiet der Aussenpolitik bestätigen. Diejenigen, aber, die an dem Bestehen von Querverbindungen zwischen Politik und Wirtschaft zweifeln, seien darauf hingewiesen, dass "man" zB im benachbarten Chile nach Bekanntwerden des Sieges von Allende den uns bereits bekannten Herrn Felipe Herrera von seinem Posten bei der Entwicklungsbank schnellstens entband und ihn, den Marxisten und Hochgradfreimaurer, als Präsidenten der chilenischen Zentralbank einsetzte (Oktober 1970). So also sicherstellte, dass Chile auch im neuen roten Gewande von der Geldseite her die Bahnen nicht verlässt, die es in die gegenwärtige Lage gebracht haben.

Dabei ist ja auch Allende selbst Marxist und Freimaurer, wie er den staunenden Journalisten berichtet. Und dies nicht ohne Rückwirkung wieder auf Argentinien.

Denn: Einem völkisch ausgerichteten Staat wird vom Establishment die Zusammenarbeit verweigert, wie das Beispiel Rhodesien zeigt, einem marxistischen aber wird sie, wie dieses Beispiel Chile zeigt, geradezu aufgedrängt, in dem heissen Wunsch, so auch in der übrigen marxistischen Welthälfte ins Spiel zu kommen. Eine wirtschaftliche Isolierung aber ist für Chile andererseits undenkbar, weil lebensgefährlich, wie schon das andere Beispiel jenes Riesenreiches gezeigt hat, welches sich auf eigene Füsse zu stellen versuchte, dann aber eine Beute seiner Nachbarn geworden wäre, hätte der kapitalistische Westen nicht in höchster Not geholfen (und das diese Hilfe mit erneuter Abhängigkeit bezahlt hätte, wäre ihm nicht die Atombombe geschenkt worden). So verbindet Chile denn Marxismus und Freimaurerei. Es erfüllt mit der Vernichtung der Landwirtschaft das übernationale Soll unter marxistischer Phraseologie damit genau so gut, wie es Argentinien unter kapitalistischen Vorzeichen versucht. Diesseits wie jenseits der Kordillere konstruiert man den gleichen "neuen Menschen" einer geistlosen materialistischen Welt.

Was uns hier beschäftigt ist nur eben diese jenseits der Kordillere Tat gewordene Verbindung von Marxismus und Freimaurerei. Es ist nicht das erste Mal, dass eine solche Verbindung eingegangen wird. Wir werden noch von jenen marxistischen Logen hören, die Ungarn vorbereiteten für das Blutbad, das dann dort ein Bela Kun anrichtete. Nicht das erste Mal sind Terroristen und Extremisten Freimaurer. In ganz Südamerika klingt noch der Name Garibaldis in diesem Zusammenhang nach. Doch ist die weite Welt der Freimaurerei seit 1945 mehr oder weniger bewusst anti-marxistisch eingestellt. Und in allen Logen hallt daher weltweit die chilenische Tat wider. Man erinnert zu gut noch die Uebernahme der französischen Freimaurerei 1773 durch subversive Elemente (im Kapitel England kommen wir darauf zurück), die dann erst die blutige Revolution von 1789 ermöglichte. Man zittert vor einer allgemeinen "Revolte im Tempel". So tut denn auch die argentinische Freimaurerei sofort den so äusserst seltenen Schritt in die Oeffentlichkeit mit der folgenden, am 2. September 1970 in der bonaerenser Zeitung "La Razón" erscheinenden Erklärung: "Mit den Unterschriften ihres Grossmeisters und Grosssekretärs Carlos Wilson und Marcial Ruiz gibt die Argentinische Grossloge der Freien und Angenommenen Maurer eine Erklärung zu dem Wahlakt in Chile ab, aus welchem der Kandidat des Partido de la Unidad Popular, Dr. Salvador Allende, siegreich hervorging, den verschiedene Pressenachrichten als Atheisten, Marxisten und Freimaurer, in diesem Falle der chilenischen Freimaurerei, bezeichnen. Hierzu erklärt unsere Organisation, dass diese dreifache, Dr. Allende zugeschriebene Eigenschaft die Grossloge der Argentinischen Freimaurerei bestimmt, die öffentliche Meinung bezüglich der grundlegenden und wesentlichen Fundamente unserer universalen und universalistischen Einrichtung aufzuklären. Die regelrechte Freimaurerei nimmt in ihren Schoss einzig und allein freie Männer mit guten Umgangsformen auf, und zwar aller religiösen Bekenntnisse, aller philosophischen Richtungen, und aller demokratischen politischen Tendenzen, ohne Unterschied der Rasse, der Staatszugehörigkeit oder der sozialen Lage. Sie ist nicht und kann auf Grund der eigentlichen Natur ihrer Entstehung, Organisation und Entwicklung nicht atheistisch sein, denn sie verlangt von ihren Anhängern den Glauben an ein Höchstes Wesen oder Schöpferfürsten, den sie den Grossen Architekten des Universums nennt und dem sie feierliche Verehrung in allen ihren Worten und freimaurerischen Arbeiten darbringt. Was den Marxismus angeht, den sie als "ideologischen Kommunismus" bezeichnet, erinnert die Argentinische Freimaurerei daran, dass sie wiederholt öffentlich sowohl im nationalen wie im internationalen Rahmen in absoluter Form jedweden Extremismus unter welchem Zeichen auch immer genauso wie

jeden ausschliesslichen Nationalismus verdammt und verabscheut hat."

Man kann sich bei diesen Worten lebhaft vorstellen, vor welcher Krise die Weltfreimaurerei als Ganzes steht, welchen Eindruck insbesondere in Argentinien bei den unteren Graden und bei jenen Offizieren, die der Freimaurerei angehören, die chilenischen Verlautbarungen gemacht haben. Hatte sich der Vorhang vor den eigentlichen Zielen einer verbrecherischen Organisation ungewollt gelüftet? Oder muss die Freimaurerei in verschiedenen Gesellschaftsformen verschiedene Flöten spielen?, (wobei dann die Flötentöne von jenseits der Grenzen als Misstöne empfunden werden?). Oder ist die Freimaurerei eben in einigen Ländern schon ihrem eigentlichen Ziel etwas näher gekommen, und ist die argentinische Erklärung nur der Seufzer der "von der Geschichte Ueberholten"? Werden die in der Freimaurerei organisierten Kapitalisten im eigenen Tempel überspielt werden von den materialistischen Brüdern marxistischer Prägung? Zeigte sich hier den argentinischen Brüdern erschreckend, was wir an späterer Stelle dieses Buches als den zwangsmässigen Weg der Freimaurerei in die Hölle bezeichnen?

Die "desnacionalización de empresas argentinas", die Entnationalisierung argentinischer Unternehmen, die durch den blanqueo so grosse weitere Möglichkeiten erhielt, war bereits vorher ("Clarín", 8.3.70) in unüberhörbarer Form Gegenstand von Cassandrarufen aller verantwortungsbewussten Presseorgane im Lande. 1969 erreichte die Summe der Passiven in angemeldeten Konkursen argentinischer Firmen bereits die Summe von 48,3 Millionen Pesos (1968: 32,5 und 1967: 28,1 und 1966: 15,6 Millionen Pesos) und zeigte, wie die Wirtschaftspolitik der Regierung unter den bodenständigen Betrieben "aufräumte". Immer wieder wird die hohe Steuerlast, die auf den nicht bevorrechteten, das heisst also den einheimischen Firmen, lastet, als Grund für diese Krisis angegeben. Dabei ist die Steuer ja in ihrer heutigen Form das selbstverständliche Ergebnis der Besitzgier, die das eigentliche Lebenselement des Kapitalismus darstellt. Der Besitzgier des Einwohners k a n n nur mit dem Steuerhunger des Staates geantwortet werden. Denn dieser Staat hat ja selbst auch schon keine anderen Dimensionen mehr als die der materiellen Gegebenheiten. Er rechnet mit Steigen und Fallen seines "Bruttosozialprodukts", mit aktiver und passiver "Zahlungsbilanz", aber nicht im entferntesten mehr mit glücklichen oder unglücklichen Bürgern. Aus krass differenzierten Interessengemeinschaften setzt er sich zusammen, in denen gestreikt wird, wenn der Verdienst nicht mehr passt, egal, ob es sich um Aerzte oder Strassenarbeiter handelt. Verpflichtungen für das Volksganze wurden von der Freimaurerei aus ihnen ausgewaschen, und jetzt stehen sie mitten in der Hölle des mitleidlosen Wohlfahrtsstaates und stellen grausend fest, dass alle so gepriesenen technischen Errungenschaften das Leben nur noch sorgenvoller, hässlicher, unmenschlicher, ruheloser gemacht haben. Unsere Grossväter kannten keine Computer, aber sie kannten auch nicht den Herzinfarkt, dafür aber kannten sie den Feierabend. Das war damals in Europa, da die eben emanzipierten Juden im Verein mit den Logenbrüdern gegen Thron und Altar als Ausdruck der Unterdrückung (nämlich i h r e r Absichten!) hetzten. Ihnen verdanken wir unsere Gegenwart nunmehr auch in Uebersee. Seien wir uns dabei bewusst, dass die Steuer mehr und mehr heute die Funktionen erhält, die die politischen Tributzahlungen und Abgabepflichten schon in der Antike hatten, wo man im Römischen Weltreich einzelne Städte schwer belastete, etwa aber die griechischen Freunde in Kleinasien steuerfrei beliess. So, wie damals schon die "unheimliche Macht im Westen"(*114) es verstand, mit dem Gelde die Welt zu regieren, lässt sich gleiches von der heutigen, wahrlich nicht weniger unheimlichen Macht im Westen sagen.

Doch der Angriff auf die argentinische Souveränität ist ein konzentrischer, wird auf allen nur denkbaren Fronten gleichzeitig vorgetragen. An anderen Stellen dieses Buches kommen wir auf die weltweiten Pläne zur Zerstörung der ländlichen Verwurzelung der Völker durch Beseitigung einer nationalen, unabhängigen, sich tragenden Landwirtschaft zu sprechen. In Argentinien wird die Verfremdung der Landwirtschaft systematisch und planmässig von ausländischen Konsortien vorgenommen. Dabei sorgen die Helfershelfer in den grössten Zeitungen des Landes dafür, dass diese Vorgänge "hermetisch vor der Oeffentlichkeit geheimgehalten werden". Die argentinische fleischverarbeitende Industrie teilt am 26. April 1970 im "Clarín" mit: "Nach der in unseren Händen befindlichen Dokumentation wird das Land angegriffen mit einem ausländischen Operationsplan, der von Internationalen Korporationen gelenkt wird und der die progressive Uebernahme der Führung der argentinischen Viehwirtschaft und der nationalen Gefrierindustrie zum Ziele hat ... Man handelt in Beantwortung der Schlüsse, die eine nordamerikanische Kommission unter dem Titel "Operativo Cono Sur" (Operation Südkegel Südamerikas) und mit Unterstützung der Regierung in Washington in Zusammenarbeit mit Beamten des argentinischen Landwirtschaftsdepartements 1966 veröffentlichte ... Wie es jetzt sich ergibt, dürfte Operativo Cono Sur eines der tollsten Geschäfte sein, die je in diesem Teil der Welt getätigt wurden. Man beginnt bereits mit den ersten Schritten und es gibt nur noch einige institutionelle kleine Hindernisse wie zB lästige Gesetze, die den einheimischen Viehzüchtern und Industriellen als letzte Schützengräben in ihrem Widerstand dienen. Erstaunlich ist, mit welcher Offenheit die Befehlshaber jener Operation von einigen ihrer Ziele sprechen. So schreibt Robert W. Reneker, Präsident der Cia. Swift in den USA in der Zeitschrift "Fortune" (bewährtes Sprachrohr der Weltfreimaurerei) im Februar 1969, dass eine Inversion von 99 750 Millionen Pesos m/n und gleichzeitige Schliessung von 250 unwirtschaftlichen Fabriken und Verteilungszentren notwendig sei. (Swift ist Subsidiärunternehmen der bereits in anderem Zusammenhang früher genannten Deltec Internacional.) Herr Reneker definierte seine Politik so: Alle jene Firmen ausschalten, die mit Verlust arbeiten und seine Verschlagenheit dazu verwenden, sie in eine Organisation umzuwandeln, die systematisch Gewinne erzielt. Das leitende Prinzip in der Durchführung der Operation ist dabei das des schrittweisen Vorgehens und das einer Strategie, die den betreffenden Ländern gegenüber angebracht ist. In Argentinien empfiehlt man die "Argentinisierung" von Grossschlachthäusern mittels Pseudoassoziation mit Kapitalien im Lande selbst (der blanqueo hat vorsorglich solche bereitgestellt). In Brasilien jedoch geht man den Weg der Entnationalisierung durch Aufkaufen. "In den letzten Monaten des Jahres 1969", teilt eine Finanzzeitschrift mit, "erhielten verschiedene kleine und mittlere Gefrierhäuser im Süden Brasiliens verführerische Kaufofferten in Dollars für ihre Betriebe. Viele gingen darauf ein angesichts der bestehenden finanziellen Schwierigkeiten." Der Präsident der Deltec Internacional, Clarence Dauphinot, hielt vor kurzem eine Ansprache in welcher er u.a. sagte: "Eines unserer wichtigsten Themata ist immer gewesen und wird immer sein, dass in irgendwelcher Weltgegend der ausländische Kapitalist (inversor) nur Resultate erzielen wird, wenn er in Zusammenarbeit mit den örtlich ansässigen Leuten und Institutionen handelt. Weil wir in Mexiko und in Brasilien örtliche Gesellschafter haben, haben wir dort mehr und bessere Geschäfte abwickeln können, als wir alleine hätten machen können. Unsere Erfahrung in jenen Gebieten verleitet uns dazu, aktivst Gesellschafter in allen Ländern und in allen Wirtschaftszweigen in denen wir arbeiten, zu suchen. Suchen wir also passende Leute (. ˙ . ! d.V.), sich mit uns zu vereinen, an allen Orten, an denen wir auftre-

ten, und das wird dann der Schlüssel für unsere zukünftigen Erfolge sein. Bedauerlicherweise gibt es heute immer noch Leute, die die fundamentale Weisheit des gemeinsamen Weges diskutieren..." Zusammenfassend kann man also die Taktik im Cono Sur Lateinamerikas als "joint venture" (gemeinsames Vorgehen) bezeichnen. "Clarín" schliesst mit der Feststellung, dass also als Ziel die Eingliederung der argentinischen Viehwirtschaft in einen internationalen Plan angestrebt wird, in welchem dann dieser die in Nassau auf den Bahamas ausgerechneten Minimumpreise gezahlt werden für eine in ihrem Umfang ebenfalls von dort festgelegte Produktion auf Ländereien, die der argentinische Viehzüchter zum Wohle der Diktatoren dieser internationalen Holding zur Verfügung zu stellen hat. Es wurde vergebens eine Audienz beim Staatspräsidenten angesucht, um die Beweisunterlagen für diesen Angriff auf die argentinische Souveränität vorzulegen. Es konnte aber eine gerichtliche Untersuchung nicht abgebogen werden.

Im Boletín der Sociedad Rural Argentina Nº 271 vom 15. Mai 1970 werden die folgenden alarmierenden Zahlen bekanntgegeben:

Argentiniens Anteil am Weltfleischmarkt	1934/38	57 %
" " " "	1965	24 %
" " " Weltmaismarkt	1934/38	64 %
" " " "	1965	11 %
" " " Weltwollmarkt fiel um etwa 50 %		

Dabei ist zu bedenken, dass sich der Weltfleischhandel seit 1950 verdoppelt hat! Davon nahmen die USA die erste Stelle mit 600 000 Tonnen ein.

Um nichts unversucht zu lassen, traf sich am 2. Mai 1970 der Präsident der Sociedad Rural Argentina, Luis Firpo Miró, mit dem Wirtschaftsminister José María Dagnino Pastore. "Das Thema der Debatte war die gegenwärtige Landwirtschaftspolitik der Regierung und die Suche nach einem möglichen Verstehen zwischen den Kriterien, die von der Wirtschaftsführung aufgestellt wurden und denen, die die Landwirtschaft vorbringt. Nach einer ausführlichen Analyse kamen beide Teile zu dem Schluss, dass die vorgebrachten Gedanken nicht versöhnbar sind und dass aus diesem Grunde die Unterredungen unterbrochen werden mussten." ("Clarín Rural") Die grösste Weisheit des Herrschens lag zu allen Zeiten, von Alexander bis zu Mao, darin, sich unabhängige Gefolgsleute zu schaffen, einen Volkskörper, der mit dem Grund und Boden fest verbunden und immun war gegen alle parteipolitischen Einflüsterungen und Zeitströmungen. Heute aber erleben wir Regierungen, die sich darin gefallen, ihre eigentlich wesentliche politische Kraft zu zerstören, ihre eigenen Völker zu entwurzeln und zu Nomaden zu machen, alles das in Anbetung des "Fortschritts".

Licht auf die Stimmung auf dem Lande wirft dabei auch die kleine Meldung vom Mai 1970, wonach in einer Pressekonferenz ein Ingenieur der Nationalen Forstdirektion in Mendoza mitteilen musste, "dass die Unternehmer nicht die Kredite und steuerlichen Vorteile ausnutzen, die sie erhalten könnten für die Anpflanzung von Bäumen. Dabei besteht ein ausgesprochenes Defizit in der Holzgewinnung. Der augenblickliche Bedarf Argentiniens könnte nur mit der jährlichen Aufforstung von 2 000 Hektar bewältigt werden. Es zeigt sich wieder einmal, dass administrative Massnahmen dort nichts ausrichten, wo die Lust an der Arbeit genommen wird. Mao pflanzt jährlich Millionen von Bäumen – ohne Steuervorteile anbieten zu müssen.

Dafür blüht um so mehr ein anderes Geschäft. Der Bischof der Mendoza benachbarten Provinz La Rioja musste im Mai 1970 mitteilen, dass "der Wucher als der mächtigste Geschäftszweig in unserer Provinz angesehen werden muss". Das im Wucher angelegte Kapital beträgt in der Stadt La Rioja 300

Millionen Pesos m/n. Es arbeitet mit etwa 80 Prozent jährlichem Gewinn. Möglich aber ist eine derartige Krankheit nur dank der Mithilfe von Beamten, dank der praktisch inexistenten Strafgesetzgebung auf diesem Sektor und dank der eingefrorenen Löhne und Gehälter, letzten Endes aber als Folge der mit allen verfügbaren Blasebälgen erhitzten Kaufsucht der Bevölkerung.

Diese aber muss angetrieben werden, um die Industrie ausweiten zu können. Diese aber muss ausgeweitet werden, um die jährlich um 140 000 Personen wachsende arbeitende Bevölkerung (eingeschlossen die 7 000 Menschen, die jährlich vom Land in die Stadt gehen müssen) zu beschäftigen. Schon jetzt zählt man 40 000 Arbeitslose in Argentinien. Da das Schwergewicht auf der technologischen Planung liegt und nicht auf der Erziehung der Menschen, darf man sich nicht wundern, wenn ein Zerrbild menschlichen Zusammenlebens entsteht, das ebenso schön ist wie etwa eine der modernen, teuer bezahlten Skulpturen.

Man müsste sich wundern, wenn die internationalen Hyänen sich nur für Argentiniens Industrie, Argentiniens Bankwesen und Argentiniens Landwirtschaft interessieren würden. Warum sollten sie die argentinischen Bodenschätze in Ruhe lassen? Sie denken auch gar nicht daran. Im Juni 1969 erschienen in den Zeitungen von Mendoza Anzeigen, worin "eine bedeutende nordamerikanische Minenkompanie" 22 Häuser in der Umgebung und 6 Wohnungen im Stadtzentrum zu mieten suchte. Dicht bei Mendoza aber liegt Paramillos Sur, ein Gebiet, in welchem die staatliche Firma Fabricaciones Militares im Rahmen des Plan Cordillerano bedeutende Kupfervorkommen entdeckte. Das war schon vor vier Jahren der Fall. Nicht nur in Paramillos Sur, auch in Paramillos Norte und in Campana Mahuida in der südlich davon gelegenen Provinz Neuquén fand man Kupfer. Das Erz hat 1,2 bis 1,5 Prozent Metallgehalt, was als hervorragend angesehen wird. Was aber nicht erfolgte, ist die Feststellung des Umfangs der Lager. Jener Plan Cordillerano begnügte sich mit der Auffindung abbauwürdiger Lagerstätten. In Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen übrigens ging man vor (die 40 Prozent der Kosten beisteuerten). Wie man aber dort denkt, drückt James Boyd, Sprecher eines bedeutenden nordamerikanischen Kupferproduzenten in einer Versammlung des Komitees für Natürliche Hilfsquellen der National Association of Manufacturers unumwunden so aus: "Die Industriewirtschaft auf der Welt läuft Gefahr, zu verschwinden, wenn man den Minengesellschaften das Recht verweigern würde, nach bisher nicht genutzten Mineralien in weiten Gebieten der Erde zu suchen ... Wenn der Geologe dann Mineralien von grossem Wert für die Menschheit (! – d.V.) findet, lohnt es sich, ganze Städte zu verpflanzen, diese Schätze zum Wohle aller zu heben." Noch fällt nicht das Wort von der INTERNATIONALISIERUNG DER WELTBODENSCHAETZE, doch steht man mit solchen Worten ganz dicht vor derartigen Perspektiven. Der Angriff auf die aus Kolonien zu unterentwikkelten Ländern gemachten weiten Gebiete in Südamerika, Afrika und Asien bekommt einen kupfernen Schimmer edler Moral. Die ganze schöne "Humanität ohne Gott" (*115) spricht aus den Worten des Herrn Boyd, und die Statistiken der Zeitschrift "Industrial Minerals", London, unterstreichen, dass sich bis zum Jahre 1975 der Bedarf an Aluminium, Kupfer, Silber, Platin, Zink, Blei, Antimon, Quecksilber, Selenium, Kadmium, Molybden, Asbest verdoppeln wird, und dass dieses Ansteigen Gegenstand ernstester Sorgen derjenigen ist, die ihr/unser Leben auf "Fortschritt" eingestellt haben.

"Clarín" (13.6.69) erhebt daher warnend seine Stimme. "Diese Bodenschätze gehören dem Staat. Ihm ist es auch überlassen, ob er sie selbst ausbeuten will oder in Zusammenarbeit mit Privatfirmen. Letzteres ist angesichts der vielen kostspieligen Versager auf dem Gebiet staatlicher Nutzung

und Ausbeute empfehlenswert. Es ist auch wohl notwendig, ausländische Firmen dazu heranzuziehen, da die einheimische Minenindustrie noch in den Kinderschuhen steckt. Aber es ist völlig fehl am Platze, mit solchen Ausländern Verträge einzugehen, bevor man überhaupt den Umfang der gefundenen Schätze kennt." Letzteres aber geschieht: "Der Staat verzichtet damit darauf, Werte zu kapitalisieren, die erheblich sein sollen und begnügt sich mit einer Beteiligung an einem Geschäft, dessen Umfang er nicht übersehen kann, weil er den Wert, um den das Geschäft geht, überhaupt nicht kennt."

Das war zum Thema der Bodenschätze zu sagen. Es folgt das Thema der Schwerindustrie, der "siderurgia". Mit Dekret 191/1970 wird die ausländische Konkurrenz subventioniert und die einheimische Schwerindustrie ohne Schutz gelassen. Unnötige Stahlimporte werden finanziert an Stelle der nationalen Betriebe. Das internationale Dumping wird von den argentinischen Regierungsmassnahmen zum Schaden des eigenen Landes gefördert. Man hat den überstaatlichen Wünschen aus Kreisen der ALALC nachgegeben und den Ausbau der eigenen Siderurgie gebremst, hat also auch auf diesem Gebiet die Interdependenz, die Integration, die Breschnewidee gefördert. "Clarín" (19.7.70) sagt dazu: "Die Verhüttungsindustrie, die dabei ist, in unserem Lande festumrissene Formen anzunehmen, und die die Grundlage unserer Entwicklung bildet, kann und darf sich nicht einer freien Konkurrenz mit der Produktion von Nationen aussetzen, die durch und durch entwickelt sind und die ihre Waren mit stärkster Unterstützung auf den internationalen Markt werfen, selbst ohne auf Gewinne erpicht zu sein, nur, um neue Märkte für ihren Aussenhandel zu erobern."

Und es folgt das Thema der Fischerei, ein nicht gerade unwichtiges Thema für ein Land, das mit seinem Festlandssockel eines der reichsten Fischereigebiete der Erde besitzt. Da steigt der Weltfischbedarf in dem Dezennium 1975 bis 1985 wohl um 64 Prozent an, während die argentinische Fischindustrie mit einem Anstieg ihrer Leistungsfähigkeit im gleichen Zeitraum um vielleicht 20 Prozent rechnen kann. "Die Entwicklung der argentinischen Fischindustrie ist in den letzten Jahren alles andere als befriedigend ... Der Privatsektor steht hier vor Problemen, die er alleine nicht mehr lösen kann. Dringend notwendig ist die Gegenwart des Staates bei der Verteidigung der maritimen nationalen Interessen ... So ist die Fischindustrie ein anderes typisches Beispiel für unsere Unterentwicklung. Tonnenweise werden Fische wieder ins Meer zurückbefördert. Eine Kühlkette fehlt und genügend im Lande zu bauende Fischerboote ..." ("Clarín", 19.7.70.)

Angelpunkt aller dieser Ueberlegungen ist, was die hier bereits so oft zitierte grösste Morgenzeitung Argentiniens am 21. Juni 1970 sagt: "Jahr für Jahr verschlechterte sich die Lage derjenigen Länder, die Rohstoffe herstellen, während der Rhythmus des technologischen Prozesses das Wachsen der industrialisierten Völker vorantrieb ... Es ist daher völlig unnütz, die Probleme unseres Landes mit erhöhtem Export lösen zu wollen. Nur ein integrales Wachsen unserer gesamten Binnenwirtschaft kann helfen ... Das Fehlen der dafür notwendigen Basisindustrien hat Argentinien seine einst so selbstverständliche Machtstellung geraubt ... Der anhaltende und immer noch schneller werdende Prozess der Entnationalisierung ist wesentlichstes Merkmal der heutigen Situation. Aus ihm resultiert die Inflation, der Zusammenbruch der Industrie, die Entwertung der Löhne und die Notwendigkeit zu weiteren Abwertungen."

Wenn man dieses Zusammenspiel auf allen Sektoren sieht, dieses konzentrische Vorgehen gegen Argentiniens Souveränität im Interesse einer Gruppe, die sich ihre Eine Welt aufbauen möchte, so fragt es sich, ob der ar-

gentinischen Jugend eines (schon sehr bald dämmernden) Tages noch ein anderer Weg bleibt als der,. die Sozialisierung zu fordern.

Man spürte in diesen Jahren unter Präsident Onganía, dass die Ablösung der Parteien durch die Militärregierung von überstaatlichen Mächten benutzt wurde, um sich in Argentinien einzurichten. Man spürte, dass das mit dem Begriff einer Militärregierung so naheliegende nationale Pathos als Vorhang dienen sollte für "vendepatrias". Die Nationalisten Argentiniens sagten das recht offen, und ihre Zeitungen und Zeitschriften spürten die Folgen. Doch spürte man auch, dass Onganía persönlich allen diesen untergründigen Strömungen sein Veto entgegensetzte. Man fühlte, dass er darum auf schwankendem Boden stand. Man soll es ihm im Norden des Kontinents besonders verargt haben, dass er einen der fähigsten Diplomaten nach Peru entsandte, um die dortigen Revolutionsmassnahmen zu studieren.

Doch niemand – zumindest niemand wohl in Argentinien – konnte ahnen, dass man ihm mit Brutalität diesen Boden unter den Füssen wegziehen würde. Das aber geschah Anfang Juni 1970. Damals wurde der General Onganía von den drei Wehrmachtsbefehlshabern unter Führung von General Lanusse zum Rücktritt gezwungen.

Erschreckend zeigt diese Ablösung Onganías, wie weit die Dinge heute schon gediehen sind, nicht nur in Argentinien. Onganía war ein "Diktator", hatte "mehr Macht als je ein Präsident vor ihm", war Inbegriff des Gesetzes, des Staates. Ohne irgendwelche persönliche Ueberheblichkeit hatte er den Ton angegeben für Tempo, Richtung und sittliches Niveau des gesamten öffentlichen Lebens. Sein Name war ein Begriff geworden. Es hätte noch hundert Jahre so weitergehen können. Und dann wird er entfernt. Ein paar Panzer fahren auf. Er "weicht der Gewalt", wie er es unterzeichnet. Und niemand steht für ihn auf, keine einzige Kompanie, kein einziger Offizier. Kein Kardinal oder Bischof, kein einziges Mitglied seiner Regierung rührt auch nur den kleinen Finger. Kein Volksprotest wird laut. Keine Zeitung, keine Zeitschrift, kein Flugblatt, welches dagegen aufbegehrt. Alles bleibt still. Und das, obwohl noch Wochen hinterher überhaupt kein im nationalen Bereich relevanter Grund für diese Tat genannt wird. Er hat nicht gestohlen, hat niemanden betrogen, hat keine erbliche Monarchie begründen wollen, hat keinen Landesverrat begangen, hat niemandem unberechtigte Vorteile verschafft, hat vorbildlich gelebt, hat gesagt, was er wollte und hat es dann getan, hat keine Geheimnisse gehabt und schon gar keinen persönlichen Ehrgeiz, der ihn am Amt hielt. Ein Amt, das er ganz ausfüllte und damit seinem Lande eine Ruhe gab, die trotz aller Vorkommnisse auffallend abstach von dem, was jenseits seiner Grenzen in Ost und West sich abspielte. Also nicht irgendwer, ein Präsident wurde zum Rücktritt gezwungen. Und alles geht seinen Gang, als wäre nichts geschehen. Es blieb Argentinien überlassen, der Welt dieses Beispiel von den heutigen Möglichkeiten zu geben. Man darf sicher sein, es wird Schule machen, nicht nur im eigenen Lande. Präsidenten (wir wissen es seit der Ermordung Kennedys eigentlich schon) gelten nichts mehr. Es gibt andere, die wichtiger sind. Auch unausgesprochen haben das in diesen Tagen zwanzig Millionen Argentinier deutlich verspürt. Sein Nachfolger wird es nicht leicht haben, sich jene Autorität zu verschaffen, ohne die ein wirkliches Regieren nun einmal nicht möglich ist.

Mit der Bestellung dann Levingstons als Präsidenten hörte man das Urteil: Mit Onganía hat Argentinien zu bestehen aufgehört. Es ist untergetaucht im Meer des Fortschritts (den dann für viele der ehemalige Direktor bei der Internationalen Entwicklungsbank, der "Desarrollist" Aldo Ferrer, als Wirtschaftsminister Levingstons verkörpert). Und eines fühlt man allerwärts

ganz deutlich: Geschichte, das ist nicht mehr die Geschichte der Präsidenten. Pauwels noch sagt: "Man kennt unzählige geschichtliche Erklärungen für die geheime Tätigkeit der Juden, der Freimaurer, der Jesuiten oder des Grosskapitals. Derartige Erklärungen erscheinen uns naiv." Heute gibt es zwanzig Millionen naive Argentinier.

Es ist beachtlich, dass ausgerechnet zu diesem Zeitpunkt, das heisst in ihrer Nummer vom 4. August, die Zeitschrift "Panorama" in Buenos Aires in einem viel gelesenen Artikel das sonst so mit Schweigen übergangene Thema der Synarchie aufgreift: ""So, wie die Technokratie der Synarchie auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet die Alternative Kapitalismus-Kommunismus überwinden will im tiefsten Grund der Beziehungen des Menschen mit einem transzendenten und persönlichen Gott, so will sie alle Unterschiede in den Religionen, Philosophien und Kulturen überwinden und uns eine religiöse Synchresie mit esoterischer Grundlage geben, die eine wahrhaftige Teufelsherrschaft (satanocracia) darstellt." Dieser Satz stammt von Federico Bracht und Julio Meinvielle in ihrem Vorwort zu dem Buch "El gobierno mundial y la contra iglesia" (Die Weltregierung und die Gegenkirche) von Pierre Virion. Die Synarchie ist nichts anderes als die Weltregierung in den Händen okkulter (antichristlicher) Mächte.

"Getarnt in den Vereinigten Staaten unter der Bezeichnung "The Establishment", besitzt sie ein Institut zur Vorbereitung der vier Synarchen: "Thirteen-thirteen" (Instituto de la Administración Pública. Institut der Oeffentlichen Verwaltung), mit Büroräumen in der Strasse 60 in Chicago. Gefördert von den Ford-, Carnegie- und Rockefeller-Stiftungen, soll es interveniert haben bei der Ernennung aller nordamerikanischer Präsidenten dieses Jahrhunderts (mit Ausnahme von Harding und Truman), wie ein Artikel der Zeitschrift "Esquire" vom Mai 1962 informiert.

"Schon Perón wies ja darauf hin: "1955 hat uns die internationale Synarchie niedergewalzt, jene Synarchie, die sich zusammensetzt aus Kapitalismus, Kommunismus und traditionellem Klerus." Jedenfalls klagt der Priester Meinvielle an: "Das Christentum steht diesem Abenteuer nicht fern nachdem es seine traditionelle und römische Gestalt abgelegt hat. Es wird dann nur noch eine der vielen Strömungen der Religion des Satans sein.""

Befasst man sich also in diesen Tagen mit den "Hintergründen von Präsidentenwahlen" in doch etwas auffälliger Form, so wollen wir doch auch nicht übersehen, dass die Zeitschrift "Panorama" zionistischen Kreisen sehr nahe steht, und die gespannten Verhältnisse zwischen Freimaurerei und Zionismus ob des Rogersplanes eine solche Veröffentlichung wahrscheinlich noch erleichtert haben. Man scheut nicht, dem bisherigen Bundesbruder zu zeigen, dass man auch über ihn noch etwas mehr berichten könnte.

"La restauración democrática" war das angebliche Ziel des Präsidentenwechsels. Das Militär also als bestellter Nothelfer, um das Abrutschen Argentiniens in Links- oder Rechtsextremismus zu verhindern. Schon vier Monate später, im Oktober 1970 kann Onganía mit allgemeiner Zustimmung im ganzen Lande Levingston dazu sagen: "Vier Jahre lang bemühte ich mich, der Republik die Sorge um einen Rückfall in eine Vergangenheit voller Uneinstimmigkeiten und Zusammenstösse abzunehmen ... Heute ist dem Lande eine täglich unsicherere Zukunft gewärtig, gezeichnet von der dauernden Bedrohung durch institutionelle Umwälzungen ... Aber Sie haben einen Stand der Dinge angenommen, den Sie selbst nicht ändern können, da er ja herrührt von der ausdrücklichen Entscheidung derjenigen, die sich vor vier Monaten die höchste Macht im Staate anmassten. Die geschehenen Vorgänge sind im Augenblick unwiderruflich und die Verantwortung dafür ruht auf denen, die sie realisierten ("las respon-

sabilidades son de quienes los realizaron")..." Damit aber ist niemand anders gemeint als der General Lanusse und seine Hintermänner. Jene, die Onganía nicht etwa deswegen ablösten, weil durch diesen oder jenen von uns gezeigten Vorgang die nationale Unabhängigkeit Argentiniens eingeschränkt wurde, sondern allein deswegen, weil man meinte, das Land unter neuen innerpolitischen Vorzeichen besser in die Hand bekommen zu können. Levingston, der bei seinem Amtsantritt sich ausdrücklich als ausführendes Organ der Oberbefehlshaber bezeichnete, bemüht sich darum, wie Onganía es betont, ganz vergebens um "die Aufrechterhaltung eines sozialen Klimas..., welches das reibungslose Funktionieren der staatlichen Institutionen gewährleistet". Auch seine an Abiturienten gerichteten hohen Worte: "Eine der grössten Verantwortlichkeiten des Menschen ist es, sich niemals benutzen zu lassen" ("Una de las máximas responsabilidades del ser humano es no dejarse nunca utilizar") passen sehr schlecht auf die tatsächlichen Gegebenheiten. Solange man an den Ortsausgängen der Argentinischen Republik die Wappenschilder privilegierter kapitalistischer internationaler Klubs aushängen darf, ist man noch sehr weit entfernt von einer sozial gerechten und national unabhängigen Gemeinschaft.

---

*114 – H. Berve, "Griechische Geschichte".

*115 – So lautet der Untertitel des Büchleins von Joachim Kahl "Das Elend des Christentums". Herr Kahl stellt nichts weniger fest, als dass es überhaupt keinen Gott gibt, und dass eben unsere Gesellschaft in einer "Humanität ohne Gott" leben soll. Weder der gestirnte Himmel über ihm noch das in ihm schlagende Gewissen, sagen ihm etwas aus, die ganze Humanität aber der Gesellschaft ohne Gott, wie sie zunächst das russische Volk und dann so viele andere ertragen mussten, streicht er ebenfalls aus seinem Machwerkchen, das fadenscheinig und armselig meint, mit der Druckerschwärze von ro-ro-ro die schweren menschlichen Verirrungen der Kirchen als Beweis für die Nichtexistenz Gottes vorbringen zu können.

Der Unterschied zwischen dem heute in ganz breiter Front in Westdeutschland vorgetragenen Kampf gegen die Kirchen und Religionen zu jenem Kampf, den die Ludendorff-Bewegung führt, ist ja der, dass letztere in aufbauendem Geist vorgeht, jene aber nur zerstören, niederreissen wollen. Um das zu können, musste man daher zunächst die Ludendorff-Bewegung verbieten und in die Katakomben schicken. Dann konnte man sich des einen Teils ihrer Ar-

gumente ungehindert bedienen. Ueberall schiessen jetzt nur so die Schriften wie Pilze aus der Erde, die das Christentum zu einer puren Religion von Verbrechern stempeln wollen. In einem Tonfall geht das vor sich, wie ihn die schlimmste Gottlosenpropaganda der Sowjetunion nicht gekannt hat. Das Organisierte dieses Vorgehens ist jedem klar, der Distanz bewahrt. Und wenn man weiss, dass es nur eine einzige Organisation auf Erden gibt, die derartiges simultan veranlassen kann, wenn diese Organisation uns sowieso bereits als der zäheste und ernsteste Feind unseres Volkes bekannt ist, dann müssen wir zu folgender Ueberzeugung kommen: So viel die Kirchen gesündigt haben, so sehr sie sich in unsere kulturelle Entwicklung einmischen wollten, in diesem Augenblick in das Halali der Freimaurerei miteinfallen, würde nichts anderes bedeuten, als deren Ziele zu unterstützen. Erinnern wir darum ruhig an die bedeutendste aussenpolitische Tat der nationalsozialistischen deutschen Reichsregierung: den Abschluss des Keichskonkordats. Während die Aussenpolitik des Reiches es sonst nirgends verstand, tragende Bündnisse in einer Welt zu schaffen, die nur allzugerne zum feindlichen Lager hinüberlief, hat sie es erreicht, den Heiligen Stuhl zum Komplicen am Aufbau eines antikommunistischen Europas zu machen, sodass dieser noch heute der einzige, nicht isolierbare Verfechter nationalsozialistischer aussenpolitischer Gesichtspunkte auf der ganzen Welt - wenn auch sehr im Widerspruch zu heutiger Konvenienz - sein muss. Behalten wir daher ruhig einstweilen für uns, was wir wissen von Hexenverfolgungen und Inquisition und fragen besser die Herren Kahl und Dr. Bronder und wie sie alle heissen, ob es nicht angebrachter wäre, der heutigen Hexenverfolgung und der modernen Inquisition zu Leibe zu rücken, jener Verketzerung der "Nazis" und "Faschisten" und nicht zuletzt aller Gläubigen auf dieser Welt. Sie meinen, der Kirche vorwerfen zu müssen, dass "sie mit jedem Machtherrn ins Bett gegangen ist". Sie vergessen, dass sie selbst und ihre Vorgänger im Logenstuhl es waren, die die völkisch-religiöse Einheit des Abendlandes zerbrachen und nicht nur die Völker heimatlos, sondern auch die Kirchen richtungslos machten. Es gehört zum Handwerk dieser Katastrophenpolitiker, diejenigen zu Schuldigen am Chaos zu stempeln, die nur die Opfer ihrer eigenen Zersetzung sind. Wer in heutiger Zeit sich antireligiös betätigt, kämpft auf Seiten der Weltfreimaurerei, hilft, deren Utopie an die Stelle unserer gewachsenen Werte zu setzen. Der jetzt angehende Kampf gegen die Kirchen und Religionen ist nichts als Teil der "gewerbsmässigen Täuschung der breiten Massen", die Dr. Goebbels einstmals sehr deutlich erkannte: "Wir wollen und werden es nicht mehr dulden, dass man uns einen blauen Dunst vormacht, dass man dem Volk ein Paradies auf Erden vorgaukelt, wo eine wahre Hölle seiner harrt."

*

URUGUAY

Während wir Länder wie Mexiko, Brasilien, Argentinien und Kolumbien mit einer relativ bedeutenden wirtschaftlichen Entwicklung vor uns haben, verzeichnet Uruguay im lateinamerikanischen Gesamtbild den niedrigsten "Entwicklungs"-Koeffizienten. In einem Lande, in welchem alle Erziehung seit Jahrzehnten ausgerichtet ist auf die materiellen Seiten des Lebens, da nur das Geld einen Wert darstellt, hat ein derartiges Versagen auf dem materiellen Sektor natürlich die verheerendsten Folgen. Die konstitutionellen Kräfte des Landes werden so zum Spielball um ihr Letztes kämpfender Interessengruppen, und im Catch-as-catch-can der Streitenden sucht man sich den Schwächsten aus, um gemeinsam über ihn herzufallen. Mit der Schlauheit, mit welcher bei Lafontaine (Les membres et l'estomac) die Glieder vorgehen, fällt man so auch in Uruguay erst einmal über die Landwirtschaft her. "Eliminar los latifundios", die Latifundien abschaffen heisst die Parole, die in den leeren Köpfen zündet. Man fing an mit einer Besitzung in der Umgebung von Guichon. Sie störte die Entwicklung des Ortes. Man bot 48 Millionen Pesos Entschädigung. In Anrechnung brachte man aber gleich 42 Millionen Pesos "Steuerschulden". Am gleichen Tage, da diese und andere Enteignungen veröffentlicht wurden, teilte UPI mit, dass "ein westdeutsches Konsortium Uruguay weitgehend gratis technische Beratung zur Lösung seiner Probleme" anbietet.

Doch nicht nur die Westdeutschen wittern Verdienstmöglichkeiten. Darum ist es angebracht, die Konkurrenz beim allgemeinen Ausverkauf genau zu beobachten. Eine solche Beobachtungsstation kam zufällig im wahren Sinne des Wortes ans Tageslicht: Telephonarbeiter entdeckten eine Abhöreinrichtung, die die CIA angelegt hatte, und mit welcher sämtliche Telephongespräche der sowjetrussischen und verschiedener anderer Botschaften laufend registriert worden waren. War dieses Vorgehen für USA-Behörden nicht gerade neu (*116), so machte die Geschichte in dem unruhigen Südamerika gerade keinen guten Eindruck, und wurde denn auch so schnell wie möglich mit Geld und guten Worten wieder zugedeckt.

Eine Hilfe für das bedrängte Land ist es, dass bei den Nachbarn Ordnung herrscht, und dass diese mit Verantwortungsbewusstsein sich um eine Zusammenarbeit mit dem kranken Freunde bemühen, ohne dessen Lage kurzsichtig auszunutzen. Einen weiten Kreis zogen daher die Unterredungen, die die Staatspräsidenten Uruguays und Argentiniens Mitte März 1970 hatten. Der am 23. April 1969 unterzeichnete Tratado de la Cuenca del Plata (La-Plata-Becken-Vertrag) wurde bestätigt und untermauert. Die letzten Worte der neuen Erklärung lauten: "Die beiden Präsidenten bestätigen den gemeinsamen Wunsch ihrer Regierungen auf Vertiefung der Zusammenarbeit mit den Brudervölkern des Kontinents, um so ein lateinamerikanisches System zu verwirklichen, welches in der Lage ist, sowohl die wirtschaftliche Entwicklung und das soziale Wohlbefinden wie auch die erneute Bestätigung seiner geschichtlichen und kulturellen Werte zu gewährleisten."

Doch von einem "südamerikanischen System" zu reden ist im Augenblick mehr als suspekt. Zunächst einmal hat ein jedes seiner Glieder bei sich zu Hause nationale Lebenseinheiten zu schaffen. Die schreienden Ungerechtigkeiten des gegenwärtigen Zustandes haben in Uruguay daher die "Tupamaros" auf den Plan gerufen. Mit der Hinrichtung des amerikanischen Diplomaten Mitrione kam ihr Kampf auch in die Weltpresse, denn diese beginnt sich erst dann für etwas zu interessieren, wenn anstatt der verhungernden Armen und der voller Verzweiflung freiwillig aus dem Leben scheidenden Jugendlichen einer der Ihren das Gesetz der Zeit erlebt. Dann aber wird gleich von "Mord-

banden", "Terroristen", "nicht zu rechtfertigendem Akt der Brutalität" gesprochen. Die Madrider Zeitung "Pueblo" brachte dazu Erklärungen eines Führers der Tupamaros, die unsere Beachtung verdienen: "Uns stösst es ab, zu töten. Bevor wir dazu schreiten, erschöpfen wir alle nur möglichen Mittel der Verhandlung. Die Regierung Uruguays will nicht wahr haben, dass wir im Kriege stehen. Ganz Spanisch-Amerika ist es, und ein einziger Schritt zurück bedeutet verlorene Zeit in dem tagtäglichen stummen und verzweifelten Kampf. Wenn wieder einer der Verhafteten sterben muss, so ist es niemand anders als Präsident Pacheco Areco selbst, der durch seine Verweigerung der Auslieferung unserer Kameraden dieses Leben auf dem Gewissen hat. Es wird Zeit, dass man allgemein und für immer zur Kenntnis nimmt, dass wir keine gewöhnlichen Verbrecher sind, wie man meint, uns in den Augen der Weltöffentlichkeit abstempeln zu können. Wir kämpfen gegen jene, die ganz Lateinamerika hypothekiert haben zugunsten des ausländischen Kapitals. Wir kämpfen gegen jene, die den Hunger gestatten, das Elend, die erschreckende Kindersterblichkeit in unserer heutigen Welt, während sie selbst sich gierig die Taschen füllen. Wir kämpfen gegen die alten Strukturen, die soziale Ungerechtigkeiten schaffen inmitten jener Beruhigungsheuchelei, die uns in rosa Farben erscheinen lassen will, was derart nur für einige Wenige leuchtet." (Wiedergegeben in der argentinischen Zeitung "Río Negro" vom 31. August 1970.)

Das erinnert an einen inzwischen längst geheiligten revolutionären Kampf, den des russischen Volkes. Da sagte Maria Benjewskaja von der Sozialrevolutionären Attentatsbrigade 1905: "Das Allerschrecklichste ist, einen Menschen zu töten; gerade darum muss ich es auf mich nehmen." Und Viktor Tschernow ergänzt: "Es gibt keine grössere Tat, als seine Seele zu opfern um seiner Freunde willen. Zu dieser Folgerung gelangten wir. Eben die Seele. Dies ist nicht dasselbe wie sein Leben opfern. Nein, es muss eine noch grössere, noch höhere Stufe des Verzichtes geben. Man muss seine eigene seelische Reinheit als Sühneopfer dem Volke darbieten. Seine eigene Reinheit um jeden Preis vor Berührung mit der vom Leben untrennbaren Sünde zu hüten, ist der feinste Egoismus, die letzte Zuflucht der Selbstsucht. Solche Sittlichkeit ist wie eine künstliche elektrische Sonne, die leuchtet, aber nicht wärmt. Summum jus - summa injuria. Absolute Sittlichkeit ist unsittlich." Und mehr noch werden wir Südamerikas Jugend verstehen, wenn wir in Ssosonows Attentäterroman finden: "Höre, wenn du liebst, wenn du wirklich liebst, kannst du dann töten oder nicht? Du kannst immer töten. Nein, nicht immer. Zu töten ist immer Sünde. Doch gedenke der Evangelien: "Stärker geliebt hat niemand als derjenige, der seine Seele geopfert um seiner Nächsten willen." Nicht nur sein Leben, sondern seine Seele ... Du musst zu allem bereit sein um der Liebe willen." Dieses Töten steht dann im krassen Widerspruch zu dem "echt philisterhaft-spiessbürgerlichen Massenmorden von Gegnern, sobald diese wehrlos geworden" (Sarkisyanz, S. 129), wie es von der GPU bis zur CIA "demokratische" Methode ist. "Mit dem Terrorismus soll man bis nach der Revolution warten", meint Marxist Plechanow 1905. "Dann wird diese ihre wehrlos gewordenen Gegner massenweise auf der Guillotine erledigen, ohne Gefahr für die Mörder." Mord war das in Dresden, in Hamburg, in Hiroshima, in Nürnberg, in Landsberg, in Katanga, auf Sansibar, in Budapest, in Posen, in Biafra. Opfer aus Liebe aber ist das, was die Jugend Südamerikas in ihrer christlichen Kulturrevolution heute tagtäglich darbringt. Der in Montevideo verhaftete Jesuitenpater weiss mehr noch davon. Und ein Vater schreibt seinem Sohne: "Schwer ist es dem Menschen. Es ist nichts zu sagen, gut ist es, so, sich selbst nicht schonend, sich dem Volke zu weihen. Denn - es ist doch Martyrium. In den Gefängnissen wird man dich faulen lassen und verfolgen.

Wie ein gejagter Wolf wirst du zu leben haben. Kein Wort dagegen werde ich sagen – ist es doch so eine Sache. Selig seid ihr, die ihr verfolgt werdet, dies hat sogar Jesus Christus gesagt. Dann musst du einsam bleiben, einsam. Möge Gott dir Kraft dazu geben, aber schwer wird es sein, ach wie schwer!"

---

*116 – Schon Theodore Roosevelt hatte einen bei Pitman ausgebildeten Stenographen, der Telephongespräche im Weissen Haus abhörte, und auch unter Taft wurde jedes Telephongespräch in der Präsidentschaft mitgehört. 1915 wurde auf Wilsons Anordnung hin eine geheime Telephonlinie zwischen der Deutschen Botschaft und dem Geheimdienst angelegt und so "die Gespräche zwischen dem Gesandten, Grafen von Bernstorff, von Papen, Boyen und von Rentlen" abgehört. ("Washington Observer", 1.3.66) Johnson liess mehrfach das Weisse Haus untersuchen, um Abhörvorrichtungen seines Generalstaatsanwalts Bob Kennedy zu entfernen.

Die Tannenbergschlacht wurde im wesentlichen gewonnen durch die erste kriegsmässige Verwendung von Abhörvorrichtungen, die der deutschen Heeresleitung die Bewegung der russischen Verbände klarlegte.

*

BRASILIEN

Man nimmt an, dass die Volkszählung 1970 mehr als 100 Millionen Menschen als Einwohner Brasiliens registrieren wird. So ist der fünftgrösste Staat der Welt zugleich mit Abstand der volkreichste Lateinamerikas. 1970 immatrikulierten sich auf seinen Universitäten mehr als 300 000 junge Menschen. Im Jahre 2 000 wird das Jahreseinkommen pro Kopf 506 Dollar betragen, bei einer Bevölkerung von dann 212 Millionen. (Argentinien, heute 20 Millionen, wird dann etwa 38 Millionen Menschen zählen.) Und dieser Gigant steht im Begriff, aus eigener Kraft über den bisher entwickelten Raum hinaus bis an die Landesgrenzen auszuwachsen zu einer Wirtschaftsmacht, die solcher Grösse entspricht.

Amazonien heisst darum heute das Losungswort für die Jugend. Ganze Arbeiterdivisionen marschieren dorthin, angeworben von Privatfirmen, vom Staat oder vom Heer, das diesen Raum unter dem alles beherrschenden Gesichtspunkt der nationalen Sicherheit unter seine besondere Obhut genommen hat. Sechs grosse Autobahnen von mehr als 11 000 Kilometer Länge erleichtern die erste Erschliessung des Gebietes (Belem – Brasilia; Pará – Maranhao; Cuiabá – Grenze mit Venezuela und Guyana; Manaus – Porto Velho; Guajará – Mirim; Cacapá – Grenze mit Französisch-Guayana). An ihnen bilden sich heute bereits Hunderte von neuen Bevölkerungszentren, die wiederum zu Ausgangspunkten werden für die Eroberung des bisher undurchdringlichen Urwalds. Den Strassen folgen Telegraph und Telephon, sodass die Abgeschlossenheit des Amazonasgebiets der Geschichte angehört. Als besonderes Instrument der Förderung wurde das Gebiet um Manaos herum zur Freihandelszone erklärt. Industrien beginnen sich so dort bereits niederzulassen.

Aber auch hier sind den Technologen Grenzen gesetzt. Da ist vor allem das Projekt der Transamazónica, das heisst einer Strasse, die das gesamte Amazonasgebiet durchzieht. Vorgelegt wurde es von einer Kommission, der neun Nordamerikaner angehörten, und der Gedanke blendete nicht nur die Oeffentlichkeit, sondern rief auch zahlreiche kapitalistische Interessen auf den Plan. Doch der Direktor der Strassenbauverwaltung des Amazonasgebiets, Ing. Monteiro de Castro, setzte sachliche Zahlen einem derartigen Unternehmen entgegen: "Strassenbau ist nicht identisch mit der Schaffung von neuen Kolonisationszentren. Die Kosten einer integralen Kolonisation sind doppelt so hoch wie der eigentliche Strassenbau. Eine Zuwanderung aus den Notstandsgebieten des Nordostens ist nach bisherigen Erfahrungen kaum zu erwarten, denn eine solche erfolgt nur dann, wenn ein Arbeitsmarkt und bessere Lebensbedingungen bestehen. Bisher haben wir nur dort Ansatzpunkte zu solchen neuen Wohnzentren, wo die Japaner mit ihrem Pioniergeist anfingen... Die bereits bestehende Strasse Manaus-Itacoatira, die die wichtigste Stadt des Innern mit der Landeshauptstadt verbindet, weist derzeit einen Verkehr von ganzen sieben Autos pro Tag auf. Die weiten Landstrecken zu seiten dieser Strasse liegen nach wie vor unbenutzt. Der Bau der Transamazónica wird die gigantische Summe von 477 Millionen Cruzeiros verschlingen (477 Millionen DM. D.V.). Bei dem derzeitigen Budget bedeutet das die Verwendung der dem gesamten brasilianischen Strassenbau zur Verfügung stehenden Gelder von 24 Jahren. Nicht gerechnet sind die Kosten der weiteren Unterhaltung, die sofort mit Beginn des Baues ebenfalls einsetzen." So kommt jener zuständige Sachkenner zu dem Ergebnis: "Os investimentos em novas rodovias não são considerados economicamente viaveis no momento atual, exceto a Manaus-Porto Velho, desde que em Plano integrado Rodovia-Colonização" (Die Investierungen in neuen Autobahnen sind im gegenwärtigen Augenblick, mit Ausnahme der Strasse Manaus-Porto Velho, wirtschaftlich vom Standpunkt einer integralen Planung Strassenbau-Kolonisation nicht tragbar). Wir erleben daher hier in Brasilien ganz das gleiche, was wir bereits in Argentinien sahen, was wir auf der ganzen Welt tagtäglich sehen: Die technische Zentrale unserer Welt drängt auf immer neue Investierungen, will ihren "Fortschritt" vorantreiben, ohne Rücksicht darauf, dass damit die Völker in Schulden versinken. Geblendet von der Idee, dass mit der Technik das Los der Menschen sich bessert, werden Pläne aufgesetzt, die im Rahmen der nationalen Gesamtplanung keinerlei Priorität verdienen. Die Verkäufer jener schönen gelben Strassenbaumaschinen fragen gar nicht danach, ob der Mensch in ihre Konstruktionen hineinwachsen kann. Dort, wo das natürliche Wachstum als wichtigster Impuls fehlt, muss man dann zu "wirtschaftlich nicht tragbaren Investierungen" kommen. Im Amazonasgebiet genau so wie überall, wo das Internationale Kapital bestimmen will.

Doch im Gegensatz zur Erschliessung des nordamerikanischen Westens mit seiner Indianerausrottung geht hier das Vordringen einher mit einer Reihe von Regierungsmassnahmen zum Schutz der Indianer. Dieser ist ausdrücklich in Art. 198 der neuen Verfassung vom Oktober 1969 verankert: "Die Ländereien der Waldbewohner sind unveräusserlich im Sinne der zu erlassenden Bundesgesetze, sind ihr dauernder Besitz und sie haben das Recht der ausschliesslichen Nutzung ihrer natürlichen Reichtümer und aller in ihr vorhandenen nutzbringenden Einrichtungen (utilidades)." Die FUNAI (Fundaçao Nacional de Indio) macht regelmässige Inspektionen in die Indianergebiete und konnte im November 1969 mitteilen, dass erneut zwei Fälle von Usurpation durch das Höchste Gericht des Landes zugunsten der Indianer entschieden wurden. Diesen Tatsachen stehen die ausländischen Einmischungsversuche in

innerbrasilianische Angelegenheiten gegenüber. Sechs norwegische Professoren wurden zB bei den UN-Vertretern der nordischen Länder mit der Bitte um Vortrag bei den UN vorstellig wegen der "systematischen Ausrottung der eingeborenen Stämme in Brasilien, Kolumbien, Venezuela und Perú (Juli 69). ... In 10 bis 15 Jahren gibt es in ganz Südamerika keinen einzigen lebendigen Indianer mehr" nach Auffassung dieser Koryphäen aus Norwegen. In der BRD erlaubte sich der SPD-Abgeordnete Wilhelm Nölling (Dez. 1969) eine ähnliche Frechheit, indem er von der Regierung der BRD forderte, "gegen die Indianermorde in Brasilien zu protestieren"! Die Bundesregierung antwortete in der ihr eigentümlichen unverschämten Haltung gegenüber "weniger entwickelten" Ländern: "Es werde geprüft, in welcher geeigneten Weise der brasilianischen Regierung die Anteilnahme der deutschen Oeffentlichkeit (!) am Schicksal der brasilianischen Indianer nahe gelegt werden kann" (dpa). Diese beleidigende Aeusserung, die zu nichts anderem dient, als im Interesse der auf Amazonien begierigen internationalen Kreise die Erschliessung Brasiliens aus *eigenen* Kräften zu verhindern, erfolgte im gleichen Augenblick, da der grosse Europäer und deutsche Staatsangehörige Rudolf Hess aus dem Zuchthaus in ein Krankenhaus eingeliefert werden musste - ohne dass die Herren in Bonn es für nötig hielten, etwa den Alliierten "in geeigneter Weise nahezulegen, mit welcher Anteilnahme das deutsche Volk dieses Schicksal verfolgt". Dafür erleben wir es, dass der westdeutsche Botschafter in Argentinien entsprechend den erhaltenen Befehlen aus Bonn und in gleichem Atemzug mit seinen Genossen an anderen Hauptstädten "Weihnachtsgrussworte an die deutschsprachige Gemeinschaft" richtet, wie die dicke Ueberschrift lautet. Der Herr fängt auch in diesem Sinne auf deutsch an und fährt dann auf spanisch fort und sagt da: "Was uns Deutsche anbelangt, kann ich versichern, dass wir sehr sensibel sind für die Leiden anderer Völker, um so mehr als unser Volk und Vaterland noch vor kurzem durch eine dunkle Etappe unserer Geschichte gegangen sind." Unter dem Vorwand also einer "Weihnachstbotschaft an die deutschsprachige Gemeinschaft" wendet man sich hier offensichtlich an die Nichtdeutschen, an die Ausländer, um ihnen einmal eine Drohung auszusprechen und zum andern ein falsches Bild von der deutschen Geschichte zu geben. Mit solchen Worten soll die Einmischung in die Indianerangelegenheiten in Brasilien, in die Apartheidpolitik Südafrikas usw. sogar noch mit der Aureole einer christlichen Weihnachtsbotschaft versehen werden. Und wir Auslandsdeutsche sollen als Vorwand dienen, derartige Einmischung vornehmen zu können! Es ist so weit gekommen, dass der bedeutende brasilianische Journalist Nelson Rodriguez in der grossen Zeitung "O Globo" mit bitterem Hohn und in Anspielung auf die Verleumdungen, die man gegen das Deutsche Reich ausstreut, sagen kann: "Jetzt haben auch wir unsere sechs Millionen."(4.6.70) Nur ein einziger kleiner Unterschied besteht zwischen Brasilianern und Westdeutschen: die ersteren besitzen nationale Würde und Zivilcourage.

Zu einem besonderen Sorgenkind der brasilianischen Regierung wurde der Nordosten erklärt. Die dort seit Jahrzehnten herrschende Notlage wurde von subversiven Elementen ausgenutzt und im November 1969 grosse Zuckerrohrfelder in Brand gesteckt. Sieben "Studenten" aus anderen Teilen Brasiliens, die dafür verantwortlich waren, versuchten vergebens, in den örtlichen Gewerkschaften Helfer für ihre Brandschatzungen zu finden, doch wurde ungeheurer Schaden angerichtet, "um das Land reif zu machen für die Revolution". Diesem vom Ausland finanzierten Sabotageversuch entgegen jedoch nimmt die Entwicklung der Zone weit sichtbare Formen an. Gelder nämlich, die aus anderen Teilen des Landes im Nordosten investiert werden, sind steuerfrei. Im Jahre 1969 konnte die dafür zuständige Organisation SUDENE so 616 Mil-



aus "Folha de S. Paulo".

lionen NCr anlegen (von diesen stammten allein 287 Millionen NCr von Firmen aus dem Staate São Paulo). Erneut wurde das Gewissen des ganzen Landes durch den Besuch des Staatspräsidenten im Nordosten Mitte 1970 aufgerüttelt. Erleichtert wird dabei die dortige Lage allerdings nicht gerade, wenn wir zur Kenntnis nehmen, dass der Erzbischof von Olinda und Recife, Helder Camara, als "Adept der Violenz für die Friedfertigen" laufend in seiner Sucht nach Publizität mit billigen slogans die Jugendlichen zum bewaffneten Terror aufhetzt ("O Estado de S. Paulo", 19.7.70) und bei gleichzeitigem Selbstbekenntnis, "für derartige Fragen nicht vorgebildet zu sein", sich "von dem Gebiet pastoraler Sorgen entfernt und politische Probleme des Nordostens aufgreift."

"Damit Brasilien den Weg der Prosperität beschreiten kann", wurden im Dezember 1969 die Territorialgewässer auf 200 Seemeilen ausgedehnt (dem Beispiel Argentiniens und Uruguays damit folgend). Weiter hinaus führt der Kurswechsel im Seefrachtenverkehr. Hier hat Brasilien die verschiedenen Frachtenkonferenzen gekündigt und wünscht für die Zukunft eine stärkere Beteiligung der brasilianischen Flagge an den eigenen Exporten und Importen. Mit dem Ausbau der Werften und der Modernisierung der eigenen Flotte soll dafür genügend eigener Schiffsraum geschaffen werden.

Wenn Brasilien unabhängig bleibt, bildet es eine sehr ernste Gefahr für die Pläne der Einweltler. Darum wird mit allen Mitteln versucht, Brasi-

liens nationale Entschlossenheit und Geschlossenheit zu zerstören. Es vergeht keine einzige Phase im politischen Geschehen des Landes, ohne dass nicht eine Spaltung, die Schaffung eines Unruheherdes versucht wird. "Die Subversion, die darauf aus ist, die Schule, die Familie, die Streitkräfte, die Justiz und das Vaterland als Ganzes zu zerstören"(*117), lässt sich keine Gelegenheit entgehen. Als Präsident Arthur da Costa e Silva durch Schlaganfall regierungsunfähig wurde und ein provisorisches Triumvirat aus den Oberbefehlshabern der drei Wehrmachtsteile gebildet wurde, stellte man (AP 1.9.69) die Dinge der Welt in folgender Form vor: "Dem Vizepräsidenten Pedro Alexo (einem Zivilisten) wurde es nicht gestattet, die Regierung zu übernehmen ... Man weiss noch nichts bezüglich der Politiker, die den derzeit Regierenden zu folgen haben." Das gleiche Spiel wiederholte sich dann, als mit dem Hinscheiden Da Costa e Silvas der General Garrastazú Medici Präsident des Landes wurde. Sogar der ihn investierende Admiral Augusto Rademaker (er wurde dann Vizepräsident) meinte dabei: "Das reichste Erbe, das Eure Exzellenz jetzt empfängt, ist der geistige Reichtum der Wiederaufnahme des demokratischen Prozesses mit der Eröffnung des Nationalkongresses, der als authentische Vertretung des Volkes Eure Exzellenz zum Präsidenten der Republik gewählt hat." Die Politiker witterten jedoch vergebens Morgenluft. Die neue Verfassung schränkt zunächst ausdrücklich die Tätigkeit des Kongresses auf eine bestimmte Höchstzahl von Sitzungen ein. Der neue Justizminister Alfredo Buzaid (*118) erklärt, dass zunächst einmal eine neue Schicht von Politikern in den Parteien gebildet werden muss, "die dem Mandat des Volkes wieder Würde und Ansehen verleiht ... In der Vergangenheit war politische Aktivität eine Geldangelegenheit." Und Medici betont im Fernsehen (8.10.69), "dass die Volksvertreter nicht zu Verteidigern der Vorrechte einiger Privilegierter werden dürfen" und fordert "eine authentische demokratische Revolution".

Um Querschüsse bei dieser Entwicklung zu vermeiden, wurde ein Schriftleitergesetz erlassen. Journalisten unterliegen damit in Zukunft in ihrem gesamten Lebenswandel der besonderen Aufsicht des Innenministeriums und geniessen eine vom Staat geförderte umfassende Ausbildung. Andererseits wurde wieder für Prozesse gegen Journalisten die ordentliche Gerichtsbarkeit eingeführt (Decr. 898 vom 29.9.69).

Wenn wir sagten, dass die Internationalen "mit allen Mitteln" die Bildung eines starken und unabhängigen Brasilien zu verhindern versuchen, so trifft das ohne jede Einschränkung zu. Den eigentlichen Tiefpunkt aber dieser Kampfmoral stellt die Bildung von Mordkommandos durch den geistlichen Orden der Dominikaner dar.(*119) Wir zitieren aus dem Kommentar von Lenildo Tabosa Pessoa im "Folha de S. Paulo": "Es gibt eine subversive brasilianische Kirche ... Absinken auf das niedrigste Niveau menschlich möglicher Degradierung ... Die Kirche selbst ist in ihren Gliedern von der Subversion erfasst worden ... Bruder Antonio (Oberer des Dominikanerordens in Brasilien) sagt, er hätte von der Tätigkeit seiner Untergebenen nichts gewusst. Aus Achtung vor dem illustren Monsenhor sehen wir davon ab zu sagen, dass das eine Lüge ist. Wir können es aber nicht unterlassen festzustellen, dass das entschieden unwahr ist ... Kardinal Rossi war ebenfalls rechtzeitig von diesen Umtrieben unterrichtet worden. Er hatte keinerlei Massnahmen getroffen, sie zu unterbinden."

Diese Verbrecher in der Soutane sind dabei ja nur Auswüchse der Zersetzung, die so erfolgreich in den katholischen Klerus hineingetragen wurde. Nelson Rodriguez schreibt am 5.11.69 im "Jornal da Tarde", São Paulo, in dem Leitartikel "Nicht alle sind Mörder Gottes", in dem er von der "Pille" und ihrer widernatürlichen, antichristlichen Befürwortung durch gewisse Kle-

riker ausgeht: "Ist der Massenmord an Tausenden und Millionen etwa eine Lösung? Die Idioten der Objektivität werden sagen: "Sie wurden doch gar nicht erst geboren." Doch sehen wir uns einmal den ganzen bewundernswerten Zynismus unserer Zeit etwas genauer an. Unsere Zeitgenossen sagen, dass es nichts zu töten gibt, wo nichts geboren wurde. Erinnern wir uns, dass unsere ganze Kultur immer wieder die Abtreibung als Verbrechen ansah ... Die neuen Generationen wissen nichts mehr von der Liebe, von der alten Romantik. Bis dahin nämlich war es undenkbar, dass ein Kind nicht geboren werden sollte aus wirtschaftlichen, moralischen, familiären oder anderen Gründen ... Doch auf einmal wurde das alles geändert. Die ganze Welt: Journalisten, Familie, Aerzte, Soziologen, Wirtschaftler, Pfarrer sind sich auf einmal einig. Warum denn, müssen wir uns fragen, ist das Verbrechen nun auf einmal kein Verbrechen mehr? Die Antwort ist einfach: weil es die Form der Pille angenommen hat. Herrlich! Ein Mädchen geht in die Apotheke und kauft sie. Wenn wir die Rechnung aufmachen, dann tötet die Pille weit mehr Menschen als die arme kleine Bombe von Hiroshima. Und das schlimmste ist: das Entsetzen nimmt die Maske fröhlicher Natürlichkeit an."

"Man kann sich ganz einfach fragen, ob der Mensch nicht aufgehört hat, noch "Mensch" zu sein. Denn, welche Gewissensbisse hat der Mensch noch, wenn er Menschen zerstört? So ist also die Pille Mord und Selbstmord zugleich. Diesmal aber liegen keine moralischen, religiösen oder sentimentalen Gründe mehr vor. Nein! Allein das Wirtschaftliche, das schmutzige Geld steckt hinter dem Ganzen. Da ist also jemand arm. Kein Problem, meine Herren, wir beseitigen es gleich zu Beginn aller Ueberlegungen. Landwirtschaftliche Reformen sind dann nicht mehr nötig, bessere Verteilung des Reichtums ist dann überflüssig; soziale Gerechtigkeit, wozu das noch? Die Sterblichkeit beginnt schon vor der Geburt ..."

"Heute gibt es Pfarrer, die auf ihren Flitterwochen bestehen, Flitterwochen im Habit! ... Und hinterher die Pille ... Doch es gibt einen, der die Pille nicht verschreibt: der Papst. Und darum sind ein Haufen von Patern und Bischöfen gegen ihn. Mit Entsetzen erleben wir, dass eines der wichtigsten Themen der Synode – die Pille ist. Und ein anderes, die Liebe bei den Padres! Eine wahre Meuterei hat die Kirche ergriffen ... Das Volk versteht das nicht, oder, vielleicht versteht es doch alles. A espiritulidade do brasileiro toma novos caminhos. O que se vê, com uma nitidez apavorante é que, na Igreja Católica os católicos formam minorias acuadas, enquanto os assassinos de Deus são cada vez em maior número. (Die Geistigkeit des Brasilianers geht neue Wege. Denn, was man mit ganzer Deutlichkeit erkennt, ist, dass die wahren Katholiken in der Katholischen Kirche sich zu Minderheiten zusammenschliessen, während die Gottesmörder jeden Tag an Zahl zunehmen.)" Zwei Millionen Katholiken aus Brasilien, Argentinien, Chile und Uruguay jedoch baten im Dezember 1969 den Papst, "energische Massnahmen zur Verhinderung kommunistischer Infiltration in katholische Kreise zu treffen", und "Die Freimaurerei in der Katholischen Kirche" ist 1969 das meistgekaufte Buch bei den Katholiken Südamerikas gewesen.

"Eclesiasticos amantes del Gangster Dillinger", liebestolle Pfarrer des Gangsters Dillinger, nennt ein weiterer Leitartikel diesen Auswurf, und es ist kein Zufall, dass gerade zwei holländische Pfarrer es sind, denen von ihrem brasilianischen Bischof das Lesen der Messe verboten wird, nachdem sie sich als Volksaufwiegler entpuppten. Die Kirche selbst war diesen Ausländern gerade gut genug, um dem Staat das Rückgrat zu brechen – ganz genau so wie die Freimaurerei von England aus (s.d.) seinerzeit die katholischen Monarchien auf dem Kontinent unterminierte. "Stadt Gottes" heisst ein Kir-

chenblatt, das viel in auslandsdeutschen Familien gelesen wird. Von angeblicher Negerunterjochung in Südafrika ist darin die Rede, kein Wort aber von den Mördern unter den Dominikanern in Brasilien.

Als Brasilien sich gegen diese Angriffe zur Wehr setzte, wurde "man" ärgerlich. Besonders ärgerlich, weil Zahn um Zahn geantwortet wird, weil man die Todesstrafe einführt. Das geschah in Brasilien im September 1969 für alle Delikte im psychologischen wie im revolutionär-subversiven Krieg. Und man hatte keine Schwierigkeit, Freiwillige zu finden, die sich für die Erschiessungskommandos meldeten. Ganzseitig bringt "Jornal da Tarde", São Paulo, am 17.10.69 die Bilder jener Freiwilligen unter der dicken Ueberschrift: "Diese Männer lieben Brasilien." Diese Seite ist Beweis, wo der wahre Volkszorn sich rührt, und wie es in anderen von der Subversion angefressenen Ländern aussehen würde, hätten sie eine Regierung wie Brasilien oder Griechenland oder Rhodesien.

Rebellen hatten sogar den amerikanischen Botschafter entführt und als Lösegeld die Freilassung politischer Verbrecher gefordert. Als man diese daraufhin im Interesse der Befreiung des Amerikaners nach Mexiko abschob, erklärten sie dort, "für Brasilien gibt es keine andere Lösung als den bewaffneten Kampf". Sie mögen sich also nicht wundern, wenn sie ihn bekommen.

Er wurde aufgenommen auch auf dem Gebiet der Verbrechensbekämpfung. Denn die Justiz ist in Brasilien genau so lahm wie in der übrigen demokratischen Welt. Sie lässt nur dann von sich hören, wenn etwa Richter ihres Amts enthoben werden, oder "die Treue zum demokratischen Regime dem Gehorsam gegenüber einer Militärregierung im Wege steht".(*120) Im übrigen dient sie pünktlich dem von Montesquieu aus dem freimaurerischen London geholten System der Gewaltenteilung, um so den Staat lahmlegen zu können. Und fördert das Verbrechertum, wie es ihr grosses Vorbild Richter Earl Warren in den USA mit so viel Erfolg tat. Scheidet also die Justiz bei der Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit aus, so muss man das "Recht zum Widerstand" ergreifen und Selbst-Justiz üben. Und diese verschafft sich das brasilianische Volk mit den "Todesbrigaden" seiner Polizei. Da findet man eines Morgens eine Leiche am Wege. "Es sieht aus, als sei der Mensch zu Tode gefoltert worden und erst hinterher habe man ihm einige Kugeln durch den Körper gejagt. An den Handgelenken sieht man die Spuren von Polizeihandschellen. Um den Hals ein Draht mit einem Zettel: "Ich habe zwei Taxichauffeure ermordet." Und ein Mitglied der Todesbrigade sagt dem Journalisten dazu: "Wir freuen uns über die ausführliche Publizistik, die Sie darüber machen, denn so werden vielleicht Verbrecher abgeschreckt von weiteren Untaten."" Nur im Ausland ist man natürlich damit nicht zufrieden. Wozu verhindert man Strafgesetze, wenn das Volk sich etwa selbst die Gerechtigkeit holt? Und welch schlechtes Beispiel bieten überdies solche ordnungsliebenden Länder für diejenigen Völker, die noch im Sumpf der Demokratie leben! Für uns auffällig einheitlich und laut verurteilt die gesamte Weltpresse diese "Todesbrigaden". Und doch ist es wohl das gleiche, wenn Aramburu und Rojas in Argentinien ohne Gerichtsurteil peronistische Offiziere, Soldaten und Arbeiter (dieses sogar ohne Benachrichtigung der Angehörigen) erschiessen, Hitler in Bad Wiessee die SA-Führer erschiesst oder wieder Aramburu ohne Gerichtsurteil erschossen wird. Im einen Fall spricht man von demokratischen Notwendigkeiten, im anderen von Verbrechen. Es wird dem Chronisten wahrlich nicht leicht gemacht, hier noch rechtsstaatliche Gradlinigkeit zu erkennen, besonders dann nicht, wenn man erfährt, dass die letzterwähnte Tat nunmehr ihrerseits von Gerichten abgeurteilt werden soll, die mit rückdatierten Gesetzen arbeiten.

Entdeckt haben wir übrigens bei dieser Gelegenheit einen neuen Begriff: "criminal ideológico" (Ideologieverbrecher) und "delincuencia ideológica" (Ideologieverbrechen) ("Clarín", 1.8.70, aus dem amtlichen Text der argentinischen Secretaría de Difusión). Obwohl ebensowenig in einem Gesetzbuch definiert wie die Erfindung des "Kriegsverbrechers", geht offensichtlich die allgemeine Tendenz dahin, normale Verbrecher laufen zu lassen, die Selbstverteidigung durch Todesbrigaden zu verhindern, aber schärfste Strafen gegen diejenigen zu verhängen, die dem grossen Verbrechen unserer politischen und sozialen Gegenwart mit der Tat entgegentreten. Man will nicht wahr haben, dass die Verpönung aller Andersdenkenden als "Extremisten", das Isolieren und Totschweigen ihres Wollens, also die Herrschaftsgier der "Demokraten", die Ursache für diese Form des Kampfes ist.

Die nationale Sicherheit steht obenan bei allen Erwägungen der Militärregierung. Die Offiziere Brasiliens haben längst verstanden, dass es eine Front gibt, an der sie zu kämpfen haben, und dass diese innerhalb der Landesgrenzen liegt. Die Umstellung auf diese neue Aufgabe ist inzwischen längst erfolgt. Nicht überall auf der Welt hatten die Völker diese Retter zur Hand, nicht überall auch standen jene ihnen dann zur Seite, als es galt, den Staat zu retten. Mit Verleumdungen wie "Putschisten, Reaktionäre, Faschisten" versuchte man, einen Graben zu ziehen zwischen Volk und militärischer Führung. Die westdeutschen Zeitungen sind ja ein Prachtbeispiel für diese jahrzehntelangen Geschichtsfälschungen.(*121) Wie diese Offiziere jedoch in Wirklichkeit ihre Aufgabe sehen, mögen wir aus den Worten erfahren, die der General Orlando Geisel bei Uebernahme seines Amts als Wehrminister (4.11.69) fand: "Ich werde in meinen Handlungen mit Bedachtsamkeit, mit Sinn für Gerechtigkeit, Festigkeit und Objektivität vorgehen, mit aller Energie, in grösster Bescheidenheit, ohne Eitelkeit und ohne den geheimen Wunsch, mich zeigen zu wollen." Man hört den alten Potsdamer Wahlspruch: "Mehr sein als scheinen" nachklingen in den Worten dieses deutschstämmigen brasilianischen Offiziers.

Brasilien bemühte sich auch darum, diesen Kampf gegen die Subversion im übrigen Südamerika zu stützen. So machte es vor dem Juristischen Interamerikanischen Komitee im Juli 1970 den Vorschlag auf Schaffung einer gemeinsamen Behörde zur Ueberwachung des Terrorismus. Brasilien rechnete nach den erhaltenen Zusicherungen mit der Wahl seines Vertreters zum Leiter dieser neuen in Rio zu installierenden Behörde. In der Geheimabstimmung aber folgten verschiedene Kanzler "dunklen" Empfehlungen, und es erhielt ausgerechnet der bekannte linksextreme peruanische Intellektuelle Alberto Ruiz Eldredge die notwendigen 17 Stimmen. Man erinnert sich der Aussage eines Historikers: Die lateinamerikanischen Aussenminister, die nicht der Freimaurerei angehören, erreichen nicht die Zahl der Finger einer Hand.

"Die Qualität der Wirtschaftspolitik eines Landes hängt von dessen politischer Reife ab."(*122) Darum eben macht auch gerade heute Brasilien auf wirtschaftlichem Gebiet so deutliche Fortschritte. Es versteht in gesundem Selbstbewusstsein nicht nur im Innern die Akzente richtig zu setzen, sondern findet auch den passenden Ton gegenüber den Vereinigten Staaten. Deren "multilaterale Wirtschaftspolitik in Lateinamerika" wird abgelehnt. "Es geht nicht an (schreibt "Estado do São Paulo" am 9.11.69), dass man in gleichem Atemzug und als gleichberechtigt so verschiedene Länder in einen Topf wirft wie Brasilien und Haiti etwa. Das ist eine grobe Verirrung. Washington muss endlich die lateinamerikanische Realität begreifen, und die kennt keine gleichen Partner, sondern sehr verschiedenartige." Brasilien fühlt eben auch, was wir bereits an anderer Stelle ausführten, dass hinter der "Multilateralität" nichts anderes steht als das Herrschaftsprinzip der Gleichmacherei, übertragen auf

die internationale Ebene. Man wünscht, "dass Washington die Beziehungen zu Brasilien nicht durch das gleiche Glas ansieht, mit dem es diejenigen zu Honduras betrachtet. An die Stelle der künstlichen Multilateralität haben sachlich begründete bilaterale Abmachungen zu treten" ("Estado do São Paulo"). Dieselbe Realität ist in den Beziehungen zur Weltbank durchzusetzen. Wenn Nixon, basierend auf dem "Informe Rockefeller", Ende 1969 ankündigt, dass nunmehr Anleihen der US-Auslandshilfe auch zum Einkauf in anderen Ländern Lateinamerikas verwandt werden können, so ist das solange illusorisch, als die Weltbank den Industriellen in diesen Ländern zusätzliche Zinsen abfordert und somit diese den Nordamerikanern gegenüber nicht konkurrenzfähig sind. Denn, was Da Costa e Silva im Mai 1969 sagte, stimmt nach wie vor: "Machtvolle ausländische Wirtschaftsgruppen führen einen regelrechten Krieg gegen die brasilianischen Interessen." Tatsache ist ja trotz allen schönen Worten Nixons, dass die Kredite im Rahmen der inneramerikanischen "Allianz für den Fortschritt" 1969 um mehr als 100 Millionen Dollar gekürzt wurden. Gehorsame Satelliten einer Weltregierung kann man etwas anheben, aber doch nicht Länder, die ernstlich frei werden wollen, und die erkannt haben, wer die Dunkelmänner unserer Zeit sind. Es hat darum auch nicht gerade einschläfernd gewirkt, als man die folgende Meldung in der "Oakland Tribune" vom 16.8.69 las: "Der zionistische Agent Henry Kissinger hat die Rand Corporation mit einigen geheimen Studien betraut, darunter: Umstände festzustellen, unter welchen die Regierung von Brasilien gestürzt werden kann."

"Brüderliche Beziehungen" verbinden Brasilien mit Portugal, und der Besuch Caetanos Mitte 1969 war so vielfältiger Anlass dieses freudig zum Ausdruck zu bringen. Mit der Würde eines Dr. honoris causa wurde der portugiesische Staatsmann und Universitätsprofessor seitens der Universität von Rio geehrt. In seiner, in diesem wissenschaftlichen Rahmen gehaltenen Rede legte er eingehend die einzigartige geschichtliche Verflechtung der brasilianischen und portugiesischen Rechtsinstitutionen dar, die nicht zuletzt auch in den beiden Staatsverfassungen zum Ausdruck kommen: "Zwischen Brasilien und Portugal besteht diese Kommunion der Affekte, die geboren ist aus dem gemeinsamen Ursprung, der gemeinsamen Sprache und der andauernden Gegenwart des portugiesischen Elements in der grossen Mehrheit der brasilianischen Familie." Er gab der Zukunft einen deutlichen Impuls mit den Worten: "Alles ruft uns auf zur Zusammenarbeit und zur Freundschaft."

Caetano griff den Vorschlag der südafrikanischen Regierung auf zur Bildung eines südatlantischen Defensivbündnisses zwischen Brasilien, Portugal, Südafrika und Argentinien. Während letzteres öffentlich dementierte, in entsprechende Verhandlungen eingetreten zu sein (und somit Gefahr läuft, im Interesse der USA ausgeschlossen zu werden von den Vorgängen in den "traditionell luso-brasilianischen Gewässern, die wir zur Sicherheit unserer beider Vaterländer zu schützen und zu verteidigen haben" – "Jornal do Comercio", Recife, 13.7.69), wurden solche begeistert im unabhängigeren Rio begrüsst.

Kaum weniger weitgehend war die Aufnahme konkreter Gespräche über eine gemeinsame portugiesisch-brasilianische Staatsangehörigkeit, die schon seit Jahren von beiden Regierungen in gemeinsamen Erklärungen angestrebt, aber noch nicht Wirklichkeit wurde, da "die Bürokratie" Hindernisse in den Weg legt. Wir vermuten kaum mit Unrecht, dass auch hier die gemeinsamen Feinde Brasiliens und Portugals bremsend am Werke sind. Wir erinnern in diesem Zusammenhang noch allzu deutlich, wie unter Janio Quadros der Welt durch ihre Nachrichtenagenturen verheimlicht wurde, dass letzterer Salazar ein herzliches Telegramm bezüglich der Bekämpfung der Meuterei auf der "Santa María" gesandt hatte, damals als die USA meinten, im Südatlantik

Krieg auf eigene Faust an der Seite der "Angola-Rebellen" machen zu können. Schon damals wurde den Anrainern des Südatlantik klar, wer in Wirklichkeit bestrebt ist, hier die friedliche Entwicklung zu stören. Auf derartigen gemeinsamen Erlebnissen baute Caetano auf, als er die folgenden Abschiedsworte an Brasiliens Aussenminister richtete: "...ich hoffe auf ein immer grösseres Verständnis zwischen Portugal und Brasilien, und wiederhole Ihnen meinen festen Entschluss, alles zu tun, um die brüderlichen Beziehungen zwischen unseren beiden Nationen weiter zu festigen."

Diese Festigung kam dann bei dem Gegenbesuch zum Ausdruck, den ein Jahr später der brasilianische Aussenminister Mario Gibson Barbosa in Lissabon abstattete. Begleitet war er von so hohen Persönlichkeiten wie dem Leiter der westeuropäischen Angelegenheiten im Itamarati, Egberto Mafra, dem Präsidenten der Nationalkonföderation der Brasilianischen Industrie, Pompeu de Sousa Neto, und dem Wirtschaftsberater der luso-brasilianischen Unternehmervereinigung, Neto Battendieri. Es war eine "visita de trabalho", ein Arbeits-Besuch, wie die Regierung verlautbarte. Die Verstärkung des portugiesisch-brasilianischen Handels sowie die Realisierung des Südatlantikpaktes waren Gegenstand der Besprechungen, die von portugiesischer Seite von Caetano und dessen jungem Mitarbeiter Rui Patricio geführt wurden. (Das jugendliche Alter wird mit Stolz erwähnt, zeigt es doch, dass es der Freimaurerei nicht gelingt, ihr Ausbildungsmonopol in der Welt durchzusetzen.) Ergebnis der Besprechungen: Gegenseitige Zuerkennung aller staatsbürgerlichen Rechte für portugiesische Staatsbürger mit Wohnsitz in Brasilien sowie umgekehrt für Brasilianer in Portugal. "O Estado de São Paulo" feiert den Beschluss als "ersten effektiven Schritt auf dem Wege hin zu einer Luso-brasilianischen Gemeinschaft". Auf wirtschaftlichem Gebiet wurde der Konkurrenzkampf zwischen dem Kaffee aus São Paulo und dem aus Angola zugunsten einer gemeinsamen Verkaufspolitik aufgegeben.

Diese sehr engen Verbindungen zu Portugal sind Teil einer Aussenpolitik, die der Staatspräsident Garrastazú Medici dann im April 1970 zur Ueberwindung der chaotischen Weltgegensätze fordert: "Welches auch immer der Vorwand sein möge, niemals darf die Thesis akzeptiert werden, wonach es Einflusszonen gibt oder nach welcher der politische Wille eines Landes oder einer Gruppe von Ländern anderen Ländern aufgezwungen werden soll. Der wirkliche Weltfriede fordert daher die Umwandlung der internationalen Strukturen." Was darunter zu verstehen ist, klärt "O Estado do São Paulo" (19.7.70) mit den Worten: "Todavia as potencias ocidentais e notadamente os Estados Unidos cometeriam o maior erro se resolvessem separar os diversos problemas regionais de um mundo interdependente, sobretudo quando os rusos tem deles uma visao global" (Immer noch begehen die Westmächte, und vor allem die USA den Fehler, die regionalen Probleme getrennt lösen zu wollen in unserer interdependenten Welt, während die Russen die Dinge global sehen.) Im Gegensatz auch zu seinen aussenpolitisch geschickt immunisierten und neutralisierten südlichen Nachbarn zeigt Brasilien diese globale Sicht in seiner konstruktiven Südatlantikpolitik.

Mit diesen Worten aber verlassen wir nun einen Kontinent, in welchem das asoziale, anationale und areligiöse Machwerk der Freimaurerei vor dem Zusammenbruch steht. Letzte Rettung vor einer derartigen gründlichen Abrechnung könnte nur noch der neuerliche Betrug der Massen mit einer Pseudorevolution von "links" für die Logenbrüder bringen. Die wahre Revolution aber zeichnet sich bereits ab. Sie wird von dort kommen, wo man die Nation und den Glauben als höchste Werte ansetzt und dem Gelde Valet sagt.

*117 – General Geisel bei der Pensionierung des Generals Araujo Lopes, 12. 11.69.

*118 – Justizminister Alfredo Buzaid ist Fachmann auf dem Gebiet des Zivilprozessrechts. Als seinen Freund und Lehrer bezeichnet er den vor dem Faschismus aus Italien geflüchteten Juden Enrico Tulio Liebman. Er galt an der Universität von São Paulo, an welcher er lehrte, als Verfechter der Autonomie und der Freiheit der Universität.

*119 – Man darf es keineswegs als zufällig bezeichnen, wenn man daran erinnert, dass der unduldsamste und fanatischste aller Päpste, der Mann, der die Inquisition zum fürchterlichsten Herrschaftsinstrument in Europa ausbaute, Pius V. (1566 - 1572) Dominikaner war, und dass die grausamsten Inquisitoren und Hexenrichter diesem Orden entstammten. Die Erziehung in diesem Orden ist sich eben immer gleich geblieben. Es ist das gleiche Bild, das wir – wie wir noch im einzelnen sehen werden – bei der Freimaurerei haben. Erinnern wir, dass eine ihrer geistigen Zellen der Orden der Assassinen ist, so erstaunt man nicht mehr über die lange Reihe der Morde in unseren Tagen.

*120 – Erklärung eines Mitglieds des Obersten brasilianischen Wahlgerichts, Januar 1969.

*121 – Selbstverständlich schloss man bei dieser Verdrehung der Tatsachen auch nicht die Einflussmöglichkeit auf die westdeutschen Auslandslehrer aus. So lesen wir im "Der Deutsche Lehrer im Ausland", August 1969, S.187/88 die folgende Hetze: "Ihr aber, die ihr an den deutschen Schulen des Auslands wart, in Griechenland und Spanien, in Portugal und Mexiko, in Afrika und Südamerika, überall dort, wo Diktatoren am Ruder sind und ihre Richtlinien in die Schulen schicken ... Ich bin an der Deutschen Schule in Lima ... und verdaue auch die härtesten Brocken eines Erziehungsministeriums, das sich seit der Militärdiktatur aus "Bürgern in Uniform" rekrutiert hat." Der Verfasser nennt sich Klaus Lambrecht. Verantwortlich für die Aufnahme der Zuschrift ist OStDir.a.D. Bernhard Gade, 31 Celle, Planckstr.13.

*122 – Leitartikel im "O Estado de São Paulo", vom 26.10.69.
Ein ganz typisches Beispiel für den Versuch, ein Staatswesen auf rein wirtschaftlichen Komponenten ohne politische Grundlage aufzubauen, war die Zentralafrikanische Föderation, die dann in Sambia, Malawi und Rhodesien auseinanderbrach. Der rhodesische Handelsminister Jack Mussett wies auf dieses für Afrika nicht isoliert stehende Beispiel (Dez.1969) hin. Die Welt lässt sich eben nicht mit Geld allein regieren. Versucht man, solches Konzept aufrechtzuerhalten, so führt das zu den grausamsten, herzlosesten Kriegen, die die Geschichte gesehen hat, wie Katanga und Biafra in Afrika gezeigt haben.

*

III. NORDAFRIKA UND DER VORDERE ORIENT

Alle Vergangenheit scheint sich in unseren Augen ganz selbstverständlich entwickelt zu haben. Die nichtbeschrittenen Wege sind längst vergessen. Nur der verwirklichte liegt, immer weiterführend bis auf unsere Stunde, vor uns. Sorgen um das Aussehen der Zukunft scheinen darum nur wir Heutigen zu kennen. Und doch war das schon immer ganz genau so: Niemand wusste, wie das Morgen werden wird, und niemals kam ein Morgen herauf, das nicht erkämpft worden wäre.

Ein "Wunder Allahs" nannte König Hassan das Zustandekommen des 1. Islamischen Gipfeltreffens in Rabat im Oktober 1969. Und doch war auch dieses weltentscheidende Ereignis alles andere als ein Wunder. Es war vielmehr das erste sichtbare Ergebnis gezielter religiös-politischer Arbeit des World-Muslim-Congress, des "Motamar al-Alam al-Islami".

1964 wurde diese Organisation unter dem Präsidium des Grossmufti von Jerusalem, Syed Mohammed Aminul Husseini, ins Leben gerufen. Die erste Tagung fand im Dezember jenes Jahres in Mogadishu in Somalia statt. Auf ihr wurde die jetzt stattgefundene Islam-Gipfelkonferenz als erstes Arbeitsziel beschlossen. Zum zweiten Mal traf man sich 1967 in Amman in Jordanien, und das dritte Treffen fand 1969 unmittelbar nach der Konferenz von Rabat in Djidda/Sa'udarabien statt. Als der Motamar seine Tätigkeit begann, herrschte nicht einmal Klarheit über den Umfang der Welt des Islam. Nur höchst unbestimmt schätzte man auf Grund von westlichen Quellen "200 bis 300 Millionen Mohammedaner" als zu ihr gehörig. Heute weiss man dank der gründlichen Arbeit des Motamar (unterstützt durch Rundfunk und Zeitungen), dass es 750 Millionen Anhänger des Propheten gibt. Und diese sind sich heute, nach nur vierjähriger Arbeit, dieser Zusammengehörigkeit wieder sehr bewusst.

Vor allem auch herrschten Zweifel, welche Staaten man als Moslemländer bezeichnen solle, etwa nur diejenigen, in denen die Moslems regierten, oder auch solche mit grossen mohammedanischen Bevölkerungsteilen? Heute sind die Millionen von Glaubensbrüdern in Indien, China und der Sowjet-

union selbstverständliche Teile der vom Motamar betreuten Welt.

Die politische Richtung, in der weitergearbeitet wird, liest man aus dem Communiqué von Djidda, Oktober 1969: "Die Tatsache, dass es Moslemländer gibt, ist nicht ausreichend. Die islamische sozial-wirtschaftliche Ideologie muss formuliert und in die Praxis umgesetzt werden. Motamar wird sich nunmehr darauf konzentrieren, diese Ideen in den Moslemländern zu propagieren. Denn, weil die Moslems sich nicht ihrer selbst und ihrer eigenen Ideologie mehr bewusst waren, erleben wir heute so verquere Einflüsse westlicher und kommunistischer materialistischer Ideologien. Während einige Länder unter westlichen Einfluss gerieten, fielen andere ins Feuer kommunistischer Bearbeitung. Die Aufgabe, die heute vor der mohammedanischen Welt liegt, heisst nicht nur Widerstand gegenüber fremden Ideen, sondern lautet positiv, sie im vollsten Sinne des Wortes zu islamisieren. Wenn wir so handeln, werden wir nicht nur unsere eigenen Länder revolutionieren, sondern auch allen übrigen Teilen der Welt Vorbild sein."

Weiter heisst es an anderer Stelle: "Der Rat des Motamar drückt seine tiefe Sorge und Beunruhigung aus über die wachsenden destruktiven Wellen des Materialismus in vielen Teilen der Moslem-Welt ... Wir haben alle jene geistigen, moralischen, individuellen und sozialen Leiden zu heilen, die teils Folge fremder Herrschaft und Gegenwart inmitten unserer Gesellschaft sind, teils aber auch entstanden durch unsere eigene verbrecherische Nachlässigkeit und abgestumpfte Gleichgültigkeit, die eingedrungen ist in unsere Gemeinschaft und ihre Eingeweide angefressen hat, sodass wir geschwächt, nein, bis in die Wurzeln erschüttert sind und leichte Beute der vielen verschiedenen Ismen der Welt wurden."

Konkrete politische Forderungen werden wiederholt: "Der Rat bestätigt das Selbstbestimmungsrecht der Völker wo auch immer auf der Welt, und unterstützt darum insbesondere den Kampf der Völker Palästinas, Kaschmirs, Eritreas und des Tschad durch seine Hilfe für alle Islamischen Befreiungsbewegungen."

Die Islamische Gipfelkonferenz war von den folgenden Staaten beschickt worden: Afghanistan, Algerien, Iran, Jordanien, Kuweit, Libyen, Malaysia, Maldiven, Mali, Mauretanien, Marokko, Niger, Pakistan, Sa'ud Arabien, Sudan, Tunesien. Einladungen waren darüber hinaus an weitere islamische Staaten ergangen. Geben wir daher bei diesem Anlass eine Uebersicht über die Moslem-Welt:

Name des Staates (mit einem * versehen: Islam Staatsreligion)	Name des Staatsoberhaupts (mit einem * versehen: Staatsoberhaupt ist Christ)
* Afghanistan	H.M. Zahir Shah
Albanien	H.E. Haxhi Lieshi
* Algerien	H.E. Oberst Hoauri Boumedienne
* Brunei	Sultan Sir Omar Ali Saifuddin
Kamerun	H.E. Ahmedu Ahidjo
Zentralafrikanische Republik	* Oberst Bokassa
(*) Tschad	* H.E.M. F. Tombalbaye
Dahomey	* General Siglo
Eritrea	von Aethiopien besetzt
Aethiopien	* H.M. Kaiser Haile Selassie
Gambia	* Sir John W. Paul
* Guinea	H.E. Sécou Touré

* Indonesien	H.E. General Suharto
* Iran	H.I.M. Reza Shah Pahlevi
Irak	General Ahmed Bakr
Elfenbeinküste	* H.E.M. Felix Houphouet Boigny
* Jordanien	H.M. König Hussein Ibn Talal
* Kuweit	H.H. Scheich Sabah Al-Salem Al-Sabah
* Libanon	* H.E.M. Charles Helou
* Libyen	Oberst Muammar Kazzasi
* Malaysia	H.M. Tuanku Syed Zainul Abadeen Putra
Maldiven Inseln	H.E. Ibrahim Nasir
* Mali	Leutnant Mousa Toure
* Mauretanien	H.E. Mokhtar Ould Daddah
* Marokko	H.M. König Hassan II.
* Niger	H.E.M. Hamani Diori
Nigeria	* H.E. Oberst Yakubu Gowon
* Pakistan	H.E. General Md. Agah Md. Yahya Khan
* Sa'ud Arabien	H.M. König Faisal
* Senegal	* H.E. Leopold Sengher
Sierra Leone	* Oberstleutnant Andrew Juxton-Smith
* Somalia	General Md. Said Barre
* Südjemen	Rubaye Ali
* Sudan	Oberst Numeiry
Syrien	H.E. Noureddin Attasi
Tansania	* H.E. Julius K. Nyerere
Togo	* H.E. Etienne Eyadema
* Tunesien	H.E. Habib Bourgiba
Türkei	H.E. General Cevodet Sunay
* Ver. Arabische Republik	H.E. Yamal Abdul Nasser
Obervolta	* H.E. General Sangoule Lamizana
* Yemen	H.E. Präsident Iryani

Der Grund für das Fernbleiben lag bei den säkularen Staaten Syrien und Irak in der Tatsache begründet, dass diese Länder dem verfassungsmässigen Unterschied Monarchien – Demokratien mehr Gewicht beimassen als dem gemeinsamen Kredo. Auch Nasser erschien daher nicht persönlich, sondern liess sich durch einen seiner Getreuen vertreten: Folgen der durch die Freimaurerei vorangetriebenen Säkularisierung der nahöstlichen Welt, die ja auch schon unter dem Motto einer "Dritten Welt" durch den vorgeschobenen Atheisten Tito in so manchem Treffen mit Nasser ihrer eigentlichen Mission abwendig gemacht werden sollte. Trotzdem aber war das Ergebnis dieser Gipfelkonferenz gerade diesen Abwesenden eine ganz besondere Hilfe, ist man sich doch in der gesamten moslemischen Welt heute einig in der Haltung gegenüber Israel.

Eigentlicher Anlass dieser im Westen so überraschenden Konferenz war ja der Brand der Al-Aqsa-Moschee in Jerusalem am 21. August 1969.

Die Moschee Al-Aqsa ist das zweitgrösste Heiligtum der mohammedanischen Welt. Errichtet auf jenem Felsen, von welchem Mohammed gen Himmel fuhr, ist sie eines der wichtigsten Bauwerke der Welt überhaupt. Die Juden ihrerseits erfanden im Rahmen ihrer übrigen bekannten religiösen Wahnideen die Mär, dass auf diesem selben Boden der Tempel Salomos gestanden habe. Eine neutrale wissenschaftliche Kommission wurde mit der Klärung die-

ser Frage durch den Völkerbund beauftragt und stellte eindeutig am 14. Januar 1930 fest, dass die jüdischen Behauptungen jeglicher Grundlage entbehren, dass auch der sogenannte "westliche Wall" Teil der mohammedanischen Moschee ist. Seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts war es nämlich den Juden gestattet worden, ein Stück dieses Walls von 30 Yard Länge als "Klagemauer" zu benutzen, und in ihrer toleranten Einstellung schloss die türkische Regierung damals das hier befindliche Moors-Tor, damit die Klagenden an der Aussenseite dieser, die Moschee abschliessenden Mauer in ihrem Ritual nicht gestört würden. Der Schlüssel zu diesem Tor befand sich bis zur israelischen Invasion 1967 in den Händen des Jerusalemer Moslem-Stadtrates, und wurde diesem damals von den Besatzern abgenommen.

Ziel des Zionismus war von Anfang an die "Wiedererrichtung des Tempels". Wir erinnern an die Encyclopaedia Britannica von 1926, die den Zionismus definiert als "eine jüdische Bewegung, die die Wiedererrichtung Israels, die Zusammenfassung der Juden in Palästina und den Wiederaufbau des Tempels anstrebt". Der Grossmufti von Jerusalem erhielt am 30. November 1930 in dieser seiner amtlichen Eigenschaft des weiteren einen Brief von dem rumänischen Oberrabbiner, worin er aufgefordert wurde, die Moschee Al-Aqsa den Juden zur Verfügung zu stellen. Gleiches Schreiben ging an die britische Mandats-Verwaltung. Sir Alfred Mond Milchet, selbst Jude und britisches Kabinettsmitglied, erklärte damals: "Der Tag des Wiederaufbaus des Tempels ist nahe gerückt, und ich werde den Rest meines Lebens der Wiedererrichtung des Tempels Salomos an der Stelle der Al-Aqsa-Moschee widmen." Nach der Errichtung des "Staates Israel" erklärte der israelische Oberrabbiner sofort, "dass nicht Tel Aviv die Hauptstadt sein werde, sondern Jerusalem, denn dort stand Salomos Tempel, und die gesamte jüdische Jugend ist bereit, ihr Leben zu opfern, um den Ort ihres heiligen Tempels zu erobern". Ministerpräsident Ben Gurion sagte: "Israel ist sinnlos ohne Jerusalem und Jerusalem ist sinnlos ohne den Tempel." Noch am 30. Juni 1967 erscheint in "Time" ein aufschlussreicher Artikel unter dem Titel "Wird der Tempel errichtet werden?" (Should the Temple be Rebuilt?). Darin wird der vom Völkerbund längst widerlegte Schwindel von den Resten des alten Tempels neu aufgewärmt: "Wenn man voraussetzt, dass Israel den Wall in Händen hat, welcher eine der wenigen erhaltenen Ruinen des Jüdischen Zweiten Tempels darstellt, so ist damit die Zeit für die Errichtung eines Dritten Tempels gekommen ... Obwohl der Zionismus weitgehend eine säkulare Bewegung darstellt, so ist doch eine seiner Quellen das Jüdische Gebet um Rückkehr nach Palästina, um dort einen neuen Tempel errichten zu können. So gross ist Israels Euphorie heute, dass manche Juden genügend theologischen Grund sehen, solchen Wiederaufbau zu diskutieren. Sie gründen ihre Argumentation auf die Behauptung, dass Israel bereits in seine "Messianische Aera" eingetreten sei, und weisen darauf hin, dass Israels Oberrabbiner 1948 festlegte, mit der Errichtung des Jüdischen Staates und der Sammlung der Exilierten habe das Zeitalter der Erfüllung begonnen ... Und der Historiker Israel Eldad sagt: "Wir stehen dort, wo David stand, als er Jerusalem befreite. Von da an bis zur Errichtung des Tempels durch Salomo verging nur eine Generation. Genauso wird es uns geschehen." Und was ist mit dem Moslem-Heiligtum? Antwortet Eldad: "Das ist allerdings eine offene Frage. Wer weiss? Vielleicht wird es ein Erdbeben geben?""

Die Frage ist heute nicht mehr ganz so offen. Anfang 1969 bestellte die israelische Regierung im Ausland genau abgemessene Steine für den neuen Tempel und seine beiden, im Alten Testament genannten massiven Bronzesäulen trafen ebenfalls bereits in Palästina ein. Dann erfolgte die Brandstiftung.

Von dieser zunächst ein Augenzeugenbericht, wie er im "Observer" in London veröffentlicht wurde:

"Als ich eintraf, sagte man mir, das Feuer wäre vor etwa einer Stunde ausgebrochen. Es war eine Szene wie aus Dantes Inferno. Als ich das Heiligtum betrat, stürzten junge Araber auf mich zu, schreiend, meinen Arm ergreifend, weinend: "Die Juden haben das getan" heulten sie und schluchzten mit verzerrten Gesichtern. "Sie wollen uns alle töten! Sogar unsere Heiligen Stätten wollen sie vernichten"... Viele Leute weinten. Man fragte mich, ob ich Israeli oder Amerikaner sei (denn letztere werden als Gehilfen Israels angesehen). Die älteren Araber in der Menge führten mich zu einem religiösen Führer in langem Gewand, der nicht weit von der Tür der Moschee inmitten einer tobenden Menge stand. Der Scheich sagte: "Diese Moschee wurde unter israelischer Herrschaft angezündet. Sagen Sie das der Welt. Das ist noch niemals vorher geschehen. Was heute geschehen ist, spottet jeglicher Beschreibung. Dieses Feuer spricht für sich selbst." ... In und um die Moschee herum liefen Araber mit Schläuchen, manche davon ohne Wasser. Männer und Jungen riefen "Gott ist gross", ihre Hemden und Hosen waren klitschnass, während sie Eimer mit Wasser aufs Dach hinaufreichten. Gruppen bewegten sich im Hof, manche in Tränen, manche die Fäuste in den Himmel streckend. Balken stürzten herab, dicht neben die Helfer unten. Die alte Kanzel, errichtet zu Zeiten des Sultans Salahuddin Ayubi, war in schwarze Stücke auseinandergebrochen. Ich sah einen alten Moslemscheich in Turban und langem Mantel, wie er vorsichtig mit einem Wassereimer in der Hand am Dachrand entlang ging ... Dann hörte man einen Seufzer der Erleichterung, als ein Wassertankwagen in die Moschee einfuhr. Er war aus Hebron geschickt worden, einer mohammedanischen Stadt südlich von Jerusalem ... Israelische Soldaten, Ostjuden dem Aussehen nach, schossen auf die arabischen Jungen bei der Via Dolorosa ... Dann wurden die Geschäfte geschlossen, die Touristen wurden hinausgejagt, weitere Soldaten besetzten die Mauern der Stadt und drangen in diese ein, und die Stadt wurde abgeriegelt ... Die Leute sprachen kaum. Sie blickten in Angst. Ich sah nicht e i n e n Araber, auch nicht der älteren, gutgekleideten Generation, der nicht zitterte vor Aerger, Kummer und Abscheu. Alle sagten Unruhen voraus ... Jerusalem in einer Atmosphäre voller Bitterkeit, ich hatte es niemals zuvor so gesehen. Es wartete auf die Folgen dieses Feuers ... "

Der mohammedanische Stadtrat von Jerusalem schloss den Komplex sofort für nichtmohammedanische Besucher. Da erschien am 15. September Moshe Dayan mit Begleitung und drang in die Moschee ein, sie zu besichtigen. Gefühlsroher ist man selbst in Deutschland 1945 nicht aufgetreten!

Es stellte sich heraus, dass die Feuerwehr erst nach Stunden eintraf, dass mehrere Feuer angelegt worden waren, dass hochbrennbare explosivähnliche Stoffe, die nur eine grosse Organisation liefern und vorbereiten kann, verwandt worden waren, dass der angebliche Van der Luebbe, der Australier Rohan, gar nicht durch das weiter entfernte Nordtor eingedrungen war, sondern durch das von Israelis bewachte Moors-Tor. Eine Untersuchung der Brandursache durch Neutrale wurde von den Israelis abgelehnt, der "Brandstifter" widerrief mitten im Prozess seine "Geständnisse" und wiederholte sie dann auftragsgemäss einige Tage später aus seiner Eichmannkabine heraus. Kein Mensch in Jerusalem glaubt ihm auch nur ein einziges Wort. Die mohammedanischen Autoritäten Jerusalems weigerten sich, vor den israelischen Justiz-Komödianten zu erscheinen.

Die Gefahr weiteren Schadens und eventuell gar einer Demolierung der Masjidul Aqsa ist nicht von der Hand zu weisen. Christliche Sekten in aller

Welt wetteifern mit der Freimaurerei (wie wir in unserem Kapitel "England" noch im einzelnen sehen werden), die Menschheit auf den Fortgang des Verbrechens, genannt "Messianische Aera", vorzubereiten. "Archeologische" Forschungen, die natürlich ihren bildlichen Widerhall auch schon in dem von einem Earl Warren mitgelenkten US-"National Geographic Magazine" finden, sind längst bis unter die Moschee selbst vorgedrungen und gefährden so die Grundmauern eines Gebäudes, dessen hohe Kuppel mehrfach vom Feuer durchstossen wurde.

Es ist nicht schwer zu verstehen, dass angesichts derartiger Praktiken die Staatsmänner der Welt des Islam in Rabat Worte fanden, die nichts an Eindeutigkeit vermissen lassen. König Hassan forderte, "dem Islam wieder den Platz in der Geschichte zu erkämpfen, den er früher eingenommen hat, und den Feind des Islam zu züchtigen, der sein Heiligtum in Brand gesteckt". König Ibn Sa'ud forderte rundheraus "den Heiligen Krieg". Der Schah von Persien rief zu Zusammenarbeit aller Mohammedaner auf, "um mit Hilfe des Islam der materialistisch gewordenen Welt wieder geistigen Wert zu geben". Alle weiteren Sitzungen wurden unter Ausschluss der Presse abgehalten, die diese Einleitung meinte, mit den Worten "Mässige Töne in Rabat" abtun zu können. Die Errichtung eines ständigen Sekretariats wurde beschlossen, sowie die Schaffung einer allgemeinen Moslem-Jugendbewegung und einer Moslem-Welt-Nachrichtenagentur, um endlich unabhängig zu werden von den "Schwindeleien von Reuter und Associated Press", wie "The Muslim World" am 4.10.69 kommentierte. Wie notwendig ein solcher Schritt ist, zeigte allsogleich die völlig entstellende Darstellung dieser islamischen Gipfelkonferenz in den westlichen Zeitungen. Da ist von nichts anderem die Rede als von Differenzen zwischen Marokko und Mauretanien, Indonesien und der palästinensischen Freiheitsbewegung, Indien und Pakistan, Algier und Tunis, Jemen und Sa'udarabien, der Türkei und Syrien usw. usw., so als bestimmten diese Probleme die mohammedanische Bühne von 1969. In Kleindruck nur wird erwähnt: "Die 25 mohammedanischen Staaten haben sich des weiteren versprochen, sich auf wirtschaftlichem, wissenschaftlichem, kulturellem und geistigem Gebiet beizustehen und ihre Differenzen mit friedlichen Mitteln zu lösen."

Nachdem die Aussenministerkonferenz der Islamländer sodann im März 1970 Djidda zum Sitz eines gemeinsamen Sekretariats der Islamländer bestimmt und Malaysia ermächtigt wurde, den ersten Generalsekretär dieser neuen Weltorganisation des Islams zu ernennen, übernahm der malaysische Ministerpräsident Tengku Abdur Rahman persönlich dieses hohe Amt und gab dadurch der neuen Organisation ein besonderes Gewicht. Die Weltmoslemliga stellte den Organisationsplan für den Arbeitsbereich des Sekretariats auf, aus welchem wir als besonders wichtig hier nur zitieren wollen:

"Es müssen intern-moslemische wissenschaftliche Organe für die verschiedenen Zweige der Wissenschaften aufgestellt werden, die die Studien unserer bisher in der Welt verstreuten Wissenschaftler zusammenzufassen haben ... Unser neues Erziehungssystem ist protechnisch wissenschaftsfreundlich aufzubauen im Gegensatz zu der bisherigen Wendung hin zu abstraktem Denken und den Künsten ... Es müssen ebenfalls Unterkomitees geschaffen werden, welche die Aktivität der Christen, der Zionisten, der Kommunisten, der Hindus usw. zu beobachten haben, sodass wir über anti-islamische Strömungen rechtzeitig unterrichtet werden ... Es ist eine "World Muslim News Agency" zu errichten, die dafür sorgt, dass die übrige Welt in korrekter Weise über uns unterrichtet wird und wir über das, was dort vorgeht ... Sie hat das historische Band mit unserer Vergangenheit lebendig zu erhalten, sodass wir dauernd an unsere grosse kulturelle Erbschaft erinnert werden."

Der Kampf gegen Israel ist im übrigen nach wie vor Gegenstand der arabischen Länder. Im März 1969 kamen Jordanien, Syrien und der Irak überein, ein Gemeinsames Arabisches Oberkommando aufzustellen. Bei solchen arabischen Gipfelkonferenzen führte Nasser das grosse Wort. Unmittelbar im Anschluss an die islamische Gipfelkonferenz fand so im Dezember 1969 am gleichen Ort eine solche der 13 arabischen Staaten statt. Ihr vorausgegangen waren die Konferenzen von Kairo 1964, Alexandrien 1964, Rabat 1965 und Khartum 1967. Das Ausspielen Aegyptens gegen Jordanien und Syrien ist den USA erneut misslungen. Die Schliessung des Rings um den Fremdkörper auch im Libanon Mitte 1969 ist Phase in Vorbereitung einer energischeren Taktik gegenüber dem Eindringling, sehr zum Missbehagen nicht nur der USA, sondern auch der UdSSR, die ihre Rolle bei der Zweiteilung der Einen Welt kaum noch zu spielen vermag. U Thant hatte bereits im Mai 1969 in Genf verkündet: "Wenn der Sicherheitsrat sich im Laufe der kommenden zwei Monate nicht auf eine substantielle Lösung einigt, wird die Lage im Nahen Osten unserer Kontrolle entgleiten." Inzwischen wurde ausgerechnet Syrien Mitglied desselben. Weiteres darüber im Kapitel "Israel".

Auf wirtschaftlichem Gebiet bemüht sich die islamische Welt ebenfalls um engeren Zusammenschluss. Eine vorläufige Arabische Wirtschaftsgemeinschaft (AWG) umfasst Aegypten, Syrien, Jordanien, Irak, Kuweit, Sudan, Jemen und Algerien, doch stehen wir hier vor dem gleichen Problem, das wir einleitend bei Lateinamerika bereits anschnitten. Der erstrebte Gemeinsame Markt, zu früh eröffnet, zerstört die nationale Selbständigkeit und fördert die Monopole mit ihren asozialen Folgeerscheinungen. So spricht der Generalsekretär der AWG, Dr. Abdel Moneim Banna, von gemeinsamer Entwicklungshilfe, einer sogenannten Entwicklungsunion, die durch Entwicklungsangleichung der Teilnehmer der Schaffung eines Gemeinsamen Marktes vorangehen muss. Auch hier also geht man den Irrlichtern einer "Weltwirtschaft" und eines "Welthandels" nicht nach, sondern bleibt auf dem festen Boden der eigenen Volkswirtschaft.

Was man unter einem "Islamischen Wirtschafts-System" zu verstehen hat, ergibt sich aus einer Erklärung, die 118 pakistanische Ulemas Mitte 1970 abgaben. Die wichtigsten Forderungen sind (in dieser Reihenfolge):

1) Abschaffung der Zinsen. Das heutige Banksystem muss verschwinden.
2) Spielverbot. Das derzeitige Versicherungssystem ist auf dem Spiel (gambling) aufgebaut und hat in dieser Form zu verschwinden. (Es ist ganz und gar kein Zufall, dass die erste amerikanische Feuerversicherungs-Gesellschaft von dem Freimaurer Benjamin Franklin gegründet wurde. Es ist das wohl weniger "Zeugnis praktischer Intelligenz" (Dahrendorf) als Zeugnis ungehemmten Gelddenkens.)
3) Spekulation ist unter schwerste Strafe zu stellen.
4) Die Methode der Lizenzen und Genehmigungen, die nur den Monopolen dient, ist abzuschaffen.
5) Horten, Schwarzmarktvorgänge und das Verkaufen unter dem Ladentisch sind unter schwerste Strafen zu stellen.
6) Die Regierung hat selbst die Schlüsselindustrien zu leiten.
7) Die Regierung hat die Monopole zu beseitigen und den freien Wettbewerb zu ermöglichen.

Verkehrspolitisch hat die Sperrung des Suezkanals zu übernationalen Lösungen geführt. Während Israel mit der bekannten ausländischen Kapitalunterstützung bereits eine Oelleitung von Eilat am Roten Meer nach Ashkalon

am Mittelmeer gelegt hat (mit 60 Millionen Tonnen Kapazität gleich einem Drittel der jährlichen Kanaltonnage; Supertanker, die niemals den Kanal durchfahren könnten, werden in Eilat entladen), beginnt Aegypten erst, eine ähnliche Leitung von Suez nach Alexandria zu planen. Eine weitere Oelleitung von Persien durch die Türkei ans Mittelmeer ist bereits konkreter in Angriff genommen worden. Gleichzeitig wird das Eisenbahnnetz im Nahen Osten den Notwendigkeiten angepasst durch den Bau einer Linie Täbris – Erbil und Bagdad – Aleppo. Eine Umgehung der israelisch besetzten Sinai-Halbinsel ist beabsichtigt mit der Strecke Kena – Port Safaga – Eisenbahnfähre – Abu Salama – Maan in Jordanien. Alle diese Projekte lassen erkennen, dass man von gewisser Seite dem Nahen Osten helfen will, sich mit den wirtschaftlichen Folgen der zionistischen Aggression besser abzufinden. Andererseits lenkt die Kuweiter Tageszeitung "Al-Rai Al-Aam" die Aufmerksamkeit auf einen sowjetisch-amerikanischen Plan zur Aufteilung des Weltölmarktes. Die vermehrte Lieferung von Sowjetöl nach Westdeutschland lässt befürchten, dass Arabien den wichtigen europäischen Markt nach solchen Plänen an die UdSSR verliert und so finanzielle Einbussen erleidet, die wieder nur den zionistischen Freunden der USA zugute kommen können. Man fordert daher die Einberufung eines Arabischen Oel-Kongresses, um Produktion, Absatzgebiete und Preise abzustimmen. Anders dagegen sieht man diese Entwicklung in den USA selbst. Dort sieht man in dem Einrücken der Sowjetrussen in die bisherige amerikanische Stellung im Persischen Golf eine Folge des 6-Tage-Krieges, den Israel ausgerechnet mit der Hilfe der USA gewann. Die amerikanischen Oelmagnaten ernten also als Folge ihrer Hilfe an Israel den Verlust ihrer Position im Nahen Osten. Fred Farrel sagt voraus, dass aus diesen Hyänen nunmehr die schlimmsten Antisemiten sich entwickeln werden: "Es fiel den Rockefeller und den anderen Oelleuten nicht schwer, die Juden zu lieben, solange wie sie hoffen konnten, den Zionismus als Hilfe bei der Beherrschung der Weltölmärkte zu benutzen ... Solange wie die Oelleute hofften, den Mittleren Osten mit Hilfe der zionistischen Politik beherrschen zu können, waren sie projüdisch." ("Common Sense", 15.11.69) Denn sie vertrauten der jüdischen Prophezeiung, dass die Russen nur viel Lärm machen aber nichts Entscheidendes im Nahen Osten durchführen würden. Rockefeller und die Standard Oil und die Texas Oil usw. sind inzwischen aus diesem Traum sehr böse aufgeweckt worden.

"Die Russen finden überhaupt keinen Markt für das Oel aus dem Persischen Golf" sagten die klugen amerikanischen Geschäftsleute noch zunächst um sich selbst zu beruhigen. Doch auch diese Phase wurde inzwischen bereits überwunden. Wir sagen an anderer Stelle, wie Russland seine Absatzorganisationen in Europa ausbaut. Onassis selbst nähert sich den Russen und bemüht sich um Errichtung einer Raffinerie auf griechischem Boden, um deren Oel zu übernehmen. Sehr mit Recht weist Farrel darum darauf hin, dass heute Russland eindeutig im Persischen Golf militärisch herrscht, und dass es die Verdrehung der Gehirne der amerikanischen Geschäftsleute, nämlich die Meinung, man könne die Welt mit Geld und mit Oeffentlicher Meinungsbildung regieren, ist, die dazu führte, dass man Welthandel ohne militärische Sicherung meinte aufbauen zu können. Wiederholt sich das Schicksal Karthagos, das einem Hannibal die notwendigen Waffen vorenthielt? "Heute sind wir endgültig hinausgedrängt ... Russland kann darangehen, die Weltölmärkte so zu organisieren, wie es ihm gefällt."(Farrel aao) Der US-Admiral Lynch doppelte in einer Rede in Tampa/Florida im November 1969: "Wenn die Vereinigten Staaten nicht ihre Verteidigungspositionen entsprechend ausbauen, wird Russland sehr bald schon damit beginnen, die Bewegungen amerikanischer Handelsschiffe rund um die

Welt zu stören." (Die gleiche selbstverständliche Haltung, die Brasiliens Admiral Jose de Carvalho Jordao - 11.12.69 in Rio - zum Ausdruck brachte: "Die Mission der Marine besteht in der Verteidigung unserer 4000 Seemeilen und in der Sicherung des Seehandels, wesentlicher Bestandteil der Wirtschaft eines Landes.") Doch ist an sachlichen Einsatz amerikanischer Machtmittel nach dem bewusst konstruierten Fiasko von Vietnam und der daraus resultierenden, entsprechend gelenkten Isolierungstendenz nicht zu denken. Goldbergs asiatischer Krieg trägt auch in dieser Hinsicht Früchte, die man Moskau sammeln lässt.

Im Westen des islamischen Raumes ist der Bau einer Transsaharabahn vorgesehen, der Algerien, Tunesien, Mali und Niger 80 Millionen Dollar kosten und 1975 beendet sein soll.

Doch alle diese Pläne können die verheerenden Folgen des Zusammenbruchs herkömmlicher Lebensweise nicht wett machen.(*123) Der Richter am Höchsten Gericht in Pakistan, Yaqub Ali, hielt seiner Hörerschaft am 18.10.69 in Lahore folgendes Bild vor: "Die Moslemwelt war bisher voller politischer Unordnung, Hunger und Unwissenheit, und litt darunter, selbst in Bezug auf Bücher, Medikamente und Kleidung, ganz zu schweigen von den notwendigen Verteidigungswaffen, von anderen Ländern abhängig zu sein. Pop-Musik auf der einen Seite und die Doktrin von Hammer und Sichel auf der anderen, haben eine derartige Konfusion hervorgerufen, dass die jüngere Generation den Sinn für Richtung und Ziel des Islam verloren hatte ... So ist die gegenwärtige unbehagliche Situation eine Folge intellektueller Stagnierung, die den Moslem von Forschung und kritischem Studium abhält."

Der verstorbene Sultan Mohammed Schah Aga Khan III. sandte 1951 an die Arabische Liga (Jamiyat Arabiyyah) eine Botschaft, in welcher er darauf hinweist, "dass alles Unglück über die islamischen Länder in der jüngeren Vergangenheit hereinbrach, obwohl wir alle sehr fromm waren und einen Teil unseres Glaubens, insbesondere dessen soziale Forderungen, sehr genau befolgten. Wir vergassen aber einen anderen Teil desselben. Erinnern wir doch, wie etwa unter den Omajaden die Islamflotte die stärkste im Mittelmeer war, wie die Artillerie, die seinerzeit Konstantinopel angriff, die beste in ganz Europa war, wie unsere Wissenschaftler die hervorragendsten waren noch bis weit in das europäische Mittelalter hinein. Alles das war nur möglich, weil wir des Propheten immer wiederholte Hinweise auf Gottes Welt vergassen, weil wir das Gesetz und die Ordnung der Natur vergassen, die der Koran als Beweis von Gottes Existenz immer wieder anführt ... Wenn wir weiterhin auf die Islam-Grundsätze schauen als blosse Riten und dabei jene Gottesbeweise (Wunder, ayats) vergessen, die in der Natur um uns herum erscheinen, dann wird nicht nur Europa uns überflügeln, sondern auch China und Indien werden uns weit vorauskommen, sodass wir entweder werden wie Nordafrika, bescheidene Protektorate nämlich, oder wie die Türkei, die soviel des Wertvollsten und Köstlichsten über Bord geworfen. Um dieses zu vermeiden, was ist zu tun? Lernen wir von unseren Feinden: Die derzeitige Schulung unserer Ulema muss geändert werden. Es genügt nicht, anständig und fromm zu sein. Zusammen mit jenen, die für die Wissenschaften erzogen werden, müssen auch sie herangebildet werden. So, wie auf den Universitäten der Renaissance in Europa die gleichen Anstalten Fakultäten der Gottesgelehrsamkeit und der Naturwissenschaften wurden. Die Atmosphäre der Wissenschaften durchdrang die Theologie und der christliche Glaube durchdrang die Wissenschaften. Das Christentum - nach manchen inneren Kämpfen - passte sich den Wissenschaften an. Wie leicht sollte eine solche Verbindung gerade bei uns möglich sein, im Rahmen einer Religion, in welcher Gottes Wunder nichts anderes sind als

Gesetz und Ordnung in der Natur. Diese studieren, heisst Allah anbeten."

Im Westen von Mekka hören wir ganz die gleiche Klage. Verzweifelt bemühen sich Marokko, Algier und Tunis, die Armut, die Arbeitslosigkeit, die erschreckende Passivität der aus ihrem herkömmlichen Lebenskreis durch das Anwachsen der Bevölkerung, durch den Abzug der Franzosen und die folgende Politisiererei selbst im privatesten Lebensbereich herausgefallenen Bevölkerung zu beseitigen. Mit der Unabhängigkeit wurde klar, dass die schon in französischer Zeit spürbare Entwicklung (und die man so gut vor den Rebellenkarren spannen konnte, indem man den bösen "Fremden" die Schuld für alles aufkommende Uebel gab) nur noch stärker sich ausbreitete. Politische Slogans können eben nicht den Glauben ersetzen, der allein in der Lage ist, Berge zu versetzen, auch im XX. Jahrhundert und danach.

---

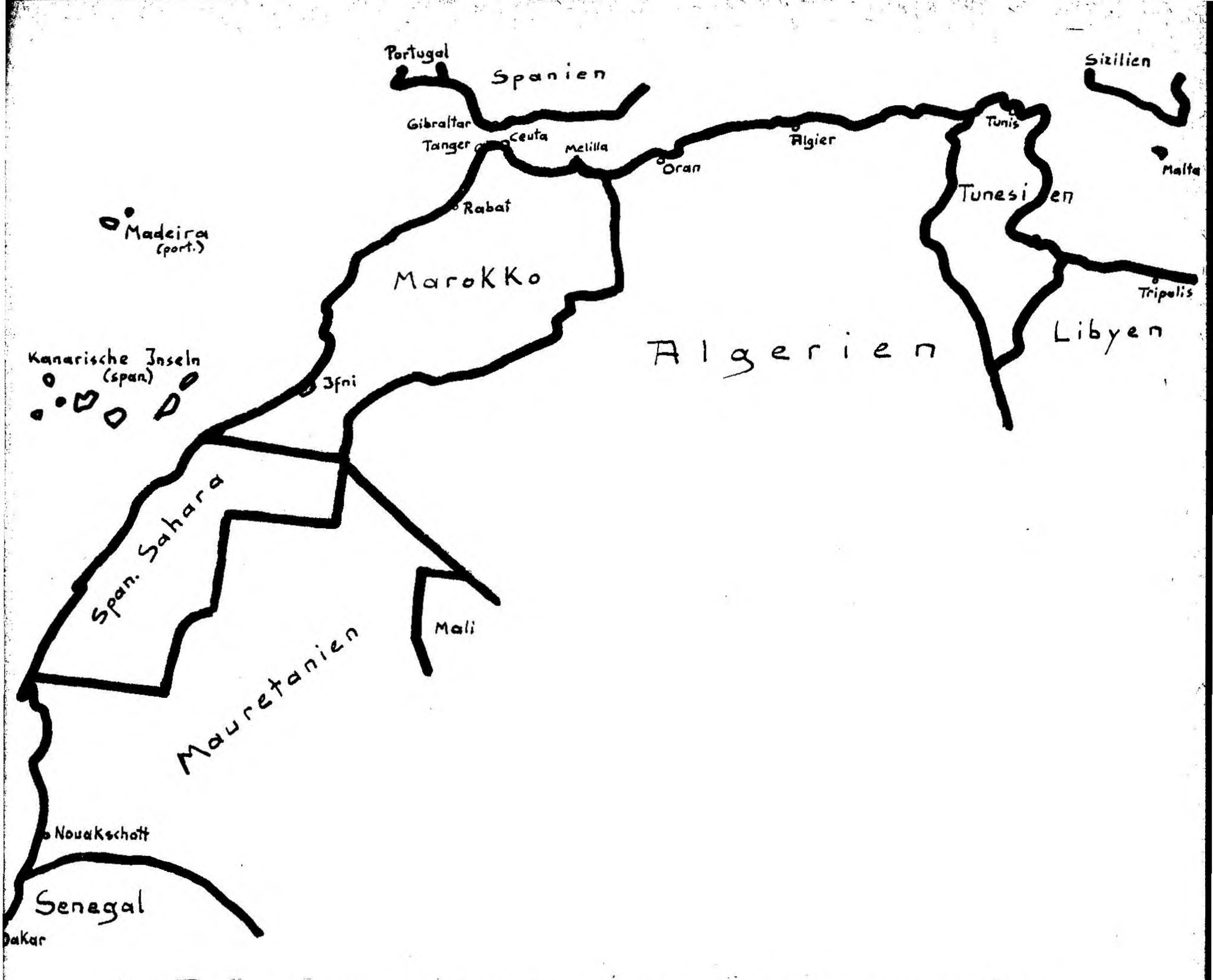
*123 - Dazu sehr aufschlussreich: Germaine Tillion, "L'Afrique bascule vers l'avenir", Paris 1965, von Algerien sprechend.

*

MAROKKO

Ginge es nach dem Willen der CIA, so wäre Marokko heute kein Königreich (*124), sondern eine der den Hintermännern in den USA so erwünschten fortschrittlichen Republiken. Der von diesen vorgesehene erste Präsident Marokkos hiesse Ben Barka. Jahrelang bemühte sich "Time" darum, ihn als "Champion of democracy against the forces of reaction"(*125) salonfähig zu machen. Als Anführer eines Komplotts gegen das Leben König Hassan II. war er landflüchtig und stand im Begriff, die in Havanna einberufene OLAS-Konferenz mit zu präsidieren, als er in Paris von der Gegenspionageorganisation der SDECE bei hellichtem Tage (*126) entführt und beseitigt wurde. De Gaulle musste sich sofort schärfstens von dieser Tat absetzen, enthauptete die als zu antikommunistisch bekannte SDECE durch Absetzen des Generals Paul Jacquier und seines Adjutanten Marcel Leroy, und brach die Beziehungen zu Marokko ab, weil dessen starker Mann, General Mohammed Oufkir, als Anstifter zu der Tat bezeichnet wurde. Die ganze Welt war empört darüber, dass dieser Schlag gegen die Ordnung in Marokko misslang, aber niemand sprach davon, als Ben Barka wohl hundert Menschen mordete, darunter den französischen Hauptmann Moreau, den er mit ausgestochenen Augen in einem Käfig von Dorf zu Dorf im Atlas herumzeigte bevor er starb.

Wäre ein solcher Wechsel der Regierungsform den Auftraggebern in New York gelungen, hätte Marokko schwerer noch als so schon die gegenwär-



tigen Schwierigkeiten überwinden können. Denn wir dürfen nicht vergessen, dass die wachsende Bevölkerung zugleich mit dem geistigen Problem der versuchten Zerstörung ihrer religiösen moralischen Grundlage bedroht wird. Nur aber mit Erhaltung ihres Wesens wird es der marokkanischen Bevölkerung möglich sein, den Missbrauch der technischen Eingliederung des Landes in die übrige Welt durch skrupellose Vaterlandslose zu verhindern und dem internationalen Kapital an den Grenzen des Landes ein Halt zu gebieten. Es waren Wohltaten für das ganze Land, dass der französische Gesundheitsdienst schon vor dem I. Weltkrieg Pest und Cholera und nach dem II. Typhus und Malaria weitgehend ausgerottet hatte, dass es keine Stammeskämpfe mehr gab und keine Hungersnöte (*127), aber diese Wohltaten sind dabei, sich in einen Fluch zu verwandeln, gelingt es nicht, die wachsende Bevölkerung zu ernähren, zu kleiden und zu verhindern, dass ihre gesellschaftlichen Formen zugunsten von importierten Wahnideen zerstört werden.

Auf dem Gebiet der Landwirtschaft erleben wir auch in Marokko die bedeutendsten (und notwendigsten) Anstrengungen. Der neu erlassene Code des Investissements agricoles wird besondere Bedeutung in den dank der neuen Staudämme erschlossenen Bewässerungsgebieten erlangen. Bauern, die weniger als 5 Hektar Land besitzen, sind von allen Grundsteuern und Wasserabgaben befreit, die grösseren Besitzer sind auf drei Jahre steuerfrei. Der Zersplitterung im Erbfall wird durch Festlegung einer Minimalgrösse gesteuert, das Gut wird von Staats wegen demjenigen übertragen, der die grösste Neigung

zum Bauernberuf hat, während die anderen Erben entschädigt werden müssen. Von der Geldstrafe bis zur Enteignung wird geahndet, wer nicht den vorgesehenen Ertrag aus seinem Boden herauswirtschaftet. Absatz findet die Landwirtschaft in erster Linie im eigenen Lande, dann aber auch in Frankreich, jedoch – auch nach Unterzeichnung des Assoziationsvertrages mit der EWG (*128) –, noch nicht im übrigen Europa. Eine Erschwerung für den Agrarexport stellt es dar, dass die Regierung nicht der Frank-Abwertung gefolgt ist. Sie bedauerte jedoch "ihre Abhängigkeit von sprunghaften Währungsveränderungen in stärkeren Ländern".

Auf dem Industriesektor versucht die Sowjetunion ihren Einfluss, den sie infolge ihrer Israelpolitik in allen mohammedanischen Ländern erlangt, auszubauen durch Einrichtung einer Ausbildungsstätte für Industrie-Arbeiter mit 1 000 Lehrlingen in Casablanca. 200 russische Lehrer sind dafür vorgesehen. Die ideologische Schulung soll eine Zeitung übernehmen, deren Druckereimaschinen bereits aus der DDR eintrafen.

Aussenpolitisch kämpft König Hassan II. sich den Rücken frei, indem er im Mai 1970 bei seinem Treffen mit Boumedienne in Tlemcen Einigung nicht nur über den Verlauf der gemeinsamen Grenze mit Algerien und gemeinschaftliche Ausbeutung der bedeutenden Eisenerzvorkommen von Tindouf erreichte, sondern Unterstützung in seinen Bemühungen um Entkolonialisierung der noch spanischen Gebiete in Nordwestafrika erlangte. Dem gleichen Ziel diente die Aufnahme freundschaftlicher Beziehungen zu Mauretanien.

---

*124 – Vgl. dazu R 123, Anm. 134, und "WO", 1.3.1966.

*125 – "Champion der Demokratie gegen die Kräfte der Reaktion", zitiert aus "WO", 1.3.1969, S. 2. Nach gleicher Quelle wurde Ben Barka von der CIA unterstützt, als er das Komplott gegen Hassan II. vorbereitete. Gleichzeitig fand er dabei Unterstützung durch Nasser. Es ist also nicht ganz überraschend, dass letzterer sich auf der islamischen Gipfelkonferenz in Rabat 1969 nicht sehen liess.

*126 – Am 29. Oktober 1965.

*127 – Vgl. dazu Germaine Tillion, "L'Afrique bascule vers l'avenir", Paris 1956.

*128 – Er wurde erst nach monatelanger Verzögerung im April 1969 in Rabat unterzeichnet, da die sozialistische Fraktion im Europaparlament in Strassburg forderte, dass zunächst der Vertrag der EWG mit Israel abgeschlossen werde!

*

SPANIEN IN NORDAFRIKA

Im Januar 1969 unterzeichnete Spanien ein Abkommen mit Marokko, wonach die Enklave Ifni mit ihren 200 Quadratkilometern nach 108jährigem Besitz an Marokko abgetreten wird. Spanien behält lediglich Fischereirechte vor der dortigen (und der gesamten übrigen) marokkanischen Küste.

An der Mittelmeerküste sind die beiden spanischen Städte Ceuta und Melilla mit Aufhebung des spanischen Protektorats ohne Hinterland geblieben. Ceuta gehört seit 1580 zu Spanien und ist fast rein spanisch bevölkert. Fischerei und Tourismus sind die Einnahmequellen.

Der Ausbau der für Spanisch-Westafrika wichtigen Phosphatminen fand eine bedeutende Ergänzung durch Einrichtung eines von Krupp gelieferten 100 Kilometer langen Förderbandes zur Verladestelle am Atlantik. Die politische Zukunft dieses, auch als "Spanische Sahara" bezeichneten Gebietes ist unklar, da Spanien im Zuge seiner liberalen Aussenpolitik auch hier sich zurückziehen will. Man denkt an das Aufziehen einer allgemeinen Wahl unter den 50 000 dort wohnenden Berbern, wonach diese sich entweder für Marokko oder für Mauretanien entscheiden, oder aber auch bekunden sollen, bei Spanien verbleiben zu wollen. Die blutige Unterdrückung einer Stammesdemonstration bei El-Aloum im Juni 1970 kennzeichnet die Unruhe im Lande. Spanien antwortete mit Manövern vor der Küste des strittigen Gebietes, die ihr sehr lautes Echo in den Zeitungen Marokkos ("L'Opinion" und "Al-Alam", beide der Istiqlal-Partei gehörig,) fanden. Die Forderung dieser Nationalisten aber hat sich längst ausgedehnt auch auf die Kanarischen Inseln und wird "nicht nur von Marokko, Mauretanien und Algerien, sondern von allen Moslemstaaten unterstützt" ("Muslim World", 4.7.70).

*

MAURETANIEN

Dieser Staat hat seit seiner Geburt im November 1960 um seine Anerkennung durch Marokko zu kämpfen. Man hat als eine Art de facto-Anerkennung die Tatsache aufgefasst, dass König Hassan II. den Präsidenten Mauretaniens zur islamischen Gipfelkonferenz im September 1969 nach Rabat einlud, und ihn dortselbst auch persönlich am Flugplatz begrüsste. Ein Band des Verständnisses wurde so erstmalig zwischen diesen beiden betont mohammedanischen Staaten geschaffen. In Nouakchott nahm man erfreut diese Wendung zur Kenntnis und entsandte daher auch den Präsidenten Ould Daddah persönlich nach Rabat. Neue Schwierigkeiten könnten allerdings entstehen, wenn Spanien das von beiden beanspruchte Gebiet Spanisch-Westafrikas verlassen würde. Am 8. Juni 1970 schlossen Mauretanien und Marokko jedoch einen Freundschaftsvertrag, der ausdrücklich eine gemeinsame Politik gegen Spanien bez. der Spanischen Sahara festlegt.

*

ALGERIEN

Algerien war ein Teil Europas, als es "befreit" wurde. Es hatte einen europäischen Lebensstandard in seinen Städten und vielen Landgebieten. Die Araber übernahmen ein entwickeltes, keineswegs ein "unterentwickeltes Land". So ist das Problem für die Regierung hier viel dramatischer als in anderen "befreiten" Ländern. "In Algerien gibt es den früheren französischen Standard, der nicht jener einer Kolonialverwaltung war, die bloss "Eingeborene" administriert, sondern derjenige einer grossen Gruppe von Siedlungskolonialisten, die sich "ihren" europäischen Lebensstil aufgebaut hatten. Algerien sieht sich vor die Aufgabe gestellt, diesen Standard der "anderen" zu erhalten oder mindestens seinen allzu radikalen Verfall zu vermeiden. Für die meisten Entwicklungsländer bedeutet jeder Schritt vorwärts einen Erfolg, gleichgültig wie langsam die Entwicklung vor sich geht. Für Algerien aber bedeutet jede Beschädigung des von den Siedlern gesetzten Rahmens einen Misserfolg. Diesen Rahmen zu füllen, das Leben darin neu zu gestalten und schliesslich, zum mindesten in einzelnen Bereichen, darüber hinauswachsen zu lassen, ist so ein politischer Imperativ für jede algerische Regierung, die an der Macht zu bleiben gedenkt. Ein Verzicht auf die Errungenschaften des Algerien der Siedler würde dem Eingeständnis gleichkommen, dass die "anderen" nicht nur mehr wussten, sondern mehr vermochten, tüchtiger waren, mehr darstellten als man selbst. Der "Rassismus" der Kolonialisten wäre gerechtfertigt. Der Freiheitskampf mit seinen Strömen von Blut und seinen furchtbaren Leiden verlöre seine Rechtfertigung. Dies kann und darf nicht sein, und aus diesen Gründen erwächst eine Spannung in Algerien, die spürbar ist, wenn man aus einem der Nachbarländer einreist. Es gibt hier keine lachenden Menschen. Müdigkeit, ein gewisses passives Vorwärtsstolpern ist oft festzustellen. Doch bei aller Müdigkeit ist man getrieben."(*129)

Um diese, wie wir glauben, letzten Endes unmögliche Aufgabe, anzupacken, ging Boumedienne mit seinem Staatsstreich von 1965 einen anderen Weg als sein spontan revolutionärer Vorgänger Ben Bella. Nicht an ein Niederreissen der bestehenden Lebensapparatur dachte man mehr, als an ihr Ausfüllen mit Arabern und Berbern. Es fehlte überall an ausgebildetem Personal dafür, mag man an die Industrie denken, an die Landwirtschaft, an die Verwaltung. Ein Zusammenbruch wurde vermieden, das Leben brach sich Bahn, doch ist das Bild dennoch heute ein anderes geworden als es damals war, wo noch an Stelle des Comité de Gestion der Colon den Weinberg oder das Weizenfeld bearbeitete, wo noch Privatfirmen an Stelle der staatlichen Sonatrach die Erdölfelder ausbeuteten. Man will das Entstehen einer neuen privilegierten Schicht vermeiden, und kann doch nicht umhin festzustellen, dass die grossen verstaatlichten Industrien schon heute einen Staat im Staate darstellen, dass der Zentralismus das Volk einer Bürokratie unterwirft, die den gesamten Staatsmechanismus verlangsamt in einem Augenblick, da Ueberstundenarbeit auf höchsten Touren verlangt wird.

Ist schon der revolutionäre Elan der ersten "freien" Jahre verflogen, und an seine Stelle ein nüchternerer Menschenschlag in Partei und Gewerkschaften, in Verwaltung und Armee ans Ruder gekommen (bewusst dorthin versetzt worden), so bemüht sich die Armee in bevorzugter Lage darum, aus dem Menschenmaterial, das ihr durch den obligatorischen "Nationalen Dienst" zugeführt wird, das Beste herauszusuchen, um hier wenigstens die Flamme des Vaterlandes am hellen Brennen zu erhalten. Dieser Nationale Dienst umfasst Militärdienst und Arbeitsdienst, kann jedoch vorerst noch nicht

allgemein verfügt werden, da es an genügendem Ausbildungspersonal fehlt.

Dieser Mangel ist besonders schmerzlich auf dem Gebiet der Erziehung. Denn "die vollständige Arabisierung Algeriens, koste es was es wolle, ist uns ein genau so unabänderliches Ziel wie etwa die Industrialisierung oder die Agrarreform" (Boumedienne, Mai 1970. Im Augenblick aber lernen mehr Kinder denn je französisch. Der Unterricht an den höheren Schulen ist fast rein französisch, obwohl Aegypten und Syrien mit Lehrern aushelfen. Mehr als die zwei ersten Jahre der Grundschule können im Augenblick nicht arabisiert werden. Dabei hemmt auch, dass der örtliche Dialekt stark abweicht vom klassischen Schularabisch.

Mit dem "Nationalen Dienst" wird man vielleicht der ernstesten Sorge Herr werden, der sich das Land gegenübersieht, der katastrophalen Lage in der Landwirtschaft. Einstmals war diese, verursacht durch das Auseinanderbrechen der herkömmlichen Formen in Verbindung mit dem Bevölkerungszuwachs (*130) wesentlicher Teil der Lage, die den Aufständischen gegen die europäischen Algerier Nahrung gab. Heute geht jedoch dieser Prozess der Verelendung in gleicher Weise und ungestört weiter, nachdem die Franzosen längst abgezogen sind. Man versucht es mit der Einführung zweckmässiger Arbeitsmethoden und anderweitiger Unterrichtung, doch die in die fernen Dörfer entsandten jungen Lehrer sehen sich einer "Passivität der Bevölkerung" gegenüber, nicht "um einen mythischen islamischen Fatalismus handelt es sich dabei, sondern vielmehr um eine durchaus natürliche Reaktion von Leuten, die täglich spüren, wie ihre herkömmliche Lebensweise, die einzige, die sie kennen und die sie sich konkret vorzustellen vermögen, schrittweise immer unmöglicher wird. Die qualifizierten Arbeitskräfte reagieren auf ihre Lage der "Verbannung" nur zu leicht mit der Flucht in die Hauptstädte. Oder sie verteidigen sich mit der Flucht in die Gleichgültigkeit."(*131) Das ist also das Ergebnis der Befreiungsrevolution in Algerien. Frankreich hätte diesen Menschen gegenüber die Pflicht gehabt zu bleiben!

Wenn die Regierung Algeriens vor derartigen schweren Problemen steht, und diese auch als solche sieht, wenn sie vor allem, um der Kontinüität ihrer Arbeit willen sich bemühen muss, die Schlüsselstellungen des Staatsapparats zum Schutz vor Ungeduldigen in die Hand zu bekommen, wenn sie ihre Rettung im Aufbau einer eigenen Schwerindustrie sieht, so hat sie damit schon genügend zu tun, um etwa noch ein solches Werk den Gefahren einer abenteuerlichen Aussenpolitik auszusetzen. Mag man noch so gerne in der Welt draussen ideologischen Freunden helfen wollen, man kommt kaum dazu. Die Realitäten führen das gewichtigere Wort. Man ist angewiesen auf das Ausland, und das heisst, in erster Linie auf Frankreich. Man holt auf der Grundlage zahlloser Verträge ausländisches Fachpersonal, insbesondere Lehrer ins Land, sogenannte "coopérants". Das sind in überwiegender Zahl Franzosen. Daneben aber gewinnen die Sowjetrussen an Boden. Diese "diversification", das heisst Aufgliederung des ausländischen Fachpersonals in verschiedene Nationalitäten soll einseitige Abhängigkeit des Landes verhindern. Auch hat der coopérant keine selbständigen Befugnisse, sondern kann nur auf Grund seiner Studien Vorschläge machen, über die dann ein Algerier entscheidet. Durch den neuen Handelsvertrag vom Mai 1969 wird Russland hinter Frankreich zum zweitgrössten Handelspartner Algeriens. Das neue Stahlwerk von Annaba bei Bône wird von den Russen erstellt. Kein Wunder, dass diesen Dienstleistungen auch die Anlandung von Raketen-Rampen (nach Meldung des "Bayern-Kurier" vom Juli 1969) gefolgt ist, die es ermöglichen, die Einkreisung Europas von Süden her zu vervollständigen.

Im Rahmen der genannten diversification ist dann auch Spanien auf

den Plan getreten und hat insbesondere einen interessanten. Vertrag auf Lieferung von Erdgas (durch eine zu legende transmaritime Leitung) und Rohöl abschliessen können. Aus Anlass dieses Vertrages hörte man beim Besuch des spanischen Aussenministers Castiella in Algier, dass engerer wirtschaftlicher Zusammenschluss der Länder im westlichen Mittelmeer, das heisst Spanien, Marokko, Algerien und Tunesien, ihrer gemeinsamen "neutralistischen" Politik entspräche. Nur kann man kaum mit solcher in Einklang bringen, dass Tschombé dann in seinem Internierungsort in Algerien nach entsprechender Wartefrist ermordet wurde.(*132) Wichtiger als solcher Mord erscheint eben den modernen Technologen in Madrid und Paris, dass in Skidda, 300 Meilen ostwärts von Algier, der weltgrösste Hafen für die Verschiffung von Erdgas in 100 000-Tonnen-Tankern mit westdeutschen Geldern gebaut wird. Ueber Leichen vorwärts !

---

*129 – Arnold Hottinger in der "NZZ", Mai 1969.

*130 – Nach unwidersprochener Auffassung der französischen Völkerrechtlerin Germaine Tillion in ihrem bereits genannten sachkundigen Werk "L'Afrique bascule vers l'avenir", Editions de Minuit, Paris 1956.

*131 – Arnold Hottinger in der "NZZ", Juli 1969.

*132 – Für einen jeden, der die sachlich kühle Darstellung von der Vorgeschichte der Entführung Tschombés (in der Zeitschrift "Pourquoi pas?", Brüssel, Nummer vom 27. Juli 1967) gelesen hat, ist kein Zweifel mehr möglich, dass hinter diesem Verbrechen die amerikanische Organisation der CIA stand. Sie steckte etwa 800 000 belgische Frank in das langsichtig vorbereitete Unternehmen. Der Mann, der ein lebendes Mahnmal war für die amerikanischen Verbrechen in Katanga, für den mit dem Friedensnobelpreis prämiierten Massenmord der Blauhelme (Sie lasen darüber in R 290 ff.) musste verschwinden. Die Welt aber, die angeekelt und erschreckt vor solcher Politik steht, bekommt eine Beruhigungspille, indem man ihr anbietet, sich an den von gleicher Seite aus organisierten Wohltätigkeitsrummeln zu beteiligen. Wobei dann Personen aufs Podest erhoben werden, deren man sich von vornherein bezüglich ihrer Linientreue versichert hat. Der Bericht aber eines französischen Arztes, der kaum 50 Kilometer von Lambarene im Urwald ein opferreiches Leben voller Entbehrungen führt, und der besagt, dass die vom Establishment erfolgreich Angezapften kistenweise Arzneien an die Adresse eines Dr. Schweitzer sandten, der sie dann im Urwald verkommen liess, würde selbst als Leserzuschrift von keiner "grossen" Zeitung gebracht werden dürfen. Das GUTE ist auch in unserer heutigen Welt nicht untergegangen, niemals aber lief es stärker Gefahr, missbraucht zu werden, wie heute. Und weist man jemanden, der jahrelang den armen Negern in Gabon sein Scherflein sandte, darauf hin, dass es doch im eigenen Volk viel näher liegendes Leid zu stillen gibt, dann wird man gar noch als böse angesehen, weil man solcherart eingefahrene Wege des gesteuerten Mitleids nur traurig betrachtet.

*

TUNESIEN

das im wesentlichen ähnlichen Problemen gegenübersteht wie Algerien, hat sich genötigt gesehen, nach den schweren Ausschreitungen in den Landgebieten im Frühjahr 1969 den bis dahin allmächtigen Planungsminister Ahmed Ben Salah abzulösen und die zwangsweise Eingliederung der Bauern in das geplante Kooperativsystem durch eine solche auf Grund von "eigener Ueberzeugung" der Betroffenen zu ersetzen, "denn solche allein ist Kriterium des Erfolges" (tunisische Nachrichtenagentur 10.9.69). Mit Verzweiflung wehrt sich also auch in Tunesien der Bauer dagegen, dass der grüne Tisch über seine (und nicht nur seine!) Lebensgrundlage verfügt.

Die tolerante Haltung Habib Bourgibas gegenüber Israel fand einhellige Ablehnung in der übrigen mohammedanischen Welt. Syrien brach die diplomatischen Beziehungen ab. Gemildert wurde diese Isolierung dann durch den Abschluss eines 20jährigen Freundschaftsvertrages mit dem benachbarten (ja ebenfalls ehemals französischen) Algerien (Januar 1970). Beide Nationen verpflichteten sich, keinem Pakt beizutreten, der Staaten zusammenfasse, die dem anderen Vertragschliessenden gegenüber eine feindselige Haltung einnehmen. Der Vertrag wurde als einer der Pfeiler zukünftiger brüderlicher Zusammenarbeit im Maghreb bezeichnet.

*

ARABISCHE REPUBLIK LIBYEN

ist der Name des Landes, das durch den Staatsstreich vom 1.September 1969 aus der Taufe gehoben wurde. Der ägyptische Journalist Heykal, der als erster von den Vorgängen berichten konnte (Herausgeber des "Al Ahram"), schildert Einzelheiten, aus denen hervorgeht, dass es sich um "eine Revolution gehandelt hat, die noch zehnmal gefährlicher war als die im Irak 1958, die im Herzen des Bagdadpaktes stattfand. Angesichts der Tatsache, dass ein enges Netz englischer und amerikanischer Geheimagenten auf diesem, darüber hinaus so schwach besiedelten Land lag, war es eine volle Ueberraschung, nicht zuletzt auch für sämtliche arabischen Parteien und alle arabischen politischen Bewegungen. Niemand von ihnen war vorher von den revolutionären Absichten in Kenntnis gesetzt worden." Es ist sicher, dass sie dieser Tatsache ihren Erfolg zu verdanken hat. Heykal nennt sie im übrigen ein "Wunder arabischer Vitalität, grösste Reaktion nach der Niederlage vom Juni 1967 gegen Israel". Sämtliche neuen Minister sind unter 30 Jahren, der Ministerpräsident Dr.Mahmoud Suleiman Al-Maghribi ist ursprünglich palästinensischer Staatsbürger und wanderte erst vor sieben Jahren in das Königreich Libyen ein.

Entsprechend klar ist auch die geistig-politische Linie des neuen Staates. "Der Islam kämpft um die Beseitigung der Klassenunterschiede und will soziale Gerechtigkeit errichten. Diese Art von Sozialismus suchen wir darum" sagt Oberst Muammar Al-Kazafi, Vorsitzender des libyschen Revolu-

tionsrates. Andere politische Ideologien wie Nasserismus, Baath u.ä. werden daher abgelehnt, dem Kampf aber um Wiedereroberung Palästinas unbedingter Vorrang gegeben. "Energische Massnahmen gegenüber allen Unternehmen, die mit dem israelischen Feind Handel treiben oder sonstige irgendwelche Beziehungen zu ihm unterhalten" wurden angeordnet, und damit 30 ausländische Kompanien, die bis dahin Kontore in libyschen Häfen hatten, von Staats wegen boykottiert.

Darüber hinaus wurden 51 Prozent aller Bankkapitalien vom Staat übernommen und die ausländischen Banken erhielten andere, einheimische Namen. Vorsitzende und die Mehrheit der Vorstandsmitglieder müssen Libyer sein. Die neue Regierung verlegt ihr Schwergewicht von der Kyrenaika auf den Tripolitanischen Teil und steuert das Land in Richtung einer "orientalischen" Politik in enger Zusammenarbeit mit Aegypten und dem Sudan (wo es beispielsweise hilft, mit seinen Flugzeugen den Mahdistenaufstand Anfang 1970 niederzuwerfen). Es wendet sich damit ab von einer maghribinischen Politik, wie sie dem Lande, das in seiner Ausdehnung ja seine italienische Geburtsurkunde nicht verleugnen kann, ohne weiteres ebenfalls möglich wäre. Die Gründung einer gemeinsamen Nachrichtenagentur zusammen mit Aegypten (VAR) und dem Sudan liegt in dieser Richtung.

Die geheime Flucht eines libyschen Juden an Bord eines Flugzeuges, das von dem Stützpunkt Wheelus startete wurde zum Anlass genommen, auch diesen vertraglich eigentlich den USA zur Verfügung stehenden Stützpunkt zu kontrollieren. Sowohl Wheelus wie Tobruk wurden libyscher Flugkontrolle unterstellt, eine Verlängerung der bestehenden Verträge abgelehnt. Als der englische Aussenminister die Dummheit beging, den Sondergesandten des entthronten Königs Idris Anfang Oktober 1969 zu empfangen, war das nur eine Bestätigung für die Notwendigkeit der Revolution im nationalen Interesse. Schon vorher war von arabischer Seite in den UN vorgebracht worden, dass Juden unter der Bezeichnung von UN-Delegierten in Libyen einen Geheimdienst aufgezogen hatten.(*133) Alles dieses war jetzt mit einem Schlage unterbunden worden. Es versteht sich von selbst, dass die von Herrn Strauss im März 1969 noch erhoffte "offene Tür für westdeutschen Handel in Libyen" ebenfalls mit dieser Revolution wenigstens so lange verschlossen bleiben wird, als die BRD jüdische Interessen den deutschen voranstellt und Israel unterstützt.(*134) Die 8. Internationale Messe in Tripolis, auf der Finanzminister Strauss derartigen Optimismus ausdrückte, dürfte daher vorerst die letzte Gelegenheit gewesen sein, westdeutsche Diplomaten auf den Schlachtfeldern des verratenen Rommel anzutreffen. Der einzige Staat Europas, der die neue Lage zu nutzen verstand, war Frankreich. Die Israel versagten Mirage-Flugzeuge wurden Libyen verkauft (allerdings bedenke man, dass die Ausbildung eines Piloten für diese Maschinen drei bis vier Jahre dauert und dass die ersten Flugzeuge überhaupt erst Anfang 1971 geliefert werden sollen). Es geht Frankreich um mehr, als um einen Waffenverkauf. Es geht darum, ein Mittelmeer, welches russisch-amerikanisch geworden ist, wieder mit Hilfe der französischen Gegenwart europäisch zu machen. Das, meint ein Pompidou, "liegt im Interesse des Weltfriedens". In der tunisischen Zeitschrift "Jeune Afrique" macht Béchir Ben Yahmed darauf aufmerksam, dass das Mittelmeer in seinen zwei Hälften zu sehen ist. Die östliche Hälfte ist krank, doch die westliche könnte mit dem Beispiel einer Neutralisierung durch seine sechs Anrainer wesentlich zur Entschärfung der nahöstlichen Gefahr beitragen: "Alle ernsthafte Mittelmeerpolitik sollte in diesem Augenblick eine Vermengung (der beiden Teilbecken) vermeiden. Nur von einem westlichen, gesunden, erwachsenen und organisierten Mittelmeer aus kann man das Heilmittel für das gestörte Gleichgewicht im öst-

lichen Mittelmeer bringen." Wenn man diesen Schritt nicht tut, läuft man Gefahr, dass das Uebel sich bis nach Tanger und Gibraltar ausbreitet. Zu diesen Sechs aber im westlichen Becken gehört Libyen und man darf bedenken, dass einem französischen Non zu den Flugzeugforderungen sicher sofort ein russisches Da gefolgt wäre. Mit seiner Schwerpunktsverlagerung in den östlichen Teil, seinen engen Verbindungen zu Aegypten und dem Sudan geht von Libyen eh die Gefahr einer weiteren Vergiftung (das heisst eines Hereinziehens der Supermächte in dieses Binnenmeer) aus.

Noch kurz vor jener Revolution sprach man vom "Wirtschaftswunder eines Entwicklungslandes", wenn man an Libyen dachte. Doch weist die Revolutionsregierung darauf hin, dass zwei Drittel der Einnahmen aus den Oelfeldern an die ausländischen Firmen ging, ein Drittel aber in der 10 000 Bonzen starken Umgebung des Königs verschwand, während der Rest der zwei Millionen Libyer kaum etwas davon sah. Erfolge ergaben sich eigentlich nur dadurch, dass man die amerikanischen usw. Oelfirmen verpflichtete, einen Teil ihrer Gewinne direkt für die Entwicklung der Landwirtschaft einzusetzen. Da diese Firmen in der Nähe der Oase Kufra im Süden unterirdische Wasservorräte vom Umfang aller amerikanischen Binnenseen feststellten, andererseits ein Sprühmittel gefunden wurde (als Nebenprodukt des Erdöls), welches Dünen festhält, bis die jungen Eukalyptusbäume sie vor Verwehungen schützen, hoffte man, so die technischen Grundlagen für die Bewässerung von 400 000 Hektar für die Dauer von 800 Jahren gefunden zu haben. Doch das ist nur die technische Seite.

Die Revolutionsregierung wird kaum etwas an einigen anderen Fakten ändern können, denen gegenüber bereits das Königreich machtlos war, nämlich die äusserst mangelhafte Bildung der Bevölkerung und die fehlende Arbeitswilligkeit derselben. Auch mit der Einrichtung einer obligatorischen Berufsschulung wird nicht erreicht werden, was der Faschismus einst aus Libyen gemacht hatte.

---

*133 – Aus einem Artikel in "The American Mercury", Fall 1969, S. 6, der im übrigen darauf hinweist, dass die UN 19 der grössten jüdischen Organisationen den Status von "Beratenden Mitgliedern" verliehen hat und so den UN vielfach mehr Juden amtlich angegliedert wurden, als alle übrigen religiösen Organisationen auf der Welt zusammen Vertreter in den UN haben.

*134 – Strauss machte es sich offensichtlich zu leicht, unterschätzte die antiisraelitischen Strömungen, als er meinte, durch die Hintertür wieder ins arabische Geschäft kommen zu können. Dieser Irrtum, der eine Folge der oberflächlichen Information in Westdeutschland ist, spiegelt sich in der Auffassung, "die ewig Gestrigen haben solche antisemitischen Ideen", "die Altnazis als versessene Judenfresser sehen nicht, dass die Welt ganz andere genetische Impulse hat" (aus dem Brief eines amtierenden Geschichtsprofessors der BRD). Ganz im Gegenteil: Die BRD ist heute in einer ausgesprochen antisemitisch gewürzten Welt und angesichts frechster jüdischer Herrschaftsansprüche und Eingriffe auf der ganzen Welt (als solches werden sie überall empfunden) zu einem Prachteunuchen ausgewachsen. Es paaren sich schlotternde Angst,

Geldgier und krankhafte Geltungssucht, um dieses Ergebnis hervorzubringen. Vor den Tatsachen steckt man den Kopf in den Sand. Anstatt dem Volk auftragsgemäss die Augen zu öffnen, werden sie ihm zugebunden. Das ist das Wesen der Bonner Politik, ihr schweres geschichtliches Vergehen gegenüber dem deutschen Volk.

Schwerer geschichtlicher Vergehen gegen ihr eigenes Volk machen sich heute auch unzählige andere Regierungen im Westen schuldig. Da spricht der Exponent der freimaurerisch-kapitalistischen Weltordnung in Argentinien, Staatspräsident Levingston, davon, dass "man Provinzgouverneure auswechseln muss, soweit sie nicht genügend Kontakt mit den führenden Gruppen in der Bevölkerung haben" und der Provinzgouverneur von Catamarca meint, gegen Angriffe sich halten zu können, indem er betont, er habe das Vertrauen der "fuerzas vivas", der "lebendigen Kräfte". Was hinter diesen Bemerkungen steht, enthüllt ein Artikel in der Zeitschrift "Panorama" (26.10.70, S.31). Nicht mehr und nicht weniger als die umfangreichste subversive Bewegung, die heute in Südamerika tätig ist, wird dabei ins Rampenlicht der Oeffentlichkeit gestellt. Da wird in der Stadt General Rodríguez gegen den Bürgermeister gehetzt. Gründe sind, wie dargestellt wird, eigentlich gar nicht vorhanden. Die Asphaltierung einer Strasse soll unnötig, eine Lichtleitung zu teuer gekommen sein. Einer "der improvisierten caudillos der Rebellion ist der Vertreter der Leones (Lions) am Ort", Rotarianer und Leones unterstützen ihn dabei. Der Bürgermeister meint: "Mit den Rotarianern hatte ich auf freundschaftlicher Basis zusammengearbeitet. Mit dem Club de Leones organisierten wir ein Erziehungszentrum. Seit einigen Monaten jedoch überhäufen sie mich mit Anklagen. Die Motive dieser Wendung? Sie sind mir unbekannt, aber ich argwöhne, dass hier dunkle Interessen sich regen (aquí se mueven intereses oscuros)". Es ist ganz das gleiche Bild, welches die vorhergehenden Rebellionen in den Städten Cipolletti, Jacobacci und Bariloche ergaben. Auch bei diesen standen Rotarianer und Leones im Vordergrund und erreichten in einem Fall die Abdankung des Gouverneurs, in zwei Fällen die Absetzung des Bürgermeisters. Immer sind die Motive lokaler Natur. Man wünscht einen Mann aus der eigenen Clique am Ruder. Man hat den Eindruck, als würde mit solchen Rebellionen "gespielt", auf höheren Befehl hin, Generalproben in Vorbereitung einer allgemeinen Strukturwandlung. Und der Präsident der Nation sekundiert von oben: nur, wer mit diesen Gruppen gut steht, kann im Amt bleiben, auch wenn sie nur 5% und weniger der Bevölkerung darstellen.

Hinzu kommt die auffällige Aktivität dieser Klubs in Richtung des sozialistisch regierten Chile. Mit der Machtergreifung Allendes kreuzen chilenische und argentinische Abordnungen der Rotarier und der Leones in auffällig reger Folge die Grenze in beiden Richtungen und "besuchen" sich in betonter Herzlichkeit, sodass die chilenische Regierung bereits Listen der daran Beteiligten vorsorglich anlegte. Meint die Welt der nachperonistischen Neureichen in Argentinien der "südamerikanischen Herausforderung" (Panorama) und der "Stunde der Völker" (Perón) mangels Geist mit ihrem Gelde begegnen zu können?

*

AEGYPTEN

hat mit Ablauf des sogenannten "Sechs-Tage-Krieges" 1967 gegen Israel viel von seiner Unabhängigkeit eingebüsst. Es wurde in mancher Beziehung zu einem Satelliten Sowjetrusslands. Dass die Dritte Welt diesen Pfeiler verloren hat, ergab sich mehr als deutlich aus dem Schicksal der eigenen Raketen- und Flugzeugplanung. 1961 begann Nasser, sich aus Deutschland und Oesterreich Fachleute heranzuziehen, die in der Lage waren, Waffen herzustellen, die denen der beiden sogenannten Supermächte gleichwertig waren. Prof. Wolfgang Pilz, Paul Goercke und Eugen Saenger arbeiteten zusammen mit etwa 25 weiteren deutschen Spezialisten an der Konstruktion einer zweigeschössigen Rakete. Der bereits erfolgreich beendeten Arbeit setzte man von Westdeutschland aus ein Ende durch eine Reihe von Druckmitteln und Drohungen. 1962 verlor Pilz' Sekretärin Hannelore Wende beide Augen, als sie ein an ihren Chef aus München gesandtes Paket öffnete, welches in ihren Händen explodierte. Während so die Supermächte über die BRD als ausführendes Organ bei der Raketenherstellung zum Ziele kamen, gingen auf dem Gebiet der Flugzeugherstellung die Russen vor. Messerschmitt hatte die Pläne für die HA 300 geliefert und der österreichische Ingenieur Ferdinand Brader kam nach Aegypten, um in der Militärfabrik 135 bei Heluan diese Wirklichkeit werden zu lassen. Die Ergebnisse waren erstaunlich. Es war das leichteste Kampfflugzeug der Welt! Es entwickelte doppelt so viel Stoss wie andere Kampfflugzeuge. Trotzdem erhielten am 26. Mai 1969 die deutschen und österreichischen Fachkräfte ihr Kündigungsschreiben, aus heiterem Himmel, für den 30. Mai 1969. Die Militärfabriken 135 und 136 würden angeblich für die Reparatur der (viel langsameren und älteren) russischen Mig benötigt, liess der Industrieminister Aziz Sidky verlautbaren. Es war nach dem Ende der unter Perón so erfolgreich eingeleiteten deutsch-argentinischen Flugzeugproduktion (mit dem Pulqui II) durch die sogenannte Befreiungsrevolution in Argentinien 1955 jetzt das zweite Mal, dass die Sieger von 1945 es verhinderten, dass die übrige Welt sich von ihnen unabhängig macht. Es wurde zum zweiten Mal auch klar, welches für einen Deutschen und Oesterreicher heute die eigentlichen Fronten sind.

Doch nicht nur einen "Satelliten" Russlands nennt man heute Nasser, sondern auch einen solchen der reichen arabischen Erdölländer. Denn mit Schliessung des Suezkanals verlor Aegypten die Einnahme aus den Kanalgebühren und die reiche Sinai-Erdölproduktion. Auf der Panarabischen Konferenz von Khartum haben darum 1967 die mohammedanischen Bruderländer Sa'udarabien, Kuweit und Libyen sich verpflichtet, Aegypten jährliche Hilfszahlungen in der Gesamthöhe von 112 Millionen Pfund zu leisten. Aegypten hat in Beantwortung dieser Hilfe umgehend seine nasseristische Propaganda im arabischen Ausland eingestellt. Der beibehaltene Begriff einer "Vereinigten Arabischen Republik" für den Staat hängt damit seitdem in der Luft.

Diese Ausgleichszahlungen sollen erfolgen, solange der Suezkanal geschlossen bleibt. Nasser spricht ja Israel gegenüber von einem sogenannten Abnutzungskrieg, meint, dass ein langer Krieg den Feind zum Aufgeben bringen wird. Ganz abgesehen davon, ob die arabischen Freunde bereit sind, die Nassersche Geduld aufzubringen, ist man geneigt, in solcher Strategie den Wunsch des Feindes zu lesen. Denn gerade ja die Taktik des jüdischen Volkes zur Erreichung seiner Weltziele ist schon immer die Erschöpfung des Gegners gewesen. Wir erinnern dabei nur an die in diesem Zusammenhang so hoch ak-



Propaganda in Kairo: Nasser traegt auf seinen Haenden die Al-Aqsa- Moschee in Jerusalem

tuellen Worte eines Henry Ford, die dieser vor einem halben Jahrhundert bereits niederschrieb (*135): "Ist das nächste Ziel (der Juden) die VERWIRRUNG, so ist sie doch nur die Vorbereitung für einen noch hoffnungsloseren Zustand; dieser ist – ERSCHOEPFUNG. Man sieht ohne weiteres, was das heisst. Erschöpfung ist eine lebensgefährliche Bedrohung des Volkskörpers. Die neuesten politischen Ereignisse und ihre Wirkung zeigen es deutlich: niemand scheint sich mehr darum zu kümmern. Parteien mochten Erklärungen abgeben und die Wahlkandidaten ihre Versprechungen machen – niemand kümmerte sich darum. Mit dem Kriege und seiner Ueberspannung begann die Erschöpfung; der "Frieden" mit seiner allgemeinen Verwirrung hat sie fast vollendet. Das Volk glaubt an nichts mehr und erwartet noch weniger. Jede Zuversicht ist dahin, ebenso fast jeder Wagemut und Unternehmungsgeist. Der Misserfolg aller Bestrebungen, die fälschlich als "Volksbewegung" angepriesen wurden, ist so gründlich gewesen, dass die meisten auch die Hoffnung auf den Erfolg künftiger Volksbewegungen aufgegeben haben. Hierüber sagen die Protokolle (*136): "ALLGEMEINE ERSCHOEPFUNG durch Zwietracht, Feindschaften, Streitigkeiten, Hungersnot, Einschleppen von Seuchen, Verarmung, bis die Gojim (die Nichtjuden, d.V.) keine andere Rettung sehen als unser Geld und unsere Macht zu Hilfe zu rufen."(Prot. 10) "Durch all dies wollen wir die Gojim so ermatten und erschöpfen, dass sie uns eine internationale Autorität anbieten müssen. Durch diese werden wir ohne Störung alle noch regierenden Kräfte der Welt aufsaugen und so eine Oberregierung bilden. Wir müssen die Erziehung der Gesellschaft der Gojim so leiten, dass ihre Hände vor Schwäche und Mutlosigkeit gegenüber jedem Unternehmen, das Wagemut fordert, in den Schoss sinken."(Prot. 5) Die Juden sind noch nie ermattet oder erschöpft gewesen. Sie haben noch nie vor einem "Unmöglich" gestanden. Dies ist das typische Zeichen derjenigen, die den roten Faden in den Irrwegen des Lebens kennen. Das Ungewisse, das ständige Umherirren unter Bewegkräften und Einflüssen, deren Quelle unbekannt ist und deren Zwecke unbegreiflich sind, erschöpft den Geist. Das Tasten im Dunkeln ermattet. Dies tun die Nichtjuden seit Jahrhunderten. Die anderen, die einen klaren Begriff von allem haben, was vor sich geht, sind dieser Erschöpfung nicht erlegen. Sogar Verfolgungen sind erträglich (*137), wenn man weiss, warum, und die Juden der ganzen Welt haben jederzeit gewusst, wo und wann solche in ihren Plan passten. Die Nichtjuden haben mehr unter den Judenverfolgungen gelitten als die Juden selbst. Wenn die Verfolgungen nämlich vorüber waren, tappten die Nichtjuden genau so im Dunkeln wie vorher, während das Judentum seinen jahrhundertelangen Marsch auf sein Ziel wieder aufnahm, an das es unbeugsam glaubt und das es erreichen wird. – So sagen sogar solche, die tiefer in das jüdische Wesen und Wirken eingedrungen sind; auch diese sind vielleicht von der allgemeinen Erschöpfung mitergriffen. Wie dem auch sein möge: Die Revolution, die nötig wäre, um den mörderischen Griff zu lösen, mit dem das internationale jüdische System die Welt gepackt hält, würde wahrscheinlich ebenso radikal sein, wie es die jüdischen Methoden zur Knebelung der Menschheit waren und sind. Nicht wenige hegen Zweifel, dass die Nichtjuden noch dazu imstande sein werden. Vielleicht sind sie es nicht! So sollen sie wenigstens wissen, wer ihre Unterjocher sind."

Aber es gibt Anzeichen dafür, dass Aegypten nicht mehr lange diese arabische Hilfe benötigt. Vor Kriegsausbruch produzierte Aegypten 7,5 Millionen Tonnen Erdöl. Gleich nach dem Kriege waren es nur noch 2,5 Mio. t. Schon Mitte 1968 aber war der Vorkriegsstand erreicht worden, war Ende 1969 auf 16 Mio. t angestiegen und dürfte bis Ende 1971 wohl 40 Mio. t erreichen. Damit wäre Aegypten mit einem beachtlichen Erdölexport in die Lage versetzt, sich

wieder wirtschaftlich zu erholen. Ursache für diese steigende Erdölförderung sind die zahllosen Funde im südlichen Golf von Suez (Morgan), bei Shukeir in der östlichen Wüste, bei Um El-Jusr und El-Uzun am Roten Meer, bei El-Alamein und im südlicheren Grenzgebiet zu Libyen, sowie im Küstenwasser des Mittelmeers. Die Russen suchen in der Nähe der Oase von Siwah.

Nasser hat niemals die Plattform verlassen, die er sich mit seinen antieuropäischen Slogans im afroasiatischen Raum gezimmert hat.(*138) Obwohl laufend von führenden Persönlichkeiten der islamischen Welt auf die mangelnde Logik eines Kampfes, einerseits gegen Israel, andererseits für die Ziele des Weltjudentums, hingewiesen, hat er diese Zwitterstellung wegen ihrer Lukrativität doch beibehalten. Die UN haben niemals vergessen, welche Dienste ihnen Nasser leistete, wenn er gegen die Apartheidspolitik in Südafrika schürte oder die Europäer in Nordafrika beschimpfte. Sie haben denn auch ohne Rücksicht auf seine antiisraelischen Kanonaden Aegypten niemals ihre Hilfe versagt, versuchen sogar in grösstmöglichem Ausmass sich dieses Landes zur Ausdehnung ihrer antinationalen, übernationalen Ideologie zu bedienen. Mit Hilfe der UNESCO und des UN-Entwicklungsfonds wurden in Aegypten Schulen und Institute eingerichtet, die "der afroasiatischen Welt das notwendige Fachpersonal" liefern sollen. In Zusammenarbeit mit dem Internationalen Arbeitsamt unter dem Zionisten David Morse und in Verbindung mit Fachdelegierten aus Grossbritannien, Frankreich, der Sowjetunion und der DDR findet Anfang 1970 das erste afroasiatische Seminar für Berufstraining in Kairo statt. Die zionistisch gelenkte UNESCO steuert Gelder zur Erweiterung des Ausbildungszentrums für Handwerk und Kleinindustrie bei. Ein wahrer Run auf Fachausbildungsmöglichkeiten war notwendig, um die Folgen des Israel-krieges zu überwinden und die UN boten Hilfe auf allen möglichen Gebieten an. Während die Azharmoschee ihr 1 000jähriges Bestehen feiern kann und nur in allerbescheidenstem Masse die von einem Aga Khan III. (siehe Einleitung "Nordafrika") beschworene Aufnahme der Naturwissenschaften in ihr Erziehungsprogramm verwirklichte, setzen die kapitalstarken Feinde aller Religion von Westen aus südlich des Suezkanals überall den Hebel an. Zusammen mit der UNESCO wurde ein Landarbeitererziehungsprogramm ausgearbeitet, UN-Hilfsorganisationen gründeten ein Planungs- und Entwicklungszentrum für die Assuanzone, nahmen sich der Entwicklung der westlichen Küstenzone zwischen Alexandria und Sollum an, untersuchten die Grundwasserverhältnisse in der westlichen Wüste (Libyen, Sudan und Tschad weigerten sich bemerkenswerterweise, ein gemeinsames Abkommen mit den UN zu unterzeichnen, wie es Aegypten tat). Der Industrieminister (den wir schon kennenlernten) hat bereits den UN-Entwicklungsfonds um Hilfe für zu errichtende Industrie-Forschungsinstitute gebeten, und diese auch sofort zugesagt erhalten. So ist die Entwicklung des Landes auf Richtlinien aufgebaut, wie sie in allen betont islamischen Ländern abgelehnt werden. Es zeigt sich, wie Phraseologie wieder einmal mit der Abwendung von der religiösen Grundlage zur leicht knetbaren Munition in den Händen der überstaatlichen Kräfte wird. Israel braucht von Süden her kaum Ernstliches zu befürchten, solange dort der Nasserismus herrscht. Die grossen Worte "der Heilige Krieg ist die einzige Lösung", die Nasser nach der Brandstiftung in der Al-Aqsa-Moschee fand, sind ihm nur sehr widerwillig abgezwungen worden (vgl. "Match", 6.9.69). Die von Ibn Sa'ud aufgegriffene Forderung des Heiligen Krieges, der tief im Religiösen wurzelnde Wunsch der Mohammedaner in aller Welt, die Moschee und Jerusalem zu retten, erwies sich als viel viel stärker, denn alle jene Ideologien, die sich in den Köpfen persönlicher Ehrgeizlinge angesammelt hatten und die von diesen Baathisten und Nasseristen und Sozialisten bestimmte "ara-

bische" Welt musste sich dem Willen der islamischen Welt beugen, wollte sie nicht einfach hinweggeschwemmt werden. Noch war auch in Aegypten nicht vergessen, wie Nasser mit der Moslem-Brüderschaft umgegangen war, wie er General Nagib beseitigte. Auch seine kürzlichen Reden vor den in Kairo Anfang März 1970 versammelten Ulema aus 38 islamischen Ländern waren nur der Versuch, wegschwimmende Felle zu retten. Das "Parlamentarier-Treffen" vom 5. Februar 1970 (beschickt aus 55 Ländern, vor allem der Dritten Welt), welches auf "Wiederherstellung des Friedens im Nahen Osten" abgestellt war, lag ihm viel näher. Während in Vorbereitung des Besuches des amerikanischen Unterstaatssekretärs und Abgesandten Nixons, Sisco, die amerikanische Botschaft in Amman in Scherben und Flammen aufging und der Besuch Jordaniens abgeblasen werden musste, empfing nicht nur Nasser diesen Juden (!) persönlich, sondern Sisco hatte Besprechungen mit einer ganzen Reihe weiterer ägyptischer Persönlichkeiten, bevor er nach Tel Aviv weiterflog im Rahmen seiner Beschwichtigungsmission, die auf eine Anerkennung des Status quo hinauslief. Die Weltbank sekundierte im gleichen Augenblick (April 1970) das amerikanisch-jüdische Vorgehen mit einem zinslosen Kredit von 26 Millionen Pfund für eine Säuberung des Niltals und seiner Kanäle. Man kann verstehen, dass ein Dayan das Essen stehen liess, als er vom Tode des Dämonen am Nil erfuhr, dass die ganze Welt sofort einstimmig von dem "unersetzlichen Verlust" sprach, den Nassers Hinscheiden bedeute, dass man mit Nachdruck versicherte, sein am 5. Oktober 1970 schnellstens ernannter Nachfolger Anwar Sadat werde Nassers Politik fortsetzen, während die Tiefersehenden in der Welt des Islams hoffen, dass mit diesem Gottesurteil Aegypten wieder seine Bewegungsfreiheit zurückgegeben wird und die islamische Seele des Nillandes sich wieder freier entfalten kann.

---

*135 – In "Der Internationale Jude", Hammer-Verlag, Leipzig, 29. Auflage, 105. bis 107. Tausend, S. 127 (übersetzt von Hofrat Paul Lehmann).

*136 – Gemeint sind die "Protokolle der Weisen von Zion", eine Zusammenstellung jüdischer weltpolitischer Absichten, die Anfang des XX. Jahrhunderts erstmalig in der Schweiz veröffentlicht und seitdem in sämtlichen Weltsprachen in Millionenauflage verbreitet wurden. Das Judentum bezeichnet sie als Fälschungen. Es ist dieses heute, nach 70 Jahren völlig uninteressant. Ihr Inhalt allein spricht für die Tatsache, dass hier die jüdischen politischen Absichten veröffentlicht wurden. Das genügt uns heute. (Dazu auch S. 526 dieses Buches.)

*137 – Für die diesbezüglich völlige Unempfindlichkeit des Juden sei als bezeichnend der Text wiedergegeben, den der Jude Eduard Fuchs in seinem "Beitrag zur Kulturgeschichte, Die Juden in der Karikatur", Albert Langen-Verlag, München 1921, auf Seite 68 wiedergibt: "Der Vater zum Sohn: Loss Dich treten von de Leit, loss Dich werfen aus de Stuben, loss Dich verklagen bei de Gerichte, loss Dich setzen ins Hundeloch, loss Dich peitschen, loss Dich martern halb taudt! aber Du musst doch werden reich!"

*138 – Das sogenannte "afroasiatische" Lager ist niemals mehr gewesen als eine Fata Morgana. Sie wurde allen jenen vorgespiegelt, die in etwa dem gleichen Augenblick in die "Freiheit" entlassen wurden, und also damals gemeinsam den Blick auf den in afrikanischer Sonne glühenden Horizont richteten. Dass es aber keine derartige "afroasiatische" Wirklichkeit gibt, zeigen nicht

nur die sehr ernsten geistigen und physischen Kämpfe zwischen Arabern und Afrikanern, zwischen Mohammedanern und christlichen Negern, sondern auch die reichlich weit gehenden Zumutungen der Araber in ihrem die Grenzen des Anstandes überschreitenden Kampf gegen Israel, den gewisse Kreise mangels Erfolgen an der eigentlichen Front, auf neutrales Gebiet ausdehnen möchten. Als die OUA sich in einer sehr klaren und energischen Erklärung gegen die Flugzeugentführungen und Sabotagen an Handelsflugzeugen mit den Stimmen der Elfenbeinküste, Kameruns, Aethiopiens, Liberias, von Sierra Leone, Uganda, Kenia, der beiden Kongos, des Senegal, Dahomeys, Togos, Gambias, Obervoltas, des Gabon, des Tschad und der Zentralafrikanischen Republik wandte, da enthielten sich die mohammedanischen Länder in dieser afrikanischen Organisation, d.h. Algerien, Libyen, Mauretanien, Aegypten, Sudan und Somalia der Stimme. Deutlicher kann nicht sein, dass es sich bei der OUA nicht um eine straff gefügte Organisation handelt, sondern um einen rein regionalen Zusammenschluss, dessen einzige schöpferische Kraft in der Fassung gemeinsamer Resolutionen gegen Rhodesien und Südafrika besteht, wobei denn diesmal der mohammedanische Teil wider seine höchsten Interessen Partei nimmt für die Gegner seiner Religion und gegen diejenigen, die dem Islam allen nur denkbaren Spielraum gewähren. Es gibt daher nichts Sinnwidrigeres als diese sogenannte "Afroasiatische" Welt. (Aus "Le Courrier de Madagascar", 6.7.69.)

*

DER SUDAN

Khartum hat auf gewisse Zeichen der Zeit genau so reagiert wie viele andere Länder auch. Die konservative Militärregierung unter General Ibrahim Abboud wurde in Verfolg einer Volkserhebung am 21. Oktober 1964 von einer Zivilregierung abgelöst, in welcher nach anfänglichem kommunistischem Uebergewicht die traditionellen Kräfte wieder die Oberhand gewannen, und diese wieder wurde nunmehr am 25. Mai 1969 erneut von einer Militärregierung abgelöst, in der wiederum zunächst die moskauhörigen Ideologen eine starke Position besitzen. Grund für einen jeden dieser Wechsel war die starke Bindung der jeweiligen Regierung zu den kapitalistischen Ländern, das heisst den USA, Grossbritannien und der BRD, die eine sozialgerechte Entwicklung des Landes verhinderte und korruptionsfördernd sich auswirkte. "Gegen Neo-Imperialismus und Zionismus" wendet sich daher die erste Regierungserklärung vom Mai 1969. Ein "sudanesischer Sozialismus" soll aufgebaut werden. Im Mai 1970 werden daher erst einmal sämtliche in- und ausländische Banken verstaatlicht. (Es würde sich schon lohnen, eine Weltkarte anzufertigen, auf welcher jene Länder verzeichnet sind, in denen sich noch das jüdisch-freimaurerische Geldschöpfungs- und Zins- und Wuchersystem austoben darf.)

Doch die Aufgabe ist im vorhandenen staatlichen Rahmen kaum lösbar. Denn der Sudan, dieses Erbe britischer Besetzung, setzt sich aus mehreren, völlig heterogenen Teilen zusammen. Der Wille, sie in einem Staat zu halten, hat bereits Hunderttausende von Toten gebracht. Der Norden ist hamitisch

besiedelt, mohammedanisch, weitgehend entwickelt, der Süden von Bantu bevölkert, animistisch oder christlich, und völlig unentwickelt. Der Vorsitzende des neuen Revolutionsrates, General Gaffaar al-Nimeri, plant darum nunmehr, dem Süden Autonomie zu gewähren, ausgehend "von der Erkenntnis der Existenz historischer Unterschiede zwischen dem Süden und dem Norden, besonders im Hinblick auf Traditionen und Kultur". Eine "Gleichstellung der beiden Landesteile" soll versucht werden. (*139)

Wie aber soll eine derartige Gleichstellung bewirkt werden? Der Süden ist arm, ist in den Händen der aufständischen Anya-Nya. Die Städte wie Juba etwa, sind umgeben von einem Kranz übelster Slums, angefüllt mit jenen Negern, die nicht mehr auf dem Lande ihr Auskommen fanden, und denen jetzt mangels Arbeitsmöglichkeit das Geld für das Allernötigste zum Leben fehlt. Vorangehen müsste die Befriedung des Landes, doch kann der Staat, trotz bereitwilligsten Einspringens der Sowjetunion bei diesen Fragen (*140), die sehr grossen Kosten für eine derartige Aktion nicht aufbringen. So hat er den Aufständischen eine Amnestie und ein Handgeld angeboten. Viele gingen darauf ein, erhielten ihren Persilschein und sitzen jetzt arbeitslos, hungrig und oft genug auch krank irgendwo am Stadtrand und warten. Dass noch keine grösseren Seuchen ausgebrochen sind, ist nur ein Wunder. Impfaktionen können bei der bestehenden Infrastruktur überhaupt nicht durchgeführt werden, selbst wenn man alles dazu vom Ausland geschenkt erhielte. Wie also eine Gleichstellung mit dem Norden erreichen, der mit ganz anderen Menschen besiedelt ist, verkehrspolitisch günstiger liegt und bereits gute Entwicklungsansätze besitzt? Die Politiker, die man bisher aus dem Süden nach Khartum entsandt hatte, egal zu welcher Partei sie gehörten, hatten allesamt nur allzu schnell den Kontakt mit der armen Heimat verloren und zogen es vor, in der Hauptstadt gut zu leben.

Dabei stellen die drei Südprovinzen, Bahr el Ghazal, Ober-Nil und Equatoria nicht den einzigen "Fremdkörper" dar. Gleiche Benachteiligung von seiten der Zentralregierung spürte der äusserste Westen (Provinz Darfur) wie Teile des Ostens (der Stamm der Beja), die negroiden Völker in der Provinz Kordofan und die Bevölkerung der Nuba-Berge. Bis zur Aufhebung aller politischen Parteien (unter Todesdrohung) durch die neue Militärregierung drückte sich dieser Separatismus in Gruppen wie "Beja Congress" und "Nuba Union" aus, heute ist er aber deswegen nicht eingeschlafen, weil man ihm das (oft sowieso sinnlose) Wort in einem Parlament versagt. Die Verarmung dieser Landesteile macht aus Bauern, Fischern und Viehzüchtern Proletarier. Und die sowjetrussischen Freunde werden nicht zögern, aus ihnen klassenbewusste Adepten ihrer Weltanschauung zu machen. Die christlichen Kirchen regten sich am Vorabend der letzten Revolution darüber auf, dass die Verfassung den Islam als Grundlage des Staates vorsah. Sie laufen im Augenblick kaum Gefahr, unter solchen Vorzeichen diskriminiert zu werden. Sie werden vielleicht unter anderen nunmehr liquidiert.

Der islamitische politische Führer des Sudan, Sadik al-Mahdi, wurde zunächst einmal eingesperrt. Doch ist damit noch nicht das letzte Wort gesprochen. Im März 1970 versuchte er einen Aufstand gegen das areligiöse Regime. Die Nilinsel Aba befand sich bereits in den Händen der Mahdisten, als mit Hilfe der ägyptischen Luftwaffe (denn dazu ist sie fähig, wenn sie auch dem Feind im Norden gegenüber versagt) die Ruhe im Lande wieder hergestellt wurde. Der Mahdi selbst wurde auf seiner Flucht nach Abessinien getötet. Unterschwellig wird weiterhin der Islam das Schicksal dieses Landes bestimmen, mag auch die Regierung derzeit versuchen, das Land ins ideologische Lager der "Araber" zu führen. Die Konferenz von Khartum nach dem verlorenen

6-Tage-Krieg liess die Hauptstadt des Sudans für Tage zum Zentrum der arabischen Welt werden.

Dem Einzug der Sowjetrussen steht der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu den Vereinigten Staaten gegenüber. Das Mächtemosaik im weiteren Raum des Roten Meeres hat dadurch eine neue Belebung erfahren. Die amerikanischen Basen in Aethiopien sind so auch von Westen her in ihrem Wirkungskreis begrenzt. Mit dem Südsudan schiebt sich Sowjetrussland weit in den schwarzafrikanischen Kontinent hinein. Die Flüchtlingsheere, die in jenem Raum alle Staaten von ihren Nachbarn beherbergen (150 000 Sudanesen in Uganda, Kongolesen im Sudan, Somali im Ostsudan, Eritreer im Ostsudan, Exilregierung der Südsudanesen in Nairobi/Kenia, Tschadbewohner im Sudan usw.) bieten den im Hintergrund wirkenden Grossmächten die Möglichkeit, die Fronten dauernd im Fluss zu halten und ruhige Zeiten vorerst in ihrem Interesse zu verhindern. Dabei sollte man sich bewusst sein, dass, ähnlich wie im Biafrakonflikt, der Sudan zum Beispiel werden kann für die nach 15 Jahren "Befreiung" ersichtliche Böswilligkeit, die hinter dieser geschichtlichen Wendung stand. Arnold Toynbee, natürlich optimistisch auf der anderen Seite stehend, meint dazu in seinem Buch "Zwischen Niger und Nil": "Das Problem der beiden Teile des Sudans ist das Problem der beiden Teile Afrikas (so etwas wird also doch zugegeben! d.V.) im kleinen. Deshalb hat der Sudan sowohl das Schicksal Afrikas als auch sein eigenes in der Hand. Wenn es ihm gelingt, die beiden Elemente in seiner Bevölkerung miteinander zu versöhnen, wird er ein Stück konstruktiver Pionierarbeit für den ganzen Kontinent geleistet haben."

Doch Freimaurer Toynbee hat nicht mit seinen israelischen Freunden gerechnet. Da schreibt zB "Newsweek" am 4. Mai 1970: "Besucher aus dem Westen stellten kürzlich fest, dass Rebellen im Südsudan die berühmte in Israel hergestellte Uzi-Maschinenpistole trugen. Unklar war nur, woher diese Waffen kamen. Aber die Israelis haben eine Militärmission in Uganda, die dort auf der anderen Seite der sudanesischen Grenze die Luftwaffe ausbildet. Und eine zeitlang hörte man überall in Afrika Gerüchte, wonach Israel den sudanesischen Rebellen hilft, um die Schlagkraft der gegenwärtigen, zu Aegypten stehenden Regierung in Khartum zu lähmen." Die berühmte "Zweite Front" wird geschickt von Israel aufgebaut. Die mohammedanische Welt aber hat noch nicht begriffen, dass jene Negerstaaten somit kaum die Hilfe verdienten, die sie in ihrem hysterischen Antiapartheidsgeschrei immer wieder von dort erhalten, haben noch nicht begriffen, dass man in der UN-Führung sich nur ins Fäustchen lacht, wenn sie so nichts anderes tun als ihren eigenen Schlächter zu wählen.

---

*139 – AP, Damaskus, 9. Juni 1969.

*140 – Unter General Abboud noch hatte die BRD eine Munitionsfabrik gebaut und Waffen und Kraftfahrzeuge geschickt – und damit den Bürgerkrieg im Süden gut am Laufen gehalten, ähnlich wie dieses in Nigeria geschah (vgl. R 279). Im April 1970 überreicht die sudanesische Regierung der BRD durch Vermittlung Libyens ein Memorandum, in welchem die neuesten Einmischungsversuche Bonns in Angelegenheiten des Südsudans zusammengefasst sind. Man will in

Bonn einfach nicht begreifen, dass es souveräne Staaten gibt und dass das Prinzip der Nichteinmischung im Völkerrecht lebensnotwendiges Korrelat des von Bonn so oft gepriesenen Selbstbestimmungsrechts der Völker ist. Es ist gegenüber dem Sudan ganz die gleiche unverschämte Haltung wie etwa gegenüber Brasilien oder Südafrika oder Griechenland.

*

ERITREA

ist nach wie vor in Rebellion gegen die Besetzung durch Aethiopien, das diese ehemalige italienische Kolonie entgegen der ursprünglichen Verpflichtung bei Uebernahme der Verwaltung als Teil seines Staatsgebietes betrachtet. Die Rebellion wird rundum von allen arabischen Staaten unterstützt. Selbst im fernen Pakistan wurde im November 1969 eine "Pakistan-Eritrea Solidarity Society" und ein "Aid to Eritrea Committee" gegründet. Selbst in den Städten des Landes sind Revolutionshandlungen der eritreischen Mujahideen eine tägliche Erscheinung. 20 000 Tote, mehr als 500 Dörfer von den Abessiniern dem Erdboden gleichgemacht, 50 000 Menschen in den Sudan vertrieben, ist die derzeitige Bilanz. Und die Welt schweigt wieder mal. "Wir haben diesen Wall des Schweigens durchstossen mit unseren Kugeln in Frankfurt, Karachi, Rom und Paris" erklärte der Führer der Befreiungsarmee, Osman Idrees. Bald sind wir auf der Welt so weit, dass nur noch mit Bombenanschlägen die Völker ihren Willen zur Freiheit bekunden können. Es wird nicht lange halten, dann wird man für Gerechtigkeit für die deutschen Vertriebenen auch nur in dieser Form mehr kämpfen können. Die Völker gehen in den Untergrund.

Es wundert auch nicht wenn das nordamerikanische "Geographical Magazine" (in seiner Nummer II/70) Eritrea als Teil Aethiopiens in Text und Landkarte bezeichnet. Man kennt diese Umerziehungsmethoden von der Darstellung deutscher Landkarten her. Die naturwidrigen Versuche, das Nomadenvolk der Danakil sesshaft zu machen, werden als fortschrittlich gepriesen und bedauert, "dass nur so wenige die schützenden Bequemlichkeiten dörflichen Lebens der harten Freiheit der Wüste vorziehen". Selbst die Danakil fühlen deutlich genug, dass hinter solchen Lockungen die Sklaventreiber des Neokolonialismus stehen.

*

SOMALIA

Die Ermordung des Staatspräsidenten Ali Shermake am 15. Oktober 1969 und die anschliessende Uebernahme der Staatsgeschäfte durch das Militär zeigt, dass auch in diesem Lande die Dinge noch immer im Fluss sind. Nicht in die Staatsgrenzen einbezogene nationale Minderheiten stören hier den Frieden, sondern die Tatsache, dass weite Lebensgebiete der Somalis ausserhalb

der von anderen gezogenen Staatsgrenzen liegen. Shermake und sein Premierminister Egal hatten es ehrlich versucht, diese Fragen auf friedlichem Wege mit den Nachbarn zu lösen. Im Zuge dieser Entspannung war in Arusha in Tanganjika im Oktober 1967 ein Dreierkomitee unter Beteiligung von Kenia, Sambia und Somalia gebildet worden, doch Kenia liess sich erst Anfang 1969 herbei, einige der oppositionellen Somalis seiner Nordostprovinz in Freiheit zu setzen. Im übrigen aber rührte sich nichts. Nur die Anwesenheit Kenneth Kaundas bei der Beisetzung Shermakes (als einzigem ausländischem Staatschef) erinnerte noch an die besondere Rolle, die Sambia hier übernommen hatte. Genau so fruchtlos waren alle Versuche, in Ogaden eine erträgliche Situation zu schaffen. Aethiopien löste wohl die Militärverwaltung des für die somalischen Nomaden lebenswichtigen Gebietes durch eine zivile ab, hielt aber alle übrigen Bestimmungen, insbesondere die drückende Steuerpflicht der Somalis gegenüber Addis Abeba aufrecht, sodass es mehrfach weiterhin zu blutigen Zusammenstössen kam, bei denen es auf beiden Seiten Tote gab. Mit allen möglichen Mitteln und Schikanen versucht Abessinien zu verhindern, dass die Somalis in der Trockenheit ihre Herden in ihre ihnen seit Jahrhunderten gehörenden Weidegebiete in Ogaden treiben.

Neben diesen unerfüllten nationalen Forderungen steht das Bild einer korrupten Gruppe von Politikern, sodass der Sprecher der neuen Regierung deren Absicht kundtat "der Korruption und dem politischen Schmutz im Lande ein Ende zu bereiten", nachdem eingangs als Ziel der Regierung "die Unterstützung aller Befreiungsbewegungen" genannt worden war. Darunter wird in erster Linie die palästinensische, dann aber auch die von Eritrea verstanden. Die tiefe Verbundenheit des Staates mit dem Islam drückt sich auch darin aus, dass der ermordete Staatspräsident Shermake zum Beispiel im April 1969 in einer Wahlversammlung betonen konnte: "Es ist nicht reiner Zufall, dass das Land eine Dürreperiode durchmacht. Die vielen Lügen der Politiker in dieser Wahlkampagne und der Frevel, der dabei mit dem Wort Gott so oft begangen wurde, das allgemeine Absinken der Moral sind die Ursache, weswegen uns jetzt diese Dürre trifft."

Es ist kein Zufall, dass wir fast gleichzeitig erleben müssen, wie sich die tiefe Unruhe und Unzufriedenheit der mohammedanischen Welt mit der heutigen Situation in verschiedenen Staaten in Revolutionen ausdrückt. Ist es auch oft eine Unruhe aus gleichen Wurzeln, wie sie in der übrigen Welt ähnlich bestehen, so treibt sie hier doch bereits zum Ausbruch, während sie in christlichen und buddhistischen Ländern noch ihre Form sucht. Der Islam geht der übrigen Welt damit im Beispiel voraus und man kann aus diesem lernen. Politik lässt sich in unserer Zeit nicht mehr mit Schlips und Kragen und parfümierter Glatze machen. Politik ist in Wirklichkeit immer schon in Hemdsärmeln gemacht worden. Das heisst nicht, dass man unrasiert und mit Zoten demonstriert, sondern dass man sich nicht davor scheut, den Karren ganz persönlich aus dem Dreck zu ziehen und sich die Hände dabei schmutzig zu machen. Es ist lächerlich, innerhalb des vom Establishment aufgebauten Rahmens als Wahlziel 10 Prozent der Stimmenzahl zu nennen. Entweder will man die Macht, oder man solle lieber gar nicht erst mit Politik anfangen. Man muss DIE MACHT fordern, und versprechen, dann tabula rasa zu machen, mit einem Arm den ganzen Dreck, der sich angesammelt hat, vom Tisch zu fegen, die *eigentlichen* Hintermänner aus dem Sattel zu heben. Mit "Taktik", "Klugheit" ist man im Zeitalter des Intelsat nicht mehr auf dem richtigen Wege, wie nicht zuletzt gerade das Volk der Juden es zeigt. Die Welt muss wieder auf ihre eigenen Beine gestellt werden. Die Menschheit will heraus aus der stickigen, muffigen Zwangsjacke der "Demokratie", die alles andere als

Herrschaft der Völker ist. Man wartet nur noch auf denjenigen, der dieses Ziel verkündet. Warum wohl schwören so viele weltweit auf Mao? Der grosse Chinese da ganz hinten soll das Wunder erwirken. Man wird vergebens auf ihn warten. Man wird die Wendung immer nur im eigenen Volk suchen dürfen, so, wie es die Araber in Libyen, in Somalia und in Palästina tun.

Das Heer Somalias wird, wie wir schon früher erfuhren (R 321), von Sowjetrussland ausgebildet und ausgerüstet. Der Hafen von Mogadischu steht ihnen so zur Verfügung, und gibt allem Geschehen in Somalia eine besondere Note. Wir werden diesen Faden russischer Präsenz wieder aufgreifen, wenn wir gegenüber dem strategisch so wichtigen Osthorn Afrikas in Arabien an Land gehen. Einstweilen wollen wir nur noch erwähnen, dass Somalia Anfang 1970 diplomatische Beziehungen mit der DDR anknüpfte. Es hatte sich damit nicht um das Bonner Ersuchen gekümmert, mit einem solchen Schritt doch bitte zu warten, bis Brandt in seinen Gesprächen mit Stoph die Karte selbst ziehen konnte. Wieder zeigt so ein Staat, und diesmal ein an Uranium recht reicher, dass die Gelder der Entwicklungs"hilfe" weniger wiegen als die eigene Unabhängigkeit. Diese nämlich kommt in der Unterredung zum Ausdruck, die der Vorsitzende des Revolutionsrates, General Mohammed Zeyad, am 8. April 1970 mit dem Aussenminister der DDR, Winzer, hatte. Genau einen Monat später verstaatlichte Somalia die ausländischen Banken und andere Grossfirmen. Und wieder einige Monate weiter stellen die USA jegliche technische Hilfe an Somalia ein, "nachdem gründliche Verhandlungen mit den Führern jenes Landes nicht zum Ziele führten".

*

ISRAEL

hat 1967 gar keinen "Sechs-Tage-Krieg" geführt, sondern einen "60-Minuten-Blitzkrieg".(*141) Und es hat ihn in dieser erstaunlichen Form nur mit aktiver Unterstützung der USA durchführen können. Die folgenden Einzelheiten darüber wurden inzwischen in den Vereinigten Staaten veröffentlicht (*142):

Am 21. Mai 1967 trafen 10 Jetflugzeuge aus westlicher Richtung auf dem israelischen Flugplatz Lydda ein. Am 22. Mai weitere zehn, am 1. Juni wurden 12 landende Truppentransporter festgestellt.

Am 24. Mai 1967 wurden die ägyptischen Raketen- und Flakstellungen durch Täuschungssignale, wie sie nur von USA-Einheiten gesendet werden können, in Alarmzustand versetzt, sodass der Gegner die Lage der entsprechenden Stellungen ausmachen konnte.

Grossbritannien entsandte die Flugzeugmutterschiffe "Victorious", "Albion" und "Eagle" in die Gefahrenzone. Britische Vulcan- und Victor-Bomber sowie Lightning- und Hunter-Jäger trafen in grosser Zahl auf Zypern und Malta ein.

Israel eröffnete völkerrechtswidrig Rekrutierungsbüros in Frankreich, Grossbritannien, Belgien, Holland, Australien und in verschiedenen Staaten Südamerikas. Am 31. Mai teilte Radio Paris den Durchflug von 300 freiwilligen

kanadischen Juden nach Israel mit.

Am gleichen Tag ordnete U Thant den Rückzug der UN-Friedenstruppe aus dem Gaza-Streifen an.

Johnson bemühte sich, die arabischen Staaten in dieser Lage in Sicherheit zu wiegen, indem er Nasser einlud, den VAR-Vizepräsidenten nach Washington zu senden. Während dieser abflog, bereitete der USA-Vizepräsident Humphrey einen Flug "des Guten Willens" zu Nasser vor, und zugleich schlug Johnson mit Unterstützung der gesamten Weltpresse vor, die Frage einer freien Durchfahrt durch den Suez-Kanal und die Strasse von Tiran dem Internationalen Gerichtshof zum Entscheid vorzulegen.

In gleichem Atemzug aber gab er den Befehl, dass eine U-2 der USA-Luftwaffe in grosser Höhe die Zone Suezkanal-Sinai überfliege und alle militärisch wichtigen Einrichtungen photographiere. Diese Photos wurden den Israelis zur Verfügung gestellt. Ausserdem wurde das USA-Schiff "Liberty" an den vorgesehenen Kriegsschauplatz herangeführt. Es ist eines der den USA zur Verfügung stehenden 200 CIA-Gegenspionageschiffe, ausgerüstet insbesondere mit der bis dahin einzigen auf der Welt existierenden Anlage, um auf elektronischem Wege Radarsysteme zu hindern, herannahende Flugzeuge festzustellen.

Am Morgen des 1. Juni traf eine israelische Militärmission auf dem USA-Militärflugplatz Wiesbaden ein und hatte Besprechungen mit hohen englischen, amerikanischen und NATO-Offizieren.

Am 2. Juni starteten in Wiesbaden und Ramstein amerikanische Flugzeuge in Richtung Israel.

Am 3. Juni wurde eine grosse Anzahl amerikanischer Flugzeuge auf Flugplätzen auf deutschem Boden sandgelb angestrichen.

Gleichzeitig sandte die BRD Israel 20 000 Spezialgasmasken.

Die Vereinigten Staaten errichteten eine Luftbrücke von Missouri nach Israel für den Transport von schweren Waffen.

Vier Boeings der israelischen El-Al-Luftlinie übernahmen in Bordeaux dort auf dem Wasserwege eingetroffene Luftraketen, während andere Flugzeuge Waffen von den britischen Basen in Lincolnshire und Wellington, sowie von US-Basen in Holland nach Israel brachten.

Kurz vor Beginn des kurzen Krieges wurden die VAR-Verteidigungsanlagen erneut von Flugzeugen aus photographiert, deren Typen nicht in israelischem Besitz sind.

Am 5. Juni starteten die sandgelben Flugzeuge von Wiesbaden aus "zu unbekanntem Ziel".

Gleichzeitig trafen in den amerikanischen Basen von Saragossa und Torrejón in Spanien amerikanische Flugzeuge von der Flugbasis Wheelus in Libyen ein und wurden umgemalt.

Der eigentliche Angriff fand dann bekanntlich in der Sinai-Suezkanal-Zone praktisch keine Gegenwehr. "CS" veröffentlichte dazu, dass die 200 Jetflugzeuge mit Berieselungsanlagen ausgestattet waren, mit denen das Gas LSD 25 von ihnen ausgestreut wurde, während zugleich mit Hilfe der "Liberty" das ägyptische Radarsystem ausser Gefecht gesetzt wurde. Das LSD 25-Gas wurde unter Leitung des Generals Rothschild von der USA-Chemical Warfare Division entwickelt. Es ist unsichtbar, geruch- und geschmacklos und macht diejenigen, die es einatmen, für 12 bis 15 Stunden unfähig zu denken und zu handeln. Alle israelischen Piloten trugen bei ihrem Angriff Gasmasken, um gegen das von ihnen gestreute Gas geschützt zu sein.

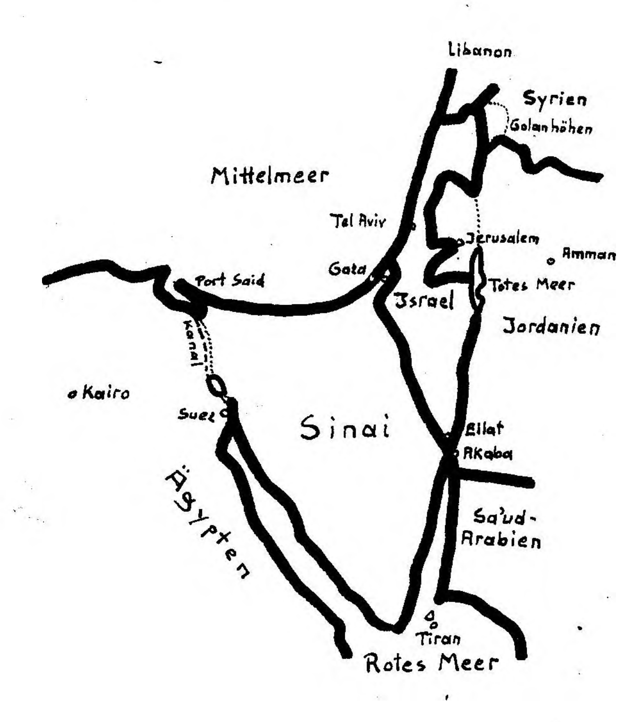
Den ersten 200 Jägern folgten 200 Bomber, die eine von den USA entwickelte und bisher geheimgehaltene Spezialbombe zur Zerstörung von Fluglandebahnen mitführten. Parallel dazu rückten Hunderte von Tanks in die ägyp-

tischen Gebiete ein. Beladen waren sie mit israelischen Truppen, die ebenfalls mit Gasmasken ausgerüstet waren.

Die israelische Luftwaffe zerstörte sofort nach dem Blitzkrieg mit Bomben das USA-Schiff "Liberty", um so die an Bord befindlichen amerikanischen Geheimnisträger für immer mundtot zu machen. (Kriegsverbrechen? Wiedergutmachung?)

Johnson musste eine Veröffentlichung dieser amerikanischen Mithilfe befürchten. USA-Generalstabschef Earl G. Wheeler hatte nämlich erst kurz vorher erklärt, dass Israel wenigstens 4 bis 5 Tage für einen Sieg über die Araber brauche. Sechzig Minuten war also eine Zeitspanne, in welcher Israel niemals ohne massivste fremde Hilfe hätte siegen können. So erfand er denn die Mär vom "Sechs-Tage-Krieg".

Im ganzen nahmen nämlich 468 Flugzeuge an den Angriffen an der ägyptischen Front teil, eine Zahl, die etwa doppelt so gross ist wie die Gesamtzahl aller israelischen Flugzeuge überhaupt. Unter ihnen sah man Skyhawk-Bomber, für die es überhaupt noch keine israelischen ausgebildeten Piloten gab. Im Irak und in Aegypten gefangen genommene israelische Piloten sagten aus, dass Kameraden von ihnen mit Helikoptern zu amerikanischen und britischen Flugzeugträgern geflogen wurden, von wo aus sie dann ihre Angriffe starteten. Denn nur so erklärt sich auch, dass Luxor von Hawker-, Hunter- und Phantom-Flugzeugen bombardiert wurde. Luxor liegt 810 Kilometer von dem nächsten israelischen Flugplatz in Eilat entfernt und daher weit ausserhalb der Möglichkeiten aller israelischen Flugzeuge, mit Ausnahme der Vantor. Vantors aber sah man nicht über Luxor.



Israels "Grenzen" vor und nach dem "Sechs-Tage-Krieg".

Ueber dem Suez-Kanal wurden während des Angriffs US-amerikanische Flugzeuge gesichtet. Britische und amerikanische Flugzeuge bildeten in jenen Stunden einen Schutzschild über den Städten und Flugplätzen Israels und deckten damit dem beschäftigten Angreifer den Rücken. Sie handelten damit genau so, wie Dayan es später einmal (15.12.68) als jüdischen Wunsch im amerikanischen Fernsehen formulierte: "Alles, was Sie (die USA) zu tun haben, ist, den Sowjets zu sagen: Wenn Ihr kommt, kommen wir auch."(*143)

Die Vereinigten Staaten konnten so einige ihrer interessantesten Waffen auf Kosten der arabischen Welt ausprobieren und ermöglichten gleichzeitig dem jüdischen Volk, Jerusalem zu erobern. Denn dass das Durchfahrtsrecht durch den Suez-Kanal nur vorgeschobenes Kriegsziel war, hat sich seitdem auch dem Dümmsten deutlich genug gezeigt. Die Schliessung des Kanals bietet Israel viel grössere wirtschaftliche Vorteile als seine Oeffnung. Je länger Israel als einzige Industrienation gleichzeitig nach Westen wie nach Osten Handel treiben kann, ist es in beiden Richtungen verkehrsgeographisch auf halbem Wege günstiger gelegen als Europa bzw. Ostasien. Wenn wir daher bei unserer weiteren Studienfahrt nach Osten immer wieder auf Israelis stossen, so ist das eine Folge dieser Lage.(*144)

Die israelischen Kriegsverbrechen im Zuge dieses Waffengangs sind durch die mutigen Veröffentlichungen vor allem der "National-Zeitung" in München auch in Westdeutschland bekannt geworden. Während die im Sinai-Gebiet gefangengenommenen ägyptischen Offiziere gut behandelt und bald schon auf dem Luftwege heimbefördert wurden, trieb der israelische Brigadegeneral Yesha'ahu Gavish auf Befehl Dayans die ägyptischen Soldaten durch die Sinai-Wüste, wo sie an Durst, Hunger und Hitze starben. Hunderte von Photos wurden von diesem Todesmarsch von amerikanischen Flugzeugen aus aufgenommen. Die Zahl der so Liquidierten wird mit 50 000 angegeben. (Menschenrechtskonvention?) Verteidigungssekretär Mc Namara verbot es, 60 000 Gallonen Wasser in Kunststoffkannen über den Unglücklichen abzuwerfen, nachdem sich Dean Rusk, Goldberg und Walt Rostow telephonisch gegen eine solche Hilfsaktion ausgesprochen hatten.(*145) Erneut zeigten die USA ihr Desinteressement an der Genfer Konvention.

Der Besetzung folgten "Umsiedlungen", bei Hebron wurden ganze Dörfer Haus für Haus mit Dynamit gesprengt, über hundert Mädchen im Alter von 15 bis 20 Jahren wurden in Gaza bei einer Kundgebung durch israelische Truppen brutal zusammengeschossen (Februar 1969); U Thant antwortete nicht einmal auf das entsprechende Protestschreiben des ägyptischen Aussenministers Mahmoud Riad zu diesem Genocidium. Moshe Menuhin, Vater des grossen Geigers Yehudi Menuhin, sagt dazu in verschiedenen USA-Zeitungen: "Meine Religion ist "Prophetisches" Judentum, nicht "napalm". Die "jüdischen" Nationalisten, die neue Sorte von kämpfenden Juden, sind keine Juden, soweit es mich betrifft, sondern "jüdische" Nazis, die allen Sinn für jüdische Moralität und Menschlichkeit verloren haben. ANTI-ZIONISMUS ist daher nicht Anti-Semitismus."

Um die Invasion von 1967 militärisch zu sichern, wurden in dem mit westdeutschen Mitteln (vgl. R 146) errichteten Atom-Zentrum bei Bersheba bis Oktober 1969 unter Prof. Bergmann bereits 6 A-Bomben hergestellt, sowie die Ladungen für die in Israel hergestellte Mittelstreckenrakete MD-660 mit einer Reichweite bis zu 1 500 Kilometern.

In jeder Beziehung ist Israel der gesunden Meinung, dass der Angriff die beste Verteidigung ist. Während Israels Botschafter auf der ganzen Welt "Friedenskonferenzen" (natürlich auf der Basis des Status quo (*146) organisieren (*147), werden die Nachbarn mit dauernden, zynisch als "Vergeltungs-

angriffe" bezeichneten Ueberfällen weiter bekämpft. Auf der besetzt gehaltenen Sinaihalbinsel werden "Nahal"-Siedlungen, Wehrdörfer, angelegt, und der israelische Stabschef Bar-Lev erklärt dazu in einem Tagesbefehl: "Es ist von äusserster Wichtigkeit, dass die Sinaihalbinsel besiedelt wird." Verteidigungsminister Moshe Dayan unterstreicht dabei unverblümt (*148): "Wir müssen die Welt vor vollendete Tatsachen in den besetzten Gebieten stellen, die Lage vorbereiten, wie wir sie wünschen, und uns dort niederlassen, wo wir bleiben wollen." Und Aussenminister Golda Meir aus Milwaukee verrät dem amerikanischen Journalisten Stewart Alsop: "Ich will offen zu Ihnen sein. Ich wünsche kein jüdisches Volk das süss, liberal, antikolonialistisch und antimilitaristisch ist. Denn dann würde es ein totes Volk sein."(*149)

Einem solchen Gegner gegenüber beginnt nun Herr Nasser seinen "Abnützungskrieg". Sicher, er kostet Israel 2,8 Millionen Dollar täglich. Aber, wer zahlt diese? Die ganze übrige Welt, in tausend Kanälen, trägt täglich viel mehr als diese Summe für Israel zusammen. Ein solches Volk ist nicht durch einen "war of attrition" zu besiegen, geschweige denn zu vernichten, wie es nach Ansicht des israelischen Aussenministers Abba Eban Nassers Absicht ist.(*150) Andererseits muss man sich allerdings der schon vorgetragenen Meinung Glubb Paschas (vgl. R 158) anschliessen und dem Ergebnis der Untersuchungen John H. Davies' zustimmen (*151): "Ich sehe keine Möglichkeit, dass Israel einen totalen Sieg über die arabische Welt davonträgt. Die arabische Welt ist zu gross. Kriege mit lokaler Basis werden sich ausdehnen und in einem Krieg enden, den Israel verlieren wird." Dabei aber, und das ist wohl ebenso klar, wird das jüdische Volk genauso wie auf dem Wege hin zur Errichtung seines Staates nicht scheuen, seinen Raub mit allen verfügbaren Mitteln ohne jede Rücksicht auf Menschenleben, Hab und Gut der übrigen Welt versuchen zu retten, nur um seine Wahnidee vom Messias, der nach geglücktem Tempelbau kommen soll, in die Wirklichkeit umsetzen zu können. Das Strafgericht Gottes wird dann wieder einmal die historisch üblichen Ausmasse ihnen gegenüber annehmen. Dabei wird man dann ebensowenig wie bisher kaum noch unterscheiden zwischen Juden und Zionisten, wird wiederholen, was heute schon in Anti-Israelischen Konferenzen offen ausgesprochen wird (*152): "Die Moslem-Welt muss sich darüber im klaren sein, dass ihr Kampf nicht gegen die in Palästina lebenden Juden geht, sondern gegen die gesamte jüdische Bevölkerung auf der Welt." Immerhin stammt ja der Minister Abba Eban aus Südafrika, der Vertreter Israels vor den UN, Yosef Takoah aus Schanghai, und Golda Meir wurde in Kiew in Russland geboren und wuchs auf in den USA. Und es gibt viele (west)deutsche Staatsangehörige in der israelischen Armee, die also ungestraft den (west)deutschen Pass behalten dürfen (*153). Und es gibt nordamerikanische Staatsangehörige die diesen ihren Status dazu ausnutzen, in der USA-Armee eine Spezialausbildung mitzumachen, um nachher in Israel neueste Waffen und Flugzeuge bedienen zu können. Es ist klar, dass unter solchen Umständen die Grenzen verschwinden und man Front macht gegen das gesamte Judentum, die an sich nicht seltenen vernünftigen jüdischen Stimmen überhört und mit dem Finger nur auf den "Verbrecherstaat Israel" zeigt.

Die Wirtschaft Israels ist natürlich durch diese kriegerischen Ereignisse wesentlich betroffen. Sie ist trotz aller entsprechenden Anstrengungen weitgehend Kriegsindustrie geblieben, dieses allerdings im weitesten Sinne. Das Land leidet am Mangel an Rohstoffen. Metalle, Holz und Rohöl müssen importiert werden. Nur Zucker, Baumwolle und Chemikalien (aus den Rohstoffen am Toten Meer und in der Negev-Wüste) erhält die Industrie aus dem eigenen Land. Der erstrebte Anschluss an die EWG wurde bisher von Frankreich verhindert. Da die Qualität der Exportartikel sich besserte, konnte weit-

gehend von den bisher üblichen Clearingabkommen zu solchen auf der Basis freier Valutaverrechnung übergegangen werden. Beachtliche Vorteile zog Israels Wirtschaft aus der von der neuen Regierung in der BRD verfügten DM-Aufwertung, denn etwa 100 000 Einwohner Israels erhalten von der BRD sogenannte "Wiedergutmachungsleistungen". Diese beliefen sich 1968 auf 146 Millionen Dollar und stiegen 1969 auf 160 Millionen Dollar an. Daneben laufen die staatlichen Wiedergutmachungsleistungen, die von 1953 bis 1963 den stattlichen Gesamtbetrag von 3,6 Milliarden DM ausmachten und grösstenteils in Maschinen und in Industrierohstoffen ausgehändigt wurden. Der Export nach der BRD wird wahrscheinlich infolge der DM-Aufwertung steigen, während die Einfuhr von Dingen wie Fernsehempfänger (1968 4,7 Millionen DM) und Autos (1968 9 Millionen DM) sinken dürfte. Auch das jährlich von der Bundesregierung Israel gewährte "Entwicklungsdarlehen" in Höhe von 140 Millionen DM erfährt so eine Aufwertung. Und weil das alles noch nicht genug ist, fordert im Juni 1970 der Weltverband der jüdischen Naziverfolgten für die Zwangsarbeit jüdischer Häftlinge im II. Weltkrieg von mehr als 500 westdeutschen Firmen und der BRD die Summe von 72 Milliarden DM. Der Betrag errechnet sich aus der Addition von 1000 DM Schadenersatz pro Monat für die Zeit von drei Jahren bei zwei Millionen Juden, zusätzlich weiteren DM 150,-- für jeden Juden je Monat in Ghettos und KZs.

Die Wirtschaftsbeziehungen zum Westen wurden erneut verstärkt durch den Aufbau des weltgrössten Diamantenzentrums in Tel Aviv. 38 Prozent des Diamantenexports geht in die USA, wo dafür zollfreie Einfuhr ausgemacht wurde. Israel ist darüber hinaus auf dem Wege, zum Weltmarkt für Edelsteine zu werden.(*154) Vergessen wir auch nicht, dass Israel (als einziger Oelstaat im Nahen Osten!) mit einer eigenen Tankerflotte arbeitet. 1965 noch 265 000 Tonnen, 912 000 Tonnen 1970 und bis 1972 auf 1,5 Millionen Tonnen ansteigend, also die Schliessung des Kanals auch in dieser Beziehung lukrativ nutzt.

In (politisch) östlicher Richtung ist beachtenswert, wie sich die Beziehungen zwischen Rumänien und Israel festigten. Rumänisches Oel ging nach Israel und dieses entsandte jüdische Geschäftsleute und Ingenieure zum Ausbau der dortigen Industrie. Die Tatsache, dass Israel der technischen Ausbildung im eigenen Lande sehr viel Aufmerksamkeit widmet, macht sich so bereits bezahlt.(*155)

Alles geht eben in diesem usurpierten Gebiet darum, sich fest in den eroberten Grund einzugraben. Anfang 1969 trafen sich die Leiter jüdischer Organisationen in Tel Aviv, um darüber zu beraten, wie man dem Staatsgebilde Israel helfen könne. Bezeichnenderweise waren daran auch nicht ausgesprochen zionistische Vereinigungen beteiligt. Ministerpräsident Eshkol erklärte, dass eine Einwanderung von weiteren 30 000 Juden jährlich viel zu wenig sei, dass man nicht nur diese Einwanderung auf einer qualitativen Höhe halten müsse, sondern die Zahl der Juden in Israel bis zum Ende dieses Jahrhunderts auf fünf Millionen bringen müsse. (Die Pille ist nur für andere Völker da.) Darüber hinaus sei in der gesamten Diaspora Wert zu legen auf eine Aktivierung der jüdischen Erziehung der jungen Generation. Eine besondere Organisation wurde vorbereitet, um eine solche hebräische Erziehung für die jungen Juden auf der ganzen Welt zu fördern. Im Kapitel "Sowjetrussland" gehen wir später eingehend ein auf das biologische Problem, vor dem Israel steht, und welches zwangsläufig zum Ende dieses blutigsten Experiments unseres Jahrhunderts führen wird. Einstweilen glaubt die Judenheit noch, ihren Staat retten zu können. Jüdische Ingenieure, Aerzte, Physiker und Techniker wandern in verstärktem Umfang nach Israel zurück. Bis 1967 waren es 400

Rückkehrer pro Jahr, 1968 waren es bereits 1250 und 1969 bereits 6500 einwandernde Akademiker. Man hofft, die Einwanderung aus Kanada und den USA 1970 auf 10000 zu bringen und später sogar auf 25000 jährlich. "Die Gefühle der Ziellosigkeit in einem Teil der amerikanischen Jugend, die Unruhe an den Universitäten, die Unsicherheit in manchen grossen Städten, der sich regende Antisemitismus lassen einen Teil der Judenheit nach Israel ausblicken, wo man ein Ziel vor Augen hat und die Jugend nicht von anarchistischen Tendenzen erfasst ist" schreibt die "NZZ" dazu. Die USA zahlen also gerne die Ausbildung von Personen, die dann für die Konkurrenz arbeiten.

Während jedoch die USA solchem Tun keinen Riegel vorschieben, hat man mit Sowjetrussland seinen Aerger. Nachdem man das Thema monatelang in jeglich möglicher Form angeheizt hat und in Moskau nicht auf Gegenliebe gestossen ist dreht Herr Nahum Goldmann den Spiess um und verkündet im März 1970 von seinem Büro des Jüdischen Weltkongresses in Genf aus: "Die gegenwärtige antiisraelische und antizionistische Hetzkampagne der sowjetischen Behörden ist der überzeugende Beweis dafür, dass ein Grossteil der drei Millionen Juden in der UdSSR nach Israel auszuwandern wünscht... Im Namen der jüdischen Organisationen aus 65 Ländern weist der Jüdische Weltkongress energisch die Anmassung zurück, dass die Einschränkung der Persönlichkeitsrechte der Juden in irgendeinem Land durch Aktionen oder politische Programme des israelischen Staates gerechtfertigt ist. Dies betrifft auch das Verbot der Auswanderung sowjetischer Juden nach Israel." Für den Zionismus bedeutet es also eine "Einschränkung der Persönlichkeitsrechte der Juden", wenn den mosaischen Bürgern fremder Länder untersagt wird, was allen anderen Bürgern des gleichen Landes ebenfalls untersagt ist, nämlich im vorliegenden sowjetrussischen Fall: auszuwandern. Die Israelis haben immer noch nicht begriffen, dass die Welt nun einmal kein Verständnis hat für ihre Sonderwünsche. Und dass sehr viele Juden trotz allem Rabbiner-Terror es vorziehen, dort zu bleiben, wo sie sind.

Doch immer mehr häuften sich die Warner, die auf die Gefahr eines Weltbrandes hinwiesen, der von Leuten wie Dayan entfacht werden könnte. So nimmt es nicht wunder, dass die in Barranquilla aufgestellte Forderung nach einem "Weltfrieden" gerade auch im Nahen Osten Anwendung suchte. Der Aussenminister der USA, Rogers, trat mit seinem Friedensplan auf. Damit aber auch bei keinem Eingeweihten Zweifel darüber bleiben, wer hinter ihm steht, lässt er sich auf der Pressekonferenz im Juni 1970 bei Ankündigung seines Planes photographieren mit erhobener Hand, deren ausgestreckter Zeigefinger auf die Zuhörer weist. Die "NZZ" hält es für richtig, dieses Photo mit der nicht gerade üblichen Pose auf die Frontseite ihrer Nummer vom 27. Juni 1970 zu setzen, obwohl Photos im Textteil dieser Zeitung ansonsten ausgesprochen ungebräuchlich sind. Der neue Gruss von Barranquilla macht so schon wenige Monate darauf Weltpolitik. Denn sowohl Israel wie Aegypten und Jordanien gehen auf die For lerung der Weltfreimaurerei ein.

Als Israel 1958 seinen 10. Geburtstag feiert meint Isaak Deutscher im "Observer": "The emergence of Israel is indeed, like all the long and dramatic history of the Jews, a phenomenon unique in its kind, a marvel and a prodigy of history, before which Jew and non-Jew alike stand in awe and amazement, wondering over its significance" (Die Entstehung Israels ist in der Tat, so wie die ganze lange und dramatische Geschichte der Juden, ein in seiner Art einzigartiges Phänomen, ein Zeichen und Wunder der Geschichte, vor dem Juden wie Nichtjuden in Ehrfurcht und Staunen stehen, sich über seine Bedeutung verwundernd). Es ist das allerdings nur vergleichbar mit dem anderen Wunder unserer Zeit, mit der Schaffung des Grossdeutschen Reiches. Der einzige Unter-

schied war nur, dass im einen Fall nicht ein einziger Tropfen Blut vergossen wurde, im anderen aber die ganze Welt in ein Blutbad getaucht und an den Rand der Vernichtung gebracht wurde. Niemals wird die Menschheit ganz verstehen können, was in und um Palästina geschah, weil sie vor dem entsetzlichen Mysterium einer Degeneration des menschlichen Charakters steht, welche ihr wesensfremd ist. Kaum wird es darum je einem Historiker gelingen können, die Ungeheuerlichkeiten voll einzufangen, die ein Teil des jüdischen Volkes im Delirium der Menschheit von der Ermordung der Zarenfamilie bis nach Hiroshima zufügte. Gelingt es nicht, diesen Dämon zu fesseln, ist auch die Gefahr weiterer noch viel grausamerer Verbrechen der zionistischen Furie gegeben.

---

*141 – Benjamin H. Freedman in "Zionist Lies doom USA", "CS", 15.2.69.
Es erschien jetzt ein Standardwerk in englischer Sprache über die "grosse internationale Verschwörung", die den Staat Israel schuf: Robert John und Sami Hadawi, "The Palestine Diary", 2 Bde. u$s 12,--. Beziehbar über "Common Sense", Union, N.J., USA.

*142 – Insbesondere die Uebersichten in "CS", 15.2.69 und in "WO", 1.8.67.

*143 – Bisher galt als bindend zwischen den USA und Israel der heimlich von Eisenhower und John Foster Dulles unterzeichnete Brief an Israels Präsidenten, wonach die USA "die Grenzen Israels garantieren". (Allerdings meinte Golda Meir bei ihrem Besuch bei Nixon Ende 1969, "Israel hat keine Grenzen, sondern nur Waffenstillstandslinien" und schuf damit ein neues Politikum.) Die BRD ihrerseits lässt durch ihren Minister Georg Leber sagen "sie werde nicht inaktiv bleiben, falls die Gefahr einer Vernichtung Israels bestehen sollte" und spricht von einer "Diffamierung Israels", als die Nationalzeitung protestiert: "Verbrecherstaat Israel will uns Moral lehren". Die hier wiedergegebene Forderung Dayans geht aber so weit, von den USA zu fordern, mit ihrem Militärpotential die israelischen Aggressionen überhaupt erst zu ermöglichen und zu schützen.

*144 – Vgl. dazu die "Zionistische Herausforderung", R 151.

*145 – "WO", 15. Juli 1967.

*146 – König Hussein von Jordanien im November 1969 vor dem Parlament in Amman: "Das Ziel Israels ist es, Land und Frieden zugleich zu gewinnen. Aber wir wiederholen, dass, wenn Israel Frieden will, es niemals das Land behalten kann, und wenn es das Land haben will, es niemals Frieden haben wird."

*147 – Dabei kam es allerdings in Westdeutschland zu einigen kleinen Pannen. dpa berichtet am 9.6.69: "Der Versuch des israelischen Botschafters in Bonn, Ashe Ben Natan, mit Studenten der Universität Frankfurt über die Probleme im Nahen Osten zu diskutieren, führte zu wilden Tumulten, die zwei Stunden lang dauerten. Mit Sprechchören und Geschrei wurde der Botschafter von den

Studenten daran gehindert zu sprechen, "Ha, ha, ha, Al-Fatah ist da" schrieen sie im Chor. Plakate sagten "Zionisten raus aus Palästina"." Und zwei Tage später ereignete sich das gleiche in Hamburg auf der dortigen Universität.

In Argentinien war diese Haltung der Jugend auf der Welt Gegenstand einer Tagung jüdischer und kommunistischer Intellektueller unter dem Motto "Jornadas sobre Discriminación y Antisemitismo" (Buenos Aires, November 1969), und man befürchtete, dass "der Wechsel der Gesellschaft sich mit und ohne Antisemitismus vollziehen könne" (Pérez) und "dass sich die schwarzen antisemitischen Kräfte in der Welt mit den weissen antisemitischen Kräften vereinigen könnten, um die gegenwärtige Krise zu entladen über den gesellschaftlich" (nicht wirtschaftlich) "schwächeren Bevölkerungsteilen" (also den Juden) (Pérez). Und zurückkommend auf den Nahen Osten wird gesagt, dass die Arabische Liga in Argentinien sehr geschickt zwei verschiedene Zeitschriften herausgibt, "Nación Arabe" für die Rechte, und "Cercano Oriente" für die Linke. Die Teilnehmer an dieser Konferenz vergassen eben, dass Bezeichnungen wie Rechts und Links Erfindungen des Judentums selbst sind, dass hier das Judentum Fronten aufrichten will, die in Wirklichkeit angesichts der tatsächlichen Probleme und Gefahren auf unserer Welt überhaupt keine Bedeutung mehr haben. Die gemeinsame Frontstellung der nicht am Establishment Beteiligten gegen dessen Drahtzieher wird eben sowohl in Westdeutschland wie hier in Argentinien nach und nach zur Tatsache. Mit der Erkenntnis von der Leere eines grossen Teils der Phraseologie sowohl auf der Rechten wie auf der Linken kristallisiert sich deutlicher die Gegenwart mit ihren eigentlichen Fronten heraus.

*148 – Kibbuz-Rede im nördlichen Israel am 30. März 1969, AFP-Meldung.

*149 – "MW", 11. Oktober 1969, S. 2.

*150 – dpa Jerusalem, 5.2.69: Abba Eban: "Der Plan Nassers sieht die Vernichtung Israels in zwei Etappen vor, erstens Wiedererrichtung der Grenzen vor dem "Sechs-Tage-Krieg" durch Rückzug der Israelis, dann die Befreiung der israelischen Gebiete durch Freischärler." Dagegen sagt Aegyptens Aussenminister Riad im nordamerikanischen Fernsehen, Oktober 1969: "Wir wollen die Juden nicht töten. Juden und Christen können in einem palästinensischen Staat zusammen leben."

*151 – In seinem Buch "The Evasive Peace". Davies ist ehemaliger Generalkommissar der UNRRA und gründete die "American Near East Refugees Aid Inc."

*152 – Lahore, 9. November 1969, Rede des Präsidenten der Westpakistanischen Awami-Partei. Wiedergegeben in "MW", 15.11.69.

*153 – "TA", Zürich, Oktober 1969.

*154 – "WO", 1.1.69, S.4.

*155 – "WO", 1.8.69, S.4.

*

SYRIEN

Syrien gehört zu den bewusst "fortschrittlichen" arabischen Ländern. Nicht die Religion des Islams ist darum Richtschnur des staatlichen Handelns, sondern eine Ideologie, die des Baathismus. So nahm Syrien auch nicht an der islamitischen Gipfelkonferenz in Rabat teil, obwohl es in seiner Aussenpolitik in allererster Linie antizionistisch eingestellt ist. Der Abbruch der Beziehungen zur BRD, Einstellung der westdeutschen Tätigkeit auf dem Gebiet der Erdölsuche, und Anerkennung der DDR im Juni 1969 sind daher nur folgerichtig, nachdem kurz vorher Irak und Sudan ebenfalls die DDR anerkannt hatten. Sinnbild für den Willen zur Befreiung von westlichem Wesen ist die Arabisierung des Geschäftslebens. Im November 1969 wurde angeordnet, dass Firmen, Kaffeehäuser, Läden usw., die ihre ausländischen Namen nicht in arabische abändern, bestraft werden würden. Noch weiter geht ein Dekret vom gleichen Monat, wonach Syrier und in Syrien lebende Palästinenser in Zukunft Ausländer nur heiraten dürfen, wenn dazu die vorher einzuholende Zustimmung des Staates vorliegt. Wurde diese nicht eingeholt, so steht auf dem Delikt Gefängnisstrafe von drei Monaten bis zu einem Jahr, und erst nach Absitzen derselben kann die Hochzeit gefeiert werden.

Syriens Wirtschaft ist staatliche Planwirtschaft. Unter dieser soll der Weg vom vorwiegend landwirtschaftlich orientierten Gemeinwesen hin zur Industrialisierung beschritten werden. Diese kommt neben dem Erdölsektor (der durch die Schliessung des Suezkanals geographisch bedingten Aufschwung erhielt und der durch Eintreten der algerischen Sonatrach an Stelle der abgelehnten Bundesdeutschen Auftrieb erhielt) durch Ausbau des Bergbaus (Eisen und Phosphate) zum Ausdruck. Die Hintansetzung der Landwirtschaft (auf deren Exporten heute noch im wesentlichen der syrische Aussenhandel ruht) soll durch Herstellung des bedeutenden Euphratdammes, wowie weiterer kleinerer Dämme an Nebenflüssen des Euphrats und am Orontes beseitigt werden. Sowjetrussische Experten helfen dem Land bei der Durchführung dieser Pläne. Erklärtes Ziel Syriens ist die Aktivierung seiner Handelsbilanz. Auf den Leim der schönen Weltwirtschaft wagt sich schon am wenigsten ein Land, das vor seinen Augen das eigentliche Ziel aller solcher Bestrebungen sich regen sieht.

Die geographische Lage brachte dem Lande Probleme nicht nur mit Israel, sondern auch mit dem Libanon, der nach Meinung der Baathisten nicht die notwendige Energie bei der Bekämpfung des gemeinsamen Feindes im Süden entwickelte. Doch liess selbst diese brennende Front nicht die ideologischen Differenzen im eigenen Lager einschlafen, sodass zB der Führer der arabischen, ebenfalls linksorientierten nationalistischen Organisation der Haraka (mit Sitz im Libanon), der von den Israelis befreit wurde, zunächst einmal in ein Gefängnis im syrischen Damaskus einzog.

*

DER LIBANON

Die komplexe Natur dieses Staates wurde erneut klar, als im Oktober 1969 die Frage der militärischen Tätigkeit der arabischen Widerstandsbewegung gegen Israel vom Libanon aus zur heftigen Explosion führte. Schon lange hatte sich der christliche Präsident Hélou unter Heranziehung des christlichen Dreierbundes, der Maroniten und der verschiedenen kleinen religiösen Minderheiten darum bemüht, auf parlamentarischem Wege eine Ausweisung der auf libanesischem Boden operierenden palästinensischen Fedayeen zu erreichen. Er konnte sich dabei insbesondere auch auf die libanesische Armee stützen. Unter dem Vorwand, auftragsgemäss das Land vor israelischen Vergeltungsangriffen schützen zu müssen, stellte er die kapitalistisch-bürgerlichen Interessen einer gewissen Clique vor das gesamtislamische und gesamtarabische Ziel. Als die vom westlichen Ausland sehr begrüssten Machenschaften Hélous begannen, konkrete Formen anzunehmen, kam es zur offenen Revolte der Palästinenser. Sie wurden sofort in energischster Form von allen arabischen und mohammedanischen Ländern unterstützt und der Libanon massiv bedroht, wenn er nicht eine Aenderung seiner Haltung gegenüber der vordringlichsten Aufgabe unserer Zeit vornähme. Auf ägyptischem Boden wurde dann ein Abkommen zwischen der libanesischen Armee und der Palästinensischen Befreiungsfront getroffen, wonach letztere Aktionsfreiheit im Frontgebiet hat, die libanesische Armee aber eine gewisse Aufsicht über diese Tätigkeit ausüben kann. Unterstützt wurde dabei die palästinensische Forderung innerhalb des Libanon von den obersten muselmanischen Führern des Libanon, die unter Vorsitz des Grossmuftis El Husseini in der "Dar El Fatwa" zusammengefasst sind. Ihrer energischen Haltung ist es zu verdanken, dass die USA von einer erneuten militärischen Invasion wie 1958 absahen. Gerüchte über ein solches Eingreifen ausländischer Mächte, "um die Integrität des Landes zu gewährleisten", waren bereits von interessierter Seite ausgestreut worden. Deutlich ergab sich so ein Sieg der eigentlichen Volksstimmung über die in das parlamentarische System eingezwängte politische Spielergruppe. Man wusste, dass nach wie vor das Wort galt, welches ein Pius XII. nach seiner Papstkrönung aussprach: "Niemand hat in dieser Zeit ein Recht dazu, mittelmässig zu sein." In der Welt des Islams hat man diese Verpflichtung heute offenbar weitgehender verstanden als in der christlichen, wenn auch in dieser die Ehe mit den Siegern von 1945 bereits derartige Früchte trägt, dass viele Gläubige sich aus den von den Kirchen aufgestellten politischen Bindungen zu lösen beginnen. So konnte Anfang Mai 1970 in Beirut eine Christliche Weltkonferenz unter dem Präsidium des Direktors der Pariser Zeitschrift "Sagesse chrétienne", George Montaron, unter Beteiligung von vierhundert führenden Christen aus 37 Ländern stattfinden, auf welcher die Solidarität der Christen mit den Palästinensern gefordert wurde: "Wir wünschen, dass die ganze christliche Welt ihre Solidarität mit den Christen in diesem Teil der Welt bei ihrer Unterstützung der gerechten palästinensischen Sache zum Ausdruck bringt."

Es wurde der folgende "Ruf aus Beirut" abschliessend veröffentlicht: "An die Christen auf der ganzen Welt: Die Weltkonferenz der Christen für Palästina mit 400 anglikanischen, katholischen, orthodoxen und protestantischen Pfarrern aus 37 Ländern und verstärkt durch die lebende Erfahrung und Teilnahme christlicher Araber, richtet an Euch die folgende brüderliche Botschaft:

"Wir stehen in Solidarität mit dem Volk Palästinas in seinem Kampf um das Recht zu freiem und unabhängigem Leben, und wir verdammen alle ausdrücklichen und versteckten Formen des Antisemitismus, so wie wir uns

mit gleicher Heftigkeit den vielen Manifestationen anti-arabischen Rassismus widersetzen.

"Indem wir bestätigen, dass die Heilige Schrift einen Messias zeigt, dessen Königreich nicht von dieser Welt ist, in welcher es verkündet wird, verwerfen wir die Manipulation biblischer Texte für politische Machtziele. Die zionistische Interpretation widerspricht dem Geist des Christentums und erscheint uns daher genau so unannehmbar für Christen, wie sie es für gläubige Juden angesichts der Prophezeiungen des Alten Testamentes ist. Es würde das nämlich in der Tat zur Legitimierung der ernsten Ungerechtigkeiten durch die Heiligen Schriften führen, jener Ungerechtigkeiten, die das Volk Palästinas und andere arabische Völker erleiden und gegen die das Gewissen der Menschheit protestieren muss. So ist der Zionistische Staat genauso wie jedes andere politisch-religiöse System, ob es auf einem lebenden Glauben ruht oder nicht, der Würde und Freiheit der Menschheit zuwider.

"Darum appellieren wir in Beirut versammelte Christen, sich zusammenzuschliessen in der Bildung einer menschlichen, säkularen und demokratischen Gesellschaft, in welcher alle Bekenntnisse Platz haben werden (to join in the construction of a human society, secular and democratic, in which all convictions may find a place).

"Wir sind der Meinung, dass die Evakuierung des besetzten Gebietes der erste unumgängliche Schritt in Richtung auf den Frieden ist. Und es scheint uns, dass ein anderer Schritt zum Frieden das Verschwinden aller Zionistischen Strukturen ist... "

Dieser Aufruf ist von ausserordentlicher Bedeutung. Denn, wenn wir uns das vorkommende Vokabular und die aufgestellten Ziele ansehen, so handelt es sich hier keineswegs um eine christliche Angelegenheit, sondern ganz im Gegenteil um eine politische. Und zwar um eine solche der – Freimaurerei! Wir wollen das im einzelnen erläutern: Es heisst in den Entschliessungen der Versammlung: "Die Regierung Israels steht auf einer politischen Ideologie religiöser Natur, die rassistisch, diskriminierend und expansionistisch ist und die die eingeborene Bevölkerung einem strengen System der Apartheid unterwirft, wie ihre ganze Gesetzgebung es ausspricht." Man wendet sich also, fassen wir zusammen, gegen Rassismus, gegen die Verbindung von Religion und Politik innerhalb eines Volkes (wir wollen abseits lassen, dass man das Wort Apartheid hier im Sinne einer Diskriminierung auffasst, was in Südafrika nicht der Fall ist), man fordert eine Weltregierung, die frei ist von kirchlichem Einfluss ("secular" im Lexikon: weltlich, diesseitig, profan, nicht-kirchlich, nicht-religiös, frei von kirchlichem Einfluss, freidenkerisch, freigeistig!), und demokratisch aufgebaut ist. Alles das ist genau das Ziel der Weltfreimaurerei seit 200 Jahren. Hier aber, UND DAS IST DAS NEUE UND VON UNS FRUEHER SCHON VORAUSGESAGTE, wendet sich dieses Konzept gegen den grossen Verbündeten der letzten Jahrzehnte, gegen den Zionismus. Naturnotwendig musste dies geschehen. Denn ideologisch stehen sich Freimaurerei und Zionismus gegenüber wie Feuer und Wasser. Die Verwendung gerade des UNESCO-Gebäudes in Beirut für diese Tagung, ja, die Einberufung und Finanzierung beweisen weiterhin den freimaurerischen Zusammenhang. Und an wen sendet man den "Ruf aus Beirut"? An Papst Paul, den Erzbischof von Canterbury, den Orthodoxen Primaten Athenagoras, dann aber an: den Weltkirchenrat in Genf und an U Thant, den UN-Generalsekretär, also an Institutionen der Freimaurerei. Und zentral heisst es in der Entschliessung: Das Vorgehen Israels ist "a threat to world peace", eine Bedrohung des Weltfriedens. Dieser aber ist das in Barranquilla erklärte Ziel der Weltfreimaurerei. So also, wie vor dreissig Jahren das herausgeforderte Vorgehen des nationalsozia-

listischen Deutschlands in Europa als Vorwand genommen wurde zum Kampf gegen alles Völkische auf der Welt, so soll diesmal das verbrecherische Vorgehen der Zionisten gegen die Araber und die Empörung der Völker gegen diese Clique, die zu ihren Zwecken zwei Weltkriege bereits auslöste, verwandt werden, um dem Ziel des völkerlosen und glaubenslosen Weltstaates wieder einen Schritt näher zu kommen. Mit Hilfe jenes kampflustigen Verbündeten hatte man Europa auf die Kniee zwingen können. Jetzt soll im letzten Akt dieser Verbündete selbst ausgebootet werden. Die Freimaurerei hat angesetzt zu einem der schwersten Kämpfe auf dem Wege zu Utopia. Geschickt schiebt sie die christliche Religion vor, benutzt diese unter der vorgegebenen Absicht einer Trennung von Staat und Kirche also in bewusster Vermischung von Politik und Glauben, und das gerade noch im letzten Augenblick, da dank ihrer eigenen Zersetzungsarbeit innerhalb der christlichen Kirchen überhaupt noch genügend Christen verfügbar sind.

Wir sind nicht die Ersten, die diese neue Wendung erkannten. Als Pompidou in New York von Zionisten angepöbelt wurde, sprach er vor den Toren der UN "von einem Staat, der meint, entgegen der ganzen übrigen Weltentwicklung bestehen zu können". Er wusste, dass er sich diesen Ton erlauben kann. Meine Herren, Israel ist für vogelfrei erklärt worden! Die "Deutsche National-Zeitung" wird ganz bestimmt niemals mehr verboten werden, wenn sie vom "Verbrecherstaat Israel" spricht.

*

JORDANIEN

Jordanien wurde durch die vorläufigen Ergebnisse des "Sechs-Tage-Krieges" am schwersten getroffen. Die fruchtbarsten Gebiete des Landes, die am dichtesten bevölkerten, wurden von einem grausamen Feind nicht nur besetzt, sondern in einer Weise drangsaliert, wie wir es von den Kriegszügen der Hunnen und Tartaren her aus der Geschichte kennen. Ganze Dörfer wurden in die Luft gesprengt, die angestammte Bevölkerung verjagt und jüdische Eindringlinge angesiedelt. Angehörige des Siegervolkes in höchsten Positionen der Grossmächte verhinderten nicht nur ein Einschreiten, sondern erwirkten sogar deren Unterstützung zu dem oft genug viehischen Vorgehen. Alles in allem ein Vorgang, wie er nur unter dem Zeichen der politisch gepachteten "Menschlichkeit" im XX. Jahrhundert möglich wurde.

König Hussein, ursprünglich bekannt für seine konziliante Haltung, verwandelte sich unter diesen schweren Schlägen eines verbrecherischen Nachbarn, zu einem harten und unversöhnlichen Gegner. Doch die Judenheit der ganzen Welt hat nur ein höhnisches Gelächter übrig für diesen Bettler, dem von den Kriegsindustrien in der Welt die notwendigen Mittel verweigert werden, sich sein Recht zu holen. Denn nicht, was 200 Millionen Mohammedaner in der Welt als heilig bezeichnen, gilt in ihr, sondern das, was 60 Millionen Juden sich einbilden. Gleichheit, Freiheit, Brüderlichkeit in die Praxis umgesetzt. Und die christliche Nächstenliebe vieler Kirchen besteht darin, den Vertriebe-

NATIONALSOZIALISTISCHE PARTEI
DEUTSCHLANDS !
PARTIDO NATIONAL SOZIALISTA
ALLEMANIA !
DAS PRAESIDIUM DER N.S.D.A.P.

Aktz: 3345/70.

OBER KOMMANDO im
Generalstab - Sued

Genf / Schweiz
Postfach / Telex

Den 5.3.70.

NATIONALSOZIALISTISCHE - PARTEI - DEUTSCHLANDS !

Reichssicherheitsamt
Abt: Erfassung U. Presse

Deutsches **Informationszentrum**

Zentrale: Übersee
Abrilausgabe/Nr.eins

Lieber Leser!
Die Parteileitung wird Sie monatlich über die Neuesten Meldungen informieren !
Heute lesen Sie unter anderem ::::::

Belege auslaendischer Agententaetigkeit in Suedamerika.
Kopf der Briefe, die der im Besitz westdeutscher und israelischer Ausweise befindliche Provokateur Herbert Bittner alias Bittner von Falkenstein alias Helmberger versendet.

nen den Frieden auf diesen Leichen anzuempfehlen, die Verjährungsfrist für die israelischen Verbrechen mit allerhöchstens einem Jahr festzusetzen. Zum letzten, für die "Demokratie" so besonders typischen Mittel greifen dann amerikanische Agenten, indem sie im Juni 1970 einen Bürgerkrieg in Amman zwischen Regierung und palästinensischer Befreiungsfront zu schaffen suchen, wie "Moslem World" die Vorgänge zu erklären versucht.(*155a)

Durch die Schliessung des Suez-Kanals ist das Wirtschaftsleben Jordaniens ebenfalls als Ganzes auf das schwerste getroffen worden, denn als Handelspartner liegen jetzt die Länder im Osten näher als das traditionell angesprochene Europa. China kauft seine Datteln im Irak und seine Düngemittel in Kuweit, und die Karten mit dem endgültig festgelegten Grenzverlauf zwischen Akaba und dem Djebel et-Tubelq, zwischen Jordanien und Sa'ud Arabien werden in Tokio hergestellt. Unter der Führung prozionistischer Politiker hat sich Europa selbst diese Mauer quer durch den Nahen Osten gebaut.(*156) So sind wir vielleicht bald schon wieder so weit, dass die Gesandten Europas im Nahen Osten mit Auserlesenheiten beschenkt werden, die dieser seinerseits aus dem Fernen erhielt, so wie ein Jean de Villages im Auftrage des Königs von Frankreich und von Jacques Coeur, dem Beherrscher des ägyptischen Sudan, 1447 prunkvolle Waffen überreicht und dafür ausser einem Leopardenfell chinesische Porzellanschalen und mehrere grosse Porzellanplatten aus China für seinen König in Empfang nimmt.(*157) Wenn an Stelle der traditionellen Briten und Amerikaner jetzt die japanische Middle East Oil Company Erdölkonzessionen in Abu Dhabi am Persischen Golf erwirbt, so zeigt das, welche Wendung die Dinge genommen haben, seitdem man Hitler besiegte.

Hatte man den oben erwähnten ersten Ausbruch von Feindseligkeiten zwischen König Hussein und denjenigen, die ihr Vaterland Palästina wieder befreien wollten, noch als das Werk amerikanischer Agenten hinstellen können, so zeigte sich dann im September 1970, dass hier viel tiefere Differenzen vorlagen. Nachdem König Hussein den Rogersplan angenommen, und so also klar wurde, dass die Herren unserer Welt den Verbrecherstaat Israel auf Kosten der legitimen Bewohner Palästinas in alle Ewigkeit garantieren wollten, da versuchten die verzweifelten Palästinenser in einem letzten Opfergang ihre Heimat zu retten. Als die Brüder in Damaskus zur Hilfe eilten, trat auch Moskau auf den Plan, um das Schicksal dieser Armen zu besiegeln. Von "sinnloser (!) Gewalttätigkeit" sprach man, von "verabscheuungswürdigem Terrorismus". Denn:

Ein neuer Begriff wurde mit dem Wort "Terrorismus" in unsere politische Welt eingeführt. Man versteht darunter den Kampf der politisch Rechtlosen. Das heisst, man spricht ihnen das Recht ab, sich in der einzig noch möglichen Form zur Wehr zu setzen und stellt sie ausserhalb der Gesetze. Diejenigen, die sich zur Wehr setzen gegen das Monopol der Meinungsbildung, der Erziehung, der Bereicherung, der Geldproduktion, der Besitzverteilung, werden kurzerhand zu Verbrechern gestempelt und verfemt. Wenn Unschuldige in Vietnam krepieren – oder früher schon etwa bei den Vertreibungen der Deutschen – dann kräht kein Hahn danach und die Ausführenden sind "Soldaten Christi". Wenn aber einer aus der Reihe der herrschenden Verbrecher herausgeschossen wird, dann spricht man von "Violencia" und "Terrorismus". Ganz offen gibt man dabei zu, dass dieser Kampf gegen die Uebermacht der Besitzgierigen die Folge der derzeitigen weltweiten Umwandlungen ist (Präsident Levingston/Argentinien, 26.9.70: "Ein Prozess der Wandlung hat in der Welt eingesetzt und hat unter anderem Rebellionen und manchmal Violencia provoziert."). Das heilige Recht auf Erhaltung der traditionellen Formen und Werte darf nicht mit der blanken Waffe verteidigt werden.

*155a – Wir erleben ja ganz die gleichen Methoden immer wieder auch hier, in Südamerika. Wir weisen nur auf jene weibliche Leiche hin, die man in einer Felsspalte bei Bariloche fand und bei der die argentinische Gendarmería Nacional sowohl westdeutsche wie israelische Agentenausweise fand. Und wir erinnern an den Agenten Herbert Bittner alias Bittner von Falkenstein alias Helmberger, der im Besitz eines israelischen Passes, eines israelischen Gewerkschaftsausweises und eines echten (!) Ausweises des Bundessicherheitsamts mit der Unterschrift "Gehlen" ist (und mit dem er auf dem Bahnhof von Bariloche seine Fahrkarte löste). Dessen provokatorische Tätigkeit in der Versendung von Flugblättern besteht, wie wir sie hier in Photokopie wiedergeben.

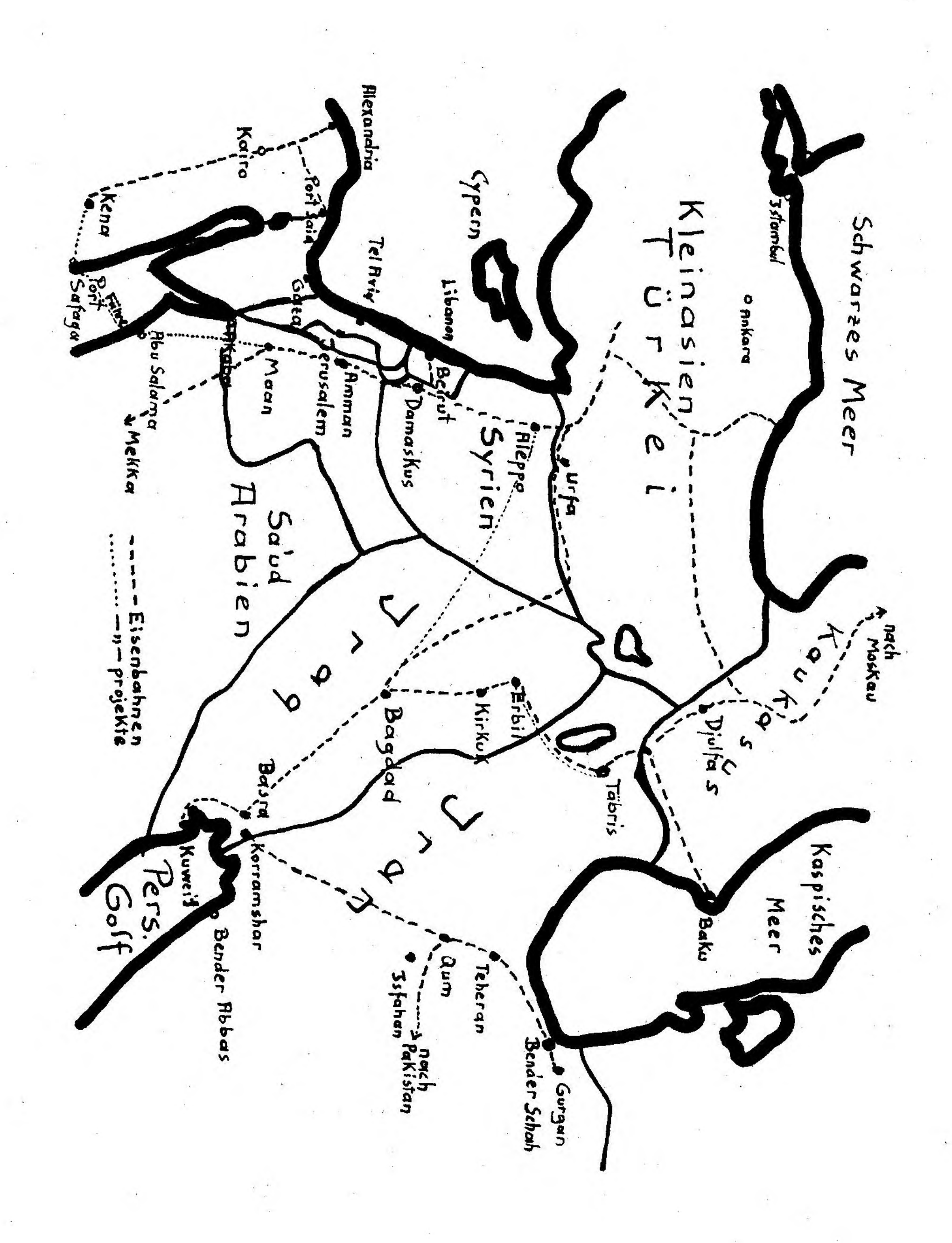
*156 – Und die Europäer, so stolz auf ihre grosse Bildung, auf ihre technischen Errungenschaften, wollen nicht wahr haben, dass sie, die ersten Opfer eines weltweiten Verbrechens, selbst teilhaben an dessen Fortsetzung. Sie sprechen von ihrer Aufgeklärtheit, die sie über alle "antisemitischen obskuren Kräfte" stellt, und erinnern sich nicht der Worte des grossen Königsbergers: "Aufklärung ist der Ausgang des Menschen aus seiner selbstverschuldeten Unmündigkeit. Unmündigkeit ist das Unvermögen, sich seines Verstandes ohne Leitung eines anderen zu bedienen. Selbstverschuldet ist diese Unmündigkeit, wenn die Ursache derselben nicht am Mangel des Verstandes, sondern der Entschliessung und des Mutes liegt, sich seiner ohne Leitung eines anderen zu bedienen. Sapere aude! Habe Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen! ist also der Wahlspruch der Aufklärung. Faulheit und Feigheit sind die Ursachen, warum ein so grosser Teil der Menschen, nachdem sie die Natur längst von fremder Leitung freigesprochen, dennoch gern zeitlebens unmündig bleibt; und warum es anderen so leicht wird, sich zu deren Vormündern aufzuwerfen. Es ist so bequem, unmündig zu sein." (Immanuel Kant) So gesellten sich Faulheit und Feigheit noch der Ueberheblichkeit zu, dem gotteslästerlichen, aber nie ernst auf die Probe gestellten "Uns kann keiner!" Das jetzt offiziell hingenommene Schicksal Königsbergs unter den Stiefeln der letzten Söhne der Aufklärung ist die geschichtlich eingetragene Firmenmarke solcher Degenerierung.

*157 – René Bouvier, "Jacques Coeur", S. 104. Vgl. auch die Anmerkung im Kapitel "Ghana".

*

IRAK

Wenn zweifelhaft ist, ob dort einst das Paradies lag, so ist jedenfalls nicht zweifelhaft, dass dort heute die Hölle herrscht. Im Mai 1969 wurde ein "Gesetz der Pflichten" erlassen. Danach ist j e d e r Bewohner des Landes verpflichtet, j e d e Aufgabe, die ihm in gemeinsamem Interesse angetragen



Politisch bedingte Loesungen der gewuenschten Integrotion im Vorderen Orient.

wird, zu erfüllen, Für die Weigerung, einen solchen Auftrag durchzuführen, sind Strafen vorgesehen. Ein Staatsbeamter verliert bis zu drei Jahren sein Gehalt. Ein Ausländer kann ins Gefängnis geworfen oder mit einer Geldstrafe bis zu 10 000 Dinar belegt werden. Justizminister ist dabei Ende 1969 das ZK-Mitglied des Moskauflügels der KP, Asis Scharif. Anfang 1970 begannen reihenweise die Exekutionen. Grund: Spionage zugunsten Israels oder zugunsten des Iran oder zugunsten... Hauptsache, er wurde gehängt. Die diplomatischen Beziehungen zum Iran wurden abgebrochen, das Botschaftspersonal des Landes verwiesen. Nachdem der 44. am Galgen endete, erklärte der irakische Verteidigungsminister General Hardan Takriti bei einem Besuch in Beirut: "Die Regierung in Bagdad arbeitet für die Freiheit des irakischen Volkes, was die vorherigen Regierungen eben nicht getan haben." Doktrinäre Engstirnigkeit vereint sich mit Machthunger und führt zu einem Schreckensregiment des Innenministers. Zu Tode Gefolterte sind nicht selten. Ehemalige führende Politiker werden erschossen aufgefunden.

So hat der führende schiitische Geistliche im Süden des Landes, Sayid Muhsin al-Hakim zum Ijtihad aufgerufen, das heisst zum politischen Widerstand aus religiösen Gründen. Dabei steht der Süden mit seiner Jugend sehr stark im kommunistischen Lager und betrachtet den sunnitischen Teil der Bevölkerung als radikal arabisch-nationalistisch. Die Regierung in Bagdad ist von Sunniten besetzt und die mit Persien eingetretenen Differenzen veranlassten bereits seit Beginn 1969 Tausende von Schiiten, den Irak zu verlassen. Das Oberhaupt der Schia, der Mujtahid von Nejef, wird seit Mitte 1969 in Hausarrest festgehalten, andere Priester misshandelt und ins Gefängnis geworfen. Die Unruhen reissen darum nicht ab und die Bahnlinie nach Basra wurde gesprengt. Der Sohn des Mujtahid wurde im Kerker zu Tode gefoltert. "Der Henker als Ersatz für fehlende Erfolge" kennzeichnet die "NZZ" die Lage.

Zu diesem internen Machtkampf der Baathisten kommt eine völlig gedankenlose Minderheitenpolitik. Die Regierung in Bagdad meinte, mit "progressistischen" Elementen die Position Barzanis bei seinen Stammesgenossen untergraben zu können, doch war eine regelrechte kurdische Offensive die Antwort. Die sieben irakesischen Garnisonen in Kurdistan wurden eingeschlossen und Mitte 1969 der Vormarsch in das Euphrattal angetreten. Die Regierung in Bagdad kam im Oktober entgegen mit der Schaffung einer weitgehenden autonomen Region Duhuk, die hauptsächlich von Kurden bevölkert ist. Als die übrigen Schwierigkeiten in Bagdad jedoch grösser wurden, hielt man Barzani die Hand zur Versöhnung hin. Dessen Hauptbedingung, nämlich die Waffen zu behalten, wurde sofort angenommen. Man betonte in Bagdad: "Es handelt sich nicht nur um einen Waffenstillstand sondern um den endgültigen Frieden zwischen Arabern und Kurden." Die drei vorhergehenden Abkommen blieben papierne Versprechungen. Jetzt wurde allerdings sogar ein Kurde Vizepräsident des Landes und der Anteil der Kurden im Offizierskorps garantiert.

Bei diesen herrlichen Verhältnissen blieben die 2 500 Juden im Irak nicht gerade stille Zuschauer. Im Juli 1968 hatte man sie Sondergesetzen unterworfen. Ihnen wurde jegliche Handelstätigkeit untersagt und sie mussten eine besondere gelbe Identitätskarte jederzeit bei sich führen, während ihre Pässe annulliert wurden. Im Mai 1969 hob man diese Gesetze wieder auf, um aber nur schon bald darauf in den erwähnten "Spionage"prozessen Juden hinzurichten. In New York kam es zu bedeutenden jüdischen Demonstrationen vor dem Gebäude der Vereinten Nationen. Omnibusse brachten Teilnehmer von 55 Synagogen heran und der israelische Generalkonsul Rechawam Amir "appellierte an das Weltgewissen, weitere Morde zu verhindern und die überlebenden Juden im Irak zu retten". Der Präsident des Schweizerischen Israelitischen

Gemeindebundes – um nur eine der vielen sich dazu gesellenden Stimmen zu nennen – machte die Schweizer Regierung auf die Vorgänge aufmerksam und fügte hinzu, dass "der Grossteil der männlichen jüdischen Bevölkerung des Irak seit kurzem verhaftet ist".

Wen es danach noch interessiert, der mag erfahren, dass eine neue Bahnlinie den Irak mit der syrischen Stadt Deir es-Sur verbinden wird und so die Bahnverbindung zum Mittelmeer herstellt. Es gibt nämlich Kreise, die bei solchen Meldungen von "Fortschritt" sprechen.

*

SA'UD ARABIEN

ist ebensowenig frei von Machtübernahme-Versuchen liberaler Kreise, wie es andere konservative Länder sind. Der Sieg der Hölle soll doch ein totaler sein und da darf man sich nicht nur auf Revolten in Portugal und Griechenland beschränken, da muss die Welt des Islams doch ebenso zerstört werden wie man es mit so viel Erfolg in der christlichen schon zu schaffen meint. Im September 1969 konnte so mit Stolz die linkssozialistische Zeitung "Al Huriya" in Beirut von einem Umsturzversuch berichten. Der Führer der Gruppe, die auch hier mit ideologischen Phrasen ihre persönlichen Ambitionen zu verbergen trachtete, war Ahmed Tawil. Der Kommandant des Luftwaffenstützpunktes Dharan, der Stellvertretende Leiter der Polizeiakademie, der Chef der Operationsabteilung im Verteidigungsministerium sowie zwei Generale im Ruhestand gehörten zu den Verschwörern.

Nach Fertigstellung des Strassennetzes geht König Faisal nunmehr an die landwirtschaftliche Erschliessung von neun Gebieten. Es werden 250 000 Hektar in 5 bis 10 Hektar grossen Teilen an Bauern vergeben.

Besondere Beachtung aber schenkte man den zunehmenden Pilgerfahrten zu den Heiligen Stätten Mekka und Medina. Mit mehr als einer Million Hajis im Jahre 1389 nach der Hedschra, das heisst im christlichen Jahr 1969, davon 435 000 aus dem Auslande, zeigte der Islam seine Kraft als eine die Rassen und Kontinente überdeckende, einigende Gegenkraft zu den materialistischen Strömungen unserer Zeit. Geben wir im folgenden eine Uebersicht über die Herkunft der Pilger in diesem Jahr, so fällt insbesondere auf, dass weder Burma, noch Russland und China darin vertreten sind. Im ersteren Falle mögen weniger politische als vor allem wirtschaftliche Gründe dafür verantwortlich zu machen sein. In den beiden anderen Fällen aber wird so wieder einmal eindeutig die religionsfeindliche Haltung der kommunistischen Welt belegt. Beachtlich ist der hohe Anteil Südafrikas, eine Folge der dortigen völlig ungehinderten Religionsausübung, die deutlich abstícht von den Massnahmen der schwarzafrikanischen Regierungen von Tansania bis Dahomey gegenüber ihren mohammedanischen Untertanen.

HAJIS 1389 n. H.

Arabische Länder

Jordanien	1.389
Algerien	6.376
Sudan	8.537
Irak	20.495
Kuweit	24.902
Marokko	6.935
Jemen	10.943
Tunesien	54.608
Syrien	2.016
Palästina	2.383
Libanon	496
Libyen	4.570
Aegypten	13.547
Südarabische Golf-Staaten	10.310
Abu Dhabi	672
Ummul Qawin	2
As-Sharika	42
Bahrein	1.940
Fujaira	10
Dubai	207
Ras Alkheema	37
Ajman	32
Oman	1.826

Asien

Malaysia	8.353
Afghanistan	9.125
National-China	8
Philippinen	1.765
Indien	16.057
Indonesien	10.610
Iran	15.132
Pakistan	28.535
Ceylon	472
Singapur	391
Kambodscha	80
Türkei	56.777
Thailand	4.263
Nepal	94
Südvietnam	1
Andere Asiatische Länder	428

Afrika

Aethiopien	2.349
Niger	2.810
Senegal	2.097
Somalia	1.457
Kongo	7
Kamerun	1.244
Tansania	309
Togo	94
Tschad	4.271
Zentralafrikanische Republik	262
Sambia	379
Dahomey	356
Sierra Leone	284
Elfenbeinküste	683
Ghana	518
Guinea	786
Obervolta	630
Kenia	333
Liberia	126
Mali	998
Mauretanien	316
Madagaskar	20
Mauritius	59
Nigeria	24.185
Uganda	408
Südafrika	1.426
Uebriges Afrika	137

Westliche Welt

Portugal	51
Grossbritannien	696
Frankreich	341
Griechenland	147
Jugoslawien	1.517
Uebriges Europa	38
Amerika	52
Uebrige Welt	970

*

DER JEMEN

Als 1962 der Bürgerkrieg zwischen Monarchisten und Republikanern ausbrach, da standen hinter den beiden Parteien König Faisal auf der einen und Nasser auf der anderen Seite. Nach fünfjährigem Kampf mussten sich die Aegypter unverrichteter Dinge zurückziehen, doch kam es dann zu Differenzen innerhalb der Partei des Imams auf der Seite der Sieger. Prinz Mohammed Ibn al-Hussein, der den Imam al Badr als Präsident des Imamrates, Ministerpräsident des Jemen und oberster Kriegsherr 1966 in der Führung des Landes abgelöst hatte, legte angesichts seiner Misserfolge gegenüber den Republikanern (die die Hauptstadt Ssana im Februar 1968 endgültig einnehmen konnten; vgl. R 168) Anfang Januar 1969 sein Amt nieder und stellte sich dieser republikanischen Sache zur Verfügung. Dieser Rücktritt gibt den Weg frei zur Bildung eines "konstitutionellen Imamats", wobei also der neue Imam gewählt werden kann, unter Ausschluss der bisher herrschenden Imamsfamilie Hamid ad-Din aus einer der übrigen Scherifenfamilien; einzige Bedingung ist, dass der Imam die notwendige religiöse Gelehrsamkeit und moralische Haltung besitzt und keine körperlichen Gebrechen aufweist. Auf jeden Fall ist durch diesen Rücktritt Prinz Mohammeds der innere Ausgleich im Jemen praktisch geschaffen worden, auch wenn es hinterher im Laufe des Jahres 1969 noch zu Geplänkeln mit royalistischen Restbeständen in den an Sa'ud Arabien grenzenden Teilen des Landes kam. König Faisal selbst entzog ihnen seine weitere Unterstützung. Zu einem dauerhaften Burgfrieden kam es dann auf Grund von Verhandlungen, die auf der Islamkonferenz in Djiddah im März 1970 glücklich eingeleitet werden konnten. Im Mai 1970 wurden Royalisten in die Regierung aufgenommen (insbesondere Ahmed al-Schami als Aussenminister) und so die Versöhnung beendet. Die Anerkennung durch Sa'ud Arabien steht damit ebenfalls bevor.

Doch mit dieser Konsolidierung traten sofort neue Probleme auf. Zunächst einmal musste man die Mittel aufbringen, um den neuen Staat technisch zu entwickeln. Hilfe wurde von den Sowjets und Rotchina angeboten. Erstere bauten nicht nur, wie bereits früher mitgeteilt, den Hafen Hodeida aus, sondern verbanden ihn auch durch eine 248 Kilometer lange Autobahn mit Taiz, der zweitwichtigsten Stadt des Jemen. Diese Hilfe aber war Gegenstand ernster Sorge der islamischen Führung im Nahen Osten, denn einher ging mit der Gegenwart jener Techniker eine Infiltration kommunistischer Ideen in dieses, bis dahin im wesentlichen konservativ-religiöse Gebiet.(*158) Die Regierung selbst nahm 1968 und 1969 eine Säuberung von Linkselementen vor (*159), und darf als beherrscht von antikommunistischen Personen betrachtet werden. Die Parade aus Anlass der 7-Jahresfeier des Jemen am 11. Oktober 1969 führte Sowjetpanzer und Mig-Flugzeuge vor, endete aber mit der amtlichen Verlautbarung: "Arabische Armeen und nicht das Anklopfen an der Tür des Sicherheitsrats (*160) sind der richtige Weg, um Israel zu bekämpfen." Ueberdeckt aber wurden diese Komplexe dann von einer Hungersnot, der nicht nur die Linksideologen, sondern vor allem auch die benachbarte Welt des Islams mit Hilfssendungen zu steuern sich bemühten.

Ernstlicher rührt an den Bestand des Staates die Forderung nach Bildung eines "Grossjemen" durch Vereinigung von Jemen und Südjemen. Wir werden zusammenfassend auf dieses Thema im folgenden Kapitel einzugehen haben.

*158 – Feststellung des "Motamar Council", Djiddah, Oktober 1969.

*159 – Eine wesentliche Verschiebung fand innerhalb des Heeres dadurch statt, dass Generalleutnant Qasem ben Monasser nach der von ihm geleiteten vergeblichen Belagerung von Ssana (1967) zu den Republikanern mit seinen Verbänden übertrat, und dass General Hasan Al-Amiri am 8.7.69 als Premierminister zurücktrat.

*160 – Es ist das eine Anspielung darauf, dass Syrien im Oktober 1969 in den Sicherheitsrat der UN gewählt worden war. Israel nahm diesen Vorgang allerdings sehr ernst. Golda Meir erklärte, "sie hoffe, dass nunmehr nach der Wahl Syriens in den Sicherheitsrat niemand in Israel mehr sich auf die UN verlassen werde. Israel werde nicht mehr der Stationierung von UN-Truppen an seinen Grenzen noch der Einrichtung entmilitarisierter Zonen zustimmen". Israel nahm also den Vorgang zum Anlass, sich freie Hand für militärische Operationen an allen seinen Grenzen zu nehmen. Ein weiteres Beispiel dafür, dass das System der "Demokratie" nur so weit reicht, wie diejenigen, die darauf hineinfallen, es befolgen. Diese Haltung eines Staates gegenüber einer Einrichtung, die von seinen Adepten selbst geschaffen und ihn dann überhaupt erst gründen half, zeigt, auf wie festem Grund man steht, wenn man sich die Welt der Sieger von 1945 etwas näher ansieht.

*

SUEDJEMEN

Die VOLKSREPUBLIK SUEDJEMEN (Unabhängigkeitserklärung am 30.11.67) überwand zunächst die Gefahr eines revolutionären Linkskurses mit der Einsetzung des gemässigteren Qahtan asch-Schaabi als Präsidenten. Es ist diesem jedoch nicht gelungen, sich auf dem schmalen Grat zwischen konservativen Armeeoffizieren und Maoisten zu halten. Am 22. Juni 1969 trat er zugunsten eines fünfköpfigen Präsidentschaftsrates zurück, in welchem die linksextremen Ideologen die Führung haben. Ihr Programm umfasst die Nationalisierung der Banken, der Industrie und des Grosshandels sowie eine radikale Landreform mit maximaler Grundfläche von 20 000 Quadratmetern zugunsten von Personen, die diese selbst bebauen, Volksmilizen und Volksversammlungen nach dem Vorbild der Sowjets. Während sich höhere Armeeoffiziere nach Ssana flüchteten, in Taez, ebenfalls im benachbarten Jemen, sich die Reste der einstigen revolutionären, nasserfreundlichen Konkurrenzpartei der FLOSY konzentrierten, sich der Stamm der Aulaqui in Opposition stellt, dem Heer gleichzeitig durch Sozialisierungsexperimente die letzten Staatseinnahmen gefährdet werden, bleiben ohne deutlichere Hilfe von Seiten der Sowjets kaum genug Kräfte übrig um sich der im Nordwesten drohenden Gegenrevolutionäre zu erwehren. Ein Ventil aus dieser Lage fand sich jedoch sehr schnell, wenn wir erfahren, dass südjemenitische Truppen am 26. Novem-

ber 1969 die sa'udarabische Oase Al-Wadieh, 20 Meilen ausserhalb der Grenzen angriffen.

Damit ist unter Ausnutzung der Lage ein Faktor in die islamische Welt getragen worden, der diese in ihren grösseren gemeinsamen Aufgaben wesentlich schwächen muss. Schon bisher hatte sich der Südjemen durch seine revolutionären Ideen aus der Gemeinschaft der mohammedanischen Welt selbst ausgeklammert. Weder mit den konservativen, hier durch den bösen Nachbarn König Faisal, verkörpert, noch mit auch nur einer der verschiedenen revolutionären Richtungen, seien sie nasseristisch, Baath oder Haraka benannt, bestehen enge Beziehungen. Einer wirft dem anderen Verrat an der Sache der Revolution und der sozialen Gerechtigkeit vor.(*161) Der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu den USA im Oktober 1969 unterstreicht nur, wie sehr dieses Land in einseitige aussenpolitische Abhängigkeit geraten ist. Ganz im Interesse der Weltregierung liegt ja eine Schwächung der antiisraelischen Front. Und es kommt ihr nur zugute, wenn Er Riad nach Osten anstatt nach Westen schiessen muss. So ist nicht schwer zu erraten, auf wessen Einflüsterungen hin der Ueberfall auf die sa'udarabische Oase erfolgte.(*162)

Selbst im benachbarten Ssana hat dieser Bubenstreich gewirkt, denn der Jemen unterstützte sofort die südjemenitische Forderung auf Al-Wadieh. Damit scheinen die Differenzen zwischen den beiden Staaten einstweilen überdeckt. Die im April 1969 deutlich konservativ-religiös ausgerichtete Regierung des Jemen unter Al-Amri steht damit in einer Front mit dem revolutionären Präsidentschaftsrat in Aden. Doch darf man nicht vergessen, dass die Beratende Versammlung in Ssana zwölf Sitze freihält für die Vertreter Südjemens, weil sie die Vereinigung der beiden Gebiete in einem einzigen Grossjemen als nationale Pflicht betrachtet. Schon die Bezeichnung des jüngeren Staates als "Südjemen" deutet auf diese Absichten der Vereinigung hin, die ursprünglich der Befreiung von den Engländern eigentlich hätte folgen sollen. Südjemen ist für die Jemeniten also erneut ein zu befreiendes Gebiet geworden. Alle auf ihrem Boden sich niederlassenden politischen Flüchtlinge aus Aden hoffen, von hier aus ihren so verschiedenen Fahnen zum Siege verhelfen zu können.(*163)

---

*161 - "Muslim World", Karatschi, schreibt am 6.12.69: "Es ist in der Tat tragisch, dass am Vorabend eines historischen Arabischen Gipfeltreffens zwei Moslem-Staaten sich mit den Waffen in der Hand gegenüberstehen, und das zu allem auch noch gerade im heiligen Monat Ramadan."

*162 - Der Zwischenfall wurde auf Druck der arabischen Welt dann mit erneuter Besetzung der Oase durch sa'udarabische Einheiten beigelegt.

*163 - Auch von Deutschland ist in diesem Weltwinkel die Rede, nur nicht gerade in sehr rühmlicher Form. Westdeutschland hatte dem frischgeborenen Südjemen seine Hilfe angeboten, doch wurde der Vertrag dadurch verzögert,

dass man in Aden sich sträubte, die in diesem Vertrag befindliche Berlinklausel zu unterschreiben. Die DDR ihrerseits tritt auf den Plan mit Propagandafilmen über Vietnam, die im Adener Fernsehen gezeigt werden. Man fragt sich weder in Bonn noch in Pankow, wessen Kastanien man mit solchen Vorgängen eigentlich aus dem Feuer holt.

*

MUSKAT UND OMAN

Nach der kriegerischen Beseitigung aller kleinen britischen Protektorate nördlich von Aden lebt dieser Staat an der Nordostecke Arabiens in dauernder Sorge um seinen derzeitigen Bestand. Doch züngeln Flammen nicht nur im Süden, auch von Nordwesten her droht die Subversion des Bestehenden. Staatsbürger dieses Emirats, liess sich Talaal Saad zunächst einmal für seine Aufgabe in Peking und Moskau schulen und führt jetzt von den Emiraten am Persischen Golf aus die "Befreiungsfront von Dhufar" an, die sich Anhänger in den untersten Schichten der Städte am Golf zu verschaffen sucht. Dieses sind volksmässig zumeist Ausländer von der gegenüberliegenden Seite des Meeresarms, Belutschistanis. Waffen werden vom Jemen und Südjemen bereitwillig auf Kosten der Sowjetunion geliefert. Auf die Ebene der hohen Politik ist man durch Anschluss an die OLAS in Habana ebenfalls längst gesprungen, obwohl man kaum mit mehr als hundert Anhängern zählen kann. Doch, man weiss, dass die Zahl in der Demokratie nur Ergebnis entsprechender Manipulationen ist, und dass - einmal in den Sattel gehoben - eine jede Zahl mit entsprechenden Mitteln erreicht werden kann. In Muskat und Oman aber müssen bereits Truppen in Alarm versetzt werden, weil die Ermordung von Beamten des Sultans als erste Erfolgsmeldungen dieser Gruppe Dhufar nicht mehr ruhig schlafen lassen.

Kompliziert wird diese Lage durch die glückliche Nachricht von bedeutenden Oelfunden im südlichen Teil des Sultanats, nahe der Grenze zum Südjemen (El Huweisa und Jebal). Denn die Sprache unserer Zeit ist zugleich die der Technologen wie der Ideologen. So steht auch hier noch aus, wer das letzte Wort sprechen wird. Einstweilen übernimmt erst einmal der in Oxford erzogene Sohn des Sultans, Qabus bin Said, (August 1970) mit Hilfe des von britischen Offizieren geführten Heeres die Macht und verspricht, dass die Einnahmen aus dem Erdölexport (11,8 Millionen Tonnen bereits 1968) nicht wie bisher nur in die Modernisierung von Heer und Luftwaffe gesteckt sondern auch "fürs Volk" verwandt werden sollen.

*

DIE GOLF-EMIRATE BAHREIN

In Hinblick auf den Abzug der Engländer 1971 aus ihren bisherigen Protektoraten an der Piratenküste und der des südlichen Persischen Golfes fanden im Oktober 1969 Verhandlungen der betroffenen neun Herrscher in Abu Dhabi statt. Man schlug die Schaffung einer Föderation vor, deren Hauptstadt an der Grenze des reichsten Mitgliedes, Abu Dhabi, zu dem geschäftstüchtigsten, Dubai, zu liegen kommen soll. Die Regierungsgewalt aber soll nach diesem Projekt in zweijährlicher Abwechslung einer der neun Scheiche inne haben. Man kann sich leicht vorstellen, dass eine derartige Bundesregierung handlungsunfähig sein würde.

Etwas weiter kam man schon auf dem Gebiet der Wirtschaft. Die Gründung einer gemeinsamen Handelskammer wurde beschlossen. Ihren Sitz soll sie in Bahrein haben, obwohl gerade das Schicksal dieses Inselreiches noch gar nicht einmal feststeht. Bevor die Engländer vor 150 Jahren von diesem strategisch wichtigen Erdenfleck Besitz ergriffen, gehörte es nämlich zu Persien. Und heute disputieren so der Iran und Sa'ud-Arabien die zukünftigen Hoheitsrechte. Beide Parteien bemühen sich dabei, die Angelegenheit ohne Waffenlärm zu bereinigen, denn beide sehen klar genug, dass heute grössere Probleme einer Lösung harren, die durch Differenzen im Arabischen, oder wie wir gewohnt sind zu sagen, im Persischen Meerbusen nur noch ernster werden würden. Im März 1970 erscheint überdies pünktlich auch ein UN-Beauftragter, um ungefragt im Auftrage von Herrn U Thant "festzustellen, ob die Bevölkerung von Bahrein unter britischem Protektorat bleiben, an Persien angeschlossen oder unabhängig werden will". Da, wo man drauf und dran ist, unter direkter Heranziehung der örtlichen Kräfte eine friedliche Lösung zu finden, da muss man doch wenigstens den Versuch machen, Staub aufzuwirbeln. Der Beauftragte, Herr Giucciardi, und damit ja schon dem Namen nach zweifellos ein Sohn Arabiens, nicht wahr? erklärte bei seiner Ankunft, "er werde mit Organisationen, Gesellschaften, Institutionen und Gruppen sowie mit den Einwohnern und anderen Personen sprechen"(UPI). Irgendwo wird man da dann schon einhaken können. Die Lösung der UN war dann die "Unabhängigkeit", allerdings ohne offizielle Volksbefragung. Doch man hatte nicht mit der Weisheit der verantwortungsbewussten Nachbarn gerechnet: der Schah von Persien gab sofort seine Zustimmung. Es kam nicht zu den gewünschten Differenzen, aber doch wenigstens zu einer Stimme mehr im "afro-asiatischen Lager" der UN.

Mit der fortschreitenden Zusammenfassung der Emirate dürfte eine Vereinheitlichung der Währungen dortselbst notwendig werden. Sowjetrussland verstand den Geist der Stunde und trat Mitte 1970 in Verhandlungen mit dem Iran ein, um den Transit sowjetischer Güter für die Scheichtümer am Golf durch Persien hindurch abgabenlos sicherzustellen. Der Ausbau der persischen Häfen am Golf durch russische Fachleute sowie die Zusicherung von Präferenzen für den iranischen Transit durch Russland nach Europa sind die Gegenleistung.

Wenn wir Dubai als den geschäftstüchtigsten Partner in diesem neuen Klub bezeichneten, so hat das seinen Grund in der Tatsache, dass das weltabgeschiedene Plätzchen an der heissen Sandküste Arabiens das wichtigste Glied in einem der lukrativsten und auch bezeichnendsten Vorgänge unserer Tage ist: Die N. M. Rothschild Bank erhält Kauforder für Gold. Der Auftrag wird in London untergebracht. Dann wird das Gold durch Vermittlung der First National City Bank (15 Milliarden Dollar Kapital, im Eigentum von James Stillman

Rockefeller, dem Neffen von David Rockefeller, Chairman der Chase Manhattan Bank, die u.a. kürzlich die Banco de Comercio in Buenos Aires in Kontrolle nahm. Aktienkapital der Chase Manhattan: 16 Milliarden Dollar.) an die Filiale der gleichen Bank in Dubai verschifft. Dubai ist Freihafen. In Dubai wird das Gold von den Schmuggelorganisationen übernommen, die es ihrerseits an Horter in Pakistan und Indien, aber auch in Japan und Südamerika (Brasilien, Argentinien) weiterverkaufen. Die Dubaier Gold-Flotte verkauft sogar Gold an Rotchina, Nordvietnam und Nordkorea. Der endgültige Verkaufspreis des für 35 Dollar die Unze gekauften Metalls liegt bei 85 bis 100 Dollar für die gleiche Menge. Die grossen Gewinne, die Rothschild und Rockefeller so einstecken, sind besonders deswegen beachtenswert, weil ja einerseits nur mit einer Sondergenehmigung ein nordamerikanischer Staatsbürger den Goldhandel betreiben darf (Douglas Dillon als Finanzminister - Secretary of the Treasury - gab Rockefeller diese Erlaubnis. Unter Eisenhower war Dillon auf Wunsch von Nelson Rockefeller zum Unterstaatssekretär ernannt worden, und als Nixon ihm den Posten eines Staatssekretärs geben wollte (1960), erreichte Nelson Rockefeller über John F. Kennedy seine Ernennung zum Finanzminister. Die Ermöglichung des Dubai-Geschäfts war sicher nicht das einzige Resultat dieser Ernennung.), und weil andererseits eine jüdische Firma (Rothschild) nicht direkt mit den Arabern Geschäfte abwickeln darf.

Am schönsten wird sich aber auch in diesem Rahmen die Industrialisierung für die herrschenden Klüngel ausnehmen. Schon ist ein gemeinsamer Entwicklungsplan in Arbeit. Im Interesse jener Drahtzieher bemüht man sich genau so wie wir es in Südamerika bereits sahen, darum, "Fehlplanungen" zu vermeiden und die richtige "Koordination" mit den Nachbarländern vorzunehmen, das heisst also rechtzeitig eine Wirtschaft auf die Beine zu stellen, die ohne fremde Hilfe nicht wird bestehen können. Keiner darf in Zukunft unabhängig sein, ein jeder muss abhängig werden vom anderen. Die finanziell starken, wie die Erdölverdiener Qatar, Abu Dhabi und Dubai sollen die anderen aushalten. "Entwicklungsideen" am neuen Objekt.

*

QATAR

Scheich Ahmed ben Ali al-Thani erklärte im Mai 1970 die Unabhängigkeit seines Emirats von England, indem er den entsprechenden Protektoratsvertrag kündigte. Gleichzeitig wurde eine provisorische Verfassung erlassen und sowohl Wahlen für die Bildung einer beratenden Versammlung ausgeschrieben wie die Bildung eines Ministerrats vorgesehen. Mit 100 000 Seelen, aber 210 Millionen Dollar jährlicher Einnahmen aus dem Erdöl, fruchtbarer Oasen auf der Halbinsel, die das Gebiet bildet, wären die Voraussetzungen für Prosperität gegeben.

*

KUWEIT

hat seine ersten 20 Jahre als Oelland hinter sich. Es hat sie vorbildlich zu nutzen gewusst. Das Land hat mit dem hereinkommenden Gelde sich eine ausreichende Infrastruktur geschaffen, zwei Häfen ausgebaut, Industrieviertel angelegt, die Trinkwasserversorgung sichergestellt und hervorragende Gewerbeschulen eingerichtet. Doch ist solch national-soziales Vorgehen natürlich nicht im Sinne von Nachbarn, die meinen, anstatt mit Taten mit Ideologien herrschen zu können. Vom linkssozialistischen Irak her hetzt man daher sehr gerne gegen den Nachbarn im Süden. Da dieses nicht nur in den Zeitungen und Radiostationen jenseits des sandigen Horizontes der Fall ist, sondern sich in einer Reihe von Bombenanschlägen auf die Gebäude des Innenministeriums, der Nationalversammlung und des Erziehungsministeriums in Kuweit selbst äusserte, schuf die Regierung mit dem Obersten Gericht für Staatssicherheit ein erstes Mittel, dieser vom Ausland angesetzten Subversion zu begegnen (1969) und beschloss sodann, einen Teil der ausländischen Gastarbeiter aus dem Lande zu weisen. Syrier und Libanesen waren dadurch in erster Linie betroffen.

Aussenpolitisch ergab sich dadurch naturnotwendig ein engerer Anschluss an den Iran und an Sa'ud-Arabien. Das neutrale Gebiet zwischen Kuweit und Sa'ud-Arabien war Gegenstand von Verhandlungen, die eine Umsiedlung der Bewohner in dem Sinne vorsehen, dass sich die beiden Staatsgebiete abrunden.

Seine Pflicht im Rahmen des gemeinsamen Kampfes aller Mohammedaner gegen Israel erfüllt Kuweit mit der jährlichen Zahlung von 10 Millionen Pfund Sterling zum Ankauf von Waffen. Die Zeitung "Al-Siyasah" spricht von einer weiteren gleich hohen Anleihe zu demselben Zweck (Januar 1970), doch meint das Bruderblatt, "Al-Rai-Al-Aam", dass es richtiger sei, diese Waffen direkt den palästinensischen Kommandos zukommen zu lassen, anstatt der ägyptischen Regierung. Während sich so die ersten Ergebnisse der Islamkonferenz von Rabat zeigen (Libyen stellte weitere 10 Millionen und Sa'ud-Arabien 5 Millionen Pfund bereit), zeigt dpa ihren Aerger über derartige Zusammenarbeit in einer Meldung aus Beirut vom 26. Dezember 1969: "Saudi-Arabien und Kuweit, die beiden "Schuldigen" an dem Scheitern (!) der Arabischen Gipfelkonferenz in Rabat, haben ... " Es ist eben zum Leidwesen dieser Herren in Rabat nichts gescheitert, und schon gar nicht eine arabische Gipfelkonferenz, denn dort gab es eine Konferenz des gesamten Islam. Auf solchem Niveau aber wird der deutsche Leser jetzt bereits 30 Jahre lang unterrichtet.

Kuweit geht im Gegenteil über alle ideologischen Differenzen hinweg an konstruktive Zusammenarbeit, dort wo diese gefordert wird. Im Oktober 1969 erhielt Syrien aus dem eigens dafür eingerichteten Arabischen Entwicklungsfonds 3 Millionen Dinar, um die Errichtung von Kornsilos und Viehfutteranlagen zu ermöglichen. Die Oelpolitik dieses Staates soll später im Zusammenhang mit anderen Rohstoffabkommen im Kapitel "Ghana" Erwähnung finden.

*

IV. ASIEN

"Die Religionen sind es, die die Geschichte leiten. Sie sind es, die es verhindern, dass die Völker nichts sind als Staub, als Individuen ohne Zusammenhalt und ohne Kraft. Der Mensch benötigte die Religionen zu allen Zeiten, um an ihnen seine Gedanken zu orientieren und seine Taten zu lenken. Bis heute ist es keiner Philosophie gelungen, sie zu ersetzen."(*164)

Nicht nur die armseligen Sippen und Grossfamilien Arabiens erlebten mit dem Islam die grosse Kraft der Religion, die sie in Asien bis weit nach China und nach Japan hin führte. Auch die asiatische Welt des Buddhismus erlebt gerade heute wieder, welchen unersetzlichen Wert sie im gemeinsamen Glauben besitzt.

Buddhisten finden wir heute im wesentlichen in Indien, Nepal, Tibet, Bhutan, Sikkim, der Mongolei, der Burjätischen Sowjetrepublik, Tannu-Tuva, China, Japan, Korea, Vietnam, Ceylon, Burma, Laos, Kambodscha und Thailand. Geistesgeschichtlich fällt der Buddhismus in zwei grössere Gruppen auseinander, den Mahayana-Buddhismus und den Theravada-Buddhismus (dieser vorwiegend in den fünf zuletzt genannten Ländern). Der Mahayana stützt sich auf Texte, die erst gewisse Zeit nach dem Tode Buddhas (480 v.Chr.) aufgefunden wurden, während der Theravada sich auf die ursprünglichen in Pali abgefassten Texte stützt. Für den Mahayana ist eine aktivere Einstellung zur Welt kennzeichnend, in der es denkbar ist, dass Bodhisattvas (insbesondere die Könige also) das Schicksal anderer Menschen (eben ihrer Untertanen) dadurch beeinflussen, dass sie ihre eigenen Verdienste auf diese übertragen oder deren Leiden übernehmen, soweit nicht das Karma des Betreffenden, nämlich die Wirkung früherer Taten, dem entgegensteht. Im übrigen ergibt sich aus den genannten Lehrgrundlagen, dass der Theravada mit seiner einheitlichen Tradition im Gegensatz zum Mahayana kulturelle Einheiten in den betreffenden Staaten schuf. Geistliche Staaten im Bereich des Mahayana finden wir dagegen nur in Gegenden, die eine derartige Formung geographisch begünstigten, wie also in Tibet, Bhutan und der Mongolei. An der Spitze dieser Staaten standen Mönche höherer Grade, die folgerichtig als Inkarnationen be-

stimmter Bodhisattvas galten. Träger der buddhistischen Sittlichkeit war der Sangha, die noch von Buddha selbst gegründete Organisation der Mönche (Bhikkhus), jener also, die durch die Loslösung aus den weltlichen Bindungen günstigere Voraussetzungen erfüllen, um erlöst zu werden. Vier Grundregeln (die Parajika-Regeln) haben sie zu beachten; verboten ist ihnen

1) jede Art von geschlechtlichem Verkehr
2) Diebstahl
3) Tötung eines Menschen
4) sich geistiger Vollkommenheiten zu rühmen.

Der Laie dagegen gehört keiner besonderen Organisation an, hat aber einen sittlichen Lebenswandel zu führen. So fehlt dem Buddhismus im Vergleich zum Christentum und Islam jede Offenbarung und jede Gottesvorstellung. Die Geschichte des Sangha wird also in gewisser Weise zur Geschichte der Beziehungen zwischen Buddhismus und Staat.

In Thailand, Kambodscha und Laos stehen beide bis in unsere Tage hinein in enger Beziehung zueinander, denn ununterbrochen hat der Sangha (wenn auch zeitweilig mit starken moralischen Verfallserscheinungen) dort seine Tätigkeit ausüben können. In Ceylon und Burma jedoch wurde die Bindung durch Eingriff der Engländer zerstört und erst wieder unter den völlig neuen politischen Vorzeichen der Gegenwart neu geknüpft. Während der Buddhismus im eigentlichen Indien schon früh durch Ausbleiben der ihm lebensnotwendigen staatlichen Hilfe infolge der veränderten politischen Verhältnisse fast völlig unterging, wurde er in den anderen Ländern des Theravada, insbesondere in Ceylon zur staatserhaltenden Macht.

Wesentliche Hilfe bei der Wiedererweckung des buddhistischen Selbstvertrauens leisteten dabei einzelne Europäer. Man spricht diesbezüglich vom "buddhistischen Modernismus"(*165). Mit dem Ziel, die Ueberfremdung durch die Kolonialmächte zu bekämpfen, taten sich in westlichem Gedankengut bewanderte gebildete Mönche zusammen und gaben dem Buddhismus zeitgemässere Formen, die ihm dann nicht nur ein Ueberleben, sondern eine ausgesprochen führende Rolle bei der Neugestaltung Südasiens erlaubten. "Der buddhistische Modernismus hat in gewissem Masse eine Neubelebung des Buddhismus bewirkt. Er hat nicht nur einen erheblichen Beitrag zur Entwicklung des Nationalismus und zum Unabhängigkeitskampf der südasiatischen Länder geleistet, sondern darüber hinaus das Selbstbewusstsein der Buddhisten wiederhergestellt und sogar Ansätze zu einem über die Grenzen der Nationen hinausgehenden "allbuddhistischen" Bewusstsein hervorgebracht."(*166) Zu erwähnen ist hier als eine der führenden Persönlichkeiten der Singhalese Dharmapala (1864-1933), der bewusst in scharfer Stellungnahme gegen Christentum und Engländer den singhalesischen Nationalismus mit dem Buddhismus verband. Er kam 1880 in Kontakt mit den Theosophen Frau Blavatzky und Olcott, und erreichte es, dass die von diesen gegründete "Ceylon Buddhist Theosophical Society" 1898 den Namen "Theosophical" wieder aus ihrem Titel strich.(*167) Dharmapala bemühte sich aber nicht nur um eine Belebung buddhistischer Gelehrsamkeit durch die bekannten Streitgespräche mit Christen (Panadura 1878), sondern erwirkte auch eine Verbesserung der technischen, landwirtschaftlichen und handwerklichen Bildung in Indien und Ceylon. "Der Buddhismus war für ihn nicht nur eine Erlösungsreligion, sondern zugleich eine Botschaft zur Wiedererweckung des nationalen Selbstgefühls der Völker Asiens und zur Ueberwindung der sozialen Uebel, deren Ursachen er in der wirtschaftlichen Ausbeutung durch die Kolonialmacht und im Kastenwesen des Hinduismus sah."(*168) 1958 schreibt der ceylonesische Gelehrte und Politiker Malalasekera: "When Asia, after having lain dormant for nearly five centuries, is once more taking its

due place in the world and bids fair to be the leader of the new age it is significant that buddhism, which, more than any other force, was responsible for the great civilisations and great cultural influences of that continent should also be coming back to its rightful place." (Wenn Asien nach fast fünfhundert Jahren Schlaf wieder den ihm gebührenden Platz in der Welt einnimmt und die Hoffnung erweckt, Führer des neuen Zeitalters zu werden, so ist es notwendig, dass der Buddhismus, welcher mehr als irgendwelche andere Kraft, verantwortlich zeichnet für die grossen Zivilisationen und den grossen kulturellen Einfluss dieses Kontinents, ebenfalls wieder auf seinen rechtmässigen Platz geführt wird.)(*169) Der Buddhismus ist ihm und seinen Mitkämpfern eine "Religion des Optimismus und der Aktivität". "Die Weltprobleme können und müssen durch menschlichen Scharfsinn und menschliche Anstrengung gelöst werden."(*170)

Darum ist ihnen eine enge Verbindung von Religion und Politik erwünscht. D.C. Vijayavardhana schreibt in seinem einflussreichen und vielzitierten Buch "The Revolt in the Temple" (1953): "Buddhism is an ethico-religious social philosophy and, as such, it must be harmonised with a system of government. From time immemorial, religion and politics have gone together and have furthered the advancement of civilization." (Buddhismus ist eine ethisch-religiöse soziale Philosophie und muss daher als solche harmonisch verbunden werden mit einem entsprechenden Regierungssystem. Seit undenklichen Zeiten gehen Religion und Politik zusammen und haben den Fortschritt der Zivilisation gefördert.)(*171) Auch der Führer der Massenübertrittsbewegung zum Buddhismus in Indien, B.R.Ambedkar, ist dieser Auffassung und betont, dass eben darum auch den Mönchen eine besondere Ausbildung zuteil werden muss, damit sie ihren neuen Aufgaben in der modernen Gesellschaft gerecht werden können, und um "den Laien eine Gesellschaftsordnung vor Augen zu führen, die getreu den Idealen des Buddhismus entspreche".(*172)

Der bereits genannte Malalasekera betont ausdrücklich: "To-day the needs of man are different and so is his way of thinking, but Buddhism has nothing to fear from all this. It is the only religion that can face challenge of the modern age." (Heute sind die Notwendigkeiten des Menschen und seine Art zu denken andere, doch der Buddhismus hat deswegen nichts zu fürchten. ER IST DIE EINZIGE RELIGION, DIE SICH DER HERAUSFORDERUNG DER GEGENWART STELLEN KANN.)(*173) "Malalasekera nimmt also an, dass gerade nach dem Verschwinden anderer Religionen ein Vakuum entstehe, das besonders günstige Vorbedingungen für die Verbreitung des Buddhismus, insbesondere des Theravada-Buddhismus, schaffe."(*174) Nach Einrichtung des säkularen Staates in Indien (*175) war dieses Vakuum deutlich spürbar und das Land wurde automatisch zum Tummelplatz der politischen Utopien. In dieser Lage gelang es dem uns bereits bekannten Ambedkar, Millionen von Indern zum Buddhismus zu bekehren. Seine Freunde behaupten, dass 20 Millionen Hindus der niederen Kasten Buddhisten geworden seien. Wird diese Zahl auch angezweifelt, so ergab doch selbst die offizielle Volkszählung von 1961 3 250 227 Buddhisten gegenüber nur 180 823 zehn Jahre vorher. Die Ursachen für diese Erschütterung des religiösen Grundes in Indien waren jedoch vorwiegend politischer Natur. Eine Sicherung des Erreichten kann also nur dann erfolgen, wenn eine grössere Anzahl buddhistischer Mönche in dazu gehörigen Klöstern die geistigen Mittelpunkte schaffen. Andernfalls besteht die Gefahr, dass mit politischen Mitteln dem Atheismus wieder Einzug verschafft wird. Die mohammedanische Eroberung hatte ja schon einmal seinerzeit die völlige Vernichtung des indischen Buddhismus zur Folge gehabt. Und heute bekämpft die indische Regierung bereits erneut den Vormarsch des Buddhismus, indem sie

den Angehörigen der niederen Kasten ihre (steuerlichen usw.) Vorrechte entzieht, wenn sie vom Hinduismus zu einer anderen Religion übertreten (denn der Gesetzgeber sah ja im Kastenwesen eine nur mit dem Hinduismus verbundene Einrichtung).

Politische Gefahren hat es für den Buddhismus immer vorrangig gegeben. Das "bisher nicht gelöste psychologische Problem: einen Glauben zu besitzen, der zugleich stark und tolerant ist"(*176), besteht ja in ganz besonderem Masse für den Buddhismus. Mit Nachdruck muss daher das zentrale Organ "The Buddhist" (1961/62 S.13) darauf hinweisen: "Buddhists should always extend tolerance to other religious groups, but that does not mean that we must tolerate intolerance from them." (Buddhisten haben anderen religiösen Gruppen gegenüber immer Toleranz zu üben. Das aber bedeutet nicht, dass wir deren Intoleranz zu tolerieren haben.) Eindeutig an die Adresse der Christen und der Mohammedaner sind diese Sätze gerichtet. Der Religionseifer eines Diem in Vietnam hat in der gesamten Welt des Theravada-Buddhismus, insbesondere aber auf dem sich von Katholiken zeitweilig bedroht fühlenden Ceylon ein starkes Echo gefunden. Die Gegnerschaft zum Islam klingt dabei derzeit nicht nur mangels grösserer verbliebener Angriffsflächen kaum an, sondern würde auch praktischen politischen Interessen widersprechen. Diese liegen vielmehr sogar im Sinne einer ausgesprochenen buddhistisch-islamischen Freundschaftsbekundung in Antwort auf die eben erwähnten Spannungen zwischen Buddhisten und Christen und zwischen Mohammedanern und Hindus einerseits, sowie zwischen Mohammedanern und Christen (wie wir vor allem in Indonesien und Westneuguinea sehen werden) andererseits.

Doch diese interreligiösen Differenzen sind unbedeutend im Vergleich mit der Gefahr, die allen diesen Religionen von seiten der üblen Kinder der Grossen Rebellion gegen Gott und die Natur erwuchsen. Nicht zuletzt der Buddhismus kann ein Lied singen von den schweren Opfern, die er hier bringen musste und die zu seiner fast vollkommenen Vernichtung in den kommunistischen Landstrichen führten.

"Gerade weil die buddhistische Lehre für die politische und soziale Gestaltung der Welt zwar allgemeine ethische Normen vorschlägt, im einzelnen aber keine bestimmten Vorstellungen bietet, konnten sich die Buddhisten grundsätzlich mit den verschiedensten politischen und gesellschaftlichen Systemen und Lehren befreunden."(*177) Das trifft also auch für den Marxismus zu. In Moskau wurde eine Buddhistische Universität gegründet und von dort beeinflusste Buddhisten wiesen gelegentlich darauf hin, dass Buddhismus und Bolschewismus grosse Aehnlichkeiten aufweisen: (beim Buddhismus angeblicher) Atheismus, kein Schöpfungsmythus, kein Glaube, sondern wissenschaftliche Weltanschauung, Rationalismus, in der Verfassung des Sangha vorgezeichneter Kollektivismus, dynamische Weltbetrachtung.(*178) Doch übersahen diese Personen, was tatsächlich in Russland vor sich gegangen war. Nach einer ersten Periode, in welcher der Buddhismus als mit dem kommunistischen Staat für vereinbar erklärt wurde, ja, der Buddhismus sogar als "eine Religion der Unterdrückten" bezeichnet (*179) und er in der Burjätischen Mongolei sogar weitgehend gefördert wurde (*180), kam es dann unter Führung des Verbandes der militanten Gottlosen zu einem ausgesprochenen Vernichtungsfeldzug. Da ein solcher auf ideologischer Basis undurchführbar war, ging man mit Hilfe der Exekutive vor, schloss die Klöster, verhaftete die Lamas (Mönche) und sperrte sie in Konzentrationslager oder richtete sie kurzerhand als "Schmarotzer" hin. Genauso wie in Burjätien ging man im Kalmückengebiet vor, wo denn auch 1940 kein einziges Kloster mehr bestand. Die Deportierung der Kalmücken aus ihrem bisherigen Siedlungsgebiet unter dem

Vorwand angeblicher Zusammenarbeit mit den Deutschen schloss dann die religiöse und nationale Entwurzelung dieses Volkes vorerst ab. In Tannu-Tuva (*181) wurde 1928 sogar noch der Buddhismus zur Staatsreligion erklärt, doch kam es nach einem daraufhin sehr bald schon von Moskau organisierten Staatsstreich (den ganze fünf Männer durchführten) zu schärfsten antireligiösen Massnahmen. Erst, nachdem man in dieser Weise den Buddhismus in den UdSSR zu einer rein musealen Grösse reduziert hatte, gestattete man den Resten ein bescheidenes Dasein. Man brauchte sie, um der übrigen buddhistischen Welt ein günstiges Image vorzaubern zu können. Die führenden Lamas der Sowjetunion dienen seitdem immer wieder solchen propagandistischen Zwecken und versuchen, dorthin eingeladenen Buddhisten aus dem Ausland mit "Inturist-Methoden" Potemkinsche Klöster anzudichten. Wir werden noch unter den einzelnen Länderkapiteln auf diese Vorgänge einzugehen haben.

China hat dabei in keiner Weise dem roten Bruder an der Newa die Vorhand gelassen. In Tibet ist es im Kampf mit dem Buddhismus zu einem ausgesprochenen Genocidium gekommen.(*182) Tiefer Hass gegen alles Religiöse, wie wir ihn genau so bei jüdischen Schriftstellern in den USA feststellen mussten (vgl. R 153), spricht etwa aus dem 1958 für Ost-Tibet erlassenen chinesischen Aufruf (*183): "An eine Religion zu glauben ist fruchtlos. Religion ist das Instrument autokratischer Lehnsherren und religiöse Werke haben keine irgendwelche Vorteile für das Volk." Doch selbst nach der blutigen Vernichtung des nationalen und religiösen Widerstandes in Tibet und der Flucht des Dalai-Lama nach Indien (1959) finden sich Personen, die eine Buddhistische Vereinigung Chinas gründen, und ihr Vorsitzender Shirob Jaltso hält am 24.4.59 die folgende erstaunliche Rede: "All das ist Ausdruck der grossartigen Nationalitätenpolitik der von allen Buddhisten geachteten und geliebten kommunistischen Partei und des Vorsitzenden Mao Tse-tung. Das sind wirklich einzigartige Verdienste; selbst die des chinesischen Kaisers Wu Di der Liang-Dynastie und des indischen Kaisers Asoka, die in Geschichtswerken der Verteidigung des Buddhismus wegen genannt werden, lassen sich nicht damit vergleichen. Umsonst müht sich die Verrätergruppe in Tibet, das Vertrauen und den Glauben der Buddhisten an die Partei mit der abgeleierten Phrase zu erschüttern, die Kommunistische Partei "zerstöre den Buddhismus"." (*184) Chou-En-Lai erklärt auf der bekannten Konferenz der Afro-Asiaten in Bandung 1955: "In China gibt es Millionen von Gläubigen und die Religionsfrage darf kein Hindernis sein für die afro-asiatische Zusammenarbeit." Eine Reihe von Buddhisten wird im Laufe der Jahre nach Peking eingeladen, so eine Art kultureller Brücke zwischen China und dem übrigen Südostasien zimmern zu helfen, die dann auch für weitere politische und wirtschaftliche Parolen gangbar sein könnte.

Doch ist deutlich erkennbar, dass dieses Ziel nicht erreicht wurde. Zweifellos neigt ganz Südostasien in allen Parteien sozialistischen Ideen und hie und da auch den wirtschaftlichen Gedankengängen des Marxismus zu (als natürliche Reaktion gegen das kapitalistische System der ehemaligen Kolonialmächte und der in den Kampfjahren sehr seltenen Gegebenheit reicherer Einheimischer (*185), doch wird genau so allgemein der Marxismus in seiner politisch-philosophischen Form abgelehnt. Als die uns bereits reichlich bekannte New-Yorker Zeitschrift "Time" behauptete: "Many Buddhists believe that Buddhism and Communism have many points in common" (Viele Buddhisten glauben, dass Buddhismus und Kommunismus viele Gemeinsamkeiten haben) (und diesen Satz noch mit einem mehr als gehässigen Titelbild von dem führenden buddhistischen Mönch in Vietnam verband), um im Interesse der bekannten vorläufigen Zweiteilung der Welt dem Koexistenzbruder in Moskau zu

Hilfe zu kommen, war das Ergebnis helle Empörung. Die Behauptung der "Time" wurde als "infame Lüge" bezeichnet.(*186)

Dieser Vorgang führt uns nunmehr an die andere, heute unter gleich schweren, wenn auch für uns im Westen oft unsichtbareren Angriffen stehende Front des Buddhismus. Gemeint ist das frontale Vorgehen New Yorks gegen Völker und Religionen, mögen sie in Amerika, Europa, Afrika oder Asien liegen.

Wir erleben hier genau das gleiche, was in entsprechender Phase der kommunistischen Herrschaft im Sowjetbereich üblich war. Man betont, dass Buddhismus und Demokratie vereinbar seien, obwohl geschichtlich keine Beweise für die Behauptung vorliegen, dass die moderne westliche zerstörende Idee der sogenannten "Demokratie" in der traditionellen Ordnung der buddhistischen Länder verwurzelt wäre.(*187) Durchaus berechtigt ist daher vielmehr, wenn der deutsche Buddhist Vasettho (=Wolfgang Bohn) 1910 (*188) "das Streben nach Demokratisierung und Parlamentarismus als völlig unbuddhistisch verdammt". Trotzdem hat das mit dem schönen Wort "Demokratie" bezeichnete Irrlicht Eingang gefunden in buddhistischen Geschichtsbetrachtungen, und nicht nur Asoka wird zu einem "Demokraten", auch die von Buddha erlassene Ordnung des Sangha wird als "demokratisch" bezeichnet. Der Birmane U Ba Yin "sieht im Atheismus Buddhas eine wesentliche Vorbedingung für die vom Buddha gelegten Grundlagen für die Errichtung einer demokratischen Ordnung; der Glaube an einen allmächtigen Gott, an eine "Diktatur Gottes", schliesst nach seinen Ausführungen wahre Demokratie aus"(*189). Ebenfalls der Versuch, sich buddhistischer Gelehrter zur Aushöhlung der Lehre und für die eigenen rein politischen weltweiten Zwecke zu bedienen, erinnert an ähnliche Versuche Moskaus. Da wird zB 1958 von G.P. Malalasekera und K.N. Jayatilleke bei der UNESCO in Paris eine Schrift "Buddhism and the Race-Question" (Buddhismus und Rassenfrage) herausgebracht und der erste der beiden Genannten stellt in einem weiteren Aufsatz (*190) fest, "dass Buddhas Lehre alles enthält, um eine Charta der Menschenrechte aufzustellen". Sehr deutlich also werden rein politische Begriffe von diesen Buddhisten übernommen, die ihren eigentlichen Sinn im Kampf der Einweltler gegen jede völkische und religiöse Tradition fast 200 Jahre schon unter Beweis gestellt haben.

Diese Phraseologie steht ja auch im klaren Gegensatz zu der tatsächlichen Entwicklung, die der Buddhismus bisher in unserer Zeit genommen hat. Denn bei allen hier in Frage kommenden Völkern hat sich "ein ausgeprägtes Gefühl für die enge Zusammengehörigkeit ihrer nationalen Existenz und der buddhistischen Religion, die sie als ihre nationale Religion betrachteten, entwickelt, zumal ihre gesamte traditionelle geistige Kultur mit der buddhistischen Ueberlieferung und den buddhistischen Institutionen in Zusammenhang stand. Die Verbindung von Nationalbewusstsein und Religionsbewusstsein lässt sich schon bei den frühen Abwehrreaktionen gegen die Fremdherrschaft beobachten; sie wird ebensowohl bei den meisten Formen des buddhistischen Modernismus sichtbar."(*191) Engste Verbindung von Religion und Nationalbewusstsein ist Charakteristikum der ganzen bisherigen Geschichte zumindest des Theravada-Buddhismus. Ein Singhalese ist automatisch buddhistischer Singhalese, und diese stehen den Minderheiten der hinduistischen Tamilen und den Katholiken als bessere, überlegenere Gruppe gefühlsmässig gegenüber. Das gleiche Bild einer engen Verbindung von Buddhismus und Nationalismus finden wir in Ceylon, Burma, Thailand und Kambodscha wieder. Religiöse und rassische Unterschiede sind darum in keinem dieser Länder zu ignorieren, wollte man nicht den Staat als Ganzes in seinen Grundfesten ge-

fährden.

Den aus New York vorgetragenen Versuch der Zersetzung spürt man tagtäglich und es ist bezeichnend, dass immer dann, wenn es galt, sich dem entgegenzustellen, Einstimmigkeit erzielt wurde, obwohl in so vielen anderen Fragen Uneinigkeit herrschte. Schon die von Buddha selbst gepredigten sieben Voraussetzungen für das Gedeihen eines Staatswesens finden ja keinerlei Parallele in den Proklamationen der Kämpfer für die UN-Welt (Buddha predigte sie dem Volk der Vajji):

1) Die Vajji halten häufig Ratsversammlungen ab und diese sind gut besucht.
2) Die Vajji versammeln sich in Eintracht, fassen in Eintracht Beschlüsse und führen in Eintracht das Notwendige durch.
3) Die Vajji führen keine Neuerungen ein, heben das Geltende nicht auf, sondern leben nach den von alters her geltenden Vajji-Gesetzen.
4) Die Vajji halten ihre Greise wert und hoch, achten und ehren sie und gehorchen ihnen.
5) Die Vajji verschaffen sich nicht durch Raub und Gewalt Frauen und Mädchen von guter Familie zum Zusammenleben.
6) Die Vajji halten ihre Heiligtümer, private und öffentliche, wert und hoch, schätzen und verehren sie und sind darauf bedacht, dass die von der Vorzeit her üblichen frommen Spenden und Opfer nicht aufhören.
7) Bei den Vajji wird für Schutz, Schirm und Sicherheit der (buddhistischen) Heiligen gut gesorgt, wie es religiöse Forderung ist, damit Heilige von auswärts in ihr Land kommen und solche, die schon darin wohnen, sich wohl fühlen.

Auch die für einen Buddhisten obligaten ethischen Normen stechen also klar ab von der "Ethik", die von der Internationalen Freimaurerei in ihren Organen, mögen sie "Spiegel", "Time oder "Neue Illustrierte", "Stern" oder sonstwie heissen, propagiert werden. "Zu den Ratschlägen an die Laiengemeinde gehört vor allem, nach Möglichkeit einen sittlichen Lebenswandel zu führen. Die allgemeinen ethischen Normen fordern insbesondere, lebende Wesen nicht zu töten, nicht zu stehlen, keinen Ehebruch zu begehen, nicht zu lügen und berauschende Getränke zu meiden, ferner die Vermeidung bestimmter Berufe (Handel mit Waffen, mit berauschenden Getränken usw.) und legen nahe, an Festtagen besondere zusätzliche Verpflichtungen auf sich zu nehmen ... Buddha predigt über das rechte Verhalten zwischen Eltern und Kindern, Lehrer und Schüler, Mann und Frau, Freund und Freund, Herrn und Diener, Mönch und Laien"(*192), sodass "der Singhalese sich nicht um Wohlstand kümmerte, sondern auf Tugend und Mut sah".(*193) Einem Buddhisten wie Ambedkar "ist die buddhistische Religion vielmehr deswegen die gegebene Religion für unsere Zeit, weil sie das für den Bestand der menschlichen Gesellschaft notwendige Gesetz der Sittlichkeit vertritt"(*194). Schon zur Kolonialzeit war es notwendig, von buddhistischer Seite hinzuweisen auf den schlechten Einfluss des Westens, auf den zunehmenden Genuss alkoholischer Getränke unter dem bewusst dahin lenkenden Einfluss der Herrschenden.(*195) Und bei der Tagung des WFB, der einzigen übernationalen buddhistischen Zusammenfassung, 1961 in Phnom Penh, wurde mit Einstimmigkeit ein Vorgehen der Staaten bezüglich der Nichtzulassung schlechter Filme und Bücher verlangt. Bezeichnenderweise besass der Präsident jenes Staates, aus dem dieser Schmutz zumeist angeboten wurde, nämlich Herr Kennedy, die Stirn, den Tagenden eine Grussbotschaft zu entrichten. Im übrigen aber ist gerade dieser WFB in seiner prekären Existenz angesichts der verschiedensten Versuche von aussen kommender politischer Beeinflussung ein ganz deutliches Zeichen für die Gefahren, die dem Buddhismus heute von allen Seiten drohen. Nicht von ohngefähr erwägt Phra

Khantipalo die Notwendigkeit rechtzeitig für derart gefährliche Zeiten einen "Untergrund-Sangha" vorzubereiten! Wenn wir nämlich dann noch vernehmen, dass die grösste politisch-religiöse Bewegung Japans, die in diesen Jahren stark in den Vordergrund getretene Sokagakkai, ignorant den Weg zum Weltfrieden ausgerechnet unter den Insignien der Blauhelme, der Mörder von Katanga, für erstrebenswert ansieht (siehe weiteres unter "Japan"), dann fühlen wir, dass der Buddhismus nunmehr auch in den nichtkommunistischen Ländern Gefahr läuft, vernichtet zu werden, nicht mit Volksheeren und Henkern, sondern, genau so wie dort, mittels einer Herde von Trojanischen Pferden, die mit Plakaten durch die Oeffnung im Wall schreiten, deren Inschriften unendlich harmlos und oft ganz echt buddhistisch klingen. Wird sich dann wiederholen, was Buddhas eigenes Volk der Sakyas an sich erlebte? Diese nämlich, sämtlich zu Laienanhängern Buddhas geworden, leisteten bei dem Ueberfall Vidudabhas keinerlei Widerstand und liessen sich allesamt umbringen.

Doch Asien ist in seinen westlichen Teilen nicht buddhistisch, sondern mohammedanisch besiedelt. Bevor wir also nun im einzelnen die Welt Buddhas durchwandern, führt uns unser Weg durch einen weiteren Teil jener Menschheit, die ihr Leben nach den Worten Mohammeds einrichtet und fünfmal täglich in das XX. Jahrhundert ruft: "Es gibt keinen Gott ausser Allah, und Mohammed ist sein Prophet."

---

*164 – Le Bon, "La Révolution Française et la Psychologie des Révolutions", S.38.

*165 – Heinz Bechert, "Buddhismus, Staat und Gesellschaft in den Ländern des Theravada-Buddhismus", Band I, S.37.

Der Verfasser weist in seiner Einleitung (1965) darauf hin, dass er Schwierigkeiten bei der Quellenbeschaffung hatte, "weil bislang von keiner öffentlichen Bibliothek in Deutschland Zeitschriften und weiteres Material zur Kenntnis des modernen Buddhismus systematisch gesammelt werden". Südasien ist für Bonn eben in erster Linie Objekt zinsenbringender Entwicklungshilfe.

*166 – Bechert, Bd.I, S.42.

*167 – Der Versuch, auf diesem Wege von Europa her Einfluss auf die religiöse (und damit politische) Entwicklung in Südasien zu nehmen, und der sich in der Infiltrierung von Agenten des Intelligence Service in die Theosophische Gesellschaft manifestierte, musste daher als gescheitert angesehen werden. Das Eigengewicht des Buddhismus war stärker.

*168 – Bechert, Bd.I, S.51.

*169 – In "Buddhism seeks Meaning of Life in Life itself", in der Zeitschrift "The Buddhist", Colombo, 1958/59, S.178 ff.

*170 – In Colombo vor dem YMBA gehaltene Rede des amerikanischen Bud-

dhisten Prof. Edwin A. Burtt, zitiert in "Stimmen der Zeit", Bd. 158, Jg. 81 (1955/56) Heft 8 S. 117..

*171 - "The Revolt in the Temple", S. 554.

*172 - Ambedkar in der französischen Zeitschrift "Présence du Bouddhisme, France-Asie, Revue Mensuelle de Culture et de Synthèse", N° 153-157, Saigon 1959, S. 160.

*173 - In "The International Buddhist News Forum" I, N° 8 (August 1961) S. 18 f.

*174 - Bechert, Bd. I, S. 172.

*175 - Vgl. dazu D. E. Smith, "India as a Secular State", Princeton, N. J. 1963.

*176 - Le Bon, S. 37.

*177 - Bechert, Bd. I, S. 109.

*178 - So zusammengefasst bei Bechert, Bd. I, S. 156.

*179 - Noch mitten im Bürgerkrieg liess der Kommissar für Volksbildung am 24.4.1919 in Petersburg eine buddhistische Kunstausstellung eröffnen, auf der O. O. Rozenberg dann in einem Vortrag diese Worte fand.

*180 - Die Zahl der Mönche stieg in den ersten Jahren nach der bolschewistischen Revolution sogar noch an. Im Winter 1926/27 tagte ein Kongress sowjetischer Buddhisten in Ulan-Ude. Mythen und Sagen messianischen Inhalts bei verschiedenen nordasiatischen Völkern (Oiroten, bzw. Altaiern) wurden als "revolutionäre Strömungen unterdrückter Klassen und Völker" in den eigenen Propagandaschatz eingebaut. Doch dann kam die Wendung. "Der buddhistische Atheismus hat nichts zu tun mit dem militanten Atheismus, der auf der marxistischen Wertschätzung der Gesetze der Natur und der Gesellschaft beruht." ("Antireligioznik", 1930, Nr. 6, S. 66, nach Kolarz, "Religionen", S. 450.) Im Zuge des jetzt einsetzenden Kampfes wurde auch der bedeutendste geistige Führer des buddhistischen Modernismus in der UdSSR, Agvan Dordziev, verhaftet. Er starb 1938 im Gefängnis. Die restlichen Mönche wurden als "arbeitsscheue Volksfeinde" von der dortigen Oeffentlichen Meinung verleumdet und zu Bettlern degradiert.

*181 - Dieser zentralasiatische Satellit der Sowjetunion war bis 1914 Teil des chinesischen Reiches, stand jedoch schon seit 1860 unter russischem Einfluss. (Vgl. Kolarz, "Asiatische Völker", S. 187 ff.) 1914 annektierte Russland zum ersten Mal Tuva, verlor es jedoch 1918 wieder an China. 1921 wurde die unabhängige Tuvinische Volksrepublik gegründet, die 1944 zum Tuvinischen Autonomen Gebiet und weiter 1961 zur Autonomen Sowjetrepublik umgebaut wurde. Die Regierung der Tuvinischen Volksrepublik stand noch unter Leitung eines ehemaligen Lamas, Donduk, der sogar 1928 noch einen tuvinischen Buddhistenkongress abhalten und den Buddhismus zur Staatsreligion erklären konnte.

Vgl. auch das einschlägige Werk von Ossendowsky (Paris, 1924): "Bêtes, Hommes et Dieux", in welchem die Tätigkeit des Baron von Ungern-Sternberg in der Mongolei eingehend geschildert wird.

*182 – Die Internationale Juristenkommission brachte ein (wie üblich in mehreren Sprachen verfasstes) Büchlein unter dem Titel "El Tibet y la República Popular de China" (Comisión Internacional de Juristas, Ginebra 1960) heraus. Uns ist die spanische Fassung zur Hand. Natürlich liegt das Schwergewicht dieser Darstellung auf dem Begriff Genocidium, um den Vorgang im New-Yorker Vokabular einreihen zu können. An der Erhaltung von Religionen und Traditionen liegt den Verfassern genau so wenig wie den Machthabern in Peking.

*183 – "La Cuestión del Tibet y el Imperio de la Ley" (Comisión Internacional de Juristas, Ginebra 1960), S. 43.

*184 – Aus dem in Peking 1959 gedruckten Buch "Ueber die Tibetfrage", S. 147.

*185 – Man darf als Sonderfall ansehen, dass 1964 in Ceylon ein "Buddhistisches Investitionsbüro" gegründet wurde. Hier wurde also der Versuch unternommen, den Westen mit seinen eigenen Waffen zu schlagen: "One of the methods by which anti-Buddhist elements control opinion and activities in Ceylon is high finance ... The Buddhist Investment Bureau will pool the resources of wealthy Buddhists." (Eine derjenigen Methoden, durch welche anti-buddhistische Elemente die Meinung und die wirtschaftliche Tätigkeit in Ceylon kontrollieren ist die Hochfinanz ... Das B.I.B. will die Möglichkeiten wohlhabender Buddhisten zusammenfassen.) Zitiert in "World Buddhism", Colombo, XII Nº 7 (Februar 1964) S. 17.

*186 – In Aufsätzen mit den deutlichen Ueberschriften: "Time Magazine sneers at Buddhism" ("Time" verhöhnt den Buddhismus) und "Time and its Treatment of Buddhism" (Wie "Time" den Buddhismus behandelt) in "World Buddhism", Colombo, XII Nº 5 (Dez. 1963) und Nº 10 (Mai 1964).

*187 – Bechert, Bd. I, S. 128.

*188 – In "Buddhismus als Reformgedanke für unsere Zeit" (Buddhistische Volksbibliothek, 12), München-Neubiberg 1910, S. 15.

*189 – Zitiert bei Bechert, Bd. I, S. 130.

*190 – "Buddhism seeks Meaning of Life in Life itself" in "The Buddhist", Colombo, XXIX (1958/1959) S. 178.

*191 – Bechert, Bd. I, S. 117.

*192 – Bechert, Bd. I, S. 13.

*193 – Darlegungen des Gründers der Maha Bodi Society, A. Dharmapala, Colombo 1912, Neudruck 1947, unter dem Titel "A Message to the Young Men of Ceylon".

*194 – Bechert, Bd. I, S. 57.

Eine Gefahr für das sittliche Ideal sieht man im Reformkloster Vajirarama bei Colombo und anderwärts in der Einführung der sogenannten "birmanischen Meditationsmethode", die von ihren Gegnern als "belly meditation" (Bauchbetrachtung) verächtlich gemacht wird. Interessant ist, dass niemand anders als der damalige Ministerpräsident Israels, David Ben Gurion, im De-

zember 1961 sein Interesse an dieser Neuerung bekundete, indem er damals in Rangun an solchen Meditationsübungen teilnahm. Die genannten Gegner betonen, dass es sich um alte Ketzereien handele, die unter dem Gesicht "neuer Entdeckungen" kauffähig gemacht werden sollen.

Aehnliche Verzerrung mit sichtbarem politischem Missbrauch stellt die Gruppe dar, in der der bekannte USA-Politiker Robert Strange Mc Namara aktiven Anteil hat. Dreimal im Jahr versammeln sich die Initiaten bei Vollmondschein und bestätigen sich beim Klang der koto, der einsaitigen Hindu-Mandoline, ihre pazifistische Einstellung. Im April/Mai trifft man sich zu einem nächtlichen Fest unter der Bezeichnung "Wesak". Ein in Washington errichteter "Temple of Understanding" zählt ebenfalls diesen Verteidigungsminister einer Grossmacht zu seinen Jüngern.

*195 – Der Missionar R. Spence Hardy schrieb bereits 1850: "Das Kloster ist der gewöhnliche Ort zum Beten für die Dorfbewohner, und das besonders dort, wo der Dämon, der die Ausbreitung britischen Einflusses begleitet, der Verkauf vergiftender Getränke, noch nicht seinen Eingang gefunden hat." Und Bechert (I, S. 119) setzt dem hinzu: "Der zweifellos berechtigte Vorwurf, dass die Kolonialmächte aus wirtschaftlichem Eigennutz und zum Teil auch, um den Widerstand gegen ihre Herrschaft zu demoralisieren, den Verkauf von Branntwein förderten, wurde zu einem der wirksamsten Argumente der nationalen Bewegung."

Wir beachten: Genau so ist heute das Argument gegen Pornographie und anderen sittlichen Unrat eines der wirksamsten Argumente gegen die Herrschaft von Freimaurerei und Zionismus.

Auch in Deutschland haben ja selbst die letzten Jahrzehnte in Millionen von Menschen nicht den guten Willen zur Formung einer sittlichen Gemeinschaft zerstören können. Es erfüllt aber den Betrachter mit Trauer, wenn er sehen muss, wie dieser gute Glaube von Personen missbraucht wird, die man im Einzelfall als Scharlatane, als krankhaft Ehrgeizige, als bewusste Betrüger oder gar als bezahlte Agenten fremder Interessen von hier aus bereits hat erkennen können. Angesichts der Flut von Verdrehungen und Verleumdungen, die von diesen Quellen täglich ausgeht und jeden grösseren Zusammenschluss so geschickt zu verhindern weiss, sollte man meinen, dass eine allgemeine Gesundung nur möglich ist, wenn Abstand davon genommen wird, im Namen Dieses oder Jenes zu missionieren, vielmehr unter Ausschaltung alles Persönlichen Lebensgrundsätze vorgelebt werden (und zu ihrer Einhaltung eingeladen wird), die bei allgemeinerer Anerkennung automatisch nur noch die guten Hausgeister in unserem Volke zulassen. Wenn allgemein und streng mit entsprechenden gesellschaftlichen Folgen jegliche Art von Verleumdung, Betrug, Neid und Missgunst gegenüber anderen Volksangehörigen geahndet werden, haben wir die Grundlage geschaffen, auf der unser Volk vor dreissig Jahren schon einmal stand. Der geschichtlich einmalige Sturm, mit welchem wir damals alles überrannten, was sich uns in den vier Himmelsrichtungen entgegenstellte, zeigte, wie stark unsere sittliche Basis in jenen Jahren war. Erreichen wir diese gleiche hohe Sittlichkeit wieder, diese unbedingte Volksgemeinschaft, so sind wir auch wieder so stark wie damals, und damit in der Lage, uns von den derzeitigen Fesseln ebenso zu befreien, wie es die buddhistische Welt in gleicher Weise verstanden hat.

*

DER IRAN

Die volkreichsten mohammedanischen Staaten liegen nicht im nordafrikanisch-arabischen Raum, sondern in Asien. Man hat oft den Eindruck, dass man diese Tatsache nicht nur im atheistischen Westen sondern auch in Israel übersieht. Der Islam ist nämlich hier im mohammedanischen Asien gerade heute von ausgesprochener Virulenz. Täglich wird von der Errichtung neuer Moscheen in diesen und in den noch weiter östlich liegenden Missionsgebieten bis hin zu den Fidschi-Inseln und Japan berichtet, und im Konflikt zwischen Russland und China spielen die ideologisch bis heute nicht auf Vordermann gebrachten Anhänger des Propheten eine nicht unwichtige Rolle.

Bedenken wir die positiv mohammedanische Haltung des heutigen Persien, so haben wir damit bereits den Schlüssel für Aussen- wie Innenpolitik jenes Staates in Händen. Hat "die Religion für die Gemeinschaftsbeziehungen der Menschen zu allen Zeiten ungeheure Bedeutung gehabt"(*196), "war echte Gemeinschaft auf der Basis lebendiger Religion möglich", so ist mit dem dauernden Bekenntnis zum Islam Persien die Grundlage für eine Staatsformung und -erhaltung gegeben, die gerade an diesem historischen Schnittpunkt der politischen und geistigen Kräfte besonders schwierig war und ist.

Wie überall auf der heutigen Welt erleben wir auch hier die Zersetzungsversuche einer materialistischen Welt, die sowohl direkt von New York aus wie auch auf dem Wege über dessen Ableger in Moskau ansetzt. Während dabei die Beziehungen zur Sowjetunion im Norden in tragbare Bahnen gelenkt werden konnten, schlägt der ideologische Satellit der Moskowiter im Süden aber immer wieder über die Stränge. Sucht man im Irak nach dem schwarzen Mann, der schuld haben soll an den innerpolitischen Fehlschlägen, so findet man ihn schnell und gerne im kaiserlichen Iran. Das Jahr 1969 war voll derartiger Angriffe, ja Anpöbelungen. Unter der Behauptung, die Kurden gegen die Regierung in Bagdad aufgewiegelt zu haben, wurden die diplomatischen Vertreter des Iran des Landes verwiesen.

Hinzu kommen die traditionellen Differenzen um den Schiffsverkehr im Schatt-al-Arab, dem Mündungsarm von Euphrat und Tigris. Monatelang standen sich an diesem Grenzfluss Truppen beider Staaten Gewehr bei Fuss gegenüber. Dabei ist der Iran darum bemüht, seine alte, vorbritische Position darüber hinaus im Persischen Meerbusen soweit wie möglich wieder zu erlangen. Zwanzig Prozent der Bevölkerung von Bahrein sind Perser. Bis zur Herstellung der Autobahn von Er Riad nach Qatar ist es leichter, von der Südküste des Golfes aus mit dessen Nordküste als mit den arabischen Staaten irgendwo dort hinten in der Wüste zu verkehren. Auch militärischer Schutz ist daher leichter vom Norden zu bekommen. So hat der Scheich von Fujaira dem Schah eine Luftwaffenbasis zur Verfügung gestellt, und der Herrscher von Ras al-Khaima hat in sämtlichen vier Dörfern seines Reiches je eine Filiale einer persischen Bank einrichten lassen. Laufend besuchen die Oberhäupter der Emirate am Golf den Schah in Teheran. Dass alle diese Bemühungen nicht gegen den grossen Nachbarn auf der arabischen Halbinsel gedacht sind, ergab sich dann im April 1970 aus der Tatsache, dass die Aussenminister Sa'ud-Arabiens und des Iran einen gemeinsamen Verteidigungspakt in Arbeit nahmen. Das von den Briten geschaffene Vakuum an diesen Küsten wird also bereits von den verantwortungsbewussten Anrainern aufgefüllt, bevor es zu einer Ausweitung des irakesischen Hexenkessels kommen kann.

Beide Ordnungsmächte im Nahen Osten, Sa'ud-Arabien sowohl wie der Iran, betreiben eine beachtliche Aussenwirtschaftspolitik. Der Iran errichtet

sowohl in Madras/Indien wie in Marokko Oelraffinerien, der Hafen Bender Abbas wird zum Freihafen ausgebaut und durch eine Autobahn mit dem internationalen Verbindungsweg verbunden, der von der Türkei bis nach Indien reicht (und dem parallel die Verbindungsbahn zur Türkei von Täbris nach Kutur sich in Konstruktion befindet). Der Besuch des Schahs in Indien führte zu einer Ausweitung der Handelsbeziehungen. Der CENTO-Pakt legte schon längst sein Schwergewicht auf wirtschaftliche Fragen. Die RCD (Iran, Pakistan, Türkei) ist von allem Beginn an nur rein wirtschaftlich gedacht gewesen. Indien wurde vom Iran ein Beitritt unter Beilegung der Differenzen mit Pakistan angeboten. Die hervorragenden wirtschaftlichen Beziehungen zur Sowjetunion unterstreicht die Investierung von 500 Millionen Dollar in eine Erdgasleitung zum nördlichen Nachbarn. Dieser errichtet dafür in Persien Stahlwerke und Maschinenfabriken. Dass in derartiger Aktivität die Weltbank nicht fehlt, ist nicht verwunderlich. Weltbankpräsident Mc Namara versprach dem Iran eine Anleihe von 400 Millionen Dollar, als er im November 1969 in Teheran nach dem rechten sah. Ein wirksameres Steuersystem wird jedoch auch hier (wie wir bereits im Falle Argentiniens u. a. erlebten) als Voraussetzung gefordert. Der neue Geist soll eben alle auch hier an die Kette legen.

*196 – Gustav Mensching, "Soziologie der Religion", S. 353.

*

AFGHANISTAN

Afghanistan konnte im Mai 1969 seinen 50. Unabhängigkeitstag feiern. Wenn wir erfahren, dass Lenin seinerzeit noch am gleichen Tage und als erster in der Geburtsstunde gratulierte, nimmt es nicht wunder, fünfzig Jahre später den sowjetischen Ministerpräsidenten Kossygin persönlich als Gratulanten in Kabul zu sehen. Ueberhaupt sind russische Gäste nicht selten südlich des Hindukusch: Podgorny war 1967 im Lande und Kossygin schon einmal im gleichen Jahre. Schah Mohammed Sahir besuchte seinerseits Mitte 1968 Moskau, sein Ministerpräsident nahm in jenem Jahre an den Feiern der Oktoberrevolution teil, und Marschall Gretschko besuchte Kabul im Dezember 1969.

Entsprechend eng sind auch die wirtschaftlichen Beziehungen, die im Anschluss an die Ausrüstung der afghanischen Armee von der UdSSR aus gepflegt wurden. Es versteht sich, dass diejenigen Teile der Infrastruktur des "Entwicklungslandes" bevorzugt fertiggestellt wurden, die für die Sowjetunion von Wichtigkeit sind: Eine panzerfeste Betonstrasse vom russischen Grenzort Turghungi über Herat bis nach Kandahar (von wo die Amerikaner dann die Strasse bis nach Kabul weiterführten) und der Ausbau des Strassennetzes im Landesteil nördlich des Hindukusch, sowie die Anlage einer Erdgasleitung, wobei der Export bezahlt wird mit der Errichtung einer Fabrik für chemische

Düngemittel in Mazar-i-Sharif. So rangiert die Sowjetunion mit ihrer Wirtschaftshilfe weit vor den USA und der BRD, die ausserdem hier noch im Felde liegen.

Die weitere Erschliessung des Landes für den allseits so sehr gewünschten "Fortschritt" stösst nun aber auf gewisse innerpolitische Schwierigkeiten. Es gibt nämlich zum Leidwesen der so auf Helfen Erpichten noch keine politischen Parteien im Lande. Man wählt in den Wahlkreisen bekannte Persönlichkeiten (zuletzt im September 1969), sodass das Parlament das bunte Bild der Völkerschaften des Landes widerspiegelt. In Wolesi Jirgah (Volkskammer) und Meshrano Jirgah (Senat) sitzen also die Vertreter der Paschtunen, Tadschiken, Uzbeken, Pamiri, der mongolischen Hezarehs, Belutschen und der hindustanischen Minderheiten, anstatt der Vertreter einer sozialistischen oder einer progressiven oder sonstwie schillernd benannten Partei. Da man aber mit solchen Parteien besser vorankommen würde bei der Inkraftsetzung des schon lange vorgesehenen Investitionsgesetzes für ausländisches Kapital, so verwendet man kurzerhand Schüler- und Studentenunruhen, (*197) um diese, wie im Juli 1969 geschehen, auszuweiten zu einer Demonstration zugunsten eines Parteienstatuts. Immerhin ist eine Bresche in die Mauer des nationalen Widerstandes geschlagen worden, indem das Handelsministerium sogar die Errichtung von Betrieben mit 100 Prozent Auslandskapital gestattet. Man kann also auch bezüglich Afghanistans von einem ausgesprochen günstigen Investitionsklima sprechen, von einer Morgenröte des Fortschritts. Das gute Leben der Vergangenheit, das die Priester des Neuen als "Unterbeschäftigung in Armut" aburteilen, wird bald schon dem hektischen Getriebe der anderen an das New-Yorker Kabel angeschlossenen Unterentwickelten gleichen, und vielleicht wird bald schon der Teufel in Person die Umerzogenen im Sessellift auf den Pamir hinaufbefördern, um ihnen von oben dann "allen Reichtum zu Euren Füssen" anzubieten. Wenige nur werden ahnen, was sie verloren.

---

*197 - Wenn man weiss, nach welchen Gesichtspunkten neuerdings in Westdeutschland Auslandslehrer ausgewählt werden, wenn man deren Ausbildung auf den pädagogischen Akademien kennt, wenn man sich ansieht, welches Unterrichtsmaterial die BRD hinaussendet, dann wundert es uns nicht, unter den revoltierenden Studenten im Herzen Kabuls in erster Linie die Absolventen der dortigen deutschen Nedjat-Schule zu sehen. Es müssen derartige Vorgänge als Alarmzeichen aufgefasst werden. Die Regierungen müssen hinfort von sich aus ihr Augenmerk auf diese Infiltration richten. Sie müssen sich das Recht der Zurückweisung subversiver Pädagogen wie Missionare ausdrücklich ausbedingen und müssen vor allem eine sehr strenge Kontrolle der Unterrichtsmittel und der Unterrichtsträger durchführen. Dabei ist wohl in erster Linie die Elternschaft hinzuzuziehen, und dieser muss die Möglichkeit gegeben werden, unter Umgehung der oft nur zu labilen wenn nicht freimaurerisch infiltrierten Schulvorstände das Eingreifen des Staates zu erwirken. Wenn wir erfahren, dass auf deutschen Auslandsschulen in Buenos Aires westdeutsche pornographische Illustrierte ausliegen und in die Schulbibliothek Bücher auf-

genommen werden, die den Kampf gegen alle Autorität fordern, die Begriffe wie Vaterland und Volk und Glauben in den Schmutz ziehen, so ist die bisherige lasche Kontrolle derartiger Vorgänge schlechterdings nicht mehr vereinbar mit den Worten nicht zuletzt des argentinischen Staatspräsidenten selbst.

*

PAKISTAN

Am 28. November 1969 legte Präsident Yahya Khan die Grundsätze fest, nach denen das Land mit Ablösung der Militärregierung geführt werden wird:

Die Verfassung wird islamischen Charakter haben und so die Ideologie wahren, auf welcher Pakistan gegründet wurde.

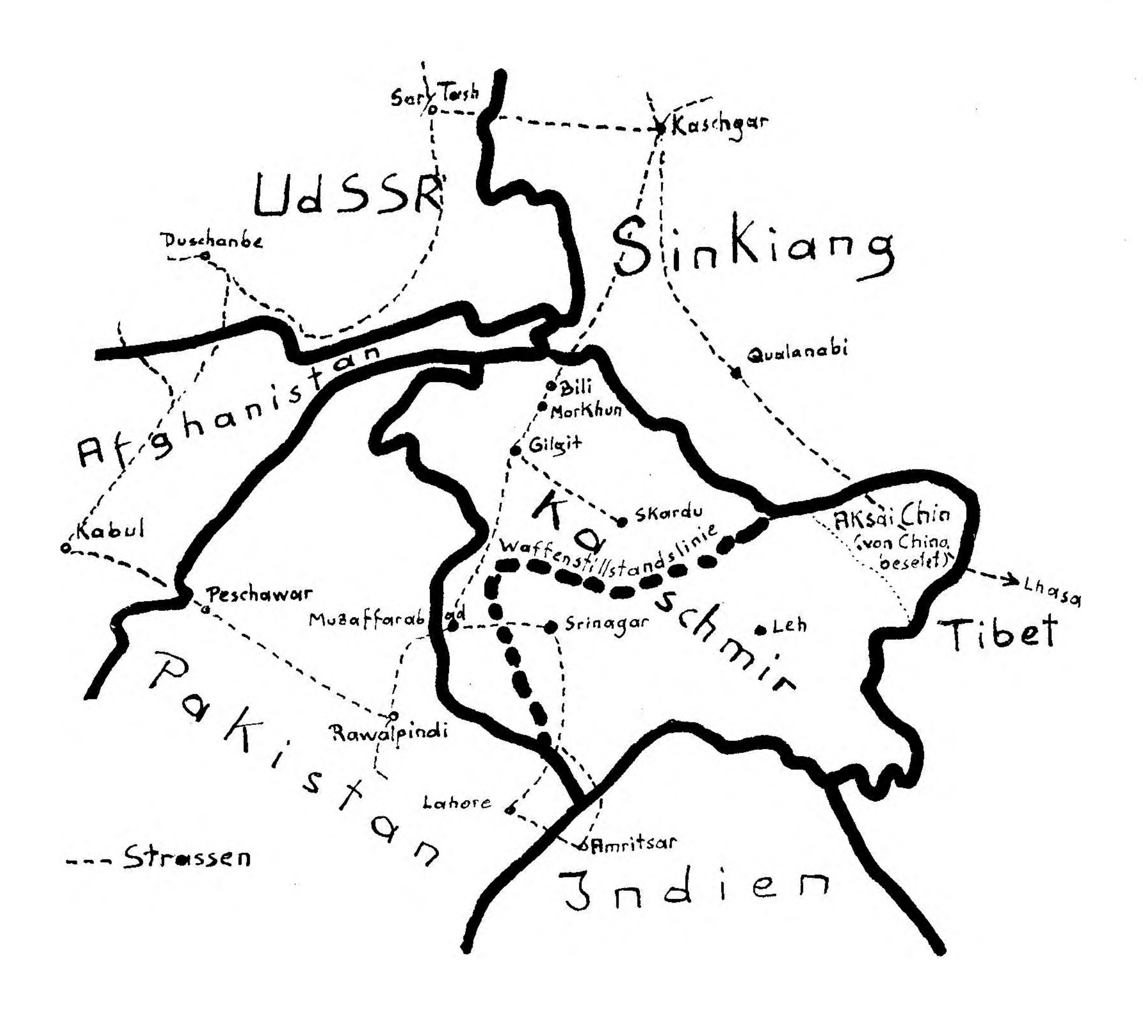
Parlamentarische bundesstaatliche Form der Regierung.

Direktes Wahlrecht der Erwachsenen.

Grundrechte der Staatsbürger und ihre Durchsetzung durch die Gerichte.

Unabhängigkeit der Rechtssprechung und ihre Rolle als Hüter der Verfassung.

Zu dem ersten, wichtigsten Punkt führte der Minister für Information und Nationale Angelegenheiten, Nawabzada Sher Ali Khan, am 30. Januar 1970 noch weiter aus: "Das Ziel unserer Gesellschaft ist die Entwicklung eines Islamischen Wohlfahrtsstaates, eines Staates, der an nichts gebunden ist bei der Schaffung einer gerechten Gesellschaft zum Ziele der wirtschaftlichen, sozialen und moralischen Wohlfahrt des Volkes auf der Basis der unabänderlichen Grundsätze des Islams. Unsere gesamte Politik, sei sie nach innen oder nach aussen gerichtet, ist an diesem Grundpfeiler zu testen. Pakistan ist die Verkörperung der Aspirationen der Mohammedaner auf diesem Subkontinent, um ihren Glauben, ihre Kultur und ihre Lebensweise in Einklang mit den islamischen Ideen und Werten zu erhalten." Und Aga Khan ergänzt in einer Rede am 6. Februar 1970 vor der Universität von Sind: "Nach dem Zusammenbruch des Ottomanischen Reiches wurde der grösste Teil der mohammedanischen Welt in der einen oder anderen Form dem Willen des Westens untertan ... Eine von vielen Folgen war, dass das islamische Konzept vom Staat durch aktiven Eingriff und mit der Zeit zerbrochen und ersetzt wurde durch Konzepte, die in ihrem gedanklichen Ursprung wie in der tatsächlichen Ausführung westlich waren ... So entstand ein langanhaltendes Vakuum für die Eigenverantwortlichkeit der Mohammedaner auf diesem Feld, und dieses Vakuum seinerseits verursachte eine tiefgehende Apathie gegenüber den Problemen islamischer Staatwerdung ... Hätten die Mohammedaner in der jüngeren Vergangenheit Gelegenheit gehabt, ihr eigenes Geschick zu bestimmen, ohne Zweifel wären geeignete Institutionen entstanden, die den Notwendigkeiten des technischen und materialistischen Zeitalters entsprochen hätten ... Wir spielen deswegen eine besondere Rolle in der Welt des Islams, weil wir als zahlenmässig stärkste Nation inmitten einer der dynamischsten Regionen des Islams zusammen mit dem Iran und der Türkei im Rahmen der RCD eine Aufgabe haben, die für



GRENZEN UND VERKEHRSWEGE AM DACH DER WELT

die gesamte Welt des Islams von Bedeutung ist, – weil andererseits der Vordere Orient noch auf Jahre hinaus in Kriegswirren verstrickt, kaum Kraft für hohe Gedanken haben wird, – und weil Nordafrika trotz seiner glücklichen Entwicklung insbesondere in Marokko und Tunis, nicht an unser Bevölkerungspotential heranreicht. So liegt Pakistan die geschichtliche Aufgabe vor, einen Moslemstaat zu schaffen. Pakistan wurde erdacht von Mohammedanern und für den Islam. So muss auch die Quelle unserer nationalen Motivation in der Zukunft weiterhin unser Glaube sein."

Und wir fügen diesen Bekenntnissen eine Stimme aus Ost-Pakistan an. Der Führer der Bewegung Mohibbane Pakistan, Maulana Bhashani, ruft auf zur "Islamischen Kultur-Revolution": "Wir schufen Pakistan im Namen des Islams und es ist unsere Pflicht, die Fahne des Islams weiter hoch in den Himmel wehen zu lassen. Aber es muss daran erinnert werden, dass Islam den Islam des Heiligen Propheten bedeutet, jenen Islam, der Gleichheit und Brüderlichkeit predigt, jenen Islam, der sich den Holdinggesellschaften und Monopolen widersetzt und der den allergrössten Wert legt auf soziale Gerechtigkeit. Ja, den lebendigen Islam des Heiligen Propheten ... Wir haben unser Leben künstlich gemacht. Wir äffen nur noch blindlings den Westen nach, und dieses künstliche Leben ist teuer, und so greifen korrupte Praktiken um sich in unserem Volk, Schwarzmarkt und Alkoholkonsum. Alles dieses muss ein Ende finden, wenn wir eine Islamische Gesellschaft begründen wollen. Mit einem allumfassenden Feldzug für Enthaltsamkeit müssen wir daher beginnen ... Unsere 96 000 Moscheen in Ost-Pakistan müssen eingesetzt werden für die Erziehung unserer Kinder. Ein unwissendes Moslemland ist ein Widerspruch in sich ... Keine andere Ideologie legt so viel Wert auf Gerechtigkeit wie die des Islams. Der Kommunismus ist deswegen heute so anziehend, weil er mit Ungerechtigkeiten aufräumen will. Die einzige Ideologie, die die Herausforderung des Kommunismus annehmen kann, ist der Islam. Der Islam aber ist ewig und seine Grundsätze und Werte gelten in allen Zeiten. Wir haben ihn nur zu säubern von den Schlacken der Missbräuche. So rufe ich auf zur Islamischen Kultur-Revolution hier in Ost-Pakistan, um das Hukumat Rabbani, das Königreich Gottes auf Erden, zu schaffen." Schon der Dichter Muhammad Iqbal, der geistige Vater Pakistans, lässt Lenin (!) nach seinem Tode zu Gott sprechen:

> "Du bist mächtig und gerecht, doch in deiner Welt
> Bitter sind die Zeiten für den unglücklichen Lohnsklaven.
> Wann wird stranden der Kapitalanbetung Schiff?
> Deine Welt harrt auf den Tag der Vergeltung!"

und die Engelschar pflichtet ihm bei:

> "Für die Liebe ist kein Platz.
> Maler der Ewigkeit, dein Gemälde ist nicht vollendet."

Allah aber befiehlt daraufhin den Engeln, "die Armen aufzurütteln und die Paläste der Reichen zu erschüttern, die Sklaven mit dem Feuer des Glaubens zu beseelen" (Sarkisyanz, S. 268).

Gerade heute, da die Freimaurerei den grossen Hetzfeldzug gegen den Glauben in Westdeutschland gestartet hat, da es billig verdientes Geld ist, wenn jemand einen Roman verfasst, der "vom Würgegriff der Inquisition in Toledo" schwafelt oder ein anderer stolz "alle Fundamente unseres Daseins wie Theologie und Moral in Frage stellt", wird der unter dem Einfluss dieser Zersetzungswelle stehende Leser über das eben Gesagte ebenso schnell hinweg

gleiten wie er die christliche Kultur-Revolution in Südamerika kurz beiseite schieben wird. Mit solcher Einstellung wird er nur bestätigen, dass er nicht mehr teilhat an der eigentlichen ENTWICKLUNG auf unserem Erdball. Man mag heute in Westdeutschland vergessen in welchem Geist der Bau der Reichsautobahnen begann, dass man damals mehr Wert legte auf die Schönheit der Formen im Rahmen der Landschaft als auf den kalten materialistischen Gewinn, und man wird meinen, dass auf der ganzen Welt heute nur noch die Verdienstmöglichkeiten als Motoren gelten, so wie es heute in Westdeutschland offizielle Richtlinie nicht nur beim Autobahnbau ist. Man wird sich so nicht nur selbst lebendig begraben im Beton und im Gelde. Man wird auch stumpf und taub werden für das, was an Leben sich auf der übrigen Welt rührt.

"Wir haben das irrtümliche und gefährliche Dogma des Westens abzulegen, welches uns einreden will, dass alle Wahrheit eine solche der Sinne ist. Wir haben alle unsere Schulbücher neu zu schreiben in Uebereinstimmung mit der Weltanschauung des Islams", fordert darum der Direktor der Iqbal-Akademie, Mohammed Rafiuddin, in der "Pakistan Times". "Die Behauptung, dass alle Wahrheit auf den Sinnen beruht, ist falsch, denn Wahrheit ist nicht nur das, was wir direkt durch unsere Sinne erfahren, sondern auch das, was wir indirekt durch Schlüsse erfahren, die die Gesamtheit unserer Sinne uns eingibt. Unser tägliches Leben ist viel mehr auf solchen Schlüssen aufgebaut als auf direkten Beobachtungen ... Der westliche Wissenschaftler hat Unrecht, wenn er behauptet, dass die Wissenschaft ohne einen vorgefassten Glauben möglich sei. Jegliche menschliche Aktivität geht aus von der Weltanschauung des Einzelnen, in welcher sie schwimmt. Und die Wissenschaft macht davon keine Ausnahme. Die Behauptung der westlichen Wissenschaft ist daher unannehmbar und in sich ein Widerspruch." Im Juli 1969 wurde so die Pakistanisierung aller Missionsschulen im Lande angeordnet, da "sie religiöse und kulturelle Doktrinen verbreiten, die unserem islamischen Konzept fremd sind und nicht unseren nationalen Wertvorstellungen entsprechen" (Kriegsrechtsadministrator Nur Khan). Und "Pakistan Times" setzt fort: "Es ist an der Zeit, die einflussreichen und mächtigen Zitadellen ideologischer Subversion endlich zu schliessen." Das, was in anderen Ländern mehr und mehr die westdeutschen Auslandslehrer bedeuten, nämlich Ansatzpunkte der Zersetzung und Zerstörung, der Aufwiegelung und des Kampfes gegen alle Autorität, das sind in den Ländern des Islams die westlichen Missionsschulen in den letzten Jahrzehnten geworden. Wir erinnern, dass ein auf seine Souveränität achtendes Land wie Portugal ebenfalls bereits vor Jahren sämtliche amerikanischen Missionen in seinen Ueberseeprovinzen schliessen liess.

Im Rahmen dieses Erziehungsprogramms soll die englische Sprache als Amtssprache allmählich abgeschafft werden und ab 1975 nur noch Urdu und Bengali zugelassen werden. Mit einem Erziehungsbudget von 9,25 Milliarden Rupien soll auch das Analphabetentum beseitigt werden. Eine "Armee des Wissens" aus Jugendlichen von 18 bis 22 Jahren soll nach absolvierter militärischer Laufbahn (und zwar mit preussischem Haarschnitt und nicht mit Mähnen à la Bundeswehr) und weiteren drei Monaten pädagogischer Schulung für jeweils 18 Monate auf die Dörfer geschickt werden und der Bevölkerung Lesen und Schreiben beibringen.

Mit einem solchen Programm beweist die Regierung des Generals Yahya Khan, dass sie das Heft Anfang 1969 tatsächlich aus tiefem Verantwortungsbewusstsein für das Land in die Hand genommen hatte. Damals stürzte Ayub Khan nach zehn Jahren "aufgeklärter Diktatur", doch konnte die "demokratische" Opposition die Wirren mangels klarer Konzepte und integrer Persönlichkeiten nicht nutzen, sodass das Militär erneut die Führung des Staats-

wesens übernahm. Besonders gefährlich waren diesem in jenen Wochen die im Ostteil aufflammenden Autonomiewünsche geworden. Zu dem innerpolitischen Kampf zwischen orthodoxen und islamischen Sozialisten kam das Problem der geographischen Zweiteilung. Die innerpolitische Entwicklung nahm im Ostteil schärfere Formen an als in der Westprovinz. Es kam zum regelrechten Bürgerkrieg zwischen der "faschistischen" Jama'at-i-Islam und der "prochinesischen" National Awami Party. Ihr Führer, der bereits erwähnte 86jährige mohammedanische Priester Bhashani, stellte in den weiten von ihm kontrollierten ländlichen Bezirken eigene Revolutionstrupps auf. Bevor wieder die Ordnung hergestellt worden war, schritt man überall zur Lynchjustiz und dürfte an 6 000 Anhänger der "Basisdemokratie" Ayub Khans aufgehängt haben. Auf belegten Tatsachen beruhende Berichte von der Korruption selbst in der nächsten Umgebung des gestürzten Feldmarschalls gaben Anlass für dieses Vorgehen.

In die Westprovinz wurden die bis dahin autonomen Fürstentümer Swat, Dir und Chitral im August 1969 eingegliedert. Einer vollständigen Flurbereinigung widersetzen sich jedoch nach wie vor die Fürstenstaaten Hunza und Nagar im Norden, die seinerzeit unter der Herrschaft Kaschmirs standen, sowie die sogenannten "Tribal Areas" im Nordwesten. Die dortigen Stämme wüssten, wie sie einen Eingriff in ihre Privilegien zu beantworten hätten. Da gerade heute wieder dieses Gebiet von einmalig strategischem Wert wurde – führt doch eine Autostrasse daselbst nach Tibet und verbindet so Pakistan und China direkt miteinander –, so sind Unruhen dort mehr als unerwünscht. Diesem Ziel der Beseitigung innerer Reibungsflächen diente dann die 1970 erfolgte Aufteilung Westpakistans in vier Gliedstaaten: Belutschistan (Hauptort Quetta), Nord-West-Front-Provinz (Peshawar), Sind (Haiderabad) und Pandschab (Lahore).

Welche eigentliche Bedeutung die "Basisdemokratie" Ayub Khans für das Land hatte, und welcher Art die Bindungen an das "befreundete" Ausland tatsächlich sind, ergibt sich aus den Verhandlungen, die das "Pakistan-Konsortium" mit seinem Klienten im Mai 1969 in Paris hatte. Dieses Konsortium, das heisst diese Vereinigung der selbstlosen Freunde Pakistans, besteht nämlich aus Weltbank, USA, Kanada, Grossbritannien, Frankreich, Italien, BRD, Holland, Japan und Schweden. Pakistan erbat von diesen lieben Mitmenschen 500 Millionen Dollar für das Jahr 1970. Dazu schreibt die "NZZ" wörtlich: "Die grössten Sorgen bereiten den Pakistanern indessen die gegenwärtigen Kreditkonditionen und die zu einer schweren Bürde gewordenen Rückzahlungsverpflichtungen. Während bereits im Finanzjahr 1966/67 die Zuwendungen von seiten der Weltbank und der amerikanischen Import-Export-Bank nicht einmal mehr die Schuldentilgungssumme erreichten, hat sich diese Relation inzwischen auch gegenüber anderen Konsortiumsmitgliedern immer mehr zu Lasten Pakistans verändert. Nach jüngsten Berechnungen der pakistanischen Planungskommission reduzierte sich der effektive Kreditzufluss aus der BRD dadurch um zwei Drittel seines eigentlichen Wertes und der Nettobeitrag Frankreichs erreichte nur 15 Prozent des ursprünglichen Darlehens. Zur Verschärfung dieses Missverhältnisses trugen ferner die durchweg hohen Preise der kreditgebundenen Warenlieferungen bei, die manchmal bis zu 100 Prozent über dem Weltmarktniveau liegen."

Während Pakistan unter derartigen gigantischen Schwierigkeiten den Status eines technisch modernen und doch unabhängigen Staates zu erreichen sucht, spiegelt sich in seiner Aussenpolitik das gleiche Streben. Der bereits erwähnte Informationsminister Sher Ali Khan sagt dazu: "Da Pakistans Ziel die Errichtung eines Islamischen Wohlfahrtsstaates ist, folgt daraus logischer-

weise, dass es nicht in Konflikte verwickelt werden kann und darf, die mit diesem Staatsziel in keiner Beziehung stehen. Des Landes Aussenpolitik ist daher bilateral, das heisst, dass wir dabei auf unsere Interessen sehen und deswegen auch abseits der Rivalitäten der Grossmächte stehen ... So ist Pakistan eines der wenigen Länder, die freundliche und herzliche Beziehungen haben mit den drei Supermächten der USA, UdSSR und China. So ist ein Eckstein unserer Politik, dass wir die Ideologie anderer Völker respektieren und als Dank sehen, dass man die unsere respektiert. Wir freuen uns, dass wir in den UN anerkannt sind als Verfechter internationaler Gerechtigkeit und als Verteidiger der Schwachen gegen den Stärkeren ... man kennt dort unsere aktive Identifikation mit der afro-asiatischen Sache ... Im Gegensatz zu anderen Ländern haben wir acht Landgrenzen zu verteidigen und nicht nur vier, zwei Lufträume, und nicht nur einen, und die Verantwortung der Marine ist ebenfalls doppelt so gross, wenn nicht mehr."

Dieses aussenpolitische Balancespiel war 1969 in Gefahr, als Kossygin eine wirtschaftliche südasiatische Region aufbauen wollte und in Kabul wie Teheran bereits Zustimmung gefunden hatte. In Islamabad aber befürchtete man, damit die chinesische Freundschaft zu verlieren, und diese meint man dringend zu benötigen, solange die ernsten Differenzen mit Indien nicht beigelegt sind. Selbst auf die handgreifliche Gefahr hin, die Beziehungen zu Indien noch weiter zu verschlechtern, begab sich vielmehr Luftmarschall Nur Khan im Juli 1969 nach Peking und beantwortete damit die russischen Bemühungen. Als dann im September des gleichen Jahres erstmalig wieder Händler aus dem Sinkiang über die uralte Seidenstrasse nach Gilgit im Norden Pakistans kamen, da unterstrich der chinesische Karawanenführer diesen Vorgang noch mit den Worten: "Wir haben nicht nur Ware mitgebracht, sondern die Freundschaft des chinesischen Volkes für das pakistanische, die wichtiger ist als jede Ware." In Delhi war man ausgesprochen verschnupft und protestierte über den hier durchgeführten Strassenbau. Die bald danach eintreffende Meldung von der Präsenz chinesischer Kriegsschiffe im sogenannten Indischen Ozean dürfte Delhi dabei genauso weiteres Kopfzerbrechen bereiten, wie die Fertigstellung der bedeutenden Munitionsfabrik von Ghazipur in Ostpakistan mit chinesischer Hilfe (April 1970).

Entzieht man sich also einer Stellungnahme zwischen Moskau und Peking, so bekennt man sich um so leidenschaftlicher zu der Sache der Brüder im Mittleren Osten. Eine "Pakistan United Front for the Liberation of Baitul Maqdis" (der Moschee in Jerusalem) wurde am 25. August 1969 in Karatschi gegründet, eine "Pakistan-Eritrea-Solidarity Society" sah im November 1969 das Licht der Welt, eine "Anti-Israel-Conference" wurde von der National Awami Party in Lahore im November 1969 abgehalten; als die Freimaurerloge in Multan sich auflöste, wurde ihr Gebäude versteigert und der Erlös sinnigerweise der Al-Fatah überwiesen; und Präsident Yahya Khan selbst forderte in mehreren sehr scharfen Appellen "gemeinsame Aktion der gesamten moslemischen Welt gegen den kirchenschänderischen Akt in Jerusalem". Hinzu fügen aber müssen wir, dass diese Leidenschaft jedoch auch gefundenes Fressen ist für die systematischen Brunnenvergifter, wenn wir Pakistan dann sehen als Gegner Portugals (Sicherheitsrat 9.12.69) oder Südafrikas, um auf diesem fernliegenden Feld die Ziele der Freimaurerei voranzutreiben, jener also, die nichts sehnlicher aktiv herbeiwünschen als die Aushöhlung des Islams, die Entseelung der Welt völkischer Apartheid und religiöser Eigenständigkeit.

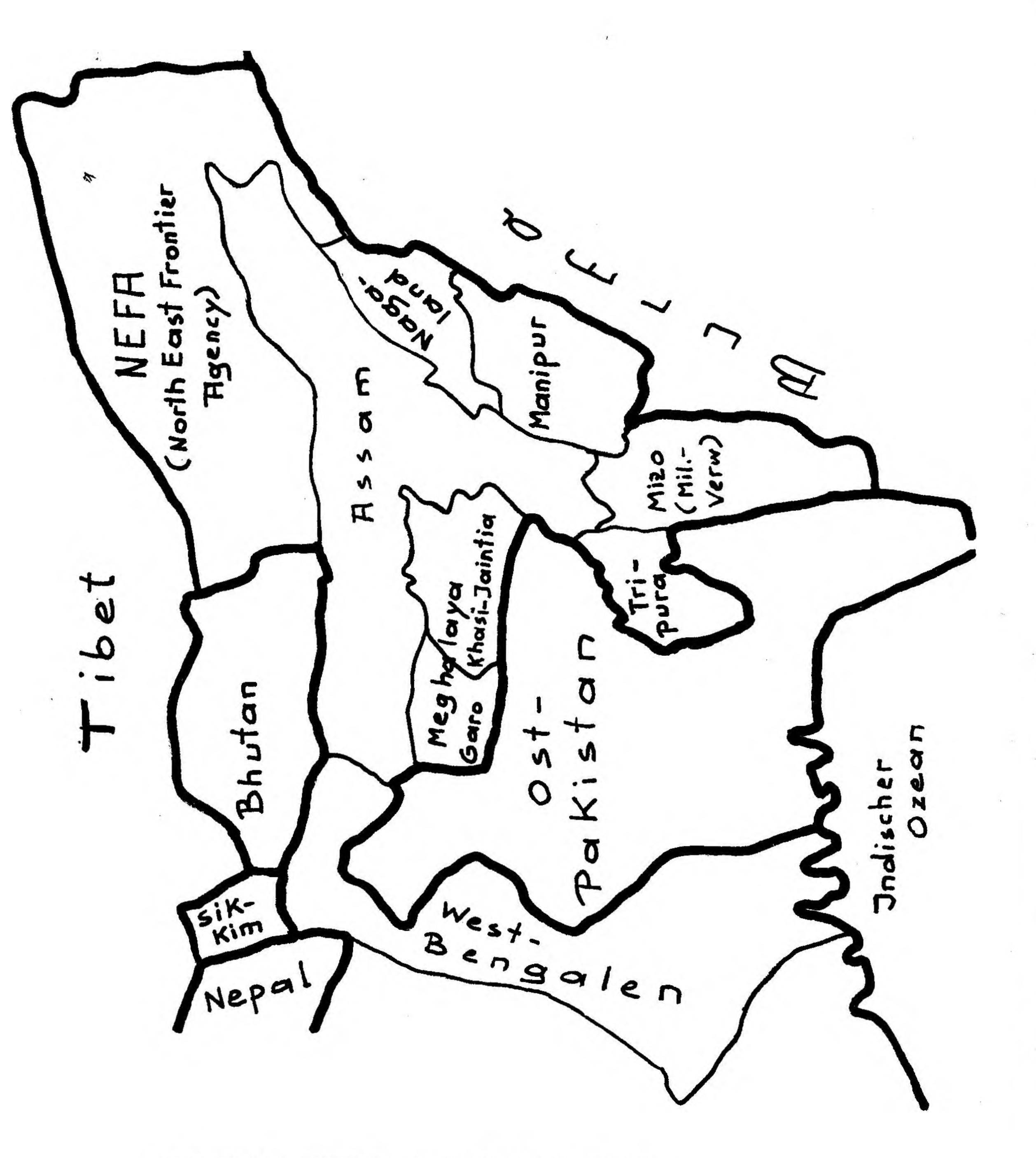
*

INDIEN

Im Gegensatz zu allen benachbarten Staaten hat Indien sich bewusst als säkularer Staat etabliert. Das heisst, dass Religionszugehörigkeit und auch Volkszugehörigkeit vor dem Gesetz überhaupt keine Bedeutung haben. Das heisst, dass das freimaurerische Staatsideal einer Gesellschaft ohne Gott und ohne völkischen Zusammenhalt geschaffen werden sollte. Es ist danach geworden.

Das britische Kaiserreich Indien sollte nach dem Willen derjenigen, die das Steuer in der Hand hatten, mit dem Aufhören der britischen Herrschaft als G a n z e s zu einem Staat werden, der weder völkische noch religiöse Unterschiede noch als wesentlich ansah. Man traf sich dabei mit denen, die als indische "Nationalisten" eine indische "Nation" nur für möglich hielten nach Ausschaltung der Religionen und hundertfach vielfältigen Sprachen der einzelnen Völkerschaften in diesem zunächst nur geographisch umrissenen Gebilde. Man wollte für 250 Millionen Menschen ein Gebilde aus der Retorte der Freimaurerei schaffen, welches sich nach dem westlichen Vorbild der Vereinigten Staaten ausrichtete und welches seinerseits zum Vorbild für ganz Süd- und Südostasien werden sollte. Dieser grosse Schlag gegen die Lebenselemente eines ganzen Kontinents schlug fehl. Mit der 1947 endlich zugestandenen Aufteilung in Pakistan und Indien gelang das erste "Biafra" dieser Zeit im Kampf gegen die weltweit versuchte Völkerknebelung und Religionszerstörung. Nur unter ungeheuren Blutverlusten – das muss betont werden – konnte der Sieg gegen eine ganze Welt von gutorganisierten Feinden errungen werden. Betrugsmanöver reihte sich – ähnlich wie bei den späteren Manövern gegen Rhodesien – an Betrugsmanöver in den pausenlosen Verhandlungen, um den erstrebten säkularen Staat doch noch aus der Taufe heben zu können. Doch es siegte der grosse Jinnah mit seiner "Zwei-Staaten-Theorie".

Dabei hatte man eigentlich den anderen Ausgang von sehr langer Hand und gründlichst vorbereitet. Nicht erst nämlich der gottlose (Smith: "agnostic") Nehru hatte (und zwar mit wörtlichem Hinweis – schon 1933 – auf das Beispiel, das ihm der Freimaurer Kemal Atatürk geschenkt hatte) mit seinem National Congress die Errichtung eines nackten modernen Staatswesens angestrebt. Die Anfänge zu solchem Ziel wurden vielmehr schon mit dem allerersten Landgang gelegt, den Mitglieder der britischen Ost-Indien-Kompanie am Objekt ihrer Wünsche taten. "Eine (und zwar die von Anfang an bestimmende) Religionspolitik (der britischen Regierung gegenüber Indien) wurde ihr durch die kommerziell-imperialistischen Motive ihres Vorgehens diktiert" (*198) ... "Die Politik der religiösen Neutralität, die als solche vom XVIII. Jahrhundert klar formuliert worden war, stand in perfektem Gleichklang mit der kommerziell-imperialistischen Rolle." Dabei hätte man angesichts der bisherigen Kolonialpraktiken in Asien (Portugiesen, Spanier, Holländer) alles andere als eine solche Einstellung erwarten können. Versuche im Parlament, dennoch eine amtlich unterstützte christliche Missionstätigkeit der Church of England in Indien zu erreichen, schlugen immer wieder fehl (so etwa 1793). Die Direktoren der Ost-Indien-Kompanie, allesamt Logenbrüder, erklärten (und ganz und gar nicht etwa aus moralischen Gesichtspunkten heraus), "dass die Hindus ein genau so gutes Moral- und Glaubenssystem wie die meisten übrigen Menschen haben und dass es daher Wahnsinn ist, sie bekehren zu wollen"(*198a). "Die Politik religiöser Neutralität war eben Ausfluss des wichtigsten Gegenstandes der East-India-Company. Und das war der Handel" (Smith, S. 68). "Mit der Ausdehnung des indischen Reiches vertiefte sich auch die



DIE GRENZEN ZWISCHEN INDIEN, TIBET UND BURMA

Der Nordosten Indiens. Voelkische und religioese Charakteritisk war staerker als der Wille zum saekularen Staat.

Ueberzeugung, dass religiöse Neutralität ebenso gesunde Reichspolitik wie gutes Geschäft bedeutete" ... "Nervöse Direktoren warnten immer wieder vor "indiskreter" und "taktloser" Unterstützung der Missionare" (Smith).

"Die Konzeption vom säkularen Staat (der dann also eine Trennungswand nicht nur zwischen sich und die christliche Kirche, sondern gegenüber vor allem auch den örtlichen Religionen aufrichtete) entspringt der liberaldemokratischen Tradition des Westens" (Smith, S. 3). Es gab wohl Beispiele religiöser Toleranz im vorbritischen Indien (Angehörige der jeweils anderen Religion wurden in höchste Staatsämter eingesetzt), doch sowohl im hinduistischen wie im mohammedanischen Indien waren Staatsorgane mit der Betreuung der religiösen Einrichtungen betraut und übernahmen vielfach deren Schutz und Erhaltung. Die Idee von der Trennung von Kirche und Staat ist daher völlig unindisch, ist diesem Subkontinent aufgetragen worden von einer Gruppe, die meinte, so ihre Herrschaftswünsche und ihre materiellen Interessen in einem exotischen Lande, dessen Magnetnadeln bislang anders ausschlugen, als man es brauchte, einfacher und vollkommener durchsetzen zu können.

Ganz aus diesem Geist heraus wurde daher "die Gleichheit vor dem Gesetz" angestrebt. Schon recht bald wurde diese auf dem Gebiet des Strafgesetzes erreicht, doch schlugen alle Versuche auf dem Gebiet des Zivilrechts bis heute fehl. Die blutige Erhebung von 1857 war bereits eine Folge dieses, als "gefährlich für die Religion" angesehenen ausländischen Eingriffes. Der ganze Geist eines Anderson und Desaguliers (vgl. Kapitel "England"), den Vätern der britischen Freimaurerei, atmet aus der Erklärung der Königin Viktoria bei Annahme der Indischen Kaiserkrone: "Indem wir uns selbst fest verbunden fühlen mit der Wahrheit des Christentums und dankbar den Trost der Religion bestätigen, verzichten wir jedoch gleichzeitig auf das Recht und den Wunsch, unsere Ueberzeugungen irgendeinem unserer Untertanen aufzuerlegen. Wir erklären, dass es unser königlicher Wille ist, dass niemand wegen seines religiösen Glaubens oder Ueberzeugungen in irgendeiner Weise bevorzugt, belästigt oder beunruhigt werde, sondern dass alle die gleiche und unparteiische Protektion der Gesetze geniessen sollen. Und wir halten alle jene, die im Amt stehen, striktestens an, von jeglichem Eingriff in religiösen Glauben oder Anbetung unter Androhung schwerster Folgen Abstand zu nehmen."

Ein derart geführter Staat sollte dann eben eines Tages mit Abtritt der Engländer auch eine Verfassung erhalten, in welcher Gott nicht mehr existiert, so, wie diejenige der im konkreten Fall vorbildlich gewordenen Vereinigten Staaten von 1789 in ihrem Artikel VI ausdrücklich sagt: "Keine religiöse Ueberprüfung soll jemals verlangt werden als Teil der Qualifikation für irgendein Amt oder öffentliche Betätigung in den Vereinigten Staaten" (was dann Freimaurer Madison 1791 noch ergänzen liess: "Der Kongress darf keine Gesetze erlassen bezüglich der Einführung einer Religion noch darf er deren freie Ausübung verbieten"). Mit Hinweis auf Indien betont Smith (S. 17): "Man kann schwerlich die Bedeutung oder den Einfluss dieses grossen amerikanischen Experiments übertreiben." "Die Konzeption vom säkularen Staat ist westlich in ihrem Ursprung und enthält wichtige Elemente, die den traditionellen asiatischen Anschauungen und Praktiken entgegenstehen" (Smith, S. 24). "Many of the highest colonial officials were Freemasons, and they waged intensive press campaigns against the mission" ("Viele der höchsten Kolonialbeamten waren Freimaurer, und sie starteten heftige Pressekampagnen gegen die Mission", Smith, S. 47), "unterstützt von antiklerikalen Generalgouverneuren". Man kann sich bei Kenntnis der heutigen Verhältnisse in unserer nächsten Umgebung recht leicht vorstellen, nach welchem Prinzip in London diese Beamten ausgewählt wurden.

Doch selbst bei Berücksichtigung dieser also mehr als hundert Jahre wirkenden Freimaurererziehung ist das Ergebnis von 1947 bezüglich Indien recht überraschend. Denn ein Staat, in welchem die Religion zur Nebensache erklärt wird, ja, der diese amtlich überhaupt zu ignorieren versucht, wird in einem Lande errichtet, welches seit Menschengedenken "vorwiegend religiös" (Toynbee) ausgerichtet ist. Während die Nachbarn ihren seelischen Ruhepunkt im Islam (Pakistan) und im Buddhismus (Ceylon, Burma) oder gar im Hinduismus (Nepal) wiederfinden, bestimmt die synthetische, von einer ausgesprochenen Minderheit ausgearbeitete und vorgelegte Verfassung Indiens nach westlichen konstitutionellen Vorbildern in Artikel 25:

> "Soweit sie sich nicht gegen die öffentliche Ordnung, Moral und Gesundheit sowie gegen die weiteren Einschränkungen dieses Artikels richten, haben alle Personen gleiche Gewissensfreiheit und das Recht, Religion frei zu bekennen, auszuüben und zu lehren."
> "Nichts jedoch in diesem Artikel soll die Ausübung irgend eines bestehenden Gesetzes verhindern oder den Staat hindern, Gesetze zu machen,
> (a) welche irgendwelche wirtschaftliche, finanzielle, politische oder anderweitige säkulare Tätigkeit, die ausgeübt wird in Zusammenhang mit religiöser Praxis, regulieren oder einschränken;
> (b) welche in der Absicht der sozialen Wohlfahrt und Reform oder dem Oeffnen der hinduistischen religiösen Institutionen für alle Klassen und Sektionen der Hindus dienend, erlassen werden."

Mit den letzten beiden Absätzen aber greift sie sofort religiöses Brauchtum und religiös fundierte Gesellschaftsformen in massivster Form an, insbesondere natürlich solche, die (wie das Kastenwesen oder die Heiligkeit der Kühe) im (eigentlich ja wohl kaum zuständigen) Westen als unsozial angesehen werden. Besonders das Oberste Gericht Bombays zeichnete sich bald schon aus durch eine sehr enge Auslegung des Begriffs "Religion", wonach dieser im Sinne der indischen Traditionen völlig verfälscht wird und "religiöse Gebräuche" als nicht dazugehörig angesehen werden. Letztere also darf der Staat einschränken oder verbieten, wie er es will. Während man stolz darauf ist, sich von der Religionsfeindlichkeit der Kommunisten wohlmeinend zu unterscheiden, geht man in subtiler Weise ganz den gleichen Weg, und Smith meint sogar ganz offen, "dass hoffentlich in zwanzig Jahren alle diese Fragen weitgehend uninteressant geworden sind", das heisst die Religion auf unblutigem Wege abgeschafft ist.

Alles, was wir im übrigen von Indien hier zu berichten haben ist Ausfluss dieser Situation, das heisst Folge der Zerstörung traditioneller Zusammenhänge zugunsten des Versuchs einer "vernünftigen" Regelung, die kommerziellen Interessen dient. Diese Regelung führt zu Korruption und zum Amtsmissbrauch und damit dann zur Gegenreaktion im Kommunismus als kleinerem Uebel gegenüber einer skrupellosen Schicht von Gaunern und Betrügern, die diese religionslose Gesellschaft im seelischen Vakuum hochzieht. Ideologische Verhetzung gottlos gemachter und daher ungezügelter Massen paart sich in dieser modern gemachten Welt dann mit religiösen Ausschreitungen, die infolge des so provozierten allgemeinen Gefühls der Unsicherheit bei allergeringsten Anlässen ausbrechen – und dann natürlich sofort als "Rassenpogrome und Schatten der Vergangenheit" (so der westdeutsche Journalist Hans Walter Berg) von denen bezeichnet werden, denen derartige grausige Ergebnisse der Freimaurerverfassung im bisher viel ausgeglicheneren Indien genau so schlecht ins

Konzept passen wie die aus gleichen Ursachen geborenen Rassenprobleme in den Vereinigten Staaten selbst. Nicht die "vernünftigen" Urheber dieser Blutbäder sollen verantwortlich sein, sondern diejenigen, die man aus ihrer seelischen Heimat mit materialistischen Riesenversprechen hinauspeitscht, und die jetzt an der Stelle eines unendlich weiten Himmelsraumes das schwarze Gitternetz eines bürokratischen Riesenoktopus um sich herum mit steigendem Entsetzen wachsen sehen. Denn:

Zunächst einmal ist festzustellen, dass es sich als völlig unmöglich erwies, die Religionen einfach zu ignorieren. Im Gegenteil, die Nichtachtung religiöser Bräuche, heiliger Stätten und anerkannter Autorität führte laufend zu immer ernster sich ausnehmenden blutigsten Ereignissen. Moslems, Katholiken wie Buddhisten stehen in latenter Feindschaft dem Staatsprinzip der vom Freimaurer Nehru einst geführten Kongresspartei gegenüber. Der Staat lebt überhaupt nur noch dank der Konzessionen, die er laufend den Religionsgemeinschaften und den Völkerschaften machen muss. Trotzdem man also jetzt ein Viertel Jahrhundert lang Gelegenheit gehabt hat, Erfahrungen mit dieser künstlichen Welt zu sammeln, beharren ihre Verfechter dennoch nach wie vor auf ihrer Durchsetzung, völlig unbelehrbar wie eben nur vernunftbegabte und fortschrittstrunkene Wesen ohne Kenntnis vom eigentlichen Leben es sein können. Hunderttausende von Toten können sie schon jetzt auf ihr Konto schreiben. Einen ganzen Subkontinent ins tiefste seelische Unglück gestürzt zu haben, ist ihr bereits geschichtlich feststehendes Verdienst. Wenn der ehemalige Wehrmachtschef, General Cariappa, allen Ernstes vorschlägt, die Verfassung ausser Kraft zu setzen und die Regierungsgewalt vorübergehend der Armee zu übertragen, so sieht man, wie weit man bereits mit der schönen "Demokratie" gekommen ist.

Da ist Ahmedabad, die Geburtsstadt Ghandis, aber auch die Stadt der Moscheen. Das heisst heute: der Trümmer ihrer Moscheen. Denn am 100. Geburtstag jenes Friedenspriesters (Arthur Koestler sagt erst kürzlich in seinem letzten Werk, wie abwegig alles war, was dieser Mann wollte, gerade für Indien abwegig war) kam es 1969 zu "einem lebendigen Zeugnis der ganzen Bestialität und des Barbarentums des Hinduismus bei den Schlachtszenen in dieser Stadt" (Chandar Geet, Mitglied des Indischen Parlaments und Augenzeuge der Vorgänge). "Man kann sich überhaupt nicht vorstellen, welche Barbarei und Wildheit hier sich darbot. Viele Moslems, denen man Hände und Füsse gefesselt, wurden lebendig ins Feuer geworfen und zu Tode geröstet." Ein anderes Mitglied des Indischen Parlaments, Chaudary Randheer Singh, sagt aus: "Die Hindus kennzeichneten die Häuser der Moslems und diese Häuser wurden dann angesteckt und ihre Einwohner verbrannt." Und die Dame, die diesem Staat vorsteht, Frau Indira Ghandi, stellt sich mitten in die Leichenberge und zwischen die verbrannten Häuser und Moscheen und die herumliegenden zerfetzten Koranseiten und behauptet: "Das ist das Werk pakistanischer Agenten." Und im Anschluss an diese sehr billige Ausrede wurden Tausende von Moslems für Freiwild erklärt. Man gab denen, die sich aus der Schlachterei gerettet hatten, fünf Yards Tuch und eine Eisenbahnfahrkarte: Raus aus der Heimat! Die Systematik, die in der Bekämpfung der Religion liegt, belegt die indische Zeitschrift in englischer Sprache "Main Stream": "Vor mir liegt ein Schulbuch für die 4. Klasse. Es beginnt mit einem Bild von Shivaji, wie er einen Moslem tötet. Einige Seiten weiter sieht man ein Hindukind eine Gruppe von Moslems abschlachten." Die Indian Muslim Federation of Great Britain spricht aus, was alle wissen, die die Entwicklung der religions- und volkslosen Freimaurerrepublik Indien seit Jahrzehnten beobachten: "Die Regierung ist verantwortlich für das organisierte und vorgeplante Geno-

cidium aller Minderheiten. Mehr als 800 Zusammenrottungen gegen Mohammedaner sprechen eine deutliche Sprache." Indiens Innenminister Chavan gibt zu, dass die Provinzregierung von den Absichten in Ahmedabad Kenntnis gehabt hat. Ein hinduistisches Flugblatt welches aufgefunden wurde, spricht wie ein Ilja Ehrenburg von den Deutschen: "Rush to Moslem areas with weapon and finish them." (Stürmt die Moslem-Wohngebiete mit Waffen und macht Schluss mit ihnen.) Wenn man ermisst, dass in Indien 60 Millionen Mohammedaner wohnen, ahnt man den Umfang dieses Verbrechens.

Doch die indische Regierung lässt nicht nur derartige Dinge straflos geschehen, sie überträgt ihr für die Innenpolitik so typisches Intrigantenwesen auch auf die internationalen Verhältnisse. Als man die Welt der Mohammedaner zur Islamkonferenz nach Rabat ruft, da meldet sich frech und schamlos auch Indien zur Teilnahme. Und der Press Trust of India verkündet, dass Indien teilnehmen wird, um die ideologisch uneinigen arabischen Staaten innerhalb der Welt des Islams mitzureissen zur Ablehnung der Schaffung eines Islam-Sekretariats, "denn wenn politischen Absichten ein religiöser Mantel umgehängt werden soll, so wird es in Zukunft Indien schwer fallen die arabische Sache weiterhin zu unterstützen." Mit diesem Tiefschlag versuchte Indien die dem New-Yorker Konzept gefährlich werdende Einheit der Welt des Islams zu unterbinden. So, wie einige Meridiane weiter westlich der Hochgradfreimaurer Scheel Spanien reif macht und auszuhöhlen versucht, bemüht sich die andere gehorsame Dienerschaft am Ganges um die Zerstörung der Welt des Islams. Man sieht, was in der Praxis übrig geblieben ist vom Selbstbestimmungsrecht der Völker in einer Welt, die keine Völker und Religionen mehr kennen will.

Die katholische Kirche geht in Indien, sowie in der übrigen Welt, offiziell den Weg des geringsten Widerstandes. Dabei tut sie dann allerdings Schritte, die nicht allgemein bei den Gläubigen Anklang finden. Mit päpstlicher Genehmigung wurde 1969 die Liturgie geändert. Danach zieht man am Eingang der Kirche die Schuhe aus. Man sitzt beim Gottesdienst auf dem Boden. Die Kniebeuge wird ersetzt durch eine tiefe Verneigung mit gefalteten Händen, in Anlehnung an den indischen Gruss "namaste". Beim confiteor legen sich die Betenden ausgestreckt auf den Boden. Oellämpchen ersetzen die Kerzen. In Bombay hagelte es Proteste gegen diese Assimilation an Ausdrucksformen, die von vielen Hindus selbst nicht mehr geübt werden. Vor allem fühlt man, dass mit derartiger Angleichung der ursprüngliche und im christlichen Missionsbefehl verankerte Wille zur Bekehrung der "Abergläubigen" einer Koexistenz weichen soll, die nichts anderes als Verwischung der religiösen Essenz bedeutet. Die katholische Kirche hofft dabei, ihre Anhänger zu Vorkämpfern für eine Reformierung der indischen Gesellschaft im Sinne der westlichen Welt zu machen, ohne dabei anstössig zu wirken als Nachkommen der einstigen Kolonialmacht. Im eigentlichen aber zeigen alle diese Bemühungen, dass man in Rom deutlich erkannt hat, was wir hier eingangs sagten: Die Religionen spielen auch im säkularisierten Indien immer noch eine überragende Rolle und man fährt darum gut, sich nicht allzu sehr mit landesfremden Zeremonien hervorzutun.

Dass die Idee von einem säkularisierten Staatswesen gescheitert ist, zeigt auch die Summe der Probleme, die der Buddhismus einer solchen areligiösen Verwaltung täglich einträgt. Der indische Grosskönig Asoka (273 - 236 v.Chr.) regierte sein Reich noch in Uebereinstimmung mit den Forderungen Buddhas. Doch ist dann der Buddhismus, der zur Aufrechterhaltung seines Sanghas der dauernden staatlichen Unterstützung bedarf, im eigentlichen Indien fast völlig verschwunden. Nicht zuletzt mögen finanzielle Gründe dafür mass-

gebend gewesen sein. (Bechert, S. 23) Ein gewisses Wiederaufleben des Buddhismus setzt erst nach Schaffung der Republik Indien ein. 1949 gelang es, den der buddhistischen Tradition heiligen Tempel von Buddha Gaya durch Gesetze des Staates Bihar wieder zu bekommen. Hinter diesen Bemühungen stand die Maha Bodhi Society, die zahlreiche Neugründungen buddhistischer Gemeinden vornehmen konnte. Die Republik Indien nahm sogar buddhistische Symbole in ihre Flagge und in ihr Wappen auf und versuchte, mit der Betonung geistige Heimat des Buddhismus zu sein, bessere Beziehungen zu den übrigen buddhistischen Staaten Südasiens anknüpfen zu können. Der 2 500. Jahrestag des Hinscheidens Buddhas (Parinirvana) 1956 wurde als offizieller Staatsfeiertag begangen. Eine regelrechte Massenbekehrung zum Buddhismus wird dann durch den in diesem Sinne seit 1950 tätigen Dr. Bhimrao Ramji Ambedkar eingeleitet, wie wir bereits in der Einleitung zu unserem Abschnitt "Asien" feststellen konnten, und stösst dann auf die dort ebenfalls bereits geschilderten gesetzlichen Schikanen der indischen Gesetzgebung.

Schützt die indische Zentralregierung also ihr fortschrittliches Konzept gegen das Eindringen religiöser Massenbewegungen durch entsprechende Gesetze, so hat sie es nicht so leicht mit dem alteingesessenen Buddhismus in der Grenzprovinz Ladakh. Dort ist der Einfluss der Lamas nach wie vor so beherrschend, dass "die Bevölkerung noch nicht für fortschrittliche Gedanken aufgeschlossen ist ... Die chinesischen Grenzbrigaden liegen oft nur wenige Kilometer entfernt. Aber noch nimmt der Ladakhi diese Realitäten nur in begrenztem Mass zur Kenntnis. Er fährt fort, Gebetsflaggen an seinem Haus aufzupflanzen, um die bösen Geister zu vertreiben; und Inder, Chinesen, Wohlstand und Transistorradios sind vergessen, wenn er seine Gebetsmühle dreht und das vertraute "Om mani padme hum" singt."("NZZ")

So wenig Verständnis wie die indische Zentralregierung von Natur aus religiösen Fragen entgegenbringt, zeigt sie bei völkischen Problemen. Immer nur dem Druck gehorchend gibt sie nach. "Es verbreitet sich die Ansicht, dass man bei der heute eher schwachen indischen Unionsregierung durch gewalttätige Ausschreitungen – und nur durch gewalttätige Ausschreitungen – seine Anliegen durchsetzen kann."("NZZ") Da war das Problem der von Corbusier entworfenen Stadt Chandigarh, die gleichzeitig von den beiden Staaten Haryana und Pandschab als Hauptstadt reklamiert und dann erst nach längeren Unruhen dem Pandschab zugesprochen wurde. Da ist das Problem der Telengana-Region um Haiderabad im Staate Andhra Pradesh. Man wünscht Trennung von den geschäftstüchtigeren Andhras in den Küstengebieten. Da sind aber auch ungelöste ideologische Risse. Westbengalen, dieser Gliedstaat, der Ostpakistan vom übrigen Indien trennt, und den die Zentralregierung vergebens mit direkter Intervention zu lenken versucht, ist mehrheitlich kommunistisch. Der indische Innenminister Chavan teilt im März 1970 mit, dass er Unterlagen dafür hat, dass den dortigen Untergrundbewegungen Waffen aus China und aus Pakistan geliefert würden. Gleichzeitig aber macht es der indischen Regierung überhaupt nichts aus, Kalkutta zum Hauptumschlagsplatz für russische Waffen in Richtung Nord-Vietnam und Laos zu machen und sich selbst Waffen und Düsenjäger aus Moskau zu holen.

Da ist aber vor allem auch dieser ganze Nordosten Indiens, in welchem das ursprüngliche landfremde Konzept vom Einheitsstaat völlig versagte. Erst nach stärkstem jahrzehntelangem Widerstand hat sich hier eine Organisation entwickelt, die den völkischen und religiösen Gegebenheiten Rechnung trägt und diese nicht einfach ignoriert, wie es die Freimaurerei tut. Zu den beiden dortigen ursprünglichen Gliedstaaten Assam und Nagaland sind (wie wir schon früher berichteten, siehe R 181) Unionsterritorien wie Tripura, Manipur und

Nefa getreten. Jetzt wurde der Staat Meghalaya, von dem wir ebenfalls schon früher sprachen, endgültig aus der Taufe gehoben. Er wird aus zwei Distrikten bestehen, deren Bevölkerung vorwiegend christlich ist. Die hinduistischen Nachbarn der Mikir und Cachar haben einen Anschluss abgelehnt, da sie fürchten, als Hinduisten von den Christen überspielt zu werden. Von dem neuen Staat Meghalaya berichtet der Korrespondent der "NZZ": "Die Führer wollen aus ihrem Staat kein Museum für Stammesbräuche machen. Sie suchen aber nach Wegen, wenn nötig auch unter Aufopferung einiger materieller Vorteile, um den fröhlichen, sorglosen Lebensstil des naturverbundenen Lebens in die moderne Zeit hinüberzuretten. Der Verstädterung zum Beispiel will man durch eine bewusste Dezentralisation entgegenwirken .... Begegnungen mit den Politikern Meghalayas vermitteln den Eindruck eines in Indien selten gewordenen Idealismus. Ripple Kyndiah, Bürgermeister der Landeshauptstadt Shillong, nennt als Leitmotiv für den Aufbau seines Staates ein Khasi-Sprichwort: "Tipriew, Tipblei" – erkenne den Menschen und erkenne Gott. Als besondere Aufgabe bezeichnen die Stammespolitiker ihre Mithilfe an der Integration auch der anderen Stämme Indiens. Sowohl den vom Ueberrolltwerden durch die moderne Zivilisation Bedrohten wie den ihr Heil in einem Ausbruch aus der Indischen Union Suchenden soll das Beispiel Meghalayas eine im Rahmen Indiens mögliche menschenwürdige Entwicklung demonstrieren."

Natürlich kennt auch Indien eine Landreform. Da aber auch hier nicht der Wunsch auf Schaffung einer gerechten Volksgemeinschaft an der Wiege des Gedankens stand, sondern der nach Beseitigung unabhängiger und darum gefährlicher Menschen, nämlich der bösen Landbesitzer, und deren Ersetzung durch politisches Stimmvieh, fehlt der Regierungsaktion die moralische Kraft, die einzig und allein eine derartig umfangreiche Aufgabe siegreich zu Ende führen könnte. Mächtige Interessengruppen, die bis ins korrupte Parlament und in die Regierung reichen, verhindern bereits seit Jahrzehnten eine klare Gesetzgebung bzw. deren Durchführung. In der Praxis haben sich längst die Grossgrundbesitzer mit dem zurechtgefunden, was ihnen als Höchstgrenze eines Tages zugesprochen werden wird. "Profitiert von dieser Mehrung der Landbesitzer haben aber nicht die im Gesetz vorgesehenen landlosen Bauern, sondern politisch und finanziell einflussreiche Kreise, die zusammen mit Elementen der früheren Feudalordnung zur führenden Schicht aufgestiegen sind."("NZZ")

Uebertriebene staatliche Kontrollen eines völlig korrupten Beamtenapparats und zu hohe Steuern behindern auch im allgemeinen die Wirtschaftsentwicklung des Landes. Die grossen Staatsbetriebe, die seit der Unabhängigkeitserklärung 35 Milliarden Rupien verschlungen haben, arbeiten mit immer steigenden Verlusten. Liberalisierung aber widerspricht der Grundidee der Kongresspartei und schon gar den Konzepten der ante portas stehenden Kommunisten. Im Gegenteil: Gegen sagenhafte Widerstände und mit köstlich zu beobachtendem Hin und Her werden die Banken des Landes verstaatlicht, nicht aber die ausländischen Banken. Man kann sich denken, dass das "Konsortium für Indien" in Paris im Mai 1969 das letzte Wort in diesem Konflikt sprach. Die Geldgeber der Weltbank, sowie Belgien, Dänemark, Deutschland, Frankreich, Grossbritannien, Holland, Italien, Japan, Kanada, Oesterreich, Schweden und die USA, hätten wohl kaum mehr etwas gegeben, wenn man ihre Banken geschlossen hätte. So aber spendeten sie für 1969/70 weitere 700 Millionen Dollar, darunter 100 Millionen Dollar Schuldenerlass. Das waren immerhin 100 Millionen Dollar mehr als im Jahr vorher. Sehen aber müssen wir diese westlichen Zusagen im Hinblick auf die russische Aktivität im gleichen Raum. Als Kossygin mit seinem Plan einer regionalen Zusammenarbeit von

Iran bis Indien aufkreuzte, da zeigte Delhi (ganz im Gegensatz zu Islamabad) grosses Interesse für solche Pläne. Schon 1966 gelang es ja Sowjetrussland, selbst Gegner wie Pakistan und Indien an den Konferenztisch in Taschkent zu bringen. Jetzt zieht es gleich zwei Karten, die militärische eines "Systems kollektiver Sicherheit in Asien" (mit unübersehbarer Spitze gegen Peking) und die wirtschaftliche (mit gleicher Absicht). Wieder aber soll einem Lande der zweite Schritt vor dem ersten aufgezwungen werden: Beitritt zu einem regionalen System, bevor es sich auf die eigenen Beine stellen konnte.

Dass es das noch nicht tun konnte, ist sicher nicht ausschliesslich eigenes Verschulden, obwohl der Vergleich mit dem glücklicher gefahrenen benachbarten China Maos sehr nahe liegt. Gerade die Wirtschafts-Beziehungen zur Sowjetunion spiegeln die ganze Skala der falsch angefassten Möglichkeiten. Aus innerpolitischen, ideologisch-ehrgeizigen Motiven heraus ging Nehru seinerzeit daran, eine Wirtschaft aufzubauen, die gemischt war aus staatlichen und privaten Elementen. Die Schwerindustrie gehörte danach in den staatlichen Sektor. Und hier wieder widersprach es dem Image der Regierung, sich ein schlüsselfertiges Werk von Ausländern hinstellen zu lassen, wie es etwa die Amerikaner für das Projekt eines Stahlwerks in Bokaro anboten. So liess man die Sowjets an den Bau. Es wurde das teuerste Stahlwerk Indiens (die anderen sind Bhilai, Durgapur und Rourkela). Die Sowjets verzögerten die Fertigstellung und rutschten damit in die Abwertung der indischen Rupie hinein, sodass eine Tonne Bokarostahl mit 2800 Rupien um fast 1000 Rupien über dem allgemeinen indischen Marktpreis zu liegen kommen wird. Von 65 in Zusammenarbeit mit den Sowjets vorgesehenen Industrievorhaben sind nur etwa 30 wenigstens teilweise fertiggestellt. Schlimmer aber ist noch, dass die meisten der fertigen indischen staatlichen Grundindustriewerke wegen mangelnder Aufträge nur etwa zur Hälfte überhaupt ausgelastet sind. "Die geringe Produktivität der indischen Staatsbetriebe macht ihre Erzeugnisse auf dem Weltmarkt hoffnungslos unterlegen."("NZZ") In dieser Lage aber kommt oft gerade aus Moskau wieder der rettende Engel, der auch solche Ware noch abnimmt und der seine eigenen Lieferungen nicht (oder wenigstens nicht allzu oft) in Devisen bezahlt haben will. Eine Abhängigkeit von der UdSSR ist die logische Folge. Ob diese aber gerade das liefern kann, was man am dringendsten benötigt, nämlich Rohstoffe wie Kupfer und Zink, ist noch sehr die Frage. Am einfachsten wäre es, man stellte die ambitiösen Pläne ein und sähe die Gegenwart realistischer, doch das ist in der heutigen innerpolitischen Situation unmöglicher noch als es zu Beginn der Freiheit war. Diese aber ist alles andere als erfreulich.

Denn, erinnern wir doch, was einst Ghandi forderte: Wichtigstes Ziel einer Nationalbewegung ist nicht die Befreiung von der Kolonialherrschaft, sondern die Emanzipation der Masse der Armen. Unabhängigkeit hat nur dann einen Wert, wenn sie vor allem den ärmsten Bevölkerungsschichten ein materiell, sozial und moralisch freieres Leben ermöglicht. In d i e s e r Hinsicht aber hat sich in Indien in all den Jahrzehnten seiner bisherigen "Unabhängigkeit" sehr sehr wenig geändert.

---

*198 - Donald Eugene Smith, "India as a Secular State", S. 65.
Smith bekennt eingangs ausdrücklich: "My point of view is that of one deeply committed to the principle of the secular state", und betont, dass seine Arbeit nur möglich wurde dank einer "Fulbright research grant". Er "ist der Carnegie Corporation of New York sowie dem Council on Religion and International Affairs sehr dankbar". Es ist also eine Arbeit, die von politisch interessierter Seite finanziert wurde und deren wissenschaftliche Objektivität daher nicht sichergestellt ist.
Ergänzend zog ich das Buch von Beatrice Pitney Lamb, "India, a world in Transition", heran, welches einen guten Ueberblick über das Werden der heutigen indischen Verhältnisse gibt.

*198a - Aus Frank Penny, "The Church in Madras", Smith, Elder & Co., London 1912, Bd. 2, Seite 2-4.

*

NEPAL

war bis 1947 formal unabhängig. Lediglich auf dem Gebiet der Aussenpolitik behielt sich Britisch-Indien die Führung vor. 1950 schloss dann das unabhängig gewordene Indien einen Friedens- und Freundschaftsvertrag mit Nepal, der seitdem wichtigstes Instrument der nepalesischen Aussenpolitik ist. Die Grenze zwischen beiden Staaten ist praktisch offen, und Hunderttausende von Nepalesen gehen ihrer Arbeit in Indien nach. Etwa 40 000 nepalesische Gurkhas dienen in der indischen Armee. Darüber hinaus befindet sich eine indische Militärmission in Katmandu, und indische Funker sind den nepalesischen Detachements an den 18 Grenzübergängen zwischen Nepal und dem chinesisch gewordenen Tibet beigesellt. Diese Bindungen aber werden nunmehr von Nepal als eine Beeinträchtigung seiner Souveränität empfunden. Dabei koppelt sich Innen- und Aussenpolitik in der Form, dass der König ein parteiloses System wünscht, dem die nach Delhi tendierende Partei "Nepal-Kongress" entgegen arbeitet, um eine parlamentarische Demokratie zu errichten. König Mahendra ernannte so im Mai 1969 in unvermuteter Ablösung des bisherigen Premierministers Surya Bahadur Thapa den bisherigen Aussenminister Kirti Nidhi Bista zum Chef seiner Regierung. Bista forderte alsbald schon den Rückzug der indischen Militärmission. Die Forcierung des antidemokratischen Kurses war auch eine Folge von Unruhen, die sich im Raume von Kapilvastu, dem Geburtsort Buddhas, zugetragen hatten, und bei welchen sich Anhänger einer demokratischen Regierungsform gegen den Panchayat der Industriestadt Biratnagar auflehnten. Weitere Folge des Regierungswechsels war eine deutliche Hinwendung der Regierung zu den Problemen der Landwirtschaft. Man spricht von der Notwendigkeit einer umfassenden Landreform. Die Angriffe auf die Stel-

lung Indiens in Nepal geschahen bei gleichzeitiger Diversifikation der bisher allein von Delhi bestrittenen Waffenlieferungen, indem Käufe getätigt wurden in den USA, Grossbritannien, der friedliebenden BRD und in Israel.

*

BHUTAN

verfügt nicht über die Mittel, die Nepal aus dem dauernd wachsenden Touristenstrom schöpft und ist daher nicht in der Lage, eine sehr ähnliche geographische Position zwischen Indien und China für die Entwicklung des Landes auszunutzen. Vorerst auch liegt das Hauptaugenmerk des Kleinstaates auf innerpolitischem Gebiet. Hier hat König Jigme Dorji Wangchuk aus eigenen Stücken den Weg zur konstitutionellen Monarchie beschritten, indem er bereits 1953, ein Jahr nach seiner Krönung, den Tsongdu einführte. Das ist eine Ratsversammlung aus Personen, die zur Hälfte von den Dorfvorstehern bestimmt werden und zur anderen Hälfte aus Abgeordneten der einflussreichen buddhistischen Klöster sowie aus Personen, die der König selbst ernannt, zusammengesetzt sind. 1968 wurde dem Tsongdu das Recht zugesprochen, Beschlüsse ohne Zustimmung des Königs zu fassen.

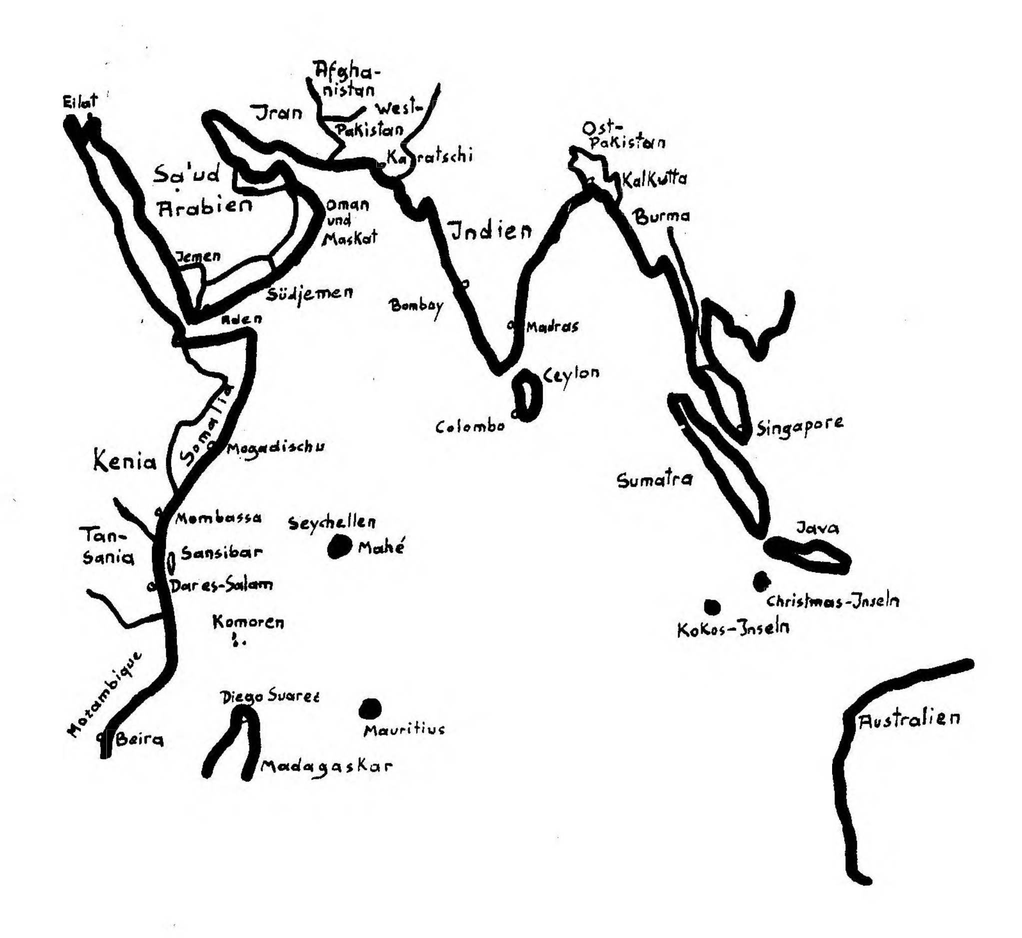
Seit 1949 wird die Aussenpolitik des Landes von Delhi aus geleitet, doch ist es der Ehrgeiz der Jüngeren, selbst den UN beizutreten und im Weltkonzert mitsprechen zu können. Leider aber ist solchen Plänen schon damit eine Grenze gesetzt, weil das Geld für derart kostspielige Extravaganzen einstweilen noch fehlt.

*

CEYLON

Ceylon ist von einer Reihe verschiedener Völker besiedelt und diese gehören zudem noch verschiedenen Religionen an. Etwas mehr als die Hälfte machen die Buddhisten aus, die sich aus den Singhalesen rekrutieren. Die Tamilen sind ausschliesslich Hindus, und Mohammedaner sind die beiden Völker der Moors und Malaien. Diese Unterschiede sind dabei so tief verwurzelt, dass sie dem einzelnen mehr gelten als die Zugehörigkeit zu einer ceylonesischen Nation. Da trotzdem die Geographie und das koloniale Erbe als wichtiger angesehen werden als die natürlichen religiösen und völkischen Zusammenhänge, ist die Folge dauernde Unruhe.

Die Buddhisten meinten, ihr zahlenmässiges Uebergewicht dazu benutzen zu dürfen, den Rest der Bevölkerung, insbesondere die Tamilen, aus dem Süden der Insel zu vertreiben, und es kam unter Führung politisierter



Der Indische Ozean, Anziehungsfeld fremder Flotten.

Mönche 1958 zu schweren Ausschreitungen. Im Namen des Buddhismus wurde damals Mord angedroht! Und der Ministerpräsident Bandaranaike selbst fiel den Pistolenschüssen eines Mönchs zum Opfer. Es war dieses schreckliche Ergebnis politisierter Religion wie das Zerreissen eines Vorhangs im Tempel. Die vielen Bemühungen um eine Säuberung des Sangha von seinen mannigfaltigen Verfallserscheinungen, wie wir sie nicht nur auf Ceylon, sondern in allen Ländern des Theravada-Buddhismus erleben, bewiesen ihre zwingende Notwendigkeit durch diese Bluttat. Die saubere Einordnung eines Klerus ins Volksganze beinhaltet ja, dass einerseits der Klerus finanziell unterhalten wird, seinerseits aber nicht einen solchen Unterhalt als Sinekure ohne Verpflichtungen auffasst. Die Tatsache, dass heute die kapitalistische Gesellschaft es in tödlicher Weise unterlässt, denjenigen finanziell zu helfen, die geistige Führungsarbeit leisten könnten, zeigt, dass ihr der für jede Gemeinschaft lebensnotwendige Sinn für Zusammenarbeit ausgetrieben wurde. Was Wunder, dass dann Verfallserscheinungen, wie sie zeitweilig in den buddhistischen Mönchsorden auftraten, sofort zur gern ergriffenen politischen Waffe derjenigen in dieser Gesellschaft wurden, die die Auflösung aller Traditionen anstreben. Wo man Grund zu finden meint für eine Einstellung der Zahlungen oder Spenden, da freut man sich sehr ob solcher "Bereicherung", die allem anderen vorangeht.

Die Tamilen ihrerseits fordern den Aufbau eines Staatenbundes, in welchem die einzelnen Volksteile Autonomie erhalten. Unterstützt werden sie dabei von Volksgenossen auf dem indischen Festland, die separatistisch die Bildung eines eigenen Tamilenstaates im südlichen Indien mit Einschluss der Nordteile Ceylons fordern.

Besonders in der Sprachenfrage erhitzte sich immer wieder dieses Bündel gegensätzlicher Lebensvorstellungen. Der Singhalese fühlt den fremden Einfluss des Englischen genau wie wir in unserer Heimat.

> "Ob ihr es mögt, ob ungern hört,
> ob es euch wohltut oder stört:
> ich rede deutsch, wie mir's gelehrt
> die Eltern, die ich hoch verehrt.
> Weh denen, die die Sprache morden
> in der einst Deutsche stark geworden.
> Weh ihnen, die ihr Volk vergessen,
> wenn sie aus fremden Schüsseln essen,
> die glauben sich nur dann gelitten,
> wenn sie geschmückt mit fremden Sitten -
> weil andere auf uns Deutsche schelten,
> soll deutsch bei ihnen nicht mehr gelten?
> O - wüsstet ihr wie arm ihr seid
> in eurer Fremdenseligkeit.
> Es ist, solang es Völker gibt,
> verachtet, der sein Volk nicht liebt.
> Der Muttersprache heiliger Laut
> ist es, der uns die Heimat baut."

Wir werden nach diesen Worten von Karl von Unruh leichter verstehen, welche Kämpfe auch auf Ceylon ausgetragen werden. Die einheitliche Verwaltung des Landes steht darum nach der allmählichen Ablösung der englischsprechenden Schichten durch den singhalesischen Nachschub aus den Dörfern vor bedeutenden Schwierigkeiten. Das zeitweilige Zusammengehen der Regierung Banda-

ranaike mit den Kommunisten machte das Bild nur noch komplexer. Heute sucht die Koalition buddhistischer Mönchsvereine, das Tri-Nikayika Maha Sangha Mandalaya, "die Nation zu retten vor den unmenschlichen diktatorischen Kräften, die Religion, Sprache und Demokratie zu zerstören trachten". Doch die zunehmenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten geben den Kommunisten leichte Handhabe in Streiks (September 1969) diejenige Unruhe zu schaffen, die Voraussetzung für eine Revolution ist. Die Regierung sah sich gezwungen, den Ausnahmezustand auszurufen.(*199) Doch konnte das nicht die endgültige Abrechnung in den Wahlen vom Mai 1970 mehr verhindern. Die Sri Lanka Freedom Party (SLFP) der Frau Bandaranaike errang die absolute Mehrheit. Sozialisierung der Wirtschaft und Linkswendung in der Aussenpolitik sind die Folgen dieses radikalen Wechsels. Von 151 Parlamentssitzen errang die bisherige Regierungspartei ganze 17. Fünfzehn Sitze erhielten die Tamilen. Wieder wendet sich (und diesmal wohl endgültig) ein Land ab vom westlichen Denken in Geldmachen und Zinsen.

---

*199 - Diese revolutionären Umtriebe sollen Anlass sein, auf ein Buch hinzuweisen, welches unter Einbeziehung auch der letzten diesbezüglichen menschlichen Erfahrungen eine Soziologie der Revolutionen aufzustellen versucht: Jules Monnerot, "Sociologie de la révolution", Paris 1969. Monnerot weist darauf hin, dass in einer der entscheidensten Phasen die Revolution ein Klima dauernder Unruhe und Instabilität benötigt. Er weist weiter darauf hin, dass dem Höhepunkt eine Abkühlung folgt, dass von einem bestimmten Moment an, selbst die heftigsten Reden nicht mehr zünden, dass die Revolutionäre in einem bestimmten Moment erkennen, dass die Revolution kein Dauerzustand ist, sondern nur ein Augenblick, und dass sie von da an hart werden gegen diejenigen, die weiterhin in Revolution machen wollen. "Das nachrevolutionäre Regime ist stark, das vorrevolutionäre war schwach."

Monnerot bezieht sich bei seinen Untersuchungen hauptsächlich auf die von Cromwell, auf die Französische und auf die Russische Revolution. Uns will scheinen, dass alle diese drei Revolutionen echten Zündstoff enthielten, doch dann zur eigentlichen Detonation erst durch das Wirken ganz besonderer subversiver Kräfte kamen, die wir in den beiden letzten Fällen als Freimaurerei und Judentum eindeutig längst identifizieren konnten. Ohne diese Führung, ohne diese Fachleute wäre keine der genannten Revolutionen in dieser vehementen, grausigen Form zum Ausbruch gekommen. Und es sind daher auch diese Kräfte, die es mit ihrem Abzug verhindern, dass weitere Ziele errungen werden, als es im Interesse der genannten Dunkelmänner liegt. Wenn die notwendige Propaganda, wenn vor allem das notwendige Geld fehlt, lässt sich keine noch so blutrünstige, noch so ansprechende Rede in revolutionäre Tat umsetzen. Sie verhallt einfach, wie so viele Stammtischreden seit undenklichen Zeiten. Darum ist das einzige grosse Wunder in dieser Hinsicht die faschistische Revolution. Und darum auch hat das Schimpfwort "Faschist" seitdem alle anderen Vorwürfe, wie "Bourgeois", "Kapitalist" usw. überdeckt. Das, was Mussolini und seine vielen Nachfolger in einer dafür geeigneten Situation erreichten, darf um Gotteswillen nicht noch einmal passieren. Die Revolution muss als eine Art Sonderwaffe ausschliessliches Ausstattungsstück

des freimaurerisch-jüdischen Arsenals bleiben. Darum gilt der grausamste Terror denen, die anstürmen in Richtung einer wahren Revolution. Darum fordert man "demokratische Spielregeln" und wird erst richtig böse, wenn man den revolutionären Spiess der Demokraten umdreht.

*

BURMA

Mit der Einbeziehung des Königreichs Burma in das britisch-indische Kolonialreich (1885) wurde die bisherige traditionelle Ordnung Burmas sehr weitgehend zerstört. Autonome Dörfer standen bis dahin dem hinduisierten Hof mit seinen Kasten gegenüber, und die auf dem Lande herrschende, vom Buddhismus geprägte Lebensauffassung bewirkte eine ziemlich gleichmässige Verteilung der Wirtschaftskraft. "Das Streben nach beliebiger Vergrösserung von Besitz und Ansammeln von Reichtum war nicht üblich und wurde von der birmanischen Gesellschaft nicht gebilligt. Reichtum hatte vielmehr guten Taten zu dienen, also dem von den Lehren der buddhistischen Religion angeregten Sammeln von "Verdienst"."(*200) Die Birmanen waren - und das war ihr vorherrschender Charakterzug - zufrieden. Mit dieser Zufriedenheit verband sich der Wunsch zur Isolierung. Die Engländer nannten das Ergebnis: "ohne Geschäftssinn, unverantwortlich, völlig unfähig zu anhaltender Anstrengung, zufrieden mit dem, was mit einem Minimum an Schufterei erreicht werden kann"(*201). Handelswege gab es praktisch kaum zu den Nachbarn an den Landfronten, vielmehr eigentlich nur über See, und auch hier sah das aus dem Innern Asiens kommende Volk keine erstrebenswerten Ziele. Eine sehr hohe Selbsteinschätzung war mit diesem Isolationismus verbunden. Der traditionelle Theravada-Buddhismus wurde regelrecht als Ideologie solches isolationistischen Denkens benutzt.(*202) Es ist darum klar, dass ein Land, wie das Königreich Burma, das unter seinen letzten Königen strenge Ausfuhrverbote und Staatsmonopole kannte, wirtschaftlich besonders schwer getroffen werden musste durch die Oeffnung, die mit der englischen Kolonialregierung begann. Jetzt wurde zB Wucherern gestattet, Bauern zu enteignen. Waren die Birmanen bis dahin arm unter Armen gewesen, so waren sie jetzt bald arm unter Reichen. "Die formelle Rechtsgleichheit der Birmanen und der zugewanderten Fremden wirkte sich praktisch als Entrechtung der Birmanen aus."(*203) Die buddhistischen Lebensanschauungen liessen sich nicht in Einklang bringen mit den materialistischen Interessen einer profitgierigen Fremdherrschaft. Deutlich wurde dieser Gegensatz erkannt, und die 60 Jahre britischer Herrschaft in Burma sind daher ein fortwährender Kampf der buddhistischen Mönche in der vordersten Front des nationalen Widerstandes gegen die Fremden. Selbstverständlich war es daher auch, dass unter den nationalgesinnten Birmanen, die das Einrücken der Japaner im Dezember 1941 begrüssten, politisch tätige Mönche (Pongyis) im Vordergrund standen.

Die Japaner waren es dann auch, die am 1. August 1943 Burma für unabhängig erklärten. Ba Maw wurde als Adipadi autoritärer Staatsführer.

Das politische Schlagwort lautete: "One Blood, one Voice, one Command". Des religiösen Motors bedienten sich die Japaner ausdrücklich mit Einberufung der Grossasiatischen Buddhistischen Konferenz in Tokio im Juli 1943. Die von alliierten Bombern zerstörte Botataung-Pagode wurde in Tokio neu gebaut und zum birmanischen Heiligtum in Japan. Mit Ba Maw begann so eine Entwicklung, die durch die gänzlich fremden Einflüsse aus New York und Moskau dann erneut wieder gehemmt werden konnte und erst nach jahrzehntelangen schweren Wirren wieder in ruhigen Fluss kam. Denn nach den üblichen perversen schweren Bombenangriffen, die die grösseren Städte Burmas zerstörten, zogen die apokalyptischen Gesellen wieder ein. Vergebens hatte der Mönchsorden, vereint im Myanma Maha Sangha Athin, zum "Heiligen Krieg" gegen die Alliierten aufgerufen.

Mit Rückkehr des britischen Gouverneurs stellte sich die AFPEL (Antifascist People's Freedom League), die bis dahin im Untergrund gegen die Japaner gekämpft hatte, zur Mitarbeit vor. Doch die Briten in ihrer Ueberheblichkeit beschimpften die Nationalisten Burmas als "Quislinge", und Churchill liess den Ausnahmezustand verhängen. Die Forderungen der vor den Japanern geflüchteten Grossgrundbesitzer und Wucherer wurden wieder geltend gemacht, und in natürlicher Reaktion übernahmen jetzt die Kommunisten die Führung des nationalen Befreiungskampfes gegen die zurückgekehrten Kolonialherren. In wirklich allerletzter Minute vor völligem Absinken in den Bürgerkrieg gab England nach und gewährte nun auch gnädig seinerseits 1947 die Unabhängigkeit.

Da kurz vorher zwei führende marxistische Exponenten des AFPEL nebst mehreren ihrer Mitarbeiter ermordet worden waren (insbesondere unter ihnen Aug San), übernahm der einzig verbliebene Führer derselben, U Nu, die Regierung.(*204) Unter seiner Hand gelang es, den Marxismus langsam wieder auszubooten und das Land seiner Identität wieder näher zu bringen. U Nu drückte das Verhältnis zwischen Buddhismus und Marxismus wie folgt aus: "It will be our duty to retort in no uncertain terms that the wisdom that might be attributed to Karl Marx is less than one-tenth of a particle of dust that lies at the feet of our great Lord Buddha." (Es ist unsere Pflicht in ganz klarer Form zu entgegnen, dass die Weisheit, die man Karl Marx andichtet, geringer ist als ein Zehntel eines Staubkörnchens zu Füssen unseres grossen Herrn Buddha.) Schliesslich blieb vom ganzen Marxismus nur noch der Grundsatz übrig, "commodities should not be produced for profit-making, but for the consumption and use of the people" (Güter sollen nicht hergestellt werden zum Zwecke des Gewinns, sondern für den Gebrauch und Nutzen des Volkes). Diese positive Religionspolitik U Nus fand allgemeine Zustimmung.(*205) Insbesondere das VI. Buddhistische Konzil 1954-1956 liess Burma wieder als Mittelpunkt des Weltbuddhismus erscheinen.

Diese Entwicklung steuerte dann jedoch hin zur Erklärung des Buddhismus als Staatsreligion. Kaum aber war dieser Schritt Wirklichkeit geworden (26. August 1961), als fanatische Mönche die neue Lage zu Angriffen gegen die anderen Religionen benutzten. Insbesondere Mohammedaner waren Gegenstand schwerer Unruhen. Die Armee unter General Ne Win hatte diese Entwicklung vorausgesehen und am 28. September 1958 die Regierungsgewalt übernommen, um freie Wahlen zu garantieren, konnte dann jedoch nicht den überwältigenden Wahlsieg U Nus mit den genannten Folgen verhindern. Die wachsenden inneren Unruhen als Folge der Staatsreligionsgesetzgebung, getragen von politisierten Mönchen, das heisst der politische Missbrauch der gesetzlichen Situation durch klerikale Kreise verband sich dabei mit der Gefahr separatistischer Bewegungen unter den Völkern der Mon, der Schan, der Kachin

und Karen. Als klar wurde, dass U Nu der Lage nicht mehr gewachsen war, übernahm Ne Win am 2. März 1962 erneut nach unblutig und planmässig verlaufenem Staatsstreich die Regierung.

Seine erste Amtshandlung war die Säkularisierung des Staates. Das (erst 1950 als zentrale Organisation aller Buddhisten geschaffene) Union Buddha Sasana Council wurde aufgelöst, desgleichen das Parlament; sämtliche bisherige Parteien, verboten. Als neue Regierungspartei wurde die Burma Socialist Programme Party gegründet. Eine radikale Verstaatlichungs- und Isolierungspolitik setzte ein (Banken, Im- und Export, alle Industrien, Binnenhandel, Nachrichtenagenturen). Das religiöse Leben des Landes erlitt jedoch keinerlei Beeinträchtigungen, entwickelte sich vielmehr sowohl in der Inneren Mission (Zunahme der religiösen Prüflinge) wie in der Aeusseren (in den animistischen Randgebieten). Die Regierung stellte laufend Mittel für religiöse Angelegenheiten zur Verfügung.

Ist es also Burma so gelungen, sich der bis dahin auftretenden fremden schädlichen Einflüsse unter Firmenschildern wie Marxismus und Kapitalismus zu erwehren, so unterliegt es andererseits keinem Zweifel, dass in einer neuen Welle aus eigentlich gleichem Zentrum erneut die buddhistische Geistigkeit unterhöhlt werden soll. Weltjudentum und Freimaurerei traten ja als solche niemals offen in Burma auf, sind kaum in direkten Kontakt mit der dortigen Bevölkerung gekommen, wie es im Westen der Fall war. Namen wie Sassoon, Urheber des Opiumkrieges, sind den Völkern Südasiens daher nie in diesem Zusammenhang geläufig geworden, haben sie ihnen auch noch so schweren Schaden zugefügt. "Engländer" und "Franzosen" waren vielmehr die Kartellträger in völlig ungenauer Deklarierung der angreifenden Mächte. Erst heute, da diese als solche nicht mehr auftreten, der Angriff aber auf jene Völker dennoch fortgesetzt wird, ergibt sich daher die Möglichkeit, die eigentlichen Urheber solcher Vorgänge, die auch schon (zumindest im letzten Jahrhundert) hinter "London" und "Paris" standen, zu erkennen. Die mannigfaltigen Vorstösse der UN und ihrer verschiedenen Abteilungen, den "Weltfrieden" der Buddhisten gleichzusetzen mit dem der Israelis auf den Trümmern der Al-Aqsa und der korrumpierten Völker sind daher in diesen Tagen Gegenstand der Sorge verantwortungsbewusster Staatsmänner auch in Burma. Der Versuch, die buddhistischen Staaten unter erneutem politischem Missbrauch religiöser messianischer Vorstellungen einzuspannen in das weltpolitische Programm ausgesprochen antibuddhistischer, zutiefst religionsfeindlicher, erzmaterialistischer Kreise, ist dabei bereits erkannt worden, und man beginnt, diese Erkenntnis publik zu machen. So, wie sich der Volkszorn der Birmanen gegen die unter englischer Kolonialherrschaft eingedrungenen indischen Geldverleiher austobte, und diese des Landes verwiesen wurden, genauso wird die jüdisch-freimaurerische Praxis der Anleihenausgabe gegen Zinsen abgelehnt und findet ihre Antwort im birmanischen Isolationismus.

Mit leichtem Lächeln kann man daher nur lesen, was der Westen dazu schreibt. Anlass nämlich zu optimistischen Spekulationen ist dort die Tatsache, dass Ne Win Mitte 1969 33 führende Politiker zu einem Beratungsgremium ("Internal Unity Advisory Body" IUAB) zusammenfasste und um Stellungnahme zu den Problemen des Landes bat. Es dürfte dem Leser leicht fallen, mitdenkend die folgenden Sätze in ihrer eigentlichen Bedeutung zu erfassen. Jean-Claude Pomonti schreibt da zB in "Le Monde", Paris (November 1969): "U Nu, erst kürzlich aus seinem Kerker entlassen, wünscht Rückkehr zum Parlamentarismus ... der unermüdliche U Nu ... die 33 befürworten einen flexibleren und liberaleren Sozialismus ... die Regierung in Rangun ist in Schwierigkeiten mit den Karen an der thailändischen Grenze, und mit den

Kachin an der chinesischen Grenze ... auf jeden Fall steuert General Ne Win durch stürmisches Wasser ... Rückkehr zur Legalität fordert Nu." Der Westen wittert Morgenluft. Er meint, seinen "Papandreou" gefunden zu haben, um durch ihn wieder ins Geschäft zu kommen. Man droht mit Rotchina, und hofft, die Chinesen verstehen den Wink und nutzen auch ihrerseits den Augenblick, mal wieder einen Staat in die Ost-West-Zange nehmen zu können. Die "NZZ" schreibt (Juni 69) noch ein wenig deutlicher: "Redemokratisierung das eigentliche Ziel ... hochfliegende Erwartungen westlicher Beobachter ... Redefreiheit, Pressefreiheit, Wiedereinführung des Mehrparteiensystems, ... leichte Oeffnung nach dem Westen als Rückhalt für den Ernstfall (gegen China) ... Staat selbst gerät dem Bankrott immer näher. Lediglich ein schneller wirtschaftlicher Aufschwung und eine wesentliche Anhebung des Lebensstandards ... böten die Möglichkeit, der erneut drohenden kommunistischen Unterwanderung einigermassen zu begegnen, und böte damit die Grundlage für das Weiterbestehen eines unabhängigen Burma ... dass die Weltbank um einen grösseren Kredit gebeten würde, läge im Bereich des Möglichen." Gerade das aber wäre der Anfang vom Ende eines unabhängigen Burma. Dass unabhängige Völker den Herrschenden in New York und Moskau und Peking gleichermassen ein Greuel sind, das zeigen wieder einmal diese Raubtiere mit solchen guten Ratschlägen im Westen und ihrem Brüllen im Osten. Völker, die sich durch Isolierung der Weltherrschaft entziehen wollen, müssen eben zu dieser ach so glückhaften Welt mit sanftem Druck überredet werden. Denn aus welchem Grunde sollten ausgerechnet die 23 Millionen Birmanen etwa von der allgemeinen Sklaverei ausgeschlossen werden, der die übrige Welt doch in Demokratien und Volksdemokratien schon so freudig zugestimmt hat? Das Ziel heisst doch Weltherrschaft, und man ist in seiner Gier doch nicht zufriedengestellt, bevor nicht auch der letzte Birmane seinen Tribut zahlt.

So aber ging die Rechnung dann doch nicht auf. U Nu ging vielmehr nach Thailand ins Exil und Ne Win verstand sich mit den Karen im Norden. Die soeben zitierte "NZZ" muss vielmehr selbst zugeben (Juni 1970), dass "distanzierte Zurückhaltung gegenüber einmal bestehenden, wenn auch nicht immer vollkommen erfreulichen Verhältnissen in der Tat hier angebracht erscheint". Dabei ist es aber gerade Burma, das mit einer neuen Realisierung auf seinem "burmesischen Weg zum Sozialismus" eine Lösung zwischen dem Dilemma Kommunismus/Kapitalismus zur Diskussion stellt, die weltweite Beachtung verdiente: die Schaffung von Kooperativen, und zwar Produzenten-Kooperativen ("Procos"), Kredit-Kooperativen und Konsumenten-Kooperativen ("Concos"). Damit wird ein Grundprinzip des Kapitalismus, die Preisfestsetzung durch Angebot und Nachfrage, eingefügt, ohne dass es zu den (auch im bisherigen Burma der Volksläden so vehementen) Auswüchsen der Korruption kommen kann (sollte man zumindest zunächst hoffen).

---

*200 - Bechert, Bd.II S.12.

*201 - "Census of India 1901", Band XII, Burma, Teil I, Rangun 1902, S.114, zitiert bei Bechert, Bd.II, S.104.

*202 - Bechert, Bd.II S.161.

*203 - Bechert, Bd.II S.104.

*204 - U Nu folgte dem Rat eines Astrologen und blieb einer Sitzung fern, auf welcher seine Mitarbeiter ermordet wurden. Nur so rettete er sein Leben.

*205 - Nicht so allgemein allerdings war die Zustimmung zu der Erneuerung angeblich traditionalistischer Vorstellungen in der Form magischen Denkens. Insbesondere die Zahl "Neun" sollte helfen, Unheil abzuwenden. Astrologie und Alchimie wurden herangezogen, und buddhistische Kreise sahen hierin eine Gefahr für den wahren Glauben: "Wahrer Buddhismus war vernunftmässig und allem Aberglauben, Uebernatürlichem und Magie feind." (aus einer birmanischen Zeitung, zitiert bei Bechert, Bd.II, S.70)

*

MALAYSIA

Aehnlich wie Ceylon erlebte Malaysia zunächst einmal nach seiner Geburt eine Zeit gewisser Ruhe. So, wie es D.S.Senanayake 1945/46 auf jener Vielvölkerinsel gelungen war, Singhalesen (des Sinhala Maha Sabha) und Mitglieder des aufgelösten Ceylon National Congress mit den Führern des Tamil Congress in der United National Party zu vereinen, so war die Allianz-Partei Tunku Abdul Rahmans in Malaysia das starke Sammelbecken der "United Malay National Organization", der "Malayan Chinese Association" und des "Malayan Indian Congress". Den grossen Zuspruch, den diese Partei dabei bisher hatte, verdankte sie sicher auch den gemeinsamen Befürchtungen angesichts der von Sukarno 1964 noch vorgetragenen "Konfrontasi". Doch, so, wie in Ceylon Raum genug blieb für Misstrauen und Unzufriedenheit, entwickelten sich auch in Malaysia in den religiösen und völkischen Sektoren Oppositionskräfte. Es konnte nicht ausbleiben, dass in Abwendung dieser Gefahren dem einen oder anderen Teil des Staatsvolkes beruhigende Versprechungen gemacht wurden, die dann sofort von den jeweiligen Gegnern aufgegriffen wurden zu Angriffen gegen die Allianz. Die Wahlen vom Mai 1969 zeigten deutlich, welchen Weg die Entwicklung nimmt. Kaum noch konnte die bisherige Regierungspartei eine absolute Mehrheit retten. Und die Stimmenverluste zeigen eine klare rassische Polarisation. Die verschiedenen Gliedstaaten erhielten erstmalig deutlich verschiedene Gesichter. Kelantan blieb Hochburg der Mohammedaner. Penang wurde eine solche der "Malaysischen Volksbewegung", Organ der nichtmalaiischen Wähler. Perak mobilisierte die Zinnarbeiter in den Linksparteien United Democratic Party und People's Progressive Party. Selangor entsandte die starke chinesische Wählerschaft der Hauptstadt Kuala Lumpur ebenfalls in die Oppositionsparteien, da der chinesische Flügel in der Allianz ihnen zu weich erscheint. Kedah sah ein starkes Anwachsen der mohammedanischen Partei.

Damit sind die zentrifugalen Kräfte so stark geworden, dass ernste Gefahr für den staatlichen Zusammenhalt besteht. Ernste Unruhen, in deren Verlauf man 1 200 Tote zählte (AP 30.9.69) erschütterten bereits Tage nach diesen Wahlen den Staat so, dass der Ausnahmezustand verhängt werden musste. Innenminister Ismail Bin Abdul Rahman verkündete, "dass an eine Wiederherstellung der parlamentarischen Demokratie vorerst nicht gedacht werden kann, weil Gesetz und Ordnung völlig zusammengebrochen sind" (AP 19.5.69).

Bei diesen Wahlen waren erstmalig auch in vollem Umfang die fernen Landesteile auf der Insel Borneo beteiligt.

Sabah besitzt in der lokalen Partei "United Sabah Nationalist Organization" eine politische Formation, die den Willen der führenden Volksgruppe der Kadazans zum Ausdruck bringt, und in dieser geschlossenen Form den Landesteil (Hauptstadt Kota Kinabalu) in Kuala Lumpur zu vertreten weiss.

Sarawak ist unruhiger. Dort führt die kommunistisch-chinesische "Sarawak United People's Party" den Reigen an und konnte die aus der Allianz ausgetretene "Sarawak National Party" an sich heranziehen. Man sieht am Beispiel Bruneis und Singapurs, dass kleinere Staaten sich leichter durchschlagen als jene, die sich noch weiterhin innerhalb der Malaysischen Union abquälen. Man hat ja sogar Oel gefunden, und so hört man das böse Wort Isolierung in Kuching heute schon nicht mehr selten. Man wünscht seitens der Opposition eine Borneisierung an Stelle der im Westteil Malaysias angängigen Malaiisierung. Der Stamm der Iban, Chinesen und Malaien müssen ihre gemeinsame Zukunft so aushandeln unter den Verlockungen kommunistischer Agenten, die einst vom indonesischen Teil der Insel einsickerten und heute aus den chinesischen Bevölkerungskreisen kommen.

*



SINGAPUR

Das Gesicht dieses viertgrössten Hafens der Welt hat sich infolge der Schliessung des Suezkanals aufgehellt. Zumindest vom wirtschaftlichen Standpunkt aus. Da in einem weiten Seeraum dort mit der Sperrung des direkten Weges nach Europa (Malta) Reparaturmöglichkeiten fehlen, ging Singapur dazu über, nicht nur den bisherigen Hafenraum bedeutend auszubauen, sondern auch den Schiffsbau auf eigenen Werften voranzutreiben. Vor allem mit japanischer Kapitalbeteiligung hat sich Singapur zu einem günstigen Platz für Schiffsreparaturen entwickelt. Man ist darüber hinaus mit Schiffsbauaufträgen auf lange Jahre hinaus eingedeckt und verdient monatlich derzeit 3 Millionen Dollar in dieser Branche.

In Neudelhi trafen sich im November 1969 Eisenbahnfachleute, die das grosse Projekt einer Eisenbahnlinie von Singapur bis nach Istambul der Wirklichkeit näherbringen wollen, einer Strecke, die auf ihrem Wege die Hauptstädte aller zu berührenden Staaten miteinander verbinden soll und die mittels Eisenbahnfähren Anschluss finden wird an die Bahnen auf Sumatra und Java.

Doch nicht nur die Japaner verstehen, die von den Engländern geräumte Welt im Osten zu durchdringen. Die Israelis verkauften im Zuge ihrer aktiven, und von Europa bislang nicht zur Kenntnis genommenen Ostpolitik schwere Waffen, darunter 50 amerikanische Tanks an den Stadtstaat und entsandten Ausbilder für die Reorganisation der Singapurer Armee.

*

BRUNEI

Im November 1969 fanden in London Verhandlungen statt über die Zukunft dieses Sultanats. Der Sultan, Hassan Al-Bolkiah, bemüht sich um Aufrechterhaltung der britischen militärischen Garantie. Heute steht nämlich in Brunei ein Gurkah-Bataillon, welches vom Sultan besoldet wird. 1971 soll es zurückgezogen werden. Das ölreiche Sultanat weigerte sich 1963, der Malaysischen Föderation beizutreten und steht jetzt damit vor der Sorge, wie es seinen Staatsschatz von schätzungsweise 100 Millionen Pfund Sterling bewachen soll. Die rechtgläubigen Mohammedaner dieses Ländchens legen nämlich mehr Wert auf starke Bataillone denn auf UN-Versprechungen von der Integrität der Mitglieder, wie sie U Thant (wie wir noch hören werden) als Todesstoss im Kampf gegen das Volk der Ibo von sich gab.

*

INDONESIEN

"Der Staat soll auf den Glauben an den Einen Höchsten Gott begründet sein. Der Staat soll jedem Einwohner Indonesiens die Freiheit garantieren, sich zu seiner Religion zu bekennen und den religiösen Pflichten in Uebereinstimmung mit seiner Religion und seinem Glauben nachzukommen." So heisst Artikel 29 der Verfassung der Republik Indonesien. 90 Prozent der Bevölkerung sind Mohammedaner. Doch ist der Islam derzeit nicht Staatsreligion. Die Regierung Soharto verfolgt vielmehr den gleichen Weg, den andere Staaten in Südasien zu beschreiten versuchten, nämlich eine in religiösen Dingen blasse Rhetorik an Stelle positiver Realisationen. Doch, ebenso wie dieses farblose und geschmacklose Leben wenig Anklang findet in Ceylon, Burma und Malaysia, regen sich auch in Indonesien die natürlichen Kräfte. Wenn eine wütende Menschenmenge im Juni 1970 das neue Spielkasino in Palembang in Sumatra zu Kleinholz macht, beweist das den Willen der mohammedanischen Bevölkerung Indonesiens, mit Gewalt gegen die auch hier von oben erstrebte Zersetzung vorzugehen.

Die politischen Parteien stehen bereits seit 1959 nur im Vorhof der Regierung, denn damals löste Soekarno das gewählte Parlament und den gewählten Kongress auf und setzte an seine Stelle eine von der Regierung ernannte Volksvertretung. Die starke Indonesian Muslim Party (PMI) fordert jetzt, genauso wie übrigens auch die Regierungspartei (Nationalist Party) und die Christian Party (Parkindo), Neuwahlen für Juli 1971. Die Regierung sieht aber für diesen Fall eine Verschärfung der schon heute hier und dort zum Ausbruch kommenden Gegensätze voraus und meint, unter Hinweis auf eine ruhige wirtschaftliche Entwicklung Wahlen soweit wie möglich hinausschieben zu müssen. Sogar die Bemühungen der Muslim Party, ihren Einfluss durch Zusammenlegen verschiedener mohammedanischer Splittergruppen zu verstärken, sind von dem "gemässigten" Mohammedaner Soharto, wie sich aus seinen Besprechungen mit den Nehdatul Ulema, den führenden Moslems, im August 1970 ergab, nicht gerne gesehen. Die Verwüstung einer neuen evangelischen Kirche am Stadtrand von Djakarta, die Angriffe gegen die Baptisten wegen ihrer Missionstätigkeit in Westsumatra, die dauernden Angriffe gegen die christlichen Missionen in Westirian, zeigen, wohin die Entwicklung gehen könnte, wenn der Islam Staatsreligion wird. Um das Gegengewicht gegen die Mohammedaner zu verstärken, ordnete Soharto im März 1970 an, dass man zwischen religiösen, nationalistischen und funktionellen Parteien zu unterscheiden habe, und dass alle Parteien in einem solchen Sektor als geschlossene Gruppe im Wahlkampf auftreten müssten. Seiner Meinung nach steht damit die religiöse Muslim Party den in einer anderen Gruppe vereinigten beiden anderen Parteien gegenüber. Man wird an Bendasche Wahl-"Demokratie" erinnert.

Dabei sind Soharto und die Herren in New York Bundesgenossen. Denn beiden ist gelegen an einem reibungslosen Wirtschaftsaufbau, an welchem beide, jeder auf seine Art verdienen möchten. Denn auch hier haben wir ja wieder die Tatsache vor uns, dass aus einer einzigen Handlung nicht auf das Wesen einer Staatsführung geschlossen werden kann. Wenn ein Staat eine Anleihe aufnimmt, so kann das ganz genau so gut Ausfluss der Abhängigkeit vom Ausland wie Bemühung um Erlangung der Unabhängigkeit sein. Und es kann sogar sowohl dann die böse Absicht zum Guten wie die gute Absicht zum Bösen ausschlagen. Alles das erleben wir auf unserer Reise um die Welt heute immer wieder. Wir beginnen darum, mit Urteilen vorsichtig zu werden, bedenken aber auch mehr als bisher die Vorgänge mit Misstrauen. Was wir jedoch mehr und mehr

erkennen, ist der Kampf der Internationalen gegen jedes nationale Aufbäumen, ist der Versuch der Internationalen, in jedem Fall der erbetenen Zusammenarbeit die nationalen Partner zu korrumpieren und zu binden, das heisst, die Tatsache der einmal begonnenen Zusammenarbeit dazu zu verwenden, Massnahmen zur Erhaltung der völkischen Identität zu verhindern. Im Falle Indonesiens heisst das dann deutlich (*206), "die Rücksichtnahme der indonesischen Regierung auf ihre westlichen Partner, besonders auf die Vereinigten Staaten, spielt eine grosse Rolle. Die Fortsetzung der wirtschaftlichen Stabilisierung Indonesiens ist ohne den tatkräftigen Beistand der Amerikaner unmöglich. Der Goodwill der westlichen Welt kann nicht durch eine leichtfertige Nahostpolitik zerstört werden."

Unter solcher "leichtfertiger Nahostpolitik" versteht man eine klare Stellungnahme zugunsten der Palästinensischen Befreiungsfront und gegen Israel. Man sieht, wie 100 Millionen Menschen daran gehindert werden sollen, ihren Glaubensbrüdern in Palästina zu Hilfe zu kommen. Doch diese Drohungen konnten nicht verhindern, dass in Djakarta eine "Al-Masjid Al-Aqsa Verteidigungsorganisation" in Antwort auf die Brandstiftung in Jerusalem gegründet und von dieser laufend Gelder an den uns Deutschen ja auch noch so gut bekannten Grossmufti von Jerusalem, Syed Mohammed Amin Al-Hussein in Beirut gesandt wurden. Die Errichtung jedoch einer offiziellen Verbindungsstelle der Befreiungsarmee in Djakarta untersagte Aussenminister Malik mit dem Hinweis, "die innenpolitische Situation Indonesiens lasse dieses derzeit nicht zu". Gleich flau war die amtliche Beteiligung an der Islam-Gipfelkonferenz in Rabat. Man entsandte nur zweitrangige mohammedanische Persönlichkeiten. Genauso wie in der ganzen übrigen, von New York gesteuerten Welt, bemüht man sich darum, das Geld als obersten Wertmassstab zu setzen, und bezeichnet alle anderen Regungen als Ausfluss von Fanatismus oder Chauvinismus. Die von der Weltfreimaurerei seit 200 Jahren zum System ausgebaute Taktik der untergründigen Beeinflussung des Geschehens mit ihrem Geld erzeugt auch in Indonesien das allgemeine Unlustgefühl, das wir als Reaktion auf diese schleichende Krankheit genau so in der ganzen übrigen westlichen Welt kennen.(*207) Es muss das mangels natürlicher Entfaltungsmöglichkeiten morgen oder übermorgen zur gewaltsamen Explosion mit entsprechenden Folgen führen. Dann schütteln die klugen Kastraten in den Redaktionen der Grossen Zeitungen wieder einmal ihre gutrasierten Gesichter vor so viel Wildheit und Unverstand und fangen wieder von vorne an mit ihrer Predigt vom Weltfrieden, als hätten nicht schon zwei Jahrhunderte zur Genüge bewiesen, dass die Charta der Menschenrechte nichts als ein Instrument des Bauernfangs und der Versklavung ist. Die unangenehmen Folgen jedoch des demokratisch-kapitalistischen Regimes sollen heute schon mit Hilfe der Religion beseitigt werden. "Die Defekte der Wohlstandsverteilung" will die Indonesische Regierung beseitigen, indem sie aufruft zum Zakat. Das ist eine vom Propheten geschaffene Wohlfahrtsstiftung. Freiwillige Spenden sollen dazu dienen, Minderbemittelten zu helfen. Die einzigen, die nicht dabei mithelfen werden, sind die Internationalen Banken, die ihre schmutzigen Zinsen auf jeden Fall einstreichen. Für diese gibt es keine religiösen Verpflichtungen.

Diese liegen auch keineswegs vor für Bundesaussenminister Scheel, der sich im Mai 1970 auf Reise in asiatische Länder begibt, weil er "sehr an den Ansichten der Regierungen Indonesiens, Malaysias, Japans und Südkoreas interessiert sei". Die in Barranquilla gestellte Forderung nach dem "Weltfrieden" ist im Weichfelde von Vietnam schon angebracht, und die BRD engagiert sich gerne auch hier für fremde Interessen in der Sondierung des Terrains. Soekarno hatte in jenem Augenblick kaum noch einen Monat zu leben,

und sein Tod liess dann daran erinnern, dass es die vorschnelle Aussage seiner chinesischen Aerzte von einem schnellen Ende 1965 war, die dem Kommunismus in der rechtzeitig niedergeschlagenen Revolte jenes Riesenreich kostete, den Amerikanern aber, und in ihrem Gefolge einem Abs und einem Scheel den Einstieg ermöglichte.

Eines der hauptsächlichsten Probleme der Regierung Sohartos war von Anfang an die Abtragung der von Soekarno übernommenen Schuldenlast. Unter Führung der USA erfolgte eine Umschuldung. Weltbank und Weltwährungsfonds wurden ebenfalls auf deren Wunsch eingesetzt. Die Zinsen fliessen jetzt nicht mehr nach Moskau, sondern nach New York. Man behauptet, das Einspringen der USA habe ein wirtschaftliches Chaos vermieden, insbesondere deren Lieferung von Reis und Baumwolle (zusammen 45,1 Millionen Dollar). Holland und die BRD stellten ein Drittel der Kredite. Die Deutsch-Asiatische Bank konnte unter so günstigen Voraussetzungen im April 1969 eine Niederlassung in Djakarta errichten.(*208) Es wäre auch ein Wunder gewesen, westdeutsche Kapitalisten hätten sich nicht an dem sich hier eröffnenden Geschäft beteiligt. Bei Verabschiedung des neuen Budgets betonte Soharto allerdings am 5. Januar 1970 vor dem Parlament, "dass er neue Anleihen nur aufnehmen würde, wenn die Bedingungen sehr weich sind", und er nannte als solche 3 Prosent Jahreszinsen und Rückzahlung nach 25 Jahren bei Beginn der Quoten erst nach sieben Jahren. Dr. Hermann J. Abs, der in Scheveningen an einem Gutachten für die Konferenz der westlichen Gläubigerstaaten arbeitet, wird diese Forderung wohl berücksichtigen müssen. Eben die starke religiöse Opposition kann hier Soharto dazu dienen, Forderungen zu stellen. Denn, gibt der Westen nicht nach, darf man an den Fronten Israels mit Freiwilligen aus Indonesien rechnen, die eine Moslemregierung sofort dorthin entsenden würde.

Andererseits hat die starke Zunahme der Wirtschaftsbeziehungen in Richtung der USA es innerpolitisch angezeigt erscheinen lassen, wieder Fühlung mit der Sowjetunion aufzunehmen. Auch die dort geschuldeten 800 Millionen Dollar müssen ja eines Tages bezahlt werden. Aussenminister Maliks Besuch in Moskau im März 1970 kam dabei den russischen Wünschen auf stärkeres Engagement in Südostasien entgegen. Man darf daher annehmen, dass die bereits 1969 für 14 Millionen Rubel gekaufte Menge Kautschuk nicht mehr einziges Handelsobjekt bleiben wird.

Worum es heute in der Welt in Wirklichkeit geht, erleben wir besonders deutlich an der Entwicklung der Dinge in West-Irian. 1961 überfiel Soekarno jenes Gebiet, und Holland wurde von den USA gezwungen, sich daraus zurückzuziehen. Indonesien erklärte sich am 15. August 1962 in New York in einem "Vertrag" mit Holland bereit, "den Einwohnern von West-Irian noch vor Ende 1969 das Recht zur Selbstbestimmung zu übertragen". Inzwischen wurde, wie wir bereits früher berichteten (R 191, Anm. 207) das Gebiet von einer UN-Kommission "verwaltet". 800 000 Einwohner, in etwa 200 Stämmen aufgeteilt und zum Teil auf dem Niveau der Steinzeit lebend, sollten also im Jahre 1969 eine "demokratische" Entscheidung fällen. Man sah das Unmögliche ein und liess nur die Stammesführer abstimmen. Doch zwei Monate vor dieser Abstimmung kam es zu schweren Unruhen unter den Papua, und der Führer der Freien-Papua-Bewegung, Kaisiepo, wandte sich um Schutz vor den Indonesiern an die UN. Natürlich vergebens. Indonesien schloss vielmehr die Grenzen des Landes, verbot ausländischen Beobachtern, insbesondere aus Holland und Australien, das Land zu betreten und bereitete mit seinen Truppen die Wahlen vor. Diese fielen dann auch entsprechend aus. Die Befragten erklärten sich gegen die Selbständigkeit und für den Anschluss an Indonesien. Das war im Juli 1969.

Damit war denn glücklich auch der Anfang gemacht worden, wie sich aus folgenden Meldungen ergibt. Schon 1968 wurden nämlich vorsorglich, um sich gewisse Sympathien in New York zu sichern, Minenkonzessionen mit einer Investierungssumme von etwa 400 Millionen Dollar an die folgenden Firmen vergeben: Die USA-Firma Freeport Indonesia Ind. (Kupfer), N.V. Billion Miji (Holland ; Zinn), P.T. International Nickel Indonesia (Kanada), P.T. Pacific Nickel Indonesia (USA-Holland-Kanada), Aluminium Company of America (USA). Die "Asian Development Bank" wurde von Holland gebeten, einen "Entwicklungs-Fonds" für West-Irian zu eröffnen und Holland ist bereit, 3 Millionen Dollar in dieses Geschäft zu stecken. Es hat sich also gelohnt, die lieben Papuas "anzuschliessen".

---

*206 - "NZZ", Juni 1969.

*207 - Eines der aktuellsten Bücher ist daher heute noch Werner Sombarts "Der Bürger". Bezeichnenderweise wurde es so auch jetzt wieder in Frankreich in seiner französischen Uebersetzung erneut herausgebracht (siehe Literaturverzeichnis). Dass dieses in Frankreich und nicht in Westdeutschland geschieht, zeigt, welche geistige Wüste sich rechts des Rheines ausgebreitet hat.

*208 - Die Deutsch-Asiatische Bank hat damit wieder Niederlassungen in Djakarta, Hongkong, Karatschi und Kuala Lumpur.

Das Ausmass des indonesischen Fischzuges ergibt sich aus der Tatsache, dass es zur Zeit Soekarnos keine ausländischen Bankfilialen in Indonesien gab, heute aber die folgenden: American Express, Bank of America, First National City Bank, The Chase Manhattan Bank, The Chartered Bank (England), Pierson, Heldring & Pierson, Neederlandse Overzee Bank, Algemene Bank Neederland, Bank of Tokyo, The Bangkok Bank, The Hongkong & Shanghai Banking Corp., United California Bank International.

*

LAOS

Laos ist weniger noch als ein Pufferstaat, es ist Spielball der Grossen, und von diesen anerkannter Mitspieler ist der "neutralistische" Prinz Suvanna Phuma. *Ausgangspunkt für die heutige völkerrechtliche Situation von* Laos sind die Genfer Waffenstillstandsverhandlungen 1954. Es gelang Laos damals nicht, einen Rückzug der Kommunisten aus dem Lande zu erreichen wie es Kambodscha möglich war. Doch sollte Laos dennoch ein unabhängiger und neutraler Staat werden. Es sollte eine Regierung gebildet werden, in welcher sowohl die 1950 gegründete kommunistische "Pathet Lao" wie die Neutralisten unter Phuma als auch die proamerikanische CDIN (Comité pour la

Défense des Intérêts Nationaux) vertreten sind. In einem Hin und Her von Staatsstreichen versuchten seitdem diese Gruppen, sich in Vientiane zu überspielen, wobei die Kommunisten es verstanden, festeren Kontakt mit ihren Anhängern herzustellen als die mit Geld und Technik vorgehenden Amerikaner. Doch selbst militärische Erfolge wie die Besetzung von Muong Sui führten nicht zu einer Ausschaltung Phumas, da – offensichtlich im Einvernehmen mit den Absichten der Grossmächte – selbst Nordvietnam ihn "nach wie vor als Ministerpräsidenten der Dreiparteienkoalition anerkennt" (September 1969).

Die Behauptungen aber vom Neo-Kolonialismus Amerikas finden mehr und mehr gläubige Verkünder, denn in der Tat erweist sich das Hineinpumpen von Geld und Waffen nach Laos als Ursache ernstester Veränderungen des bisherigen wirtschaftlichen, moralischen und gesellschaftlichen Gleichgewichts. Dieses Land, das mit seinen etwa 2½ Millionen Einwohnern auf 236 000 Quadratkilometern das dünnst besiedelte Land Hinterindiens ist, lebt bis heute im allgemeinen in selbstgenügsamen Dörfern mit bedürfnislosen Bauern, die den modernen westlichen Erwerbstrieb noch nicht kennen. Nur in der Hauptstadt hat sich eine Clique von Politikern und hohen Militärs entwickelt, die nicht mehr ohne amerikanische Gelder leben kann. Die dortige Verwaltungsbürokratie ist von Ausländern grossgezogen worden, ist ein Ergebnis der "Entwicklungshilfe" und die Ursache dafür, dass dieses Land heute in völliger Abhängigkeit vom Ausland sein Leben fristet. "Die amerikanische Hilfe an Laos war, pro Kopf der Bevölkerung gerechnet, lange höher als die an irgendein anderes Land gewährte, und trotzdem hat sie dem Land nicht geholfen, sondern nur die ungesunde Entwicklung beschleunigt."(*209) Der grösste Teil der Entwicklungsgelder wurde verwandt für Militär, Verwaltung und Import von Luxusgütern und Lebensmitteln. Das gesamte Leben im Bereich der grossen Städte ist heute von amerikanischen Geldern abhängig. Fallen diese fort, ist ein Chaos die Folge. Amerika selbst hat diese Lage verursacht.

Amerika sieht sich darum auch ausserstande, zu helfen, als im Jahresbeginn 1970 der Pathet Lao zum Angriff ansetzt auf die Landeshauptstadt. Man "hilft" mit Bombardierungen und meint wieder einmal, die Technik würde schon siegen. Während der Pathet Lao am 6. März noch den Rückzug der Amerikaner aus dem Lande fordert, und diese bestreiten, "Truppen" in Laos stationiert zu haben, spricht man (AP) am 18. März von einer Dienststelle der CIA, die in Long Cheng vom Feinde überrollt worden sei. Vergebens rufen die Engländer die Mitunterzeichner der Genfer Neutralitätskonferenz auf, sich an einen Tisch zu setzen. Die Kommunisten sind sich ihres konkreten Einflusses auf das Volk so sicher, dass sie über die Verzweiflungsschreie der korrupten Gestalten in der umzingelten Hauptstadt Vientiane nur lächeln. Der "Gegenschlag" der Nordamerikaner in Kambodscha bringt auch die letzten Friedenshoffnungen zum Scheitern.

---

*209 – Bechert, Bd. II, S. 267.

*

KAMBODSCHA

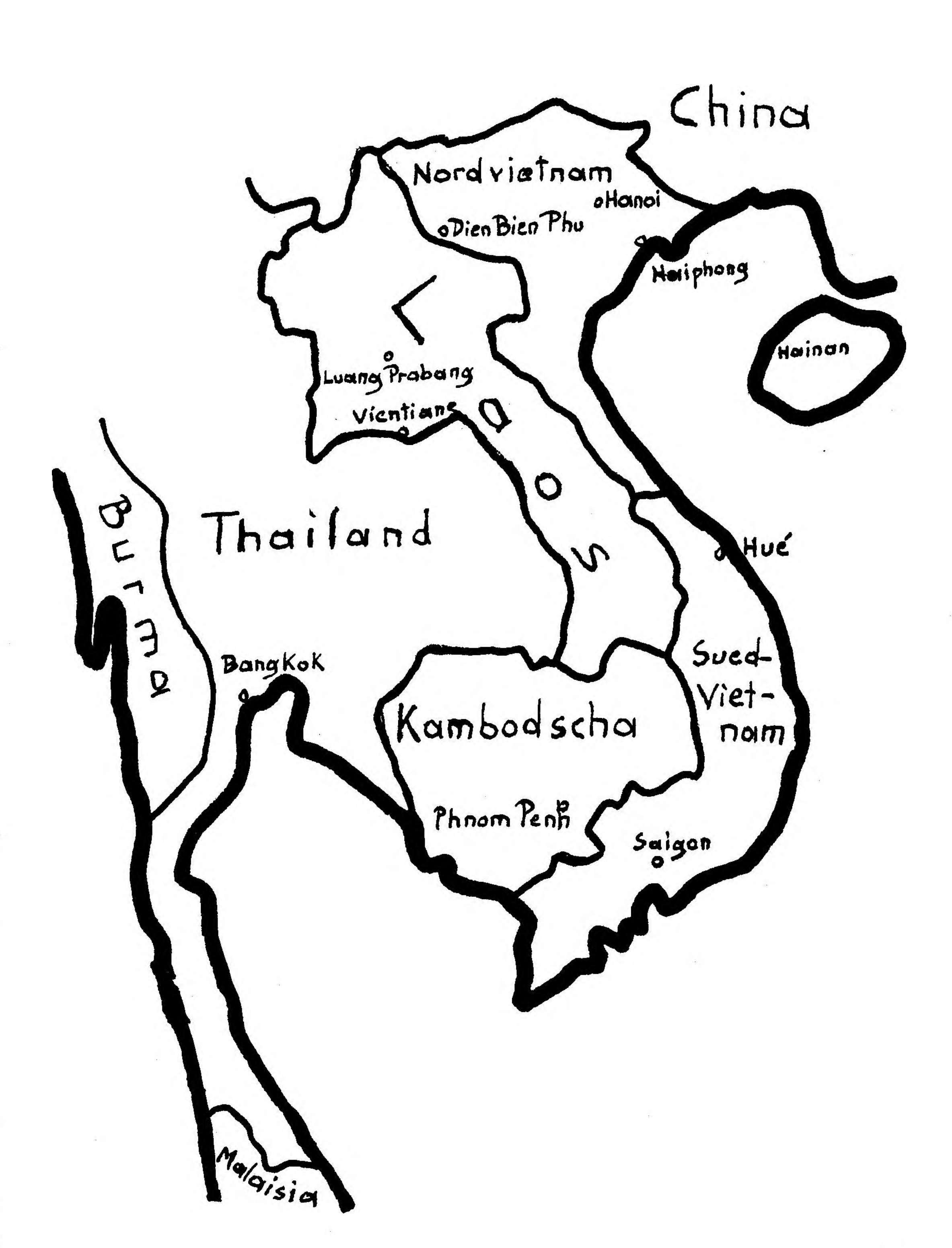
Seit 1941 hatte Norodom Sihanouk den Königsthron inne. Er dankte 1955 ab und gründete die Bewegung "Sangkum Reastr Niyum", die seitdem die einzige bedeutende politische Partei darstellt. Mit der Gründung dieser "Sozialistischen Volksgemeinschaft" wurden die bis dahin gelegentlich politisch auftretenden Mönche beiseite gedrängt und die marxistische "Volkspartei" (Krom Pracheachon) erzielte keine Erfolge mehr. Grundlage der Ideologie des "Khmer-Sozialismus" sind die ethischen Gedanken, die traditionell im Khmer-Königtum zum Ausdruck kamen und die eine Gesellschaft geformt hatten, in der es weder Feudalismus noch Ausbeutung gegeben hatte. Das Informationsministerium von Kambodscha hat eine Schrift herausgegeben unter dem Titel "Considérations sur le Socialisme Khmer" (Betrachtungen über den Khmer-Sozialismus), aus welcher wir die folgenden Passagen übersetzen:

"Der Buddhismus ist heute unser wertvollster Führer in der Herausarbeitung unseres Sozialismus in moralischer und philosophischer Hinsicht. Im Westen wird der Buddhismus als antisoziale Lehre dargestellt, ausschliesslich für den Verzicht gemacht und für die Nichtbeteiligung am Fortschritt. Aber der ursprüngliche Buddhismus, wie wir ihn praktizieren, darf nicht vom Ausland her beurteilt werden, und wenn der Buddhismus wirklich so wäre, wie ihn die Ausländer zeichnen, dann hätten alle die Nationen, die ihn schon vor Hunderten von Jahren zur Staatsreligion machten, längst aufgehört zu existieren. In einer Welt, in welcher Brutalität oft mit Stärke verwechselt wird, sind auch oft genug die Ideale des Friedens, der Toleranz, des Wohlwollens und des Mitleids mit allen Lebewesen, wie sie uns Buddha verkündet, als Zeichen der Schwäche und der Verkalkung jener Gesellschaft bezeichnet worden, die sich ihnen unterwirft. Das aber heisst, von Grund auf die Anpassungsmöglichkeiten des Buddhismus an bestimmte gegebene Bedingungen missverstehen."

"Wir müssen feststellen, dass es der Buddhismus war, der es verhinderte, dass unser Volk verzweifelte und der seine Einheit und seinen Zusammenhalt bewahrte, Dinge, von denen wir noch heute zehren."

"Als wir unsere Unabhängigkeit wiedergewonnen hatten, da wurde der Buddhismus darum auch ganz selbstverständlich zum Eckstein für das Gebäude unseres Sozialismus. Die Doktrin des Meisters hat uns wahrlich gelehrt, dass der Mensch sich auf seine eigenen Kräfte stützen muss, um die Wahrheit und die Befreiung von allen Abirrungen zu erreichen. Diese Lehre interessiert vielleicht in erster Linie den einzelnen, aber geht doch über seine Grenzen hinaus, stellt einen wirklichen sozialen Imperativ dar und muss darum auch als solcher aufgefasst werden."

"So ist der Buddhismus sozialistisch unter dem Gesichtspunkt eines Kampfes gegen das Böse und gegen soziale Ungerechtigkeiten. Gerade diesen Kampf führte Buddha pausenlos im Laufe seines Erdenlebens, wie es seiner Erleuchtung folgte. Er führte ihn gegen die Unehrlichkeit, gegen den Diebstahl, gegen den Betrug und die Lüge, so wie auch gegen die Privilegien, mit denen sich die Brahmanen umgeben hatten. So ist der Buddhismus Kampf gegen jegliche Form von Leiden, und der grosse König Asoka wandte ihn in seiner Regierungszeit an, um die materiellen Lebensbedingungen seiner Untertanen zu verbessern. Dieser zeitliche und dynamische Charakter des Buddhismus drückt sich dann auch im Willen des einzelnen aus, sich einzusetzen in der Suche nach der Wahrheit und Opfer zu bringen in der Hilfe für seinesgleichen. In diesem Gewande stellt er das schönste Ideal dar, das man sich für die Beseelung unseres Sozialismus vorstellen könnte."


China
Nordvietnam
Hanoi
Dien Bien Phu
Haiphong
Hainan
Luang Prabang
Vientiane
Laos
Thailand
Burma
Hué
Sued-
Viet-
nam
Bangkok
Kambodscha
Phnom Penh
Saigon
Malaisia

Die grossartigen Ruinen von Angkor, die französische Archeologen gegen Ende des vorigen Jahrhunderts freilegten, sind heute den Khmer Mittelpunkt ihrer staatlichen Traditionen und mit verantwortlich für das Gefühl kultureller Ueberlegenheit gegenüber den Nachbarn im Osten wie im Westen. Politisch nämlich wurde der Staat zum Zankapfel der Nachbarn und geriet abwechselnd in Abhängigkeit von Siam (Thailand) und Vietnam. Zeitweilig verarmte das Land derart, "dass zB 1859 der als sparsam bekannten Königinmutter ganze sechs Barren Silber im Werte von damals 480 französischen Frank als Hinterlassenschaft blieben".(*210) Um nach Beendigung des französischen Protektoratsverhältnisses die wirtschaftliche Unabhängigkeit von den Nachbarn zu sichern, baute Prinz Sihanouk dem Lande einen eigenen Hafen (Sihanoukville). Das Volk der Khmer ist in erster Linie ein Bauernvolk, stellt aber auch die Beamten und Staatsangestellten. Der gesamte Handel und die Kleinindustrie sowie das Transportwesen liegen in den Händen eingewanderter Minderheiten, also von Chinesen und Vietnamesen. So kennzeichnet den Khmer ein mangelnder Sinn für wirtschaftliche Fragen. Sihanouk selbst äusserte sich kritisch über den Wert irgendwelcher Auslandshilfe, die er verantwortlich macht für Inflation und unerwünschte soziale Auswirkungen.(*211) Die Selbstgenügsamkeit der Dörfer und Verankerung der Bevölkerung in der nationalen Tradition verhindern, dass die schweren gegenwärtigen Kämpfe mit ihren von Vietnam aus auch nach Kambodscha hineinreichenden Folgen bislang keinen wirtschaftlichen Zusammenbruch verursachten.(*211a)

Das richtige Gefühl für die Gefahren der Entwicklungshilfe veranlasste den Prinzen Sihanouk, im Juni 1969, weitere Entwicklungshilfe von Bonn abzulehnen und zugleich mit dem Abbruch der Beziehungen die bereits erhaltenen Gelder zurückzuzahlen. Der grosse moralische Niveauunterschied zwischen den beiden Ländern war allzu deutlich geworden. Der Mann, der es ablehnt, mit seinen Beratern über Währungsfragen zu sprechen, geht eben auch hier den Weg buddhistischer Weisheit, dass Geld allein nicht glücklich macht. In westdeutschen Zeitungen erschien diese Ohrfeige irgendwo ganz hinten auf der letzten Seite, wenn überhaupt.

Man geht vielmehr über derartige moralische Lappalien zur Tagesordnung über. Das macht man nach altbewährtem, in Mittelamerika ja schon so oft durchgeführtem Rezept: Am 12. März 1970, in Abwesenheit des in Paris weilenden Prinzen Sihanouk, stürmt eine Gruppe von Jugendlichen die Vertretungen von Nordvietnam und der Vietkong in Phnom Penh mit den Rufen: "Vietkong-Heuchler! Ihr wollt Kambodscha vietnamisieren!" Am nächsten Tag, dem 13. März, fordert die Regierung von Kambodscha die genannten kommunistischen Länder auf, "ihre Truppen von Kambodscha zurückzuziehen". Am gleichen Tage erreicht Sihanouk Moskau und erlangt eine garantierte Neutralität. Ein russischer General warnt am gleichen Tage in einer Ansprache: "Die USA stehen im Begriff, den Krieg in Südasien auszuweiten." Am 14. März erfährt man von einer "Meuterei an Bord eines Munitionsschiffes, welches auf dem Wege nach Phnom Penh war", und dass ein zweites gleiches Schiff die Suche nach dem verschwundenen ersten aufgenommen habe. Am 15. März erfährt man, dass Sihanouk seinen Flug nach Peking fortsetzt, um auch dort eine Garantie seines Staates zu erhalten. Reuter fügt in seinem Bericht aus Hongkong hinzu: "Der Staatschef von Kambodscha hält in seinen Händen eine sehr starke Karte, die er in seinen Unterhaltungen mit Russen und Chinesen ausspielen kann: Die Drohung eines Rechts-Staatsstreiches, der Kambodscha ins nordamerikanische Lager überführen würde." Schon hält die Welt den Atem an. Organisierte Unruhen, Munitionsschiffe ... was bereitet sich vor? Am 19. März meldet UPI aus Phnom Penh: "Die Nationalversammlung erteilte heute

alle Vollmachten dem General Lon Nol, rechtsstehendem Premierminister, der die Absetzung des Prinzen Norodom Sihanouk als Staatschef ermöglichte. Von Radio Phnom Penh und der nationalen Nachrichtenagentur "Khmer Presse" ausgegebene amtliche Mitteilungen besagen jedoch, dass die Regierung weiterhin neutral sein werde, und bezeichnen Sihanouk als korrumpierten Rumtreiber, der den Vietkong half."

Das Ziel muss ja sein, dass alles in Dekadenz verfällt, so auch das letzte Beispiel einer besseren Welt beseitigend. Gäbe es auch nur eine einzige Insel bedeutender künstlerischer Eigengestaltung heute auf der Welt, die aus ihrem Eigengewicht heraus die Geister anziehen würde, sie müsste vernichtet werden, so wie die Neue Reichskanzlei und der Berghof allein schon aus diesen architektonischen Gründen vernichtet werden mussten. In dem Kambodscha eines Lon Nol besteht nicht mehr die Gefahr, dass die Khmer grosse Kultbauten errichten. Einstmals - der Vergleich soll es uns erleichtern, die geschichtliche Ebene für diese Vorgänge zu finden - löste das "Pergament" Pergamons den ägyptischen Papyrus ab, und der Zeusaltar in Pergamon erinnerte eine verfallene Welt noch einmal an die perikleischen Zeiten Athens. Solches Erinnern aber soll heute verhindert werden. Was mahnt denn auch heute irgendwo auf der Welt an die Schaffenskunst, die Blüte, die die Kulturen erlebten, sei es in Angkor, sei es aber auch in Potsdam, in Weimar, in Versailles, in Canterbury oder in Venedig, um mit dieser wahllosen Aufzählung den ganzen Umfang der Grossen Rebellion gegen Gott und die Natur aufzuzeigen, die weltweit alles einzuebnen verstand. Welche Verkommenheit stellt es doch wahrlich dar, wenn wir den Weg gehen von den Waffenschmieden in Toledo oder auch in Japan, von jenen Schmieden, die nach festgesetztem Ritual ein heiliges (!) Werk verrichteten, um ein Schwert herzustellen, das nicht töten, sondern dienen sollte, bis hin zu den zeitgenössischen Waffenhändlern à la Mandl, die aus einem der geachtetsten Berufe ein schmutziges Geschäft machten. Die Auffassung von den "alternden" Kulturen erhält mit Einsetzen der Freimaurerei als Zerstörungskomponente einen schweren Schlag. Wir alle sind Augen- und Tatzeugen, dass der Niedergang aller Kulturen in den letzten zweihundert Jahren nichts anderes als eine Folge des robusten Handanlegens an diese ist. Eine ganze Reihe grosser Historiker des 19. Jahrhunderts war diesen Verbrechern noch gut auf der Spur. Heute aber hat man sie weitgehend verloren! Das ist eines der grössten Uebel unserer Zeit.

So gelang es also der CIA, ein weiteres Land in den Teufelskreis der von New York der Welt zu bereitenden Hölle einzubeziehen. Traurig nehmen wir zur Kenntnis, wie sich der Vorhang nach vergeblichem Kampf um Glück und Frieden vor der Khmerbühne senkt. Das ungute Gefühl aber will uns nicht verlassen, dass diese Wendung nur eine Folge ganz anderer Vorgänge ist: Solange es aussah, als würde es Israel gelingen, den Frieden im Nahen Osten auf der Basis des Status quo zu erreichen, waren die zionistischen Berater des Weissen Hauses sehr für einen Abbau der nordamerikanischen Präsenz in Hinterindien. Dafür sprachen ihnen zu viele Gründe. Nachdem sich aber immer klarer herausschälte, dass kein Frieden im Nahen Osten sein werde, als vielmehr Kontingente an den Fronten eintrafen aus Pakistan und Indonesien, ja aus China selbst, als klar wurde, dass Israel einen solchen Krieg nicht durchstehen würde, da wurde zwingend die Schaffung einer "Zweiten Front". Was konnte daher einem Kissinger, Beauftragter für die nationale Sicherheit unter Nixon, und allen den anderen Zionisten in Washington gelegener kommen als die Möglichkeit einer Kriegsausweitung auf weitere Teile Indochinas! Man hatte schon ganz andere Kontinente der Israel-Idee geopfert. Es kam wirklich nicht auf ein paar Tausende oder gar Millionen von Toten mehr an. Hauptsache

nur, der Tempel würde errichtet werden können, dort, wo heute Al-Aqsa steht. Wieder wird das Glück eines Volkes den messianischen Ideen des jüdischen Volkes geopfert.

Wenige Wochen nur nach dem Putsch beseitigt der angeblich "rechts" stehende General Lon Nol die Monarchie. Wieder kann der "Gott der Philosophen" einen Triumph feiern. Und weitere wenige Wochen später schickt Nixon Truppen in das so entseelte Land. Sihanouk dagegen wird von Moskau wie Peking als rechtmässiges Staatsoberhaupt anerkannt, und es bildet sich eine Einheitsfront aus Sihanouk, Pathet Lao, Nordvietnam und den Vietkong gegen "einen Imperialismus, der überall dort unweigerlich verliert, wo ihm eine geschlossene Front entgegen steht" (Botschaft Kossygins vom 29.4.70 an die an geheimem Ort versammelten Vertreter der Völker Indochinas). "Die wahrscheinlichste Perspektive wird jetzt nach Meinung hoher amerikanischer Funktionäre für Kambodscha die Aufteilung unter seinen mächtigeren Nachbarn sein" (Robert Toth, "Los Angeles Times", Juni 1970). Man hat 1945 nirgends auf der Welt um Deutschland geweint. Warum sollen wir heute um Kambodscha weinen? Oder um Sihanouk?, der am 5. Juli 1970 von einem Militärgericht in Phnom Penh in Abwesenheit zum Tode verurteilt und dem die Staatsangehörigkeit seiner so heiss geliebten Heimat von den gleichen Herren abgesprochen wird.

---

*210 – Zitiert bei Bechert, Bd. II, S.225, aus Adhémard Leclère, "Histoire du Cambodge", Paris 1914, S.437.

*211 – Bericht im "Ost-West-Pressefunk" vom 20.12.63, zitiert bei Bechert, Bd. II, S.229.

*211a – Sihanoukville heisst heute Kompong Som.

*

THAILAND

Thailand ist im Gegensatz zu allen anderen Ländern Südostasiens niemals Kolonialgebiet gewesen. Es hat darüber hinaus den Schritt in die Gegenwart dank der klugen Reformen des Prinzen Mongkut (1851-1868) ohne schwere Erschütterungen tun können. Mongkut reformierte das buddhistische Mönchswesen und passte den Buddhismus der neuen Zeit an. Er sprach ausser Sanskrit und Pali auch Lao, Khmer, Vietnamesisch, Mon, Birmanisch, Malaiisch, Hindustani und Englisch und "ist zweifellos eine der geistig bedeutendsten Persönlichkeiten seines Jahrhunderts in Asien". Sein Sohn setzte das Reformwerk fort und kann als Begründer des modernen Siam gelten. Als 1932 das absolute Königtum in einen konstitutionellen Staat umgewandelt wurde, blieb der Buddhismus Staatsreligion, und fester Artikel aller Verfassungen ist weiterhin: "Der König muss sich zur buddhistischen Lehre bekennen und ist der Hüter der Religion."

Die Toleranz dieses Staates ergibt sich daraus, dass vier Provinzen des Landes überwiegend mohammedanisch sind, und dass in diesen Provinzen daher der Freitag staatlicher Feiertag ist, und die Gouverneure an ihrer Seite einen Muslim Quadi, einen Minister für die Islamgesetzgebung, haben. In der Landesregierung sitzt ein Sheikhul Islam (genannt Chula Rajamanri) und Thai Radio stellt täglich je eine halbe Stunde den Buddhisten, Mohammedanern und Christen zur Verfügung. Der König wohnt persönlich grossen Moslemfesten bei.

Vor dem II. Weltkrieg und während desselben beteiligte sich Thailand aktiv an den von Japan ausgehenden panbuddhistischen Bestrebungen. Diese politische Verfärbung verblasste dann mit dem Zusammenbruch des Japanischen Reiches, lebte aber erneut unter der Farbe Maos auf. China errichtete 1953 im Süden zwei autonome Gebiete für die dortige Thaiminderheit und lud buddhistische Mönche aus Thailand ein. Deren politische Tätigkeit nach der Rückkehr war Bangkok Anlass, buddhistischen Mönchen (schon 1960) Reisen ins Ausland zu verbieten. Klöster im Lao sprechenden Nordteil des Landes waren und sind weiterhin für diese Kulturpropaganda von jenseits der Grenze anfällig.

Hier im Norden lebt auch eine Anzahl von Völkern, die wegen ihrer Kleinheit als "Bergstämme" bezeichnet werden. Irgendwo hat man entdeckt, dass diese "ärmer" sind als die Thais und dass sie daher eine zukünftige Gefahr für den Staat bilden könnten, wenn diese materiellen Unterschiede nämlich von kommunistischen Agenten ausgenützt würden. So ging man also daran, die Bergstämme in Ansiedlungskolonien unterzubringen. Man befahl ihnen, die bisherigen Dörfer zu verlassen und machte diese anschliessend mit Hilfe der Luftwaffe dem Erdboden gleich. Die guten Meo und Lahus wurden darob böse und fingen einen Guerrillakrieg an. Da es aber insgesamt nur 200 000 Menschen sind, befürchtet man nicht viel. Auch erwartet man nicht, dass die UN auftreten, denn diese haben ja vollauf zu tun, die Apartheid in Südafrika zu bekämpfen (wo bisher kein "Bergstamm" verjagt wurde).

Das allgemeine Bild aber zu dem roten Nachbarn im Norden hat sich inzwischen sowieso geändert. Gab Thailand bisher mit seinen Häfen und Flugplätzen die starke Etappe für den Vietnamkrieg ab, so hat man in Bangkok währenddessen natürlich auch erkannt, welch schäbiges Spiel mit Völkern und Ländern man in New York spielt, und im Juli 1969 verkündete Ministerpräsident Thanat Khoman: "Wir wissen jetzt, dass wir uns in der Auseinandersetzung mit den Kommunisten ganz auf unsere eigenen Kräfte verlassen müssen. Die jüngste Entwicklung hat uns eine Lektion erteilt, die wir nicht vergessen werden." So begann man sowohl mit Peking wie mit Moskau Wirtschaftsverhandlungen. Die in Thailand stationierten USA-Soldaten wurden nach und nach abgezogen. Allerdings verursachte dieser Rückzug eine verstärkte Belastung der Zahlungsbilanz, denn die passive Handelsbilanz wurde bislang ausreichend ausgeglichen nur durch die Ausgaben des amerikanischen Heeres und amerikanischer Touristen. Die Ausfuhr der vor allem landwirtschaftlichen Produkte wie Reis, Kautschuk, Mais, Tapioca, Jute und Kenaf, Zinn und Holz ging wertwie mengenmässig zurück. Der noch zu erwähnende Internationale Zinnrat (siehe Kapitel "Ghana") verhinderte angesichts des Weltüberangebots an Zinn, dass grössere Mengen exportiert werden konnten. Die Einfuhr bestand zu einem Drittel aus Luxuswaren. Mit dem Abzug der Amerikaner wird Thailand hier also wohl einen Riegel vorschieben müssen, um nicht zu verschulden. Dabei taucht diese Gefahr ernstlich auf mit der von den USA durch die Absetzung Sihanouks bewirkten Ausdehnung des Krieges im Osten des Landes. Denn jetzt fordert Thailand "verstärkte Rüstungshilfe", "um der Gefährdung seiner

Grenzen durch die kommunistischen Streitkräfte in Laos begegnen zu können" (AP 26.2.70), und Aussenminister Thanat Khoman führt diesbezügliche stundenlange Gespräche mit Kissinger in Washington.

Mit Malaysia bildet man einen gemeinsamen Militärrat, um den Guerrillas im Süden des Landes in gemeinsamen Aktionen begegnen zu können. So erlaubt schon das Auftreten der Kommunisten dem Lande nicht, nach dem Abzug der Amerikaner etwa eine neutrale Haltung einzunehmen.

*

VIETNAM

Der Befehl, den Nixon auszuführen hat, lautet: den Krieg in Vietnam beenden. Das Theaterstück wird abgeblasen. Der Zustand von vorher soll möglichst wieder hergestellt werden. Niemals dachte man daran, den Krieg, den man selbst vom Zaune brach, auch zu gewinnen. Arthur Goldberg sprach das als zuständiger Mann offen aus. Vergebens forderte der Vereinte US-Generalstab den Einsatz der grossen Kriegsschiffe, der "Jowa", "Missouri", "New Jersey" und "Wisconsin", um wirksam die Nordfront zu schliessen, vergebens wurde die Blockade des Hafens von Hanoi gefordert, vergebens auch – berichtet UP am 11.9.68 – fordern die Generale eine wirkliche Kraftanstrengung, um den Krieg mit einem für sie selbstverständlichen Sieg beenden zu können. Auf der Guam-Konferenz sprach sich schon Johnson gegen eine solche Escalation des Krieges aus. Er war auch ohnehin ein schönes Geschäft. Die extravaganten Einkaufspraktiken des Pentagon wurden von dem demokratischen Abgeordneten Otis G. Pike aufgedeckt: Aluminiummatten für Behelfslandeflächen hatte man in einem Umfang eingekauft, dass ganz Südvietnam und ein Teil des Südchinesischen Meeres damit hätte bedeckt werden können. Regierungsvertreter hatten rostfreie Stahlstäbe für 25,55 Dollar das Stück eingekauft, die man für 50 Cents hätte bekommen können, usw.

Doch das frevelhafte Spiel mit Menschenleben darf nicht allzu offenbar werden. Man hofft, die Gegenseite hat Verständnis, doch täuscht man sich. Selbst nach dem Tode Ho Tschi-minhs, dem man den nordvietnamesischen Impetus doch so leicht hätte in die Schuhe schieben können, weicht der Vietkong nirgends aus den gewonnenen Positionen. Im Gegenteil, der Regierungswechsel in Saigon im August 1969 wird zum Anlass genommen, Südvietnam unter erneuten Druck zu setzen. Seitdem regiert ein Triumvirat von Generalen: Präsident Thieu, sein Stellvertreter Ky (der zum Schrecken der Herren in Washington erklärte, sein Vorbild heisse Adolf Hitler) und Regierungschef Khiem. Khiem ist Buddhist und war am Sturz der Regierung Diem 1963 beteiligt. Wieder werden jene Ereignisse uns so ins Gedächtnis gerufen. Die Unehrlichkeit der amerikanischen Politik sowohl dem eigenen Volk wie Asien gegenüber ist ja zusätzlich noch gepaart mit einer geistigen Ueberforderung der Regierung. Man stand vor Vorgängen, die man nicht begriff, die man sich von Personen erklären lassen musste, deren Fähigkeiten wie Absichten zweifelhaft waren. Nachdem es den Buddhisten gelungen war, in Washington zu Gehör zu kommen

und Diem ermordet worden war, da sandten die UN eine Kommission nach Vietnam, um die Vorwürfe gegen das Diem-Regime zu prüfen, ob nämlich Buddhistenverfolgungen seitens dieses militanten Katholiken stattgefunden hätten. Die Vertreter von Afghanistan, Brasilien, Ceylon, Dahomey, Marokko und Nepal bejahten diese Frage, der Vertreter aber von Costa Rica gab eine gegenteilige Erklärung ab: "Der Zusammenstoss zwischen einem Teil - nicht der ganzen buddhistischen Gemeinschaft - und dem Diem-Regime war politischer Natur. Ich habe das Gefühl, dass die Mehrheit der Kommission das als eine politische Angelegenheit und nicht als eine religiöse ansah." Senator Dodd spricht von einem "erneuten Propagandaverbrechen. Wieder einmal wurde das amerikanische Volk schmerzlichst falsch informiert durch einige seiner Zeitungen in Bezug auf eine Situation im Ausland, die für uns von vitalem Interesse ist." Wir lesen andererseits insbesondere auch sehr ausführlich und belegt bei Professor Bechert (*212) über diese Vorgänge in dem Sinne, dass die von rechtsstehenden Personen aufgestellte Behauptung von der klaren antikommunistischen Haltung Diems und der prokommunistischen Haltung buddhistischer Führer wie Tich Tri Quang, das heisst die Behauptung, die USA seien in einen propagandistischen Hinterhalt geraten, als sie Diem fallen liessen, nicht ganz den Tatsachen entspräche. Bei dem begründeten Misstrauen, das heute auf der ganzen Welt allen gegenüber besteht, die in der Lage sind, von derartigen Zonen berichten zu können, muss man an alle Behauptungen, die konformistisch aussehen, mit allergrösster Vorsicht herangehen. So weit aber reichen die allgemeineren Kenntnisse vom heutigen buddhistischen Raum doch, um feststellen zu können, dass religiöse Differenzen, die zweifellos vorhanden sind, von verschiedenen Seiten missbraucht wurden. Diem meinte, die Amerikaner als Katholik für sich einspannen zu können, und die Buddhisten hatten liebenswürdige Anfragen aus Hanoi vorliegen. Nach der einwandfreien wissenschaftlichen Arbeit Becherts aber wundert es uns, wenn wir erfahren, dass als Unterlagen die Meldungen in einer Reihe von Zeitungen benutzt wurden, und wenn dann als Beleg der bestmöglichen Fundierung genannt werden: "The New York Times", "The Wall Street Journal", "The Times", "The Economist", "The Manchester Guardian", "Le Monde", "Far Eastern Economic Review"/Hongkong, "Nieuwe Rotterdamse Courant", "Frankfurter Allgemeine Zeitung", "Allgemeine Zeitung"/Mainz, "Die Welt", "Süddeutsche Zeitung", "Handelsblatt"/ Düsseldorf, "Der Spiegel", "Stern", "Die Zeit", "Neue Zürcher Zeitung","Neues Deutschland"/Ostberlin, "Izvestija"/Moskau. Denn unsere Erfahrung ist es ja, dass die Oeffentliche Meinung nur immer das toleriert, was genehm ist, dass ja gerade das Wesen der heutigen Informationssituation ist, dass Zeitungen und Nachrichtenagenturen ihren Wert weitgehend eingebüsst haben, dass ihre noch so vielfältige Aufzählung also auch nicht die Einzelaussage verstärkt. Die "Times Information Bank" wird zB im Jahre 1971 (*213) einen Komputer 3. Generation IBM 360 installieren, "welcher Studienzentren, Bibliotheken, Regierungsämtern, Journalisten, Studenten und anderen Personen, einschliesslich Radio- und Fernsehennetzen mit Schnelligkeit, Vollständigkeit und in allgemein verständlicher Form weitreichendstes Quellenmaterial zur Verfügung stellen wird". Grundlage dieses Materials sind die bisherigen Meldungen und Aussagen der "New York Times" (also etwa die Behauptung, die wir schon früher brachten, "dass Castro nicht nur kein Kommunist, sondern entschiedener Antikommunist ist"). Die "New York Times" beliefert bereits heute 123 Zeitungen mit einer bezahlten Auflage von 15 148 852 Exemplaren direkt und in Zusammenhang mit ähnlichen Zentren in Chicago und Los Angeles 196 Zeitungen mit mehr als 25 Millionen Lesern. Diese "New York Times" hat einen Redaktionsstab, der zum weitaus grössten Teil dem CFR angehört. Man kann

also ganz sicher sein, dass dort zB so wichtige Aussagen wie, sagen wir, etwa die des "Nashville Tennessean", dass nämlich die von der Field Foundation ausgehaltene Highlander Folk School in Monteagle/Tenn. "ein Zentrum, wenn nicht das Zentrum für die Verbreitung der kommunistischen Doktrin in 12 Südstaaten ist", niemals aufgezeichnet werden, denn der Bruder der "New York Times", "Chicago Daily News", ist ein Blatt der gleichen Field Foundation. Wir erleben also mit der Errichtung dieses Komputers einen weiteren grossen Schritt in Richtung der von George Orwell erst für "1984" versprochenen Einwelt. Es ist also Tatsache, dass die gesamte Geschichte durch derartige Konzentration einseitiger Berichterstattung vollkommen gefälscht werden wird. Alles, was hier nicht notiert wird, fällt dann einfach unter den Tisch. Denn niemand wird mehr die finanzielle Möglichkeit haben, Untersuchungen ausserhalb dieses Komputers anzustellen. Alle Wissenschaftler (überdies von den gleichen Kreisen als Brötchengebern abhängig) müssen dann so verfahren, wie hier bereits Professor Bechert: Ausschliesslich was in den Zeitungen steht, ist "Wahrheit". Die wirklichen Vorgänge werden gefälscht oder totgeschwiegen von der Weltfreimaurerei. Man wird darum gut tun, alle Geschichtswerke aus der Zeit "von vorher" wie Gold aufzubewahren. Sie sind sehr sehr bald so wertvoll wie die alten Handschriften in tibetanischen Klöstern von einst.

Es geht so weit, dass man bereits heute wissenschaftlich an die daraus entstehenden Folgen herangeht. Die neueste Lücke, die man nämlich entdeckt hat, ist das "incredibility gap", die Vertrauenslücke der Zeitungen. Nach Ermittlungen in Kalifornien stellte man dabei fest, dass diese Lücke um so grösser ist, je stärker Redaktion und Berichterstatter zum Linksliberalismus tendieren. Wie weit die Wahrheitsliebe der Zeitungen geht, sah man ja nach dem Verbrechen Kennedys an seiner Geliebten. Heute, da man nach Auffassung des "WO" nur noch zu wählen hat zwischen Mord oder Totschlag, erinnert man sich mit Abscheu, dass alle Zeitungen der Welt ausnahmslos versucht hatten, diese Untat zu verharmlosen und von "Fahrerflucht" als einzigem Vergehen des armen Senators zu sprechen, der in Wirklichkeit in jener Nacht ein Verbrechen zur Ausführung brachte oder bringen liess, wie es gemeiner kaum auszudenken ist. Er war eben vom Establishment, das heisst von Zionismus und Weltfreimaurerei vorgesehen gewesen als nächster Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika. Und da muss dann eben die Oeffentliche Meinung eingesetzt werden.

Die Taktik dieses Einsatzes ist nicht immer so deutlich. Zumeist kommt man sogar den Lesern entgegen. Man benutzt die Darstellungen dann förmlich als Schlinge. Man spricht offen aus, was die Menge denkt, sagen wir, etwa über den sogenannten Nahost-"Konflikt" und fragt "Mit den Arabern leben?" (*214), und alle diejenigen, die so etwas im "Spiegel" lasen, legen sich einmal wieder beruhigt schlafen: Es gibt doch noch Gerechtigkeit in der Welt. Wir brauchen uns darum nicht zu kümmern. Der "Spiegel" selbst hat's ja gesagt. - Doch man übersieht, dass mit solcher Erwähnung die Angelegenheit für den "Spiegel" abgeschlossen ist, dass eben mit der so erzielten Beruhigungs- und Ablenkungswirkung die Absicht bereits erreicht wurde. An Aenderung denkt überhaupt niemand. In jeder Nummer des "Spiegels" finden Sie gleich ein Dutzend derartiger ausgelegter Schlingen. Und die westdeutschen Spiesser lassen sich noch in jedem Fall damit einfangen, denn sie vermuten garnicht, dass man im Kriege ist, dass man dabei ist, die Welt fremden Interessen gefügig zu machen.

Die Europäer in ihrer Gesamtheit haben ja nicht entfernt gewusst, was es bedeutet, ein ihrer Geistigkeit nicht nur fremdes, sondern ausgesprochen

feindliches Volk wie die Juden in ihrer Mitte zu emanzipieren. Wenn heute das Abendland kulturell zerfressen ist, wenn heute deutsche Märchen in pornographischem Gewande vorgeführt werden (*215), dann ist das alles nur die Folge dieser uns heute ganz unbegreiflich erscheinenden Toleranz in unserer eigentlichsten Existenzfrage. Diese ganze Emanzipation wurde aber auch schon damals bewusst nur von einer Minderheit organisiert und vorangetrieben, die in den Logen verbunden war. Genauso wie dann jeder weitere Schritt in Richtung der Zerstörung unserer Kulturen niemals aus der Masse des Volkes heraus kam, sondern immer nur mit Hilfe grosser Geldsummen und eines oktroyierten politischen Systems, das wirksame Abwehr unmöglich machte, durchgeführt wurde, bis dahin, dass das gesamte Erziehungssystem, die gesamte Oeffentliche Meinung als notwendiges Korrelat dieses konzertierten Kampfes Teil desselben bildete, genauso war schon der Anfang nur das Werk einiger weniger, wie die bereits genannten Cahiers der Französischen Revolution bewiesen (vgl. R 215). Niemals haben "die europäischen Völker" dieser Entwicklung zugestimmt. In jedem Augenblick weiterer Verwirklichungen war vielmehr die überwältigende Mehrheit derselben in allen ihren Berufsständen und Glaubensgruppen gegen die Auflösung, auch gerade heute noch. Doch sie ist politisch machtlos gemacht worden, wirtschaftlich abhängig, geistig führungslos und rechtlich schutzlos. Ausgesprochen zweitrangig wurde sie zur unterworfenen Schicht.

Die Folge der heutigen Informationssituation auf der Welt ist nicht nur das eingangs erwähnte Misstrauen. Der weitaus grösste Teil der Menschheit kommt infolge dieser Situation überhaupt nicht mehr zu Worte. Versucht er es dennoch, wird er mit viel Höflichkeit und mit Tränengas zum Schweigen gebracht. Der weitaus grösste Teil der Menschheit hat darum angesichts dieses Angriffs auf seine Seele ein RECHT AUF WIDERSTAND. Die Missachtung öffentlicher Institutionen ist eine erste Anwendung desselben. Das Chaos folgt aus der Meinungsdiktatur unserer Tage, nicht etwa eine höhere Ordnung der Verhältnisse, der "Fortschritt", die "Menschlichkeit", wie es die Herren von 1945 immer wieder prophezeiten. Nicht nur in Deutschland ist der Vergleich, sagen wir nur von einem Sportfest, oder aber auch eines Strassenbildes von 1936 mit einem von 1970 so beweiskräftig, dass eben aus solcher sich breitmachender Erkenntnis nur verstärkter Terror als notwendig zur Aufrechterhaltung der demokratischen Herrschaft erwächst. "Die Unruhe der Jugend beseitigen, indem man ihre Fähigkeit zur Veränderung durch liberalistische Bildungstaktiken vergrössert", das heisst, die Umerziehung verstärken, wie es die Liberale Weltunion auf ihrem Jahreskongress in München im September 1969 forderte, führt nur noch zu schwerwiegenderen Folgen. Denn, eines muss doch wohl den Drahtziehern klar sein: je weiter die Entartung vorangetrieben wird, umso grausamere und haltlosere Formen wird auch die Abrechnung eines Tages annehmen.

Umerziehung hat ihre Grenzen, in Europa genau so wie in Vietnam. Das Freimaurerorgan "Time" wurde im Mai 1969 in Saigon beschlagnahmt, als es "die Bildung einer Koalitionsregierung mit den Kommunisten empfahl". Auch die Tatsache, dass man die Südvietnamesische Befreiungsfront, die NFL, nicht nur in China und in Kambodscha, sondern auch in Algerien, Nordkorea, Kuba, Rumänien, der DDR, Syrien und Polen anerkannte, dass Nordvietnam von Schweden anerkannt wurde, bewog die südvietnamesische Regierung nur dazu, sich in dem verbliebenen Wirkungsbereich der Freundschaft von Formosa und Südkorea zu versichern. Man suchte Freunde g e g e n Washington, von wo man den Verrat auf sich zukommen sah. Mit Südkorea wurde ein Wirtschaftsabkommen geschlossen, um den Wiederaufbau nach dem sinnlosen Krieg

nicht mit neuen amerikanischen Hypotheken zu belasten. Bedauert wurde, dass Japan es strikt vermeidet, politisch Stellung zu nehmen, aber sehr gerne am Wiederaufbau in Südvietnam verdienen möchte. Die Unterminierung Vietnams durch von den UN zu kontrollierende Wahlen unter Beteiligung der nach Kriegsbeginn ins Land gekommenen Kommunisten, das heisst die Beseitigung eines souveränen Südvietnam ist das Ziel der Einweltler nach dem von ihnen veranlassten Blutbad.

---

*212 - Heinz Bechert, "Buddhismus" Bd.II, S.305 ff.

*213 - Nach einem Aufsatz von Ivan Veit in der Zeitschrift "Editor and Publisher", 5.4.69. Zitiert in dem Aufsatz "News Control Planned", von John H. Hutchinson jr. in "The American Mercury", Winter 1969. Ivan Veit trägt den folgenden bezeichnenden Titel: "news and public affairs departments of radio and television networks, advertising and public relations agencies and the research arms of philanthropic foundations" der "New York Times". Die Einbeziehung "philanthropischer Stiftungen" ist zu beachten.

*214 - Artikel von Uri Avnery im "Spiegel", 1969.

*215 - Leserbrief an die "Welt": "Ich habe mich verpflichtet gefühlt, den Rolf Thiele-Film "Grimms Märchen von lüsternen Pärchen" anzusehen, da ich ja ein ganzes Leben für die Rehabilitation des Volksmärchens als Erwachsenengut gekämpft habe. Schon der Titel liess nichts Gutes erwarten, aber dieses Machwerk übersteigt doch alle Befürchtungen mit seiner Geschmacklosigkeit, Kitschigkeit, Primitivität und Ekelhaftigkeit. Dass unsere weltberühmten Märchen so verschweinigelt werden dürfen, ist einfach ein Skandal. Da kommt so ein Geschäftemacher und verkauft die köstlichen Geschichten - die momentane Mode ausnutzend - als Pornographie. So viele nackte Hinterteile und Busen habe ich noch nie auf einmal gesehen. Dornröschen als Nymphomanin, die Mensch und Vieh anfleht, sie zu begatten, Schneewittchen noch im Sarg als nacktes Flittchen, dazu im Räuberhaus - sechs Märchen sind wie ein Rattenschwanz ineinander verwurschtelt - zerstückelte naturalistische Mädchenleichen, denen als Talisman für, ich glaube, Aschenbrödel ein grausiger Leichenfinger abgesägt wird, und der dann vor dem Bauch baumelt, die Stiefmutter, die mit versilberten Fingernägeln die "Drüsen" (nicht, wie es im Märchen heisst: das Herz) Schneewittchens in den Mund stopft - einfach zum Speien. Und das alles in Kitschfarben, damit einem ja nichts von den Scheusslichkeiten entgeht. Dass es heute anscheinend keine Möglichkeit gibt, solchen Skandal - sagen wir mal ruhig ein bisschen altmodisch solche Kulturschande - zu unterbinden, ist ein trauriges Zeichen unserer Zeit. (Gezeichnet) Wilma Mönckeberg - Kolmar."

Die Zeitschrift "Nation Europa", Dezember 1969, schreibt dazu: "Den Profitjägern der Sexindustrie fehlt es nicht etwa - wie man aus ihrem Treiben schliessen könnte - an Taktgefühl! Ihre Anschläge richten sich nämlich immer nur gegen deutsche Kulturgüter - die jüdische Mythologie und Frühgeschichte ist für sie tabu, obwohl das Alte Testament mit Huren- und Inzestle-

genden gespickt ist und deshalb auch ohne Verzerrung und Verfälschung jede Masse von Material für Sexfilme liefern könnte. Dieses Angebot wird nicht genutzt. Wenn die Filmindustrie jüdische Stoffe aufgreift, dann nur unter den feierlichen Klängen von Horn, Pauke und Zimbel in gewaltigen Monumentalfilmen. Zur Verhöhnung und Schändung sind unsere Geschichte, unsere Sagenwelt und nun sogar unsere Volksmärchen gut genug."

Und unsere Meinung: Todesstrafe für Geschichtsfälschung und Kulturschändung. Und als Ausfluss unseres Widerstandsrechts bis zu entsprechender Gesetzgebung: Volksjustiz. Listenmässige prophylaktische Erfassung aller Verbrecher und deren Veröffentlichung.

*

DIE PHILIPPINEN

Nixon hatte sich für seinen Besuch in Manila im August 1969 nicht gerade einen günstigen Augenblick ausgesucht, denn man stand vor den Wahlen, und diese konnte nur gewinnen, wer Anti-USA-Stimmung für sich einfing. So kam es zu Demonstrationen und zu einer Ueberprüfung des Verhältnisses zu Washington.

Die Nordamerikaner, so erinnerte man, kamen 1899 als Feinde ins Land, und sie sind heute noch nichts anderes. Denn alles, was man aus den Verträgen mit Washington herausliest, ist eine deutliche Abhängigkeit. Gültig ist heute noch das Laurel-Langley Agreement von 1956, das sich seinerseits auf seinen Vorgängern, der Tydings-Mc Duffie Act von 1934 und dem Philippine Trade Act von 1946 aufbaute. Man sprach darin grosszügig von der Notwendigkeit, den Philippinen nach dem Krieg gegen Japan notwendige Hilfe zu gewähren, kleidete aber in Wirklichkeit nur koloniale Methoden in das Gewand einer sogenannten "Hilfe". Die USA hatten nämlich jetzt für 8 Jahre das Recht zollfreier Einfuhren und sollten in einem Zeitablauf von insgesamt 28 Jahren für die Schäden aus dem von ihnen doch selbst vom Zaune gebrochenen Krieg entschädigt werden. Den USA wurden sogenannte "Parity Rights" zugesichert, die angesichts der Kapitalstärke der USA-Firmen auf eine deutliche Bevorrechtung der Ausländer hinausliefen. Diese konnten danach nämlich "mit gleichem Recht wie die Filipinos" Grundbesitz erwerben, Bodenschätze ausbeuten, Transportunternehmen gründen, Licht, Telephon usw. installieren. Die Folge waren private amerikanische Investitionen, die auf etwa 1 Milliarde Dollar geschätzt werden, und weitere amerikanische Darlehen von etwa 700 Millionen Dollar. Das Vordringen der Amerikaner wird nun auf den Philippinen genauso ungern gesehen wie anderswo auf der Welt. Man sieht darin eine ernste Gefahr für die nationale Unabhängigkeit, die man in unbelehrbarer Weise nämlich immer noch für wichtig hält. So hat man zunächst einmal in der Investment Incentives Act von 1968 weiteren amerikanischen Investierungen gewisse technische Riegel vorgeschoben. Vor allem aber ist man in Manila der Meinung, dass mit Ablauf des Laurel-Langley-Abkommens am 3. Juli 1974 nicht nur die bisherigen amerikanischen Vorrechte für die Zukunft wegfallen, sondern auch

sämtliche bis dahin abgeschlossenen Verträge erlöschen, insbesondere die Grundstückkäufe durch Amerikaner. Die Folge dieser Unsicherheit über die Zukunft ist, dass die Amerikaner sich darum bemühen, rechtzeitig auszusteigen und zu verkaufen. Die Regierung aber hält sich bei den Wahlen im November 1969 nur am Ruder mit der Forderung einer Rückziehung des in Vietnam stehenden Truppenkontingents, und beginnt, die einseitige Abhängigkeit von den USA durch "Diversifizierung" auszugleichen. Handelskontakte mit den Oststaaten sind daher die grosse Mode geworden. Um diesen sowjetischen Delegationen besser entgegentreten zu können, ist man seitens der USA geneigt, die Zollbindungen zu den USA zu lockern und die Philippinen als gleichberechtigt schon jetzt ins GATT aufzunehmen, das heisst ihnen die "Vorteile" des Welthandels zu gewähren.

Dabei dürfen wir nicht vergessen, dass diese "Philippinen" genau so wie so viele andere moderne Staaten ihre künstlichen Grenzen nur ganz vorläufig so beibehielten, wie die Kolonialmacht sie einst geschaffen hatte. Insbesondere ist es bei Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Völker nicht vertretbar, in der Republik der Philippinen Inseln wie die von Sulu und andere zu belassen, die mit ihrer mohammedanischen Bevölkerung dem von den Amerikanern eingerichteten Staatsgebäude völlig fremd gegenüberstehen. Im April 1970 kehrten 3 475 im Nahen Osten militärisch ausgebildete Guerillakämpfer in diese ihre Heimat zurück, um den Kampf für die nationale Unabhängigkeit aufzunehmen.

Die Wahlen vom November 1969 sind die korruptesten, die der Staat bisher erlebt hat. Marcos wird wieder gewählt. Doch die Volksseele kocht. Am 26. Januar 1970 erwartet eine tobende Menge den "Präsidenten" vor dem Abgeordnetenhaus, und es kommt zur offenen Meuterei. 20 000 Menschen brüllen, werfen Brandflaschen und Steine auf den heraustretenden Präsidenten und seine Frau. Diese wird getroffen und der Sicherheitsoffizier verletzt. Marcos befiehlt, zu schiessen, und mit ungezügelter Brutalität schiesst die Polizei in die Menge, um den Präsidenten zu retten. Vier Tote und mehr als 100 Schwerverletzte liegen in ihrem Blute, während der Herr Präsident mit Madame in einem Regierungsauto das Weite suchen. Bei den Beerdigungen kommt es zu neuen Kundgebungen. Am 30. Januar stürmen 15 000 Studenten das Präsidentenpalais selbst und es gelingt ihnen, trotz schärfstem Widerstand, zwei Teilgebäude in Brand zu stecken. Marcos erklärt übers Radio, dass dem allem nichts anderes als kommunistische Pläne zur Machtergreifung zu Grunde liegen. Natürlich greift Peking auch sofort die Lage auf und verkündet in einem Artikel "Die Philippinen den Philippinern": "Die koloniale amerikanische Besatzungspolitik hat schärfste Ausmasse angenommen. Die Lügen und die Heuchelei eines Nixon und eines Agnew zeigen die Wolfsnatur des Imperialismus, der die Philippinen wie ein kleines Rotkäppchen behandeln will. Wir unterstützen heissen Herzens den anti-amerikanischen Kampf des philippinischen Volkes."

Der Widerstand wächst weiter, obwohl Marcos einige Aenderungen in seinem Kabinett vornimmt, "um die Regierung empfänglicher zu machen für die Wünsche des Volkes". Als weitere Opfer des Feuerüberfalls vom 26. Januar sterben, fordern die Studenten die Abdankung des Präsidenten. Die besseren Wohnviertel der Hauptstadt fordern Militärschutz an. Ueberall ziehen militärische Sondereinheiten auf. Trotzdem kommt es am 18. Februar zum Sturm auf die amerikanische Gesandtschaft. "Marcos Faschist, Marionette des amerikanischen Imperialismus" ruft die Menge. Die Halle der Gesandtschaft geht in Flammen auf. Daraufhin schliesst die Regierung die Universitäten und Schulen in der Hauptstadt und ihren Vororten. Einzige Folge: Die

Jungen haben mehr Gelegenheit, sich jetzt mit den Arbeitern und Bauern zusammenzuschliessen. Es bildet sich eine neue "Volksarmee" im Geiste der ehemaligen Huk-Bewegung, die seinerzeit auf Empfehlungen des amerikanischen Generalstabs von Präsident Magsaysay so grausam unterdrückt wurde.

Diese Bewegung aber ist alles andere als von China inspiriert. Ihr fähigster Kopf ist der Präsident der Universität Ateneo, der Jesuitenpater Pacífico Ortiz. Gleich nach den Wahlen vom November 1969 fordert er für 1971 die Einberufung einer Verfassunggebenden Versammlung, um eine neue Verfassung auszuarbeiten. Ueber das Fernsehen warnt er öffentlich die Bewohner der eleganten Viertel der Hauptstadt, ihren Lebenswandel zu ändern, wenn sie nicht unter der Guillotine enden wollen!

An seiner Seite steht der Rektor der Staatsuniversität, M. López. Zusammen mit 500 Professoren begibt er sich zum Präsidenten und bringt eine ernste Warnung vor: "Wir protestieren gegen die Unterdrückung der bürgerlichen Freiheiten. Wir heissen ohne Einschränkung den revolutionären Kampf der Studenten in Verteidigung der demokratischen Rechte gut. Wir wenden uns gegen paramilitärische Organisationen, gegen Privatarmeen, gegen die Einmischung des Auslandes in die innere Sicherheit des Landes, die Verwendung von Spezialpolizeieinheiten, und rufen daher alle anderen Universitäten, die Leiter der Kirche, die Bauern, die Arbeiter und die Schriftsteller auf, sich mit uns zu vereinigen in ihrem Kampf um Freiheit, Gerechtigkeit und Demokratie." Wieder einmal tritt Jugend an gegen die Unterdrücker.

Machen wir uns doch einmal die Mühe und erkennen wir, dass jetzt schon seit vier Generationen in Europa die Jugend antritt. Denn jene Burschenschaftler auf der Wartburg, die Wandervogelbewegung, die Jugend ganz Europas zwischen den beiden Kriegen und die APO von heute, sie alle stehen doch auf gegen ein und denselben Gegner! Sie alle kämpfen, ob gegen einen Kotzebue oder gegen einen Schah von Persien, im eigentlichen gegen eine Gesellschaft, die sie als ungerecht empfinden, die sie einzwängen will in ihre materialistische Welt des persönlichen Profits.(*216) Nur, keiner dieser Generationen wurde jemals ganz klar, wer diese Gesellschaft so organisiert hat, wurde ganz klar, von woher dieser materialistische Geist, diese Zerstörung aller Ideale gesteuert wurde. Jene Generation der Primo de Rivera und Codreanu und Horst Wessel war dem Feinde am nächsten gekommen. Sie wurde denn auch mit besonderer Grausamkeit ausgerottet. Und mit den zur Verfügung stehenden riesigen Geldmitteln wurde ein übriges getan, die jeweils früheren Generationen in den Augen der nächsten lächerlich zu machen und zu verleumden.

Wehe, wenn die Jugend erkennt, dass ihre Väter in ihrer Jugend genau so himmelstürmend gegen genau die gleichen Fratzen angingen. Wenn sie erkennt, dass sie morgen genau so als "Faschisten" beschimpft wird, von ihren Söhnen, angeleitet dazu von den gleichen dunklen Gestalten im Hintergrund, jenen Marcuse oder wie sie dann heissen mögen, so wie sie heute unter "Faschisten" nicht jene Idealisten verstehen, die einst auf Rom marschierten, sondern ein Zerrbild, welches die Sklavenhalter selbst davon entwarfen. Denn das ist doch das Widerlichste, Uebelste an dem Werk der Freimaurerei: Dass sie es fertig bekommt, den Sohn auf den Vater zu hetzen und die grosse Linie der Geschichte dieser letzten zweihundert Jahre völlig zu verzerren. Denn in Wirklichkeit hat sich seitdem nur alles immer zum Schlechteren gewandelt, setzten sich die Feinde aller Religionen und Völker nur immer fester in den Sattel, grinsend über die sich opfernde Jugend. Und bereitwilligst greift diese die falschen Parolen auf, die man ihr zuruft, und meint, immer wieder von unten anfangen zu müssen, als dass sie endlich einmal die Lehren der Väter,

deren Erkenntnisse und Taten sachlich studiert, feststellt, was davon für den heutigen Kampf brauchbar ist, warum die Väter nicht siegten, um so dann doch endlich einmal den Feind wirklich niederzuzwingen, anstatt nur immer wieder von einer Form der Unterdrückung in die andere zu gehen, vom Kapitalismus in den Neokapitalismus, vom Kolonialismus in den Neokolonialismus, und wie die Schlagworte alle heissen.

Die Philippinen erleben diesen Aufstand der Jugend zum ersten Mal. Wir Europäer haben schon 150 Jahre Aufstand hinter uns – und haben nichts erreicht, als nur die Zerstörung auch der letzten Bastionen, die schützen konnten gegen die Feinde allen glücklichen Lebens auf Erden. Mit dem II. Weltkrieg war es New York gelungen, auch die sogenannte Farbige Welt in ihren Machtbereich einzubeziehen. Seitdem spricht man auch dort von Fortschritt und Entwicklung und Demokratie und Menschlichkeit. Seitdem bricht auch dort eine Mauer nach der anderen zusammen unter den Posaunen aus New York, und die Welt wird den Menschen zur Hölle ausgebaut. "Diese Korruption, die auf den Philippinen bereits einen selbst in der übrigen Welt unbekannten Grad erreicht hat, diese Kriminalität, die grösser ist als selbst in den USA, diese Kontraste zwischen wahnwitzigem Reichtum einer kleinen Oberschicht und schrecklichstem Elend der übrigen, alle diese Dinge, die bezeichnend sind für das Regime Marcos"(*217), werden bald schon eine Aenderung erzwingen. Doch, fragen wir uns, wird mit dieser Aenderung auch die Macht New Yorks gebrochen werden? Oder wird nicht der ganze revolutionäre Elan wieder fein fleissig abgeleitet werden? Wenn wir Deutsche sehen, was aus den stolzen schwarzrotgoldenen grossdeutschen Farben von 1848 geworden ist, wir brauchen nicht zu zweifeln, was man aus den Fahnen der Befreiung in allen farbigen Ländern machen wird. Arme, verratene Jugend von Manila, das einzige, was Dir wirklich bleibt, ist, zu morden und zu brandschatzen. Den Aufbau einer neuen Welt wird man Dir genauso wenig gestatten wie den Burschenschaftlern oder der SS.

---

*216 – Dabei war die Entwicklung nach links hin in keiner Weise gegeben. Wir haben in den von uns seinerzeit herausgegebenen "Auslandsdeutschen Rundbriefen" sehr nahe beobachtet, mit welchen Methoden in der BRD die nationale Jugend, insbesondere der Nationale Studentenbund (NSB) brutal bekämpft wurde. Staatlich angelernte Provokateure, politisierte Staatsanwälte und bezahlte Rufmörder verbanden sich, um die Zeitschriften zu verbieten und die Studenten von den Hochschulen zu entfernen, während gleichzeitig – vom gleichen Zentrum gesteuert – mit allen Mitteln der Publizistik und der übrigen staatlichen Möglichkeiten das Aufkommen des SDS gefördert wurde. Mit grossen Geldmitteln hat die BRD dessen Aufbau, die Demonstrationen und Auslandsreisen seiner Mitglieder überhaupt erst ermöglicht.

Jener "Auslandsdeutsche Rundbrief" wurde damals von uns in 2000 Exemplaren mehrere Jahre hindurch monatlich kostenlos versandt. Die BRD versuchte, unter offener Missachtung der argentinischen Souveränität, mit wahren Gangstermethoden sein Erscheinen zu verhindern. Das Echo, welches diese Veröffentlichung fand, war der Anlass für Herrn v. Oven, seine "Deutschen Kommentare am Río de la Plata" herauszugeben, inhaltlich jedoch mit

dem uns wesentlich erscheinenden Unterschied, dass die Institution der BRD von der neuen Zeitschrift für uns Auslandsdeutsche als legitim und zuständig betrachtet wurde.

Das Auslandsdeutschtum eben hat seitdem auch in Argentinien kein Organ mehr, seine Belange sachkundig und mutig zu vertreten. Eine Herde ohne Hirten aber ist verloren. Es ist nicht gerade zufällig für diese Lage, dass auch eine kulturell so wertvolle Zeitschrift wie die "Südamerika" von Herrn Franke ihr Erscheinen in der bisherigen unabhängigen Form einstellen musste. Die an sich so reiche deutsche Kolonie am La Plata ist einfach unfähig, aus eigenen Mitteln die technischen Grundlagen für eine Setzerei und Druckerei zur Verfügung zu stellen. Beschämend ist es, dass Profitgier, Gedankenlosigkeit, Neid, Missgunst und Engstirnigkeit in einer so elementaren Frage den Ton angeben.

*217 – Jean-Pierre Brulé, "Situation explosive aux Philippines" in "Lumière", 8.3.70, Fianarantsoa/Madagaskar.

*

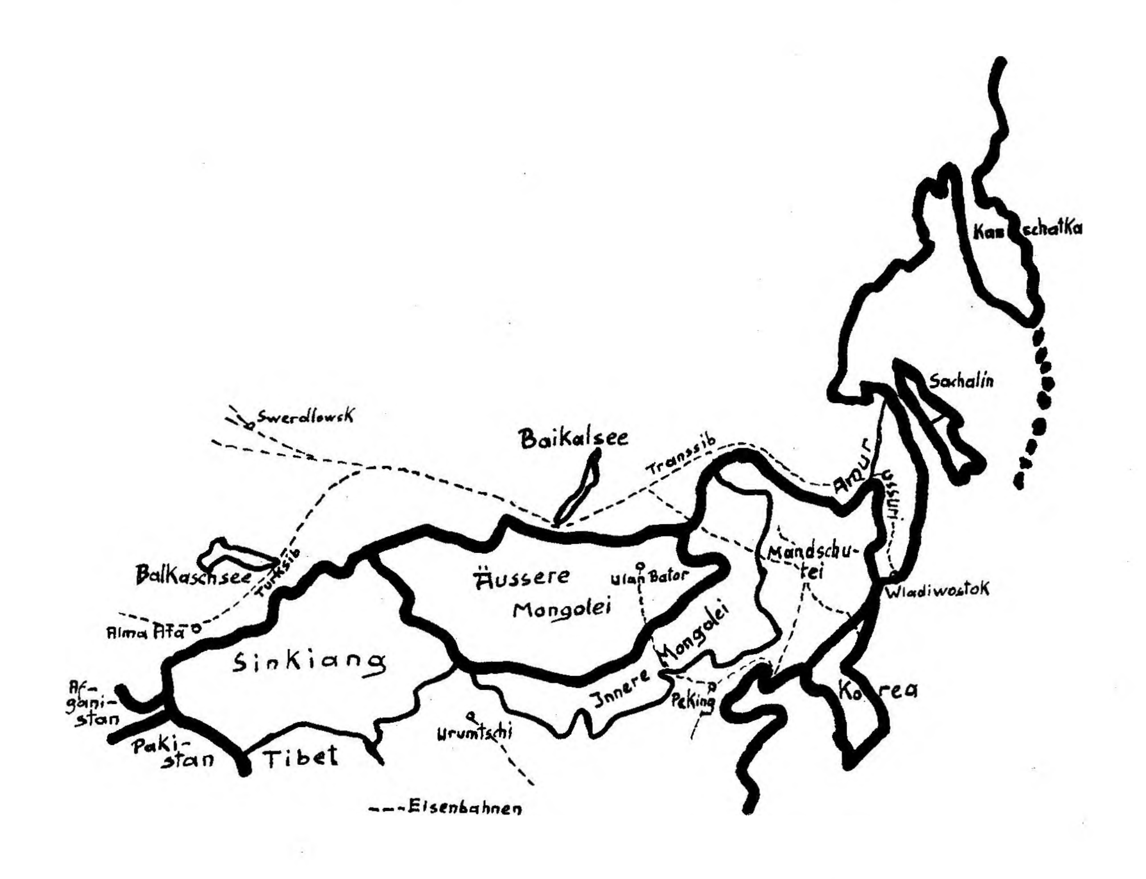
CHINA

Lin Piao nannte in seinem Bericht auf dem 9. Parteitag im April 1969 als Gegenstand aller chinesischen Politik Maos alte Forderung: DIE UNABHAENGIGKEIT CHINAS BEHAUPTEN. Diese Unabhängigkeit wird, wie es sich ziemt, auf alle Lebensgebiete bezogen. Mit einem Appell zur Einheit und Geschlossenheit wurde die Kulturrevolution für abgeschlossen erklärt. Um das Reich stark zu machen, wird Aufwand und Verschwendung der Kampf angesagt und sparsames, fleissiges, genügsames, geduldiges und sorgfältiges Arbeiten gefordert. Schon bisher waren dieses die Tugenden des chinesischen Volkes, das seit 1968 bei stabilen Preisen weder inländische noch ausländische Staatsschulden mehr kennt. Schon 1968 schätzte man die Goldmenge in den Händen Pekings auf vier bis fünf Milliarden Dollar (noch am 6. Januar 1968 ging eine Boeing 707 mit Gold von London nach Peking). Eine Reihe neuer Direktiven soll die Wirtschaft weiter stärken. Die Vorrechte der Fachleute sollen beseitigt werden, der einfache Arbeiter, indem er solches Fachwissen durch politisches Bewusstsein ersetzt, in die Stellen der leitenden Ingenieure und Techniker aufrücken können. Denn Mao sagt, dass "geistig-ideelle Kräfte in materielle Energie umgewandelt werden können". Auch materielle Anreize in der Entlohnung sind dann nicht mehr notwendig, wenn politisches Bewusstsein der Arbeit zu Grunde liegt. Doch Chinas Rückgrat ist trotz aller Industrialisierung nach wie vor die Landwirtschaft und muss dieses angesichts der Bevölkerungszunahme und dem Willen zur Unabhängigkeit auch weiterhin bleiben. Seit Anfang 1969 werden Millionen von jungen Menschen aus den Städten auf das Land und in die Grenzprovinzen umgesiedelt. Dort hat sich so in den letzten zehn Jahren die Bevölkerung verdoppelt, eines der epochalsten Ereignisse, über das berichtet werden kann.

Diese Bevölkerungsverschiebungen zeigen, wie China seinen Staatsraum in Beantwortung des russischen Druckes ausfüllt. (Man hat auch gesagt, dass diese Dezentralisierung der Bevölkerung einem Atomkrieg vorgreifen soll.) Dabei sieht man die Front gegenüber der Sowjetunion klar im Zusammenhang mit den übrigen Weltfronten, denn man hat nicht vergessen, dass das zaristische Russland seinerzeit nur deswegen seine letzten Positionen im Drang nach Osten erreichen konnte, weil England im Opiumkrieg China auf die Knie gezwungen hatte. Als China damals den Engländern den Vertrag von Nanking (1842) unterschreiben musste, war das der Startschuss für Russlands Vordringen bis nach Wladiwostok (1860), wo die Russen sogar die Errichtung eines britischen Forts dann unterbanden. Die Engländer sind es dann auch, in Zusammenarbeit mit den Japanern, die dem russischen Vordringen in Asien begegnen. Der chinesisch-japanische Krieg 1894 war nur notwendig, um Korea, Port Arthur und Dairen vor den Russen in Besitz zu nehmen. Russland antwortete damit, China das Geld zur Zahlung der japanischen Kriegsentschädigung vorzustrecken und erhielt die Genehmigung zum Bau und Betrieb der im Fernen Osten so entscheidend gewordenen Ostchinesischen Eisenbahn quer durch die Mandschurei. Der russisch-japanische Krieg bremste dann endgültig den russischen Vormarsch, löste vor allem die Aeussere Mongolei wieder aus den russischen Staatsgrenzen (und schwächte Russland in einem Masse, das den Juden und Freimaurern erlaubte, die ersten Positionen zu erobern, wie wir bereits früher sahen (*218). Doch schon 1921 rückten die Russen, diesmal unter Hammer und Sichel, wieder in die Mongolei ein, und 1945 wird sogar mit Tschiang Kai-schek ein Vertrag unterzeichnet, der die Russen in Dairen und Port Arthur wieder einziehen lässt (vgl. R 204), das heisst ihnen dort militärische Rechte einräumt. Doch Mao zerreisst dieses Papier bereits 1950 und stellt die chinesische Souveränität mit Ausnahme des Gebiets der Aeusseren Mongolei in einem neuen Vertrag mit Moskau wieder her (R 204). Der danach enggewordene Spielraum zwischen den beiden Mächten erhellt aus der Tatsache, dass es Anfang 1969 zu Grenzstreitigkeiten kommt, bei denen Streitobjekt Inseln in Amur und Ussuri sind. Vierzig russischen Divisionen stehen dort 60 chinesische Gewehr bei Fuss gegenüber, und die unbeteiligten Grossen frohlockten bereits mehrfach in der Annahme, dass es dort zum regelrechten Krieg kommen würde.

Die sowjetrussischen Truppen, die 1921 in die Aeussere Mongolei einrückten, "befreiten" zunächst einmal so den seit 1911 unabhängig von China bestehenden Staat von den Weissgardisten unter Ungern-Sternberg wie auch von den mit Ende des I. Weltkrieges eingedrungenen Chinesen. Das theokratische Regime unter der achten Inkarnation Buddhas, des Maidari-Hutuktu, wurde bestätigt, doch mit dem Tode dieses hohen Lamapriesters am 20. April 1924 wurde die Suche nach einer neuen Wiederverkörperung untersagt und die Mongolei zur Republik erklärt. Den Lamas wurde das Wahlrecht entzogen, und es begann die Bekämpfung der buddhistischen Religion, die dann 1946 mit der endgültigen Einführung des zyrillischen Alphabets an Stelle der mongolischen Schrift, der fast vollständigen Zerstörung aller religiöser Bauten im Lande, der Hinrichtung oder Einkerkerung der Lamas als abgeschlossen angesehen werden kann. Bis dahin spielte gerade der Buddhismus in der kulturellen Erneuerungsbewegung der Mongolen mit dem Ziel der staatlichen Vereinigung aller Mongolen, also im sogenannten Pan-Mongolismus, eine wichtige Rolle. (*218)

Die chinesische Gefahr liess aber diese Probleme schnell in Vergessenheit geraten. Schon im Januar 1966 schloss Breschnew darum bei seinem Besuch in Ulan Bator einen Beistandspakt mit der Aeusseren Mongolei und



CHINAS RUSSISCHE GRENZEN

stationiert seitdem mehrere Divisionen und Raketeneinheiten auf deren Gebiet. Im März 1969 erinnerte Verteidigungsminister Lhagbasuren in einer Rede daran, dass die Mongolische Volksrepublik im gemeinsamen Kampf von Mongolen und Russen gegen die Chinesen 1921 entstanden sei. Und Podgorny persönlich machte im Mai 1969 einen Staatsbesuch bei dem letzten Satelliten im Fernen Osten und erreichte eine gemeinsame Erklärung zu den Grenzstreitigkeiten mit China am Ussuri. Vielleicht ist man auch nicht ganz unschuldig an den Unruhen, die in der (chinesischen) Inneren Mongolei im Juni 1969 zwischen mongolischer Bevölkerung und chinesischem Militär ausbrachen.

Idealer noch als die bisherigen Grenzgebiete bieten der Sinkiang und die ihm auf russischer Seite gegenüberliegende Kirgisische Sowjetrepublik Stoff für Differenzen. Kirgisen, Kasachen und Uiguren leben hier als Nomaden bald auf dieser, bald auf jener Seite der Grenze, die für Peking viel schwerer erreicht werden kann als von Moskau aus. Hinzu kommt, dass der Sinkiang mit seinen sieben Millionen Einwohnern (und von diesen kaum $1\frac{1}{2}$ Millionen Chinesen) sehr dünn bevölkert ist, aber andererseits Petroleum (die Felder von Tushantze wurden mit russischer Hilfe entwickelt), Uran und eine Reihe weiterer Erze besitzt. Alles in allem also eine Front, die der Sowjetunion im Kriegsfall viel gelegener liegt als der so ferne Ussuri.

Die Brutalität, mit der China in Tibet vorging, den 1951 abgeschlossenen, Autonomie gewährenden Vertrag aushöhlte, und den Buddhismus blutig bekämpfte, bekommt weiteren Sinn vom Sinkiang her, denn China kann sich natürlich keine unsicheren Flanken in einem etwaigen Disput mit der UdSSR erlauben. Kommen wir noch an anderer Stelle auf die völkervernichtende Tätigkeit Chinas in Tibet zu sprechen (siehe "UdSSR"), so sei hier nur vermerkt, dass es im November 1969 dem Pantschen-Lama, der bisherigen Marionette Pekings, gelungen sein soll, aus einem Umerziehungslager zu flüchten.

Diese Methoden, mit fremden Völkern umzugehen, sind im Reich der Mitte dabei garnicht so besonders neu. Um 500 v.Chr. lebte der Staatsmann und Philosoph Sun Tsu. Er stellte seinem Kaiser die folgenden Ratschläge für die Unterwerfung seines Nachbarn im Süden auf (*219):

I) Die höchste Kunst besteht darin, den Widerstand des Feindes k a m p f l o s zu brechen.

II) a) Zersetzt alles, was im Lande eurer Gegner gut ist.
b) Verwickelt die Vertreter der herrschenden Schichten eurer Gegner in verbrecherische Unternehmen.
c) Unterhöhlt ihr Ansehen und gebt sie im gegebenen Augenblick der Verachtung ihrer Mitbürger preis.
d) Nützt auch die Mitarbeit der niedrigsten und abscheulichsten Kreaturen.
e) Stört mit allen Mitteln die Tätigkeit der Regierungen.
f) Verbreitet Streit und Uneinigkeit unter den Bürgern des feindlichen Landes.
g) Stachelt die Jugend gegen die Aelteren auf.
h) Entwertet die Ueberlieferungen eurer Feinde.
i) Stört mit allen Mitteln die Ausrüstung, die Versorgung und die Ordnung der feindlichen Streitkräfte.
j) Beeinträchtigt den Willen der Krieger des Feindes durch sinnliche Lieder und wüste Musik.
k) Sendet Huren aus, um das Werk des Verfalls zu vollenden.
l) Seid grosszügig mit Versprechungen und Geschenken, um Nachrichten zu kaufen. Spart überhaupt nicht mit Geld, denn so ausgegebenes

Geld bringt reiche Zinsen.
m) Bringt überall geheime Kundschafter unter.
III) Nur ein Mann, der diese Mittel zur Verfügung hat und die Verfahren anzuwenden versteht, die überall Zersetzung und Streit hervorrufen – nur ein solcher Mann ist würdig zu herrschen und zu befehlen. Ein solcher Mann ist ein Schatz für seinen Herrscher und eine Säule des Staates.

Eine der wichtigsten Geheimwaffen Chinas ist die Tatsache, dass es nichtkommunistischen Ländern einen grossen Markt für ihre Agrarprodukte anbieten kann.(*220) Am eifrigsten bemüht sich Kanada um diese rotchinesische Lösung seiner Agrarkrise. Doch Aussenminister Sharp erreichte bei seinem Treffen mit den Chinesen in Stockholm Anfang 1969 nur sehr wenig.(*221) Bedingung für grösseren Weizenimport ist zunächst einmal die diplomatische Anerkennung Pekings. So ernst wird die Frage in Ottawa dargestellt, dass der Vertreter Trudeaus sich vor der UN-Generalversammlung in ungewöhnlicher Schärfe für eine Aufnahme Maos in die dortige Horde einsetzte.

Ist dieser Kotau vor dem Osten die gesuchte Folge der Krise? So fragen wir, ob nicht auch schon ihre Ursachen im Interesse derartiger Folgen konstruiert wurden. Butler weist darauf hin, dass in Australien (und in Kanada) die steigende Weizenproduktion eine Folge der finanziellen Peitsche ist, unter der die Landwirte immer mehr herstellen müssen, um bei der steigenden finanziellen Belastung und der inflationären Praxis der Regierungen noch auf den bisherigen Gewinn zu kommen. Für Australien gilt die Erkenntnis, "dass der Plan zur Zentralisierung der Farmwirtschaft unter dem Druck der Schulden, der hohen Besteuerung und der wachsenden Inflation nichts anderes ist, als das neueste Werk derjenigen, die den letzten Rest von Unabhängigkeit brechen wollen, der sich noch in den Landgemeinden erhalten konnte."(*222) Unsere Antipoden wiederholen damit, was wir zB in so ganz anderem Rahmen in Nadlers Geschichte der deutschen Literatur erfahren, wo von "der Gefahr" gesprochen wird, "geistiges Eigenleben mit dem Verlust des Bodens aufzugeben".(*223) Man darf also getrost von "weltweiten Plänen" (*224) sprechen, wenn wir uns im folgenden bei dieser Gelegenheit etwas ausführlich mit den dramatischen Vorgängen in Europa befassen wollen (nachdem wir uns mit den Versuchen zur Zerstörung der unter ganz anderen Bedingungen entstandenen und mit ganz anderen Aufgaben betrauten Landwirtschaft Südamerikas bereits im Kapitel "Peru" beschäftigt haben).

Hier hat nämlich die philosophisch-politische, tiefeingewurzelte Auffassung vom rein technisch gesehenen "Fortschritt" zu einer völligen Degradierung des Bauerntums, des ältesten und wichtigsten Berufs der Menschheit überhaupt, geführt. Es "wird die wirtschaftliche Eignung einer bäuerlich betriebenen Landwirtschaft in unserer "modernen" Welt bestritten".(*225) "Das Bauerntum muss weg, weil es der Damm ist, der gegen "eine sozialistische Welt" noch standhält."(*225) Obwohl man die von niemandem bestrittenen Folgen einer Sozialisierung der Landwirtschaft in allen Ländern ohne Ausnahme mit derartigen Wahnsinns-Experimenten vor Augen hat (wo überall diese Experimente nicht aus wirtschaftlichen, sondern aus politischen, egozentrischen Erwägungen heraus erzwungen wurden) – nämlich die Tatsache, dass nach der Liquidierung des Bauerntums in Ost- und Mitteleuropa diese reichen Länder zu landwirtschaftlichen Importeuren werden mussten, um nicht zu verhungern (*226) –, stellt sich die Subversion in den westlichen Regierungen auf den Standpunkt Lenins: "Im Bauerntum werden stündlich, täglich, jährlich Kapitalisten geboren – deshalb muss es liquidiert werden." Nachdem man das Bau-

erntum in eine schwere Krise gejagt hat (da man sich mehr um die "Entwicklung" in Lambarene und sonstwo kümmerte, als um die eigenen Höfe), "folgert man nicht etwa, dass, wie bei allen anderen Wirtschaftszweigen auch, eben ihr Einkommen angehoben werden muss. Nein! Man folgert, dass sichimmer weniger Landwirte in ein gleichbleibendes Einkommen teilen müssen, damit für die Uebrigbleibenden auf Kosten der Nachbarn noch ein halbwegs erträglicher Lebensstandard herauskommt." Aus der Volksgemeinschaft von einst ist nämlich der Mansholt-Plan geworden. In gradliniger Fortführung der krankhaften und böswilligen Phantasien aller jener Utopisten, die offen und geheim seit 200 Jahren am Werk der Grossen Rebellion arbeiten, soll danach die landwirtschaftliche Bevölkerung in der EWG innerhalb der nächsten 10 Jahre von 10 Millionen auf 5 Millionen herabgesetzt werden, und der verbleibende Rest in Kolchosen (hier MLU = Moderne Landwirtschaftliche Unternehmungen genannt) mit vorgeschriebenen Mindestgrössen und geplantem Produktionssoll (hier PE = Produktionseinheiten genannt) zusammengeschlossen werden.(*227) Es sollen "Betriebsgrössen geschaffen werden, welche die Vollbeschäftigung einer genügenden Anzahl von Arbeitskräften ermöglichen, um jeder dieser Arbeitskräfte einen Lebensstandard zu gewährleisten, der, einschliesslich der Ferien- und Freizeitansprüche (Bauer mit 8-Stundentag!), jenem der übrigen Bevölkerung entspricht. Ausserdem sollen diese neuen Betriebsdimensionen eine optimale Auslastung der Kapitalausrüstung sichern." Und auf solcher Grundlage beginnt dann die (Achtung gebietende? Furcht erregende?) Gehirnarbeit, das Leben der europäischen Bauern in das vorgesehene Weltgefängnis einzufügen. (Der Erntedanktag auf dem Bückeberg sah gewiss fröhlichere Menschen.) Und diese Pläne werden ausgeheckt, obwohl die westdeutsche Landwirtschaft von 1950 bis 1968 einen Produktionsanstieg von 244 Prozent vorweisen kann (die Industrie nur von 146 Prozent), und heute ein Bauer 26 Menschen miternährt, während in der Kolchosenwirtschaft ein Kolchosnik nur 5 bis 6 Menschen ernährt. Die Ursache für die Krise der Landwirtschaft liegt eben überhaupt nicht innerhalb derselben, sie wurde von aussen konstruiert, sie ist eine Folge der überhaupt fehlenden Staatskonzeption. Sie wurde konstruiert, um das Bauerntum nach falscher Darstellung von Ursachen und Folgen gänzlich zerstören zu können, um die 1945 besiegten Völker Europas restlos in die Hand zu bekommen.

Um den makabren Plänen des Herrn Mansholt und seines Höcherls die notwendige "öffentliche Meinung" zu beschaffen, wurde in Brüssel ein "Comité d'entente" gegründet, dem angeblich "mehr als eine Million Bauern und Bauernsöhne unter 35 Jahren in der EWG" "angeschlossen" (!) sind. Dieses Comité "unterstützt uneingeschränkt die beabsichtigte Strukturreform"(*228). Und im Mai 1969 bezeichnen "250 sozialdemokratische Politikerinnen aus den sechs EWG-Ländern vor dem "Europäischen" Parlament in Strassburg den Mansholt-Plan als angemessenen Versuch zur Anpassung der europäischen Landwirtschaft an die veränderten Produktionsbedingungen. Denn die Bemühungen, allen in der Landwirtschaft Bechäftigten ein angemessenes Einkommen zu sichern, BELASTE DIE VERBRAUCHER UND VERHINDERE STRUKTURANPASSUNGEN." (*229) Rein merkantilistische Gesichtspunkte stehen also (und zwar ausschliesslich) bei diesen Personen zur Debatte. Das Glück der sozialistischen Gesellschaft liegt in der Plan-Erfüllung, man ist nicht imstande, das GRAUEN zu ahnen, von dem der Schweizer Professor Portmann sprach. Ein Jahr später, Februar 1970, schon kann stolz aus Brüssel gemeldet werden: "Nach der Wachablösung im Deutschen Bauernverband ist der agrarpolitische Dialog auf höherer Ebene leichter geworden." Wieder einmal hat die "Demokratie" VON OBEN her den Völkern den Weg in die Hölle

geebnet. Wollen Sie wissen, wie diese aussieht, so öffnen Sie das von dem Freimaurer Earl Warren gelenkte amerikanische "National Geographic Magazine", Nummer II/1970, auf Seite 184/85. Nicht die Natur, nicht Gott, nicht wirtschaftliche Notwendigkeiten, nein, eine verbrecherische Geheimgesellschaft steht hinter diesen Plänen.

Das Sinnwidrige, ja, schlechthin Böse aber bei den gegenwärtigen Vorgängen liegt darin, dass man die Landwirtschaft in das Gitter einer kapitalistischen Gesellschaft presst, sie unter Ausnutzung des Selbsterhaltungsprinzips in der in Interessengruppen auseinanderfallenden pluralistischen Gesellschaft zu Ueberproduktion zwingt und dann nicht einmal weiss, die angehäuften Vorräte wenigstens in dem anderen, doch angeblich so heiligen, weltweiten Rahmen zu verwenden. Gerade das Schicksal dieser Vorräte ist heute nicht unerheblicher Teil der Anklage gegen das System der Sieger von 1945. Als nämlich die Aufwertung der DM droht, da schafft die Spekulation Anfang 1969 das französische Getreide, Tausende von Tonnen, in die deutschen Warenlager. Als der Frank dann abgewertet wird, transportiert man es wieder zurück nach Frankreich, und als dann die DM aufgewertet werden soll, schafft man es schnell noch einmal ostwärts. Inzwischen aber sterben in Biafra Millionen Menschen Hungers. Nein, westdeutsche Diplomaten mögen doch ja nicht glauben, wenn sie zu uns hinauskommen, dass wir übersähen, in wessen Auftrag sie hier auftreten. Wir können es nicht verhindern, dass eine "Freie"Presse sich von einem Bonner Prof. Kordt Märchen über die "Folgen der D-Mark-Aufwertung auf die deutsche Landwirtschaft" erzählen lässt (September 1969), aber man möge nicht glauben, das Auslandsdeutschtum lasse sich gedankenlos vor den westdeutschen kapitalistischen Karren spannen! Man wird uns (wie weiland Nasser, siehe R 142) vormachen wollen, man helfe doch mit jährlich 4,5 Millionen Tonnen Getreide als "Nahrungshilfe". Ja, aber man verbindet in der Praxis diese Lieferungen mit der Bedingung, eben so grosse Mengen Getreide zum offiziellen Mindestpreis des Internationalen Weizenabkommens zu kaufen, damit das "Geschenk" an die "Entwicklungsländer", die man ja dafür geschaffen hat, als solches bedeutungslos machend. Und vor allem freut man sich offensichtlich in erster Linie angesichts des politischen Gewichts der Einweltler, das im Rahmen der Kennedy-Runde versprochene Hilfs-Soll los zu werden, ohne im übrigen auf die häufig sehr nachteiligen Folgen auch für das Empfängerland zu achten, wo oft genug die dortige Landwirtschaft sehr schwer geschädigt wird durch solche gedankenlose "Hilfe". Auch hier scheitert eben die Utopie der "Weltwirtschaft" am Selbsterhaltungstrieb der Beteiligten, die alle gehorsam im Glaspalast in New York Hosianna schreien, zu Hause aber doch nicht über den eigenen Schatten springen können. Es gelingt nicht, das nationale Zusammengehörigkeitsgefühl zugunsten der sogenannten Menschheit abzulegen. Die Folge ist ein Wirrwarr letzten Endes unehrlicher Phrasen. Auch im Schafspelz ist eben homo homini lupus. Die Lüge von der Welthungersnot platzt 1970 allzu deutlich mit der Kündigung des Weltweizenabkommens angesichts einer unverkäuflichen Menge von siebzig Millionen Tonnen Brotgetreide für die Menschheit.

In sehr engem Zusammenhang mit diesen Betrachtungen einer kapitalistisch ausgerichteten Landwirtschaft steht der Komplex der künstlichen Düngung. Da sind (nach Seifert, dem ehemaligen Landschaftsgestalter der Reichsautobahnen) im Landkreis Mülheim/Baden 19 Gemeinden ohne Trinkwasser, obwohl genügend Grundwasser vorhanden, in der Pfalz die Trinkwasserspeicher unbenutzbar. Grund: Filtrierungen von Kunstdünger. In Schleswig-Holstein müssen mehr als 1 000 Kilometer Hecken nachgepflanzt werden, um die Erträge halten zu können: der chemische Dünger verbrauchte den Humus. Er-

forderlich sind 3 Prozent. Aber in Westdeutschland hat man meistens nur noch knapp 1 Prozent Humus. Der Fernsehfilm von Alfred Karbe im Bayrischen Rundfunk, der nachwies, dass das Gleichgewicht mit Mehrverbrauch von Kunstdünger nicht hergestellt werden kann, wurde von der chemischen Industrie zensiert. Die sogenannte "freie" Presse lebt von Inseraten der chemischen Industrie. Ebenso unbestritten ist, dass ein Forscher, wenn er Hilfe für seine Arbeit braucht, auf die gleiche Industrie angewiesen ist. Die grosse finanzielle Bedeutung der Kunstdüngerfabriken im Rahmen der Entwicklungsprojekte ist bekannt.

Doch die Viehwirtschaft steht noch vor einem anderen echt kapitalistischen Problem. Da ist das insbesondere für Argentinien so bedeutende Thema der Maul- und Klauenseuche. Sir Howard teilt in seinem "Landwirtschaftlichen Testament" mit, dass er gesunde mit kranken Tieren im gleichen Pferch ernährte und diese nicht erkrankten. Dann berichtete der verstorbene Voisin, dass gewisse Gebiete in Frankreich wie in Deutschland frei blieben von Ansteckung. Das gleiche erleben wir im Süden Argentiniens. Wir wissen eben praktisch nichts darüber, woher und wie die Aphthose übertragen wird. Die Reaktion aber auf diese Krankheit war die von Veterinären, die ein schönes Geschäft witterten. Sie befahlen die Zwangsimpfung. Mit dem Erfolg, dass Argentinien heute Millionen von Pesos ausgibt für einen entsprechend aufgeblähten bürokratischen Apparat, Impfstoff-Fabriken (die sich vornehm Laboratorios nennen) und Veterinären. Dabei war bekannt, dass der in England festgestellte Keim in Argentinien überhaupt noch nicht vorgekommen ist.

Es wäre nun völlig oberflächlich und primitiv, etwa zu behaupten: "An diesen Riesengeschäften zum Schaden der Allgemeinheit sind die Juden und Freimaurer schuld", so etwa, wie wenn eine Loge diese Dinge angeordnet oder empfohlen hätte. Man kann vielmehr sachlich nur folgendes feststellen: In einer Gesellschaft, in welcher ganz systematisch Gott und die Natur ersetzt werden sollen durch die materielle Gier der Menschen, müssen solche Auswüchse ganz zwangsläufig entstehen. Und weiter, dass dann diejenigen, die sich durch Ausnützung der Umstände am skrupellosesten bereicherten, sehr gerne sich ein philanthropisches und pazifistisches Mäntelchen umhängen und darum also bevorzugt von der Freimaurerei angezogen werden (wie es meines positiven Wissens für eine ganze Anzahl von Eigentümern und Direktoren der pharmazeutischen und chemischen Industrie der Fall ist). Das führt dann zu einem weiteren, lautlos stattfindenden Anbau an die laufend derart sich vollziehende "Umstrukturierung", von der oben so viel auf der ganzen Welt gesprochen wird und in der sich heute die Grosse Rebellion am deutlichsten manifestiert.

China als Ausgangspunkt für diese Erörterung landwirtschaftlicher Zerstörungsversuche in der übrigen Welt, gibt uns das Beispiel einer für ihr Volk tätigen Regierung, wenn wir sehen, wie hier zunächst einmal die Grundfragen menschlicher Existenz, Nahrung und Kleidung souverän gelöst werden. Diese Sicherheit im Rücken erlaubt es Peking daher auch, in der weiteren Welt aufzutreten, wie es kein Vorgänger im Reiche der Mitte konnte, Vorgänger nämlich, die treu zur Freimaurerei standen wie jener Sun Yat-sen, der mit seinem Buch "Le triple Déisme", die drei "Götter" der Religion, der Politik und der Wirtschaft meinte einführen zu können.(*230) "Ein gottloses Land wie China gibt zinsfreie Anleihen" verkündet die "Muslim-World" (13.12.69), und während sowohl Peking wie Tel Aviv sich weigern, den Atom-(Gehirn-)Sperrvertrag zu unterzeichnen, argwöhnt Moskau wohl mit Recht, dass die einzigartige Stellung Israels seit Schliessung des Suezkanals im Verkehr mit dem Fernen Osten den Israelis und den Chinesen einen engeren wirtschaftlichen

Kontakt nahegelegt hat (dpa 16.1.69).

Zwischen China und Israel aber liegt nicht nur die buddhistische sondern auch die mohammedanische Welt. Mit ihr kann man nicht umspringen wie mit den Lamas in Tibet und der Mongolei. So holt man die chinesischen Mohammedaner, die es ja immer noch gibt, aus der politischen Versenkung heraus und erlaubt der "Islamic Association of China", im März 1970 dem Mausoleum des Gründers von Pakistan, Quaide Azam Mohammed Ali Jinnah, einen schönen Leuchter zu stiften. Der Korrespondent der Pariser Zeitung "Le Monde" kann berichten, dass aus Anlass des grossen mohammedanischen Eid Al-Adha-Festes 1970 Pekinger Moslems zusammen mit den Diplomaten der in Peking akkreditierten mohammedanischen Staaten ihre Gebete in der Tongse-Moschee verrichteten. Man erinnert des weiteren an die Worte Chou En-Lais vor dem nationalen Volkskongress 1964: "Wir werden unsere Politik fortsetzen: erlaubte Freiheit des Bekenntnisses, Vollendung der politischen Einheit, Trennung von Religion und Staat und Verbot aller illegalen Tätigkeit." Zwei hohe chinesische Würdenträger sind Mohammedaner: der Vorsitzende des Revolutionskomitees von Sinkiang und stellvertretende Kommandeur der Sinkianger Militär-Region, sowie der Vorsitzende des Revolutionskomitees von Chansi. Der erwähnte französische Journalist sagt weiter: "In China hat die islamische Religion deutlicheren nationalen Charakter als die anderen importierten Glaubensarten. Der Islam wurde im 8. Jahrhundert von arabischen Missionaren in die heutige Provinz Kansu und die frühere autonome Region Nighsia gebracht." Eine Aufwertung dieser religiösen Gruppen liegt im Interesse Pekings.

Beachtlich ist die Tätigkeit der Chinesen bei einer ganzen Reihe von Entwicklungsprojekten in sogenannten Entwicklungsländern. Zumeist handelt es sich dabei um landwirtschaftliche Vorhaben (Reisfarm auf Sansibar, verschiedene Versuchsfarmen in Tansania, Bewässerungsanlage in Mali sowie dort auch eine Textilfabrik, eine Zementfabrik, ein Hotel und ein Kino; Planung einer Eisenbahnlinie von Mali nach Guinea; in Guinea eine Oelmühle für Palmkerne, eine Zigarettenfabrik, eine Streichholzfabrik, eine Teefabrik, ein 10 000 Tonnen-Schiff für Tansania, eine Schiffswerft auf dem Kongo für Brazzaville, ein Stahlwerk in Dacca in Ostpakistan, Strassenbau, der Pakistan und Sinkiang verbindet, Hospitäler in Kambodscha, eine Reihe landwirtschaftlicher Versuchsstationen in Albanien, sowie technische Hilfe bei der Petroleumförderung usw.). Beachtlich ist vor allem aber auch die aussenfinanzielle Haltung Chinas. Chinesische Veröffentlichungen können sich nicht genug tun in der Feststellung, dass der Yuan eine der sichersten Währungen der Welt ist. Er kennt nicht die steten Abwertungen in der übrigen Welt. Die Volksrepublik China hat keine Auslandsschulden! Das will etwas besagen in unserer Welt der immer bodenloser werdenden Verschuldung, der Beseitigung aller wägbaren Deckung für die Währungen im Bereich der Sonderziehungsrechte der Weltbank.

---

*218 – Bechert, Bd.I, S.141.

*219 – Aus "Europäische Wehrkunde", München, Heft 7, 1959. Abgedruckt in "Afrika-Spiegel", POB 3099, Pretoria/Südafrika, XII/1969.

Nach der gleichen Veröffentlichung sollen diese Grundsätze Lehrgegen-

stand an den sowjetischen Kriegsakademien und Politschulen sein.

*220 – Es ist das Verdienst des australischen Politikers Eric D. Butler, in der "New Times", Melbourne, August 1969, auf diesen wesentlichen Punkt zum Verständnis der gegenwärtigen Ost-West-Weltpolitik hingewiesen zu haben. Chinas Weizeneinfuhren haben unter dem Eindruck der guten Ernten der letzten Jahre abgenommen. Während sie sich in den davorliegenden Jahren auf etwa 5 bis 6 Millionen Tonnen beliefen, erreichten sie 1968 nur noch 3,6 Millionen Tonnen, die hauptsächlich aus Kanada und Australien kamen.

*221 – Ganze 6 Prozent der in Kanada verfügbaren Weizenmenge wurde von Rotchina abgenommen, viel weniger, als es in früheren Jahren kaufte. Und der Vertrag hat nur eine einjährige Laufzeit, anstatt wie bisher 3 Jahre. Auch die Russen zögerten mit der vertraglich vorgesehenen Abnahme, sodass die kanadischen Farmer im 1. Semester 1969 nur 1 903 Millionen Dollar gegenüber 2 134 Millionen Dollar im gleichen Zeitraum 1968 einnahmen.

*222 – "The New Times", Melbourne, August 1969, S. 8.
Ganz abgesehen von dem Bild unserer Landschaften, von dem "bäuerlichen Antlitz des Landes" ("Nation Europa", April 1969, S. 3). Die "NZZ" schreibt im Februar 1969 unter dem Titel "Die Bedrohung unseres Lebensraumes": "Wir nehmen wahr, dass wir allesamt in den Pferch des "technischen Fortschritts" eingesperrt sind, der in sich überstürzender Eile den besten Zustand der Fertigkeit erstrebt, der "Vollkommenheit" mit immer weiter gesteckten Zielen entgegeneilt", und lässt dann den Basler Biologen Adolf Portmann zu Worte kommen: "Wir könnten dazu verurteilt sein, schliesslich in einer Welt zu leben, in der wir von lauter Dingen umstellt sind, die wir alle selbst gemacht haben. Ich weiss nicht, ob wir heute schon imstande sind, das GRAUEN zu spüren, das vom Leben in einer solchen Welt ausgehen muss."

*223 – Josef Nadler, "Geschichte der deutschen Literatur", Zürich und Regensburg 1967. Wir dürfen hinzufügen, dass dieses herrliche Werk in jeden deutschen Bücherschrank gehörte. Notieren Sie es sich für den nächsten Geburtstag im Familienkreis!

*224 – So Butler aaO.

*225 – "Nation Europa", April 1969, S. 7. Uebrigens ist jenes Heft als Ganzes in gut in die Materie einführenden Artikeln der Regierungsaktion gegen Bauerntum und Landschaft gewidmet.

*226 – Und nicht zu vergessen die Experimente in anderen Kontinenten. Wir sprachen davon bereits im Kapitel "Peru". In Chile - wir sprachen auch schon davon - enteignete man Estanzien und teilte sie auf in "asentamientos". Zunächst ergab das eine gewisse wirtschaftliche Belebung, weil neue Häuser gebaut wurden, Maschinen, Haushaltsgerät usw. angeschafft wurde (abgesehen von dem politischen Image das man gesucht hatte). Doch schon nach einem Jahr ergab sich, dass kein Geld da war für die Instandhaltung dieser Dinge, geschweige denn für eine kostspielige und weitsichtige Aufzucht. Der Ertrag an Schafwolle und an Fleisch ging stark zurück. (Wie erinnert das an die früher – R 343 – beschriebenen "Erfolge" in Sambia.)
Und wir lesen in der argentinischen angesehenen Zeitung "Clarín" unter dem 30. Juni 1969 angesichts der auch hier herumspukenden Absichten: "Die

kalte Objektivität der Computer eröffnete somit, dass in dem Masse als Technik und Mechanisation vorschritten, das "Dach der Rentabilität" der Bewirtschaftung sich verminderte." ... "Mit Unkosten in schwindelerregendem Anstieg, festgehaltenen Preisen, Erhöhung der Abgaben und Steuern und geringfügiger Rentabilität geht die Entwicklung hin zu einer völligen Zerstörung der landwirtschaftlichen Tätigkeit." ... "Es unterliegt daher keinem Zweifel, dass der dynamische Faktor der Landwirtschaft im internen Konsum liegt. Darum hat man den einzig möglichen Weg zu vernünftigen Lösungen in der kräftigen Expansion der Wirtschaft als Ganzes zu suchen." Auch hier also lässt sich eine Lösung nur im nationalen Rahmen finden, und nicht international. Die Landwirtschaft muss abgestimmt werden auf die nationalen Möglichkeiten und Notwendigkeiten, und diese umgekehrt auf die auf Gedeih und Verderb zu ihr gehörige Landwirtschaft. So ist auch diese argentinische Erkenntnis des "Hilf dir selbst, so hilft dir Gott" eine deutliche (und lebensnotwendige!) Absage an die Phantasien vom schönen Welthandel mit internationaler Arbeitsteilung. Die "NZZ" (VI/69) sagt das gleiche von der EWG: "Ein gemeinsamer Warenmarkt ohne gewisse Mindestelemente einer monetären Integration ist auf die Dauer ein Ding der Unmöglichkeit." Da aber "monetäre Integration" unerreichbar ist, täte man gut, keine Zeit und Geld mehr mit den schönen Weltplänen zu verlieren und sich von UNCTAD und ähnlichem Unrat zurückzuziehen. Der Zusammenbruch des EWG-Agrarmarktes 1969 wäre für die Verfechter eines Europas ohne Vaterländer eigentlich Grund genug, sich schleunigst nach Hause zu begeben. Anstatt dessen aber suchen sie nach Lösungen, um weiteres Unheil anrichten zu können.

*227 - Autor des Planes ist der holländische sozialdemokratische Politiker Dr.h.c. Sicco Leendert Mansholt.

*228 - AP Brüssel, 3. Januar 1969.

*229 - AFP Strassburg, 5. Mai 1969.

*230 - Wir sehen, wie heute in die grossen abendländischen Weltformationen Farbige eintreten. Es gibt farbige Bischöfe und es gibt farbige Diplomaten in den demokratischen Gremien. Wann wird es auch farbige Hochgradfreimaurer geben? Bislang rekrutiert sich diese Weltmacht (eben mit den Ausnahmen eines Nehru, eines Sun Yat-sen, eines Senghor) aus Europäern und Juden. Sie ist daher immer noch ein deutliches Ergebnis abendländischer Weltbetrachtung, muss als abendländische Lebensform bezeichnet werden, mag sie auch alles spezifisch "Abendländische" zutiefst verneinen. Niemals wird sie ihre Geburtsurkunde verleugnen können, ohne die Gefahr des Zerfliessens im Wesenlosen zu laufen.

*

FORMOSA

Der wirtschaftliche Aufschwung hielt weiter ungehindert an. Die landwirtschaftliche Produktion stieg pro Jahr um etwa 6 Prozent und bewirkte mit einer Rekordreisernte von 2½ Millionen Tonnen im Jahre 1968 dass Reis sogar exportiert werden konnte, weil die Bevölkerungszunahme mit dieser Verbreiterung der Nahrungsgrundlage nicht Schritt hielt (2,3 Prozent Zunahme 1968). Unter Verwendung der auf den Philippinen gezüchteten Reissorte I R 8, die eine Verdoppelung des Ertrages verspricht, erhofft man noch weiteres Wachstum der landwirtschaftlichen Produktion (ausser Reis: Tee, Bananen, Pilze, Spargel, Früchte).

Die wirtschaftliche Wachstumsrate betrug während des letzten Vierjahresplanes (1965 - 1968) durchschnittlich pro Jahr 10,5 Prozent, während das Nationaleinkommen jährlich um etwa 8,2 Prozent durchschnittlich stieg. Es gelang in dieser vergangenen Phase, eine Leichtindustrie aufzubauen, und man geht nunmehr an die Errichtung einer eigenen Schwerindustrie.

Diese Erfolge sind darum besonders augenfällig, weil das Staatsbudget mit einem Heer von 600 000 Mann (bei 13 Millionen Einwohnern) und mit einem für Festlandchina bemessenen Verwaltungsapparat belastet ist, der 11 Prozent des Bruttosozialproduktes verzehrt. Möglich war dieser Aufschwung nur dank der von den Japanern bereits gut und ausreichend ausgebildeten Arbeitskräfte und den umfangreichen und billigen Wirtschaftshilfen der USA, die bis 1965 die stattliche Summe von 1½ Milliarden Dollar erreichten, abgesehen von den Beihilfen der USA für den Verteidigungsetat.

*

NORDKOREA

Nach Ausbruch der Kulturrevolution war 1966 der politische Verkehr mit China völlig eingeschlafen. Ueberraschend war es daher, dass der 20. Jahrestag des Ausbruchs des Koreakrieges 1970 Anlass zu gegenseitigen Besuchen höchster Würdenträger war. Man demonstrierte in Pongjang aus diesem Anlass sogar unter Anwesenheit von Prinz Sihanouk und anderen die "antiamerikanische Einheitsfront der Völker Asiens". Nicht anwesend waren allerdings die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Länder Osteuropas. Nicht wenig zu dieser erneuten Aktivität Pekings in Nordkorea mag dabei der kurz vorher erneuerte amerikanisch-japanische Sicherheitspakt beigetragen haben. Damit würden im ostasiatischen Raum erneut Fronten entstehen, die nur denen zugute kämen, die seit eh und je am Leid der Völker verdienten.

*

SUEDKOREA

war am 23. Januar 1968 erneut (vgl. R 210 ff.) Schauplatz einer Verratshandlung, wie sie Personen, die nicht mit den nordamerikanischen Regierungsverhältnissen vertraut sind, unglaublich erscheinen muss. Die "Pueblo" nämlich, ein Schwesterschiff der "Liberty", die vor der Sinai-Halbinsel unter israelischen Bomben ihre Tätigkeit beendete, war damals auf Jungfernfahrt in ihren Arbeitsbereich hinaus. Kommandant war der fähige Marineoffizier Lloyd Bucher. Als er das Schiff in Bremerton bei Washington übernahm, fragte er schriftlich bei der Marine an, ob das Schiff nicht mit einem Selbstzerstörungsmechanismus für seine sehr wertvollen und höchst geheimen Maschinen und Apparaturen ausgerüstet werden sollte. Seine Anfrage wurde abgelehnt. Auch hatte das Schiff entgegen allen Normen für Kriegsschiffe keine Bodenventile zur Selbstversenkung. Die ersten öffentlichen Meldungen über den "Pueblo"-Fall lauteten, dass das Schiff innerhalb der Drei-Meilen-Zone aufgebracht worden sei. Das State Department selbst sprach von dieser Möglichkeit. Es befand sich aber mehr als 4 Seemeilen von der Küste entfernt, wie dann später sogar, nämlich bei der Freilassung der Besatzung am 23.12.1968, in einer Note des gleichen State Department festgestellt wurde.(*231) Die einzigen Waffen an Bord sind drei 50 Zoll-Maschinenkanonen. Es wurde Kommodore Bucher telegraphisch verboten, mit diesen zu feuern. Flugzeuge, die aufgestiegen waren, erhielten – schon über dem Schiff – den Befehl, nicht zu schiessen und wieder zu ihrer Basis zurückzukehren. Admiral U.S. Grant Sharp, Oberbefehlshaber der Pazifikflotte, hatte dem Vizeadmiral William S. Bringle, Kommandeur der VII. Flotte, Befehl gegeben, "die notwendigen Kräfte einzusetzen, um die "Pueblo" herauszuhauen und wieder zurückzubringen". Es befanden sich im Raum der Ereignisse keine weiteren nordkoreanischen oder russischen Kriegsschiffe, sodass einem solchen Befehl ohne grosse Weiterungen hätte Folge geleistet werden können. Admiral Sharp war fest davon überzeugt, dass diese für ihn logischen Befehle sofort in die Tat umgesetzt würden und dass man ihm schon sehr bald den Erfolg melden würde. Er besass mehrfache unbestreitbare Luftüberlegenheit, ganz abgesehen von den genannten Marineverhältnissen. Doch am Abend des gleichen Tages, als er bei Tisch sass zusammen mit einem alten Bekannten und seiner Frau, erhielt er Befehl vom Vereinigten Generalstab, seinen Befehl sofort zurückzuziehen und anstatt dessen zuzulassen, dass die "Pueblo" ohne Widerstand ausgehändigt würde.

Sofort nach der Landung wurde die gesamte Besatzung in bereits dort wartende russische Jet-Flugzeuge verladen.

Die Angehörigen der Schiffsbesatzung erbaten von der Marine-Verwaltung Nachrichten über die Vorgänge. Sie wurden ihnen verweigert. Auch verhinderte man von Staats wegen, dass diese sich untereinander in Verbindung setzten. Frau Bucher gelang es dann erst auf Umwegen, und durch private Kanäle, sich eine vollständige Liste der Schiffsbesatzung zu beschaffen und so die betroffenen Familien untereinander in Verbindung zu bringen. Im Aussenamt wurde Frau Bucher bei einem Besuch gesagt: "Ich weiss gar nicht, warum ich es nötig habe, mich mit Ihnen noch weiter zu unterhalten. Sie belästigen mich."(*232) Johnson hatte sich überhaupt kurzweg geweigert, mit ihr zu sprechen, obwohl er immer genügend Zeit für Subjekte wie Martin Luther King und andere hatte. Doch hatte sie dann eine Zusammenkunft mit Dean Rusk. Als sie ihn fragte, warum die USA nicht in Vergeltung ein nordkoreanisches oder russisches Schiff kaperten, brütete er einen Augenblick über seinen Augengläsern und log dann: "Ja, wir haben uns umgesehen, aber

wir haben keines gefunden." Hinterher aber wurde durch CBS-Radio mitgeteilt, Frau Bucher hätte Dean Rusk gesagt, der einzige Weg, der ihrer Meinung nach bestände, sei der von Verhandlungen. Diese Lüge wurde bewusst vom State Department ausgestreut. Frau Bucher liess im August in anständigen amerikanischen Zeitschriften dagegen sagen, sie wünsche, dass man handle, "irgendwelche sauberen, ehrenhaften Mittel anwende, um die Männer zu befreien oder die Ehre der Nation zu rächen". Alle informierten Kreise fragten sich, warum man das Schiff mit seiner 100 Millionen Dollar werten Ausrüstung (diese Zahl nannten die Nordkoreaner schon im Augenblick der Festnahme, war ihnen also vorher mitgeteilt worden. Von wem?) ohne jeden Schutz und ohne Selbstzerstörungs- und Selbstversenkungsmöglichkeiten in eine Gegend schickte, in welcher es dann auf Befehl des Vereinigten Generalstabs schusslos übergeben wurde. Und wo dann am Ufer sowjetrussische Flugzeuge schon für die Besatzung bereitstanden. Wer hatte dies alles organisiert? Die Vermutungen in amerikanischen Zeitungen gehen auf Walt W. Rostow, dem bekannten zionistischen Präsidentschaftsberater, der in anderen Fällen den Heissen Draht nach Moskau benutzt hatte, der sowohl nach Auffassung der Luftwaffe wie des State Departments nicht die notwendige Sicherheit für einen derartigen Posten bot, dann aber entgegen diesen Warnungen ins Herz des Weissen Hauses aufgenommen wurde. Es geht so weit, dass ganz offen von einem Verrat durch Walt Rostow gesprochen wird, nachdem nämlich der Ruf auf eine Untersuchung dieser Hintergründe ungehört verhallt ist. In einem offenen Brief an alle 535 Mitglieder des Kongresses spricht der Herausgeber des "Washington Observer", Lee Roberts, von "Walt Rostow, der mit Ueberlegung das Schiff und seine Mannschaft für die Kaperung in Marsch setzte" (15.3.1969). Um die Gemüter abzulenken, wurde dann unter Verwendung der inzwischen trotz aller bekannten Papiervorhänge allzu weit durchgesickerten Einzelheiten im Juli 1969 in "Reader's Digest" ein Artikel gestartet, wonach "die Russen die "Pueblo"-Affäre geplant hatten". Jedes Kind in den USA weiss daher heute, dass die Russen mit den bekannten Helfershelfern in der USA-Regierung auf diese Weise (wieder einmal) in den Besitz höchster militärischer Geheimnisse gelangten. Und die Rekruten dürfen sich fragen, ob es Dienst am Vaterland ist, auf Schiffen wie der "Liberty" oder der "Pueblo" zu dienen.(*233)

Doch nun zu dem eigentlichen Korea. Wir sagten bereits, welches Gesicht die "Demokratie" in Ostasien anzunehmen pflegt. 1969 verdichtete sich das Kaleidoskop dieses modernen Theaters in Seoul zu besonders lebhaften Bildern. Präsident Park Tschung Hi hatte die Absicht, sich ein drittes Mal wählen zu lassen. Das war eigentlich gegen die Verfassung, doch verfügte er über 127 von 175 Abgeordneten im Parlament. So regte sich denn vor allem die ausserparlamentarische Opposition in der Gestalt von Studenten und Intellektuellen und protestierte gegen eine Aenderung der Verfassung, die die "Aera Park" bis 1976 ausdehnen würde. Der parlamentarischen Opposition blieb nur übrig, es auch mit Gewalt zu versuchen. So verschanzte sie sich im Sitzungssaal und besetzte dort alle Sitze der Regierung und des Sprechers. Sicherheitshalber schlossen die entsprechenden Parteien die unsicheren Kandidaten aus ihren Reihen aus. Die Regierungspartei aber beschloss, eine Unterbrechung der Sitzung zu erklären, etablierte sich schnell in einem Nachbargebäude und jagte dort mit ihrer absoluten Stimmenmehrheit alle Regierungsvorschläge innerhalb von zehn Minuten durch, darunter auch den für einen Volksentscheid über die Amtszeitverlängerung des Präsidenten. Dieser Plebiszit fiel dann im Oktober 1969 eindeutig zu seinen Gunsten aus. Die Futterkrippen bleiben also einstweilen die gleichen, die technische Aufbauarbeit des Staates kann also kontinuierlich fortgeführt werden.

*231 - AFP-Meldung vom 23. Dezember 1968. Das Dokument über die Freilassung der Besatzung ist in seiner Würdelosigkeit in der modernen Staatsgeschichte einmalig. "Die Regierung der Vereinigten Staaten entschuldigt sich in feierlicher Form für die schwerwiegenden Spionagehandlungen ... dass diese Besatzungsmitglieder ihre Verbrechen offen gestanden haben..."

*232 - "WO" 15.8.68. Weitere Einzelheiten in "WO" 15.9.68, 15.1.69, 15.3. 69 und 15.7.1969.

*233 - Diese sehr ominösen Vorgänge erinnern an den weiteren schweren Verlust der US-Marine in diesen Jahren, den des Atom-U-Boots "Scorpion" am 25. Mai 1968. Am gleichen Tage, kurz vorher, war nämlich das amerikanische Flugzeugmutterschiff "Essex" bei Manövern vor der norwegischen Küste von einem Sowjetbomber mehrfach überflogen und gestört worden. Nach dem vierten Ueberfliegen stürzte er plötzlich senkrecht ins Meer ab. Um diese gleiche Zeit befand sich die "Scorpion" etwa 400 Seemeilen südwestlich der Azoren auf Westkurs. Ihr folgte ein russisches U-Boot. Sie kam niemals in ihrer Basis in Norfolk/Virginia an. Als man am 27. Mai ihre Ueberfälligkeit feststellte, ahnte man im Marineministerium, was geschehen war und bat Engländer und Portugiesen und auch die Russen, sich an einer Suchaktion zu beteiligen. Die russische Hilfe war von wesentlicher Bedeutung, da man aus der letzten Radionachricht der "Scorpion" wusste, dass ihr ein russisches U-Boot folgte. Doch wie eine kalte Dusche wirkte auf die bereits ahnungsvollen Amerikaner die eisige Ablehnung der Russen auf Mithilfe. Am 30. Oktober fand man die Reste des Schiffes, in mehreren Stücken auseinandergebrochen, das heisst durch Feindeinwirkung zerfetzt. So rächte sich die UdSSR für den Bomber im Nordatlantik.

*

JAPAN

Solange Russland zaristisch war, war Japan Freund der Vereinigten Staaten. Mit dem Augenblick, da Russland in die Hände der von New York gesteuerten Bolschewisten geriet, betrachtete man Japan in Washington als Gegner. Pearl Harbour (7.12.1941) hat daher seine jahrzehntelange Vorgeschichte. Ganz deutlich aber wurde die japanfeindliche Haltung Washingtons im Zuge des II. Weltkrieges. Im Juli 1941 befahl Roosevelt die Beschlagnahme der japanischen Aktien in den USA. Anfang November 1941 sandte Cordell Hull eine Note an Japan, in welcher praktisch die Evakuierung der Mandschurei gefordert wurde. Gleichzeitig wurde der Panamakanal für die japanische Schiffahrt geschlossen ("American Mercury", Winter 1969, S.55). Das geschichtlich einmalige, militärisch sinnlose Verbrechen von Hiroshima steht am Ende dieser Politik. Es steht bereits am Anfang aber einer Entwicklung, in welcher die USA durch die von ihnen selbst herbeigeführte Aenderung der politischen Welt

in Ostasien so deutlich zur Marionette internationaler überstaatlicher Mächte wurden, dass ihre eigene nationale Position in schwerste Gefahr geriet. Kein Wunder daher, dass nunmehr erneut Stimmen sich erheben, die gerne wieder ein starkes Japan im Osten entstehen sähen, ein Japan, das wieder einmal Handlangerdienste für Amerika leisten könnte, wie es im russisch-japanischen Krieg dieses so pünktlich tat.

Doch Japan hat diesen Braten längst gerochen. Amerika, und mit ihm seine Satelliten bis hin an den Rhein, haben als Verbündete in der grossen Politik zumindest auf Generationen hin ausgespielt. Nicht entfernt denkt man an verantwortlicher Stelle, und schon gar nicht im Volk, daran, den USA zu helfen bei ihren Schwierigkeiten im ost- und südostasiatischen Raum.

Natürlich bemüht man sich in solcher Lage mit allen bekannten Mitteln darum, den begründeten abgrundtiefen HASS des Japaners gegen alles Amerikanische zu betäuben. Man scheut dabei sogar nicht davor zurück, aus der buddhistischen Tradition diejenigen Teile jener Lehre in den Vordergrund zu stellen, die man dann als Pazifismus und Liberalismus und Demokratie schön einbauen kann in die beabsichtigte Zähmung eines der dynamischsten und selbstbewusstesten Völker des Erdballs.

Die Bewegung, von der hier die Rede ist, nennt sich Komeito, und die politische Partei Sokagakkai. Mit Frohlocken berichten die westlichen Zeitungen und Zeitschriften von dem Anwachsen der Stimmen dieser Gruppen bei den letzten Wahlen. Die Abdrängung buddhistischer Traditionen, ihre Verwässerung, ihr Missbrauch zugunsten der Internationalen wird mehr als deutlich, wenn wir aus Aufsätzen und Ansprachen der führenden Männer dieser Bewegung zitieren.

In einer Pressekonferenz vom 22. Januar 1969 führt die Komeito unter ihren Programmpunkten unter anderem an:

Grundsatz der japanischen Aussenpolitik muss das Streben zu einem absoluten Weltfrieden sein. Das Ideal ist eine "krieglose Welt".
Abschaffung aller Formen der Expansion. Japan hat sich aller Expansion zu enthalten und muss jegliche Expansion fremder Mächte bekämpfen.
Vollendung der rassischen Selbstbestimmung und des Grundsatzes der Nichteinmischung. Es ist ein Fehler, dass eine Rasse über die andere herrschen will. Die Einmischung einer Nation in die inneren Angelegenheiten einer anderen kann in keinem Falle als rechtens bezeichnet werwerden.
Anstreben wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Zusammenarbeit auf Weltebene auf dem Grundsatz der Gleichheit und Gegenseitigkeit.

Das führt dann zu konkreten Forderungen wie:

Anerkennung der Volksrepublik China und Degradierung der Differenzen zwischen Peking und Taiwan zu innerchinesischen Angelegenheiten.
Rotchina muss als Mitglied in die UN aufgenommen werden.
Forderung aller japanischen Gebiete, die von den USA oder von der UdSSR zur Zeit noch besetzt sind.
Schrittweiser Rückzug Japans aus dem Verteidigungspakt mit den USA.
Stärkung der den Weltfrieden aufrechterhaltenden Funktionen der UN.

Gerade dieser letztere Punkt ist es denn auch, der in weiteren Ausführungen Gegenstand besonderer Aufmerksamkeit ist. Man geht so weit, ein Asiatisches Hauptquartier der Vereinten Nationen in Tokio zu fordern. Man fordert die

Einrichtung einer "Weltfrieden-Beobachtungskommission der UN" in Tokio, und es soll dieser Kommission dann die Aufgabe zufallen, bei auftretenden Konflikten friedliche Lösungen zu finden.(*234)

Das heisst also, dass man in gutem Glauben gerade jene Organisation zur Erhaltung des Weltfriedens für geeignet hält, die in den letzten fünfundzwanzig Jahren die Ursache für Kriege war, die aus den minderwertigsten Motiven heraus angefacht wurden. Ja, jene Organisation, die überhaupt erst ihr verbrecherisches Wirken antreten konnte, nachdem mit zwei die ganze Erde überziehenden Kriegen genügend Mahner, genügend ernstes Verantwortungsbewusstsein, genügend Traditionen vernichtet worden waren, um sie aus der Asche einer schwelenden Welt erstehen lassen zu können. Mit ihrem allerersten Atemzug stemmte sie sich bereits gegen das Selbstbestimmungsrecht der Völker, teilte die mit Atombomben und Phosphor niedergetretenen Nationen in Ost und West auf, verweigerte ihnen Stimmrecht in ihrem angeblich so friedliebenden Forum, führte das sinnlos gemachte Morden in Korea und später in Vietnam an, entfachte den Kupferkrieg um Katanga und stampfte das Volk der Ibos zu Boden, höhnisch grinsend auf den Anachronismus solcher Volksbefreiungswünsche hinweisend. Liess das Abschlachten von Tausenden zu, in Kuba und in Sansibar, in Ahmedabad und in Burundi, zog sich aus dem Gazastreifen zurück, um die israelische Aggression zu ermöglichen und stürzte Zypern ins Unglück des ewigen Bürgerkrieges. Hetzte gegen Südafrika, Portugal und Rhodesien und steht hinter den Mordanschlägen gegen einen Hammarskjoeld, einen Verwoerd, einen Tschombé. Welche Geistesverwirrung wahrlich herrscht dort, wo man meint, die hohen buddhistischen Ideale vom Weltfrieden von derartigen Verbrechern verwirklichen lassen zu können!

Professor Suzuki warnt bereits (S.51): "Zen besitzt kein eigentliches Lehrgebäude oder philosophisches System aus starren Begriffen und logischen Lehrsätzen, es macht lediglich den Versuch, den Menschen aus den Fesseln von Geburt und Tod zu erlösen, und zwar durch eine bestimmte intuitive Art des Begreifens, die ihm allein eigentümlich ist. Darum vermag es sich mit grosser Schmiegsamkeit fast jeder weltanschaulichen oder sittlichen Lehre anzupassen, solange seine intuitive Unterweisung durch sie nicht gestört wird. Es kann sich mit anarchistischen oder faschistischen, kommunistischen oder demokratischen Idealen, mit Atheismus oder Idealismus, mit jedem politischen oder wirtschaftlichen Dogma befreunden."

Zu welchen Ergebnissen kommt damit eine Bewegung, von der noch 1969 gesagt wird (*235): "Die Untrennbarkeit des Persönlichen und Nationalen und damit antiindividuelle und antiliberalistische Tendenzen haben den politischen Religionsverband (der Sokagakkai) wie einen Phönix aus der Asche zur grössten Massenorganisation aufsteigen lassen!" Eingespannt in das Aktions- und Begriffsschema der Weltfreimaurerei wird doch nur versucht, die Besten jener buddhistischen Nation zu Strassenfegern für den Fortschritt zu machen.

Wo ist in diesem Zusammenhang noch die Rede von Buddhas Lehre vom Nicht-Herzen, von der Zen-Lehre des Mushin? Wird hier nicht vielmehr mit der Verbindung von übelsten politischen Absichten mit Buddhas Worten die Haftung des Herzens an den niedrigsten Dingen gepredigt? Wird so nicht die von Buddha geforderte Haltung der Ehrfurcht unmöglich gemacht? Jene "vollkommene Hingabe, ein vollkommenes Vergessen des Ich und aller Dinge, die mit ihm zusammenhängen" (Suzuki, S. 94)? (Zu jenem Anderen, der niemals den Augenblick fand, der ihm schön genug war, zu verweilen, und der sich dem Teufel verschrieb, kommen wir dann in Europa.) Jene Haltung des Samurai, "die den höchsten Grad der Vollendung erreicht, sobald dein Herz sich nicht mehr darum bekümmert, wie der Gegner zu treffen ist, und doch das Schwert

in der wirksamsten Weise zu führen weiss, wenn du ihm gegenüberstehst. Du streckst ihn einfach zu Boden und denkst nicht daran, dass du ein Schwert in der Hand hältst und dass einer vor dir steht. Da ist kein Gedanke an Ich und Du mehr – alles ist Leere, der Gegner, du selbst, das gezückte Schwert und die schwertführenden Arme, ja sogar der Gedanke der Leere ist nicht mehr da. Aus solcher absoluten Leere entspringt die wunderbarste Entfaltung des Tuns"? (*236) Jene Haltung, die – so falsch im Westen interpretiert – auch die der Kamikaze-Flieger im letzten Kriege war?

Wir dürfen die Dinge aber wohl in noch grösserem Zusammenhang sehen und wollen dazu den Bogen spannen von Japans Zen zu der vor einigen Seiten wiedergegebenen Aeusserung eines pakistaner mohammedanischen Gelehrten, der von dem sprach, was in aller Wissenschaft vor der Wahrnehmung der Sinne liegt, bis hin in unsere abendländisch-christliche Welt. Da enthält "The Atlantic Monthly" im Februar 1937 den Bericht des spanischen Stierkämpfers Juan Belmonte. Einleitend sagt die Zeitschrift dazu: "Der Stierkampf ist nicht ein Sport, und man kann ihn nicht mit einem solchen vergleichen. Der Stierkampf, mag man ihn lieben oder nicht, ist eine Kunst wie Malerei oder Musik und lässt sich nur als Kunst beurteilen. Seine Erregung ist geistiger Art und rührt an Tiefen, die man nur mit den Tiefen vergleichen kann, wie sie ein Symphoniekonzert unter einem grossen Kapellmeister in einem Menschen aufwühlt, der die Musik kennt, versteht und liebt." Und dann folgt Belmontes Bericht: "Sowie mein Stier die Arena betrat, ging ich ihm entgegen, und beim dritten Schritt hörte ich schon das Geschrei der Menge, die von den Plätzen aufgesprungen war. Was hatte ich denn getan? Auf einmal vergass ich die Zuschauer, die andern Stierkämpfer, mich selber und sogar den Stier. Ich begann zu kämpfen, wie ich so oft schon des Nachts in den Hürden und auf der Weide für mich allein gekämpft hatte, und mit solcher Genauigkeit, als hätte ich eine Zeichnung auf der Wandtafel zu entwerfen. Man sagte mir später, meine Schritte mit dem Umhang und meine Arbeit mit der Muleta an diesem Nachmittag seien eine Offenbarung der Kunst des Stierkampfes gewesen. Ich weiss es nicht und kann nicht darüber urteilen. Ich kämpfte einfach so, wie ich glaubte, man müsse kämpfen, und hatte keinen Gedanken ausser meinem eigenen Glauben an mein Tun. Bei dem letzten Stier gelang es mir zum erstenmal in meinem Leben, mit Leib und Seele mich der reinen Freude des Kampfes hinzugeben, ohne dass die Zuschauer in meinem Bewusstsein überhaupt noch vorhanden waren ... Ich war so berauscht, so ausser mir selbst, dass ich es kaum bemerkte." Suzuki (S. 99) setzt fort: "Die unbewegte Erkenntnis war sein Führer und er überliess sich gänzlich dieser Führung. Ein bekannter Zen-Meister der Kamakura-Zeit singt:

"Der Bogen zerbrach,
Kein Pfeil ist mehr da –
Jetzt aber gilt's:
Nimm dein Herz in die Hand!
Schiess mit Macht und Gewalt!"

Ein Pfeil ohne Schaft, vom Bogen ohne Sehne geschnellt, muss ja den Felsen spalten, wie es einst in einer Geschichte der ostasiatischen Menschheit geschehen ist."

"In allen Kunstzweigen so gut wie im Zen-Buddhismus gilt dieses Hindurchbrechen durch die Krisis als entscheidend, um an den Lebensquell aller wahren Schöpferwerke zu gelangen." (Suzuki)

Es ist das unser "Glaube, der Berge versetzt". Die Welt der Compu-

ter hat Angst vor ihm. Sie will ihn daher vernichten. Sie macht ihn lächerlich und meint, mit dem Fällen der Wotanseiche gesiegt zu haben, mit jenem Axt-anlegen, welches wir heute mit jeder neuerscheinenden Zeitschrift, mit jeder Fernsehsendung immer wütender, gehetzter und sinnloser erleben, in unseren Breiten genauso wie in Japan.(*237) Auf dem Gebiet der Wirtschaft ist das getan mit einer Hinwendung zum Liberalismus, zum Weltfreihandel, der dem Land eines traditionellen Protektionismus nur schwer eingehen will. Doch liegen die Dinge so, dass die "NZZ" meint sagen zu können (Juni 1970): "Man hat sich bewusst zu sein, dass diese von der Wirtschaft erzwungene Aenderung mit dem Abbau geschichtlicher Schichten parallel läuft, dass damit eine Evolution ausgelöst wird, die Japan natürlich nicht grundsätzlich umstrukturiert, aber immerhin die bestehenden Verhaltensformen leicht nuanciert. Das ist in einem so traditionsbewussten Lande wie Japan in keinem Falle eine Kleinigkeit." In den Vordergrund drängen eben auch hier diejenigen, für deren Informations- und Kontaktreisen überall auf der Welt die Hilton- und Sheratonhotels errichtet werden. Für sie sind die amerikanischen Synarchisten nicht etwa zu meidende Massenmörder, sondern smarte Geschäftspartner. Für die Witwen von Hiroshima haben diese Figuren nur ein Achselzucken übrig.

Doch Japans Lebensquell ist dennoch nicht am Versiegen. Mögen viele auch die vom Kaiser persönlich eröffnete EXPO '70 als reinen Ausdruck technischer Fertigkeiten ansehen, keinem ihrer Besucher entging, dass über allem ein Fluidum lag, das nicht materialistisch messbar war, das man als japanisch bezeichnen muss.(*237a)

Da ist vor allem auch die Organisation TATE NO KAI, die unter Leitung des Schriftstellers Yukia Mishima und mit Unterstützung des Heeres Jugendliche in der japanischen Tradition erzieht und Stellung nimmt gegen die aus dem Westen importierte Subversion (vgl. "The Times", 24.3.69). Es versteht sich andererseits von selbst, dass Israel ebenfalls versucht, sich einzuschalten. Die Loge BA'HAT versucht, den Pulsschlag des Geschehens VON OBEN zu beeinflussen. (*237b)

Wenn die Brutalität des Materialismus, der hinter den UN steht, das genaue Gegenteil dessen ist, was durch den Zen wesentlicher Teil der japanischen Seele wurde, so taucht die Frage auf, ob Japan bei Eingehen eines Bündnisses mit den Vertretern der verstandesmässigen Berechnung, den Prototypen selbstsüchtiger Leidenschaften, nicht mehr oder weniger sich selbst aufgibt. Diese grosse Unruhe schwingt daher mit bei den vielen politischen Demonstrationen, die wir gegen die USA-freundliche Politik der Regierung Eisaku Sato erleben. Stieg auch bei den Wahlen vom Dezember 1969 deutlich die Zahl der Sitze der Regierungspartei im Parlament, so zeigte doch die schwache Wahlbeteiligung von nur 65 Prozent, dass diese Art der Demokratie nicht die Zustimmung findet, die ihre Propagandisten gerne erreicht hätten.

Sowenig wie Moskau im deutschen Bereich die notwendige und rechtzeitige Weitsicht aufbringt, kommt es Japan bei seinen Forderungen um Rückgabe jener Inseln nach, die es nördlich von Hokkaido am Ende des II. Weltkrieges schnell noch besetzte. Als nämlich mit den USA die Rückgabe von Okinawa ausgehandelt werden konnte, erinnerte man auch an Kunashiri, Etorofu, Shikotan und Habomai im Norden. Im Gegensatz zu den Gepflogenheiten freimaurerisch gelenkter kartographischer Institute in der BRD bei entsprechenden Fragen erschien im April 1970 der amtliche japanische Atlas und führte in Farbe und Benennung diese Gebiete als japanisches Hoheitsgebiet auf. Selbst die in Moskau getätigte Unterzeichnung des Atomsperrvertrages durch den dortigen japanischen Botschafter vermochte aber nicht, den Bären zu einer Konzession an den Drachen zu bewegen. Es werden vielmehr weiterhin Russen

auf jenen Inseln angesiedelt und die bereits bestehenden militärischen Anlagen weiter ausgebaut. Helle Empörung löste es dann in Japan aus, als Ende März 1970 die Absicht der Russen auf Abhaltung von Manövern rund um Japan bekannt wurde. Angesichts dieser Reaktion (von drei Seiten wurde die Ermordung Podgornys bei seinem vorgesehenen Japanbesuch versprochen, falls die russischen Absichten durchgeführt werden würden) verlegten die Russen die Manövergebiete in den Raum von Kamtschatka im Norden.

Aehnlich kurz tritt China, obwohl man in Tokio jegliche Beteiligung an dem von Nixon so gerne ausgebauten Asian and Pacific Council (ASPAC) gerade im Hinblick auf die damit verbundene Brüskierung Pekings weiterhin strikt ablehnt. Sowohl die Beziehungen zu der UdSSR wie die zu China sind daher fast ausschliesslich wirtschaftlicher Natur. Hier aber wurde bereits mehr erreicht, als in Washington erwünscht war.(*238) Ueberhaupt ist ja Japans Macht heute in erster Linie eine solche der Wirtschaft. Die Enthaltsamkeit seiner Bevölkerung, die Anlage des nicht Notwendigen in Spargeldern hat eine Währungslage geschaffen, die 1970 erstmalig die Gewährung eines Kredits von 100 Millionen Dollar an die Weltbank ermöglichte. Da Japan sich in keiner Richtung politisch bindet ist es in der Lage, in Felder einzudringen die für andere mit politischen Tretminen verseucht sind. So kauft es sein Eisenerz in Sa'ud-Arabien, beteiligt sich mit Erfolg an den Konzessionen der von Sambia verstaatlichten Kupferminen, verkauft China elektronische Störapparate zur Verwendung gegen die USA, und unterhält einen regelmässigen Frachtverkehr mit Israel. An Midas aber werden wir erinnert, wenn wir erfahren, dass eines der grössten Erdölvorkommen der Welt in der Kette der Riu-Kiu-Inseln gefunden wurde, sodass Japan morgen in der Versorgung mit Erdöl autark sein wird. Wäre dieses schon vor dreissig Jahren der Fall gewesen, Roosevelt hätte kaum gewagt, Nippon zu zerstören.

---

*234 – Weitere Aufsätze des Präsidenten der Sokagakkai, Daisaku Ikeda, sprechen vom "Erwachen der Erdbevölkerung" (in der Zeitschrift "Ushio"): "Nationalismus ist fortan weder heilig noch absolut ... Wie stupide waren die früheren Generationen, die über die Erde Grenzen zogen, wo es doch nicht einen einzigen Grund dafür gibt. Und, welche Energie wurde unnütz vertan, diese unnötigen Grenzen aufrechtzuerhalten!" Man meint, den längst ad acta gelegten Unsinn eines Rousseau zu hören: "Wer den ersten Zaun zog, war der erste Dieb." Mit 200jähriger Verspätung wird Japan jetzt "vernunftisiert".

*235 – Hans Wilhelm Vahlefeld, "100 Millionen Aussenseiter – Die neue Weltmacht Japan", S. 141.

*236 – D. T. Suzuki, "Zen und die Kultur Japans", S. 93.

*237 – Frau Dr. Mathilde Ludendorff verband den Kampf gegen die Freimaurerei mit einem solchen gegen das Christentum. Sie hatte richtig erkannt, dass das Eindringen des morgenländischen Christentums in das germanische Europa vor einigen 1500 Jahren einem kulturellen Genocidium nahekam und dass dieser Vorgang bis heute nicht abgeschlossen ist. Die Tatsache aber der im Volke

weiterlebenden Sagen und Märchen, aber auch die Notwendigkeit, dem christlichen Glauben eine Art "Vorhofreligion" mit germanischen Vorstellungen zu belassen, gaben ihr recht. (Den Ausdruck "Vorhofreligion" entnehme ich Mensching, "Soziologie der Religion", S. 85. Jede "Hochreligion" besitzt danach diese Vorhofreligion mit Uebernahme ursprünglicherer Kulte.) Doch ist die Forderung auf Rückgängigmachung des inzwischen gewordenen Abendlandes wohl zu weit hergeholt. Ich möchte jedenfalls nicht zugunsten für mich beziehungslos gewordener Theorien von der moralischen Kraft der Germanen darauf verzichten, mit meinen Kindern vor dem Lichterbaum das "Stille Nacht, heilige Nacht" zu singen. Niederreissen war schon immer leichter als aufbauen.

*237a – Lily Abegg, "Ostasien denkt anders" kann, so sehr ihr eine Ueberwindung des "west-östlichen Gegensatzes" am Herzen liegt, nicht umhin, vom Fortbestand dieses Andersseins auch nach Uebernahme unserer Technik zu sprechen.

*237b – Mit aufsehenerregendem Harakiri, bestimmt, die japanische Jugend aufzurütteln, opferte Yukio Mishima sich am 25. November 1970 für sein Vaterland.

*238 – Das Beispiel Japans geht auch uns an. Solange die kapitalistische Welt existiert, haben wir in dieser unseren Mann zu stehen, haben wir alle ihre Schliche und Manipulationen aus dem FF zu studieren. Wir nationalen Sozialisten dürfen nicht deswegen uns zu Duckmäusern machen lassen, weil wir noch nicht den Hebel in die Hand genommen haben, dem allgemeinen Zerstörungswerk Einhalt zu gebieten. Deswegen sind wir noch lange nicht zum Amboss geworden. Die Hammerschläge der Fortschrittler gehen vielmehr seit kurzem einfach in die Leere. Wir müssen uns immer vergegenwärtigen: Wir Nationalisten sind nicht die letzten von gestern sondern die ersten von morgen. Von denen, die sich "in konservativer Haltung" zurückziehen hat das Establishment nichts zu fürchten, umsomehr aber von denen, die sich seiner Waffen bedienen. Mit Unruhe wird in zionistischen Zeitschriften das grosse Kapital erwähnt, das dem Vatikan den Rücken deckt, und Dr. Bronder spricht hämisch von der "notleidenden evangelischen Kirche Deutschlands mit ihren grossen Vermögenswerten", und es wird versucht, diese Tatsache zur Diskreditierung der christlichen Religion zu verwenden. Ohne Kapital ist aber in der derzeitigen kapitalistischen Welt keine Umwälzung möglich, es sei denn, wir gerieten im Zuge des angehenden Weltbürgerkrieges auf das Niveau des vorkommunistischen China und es gälte wieder nur noch das zündende Wort des Volksführers.

*

V. AUSTRALIEN UND OZEANIEN

AUSTRALIEN

Es sollte unsere besondere Aufmerksamkeit verdienen, was man im fernsten Erdteil in unseren Tagen denkt, deswegen nämlich weil so die Möglichkeit besteht, unter Ausschaltung nur lokaler Erscheinungen sich ein allgemeineres Urteil zu formen. Die im folgenden in Anführungsstrichen wiedergegebenen Sätze sind daher, soweit nicht anders angegeben, der angesehenen Melbourner Zeitschrift "The New Times" entnommen.

Im Oktober 1969 fanden in Australien Bundeswahlen statt. Nur mit grosser Anstrengung konnte sich die Regierung Gorton halten. Die Gründe für den Abzug der Wähler lagen auf der Hand, "denn eine wachsende Unruhe hatte sich der Wählerschaft bemächtigt", seitdem der "in aussenpolitischen Dingen völlig unerfahrene Gordon Freeth" im März 1969 Aussenminister geworden war. Schon sein Besuch im Mai im benachbarten Djakarta hatte gewisse Aufmerksamkeit erregt, denn man sah ihn in Zusammenhang mit jener neuen Rolle Australiens, die sich zwangsläufig aus dem Abzug der Engländer und Amerikaner aus Südostasien ergab. Australien ist ja sowohl Mitglied des ANZUS-Paktes wie der SEATO, musste aber feststellen, dass beide Paktsysteme mehr oder weniger zur einseitigen Belastung Australiens zu führen drohen. Nimmt Australien nicht seine Sicherheit schnellstens fest in eigene Hände, vertraut es weiter auf London oder Washington (denen es in zwei Weltkriegen in weit entfernten Erdteilen wesentliche Militärhilfe bei der Zerstörung Europas schenkte), dann ist seine Unabhängigkeit nur noch eine Frage der Zeit. Doch weder die Unterhaltungen Freeth' mit Soharto noch die gleichzeitigen Besprechungen des Premierministers John Gorton mit Nixon zeitigten Ergebnisse. Um so mehr überraschte es daher, dass die Regierung Gorton keine konkreten Schritte zur eigenen atomaren Bewaffnung Australiens unternahm, sondern nur unter dem Druck der allgemeinen Stimmung die Unterschrift unter den Atomsperrvertrag hinauszögerte. Australien verzichtete auf die Errichtung einer Abschreckungswaffe.

Dass aber war erst der eine Schritt. Sehr viel weiter ging Gorton, indem er dann öffentlich erklärte, "Australien sei bereit, mit Sowjetrussland in

Beratungen über Fragen des Indischen Ozeans und des Südostasiatischen Raums einzutreten". Freeth erklärte weiter dazu: "Wir müssen unsere Hoffnungen auf eine friedliche Koexistenz setzen." Australiens Verteidigungsminister Fairhall erklärte daraufhin im August 1969 seinen Rücktritt. Denn begründet wird die notwendige (!) Präsenz Sowjetrusslands in den Meeren auf beiden Seiten Australiens mit der Gefahr, "die sich aus den Provokationen der Volksrepublik China ergibt". Dieser blanke Unsinn wird hingenommen, um die Gegenwart von derzeit zwanzig russischen Kriegsschiffen im Indischen Ozean und der russischen Flotten im südlichen und nördlichen Pazifik für berechtigt anzusehen. Moskau erklärte in einer in Canberra unwidersprochen angenommenen Note im September 1969, "dass es sich um Vorbereitungen der Sowjetunion zur Eindämmung der Kriegsgelüste der Volksrepublik China handle". An die Stelle also einer eindeutig notwendigen Militärallianz mit Südafrika soll ein kollektives Sicherheitssystem in Zusammenarbeit mit der Sowjetunion entstehen. Man spricht daher von einer "verräterischen Gorton-Freeth-Aussenpolitik".

Den Anfang dieses Abrutschens der australischen Politik sieht man dabei in der Tatsache, "dass die Regierung nicht rechtzeitig erkannte, dass sie durch ihre Beteiligung am Vietnamkrieg sich an eine amerikanische Politik des Nicht-Gewinnen-Wollens band ... Die australische Regierung übte keinerlei Druck auf die USA aus, ihre Politik zu einer solchen des Gewinnen-Wollens zu ändern." So musste der Regierungsabgeordnete M.G. Mackay zugeben: "Schon ein Jahr vor unseren Wahlen waren wir daher in Vietnam besiegt worden." Die "Unfähigkeit also zu einer unabhängigen Aussenpolitik", ja "die Nicht-Politik der Regierung", die Tatsache, "dass die Regierung uns keine klare Führung unserer Angelegenheiten anbot", ist für die Haltung der Wählerschaft massgebend gewesen.

Die Tatsache, dass die Goldbergsche Vietnam-Politik auch Australien in den bewusst angefachten Strudel menschlicher Reaktionen auf dieses sinnlose Töten und Opfern mit hineinreissen sollte, wurde klar, als der führende australische Politiker und Zionist, Professor Julius Stone, einen frechen (sofort überall veröffentlichten!) Brief über den My-Lai-Fall an Johnson sandte. Auch die Australier sollten jetzt auf diesem Umweg noch schnell als unchristliche Barbaren hingestellt werden, nachdem man sie vorher schon in ein absichtlich sinnlos gemachtes Blutbad geschickt hatte. "CIS" XII/69 wundert sich, dass Herr Stone nichts zu der ihm doch viel näher liegenden "Kollektivbestrafung ganzer arabischer Dörfer durch die amtliche israelische Politik" sagte, aber sofort teilnahm "an einer Angelegenheit, die eine furchterregende Demonstration der Möglichkeiten der internationalen Verschwörung zur Ausnutzung eines Kriegszwischenfalls darstellt". Die Washingtoner Wochenzeitung "Human Events" machte aufmerksam auf die Tatsache, dass der Startschuss zu dieser Kampagne ausging vom "Dispatch News Service", einem von Seymour Hersh aufgebauten linksextremen Büro, das sich mit Hilfe einer Spende der steuerbefreiten (!) Philip M. Stem-Stiftung bilden konnte, und welches mit dem ebenfalls steuerbefreiten (!) "Institute for Policy Studies" in Washington zusammenarbeitet, welches bekannt ist für seine prokommunistische Betätigung.

Die starke Zunahme der Steuern für alle gewöhnlichen Erdenbürger macht den Vorteil, der solchen von Zionisten und Freimaurern besetzten, von Steuern befreiten Riesenstiftungen gewährt wird, noch schwerwiegender und erlaubt die Charakterisierung der Steuern in der westlichen Welt als eine Waffe der Einweltler zur Unterdrückung der freien Meinungsäusserung und unabhängiger wissenschaftlicher Forschung. Mit der Einrichtung derartig krass ungleicher Besteuerung zeigen die entsprechenden Regierungen daher mehr noch

als mit vielem anderen deutlich, wes Brot sie essen, wes Interessen sie in Wirklichkeit vertreten. Die "Demokratie" ist eben niemals Demokratie.(*239)

Hinzu kommt innenpolitisch, dass Gorton Zentralist ist und die Zerstörung der föderalistischen Form Australiens anstrebt. "Das brachte ihn in offenen Konflikt mit den Bundesstaaten, deren finanzielle Lage infolge der von Canberra geführten Finanzpolitik immer schlechter wird." Diese aber steht völlig im Sog der bekannten internationalen Tendenzen, und man spürt so auch im fernen Australien die lenkende Hand der Internationalen. Nach 1949 galt die Inflation noch als ein Uebel. Heute ist sie es längst nicht mehr, sondern etwas "Unvermeidliches, welches höchstens kontrolliert werden kann". Dabei "ist die Inflation, genau so wie ihre Parallelerscheinung, die schweren Steuerbelastungen aller Art, nur eine Folge der gegenwärtigen Schulden-Finanzpolitik ... und bedeutet wachsenden Druck auf die Produzenten mit Hilfe der Kostenpreisschraube". "Die Inflation ist heute die in Australien am destruktivsten tätige soziale Kraft, denn sie lässt die sogenannte fortschrittliche Zentralisation auf allen Ebenen als "unvermeidbar" erscheinen."

Wir schalten ein: John Strachey, eines der frühesten Mitglieder der Britischen Kommunistischen Partei und späteres Mitglied der Fabian Socialist Society, schreibt sehr offen über den Sinn der Inflation in seinem Buch "Programme for Progress" (Fortschrittsprogramm): "Inflationäre Kreditausdehnungspolitik ist ein unentbehrlicher Schritt in der richtigen Richtung. Die Tatsache, dass der Verlust der Objektivität und des eigentlichen Wertes des einer Inflation unterworfenen Geldes, früher oder später unter den Schmerzen dauernd anwachsender Verschiebungen einen immer mehr zunehmenden Grad der Gesellschaftskontrolle notwendig macht ... denn der partielle Charakter der Politik führt ganz von selbst zu weiteren Massnahmen. Die Tatsache an sich, dass keine Stabilität, keine brauchbare Dauerlösung im Rahmen dieser Politik gefunden werden kann, stellt sicher, dass eine Gemeinschaft, die einmal dazu gedrängt wurde, ihre Probleme in dieser Art zu lösen, nicht auf der ersten Stufe haltmachen kann, sondern notwendigerweise zu weiteren durchgreifenden Reorganisationsmassnahmen schreiten muss."

"Es ist auch unrichtig (sagt "New Times"), die steigenden Löhne als Hauptgrund für die Inflation zu nennen. Sie fördern diese lediglich. Hauptursache der Inflation ist die Art der heutigen Finanzpolitik mit ihren dauernd steigenden Schulden und Steuern. Jede Ueberprüfung der Tatsachen ergibt, dass die Gewinne der Industrie immer nur eine kleine Lohnaufbesserung, und diese nur einmalig ermöglichen." Alles andere führt zur Verschuldung, und schliesslich "zum Zusammenbruch, den die Marxisten wünschen". Sowohl die Industrie also wie die Landwirtschaft werden mit falscher Darstellung der Zusammenhänge bewusst auf dem Wege über die staatliche Bürokratie von den steuerbefreiten Produzenten unserer heutigen pseudowissenschaftlichen Nahrung in den Ruin getrieben.

Zum Ausdruck der zentralistischen Bestrebungen wird auch die Eröffnung der direkten Eisenbahnlinie von Sidney nach Perth. Der Generalgouverneur von Australien (so etwas gibt es noch!), Sir Paul Hasluck, meinte bei ihrer Eröffnung: "Diese Bahnlinie bekräftigt die Einheit der australischen Staaten." Sidney und Perth sind jetzt ohne umzusteigen in zwei Tagen und drei Nächten quer durch die Nullabor, die (baumlose) südaustralische Steppe, miteinander verbunden. Quer durch Schaf-Farmen von der Grösse eines kleinen europäischen Staates zieht die Bahn ihren Weg, mehr als 500 Kilometer davon ohne irgendeine Kurve. Doch kehren wir zurück zu dieser Landwirtschaft dort draussen.

Gerade ja auch die australische Landwirtschaft ist Gegenstand der

gleichen Zerstörungsabsichten, die mit so viel Erfolg in Südosteuropa nach dem letzten Kriege und heute unter dem Titel "Agrarreform" in Südamerika angewandt werden. Nur geht man natürlich in Australien etwas andere Wege, um zum Ziel der Verarmung der Landwirte und der Beseitigung der Unabhängigkeit dieses Standes zu gelangen. Hier soll nicht etwa, wie in Peru, ein Bauernstand geschaffen werden, sondern das Land durch den Zwang zur Geldaufnahme verschulden und den grossen Monopolen in die Hände gespielt werden. Genau so wie in allen übrigen vorhergehenden Fällen auf der Welt gibt es eine klar sehende Gruppe Verantwortungsbewusster, doch kann sie sich gegen den organisierten Feldzug der Weltfreimaurerei "zur Aufrechterhaltung des Weltfriedens" (wie die in Barranquilla ausgegebene Parole lautet) nicht durchsetzen. Die Schrift "They want your land" (Sie wollen Dein Land)(*240) erreicht wohl Riesenauflagen in Australien, und es herrscht einhellige Meinung, doch darauf nimmt die Freimaurerei auch hier keine Rücksicht. Sie weiss, dass Revolution nur durch Revolution bekämpft werden kann, wie Portugal 1927 das Beispiel gab. Es wird darum (nachdem schon der Glaube zerstört wurde) ohne Unterbrechung weiter gearbeitet an der Zerstörung der letzten Möglichkeiten freier, unabhängiger Meinungsbildung und -äusserung. "Die Mystik der Meinung"(*241), die sich 200 Jahre in der Welt halten konnte, ist so auch hier zusammengebrochen.

"Die Monopole überschreiten die nationalen Grenzen" (schreibt "New Times"). "Durch die Finanzpolitik der Regierung ist unsere Landwirtschaft in die heutige Lage gekommen. Doch das ist Teil einer internationalen Bewegung. Der Augenschein belegt diesen Prozess in der ganzen westlichen Welt. Man braucht gar nicht erst Faktoren von jenseits des eisernen und des Bambus-Vorhangs, wo der Bauer längst zum Sklaven des Staates geworden ist. Die Farmer in der westlichen Welt wandern auch so in die gleiche Richtung. Mr. Meehan, Sprecher der australischen Fleischindustrie, wies erst kürzlich auf das weltweite Schema zur Erlangung des Monopols über Farmland hin. (Wir erinnern an die genannten argentinischen Verhältnisse, wo ganz genau das gleiche geschieht, und der Staat untätig, ja wohlwollend zusieht, wie etwa Swift Aktien auf den Markt wirft, die dann über Strohmänner wieder eingekauft werden, und so sich dort das Monopol beschafft.) Mr. Meehan behauptet, dass es ein internationales Syndikat von Financiers gibt, welches in Hunderten von Ländern operiert und Land und Farmen aufkauft zu niedrigsten (Krisen-)Preisen, um es dann wieder dem Farmer zu verpachten. Wir haben keinen Zweifel daran, dass in der endgültigen Analyse, wenn dieser Prozess der Zentralisation beendet ist, die Financiers eine vorteilhafte Abmachung in einem Tauschgeschäft mit dem Staat treffen werden. Sollten sie dabei ihr Geld verlieren, so ist das kaum von Bedeutung. Hauptsache ist, dass jener Punkt schnell erreicht wird, wo die letzte Uebernahme erfolgen kann. Da das Landeigentum in weniger und weniger Händen dann konzentriert wird, wird die Ueberproduktion, deren Zeuge wir heute sind, einer Unterproduktion Platz machen, wie es in sozialistischen Ländern der Fall ist. Dann werden die Farmer rebellieren und der Moment für staatliche Uebernahme "im besten Interesse der Bevölkerung als Ganzem" ist gekommen."

Wie sieht es heute schon konkret aus? Der Anteil der landwirtschaftlichen Produktion an der Gesamtproduktion sank seit 1959 von 82 Prozent auf 58 Prozent als Folge steigender Mineralien- und Fertigwarenexporte einerseits und Fallen der Preise für Landwirtschaftsprodukte andererseits. Gerade diese Tendenz der Preise für Landwirtschaftsprodukte ist künstlich herbeigeführt, wenn man bedenkt, dass alle übrigen Preise auf der Welt heute in mehr oder weniger grösserem Umfang das Ergebnis internationalen oder staatlichen

Eingreifens sind, und eben ganz bewusst ein solches Eingreifen auf dem Gebiet der Landwirtschaft ganz im Sinne der eben zitierten Aeusserungen nicht erfolgt, um einen weltweiten Plan zur Zerstörung der selbständigen Landwirtschaft in der gesamten westlichen Welt zur Durchführung bringen zu können. Die Weizenernte kann zum grossen Teil (trotz chinesischer Käufe) nicht verkauft werden. Die Zuckerernte ist bedeutend zurückgegangen, Reis praktisch unverkäuflich. Die Rohwolle notiert mit dem niedrigsten Preis seit 22 Jahren, während die Produktionskosten um 24 Prozent anstiegen. Die Landgemeinden der nichtkommunistischen Welt werden daher heute schwer angegriffen. Diese Kindergärten bester menschlicher Tugenden unserer Zivilisation werden rücksichtslos unter Druck gesetzt, sich dem Evangelium zu unterwerfen, das bei uns auf dem Lande lautet: "Werde grösser oder schere aus."" Es ist der Mansholtplan in seiner australischen Fassung. "So werden die Landgemeinden in die ohnehin angeschwollenen Städte gejagt, mit dem Ergebnis wachsender sozialer und wirtschaftlicher Probleme als unvermeidlicher Ausfluss der Ueberkonzentration menschlicher Wesen."

"Mit der Wirtschaft wächst aber auch die menschliche Sabotage. Quantität, nicht Qualität heisst die neue Wahrheit. Man "baut mit Veraltern" alles bewusst mit begrenzter Lebensdauer. Wie weit sind wir bereits abgekommen von Henry Fords Forderung, wonach ein Auto so gebaut sein muss, dass es seinem Eigentümer dient, solange er lebt! Heute blühen die Abfallmachereien." Alles das ist Folge der in Australien in eine neue Phase tretenden wirtschaftlichen Zentralisation. "Wachsende finanzielle und wirtschaftliche Zentralisation aber dienen nur zur Rechtfertigung der politischen Zentralisation. Gemeinden werden gedrängt, sich zusammenzuschliessen, weil kleine Gemeinden angeblich unwirtschaftlich sind. In Wirklichkeit können sie nur nicht dem Druck der Schulden und der Inflation widerstehen. Unsere Staaten und Provinzregierungen werden langsam alle durch den gleichen Prozess abgewürgt. Zentralisation der Regierung verstärkt das Wachsen der bürokratischen Besatzungsarmee, deren Direktoren heute die eigentliche Politik in den modernen Gemeinwesen machen. Parlamentsmitglieder sorgen für die "demokratische" Fassade, hinter welcher jene dann ganz legal operieren. Hunderttausende werden nutzlos mit seelentötenden Arbeiten beschäftigt wie dem Aufkleben von Marken auf Formulare, die dazu dienen, festzustellen, wieviel Leute Marken auf Formulare kleben ... Die sogenannte gekürzte Wochenarbeit ist ein reiner Schwindel, denn viele nehmen sich noch eine Nebenbeschäftigung, und wie oft werden gar die Frauen aus dem Heim und in die Fabriken und Büros gejagt, damit die Familie genügend verdient, um sie angesichts der tausendfachen Steuern und Abgaben unterhalten zu können. Die Folge aber dieser Vernachlässigung der Familie ist das Anwachsen der Jugendkriminalität. Der Einzelne fühlt dabei, dass er in einer solchen Gesellschaft nichts mehr gilt, dass er sein eigenes Schicksal nicht mehr bestimmen kann." So also rotiert das Rad der Freimaurerei auch im Fünften Erdteil. Man sage nur nicht, dass die Dinge "von selbst" geschehen. Der diesbezüglich noch dissidente Leser wird gegen alles das, was wir noch in diesem Buch vorzubringen haben, kaum noch eine solche Meinung aufrechterhalten können. Wer es allen Tatsachen entgegen dennoch versucht, mache es bitte nicht Australiens derzeitigem Aussenminister Freeth nach, der die ihn kritisierende League of Rights als "Rassisten" und "Faschisten" beschimpfte, weil ihm sachliche Möglichkeiten zu einer Erwiderung fehlten. Was zur Klärung der Lage gebraucht wird sind sachliche Argumente und Gegenargumente, weiter nichts.

*239 – Während vielerorts der passive Widerstand gegen die Monopole im stillen vorgenommen wird, hat sich jetzt in den USA eine Organisation F.O. R.D. (Families Opposing Revolutionary Donations, Familien im Kampf gegen Revolutionsspenden) gebildet. In einer Pressekonferenz in Los Angeles im Januar 1970 erklärte ihr National Director, Dick Carter (Anschrift: 2510 W. 82nd St. Inglewood/California, USA), dass dokumentarisch belegt werden kann, dass die von Steuern befreite Ford-Foundation 42 militant-kommunistische bis liberale Organisationen finanziell unterstützt, also Gelder massiv einsetzt, um unsere christliche Gesellschaftsordnung zu zerstören. So wurden jetzt 300 örtliche F.O.R.D. -Komitees gegründet, die den Ford-Vertretern als Geldgebern der Fordfoundation den offenen Boykott aller Ford-Produkte in Fernsehen, öffentlichen Versammlungen, Flugblättern, Vereinsdiskussionen usw. ansagten. Senatoren und Repräsentanten wurden ebenfalls bereits eingeschaltet. Dick Carter stellte fest, dass die begonnene Kampagne offensichtlich dem amerikanischen Volk im allgemeinen aus der Seele gesprochen ist, denn der Zulauf sei so stark, dass man mit der Zeichnung von zehn Millionen Unterschriften an die Regierung rechnet, die die Entziehung des Privilegs der Steuerbefreiung von der Ford-Foundation fordern. Der Boykott der Ford-Produkte soll auch auf andere Länder übertragen werden, wo diese Firma ja ebenfalls subversiv tätig ist.

*240 – Herausgegeben von der League of Rights, 35 cts., Adresse: POB 1052 J, GPO Melbourne 3001, Australien. In Zusammenarbeit mit dem "Institute of Economic Democracy", Mr. Don Martin, POB 3, Paddington, Brisbane/ Queensland 4064, Australien.

*241 – "La mystique de l'opinion" heisst ein bemerkenswerter Aufsatz, den wir in der Zeitschrift "Ecrits de Paris", 354 Rue Saint Honoré, Paris I, 1950, S.103 aus der Feder von Jean-Louis Lagor fanden.

Die Meinung folgte dem Glauben. "Der Liberalismus der Meinung wurde zur ersten moralischen Tugend der Intellektuellen. Wenn noch irgend jemand einfach entziffern wollte, was *ist*, so wurde ihm sofort Intolleranz vorgeworfen, und die Republik der Intellektuellen setzte ihn auf den Index als rückständigen Verdunkler, der nicht die Spielregeln befolgen wollte: er hatte nicht begriffen, dass hinfort alles Meinungssache ist – mit Ausnahme eines einzigen: des Gesetzes der Zahl ... Die moderne Zivilisation hat den Ehrgeiz, jeden in die Lage zu versetzen, sich eine eigene Meinung zu bilden, auch über die ernstesten und heiligsten Dinge." An die Stelle der Dogmen (die man sicherheitshalber auswendig lernte) trat die Meinung. "Nachdem aber einmal dem Gesetz der Zahl die notwendige religiöse Ehrerbietung erwiesen wurde, gibt sich die moderne Erziehung jener liberalen Furchtsamkeit, jener angeblichen Pflicht zur Indifferenz und Neutralität hin, mittels derer man sich schmeichelt, die Selbstbildung von Herz und Geist bewerkstelligen zu können." Es ist das Fluidum, in welchem die Freimaurerei (wie wir noch im einzelnen sehen werden) entstand, und welches dann konsequent hinführte zu den armen Jungen und Mädchen von heute. "Ach", schliesst Lagor, "solange wir nicht dem Alpdruck der modernen "Demokratie" entweichen, müssen wir dem "Respekt" misstrauen. Respekt, Achtung ist das, was Kant erdachte, um die Liebe zu ersetzen, unter dem theologisch und psychologisch falschen Vorwand, dass man Liebe nicht befehlen könne. Die Liebe wird aber befohlen, denn Gott befiehlt sie. Christus hat aus der Nächstenliebe das höchste Gesetz gemacht. Das ist etwas anderes als die Achtung Immanuel Kants. Wenn es einen Kon-

flikt gibt, so muss die Achtung der Seelen der Liebe der Seelen weichen. Die Liebe will das Gute für den, den sie liebt, über alle Hindernisse hinweg. Wie viele künstliche Hindernisse aber schafft sich gerade die kalte und trübsinnige Achtung!"

Die Meinung folgte dem Glauben. Jener war unerschütterlich, diese wird manipuliert von den Meinungsmachern. Einmal ohne Glauben, wird die Menschheit zum Spielball des Bösen, des Teufels. Eine Organisation, die die persönliche Meinungsbildung zum Mittelpunkt ihres Menschenbildes macht, muss daher zwangsläufig zur Macht über die Meinungsbildung streben. Das ist der unabweisliche Weg in einer lieblosen und gottlosen Welt. Daher muss die Freimaurerei, trotz vielleicht tausendfacher allerbester Absichten in ihren unteren Graden, das Werkzeug des Bösen par excellence werden, ihr Werk das Werk des Teufels schlechthin. Niemals wurde so grausam gemordet als unter dem Zeichen der "Menschenrechte".

*

NEUSEELAND

Wir beobachten einen langsamen Uebergang vom Agrarland zum Industriestaat. Dennoch ist nach wie vor für die Wirtschaft des Landes das Ergebnis der landwirtschaftlichen Ausfuhr ausschlaggebend. Hier nun gelang es, eine wertmässige Steigerung der Ausfuhr von Rohwolle für die Teppichweberei zu erreichen (im Gegensatz zu einem weiteren Rückgang beim Export der Neuwolle). Obwohl der Preis in den letzten Jahren dauernd weiter abbröckelte, konnte jedoch mit Hilfe von neuen Züchtungs- und Produktionsmethoden der Gewinn für den Farmer verbessert werden. Bedenken müssen wir allerdings, dass die wertmässige Zunahme der Ausfuhr in erster Linie eine Folge der Abwertung des neuseeländischen Dollars um fast 20 Prozent im Jahre 1969 ist. Eine Umstellung des stark von seinem Aussenhandel abhängigen Inselreichs ergab sich auch aus der Tatsache, dass Grossbritannien seit 1967 laufend Gelder aus dem Lande zieht (mit der entsprechenden politischen Folge einer Entfremdung vom einstigen Mutterland) und somit eine Annäherung an Australien, Japan und die USA notwendig wurde.

Politisch bemerkenswert ist die Tatsache, dass die Idee des Social Credits in Neuseeland den Niederschlag in einer eigenen Partei gefunden hat. Allerdings verlor diese bei den letzten Wahlen Ende 1969 an Stimmen, sodass man von Australien her warnt: "Die social-crediters sollten sich in einer überparteilichen Organisation zusammenschliessen. Sie würden dadurch zu einer wirklichen Macht werden." Es ist das gleiche, was wir so oft schon im parlamentarischen System bei der Teilnahme sogenannter "Bewegungen" beobachten konnten. Sie wurden zur Teilnahme an Problemen gezwungen, die ihnen fern liegen, vernachlässigten ihre eigentliche Aufgabe und wurden so in der Mühle des Parteienkampfes aufgebraucht.

Ausfluss der Gedanken des social credits ist es, wenn zB ein Sir Henry Kelliher, ehemaliger Bankdirektor und Vorsitzender des Aufsichtsrats der

Dominion Breweries, auf der Generalversammlung 1969 betont: "Neuseeland hat durch Lohndifferenzen im letzten Jahr 130 000 Arbeitstage mit einem Entgelt von mehr als 1 Million Dollar verloren. Immer wieder wurde geschlichtet, mit dem einzigen Erfolg aber, dass die Inflation erneut dadurch angetrieben wurde. Man wird niemals zu einer befriedigenden Lösung kommen, wenn man nicht die Ursache selbst angreift. Eine der Hauptursachen der Inflation ist die Geldschöpfung durch Kreditbanken ohne dass dem ein entsprechendes Anwachsen auf dem Gebiet der Produktion und der Dienstleistungen gegenübersteht." Trotzdem versteigt sich die Regierung aber in ihrem neuen Budget 1969/70 auf die Zulassung neuer Kapitaleinfuhren, wobei die Verwaltung dieser ausländischen Investitionen von einer Sonderabteilung der Reserve Bank durchgeführt werden soll. Diese soll "rein ökonomische Massstäbe entgegen der kleinlichen Konkurrenzfurcht des Durchschnittsneuseeländers" ("NZZ") anwenden. Das aber ist, wie wir ja jetzt bereits tausendfältig sahen, nichts anderes als die Uebernahme des Landes durch das Internationale Kapital.

*

OZEANIEN

Neukaledonien kann mit der verstärkten Ausbeute seiner Nickelvorkommen die finanzielle Grundlage zum Ausbau seiner technischen Infrastruktur unter französischer Führung vorantreiben. Abseits der grossen Kapitalströme gelegen, die heute den Pazifik beunruhigen, ist die interne politische Entwicklung daher ruhiger, als etwa in jenem anderen französischen Bereich, in Polynesien.

Dort, in Tahiti, erlebte man nicht nur einen riesenhaften Aufschwung der Fremdenindustrie (1959 1500 Touristen, 1969 30 000; Eröffnung einer direkten Fluglinie von Santiago/Chile nach Papeete), sondern vor allem auch den Zufluss von rund 200 Millionen Frank infolge der französischen Atomversuche. Zu diesen wurden 10 000 Soldaten, Techniker und Beamte und weitere 5 000 Marineangehörige von mehr als einem Drittel der gesamten französischen Kriegsmarine herangeholt (bei nur 50 000 Einwohnern der Insel). Die Folge war ein grosser Importhunger der aus ihrem bisherigen Lebensrhythmus gerissenen Bevölkerung und damit eine Teuerung, die Tahiti zur teuersten Insel im Stillen Ozean gemacht hat. Die politischen Folgen einer deutlichen Forderung der Unabhängigkeit konnten bei den reich gewordenen Insulanern nicht ausbleiben. "Polynesien den Polynesiern" lautet der Schlachtruf, und die Wahlergebnisse werden antigaullistisch, wenn nicht antifranzösisch.

Die Fidschi-Inseln tragen, ähnlich wie die neuen Kleinstaaten zwischen Venezuela und Brasilien (und ja auch die USA), an dem biologischen Erbe der britischen Kolonialherrschaft. Denn heute leben auf dieser Inselgruppe nicht nur 200 000 Melanesier, sondern auch noch 240 000 Inder, Nachkommen der von den Engländern ins Land geholten indischen Landarbeiter. Letztere wün-

schen mit ihrer Federation Party die Unabhängigkeit des Landes und haben dazu selbstredend die volle Unterstützung des sogenannten Kolonialausschusses der UN. Ein solcher Schritt aber wäre gleichbedeutend mit der Unterdrückung der einheimischen Bevölkerung. England kann so trotz der finanziellen Belastung die der derzeitige Zustand für London bedeutet, noch nicht den auch hier gerne getanen Schritt zum Rückzug antreten, ohne das Gebiet in ernste menschliche und politische Schwierigkeiten zu bringen.

Samoa, das heisst die Inseln Upolu und Sawai machen in diesen Jahren eine Entwicklung durch, die weit über diese Inseln hinaus Beachtung verdient. Dank der einstigen deutschen Kolonialverwaltung konnte das interne Stammesgefüge erhalten bleiben. Dieses alte Gefüge wird nun heute (nachdem das Land 1962 aus neuseeländischem Mandat entlassen und selbständig wurde) in den neuen Staat mit seinen westlichen Formen übergeführt. Die 6 000 Chefs der Dorfgemeinschaften wählen aus ihren Reihen 45 Parlamentsabgeordnete. So sind auch der Staatspräsident und der Ministerpräsident, der mit 8 Ministern die Regierung ausübt, zugleich hohe Inselführer und entstammen ehemals königlichen Familien. Hauptsorge der Regierung ist es, die geschlossene Ursprünglichkeit der Inseln zu bewahren.

Das Amerikanische Samoa andererseits, mit der Hauptinsel Tutuila, ist bereits seit 1900 als Stützpunkt der US-Navy, unterstellt und damit ein schöner Beleg für die so friedfertigen Absichten der Vereinigten Staaten draussen in der Welt. 1951 wurde das Gebiet zu einem Territorium der USA, und die Bewohner erhielten den schönen Titel eines "US-Nationals", nicht aber eines "US-Citizens". Das in seinen Dörfern wie seit altersher wohnende Inselvolk wird jedoch mit Hilfe eines ultramodernen "Erziehungs"-Systems durch Fernsehschulung, die bis in die letzte Hütte reicht, an das moderne Zeitalter angeschlossen und steht nun vor der Frage, ob es die Vorteile der Teilnahme an der amerikanischen Wirtschaft mit baldiger Unabhängigkeit vertauschen oder weiterhin Fernsehtheorie und Inselpraxis nebeneinander dulden soll.

*

VI. AFRIKA

Es ist das Schicksal aller Revolutionen in den letzten zweihundert Jahren, dass sie nicht ihr Ziel erreichten. Wohl änderten sich die Herrschaftsformen und oft auch die Gesellschaftsformen. Niemals aber änderten sich die Herrscher im Hintergrund. Immer wieder gelang es diesen, rechtzeitig ihre eigenen Leute in den revolutionären Vorgang einzubauen. Freimaurerei und Zionismus wurden seit mehr als zweihundert Jahren durch einen jeden Umsturz in der Welt nur um so mächtiger.(*242) Immer wieder mussten die Unterdrückten erkennen, dass sie erneut unterdrückt wurden, dass man sie verraten hatte, wenn sie auch oft nicht den eigentlichen roten Faden erkannten, der sich durch die bewegte Geschichte unserer Zeit zieht. Der Wunsch nach Freiheit ist so auf der ganzen Welt auch heute erneut brennendstes Anliegen geworden, und erneut erleben wir wieder den weltweiten Versuch, das eigentliche Herrschaftssystem auf dieser Welt zu retten und die Revolutionäre in falsche Richtung zu lenken.(*243)

Am deutlichsten ist dieser Vorgang in jenen Gebieten, die erst vor kurzem schon einmal "befreit" wurden. Es hat nämlich kaum ein Jahrzehnt gedauert, bis dass Afrika den grossen Betrug von 1960 erkannte. Heute w e i s s man es in jenem Kontinent überall, dass man nicht befreit worden ist, als die "Ketten der Kolonialzeit" abgeschüttelt wurden. Heute weiss man, dass man aus den Händen der sorgenden europäischen Muttermächte in die Hände rücksichtsloser Ausbeuter gelangt ist. Heute weiss man, dass an die Stelle der eurafrikanischen Gemeinschaft die nackte Ausbeutung getreten ist. Heute weiss man, dass mehr Wahrheit und Ehrlichkeit in dem einstigen Paternalismus steckte als hinter den schönen Phrasen von Hilfe und Entwicklung von heute. Heute weiss man, dass die früher nur vereinzelt und kontrolliert im Rahmen pflichtbewusster Kolonialmächte nur unvollkommen zum Ziel gelangenden Ausbeuter jetzt konzentriert und konzertiert ihre Pläne zur Ausführung bringen. Zehn Jahre glaubte man ihren Unehrlichkeiten, ihren hohen Worten von "Befreiung" und "Demokratie" und "Selbstbestimmung der Völker". Heute ist das alles restlos zusammengebrochen.

Dieser Zusammenbruch trifft alle, nicht nur diejenigen, die als Objekt der Ausbeutung zu "Unterentwickelten" gestempelt wurden, sondern auch diejenigen, die als mannigfaltige "Helfer" hinauszogen und erkannt haben, dass die ihnen vorgegaukelte Aufgabe garnicht zu erfüllen ist, dass man sie mit einer Utopie genarrt. Denn die Welt, die den Freimaurern vorschwebt, ist ebensowenig realisierbar wie jene der Zionisten. Die Völker passen weder in den einen noch in den anderen Käfig.

Schon am Beispiel Libyens sahen wir, dass der Sieg von 1945 den Abzug der tüchtigen, fleissigen, verantwortungsbewussten Europäer zur Folge hatte und jetzt hinterher die Technik Möglichkeiten bringt, die aber mit dem übriggebliebenen Menschenmaterial nicht genutzt werden können. Der Sieg von 1945 war darum für weiteste Teile der Erde der Beginn eines irreversiblen Verfalls. Man ist versucht, die von Werner Freytag (*244) bemerkte Situation unserer Jugend, "körperliche Frühreife und geistige Spätentwicklung", auf diese weltpolitische Lage zu übertragen: technische Reife bei Beseitigung der völkisch-religiösen-geistigen Voraussetzungen zu ihrer Nutzung, in jedem Fall also: deutliche Versuchung zum Missbrauch.

Zwei Themen sind nämlich in diesem Zusammenhang zu behandeln: 1. Wer sind die Träger dieser weltweiten Befreiungsrevolution, und 2. von wem werden diese geistig und finanziell versorgt? A l l e n ihren Trägern ist gemeinsam das Eigenschaftswort national. Offiziere einerseits, Volksmassen andererseits, gruppieren sich um diese Fahne. Dabei bemerken wir, dass es geographische Bereiche gibt, in welchen Volksbewegungen als solche bisher noch kaum auftreten, sodass die Machtübernahme durch das Militär den Eindruck des Putsches ohne breiten völkischen Widerhall erweckt. Da dieses vielfach gerade in Afrika der Fall war, dürfen wir getrost darin eine weitere Bestätigung unserer Auffassung sehen, dass nämlich die Befreiung Afrikas nicht das Ergebnis eigenen Willens war, sondern von aussen an diese Gebiete herangetragen wurde. Diejenigen, die das Wort "Freiheit" damals im Interesse des Auslandes (und oft auch der eigenen korrupten Familie) missbrauchten, wurden eben jetzt von ehrlicheren Kräften abgelöst. Ueberall dort aber, wo diese Militärregierungen selbst dann ins Lager der Gegenrevolution einschwenkten, sind sie nunmehr berechtigtes Angriffsziel inzwischen als nächster Phase sich bildender Volksbewegungen.

"Die vertrauensvolle Erwartung", sagt Paul VI. im Juni 1970 vor dem Kardinalskolleg allgemein von den Entwicklungsländern, "wandelt sich zu einer schrecklichen Anklage, die leicht in grenzenlosen Hass ausarten kann, dessen Folgen dann verhängnisvoll sein werden für den Frieden und den eigentlichen Fortschritt ... Das wachsende Missverhältnis zwischen Reichen und Armen muss durch wirksame Massnahmen beseitigt werden." Doch, bevor die kapitalistisch-freimaurerische Welt an ein solches Opfer geht, versucht sie es mit dem bisher schon so oft erprobten Volksbetrug.

Man wird nun nicht e i n Land finden, wo nicht von seiten der jetzigen Herren der Welt versucht wird, diese Volksbewegungen umzuleiten und vor den eigenen Karren zu spannen. Allergrösste Geldsummen werden heute für diese subversiven Ziele eingesetzt. Die Subversion geht also – und das verdient festgehalten zu werden – von oben und nicht von unten aus. Die verschiedenen Volksbewegungen, mögen sie blau oder rot gefärbt sein, haben alle sehr legitime Ziele, verkörpern die natürlichsten völkischen Regungen, die gottgewollte Weiterentwicklung, das eingeborene Recht auf geistige und wirtschaftliche Freiheit. Diese, in ihrem Wesen GUTE Revolution wird unterwandert von den BOESEN, selbstsüchtigen, an Utopien hängenden, ausländischen, internationalen, übernationalen Rebellen gegen alle gesunde geschichtliche Entwicklung.

"Geld regiert die Welt" ist das Schlagwort jener Subversion, jener Rebellion gegen Gott und die Natur. Sie sind es, die mit ihren Geheimorganisationen Einfluss nehmen wollen auf die Richtung der Revolution, und die ganz offen aussprechen, dass alle übrigen Einflüsse ausgeschaltet werden müssen. Dr. Hugh Schonfiel, Präsident des "Kreuzzuges für Weltregierung", hielt aus Anlass des 10. Jahrestages der "World Association of World Federalists" in Den Haag im November 1957 folgende Ansprache: "Der koloniale Imperialismus ist vorüber, aber jetzt wächst mit der ansteigenden Hilfe für die unterentwickelten Länder die "Furcht vor Beeinflussung". Spezielle Agenturen der UN sollten (und sind es inzwischen! - d.V.) unter einer Weltregierung mit dieser Aufgabe betraut werden. Bewegungen, die ausserhalb der UN technische und wirtschaftliche Hilfestellung geben wollen, müssen zerstört werden, während wir eine eigene Position für "gegenseitige Hilfe" aufbauen müssen." Es sind die gleichen Kräfte die im Erziehungssektor so erfolgreich mit all ihren gefärbten Schulbüchern das Bild einer determinierten Welt als obligat hinstellen (*245) und jede "nichtgesetzmässige" Komponente als zukunftsgestaltend leugnen, - die den Unfrieden, die Unsicherheit in die Reihen der Revolution säen, indem sie lächerlich machen, was gerade an seelischem Tiefengehalt in ihr wesentlich tragend mitschwingt. Die geistigen Urgründe des natürlichen Freiheitswillens eines Volkes werden von ihnen verächtlich gemacht, ihre geschichtlichen Exponenten verleumdet, alle Denkmäler gestürzt, sodass kein Vorkämpfer, kein Ideal, kein Vorbild mehr bleibt für das im übrigen mit sinnlosen Wortspaltereien beschäftigte Opfer. Die Revolution verliert so (wieder einmal) ihre Stosskraft, verwässert und verroht zugleich, bezieht falsche Fronten und lässt die eigentlichen Sklavenjäger im übrigen schön in Ruhe. Den Zuzug aber neuer, unverbrauchter, selbstsicherer Kräfte verhindert man gleichzeitig durch Interessierung der Industriearbeiter am kapitalistischen System einerseits, durch Beseitigung der Bindungen an den nationalen Boden andererseits. Vernichtung des Bauerntums heisst daher eine der wichtigsten Forderungen unserer Tage, wie wir es auf diesen Seiten immer wieder feststellen mussten. "Umsturz von oben" ist es. Das Wort prägt kein Geringerer als Josef Nadler bei Betrachtung der Verhältnisse um die Mitte des vorigen Jahrhunderts.

Das also ist die Lage von 1970: Das versuchte Abbiegen der grossen, weltweiten Befreiungsrevolution durch die Träger jener Grossen Rebellion gegen Gott und die Natur, um diese Rebellion - wenn auch auf den Trümmern unserer Welt - zum Siege führen zu können. Derjenige Revolutionär, der in dieser Lage nicht gegen die eigentlichen Urheber unserer Unfreiheit kämpft, sondern gegen andere Revolutionäre, der sich vorschreiben lässt von den eigentlichen Feinden, wer Freund oder Feind sein soll, ist ein Verräter an der eigentlichen Revolution. Diese kennt heute kein rechts und links mehr, sondern nur noch Unterdrücker und Unterdrückte. Wenn das nicht erkannt wird, geht auch diese Revolution kurz und bündig in die Binsen. Und wieder einmal bietet sich den gleichen Rebellen in der nächsten Generation Gelegenheit, mit Verachtung auf die unsere zu zeigen, die Denkmäler auch unserer Zeit höchsten Wollens zu stürzen, wie man schon die von Horst Wessel und Herbert Norkus stürzte, und so wieder einmal Tradition und Erfahrung und Vorbild auch unseren Kindern zu nehmen. Das ist dann die von den Protokollen und ihren Organisatoren gerühmte "permanente Revolution", die niemals zum Ziele führen darf. Sie wird andauern, solange ihre Verfechter noch ein Wort in unseren öffentlichen Dingen - offen oder geheim - mitreden dürfen.

Dass die Grosse Rebellion gegen Gott und die Natur in einer Sackgasse enden wird, ist heute bereits jedem Einsichtigen klar. Niemals werden (ganz abgesehen davon, dass der Mensch einfach nicht mitmachen k a n n) die Geld-

mittel aufgebracht werden können, um die Welt in das vorgesehene Arbeitsschema pressen zu können. Immer gigantischer, immer unrentabler, immer sinnloser werden die Summen, die man für das unheilvolle Werk aufbringen soll (*246), und immer weiter entfernt sich dennoch das irrlichtende Ziel. Die geisteskranke Gruppe der Zionisten lässt wirklich kein einziges Mittel unversucht, von der tausendfachen Ueberredung und Lüge bis hin zu den gewagtesten Manipulationen, Zinssenkungen für Entwicklungsländer, Aufwertung von Währungen der Industrienationen, bis hin auch zur geistigen und physischen Ermordung ganzer Völker, um den verbleibenden Rest der Menschheit von der Richtigkeit und Notwendigkeit ihrer Pläne zu überzeugen. Doch: "Da fuhr der Herr hernieder, dass er sähe die Stadt und den Turm, die die Menschenkinder bauten. Und der Herr sprach: Siehe, es ist einerlei Volk und einerlei Sprache unter ihnen allen und haben das angefangen zu tun. Und also zerstreute sie der Herr von dort in alle Länder." Doch bis zum heutigen Tage liessen sie nicht ab von ihrem Tun und meinten, stärker zu sein als der Herr. Sie scheuten sich nicht, ihn gar an's Kreuz zu schlagen. Sie bauten einen Palast für ihren Gott am Ufer des Hudson.(*247) Kein Kreuz prangt an seinen Wänden und kein Halbmond. Von der Seele unserer Kulturen ist in ihm nicht mehr die Rede. "Im Allerheiligsten sitzt ein Negergott. Du hast alle Rechte, nur das eine nicht: Ihn darfst du nicht lästern."(*248) Ohne Seele soll allein die Technik wirken, unter Anleitung "des Grossen Architekten" der Freimaurerei, die Scheuern der New-Yorker zu füllen, und die Menschen ohne Seele hören nur noch stumpf und uninteressiert den neuen Missionaren bei ihren Predigten zu, denn der Impuls zum Handeln wurde ihnen mit ihrem völkisch-religiösen Kleid am Eingang des Tempels abgenommen.

Das praktische Ergebnis aber ist: "Auf Weltebene sind die beiden deutlichsten historischen Erscheinungen, die sich gleichzeitig offenbaren, die folgenden (*249): a) Der Bankrott der internationalen Arbeitsteilung, der seine Ueberlebensmöglichkeiten in Verzerrungen der internationalen Währungsbeziehungen erschöpft; b) Die Auslösung einer Bewegung zur nationalen Befreiung derjenigen Länder, die in einer oder der anderen Form der Fremdherrschaft unterworfen sind. In nationaler Beziehung bewirken diese beiden Vorgänge die Entkräftung des Aussenhandels in seiner bisherigen Funktion als Hauptquelle für die Finanzierung der internen Inversion und die Entwicklung revolutionärer Prozesse. Wir leben also in einer Periode nationaler Revolutionen mit einem Programm, welches die geschichtlich letzte Lösung aus dem gegenwärtigen festgefahrenen Zustand der Unterentwicklung und des Rückschritts ist. Wir betonen: Wenn die Diskussion in Entwicklungsfragen diese beiden historischen Tatsachen ausser acht lässt, bewegt sie sich im luftleeren Raum.(*250) Die unmittelbarste Deduktion, die man aus dieser Betrachtung ziehen muss, ist die Tatsache, dass eine Wirtschaft der freien Konkurrenz als Option oder Alternative ausgeschlossen ist! Nicht, weil sie "schlecht" sei, sondern weil sie einfach nicht gangbar ist. Sie gehört einem anderen Teil unserer Geschichte an, und die Geschichte wiederholt sich nicht, kommt nicht wieder darauf zurück. Heute den Weltmarkt freien Marktregeln öffnen, hiesse, die Wirtschaft den gefrässigen Monopolen ausliefern ... So muss die eigentliche Schlacht um unsere Entwicklung bei uns im Innern ausgetragen werden."

Und sie muss in allen Fällen, das heisst bei allen wohl 70 sogenannten "Entwicklungsländern" bei ihnen zu Hause ausgetragen werden. Das aber bedeutet: Isolierung von dem lebensgefährlichen Welthandel, soweit eben nicht der gesunde, natürliche Aussenhandel des Landes eine solche Beteiligung von sich aus vorschreibt. Forcierung des Aussenhandels um der Weltwirtschaft willen hat Abhängigkeit zur Folge, genau so wie jede Inversion, die nicht

dem nationalen Aufbau dient.(*251)

Nach dieser Einleitung verstehen wir, was der Zionist Raúl Prebisch meint, wenn er im Januar 1969 auf der Sitzung des UNCTAD-Rates "unter grossem Beifall" sagt: "Die Industriestaaten müssen nicht aus philanthropischen sondern aus realistischen, wirtschaftlichen Gründen den Entwicklungsländern helfen, zumal ihnen diese Länder in einigen Jahren gewaltige wirtschaftliche Perspektiven und Expansionsmöglichkeiten eröffnen werden ... Die rasche technische Entwicklung hat für die Industriestaaten wie für die Entwicklungsländer Probleme geschaffen, deren Lösung eine Neu-Orientierung des Denkens erforderlich macht. Das um so mehr, als sich gerade die Entwicklungsländer auch vor die Tatsache einer starken Bevölkerungszunahme gestellt sehen, an die man vor zwanzig Jahren noch nicht gedacht hat. Ausserdem ist der Kapitalbedarf für Einzelinvestitionen heute ganz erheblich höher als früher. Andererseits benötigen die Industriestaaten infolge ihrer technischen Entwicklung und der Ersetzung der natürlichen Rohstoffe durch synthetische immer weniger Produkte aus den Entwicklungsländern. Das wachsende Verständnis, welches man in den Industriestaaten den Entwicklungsproblemen entgegenbringt, zeigt jedoch, dass keine Gefahr einer Isolierung der Entwicklungsländer besteht." Man sieht besagte Irrlichter plastisch vor sich: Immer grösserer Kapitalbedarf, immer weniger Interesse für natürliche Rohstoffe. Trotzdem soll keine Gefahr der Isolierung bestehen. Man hört Donosio Cortés 1848 vor der Abgeordnetenkammer in Madrid und seine Worte liegen mit dem Bleigewicht von mehr als einhundert Jahren Menschheitserfahrung auf uns: "Die Ursache àll Ihrer Irrtümer, meine Herren, liegt darin, dass Sie nicht wissen, welchen Weg die Zivilisation und die Welt eingeschlagen haben. Sie glauben, die Zivilisation und die Welt befänden sich in einer Vorwärtsentwicklung. Sie gehen zurück!"

Prebisch warnte sodann bei gleichem Anlass, dass "in den Entwicklungsländern gefährliche politische Spannungen entstehen könnten ... wobei an Stelle der Diskussionen über die Philosophie der Gewaltanwendung schliesslich die Gewaltanwendung selbst treten würde". Er vergass zu sagen, dass dies alles nur die selbstverständliche, und VORAUSGESAGTE Folge der von seinesgleichen betriebenen "Entkolonialisierung" ist. Niemals war die Palette oppositioneller Ideen auf der Welt so reichhaltig wie in unseren Tagen. Es fehlt nur der Meister, diese vielen schönen Farben zu einem köstlichen Gemälde zusammenzufügen, das das Gefängnisgrau der UNwände ablöst. Bisher waren nur Stümper am Werk, die es nicht verstanden, sich ihrer aller zu bedienen. Einen Teil aber dieses Spektrums in Verruf halten, bedeutet, den Feinden der Völker Korn in ihre Speicher tragen.(*252)

Vorerst tut man noch, was man kann, um die grosse Utopie Wirklichkeit werden zu lassen. Im März 1969 gewährte die EWG auf Grund der Empfehlungen der UNCTAD-Konferenz in Delhi (wir sprachen darüber ausführlicher in R 27) den Industrieprodukten aus den "unterentwickelten" Ländern Zollfreiheit.(*253) In der Praxis aber bedeutet das doch nur wieder, dass diese Gebiete jetzt internationale Kapitalisten heranziehen können, um mit der dort im allgemeinen billigeren Arbeitskraft Industrien aufzubauen, die von der Gnade besagter Zollfreiheit abhängen. Für die Kapitalgeber, vornehmlich die Internationalen Banken, allerdings wird es sich um ein eindeutiges Geschäft handeln. Ein besseres Geschäft jedenfalls als das, was sich aus den Entwicklungsgeldern der BRD noch herausholen lässt, deren bisheriger Zinssatz von 4,5 bis 6 Prozent jährlich als "zu hart" bezeichnet wird (Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Erhard Eppler, Juni 1969). In Zukunft sollen nur 2,5 Prozent jährlich bei 30 Jahren Laufzeit gezahlt werden. Es ist voraus-

zusehen, dass auch diese Zinsen uneinbringlich sein werden.

1970 beginnt das zweite Entwicklungsjahrzehnt der Vereinigten Nationen. Die ganze Mitgliederschaft wird bei dieser Gelegenheit herangezogen, um konkret ihre Beitragsverpflichtungen zu übernehmen. Deutlicher noch als bisher wird der Zwang ausgesprochen, sich an dem Grossen Unsinn einer Weltwirtschaft aller von einander Abhängigen zu beteiligen, und deutlicher noch werden sich die verantwortungsbewussten Politiker ihr Hintertürchen offenhalten, um ihr Volk aus dem früher oder später einsetzenden Zusammenbruch herauszuhalten. Afrika aber wird gut tun, engere Bande zu knüpfen mit jenen, die man von früher her gut kennt und mit jenen, die in Afrika selbst zu Hause sind und im Umgang mit den Bewohnern ihrer eigenen Gebiete täglich beweisen, dass sie an die Stelle dummer Egalitätsgedanken verantwortungsbewusste Führungsideen zu setzen verstehen.

Wir sprachen von einem bewussten "Abbiegen" der grossen Befreiungsrevolution, die sich in den eben aufgebauten Staaten anschickt, die Dinge in ihre Hand zu nehmen. Denn man muss sich doch fragen, was bislang hinter der sogenannten "Befreiung" der Welt ausserhalb Europas an Geistigem stand. An die Stelle zündender Gedanken, die hier und dort vorübergehend hochgespielt wurden, um ins heilige Land des Uhuru zu gelangen, ist längst in den Hauptstädten nichts anderes als das Geld getreten. Die rein merkantil gedachte Idee der Freimaurerei vom "Fortschritt" hat sich in den Reigen um das Goldene Kalb verwoben, dem das jüdische Volk schon immer so leicht erlag. Diese Art der "Befreiung" aber hat so im Gegenteil bodenständige Geistigkeit getötet, hat bodenständige völkische Entwicklung bewusst gehindert und bekämpft. Apartheid, getrennte völkische oder auch religiöse Entwicklung ist diesen Tanzmeistern in jeder auftretenden Form zuwider. Integration benennt sich die schwere Decke, unter welcher das eigentliche Leben der Völker erstickt werden soll. Den Ernst der Lage versucht man, mit bunten, liberalen Ideen und Schlagworten zu tarnen. Die natürlichen Kräfte der Jugend lenkt man ab in Sex und gesellschaftlich destruktiven Handlungen. Warner werden gekauft oder von Gekauften mundtot gemacht. Freier Gedankenflug, fruchtbare, weiterführende Diskussion, scharf unterbunden. Höchstens noch in taktisch für notwendig befundenen Winkelzügen werden hie und da die Zipfel der Decke etwas angehoben, unter der die Wahrheit ein Schattendasein fristet. Breit lagert der Gegner auf den Katalaunischen Feldern, auch in Afrika, denn weder Feldherrn noch Soldaten gibt es noch, sich ihm entgegenzustellen.

Entwicklung der Persönlichkeit? Wer denkt schon heute noch an so etwas? Vergleichen Sie nur die grossen Forscher der Vergangenheit, einen Stanley, einen Livingstone, einen Wissmann, einen Sven Hedin, mit jenen jungen Leuten, die zum Mond hinaufgeschossen werden. Wieviel persönlicher Wagemut, wieviel persönlicher Gestaltungswille damals, und wieviel technische Marionette innerhalb einer Riesenorganisation heute. Wie unpersönlich, wie menschlich unergiebig ist die ganze Mondfahrerei im Vergleich zu dem Siegeszug der europäischen Völker über die Erde! Wie konstruiert wirkt der ganze Rummel um die Astronauten, und wie beweisen gerade alle diese bunten Reportagen, wie schwierig es ist, Menschen, und vor allem die Jugend für solche Dinge zu b e g e i s t e r n. Die ganze organisierte Mondpsychose zeigt, wie das künstliche Gebäude der geistlosen, farblosen Freimaurerwelt sofort zusammenklappen würde, hörte die Einpeitscherei durch die Veröffentlichte Meinung auf. Es ist und bleibt eben nach wie vor in Gottes Hand, die Menschen w i r k l i c h zu bewegen. Die ganze moderne Kunststoffabrik ist eben niemals mehr wert als die Brüder .·., die seit den Zeiten eines Desaguliers und Andersons an ihr herumkonstruieren und meinen, Gott zum "Grossen Architek-

Die Staaten Afrikas und ihre Hauptstaedte:



1 Gambia Bathurst
2 Senegal Dakar
3 Partuguiesisch Guinea - Bissao
4 Guinea - Conakry
5 Sierra Leone - Freetown
6 Liberia - Monrovia
7 Ruanda - Kigali
8 Burundi - Bujumbura
9 Malawi - Zomba
10 Swaziland - Mbabane
11 - Lesotho - Maseru
12 Marokko - Rabat
13 Algerien - Algier
14 Tunesien - Tunis
15 Arabische Republik Libyen - Tripolis
16 Vereinigte Arabische Republik - Kairo
17 Spanische Sahara - El Aiun
18 Mauretanien - Nouakschott
19 Mali - Bamako
20 Niger - Niamey
21 Tschad - Fort Lamy
22 Sudan - Khartum
23 Eritrea - Asmara
24 Aethiopien - Addis Abeba
25 Afar - und Issakueste - Djibouti
26 Somalía - Mogadischo
27 Ober Volta - Wagadugu
28 Elfenbeinkueste - Abidjan
29 Ghana - Accra
30 Dahomey - Porto Novo
31 Nigeria - Lagos
32 Kamerun - Jaunde
33 Zentralafrikanische Republik - Bangui
34 Uganda - Kampala
35 Kenia - Nairobi
36 Aequatorial Guinea - Santa Isabel und Bata
37 Gabon - Libreville
38 Volksrepublik Kongo - Brazzaville
39 Demokratische Republik Kongo - Kinshasa
40 Tansania - Dar es-Salam
41 Portugiesisch Angola - Luanda
42 Sambia - Lusaka
43 Rhodesien - Salisbury
44 Portugiesisch Mozambique - Lourenço Marques
45 Madagaskar - Tananarive
46 Suedwestafrika - Windhoek
47 Botswana - Gaberones
48 Republik Suedafrika - Pretoria
49 Togo - Lome

ten" degradieren zu können. Sie schufen sich Gott nach ihrem Bilde, und fordern, dass die gesamte Menschheit ihr Gottesbild annehme. Sie behaupten, das bisherige Gottesbild der Menschheit sei eine Folge der bisherigen "unwürdigen" politischen Verhältnisse. Sie behaupten, Thron und Altar hätten es in politischem Eigennutz konstruiert. So bekämpfen sie seit 200 Jahren die bestehende politische Ordnung auf der ganzen Welt. Als sie dann aber feststellen mussten, dass der Glaube an den gütigen Gott nicht erlosch, als ein Reich nach dem andern zusammenbrach, und die Menschen dennoch gläubig blieben, da selbst in Sowjetrussland nach völliger Vernichtung des angeblich für die Kirche lebenswichtigen Systems die Gläubigen nicht aufhörten, zu ihrem Gott zu beten, da ging man einen bedeutenden Schritt weiter. Um nicht die politischen Verbrechen der letzten zweihundert Jahre als solche offen zugeben zu müssen, begannen sie mit dem geistigen Terror. Aktive Atheisten fingen an, die Gläubigen im Osten zu morden, Priester leugneten Gott und schlossen sich Mordorganisationen an, wie wir es in Brasilien sehen mussten. Der Gläubige wurde öffentlich lächerlich gemacht, die Kirchenväter erhielten Fratzen aus der Hand Picassos. Im Bereich des Christentums geschah das gleiche wie im Islam und im Buddhismus. Die Religionen wurden offen bekämpft, den Herden die Hirten versagt und das Denken mit dem Fernsehen ausgetrieben.

Doch alles blieb vergebens. Niemals erreichte der Turm die Wolken. Selbst in dem so jungen schwarzen Afrika stehen neben den Propheten des technischen Fortschritts bereits die jungen Geistlichen, eine "afrikanische Theologie" zu schaffen, eine "Theologie, die auf dem biblischen Glauben ruht und sich ausdrückt in Denkkategorien, die ihren Ursprung in der Philosophie der afrikanischen Völker haben". Gefordert wird darum von einigen afrikanischen Theologen, "dass sie sich in ihrer Muttersprache ausdrücken", um so eine Garantie zu haben für eine Ausdrucksform, die getreu ist dem afrikanischen Erbe und die die Verbindung mit diesem nicht abreissen lässt". Das waren Worte, die auf der Afrikanischen Kirchenkonferenz im Juli 1969 in Kampala fielen. Das also, wovon niemand von den grossen "Entwicklungs"strategen spricht, was von ihnen verhindert werden soll, vollzieht sich ohne sie: die geistige Entwicklung der jungen Völker.(*254) Die "métissage culturel", die Mischung der Kulturen ist misslungen. Der Dichter Gilbert Cesbron beschreibt dieses "grösste Problem unserer Zeit" in seinem Roman "Je suis mal dans ta peau". Er zeichnet zwei schwarze Studenten, die aus Paris in ihre Heimat zurückkehren und nicht mehr die Mentalität ihres eigenen Volkes verstehen, eine Mentalität, die trotz aller Moderne die gleiche geblieben ist. "Wir sind nicht mehr als uneheliche Kinder, die der Okzident unserer Mutter Afrika angeschafft hat", ist der bittere Satz eines Kelchs, den die Freimaurerei dem schwarzen Kontinent reicht.

Und weiter: "In dem für das Glück und Wohlergehen der Menschen entscheidenden Bereich der kulturellen Leistungen, nämlich auf dem Gebiet der Kunst des Zusammenlebens, haben die Schwarzen in der Tat beträchtliche Leistungen aufzuweisen. Ihre fein differenzierten Verhaltensweisen innerhalb der Grossfamilie und ihre darauf aufgebauten Häuptlingssysteme, in denen sich in vielen Fällen Autorität und Mitspracherecht des Volkes in fruchtbarer Weise die Waage halten, stellen bemerkenswerte Lösungen des Gesellschaftsproblems dar."(*255) Weiter hinaus führte der Begriff der Négritude, der dem Neger sein Selbstbewusstsein wiedergab. Angriffe auf diese Formung erfolgen aus dem ideologischen Lager. "Veraltet" sei es danach, noch von Arabismus, Bantuismus, Négritude zu sprechen, denn über allen diesen "rassistischen" Unterscheidungen stehe die gemeinsame afrikanische Geschichte (Henri López, Kongo-Brazzaville, auf dem Panafrikanischen Festival in Algier im August

1969). Gerade aber, dass es eine solche "Gemeinsame Geschichte" nicht gibt, ist die von diesen Fortschrittlern nicht gesehene Wirklichkeit. Wirklichkeit dagegen war die künstlerische Originalität afrikanischer Tänze, die bei dem gleichen Fest mannigfaltig gezeigt wurden. Meinte der Teufel darum, schon mit einem ganzen für ihn bereiteten Kontinent rechnen zu können, so zeigen schon dessen erste Lebensschritte, dass selbst die kühnsten Hafenanlagen, Eisenbahnbauten und Industrieanlagen nicht die Zerstörung der afrikanischen Identität erreichen konnten. Sie erträgt die grausame Hand der Neokolonialisten und modernen Ideologen genau so wie sie ihr Wesen unter der Hand der weissen Kolonialherren von einst zu bewahren wusste. Ja, man meint, sie entwickelt sich unter dem modernen Zwang stärker denn je. Nicht Feldherrn und Soldaten führen darum heute die Schlacht, sondern Arbeiter und Bauern. Diese sind es darum, die man auch in Afrika heute mit Technik und Automation zu leeren Marionetten des Fortschritts gerne degradieren möchte.- (*255a)

---

*242 - Spätestens nach Durcharbeiten des Kapitels "Grossbritannien" wird der Leser erkannt haben, dass hier keine "altnazistischen Phrasen" wiederholt werden, sondern sehr aktuelle Vorgänge zur Debatte stehen.

*243 - Dafür beispielhaft ist die Rundtischkonferenz, die von jüdischer Seite im November 1969 in Buenos Aires abgehalten wurde. Angesichts der revolutionären, antikapitalistisch gerichteten Unruhe in der südamerikanischen Jugend wurde dieser zugemutet, zu glauben, "dass die magisch-hypothetische jüdische Plutokratie, die angeblich die Vereinigten Staaten beherrsche, überhaupt nicht existiert". Angesichts der mittlerweile wirklich nicht mehr übersehbaren Tatsachen wahrhaft eine starke Unterschätzung der Informationsmöglichkeiten in Südamerika. Dem Westdeutschen kann man solche Thesen im "Spiegel" unwidersprochen vorsetzen, denn er hat seit einem Vierteljahrhundert nicht mehr erfahren, wie die Welt wirklich aussieht, doch liegen die Dinge in Argentinien doch etwas anders. (Ausführlich über jene auch in anderer Beziehung interessante Konferenz in "Panorama", Buenos Aires, 2. Dezember 1969.)

*244 - Dr.Dr.med. Werner Freytag, "Wohin treibt die Jugend?", eine nicht nur lesenswerte, sondern notwendige Schrift zu einem ernsten Problem unserer Zeit.

*245 - Es ist das Verdienst des ehemaligen Belgrader Universitätsprofessors Milosav Vasiljevitch, in seinen Schriften das in Frankreich, insbesondere in der Pariser Zeitschrift "Diogenes" angeschnittene Thema der Gefahr des Determinismus für unsere heranwachsende Jugend im spanischen Sprachbereich bekannt gemacht zu haben. Diese verheerende Lebenseinstellung, die zur Untergrabung, ja Vernichtung unserer Seelenkräfte führen muss, hat zu Propheten Laplace ("Essai philosophique sur les probabilités") und Bertrand Russel ("Pourquoi je ne suis pas chrétien"). Nach ihnen ist die Natur beherrscht von Gesetzen, und der Mensch, der alle Gesetze und die genaue Weltlage in einem

gewissen Augenblick kennt, ist daher in der Lage, mit Hilfe von Berechnungen die gesamte Zukunft des Universums bis in die kleinsten Details hin zu determinieren. Es ist kein Wunder, dass Kinder denen derartige Unsinnigkeiten vorgestellt werden, beim Marxismus politisch enden, denn (wie es nach einer der Schriften Vasiljevitch' ein Bankdirektor ihm gegenüber ausdrückte): "Wir mögen noch so viel wünschen oder nicht wünschen, dass der Kommunismus komme. Er wird ganz einfach deswegen kommen, weil er die einzig mögliche Zukunft der menschlichen Gesellschaft ist. Hätte sie eine andere Zukunft, so hätte die Wissenschaft das längst herausgefunden. Da sie uns aber nicht von solcher spricht, wird also die Zukunft der Menschheit genau diejenige sein, die uns Marx wissenschaftlich determiniert, vorstellt. Denn, in einer Natur, die von einem System unveränderlicher Gesetze regiert wird, kann es nur eine Zukunftsmöglichkeit geben, genau so, wie es nur eine Vergangenheit gibt. Und nicht Marx, sondern Laplace hat diese grosse Wahrheit entdeckt." Es ist Claude Bernard, der – völlig falsch von oberflächlichen Lesern als Determinist bezeichnet – darauf hinweist, dass das wissenschaftliche Experiment NICHT beweist, dass der Mensch machtlos den Naturgesetzen gegenübersteht, sondern VIELMEHR das Mittel darstellt, mit welchem der Mensch sich der Naturgesetze bedient, und also eine Unzahl von Möglichkeiten für die Zukunft offen liegt. Auf diesen Ursprung der Unruhen an unseren Universitäten hat man bisher nicht genügend hingewiesen. Der Jugend die Möglichkeit der Willensfreiheit nehmen und sie in den eingebildeten, angeblich vorherbestimmten, determinierten Teufelskreis marxistischer Weltschau zu pressen, heisst, sie nicht nur zu Demonstranten gegen den Schah von Persien, sondern viel weitgehender zu unglücklichen Menschen machen.

*246 – Schon Law ging bei seinem Experiment daran zugrunde, dass er sein Geldsystem (unter Ludwig XV. in Frankreich) an die Kolonialgesellschaften (und deren hohe Verluste) band. Er hatte nicht den langen Atem, der für solche Geschäfte nötig ist. Er hätte, nach unserem heutigen Wissen, 300 Jahre dauern müssen. Als alles zusammenbrach, nennt man (vgl. Gaxotte S. 53) als Gründe: Gegenspekulation der Engländer, mangelnde Metalldeckung, Aufblähung der Notenausgabe, zu grosses Kapital der Kolonialgesellschaften, Zusammenbruch der Kolonialisation von Louisiana. Law ergreift Gegenmassnahmen, die erschreckend modern erscheinen: Beschränkung der Goldauszahlungen auf höchstens 100 Pfund, zeitweilige Schliessung der Börse; Uebernahme der Bank durch die Kolonialgesellschaft mit Verpflichtung, deren Aktien zu übernehmen, als wären sie bares Geld; Verdoppelung der Propaganda über die Möglichkeiten am Mississippi; Ausgabe von Staatsrenten; Eröffnung von laufenden Rechnungen, um den Geldüberfluss einzudämmen usw. Doch alles war umsonst. Das Vertrauen, einzige Grundlage solcher Systeme, kehrte nicht wieder. Law wanderte, völlig verarmt, nach Holland aus. Was blieb war die Vernichtung der guten Sitten. Aus Lumpenpack waren Millionäre geworden, Neureiche dursteten nach Luxus, der unmoralische Anblick von Reichtum, der ohne Arbeit erlangt worden war, und andererseits die Panik, die Unsicherheit, die Angst vor dem Morgen und die Sorge um die Erhaltung eines Restes für die eigenen Kinder. Frankreich erlebte so ein halbes Jahrhundert vor dem Grossen Morden, was heute sich in der Welt von Bretton Woods und Rio abzeichnet. Nur darf man heute wohl mit kürzerem Zeitraum bis zum Ausbruch der nackten "Tugend" rechnen.

Während die Jugend verkommt, sammeln sich in den Händen der grossen Konzerne gigantische Summen an, die angelegt werden müssen. So kann die UNCTAD im April 1970 berichten, dass der private Kapitalexport in die

Entwicklungsländer in Afrika, Asien und Südamerika im Jahre 1968 die Rekordhöhe von 5,5 Milliarden Dollar erreicht hat. Gleichzeitig wird festgestellt, dass die öffentliche Hand in einer Reihe von Ländern beginnt, sich aus diesem Vorgang zurückzuziehen (Belgien, Grossbritannien, USA). Insgesamt flossen den genannten Entwicklungsländern 1968 Kapitalien im Nettobetrag von 12,1 Milliarden Dollar zu. Das waren 12 Prozent mehr als 1967. Davon stammten 10,94 Milliarden Dollar aus den Industriestaaten der freien Welt, 325 Millionen Dollar aus den kommunistischen Ländern Osteuropas und Asiens und 823 Millionen Dollar von multilateralen internationalen Institutionen und Organisationen, die mit Geldern der westlichen Industriestaaten arbeiten.

*247 – Es verdient Aufmerksamkeit, dass Syrien angesichts der nordamerikanischen Haltung dafür plädiert, den UN-Palast von New York fort "in ein neutrales Land" zu verlegen.

*248 – Maurice Bardèche in "Nürnberg oder das Gelobte Land", einem Büchlein, das vor 20 Jahren geschrieben wurde und in dessen Einleitung es heisst: "Unser einziger Ehrgeiz ist es, dieses Buch in fünfzehn Jahren noch einmal lesen zu können, ohne dann schamrot werden zu müssen." Im Gegensatz zu den Propheten und Wortführern der deutschen und der französischen "Befreiung" läuft Bardèche wahrhaftig nicht diese Gefahr. Das Buch ist wahrer heute denn je und – wirklichkeitsnäher. Die Sieger von 1945 sind geistig nicht von der Stelle gekommen!

*249 – Wir zitieren aus dem Aufsatz des Lizentiaten Osvaldo E. Trocca über "Desarrollismo" im "Clarín", Buenos Aires, 30. November 1969, einem der bedeutendsten lebenden Wirtschaftstheoretiker Argentiniens.

*250 – Gerade diese Ausserachtlassung ist das hervorstechendste Merkmal des im Oktober 1969 erschienenen Heftes "Entwicklungsländer" der Informationen zur politischen Bildung, die die Bundeszentrale für politische Bildung in Bonn, Berliner Freiheit 7, herausgibt. Wie sehr hier der Wunsch der Vater der Gedanken ist, ergibt sich aus den folgenden Schlusssätzen: "Die Entwicklungsländer praktizieren in der Regel eine Form der Aussenpolitik, die sich in nichts von der nationalstaatlichen Interessenpolitik alter Grossmächte unterscheidet. Ihr Nationalismus wirkt um so penetranter und peinlicher, als er beinahe schon anakronistisch ist ... Ihr Neutralismus führt meist auch zu einer starken Bindung an die Vereinten Nationen. In der Struktur der UN sehen die Entwicklungsländer eine Garantie für ihre verwundbare Souveränität, zugleich aber auch den besten Ansatz zur Verwirklichung einer einheitlichen Welt." Derart politisch Gebildete müssen ja von einer Ueberraschung in die andere fallen, wenn sie sich das ansehen, was in den kommenden Jahren auf der Welt geschehen wird. Nicht nur in Argentinien lässt man sich nämlich nicht gerne gerade von Satelliten vorwerfen, man betreibe einen penetranten und peinlichen Nationalismus. Regierungen, die einen Rudolf Hess vergessen, die Staatsgebiet aufgeben, wirken hier viel eher "peinlich und penetrant", wenn sie auf den Plan im übrigen nur treten mit obszönen Zeitschriften und gleich unmoralischen Anleihen.

Die ganze Unehrlichkeit des Westens spricht auch aus dem Bericht den der USA-Aussenminister Rogers nach seiner Afrika-Tournée 1970 anfertigte. Da wird Stellung bezogen gegen Südafrika, weil es die Administration von Südwestafrika entgegen den UN-Weisungen aufrechterhält und weil es seinen schwarzen Bevölkerungsteilen keine Gleichberechtigung und Selbstbestimmung

gewährt, doch im gleichen Atemzug wird akzeptiert, was an Völkervergewaltigung, ja, an Genocidium in schwarzafrikanischen Staaten vor sich geht: "Wir werden die Institutionen respektieren, die die Afrikaner selbst schaffen. Obschon wir in den Vereinigten Staaten demokratischen Methoden den Vorzug geben, anerkennen wir, dass die in Afrika auf Wechsel und "Nation-Building" hinarbeitenden Kräfte, Regierungssysteme schaffen mögen, die diesen Prinzipien nicht unbedingt entsprechen."

*251 – Am Ende steht der von Mussolini in den Vordergrund gerückte Begriff der Autarkie. In der vor uns liegenden "Rette-sich-wer-kann-Situation" wird wieder einmal jede verantwortungsbewusste Staatsführung eine solche zu erreichen versuchen. Dabei ist gewiss, dass dieser Zustand dann viel leichter von den sogenannten "Unterentwickelten" als von den Industrienationen erreicht werden kann, denn deren Abhängigkeit von sich schliessenden Märkten in Uebersee ist schon deswegen gefährlicher, als der moralische Zersetzungsprozess, die bewusste Vernichtung der Volksgemeinschaft jede kluge Reaktion auf materielle Rückschläge unwahrscheinlich macht.

*252 – Das Problem der Ablösung der Europäer bei den von ihnen erstellten technischen Werken wird sehr anschaulich dargestellt in dem wertvollen, mit sehr viel menschlichem Takt geschriebenen Buch von Heinrich Sanden, "Die Welt der tausend Völker", Druffel-Verlag 1969.

*253 – In diesen Rahmen stellt sich auch die Massnahme der USA, wenn sie im Dezember 1969 allen nordamerikanischen Auslandsunternehmen, also mit Sitz ausserhalb der USA, den Handel mit Rotchina freigibt. Die Verordnung wird als "dringende Massnahme ohne politischen Hintergrund" bezeichnet, und "hohe Regierungsbeamte bezweifeln, dass die Massnahme von bedeutender Wirksamkeit wird", fügt dpa (19.12.69) beruhigend für den Leser schnell hinzu.

*254 – Bericht von der Kirchenkonferenz in Kampala von Aimé Savard, "Folha de S. Paulo", 7.10.69.

*255 – "NZZ" in einem Artikel unter dem Titel "Rhodesien als Siedlerland", IV/69.

*255a – Am vollständigsten wohl über Afrika-Bücher unterrichtet das regelmässig von J.W.West - C.Woermann GmbH, 2 Hamburg 11, Gr. Reichenstr. 27, herausgegebene Bücher-Verzeichnis, welches auch antiquarische Afrikabücher laufend anbietet.

*

SENEGAL

93 Prozent der Bevölkerung des Senegal sind Mohammedaner. Doch der Versuch des Mohammedaners Mammadou Dia im Jahre 1962 die Macht zu übernehmen, wurde von dem Freimaurer Leopold Senghor blutig abgewiesen. Dia erhielt lebenslänglich Gefängnis. Im Februar 1970 wurde auf Grund einer Volksabstimmung eine Verfassungsänderung durchgeführt, nach der nunmehr wieder die bisher in der Hand Senghors vereinten Aemter des Staatspräsidenten sowie des Ministerpräsidenten getrennt wurden. Für letzteren Posten ernannte Senghor den 34jährigen bisherigen Planungs- und Industrieminister Abdou Diouf. Im übrigen erhielt der Staatspräsident eine stärker autoritäre Position.

Wenige Wochen vor diesen Aenderungen fand in Dakar die Konferenz der Senegalstaaten (Guinea, Mauretanien, Senegal und Mali) statt. Im Mittelpunkt standen die gemeinsamen Bemühungen, sich von ausländischer technischer und militärischer Hilfe selbständig zu machen. Sékou Touré fand auf dieser Linie die schärfsten Worte gegen den Neokolonialismus. Wenn man bedenkt, dass die Wirtschaft dieser Staaten genau so verkrampft und im Interesse der einstigen Kolonialherren umgestellt wurde wie man einst deren Grenzen zog, so setzt ein solches Bemühen zunächst eine Berichtigung der Verhältnisse voraus. Seit 1922 erleben wir es ja, dass dem Senegal an Stelle des naturgegebenen Hirseanbaus die Einfuhr von Weizen aufgezwungen wurde. Die Weizenschiffe von Dreyfus & Cie. lebten von diesem künstlich geschaffenen "Welthandel". Senegal wurde in seiner Ernährung abhängig von Uebersee. Die Verschiffung von Erdnüssen zu den Raffinerien, die im fernen Frankreich liegen, bringt dem Senegal weitere nicht notwendige Schmälerung seines Exporteinkommens. Schwerer aber als diese dem Lande aufgezwungene Interdependenz wiegt es, dass die eigentliche Seele des Landes einer rein technischen Konzeption geopfert werden soll, wie sie der Freimaurerei als Lebensinhalt vorschwebt. Die Säkularisierung des mohammedanischen Landes macht es sehr leicht zum Spielball kommunistischer Ideologien. Wieder einmal steht also, wie schon in Russland, die Freimaurerei als Türöffner an den Pforten zur Hölle.

*

MALI

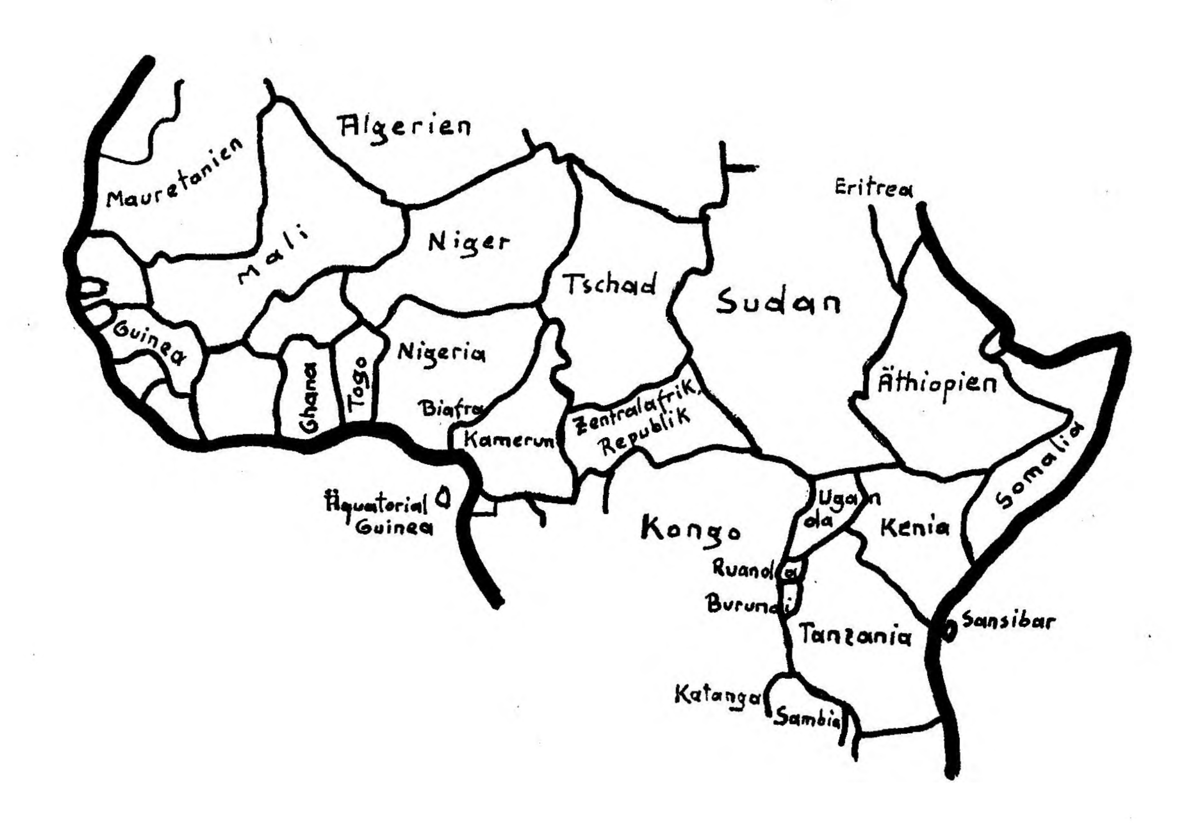
Auch die Militärs, die im November 1968 mit Absetzung Modibo Keitas die Zentralgewalt des Landes in ihre Hände nahmen, konnten dessen Armut nicht mindern, blieben also gerade mit den Hauptargumenten ihrer Revolte im Rückstand. So war eine Gegenrevolte vorauszusehen. Sie fand am 12. August 1969 statt, wurde jedoch trotz Abwesenheit des Innenministers Sissoko niedergeschlagen.

Geht es dabei bei diesem Hin und Her in der Landeshauptstadt um mehr oder weniger ideologisch verbrämte Dispute, so geht das weite Land nach wie vor unter der Führung der Stammesoberhäupter den Pfad des rechten Glaubens unter der grünen Fahne des Propheten. Die Zentralregierung verfügt nicht über die notwendigen militärischen oder polizeilichen Mittel, um in der Weite des Landes ihre moderne Meinung von der Welt durchzusetzen.

*

DER TSCHAD

Wenn man ausgerechnet über die ethnischen und religiösen Schnittflächen am Südrand der Sahara, im strategischen Zentrum Afrikas ein einheitliches Fahnentuch spannen will, so darf man sich nicht wundern, wenn die Nationalfarben, blau-gelb-rot in diesem Fall, sich bald schon blutig färben. 1962 musste der erste Präsident dieser Republik, François Tombalbaye, bereits nach also zweijährigem Wirken alle der Regierungspartei opponierenden Parteien auflösen und ihre Führer ins Gefängnis werfen. Bald schon stand sich der christlich-animistische Süden einem im übrigen feindlichen Land gegenüber, das die Tubus im Norden, die gleichfalls islamisierten Mubis im Zentrum und die Stämme im an den Sudan grenzenden Wadai unter der "Fabhat Ul-Tahreer al Watanee al-Chadee", der "Nationalen Befreiungsfront des Tschad" unter Mohammed Abba Siddick zusammenfasste. Die Empörung bei der mohammedanischen Bevölkerung (95 %) wuchs, als Tombalbaye in Beantwortung der Proteste gegen das Eintreffen eines israelischen Botschafters in Fort Lamy den Obersten Richter und die mohammedanischen Regierungsmitglieder ins Gefängnis werfen liess. Ende 1965 beginnt so der bewaffnete Aufstand. Die Rebellen besetzten abgelegene Ortschaften, nahmen den Vertretern der Regierung die Steuergelder ab und verteilten sie wieder unter der Bevölkerung, verhinderten die Naturalabgaben der steuerpflichtigen Dorfbewohner und erreichten, dass die für solche Abgaben vorgesehenen Früchte gar nicht erst gesät wurden. Mehrfach gelang es, Gefangenentransporte der Regierungstruppen in den weiten Wüstengebieten einzuholen und die in Ketten abtransportierten Dorfbewohner wieder zu befreien. Der grösste Teil des Landes war zum Beispiel beim Eintreffen des westdeutschen Präsidenten Lübcke in Fort Lamy überhaupt nicht mehr in den Händen der Regierung Tombalbaye, sondern von den Rebellen zu "Befreiten Regionen" erklärt worden. Selbst Grausamkeiten wie die Hinschlachtung von 400 Ulema in Ahshah erreichten nur das Gegenteil. Als dann von Chinesen im Sudan ausgebildete Freiwillige ins Land eindrangen und die Gefahr einer völligen Niederlage der Regierung sich abzeichnete, als das Gebiet des Tschad für heimlichen Nachschub in den mohammedanischen Norden Nigerias zum Kampf gegen Biafra benutzt wurde, trat Frankreich auf den Plan. Unter Führung des Generals Arnaud wurden Fallschirmjäger und Fremdenlegionäre angesetzt, und der ehemalige Gouverneur Lamy erhielt die Aufgabe, die der Zentralregierung bereits weitgehend aus den Händen geglittene Verwaltung des Landes neu zu organisieren. Das geschah im August 1969, und



Der Blutguertel Afrikas. Mit dem Blut von Tausenden wurde ein jedes hier genannte Land in die Karte Afrikas eingetragen. Von Sansibar bis Mauretanien zieht sich die immer wieder frisch geduengte Blutspur der "Befreiung" durch den gemarterten Kontinent. Kuenstliche Grenzen bestreiten den Voelkern das Recht zu eigener Entwicklung.

war damit eine nicht ganz logische Folge des Wahlergebnisses, mit dem Herr Tombalbaye im Juni 1969 für weitere sieben Jahre als Präsident wiedergewählt worden war, – nämlich mit angeblichen 93 Prozent! Diese Reorganisation der Verwaltung besteht darin, dass man den Häuptlingen ihre früheren Vorrechte wiedergeben will. Nachdem man einsehen musste, dass die Kunstfasern der Demokratie im Zentrum Afrikas nicht die Festigkeit der einheimischen Stoffe haben, versucht man, im letzten Augenblick wieder auf diese zurückzugreifen. Tombalbaye am 2. August 1969: "Es war ein Fehler, dass man die französische Kolonialverwaltung allzu rasch durch tschadische, unerfahrene Kader hatte ersetzen wollen. Die Verfassung, die dem westlichen Modell zu sehr angeglichen ist, muss abgeändert werden."(AFP)

Man hat gemeint, das allgemeine Schema auch auf Afrika anwenden zu können. Denn jenes System ist ja so klar: Vom Gelde her wird die Welt aus den Angeln gehoben. Alles geht daher den vorgeschriebenen Weg, was eben mit Geld in Bewegung zu bringen ist. Nur dort versagt diese Maschine, wo das Geld nicht (oder wie im Tschad: noch nicht) als Treibstoff wirkt. Darum müssen also alle diejenigen Teile, die ursprünglich mit anderem Treibstoff funktionierten, entweder umgebaut oder ausgeschaltet werden. Es gibt eigentlich kein einfacheres Rezept der Weltbeherrschung, wie das, welches sich die Grosse Rebellion aufgestellt hat. Gott und die Natur haben dem Gelde gefügig zu werden oder zu verschwinden. Auch bei den Tuaregs.

Die Wirtschaft dieses Staatsgebildes wurde durch massive Hilfe von französischer und westdeutscher Seite (s. R 256) am Leben erhalten und durch eine Wirtschaftsunion mit dem Kongo und der Zentralafrikanischen Republik nicht nur gestärkt, sondern auch mehr als natürlich gegeben, an den schwarzafrikanischen Süden gebunden.

Denn wir haben doch hier im Tschad offensichtlich die gleichen völkischen Probleme wie im benachbarten Sudan, nur dass diesmal die südliche Partei den Staat beherrschen will. Aber auch die FROLINA, wie sich die politische Organisation Abba Siddicks heute nennt, spricht nicht von einer Aufteilung des Staates, sondern will ihn als Ganzes in die Hand bekommen, will also nur oben und unten vertauschen. Apartheid ist eben auch hier verpönt, denn das wäre gleichbedeutend mit weiser Machtbeschränkung auf das eigene Volkstum. Arabisch und Französisch sollen als die beiden Staatssprachen nach derem Sieg eingeführt werden. Diplomatische Beziehungen sollen angeknüpft werden mit allen Staaten, mit Ausnahme von Israel und – Südafrika. Es wird also auch weiterhin der Tschad bei nebulösen politischen Vorstellungen seiner Führer, sei es, wer es sei, nicht die saubere politische Form erhalten, die Voraussetzung für eine ruhige Entwicklung seiner mannigfaltigen Möglichkeiten (Zinn, Blei, Eisen, Kupfer, Aluminium, Uran, Baumwolle und Viehwirtschaft) ist. Französische Beamte aber, uneigennützig und mit bestem Wollen mit einer nicht erfüllbaren Aufgabe betraut, laufen Gefahr, wieder einmal beschimpft zu werden, wie es das Schicksal so vieler Franzosen schon gewesen ist; erinnern wir nur an das überwiegend antikoloniale Urteil der französischen Philosophen des 18. Jahrhunderts und an die Beschimpfungen, die der grösste koloniale Staatsmann Frankreichs, Dupleix, erfahren musste: "Böswilligkeit, Betrug, Lüge, Falschheit, Argwohn, Treulosigkeit, Grossmannssucht, Vorurteile, Inkonsequenz, Ungereimtheiten, Angeberei, Bosheit, voller Lächerlichkeiten", so sieht die Welt ja bald schon einen jeden Europäer, der hinausging um zu dienen.(*256)

---

*256 – Pierre Gaxotte, S. 258.

*

DIE ZENTRALAFRIKANISCHE REPUBLIK

Präsident Bokassa korrigierte im Februar 1968 ein wenig das von Frankreich im ehemaligen Generalgouvernement Französisch-Aequatorialafrika aufgebaute Wirtschaftskonglomerat. Zentralafrika trat damals nämlich aus der Wirtschafts- und Zollunion aus, die mit Gabon, Kamerun und dem Kongo-Brazzaville geschlossen worden war und bildete mit dem Tschad und dem Kongo-Kinshasa die "Vereinigten Staaten Zentralafrikas". Man vermutet hinter dieser Gründung die Hand der Amerikaner, die auf diesem Wege vom ehemals belgischen Kongo aus, den sie ja glücklich mehr oder weniger in ihre kapitalistischen Fänge bekommen haben, ihren Einfluss auf französische Domänen ausdehnen möchten. Schon die Bezeichnung "Vereinigte Staaten" muss in dieser Richtung wirken.

Einstweilen lässt man sich aber dadurch noch nicht ins Bockshorn jagen, sondern geht von Paris aus an die weitere Erschliessung des Landes. Im Mai 1969 wurde die "Compagnie des Mines d'Uranium de Bakouma" mit 20 %iger Beteiligung der Zentralafrikanischen Republik und je 40 Prozent Kapitalbeteiligung des französischen Atomenergiekommissariats und der Cie. Française des Minerais d'Uranium gegründet, um die auf 8 000 Tonnen Metalluran veranschlagten enormen Vorkommen bei Bakouma auszubeuten. Strassenbauten von der Hauptstadt Bangui über Bambari nach Bakouma sowie die Errichtung eines Braunkohlenkraftwerkes in der Nähe sind die kostspieligen, aber lohnenden einleitenden Schritte für den Abbau mit Baggern in einer jahreszeitlich unter Wasser liegenden Landschaft.

Mit diesem Vorgehen setzt Frankreich die Absicherung der Atomenergiequelle vom Rohstoffsektor her fort, nachdem bereits im Gabon Uranminen arbeiten und im Niger solche 1970 in Betrieb genommen werden sollen.

*

GUINEA

So ganz sicher sitzt der letzte der grossen Negerführer Westafrikas nicht auf seinem Thron. Es spukte laufend um Sékou Touré von Verschwörungen und es mussten laufend Regierungsmitglieder und höhere Offiziere ins Gefängnis und von dort zur "erbarmungslosen Aburteilung" weiter gereicht werden. Etwas unwahrscheinlich klingt es, wenn die Behauptung aufgestellt wird, dass Frankreich hinter diesen Absichten stände und dass "der Innenminister Oberst Diaby bei der Unabhängigkeitserklärung Guineas in diese hohe Position eingeschleust worden sei, um das Regime zu stürzen, wenn die Zeit gekommen sei". Vom Geist dieses Staates zeugt es gleichermassen, wenn man erfährt, dass der hohe Gast des Präsidenten, Mitregent Nkrumah, von Guinea aus eine Revolution in seinem Heimatland Ghana anzuzetteln versuchte, aber trotz Unterstützung durch die kubanische Botschaft in Accra nicht zum Einsatz kam, da die Sache zu früh aufflog. Im November 1970 wird dann der Welt gar

vorgeschwindelt, schwarz angemalte Portugiesen machten einen Invasionsversuch.

Ganz auf dem gleichen Niveau wie diese afrikanischen Brüder schlagen sich die beiden deutschen Satelliten in Konakry herum. dpa weiss aus Bonn im November 1969 zu berichten, dass die Umbenennung der bisherigen DDR-Handelsvertretung in ein Generalkonsulat hoffentlich keine Unterbrechung der bisherigen freundschaftlichen Beziehungen zur BRD bedeutet. Derweilen man sich im deutschen Lager darum streitet, wer mehr helfen darf, rückt Rotchina auf zum "privilegierten Partner Guineas", sendet im März 1970 weitere 50 Techniker und weitere Aerzte, nämlich zwei Chirurgen, einen Anästhesisten und eine Gruppe von Zahnärzten. Sie werden sicherlich verstehen den Zahn zu ziehen.

*

DIE ELFENBEINKUESTE

Das freimaurerische Experiment Houphouet-Boignys läuft die gleiche Gefahr kommunistischer Unterwanderung, wie sie für die Ehe der Menschen mit dem Gelde auch überall anderswo typisch ist. So musste denn die Hand Moskaus bei den Studentenunruhen in Abidjan im Mai 1969 festgestellt werden, und man hielt es sogar für notwendig, daraufhin die diplomatischen Beziehungen zu Moskau abzubrechen. Die führende Zeitung mit dem so sinnigen Namen "Fraternité Matin" verstand es, den Blick ihrer Leser auf "wichtigere" Dinge zu lenken. Dazu zählte vor allem auch die Kredithilfe durch die BRD, die nach dem Besuch Lübckes sogar noch ein wenig weiter ausgebaut werden konnte. 78 Millionen Mark heisst die Zahl. Und der westdeutsche Präsident gewann sich die Herzen, indem er "frisch geprägte Fünfmarkstücke, die sein ständiger Begleiter von der Sicherungstruppe stets für ihn bereithält, unter die tanzenden Kinder verteilte".

Alle diese Vorgänge sind dabei ja zwangsläufige Folgen der Schöpfung, genannt "Elfenbeinküste". Das Gebiet einer französischen Kolonie wurde zur "Nation" erklärt. Kaum ein Prozent der Bewohner dieses Gebietes hatte einen solchen Schritt gewollt oder sah in ihm eine Bestätigung schon in der Vergangenheit bestehenden wertvollen Zusammenschlusses oder Gewähr für eine gemeinsame glückliche Zukunft. Denn die Gesellschaft der von diesem Vorgang betroffenen Menschen war die der Stämme und sie empfand die kolonialen Grenzen als künstlich errichtete, als mit Waffengewalt erzwungene. Es gab weder ein "tradiertes gemeinsames kulturelles Erbe"(*256a) noch einen "gemeinsamen Traum von der Zukunft"(*256b), als die "Nation" Côte d'Ivoire aus der Retorte stieg. Es war nicht mehr als "ein Entwicklungsland auf dem Wege zur Nation" (Claus Zeller). Diese Nation aber war niemals völkisch oder religiös fundiert. "Es wäre daher bedenklich, den mit der Entwicklung des europäischen Staatensystems und seiner Deutung eng verhafteten Begriff der Nation unkritisch zur Bezeichnung politischer Tatbestände in Afrika zu übernehmen" (Zeller). Ja, es fragt sich, ob man den Begriff der Nation hier nicht eher durch den "sehr viel farbloseren der politischen Gemeinschaft ersetzen sollte" (Zeller hält dieses nicht für notwendig).(*256c)

Wir waren bereits bei Betrachtung der indischen Entwicklung auf eine derart farblose Interpretierung des Begriffes einer "Nation" gestossen. Dort war dem "Communalismus" der Hindus, Muslims, Christen und Sikhs die Antithese vom indischen "Nationalismus" entgegengesetzt worden, denn "in der modernen Welt waren Nationalität und Nationalismus die grundlegenden Voraussetzungen für politisches Leben und es schien restlos unpassend (improper) für Indien, ohne Nationalität zu sein ... Wenn Indien Freiheit von der britischen Herrschaft erlangen wollte, so war es nötig, sich als Nation zu bekennen" (Smith, S.141).

Den Bewohnern der Kolonialgebiete wurde in dieser Phase der Entwicklung der Gegensatz zum Kolonialherrn, zum unrechtmässigen Besitzer der Heimat, tagtäglich als Hauptmotiv der zu bildenden nationalen Befreiungsbewegung vorgehalten. Es wurde eine temporäre Interessengleichheit aller Völker und Stämme gegenüber den europäischen Eindringlingen geschaffen. Diese aber sollte sich dann im letzten Augenblick der neuen Machtergreifung nur noch auf die staatliche Organisation beziehen, nicht aber die "gesellschaftliche Chirurgie"(*256d) rückgängig machen, die die Kolonisation hier und dort bereits begonnen hatte. Im Gegenteil: diese Umschichtung der Gesellschaft sollte erst jetzt mit der "Befreiung" eigentlicher Gegenstand der "nationalen" Regierung werden. Um die Bildung einer Nation voranzutreiben war es jetzt hässliche Aufgabe der "nationalen" Führungsschicht "als der einzig vorhandenen "nationalen Kulturgruppe""(*256e), sich die ethnischen Kleingruppen zu assimilieren ... "Im Bereich der Wirtschaft bedeutet dies ein Aufbrechen der Stammeswirtschaften und deren Einbeziehung in eine nationale Wirtschaft, auf dem Gebiet des Rechts die Vereinheitlichung der zahllosen regionalen Rechtssysteme; es heisst dies Ausbreitung staatlicher Erziehung auf Kosten der Erziehung durch das Stammeskollektiv, und auf politischem Gebiet die Einbeziehung des gesamten Volkes in die neuen staatlichen Institutionen unter Lockerung der stammesmässigen Bindungen. ES GILT, DIE DURCH DEN KOLONIALHERRN GESCHAFFENE AEUSSERE EINHEIT DURCH GESELLSCHAFTLICHEN WANDEL VON INNEN HERAUS ABZUSTUETZEN." (Zeller, S.25). Das aber heisst nichts anderes, als Zerstören des Bestehenden zugunsten einer vom erklärten Feind geschaffenen Ordnung.

Denn diese Nationen sind doch entstanden durch brutale Eroberung, wurden mit Waffengewalt errichtet. Das, was die "Befreier" von 1945 bis 1967 als das Verwerflichste überhaupt hinstellen, die koloniale Eroberung, wird in gleichem Atemzug von ihnen geheiligt. Diejenigen, die den Frieden auf Erden anstreben, die eingefleischten Pazifisten der Freimaurerei, fordern über alle menschlichen Bindungen und tiefste Gefühle hinweg von den "Befreiten" die Anerkennung von Grenzen, die von militaristischen und profitgierigen Bestien geschaffen wurden. Ja, sie gehen sogar so weit, mit den grausamsten Mitteln, von Tieffliegerangriffen bis zum Aushungern ganzer Völker, diese Grenzen durchzusetzen. Sie fühlen in ihrer Oberflächlichkeit und Selbstüberzeugung gar nicht den tiefen inneren Widerspruch, die grundlegende Unehrlichkeit ihres gesamten Konzepts. Sie haben – hat es den Anschein – bis heute nicht begriffen, dass sie überhaupt kein Konzept haben, es sei denn, man hielte für Konzept die Erhaltung des durch Waffengewalt erzwungenen Status quo der Dinge. Das aber ist nicht nur schlecht bemäntelte Maskierung illegitimster Usurpation, es ist von allen möglichen Herrschaftsgrundlagen die substanzloseste (und unsicherste!). Das ist dann das Brandt-Prinzip: "Wir tun ja niemandem weh, wenn wir bestehende Tatsachen anerkennen", wobei Wehtun sich auf die animalistischen Triebe wurzelloser Individuen ohne Gedächtnis, Heimatgefühl und Familienliebe bezieht – in Deutschland, in Indien oder in Westafrika. Daraus ergeben sich

dann Vorgänge, wie wir sie im Rahmen dieses Kapitels für die Elfenbeinküste im ersten Absatz aufzählen konnten, und die wir jetzt noch einmal nachlesen wollen, nachdem wir die Zusammenhänge beleuchteten.

---

*256a – Claus Zeller, "Elfenbeinküste", S. 15.

*256b – Georges Burdeau, "Traité de Science Politique", Bd. II, L'Etat, Paris 1949, S. 99, bei der Definition des Begriffes "Nation".

*256c – Ich erinnere, dass der Hamburger Völkerrechtler Prof. Rudolf Laun, einer meiner hochverehrten Lehrer, in seinen Vorlesungen mit Hinweisen auf umfangreiches Schrifttum eindringlich betonte, dass der Begriff "Volk" in gleichen internationalen Dokumenten in anderen – insbesondere den lateinischen – Sprachen mit "Nation" wiedergegeben wird, dass aber im deutschen Sprachgebrauch Volk und Nation nicht dasselbe sind.

Zeller meint dagegen (S. 19) sagen zu dürfen: "Wie der europäische Monarch, so wurde der Kolonialherr in Afrika Wegbereiter späterer nationalstaatlicher Einheit: in beiden Fällen ging obrigkeitliche Wohlfahrtsverwaltung der Selbstbestimmung voraus", vergisst dabei aber als wesentlichstes Moment, dass die europäischen Herrscher ursprünglich Volksführer waren, von Gottes Gnaden, und so niemals der Zusammenhang des Staates (der Nation) mit Volk und gemeinsamem Glauben verlorenging, so heterogen auch dann später manche Fürstentümer aussahen. Es konnte daher auch niemals etwa ein preussisches Reich oder einen preussischen Kaiser geben, immer nur einen deutschen.

*256d – Georges Balandier in "Le Tiers-Monde", "Sous-développement et Développement". Institut national démographique, Paris 1956, Heft 27, S. 5.

*256e – Joseph Obreski, "La sociologie des nations jeunes", S. 260.

*

DAHOMEY

Der von den Militärs Ende Juni 1968 ernannte Zivilist Dr. Emile Derlin Zinsou hielt auf seinem Posten ganze 16 Monate aus. Dann wurde er im Dezember 1969 vom Stabschef der Armee, Oberst Maurice Kouandété, in seinen Amtsräumen festgenommen. Auf Druck jüngerer Offiziere hin, liess man ihn frei und verfügte sogar Neuwahlen, an denen sich nun im März 1970 alle bisherigen zahlreichen Staatspräsidenten des Landes in edlem demokratischem

Wettstreit beteiligen. Der Rummel um die Führung des Landes wird also weitergehen.

Und er ging tatsächlich weiter. Denn, während noch in der ganzen Welt die vorbildlich demokratische Haltung der Regierung Dahomeys allen schwarzen Seelen insbesondere auch Afrikas vorgehalten wurde, jenes Musterbeispiel parlamentarischer Gleichberechtigung, zu der alle Oppositionsführer, alle ehemaligen Präsidenten gleichermassen zugelassen waren, da wurden mitten im Wahlgang auf Befehl des Militärdirektoriums "die Wahlen provisorisch suspendiert". Demokratie abgeblasen! hiess der Befehl, der die Teilwahlen schnell für ungültig erklärte, als das Ergebnis nicht behagte. Wenn man keinen Benda hat, der so etwas richtig vorbereitet, so soll man die Hände doch wohl besser davon lassen. Die dreiköpfige Oberstenregierung löste sich dann am 7. Mai 1970 selbst ab durch Ernennung eines Präsidenten in der Person des Herrn Hubert Maga.

Ist also klar, dass westliche Regierungsformen diesem Lande nicht adäquat sind, so fragt man sich, ob nicht vielleicht ganz andere Grundsätze des Zusammenlebens (wieder) angewandt werden sollten. Denn Dahomey hat ja bis noch vor ganz kurzer Zeit, eben vor der "Befriedung" durch die Franzosen, eigene Staatsgebilde gesehen. Sie haben nicht so funktioniert, wie man es von Europa her gewohnt ist. Aber ihre Art war offensichtlich dem Geist der Ashanti und der anderen Völker genehmer. Erst jetzt wieder wird uns dieses deutlich genug bewiesen: Anfang 1970 hatten ein paar gedungene Mörder einen Ehebrüchigen mit langen Messern ins Jenseits befördert. Die Militärregierung übernahm den Fall und liess die Täter nach kurzem Geständnis öffentlich am Strand von Cotonou gefesselt erschiessen. Bei den Europäern erregte das Entsetzen und Empörung. Doch die schwarze Bevölkerung fand das alles völlig in Ordnung. "Offensichtlich entspricht die französische Rechtssprechung, die auch im unabhängigen Dahomey noch immer gültig ist, nicht dem gesunden Volksempfinden ... Die Vergangenheit wirkt eben noch nach; denn vor Ankunft der französischen Kolonisatoren vor rund hundert Jahren hielten es die alten Herrscherhäuser des Landes, wie zum Beispiel die Könige von Abomey oder Adjatché, durchaus mit der Sitte, ihre Untertanen allein schon wegen Diebstahls vor aller Augen hinrichten zu lassen."(*257) Das also ist das Ergebnis aller christlichen Erziehung. Als der afrikanische Erzbischof von Cotonou, Bernardin Gantin, die Exekution verurteilt "als ein Verbrechen, das fast so widerwärtig ist wie die Tat der Angeklagten selbst", da wird diese Veröffentlichung von der Militärregierung beschlagnahmt. Sie hätte auch so kaum Widerhall gefunden.

Dabei ist sowieso mehr als die Hälfte der Bevölkerung mohammedanisch, und von dieser anderen Seite wird in der Tatsache, dass die Regierung in den Händen von Christen liegt, die Ursache für deren politische Instabilität gesehen.

---

*257 - "NZZ", Februar 1970.

*

GAMBIA

Nach dem Vorbild Rhodesiens erklärte sich auch Gambia auf Grund einer Volksabstimmung (am 23. April 1970) zur Republik. Doch diesmal hatte das Weltgewissen nichts dagegen einzuwenden. Der bisherige Premierminister Sir Dawda Jawara, der seit der Unabhängigkeitserklärung im Jahre 1965 die Führung des Ländchens in Händen hatte, wurde Präsident in Nachfolge der Queen. Mit einer Bevölkerung von 350 000 Einwohnern (von denen 85 Prozent Mohammedaner sind) ist Gambia der kleinste Staat Afrikas.

*

SIERRA LEONE

Viel gibt es über das bereits Gesagte hinaus diesmal nicht zu berichten. Erwähnten wir, dass Inder, Syrier und Libanesen den Kleinhandel des Landes übernahmen, so stach solches den afrikanischen Nationalisten doch zu sehr im Auge, als dass sie nicht versucht hätten, ganz nach dem Beispiel des grossen Speers im Fernen Kenia, das Land auch in dieser Hinsicht zu afrikanisieren. Doch der Versuch schlug völlig fehl. Denn mit dem Ausbleiben der Waren im gesamten Landesinnern drohten die schwarzen Arbeiter in den Diamantenfeldern mit Streik. Die Regierung musste im Interesse der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung das engmaschige Netz der levantinischen Handelsbeziehungen unangetastet bestehen lassen. Auch im kleinen Sierra Leone erwies es sich so als unmöglich, ein Staatsgebilde zu schaffen, in welchem die "Befreiten" nunmehr auch die mit solcher "Befreiung" verbundenen Aufgaben selbst übernahmen.

*

GHANA

Ghana ist als grösster Kakaoexporteur der Welt stark an allen Welthandelsmanipulationen interessiert. So verwundert es nicht, dass im Januar 1969 der Vertreter Ghanas bei den UN in Genf, der Botschafter Asnate, in Ablösung des Tschechen Kohout zum Präsidenten der UNCTAD gewählt wurde. Im Mittelpunkt der Arbeiten dieser Organisation steht seit Delhi die Ausweitung des Welthandels insbesondere durch die Förderung des Abschlusses von Abkommen über den Absatz der Rohstoffe der Entwicklungsländer.

Näher kommen wir diesem Komplex "Internationale Rohstoffabkommen" dadurch, dass wir von den ursprünglichen, natürlichen Interessen der daran Beteiligten ausgehen. Unterscheiden können wir dabei vier Faktoren:

die Gruppe der Erzeuger, die Gruppe der Verbraucher, die Gruppe der Händler, sowie eine mit diesen dreien operierende Gruppe von Politikern.

So kennt die relativ junge Geschichte des Welthandels zunächst Abkommen, in welchen die Erzeuger sich zusammenschliessen, und den Verbrauchern den Preis diktieren, und es gibt umgekehrt solche Verträge, in denen die Verbraucher in gemeinsamer Front den Erzeugern vorschreiben, über welchem Preis sie nicht mehr gewillt sind, Ware abzunehmen. Im ersten Fall werden Minimumpreise festgelegt, im zweiten Höchstpreise. Im ersten Fall herrscht relativer Warenmangel, die Nachfrage übersteigt das Angebot. Im zweiten Fall besteht Warenüberfluss und das Angebot ist grösser als der Bedarf. Dabei stellen wir zusätzlich noch fest, dass die Erzeuger (früher weit eher denn heute) oft internationale Monopole sind, also nicht direkt die Interessen der erzeugenden Länder vertreten, oft allerdings mit diesen konform gehen.

Dieses relativ einfache und übersehbare Schema wird nunmehr von Anfang an im Interesse Dritter entstellt. Das sind zunächst die Händler und Transporteure. Diese haben ein Interesse, dass Handel auch über die ursprüngliche Notwendigkeit hinaus stattfindet, da sie an einem vermehrten Handel entsprechend mehr verdienen. Ihre Position war und ist auch heute noch so stark, dass wir den Verkehr von Handelsgütern über die Meere feststellen können, die eigentlich niemals diesen Weg zu machen brauchten. Das unlängst erwähnte Beispiel der Weizeneinfuhr in den Senegal ist dafür typisch. Eine Bevölkerung, die seit undenklichen Zeiten ihre Ernährung auf der Hirse aufbaut, wird genötigt, ihr weitaus unbekömmlicheres, oft geradezu ungesundes Weizenbrot zu essen, und die Hirse wird ihrerseits exportiert. Die Getreideflotte der bekannten Firma Dreyfus & Cie. lebt einträglich von solchen Geschäften. Oder: Da wird von den Internationalen Gruppen der Baumwollpreis so manipuliert, dass in Argentinien im Jahre 1968 nur noch 248 000 Hektar mit Baumwolle bepflanzt werden, während es 1960 fast doppelt so viel, nämlich 460 500 Hektar waren. Argentinien wird so auf Wunsch dieser Kreise (deren führende Personen namentlich bekannt sind als Hochgradfreimaurer und Zionisten) vom Baumwollexportland zum Baumwollimportland, wird künstlich in einer seiner wichtigsten Fragen, nämlich der Bekleidung, in Welthandelsabhängigkeit gebracht!

Es bedarf auch keiner weitausholenden Erklärung, dass man nicht mehr von nationaler Unabhängigkeit sprechen kann, wenn der notwendige Teil des Aussenhandels eines Landes auf fremden Schiffen befördert wird. In den Vereinigten Staaten kam es so weit, dass man Johnson, Anfang 1967 hinter verschlossenen Türen ins Gesicht sagen musste, dass die Vernachlässigung der amerikanischen Handelsflotte seitens der Regierung den Eindruck erweckt, dass man die USA bewusst zu einer zweitrangigen Macht stempeln wolle. Bedenkt man, dass die USA im Schiffsbau heute hinter Japan, Grossbritannien und der Sowjetunion an vierter Stelle stehen, und vergleicht man damit den Anteil der USA am Handel über See, so liegt hier tatsächlich eine Entwicklung vor, die Aufmerksamkeit verdient. Wir nehmen dazu die Lage in Argentinien, das bei etwa 1 Million BRT eigenem Schiffsraum jährlich mehr als 300 Millionen Dollar für Frachten an ausländische Reeder zahlt. Dabei liesse sich für den Verlust von 7 Tagen, für 7 Millionen Dollar das modernste Kühlschiff für die Verschiffung seines Rindfleisches bauen. Als man endlich Mitte 1969 an die Ausschreibung von Neubauten ging, wurde auch diese so verzögert, dass genau so wie in den USA der Verdacht offen ("Clarín") ausgesprochen wurde, dass hier Interessen am Werk sind, denen nicht an nationaler Unabhängigkeit gelegen ist.

Denn nicht die "wahre Wahrheit" interessiert, ja, es ist sogar frag-

lich, ob diese überhaupt existiert, wie Le Bon (in seiner "Psychologie des foules") es einmal sagte.(*258) Es interessiert, was die Menschen glauben, oder, wie es der Redakteur der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung", Erich Dombrowski, passend definierte: "In der Politik gilt noch immer der Satz: Die Dinge sind nicht, wie sie sind, sondern wie sie gesehen werden." Nicht also die im luftleeren Raum schwebenden hohen Ideale als solche, sondern ihre praktischen Folgen für die Menschheit wiegen. Es gewinnt, wer versteht, sich ihrer anzunehmen und zu bedienen, um sie für sich nutzbar zu machen, denn auch hier "liegt das Geld auf der Strasse". Die grossen philosophischen und religiösen Bewegungen sind oft genug von Kräften benutzt worden, die das genaue Gegenteil dessen beabsichtigten, was das ursprüngliche Ideal besagte. Händler tünchten den Calvinismus sehr diesseitig, und Luther würde sehr erstaunt sein, würde er sehen, wie seine ausgesprochen judenfeindliche Lehre dazu diente, den Juden einen triumphalen Einzug in die christliche Gesellschaft zu ermöglichen. Was nutzt es Frankreich, so fragte sich schon der grosse Jacques Coeur im XV. Jahrhundert (*259), wenn es die Italiener sind, die nach den mit unserem Blut getränkten Kreuzzügen den Handel bis unter die Küsten Frankreichs betreiben und mit ihren Schiffen die Waren bringen und holen aus den syrischen und ägyptischen Häfen? So, wie damals ein einzelner in typisch französisch-klarem Gedankenflug den Weg erkannte, aus dem das im 100jährigen Krieg zerfetzte Frankreich wieder in eine sonnigere Zukunft marschieren konnte, so, wie damals Welthandel einem Volke wieder Selbstbewusstsein, freies Atmen brachte, so könnte auch heute das Offene Tor in die Welt hinaus zum Heilmittel für die deutsche Volksseele werden, die sich kaum noch frei zu regen wagt. Doch, dann ist solches Weiten der Brust nichts wert, wenn es nicht vom gesundgebliebenen Herzen ausgeht, sondern Raffgier oder Dienstbeflissenheit gegenüber fremden Parolen den Pulsschlag bestimmen.

Aus ganz anderen Motiven haben weiterhin die Kreise, die sich in der UNCTAD heute ihr Stelldichein geben, ein Interesse an Ausweitung des Welthandels, auch dort, wo ein solcher sich aus natürlichen Gründen nicht bilden würde. Das, in diesem Falle politische, Interesse der Genannten ist, eine möglichst weitgehende internationale Abhängigkeit zu schaffen, die Staaten auf Welthandelsmöglichkeiten hinzulenken als Ventil interner Unausgeglichenheiten, um zu verhindern, dass der eigentlich näherliegende, wenn auch oft dornenvollere Weg zu einer möglichst weitgehenden Autarkie beschritten wird. Unabhängige Staaten sind ihnen genau so unerwünscht wie unabhängige Menschen. Das gesamte System der Weltwirtschaft, wie es in UNCTAD, GATT, Europäischem Parlament, EWG, EFTA und allen ähnlichen modernen internationalen Organisationen vorschwebt, ist ein einziger Versuch, die Staaten interdependent zu machen, ihnen ihre Freiheit zu nehmen. Durch alle Verhandlungen auf dieser Ebene geht ein unaufhörliches Tauziehen zwischen berechtigten nationalen Interessen und (von fast niemandem offen genannten) Absichten übernationaler, zumeist deutlich zionistischer oder freimaurerischer Kreise.

Um eine solche Abhängigkeit konstruieren zu können, wird eine forcierte Industrialisierung in dominant landwirtschaftlich ausgerichteten Ländern empfohlen und als Glückszustand die Technisierung des Lebens gepriesen. Dabei gelingt es dann zusätzlich, an gleichzeitig angebotenen Anleihen nochmals an einer solchen in Gang gebrachten "Entwicklung" zu verdienen und die Abhängigkeit noch zu verstärken. Dann setzt als nächster "notwendiger" Schritt die Technisierung oder Reform der Landwirtschaft ein, was gleichbedeutend ist mit einer ernsten Strukturänderung bisher stabiler völkischer Gemeinschaften. Einmal auf diesem Wege, ist kaum noch an eine Umkehr zu denken, da nach erfolgter Initialzündung die Blickrichtung selbst der Betroffenen genügt, um

den eingeschlagenen Holzweg weiter zu verfolgen. Das Interesse an einer Liierung möglichst aller in diesem Verein ist dabei so gross, dass selbst unbesonnene Anträge, wie sie von den sogenannten Afro-Asiaten in den UN gegen Südafrika auf Ausschluss aus der UNCTAD (zB Dez. 1968) vorgebracht wurden, nach einer robusten Warnung der USA, Englands und Frankreichs nicht realisiert wurden.

Aus dieser Kampfsituation heraus werden wir nunmehr verstehen, wie es zu den folgenden derzeit bestehenden Rohstoffabkommen kam. Die Daten ihrer Entstehung zeigen deutlich ein keineswegs unbedeutendes Schlachtfeld unserer Tage an. Niemals vorher haben wir eine derartige Aktivität, derart viele Bemühungen auf diesem Gebiet erlebt. Es mögen der Opiumkrieg gegen China, der Mord der Standard Oil an einem General Busch in Bolivien und der Kupferkrieg gegen Katanga der Vergangenheit angehören, vieles in unserer Welt voll schöner Sprüche ist ohne das Wissen um die volkswirtschaftlichen Möglichkeiten und Notwendigkeiten und ihren Kampf gegen die Einweltler auch heute niemals verständlich.

Der ganz grosse Stolz der UNCTAD ist das Zuckerabkommen. Da hat man es also erreicht, dass eine "Internationale Zuckerorganisation" mit einem "Zuckerrat" als höchster Behörde geschaffen wurde, in welchem Zuckerexporteure und Zuckerimporteure mit gleicher Stimmenzahl vertreten sind. Als Exporteure traten ihm Südafrika, Australien, Barbados, Brasilien, Formosa, Kolumbien, Kuba, Dänemark, Guatemala, Guyana, Honduras, Ungarn, Indonesien, Jamaika, Madagaskar, Mauritius, Mexiko, Nikaragua, Peru, Polen, Dominikanische Republik, Swasiland, Tschechoslowakei, Trinidad-Tobago und Venezuela bei, als Importeure Kanada, Japan, Kenia, Neuseeland, Portugal, Schweden, Grossbritannien und die Sowjetunion. Weder die EWG noch die USA traten jedoch ein. So wird von diesem Abkommen nur knapp die Hälfte der Weltzuckerernte erfasst. Immerhin hat das Abkommen auf diesem sogenannten bisherigen "freien" Weltmarkt (nämlich ausserhalb der Präferenzen, die zwischen traditionellen Handelspartnern bestehen, etwa der EWG und ihren Assoziierten) eine leichte Erhöhung der Zuckerpreise bewirkt. Das war wiederum nicht gerade im Sinne der Verbraucher, doch versucht man diesen einzureden, eine solche Mehrzahlung sei praktisch eine Art der so gnadenvollen Entwicklungshilfe für unterentwickelte Staaten, die sonst auf andere Weise gewährt werden müsste.

Deutlicher noch zeigt das Internationale Weizenabkommen die Grenzen der internationalen Möglichkeiten. Schon bei seiner Geburt im Juli 1968 lagen die Preise an der unteren Grenze als Folge des Ueberangebots. Es kam so weit, dass ein Jahr darauf das Abkommen praktisch mit der Tatsache erlosch, dass sowohl Kanada wie die Vereinigten Staaten unter dem im Abkommen festgelegten Minimalpreis verkauften. Man darf getrost von einem Preiskrieg sprechen, in den das Abkommen ausartete. Die Reaktion eines von dem Zusammenbrechen solcher internationaler Utopien unsanft getroffenen Exporteurs wie Argentinien spiegelt die allgemeine Reaktion auf der Welt. Man macht sich in Buenos Aires keinerlei Illusionen mehr auf eine Herstellung internationaler Brücken. Selbst im benachbarten Brasilien musste man es erleben, dass argentinischer Weizen nicht gekauft wurde, weil er billiger angeboten wurde von den USA und von Frankreich, die sich beide einen Deut um internationale Abmachungen kümmerten. Argentiniens Antwort ist denn auch: 1) Konkurrenzfähiger anbieten durch mannigfaltige Hilfe für die Landwirtschaft auf steuerlichem und kreditärem Gebiet; 2) Erhöhung des internen Verbrauchs und unvorhergesehene Importnotwendigkeiten durch die Dauerhaltung von Lagern vermeiden. Massnahmen also, die eine Verringerung des Aussenhandelsvolumens

bewirken. "Argentinien muss so weit wie möglich aus der unglücklichen Lage eines Exporteurs von Rohstoffen und Importeurs von Industrieprodukten aussteigen."(*260)

Verhältnismässig einfach lagen bisher die Dinge auf dem Weltzinnmarkt. Das Zinnabkommen vom Jahre 1965 spiegelte eine starke Position der Produzentenländer wider. Diese (Bolivien, Kongo/Kinshasa, Indonesien, Malaysia, Nigeria und Thailand) standen bei 90 Prozent der Weltproduktion den Konsumentenländern (Australien, Belgien, Dänemark, Frankreich, Grossbritannien, Indien, Israel, Italien, Japan, Jugoslawien, Kanada, Luxemburg, Mexiko, Niederlande, Oesterreich, Polen, Spanien, Südkorea, Ungarn, Tschechoslowakei und Türkei) mit 50 Prozent des Weltverbrauchs gegenüber. Es war das einzige internationale Rohstoffabkommen, welches ausser der Schaffung von Puffervorräten zum Zwecke der Preisstabilisierung auch Exportkontrollen kannte. Im Laufe dieser Jahre stieg nun aber der Weltkonsum dauernd an, während die Produktion nachliess. Das führte dazu, dass die festgesetzten Höchstpreise trotz Inanspruchnahme der Puffervorräte überschritten wurden. Wir erleben also ein für die Welt der "Unterentwickelten" sehr seltenes Bild, dass sie durch ihre Geschlossenheit einen Rohstoffpreis erreicht, der angemessener ist. Im Juni 1971 läuft dieses Abkommen nun aber ab, und schon beginnt man, die Produzenten mit schönen Phrasen zu bombardieren, um ihre starke Position zu schwächen. Auf der Zinnkonferenz, die in Genf unter den Auspizien der UN im April 1970 stattfand, meinte so der Vorsitzende des Internationalen Zinnrates, der Australier Harold W. Allen, "das neue Zinnabkommen muss in einer auf Wettbewerb eingestellten Welt funktionieren", was nichts anderes heisst, als dass man es gerne sehen würde, wenn die Produzenten sich gegenseitig unterbieten. So weit jedoch diese hart bleiben sollten, hofft man, dass Weltbank und IWF einspringen und die Finanzierung von neuen grösseren Puffervorräten vornehmen. Was man in Bolivien von den nordamerikanischen Machenschaften auf dem Zinnmarkt hält, erwähnten wir bereits an früherer Stelle.

Noch eindeutiger Abkommen unter Produzenten ist das Kakao-Regulierungs-Schema, welches 80 Prozent der Weltkakaoproduktion umfasst und in gewissen Abständen Minimumpreise und Maximalexportquoten der Beteiligten festsetzt.

Lediglich Unterrichtung über gemeinsame Probleme, nicht aber bindende Abkommen sind Gegenstand des Internationalen Gummirats und des Wollrats.

Eine Stabilisierung der Teepreise wurde unter Anleitung der FAO auf einer Tagung von 13 Export- und 8 Importländern in Kampala/Uganda im Januar 1969 versucht. Man kam zunächst nicht über Vorarbeiten hinaus.

Hart im Raum stossen sich auch die Interessen auf dem Gebiet der Pflanzenfette. Angesichts des Ueberangebots im EWG-Raum wurde in Brüssel die Erhebung einer Importgebühr für die Einfuhr von pflanzlichen Fetten erwogen. Das führte sofort zu einem energischen Protest der USA, die ihre Sojabohnen ungehindert absetzen möchten. Um diese Gebühr UN-schmackhafter zu machen, sieht man nunmehr vor, den Erlös daraus nicht etwa zu behalten, sondern ihn den Entwicklungsländern zurückzutransferieren, aus denen jene pflanzlichen Fette kamen.

Erst für die Zukunft wird es wichtig sein, sich ein Bild von den Möglichkeiten auf dem Uranmarkt zu machen, der infolge der zunehmenden Anlage von Atommeilern sich zu bilden beginnt. Man schätzt die Welturanförderung 1969 auf etwa 23 500 Kurztonnen U_3O_8 (1 Kurztonne U_3O_8 = 770 kg Metalluran). Man wird in den 70er Jahren mit einem Weltbedarf von 73 000 bis 106 000 Kurzton-

nen zu rechnen haben. Dem gegenüber steht eine derzeitige Urangewinnung von 13 000 Kurztonnen in den USA, 4 000 in Südafrika, 4 200 in Kanada, 1 400 in Frankreich, 520 im Gabon. Die bisher bekannten Reserven dürften sich auf folgende Mengen belaufen: Vereinigte Staaten 180 000; Südafrika 205 000; Kanada 200 000; Frankreich 45 000; Gabon 4 000; übrige Welt 66 000. Neue Uranfunde können diese Zahlen erheblich ändern.(*261) Eine Stabilisierung der Uranpreise, und vermutlich deren Ansteigen, sind so leicht vorauszusehen.

Einfacher noch liegen diesbezüglich die Verhältnisse auf dem Platinmarkt, der derzeit wohl aus drei Quellen gespeist wird – Kanada, die Sowjetunion und Südafrika, im Verhältnis von 250 000, 200 000 und 700 000 Unzen –, der aber angesichts eines beachtlichen Bedarfsanstiegs seit 1968 mit grösserer Produktion nur in Rustenburg in Südafrika rechnen kann, also von hierher den Preis wird diktieren können.

Kann es auch nicht unsere Aufgabe sein, an dieser Stelle eine vollständige Uebersicht über die Lage am Weltölmarkt zu geben (wir haben vergebens eine solche auf dem Büchermarkt gesucht), so sollen doch einige weitreichende neueste Vorgänge erwähnt werden. Wenn man weiss, dass in den letzten 110 Jahren 30 000 Millionen Tonnen Oel auf der Welt verbraucht wurden, und man dazunimmt, dass die gleiche Menge dem vorhersehbaren Weltverbrauch der nächsten 10 Jahre entspricht, dann versteht man, dass wir den gesamten Weltölmarkt heute unter dem Gesichtspunkt einer bereits sich abzeichnenden Erschöpfung dieser Energiequelle sehen müssen. Man ist nicht mehr unbedingt am Verkauf interessiert, sondern in steigendem Masse an einer haushaltenden Oelpolitik. Das trifft in gleichem Masse für die Vereinigten Staaten wie die Sowjetunion zu, um diejenigen Mächte zu nennen, bei denen die Berechnungen der Ingenieure bereits allen sichtbare machtpolitische Konsequenzen und strategische Schachzüge auslösten. Denn die proarabische Politik der UdSSR ist nur von hierher zu verstehen. Man spricht von dem Nachlassen der Förderkapazität der kaukasischen Felder um ein Drittel in den nächsten Jahren, man spricht von grossen neu entdeckten Feldern im fernen Ostsibirien (interessante Parallele zu den Funden im amerikanischen Alaska), weist jedoch darauf hin, dass das Heranbringen dieses Oels an die Industriekombinate westlich des Urals viel teurer kommt, als selbst der Transport in Tankern vom Persischen Golf um Kapstadt herum ins Schwarze Meer. So sieht man denn von Algier bis zum Irak und Iran russische Prospektoren am Werk. Konzessionen wurden an die Russen vergeben nicht nur in Aegypten, wie wir bereits hörten, sondern auch im Irak (das reiche und politisch umstrittene Gebiet von Nord-Rumailah, welches sich an die Oelfelder von Kuweit anschliesst) und im Iran (wo nicht nur die bisher unberührten persischen Gebiete in der Nachbarschaft von Baku angegangen werden, sondern auch eine kostspielige Gasleitung vom Süden her bis an die russische Grenze gelegt wurde. Wie ja überhaupt der Anteil des Erdgases als Energiequelle bedeutend zugenommen hat. Das Milliardengeschäft der BRD mit der Sowjetunion – Grossröhren gegen Erdgaslieferung – zeigt, dass eine erhebliche Verschiebung auf dem Energiesektor in Europa zugunsten der Sowjetunion erfolgt. Wirtschaftlicher Abhängigkeit aber folgt die politische. So ist es verständlich, wenn Frankreich seine Ausbeute in Algerien, im Gabon und auch ausserhalb der Frank-Zone in Kanada, in Libyen und im Mittleren Osten erhöhte, seine Tankerflotte auf 5 Millionen Tonnen brachte und 21 weitere Tanker, davon sieben mit mehr als 200 000 Tonnen im Bau hat.). An sich hat Westeuropa bekannte eigene Erdgasvorräte, die bei einem Verbrauch in der Höhe des Jahres 1969 für die Dauer von 60 bis 70 Jahren ausreichten. Doch fragt es sich, ob der notwendige Ausbau dieser Reserven dann vorgenommen wird, wenn man grosse Erdgasmengen aus östlichen

Quellen übernimmt.

Gleichzeitig mit den Russen treten ihre Verbündeten auf. Die Tschechoslowakei schliesst einen Oellieferungsvertrag mit Persien ab über 20 Millionen Tonnen, lieferbar in zehn Jahren, und Wirtschaftsgespräche mit dem Irak gehen auf ähnliche Wünsche hinaus. Rumänien und Bulgarien schliessen die ersten Kompensationsverträge mit der National Iranian Oil Company ab. In Antwerpen wird ein Grundstück erworben, um dort eine eigene russische Raffinerie für Rohölimporte zu errichten. In Budapest wird im Dezember 1969 die Legung einer Oelleitung ans Mittelmeer beschlossen, in deren Kosten sich Jugoslawien, Ungarn, die Tschechoslowakei und Polen teilen, um algerisches und ägyptisches und syrisches Oel aufnehmen zu können. Der "Tages-Anzeiger", Zürich (2.12.69) spricht angesichts dieser Einkäufe eines selbst produzierenden Landes von "konservierender Ausbeutungspolitik". Von hierher erklärt sich, wie gerne die UdSSR unter Vorschieben des Palästinakrieges im Nahen Osten Boden gewann, wie ungern aber ein ernster Krieg gegen Israel gesehen würde, der den lebensnotwendigen Oelfluss allzuleicht stören oder gar unterbinden könnte. Erst, wenn die arabischen Länder entdecken, welche Waffe sie in der Tat mit ihrem Oel in der Hand haben, um ihren merkwürdigen Verbündeten beim Generalangriff auf Israel zum Stillhalten zu bringen, will er nicht seine Oelchancen verspielen, erst dann ist eine Lösung der Nahostkrise abzusehen. Wie heikel eine solche aktivierte Haltung der Nahostländer der Sowjetunion werden könnte, ergibt sich auch daraus, dass letztere so weit ging, auf der Hannöverschen Messe 1969 durch den Mund ihres Aussenhandelsministers Patolitschew Wirtschaftsminister Schiller das Angebot einer Verdoppelung des russischen Erdölexports (bisher 4 Millionen Tonnen) nach Westdeutschland und Weiterleitung der Erdgasleitung "Druschba" bis nach Niedersachsen machte, also ihm dieses Opfer zur Erreichung einer gewissen wirtschaftlichen Abhängigkeit der BRD eben dank der konziliaten Haltung der Freunde im Nahen Osten möglich erschien – eine Politik, die ihre Parallele im Ausbau der russischen Oelverkaufsorganisationen in Belgien und sogar in Grossbritannien hat!

Die arabische Oelkonferenz in Kuweit im März 1970 hat dann gezeigt, dass die vorderasiatischen Oelländer dabei sind, die Schwelle reiner Rhetorik zu überschreiten und den lang gehegten Wunsch nach einer einheitlichen arabischen Erdölpolitik in die Tat umzusetzen. Das vorliegende Zahlenmaterial erlaubt ja diesen Staaten heute schon, sich ein klareres Bild von ihrer Bedeutung für die Weltwirtschaft in der nächsten Zukunft zu machen. Hinzu kommt, dass mit dem politischen Wechsel in Libyen die Möglichkeit einer gemeinsamen Front gegeben wurde. Die libysche Revolutionsregierung hat aber nicht nur den ausländischen Gesellschaften "den Kampf angesagt", das heisst, höhere Preise für die laufenden Konzessionen gefordert und bereits eine Ueberwachung der Gesellschaften angeordnet, die auf eine spätere Verstaatlichung derselben schliessen lässt, sondern hat auch überraschenderweise mit Algerien ein Preisabkommen getroffen, welches die EWG (deren Erdöleinfuhren zu 89,9 Prozent aus arabischen und nordafrikanischen Staaten stammen!) vor eine gemeinsame Front stellt. Sa'ud-Arabien und Kuweit haben sofort die libysche Erdölpolitik unterstützt. Ein Abkommen auf Zusammenarbeit wurde so möglich zwischen den Erdölproduzenten Libyen, Irak, VAR und Algerien. Weitere konkrete Vorschläge auf der Konferenz von Kuweit fanden jedoch vorerst nicht allgemeine Zustimmung. Kuweit wollte im Rahmen der gemeinsamen antiwestlichen und antiisraelischen Politik zB einen rigorosen Lieferboykott für die westlichen Abnehmer. Sa'ud-Arabien widersprach dem, da es darin eine Schädigung eigener Interessen sah. Eine weitere Loslösung von den grossen

Oelfirmen aber war ebensowenig durchzusetzen, weil es den arabischen Ländern bislang an genügend eigenen Raffinerien und Transportmitteln fehlt. Die Erstellung einer solchen Infrastruktur erfordert Kapitalien, die nur langsam beschafft werden können. Da man aber im Westen mit Recht befürchtet, dass dennoch der Weg in diese Richtung gehen wird, kommt man liebenswürdigerweise den Habenichtsen mit dem Vorschlag entgegen, doch das bisherige System in ein solches der "Partnerschaft" umzuwandeln. Denn man zieht lieber rechtzeitig die Schuhe an, die die "NZZ" für den weiteren Wüstenmarsch für angebracht hält, wenn sie meint, "auf lange Sicht auf immerwährende arabische Uneinigkeit zu bauen, dürfte wohl kaum ein solides Fundament abgeben".

Zurückkommend auf unser Thema "Rohstoffabkommen", ergibt sich bei dieser Lage im Erdölsektor, dass es also nicht zu weltweiten Abmachungen kommen kann, obwohl manche Erdteile nach wie vor ausschliessliche Domäne der grossen Oelkonzerne geblieben sind. Diese stehen daher auch in dauernden mehr oder weniger losen Verbindungen mit der OPEC, der Verkaufsorganisation der Oel exportierenden Länder des Nahen Ostens.(*262) Gegenseitige Preisbindungen sind das Ergebnis dieser Unterhaltungen. Weit ins Politische aber ragen die Tatsachen, die wir dem "Commerce Department's Report" (Bericht des USA-Wirtschaftsministeriums) für das 1.Quartal 1967 entnehmen: "So, wie bereits in der Vergangenheit zeigte die Sowjetunion so wie die anderen Länder Ost-Europas auch im Berichtsabschnitt grösstes Interesse am Erhalten technischer Unterlagen auf dem Gebiet der Oelraffinerie, der Petrochemie ... usw." Wieder einmal wurde der Ausbau der sowjetischen Stellung von den USA ermöglicht.

Mit grosser Freude wurde von den herrschenden Kreisen die Tatsache aufgenommen, dass der Welthandel im Jahre 1968 eine wertmässige Erhöhung von 11 Prozent erfuhr, und damit doppelt so stark anstieg als 1967. Ins Gewicht fielen bei diesen Zahlen die höheren Importe der USA und der BRD, sowie der etwa 10 %ige Preisanstieg auf dem Kupfermarkt. Der vermehrte Erlös für Kupferexporte war dabei nicht einziger Grund für ein Anwachsen der Exporte aus den Entwicklungsländern um etwa 9 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Die Art, wie diese Zahlen vorgebracht werden, zeigt, wie abstrakt vom Schicksal der Beteiligten man diesen Welthandel als Wesentliches ansieht. Erst in zweiter Linie pflegt man auf die Spannungen in den Zahlungsbilanzen fast aller daran Beteiligten hinzuweisen. Diesem, als sekundäres Phänomen dargestellten Manko ist man, ganz im Interesse der weiteren Ausdehnung des erwünschten, zur vollständigen Interdependenz führenden Welthandels, bereit, mit den gewagtesten Mitteln zu Leibe zu rücken. In einem besonderen Bericht befasst sich daher die UNCTAD mit der Frage, "inwieweit das gegenwärtige internationale Währungssystem der finanziellen Entwicklungshilfe und dem Handel der Entwicklungsländer im Wege steht". Und die Weltbank und der Weltwährungsfonds geben am 9.Juli 1969 (Reutermeldung) bekannt, dass sie ein Hilfsprogramm ausgearbeitet haben zur Preisstabilisierung von Rohprodukten aus Entwicklungsländern, und dass die Schaffung eines Spezialfonds zur Finanzierung von Diversifikationsprojekten (Anbau neuer Produkte, Errichtung neuer Industrien) erwogen werde. "Internationale Stützungsvorräte" sollen geschaffen werden. Das heisst, die ganze Welt soll dafür mitzahlen, die Utopie vom Welthandel zu schaffen. Man meint, es gäbe keine Staatsmänner mehr, die nicht die Unkosten an solcher Beteiligung vergleichen werden mit den Lasten, die ein unabhängiger Weg in die wirtschaftliche Autarkie mit sich bringt. Man meint, die politische Welt bereits genügend gleichgeschaltet zu haben, um sie endgültig über einen Leisten schlagen zu können. Vom nationalen Gesichtspunkt aus tragbar ist doch eine Beteiligung am Welthandel nur dann, "wenn man von

der Erkenntnis ausgeht, dass der Weltmarkt heute vom Gesetz des wirtschaftlichen Liberalismus beherrscht wird. Er steht unter dem Druck eiskalt rechnender Giganten, die im Kleinen jedweder Nationalität nur das Futter zu eigenem Wachstum sehen".(*263)

Ghana hat, um zu dem Ausgangspunkt dieses Kapitels zurückzukehren, 1969 wieder eine Zivilregierung erhalten. Die im NLC (National Liberation Council) vereinigte militärische Führung des Landes hat damit ihre mit dem Sturz Nkrumahs im Februar 1966 eingeleitete Regierung wieder an die Politiker abgegeben, nicht ohne allerdings auch weiterhin in der Form eines Triumvirats (gebildet aus dem bisherigen Vorsitzenden des NLC, General Afrifa, dem Polizeichef Harlley und dem bisherigen Verteidigungsminister General Ocran) die kontrollierende und repräsentierende Funktion des Staatschefs beizubehalten. Die so oktroyierte Demokratie hat allerdings ein etwas seltsames Aussehen. Zunächst einmal ist es nach der neuen Verfassung verboten, Parteien zu bilden, die eine stammesmässige oder religiöse Gruppierung bedeuten. Nicht ein einziger der grossen mohammedanischen Festtage darf öffentlich gefeiert werden (wohl aber die christlichen und sogar heidnische Feste). Um den "nationalen" Charakter einer Partei zu gewährleisten, müssen vielmehr mindestens drei der Gründungsmitglieder aus je einer der Regionen Ghanas stammen, und nicht mehr als sechs von ihnen sollen ein und demselben Stamme angehören. Ausserdem darf eine Partei keine "verwerfliche Ideologie" predigen. So hofft man, das Selbstbestimmungsrecht der Völker sowohl wie die freie Meinungsäusserung zugunsten der Aufrechterhaltung eines Staatsgebildes unterdrücken zu können, welches in den Grenzen der ehemaligen britischen Kolonie und in den Formen des Parlaments von Westminster gerettet werden soll.

In der Praxis ergibt sich denn auch, dass man immer wieder das "Volk von Ghana" dazu aufrufen muss, sich doch in die Wählerlisten einzutragen. Abgesehen von der bekannten Clique von Politikern (die sich auch heute noch gegenseitig ihre schönen Schiebungen unter Nkrumah vorwerfen und als letztes auf den Bestechungsskandal des aus dem NLC deswegen ausgebooteten Generals Ankrah hinweisen) hat man nämlich wenig Interesse, ein solches importiertes Spiel mitzumachen. Ausserdem ist der eine der beiden gewichtigeren Parteiführer, Busia, ein Ashanti, und der andere, Gbedemah, ein Ewe, sodass die allfälligen Wähler mehr von dieser Tatsache angesprochen werden dürften als von den schönen Parteibezeichnungen, der Progress Party, bzw. der National Alliance of Liberals. Das auch dann, wenn Busia als typischer Intellektueller kaum Kontakt mit dem "Volk" hat, und sein Gegenspieler Gbedemah acht schöne Jahre luxuriös mit den geretteten Geldern aus seiner Beteiligung am "afrikanischen Sozialismus" des "Erlösers" Nkrumah in den feinsten Hotels in den USA und in Europa im Exil gelebt hat. Die anderen Stämme, insbesondere die im Raum der Hauptstadt Accra ansässigen Ga, sind parteipolitisch derzeit noch heimatlos.

Wird also die völkische und religiöse Vielfalt Ghanas demokratisch übertüncht, so übergeben die Anstreicher den Politikern auch im übrigen keine leichte Aufgabe. Im Interesse einer möglichst weitgehenden Tilgung der Schulden Nkrumahs ist dem Lande seit Jahren jede wirtschaftliche Expansion versagt geblieben, und eine Schuldenlast, deren jährlicher Zinsendienst allein 50 Millionen Dollar beträgt, zwingt weiterhin zu einem Leben von der Hand in den Mund. Man steht vor der Frage, ob eine neue Regierung nicht einfach die Rückzahlung dieser Schulden ablehnt, oder aber ob ein Ausland, das solche demokratischen Experimente mit so viel Wohlwollen zu betrachten pflegt, nicht ein wenig nachgibt und die Zinsenlast tragbarer macht.

Ein Zeichen von Vernunft ist es, wenn in dieser Lage der neue Regierungschef Dr. Kofi Busia sich für eine Neuregelung der Beziehungen zu Südafrika aussprach. Er wies die Haltung der OEA, keine Kontakte mit Südafrika zu pflegen, entschieden zurück: "Ich glaube nicht, dass man dadurch einen Fortschritt erzielen kann, wenn man sich auf den Standpunkt stellt: Ich spreche nicht mit Ihnen, weil ich anderer Meinung bin als Sie!"(*264) Bezüglich der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Südafrika sei es Aufgabe der Regierung, Beschlüsse zu fassen.

---

*258 - "Il n'est pas nécessaire qu'une "vérité" soit "vraie". Il suffit qu'elle soit crue par quelques milliers ou millions de personnes. Elle devient "vérité" dans l'histoire par ses effets." (Es ist nicht nötig, dass eine "Wahrheit" "wahr" sei. Es genügt, dass sie von einigen Tausenden oder Millionen von Personen geglaubt wird. Dadurch allein wird sie "Wahrheit" in der Geschichte.)

*259 - René Bouvier, "Jacques Coeur, un financier colonial au XVe siècle". Das völlig vergriffene Buch wird meines Wissens jetzt wieder neu aufgelegt werden. Es ist mit seinen vielen Parallelen für uns ein trostreiches Buch von einem tapferen, gläubigen und klugen Guten Franzosen. Denn nicht nur finden wir ja in unseren eigenen Tagen weltum der Beispiele unendlich viele, uns in unserer verzweifelten nationalen Lage zu lehren; gehen wir zurück in der Geschichte, so liegen sie auch dort wie ein solides Basaltsteinpflaster unter unseren Füssen, wohin wir uns auch wenden mögen. Das Abenteuer des Münchhausen, der sich am eigenen Zopfe aus dem Sumpf zog, ist gar nicht so selten! Wer denn wohl sonst hätte die vielen armen Münchhausen gerettet, die wir da immer wieder erleben?

*260 - Cavour in "El Clarín", Buenos Aires, Juli 1969.

*261 - Zahlen aus einem Bericht, der im März 1969 gemeinsam von der Europäischen Agentur für Atomenergie der OECD und der Wiener Internationalen Agentur für Atomenergie herausgegeben wurde.

*262 - Vgl. dazu Hans Bachmann, "The External Relations of Less-developed Countries", S. 253.

*263 - Horst Arnold, S. 216.

*264 - "Afrika-Spiegel", Dezember 1969, S. 17.

*

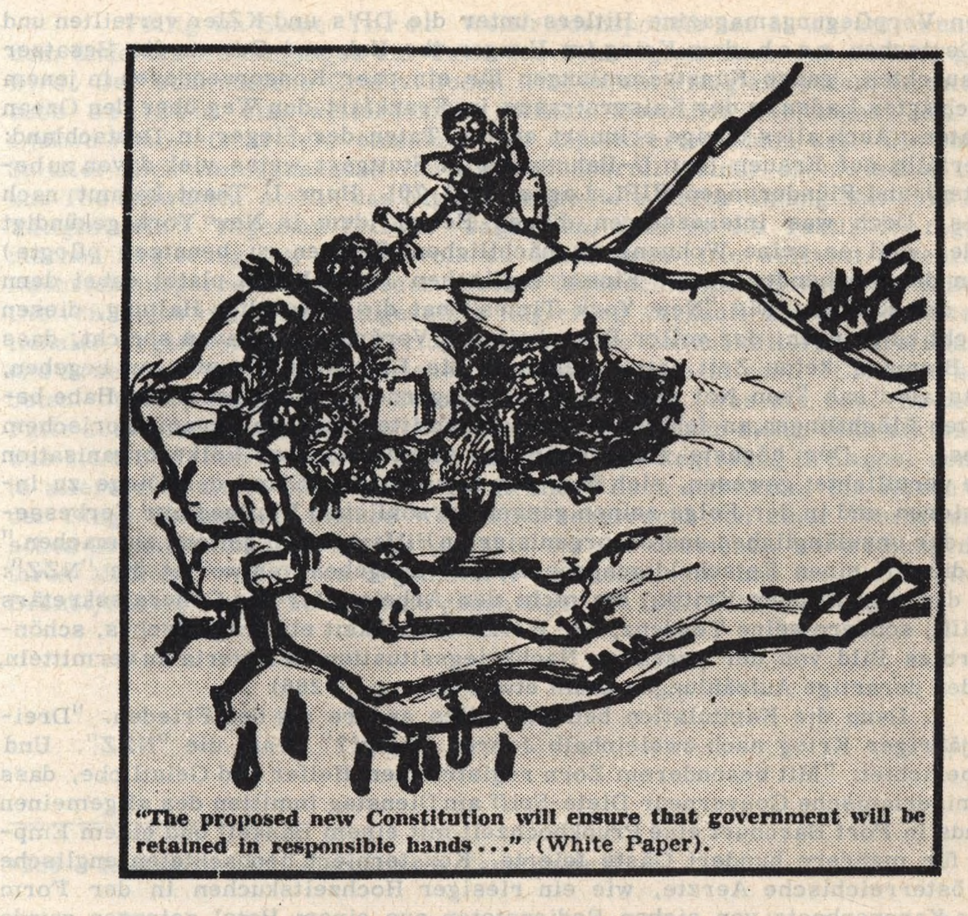
NIGERIA

Zutiefst zuwider war es den Herren unserer Welt, dass ein Volk frei sein wollte. So fanden die Ibos in striktem Einvernehmen auf der Feindseite alle jene, die dem freimaurerischen Konzept vom "Weltfrieden" botmässig sind. Grossbritannien setzte ununterbrochen seine "bar bezahlten" Waffenlieferungen "an das ihm befreundete Mitglied des Commonwealth" fort. Die USA erklärten wiederholt, "dass sie nur die Militärregierung von Lagos als Regierung von Nigeria anerkennen". Deutlich erklärte Nixon, "dass seine Regierung nicht beabsichtigt, vermittelnd in den "Konflikt" einzugreifen". Die Sowjetunion handelte laufend auf Grund eines Militärhilfsabkommens, und an die Stelle jener bundesdeutschen Piloten, die - wie wir bereits berichteten - die nigerianische Luftwaffe für den Bürgerkrieg ausbildeten, traten jetzt solche der DDR mit sowjetischen Mig-Flugzeugen. Als man die Möglichkeit eines internationalen Waffenembargos erwähnt, heisst es, dass ein solches nicht wirksam durchführbar sei. So etwas geht nur bei den langen Küsten Südafrikas. Die schrecklichste Waffe aber aller dieser Erzengel des Weltfriedens ist der Hunger. Ausdrücklich erklärt der Oberkommandierende der nigerianischen Bundesarmee, General Hassan Usman Katsina, am 26. Juni 1969 (AP) die Aushungerung der Biafraner als erlaubte Waffe: "Ich werde nicht jemanden füttern, gegen den ich kämpfe." Tote Negerkinder sind keine Gefahr mehr für den Weltfrieden der Freimaurerei. Die nebenstehende Karikatur aus einer der afrikanischen Zeitungen könnte darauf Bezug nehmen. Sie stammt von einem Priester. Einem jener vielen vielleicht, die dann zusammen mit den Nonnen von den Siegern über Biafra in die Gefängnisse geworfen wurden?

Doch, was macht es dem Weltgewissen, wenn ganze Schulhöfe, Plätze und Strassen besät sind von Kindern, die in den letzten Zügen liegen. Es regt sich erst auf, wenn europäische Erdöltechniker von den Ibos gefangen genommen und zum Tode verurteilt werden. Ojukwu erklärt: "Jene haben sich der Beihilfe zum Völkermord schuldig gemacht. Aber kein Europäer verliert ein Wort über die unschuldig ermordeten Biafraner. Je mehr ich darüber nachdenke, desto zwingender komme ich zu dem Schluss, dass die Biafraner auf Grund ihrer Rasse bekämpft werden. Die Wurzel des Problems liegt in der Tatsache, dass wir Schwarze sind." Derjenige aber, der wegen dieses Todesurteils von den Grossmächten angegriffen wird, ist kein anderer als Herr Mbafeno, der vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag seinerseits in deren Auftrag den dummen Angriff gegen Südwestafrika ritt.

Sicher, es ist die schwarze Hautfarbe, die nicht gelten soll in diesem "Staat" Nigeria. Denn: "Früher, meine Freunde, gab es noch Völker. Heute gibt es nur Staaten. Was ist das? Der Staat ist das kälteste aller kalten Ungeheuer. Kalt lügt es auch, und diese Lüge schleicht aus seinem Mund: Ich der Staat bin das Volk."(*265) Was Wunder, dass sich schwarze Brüder rühren. Senghor und Nyerere besprechen sich im März 1968 in Dakar. Milton Obote fühlt in Sambia vor und erklärt den Krieg als "eine Schande für Afrika". Unter der Führung Houphouet-Boignys fordern sie die von Lagos unterbundene Fortsetzung der Hilfsflüge des Roten Kreuzes, "um Hunderttausende von Kindern vor dem Hungertod zu bewahren". U Thant vermeidet jedoch eine klare Stellungnahme und erwartet, dass die Afrikaner einen Weg zum Frieden finden.

So jedenfalls war die Lage noch Ende 1969. Dann aber kommt die eindeutige Wendung auch der Weltorganisation. Am 7. Januar 1970 spricht ihr Generalsekretär das Todesurteil. Es kann nicht grausamer lauten als die vorherigen gegen Katanga, gegen die Watussis und gegen die Araber auf Sansibar.



Zerquetschte Neger zwischen weissen Haenden.
Das ist die Lage im Sudan und in Biafra.

Vor dem liberianischen Parlament in Monrovia erklärt er (Reuter): "Die Charta der Vereinten Nationen verpflichtet diese, die territoriale Integrität ihrer Mitglieder zu respektieren. Die Weltorganisation wird nicht die Sezession in Nigeria, noch in irgend einem anderen Teil der Welt dulden." Am 13. Januar 1970 kapitulierte Ojukwu. Er spricht von einem "gigantischen Völkermord", dessen sich die Welt schuldig gemacht hat.

Mit dieser Kapitulation war also der Weltfriede gerettet. Nichts war daher wohl selbstverständlicher, als dass jetzt der überlebende Teil des Ibo-Volkes als gerettet angesehen werden durfte. Friede war eingezogen, nicht wahr? Wieder einmal hatte die Moral gesiegt, nicht wahr? Wieder einmal war die Charta der Menschlichkeit in der Lage, sich auszuwirken, nicht wahr?(*265a)

Die Zeitungsüberschriften aber lauten: "Nigeria deportiert Missionare." "Gefängnis für Nonnen." "Ibos jetzt Menschen zweiter Klasse." "Der Hunger fordert weiter Hunderttausende von Opfern." "Nigerianische Kriegsverbrechen." Und man erfährt, dass wohl einige führende Ibos mit Erklärung der Generalamnestie Gowons in das siegreiche Lagos fuhren und dort Anschluss fanden, dass aber die Masse der schwarzen Bevölkerung jetzt erst ihre schwersten Tage erlebte. Es war wie in Deutschland, als die Briten und Amis die

vollen Verpflegungsmagazine Hitlers unter die DP's und KZler verteilten und die Deutschen nach dem Krieg im Hunger ihr Hab und Gut an die Besatzer vertauschten, ganze Kunstsammlungen für ein paar Konservendosen in jenem berüchtigten Laden in der Kaiserstrasse in Frankfurt den Weg über den Ozean antraten. Auch alles übrige erinnert an die Taten der Sieger in Deutschland: Ueberfälle auf Frauen (der U-Bahntunnel in Stuttgart weiss viel davon zu berichten) und Plünderungen (UPI, Lagos, 27.1.70). Herr U Thant kommt nach Lagos. Doch was interessieren diesen Herrn (dem in New York gekündigt wurde, weil er seine Wohnung zu nächtlichen Gelagen zu benutzen pflegte) schon die sterbenden Ibos. Einem englischen Journalisten platzt dabei denn doch der Kragen. Die "New York Times" hat die notwendige Haltung, diesen Bericht zu bringen, der voller Bitterkeit und Verärgerung davon spricht, dass der Birmane keine Zeit hatte, selbst in die Elendsgebiete sich zu begeben, nichts also sah "von Not und Elend, an hungernden, ihrer gesamten Habe beraubten Flüchtlingen,an fehlenden Transportmitteln und an organisatorischem Chaos. ... Der höchste Funktionär der internationalen Völkerorganisation wäre verpflichtet gewesen, sich über den tatsächlichen Stand der Dinge zu informieren und in der Folge seinen ganzen persönlichen Einfluss zur Verbesserung der unzulänglichen und desorganisierten Hilfsaktionen geltend zu machen." Als die UN einen Entschuldigungsbericht herausgeben, antwortet die "NZZ": "An der eigentlichen Kritik, die nicht den Arbeitseifer des Generalsekretärs betrifft, sondern seine Tendenz, der Weltöffentlichkeit ein trügerisches, schöngefärbtes Bild von der prekären Nachkriegssituation in Nigeria zu vermitteln, werden derartige Aufzählungen kaum etwas ändern. (*266)

Denn die Kapitulation bedeutet alles andere als den Frieden. "Dreissigjähriger Krieg nach zweieinhalb Jahren Kampf?" fragt die "NZZ". Und sie berichtet: "Mit besonderem Zorn registrierten Helfer und Geistliche, dass der nigerianische Gouverneur Diete-Spiff am Dienstag inmitten des allgemeinen Elends in Port Harcourt eine Prunkhochzeit mit einem Bankett und einem Empfang für mehrere hundert Gäste feierte. Konsterniert beobachteten englische und österreichische Aerzte, wie ein riesiger Hochzeitskuchen in der Form eines Kanonenboots von sieben Bediensteten aus einem Hotel getragen wurde und die Hochzeitsgäste in einem Rolls-Royce und mehreren Mercedes-Wagen eintrafen." Genau wie in Deutschland 1945.

Das war in Port Harcourt, dem Oelausfuhrhafen. Und man liest die Balken-Ueberschrift englischer Zeitungen: "Das Oel fliesst wieder!" DARAUF war es Herrn Wilson angekommen. DARUM wurden (schön bar bezahlte) Waffen geliefert. Denn der Suezkanal ist geschlossen. Nigeria liegt näher als der Nahe Osten. Nigeria hofft, zum elftgrössten Oellieferanten in kürzester Zeit aufzurücken, stärker als Abu Dhabi und Indonesien. 1975 rechnet man mit einer Förderung von 2 Millionen Fass, das heisst mit einer jährlichen Einnahme von mehr als 1000 Millionen Dollar. Das ist doppelt so viel wie das gegenwärtige Budget.

Dabei hat Nigeria keine Kriegsschulden! Es hat mit dem im Krieg auf halben Touren laufenden Oelexport alles an Waffen bezahlt, was ihm nicht sowieso im Interesse des Weltkirchhoffriedens geschenkt worden war.

Bis dahin, 1975 allerdings wird Biafra wohl kaum finanzielle Unterstützung von der Zentralregierung erwarten dürfen. Hilf dir selbst, so hilft dir Gott, wird auch hier die Parole lauten. Es wird Jahrzehnte dauern, bis dieses fleissige Volk aus Eigenem heraus wieder zu der wirtschaftlich stärksten Provinz Nigerias wird, denn das ist sicher das biologisch einzig mögliche Ergebnis. Die Freimaurerei aber kann stolz darauf sein, wieder einmal ein Stück dieser Erde zur Hölle ausgebaut zu haben.

Völlig im Sinne ihrer Weltfriedenspolitik ist es darum, wenn mit dem Ende des Waffenganges ein Tuch des Schweigens über das Iboland gelegt wird. Der schwedische Graf v. Rosen hebt es ein wenig an, indem er mitteilt, dass seitdem eine weitere halbe Million Menschen verhungert ist, dass Ojukwu heute ein armer, einsamer und deprimierter Mann sei. Obwohl die Spitäler noch von Tausenden von Kindern überfüllt sind, die zwischen Leben und Tod schweben, stellte das Nigerianische Rote Kreuz Anfang Mai 1970 seine Tätigkeit ein! "Nigerian Tribune" sagt offen, dass es die Taktik der nigerianischen Regierung ist, das Ibovolk zu dezimieren. Die weltweit angeordnete Nachrichtensperre fördert dieses neueste Verbrechen auf afrikanischem Boden. Die von Lagos im Iboland eingesetzte Regierung verkauft die ihr von internationalen Organisationen zur Verfügung gestellten Lebensmittel an ihre Beamten und Arbeiter! Der Artikel in jener Yorubazeitung schliesst: "Christen sollen beten: "Vater, vergib ihnen, denn sie wissen nicht, was sie tun." In diesem Falle aber müsste das Gebet wohl lauten: "Vergib ihnen nicht, denn sie wissen, was sie tun"." Das aber trifft nicht nur zu auf die Regierung in Lagos, sondern in allererster Linie auch auf U Thant und Wilson und Nixon, die diesen Gang der Dinge förderten. Unsere Welt wird beherrscht von einer "verbrecherischen Organisation". Es ist die gleiche, die die deutschen Vertreibungen mit ihren Millionen von Toten organisierte und tolerierte und die die Regierung Brandt/Scheel heute rückwirkend genehmigt. ES IST GRAUSIG!

---

*265 – Nietzsche, in "Also sprach Zarathustra".

*265a – "Die Angeklagten von Nürnberg und ihre Führer, die sich dem Gericht durch Selbstmord entzogen hatten, konnten eines nicht verstehen: dass nämlich die Kultur, die über sie triumphiert hatte, ebenfalls und zwar viel uneingeschränkter eine geistige Kultur war, eine ungeheure Bewegung, die von Chicago bis Taschkent die Menschheit einem höheren Schicksal entgegenführen will ... Die Richter von Nürnberg, die Wortführer der siegreichen Kultur, wussten selber nicht, dass dieser Krieg ein geistiger Krieg gewesen war. Sie glaubten nur, dass das Gute den Sieg über das Böse habe davontragen müssen, ohne jedoch die Tiefe des besiegten Bösen und die Höhe des siegreichen Guten zu erkennen ... Dieser Kampf zwischen den Herren der Unterwelt und den kleinen normalen Menschen der Erdoberfläche, zwischen den Mächten der Finsternis und der im Fortschritt begriffenen Menschheit, musste (! D.V.) in Hiroshima durch das leuchtende Zeichen einer Macht beendet werden, die jenseits aller Diskussion stand."(Pauwels, S. 393)

*266 – Es erscheint uns an der Zeit, darauf hinzuweisen, dass die Weltorganisation eine eigene Abteilung besitzt, die sich um gefährdete Kinder kümmern soll. Es ist die UNICEF (United Nations International Children's Emergency Fund). Ihr erster Vorsitzender, der Jude Ludwig Rjachmann, ein polnischer Kommunist, flüchtete aus den USA, als er über seine Beziehungen zu dem Sowjetspion Alger Hiss vernommen werden sollte. Eine ganze Reihe weiterer Funktionäre dieser Behörde sind als aktive Kommunisten bekannt (vgl. "CIS"

X/69). Am bekanntesten ist das Geschäft mit ihren Weihnachtskarten. Ausgerechnet der aktive französische Kommunist Pablo Picasso wurde ausgewählt, solche Karten zu zeichnen. Andere kommunistische Zeichner sind Hans Erni, Ben Shan, Antonio Frasconi, Doris Lee, Arnold Blanch, Karel Svolinsky, Jean Lurcat. Nicht auf einer einzigen dieser Weihnachtskarten findet man christliche Symbole. Die Gelder der UNICEF gingen und gehen in erster Linie an kommunistische Länder (u.a. Albanien, Bulgarien, Rotchina, Tschechoslowakei, Ungarn, Polen, Rumänien, Nordvietnam) und werden den dortigen Behörden zur unkontrollierten weiteren Verwendung übergeben. Im März 1960 erhielt Fidel Castro als erste Hilfe für sein Exekutionsprogramm 170 000 Dollar von der UNICEF, 1964 erhielt er weitere 125 000 in der Form von Lastkraftwagen und Jeeps von der UNICEF. Bis 1969 wurden Lebensmittel und Medikamente für mehr als 51 Millionen an Fidel Castro geliefert. Doch das Husarenstück leistete sich diese Organisation im Missbrauch ihres Namens, indem sie sich von den USA 1961 für "Zwecke der UNICEF" 10 Millionen Dollar Vorschuss geben liess, mit der ausdrücklichen Bemerkung, dass diese Gelder dringend benötigt werden, um den Krieg gegen Katanga fortsetzen zu können. So wurden mit UNICEF-Geldern Hospitäler und Schulen und Zivilpersonen bombardiert. Im Auftrag schwedisch-amerikanischer Kupferproduzenten.

Wie mit dem Gelde geaast wurde, zeigt die Wahl der Unterbringung dieser Organisation an der United Nations Plaza in New York. Man weigerte sich, im 2. Stock zu logieren, sondern forderte von der Konstruktionsfirma Alcoa den 6. Stock, was eine Mietedifferenz von vergleichsweise 100 Millionen Glas Milch alle fünf Jahre ausmacht.

Hauptaufgabe aber der UNICEF ist NICHT die Hilfe, sondern die Absicht, Kinder im frühesten Alter bereits heranzuziehen an die UN, ihnen einen Haufen "vorbereitender Tätigkeit" zu übertragen, um sie so in zukünftige UN-Pläne einspannen zu können. Schulen und Kirchen sollen auf diesem Umweg missbraucht werden für die infernalischen politischen Pläne der UN. Politisches Geschäft mit den hungernden Kindern der Welt, heisst daher die Unterschrift unter einem weiteren Bild dieser so schmutzigen Weltorganisation.

*

LIBERIA

Monrovia sah im Februar 1970 die Sitzungen des Regionalen Ausführenden Rats der Afro Asia Islamic Organisation. Vertreten waren die Länder Nigeria, Liberia, Sierra Leone, Gambia, Ghana, Dahomey, Senegal, Guinea, Tansania, Sambia, Kenia, Uganda, Mali und Mauretanien. Es wurde die "Africa Islamic Solidarity Organisation" unter Syed Alhaji Y.K. Yakubu als Einberufendem gebildet und als Sitz derselben Lagos/Nigeria bestimmt. 1971 soll die erste Konferenz der neuen Organisation dort stattfinden. In Monrovia wurde ausserdem die Gründung eines dort amtierenden Zentralen Koran-Instituts beschlossen. In einem Appell an die Moslemländer in Asien wurde um Hilfe gebeten bei der Uebersetzung des Heiligen Korans in die afrikanischen Sprachen.

Konkret ist jedoch ein anderer Vorgang von weit grösserer Bedeutung für Liberia geworden: das Land ist nämlich ohne viel Aufhebens in der Oeffentlichen Meinung zu einem der grössten Erzexporteure der Welt in diesen Jahren geworden. Es handelt sich um den Abbau der reichen Eisenerzlager der Bong-Hänge, die nur 70 Kilometer von der Küste entfernt liegen. Es konnte eine Erzbahn gebaut werden und seit 1965 erfolgten Erzverschiffungen nach Europa. 1970 wird Strom für diese Anlagen aus der dort errichteten leistungsstärksten Dieselanlage der Welt geliefert werden. Rechtliche Grundlage für die Ausbeutung sind Gesellschaften, die zu 50 Prozent ausländisch sind und zur anderen Hälfte liberianische Regierungsbeteiligung aufweisen. Danach bringt Liberia seine Bodenschätze ein und die Ausländer (etwa deutsche Firmen in der Delimco) das Kapital und das notwendige technische Wissen und Können.

*

KAMERUN

Ein wahres Karussell von internationalen Zusammenkünften erlebte Jaunde in den ersten Wochen des Jahres 1970. Es fing an mit der 10-Jahresfeier der Unabhängigkeit. Mit Küssen wurden die hohen Gäste von Präsident Ahmadou Ahidjo auf der Bühne geehrt und ganz besonders General Mobutu aus dem fernen Kongo mit solchen Liebesbezeugungen überhäuft. Auch U Thant war erschienen, und der Weltkriegshetzer liess auch diese Gelegenheit nicht vorübergehen, für seine Art von Weltfrieden Propaganda zu machen: "Ich beuge mich vor dem Präsidenten dieses Landes als einem der geachtetsten Staatshäupter Afrikas, der sicher alles notwendige unternehmen wird, die letzten Spuren kolonialer Unterdrückung und Apartheid in Afrika auszurotten."

Kaum 10 Tage später, Ende Januar, fand dann am gleichen Ort die sechste Gipfelkonferenz der OCAM statt. Neun Staatschefs und Abordnungen von 15 Mitgliedstaaten waren erschienen. Auch der Generalsekretär der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU), Diallo Telli, war aus Abessinien angereist gekommen.

Am konkretesten allerdings hätte sich dann die dritte Tagung auswirken sollen, nämlich die Zusammenkunft der Zentralafrikanischen Staatsoberhäupter am 12. Februar 1970. Der Kongo-Brazzaville, der Tschad, Gabon und Kamerun waren zugegen, doch Mobutu fehlte. Damit aber zeigte sich ein weiterer tiefer Riss im neuafrikanischen Gebäude. Denn deutlich standen sich die "Franzosen" dem "Amerikaner" gegenüber. Entsprechend nichtssagend war das Schlusskommuniqué, welches von dem gemeinsamen Willen aller sprach, "den Geist gegenseitigen Verständnisses in Zentralafrika wirksam werden zu lassen".

Da die eigenen Mittel Kameruns nicht ausreichen, stellte die European Investment Bank (nicht also etwa ein amerikanisches Institut) die notwendigen Mittel zur Fortsetzung der Transkamerunbahn zur Verfügung. Sie wird eines der wichtigsten Verbindungsmittel im zentralafrikanischen Raum werden.

*

GABON

Die Regierung von Gabon verbot sowohl der Heilsarmee wie den "Zeugen Jehovas" jegliche Tätigkeit, denn sie sieht diese Organisationen bemerkenswerterweise als "Unruhestifter" an.

*

VOLKSREPUBLIK KONGO

heisst seit dem 1.Januar 1970 der bisherige "Kongo-Brazzaville". Hammer und Sichel kamen ins Staatswappen. Grundlage der Aussenpolitik war schon bisher die Abhängigkeit von Peking. Das seit 1968 im Lande herrschende linkssozialistische Einparteiensystem gibt die Musik an, die auf dieser Seite des Kongos gespielt wird. Der starke Mann heisst Oberst Marien Ngouabi. Seine Umgebung wurde seinerzeit von kubanischen Militärfachleuten ausgebildet.

Eine Folge dieser Abhängigkeit und andererseits der Wendung, die die Dinge auf dem anderen Kongoufer nahmen, waren jahrelange ernste Differenzen zwischen den beiden Kongorepubliken. In einer spektakulären Verbrüderungsszene in Anwesenheit der Friedensvermittler aus dem Tschad, Gabon, Kamerun und der Zentralafrikanischen Republik aber trafen sich am 16. Juni 1970 in ihren Jachten die Präsidenten Mobutu und Ngouabi mitten auf dem breiten Kongofluss und besiegelten dort ihre Versöhnung.

*

DEMOKRATISCHE REPUBLIK KONGO

Aus dem Belgischen Kongo ist der Amerikanische Kongo geworden. Und die Amerikaner halten diese Position für so wichtig, dass sie ohne weiteres sogar den Mordbefehl Mobutus an Tschombé ausführen. Es liegt den Amerikanern daran, Herrn Mobutu bei guter Laune zu halten. So willfährt die in solcher Tätigkeit erprobte CIA also mehr als gerne dem Wunsch auf Ermordung jenes Afrikaners, der allzuviel weiss von dem schmutzigen Hintergrund der dortigen Geschehnisse, der selbst immer menschlich und politisch sauber blieb und schon deswegen den übrigen von New York bis Kinshasa eine lebende Gefahr bedeutet. Dass gerade derjenige, der seinerzeit an der zum Tode führenden Misshandlung Lumumbas seinen Anteil hatte, diesem jetzt ein 172 Meter hohes Denkmal errichten will, zeigt nur den ethischen Sumpf, auf dem im Kongo gebaut wird.(*267) Nachdem Mobutu vier seiner einstigen Gegner öffentlich erhängen liess, nahm ihm die grösste Sorge jetzt der amerikanische Freund

ab. Die Charta der Menschenrechte galt nicht gegenüber dem Gefangenen Boumediennes, Interpol untersuchte nicht, wie es möglich war, ihn dorthin zu entführen, obwohl die Presse genügend einwandfrei belastendes Material gegen die Täter brachte und diese bei Namen nannte, (*268) und die grossen Zeitungen begnügten sich damit, von seinem "Herzschlag" in Anführungsstrichen zu sprechen. Alles im Interesse des "Weltfriedens".

Die Uebernahme des belgischen Erbes durch die Amerikaner geschah nicht immer im Licht der Oeffentlichkeit. Schon im März 1967 berichtet "WO", dass der Mann, der die Reden John Kennedys zu schreiben pflegte, Ted Sorensen, sich in den Kongo mit Rückendeckung der CIA begeben hätte, um 40 Prozent der einstigen Union Minière für eine britisch-amerikanische Firma unter dem Titel "Rhodesian Selection Trust" zu übernehmen. Doch dieses Riesengeschäft schlägt fehl. Der Kongo einigt sich direkt mit der Union Minière und entschädigt diese für die Beschlagnahme ihrer Vermögenswerte, gewährt ihr sogar weiterhin für 25 Jahre die Kommerzialisierung der von der neuen staatlichen Gecomin erzeugten Roh- und Halbfabrikate. Als Gegenleistung wird Belgien Neuinvestierungen im Kongo vornehmen, insbesondere die Transkongobahn von Kinshasa nach Katanga bauen. Doch es folgen sich die Meldungen amerikanischer Investitionen auf allen Gebieten. Im Januar 1970 erfährt man von einem 1,2 Millionen Dollar-Kredit der US-Aid. Als Gegenleistung können nordamerikanische landwirtschaftliche Produkte künftighin frei in den Kongo eingeführt werden. Nordamerikanische Spezialisten beraten seitdem die kongolesische Landwirtschaft. Im Februar 1970 bespricht sich Staatssekretär Rogers mit Mobutu, und dieser erreicht die Zusicherung weiterer Hilfe für den Ausbau des Strassennetzes und des Flussverkehrs in dem Riesenreich. Die Bedeutung Kinshasas für die USA wird noch dadurch unterstrichen, dass sich ausgerechnet in dieser Stadt die in Schwarzafrika akkreditierten amerikanischen Diplomaten zu einer Sitzung mit Rogers Mitte Februar 1970 treffen. Mit der amerikanischen Militärhilfe im Rücken fühlte sich Mobutu sogar so stark, freche Töne an das andere Kongoufer zu richten. Brazzaville hielt es für angebracht, die Truppen zu mobilisieren (November 1969). Der Besuch des Weltfriedensfürsten Rogers glättete aber dann die Wogen wieder so, dass es 1970 zu der bereits erwähnten Versöhnung kommen konnte.

Das Korrelat zu solcher Amerikanisierung lässt natürlich nicht auf sich warten. Blutige Studentenunruhen mit einer Bilanz von 12 Toten, das Verbot der Wochenzeitschrift "Christliches Afrika", die auf das Elend der Massen im Gegensatz zu dem Prunk der Politiker hinwies, kongolesische Rauschgifthändler in Brüssel, zeigen, dass der Fortschritt aus New York auch hier nur Blechmusik an die Stelle der weithallenden Urwaldtrommeln setzen kann. Am 20. Oktober 1970 erlangen die Amerikaner die Lizenz zur Ausbeutung der Kupferminen Katangas ...

---

*267 – Es kann darum nur Erstaunen erregen, wenn man in wahrheitsliebenden Zeitungen liest, Lumumba wäre "an Katanga ausgeliefert und dort unter nie ganz geklärten Umständen ermordet worden". Er wurde unaufgefordert im Flugzeug dorthin von Kasawubu, dem Freunde Mobutus, verbracht und starb kurz nach dem Eintreffen an den Folgen der schweren Misshandlung, die er in Leopoldville/Kinshasa erfahren hatte. Tschombé hatte überhaupt nichts mit dieser Körperverletzung mit tödlichem Ausgang zu tun.

Wo man nur hinsieht, stossen wir heute auf Geschichtsfälschungen. Mit einer weiteren Fälschung unserer Gegenwart räumt da zB General Emile Janssens, der Befehlshaber der Force Publique 1960 im Kongo, in einem Aufsatz auf, den wir in "Découvertes" Mai 1970 finden. 1955 schon veröffentlichte danach ein Herr Van Bilsen, Professor an der Kolonialschule in Antwerpen, einen "Plan für die Unabhängigkeit des Kongo", und schon seit 1954 politisiert der Kolonialminister Buisseret systematisch den Kongo, belastet ihn mit europäischen Gewerkschaftsproblemen und anderen importierten Zwistigkeiten. Das folgende Kabinett Eyskens erscheint schon ohne Kolonialminister (1958!) und ernennt dann in Van Hemelryck einen Minister für den Kongo, der nach der Meuterei vom Januar 1959 in Leopoldville die "Befreiung des kongolesischen Volkes" verspricht. Deutlicher können die Tatsachen nicht beweisen, dass die schrecklichen Ereignisse nach 1960 von einer kleinen Clique bewusst herbeigeführt worden sind. Eine amtliche Untersuchungskommission musste denn auch feststellen: "Der Hauptgrund für die Vorkommnisse (im Kongo) ist die Politik, die Belgien im Kongo verfolgte." Doch das Ergebnis dieser Untersuchung wurde niemals veröffentlicht und Freimaurer Paul-Henri Spaak verbietet die Veröffentlichung in seiner Eigenschaft als Aussenminister ausdrücklich in einem Schreiben an den Rechtsanwalt und früheren Premierminister Pholien. Europäer, Geschichtsfälscher beherrschen unsere Regierungen!

*268 – Ausser den an anderer Stelle bereits genannten ausführlichen Berichten erfährt man jetzt, dass der hauptsächlichste Sicherheitsbeamte Tschombés im entscheidenden Moment von Madrid nach London durch den Telephonanruf eines CIA-Agenten gerufen worden war und so nicht bei dem Entführungsflug anwesend sein konnte.

Vgl. Jacques Burloin, "Tschombé abandonné", Brüssel 1969.

*

EKUATORIAL-GUINEA

Wir rufen uns ins Gedächtnis zurück, dass Spanien diesen Kolonien die Unabhängigkeit entgegen dem Urteil aller verantwortungsbewussten Schwarzen wie Weissen in jenen Gebieten gab – zu dem einzigen Zweck, auf diese Weise vor den UN Unterstützung für seine Gibraltaransprüche zu finden. Wir wissen heute, dass in Aequatorial-Guinea das Chaos einzog und dass Spanien mit einer weiteren Schwenkung hin ins liberale Lager weiter denn je von einer Wiedereingliederung Gibraltars entfernt ist. Der Teufel selbst hat auch hier das christliche Abendland geleitet.

Im Oktober 1968 wurde die Unabhängigkeit gewährt. Zum Präsidenten des zweigeteilten Landes wurde Francisco Macias gewählt. Er brachte es sehr schnell zu den für Afrika schon klassischen Zerwürfnissen mit den konstruktiven Elementen. Von 7 000 im Lande lebenden Spaniern wurden fluchtartig 6 000 von der Iberia auf dem Luftwege evakuiert. U Thant verkündete,

stolz über dieses Ergebnis, am 1. April 1969, dass Spanien nun auch sein letztes kleines militärisches Detachement zusammen mit den letzten "ausreisewilligen" Spaniern abgezogen habe. Am 6. April 1969 kam es ebenso pünktlich zum ersten Staatsstreich in dem armen Land. Der bisherige Aussenminister, Atanasio N'Dongo, sprengte die Rundfunkstation von Bata in die Luft, konnte aber nicht den Präsidenten selbst erwischen und stürzte sich darum schnell aus einem Fenster, bevor man ihn irgendwo aufknüpfte. So endete auch hier die Mission des Abendlandes und begann die Hölle.

*

AETHIOPIEN

Das moderne Aethiopien hat sein Gesicht von Hailé Selasie empfangen, dem es weitschauend gelang, seinen Staat derart in das Brettspiel der Grossen einzubauen, dass er heute eine darin nicht unwichtige Aufgabe mit der Verfolgung nationaler Wünsche vereinen kann. Die USA verfügen damit über ein starkes Réduit am Osthorn Afrikas, und es bleibt dem Negus gerne überlassen, in Widerspruch zu seiner eigenen völkischen Unterdrückungspolitik in mehr als der Hälfte des Staatsgebietes, die Rolle eines Hüters völkischer Freiheiten zu spielen, wenn es sich um Angriffe gegen Portugal, Rhodesien oder Südafrika handelt. Während ein Heer von 200 israelischen Offizieren die Ausbildung der äthiopischen Besatzungsarmee für Eritrea und eines militärischen Geheimdienstes für den Südsudan in die Hände nimmt, verkündet der Negus im Februar 1970 aus Anlass des Staatsbesuches Titos, "dass man gemeinsam den Befreiungsbewegungen in Südafrika im Kampf gegen die rassistischen und kolonialistischen Regierungen volle Unterstützung gewähren will. Mit Bedauern wird festgestellt, dass der Prozess der Entkolonialisierung zum Stillstand gekommen ist, und dass der Kolonialismus und die Rassendiskriminierung eine Gefahr für den Weltfrieden bilden." Damit wird jenes ominöse Wort WELTFRIEDEN beschworen, welches nach der Tagung von Barranquilla zum Ziel der Weltfreimaurerei erhoben wurde. Was dort noch Vorwurf, wird hier harte Wirklichkeit, in sehr zweckdienlicher Beleuchtung. Auch die Ermordung eines Studenten im Universitätsgebäude in Addis Abeba im Dezember 1969 und die folgenden schweren Unruhen von Studenten der Lumumba-Universität in Moskau gegen die dortige abessinische Botschaft passten schlecht zu dem beschworenen Weltfriedenskonzept. Der Amharenherrscher musste es sich so gefallen lassen, dass sich die ost- und zentralafrikanischen Staaten 1969 nicht wie üblich am Sitz ihrer Organisation in Addis Abeba, sondern in Lusaka versammelten. Verstärkter Freiheitskampf wurde beschlossen und Geld und Waffen dafür in Tansania bereitgestellt. Einen Schritt weiter in Richtung einer wirklichen Befriedung der eigenen unruhigen Grenzen kommt man nur mit Kenia. Hailé Selasie und Kenyatta unterzeichnen im Juni 1970 in Mombassa ein Abkommen über den Verlauf ihrer Grenzlinie.

Doch auch ein Hailé Selasie muss ans Ende denken. Das aber mag leicht der Anfang von unstabilen Verhältnissen sein. Darum bemüht sich der

nordamerikanische Freund, rechtzeitig den Nachfolger vorzustellen. Im "National Geographic Magazine" vom August 1969 blickt man daher auf S. 213 in den Konferenzsaal der internationalen Organisation für Heuschreckenbekämpfung, und der Text unter dem Bild weist darauf hin, dass das Gemälde dort an der Wand in vollem Ornat "den einzigen lebenden Sohn des Kaisers Hailé Selasie I., Merid Azmatch Asfa-Wossen Hailé Selasie" darstelle.

*

KENIA

Kenia ist überhaupt kein Staat. Es ist ein Versuch, genau so wie alle die anderen Experimente, die mit ihrer Blutspur durch die neue afrikanische Geschichte ziehen. Die Ermordung des dem Stamm der Luo angehörenden Ministers für Wirtschaftsplanung, Tom Mboye, am 5. Juli 1969 liess das nur weiteren Kreisen klar werden. Denn "man konnte in den letzten Wochen zu der fundamentalen Erkenntnis gelangen, dass in Kenia das Stammeszugehörigkeitsgefühl noch immer viel stärker ist als die Loyalität dem Staat gegenüber". (*269) Mehr und mehr polarisierten sich die beiden Hauptstämme der Kikuyu und der Luo in den beiden ursprünglich nicht nach Stammesunterschieden aufgestellten Parteien der KANU Kenyattas und der KPU Oginga Odingas. Schon gleich nach dem Begräbnis des von einem Kikuyu ermordeten Tom Mboye wurden Steine auf den Wagen des Staatspräsidenten geworfen. Als dieser dann nach einem Triumphzug durch sein eigenes Stammesgebiet mit einer Wagenschlange weiterfuhr nach Westkenia kam es dort aus Anlass der Einweihung eines von den Russen auf Odingas Bitten hin errichteten Hospitals zu einem recht afrikanischen Zusammenstoss, den der "Afrika-Spiegel" wie folgt schildert: "Beim Erscheinen Odingas riefen seine Freunde "Dume" (= Stier), den Schlachtruf der Luos, Kenyatta aber schrie ihm zu: "Wir werden Euch zu Mehl zermahlen. Jedermann, der unseren Fortschritt hindert, wird zerdrückt wie eine Heuschrecke. Odinga, sag' nicht später, ich hätte Dich nicht öffentlich gewarnt !" Als Kenyattas Auto sich nach dieser Ansprache in Bewegung setzte, warfen Zuschauer Steine auf den an der Spitze fahrenden Wagen. Daraufhin feuerte die Polizei unverzüglich in die Masse, wobei neun Personen getötet und 70 zum Teil schwer verwundet wurden. Zwei Tage später verhaftete die Polizei Odinga und die meisten KPU-Führer von Rang, einschliesslich der acht Parlamentsmitglieder der Partei. Am nächsten Tage wurde die KPU verboten, weil sie versucht hätte, "die verfassungsmässig gewählte Regierung der Republik Kenia zu stürzen", und weil sie "Subsidien von ausländischen Gesandtschaften erhalte". Ist also offensichtlich die Ermordung Tom Mboyes Anlass zu tiefen Zerwürfnissen im Stammesgefüge Kenias, so stellt sich von selbst die Frage nach dem Hintergrund für diesen politischen Mord. Mboye war wohl Luo, doch stellte er immer die Loyalität zu Kenyatta über diese Tatsache, kandidierte niemals im Luo-Gebiet, sondern in Nairobi, war darüber hinaus betont pro-westlich eingestellt, wo er in Oxford sich auch seine Ausbildung geholt hatte, und war vor allem eben die einzige fähige Persönlichkeit, die

- ähnlich einem Tschombé im Kongo - in der Lage gewesen wäre, eine gesamtkenische Politik auf ausbalancierter Grundlage auch nach dem Ausscheiden des alten Kenyatta zu gewährleisten. Alles das im scharfen Gegensatz zu seinem Stammesbruder Odinga, der bewusst den Luo herauskehrte und sich in seiner Politik auf die kommunistischen Länder stützte. Mboye klagte schon 1967 die Sowjetunion an, den Somali-Guerrillakämpfern im Norden Waffen zu liefern (Die Somali zogen sich aus den Gebieten der Bantu zurück, als die Engländer ihre Herrschaft in die Hände der schwarzen Afrikaner legten.), und identifizierte sich in seiner ganzen politischen Laufbahn niemals mit dem Tribalismus. Der Mörder aber war ein in Bulgarien militärisch ausgebildeter Kommunist, Angehöriger des Stammes der Kikuyu. So liegt die Vermutung auf der Hand, dass Moskau mit diesem Mord die Lunte ans ostafrikanische Pulverfass legte. Denn wer kann heute noch an die Verwirklichung so schöner Worte glauben, wie sie Kenyatta am 1. Juni 1963 aus Anlass der Unabhängigkeit sprach?: "Wir werden einen Staat errichten, in welchem jeder Bürger voll seine Talente entwickeln kann, begrenzt lediglich von dem höheren Ziel der Konstruktion einer gerechten Gesellschaft ... Wir werden dafür Sorge tragen, dass kein Mitglied irgendeiner Volksgruppe Diskrimination oder Unterdrückung erleide."(*270)

Die Asiaten in Kenia wurden inzwischen bereits recht deutlich eines besseren belehrt. Sie hatten nach Erklärung der Unabhängigkeit zwei Jahre Zeit, die Staatsangehörigkeit des neuen Staates anzunehmen, doch zogen die meisten von ihnen vor, weiterhin mit britischem Pass zu leben. Als dann aber im Februar 1968 die britische Regierung eine Einwanderungsquote von (immerhin noch) 1500 Commonwealthangehörigen pro Jahr festsetzte und Ausnahmen nur für den Fall einer Ausweisung mit bezahlter Reise bis nach London vorsah, da wurde man unruhig, weil andererseits sich die Kündigungsbriefe der Regierung von Nairobi häuften. Ende 1968 erhielten mehr als 700 indische kleine Läden im Landesinnern die Mitteilung, dass ihnen die Geschäftslizenz entzogen worden sei. Das trifft 15 000 Asiaten, die sich nun nach neuer Lebensmöglichkeit umsehen müssen, Menschen, die ihren Beruf seit unübersehbaren Generationen aus Glaubensgründen entsprechend ihrer Kaste im Handel sahen.(*271) Zudem Menschen, die in ihrer versierten Geschäftigkeit niemals von Afrikanern ersetzt werden können.

Doch blind gegenüber diesen Vorgängen krallt sich auch in Kenia das internationale Kapital mehr und mehr fest. Ansatzpunkt für die Investierung bilden die in wirtschaftlichen Schlüsselstellungen lebenden, dem Lande verbliebenen wohl 45 000 Weissen. Verarbeitungsindustrien für die landwirtschaftlichen Produkte (Kaffee, Tee, Zucker, Baumaterialien, Papier, Bier, Zigaretten) sind entstanden, sodass heute Nairobi zum Handels- und Finanzzentrum Ostafrikas geworden ist. Doch der Kapitalzufluss brachte auch hier ein Zahlungsbilanzdeficit von 1967 etwa 100 Millionen Dollar mit sich. Selbst der Tourismus, der 1968 bereits 18 Prozent aller Exporteinnahmen einbrachte, konnte hier mit seinen jährlich etwa 150 000 Besuchern keine Aenderung schaffen. Im Gegenteil, es besteht Gefahr, dass dieser Tourismus eines baldigen Tages verebbt, weil kapitalstarke aus dem Westen gelenkte wohlorganisierte Banden von Wildfrevlern die Reservate bedrohen. Kaum ein Tag vergeht, an welchem nicht von Feuergefechten mit jenen Gangstern berichtet wird. Für diese und vor allem für die Hintermänner, die irgendwo in Europa oder den USA als geachtete Grosskaufleute sitzen, ist es ein grosses Geschäft, denn solange die Wohlfahrtsgesellschaft den Protz mit dem Zebramantel noch besonders ehrt, können die Aktien dieser Gesellen nur steigen.

So lebt das Land auf vulkanischem Boden. Kenyatta musste im Sep-

tember 1969 bei einer Versammlung im Uhuru-Park in Nairobi seine Parteigenossen öffentlich warnen, "nach den Wahlen nicht einfach das Land aufzuteilen, wie dieses jetzt gefordert wird. Man darf nicht übersehen, dass viele Afrikaner auf den Farmen der Weissen ein gutes Einkommen erhalten." Erneut spukt die von ihm seinerzeit im Mau-Mau-Aufstand geforderte Agrar-Reform, obwohl Hunderte von weissen Farmen nach dem Abzug ihrer Eigentümer inzwischen in ihrem verfallenen Zustand eine eigentlich recht deutliche Lehre darstellen sollten.

---

*269 - "Afrika-Spiegel", Dezember 1969, S.18.

*270 - Wiedergegeben von João Alves Das Neves in seinem Aufstaz "Vitoria sangrenta para Kenyatta" in "O Estado de Sao Paulo", 16.11.69.

*271 - Vgl. Yash Tandon, Makerere-College, Kampala: "Portrait of a Minority".

*

UGANDA

"So, wie die meisten anderen afrikanischen Staaten, die durch die Willkür des kolonialen "scramble-for Africa" entstanden sind, hat auch Uganda einen langen Weg vor sich, ehe sich auch nur Ansätze einer nationalen Einheit oder gar eines Nationalgefühls bilden können."(*272) Im September 1967 zur Republik erklärt, hat Milton Obote dennoch nicht die Rolle eines Diktators spielen können. An der Macht hält er sich seit der blutigen Strafexpedition gegen die Baganda nur dank seines besonderen taktischen Geschicks. Den Streitkräften gönnt er den Ausbau einer Luftwaffe, obwohl darüber hinaus ein starkes Heer in den nördlichen Grenzgebieten gegenüber dem Sudan mehr als angebracht wäre. Die Grenzzwischenfälle sind dort an der Tagesordnung. Immer wieder dringen nordsudanesische Militäreinheiten in das Gebiet Ugandas ein, überfallen die Dörfer und schleppen gar gefangene Neger mit. Die Sowjetrussen sind es, die die Anlage wenigstens eines Militärflugplatzes im grenznahen Bibia ermöglichten. Doch immer wieder dringen sudanesische Soldaten ins Land ein, "um sich in den dortigen Läden Zigaretten und Bier zu kaufen, wobei sie mit der Waffe bezahlen und im Wege stehende Dorfbewohner einfach niederknallen", wie Verteidigungsminister Onama bei Einweihung dieses Flugplatzes mitteilte. Mehr als 100 000 Flüchtlinge dürften schon vom Sudan her nach Uganda gekommen sein, doch weder in Kampala, noch in den anderen Nachbarstaaten des Sudans spricht man laut von diesen Dingen, denn sie gelten als

"interne Angelegenheiten" des Sudans. "Für die OAU ist die Rebellion im Sudan überhaupt nicht existent ... Und da es ein internes Problem ist, zählen auch Menschenverluste nicht, die im Falle des Sudans auf über eine halbe Million geschätzt werden."(*273) Bemerkenswert ist, dass Uganda für sein Heer israelische Instruktoren anwarb. Erinnern wir, wie vor hundert Jahren es in Südamerika Mode war, die Preussen um Ausbilder zu bitten, und wie heute Israelis als Ausbilder von Singapur bis ins Herz Afrikas zu finden sind, so erfassen wir einen weiteren nicht unbedeutenden Teil der heutigen Realität.

Obwohl Milton Obote seinerzeit deutlich Stellung nahm gegen Tschombé und bei sich die linksextremen Elemente des Kongo aufnahm, obwohl er engen Kontakt mit Ländern des Ostblocks hat, vermeidet er dennoch eine allzu prononcierte Stellungnahme im Ost-West-Konflikt, sodass man meinen könnte, er nähme eine neutrale Haltung ein. Von seiner Umgebung kann man dieses jedoch kaum sagen. Diese begrüsst jede Aeusserung Obotes, wonach "sich das Land bald weiter nach links bewegen werde".

Wasser auf solche Mühlen war es, als die in Kampala erscheinende Zeitschrift "Transition" Aenderungen im Justizwesen in Richtung einer Afrikanisierung forderte, als dann die Autoren jenes Leserbriefes festgenommen wurden und daraufhin die USA-Universität von Syracuse um korrekte Behandlung der Angegriffenen bat. Denn Obote verfügte sofort die Einstellung der Beziehungen zwischen der Universität von Kampala und jener nordamerikanischen, da diese sich "eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Landes erlaubt hat". Wir bemühten uns darum, Exemplare dieser Zeitschrift zu bekommen, erhielten jedoch Antwort nicht aus Kampala, sondern aus Paris, von einem Herrn David I. Goldstein im Namen einer "International Association for Cultural Freedom". Wir müssen ehrlich zugeben, dass wir daraufhin den Eindruck haben, dass hinter "Transition" nicht nur autochthone Kreise Ugandas oder auch nur Schwarz-Afrikas stehen.

Der Papstbesuch dann in Kampala diente mehr dem allgemeinen Image des Präsidenten als konkreten politischen Plänen. Die Katholiken spielen im parlamentarischen System Ugandas keine Rolle.

Dieses Symposium der katholischen Bischöfe Afrikas in Kampala unter dem Präsidium des Papstes und andererseits die "Konferenz der Afrikanischen Kirchen" in Abidjan, das heisst der protestantischen und anglikanischen Kirchen unter Hinzuziehung des katholischen Erzbischofs von Ghana, markieren die Hochgedanken eines Kontinents, der im übrigen mit mehr als 5 000 Schismen seit 1860 sowohl seine innere Unruhe wie seinen tausendfachen Versuch einer "Kulturumbildung" (Frobenius) belegt.

Die ganze schöpferische Zuversicht eines erwachenden Kontinents, aber auch das Ringen mit der Not eines sich wandelnden Lebens sprechen aus diesen Tatsachen. "Weniger die Ablehnung der ausländischen Missionsgesellschaften, als der Versuch, ein wahrhaft afrikanisches Christentum zu formen" (*274) steht hinter dieser fruchtbaren Entwicklung. Die meisten Abtrennungen erlebten die Gebiete reformierter und anglikanischer Missionstätigkeit. Die katholische Kirche kennt zwei Spaltungen in Afrika, die der Katholiken des Heiligen Herzens in Sambia, 1955, und die der Legion Marias, 1963, mit Anhängern unter den Luos in Kenia (etwa 90 000 Mitglieder). Vielerorts sind Frauen die ersten Adepten dieser neuen, unabhängigen Kirchen, denen man Vielweiberei untersagte oder die Taufe eines unehelichen Kindes. Typisch ist dieses für die Deimatistenkirche von Lalou in der Elfenbeinküste und die Kirche der Lumpa unter Alice Lenshina in Sambia, die sich 1954 bildete und 100 000 Gläubige zählt. Es bedarf bei diesen Kirchen keiner lärmenden Propaganda, um die Gebetsmühlen in Gang zu halten. Sie verzeichnen auch ohnehin von Jahr zu

Jahr neuen und beträchtlichen Zuwachs. Von 1965 bis 1970 stieg die Zahl ihrer Anhänger von sieben auf neun Millionen. Denn hier fühlen sie sich "zu Hause" "bei ihresgleichen". Die unabhängigen Kirchen fördern – bewusst oder unbewusst – die Entwicklung der afrikanischen Persönlichkeit, formen spezifisch afrikanische Kultformen, Tänze, Gesänge, dunkle Kultworte usw. und bauen oft auf auf den Bruderschaften der Stämme in ihrer Gemeinschaftshilfe, Gastfreundschaft und Nächstenliebe. Alle diese Kirchen sind ausgesprochen praktisch aktiv in der Armenhilfe. Nur in Ausnahmen kann man von niedrigeren Motiven der Kirchengründung sprechen, von persönlichen Rivalitäten oder politisch-gesellschaftlichen Ambitionen. Im Kongo-Kinshasa allerdings nahmen diese Vorgänge einen Umfang an, der die Regierung zwang, kirchlichen Neugründungen die Rechtspersönlichkeit zu verweigern.

---

*272 – "NZZ", Bericht von Le, Kampala, Ende Juni 1969.

*273 – "NZZ", Bericht von Le, Kampala, 17. Juni 1969.

*274 – Nach Auffassung des "Service Oecuménique de Presse et d'Information", März 1970.

*

TANSANIA

Praktisch ist heute Sansibar eine Kolonie von Rotchina geworden. Das ist die Auffassung des heute in England im Exil lebenden Verfassers des Buches "The Agony of Zanzibar", Ahmed Kharusi. Er belegt seine Behauptung unter anderem mit den Worten des Präsidenten Karumé: "Ich sagte im vorigen Jahr (1968), dass wir in den nächsten fünfzig Jahren keine Wahlen in Sansibar haben werden. Ich wiederhole das heute, und Sie können ruhig noch zehn Jahre dranhängen und von sechzig Jahren sprechen." Denn, fügte Scheich Karumé hinzu, "Wahlen sind nur Prozeduren im Dienste der Imperialisten und haben darum keine Berechtigung mehr für Sansibar". Die weiteren Zustände ergeben sich aus einem im April 1969 veröffentlichten Gesetz, wonach der Diebstahl von Gewürznelken in Zukunft mit dem Tode bestraft wird. Bekanntlich sind diese ja der Hauptexportartikel des Landes und wurden, wie alles andere in Produktion und Export verstaatlicht.

Auf dem festländischen Teil dieses Staates geht es aus pragmatischen Gründen nicht ganz so wild zu, zumindest noch nicht. Der folgende Fall zeigt, dass man noch mit dem Loslassen der Bestie etwas bremst: Drei Män-

ner wurden zum Tode durch den Strang verurteilt, weil sie im November 1967 den deutschen Pflanzer Klaus Kaufmann bei Tanga mit Steinen und Speeren ermordeten. Sie hatten an der Strasse eine Falle gestellt und erklärten den ersten Europäer, der hineinfahren würde, zum "Vampir". Der genannte Deutsche fuhr mit seiner 22jährigen Frau und ihrem acht Jahre alten Sohn auf der Rückkehr von der Entenjagd hinein, und die Dorfbewohner gröhlten: "Mörder! Mörder!" Der Mann, der aus dem Wagen sprang, wurde getötet, während die Frau mit dem Sohn und einem Polizisten in dem Auto entfliehen konnte. Letzterer versteckte Frau und Kind im Busch und ging zur Falle zurück, wo auch er dann ermordet wurde. DAS IST SCHWARZAFRIKA ohne europäische Ordnungsorgane!

Die Tünche, die drübergemalt wurde, erscheint in den Zeitungen. Da wird zum Beispiel in Arusha eine neue Konvention der Assoziierung Ostafrikas in die EWG unterzeichnet. In Uebereinstimmung mit dem Assoziierungsvertrag von Jaunde wird der Vertrag bis 1975 laufen. Er gestattet den Ostafrikanern die zollfreie Lieferung nichtlandwirtschaftlicher Erzeugnisse und Freikontingente für Kaffee, Büchsenananas und Gewürznelken, während die Einfuhrzölle Ostafrikas für Importe aus der EWG etwa um ein Sechstel der bisherigen Belastung gesenkt werden. Die westdeutsche Hilfe für Wohnungsbauten in Dar es-Salam musste völlig neu aufgebaut werden, da die Neger nicht einmal das einfachste Personal zum Bau der Häuser stellen konnten, dessen Bauelemente und Einrichtungsgegenstände sowieso ebenfalls aus Westdeutschland herbeigeschafft werden mussten. Wohl im Angesicht dieser Bemühungen erinnerten sich die schwarzen Vertreter der Bauabteilung der Regierung von Tansania dann an die Möglichkeit, das in Hamburg von verrückt-spielenden "Studenten" von der Universität entfernte Wissmanndenkmal (vgl. R 331) erneut wieder in Dar es-Salam aufzustellen, "da Wissmann in Ostafrika als Musterbeispiel für eine unbestechliche, saubere Kolonialverwaltung gilt, die unter seiner Aera in keinem Augenblick die Rechte der Schwarzen missachtete". Als die Rüpel in Hamburg das Denkmal stürzten, weigerte sich die Zeitung "Die Welt", eine kurze sachliche Lebensgeschichte Wissmanns zu bringen.

Doch nicht nur Westeuropa bemüht sich um das ehemalige Deutsch-Ost. Italiener schürfen an der Küste nach Petroleum, Russen und Rumänen machen geologische Untersuchungen zur Erschliessung der Bodenschätze des Landes und deren zukünftiger Industrialisierung. Diamanten beutet die internationale De Beers-Firma aus, während ein Halbedelstein unter der Bezeichnung "Tanzanit" von der New-Yorker Firma Tiffany aufgekauft und mit entsprechendem Gewinn (für die New-Yorker) an den Mann gebracht wird. Der Besuch Nyereres in Moskau schloss mit dem Versprechen verstärkter Zusammenarbeit im Rahmen des anlaufenden Fünfjahresplanes ab (Oktober 1969). Die Chinesen arbeiten eifrigst an der Eisenbahn nach Sambia, während die Italiener das Geld für die Herstellung einer Petroleumlinie von Dar es-Salam nach Sambia gaben, denn die Briten liegen nur vor Beira, um das Ausladen von Oel für Rhodesien zu verhindern. Sambia kann bekommen, was es will. Auch, wenn die Zustände dort so sind, dass die schöne Oelleitung bereits im Dezember 1969 390 Kilometer von der Grenze auf tansanischem Gebiet gesprengt wurde.

Es ist nicht ganz ausgeschlossen, dass der Sprengstoff aus der in Dar es-Salam befindlichen Versorgungszentrale der Neger für die Guerrilla-Organisationen im Geordneten Teil Afrikas stammt. Denn alle Mitglieder der Organisation für Afrikanische Einheit haben sich verpflichtet, dieser Zentrale Geldmittel zur Verfügung zu stellen, damit diese dafür dann Waffen und andere Kampfmittel einkaufen kann. Das Waffengeschäft blüht daher via Dar es-Salam. (*275)

In die ganz grosse Politik aber stossen die Chinesen nicht nur mit dem Bau der strategisch wichtigen Bahn nach Lusaka vor, sondern auch mit dem Ausbau einer Flottenbasis in der Friedensbucht. Woran die Deutschen niemals dachten, wird von der friedfertigen Regierung Nyereres ausgeführt. Den Russen als kommende stärkste Seemacht im Indischen Ozean dürfte dieser Vorgang nicht gerade sympathisch sein.

Ideologische Gesetze walten aber nicht nur nach aussen, sondern auch nach innen. Der Christ und Kommunistenfreund Nyerere ist daher kein Freund der Mohammedaner, und in Fortsetzung der islamfeindlichen Vorgänge auf Sansibar lässt er gegen deren religiöse Einrichtungen vorgehen. Die Konferenz der Aussenminister der Moslemstaaten im März 1970 hatte sich daher mit diesen Vorgängen zu befassen.

"In wessen Namen wurde nicht im Laufe der Geschichte schon gemordet" klagt Salcia Landmann, um dann aber festzustellen, dass derartige Ausschläge des Pendels nicht zur Leugnung der Tatsachen führen dürfen. Sicher, so wie heute im Namen der Menschlichkeit gemordet wird, wurde früher im Namen des Kreuzes und des Halbmonds gemordet, gequält und gefoltert. Ein auf einer Säule liegendes Rad, das auf einem Spiess aufgesteckt war, der oben aus dem Rade herausragte, darauf wurden die angeblichen Hexen gelegt – aufgespiesst, angebunden und das Rad mit dem aufgespiessten Menschen um den Spiess gedreht. In Qualen und Schmerzensirrsinn nannten die Gepeinigten dann oft Namen von Angehörigen und Personen, die gleich ihnen keinerlei Vergehen begangen hatten, nur damit sie der Qual enthoben wurden und früher sterben konnten. So wurden aus einem Fall dann viele Hexenprozesse. Und wenn einer dennoch hart blieb, dann hiess es nur, der Teufel sei stark in ihm, und man quälte ihn noch schlimmer.(*276) Es war in unserer Welt immer das gleiche: wenn Geltungssucht und Machtgier sich mit schönen Phrasen schmückten, wurde die Ausübung der Macht besonders grausam und unmenschlich. Selten wurde gequält und gemordet ohne Anrufung hoher Ideale, wenn nicht gar des Höchsten selbst. Standen solche schönen Embleme nicht zur Verfügung, verlief alles viel menschlicher. Das ist die eindeutige Lehre der Geschichte bis hin in unsere Tage. Die Macht mit solchen Mordmitteln ausstatten ist also eines der kapitalsten Verbrechen. Der Macht ein Handeln im Namen von Christus, Mohammed, Buddha, Menschlichkeit, Demokratie, Brüderlichkeit zu ermöglichen, ist die Ursache der meisten Unmenschlichkeiten und Grausamkeiten im politischen Kampf, sowohl einzelner wie der Völker. Denn auch das ist ja die Lehre unseres Jahrhunderts: Da meinte man, mit der Abschaffung der Religionen die Welt zu vermenschlichen, weil man im Namen der Religionen gemordet hatte. Und man sieht, dass jetzt im Namen der Ideologien gemordet wird, und wie! Kreuzzüge im Namen der Menschlichkeit werden gestartet. Und ganze Städte unter Bombenteppiche gelegt, auf lebende Fackeln noch von RAF-Flugzeugen aus geschossen. Nein, die Ideologien sind wahrlich niemals besseres politisches Handwerkszeug als es die dazu missbrauchten Religionen waren. Nehmt den Politikern das Recht, im Namen der Menschlichkeit zu handeln, Sanktionen zu verhängen, Völker in den Hungertod zu jagen. Entkleidet die Machtgier der Herren dieser Welt von ihren Phrasen und sie sind gezwungen, ihre grausamen Pläne aufzustecken. Darum ist es notwendig, den Mordfeldzug der UN in Katanga, das Verbrechen in Biafra und die vielen vielen anderen Verbrechen seit dem Mord in Sarajewo als solche klarzustellen und laut zu sagen, dass die Hintermänner alle jenen schönen Worte, die in der Erklärung der Menschenrechte ertönen, MISSBRAUCHEN, ja, diese notwendig haben, um überhaupt so unmenschlich vorgehen zu können. Darum aber auch bereitet sich überall dort ein gleiches grosses Verbrechen vor, wo man beginnt, mit derartigen Fahnen

zu marschieren, sei es gegen Griechenland, gegen Portugal oder gegen Rhodesien. Sei es von Strassburg oder vom "Haus des Friedens" aus, was Dar es-Salam auf Deutsch bedeutet.(*277)

Es ist schwer, in einer solchen Welt dem Wunsch der Menschheit nach g e r e c h t e n Verhältnissen Rechnung zu tragen. Tansania versucht es zB mit der Verstaatlichung des Handels, das heisst des Imports, Exports und des Grosshandels. Vorhandene Warenbestände sind zu liquidieren. Bisherige Angestellte jener Firmen können als Beamte in die staatliche Trading Corporation aufgenommen werden. Ist es aber "gerecht", Menschen ihre Unabhängigkeit zu nehmen? Gibt es Gerechtigkeit ohne Freiheit?

---

*275 - Ueber den Umfang dieses Waffengeschäfts unterrichtet das Buch von George Thayer, "The War Business", New York 1969. Wir finden hier auch Angaben über die Waffenlieferungen an die anderen subversiven Gruppen in Afrika.

*276 - Dem Buch von Albert Wegner, "Menschentum und Allgemeinwohl" entnommen. Das Buch musste bezeichnenderweise im Selbstverlag erscheinen, da es mit der genehmigten Norm vom "Weltfrieden" nicht übereinstimmt. Schon die dadurch zum Ausdruck kommende geistige Unfreiheit in unserer "freien" Welt ist eine der Voraussetzungen für die von uns überall entdeckten grossen Verbrechen.

*277 - Vgl. dazu das ganz hervorragende Buch von Montgomery Belgion, "The Worship of Quantity", Verlag Johnson, London 1969.

*

RUANDA

(Rwanda) durchqueren noch heute nur Lehmpfade, auf denen die barfüssigen Eingeborenen wandern. Politische Gründe hinderten bisher den Ausbau eines modernen Strassennetzes, denn mit Asphaltbahnen an die Landesgrenzen ist dem Auslande auch ein leichteres Eindringen ins Land möglich. So fragt man sich in Kigali, welche Strassen empfehlenswert sind und welche besser nicht angelegt werden. Derartige Ueberlegungen schützen das Land vor dem Eindringen des "Fortschritts" mit seinen überwiegend negativen Seiten. Es gibt auch noch kein Telephon im Lande und kaum Elektrizität. Schon aber melden sich europäische "Experten" und fordern die Zusammenlegung der bisherigen Einzelhöfe zu Dorfsiedlungen, um auch dieses Volk aus seinen gesunden Bindungen

an den Boden zu lösen. Mit der Trafipro hat sich eine erste Genossenschaft gebildet, um den Export von Kaffee und Tee besser zu organisieren, doch besteht auch auf diesem Gebiet die Gefahr, dass ausländische Interessen sich liebevoll der Bauern Ruandas annehmen.

*

BURUNDI

hätte in diesen zwei Jahren kaum erneute Erwähnung gefunden, wenn nicht einige Störenfriede mit einer ruhigen Entwicklung unzufrieden gewesen wären. So schwärzten sie den belgischen Botschafter an, seine Hand bei einigen Unruhen im Spiele gehabt zu haben (nicht schwer erratbar, welche andere Macht dahinterstand). Herr Henniqueau wurde zur persona non grata erklärt, konnte aber postwendend wieder zurückgeholt werden, da die Regierung den (heute seltenen) Mut hatte, öffentlich zu erklären, dass "sie das Opfer unverantwortlicher Kreise bei dieser Brunnenvergiftung" gewesen sei. Geschehen im Oktober 1969.

*

MALAWI

Hastings Kamuzu Banda treibt die Entwicklung seines stark bevölkerten Landes weiterhin in erster Linie mit Unterstützung seiner Nachbarn voran. Im Mai 1970 konnte er bei sich den südafrikanischen Ministerpräsidenten Vorster begrüssen. Enge wirtschaftliche Kontakte bestehen mit der portugiesischen Provinz Mozambique und mit Rhodesien. Im Juli 1970 konnte Banda einen neuen Radiosender einweihen, der ihn in die Lage versetzt, "den Lügen Sambias und Tansanias entgegenzutreten und die Wahrheit auch im Ausland zu verbreiten".

*

SAMBIA

Sambia konnte sich alle seine extravaganten Ausfälle gegen Rhodesien nur erlauben, weil es Geld genug hatte, und dieses dank seiner Kupferminen. Kupfer ist mit 95 Prozent an den Exporten beteiligt und mit 60 Prozent an allen Steuereinnahmen des Landes. Im August 1969 ordnete nun der im Dezember 1968 wiedergewählte Präsident Kenneth Kaunda die Verstaatlichung der Kupferindustrie an, und gefährdet damit nicht nur die bisherige rassistische antiweisse Rhodesienpolitik, sondern auch alle weiteren grossen Pläne. Denn diese Kupferindustrie ist nicht nur kapitalmässig ein Werk der Weissen, son-

dern wird im wesentlichen in den Bergwerken, im sogenannten Copperbelt, von 5 000 weissen Fachleuten gemeistert. Sambia befiehlt jetzt diesen Weissen, dass sie keinerlei Streikrecht mehr haben, dass sie bei stark erhöhten Steuern auf weitere Lohnerhöhungen zu verzichten haben. Welche Reaktionen man bösen Gewissens bei Verkündung dieser Massnahmen erwartete, spricht Kaunda selbst aus, indem er im Augenblick der Verkündung der Verstaatlichung alle seine Politiker auf die Dörfer schickte, damit diese nicht zu antieuropäischen Unruhen aufhetzen, und durch Truppen die strategischen Punkte des Bergwerkgebiets besetzen liess. Der für diese Region verantwortliche Minister Dingiswayo Banda erliess eine Warnung: die Weissen könnten die einheimische Bevölkerung herausfordern, in den Bergwerken ein Chaos anrichten und die Sambier dazu verleiten, Europäer tätlich anzugreifen, damit die ganze Welt sich dann über sie lustig machen könnte.(*278) Bekanntlich sind ja gerade in den Bergbaubezirken die Verhältnisse so, wie sie sich aus dem verschiedenen Intelligenzgrad von Weiss und Schwarz ergeben müssen. Man bezeichnet das als "bemerkbaren Einfluss Südafrikas und der Kolonialzeit. Neulinge aus Grossbritannien pflegen sehr bald dieselbe Haltung gegenüber den Afrikanern einzunehmen wie die Mehrheit der anderen Weissen."(*279) Es ist also mit einem Abzug von weissen Fachkräften zu rechnen. Ein Nachwuchs aber aus schwarzen Sambiern kann nicht von heute auf morgen, wenn überhaupt je, erstellt werden. Das Bergbaustudium dauert sechs Jahre. Ihm schliessen sich zehn bis fünfzehn Jahre Erfahrung an. Da die meisten Weissen mit zwei- bis dreijährigen Verträgen arbeiten, ist anzunehmen, dass diese nach Ablauf der Verträge anderweitig Arbeit suchen werden.

In Voraussicht dieser Probleme bemüht sich Sambia um eine Ausfächerung der zu vergebenden neuen Schürfrechte in dem noch lange nicht voll ausgeloteten Kupfergebiet. An erster Stelle stehen dabei die Japaner im Rennen. Neben ihnen die Südafrikaner, sowie mit Abstand Nordamerikaner und Kanadier. Vor allem aber hat Sambia russische Fachleute unter Führung des russischen stellvertretenden Ministers für die Nichteisenmetallindustrie, Wladimir Kostin, kommen lassen, und entsandte sechs leitende Ingenieure aus dem Copperbelt nach Russland, um die dortigen Minenbetriebe und Verarbeitungsmethoden zu studieren. Kaunda will also den drohenden Zusammenbruch der Kupferproduktion mit russischer Hilfe aufzufangen versuchen. Begleitet werden diese Massnahmen mit Verlautbarungen der sambischen Botschaften in London und Washington, "wonach Sambia gewisse Massnahmen getroffen hat, um dem Weltdruck entgegenzuwirken. Die wirkliche Schlacht um die Unabhängigkeit Sambias wird in den Dörfern und Städten Sambias geschlagen werden." (*280)

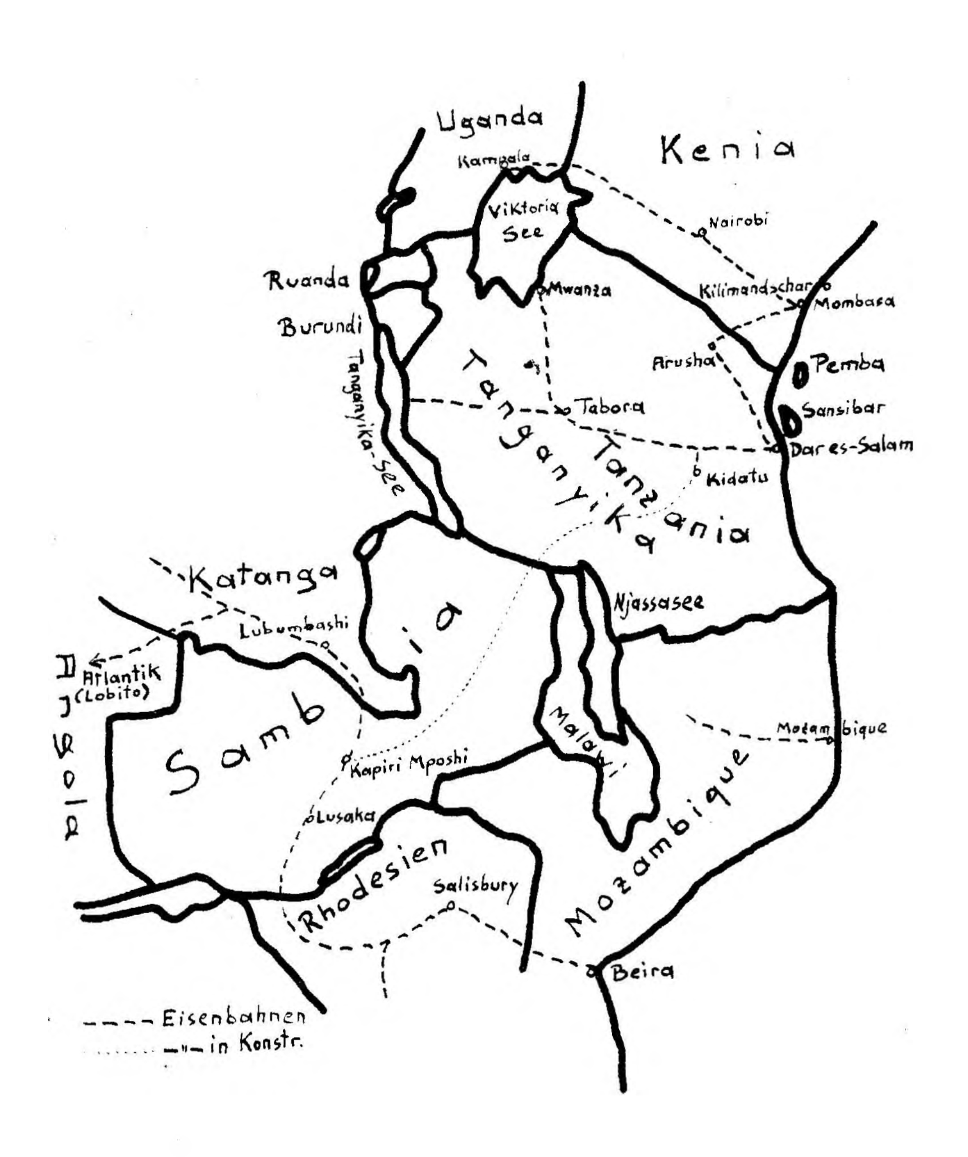
Wie aber ist es mit dieser "Schlacht" bestellt? Zweifellos kommt Kaunda mit Plänen auf den Tisch, die in langer Sicht ein unabhängiges Sambia schaffen könnten. Millionen von Hektar fruchtbaren Landes liegen ungenutzt, ein Drittel der Nahrungsmittel müssen daher eingeführt werden. Der weitaus grösste Teil der Bevölkerung lebt in seinen Stammesgebieten in heute deutlich gefühlter Armut, in elenden Behausungen, nährt sich von Heuschrecken und Ratten, und kann weder lesen noch schreiben. Demgegenüber lebt eine Clique von gerissenen Parteipolitikern in der Hauptstadt Lusaka mit Luxusautos, Whisky Parties, Schwimmbassins und Frauen wie einst Gott in Frankreich. Völlig vergebens erteilt Kaunda diesen Herren den Befehl, auf die Dörfer zu gehen und dort zu wirken. Die einzige grosse Aufgabe, die dieses Land wirklich hätte, nämlich sich in derartiger innerer Mission eine Identität zu schaffen, wird gerade von der verkommenen Kaste der Politiker abgelehnt. Niemand von ihnen ist bereit, eine Aufgabe zu übernehmen oder gar ein auch noch so

kleines persönliches Opfer zu bringen. Ihre Aufgaben sehen sie darin, im Rahmen eines luxuriösen Lebens auf den fleissigen und ordentlichen Nachbarn in Salisbury zu schimpfen und Krieg gegen Rhodesien zu fordern. Vizepräsident Simon Kapwepwe war einer der grössten Schreier. Im August 1969 trat er zurück, da Kaunda für das Image seines Landes fürchtete.

Denn die Wellen des Rassenhasses waren wieder einmal recht hoch gegangen. Ein Neger in der Rolle eines sambischen Offiziers hatte zwei portugiesische Soldaten (*281) an der Grenze plaudernd auf sambisches Gebiet geleitet. Die Portugiesen hatten ihre Waffen zurückgelassen. Einmal auf der anderen Seite der Grenze, waren sie festgenommen worden und hatten vor einem "Gericht" zugegeben, die Grenze verletzt zu haben. Der Fall ging jedoch weiter bis vors Oberste Gericht, und der dortige Richter Evans sprach die beiden frei, nachdem er den Tatbestand geklärt hatte. Nun hatte Kaunda bereits vorher den Fall periodistisch in bekannter Manier ausgeschlachtet, und in aller Welt war bereitwilligst von "portugiesischer Grenzverletzung" geredet worden, und andererseits war Evans, wie die Mehrzahl aller Richter in Sambia, Weisser. So annullierte Kaunda kurzerhand den Spruch seines Obersten Gerichts und erklärte die Angelegenheit als "politisch", damit er mit einer Notverordnung einschreiten konnte. (Die Demokratie hat niemals anders gehandelt.) Es kam zu Ausschreitungen im ganzen Lande gegen die Gerichtsgebäude und gegen die Richter. Der - ebenfalls weisse - Präsident des Obersten Gerichts, dessen Behörde ebenfalls von Jugendlichen überfallen worden war, beschwerte sich, Kaunda verurteilte dann diese Vorgänge, doch der Präsident, ein Herr Skinner, trat zurück mit den Worten: "Das Vertrauen in die richterliche Gewalt ist heute eine empfindliche Blume in Afrika." Dinge geschehen also, wie sie von diesen Burschen den europäischen Ordnungsstaaten in Afrika vorgeworfen werden. Die "Revue der Internationalen Juristenkommission" (Dezember 1969) macht darum einen Bauchtanz mit folgenden köstlichen Verrenkungen: "Es ist eine Tatsache, dass man nicht mit gleichem Mass die rassistischen und kolonialistischen Regime einerseits und die unabhängigen afrikanischen Länder andererseits messen kann. Die Grundregeln (aber) der Herrschaft des Rechts müssen in gleicher Weise angewandt werden, seien sie weiss oder farbig, im Osten wie im Westen."

Das Verhalten der Politiker Sambias sticht deutlich ab von dem der Chinesen im Lande. Diese schliessen sich in eigenen Arbeitsstädten der Eisenbahntrasse entlang völlig von der übrigen Bevölkerung ab und leben ausschliesslich ihrer Aufgabe. Morgens machen sie, wie ein jeder auch in China selbst, ihre gymnastischen Uebungen, dann studieren sie die Lehren Maos, und dann gehen sie an die Arbeit. Auf diese konzentrieren sie alles. Man wird erinnert an eine Erzählung aus Moskau (aus "Saturday Evening Post", 1959, Artikel von Harrison E. Salisbury). Ein mit staatlichem Stipendium dort studierender Chinese sparte sich Geld vom Essen ab, um sich einen Photoapparat kaufen zu können. Als das bekannt wurde, kam der Junge vor ein Kameradengericht: "Du hast deinem Körper und deinem Gehirn die notwendigen Kalorien entzogen, die zur höchsten Ausnutzung des Studiums notwendig sind. Oder, wenn du sie etwa nicht brauchtest, dann hast du das Geld dem Staat zurückzugeben." Der Student verkaufte den Apparat wieder und gab das Geld zurück unter der Beteuerung, in Zukunft mit Geist und Körper voll dem Staat zu dienen, der sich ihm gegenüber so verständig gezeigt habe. Es bedarf keiner ausdrücklichen Betonung, dass diese Apartheid der Chinesen in Afrika weit mehr noch angebracht ist als im sozialistischen Moskau.

Die erwähnte Verstaatlichung der Kupferindustrie folgte den vorhergehenden "Mulungushi-Reformen" Kaundas, nämlich den Anordnungen auf



TANSANIA UND SAMBIA, die Unruhestifter in Ostafrika.

Verstaatlichung von 25 Firmen (Transportunternehmen, Brauereien, Ladengeschäfte mit Filialen, Hersteller und Lieferanten von Baumaterialien), die der Staatspräsident in einem Flecken im Busch mit Namen Mulungushi verkündet hatte. Allgemein wurde dabei allen ausländischen Firmen der Transfer von Geldern ins Ausland sehr eingeschränkt und andererseits den Banken untersagt, ausländischen Firmen Darlehen zu gewähren. Eine ganze Reihe von Ausländern, insbesondere Inder, wurden dadurch gezwungen, ihre Geschäfte (etwa 850 Fälle) zu schliessen. Die Organisation des Staates, die diese Firmen übernahm, die sogenannte INDECO, bemühte sich nur mit gewissem Erfolg darum, die leitenden Personen in den Firmen zum Bleiben in neuer Abhängigkeit zu bewegen.

Es ist der gleiche Unterschied zwischen Wunsch und Wirklichkeit, den wir erlebten, als Sambia und das so kluge London meinten, den Wahnsinn der Sanktionen gegen Rhodesien in ihrer nachteiligen Wirkung für die Urheber durch vermehrten Tabakanbau in Sambia ausgleichen zu können. Man unterschrieb 1966 Lieferabkommen über Mengen, die dann niemals auch nur entfernt geerntet werden konnten. Ja, anstatt dass der Anbau zunahm, ging er von Jahr zu Jahr weiter zurück. Trotzdem liess sich die BRD natürlich nicht nehmen, auch hier (in Gestalt des Staatssekretärs Lahr, Januar 1969) aufzutauchen, um die Möglichkeit neokolonialer Geschäfte zu überprüfen. Die sauberen Geschäfte mit Rhodesien hatte man ja einseitig gekündigt.

So wenig aber wie es eine Volksgemeinschaft zwischen den Politikern und dem Volk in Sambia gibt, ebenso wenig gibt es überhaupt ein einheitliches Volk. Wir wiesen bereits früher ausführlich auf die bestehenden Stammesunterschiede hin (R 341). Die von Kaunda gewünschte Dezentralisation arbeitet diesen nun naturgemäss in die Hände. Immerhin zählt man 73 verschiedene Stämme, deren Stammesbereiche mehrfach über die künstlichen Grenzen des Landes hinausreichen und allen Beteiligten vernünftiger erscheinen als die vor den UN geltenden Landesgrenzen. Man hat auch hier die Lehre von Biafra vernommen und weiss, dass die Freiheit der Völker nur durch Zerreissen der Zwangsjacke der derzeitigen internationalen Ordnung errungen werden kann. Doch kann man ebenso sicher sein, dass Erziehungsrichtlinien, die ausmünden in einer Zerstörung der Autorität der Stammesführer und der natürlichen Ordnung im Lande, niemals zur Bildung einer starken Nation sondern immer nur zur Formung eines schönen Spielballs für die Herren der Welt dienen. Das Netz einer schönen Infrastruktur, einschliesslich der von den Chinesen gebauten Eisenbahn bis zum fernen Dar es-Salam wird nur oberflächliche Berichterstatter darüber hinwegtäuschen können, dass auf diese Weise nicht die Identität, der Charakter, die wirkliche Stärke eines Landes geschaffen, sondern vielfach eher in ihrer Ausbildung verzögert werden.

---

*278 – "NZZ", August 1969.

*279 – "NZZ", Bericht aus Lusaka vom August 1969.

*280 – AP, 12. August 1969, aus Lusaka.

*281 – So sagt die "Revue der Internationalen Juristenkommission", Dezember 1969, S. 29, während die "NZZ" von "rhodesischen Soldaten" spricht.

*

RHODESIEN

Da Englands Regierung nicht der Vernunft Raum gab, sondern weiterhin unter der Fahne utopischer Ideologien die Interessen der Einweltler vertrat, schritt Rhodesien endlich, nach langem, jahrzehntelangem Zuwarten (vgl. dazu R 338 ff.) zu Wahlen, in welchen dann mit 82 Prozent der Stimmen die Republikanische Staatsform angenommen wurde und mit 70 Prozent die neue Verfassung des Landes. Diese sieht ab sofort ein Parlament vor mit 50 Abgeordneten, die durch die weisse und asiatische Bevölkerung Rhodesiens gewählt werden, sowie 16 Abgeordneten aus der Bantubevölkerung, von denen die Hälfte von den Stammeshäuptlingen und die andere Hälfte von der schwarzen Bevölkerung gewählt wird. Diese Anzahl soll im Laufe der Jahre ebenfalls auf 50 Abgeordnete erhöht werden, in dem Masse nämlich, als die schwarze Bevölkerung an der Zivilisation teilnimmt. Das Land wird durch die Verfassung in Regionen aufgeteilt, von denen einige in Zukunft eine den Bantus zustehende Autonomie erhalten werden. Der Unterschied in der Zustimmung zu den beiden zur Debatte stehenden Problemen (82 Prozent und 70 Prozent) rührt davon her, dass innerhalb der weissen Wählerschaft eine starke Opposition gegen diese Beteiligung der Bantus an den Regierungsgeschäften des Landes besteht. Man weist darauf hin, dass im Falle des Zusammenlebens von Weissen und Schwarzen sich die unterschiedliche Intelligenz und Lebensart, von niemandem bestritten, auswirken müssen, und dass es daher im Interesse beider Gruppen sei, wenn die Fähigeren den Staat führen. Es ist eine jahrtausendealte biologische Tatsache, dass keinem Volk etwas geschenkt wurde. Mögen die Schwarzen daher zunächst einmal in dem ihnen zur Verfügung stehenden, sehr weit gesteckten wirtschaftlichen Rahmen etwas leisten, was dem Organisationstalent, der Arbeitsdisziplin, dem Gerechtigkeitssinn und dem Einfallsreichtum der Weissen entspricht.

Mit der Ausrufung der Republik wurde nach Londoner Auffassung die Aufrechterhaltung diplomatischer Beziehungen zu Rhodesien überflüssig. Die entsprechenden Vertretungen wurden daher auf Wilsons Wunsch hin geschlossen. Doch man war mit diesem Schildbürgerstreich noch nicht zufrieden und bemühte sich auch darum, die USA zu einem gleichen Schritt zu bewegen. Kurz bevor Wilson (nach einem kleinen Umweg zu seinem linken Bruder in Kanada) zu diesem Zwecke Nixon aufsuchte (Januar 1970), stellte der ehemalige USA-Aussenminister Dean Acheson dazu fest (Rede in Washington 20.11.69 vor dem Kongresskomitee für Afrika): "Sanktionen, die eindeutig vorgesehen waren, um den Frieden zu erhalten, sind zur Methode geworden, Krieg zu führen gegen die Prosperität. Verarmung wird zum eigentlichen Ziel internationaler Zusammenarbeit. Die Ethik der Rache hat die Führung übernommen. Wenn wir die Briten nicht von einem so schäbigen Ziel abbringen können, so sollten wir

wenigstens uns nicht verpflichtet sehen, ihnen weiterhin zu folgen. Grossbritannien hatte keinerlei Recht, und hat auch heute keinerlei Recht, die rhodesische Unabhängigkeit zu gewähren oder aufzuhalten. Rhodesiens Unabhängigkeit von Britannien ist eine feststehende Tatsache. Britannien meint, Rhodesien auf den Status einer Kronkolonie herabdrücken zu können, worin dann der Gouverneur in Salisbury als Herr des Landes figuriert. Eine verrücktere Phantasie, köstlich gekleidet in gesetzliche Falten, kann man sich überhaupt nicht ausdenken. Die Art der Regierung eines Landes zu bestimmen, setzt doch voraus, dass man es erobert. Die Briten sind aber weder darauf hungrig noch dazu fähig. Nichts lag Premierminister Harold Wilsons einfallsreicher Phantasie ferner als die Absicht, in Rhodesien einzufallen, es zu unterjochen, zu befrieden und dann zu regieren. Internationale Sanktionen waren daher die Lösung der Briten, um den vollen Bankrott ihrer Politik zu verstecken. Die Briten fanden dabei den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen in einer Stimmung, in welcher er übertölpelt werden konnte. Mit dem Absingen antikolonialer Klischees halfen hübsch ausgesuchte Regierungen England, ein sich selbst regierendes Gebiet auf den Status einer Kronkolonie herabzudrücken. Die britischen falschen Darstellungen des Hintergrundes und die britische falsche Unterrichtung bezüglich der Absichten wurden ohne Rückfragen akzeptiert. Die Entscheidung der Vereinten Nationen, Sanktionen zu erlassen widerspricht ihrer Charter. Denn diese verbietet ausdrücklich die Einmischung in die inneren Angelegenheiten von Mitgliedstaaten."

Doch mit Vernunftgründen ist nichts zu machen, wo Wahnsinnsideen regieren. Da wird lieber die ganze Welt zerstört, bevor man einhält. So fühlte sich der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen bemüssigt, gleich nach der Abstimmung seinen Senf dazuzugeben und "den Volksentscheid zu verurteilen, da er jeder Rechtsgrundlage entbehre", und befasste sich mit einem weiteren Antrag, "England aufzufordern, mit Waffengewalt das faschistische Regime von Salisbury abzusetzen". Für den Antrag stimmten Algerien, Senegal, Pakistan, Nepal, Sambia, die UdSSR, Ungarn und Formosa. Der Stimme enthielten sich Grossbritannien, Frankreich, die USA, Finnland, Spanien, Kolumbien und Paraguay. Von hierher versteht man, wenn Herr U Thant den Volksentscheid als "eine Gefahr für den Frieden" bezeichnete. "Gefahr für den Kirchhofsfrieden, den wir herbeisehnen" hätte er ausführlicher und klarer sagen sollen. Rhodesien setzt gegen dieses ganze Getue seine neue Nationalhymne:

Onward Rhodesia, go forward with pride,
Glory your beacon and honour your guide,
May you shine brighter yet,
May your star never set,
Onward, onward Rhodesia.

Wenn eine Opposition gegen die Zulassung der Schwarzen zur Regierung besteht, so hat sie einen klaren wirtschaftlichen Hintergrund. Millionen werden heute und in Zukunft in die Stammesgebiete gesteckt. Die Kosten des Erziehungs- und Gesundheitswesens werden sich mit dem Anwachsen der schwarzen Bevölkerung etwa alle zehn Jahre verdoppeln (obwohl zur Zeit der Monatsdurchschnitt der weissen Einwanderung die sehr hohe Zahl von 900 Personen erreicht). Das alles aber muss der Weisse bezahlen, denn nur er arbeitet produktiv. Das alles aber hat seine Grenzen. Wenn der Schwarze nicht beiträgt zur Verbesserung seiner Lage, wird er von einem gewissen Moment an nicht erwarten können, dass man ihm noch weitere Geschenke macht. Getrennte Entwicklung bedeutet, dass man sich selbst entwickelt, kann nicht be-

deuten, dass die weisse Rasse auf Kosten ihres eigenen Lebensglückes versucht, die Weltbiologie zu korrigieren. Man mag derartige Zahlungen in den Industrieländern mit Hilfe eines raffinierten bürokratischen Systems verschleiern, aber hier, wo Schwarz und Weiss in einem Staatswesen zusammenleben, lässt sich nicht verheimlichen, wohin die Steuergelder der Weissen gehen. Und wenn dann noch diese Weissen in ihrer eigenen wirtschaftlichen Entwicklung von den angeblichen politischen Freunden der Schwarzen durch Sanktionen und Kreditsperren gehindert werden, so ist eben die Grenze der Hilfeleistung an den unfähigeren Bruder noch eher erreicht als ohnehin. Wenn man dann noch hinzunimmt, dass die neue Verfassung eines Tages die Möglichkeit gibt, dass eine kleine Gruppe linksliberaler weisser Abgeordneter zusammen mit den 50 schwarzen Parlamentariern die Mehrheit bilden kann, so geht Rhodesien einer Zukunft entgegen, die alle Aufmerksamkeit verdient.

Eine besondere Gefahr besteht in diesem Zusammenhang darin, dass in Rhodesien den Handelsbanken die kommerzielle Kreditgewährung überlassen wird, so wie es in der von der Freimaurerei aufgebauten übrigen kapitalistischen Welt zum Nachteil der jeweiligen nationalen Interessen und in Ermöglichung der Befolgung internationaler Richtlinien üblich ist. Lord Graham, Duke of Montrose, ehemaliger Verteidigungs- und Aussenminister Rhodesiens, machte vor dem Parlament am 23. Juli 1969 auf diese Dinge aufmerksam und forderte, dass die neugebildete staatliche Reservebank dieses Privileg zur Kreditschaffung erhalten solle. Ihm wurde jedoch von Finanzminister Wrathall erwidert: "Es ist entgegen der gesamten Wirtschaftsstruktur unseres Landes, die Geldschöpfung zu einer Prärogative der Regierung zu machen." Dem antwortete ein in "Rhodesia and World Report" veröffentlichter Brief: "Die gesamte zivilisierte Welt ist heute kontrolliert, manipuliert und ausgebeutet von den Internationalen Banken. In den 20er Jahren sagte der Präsident der Bank von England, Sir Josiah Stamp, bereits: "Das Bankwesen wurde in Ungerechtigkeit ersonnen und in Sünde geboren. Den Bankiers gehört die Welt. Nimm sie ihnen weg, aber lass ihnen die Möglichkeit, Geld zu schöpfen und den Kredit zu kontrollieren, und mit einem Federstrich werden sie genug Geld machen, um sie zurückzukaufen... Aber wenn ihr weiterhin die Sklaven der Bankiers sein wollt, und die Kosten eurer eigenen Sklaverei selbst bezahlen wollt, so lasst sie nur fortfahren Geld zu schöpfen und den Kredit zu kontrollieren..." Solange nicht und bis nicht die Macht der Geldschöpfung gesetzlich als solche der Regierung verankert ist, ist unsere politische Unabhängigkeit letzten Endes eine Unmöglichkeit. Die politischen und finanziellen Restriktionen im Anschluss an unsere Unabhängigkeitserklärung haben uns eine ideale Gelegenheit gegeben, die Kontrolle über unsere nationalen Finanzen zu gewinnen. Wir sollten sie benutzen." Seit 1965 wurden bereits mehr als 30 Millionen Pfund Kredite von den Privatbanken gewährt. Lord Graham weist darauf hin, dass die Zinsen dafür gleich Null wären, wäre dieses Geld von der Reservebank geschaffen worden. Die Folgen für das Steuersystem und gerade im Hinblick auf die vermehrten Ausgaben infolge des Bevölkerungszuwachses wären so günstig, dass "heute die Finanzpolitik des Landes wichtiger ist als die des Aussenministers"(Lord Graham).(*282) Demgegenüber wiegt es wenig, dass die Sanktionspolitik der UN völlig zusammengebrochen ist, dass das Sanktionskomitee der UN (zusammengesetzt aus Vertretern von Algerien, Paraguay, Pakistan und den vier Grossmächten) im Januar 1969 feststellen musste: "Wir stossen auf unüberwindliche Schwierigkeiten. Viele Länder sind dazu übergegangen, ihren Handel mit Rhodesien über Dritte in ungeschmälertem Umfang abzuwickeln."(UPI) Der Kampf um die Unabhängigkeit Rhodesiens ist inzwischen längst auf die gleiche Plattform gerückt worden, auf der dieser Krieg auf der

ganzen Welt gegen freiheitsliebende Nationen ausgefochten wird.

Völlig selbstverständlich schaltet sich daher auch hier die Rebellion mit Hilfe der Kirchen ein. Die fünf katholischen Bischöfe Rhodesiens konnten es sich nicht verkneifen, sich in politische Angelegenheiten zu mischen und in einem Hirtenbrief öffentlich gegen den Verfassungsentwurf Stellung zu nehmen. Die Verfassung ist nach ihrer Meinung "nicht mit dem göttlichen Gesetz vereinbar. Der Geist der Gerechtigkeit und der brüderlichen Nächstenliebe findet in ihr keinen Platz." Dazu wollen wir denn hier einmal die Stellungnahme des Jesuitenpaters Afonso Rodrigues wiedergeben, die dieser angesichts der dominikanischen Mörder in São Paulo unter dem Titel "Os padres perante a politica" (Die politisierten Pfarrer) in der dortigen Zeitung "O Estado do São Paulo" am 14.12.69 der Oeffentlichkeit übergab: "Wenn wir uns mit den seltsamen Tatsachen befassen wollen, dass religiöse Brüder und Pfarrer der Verbrechen angeklagt werden im Dienst des heftigsten Terrorismus, müssen wir tiefer auf dieses Phänomen eingehen... Die Begründung für diese unglaubliche Handlungsweise werden wir uns dabei von den Verteidigern selbst dieser Vorgänge geben lassen. Wir werden also heute nicht die am Rande liegende Frage der Zusammenarbeit von Geistlichen mit dem atheistischen Kommunismus ... behandeln. Wir werden auch nicht das Problem des Verrats an einem Regierungschef oder am Vaterland, an einer Religion oder an Gott behandeln. Wir werden an ein davor liegendes Problem herangehen, dorthin, wo die Befürworter gerne diskutieren möchten... Zwei Gründe werden vorgebracht für die Haltung dieser Kleriker: päpstliche Dokumente und das Beispiel Christi.

"1) Das erste Argument lässt sich in die folgenden Worte fassen: Die Kirche Gottes muss die Probleme der sozialen Ungerechtigkeit lösen, unter denen die Welt leidet, sie muss eine wirtschaftliche Förderung der Unterentwickelten unterstützen, sie hat die verantwortlichen politischen Strukturen zu verändern, damit ungerechte Ungleichheiten der Lebensverhältnisse, in der Ernährung und in der Bildung verschwinden. Das aber ist nur möglich dank einer tiefschürfenden politischen Aktivität. Die Kirche aber ist der Klerus. So also muss der Klerus in dieser tiefgehenden Weise handeln. So sagt man uns.

"Wir antworten: Die Kirche ist nicht allein der Klerus. Die Kirche handelt vermittels ihrer klerikalen und Laien-Institutionen. Es gibt eine Funktion des Klerus, die in der Rettung der Seelen besteht. Es gibt eine Funktion der Laien, um die technischen Probleme der Welt zu lösen. Das eine ist die Funktion des katholischen Geistlichen, das andere die des katholischen Laien. Das natürliche allgemeine Wohl, die zeitliche Prosperität, die das Ziel des Staates ist, der menschlichen Gesellschaft, unterliegt nicht der Hierarchie. Das II. Vatikanische Konzil negiert ausdrücklich die Kompetenz der Hierarchie für Handlungen auf dem Gebiet, welches den verfassungsmässigen Organen auf dem Gebiet der Legislative, Exekutive und Justiz zugeschrieben wird. Die völlige Autonomie der zivilen Werte, der zivilen Funktionen ist wiederholt vom Vatikan II ausgesprochen worden. Immer hat es in Brasilien Kleriker gegeben, die den Laien als Minderjährigen behandeln wollten. Heute geht das nicht mehr! Der Laie ist vom Konzil aufgerufen worden, der Hierarchie zu helfen, damit diese nicht irre... Es gibt keine Bischofs-Kirche, Pater-Kirche, Brüder-Kirche. Diese Neigung der Klerisei hin zu zivilen Akten ist Ausdruck einer Säkularisation, die letzhin so grossen Umfang angenommen hat. Diese Leute sind Parteigänger einer Horizontalen Kirche, in welcher die Rettung, oberstes Ziel des Christentums, sich ganz primitiv beschränkt auf wirtschaftlich-finanzielle Fragen. Man hat die Anhänger dieses Blocks "gottlose Christen" genannt. Sie sind es in der Tat.

"Was die Festnahme von Patern angeht, die angeklagt werden, mit

dem Terrorismus zusammenzugehen, sich an Banküberfällen beteiligt zu haben, zusammen mit Kommunisten, mit Vaterlandsverrätern, alles also Verbrechen nach dem Wortlaut des Strafgesetzbuches, so kann niemand behaupten, ein Bischof hätte irgendwelche Kompetenz auf diesem profanen Gebiet. Die Zuständigkeit liegt ganz allein beim Richter... Vatikan II hat ausdrücklich auch auf alle klerikalen Privilegien vor den Gerichten verzichtet. Der Kleriker-Dieb oder Kleriker-Mörder wird genauso abgeurteilt, wie irgend ein anderer Bürger und unter den gleichen Gesetzen jenes Landes, in welchem die Tat begangen wurde... Alle sind sie gleich vor dem Gesetz.

"2) Das zweite Argument der Verteidiger jener eingesperrten Pater ist das Beispiel Christus: "Christus starb als Subversiver, denn er erhob sich gegen den römischen Imperialismus der sein Vaterland tyrannisierte. Der Klerus ist ein zweiter Christus. Er hat daher die noch immer bestehende ungerechte Ordnung umzustürzen."

"Wir antworten: Wahrheit ist, dass der römische Imperialismus Palästina beherrschte als Christus lebte, dass eine Atmosphäre der Subversion und der Guerrillas herrschte. Das Evangelium berichtet, dass Galiläer im Tempel anfingen, gegen die Römer zu schreien, und ihr Blut mischte sich dann mit dem der Opfer jener Soldaten, die als Reiter beim Tempel einquartiert waren. Sie berichteten es auch sofort Christus, und er antwortete: "Büsset alle Eure Sünden, denn sonst werdet Ihr untergehen!" Die Handlung Christo war im Bereich der Gnade. Sie war übernatürlich. Nichts lag im politischen Bereich.

"Mehr noch: Christus war von Freunden der Kollaboration angeklagt worden, denn er suchte häufig die amtlichen ausländischen Steuereinzieher auf, Lakaien des ausbeutenden Imperialismus. Und wie handelte Christus? Er konvertierte sie, er rettete sie. Matthäus wurde sein Apostel gar und liess auf immer seinen einträglichen Beruf als Steuereintreiber. Zacharias sagt: "Nimm von meinen Gütern und gib den Armen, und wenn ich jemanden betrogen, so gib ihm vierfach zurück."

"Nachdem er in der Wüste das Brot vervielfacht hatte, da wollten sie ihn zum König ausrufen und die Römer verjagen. Christus aber lehnte das System der Guerrillas ab, das man schon aufgestellt hatte.

"Noch in der Stunde seiner Himmelfahrt drängten die Apostel: "Wirst du jetzt das Königreich Israel wiederaufrichten?" Jesus antwortete, er werde mit Maria und mit dem Heiligen Geist beten, dass sie erleuchtet würden, sein Reich der Gnade zu verstehen. Und zu Pilatus, fügte er nach der Antwort, er sei König, hinzu, dass "sein Reich nicht von dieser Welt ist".

"Da war auch eine Angelegenheit der Landwirtschaftsreform. Ein Jude wollte das ganze Besitztum des Vaters erben und es nicht aufteilen unter seine Verwandten in gleichen Teilen. Diese appellierten an Christus. Christus aber antwortete: "Wer von Euch macht mich zum Richter über Euch? Wendet Euch mit Eurer Klage ans Gericht, zu dessen Zuständigkeit der Fall gehört."

"Was also die Behauptung angeht, Christus sei als Aufständischer gestorben, so ist das eine ganz infame Verleumdung.

"Die, die als erste diese Verleumdung in das Gesicht Christus schleuderten, waren die degradierten Geistlichen jener Tage selbst: "ER hat versucht, unsere Leute aufzuwühlen und verbot ihnen, Steuern zu zahlen." Pilatus glaubte ihnen aber nicht: "Ihr habt mit gesagt, dieser Mann sei ein Aufwiegler. Ich habe ihn vor euch vernommen, und ich finde ihn keines einzigen Verbrechens schuldig." "Dennoch", antworteten die Hohen Priester, "nach unserem Gesetz muss er sterben, denn er bezeichnet sich als Gottes Sohn." Allerdings, DAFUER wurde er zum Tode verurteilt.

"Christus subversiv? Er gehorchte der bestehenden Regierung, zahlte pünktlich seinen Tribut den Römern. Und befragt von den Priestern, damit diese ihn mittels seiner Antwort als Subversiven verklagen könnten, ob man den Tribut zahlen müsse oder nicht, da antwortet Christus: "Gebt Cäsar, was des Cäsars ist und Gott, was Gottes ist."

"So ist klar, dass Christus an vertikale Aktion dachte und nicht an horizontale und politische.(*283) Das aber ist die wahre Funktion des Priesters."

Und jetzt kommen wir im Anschluss an diese Worte eines Jesuitenpaters zu den evangelischen Brüdern der dominikanischen Mörder! Sie treiben es ganz genau so. An früherer Stelle brachten wir die Karikatur, wo schwarze Menschen von zwei weissen Händen zusammengepresst werden und Blutstropfen herabfallen. Wir hielten die Zeichnung passend für das entsetzliche Geschehen im Sudan und für das Grausige, was in Biafra geschah und noch geschieht. Wir hatten uns geirrt. Es ist das Phantasieprodukt eines Schweizer Pfarrers in R h o d e s i e n. Dort, wo Ruhe und Frieden herrscht, da hetzt ein offensichtlich wahnsinniger evangelischer Pfarrer mit stärkster finanzieller Rückendeckung aus der Schweiz gegen die Regierung und wird zum "Gottesmörder", um früher zitierte Worte aufzugreifen. Der Mann heisst Dr. Michael Traber. Er gibt ein Hetzblatt heraus, welches unter dem Schutz christlicher Mission zum Umsturz der politischen Verhältnisse aufwiegelt. Der "Züricher Tagesanzeiger" lobt die Tätigkeit dieses Verbrechers und schreibt wörtlich: "Er hat mit seiner Monatszeitung eine bedeutende Rolle in der Verteidigung der Rechte der afrikanischen Mehrheit gespielt... Dr. Traber plant jetzt, diese in eine Wochenzeitung umzuwandeln und an Stelle der Monatszeitung eine volkstümliche Revue mit grosser Auflage unter die Schwarzen Rhodesiens zu bringen." Diese Kirche, die nicht mehr wahr haben will, wer Christus ans Kreuz schlagen liess, wird in völliger Folgerichtigkeit zum militanten Arm der Juden bei der Aufrichtung ihres neuen Israels. Mit jedem politischen Wort verrät sie Gottes Reich. Das Reich d i e s e r Kirche ist von d i e s e r Welt. Es wird Zeit, dieser Erkenntnis die notwendigen Staatssicherheitsmassnahmen – nicht nur in Rhodesien – folgen zu lassen.

Man hat gerufen: "Nationalisten aller Länder, vereinigt Euch!" Gewiss, man sollte den gemeinsamen Kampf der unterjochten Völker organisieren. Dann steht nämlich auch das deutsche Volk neben allen denen, die heute nur noch mit Bombenanschlägen von sich reden machen können, weil sie nicht die Mittel haben, um Zeitungen zu drucken, und weil ihre dennoch gedruckten Flugblätter verboten werden. Hände weg aber von allen denen, die aus dunklen Quellen Gelder beziehen und mit der Fürsprache der Grossen Presse auftreten. Das sind Verräter, in den Sold der Unterdrücker Getretene! Das sind Pseudonationalisten, deren Tun nur den Einweltlern dient, die den revolutionären Elan missbrauchen. Es gibt auch in Schwarzafrika einen sauberen Nationalismus, einen berechtigten. Wenn er aber gepredigt wird von westlichen Missionaren, wenn er bezahlt wird von Genf und von New York, dann dient er niemals afrikanischen Zielen, niemals dem Frieden und der Gerechtigkeit in Afrika, sondern freimaurerisch-zionistischen Plänen. Dann steckt hinter dem christlich getarnten Aushängeschild der Erzfeind aller Völker auf Erden.

Nicht Nationalismus, sondern von Russland, China, der Tschechoslowakei, Bulgarien und der DDR mit Waffen versorgter, von New York mit Ideen aufgestachelter Chauvinismus ist aber das, was sich an der sambesischen Grenze produziert. Im April 1970 hielt Jan Smith es für notwendig, einige deutliche Worte an Sambia zu richten: "Die Sambier haben die Verantwortung für das, was sie tun, zu übernehmen... Wenn die Sambier nicht sehen kön-

nen, was sich an ihrer Hintertür abspielt, werden wir uns genötigt sehen, ihnen die Augen zu öffnen." Das kann heissen, dass der sambischen Kupferindustrie keine Kohle und kein Strom mehr geliefert wird, dass die Eisenbahntransporte sambischer Erzeugnisse durch Rhodesien eingestellt werden, das kann aber auch Sabotageakte auf dem Gebiet Sambias (und Tansanias) bedeuten, wo die weisse Bevölkerung mit ihren Facharbeitern gänzlich, und weitgehend auch Grenzstämme im Südwesten dafür zur Verfügung ständen. Die neuerliche Hetze, die ein Hailé Selasie erst wieder im Mai 1970 auf der OAU-Konferenz in Addis Abeba mit seiner Aufforderung zur Unterstützung der Guerrillas vom Stapel liess, könnte die Langmut Rhodesiens und Südafrikas überfordern.

Am 3. März 1970 erklärte sich Rhodesien zur selbständigen Republik. Damit war dem Volksentscheid Genüge getan worden. Amtierender Präsident wird danach der bisherige britische "Officer Administering the Government", Clifford Dupont. Das Foreign Office in London blieb auf seiner Fiktion, dass Rhodesien Kolonie sei, und dass daher dieser Schritt einen illegalen Akt darstelle. Man hatte das ausgesprochene Pech, dass gerade ganze 9 (neun) Tage vorher eine andere bisher britische Kolonie sich zur Republik erklärt hatte, nämlich Guyana, und dass daher gewisse staatsrechtliche Vergleiche jedem, der Tageszeitungen las, ins Auge springen mussten. Aber, wenn wir erinnern, wie schwer es schon der Regierung der USA fällt, eine so relativ kleine Verbrecherorganisation wie die Maffia zu bekämpfen, so wird man verstehen, wie schier unmöglich es sein dürfte, das hinter dem Wirken Wilsons stehende internationale Verbrechersyndikat von der Verfolgung seiner Politik gegenüber Rhodesien abzuhalten. Im Rahmen dieses Wirkens schlossen denn auch sofort so ziemlich sämtliche Staaten ihre Konsulate in Salisbury, weniger überzeugend in dieser Gemeinsamkeit moralischen Standard versinnbildlichend als ihre käufliche Abhängigkeit von den genannten Kreisen. Im Unterhaus warf Herr Wilson am 3. März 1970 den Konservativen, das heisst der kommenden Regierung, vor, den Bruch Rhodesiens mit der Krone noch nicht verurteilt zu haben. Als Oppositionsführer Heath auf diesen Unsinn nicht antwortete, rief ihm der Labourabgeordnete Andrew Faulds zu: "Ihr Benehmen ist beschämend." Der Sprecher rügte den Schreier. In Südafrika meinte Vorster auf einer Wahlversammlung in Muizenberg: "Appelle an den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen und Dispute bei der OAU in Addis Abeba sind völlig töricht. Wenn Rhodesien eine Republik sein möchte, ist dies Rhodesiens eigene Angelegenheit." So will es also die Ironie der Geschichte, dass die geschworenen Feinde der Monarchie in New York es einem Lande vorwerfen, eine Republik ausgerufen zu haben. Neo-Macchiavellismus. Fastnachtsallüren politischer Scharlatane. (*283a)

---

*282 – In diesem Sinne ist in englisch-sprachigen Ländern, insbesondere auch in Australien, die Social Credit-Bewegung tätig, um über die wahre Versklavung der Völker aufzuklären und diese zu beseitigen.

*283 – Der Philosoph Ionesco spricht erstmalig vom einseitig "horizontalen Denken" nach Erlöschen des "vertikalen". "Wir erleben so in der Gegenwart

eine zweite Welle der Aufklärung mit ihrem Glauben an die Alleingültigkeit des Verstandes... Auch die moderne Theologie ist diesem Glauben stärker verpflichtet." (Ernst Aufderhaar, "Kirchenaustritte" in "Nachrichten der Notgemeinschaft Evangelischer Deutscher", März 1970.) Eingangs jener Zeitschrift wird das bekannte Wort von Otto von Bismarck wiedergegeben: "Ich begreife nicht, wie ein Mensch, der über sich selbst nachdenkt und doch von Gott nichts weiss oder nichts wissen will, sein Leben vor Verachtung oder Langeweile ertragen kann."

*283a – Ueber Rhodesien unterrichtet laufend und wahrheitsgetreu in englischer Sprache der "Rhodesian Commentary", anzufordern beim Ministry of Information and Immigration, POB 8232, Causeway, Salisbury/Rhodesien.

*

PORTUGIESISCH-GUINEA

In den sumpfigen Grenzbezirken kam es laufend weiter zu Scharmützeln mit eingeschleusten Guerrillas. Im Dezember 1969 konnte dabei der Kubaner Pedro Rodríguez Peralta, ein ehemaliger Kämpfer in der Sierra Maestra, verwundet gefangen genommen werden. Es wurde in diesem Zusammenhang belegt, dass die Guerrillas von kubanischen Offizieren angeführt werden. Die Gelder für diese Aggressionen stammen dabei aus Schweden. Der Guerrillaführer Dos Santos erklärte im Stockholmer Rundfunk offen, dass mit den erhaltenen Summen weitere 10 000 Partisanen ausgebildet und ausgerüstet werden können. Die Regierung am Sitz der freimaurerischen Nobel-Stiftung übergab 12 000 Pfund an Guerrillaverbände in Mozambique und weitere 80 000 Pfund für Guerrillatätigkeit in anderen portugiesischen Provinzen. Portugal sah sich genötigt, am 14. Oktober 1969 eine scharfe Note seinem EFTA-Partner Schweden wegen dieser schweren Eingriffe zu überreichen. In Südamerika scheint man nur in Brasilien verstanden zu haben, dass die Interessen zu beiden Seiten des Südatlantik eine gemeinsame Haltung gegenüber dem in New York und Havanna organisierten Verbrechertum notwendig machen. Jedenfalls kam es zur Einberufung des Sicherheitsrats im November 1969, weil Portugiesen in diesen Kämpfen ein Dorf jenseits der Grenze beschossen, während die Welt über die am gleichen Tage von Israelis durchgeführte Beschiessung irakischer Siedlungen kein Wort verlor. Man hat in Nürnberg behauptet, die Vertreter "verbrecherischer Organisationen" zu richten. Ich bitte den werten Leser um Gegenbeweise für meine Behauptung, dass die Welt erst seitdem von einer verbrecherischen Organisation geführt wird.

*

ANGOLA

Die Guerrillatätigkeit in den nördlichen Grenzbezirken hält weiterhin dank der ihr dauernd zufliessenden ausländischen Unterstützung an. Die dortigen Orte erhielten inzwischen ihre aus weissen und schwarzen Bewohnern bestehenden Ortswehren. Im April 1969 besuchte Ministerpräsident Caetano, von Portugiesisch-Guinea herkommend, die Provinz auf einer ausgedehnten Informationsreise, begleitet insbesondere von Generalstabschef Deslandes und dem Minister für die Provinzen in Uebersee, Prof. Cunha.

Am 5. Mai wurden die Mitglieder des Kolonialausschusses der UN zu einer neuen Sitzung zusammengetrieben, die diesmal in Kinshasa stattfand. Australien hatte vorher schon seinen Austritt aus diesem illustren Verein erklärt, und Grossbritannien und die USA sagten ab, an Sitzungen in Afrika teilzunehmen. Argentinien jedoch drängte sich, ganz im Sinne seiner dominant liberalen Aussenpolitik nach der Entlassung Costa Méndez', einen Beobachter entsenden zu dürfen. Vertreter der vom Ausland ausgehaltenen angolanischen Nationalistengruppen (man frage bitte nicht weiter, wer sich von ihnen vertreten lässt) kamen zu Wort.

Im November wurde dann in den UN ein Schrieb besprochen, der den Titel "Lusaka Manifesto" trägt. Danach sollte Portugal schnellstens aus seinen afrikanischen Provinzen abziehen. Der portugiesische Vertreter bei den UN, Francisco Bonifacio de Miranda, erwiderte, "dass Portugal nicht gewillt sei, die Bevölkerung seiner afrikanischen Provinzen den Zufälligkeiten politischer Experimente auszusetzen. Wenn das Schicksal von Millionen menschlicher Wesen auf dem Spiele steht, kann Portugal nicht seine Verantwortung niederlegen. Die Vorlage der Vorschläge aus Lusaka bedeutet, von Portugal den Verrat des Vertrauens zu verlangen, welches die überwiegende Mehrheit des Volkes in diesen Gebieten Portugal entgegenbringt und sie dafür Bewegungen auszuliefern, die vom Ausland her bewaffnet werden." "Das Manifest enthält Vorschläge, die rein rassistisch sind. Die in ihm enthaltenen Anklagen gegen Portugal stellen zynische Versuche dar, die Wahrheit zu verdrehen, um gewisse politische Ziele zu erreichen."

*

MOZAMBIQUE

war natürlich genauso wie die übrigen portugiesischen Provinzen laufend weiterhin Opfer ausländischer Aggression. Die "Befreiungs"front für Mozambique, die Frelimo, verlor jedoch Anfang Februar 1969 ihren Präsidenten, Dr. Eduardo Chivambo Mondlane, bei einem Bombenattentat in Dar es-Salam. Der Lebensweg dieses Herrn ist bezeichnend: 1920 in Mozambique geboren, Studium in Südafrika. Von dort dank einem der dafür vorgesehenen Stipendien in die USA geholt, wo er den Doktortitel erhielt. 1957 bis 1961 im Sekretariat der UN tätig, bis 1963 Dozent für Anthropologie an der Universität von Syracuse

(New York), und dann, also nach dreissigjähriger Abwesenheit Rückkehr "im Auftrag" nach Afrika. Seinen dortigen Brüdern gefiel es nicht, dass er eine weisse Frau hatte und einen luxuriösen Lebensstil führte. So wurde der Anschlag gegen ihn ausgeführt, in einem luxuriösen Strandhaus, welches der Amerikanerin Betty King gehört und ganz in der Nähe des gleich prunkvollen Wohnsitzes von Präsident Nyerere dicht bei Dar es-Salam liegt. Während sich so die Salonkrieger in den Haaren liegen, hielt es der Häuptling des Makonde-Stammes, Lazaro Cavandame, im April 1969 für richtig, den von aussen propagierten Widerstand gegen die portugiesische Verwaltung aufzugeben und sich mit seinen Untertanen wieder der staatlichen Ordnung einzufügen. Damit war die Frelimo des Flintenfutters für ihre Abenteuer im wesentlichen beraubt worden.

Weil es im Grenzgebiet mit Sambia zu einer "Grenzverletzung" gekommen war, erreichten es die Scharfmacher, dass der Fall mit seinem Fazit von 2 Todesopfern im Juli 1969 vor den Weltsicherheitsrat kam. Das gab dem Algerier Azzout die Möglichkeit, wieder einmal den Blasebalg in Bewegung zu setzen, ohne dass es jedoch auch diesmal gelang, einen schönen Brand zu erzeugen.

So richtig Amok aber läuft man wohl doch nur in Schweden. Wir erwähnten bereits die Summen, die man dort den Räubern für ihre Ueberfälle auf portugiesische Territorien zur Verfügung stellt. Es erinnert uns das an die milden Gaben, die ein Herr Wiesenthal von den gleichen klugen Mitmenschen in Stockholm erhielt, um den nach in unseren Händen befindlichen Unterlagen bereits seit 1960 im Jenseits weilenden Bormann auffinden zu können. Nämlich von der Beteiligung des schwedischen ASEA-Konzerns am Cabora-Bassa-Projekt ist die Rede. Im September 1969 zog man die Beteiligung an diesem Vorhaben, das grösser ist als das Assuan-Projekt, "aus antikolonialistischem Eifer" ("NZZ") zurück. So wird es nunmehr durchgeführt von deutschen, französischen, südafrikanischen und portugiesischen Unternehmen, die sich im ZAMCO-Konsortium (Zambesi Consorcio Hydroelectric) zusammenschlossen. Man wird die Errichtung des grössten Kraftwerkes in Afrika, vorgesehen in zwei Bauetappen, wohl kaum einstellen, weil die dazu gehörigen Stromrichtanlagen nun nicht mehr von den Schweden geliefert werden. Man weiss, dass ein derartiges Werk ganz Schwarzafrika klar vor Augen führen wird, dass unter europäischer Führung das Leben auch der Schwarzen weitaus besser ist als dort, wo Afrikaner regieren. Es wäre daher schön, es käme gar nicht erst zur Ausführung! Der Ministerrat der OUA verkündet daher aus Addis Abeba (8.3.70, aus "Le Courrier de Madagascar"): "Das Cabora-Bassa-Projekt in Mozambique hat die Unterdrückung des Volkes von Mozambique, der Völker ganz Südafrikas, und letzten Endes aller Länder Afrikas zum Ziel." Natürlich kann an solch schrecklicher Unterdrückung mit Hilfe eines Riesenstauwerks kein echter Schwede mithelfen. Die Schweden liefern darum lieber Waffen an Guerrillas. Jeder wirkt am Weltfrieden eben, wie er kann. Wie man den "Fortschritt" aufzufassen hat, ergibt sich auch aus der Tatsache, dass der westdeutsche Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Eppler, im März 1970 empörte Einwände wegen der Beteiligung von Siemens, AEG und Hochtief an diesem Projekt in Tansania, Kenia und Uganda entgegennehmen musste und im Rahmen der ja so unabhängigen und souveränen westdeutschen Regierung ein diesbezüglicher "Klärungsprozess" vor sich ging. Im Mai 1970 wurde der westdeutsche Vertreter in Lusaka von Kaunda vorgeladen, um auch von ihm ähnliche Proteste entgegenzunehmen. Das Cabora-Bassa-Projekt solle nur die Ansiedlung von einer Million Portugiesen in Mozambique ermöglichen und sei deswegen nicht durchzuführen. (Wieviel farbige Gastar-

beiter werden in Europa angesiedelt?) Italien gab dem rassistischen Druck Sambias nach und zog sich aus dem Projekt zurück. Um den Sinn heutiger Weltpolitik klarzustellen, wurde zugleich bekannt, dass die Weltbank Sambia einen Kredit von 100 Millionen Dollar zum Bau eines neuen Kraftwerks auf dem sambischen Ufer des Karibasees zur Verfügung stellen werde.

*

DIE SUEDAFRIKANISCHE REPUBLIK

Die unglückliche Hand, die Vorster bei der Fortführung der Politik Verwoerds hat, machte den Aufbau eines autoritären Regimes notwendig, das mit ungelenken Mitteln sich um einen Weg bemüht, der bei Beibehaltung gewisser für Südafrika bekannter innerpolitischer Grundsätze eine auf Oeffnung zielende Aussenpolitik anstrebt. Während die Folgen im Innern mehr oder weniger negativ sind, hat der "Boss" auf aussenpolitischem Gebiet einige wenige positive Punkte für sich zu buchen.

Die Regierungspartei spaltete sich und es bildete sich unter der Führung konservativer Buren wie Albert Hertzog, Louis Stoffberg und Jaap Marais die Herstigte Nasionale Party (HNP). Die "Nederduitse Gereformeerde Kerk" unterstützt die Neugründung weitgehend. Diese Männer behaupten, das "wahre Südafrikanertum" zu verkörpern. Während es einem Verwoerd gelang, die damals schon sachlich bestehenden inneren Differenzen (der Aussenminister hat ja seitdem nicht gewechselt, und es ist Müllers Name, der mit der vernünftigen Auswärtigen Politik Südafrikas eng verbunden ist) hinter verschlossenen Türen abzuwickeln, konnte Vorster nicht den offenen Bruch verhindern (wenn es nicht sogar scheinen will, er habe einen solchen provoziert). Dass dieser nicht zu einer ernsten Schwächung der parlamentarischen Position der Regierungspartei bei den Wahlen im Mai 1970 beitrug ist dabei wohl vor allem das Verdienst der im allgemeinen obwaltenden politischen Reife des südafrikanischen Wählerpotentials.

Durch diese bedauerliche Entwicklung ist den liberalen Ideen ein weites Tor geöffnet worden und man sieht, wie die Regierung mit dem Verlassen eines klaren Standpunktes heute zwischen zwei Feuern steht. Für den Aussenstehenden macht es den Eindruck, als habe man notwendig gewesene Vorgänge in ganz unnötiger Weise brüskierend in den Vordergrund geschoben. So stehen in Zeiten eines ununterbrochenen Trommelfeuers von seiten ausgesprochener Feinde dieser Gemeinschaft deren Grundsätze nicht mehr klar vor denen, die durch die Umstände täglich gezwungen werden, sie zu verteidigen. Im heftigen Wortgefecht der beiden Lager verschiebt sich und vernebelt sich der Feindbegriff als solcher.

Die schwache Position der Regierung bewirkt, dass man selbst dem Gesinnungsnachbarn im Norden heute schon oft recht deutlich die kalte Schulter zeigt. Man möchte auf einmal nicht um Rhodesiens willen in internationale Konflikte verwickelt werden, tut also so, als wäre es möglich, den Feind mit Konzessionen zu beschwichtigen. Das aber ist schon immer der Anfang vom

Ende gewesen. Rückblickend war also der Mord an Verwoerd Beginn einer für Südafrika unglücklichen Entwicklung.

Die Unlust, mit welcher seitdem oft vorgegangen wird, zeigte sich an den Wahlen zum Mischlingsparlament im September 1969. Es ging kaum die Hälfte der Wahlberechtigten zur Urne. Von ihnen stimmte wohl die Mehrheit für das System der Apartheid, doch konnte die Labourparty die Mehrheit der Sitze erlangen. Ihr Ziel ist Gleichstellung der Mischlinge mit den Weissen, ein Ziel, welchem insgeheim wohl auch die anderen Mischlingsparteien huldigen.

Ausgesprochen unklug aber ist es, wenn die Group Areas Act dahin ausgearbeitet wird, dass in der Kap-Provinz nunmehr (nach einem Bericht des "Guardian") von insgesamt 55 dort noch bestehenden Moscheen 36 mit Abbruch rechnen müssen. Die entsprechende, natürlich gross aufgemachte Meldung, hat in der gesamten islamischen Welt helle Empörung verursacht und muss natürlich dazu führen, dass Länder, die vernünftigerweise an der Seite Südafrikas in gemeinsamer Front gegen Israel und Einweltler stehen sollten, die Führung im Kampf gegen das "verhasste Apartheidsregime" übernehmen, "welches die Religion des Islam unterdrückt. Es ist das ein Angriff auf unsere religiösen Rechte. Moscheen, die Gott geweiht sind können niemals zerstört werden." Wir bedenken, dass es ja auch in Ländern des Balkans noch heute Moscheen gibt, sehr oft an Orten, an welchen es schon seit Generationen keine Gläubigen mehr gibt. Die Gebäude verfallen, aber keine einzige Regierung hat dort jemals so viel Kurzsichtigkeit besessen, diese Gotteshäuser zu zerstören.

Die Politik der Schaffung von Bantustan wurde mit der Schaffung des autonomen Gebietes von Sotho im südlichen Oranje-Freistaat fortgeführt. Finanzen, Verwaltung, Kultur und Unterricht, Justizwesen und Oeffentliche Dienste, Arbeit und Landwirtschaft werden von Bantuministern geleitet. Die Störversuche aus dem Ausland gegen diese Politik hielten an. Die BRD (Gesandter Edgar von Schmidt-Pauli) überreichte Herrn U Thant 50 000 Dollar als deutschen Beitrag zu dem "Erziehungs- und Ausbildungsprogramm der UN für das südliche Afrika", das heisst für die Ausbildung von Rebellen. Und Geistliche und Intellektuelle veröffentlichten in Johannesburg im Januar 1970 ein Manifest, in welchem sie die Abschaffung der Apartheid forderten als "unvereinbar mit den christlichen Prinzipien". Die Einführung des Fernsehens in Südafrika wird die Zerstörung des gesellschaftlichen und familiären Zusammenhalts und die Denkfaulheit tatkräftig fördern und schon bald seine Folgen zeitigen.

Der an anderer Stelle bereits besprochene Versuch, Südafrika durch Ausschaltung des Goldes vom Internationalen Währungsmarkt zu schädigen, verlief einstweilen ergebnislos. Der IWF begann Ende 1969 südafrikanisches Gold aufzukaufen. Andererseits gelang es Pretoria nicht, durch Zurückhaltung der Goldbestände vom freien Markt die Inflation aufzuhalten. Es liessen sich sogar Stimmen vernehmen, die eine verstärkte Inflation im Interesse der Ausweitung des Handels mit Schwarzafrika für wünschenswert halten (Bureau for Economic Research of Stellenbosch University). Dabei ist dieser Handel sehr weitgehend für Südafrika passiv und es fragt sich, ob es auch politisch wirklich klug ist, dem Anführer im Kampf gegen Südafrika, Sambia, 1969 für 76 Millionen Rand zu verkaufen und für nur 11 Millionen Rand Waren abzunehmen. Man darf allerdings dabei bedenken, dass nur 16,5 Prozent aller Exporte überhaupt auf schwarzafrikanische Länder entfallen.

Da sich der politische Kampf heute oft auf wirtschaftlichem Gebiet abspielt, gingen viele europäische Firmen dazu über, in Südafrika Tochterunternehmen zu gründen. Sie entziehen sich so den Vorwürfen der Schwarzafrikaner, mit deren Feind Handel zu treiben. Andererseits aber stärkt dieses

Vorgehen die Kraft der potentiellen Freunde Südafrikas im Ausland. Man versteht besser die Bedeutung Südafrikas für die sogenannte freie Welt, wenn Geldinteressen im Hintergrund mitsprechen.

Eine Erleichterung für den Aussenhandel wird die Einführung des metrischen Systems mit sich bringen. 75 Prozent des Welthandels bedienen sich bereits seiner Einheiten.

So, wie im übrigen Auslandsdeutschtum aktiviert die BRD auch in Südafrika ihre Zersetzungsarbeit. Da gibt es eine deutsche Auslandsschule in Vanderbijlpark, das heisst, um denen, die das nicht kennen, es näher zu erklären: eine Schule, die die dort ansässigen Deutschen selbst geschaffen haben. Viele solcher Schulen bestehen in Uebersee schon seit Generationen. Sie sind das Rückgrat des dortigen Deutschtums, sei es in Kanada oder in Chile, in Brasilien, in Kolumbien, in Argentinien oder in Südafrika. Die Erhaltung dieser Schulen war in allen Fällen ohne Ausnahme mit sehr vielen grossen Opfern verbunden, an denen sich Generation auf Generation beteiligte. Nur ganz selten erhielt man Hilfe aus der alten Heimat, die in allen diesen vielen Jahrzehnten im allgemeinen überhaupt nicht begriffen hatte, was Auslandsdeutschtum ist. Grosszügig, aber leider auch plump parteipolitisch griff dann die nationalsozialistische Regierung ein. Nach jener kurzen Zeit kam der Kampf gegen alles Deutsche in der Welt als Ausdruck des allgemeineren Kampfes gegen alles Völkische überhaupt. Viele Schulen wurden beschlagnahmt. Viele, wie etwa in Brasilien, bis heute nicht zurückgegeben. In anderen Fällen musste man neue aufbauen. Doch ohne auch nur einen Tag stillzusitzen und sinnlos zu klagen, ging das Auslandsdeutschtum erneut an den Aufbau seiner Bildungsstätten. Als dieser Aufbau beendet war, da trat die BRD auf den Plan. Sie kam mit sehr schönen Worten, schenkte Geld und Lehrmittel und sandte Lehrer. Man war noch an die ähnliche Hilfe von vor dem Kriege gewöhnt und hatte keinen Argwohn. Auch ging es anfangs wirklich ohne viele deutliche Hypotheken vor sich. Doch dann begann die Einmischung. Die entsandten Lehrer erhielten den Befehl, die Schulbibliotheken zu säubern! Das war ein schwerer Eingriff in fremdes Eigentum. Dann richteten die westdeutschen diplomatischen Vertretungen Beschwerden an das Gastland über die Vorträge usw., die an deutschen Auslandsschulen gehalten wurden und nicht im Einklang standen mit der Auffassung von Bonn. Vorlesungen aus Büchern von Hans Grimm, Kolbenheyer, Weinheber u.a. sollten von diesen verboten werden! Lehrer, die sich solchen Anmassungen nicht beugten, wurden mit allen möglichen Intrigen aus ihrem Amt entfernt. Denn mit den Jahren fand man den Weg auch in die auslandsdeutschen örtlichen Schulvorstände. Wer mitmachte, durfte doch sagen, er stände sich sehr gut mit der Botschaft, und solche Ehrgeizlinge fand man denn doch. Und andere band man mit Geld, man verschaffte ihnen eine schöne Pension aus Deutschland, oder man sandte schöne Spielzeuge für die Kinder. Und wer gegen diese schon recht schmutzigen Vorgänge war, der wurde ganz schnell als "Nazi" verschrien, auch dort, wo es bisher in allen diesen Jahrzehnten überhaupt keinen "Nazi" hier draussen gegeben hatte. Das Wort kam überhaupt erst in diesem Zusammenhang Mitte der sechziger Jahre dieses Jahrhunderts auf! Heute geht dieser Kampf überall noch weiter. Die BRD schickt gratis pornographische Zeitschriften, sendet Bücher mit "Widerstandsliteratur", mit entarteter Kunst, ausgesprochene Geschichtsfälschungen, Lobhudeleien auf den Vaterlandsverrat, und macht es den entsandten Lehrern zur Pflicht, diese Machwerke den Kindern vorzusetzen. Nur in wenigen Fällen hat die Elternschaft die notwendige Zeit, dagegen vorzugehen, denn das Recht steht ja in allen diesen Ländern ganz auf ihrer Seite. Sie können die Bonner Einmischung im Handumdrehen als ausländisch abweisen. Alle unsere

Regierungen verurteilen auf das schärfste diese bewusste Zersetzung, diesen hasserfüllten Kampf gegen alles Völkische, gegen allen Glauben, gegen Volk und Vaterland. An manchen Stellen greifen sogar die Schüler dann zur Selbsthilfe. So gibt es, um wieder auf das vorgesehene Beispiel von Vanderbijlpark zurückzukommen, dort eine Schülerzeitschrift. Sie nennt sich "WIR". Sie bringt deutsche Gedichte und Auszüge aus Werken deutscher Dichter, sie bringt darüber hinaus, was den Schüler im allgemeinen bewegt. Diese Schülerzeitung wurde nun zum Angriffsobjekt des dortigen westdeutschen Generalkonsuls. Er befahl kurzerhand (!), dass die Zeitschrift zu verschwinden habe, andererseits er die Zuwendungen an die Schule einstellen müsse. Dieser unglaublich unverschämte Eingriff in unsere Belange ist Gegenstand eines Aufsatzes, den der Vorsitzende jenes Schulvorstandes in der Zeitschrift "Afrika-Spiegel" im April 1970 veröffentlicht und den wir in seiner ganzen ungekürzten Form hier wiedergeben wollen, da er unseres Erachtens von a l l e n deutschen Auslandsschulen zur Kenntnis genommen, in Eltern- und Vorstandssitzungen verlesen werden und zu handgreiflichen Massnahmen führen sollte:

"FINANZIERT BONN NUR DIE DEKADENZ?
(Betrachtungen zur Einstellung der Schülerzeitung "WIR")

"""In den Dingen dieser Welt darf man sich nicht nur allein an die Gegenwart halten. Was ist, bedeutet oft sehr wenig, aber was sein wird, oft sehr viel."

"Diesen Ausspruch Talleyrands möchte ich meinen Betrachtungen voranstellen. Er soll uns, denen das Schicksal der alten Heimat ein wirkliches Anliegen ist, Trost und Mahnung zugleich sein. Trost insoweit, dass der Zeit geistigen Verfalls und Niederganges in bundesdeutschen Presseerzeugnissen, im Rundfunk und im Fernsehen natürliche Grenzen gesetzt sind. Jahrzehntelang haben die Meinungsmonopole in einer künstlich hochgespielten veröffentlichten Meinung die "Blumenwelt der Hippies", die in einer besseren Welt friedlich zusammenleben, propagiert, Begriffe wie Volk und Vaterland der Lächerlichkeit preisgegeben und in den Schmutz getreten, Rauschgiftorgien als modern und fortschrittlich angepriesen.

"Dieser nicht zu unterschätzende volks- und staatszerstörende Einfluss zeigt seine Früchte vor allem unter den soziologisch jüngeren Schichten in der Bundesrepublik. Steigende Kriminalität, sittliche Verwahrlosung, das Fehlen jeglichen Verantwortungsbewusstseins dem Elternhaus oder der grösseren Gemeinschaft gegenüber führen zu Exzessen, welche selbst die Schöpfer und geistigen Väter der "neuen Gesellschaftsordnung" in Verlegenheit bringen. Um nur e i n Beispiel unter vielen herauszugreifen:

"Am 17. Dezember 1969 fand in der S t a a t l i c h e n H o c h s c h u l e f ü r b i l d e n d e K ü n s t e (! - d.V.) zu Braunschweig unter Billigung der Professoren (! - d.V.) folgende Schaustellung statt: Zunächst trat der splitternackte Muehl vors Mikrofon und verlas ein Gedicht zum Thema Weihnachtskonsum, übermässiges Essen nebst Folgen und Weihnachts-Kampfpause (Titel der Muehlaktion: "O Tannenbaum"). Während von Tonbändern Weihnachtslieder erklangen, steigerte Muehl sich in einen Schreikrampf und legte sich anschliessend entspannt zu seiner nackten Gefährtin in das – fürs Fernsehen (! - d. V.) hell angestrahlte – Bett.

"Später wurde die Frau aus dem Bett gehoben. Man brachte in einer Holzkiste ein Schwein, die Kiste wurde geöffnet, das grässlich quiekende Tier mit Gewalt auf das Bett gelegt. Der Schlachter trat in Aktion: fachgerecht tötete er das sich wehrende Schwein und schnitt ihm dann die Halsschlagader auf. Muehl fing das Blut in einem Plastikeimer auf und goss es über die am Boden

liegende Frau. Später legte sich die Frau neben das ausgenommene Schwein ins Bett. Därme und Eingeweide wurden über ihren Leib verteilt. Muehl spritzte Milch, rohe Eier und Mehl über sie, urinierte auf die Frau und entleerte seinen Darm auf den Schweinekadaver.

"Diesen Auszug aus der Braunschweiger Zeitung habe ich nicht etwa aus Freude an Perversionen ausgewählt, sondern, weil diese, die Menschenwürde gröblich verletzende Schaustellung aus Steuergeldern finanziert worden ist. Dass es sich hierbei nicht um ein Versehen oder um eine zufällige Panne des Gesetzgebers handelt, zeigt das Beispiel der (nicht beanstandeten, pornographisch-subversiven - d. V.) Schülerzeitung "Underground". In den erwähnten Fällen geht es um die gleichen öffentlichen Mittel, die der deutschen Sonnabendschule Vanderbijlpark (Südafrika) mit 175 Schülern verweigert werden sollten, falls die Schülerzeitung "WIR" dieser Schule ihr Erscheinen nicht einstellen würde.

"Nun hat die "WIR" nicht etwa wie oben geschildert gegen die guten Sitten verstossen, sie hat auch nicht den Lebensstil der Hippies propagiert oder zur Schaffung einer Räterepublik aufgerufen, sie hat ferner keine Gebrauchsanweisung zur Herstellung von Plastikbomben abgedruckt oder Rauschgift wie LSD bzw. freie Liebe angepriesen.

"Ganz im Gegenteil! Sie hatte es sich zum Ziel gesetzt, in dem ihr eingeräumten Rahmen die deutschen oder deutschstämmigen Kinder der Schule zur Ehrfurcht gegenüber ihrer alten und zur Treue gegenüber ihrer neuen Heimat zu erziehen. Die "WIR" vermittelte Auszüge aus der deutschen Dichtung und Prosa, brachte Volkslieder, veröffentlichte Biographien bedeutender Dichter und Denker und erklärte: Wir wollen gute Bürger unserer neuen Heimat Südafrika sein, denn nur ein Mensch, der fest in seinem Kulturgut wurzelt, kann ein pflichtbewusster, verantwortungsvoller Bürger seines Landes werden.

"Was veranlasste nun das Generalkonsulat der Bundesrepublik Deutschland zu seiner unverständlichen alternativen Forderung: entweder – oder? Sind wir so unmodern geworden, nur weil wir uns weigern, unsere Kinder mit billigem Sex und Drogen abzuspeisen oder zu Berufsrevolutionären zu erziehen?

"Aus Protest sind fünf von elf Vorstandsmitgliedern aus dem Schulvorstand ausgetreten.

"Welche Lehre können vor allem die kleineren deutschen Schulen aus jenem befremdenden Vorfall ziehen, falls sie nicht bereit sind, sich dem heute in der Bundesrepublik bestehenden moralischen Ungeist zu beugen? – Es bliebe ihnen keine andere Wahl als sich finanziell unabhängig zu machen; denn, wie das Beispiel zeigt, können Sauberkeit und Anständigkeit eben nicht mit einer Unterstützung von offizieller bundesdeutscher Seite rechnen.

"Alle denkbaren Ueberlegungen müssen angestellt werden, um eine brauchbare Lösung zu finden; denn uns fällt die Aufgabe und Verpflichtung zu, dafür zu sorgen, dass unsere Jungen und Mädel zu anständigen Menschen heranwachsen. Wir, die ältere Generation, sind dafür verantwortlich, welchen Weg die deutschsprachige Jugend im südlichen Afrika gehen wird.

(gez.) F. E. Matern
ehem. 1. Vorsitzender des Schulvorstandes
der Deutschen Schule Vanderbijlpark."

(Wir fügen der Vollständigkeit halber hinzu, dass die Elternschaft daraufhin neue Vorstandswahlen ansetzte. Die feine Dame, die sich eben noch als Vorsitzende des Vereins auf die Seite der pornographischen BRD gestellt hatte und deutsch mit Bundesrepublik verwechselte, viel dabei durch und musste bei

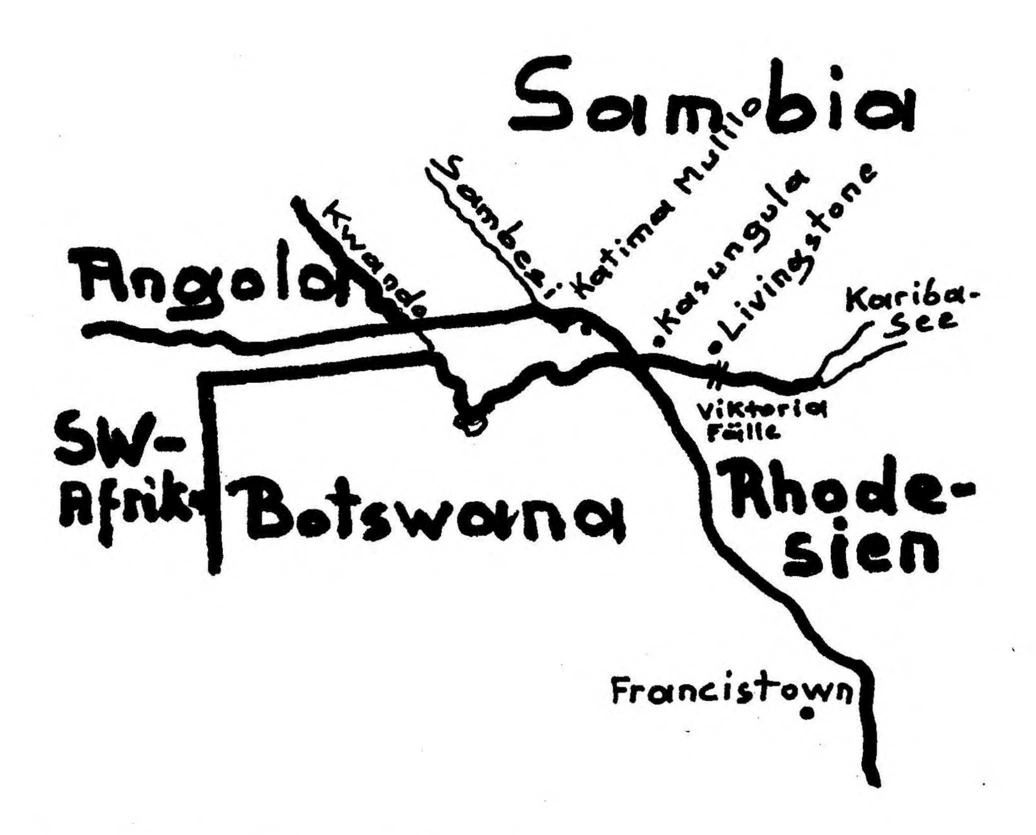
Verlesen des Wahlergebnisses ohnmächtig aus dem Saal geschleppt werden. Man hatte in Vanderbijlpark verstanden, dass man sich bundesdeutsche Zersetzung EINFACH HEUTE NICHT MEHR LEISTEN KANN.

In Braunschweig klagte man wegen "Erregung öffentlichen Aergernisses". Die Klage wurde von dem gleich feinen Richter abgewiesen, "da ja niemand den Saal verliess". Die Fernsehübertragung war in den Augen dieses Dieners des Teufels unerheblich.)

Südwestafrika stellte auch in diesen Jahren schwerster Dürre mit dem Fleiss und der Disziplin seiner Bewohner deren grosse Heimatliebe unter Beweis. Für den deutschen Kern der Bevölkerung war einer der patriotischen Höhepunkte die Heldengedenkfeier am 25. Oktober 1969 in Seeis zu Ehren der Gefallenen des Hererokrieges 1904. Auf dem alten Schutztruppenfriedhof des Ortes (so berichtet "Der Afrika-Spiegel", Dezember 1969) hielt Senator Dr. Frey in Anwesenheit von namhaften Ehrengästen der Landesverwaltung, des Landesrates, der Streitkräfte und der Polizei sowie starker Jugendverbände und der Kameradschaft deutscher Soldaten die Festrede. Der bundesrepublikanische Konsul Lewalter, den man eingeladen hatte, fragte am Telephon, OB ES AUF DEM SCHUTZTRUPPENFRIEDHOF AUCH EINGEBORENENGRAEBER GAEBE, erwähnte etwas von Provokation der Herero und der UN, und blieb der Veranstaltung fern. Das gleiche tat der evangelische Landesprobst Milk und Windhoeks Pfarrer Debus. Auch hier beginnt die Zerstörung eben VON OBEN. Auch hier hat das Auslandsdeutschtum sich neue Formen in Unabhängigkeit von der Bundesrepublik zu suchen. Es kann nur dienlich sein, wenn sich die Feinde unserer Gemeinschaft derart blossstellen, wie es hier in Seeis geschah. Ausgerechnet der Vertreter jenes Gebildes auf deutschem Boden, das von allen geschichtlichen Formen seit dem Hereroaufstand am wenigsten berechtigt ist, in deutschem Namen zu sprechen, erlaubt sich die grenzenlose Frechheit, das Ansehen unserer Väter in den Dreck zu ziehen.

Dabei ist ja dieser Herr Lewalter nur Amtswalter jener Gruppe, die im Auftrage der Weltfreimaurerei die unheiligen Hallen der UN von ihrem Geschrei widerhallen lassen. "Nur ganz Naive werden glauben, dass es bei den pausenlosen Attacken, die vorwiegend mit "nützlichen Idioten" gegen die Apartheid geführt werden, den eigentlichen Drahtziehern um das Wohl der armen Schwarzen zu tun sei" ("NZZ", Mai 1969). Es geht vor allem ja auch gerade bei dem Geschrei gegen Südwestafrika um ganz etwas anderes. Einen Fingerzeig dafür gibt uns der Syrier Tomeh, der in den Debatten in den UN Ende Januar 1970 die Existenz geheimer Waffenschiebungen zwischen Südafrika und Israel behauptete. Denn die grösseren Zusammenhänge sind ja die folgenden:

Israel ist sich bewusst, dass es einen Kampf gegen die mohammedanische Welt niemals bestehen kann. So setzt es an drei verschiedenen Fronten an, um eine derartige Entwicklung auf alle Fälle zu verhindern. Dort, wo der Gegner ihm auf den Leib rücken könnte, stört es in dauernden Kommandounternehmen seinen geordneten Aufmarsch und bringt die Soldaten der ganzen Welt zum Schmunzeln, wenn sie von den gelungenen Streichen gegen ägyptische Radarstationen, ägyptische Inseln und französische Schnellboote lesen. Sodann aber setzt es bei allen Einkreisern ebenfalls von hinten an. Israelis standen als Ausbilder in Biafra, sie schüren den Aufstand in Südsudan, stärken Aethiopien in Eritrea, setzen mit einem starken Singapur den Anhängern des Propheten in Südasien eine Laus in den Pelz, und wissen, alle französisch-spanisch-arabischen Unterhaltungen immer noch im richtigen Augenblick zum Platzen zu bringen. Doch damit nicht genug. Die arithmétique stratégique Israels ist ausgesprochen global. Man weiss, am einfachsten ist es, den Brand im Nahen



Schnittpunkt ferngesteuerter Kraefte am Oberlauf des Sambesi.
Die weltpolitische Bedeutung des Caprivizipfels.

Osten klein zu halten, wenn es gelingt, an anderen Weltenden den Brand zu schüren. Den Zionisten am Hofe Nixons gelang es leicht, den Krieg in Südasien auf Kambodscha auszudehnen. Warum sollte nicht das gleiche auch mit dem südlichen Afrika gelingen. Schon ist es so weit, dass in allen arabischen Ländern dank der Grossmäuligkeit des Freimaurers Nasser das Märchen vom prozionistischen Südafrika geglaubt wird. Denn, die gesamte mohammedanische Welt ist seit Jahrzehnten einseitig angewiesen auf diejenigen Nachrichten, die ihr die prozionistischen Weltagenturen übergeben. Obwohl jene religiöse Welt eigentlich wissen müsste, dass ihre Moscheen in Tansania geschlossen werden, dass ihre Anhänger im Gänsemarsch zum Genickschuss antraten auf der Insel Sansibar, und dass dagegen die mohammedanische Gemeinde in Südafrika sich einer kulturellen Freiheit erfreut, wie sie ihresgleichen in der übrigen Welt kaum findet, ficht der Islam von Pakistan bis Aegypten und Marokko für das Banner Israels gegen den Süden Afrikas. Eine der grössten Leistungen der darin wahrlich nicht armen Geschichte des israelischen Geheimdienstes, möglich nur dank der bis heute unterbliebenen Aufklärung der so Betrogenen.

Bezeichnend für die konsequente, selbstlose und verantwortungsbewusste Tätigkeit Südafrikas in den Bantugebieten ist dessen Vorgehen im strategisch so einmalig liegenden äusseren Ende des sogenannten Caprivizipfels. Zwischen dem Kwando im Westen und dem Sambesi im Osten liegt hier die Heimat der Mafwe und der Basubia. Hauptort der Region ist Katima Mulilo am

hohen Westufer des Sambesi. Insgesamt zählt das Gebiet nur 17 000 Einwohner. Unter den Häuptlingen Mamili (Mafwe) und Moraliswani (Basubia) wurde jetzt die Autonomie des Gebietes vorbereitet und Schulen und Hospitäler geschaffen. Die für die Verwaltung vorgesehenen Eingeborenen erhielten Gelegenheit, sich in persönlichem Anschauen im Transkei mit den Arbeiten in einem autonomen Gebiet vertraut zu machen. Mit solchen Tatsachen meint Südafrika dem Lande besser zu dienen als es die Demagogen von jenseits der Grenze mit ihren christlichen oder kommunistischen Hassgesängen tun.

*

BOTSWANA

Ende 1969 wurde Seretse Khama für weitere fünf Jahre zum Präsidenten gewählt. Die Reife seiner Anschauungen inmitten der vergänglichen Wirbel vieler seiner Zeitgenossen geben seine Worte bei diesem Anlass wieder: "Ihr könnt wählen zwischen einem Düsenflugzeug oder zehn Mittelschulen." Klugerweise überliess er aber diese Wahl auch nicht seinen Wählern, sondern entschied selbst – im Sinne der Mittelschulen. Ein an das portugiesische christlich bestimmte Ideal sich anlehnendes multirassiales Bild vom Zusammenleben der Menschen in diesem kargen Lande verspricht eine ruhige Entwicklung. Reiche Funde von Kupfer, Nickel und Diamanten lassen sogar eine wirtschaftliche Unabhängigkeit für das nicht mehr so fern liegende Jahr 1978 erhoffen.

In dem Bestreben, sich freier zu machen von dem übermächtigen Nachbarn Südafrika konnte Khama allerdings Versuchungen nicht widerstehen, die sich dann in der Errichtung einer sowjetrussischen diplomatischen Vertretung in Gaberones ausdrückten. Auch machte man den Versuch, der von den Amerikanern zu bauenden Strasse von Francistown nach Kasungula am Sambesi eine Brücke über denselben nach Sambia anzuschliessen. Die beiden Länder haben jedoch keine gemeinsame Grenze und müssen auf südafrikanischen Protest hin den Verkehr weiterhin mit einer Fähre aufrecht erhalten, die von der örtlich zuständigen südafrikanischen Polizei vom Caprivizipfel aus laufend auf Guerrilla- und Waffenschmuggel hin kontrolliert werden kann.

*

LESOTHO

konnte nicht so leicht die ideologischen Klippen umschiffen, die die Menschheit sich selbst heute in den Weg zu legen pflegt. Als es der Oppositionspartei unter Ntsu Mokhele möglich schien, mit ein wenig Drohungen und Gewaltmassnahmen die Waagschale bei den Wahlen Ende Januar 1970 zu ihren Gunsten zu beeinflussen, hielt es Premierminister Jonathan für geraten, eine derartige

Entwicklung durch Annullierung der Wahlen, Verhaftung des Oppositionsführers, Verbot der kommunistischen Partei und Hausarrest des Königs im letzten Augenblick zu verhindern. Die Beziehungen zu dem die Insel Lesotho allseitig umgebenden Südafrika waren ihm wichtiger als ideologische Schlagworte von einer wirtschaftlichen Unabhängigkeit, die nun mal schlechterdings in der gegebenen Lage nicht erreichbar war. Die Ideologen hätten wohl kaum ihre eigenen Köpfe geopfert bei einem solchen Anrennen gegen die Wände der Wirklichkeit.

Der kommunistenfreundliche König musste nach seiner "automatischen Abdankung" (die in seiner parteipolitischen Betätigung gesehen wird) das Land verlassen und erhielt befristete Aufenthaltsgenehmigung in Holland. Seine Frau, die Königin Mamaohato, wird derweilen als Regentin amtieren.

*

SWASILAND

konnte seit 1960 seine Exporte verdreifachen und hat berechtigte Aussichten, 1975 wirtschaftlich unabhängig zu werden. Es gibt in dem politisch stabilen kleinen Lande weder rassische noch ideologische Konflikte, 400 000 Menschen, die daher glücklich auch bleiben werden, solange sie nichts Unmögliches vom Leben erwarten. (*284)

---

*284 – Vgl. "National Geographic Magazine" VIII/69.

*

MAURITIUS

Da wir nun schon einmal auf dieser gemeinsamen Entdeckungsreise an so entfernten Punkten angelangt sind, wollen wir uns auch einen kleinen Abstecher zu dieser noch etwas abseitiger gelegenen Insel erlauben. In der Tat haben auch andere schon vor uns diese Fahrt unternommen, wie die mit Hammer und Sichel geschmückten Fahnen einiger Schiffe im Hafen zeigen. Der Indische Ozean ist ja bereits weitgehend russischen Flotten ein zweites Zuhause geworden. Auf einzelnen Korallenriffen in der Gegend der Komoren haben sie feste Ankerbojen eingemauert. An den Küsten dieser Inselgruppen wurden Apparaturen versenkt, die das Vorbeifahren von Schiffen, auch Unterseebooten registrieren und weitermelden. (Bei den SALT-Verhandlungen, September 1969 wendet Russland sich dagegen, dass die USA Kabel auf dem Ozeangrund verlegen, die ihnen die Gegenwart von Unterseebooten ansagen.) Der Westen hängt sich ein mit einer im Februar 1969 bewilligten Luftlinie der Lufthansa, die ihre Flüge danach von Nairobi aus bis nach Mauritius ausdehnt. An Land brodelt der Rassenkonflikt zwischen Indern und Kreolen weiter. Die mohammedanische Gemeinde gewinnt Boden und kann im August 1969 ihre erste Monatszeitschrift, "Le Croissant", herausbringen, "um Islam-Unterricht und

-Kultur in einem Lande zu verbreiten, in welchem bisher die europäische Kultur vorherrschend war".

Sie hält damit Schritt mit dem geistigen Atemraum der benachbarten Komoren, die heute 670 Moscheen auf ihren vier Inseln zählen, und den Tagesablauf der Bevölkerung mit dem Gebetsteppich messen. Das säkulare französische Schulwesen rührt kaum an die Seelen einer Bevölkerung, die in ihrer Formung nicht nach Anschluss an irgend einen Nachbarn strebt, obwohl sich natürlich auch in diesem Falle, und zwar in Nairobi, eine "Nationale Befreiungsbewegung von Comoro" gebildet hat und für ihre Ziele gegen Frankreich die Unterstützung der mohammedanischen Welt erbittet.

*

MADAGASKAR

Leid erst schweisst zusammen. So ist es in der Familie, so ist es in den Völkern. Ein Wirbelsturm nach dem anderen fegt Jahr für Jahr über Madagaskar hinweg. In den Zeitungen des Landes entsteht das Bild dieser Dramatik: "Ich bin am Ende meiner Kräfte", sagt ein Bauer da, "denn der Zyklon "Jane" zerstörte im Dezember mein Haus bis auf eine Mauer. Ich baute es notdürftig wieder auf, und jetzt hat "Dany" es wieder vollkommen zerstört." "Mein Reisfeld ist nach dem letzten Sturm völlig verschmutzt. Wovon sollen wir leben?" fragt ein anderer verzweifelt. "Ich kann ihnen versichern, als ich das vom Vater geerbte Haus einstürzen sah, da weinte ich heisse Tränen. Ich hielt mich für verflucht. Aber, ich habe dann begriffen, dass ich nicht allein stehe in diesem Unglück. Und ich habe wieder Mut gefasst, damit die Menschen nicht über mich lachen." Und eine andere Stimme: "Trotz allem habe ich keine Lust, mein Dorf zu verlassen, um Arbeit in der Stadt zu suchen. Wird mir nicht der Staat helfen, dass ich Bauer bleiben kann und durchhalte bis zur nächsten Ernte?" Und ein Alter schreibt: "Ich habe in meiner Jugend gesehen, wie sich die Eltern halfen, wie sie die traditionelle Solidarität des Pokonolona übten. Dank dieser Gemeinschaftshilfe konnten die schlimmsten Uebel gemildert werden." Und aus einem anderen Dorf wird berichtet: "Auch bei uns ist die alte "Arbeit für Alle", die "Asam-pokonolona" wieder auferstanden. Die Sturzbäche hatten uns von der Aussenwelt abgeschnitten. Da sandte uns jeder Weiler Hilfskräfte, und in einigen Tagen hatten wir die Strasse wieder hergestellt. Niemand sprach von Bezahlung. Alle halfen freiwillig. Die politischen Rivalitäten sind vergessen. Der Führer unserer Opposition steht im Schlamm neben dem Maire (Bürgermeister)."

Und als der Präsident der Republik auf einer Tagung in Jaunde erkrankt, dringend nach Paris ins Hospital verbracht wird, da ist die Sorge um ihn so stark, dass selbst seine politischen Gegner den Ton im Wahlkampf dämpfen, "da das Land im Augenblick ohne Führung ist" (März 1970).

Der Bischof von Mananjary berichtet: "In einer Nacht war alles vernichtet. Seit Menschengedenken hat unsere Stadt nicht so ausgesehen wie am Tage, da "Dany" darüber hingegangen war. Zehntausende von Häusern zer-

stört. Und im Felde draussen Verwüstung der Reisfelder, der Kaffeeplantagen, der Maniokfelder usw. Und sie hatten doch so hart gearbeitet, unsere Leute, Tag und Nacht, um für die Ernte im Mai bereit zu sein. Und wenn sie müde abends nach Hause kamen, dann brachten sie die ersten grünen Bananen auf der Schulter heim, die ersten nach "Jane". Und jetzt, jetzt ist wieder alles vernichtet... Meine Freunde, es ist nicht die Zeit für lange Reden. Es gibt Wichtigeres zu tun. Versteht," schliesst der Bericht, "wir brauchen Mut, denn wir fangen nicht von vorne an, wir beginnen von unter Null."(*285)

Die Matsiatra ist wieder einmal über die Ufer getreten. Diluviale Regengüsse haben die Reisfelder einfach weggeschwemmt, den Rest im Dreck verdorben. Dicht bevölkerte Landstriche sehen vor sich das Gespenst des Hungers.

Da solches geschieht, hört man nur mit halbem Ohr auf die übrige Welt, versteht nicht, dass sie sich dort zanken über das Zölibat der Priester, Sonderziehungsrechte und Pressefreiheit. Der Erziehungsminister kommt von einer Frankreichreise zurück. Er berichtet, dass man ihm einen Studentenaustausch angeboten habe. Er hat abgelehnt, denn Madagaskar möchte derartige Infektion vermeiden. Sowieso schon sprechen die in Parteipolitik erkrankten Zeitungen des Landes dem Leser viel zu viel von Sozialismus, Kommunismus, Neokolonialismus, Neutralismus und ähnlichem. Denn, "von aussen und von ferne gesehen, ist Madagaskar der für unsere Zeit so seltene Prototyp eines ruhigen Landes, ohne Geschichten, und darum glücklich. Aber an Ort und Stelle wird der flüchtige und banale Vorfall nur allzugerne dramatisiert und nimmt das Gesicht eines nationalen Problems in hitzigen Kommentaren an."(*286)

Zehn Jahre der Unabhängigkeit sind eine kurze Zeit. So bleibt noch vieles zu tun. Da geht der Blick auf die Geschichte des Landes, und es wird festgestellt, dass diese kaum bislang ihren Niederschlag fand im Unterricht. Was sollen Studenten damit anfangen, wenn sie lesen, dass "45 000 Madagassen als Soldaten gegen das Deutsche Reich 1914 Ehre einlegten für die koloniale Macht Frankreichs"? fragt Pierre Lupo S.J. in "Lumière", 25.1.70. Es stellt sich das Problem einer jeden Geschichtsschreibung für den neuen Staat: Von woher werden die Ereignisse gesehen? Der Standpunkt hat gewechselt. Wir Deutsche erleben dieses Phänomen ja auch, in geradezu erstaunlicher Form. Sprechen Sie, junger Leser, mit jenen, die die Zeit vor dem II. Weltkrieg selbst miterlebt und mitgeformt haben, sie werden Ihnen ein ganz anderes Bild von damals geben, als es Ihnen heute von Historikern vermittelt wird. Ist wahr, was die Zeitgenossen wirklich taten und sahen, oder ist wahr, was heute in jene Taten nachträglich hineingelegt wird? So wenig, wie die Verzerrung des Geschichtsbildes in Deutschland dem Verständnis der deutschen Dinge dient, können wir im fernen Madagaskar von einer Erziehung sprechen, die den Schüler und Studenten seinem eigenen Lande näher bringt. Bereits unter den Hova und Andriana war das Schulwesen aufgebaut auf den freimaurerisch inspirierten und gelenkten Zielen jener Zeit. "Man träumte von Eisenbahnen, von guten Geschäften und von Fabriken. Keine Analyse wird den jungen Madagassen geliefert, etwa die landwirtschaftliche Tätigkeit zu begreifen, obwohl Worte wie "Fortschritt" und "Entwicklung" unaufhörlich verwandt werden."(*287) Die Schule Ende des XIX. Jahrhunderts diente in Madagaskar der Heranziehung von Beamten für die Ministerien der Hauptstadt und in den grösseren Städten des Landes. So wird ein Bürgertum geformt, das "eine Art "establishment" besonderer Prägung unter sich bildet", und in einer Madagaskar fremden Welt lebt. Die Rechtfertigung für seine Macht findet es in der Tatsache, europäisch erzogen zu sein. "Noch heute bedeutet dem Bauern die Schule Möglichkeit, in

die Verwaltung einzusteigen, nicht aber, ein gutes Handwerk zu erlernen... Das Wissen ist also einzig und allein unter dem Gesichtspunkt der Beherrschung anerkannt."

Die ursprüngliche Lage, in welcher nur den Hova eine solche Erziehung zugänglich war, änderte sich mit dem französischen Wunsch, auch die Küstengebiete in den Genuss einer (Zwangs-!)erziehung kommen zu lassen. So wurde das Erziehungsmonopol der Hova und Merina gebrochen. Mit dem Erfolg, dass diejenigen, die so als Lehrer und Verwalter aus jenen Gebieten aufgestiegen waren, im Augenblick der Unabhängigkeit dann ihren Schutz gegen eben jene Völker im Innern und deren oft höhere Diplome darin suchen, dass sie den politischen und kulturellen Einfluss des Französischen aufrechterhalten, und damit bremsend auf die nationale Eigenentwicklung der Küstengesellschaften wirken. Wir haben ja ähnliche Erscheinungen auch in anderen ehemaligen französischen Kolonien, nur dass eben in Madagaskar die örtliche Bürokratie schon mehr als ein halbes Jahrhundert v o r der Kolonisation in engem Kontakt mit Europa stand. An sich wäre damit wohl die Möglichkeit einer eigenständisch-madagassischen Entwicklung gegeben gewesen, wie wir sie ja in ähnlicher Lage in Japan erlebten. Doch, während dort der Konfuzianismus einen Bruch in der traditionellen Staatsethik vermied, trat in Madagaskar Ranavalona II. zum Protestantismus über und lieferte so die Seele des Landes den Fremden aus. Bemerkenswerterweise war dann ja Hauptansporn für die Ausdehnung des Schulwesens über die Bannmeile der Hauptstadt hinaus der Konkurrenzkampf zwischen evangelischen und katholischen Missionen. Nicht e i n e madagassische Jugend wurde so herangezogen, sondern "vier oder fünf Jugenden, zu denen man nun noch die "laizistische" als letztes Werk der ausländischen "Mission" hinzufügen kann, alle unterschieden von einander in ihrer Kultur, ihrem Lesestoff, ihrer Art, die Geschichte zu lesen." Und bis heute hin hat die Republik hier keine entscheidenden Schritte unternommen, die Dinge fest in ihre Hände zu nehmen.

So hat der junge Madagasse heute im allgemeinen weniger Schwierigkeiten, Kontakt mit der technischen Welt draussen zu finden, als es viele seiner afrikanischen Brüder haben, doch nennt er viel weniger nationales Kulturgut sein eigen, als dieses auf dem Festlande der Fall ist. "Der intime Kontakt mit dem Boden und den dörflichen Gegebenheiten besteht nur sehr selten, selbst in der Form der Kindheitserinnerungen. Auch kennt man nichts, was den Riten der Initiation bei den Negern gleichkommt, sodass auch dieses Band mit der zugehörigen ländlichen Gemeinschaft zerschnitten ist."

"Diese Entwicklung des kulturellen Erbes macht daher die Auffindung einer gemeinsamen politischen Sprache zwischen Studenten und Bauern noch schwieriger. Der Student kennt den Bauern nur über Beziehungen, die an solche zwischen Lehnsherrn und Landsasse erinnern... Diese Schwierigkeiten, die man mehr oder weniger bewusst bedauert, werden dennoch durchweg geleugnet, denn sie würden ja die Begründung einer Autorität, die auf nichts anderem als auf einem Diplom beruht, in Frage stellen, eine Autorität, die im gesellschaftlichen Status ihren Grund findet und nicht in der erworbenen Fertigkeit, ein Handwerk auszuüben." In dieser Lage nun wendet man dann gerne die französische Sprache an als Werkzeug gegenüber den "Verwalteten". "Alles andere als ein neutrales Instrument, bezeichnet so die französische Sprache, ob man sie eben benutzt oder ablehnt, oft genug Ablehnung oder Annahme einer Dekolonisation, die bislang ein glatter Betrug ist."

85 Prozent der Bevölkerung lebt auf dem Lande. Diese Landbevölkerung muss die Insel ernähren. Sie muss auch der notwendigen Industrie den Absatz garantieren, muss Kaufkraft darstellen. Denn nur durch Industrialisie-

rung kann die derzeitige Abhängigkeit vom Auslande gemindert werden. Heute aber ist selbst der Handel in fremden Händen. Die Administration versagt zudem gegenüber den Forderungen des Tages. Es fehlt an der nationalen Planung. Schlachthöfe sind vorgesehen, viel mehr, als das Land benötigt. Doch schwerer wiegt, dass genehmigte Vorhaben, aus Gründen des fehlenden innerpolitischen Anreizes in den Aktenschränken der Ministerien verkommen. Europäische Fachbeamte, die auf diese Unfähigkeit hinweisen, werden schärfstens angefasst, im bekannten Chapuis-Prozess (vgl. "Nation Europa", Juli 1969, S.42) sogar ins Gefängnis geworfen, weil sie gewagt haben, an derartigen Zuständen sachliche Kritik zu üben. Prestige und Propaganda, Wahlschlager haben den Vorrang vor sachlichen Erwägungen. "Alle diese politischen Bremsen hindern die Landbevölkerung, sich persönlich von der Regierung angesprochen zu fühlen. Es ist schon ein ganz schöner Optimismus, wenn der Vizepräsident kürzlich vom "Enthusiasmus der Massen bei der Entwicklung des Landes" spricht. Die Wirklichkeit ist verdammt bescheidener."(*288) Wer erzieht schon die Jugend für die harten Bedingungen des wirklichen Lebens? "Nimmt man hier keine Aenderung vor, so läuft man Gefahr, dass die gegenwärtige Stagnation im Elend endet."(*288) Und eine andere Stimme fragt: "Professoren und Geistliche, die mit ihren Kindern persönlich in die Reisfelder hinabsteigen? Undenkbar!"(*289)

Madagaskar ist unterbevölkert. Doch wächst die Bevölkerung der Grossen Insel alle fünf Jahre um eine Million. So konnte die päpstliche Enzyklika "Humanae vitae" auch hier nicht ungehört bleiben. In einer gemeinsamen Note stellen die Bischöfe Madagaskars daher zunächst einmal klar, dass es sich hier nicht um politische Fragen, sondern um zutiefst menschliche handelt. Mit jener Phrase, die in der Dritten Welt aufkam: "Das Problem der Empfängnisverhütung wird von den reichen Nationen aus reinem Egoismus aufgebracht", rührt man nicht an den eigentlichen Ernst der Frage. Denn alles geht ja wohl darum, welche Auffassung man hat vom Heim und von der Liebe. In der heutigen Entwicklung "wird eine ganze traditionelle Zivilisation, eine ganze Art zu leben, überhaupt in Frage gestellt... und es ist nicht leicht, ein neues Gleichgewicht zu finden". Man redet und redet von sozialen Notwendigkeiten, und geht doch nicht aus von dem einzig möglichen Ausgangspunkt: von der Liebe. "Der Liebe unter den Ehegatten haben wir ihre wahre Grösse zu geben. Das aber können wir nur dann, wenn wir sie ansehen als einen Teil jener Liebe, die Gott selbst ist. Erst, wenn wir den Dingen wieder diese wahren Dimensionen geben, können wir tragende Lösungen finden."(*290)

Noch begleiten die Bauern ihre Feste mit ihren alten Tänzen, noch wird das Salz in den Seen von Ihodo unter den klagenden Sängen der Alten gewonnen, während General Ramanantsoa (15. Januar 1970) seinen Offizieren "moralische Sauberkeit als wichtigstes Lebenselement" vorhält. Wird diese Wertskala halten in einer Welt, die von Madagaskar nur berichtet, dass 1969 das Aussenhandelsdefizit sich um weitere 5 Milliarden madagassischer Frank erhöht hat? Die Einrichtung regelmässiger Flugverbindungen zwischen Tananarive – Mozambique – Johannesburg, und Tananarive – Beira – Blantyre beweist die gemeinsame Emanzipation dieser Region von der nördlichen Erdhälfte.

---

*285 - Bischof Robert Chapuis in "Lumière", 8.3.1970.

*286 - Charles Cadoux, "La République malgache" in "Encyclopédie politique et constitutionelle", Paris 1970.

*287 - Leserstimme unter dem Titel "L'héritage du passé scolaire de Madagascar" in "Lumière", 25. Januar 1970. Auch die folgenden Zitate entstammen diesem Artikel.

*288 - André Ravatomanga in "Lumière", 25.1.1970.

*289 - Pater J.M. Estrade in "Lumière", 8.3.1970.

*290 - "Lumière", 8.3.1970.
Zu dem Thema Madagaskar vgl. auch die Ausführungen von Dr. Claus Geiges, "Deutschlehrer auf der Insel Madagaskar" in "Der deutsche Lehrer im Ausland", Heft 3 und 4/1969.

*

VII. EUROPA VOR DEM EISERNEN VORHANG

Wir mussten in den bisherigen Kapiteln feststellen, dass Europa seine Macht in Uebersee nicht etwa verlor, weil, sagen wir, die Kongolesen in offener Feldschlacht gegen europäische Heere siegten. Der Machtwechsel wurde nicht auf dem Schlachtfeld ausgetragen, wie dieses bisher in der Geschichte das normale war, die neuen Herren wurden vielmehr von Anderen, Unsichtbaren inthronisiert. Genau den gleichen Vorgang erlebten wir aber auch in Europa selbst schon kurz vorher, und erst die Tatsache, dass hier nach aufgezwungenen Kriegen mit Hilfe fremder Bajonette ausgesprochene Minderheiten, Aussenseiter, Fremdlinge, ja Verräter die Regierungen übernehmen konnten, die dann nicht nur in ihrer Zusammensetzung, sondern auch in ihrem Aufbau, in ihrer "verfassungsmässigen" Ausgestaltung die Fremdherrschaft garantierten, ermöglichte dann den beabsichtigten folgenden Zusammenbruch der europäischen Welt in Uebersee und machte so auch Uebersee zur Beute jener Internationalen.

Die mit 1945 beginnende eigentliche Machtübernahme der Freimaurerei in Europa bedeutet aber nicht nur Zerstörung der politischen Macht dieses Kontinents, sondern vor allem und in erster Linie die Zerstörung der geistigen Kraft, die Europa bis dahin darstellte. Seit 1945 wird Europa systematisch mit seinen Wurzeln aus dem fruchtbaren Erdreich seiner Traditionen und Lebensformen herausgerissen, sodass der Verlust der politischen Macht von den derart Entwurzelten überhaupt nicht mehr als solcher empfunden wird. Eine Unterdrückung also alles dessen, was EUROPA heisst, ist das wesentliche Symptom der politischen Aktivität unserer Tage. Soll EUROPA wieder frei werden, so ist mithin der Kampf gegen die Urheber dieser Unterdrückung notwendig, ein Kampf, den wir als die grosse notwendige Revolution bezeichnen können. Es ist dabei ganz die gleiche Revolution, die auch in der übrigen, mit der Beseitigung der europäischen Macht unter so falschen verlogenen Phrasen in neokolonialistische Verhältnisse gepressten Welt in Uebersee bereits begonnen hat. Vor wenigen Jahren noch waren Europas Vertreter und die farbigen, zumeist unehrlichen Nutzniesser der Umwälzung in Uebersee Gegner. Heute

jedoch sind die Völker Europas und die Völker in Uebersee Verbündete. Alliierte in einer gemeinsamen Revolution gegen die überstaatlichen Kräfte, die wie mit den Fangarmen eines Riesenpolypen die gesamte Welt aussaugen. Gelingt es, dieses weithin klar zu machen, diese gemeinsame Front aufzubauen, so kann die Welt auch wieder frei werden. Eine solche gemeinsame Front durch Verleumdung des einen bei dem andern zu verhindern, ist daher heute die Hauptaufgabe der Freimaurerei. Umschrieben aber wird ihr Programm mit den 1970 in Barranquilla geprägten Worten von der "Erhaltung des Weltfriedens", das heisst der "Erhaltung der Freimaurerherrschaft".

Eine Front also der Völkischen und der Gläubigen gegen die Zerstörer ist notwendig. Das aber bedeutet, dass diese ihre Feindseligkeiten untereinander einstellen, erkennen, wo der gemeinsame Gegner steht, und dass es des gemeinsamen Kampfes bedarf, ihn zu vernichten.

Mehrfach schon klang in der Melodie dieses Buches und seines Vorgängers das Thema an, doch jetzt drängt es unabweisbar in den Vordergrund: Wo stehen wir nämlich genau? Reden wir einem allgemein gültigen Nationalismus das Wort oder sprechen wir nur für Deutschland? Oder für beide? Ist letzteres der Fall, dann aber treffen sich die praktischen Folgerungen eben spätestens hier in Europa und zeigen Neigung, sich zu überschneiden. Sind wir alle etwa angetreten auf den Katalaunischen Feldern, den Ueberstaat zu vernichten, und warten nur auf die Flucht des gemeinsamen Gegners, um dann wieder schnell einer über den anderen herzufallen? Ja, sind wir überhaupt in der Lage, alle unser Kontingent in die gemeinsame Schlacht zu führen, bevor nicht ein Waffenstillstand als Mindestforderung im nationalen Lager abgeschlossen werden konnte, bevor nicht die Kränkungen nationaler Würde von seiten der Kampfgenossen untereinander ein Ende fanden? Ganz konkret gesprochen: Kann ein Deutscher an der Seite von anderen Europäern für ein Europa der Vaterländer einstehen, solange ihm sein eigenes, wenn überhaupt, nur zerstükkelt angeboten wird?

Der Nationalismus ist ja überhaupt nur in die heutige Lage gekommen, weil er zum Chauvinismus entartete, zur Vernichtung fremder Völker im Namen des eigenen. Wir aber redeten das Wort immer nur einem sauberen, gesunden Nationalismus, immer nur der Apartheid, der Getrennten Entwicklung, niemals, in keinem Kontinent der Erde, dem Kolonialismus, in welcher Form er auch auftrat. Und in diesem Rahmen waren und sind wir dann deutsche Nationalisten.

Wir fordern die Wiederherstellung einer gesunden, nationalen Grundlage in unserem eigenen Staat und hoffen, mit Staaten zusammenleben und zusammenarbeiten zu können, die auf ganz der gleichen gesunden Grundlage aufgebaut sind. Das ist das so oft zitierte, und so oft verratene Prinzip der Selbstbestimmung der Völker in Verbindung mit dem anderen Grundsatz der Nichteinmischung in die internen Angelegenheiten eines anderen Volkes. Staaten, die nicht auf völkischer Basis aufgebaut sind, können für uns nicht als Gesprächspartner in diesem Rahmen auftreten. Sie mögen Einvölkerstaaten oder Mehrvölkerstaaten sein, wenn sie das völkische Prinzip als solches verleugnen, müssen sie zwangsläufig unserer Erfahrung nach zum Opfer antivölkischer Ideologien, und damit zu Sklaven des Materialismus, zu Handlangern der Freimaurerei werden. Sie sind darum ein ewiger Krankheitsherd gefährlichster Epidemien für die übrige Welt. Wenn von Quarantäne im internationalen Leben gesprochen werden darf, dann von diesen künstlichen Gebilden der Weltfreimaurerei. Sie sind seit ihrer Geburtsstunde politische Erdbebenzentren und werden niemals ihre innere Ruhe finden können. Ihre "Geschichte" besteht aus einer nichtabreissenden Reihe von Lohnkämpfen, Streiks, Gangstertum,


Oh ! moi, je n'ai qu'un
petit rôle, je suis Dieu le père.

Der franzoesische Zeichner Lauzier bringt diese Darstellung im Paris-Match:
"Oh, ich? Ich habe nur eine kleine Rolle, ich bin Gott-Vater".

Maffias, charakterlicher Entartung, billigster Veräusserlichung des Lebens. Nur aus gesunden Teilen kann sich ein gesundes Ganzes zusammensetzen. Das trifft für unsere heutige Welt gerade wegen ihrer technischen Verzahnung mehr denn je zu. Darum hat eine nationale Regierung in allen Fällen in ihrer Aussenpolitik überall auf der Welt die nationalen Bestrebungen zu unterstützen, um die Welt als Ganzes wieder national zu machen. Es ist Selbstmord, um wieder einmal konkret zu werden, wenn eine nationalbewusste Regierung vor den UN gegen eine andere nationale Regierung stimmt. Mit keinerlei taktischen Erwägungen kann derartige Todsünde entschuldigt werden.

Europa mag es schwerer haben, die Notwendigkeit einer Revolution zu erkennen. Feiste Wänste, verhurte Gestalten pflegen nur an den Genuss des Augenblicks zu denken, und ihrer gibt es die Hülle und Fülle in Europa. Doch niemals hat die Zahl eine Rolle gespielt. Sie wurde erst mit der demokratischen Gewaltherrschaft künstlich aufs Podest gehoben. Man wird bald schon sehen, wie schrecklich schnell die ganze Wohlfahrtsgesellschaft in ihre Löcher

kriecht, wenn ein Fähnlein nur von Aufrechten scharf zu schiessen beginnt. "In den meisten entwickelten Ländern akzentuiert sich der Unterschied in den Einkommen immer deutlicher" warnt das Genfer Institut Battelle im Mai 1970 vor der Entwicklung, die der von der Freimaurerei organisierte Kapitalismus nicht nur in der unterentwickelten Welt nimmt.

Mit Recht hat man gesagt, dass unsere Zeit eine schnellebige ist. In der Tat gibt es daher heute noch, gerade ja in Europa, und dort in den einst faschistischen Ländern ganz besonders, noch Millionen, die in jenen Kategorien denken, die morgen wieder nach Beseitigung der Folgen der Ueberschwemmung von 1945 mitzusprechen haben werden. Sie werden vielfach gar nicht verstehen, dass scharf geschossen werden muss, dass eine REVOLUTION notwendig ist. Sie meinen, mit Bewahrung, mit Festhalten sei es getan. Sicher, für sie selbst ist das bestimmt richtig. Doch nicht für die jüngere Generation, für alle diejenigen, die in den feindlichen Strahlungsbereich gerieten und zu blinden Dienern der Feinde einer glücklicheren Welt wurden. Diese gilt es sehend zu machen, zu Kämpfern zu formen, die bereit sind, in der gottgeschaffenen Welt der Völker ihren bescheidenen, aber selbstbewussten Platz wieder einzunehmen.

Die eigentliche Revolution wird also von "rechts" kommen (denn alle "Revolutionen" von "links" waren immer nur Ablenkungsmanöver, waren ein Betrug der Völker, der weiterführte zu nur noch steigender Versklavung und Unterdrückung, wie die Geschichte Europas der letzten 200 Jahre ganz eindeutig und völlig unwidersprechbar beweist). Aber viele, viele, die "rechts" stehen, werden zu solcher Revolution nicht den allergeringsten Beitrag leisten, eben weil sie gar nicht verstanden haben, um was es heute geht. Sie sind längst zu einem Teil des gegenwärtigen Systems geworden und von der Geschichte zusammen mit diesem bereits ad acta gelegt worden. Für "Konservative" ist in der "Stunde XIII" kein Platz mehr.

Denn das sind doch alles keine Revolutionen, was sich die Leute heute so durchweg aushecken. Das sind Wünsche Unzufriedener. Die hat es immer gegeben, und die wird es auch immer wieder geben. Aber um deretwillen wird die Welt sich nicht umkrempeln. Eine Revolution, ja was ist denn das? Das ist eine grundsätzliche Umwälzung, das ist die Beseitigung von Strukturen und ihr Ersetzen durch andere, das ist ein Umdenken der Menschen, das ist Aenderung der Spielregeln im öffentlichen Leben, das ist Einführung einer anderen Wertskala, an deren Spitze dann nicht mehr das Geld steht. Das ist Ausschaltung aller derjenigen, die die derzeitigen Zustände geschaffen und aufrechterhalten möchten, weil sie ihnen nützen.

So geht der eigentlichen Revolution eine Aufklärung voraus. Es muss klargestellt werden, w e r die Nutzniesser unserer heutigen Zustände sind, wer sie uns aufgetischt hat und unseren Erdball von 1970 hinstellt als die beste aller Welten. Mit solchem Tun hat es wahrlich nichts zu tun, wenn jemand alte Kamellen aufwärmt oder der zwingenden Notwendigkeit der Revolution durch schöne Redensarten ausweichen will. Die reichen Länder mögen schwerer das Kommen dieser Revolution fühlen als die armen, doch wird sie gerade in den Hochburgen des Kapitalismus den Boden am tiefsten umbrechen. "Die Stunde der Völker" wird nicht Europa aussparen. Im Gegenteil, von dort wird der Funke, einmal gezündet, klarer ausgehen als von den übrigen Kontinenten, jener Funke, der die grossen Geheimbünde, die heute unsere Welt so planmässig regieren, niederbrennen wird. Beiträge zum weltweiten Autodafé wie so manche hier bereits wiedergegebene Stimme zeigen, dass grosse Neuigkeiten nicht nur in der farbigen Welt ante portas stehen. Die Inkubationszeit hat überall bereits begonnen.

Die Revolution, die sich anbahnt, ist der Versuch, sich von fremden Ideen und Lebensformen zu befreien und ein Leben aufzubauen, wie es sich aus den zuständigen völkischen und religiösen Grundlagen ergibt. Nun gibt es andererseits – und auch das muss hier gesagt werden – Personen, die sowohl bei der Feststellung der völkischen wie der religiösen Grundlagen meinen, in eine Zeit zurückgehen zu müssen, die noch vor den grossen geschichtlichen Völkerbewegungen und Religionsstiftungen liegt. Sie legen dabei die erkannte revolutionäre Notwendigkeit in theoretischer Konsequenz aus, vergessen aber, dass geistige und biologische Entwicklungen, die sich inzwischen fast 2 000 Jahre lang fortbewegen konnten, ungestraft nicht wieder rückgängig gemacht werden können. Die vielen Forschungen, die angestellt wurden, um die Bedeutung – um einen Fall konkret herauszugreifen – der Germanen für die Formung der Welt herauszustellen, haben sicher ihren Wert auch für die Beurteilung heutiger Zusammenhänge. Doch ist es irreales Unterfangen, heute etwa wieder eine germanische Welt aufbauen zu wollen – genau so wie es irreal ist, eine indianische Welt oder eine an Fetischen hängende Negerwelt aufbauen zu wollen. Das geht einfach nicht mehr. Ihren unschätzbaren Wert aber haben alle diese Forschungen, weil sie völlig unumstösslich beweisen, dass der Versuch zur Zerstörung der europäischen Geistigkeit nicht erst heute einsetzt, sondern mit allen Mitteln, bis hin zum Genocidium an den Sachsen, schon seit Jahrtausenden praktiziert wird, dass die Freimaurerei von heute ihren machtgierigen Vorgänger in der katholischen Kirche gehabt hat. Und sie haben ihren Wert, da sie beweisen, dass in Jahrtausenden Europa n i c h t zu vernichten war.

Trotz immer wieder auftretender Rückfälligkeiten im Rom "jenseits der Berge" ist das Christentum längst zur Religion Europas geworden, hat sich mit unserem Wesen gefüllt, wenn Sie wollen, seit den Zeiten eines Heliand und eines Meisters Eckehart. Nicht daher mit der Vernichtung des Christentums, sondern mit der Bekämpfung des Missbrauchs, der mit ihm von Seiten der verschiedenen Kirchen gerade heute immer wieder getrieben wird, ist der Weg beschrieben, der die Sammlung einer bedeutenden Heerschaar gegen die Gnostiker von New York ermöglicht. Nicht zufällig stehen Priester daher überall in den Reihen der Revolution, kämpfen mit gegen die gemeinsamen Unterdrücker aller Völker und Religionen. Nur so kann doch die Grosse Rebellion gegen Gott und die Natur wieder überwunden werden, die seit 200 Jahren dabei ist, die Welt in eine Hölle zu verwandeln.

Diese Rebellion konnte in Europa nur entstehen, weil sowohl die völkischen wie die gläubigen Elemente in Selbstüberheblichkeit den Dienst am Gral egozentrisch als einen Dienst am e i g e n e n Volk und am e i g e n e n Glauben ansahen und nicht wissen wollten, dass die Liebe jenes Gottes, den sie anzubeten vorgaben, a l l e Völker und a l l e Gläubigen gleichsam umfasst. Gehen wir daher nur getrost den grossen Gedanken weiter, der sich verkörperte in jenen Kontingenten, die Seite an Seite den Bolschewismus bekämpften, die Blaue Division, die Légion, die Wallonische und Flämische Waffen-SS, die Niederländer, die Dänen, Schweden, Norweger, Finnen, die Faschisten, die Kroaten, Ungarn, Serben, Rumänen, Balten und Ukrainer, die diesen gemeinsamen Kampf den Querellen untereinander voranstellten. Und sorgen wir dafür, dass nationale Kräfte nicht wieder als Vorspann der Interessen nur eines Teiles von Europa dienen.

Und berücksichtigen wir andererseits die Besonderheit der deutschen Lage im europäischen Zusammenhang. Das allgemeine europäische Schwinden der geistigen und sittlichen Qualitäten, die schon von Max Nordau 1893 als "Entartung" bezeichnete genetische Degeneration, hat in Deutschland einen beson-

ders grossen Umfang mit der Vernichtung oder Ausschaltung aller Kulturträger nach 1945 angenommen. In Deutschland ist Erbgesundheitspflege, Führen eines Familienbuches, verpönt bzw. offiziell unmöglich gemacht worden. Das allgemeine europäische Gesetz der Qualitätsverdrängung konnte also hier besonders machtvoll bei der Gesellschaftsumschichtung in Aktion treten (vgl. "Das Tribunal", S. 69). Mehr oder weniger nur der Deutsche kennt daher den Typ des Spiessbürgers, wie ihn Sombart beschreibt, und diese Gruppe steriler Gestalten hat infolge der biologischen Ausmerzung der Standhaften durch den II. Weltkrieg und seine Folgen in Deutschland prozentual um ein Mass zugenommen, welches bei Europäischen Gedanken berücksichtigt werden muss. Es ist nicht so, dass die geographische Mitte darum in dem Kampf um eine Wiedererlangung europäischer Identität ausfiele. Aber, es geht in dieser Mitte notgedrungen ein Kampf um Beseitigung des faulen Fleisches voraus, den die anderen Völker in dieser Form nicht benötigen. Dass schon bei den heute allgemein in Europa im Fluss befindlichen geistigen Auseinandersetzungen Deutschland deutlich nachhinkt, die dortige Zeitschriften- und Buchproduktion eine Thematik aufweist, die – mit sehr wenigen Ausnahmen – den eigentlichen Problemen ausweicht, ist eine Folge dieser Verhältnisse. Das geringe Interesse der deutschen Jugend, sich ernstlich mit den Problemen unserer heutigen Welt zu befassen, sticht deutlich ab von der Aktivität, die wir im übrigen Europa von Athen und Lissabon bis nach Irland und Schweden als charakteristisch für unsere Zeit feststellen müssen. Es geht sogar so weit, dass man nicht selten deutsche Stimmen hört, die den herrlichen Unsinn verbreiten, Juden- und Freimaurerfragen seien "nicht mehr akut", die also wie Vogel Strauss gerade vor den allerbrennendsten Problemen unserer Zeit und der nächsten Zukunft mit einer Bemerkung ausweichen, die unserer Meinung nach durch nichts anderes als durch mangelnden Mut und mangelndes Verantwortungsbewusstsein geprägt wird. In der einen oder anderen Form aber muss es gelingen, in Deutschland wieder deutsch zu sprechen und zu handeln, um auch in Europa wieder europäisch handeln zu können.

Der Chemieunterricht ist bekanntlich voll der interessantesten Reaktionen. Da jagt ein Stück Natrium zischend und fauchend auf dem Wasser dahin, da entwickelt das mit Säure begossene Schwefeleisen die übelsten Dämpfe. Doch alles das ist noch gar nichts gegen das, was man bei einigen Westdeutschen heute erleben kann, wenn man ihnen mit Tatsachen über die Freimaurerei oder über unsere jüdischen Mitmenschen kommt. Da wenden und winden sie sich in tierischer Angst, um sie nicht zur Kenntnis nehmen zu müssen. Und wenn sie gar bei solcher unbeabsichtigter, unvorsichtiger Lektüre ertappt werden, da fangen sie an, in den greulichsten Tönen auf die Bösen zu schimpfen, die mit so unpassenden Wahrheiten kommen und meinten, die Augen öffnen zu müssen. Wirklich, die Chemiestunde erscheint langweilig im Vergleich zu den köstlichen Geistesverrenkungen, die man dann bei Umerzogenen erleben kann. Solchen Figuren ist es völlig egal, was sie selbst etwa gehört und gesehen, am eigenen Leib einst erlebt haben. Ohne Rücksicht darauf haben sie sich doch schon längst auf das verschworen, was das Fernsehen sagt. Und mit Berserkerwut stürzen sie sich nun auf diejenigen, die ganz einfach und bescheiden in aller Seelenruhe ein paar kleine Tatsächelchen bringen, die aber nun mal keinen Platz mehr haben in den Sklavengehirnen. Denn, die Wahrheit zur Kenntnis nehmen, ist ja für diese Knülche gleichbedeutend mit dem Eingeständnis, dass man Schwindlern zum Opfer gefallen ist. Ein solches Eingeständnis aber liegt weit jenseits der charakterlichen Potenz dieser primitiven Wichtigtuer. Wir haben jetzt, so sagen sie, doch zwanzig Jahre lang so getan, als seien die Sieger von 1945 ganz herrliche Menschen und die Deutschen ein



"Sometimes I wonder if we haven't carried Ecumenism a bit too far."

aus Common-Sense, August 1969

Haufen von Verbrechern. Sie haben das ihren Kindern erzählt und freuen sich über deren freie Liebe und Ungehemmtheit gegenüber allen sogenannten Autoritäten. Endlich, schreien sie, haben wir die schöne Zügellosigkeit erreicht, da redet man uns dazwischen von Wahrheit? von Disziplin? von Schamgefühl? von Volksgemeinschaft? von menschlicher Würde? Pfui Teufel, so eine Bande von Quärulanten! von Störenfrieden! von Nazis! Wenn die uns zu nahe kommen, da gibts nur noch zweierlei: Ganz schnell den Kopf ganz tief in den Sand stecken! Oder aber solche bösartigen Fanatiker genau so behandeln, wie wir doch in gemeinsamer Anstrengung schon alle die anderen noch nach dem Verscharren verunglimpft haben, die früher Volk und Heimat und Glauben für wichtiger hielten als Geldraffen und Huren. Man hat sich doch so schön auf den Leichen der deutschen Männer und Frauen und Kinder eingerichtet, auf diesen mit Lüge und Verleumdung niedergestampften Ungeheuern, die 1945 siegen wollten, die mit 99% für den verruchten Führer stimmten! Und jetzt sollen etwa diese alle wieder auferstehen, diese Millionen und Abermillionen, und

sollen es wagen, mit dem Finger auf diejenigen zu zeigen, die das Vaterland und die Jugend verkauft haben? Das wäre doch wirklich das allerletzte! Darum, auf die Papierbarrikaden, wer noch kann. Staatsanwälte, vor die Front, denn wozu haben wir Euch? Die Demokratie ist in Gefahr! Es soll nicht mehr weitergehurt werden! Man droht uns mit der Wahrheit! Man nennt Schmutz und Dreck bei Namen! Das darf nicht sein! Um unseres Bankkontos willen, NEIN!

Ja, solche Herrschaften gibt es wirklich! Doch, sie sind schon recht selten geworden. Sie wagen schon öffentlich nicht mehr zu sagen, was sie so denken. Sie haben sich bereits allzusehr blamiert. Das Volk hat viel zu deutlich erkannt, wohin dieses Rennen geht. Mit Wehmut und Trauer gedenkt es jener vielen, allzuvielen Sauberen, die auf dem Felde der Ehre blieben, und die dann fehlten, den Verrat und den Ausverkauf zu verhindern. Kaum einer wagt es mehr, die Pornographie als Fortschritt zu preisen, kaum einer wagt es, Juden und Freimaurerei noch als unschuldig an diesem Weg in den Abgrund hinzustellen. Der Sieg von 1945 ist bereits heute zerronnen, das blendende Gebäude war auf Sand gebaut, auf Lug und auf Trug. Man beginnt wieder, an Sauberkeit und Anstand zu glauben. Es ist, als wäre der Herr selbst wieder auf die Erde gekommen und fegte die Wucherer wieder aus dem Tempel. So scharf schon ist der Wind, dass sie sich in abseitige Ecken zu flüchten beginnen. Doch, seid sicher, es ist erst der Anfang, doch ists nicht mehr zu halten. Möglich, Westdeutschland kommt mit als letztes dran, doch aussparen wird sich Gott dieses Ländchen ganz sicher nicht!

Wenn aber das, was die deutsche Jugend 1933 beseelte, wahr und gut war, dann ist der Kriegsausgang niemals als Beweis des Gegenteils ansehbar. Denn 1945 siegte die absolute Geistlosigkeit, die organisierte Falschmünzerei, die raffinierte Technik, und nicht etwa ein besseres menschliches oder politisches Prinzip. Darum war 1945 nur der Anfang einer ausgesprochen unmenschlichen Zeit. Und die Sieger müssen nun Fälschung an Fälschung, Verbrechen an Verbrechen reihen, um in dauernder Flucht vor der Wahrheit, vor Gottes Völkern, in einer Politik der verbrannten Erde jedes aufkeimende Leben immer wieder zu zerstören, mag es in Biafra oder sonstwo sich sein Recht suchen wollen. Gehetzt von ihren eigenen naturwidrigen Taten sind sie ruhelos und zutiefst unglücklich, und versuchen ganz vergebens in der Berauschung an ihren technischen "Wundern" Befriedigung. Mörder, Massenmörder, Völkermörder sind sie, nichts weiter. Und sie wissen es!

Die technologische Welt geht davon aus, dass alle Menschen Verbrecher sind. Sie stuft alle Menschen auf der untersten sittlichen Stufe ein, das heisst auf dem Sittlichkeitspegel Null. Sie selbst hat keine sittlichen Normen mehr, denen sie folgt und sie erwartet es daher auch nicht mehr von denen, die sie unterjocht hat. Weil es Verbrecher gibt und weil man diese mit der Hilfe von Fingerabdrücken leichter fassen kann, macht man alle Menschen zu vermutlichen Verbrechern und lässt sie alle ihren Fingerabdruck auf die Kennkarte setzen. Unmenschlichkeit ist darum das Ergebnis der Technologie. Lächerliche Phrasen sind es, wenn ein solches Land dann noch von Humanität spricht.

Ein solches System hält sich aber nur solange, wie noch im Volk das gewachsene Loyalitätsgefühl vorherrscht. Hat man erst einmal allgemein erkannt, dass Computern gegenüber keine Loyalität mehr angebracht ist, dann wird es zur sittlichen Pflicht, in Verteidigung humaner und sittlicher Absichten Urkunden zu fälschen, falsche Aussagen zu machen, Meineide zu schwören, Steuern zu hinterziehen, dann bricht die verlogene Welt des Teufels zusammen. Dann wird es zur Ehre, ins Gefängnis geworfen zu werden, dann trägt

weltweit der hohe Adel der Menschheit Handschellen, wie man es den Besten in unserem Volke 1945 antat. Dann hat Gott selbst dem Establishment die Maske heruntergerissen und es steht vor allen sichtbar die Fratze des Teufels hinter den Gesetzbüchern der demokratischen Welt. Verbrecher regieren Verbrecher. Das ist heute schon das Wesen der "westlichen" bewusst entsittlichten, entgotteten Welt. Massenmörder Churchill und Massenmörder Truman, geehrt von dieser Welt, sind nur bekanntere Figuren in einem täglich sich tausendfach wiederholenden Vorgang. Sage mir, wen Du ehrst, und ich sage Dir, wer Du bist.

Wie glücklich war doch dagegen die deutsche Welt in den dreissiger Jahren! Kaum hatte die grosse Arbeitsschlacht im Sommer 1935 begonnen, da riefen die Schlagzeilen der Zeitungen: Gau Ostpreussen meldet: noch 700 Arbeitslose. Gau Hamburg meldet... usw. Und in zwei Monaten war das Bild der deutschen Strassen und Plätze verwandelt. Es gab keine Arbeitslosen mehr. Millionen erinnern noch heute diese Tatsachen. Und nicht etwa, dass man die Menschen in Konzentrationslager gesperrt oder erschossen hätte, wie es eine demokratisch-perverse Phantasie heute halluziniert. Man war einfach an die Arbeit gegangen. Ja, die Menschen waren damals nämlich froh und glücklich, singend an die Arbeit gegangen, nicht ans Spekulieren oder Protestieren, sondern schlicht und einfach ans Arbeiten. Der Schreiber dieser Zeilen selbst war damals als Werkstudent tagsüber als Lehrling in einer Bank tätig. Und da hatten wir unsere Berufswettkämpfe. Und wir nahmen begeistert daran teil, uns mit den Gleichaltrigen zu messen, und ich war stolz, den dritten Preis in Hamburg für meine Klasse herauszuholen. Und niemand dachte daran, lieber sich den Bart wachsen zu lassen oder freie Liebe zu predigen. Man vergleiche doch nur die Schiessbudenfiguren von heute mit der deutschen Jugend von damals. Da stöhnt man heute von Haltungsschäden, von blassen und krummen Gestalten, während man damals Sport trieb. Ja, stellen Sie sich vor, wie grausam die Regierung Hitlers war. Sie zwang die Menschen, Sport zu treiben. Pflichtsport hiess das bei uns auf der Universität. Und dann kam sogar ein Arbeitsdienst auf. Wie blöd doch, nicht wahr? Arbeiten als Dienen aufzufassen! Hier bei uns im fernen Südamerika tauchte jetzt eine Entwicklungshelferin auf. Der sagten wir, man solle doch wieder einen Arbeitsdienst einführen. "Noch mehr Freiheitsberaubung?" war die entsetzte Frage dieses Dämchens. Ja, man vergleiche nur die "selfmademen" der Auslandsdeutschen mit diesen feinen Pinkeln, die zu uns kommen, um als Geburtshelfer bei ihrer Plastikwelt mitzuwirken, diese sterilen, eingebildeten, aufsässigen, unbescheidenen, frech sich in fremde Angelegenheiten auf Grund ihres reichlichen Geldes einmischenden Vertreter des Spekulationskapitals und der lebensfremden Utopien, die unfähig wären, auch nur die bescheidenste Arbeit ohne die schöne Bonner Rückendeckung hier zu finden oder auszuführen, die selbst in ihrer "Ausbildung" derart primitive Lücken aufweisen, dass man nur noch in einer Mischung von Mitleid und Verachtung dieses feine Pack betrachten kann. Bitte, vergleichen Sie nur den Geist der Kolonialschule Witzenhausen mit den Ausbildungsstätten der geschniegelten Entwicklungshelfer "in Samt und Seide" von heute. Damals wurde man unterrichtet von Kolonialpionieren (weiss man heute überhaupt noch, was das sind?) für das eigene, drüben aufzubauende Leben, das hart genug zu werden versprach, und das trotzdem gemeistert wurde (und gerade deswegen den Neid der Feinde heraufbeschwor und Enteignungen – nicht wiedergutgemachte Enteignungen übrigens – notwendig machte, weil man mit deutschem Arbeitswillen und Fleiss nicht mitkam). Heute soll man dagegen lernen, fremde Völker unter der Tarnung schöner Phrasen zu entrechten, zu entwurzeln, ihnen die Notwendigkeit zur Aufnahme westdeutscher

Anleihen klar zu machen, soll fremden Völkern erklären, dass es keine Völker mehr gibt, dass es keinen Gott mehr gibt, sondern nur noch lustlose Arbeitsbienen in einem Weltgefängnis mit Achtstundentag und Mitbestimmung und garantiertem 10-tägigem jährlichem Urlaub und ebenso garantierten Steuern, und wie der ganze ideologische und praktische Unsinn heisst, den man mit Hilfe dieser Missionare mit Photoapparat und neuestem VW exportieren möchte. Spazierenfahren und schöne Sprüche dreschen, wichtig tun vor den staunenden Auslandsdeutschen, die solche Protzerei mit gutem Leben sprachlos ansehen, worauf man gar noch meint, man hätte einen guten Eindruck gemacht, weil man nicht gleich vor die Tür gesetzt und ins Hotel 1. Klasse zurückgeschickt worden (denn ein anderes ist ja "nicht zumutbar"). Völlig vergebens warten wir aber darauf, dass mal jemand hier hinauskommt, so, wie wir alle einst, das heisst ohne einen einzigen Pfennig in der Tasche, ohne Beziehungen, und dann ganz von unten an anfängt, aufzubauen oder aber – unterzugehen. Und dann hinterher den Mund aufzumachen und seine Meinung zu sagen, aber nicht vorher Bücherweisheit von sich zu geben, wie diese geschniegelten Entwicklungsstrolche es tun. Das Auslandsdeutschtum hat sie genau so restlos satt wie unsere Regierungen. Wir alle schliessen von diesen Emissären und von den Illustrierten, die sie bei sich haben, auf den Zustand eines Erdteils, der so etwas in die Welt hinausschickt. Wir erkennen aus diesem allem, von wem Europa niedergezwungen und überspielt wurde.

Wir haben bei den verschiedenen "Entwicklungsländern" feststellen können, wie die Freimaurerei sich gesellschaftliche Formationen aufbaut, in welchen sie dann den Ton angibt. Vom allerersten Anfang an ist die Bildung solcher neuer Staaten ja das Werk der Freimaurerei, ob wir dabei zurückgehen auf die USA und auf Lateinamerika, oder ob wir unser Augenmerk richten auf die Neugründungen in Afrika und Asien. Dort, wo der Freimaurerei zeitweise das Heft aus der Hand genommen worden war, wie in einigen Staaten Südamerikas (in Argentinien etwa durch Perón), wird mit steuerlichen und anderen Massnahmen eine Neuverteilung des Besitzes im Sinne der Freimaurerei vorgenommen. Steuerinspektionen finden nur dort statt, wo nicht die Brüder getroffen werden können. Die Internationalen Riesenunternehmen bleiben verschont. Steuerfreiheit herrscht gar bezüglich der Kampforgane der Freimaurerei, mögen sie als "Stiftungen" oder "Parteien" oder "Klubs" gekennzeichnet sein.

Doch nicht nur in den "Entwicklungsländern" erfolgt dieser Aufbau einer "modernen Welt". Dank Vorgängen wie "Mitbestimmungsrecht", "Volksaktien", "Sonderziehungsrechten", "Weltbankkrediten" usw. usw. wird auch in den inzwischen politisch entseelten Industrieländern alles unternommen, um wirtschaftliche UNABHAENGIGKEIT (und damit geistige Unabhängigkeit) auf allen Ebenen zu beseitigen. Deutlicher noch als schon 1878, da Lord Disraeli es aussprach, gilt heute sein Wort: "Die Geschichte Europas kann nur der schreiben und verstehen, der in die Geheimnisse der Logen eingeweiht ist."

Wenn man die verheerenden Folgen der Zentralisation auf so vielen Lebensgebieten heute deutlich erkennt, kann es nicht schwer fallen, sich die weniger sichtbaren Folgen einer solchen Zentralisation auf geistigem Gebiet vorzustellen, wie sie mit der Zusammenfassung der Weltfreimaurerei unter einer einheitlichen Direktive auftreten müssen. Die in Barranquilla mit dem leeren, und doch so vielsagenden Wort "Erhaltung des Weltfriedens" ausgegebene Richtlinie ist daher erkennbarer Startpunkt für eine sehr dynamische Entwicklung, wie sie vernichtender sich gar nicht gestalten kann. Bis in die letzten Verästelungen der lebenden Menschheit wird jetzt ein Saft gepumpt, der das bisherige natürliche Lebensblut zu ersetzen hat. Die 1717 in London ein-

geleitete Weltveränderung hat damit erst mit den technischen Möglichkeiten unserer Zeit den Weg bis in die abseitigste Hütte gefunden und das Wort "Krise" bis ins letzte Tal getragen. Kehrten sich vor 200 Jahren nur einige "Aufgeklärte" ab von Gott und der Natur, so geht heute erst die eigentliche Massenbekehrung zu dem "Gott der Philosophen" vor sich, wird eine religiöse Krise heraufbeschworen.(*291)

Der ganze Umfang unserer gegenwärtigen "religiösen Krise" ist dabei aber nicht klar umrissen, will man nicht in die Reihe derjenigen, die sie kommen sahen, mit hineinnehmen die Religionsphilosophin Dr. Mathilde Ludendorff. Wir erfahren da zB von Frau Prof. Hunke ("Europas andere Religion"), dass man einen der bedeutendsten europäischen Philosophen, Pelagius, völlig verschweigt, ihn in keinem Geschichtswerk richtig würdigt, ja, ihn im allgemeinen sogar völlig umgeht. Auf derartigen Mätzchen hat sich die von Rom gelenkte Geschichtsschreibung fast zweitausend Jahre lang aufgebaut (vgl. Spenglers beissende Ironie über die völlig unsinnige Aufteilung der Weltgeschichte in Altertum - Mittelalter - Neuzeit, wobei die erste Unterscheidung alles Vorchristliche einfach in einen Topf wirft und die zweite Abstufung nach entsprechender laufender Verzerrung heute der Freimaurerei zum Aufbau ihrer Geschichtsfälschung dient: die Neuzeit als die Zeit ihrer Erleuchtung), und es ist nicht gerade ein Zeichen geistiger Grösse Europas, solches heute feststellen zu müssen. Wie aber steht es in dem gleichen Werk von Prof. Hunke bezüglich der bahnbrechenden philosophischen Werke von Frau Dr. Ludendorff? Kein Wort darüber. So aber geht es eben nicht! Die "europäische Zukunft", an welche erstere glaubt, wird niemals anbrechen, wenn weiterhin Feigheit und Pragmatismus die Historiker bestimmend beeinflusst. Es ist relativ leicht, heute, das heisst nach den schweren Schlägen, die die Ludendorff-Bewegung Rom erteilte, letzteres anzugreifen und einen Pelagius auszugraben. Doch die eigentliche Wahrheitskraft erhalten Aussagen doch erst dann, wenn sie dort gemacht werden, wo die römische Geschichtsfälschung von der der Freimaurerei abgelöst wird, – wo dann allerdings der Scheiterhaufen droht.

Eine heillose Verwirrung ist um den Begriff GOTT in Europa und dort insbesondere im deutschen Sprachgebiet eingetreten. Das kam offen zum Ausdruck, als die Freimaurerei (und zwar die des Gross-Orients, wie wir noch sehen werden) ansetzte, der Welt einzureden, dass es überhaupt keinen Gott mehr gibt, sondern nur noch einen Grossen Architekten, eine Art Oberingenieur, der ihre "technische Welt" dirigiert. Da hatte man nämlich das bekannte Nietzsche-Wort wieder ausgegraben und schrie auf einmal in allen verfügbaren Publikationen, deutlich auf Kommando: "Gott ist tot".

Sofort aber trat ein Christ, nämlich der uns bereits bekannte Heidelberger Professor Georg Picht auf den Plan und stellte klipp und klar fest, dass dieser Gott ja gar nicht GOTT ist, sondern nur das Gottesbild der Philosophen. Das allerdings ist tot, und das gerade ist eben nicht zum Ergötzen der Freimaurerei, denn: (Frau Prof. Hunke ist jedoch anderer Meinung, bezieht Nietzsches Wort auf den Christengott!)

"Der Gott, von dem Nietzsche verkündet, er sei tot, ist der Gott der Philosophie bis Hegel, und dieser Gott ist seiner geschichtlichen Herkunft nach der Gott der griechischen Philosophie... Der Grund des Seins und der Wahrheit, die Idee des Guten, das ist der Gott der Philosophen." Ein Bild dieses Gottes ist der Kosmos. "Auch die Vernunft des Menschen ist nichts anderes als der Kosmos: ein Götterbild" (Picht). "Und es erscheint als das Subjekt der Vernunft in rascher Folge der Volksgeist, die Humanität des Menschen, das Proletariat, die Nation, der Wille zur Macht, die Existenz, das Unbe-

wusste und seine Archetypen, oder, als letzte Perversion der Vernunft, der als Negation der Vernunft verstandene Mythos und schliesslich die Rasse." Soweit Picht, nur dass er vergass, als allerletztes Subjekt die Menschenrechte hinzuzufügen.

"Dieser Gott also verschwindet aus der Philosophie und die Vernunft ist fortan ohne Subjekt" (Picht). Die Freimaurerei aber hat ihren Gott getötet, nicht den unseren. Es bleibt nichts übrig als ein lächerlich menschliches Ziel, dem man nun keinen Heiligenschein mehr anhängen kann, der Weltfrieden. Mit dem Völkermord, der dem Gottesmord folgt, versucht man, ihn zu erreichen.

Kam aber dieser Gottesmord wirklich so überraschend? War er nicht schon in jenem Augenblick vorauszusehen, da man diesen Gott schuf? Trugen nicht von Anfang an seine Erfinder das Zeichen auf der Stirn, welches schon Kain trug? Jenes Zeichen, das so unendlich menschlich ist?

Soweit sich die Philosophie bei ihrem langen menschlichen Irrweg in die Nähe der christlichen Offenbarung begab, setzen wir ihre verschiedenen philosophischen und pseudoreligiösen Aeusserungen von jener ab unter dem Begriff des Gnostizismus. Seines hat sich daher die christliche Kirche immer wieder zu erwehren und hat die blutigsten Verfolgungen für notwendig befunden, um den eigenen Glauben reinhalten zu können. Wenn heute wieder in mannigfaltiger Form gnostisches Gedankengut, "in rascher Folge" sich wie ein Chamäleon der jeweiligen politischen Exigenz unterwerfend, an die Oberfläche gespült wird, nicht zuletzt die Freimaurerei selbst einen Teil ihres Wurzelwerks von dorther nährt, so kann es wohl helfen, diese Fäden kurz aufzuzeigen. Wir wissen dann besser, was bei solcher Speisung aus der Vergangenheit sich auch in Zukunft produzieren kann.

Der Gnostizismus ist viel mehr als nur eine einfache philosophisch-religiöse Bewegung. Durch seine keineswegs immer rationellen, untergründigen Verbindungen mit der Alchimie, dem Hermetismus und anderen Strömungen steht er in engem Zusammenhang mit den jeweiligen politischen und wirtschaftlichen Veränderungen der Zeit. So wird der Gnostizismus indirekt zum Indiz für einen Zustand der Unsicherheit und der Unbeständigkeit auf der Welt. Nicht zufällig sagt daher Picht auch gerade für unsere Zeit:"Technische Welt und Sicherheit sind also Begriffe, die sich wechselseitig ausschliessen."

Der Gnostizismus ist immer dualistisch: der gute Gott und der böse Gott, weiss und schwarz, Licht und Schatten, die sichtbare Welt und die unsichtbare, Für und Wider, These und Antithese. In diesem Sinne sind Gnostiker Platon und Plotin, Paul Adam und Montherlant, Hegel und Marx. Die Gefahr des Gnostizismus liegt in der Anarchie, in welche eine auf dem Dualismus aufgebaute Welt verfallen kann.

Von Gnostikern sprechen wir seit etwa 100 v. Chr. Etwa hundert verschiedene Strömungen können wir feststellen, die alle damals auf dem Dualismus aufbauten. Sie alle mischten die Lehren eines Pythagoras mit denen eines Platon, die griechischen Götter mit denen Aegyptens, oder besser gesagt: den Symbolismus dieser beiden Welten, die guten Mythen mit den bösen. Der Hexenkessel, in welchem diese Suppen gebraut wurden, hiess Alexandria. Jüdische Kabbalisten (wir erklären noch, was das heisst) traten hinzu und es sind dann diese "hellenisierten" Rabbiner, die aus dem rächenden Jehova einen Gott der Gerechtigkeit machen wollen. Jeder Anhänger der Kabbala aber gab eine andero Erklärung, sodass wir Hunderte von Sekten erleben, deren Lebensdauer kaum die ihres Verkünders überdauerte. Wir mögen aber drei Gruppen unterscheiden: Jene, die Gott dem Teufel überordnen, jene, die beiden gleiche Macht zusprechen und jene, die Gott dem Teufel unterordnen. In der letzten

Gruppe wieder dürfen wir wohl grob unterscheiden zwischen jenen, die dem Teufel das Regiment zusprechen (Satanisten) und jenen, die an die Stelle des Teufels den Menschen setzen, diesen also Gott überordnen (Prometheus-Idee). Die Freimaurerei hat sich von ihrem ursprünglichen gnostischen Deismus (wir zitieren dazu noch später) im Rahmen ihrer "loges rationalistes" in langsamer Entwicklung zu dieser prometheischen Weltanschauung hin verändert. Sie hat die Bibel ersetzt durch die Verfassung Andersons (auch darauf werden wir noch zu sprechen kommen) und sich (mit Ausnahme allerdings der englischen Freimaurerei, die weiterhin zur Bibel steht) damit klar von der christlichen Religion getrennt, hat damit einen Kurs eingenommen, der ihr von Anfang an inherent war und der enden muss wie der Flug des Ikarus. (Vergleichen Sie nur: einst unternahm Dr. Faust noch alles, um seine Geliebte zu retten und wurde selbst errettet. Heute setzt er sie in einen Cadillac und ersäuft sie. Mephisto muss seine helle Freude daran haben.) "Jede menschliche Geschichte ist die Geschichte eines Tempelordens, sofern sie nicht hegelianisch ist", meint Pauwels zu solcher Entwicklung.(*291a)

Die katholische Kirche wurde in diesem Wirbel von Ideen geboren. Die grossen "Kirchenväter", St. Irenius, Origenes, Klemens von Alexandria, Epiphanius, Ephräm der Syrer usw. standen den Kampf mit diesen Gedanken durch und verhinderten die Anarchie. Von Paulus, der manches aus Alexandria mitbrachte bis zu Augustin, dem Geistesfreunde Platons, bis zu Thomas von Aquin, dem Aristoteliker, ist die Kirche Roms in vielem griechisch geblieben bei einem im übrigen oft jüdischen Dekorum. Lateiner und Kelten und Germanen geben dem Werk noch manche weitere zusätzliche Note, sodass schon lange vor dem Bau der gotischen Kathedralen mit ihrem mächtigen Symbolismus Europa im Katholizismus das Erbe seiner alten religiösen Vorstellungen wiederfinden konnte. Nur so erklärt sich die schnelle Verbreitung des Katholizismus in der westlichen Welt. Der Orient und das Judentum haben bei der Form Pate gestanden, weniger aber beim Inhalt.

Dieses Wenige aber ist jedoch immer noch genug gewesen, um den europäischen Menschen immer wieder aufstehen zu lassen gegen das auch im Christentum fortlebende "dualistische Weltgefühl des Morgenländers" (Spengler, "Untergang", S. 25). "Der europäische Gedanke der Einheit von Gott, Welt und Mensch" (Hunke, S. 161) zeigt sich kontinuierlich von Eckehart bis Teilhard de Chardin "in der Auseinandersetzung mit der gemeinsamen, allen vorgegebenen christlichen Tradition" (Hunke, S. 160). "Was (dagegen) er (der neue Gott, der andere Gott Europas) dem heutigen Menschen, dem zukünftigen Menschen bringt, ist die Versöhnung der Liebe zu Gott und der Liebe zur Welt, die Ueberwindung des heillosen orientalischen Dualismus und seiner Erstarrung im feindlichen Entweder-Oder, in dem für Teilhard wie für Hölderlin die Krankheit der heutigen Zeit und ihre Bewusstseinsspaltung ihre tiefere Ursache haben" (Hunke, S. 228). "Der christliche Dualismus ruht auf einem südlichen Verdacht gegen die Natur, auf einem tiefen Argwohn vor allem über die Natur des Menschen selbst, einer Erbschaft des tiefen Orients, der eine ganz andere Erfahrung des Menschen als der Norden gehabt hat" (Nietzsche, "Der Bauernaufstand des Geistes"). "Zweifellos ist die Stunde gekommen, da der dualistische Orientalismus an seiner Sündigkeitserklärung des Menschen, an seiner Verelendung der Wirklichkeit und seiner Zerspaltung der Welt zugrunde gehen und die trotz seiner am Leben gebliebene andere Religion Europas – die "europäische Religion" – in Wiederheiligung der Wirklichkeit und des Menschen und Heilung einer kranken und gespaltenen Welt Europa endlich besitzen und es zu seiner erst jetzt beginnenden "europäischen" Zukunft bevollmächtigen wird" (Hunke, S. 505).

Es war auch bei Nietzsche "nichts anderes als das, woran alle europäischen Ketzer gelitten, wogegen sie sich mit allen Kräften ihrer gläubigen Seele gewehrt haben, und was ihren Widerspruch herausgefordert hat: der Dualismus, die Verabsolutierung der Gegensätze als Wertgegensätze, die Zerklüftung des Daseins, die immer auf Kosten der einen Seite geht, immer Lebensfeindlichkeit, Entwertung der Erde zum Jammertal, Entwürdigung des Menschen, Diffamierung des Leibes, die Sündigkeitserklärung der Natürlichkeit bedeutet, immer das Leben und das Werden an das starre, tote Sein verrät" (Hunke, S. 398).(*292)

Doch, trieb das Christentum in den Augen dieser Ketzer hin zur "Entwürdigung des Menschen", treibt die Freimaurerei hin zu seiner Heiligung; bedeutete jenen Ketzern das Christentum "Diffamierung des Leibes", schwelgt man heute in seiner pornographischen Anbetung; spricht Hunke von der "Sündigkeitserklärung der Natürlichkeit", frönt man heute der Perversität. Mag diese "andere Religion" bestehen, viele derjenigen, die heute auf das Kreuz speien, sind kaum mehr als Fetischanbeter. Ist der Mensch wirklich reif, in die freie Natur entlassen zu werden? Warnt nicht unsere Gegenwart stündlich davor? Rufen nicht gerade diese Antichristen lauthals und froh: "Gott ist tot!"? und meinen damit jedweden Gott?, lenken unsere Welt in die Anarchie? Einmal meinen sie damit den Gott der Christen, ein ander Mal den Gott der Philosophen. Ersetzen wollen sie ihn durch "den Menschen", "die Menschheit", etwas, was es überhaupt nicht gibt. An die Stelle des christlichen Abendlandes möchten sie ihre selbstherrliche Homokratie setzen, an die Stelle des Vatikans und der Jesuiten die Freimaurerei. Das schon von allen Gnostikern als wirkende Kraft anerkannte Irdische soll fortan allein bestimmen. Die Erwähnung einer "anderen", "europäischen" Religion ist allen denen nur Vorwand, die meinen, eine glaubenslose Menschheit besser manipulieren zu können, als eine natürlich gewachsene gläubige völkische Gemeinde. In dem Augenblick, da alles Gedruckte, so es nicht irgendwo im Selbstverlag erscheint, den Stempel freimaurerischen Plazets trägt, haben wir recht, wenn wir mit Argwohn an die uns vorgetragenen Gedanken gehen.

Stand der Gnostizismus mit seinem unüberwundenen Dualismus und seiner Gefahr der Anarchie bereits am Anfang des Christentums, so blieb er bis heute hin die ständige Gefahr für unsere Zivilisation. Immer wieder erleben wir es dabei in der abendländischen Geschichte, dass man in der Form von Geheimgesellschaften und von der Wirtschaft her versucht, den Hebel anzusetzen, der die Welt aus den Angeln heben soll. Am gefährlichsten wurde der Kirche der Albigenseraufstand, den wir später noch in chronologischem Zusammenhang erwähnen. Hier nur wollen wir den gnostischen Charakter des Aufstandes betonen. Diebstahl, Raub, Plünderung, Wucher waren den Unterworfenen gegenüber nicht nur erlaubt, sondern geboten. So hatte man die doppelte Moral des Alten Testaments richtig verstanden. Denn jenes verdammt nur die Untaten, begangen am Nächsten, am Volks- und Rassegenossen. Zu schützende Abkommen Adams sind nur die Auserwählten. Das Wort vom "Nächsten" erhielt einen völlig unchristlichen Sinn.

Uns hier interessiert aber das Geheimnis, welches hinter der Kapitulation von Montsegur steht. Obwohl in jenem Krieg wahrlich kein pardon gegeben wurde, ja, kurz vorher noch ein Inquisitor mit seinen 12 Gehilfen niedergemacht worden war, gewährte man den Belagerten in jenem Schloss vierzehn Tage Vorbereitung und sodann freien Abzug. Unter ihnen befand sich Raymond VII., Graf von Toulouse. Unangetastet konnte er seinen Schatz und seine schriftlichen Geheimnisse mitnehmen. Wir können zu den Gründen nur folgendes hier sagen:

Die Familie des Grafen von Toulouse stand in Verbindung mit den Abkommen der Capetinger. Zahllos waren die Geheimverbindungen, die durch die Jahrhunderte hindurch im Rücken der regierenden Merowinger gepflogen worden waren. Unter den Belagerten befand sich auch einer der führenden Albigenser, Niort, dessen Sohn Tempelritter war (den Faden dieser Verbindung, die hinführt zur Freimaurerei, nehmen wir später wieder auf). Man fragt sich: Wussten die Belagerten von dem versteckten Staatsschatz der Capetinger und vor allem der Westgoten? Ging es um diesen Schatz? Oder besassen sie das eigentliche Geheimnis des Grals? Jenes Geheimnis, um dessentwillen Hitler noch SS-Kommandos in die Höhlen der Pyrenäen schickte? Um dessentwillen er am 15. März 1944, zum 700. Jahrestag der Eroberung der Burg von Montsegur ein Flugzeug starten liess, welches über ihr in den Himmel ein riesenhaftes Hakenkreuz zeichnete?

Was war überhaupt der Heilige Gral? War es vielleicht das Geheimnis der Alchimisten von der Umwandlung der Metalle? Von der Umwandlung der Metalle in Gold? Hat die SS damals dieses Geheimnis gefunden, wie es manche immer wieder behaupten?

Und was war mit dem Staatsschatz der Westgoten? Er enthielt nicht mehr und nicht weniger als die bedeutendsten massiv-goldenen Teile aus dem Tempel des Salomon in Jerusalem. Soweit stehen wir auf geschichtlich festem Boden. Wir berichten in grossen Zügen: Nach Flavius Josefus, dem jüdischen Geschichtsschreiber, der um 50 n. Chr. lebte, wurde Jerusalem von einem Kanaaniter namens Melchisedek (= gerechter König) gegründet. Dieser errichtete dortselbst einen Tempel. David verjagte ihn dann und gab der Stadt ihren endgültigen Namen (vorher: Salem). Fünfmal wurde Jerusalem erobert, ohne zerstört zu werden. Zweimal jedoch wurde es niedergerissen, das eine Mal unter Nebukadnezar, das andere Mal unter Titus. König Salomon hatte den Tempel angefüllt mit Kultgegenständen aus massivem Golde. Schon die Herkunft dieses Goldes gibt uns Rätsel auf. Denn es handelte sich um Mengen, die kaum in einem Bergwerk gewonnen werden konnten. Kannte Salomon, fragen sich ernste Forscher, das Geheimnis der Umwandlung anderer Metalle in Gold? Alle Türen und Fensterrahmen des inneren Tempelbaues waren aus Gold. Nebukadnezar liess alles nach Babylon schaffen (586 v. Chr.). Nachdem sein Nachfolger Kyrus ganz Kleinasien erobert hatte, liess er 538 den Völkern ihre Heiligtümer und Schätze zurückerstatten. Man kennt den Umfang derselben bezüglich der Juden: 5 400 Gegenstände aus Gold und Silber. Der Tempel wurde wieder errichtet, mit einer Langsamkeit, die zeigte, dass die Juden wenig Lust hatten, ihre goldene "Babylonische Gefangenschaft" einzutauschen mit dem Zwangsregime in Israel.

Dann kam es zum Krieg mit Rom. Den Anfang machte eine religiös-politische Revolte. Titus belagerte Jerusalem (glauben wir aber bitte nicht, dass in diesem Jerusalem, dass in Judäa, das dann von Titus vertriebene jüdische Volk lebte. Mehr als 70 Prozent der damaligen Judenschaft lebte bereits vor dieser "Vertreibung" in den grossen Städten der römischen Welt.) Die Mauern des Tempels waren so dick, dass Titus ausrief: "Das ist kein Tempel, sondern eine Festung." Nach sehr harter Belagerung, in welcher die römischen Soldaten erfuhren, dass einige der Ihrigen von den Juden lebend verbrannt worden waren (so Flavius Josefus), kannte der Zorn der Legionäre keine Grenzen mehr. Als die Juden zu ihrer Verteidigung ein Feuer am äusseren Eingang des Tempels entzündeten, weigerten die Soldaten sich, es trotz aller Befehle des Titus zu löschen. So ging der gesamte Tempel nach und nach in Flammen auf. Das gesamte Dach, zum Teil aus Gold, wurde den Soldaten übergeben. Als diese das Gold verkauften, ging der syrische Goldmarkt in

seiner Notierung um die Hälfte zurück (Flavius Josefus). Alle übrigen heiligen Gegenstände, die zum Tempelschatz gehörten, und die alle aus massivem Golde waren (Torbögen, Altar für Weihrauch, Tisch des Brotes, Kerzenhalter mit sieben Armen, 34 Kilogramm schwer, usw.) wurden nach Rom geschafft. Ein Teil davon erscheint in Stein gehauen auf dem Triumphbogen des Titus. Zunächst kamen die Gegenstände in den Friedenstempel, später in den kaiserlichen Palast.

Im Jahre 410 überschritten die Westgoten die Alpen und belagerten dann Rom. Kaiser Honorius wurde aufgefordert, sich mit ihnen zu verbünden. Als dieser ablehnte, wurde Rom angegriffen und erobert. Als man Honorius in Ravenna davon berichtete, antwortete er: "Unmöglich. Rom hat erst heute morgen aus meiner Hand gefressen." Er verwechselte die Hauptstadt des Reiches mit einem Hahn, den er Rom getauft hatte. Als ihm der Irrtum klargemacht wurde, stiess er einen Seufzer der Erleichterung aus, jenen etwa gleich, die ähnlich seufzen würden, wenn man nicht mehr von Oder-Neisse-Linie redete. Alarich rührte nicht am Grabe des Petrus, doch übernahm er alle Schätze des kaiserlichen Palastes für seinen eigenen westgotischen Staatsschatz. Seine Truppen plünderten Rom sechs Tage lang (und gaben den Briten und Amerikanern damit 1945 das Beispiel für Deutschland).

Alarich wollte weiter nach Tunesien, um sich in den Besitz der Kornkammer Roms zu setzen. Doch bei der Ausfahrt aus Brindisi wurde die Flotte von einem Sturm überrascht und ging zum Teil zugrunde. Alarich erkrankte an der Malaria und starb kurz darauf. Man begräbt ihn im Busento, dessen Wasser man dazu vorübergehend ableitet, und tötet alle diejenigen, die dabei mitarbeiteten. Der Staatsschatz aber war schon vorher weitergeleitet worden nach Toulouse und Carcassonne und Toledo, jenen Städten, die damals in die Hände der Westgoten gefallen waren. In Toledo ist es, wo die Araber zB dann 711 das berühmte Missorium finden, einen enormen Teller aus massivem Golde, und andere aus dem kaiserlich-römischen Besitz stammende goldene Gegenstände, die die Historiker uns in einer Liste nennen. Später nahm Theoderich der Grosse während der Zeit der Minderjährigkeit Alarichs II. die in Carcassonne lagernden Schätze vorübergehend an sich bis zu dessen Volljährigkeitserklärung. Fränkische Truppen fanden bei der Eroberung des westgotischen Narbonne einen Teil dieses Schatzes. Auch von diesem Teil ist die Liste erhalten geblieben. Was man jedoch nicht fand, sind die wertvollsten Teile, der Schatz aus Jerusalem. Es ist absolut sicher, dass weder die Araber noch die Franken sich seiner bemächtigten. Die Legende behauptet, er sei in eine der zahlreichen grossen Höhlen am Fusse der Pyrenäen versteckt worden...

Uns interessiert hier nun weiter, inwiefern der Katharismus weitergreift auf die Templer, von denen wir dann später so viel bei den Freimaurern hören. Uns interessiert, um es anders auszudrücken, inwieweit der Gnostizismus in seinen Angriffen gegen die Ordnung unserer Welt gegangen ist, um aufzuzeigen, was wir von der Freimaurerei erwarten dürfen und erwarten müssen. Für die Albigenser ist Satan der Herr der Welt hier unten und Gott kümmert sich nicht um die Sorgen der Menschen. Satan erfand das Werk des Fleisches. Die Fortpflanzung ist sein Werk und muss daher als unheilvoll angesehen werden. "So empfahl man mir, ernstlich das Betreten eines Hauses zu meiden, in welchem eine Frau niederkommt", gesteht ein Templer. Das aber ist genau die Lehre der "Vollkommenen" und der "Gläubigen" bei den Katharern. Ein Tempelritter aus Parma sagt aus: "Der böse Gott lässt die Bäume blühen und sorgt dafür, dass die Samen in der Erde aufgehen." Das ist Gnostizismus in der Form des Satanismus. Die Tempelritter glaubten im übri-

gen nicht an den "leidenden" Christus, sondern an den "siegreichen" Christus, dessen Ebenbild ihnen der bestirnte Himmel war. Deshalb liessen sie die Neulinge aufs Kruzifix spucken. Es ist die alte Behauptung der Gnostiker, dass Christus niemals Menschengestalt angenommen und "dass das Kreuz nichts anderes ist als ein Stück Holz". Die Rosenkreuzler übernehmen dann dreihundert Jahre später dieses Thema.

Diese Rosenkreuzler nun verdienen eine ausführlichere Würdigung. Obwohl man immer wieder auf diese Geheimgesellschaft stösst, sobald man vom Ursprung der Freimaurerei und von den Quellen anderer Gruppen spricht (man hat auch die Thule-Gesellschaft hier anknüpfen wollen), gibt es bis heute unseres Wissens keine wissenschaftlich einwandfreie geschlossene Darstellung. Im Gegenteil: Wir stossen oft in sonst einwandfreiester sachlichster Umgebung auf Bemerkungen, die mit den bekanntgewordenen Tatsachen nicht übereinstimmen. Um dem Leser daher eine weitere Tür zum Verständnis unserer Zeit aufzustossen, möchte ich in einer Fussnote einschalten, was v. Harting möglich war, darüber zusammenzutragen.(*292a)

Fast alle Gnostiker kannten einen Schlangenkult. "Die Schlange lehrt die Weisheit", "die Wissenschaft vom Guten und vom Bösen". Man spricht von der weissen und der schwarzen Schlange. Wir sehen sie in Merkurs Heroldstab, um den sie sich schlängeln und dann mit den Köpfen gegenüberstehen. Immer wieder finden wir das Symbol der Schlange bei den Gnostikern, manchmal siebenmal um sich selbst gerollt, und so die sieben Planetenbahnen wiedergebend, denen die sieben Stufen zur Erkenntnis entsprechen sollen.

Zahlen spielen ebenfalls in diesem Rahmen eine bedeutende Rolle. Die Magik der Zahlen ist uralt, und rührt aus den verschiedensten Quellen her. Da ist zB die Zahl 22, die doppelte elf. Es ist die heilige Zahl der Wikinger. Niemals fuhren mehr als 22 Boote unter dem gleichen Führer aus. Zugleich ist es die Gesamtzahl aller Buchstaben des hebräischen Alphabets, das seinerseits seinen nicht semitischen Ursprung bei den Hethitern hat. Heute noch bedeutet "vingt-deux" im französischen Volksmund soviel wie "Gefahr", "Polizei". Und Hitler wartete für seinen Angriff auf Russland auf den 22. Juni. Zufall? Und die Quersumme von 1939 ist 22. Zufall für dieses schicksalschwere Jahr, in welchem Hitler es für richtig hielt, den ihm von den Feinden des Reiches hingeworfenen Handschuh aufzuheben? (*292b)

Andererseits liebt die Freimaurerei die Zahl 33, die Höchstzahl ihrer Grade. Das Ende des I. Weltkrieges wurde von ihr festgelegt auf den 11. Tag des 11. Monats um 11 Uhr, macht zusammen 33.

Doch zurück zu unseren Tempelrittern. Geschichtlich fest stehen die Beziehungen derselben zu den Hermetisten (Anhänger des Hermes. Später tritt ein Bedeutungswandel ein, indem deren Abgeschlossenheit allgemein für den Vorgang der Abdichtung genommen wird: hermetisch = verschlossen) und zu den Alchimisten. Die Beziehungen der Templer zu den Alchimisten sind auffallend (zu einer Gruppe übrigens, die niemals das Verdikt der Kirche auslöste. Alchimisten wurden niemals zu Ketzern erklärt). Die Suche nach Gold, sei es auf direktem Wege oder mit den Methoden der Alchimie, wurde in einer ganzen Reihe von Templerburgen gepflogen. Reich werden um jeden Preis, sei es mit der Goldmachung, sei es aber auch durch Wucher, durch Finanztransaktionen, durch Handel selbst mit den Feinden ihrer jeweiligen Staaten oder ihrer Religion, der Landraub, das wird zum einzigen Ziel des Ordens um die Mitte des XIII. Jahrhunderts. Das religiöse Ziel ist verschwunden (welches gerade eben in jenem anderen Orden, dem der Deutschritter unter Hermann von Salza so grosse Früchte im Osten zeitigte). Es hatte einem erschreckenden Merkantilismus und Materialismus Platz gemacht. Die Templer sind so

das genaue Original für ihre heutige Kopie, die Freimaurerei, und ihre freimaurerischen Brudergenossenschaften wie die Rotary, die Lion Clubs, die Bilderberger, B'nai-Brith und B'nai Mosche. In beiden geschichtlichen Beispielen ist der Ausgangspunkt der Gnostizismus, die Lehre vom Dualismus auf unserer Welt, sei es, dass diese vom Satan regiert wird, wie es die Templer lehrten, sei es, dass sie vom Menschen gelenkt wird, wie es unsere Anhänger der "technischen Welt" (noch) behaupten. In beiden Fällen ist Zunichtemachen aller Unabhängigkeit das Ziel und grausamste Unterdrückung der in Dependenz Gebrachten das Ergebnis. Nicht eine Brücke, nicht eine Autobahn, nicht eine Fabrik wird heute mehr in Europa gebaut, die nicht ihren Platz hat in dieser Errichtung der "technischen Welt", von der ein Wissender, wie wir früher schon sagten, feststellt, dass sie "die Welt in eine Wüste verwandeln wird". Wir sehen, wir können die heutige Entwicklung Europas überhaupt nicht verstehen, gehen wir nicht ein wenig zurück und sehen uns diese Zusammenhänge etwas näher an. Nicht die Tatsache, dass eine Brücke gebaut wird, ist ausschlaggebend, sondern, w a r u m sie gebaut wird, in welchem Weltbild sie zu stehen kommen soll, wem sie dienen soll. Nicht damit also wäre gedient, den Brückenbau zu verhindern, sondern nur damit, die Planer abzulösen. Prometheus muss wieder in Fesseln gelegt werden, und wenn Zeus es nicht tut, so müssen wir selbst es tun. Denn der Fortschritt ist dabei, die Fratze des Satans anzunehmen.

Denn, was anderes ist es, wenn ein Professor Picht als Grundlage seiner ganzen Ausführungen ein Beispiel heranzieht?: die drohende Hungersnot für grosse Teile der Menschheit. Und wenn wir wissen (vgl. dazu die Einleitung zu unserem Abschnitt "Mittel- und Südamerika"), dass eine derartige Gefahr überhaupt nicht besteht. Wenn wir erfahren, dass Professor Picht, wie angegeben, sein Tatsachenmaterial vom Präsidenten der Rockefeller-Foundation und der Zeitschrift "Time" entnimmt, also ausgesprochenen Freimaurerinstitutionen. Wenn wir also feststellen müssen, dass ein Wissenschaftler in seinem besten Glauben von diesen Kreisen betrogen, angelogen wird und dann zu Feststellungen kommt, die ihn selbst erschrecken, denn sie fordern die Verwüstung unserer Erde! Wenn wir also erleben müssen, dass unsere ureigene wissenschaftliche Führung dem Teufel selbst auf den Leim geht und uns ins Verderben jagt, sehenden Auges. So aber ist es um uns bestellt, weil wir die Kommandostellen in unserer Wissenschaft jenen überantworteten, die keinen Gott mehr kennen, die sich selbst an Gottes Stelle setzten. Ist es wohl wichtiger, dass wir bald auf Asphaltstrassen in die fernsten Urwalddörfer fahren können, oder dass wir glücklich sind und uns sicher fühlen? Ist es wohl schöner, in einer künstlichen "humanen" Gesellschaft zu leben oder unter Gottgläubigen in einem völkisch ausgerichteten Staatswesen? Müssen Menschen wirklich die letzte Instanz sein? Können sie es überhaupt? Die Erfahrung unseres kurzen Lebens antwortet uns mit einem tausendfachen NEIN!

Doch das will und will man nicht wahrhaben. Der Mensch soll dennoch oberste Instanz bleiben. So schreibt ein anderer, Professor Karl Steinbuch ("Programm 2000", S. 34): "Der Schlüssel zur Lösung unserer gesellschaftlichen Probleme ist die Bildungsreform... Das Bildungssystem ist das Objekt politischer Entscheidungen... Das Bildungssystem ist die Quelle politischer Entscheidungen... Wir müssen das Bildungssystem so organisieren, dass unsere Kinder und Enkel aus ihrer historischen Situation das Beste machen können. Wir haben nicht das Recht, auf Grund unserer gegenwärtigen beschränkten Ansichten ihre Bewegungsmöglichkeiten einzuschränken. Die autoritäre Position scheint mir als Erziehungsprinzip falsch, als Philosophie antiquiert, rechtlich unhaltbar und als politisches Prinzip unklug:

"Als Erziehungsprinzip falsch: Diese autoritäre Position verhindert die subjektive Einschaltung des jungen Menschen in den Entscheidungsprozess, das Engagement in der gesellschaftlichen Kommunikation und es erzeugt Immobilität durch juristische Perfektion. Es erzeugt letzendlich geistige Impotenz, die selbst bei rein ökonomischer und technokratischer Betrachtungsweise nicht wünschenswert ist.

"Als Philosophie antiquiert: Diese autoritäre Position geht von der Existenz und Verbindlichkeit "Ewiger Wahrheiten" aus, endet notwendigerweise im Dogmatismus und verhindert den gesellschaftlichen Lernprozess, der Voraussetzung vernünftiger (!, d. V.) Lösungen unserer Probleme ist.

"Rechtlich unhaltbar: Der Bezug auf "Ewige Wahrheiten" steht im Widerspruch zu unserem Grundgesetz, das ideologisch neutral ist und den Bezug auf Ewige Wahrheiten nicht deckt.

"Als politisches Prinzip unklug: Diese autoritäre Position übersieht, dass eine Gesellschaftsform nur durch fortwährende Weiterentwicklung ihrer politischen Prinzipien langfristig stabil ist. Die Unterdrückung notwendiger Veränderungen ist die wirkungsvollste Vorbereitung revolutionärer Veränderungen. Zu keinem Zeitpunkt in der Geschichte gelang es, elementare soziale Veränderungen langfristig zu unterdrücken. Die Autoritären führen ein historisches Rückzugsgefecht." Soweit Steinbuch.

Wir unterschreiben hundertprozentig, was hier zuletzt gesagt wurde, nur vermischen wir nicht heillos "Ewige Wahrheiten" mit "sozialen Veränderungen". Das sind zwei völlig verschiedene Ebenen. Ewige Wahrheiten sind eben ewig, und darum unberührt von den jeweiligen sozialen Ungerechtigkeiten. Diese aber nehmen in der homologistischen Welt der Freimaurerei in dem Masse zu, als sich das prometheische Prinzip durchsetzt und gar noch mit jenem Verlust des Gleichgewichts, das als stete Gefahr dem Dualismus anhängt, zum Satanismus, zur Teufelsherrschaft sich weiterentwickelt. Das, was wir in dem immer schrecklicher werdenden Terror in den Jahren der Französischen Revolution erlebten (bis dann ein Robespierre die Freimaurer selbst unter die Guillotine schickte), diese Eskalation der "künstlichen Welt", dieser Feuerschein der Hölle, der unsere Welt heute schon so schön anstrahlt, er wird nicht rasten, bevor nicht alles in ihm lodert. Die Natur wird jenen Menschen dann zum Gegenstand ihrer Gier, ja, zum unvollkommenen Objekt, das man zu beseitigen und zu ersetzen hat, Gott zum Kinderschreck der so fürchterlich rückständigen und unvernünftigen Vorfahren. "Die Flucht vor der Wirklichkeit ist die Realität, die Entdeckung der Wirklichkeit ist unsere Hoffnung", ruft Georg Picht, jener andere Apostel solcher von den Menschen zu konstruierenden Zukunft. Es spielt gar keine Rolle, wenn der eine oder der andere bisher der Hölle dienstbare Geist ausscheidet, weil sein Gewissen ihm ein Halt zuruft oder weil ihm die Rolle eines Geschäftsführers der Dunkelmänner nicht mehr zusagt und er eigene Wege gehen möchte, wie dies hier bei uns im Juni 1970 geschah.(*293) Es finden sich genügend andere Himmelsstürmer, an seine Stelle zu treten. Unter dem Schreckensruf: Fort mit aller Autorität! errichtet die blanke Gewalt dann ihr Regiment. Hoch die Sonderziehungsrechte! Hoch die Pornographie! Prometheus regiert! Der Mensch sucht nach vernünftigen Lösungen! Schon bis über die Kniee im Blute der dabei Erschlagenen, sucht er weiter in solch schönem "Engagement in der gesellschaftlichen Kommunikation".

Es passt eben wahrlich nicht gut zusammen, wenn Menschen ohne jedes historische Organ Pläne für die Zukunft machen. Denn unsere freimaurerischen Nachkommen der griechischen Philosophen schwelgen wie jene "in reiner Gegenwart" (Spengler, "Untergang", S. 12). Daher auch ihre technischen

Leistungen, die "dorischen Säulen" unserer Zeit. Daher aber auch "die polare, nicht periodische Struktur aller Vergangenheit" in den Augen sowohl eines Herodot wie eines unserer modernen beamteten "Historiker", die alles über den Leisten ihrer mit Phosphorbomben und Meinungsterror errichteten Existenz schlagen; für die nichts w i r d, sondern alles einfach i s t. Für die daher auch alles in alle Zukunft so bleiben soll, sodass man mit den Tatsachen von heute die Welt von morgen meint konstruieren zu können.

Schlimm aber wird dieses Manko dann, wenn man das Naturwidrige solcher Einstellung erkennt und dann im rücksichtslosen Kampf gegen "faschistoide" und "obskure" Lebensäusserungen diesen einmal erzwungenen denaturalisierten Status quo unveränderlich erhalten will, wenn man gedankliche, geistige Weiterentwicklung durch die entsprechende Manipulierung aller Offenbarungsmöglichkeiten zu unterbinden sucht, wenn man den Geist, die Seele der Völker auf Eis legen will und meint, an ihre Stelle die Technik setzen zu können. Wie schnell eine derart konstruierte Welt unwirklich wird, hässlich wird, leer wird, das sehen wir nicht zuletzt an ihrer "Kunst", aus dem, was sie uns als ihr Portrait vorhält. Denn sie ist sogar sehr stolz auf diese ihre "Kunst"-Produkte und betont immer wieder, dass es sich um Selbstbildnisse dieser Zeit handelt, wo immer man sie mit auffälliger Gunstbezeigung VON OBEN aufstellen darf. "Viel Gunst für schlechte Kunst" lautet der Titel des notwendigen Buches von Eichler. Man verzerrt die Wirklichkeit, ja man stellt sie auf den Kopf. Von jener Rebellion gegen Gott und die Natur, die sich selbst als "Aufklärung" bezeichnet, kann daher ein Dahrendorf ("Aufklärung", S. 15) sagen: "Erst die radikalen Fragen und Taten des 18. Jahrhunderts machten sichtbar, wie wenig natur- oder gottgegeben etwa die überlieferten Ungleichheiten waren." Ausgerechnet die Leugner Gottes und seiner natürlichen völkischen Ordnung werden verteidigt als Zerstörer nichtgott- und nichtnaturgegebener Zustände, als quasi Wiederhersteller göttlicher Autorität.

Man sagt, die Juden seien deswegen so besonders böse auf Hitler gewesen, weil er ihnen das Geheimnis der Macht des Rassismus gestohlen habe. Wie aber war es mit den Geheimnissen der Freimaurerei? Denn vorne auf die Bühne stellten sich die Prügelknaben der Geschichte, die Juden und die Kommunisten hin (ich will damit nicht sagen, dass sie für das, was sie taten, k e i n e Prügel verdient hätten), im Hintergrund aber blieb die ungeschoren weiterwirkende Freimaurerei. Hat Hitler nicht dieser den Prometheismus gestohlen? Hat er ihnen nicht den "Gott der Philosophen" entwendet? Hat er in ihrer Vergötterung menschlicher Vorstellungen nicht nur einfach das eigene Volk an die Stelle der Vernunft gesetzt? Ist die Freimaurerei vielleicht deswegen so besonders böse auf Hitler, weil er so frech war und auch einen Pakt mit dem Teufel abschloss, und dabei den Brüdern den Rang ablief, so etwa, wie man in England und Frankreich so aufgeregt war, als Ribbentrop mit Stalin paktierte und so ein Tabu durchbrach, welches die Alliierten doch für alle anderen aufgerichtet hatten? Die Freimaurerei behauptet, dass Hitler einen solchen Pakt mit dem Teufel abschloss, dass er das Prinzip des Bösen auf der Welt habe errichten wollen (Pauwels bringt ganze Kapitel zu diesem Thema). Wenn aber die Freimaurerei in dieser Weise Hitler verurteilt, den so verstandenen "Geist des Nationalsozialismus" so vehement bekämpft, zerstört sie d a m i t nicht ihre eigene Wiege? Wenn man der Meinung ist, dass Hitler das deutsche Volk an die Stelle der Vernunft setzte, im übrigen aber die gleichen Vertragsklauseln mit Mephisto firmierte, dann sägt die .˙. mit einem solchen Kampf gegen Hitler doch an dem Ast, auf welchem sie selber sitzt. Nationalsozialismus und Freimaurerei als Produkte der gleichen menschlichen Verirrung: den Menschen an Gottes Stelle zu setzen? Von den Freimaurern wissen wir positiv,

dass sie Opfer solcher Verirrung sind. Es ist das sogar das Wesen ihrer grossen Rebellion gegen Gott und die Natur. Wir wissen, dass sie in dieser Haltung Ungeheuerliches getan haben und im Begriff stehen, Ungeheuerlicheres noch zu tun. Sie verheimlichen es nicht einmal. Doch Hitler? Vergessen wir nicht, dass für ihn das Volk eine Schöpfung Gottes war. Allzuviele Aussagen belegen, dass er in den Völkern nur einen Gottesbeweis sah, dass über dem Volk also Gott stand. Die Meinungsmache der Freimaurerei ist also für diese ein sehr gefährlicher Bumerang. Wir, unsererseits, brauchen uns nicht zu scheuen, an diesem Thema zu rühren. Denn, selbst wenn man sich auf den Boden des dort Behaupteten stellte, würde der Ausgang ja nur bewiesen haben, dass der grosse Verbündete des Teufels über einen kleineren siegte. Mehr aber brauchen wir wirklich nicht als dieses Selbstbekenntnis der Heuchler von der Potomac.

Ich bin nicht der landläufig verbreiteten Meinung: "Hitler war nicht schlechter als seine Gegner." Ich bin vielmehr der bewiesenen Ueberzeugung: Seine Gegner waren schlechter als er. Und ich glaube, der Beweis muss noch angetreten werden, ob er überhaupt "schlecht" war.(*293a) Was man bisher vorbrachte, sind die Aeusserungen überführter Verbrecher. So etwas erinnert allzu verdächtig an jenen, der lauthals "Haltet den Dieb!" schrie, um vom eigenen Diebstahl abzulenken. Hitlers Kampf war seinen deutschen Zeitgenossen ein Kampf gegen das Böse, welches die Welt errichtet hatte. Deswegen folgten sie ihm. Alle heutigen Verdrehungsversuche scheitern aber nicht nur am millionenfachen Zeugnis jener Zeit, sondern deutlicher noch angesichts der bösen Werke, die seine Besieger hinterher ausführten.

Sie können Hitler nicht verstehen, weil sie selbst so klein sind. So erfinden sie herum. Sprechen von ungeheuerlichen Verbrechen, die der Nationalsozialismus begangen habe und vergessen, in welch verbrecherische Welt diese Bewegung hineingeboren wurde. Hat Hitler nicht vielmehr gehandelt wie jener spanische Stierkämpfer, von dem wir früher sprachen? Wie ein Samurai, nämlich "jede Wahrheit, welcher Art sie auch sei, persönlich zu erfahren, ohne irgendeine verstandesmässige, systematische oder theoretische Lehre" (Suzuki)? Sagt man nicht gerade bei denen, die dem Wesen Hitlers verständnislos gegenüberstehen, dass er ein Vertrauter, ja ein Schüler Haushofers war, jenes Mannes, der einem buddhistischen Orden in Japan beitrat und seinem Leben mit einem Harakiri ein Ende setzte? Gelang Hitler nicht das grosse Werk seines Lebens, die Schaffung des Grossdeutschen Reiches, der Aufbau einer glücklichen Volksgemeinschaft, weil er an die Arbeit ging wie ein genialer Künstler? "Das intuitive Wissen bildet die Grundlage einer jeden Art von Glauben, vor allem des religiösen Glaubens, und mit sicherer Wirkung, mit gewissem Erfolg steht es auf und meistert die Not" (Suzuki). Wir werden auf diese Fragen noch einmal zurückkommen müssen, wenn wir zunächst ein wenig mehr noch erfahren haben von der Welt, die sich heute anmasst ihn zu verurteilen.(*293b)

Die gnostische Schlange ist es, die alle Geheimgesellschaften jener Zeit vereint. Die Fahne der Templer, der "Baucéant", in den Farben schwarz und weiss der Gnostiker, entspricht der der UN in den Farben der Freimaurerlogen. "Im Allerheiligsten sitzt ein Negergott" schreibt Maurice Bardèche von unserer heutigen Welt. Bei den Templern hiess diese Figur "Baphomet". Nur in den Versammlungen der Kommandeure zeigte man ihn. Jahrhundertelang hat man sich um eine Klärung dieses Namens bemüht. Harting gibt uns die folgende Erklärung: Wir zergliedern das Wort: Ba - PHo - Me - T. Die ersten beiden Buchstaben entstammen dem Wort BASILEUS, soviel wie König, Kommando (griechisch). Pho haben wir umzudrehen zu Oph und zu ergänzen

zu OPHIS. Die Ophiten aber waren Gnostiker und Ophis war der Name der Schlange. Die beiden Buchstaben Me müssen wir ergänzen zu MEQUIST (griechisch: der Grosse, der Heilige). Das T am Ende wird angefügt, um die heilige Zahl 7 zu erreichen. Dann aber ist dieser Baphomet, das eingebildete höchste Wesen der Templerritter der Hermes Tri-Megist der Hermetiten und der Alchimisten. Jener Hermes der Griechen, der zum Merkur der Römer wurde, der Götterbote mit dem Befehlsstab mit den beiden Schlangen in Händen, der Gott der Kaufleute, aber auch der Diebe und der Bankiers, der seinen Namen dann demjenigen Metall gab, aus welchem man das Gold zu gewinnen hoffte (mercurium = Quecksilber). Ein solches Sinnbild aber passt hervorragend zu der Religion der Templer.

Dreihundert Jahre nach der Vernichtung des Templerordens erscheint (1604) ein Buch: "Die schwarze Kabala und die weisse Kabala". Sein Verfasser ist der geschichtlich nachweisbare Alchimist Dr. Faust. Er spricht in diesem Buch von seinen Beziehungen zu Megistopheles, einem der sieben planetarischen Geister, und zwar dem des Planeten Merkur. Dieser Name aber setzt sich zusammen aus Megist-Ophiel, wobei Ophiel die Bedeutung des Merkur/Hermes hat. Goethe hat dann, sehr versiert in Dingen der Kabbala, aus diesem Megistopheles den Mephistopheles seines Dramas gemacht. Mephistopheles eröffnet dann im Drama dem Dr. Faust die Möglichkeit der Piraterie und des Reichtums. Piraterie, Handel und Krieg sind die drei untrennbaren Seiten eines Dreiecks, verkündet er. (Wir kommen bei den Ursprüngen der Freimaurerei auf diese Dreiheit wieder zurück.) Zweihundert Jahre nach Goethe hat sich daran nichts geändert. Mephistopheles ex Baphomet ist keineswegs tot, wie Gott es sein soll. Die Weltfreimaurerei verfolgt eiskalt seinen Rat: Piraterie und Handel - Wucher und Banken - Krieg und Waffenhandel haben einen Zustand geschaffen, in welchem alles dem Teufel verfällt. Der Prometheismus gleitet weiter ab und wird in unseren Tagen zum Satanismus. Nicht etwa irgendwo in Moskau oder in Peking sitzen seine Anhänger, sondern in den grossen Städten der westlichen Welt, in Frankfurt etwa und in New York.

Europa wurde derart von den überstaatlichen Mächten von New York aus überspielt, dass zahlreiche Persönlichkeiten und gar ganze Organisationen, die man in jenem feindlichen Lager vermuten sollte, nicht rechtzeitig die Drehung mitmachten und ausgesprochen falsch lagen. Man lese dazu nur bei Bronder (*294) nach, wieviele Juden noch im XX. Jahrhundert ausgesprochen deutsch-national dachten, bis weit in die Zeit des III. Reiches hinein sogar noch in Einzelfällen. Und wieviele Logenbrüder (wie etwa ein v. Tirpitz), ja ganze "Feldlogen" national eingestellt waren, als längst mit Völkerbund und Versailles und St. Germain das Verdikt der Weltfreimaurerei über Europa gesprochen worden war. Es ist ihnen allen überhaupt nicht zu Bewusstsein gekommen, dass die eigentliche Weltpolitik längst vom Hudson aus gemacht wurde. Dort sah man kalt rechnend über derartige "Kleinigkeiten" hinweg, Juden als Kleingeld der grossen Politik, und ging ja nach dem II. Weltkrieg so weit, diejenigen Volksgenossen, die immer noch nicht begriffen hatten, dass es Europa zu zerstören galt, zu z w i n g e n, eine politische Waffe wie die sogenannte "Wiedergutmachung" in die Hand zu nehmen. So mancher, uns gut bekannter Jude wurde von diesen New-Yorker Organisationen unter schwersten Drohungen aufgefordert, hohe Summen von der BRD zu fordern. Es gehört zur Tragik des jüdischen Volkes, dass es seitdem identifiziert wird mit den politischen Kräften der Zionisten und Israelis, so, wie man einen Russen als Kommunisten zu bezeichnen pflegt und bundesdeutsch synonym geworden ist für eine Mischung aus unmoralisch, charakterlos, geldgierig, gemeinschaftsfeindlich, unver-

schämt und eingebildet.

Wir erleben heute den Versuch einer regelrechten Flurbereinigung, nämlich eine vollständige Kapitalumschichtung in der Welt. Sie wird von der Freimaurerei gesteuert. Das heisst, es werden einerseits neue Kapitalien künstlich geschaffen (sogar das "Goldene Kalb" der Juden wird entthront!) und diese durch steuerliche und organisatorische Massnahmen den gewünschten Personenkreisen zugeschoben. Und es werden andererseits bestehende Kapitalien zerstört oder in ihrer bisherigen Bedeutung relativisiert. Diese Massnahmen werden dabei getarnt mit einer Reihe von Angriffen gegen "das Kapital der katholischen Kirche" und ebenso damit, dass man Bemerkungen antisemitischer Natur über die grossen "Rothschildschen Vermögen" und ähnliche weitergibt. Beide Faktoren haben ganz sicher bestanden und bestehen sicher auch heute noch, doch haben sie bereits ihre ausschlaggebende Kraft verloren. Denn es ist ja im Rahmen der heutigen Zentralisation wichtig zu erkennen, dass nur der grösste Haufen Geld noch zählt. Alles andere ist von diesem abhängig. Im Schatten der Ereignisse im Nahen Osten, der Bischofskonferenzen über das Zölibat, das heisst, unter Hinlenkung der Aufmerksamkeit der alerten Personen auf die bisher so sehr geschützten Bezirke des Judentums und der katholischen Kirche ist die Weltfreimaurerei dabei, ihre Weltherrschaft erst in diesen Jahren wesentlich zu begründen. Die Höhe der Summen, die heute ihren Herren wechseln, ist weitaus grösser als alles das, was bisher schon im Zuge von Kriegen, Beschlagnahmen, Wiedergutmachungen und ähnlichem an Vermögensverschiebungen auf der Welt vor sich gegangen ist. Schon heute gilt auf der Welt nicht mehr das politische Kräfteverhältnis von vor zehn Jahren, einzig und allein aus dem Grunde, da die Vermögensverhältnisse sich seitdem auf der ganzen Welt von Grund auf geändert haben, und die neuen Kapitalien im Informations- und Erziehungssektor rücksichtslos eingesetzt werden. Und was im grossen durch Sonderziehungsrechte und die bekannten Weltbankkreditmassnahmen bewegt wird, wird im kleinen durch steuerfreie Stiftungen und andererseits gigantische Steuererhöhungen bei den übrigen erreicht. Der Nichtfreimaurer wird so systematisch verarmt, der Freimaurer systematisch reicher gemacht. Das ist heute die Arbeit eines raffiniert über die Welt gespannten Netzes von Tausenden von staatlichen und nichtstaatlichen Organisationen. Ihre Präsidenten werden wie Staatsoberhäupter auf ihren Weltreisen behandelt.

Noch für einen Ludendorff konnten "die überstaatlichen Mächte" als solche in gleichem Masse als die Unterdrücker gelten. Heute hat sich diese Gruppe in Bedeutung und Zusammensetzung geändert. Denn Ultramontanismus (katholische Kirche), Zionismus und Kommunismus stehen alle heute im Begriff, von der in vollem Angriff stehenden Weltfreimaurerei überwunden zu werden. Schon fühlt man daher überall - mehr oder weniger noch unbestimmt - dass der Kampf der Völkischen und Gläubigen gegen diese noch vor sehr kurzer Zeit so tödlichen Kräfte weniger wichtig wurde. Sie haben ihr Ziel nicht erreicht und stehen in der Defensive. Wir sahen ja, wie etwa die Jesuiten in sich völlig widersprechenden Positionen (vergleichen Sie unsere Kapitel "Brasilien" und "Philippinen" etwa) sich verzweifelt gegen den Angriff der Freimaurerei zur Wehr setzen. Wir erlebten andererseits den ergebnislosen Besuch Golda Meirs bei Nixon, und wir sahen den Zusammenbruch der Guerrillafronten Fidel Castros in Südamerika. Alle diese doch auch nach Weltherrschaft strebenden Kräfte erlebten so in den vor uns liegenden Jahren ihr Waterloo. Sie kommen nicht mehr weiter voran. Ja, sie müssen nach aussen hin sogar noch gute Miene machen zum bösen Spiel, das ihr bisheriger Verbündeter, die Freimaurerei, mit ihnen treibt. Sie fördern indirekt und gegen

ihren Willen deren Zersetzungspläne, können aber den entstehenden menschlichen Abfall nicht für sich selbst verwerten. 1917 in Russland war es noch gerade umgekehrt.

Sitzen also die eigentlichen Unterdrücker dieser Welt heute in den Logen, so wäre es falsch, die Hauptmacht auf den Katalaunischen Feldern gegen die Hilfs-truppen des Feindes zu lenken, und den eigentlichen Gegner einer glücklichen Menschheit ungeschoren zu lassen. Eine völlige Umdisposition unserer angreifenden Kräfte ist daher erforderlich. Sie hat auch bereits überall auf der Welt ihren Anfang genommen. Die heterogensten Lager beginnen mit der Waffenruhe auf den Nebenkriegsschauplätzen der Geschichte und gruppieren sich um zu einer gemeinsamen Front gegen die eigentlichen Feinde Gottes und der Natur, um zu verhindern, dass unsere Welt zur Hölle wird für die auf ihr Lebenden.

Unter diesen Umständen wird der Leser Verständnis dafür haben, wenn wir in dem folgenden Kapitel ausführlich auf den Vielen so unbekannten Komplex der Freimaurerei eingehen. Wir legen dabei eine Reihe von Tatsachen vor, die bisher im deutschen Sprachbereich nicht veröffentlicht wurden, und hoffen, dass auch dem Neuling in diesen Dingen die Aktualität und die Bedeutung der vielleicht auf den ersten Blick abseitig liegenden Vorgänge erkennbar wird.

---

*291 – Titel einer Schrift von Georg Picht, Stuttgart 1966.

*291a – Wichtiger Beleg für die deutliche Abwendung der Freimaurerei vom Christentum dann ist die Tatsache, die Wichtl ("Weltfreimaurerei. Weltrevolution. Weltrepublik", S. 39) erwähnt, dass nämlich der französische Gross-Orient am 10. September 1877 alles, was an das Dasein Gottes erinnert, aus seiner Verfassung ausgemerzt hat. Italienische Freimaurer taten dasselbe und erklärten wiederholt ganz offen, Gott sei als Herrscher abgesetzt. Und in der freimaurerischen Zeitschrift "Orient" (Budapest 1893 N° 10) wird Christus kurz bezeichnet als der "historisch berühmt gewordene Nazarener Zimmermann".

*292 – Ich möchte hier einen Satz wiedergeben, den ich bei Edward Conze, "Der Buddhismus, Wesen und Entwicklung" (S. 123) aus Anlass der Erklärung von Sanskritworten fand: "Unsere Ahnen mit ihrem feinen Instinkt für die dialektische Natur der Wirklichkeit benutzten in längst vergangenen Zeiten häufig dieselbe Wortwurzel zur Bezeichnung von zwei entgegengesetzten Ansichten derselben Situation. Sie waren sich der Einheit der Gegensätze ebenso bewusst, wie ihrer Gegensätzlichkeit."

*292a – Die mir übergebene Arbeit stellte sich dann als so gründlich und umfangreich heraus, dass ich mich in letzter Minute vor Redaktionsschluss entschloss, sie später als gesonderte Schrift herauszugeben, und nicht diesem Buch beizufügen. Das bringt so auch die Möglichkeit mit sich, sie mit noch aus unserem Mitarbeiterkreis eintreffenden Zusätzen zu versehen. Da die geistesgeschichtliche Bedeutung der Rosenkreuzler bisher unseres Wissens kaum

gewürdigt wurde, möchte ich als wesentliches Ergebnis von mir während meiner Tätigkeit als Bibliothekar in Rom angestellter Studien jedoch hier noch sagen, dass die Bewegung der Rosenkreuzler nichts anderes ist als der Angriff des alexandrinischen Gnostizismus (der von Rom 1000 Jahre vorher erfolgreich niedergekämpft worden war, wie wir bereits an anderer Stelle erwähnen) und zwar zunächst gegen das lutherische Christentum (die Schriften Andreas' 1617) und dann gegen den biblischen Kalvinismus, insbesondere auf englischem Boden. Ihre triumphalste Leistung ist die Schöpfung der Freimaurerei in diesem Geiste 1717 in London. Wir kommen im Kapitel "England" im einzelnen darauf zurück. Heute steht die Hauptmacht der Rosenkreuzler, wie nicht zu verwundern, in Nordamerika.

*292b – Und zwar erst, nachdem Dinge geschahen, die man heute geflissentlich verschweigt. "Als Hitler, nach dem lokalen Polenkrieg, von der englischen Regierung vergebens aufgefordert wurde, den Goldstandard wieder einzuführen, weitete diese den Polenkrieg zum Weltkrieg aus. Der britische Militärhistoriker Liddell Hart berichtete in der Zeitschrift "to morrow" 1947 Nº 6 darüber: "Die Kriegführenden hatten versucht, ein Abkommen zu treffen, wobei das Schicksal Polens und der kleinen Staaten keine wesentliche Rolle spielte, sondern vielmehr die Lösung Deutschlands vom Golde. Während des ganzen Telegrammkrieges fanden ausgedehnte Verhandlungen zwischen dem britischen und dem deutschen Auswärtigen Amt statt, in denen wir vorschlugen, die Feindseligkeiten einzustellen, sofern sich Deutschland bereit erklärte, zur Goldwährung zurückzukehren." In der später stattfindenden Atlantik-Charta-Konferenz (vgl. R 280), an der auch der Nationalbankpräsident Montagu Norman teilnahm, versprach Churchill (im Gegensatz zu Hitler also), den Goldstandard wieder einzuführen, wenn Hitler besiegt sei (und wiederholte also ein Versprechen, welches er zum Nachteil des englischen Volkes schon einmal am Ende des I. Weltkrieges gegeben hatte, wie wir an anderer Stelle bereits erwähnten). Chamberlain bestätigt ebenfalls in seinen Memoiren den von der Hochfinanz ausgeübten massiven Druck. (Aus Willy Gatter, "Weder Kapitalismus noch Kommunismus".)

*293 – Wobei es für das unterschiedliche sittliche Niveau beachtlich ist, in welcher Form man in substantiell ähnlicher Lage in Nordamerika mit einem John F. Kennedy und jetzt in Argentinien mit einem Onganía umsprang.

Uebrigens verfügte Earl Warren, dass die Unterlagen über den Mord an seinem Präsidenten 75 Jahre lang versiegelt im Höchsten Gericht aufbewahrt bleiben und erst mit Ablauf dieser Frist der Oeffentlichkeit vorgelegt werden. Rechtsstaat à la . . .

*293a – Dieser Meinung waren Frau Dr. Mathilde und Erich Ludendorff. Diese beiden Religionsphilosophen massen mit der Elle ihrer reinen Ethik die praktische politische Arbeit Adolf Hitlers und hatten kein Verständnis für Vorgänge, die – auf die menschliche Ebene projiziert – ihnen als Verbrechen erschienen.

*293b – Soeben erscheint ein in diesem Zusammenhang wertvolles und schon längst fälliges Werk: Hans Severus Ziegler, "Wer war Hitler?" Beiträge zur Hitler-Forschung. Verlag der Deutschen Hochschullehrer-Zeitung, Tübingen 1970, mit unantastbarem Quellenmaterial.

*294 – Dietrich Bronder, "Bevor Hitler kam". Es ist dann jedoch ausgespro-

chen Verrat am vorgegebenen wissenschaftlichen Auftrag (der Untertitel des Buches lautet: "Eine historische Studie"), wenn Bronder nur diese innereuropäischen Stimmen zu Worte kommen lässt, und so den überhaupt nicht mehr verfechtbaren Eindruck erwecken will, als sei der Nationalsozialismus (und Hitlers Auftreten) deswegen also völlig sinnlos, ja verbrecherisch gewesen, weil es angeblich keine bedeutende jüdische, antideutsche Frage und keine freimaurerische antideutsche Weltpolitik gegeben habe. Es ist das typisch für die heute in der BRD im Rahmen der "politischen Bildung" übliche "wissenschaftliche" Scharlatanerie, die Dinge nur halb (und zwar in ihrer unwesentlichen Hälfte!) darzustellen. Man darf wohl ruhig behaupten, dass solche Falschunterrichtung IM AUFTRAGE der dadurch geschützten überstaatlichen Mächte niedergeschrieben und das Manuskript sodann gefördert und publik gemacht wird.

*

DAS VEREINIGTE KOENIGREICH VON GROSSBRITANNIEN UND NORDIRLAND

oder genauer gesagt, London wird im allgemeinen als Wiege der Freimaurerei bezeichnet. Das trifft aber nur sehr cum grano salis zu. Am 24. Juni, dem Tage Johannes des Täufers, 1717, schlossen sich nämlich dort vier Freimaurerlogen zur Grossloge von London zusammen. Wohl entlieh man dabei nicht nur den Namen den noch aus dem Mittelalter bestehenden Geheimen Gesellschaften der Maurer, die im Besitze von Symbolen und Konstruktionsgeheimnissen waren und dank dieser den Bauten der Gotik eine Ausführung im christlichen Sinne garantierten (*295), sondern man brachte so auch die Gliederung in drei Grade ein, wie sie im Handwerk bis heute hin bekannt ist (Lehrling, Geselle, Meister). Doch reichen andere Wurzeln, wie wir noch sehen werden, in sehr fremdartiges Erdreich. Der erste Grossmeister dieser neuen Loge, Antonio Sayer, wurde bald durch den Hugenotten Pfarrer Jean-Theophile Desaguliers ersetzt und dieser gab dann der bis dahin unbedeutenden Vereinigung durch Kontakt mit dem britischen Adel die notwendige Resonanz. Durch Aufstellung einer neuen Verfassung, in Zusammenarbeit mit dem Geistlichen Anderson gab er ihr auch eine machtträchtige Form. (*296) Das Wesen der Freimaurerei ist komplex und zum Teil sehr alten Ursprungs:

Geheimgesellschaften, das heisst Vereinigungen, die ihren Schülern Wissen vermitteln, welches Aussenstehenden unbekannt bleiben soll, finden wir bereits im alten Aegypten und dann später in der jüdischen Kabbala wie in den griechischen Mysterien. (Die Uebernahme geheimen Wissens in Geldangelegenheiten durch die Juden in Aegypten und in Babylonien war bereits im Kapitel "Vereinigte Staaten" erwähnt worden.) Niemals hat es dabei zum Wesen solcher Gesellschaften an sich gehört, ob sie guten oder bösen Zielen dienten. Beides ist der Fall gewesen. Das Geheimwissen dieser verschiede-

nen Kulte beeinflusste die Geheimnisträger über den ganzen damaligen Kulturraum hin, sodass zB nicht nur wissende Rabbiner von dem kommenden Messias sprachen (der nach ihnen Israels Volk zur Beherrschung der Welt führen würde), sondern auch etwa Zerdascht, das Haupt der Anhänger Zoroasters, schon 500 Jahre vor Christi Geburt das Kommen eines Heilands voraussagte, bei dessen Geburt ein Stern am Himmel erscheinen, und der von einer Jungfrau geboren würde.(*297)

Weiter wandernd durch die Geschichte begegnen wir dann den Gnostikern, jener Gruppe von Schulen, die den Glauben ergänzen wollten durch die Kenntnis ewiger Wahrheiten, und die das Christentum ausweiten wollten zu einer Art allgemeiner Weltreligion, die sich gleicherweise in anderen Glaubensgemeinschaften finde. Der Gnostizismus entstand auf kabbalistischem Untergrund (*298), und fand sein geistiges Zentrum in Alexandria, dem melting pot ägyptischer, chaldäischer, griechischer und nicht zuletzt jüdischer Kulturelemente. Nicht etwa wurde aber dank der Gnostiker die Kabbala christianisiert, sondern zum ersten Mal in seiner Geschichte der Versuch unternommen, das Christentum zu kabbalisieren (*299), indem seine reine und einfache Lehre mit theosophischen Gedanken vermischt wurde. Simon Magus, der Gründer des Gnostizismus, war in der Tat als Jude nicht nur mystischer Kabbalist sondern praktizierender Magier.

Aufgegriffen wurde dann das gnostische, religionszersetzende Gedankengut von der islamischen Sekte der Ismailiden im 9. Jahrhundert nach Christi Geburt. Ursprünglich hatte sich diese Gruppe nur von den übrigen Anhängern Mohammeds abgesondert durch Annahme einer anderen Ueberlieferungsreihe (Hadith). Es blieb dann aber Abdullah ibn Mahmun, Sohn eines freidenkenden Arztes in Südpersien, überlassen, sich an die Spitze dieser Sekte zu setzen (872) mit der Behauptung, Kenntnis zu haben von mystischen Lehren, die nur den Ismailis allein von Mohammed überliefert worden seien. Er formte auf dieser Grundlage eine Sekte, die Batinis, mit sieben Graden. Reinhard Dozy (*300) charakterisiert diese Gründung wie folgt: "Er band Sieger und Besiegte zu einem einzigen Körper zusammen, er vereinte in der Form einer grossen Geheimgesellschaft mit vielen Graden der Einführung Freidenker, die die Religion lediglich als Kandare fürs Volk betrachteten, und religiöse Fanatiker aller möglicher Sekten. Er machte aus Gläubigen Werkzeuge, anstatt den Skeptikern Macht zu verleihen. Er veranlasste Eroberer, die von ihnen geschaffenen Reiche wieder zugrunde zu richten. So baute er eine Partei auf, die zu gegebener Zeit den Thron, wenn nicht ihm selbst, so doch seinem Nachfolger geben würde. Eine ausserordentliche Konzeption, die er mit bewundernswertem Talent, unvergleichlichem Geschick und tiefreichender Kenntnis des menschlichen Herzens ausarbeitete. Nicht unter den Schiiten suchte er dabei seine treuen Anhänger, sondern unter den Manichäern, den Heiden von Harran und den Studenten griechischer Philosophie. Nur auf diese konnte er bauen, ihnen allein konnte er nach und nach, von Grad zu Grad das letzte Geheimnis enthüllen und offenlegen, nämlich, dass Imame, Religionen und Moral nichts als Schwindel und Albernheiten sind. Der Rest der Menschheit, die "Asses", wie er sie nannte (*301), war unfähig, derartige Lehren zu begreifen. Aber, um ans Ziel zu kommen, lehnte er keineswegs ihre Hilfe ab. Im Gegenteil, er warb um sie, aber er trug Sorge, devote und bescheidene Seelen nur in die ersten Grade seiner Sekte aufzunehmen. Seine Missionare, denen als allererstes eingeschärft war, ihre eigenen Gedanken zu verbergen und sich der Meinung ihrer Zuhörer anzupassen, erschienen in vielfacher Verkleidung und sprachen in unterschiedlicher Sprache zu jeder Klasse... Auf solche Weise erreichte er das Ausserordentliche, dass nämlich eine Menge von Männern verschie-

densten Glaubens zusammenarbeitete für ein Ziel, das nur wenige von ihnen überhaupt kannten." Diese Sekte der Batinis entartete dann noch weiter zu der der Assassinen, "die ein System organisierten Mordes auf der Grundlage religiösen Eifers schuf".(*302) "Nichts ist wahr und alles ist erlaubt" war der Inhalt ihrer Geheimlehre, die unter dem Schleier höchster Religiosität offenbart und verbunden wurde mit dem Zwang zu blindem Gehorsam. Diese Sekte, die zu Beginn der Kreuzzüge den ganzen Orient mit ihren Mordtaten erzittern liess, wurde über ihre Grossloge in Kairo mit ihren Zeichen, Symbolen und Einführungen im technischen Aufbau und äusserem Bild der Logen zum Vorbild der späteren europäischen Geheimgesellschaften. Das Wissen um solche Organisationsmöglichkeit und die sich aus ihr ergebenden politischen Möglichkeiten, brachten die Tempelritter aus dem Heiligen Land mit nach Europa. 1118 gründeten sie in dieser Form den Orden zum Schutz der Pilger zum Heiligen Grabe.

Auch sie aber gingen sehr schnell schon den Weg menschlicher Irrungen hinab ins Verderben. Bereits am Ende des 12. Jahrhunderts war von Opfer, Einsatz und Kampf für den Glauben bei ihnen keine Rede mehr. Vergessen war das Gelübde der Armut. Die ursprünglich von Almosen Lebenden erstickten in der Fülle der Schenkungen und wurden zu einer reichen und mächtigen Körperschaft. Bei den Juden in Alexandria hatten sie Einblick in die Bankgeschäfte bekommen und bald schon waren sie Europas internationale Finanziers, gehemmt in ihrer völligen Beherrschung des Abendlandes auf dem Wege über ihre Zinsmacht nur von dem festgefügten System der von Gottes Gnaden gefügten Lehnsherrschaften, doch schon deutlich damals erkannt als eine Gefahr für die bestehende Weltordnung, eben dank ihres Geldes. Wir kommen bei der Erörterung des 30. Grades der Freimaurerei auf diesen Orden erneut zurück.

Die folgenden Jahrhunderte sind keineswegs ohne Geheimgesellschaften. Es brodelt vielmehr an vielen Stellen im Untergrund des Christlichen Abendlandes. Magische Riten wurden nach jüdischen Einflüsterungen vielfach praktiziert. Voltaire beschreibt in seiner "Henriade" eine solche Zeremonie in geheimnisumwittertem Tempel:

Sur ces murs ténébreux des lances sont rangées,
Dans des vases de sang leurs pointes sont plongées;
Appareil menaçant de leur mystère affreux.
Le prêtre de ce temple est un de ces Hébreux
Qui, proscrits sur la terre et citoyen du monde,
Portent de mers en mers leur misère profonde,
Et, d'un antique ramas de superstitions,
Ont rempli dès longtemps toutes les nations...

An den finstern Wänden hängen Lanzen
Deren Spitzen eingetaucht sind in Gefässe voller Blut.
Drohende Apparatur ihres scheusslichen Mysteriums.
Der Priester dieses Tempels ist einer dieser Hebräer,
Die, verfolgt auf Erden und als Weltbürger
Von Meer zu Meer ihr tiefes Elend schleppen,
Und mit einem Haufen antiken Aberglaubens
Seit langem schon alle Völker tränkten...

Den aus Spanien geflüchteten Juden mit ihrer durch die Jahrhunderte vorher schon bewiesenen aktiven Gegnerschaft zur Kirche (*303) kam die Reformation sehr gelegen. Ja, wie schon andernorts, war der vom jüdischen Li-

beralismus gedüngte Boden den Keimen der Reformation besonders günstig. Von ihren ersten Anfängen an (und bis in die dramatische Gegenwart hinein) steht die Kirche im nimmerermüdenden Kampf gegen die "Synagoge des Satans", wie der Herr sie selbst genannt hat. Da erfahren wir, um ausholend diesen ununterbrochenen Kampf des Christentums gegen seine erbittertsten Gegner zu umreissen, in der Apostelgeschichte über den uns bereits bekannten Simon Magus: "Da legten sie ihnen die Hände auf, und sie empfingen den Heiligen Geist. Als aber Simon sah, dass durch die Handauflegung der Apostel der Geist verliehen wurde, bot er ihnen Geld an. Und sprach: "Gebt auch mir diese Gewalt, damit jeder, dem ich die Hände auflege, den Heiligen Geist empfange." Petrus aber sprach zu ihm: "Dein Geld fahre mit dir ins Verderben, weil du meinst, die Gabe Gottes für Geld zu erwerben."" Der Pfründenwucher, die "Simonie" (genannt nach eben diesem Simon Magus), war Jahrtausende hindurch eine Gefahr für die Kirche. "Im Laufe der Geschichte benutzten die Juden systematisch die Kraft des Goldes, um politische und religiöse Führer zu kaufen und eine dem Judentum günstig gesonnene Politik zu erhandeln."(Pinay, S. 328)

Vergessen dürfen wir zurückschaltend hier auch nicht die Lehren des aus Libyen stammenden Juden Arius, der die Dreifaltigkeit und damit die Göttlichkeit Christi leugnet. (Die "Kastilische Jüdische Enzyklopädie" spricht von den "arianischen Lehren, die sich in einem reinen Monotheismus den jüdischen Doktrinen annähern".) (Pinay, S. 301)

Die Juden sind denn auch von Anbeginn an die bedingungslosen Verbündeten des Julianus Apostata, der "ihnen zu Dank den Neubau des salomonischen Tempels anordnet" (Pinay, S. 360). In der Völkerwanderungszeit erleben wir erneut eine gleichgerichtete politische Aktivität der Juden in Europa. Die genannte Jüdische Enzyklopädie (Bd.I, Stichwort: Arianismus), schreibt: "Als Folge der toleranten Behandlung, die ihnen von den Eindringlingen zuteil wurde, erklärten sich die Hebräer mit den Arianern in ihren Kriegen gegen die katholischen Monarchien solidarisch. So nahmen sie aktiv an der Verteidigung von Arles gegen den Frankenkönig Chlodwig (508) und an der von Neapel gegen Justinian (537) teil." Und der Jude Graetz schreibt (Bd.III, S. 27): "Seit der Zeit der Republik weiss man in Italien von der Existenz der Juden, die volle politische Rechte genossen, bis sie ihnen von den christlichen Kaisern genommen wurden. Die Juden sahen wahrscheinlich mit Wohlgefallen den Fall Roms und ergötzten sich, als sie sahen, dass sich die Stadt, die die Geschicke der Welt gelenkt hatte, in die Beute der Barbaren und den Hohn der ganzen Welt verwandelte."

Zu den ernstesten Kämpfen zwischen Judentum und Christentum kommt es in Südfrankreich und auf der Iberischen Halbinsel. Kaum wird den Juden von einem Westgotenkönig ein tragbarer modus vivendi angeboten, bauen sie auch schon ihre Stellung aus, um Andersdenkende mit allen noch heute üblichen schmutzigen Mitteln zu bekämpfen und ernten erneut Verfolgung. So oft die Kirche ihnen gegenüber Barmherzigkeit walten lässt, so oft ist sie gezwungen, oft genug als letzten Akt der Selbsterhaltung und im allerletzten Augenblick, wieder hart vorzugehen. Der byzantinische Kaiser Heraklius selbst drängte den Westgotenkönig, die Juden aus seinem Lande zu vertreiben und erinnerte dabei daran, dass es "die Juden gewesen waren, die seinerzeit von Cosroes 80 000 gefangene Christen kauften, die sie dann mitleidlos töteten", um zu zeigen, dass dieser Rasse gegenüber Mitleid nicht am Platze sei. Siebzehn Konzile lösen sich in Toledo ab, um dieses Problems in würdiger, aber auch endgültiger Form Herr zu werden. Pinay (S. 407) sagt dazu abschliessend: "Die Juden selbst riefen durch ihre verbrecherische, undankbare und verräterische



Dieses eindrucksvolle Bild erschien in den letzten Jahrzehnten bereits in Hunderten von Zeitschriften und Büchern. Es bildete Teil einer Serie von 10 Originalaufnahmen aus dem internen Leben der Freimaurerlogen, die in 1 500 000 Exemplaren während des letzten Krieges vor allem in Belgien und Frankreich verkauft wurde. Wir bringen es hier, da es infolge der damaligen Verhältnisse in Deutschland wenig bekannt wurde. Die drei Totenköpfe stellen (von links nach rechts) die geschichtlichen Persönlichkeiten des französischen Königs Philipp der Schöne, des Papstes Klemens V. und des französischen Kanzlers Wilhelm von Nogaret dar. Mit ihren jeweiligen Kopfbedekkungen symbolisieren sie den Staat (Krone), die Kirche (Tiara) und die gelehrte Welt (Lorbeerkranz). Es handelt sich um jene drei Personen, die verantwortlich waren für die Zerschlagung des Templerordens im Jahre 1307 und für die Hinrichtung seines Grossmeisters. Bei der Zeremonie der Einweihung zum 30. Grad wird in der Freimaurerei ein Vorhang beiseite gezogen, hinter welchem diese drei Totenköpfe stehen. Die Anwesenden, alles Freimaurer des 30. Grades, unter ihnen der neu Einzuweihende, tragen mit roter Farbe angestrichene Dolche im Gürtel und erheben diese bei Erscheinen der Schädel mit dem lauten Rufen: "Nekam, Nekam!" (soviel wie "Rache, Rache!"). So wird mit diesem Vorgang, der den Aufstieg innerhalb der Freimaurerei im wesentlichen abschliesst, der Kampf gegen die genannten drei Autoritäten zum Ausdruck gebracht.

Wenn man bedenkt, dass es möglich war, dieses Geheimnis in derart unangreifbar belegter Form während des II. Weltkrieges der Frei-

Handlungsweise die blutigen Unterdrückungsmassnahmen hervor, die die bedrohten Völker gegen sie ergriffen, indem sie von ihrem Recht auf rechtmässige Verteidigung Gebrauch machten. Sie beklagen sich über diese Unterdrückung, aber verheimlichen die Motive. Es wäre das gleiche gewesen, wenn die Römer, die Gallien erobern wollten und bei dem Kampf viele tausend Tote zu beklagen hatten, zynisch genug gewesen wären, die überfallenen Gallier als Mörder und Verfolger der Römer anzuklagen. Während diese und andere Völker jedoch niemals auf solche Umdrehung der Tatsachen gekommen sind, haben die Juden seit eh und je heimlich und heuchlerisch den grausamsten, totalitärsten und blutigsten Krieg geführt und waren zynisch genug, ein grosses Geschrei zu erheben, wenn Religionen und Völker sich rechtmässig verteidigten und Juden töteten oder sie ihrer Freiheit beraubten, um zu verhindern, dass sie weiterhin Schaden anrichteten. Wenn die Juden in Zukunft nicht die Folgen ihres hartnäckigen, grausamen, allgemeinen Eroberungskampfes tragen wollen, müssen sie ihn unterlassen. Wenn sie dieses nicht tun, sollten sie wenigstens so tapfer sein und sich würdig mit den Folgen abfinden, wie es die anderen Erobervölker der Welt getan haben."

In Südfrankreich (Gallia Narbonensis) nahm in Folge der spanischen Vorgänge der Anteil der Juden an der Bevölkerung so zu, dass man von einem dort langsam sich formenden "Zweiten Judäa" sprach. In Spanien selbst erlangten die Juden dann unter dem Westgotenkönig Witiza erneut Einfluss, der sich dahin auswirkte, dass das Westgotenreich abrüstete, seine Verteidigung abbaute und seine Kriegsmacht vernichtete. Zugleich wurden die Muselmanen von den Juden ermutigt, in das christliche Reich einzufallen. Schon "um 794, sieben Jahre bevor Spanien von den Muselmanen erobert wurde (schreibt der holländische Historiker Reinhard Dozy), planten die Juden einen allgemeinen Aufstand zusammen mit ihren Glaubensbrüdern jenseits der Meerenge, wo mehrere Berberstämme die jüdische Religion ausübten. Wahrscheinlich sollte der Aufstand an mehreren Orten zugleich ausbrechen, wenn die Juden aus Afrika an der spanischen Küste gelandet waren. Doch die Regierung erlangte davon Kenntnis und König Egica liess auf einem Konzil in Toledo einige Juden verhören. Es kam heraus, dass durch das Komplott Spanien zu einem jüdischen Staat gemacht werden sollte..." Jetzt gelang es Tarik unter dauernd sich wiederholenden, von Juden veranlassten Verratshandlungen auf christlicher Seite, Spanien zu erobern, obwohl er zahlenmässig den Gotenheeren weitaus unterlegen war. Der spanische Historiker Marcelino Menéndez y Pelayo

---

maurerei zu entreissen und weltweit bekannt zu machen, so fragt es sich, ob dieser, von jenen Kreisen inszenierte Krieg wirklich gewonnen wurde. Nimmt man hinzu, wie sich mit dem "Sieg" von 1945 die sittlichen Verhältnisse auf der ganzen, von der Freimaurerei beherrschten Welt laufend und allen sichtbar verschlechterten, so muss man sogar zu dem Ergebnis kommen, dass dieser "Sieg", soweit er überhaupt durchgehalten werden kann, ein solcher des BOESEN ist. Und diese Erkenntnis ist heute bereits vollkommen allgemein bei allen Völkern der Erde. Wir sprechen hier nicht mehr aus, als was täglich und stündlich in allen vier Himmelsrichtungen bereits gesagt und geschrieben wird. Mit der so gegebenen Möglichkeit einer derartigen Aussage aber ist das millionenfache Opfer des deutschen Volkes nicht ganz umsonst gewesen, bildet vielleicht sogar den Anfang zum Wiedererstehen einer anständigen Welt.

schreibt: "Es ist bewiesen, dass die in Spanien lebenden Juden ruchlos die Invasion der Araber unterstützten und ihnen die Tore der wichtigsten Städte öffneten." Deborah Pessin schreibt in ihrem, von den Vereinigten Synagogen für jüdische Erziehung in New York herausgegebenen Werk "Das Jüdische Volk": "Im Jahre 711 wurde Spanien von den Muselmanen erobert und die Juden begrüssten sie mit Jubel... Sie stürmten den Eroberern entgegen und halfen ihnen, die Städte einnehmen." Der jüdische Historiker Josef Kastein schreibt in seinem mit "Hochachtung" Albert Einstein gewidmeten Werk "Geschichte und Schicksal der Juden": "Die Berber halfen der arabischen Bewegung bei ihrer Ausbreitung bis nach Spanien, während die Juden das Unternehmen mit Geld und Menschen unterstützten." Der jüdische Historiker Graetz schreibt: "Nach der Schlacht von Jerez und dem Tod Rodrigos, des letzten Gotenkönigs, rückten die siegreichen Araber weiter vor, und überall wurden sie von den Juden unterstützt. In jeder eroberten Stadt konnten die muselmanischen Generale nur eine kleine Garnison ihrer eigenen Truppen zurücklassen, denn sie brauchten ihre Mannen, um das Land zu unterwerfen. Deshalb beauftragten sie die Juden mit der Wache." In der Jüdisch-Spanischen Enzyklopädie heisst es unter dem Wort "España": "Es ist unbestritten, dass sich Muza, der trotz der überzeugenden Aufforderungen der Partei Witizas noch unentschlossen war, erst auf die geheimen Informationen der spanischen Juden hin entschied, seine Heere nach Spanien zu schicken."

Die Juden beschränkten ihre ehrgeizigen politischen Pläne nicht nur auf Spanien, sondern bemühten sich vor allem auch um Einfluss in Frankreich. Insbesondere erreichten sie eine wesentliche Stärkung ihrer Lage unter Karl dem Grossen. Es gelang ihnen, "den Kaiser mit seinem charakteristischen Wunsch nach Einigkeit der Völker und Rassen davon zu überzeugen, dass die Grösse des Reiches nur mit ihrer wirtschaftlichen Macht, und diese wiederum mit der Entwicklung eines blühenden Handels gefestigt werden könnte" (Pinay, S.464). Josef Kastein schreibt (Teil 4, S. 252): "Karl der Grosse wusste die Juden als Hauptstütze des internationalen Handels richtig einzuschätzen. Ihre Verbindungen reichten von Frankreich bis nach Indien und China. Ihre Gemeinden in der ganzen Welt fungierten als Agenturen. Sie kannten bewundernswert viele Sprachen und waren erstaunlich gut als Verbindungsglieder zwischen Ost und West geeignet." Den Juden Isaak schickte er als Botschafter an den Hof Harun al-Raschids, der in Verteidigung gegen die zunehmende Macht der Juden in seinem Reich diese zwang, ein Kennzeichen zu tragen. Unter Ludwig dem Frommen, wie wir bereits erwähnten, nahm der jüdische Einfluss noch weiter zu, sodass die Kirche sich gezwungen sah, der von den Juden ausgehenden Zersetzung der öffentlichen Moral entgegen zu treten. "Gelehrte Christen ergötzten sich an den Schriften des jüdischen Geschichtsschreibers Joseph und des jüdischen Philosophen Philon und zogen deren Arbeiten denen der Apostel vor. Wohlerzogene Hofdamen gestanden offen, dass sie den Begründer des jüdischen Gesetzes höher schätzten als den des christlichen."(Graetz) Der Judaisierung des Reiches trat der bereits in einer Fussnote genannte Erzbischof Agobard entgegen, und auf dem Konzil von Lyon (829) sowie dem von Meaux (845) wurden ältere Kirchengesetze Konstantins und Theodosius' II. wieder in Kraft gesetzt, die die Juden von einer Reihe öffentlicher Aemter ausschlossen.

In Spanien wendete sich inzwischen das Blatt insofern, als es Juden waren, die dann im Laufe der Reconquista ihre muselmanischen Freunde verrieten. In den christlichen Ländern erhielten sie sich als Marranen, heimliche Juden, die äusserlich zum Christentum übergetreten waren. Der Historiker José Amador de los Ríos sagt von ihnen: "Ihre angeborene Unverschämtheit kam ihnen zugute und sie stützten sich auf die ausgewogene Eindeutigkeit ihres

Geschlechts, dessen Ursprung sie nun stolz und hochmütig in den angesehensten Familien der Stämme von Juda oder Levy suchten ... dass die Juden im Gegensatz zu den bekehrten Mauren ... sich in alle Bereiche des offiziellen Lebens drängten ... dass das vornehme Gepräge des alten Adels verschwand. Ueberall fällt der ruhige, untersuchende Blick des Geschichtsschreibers auf diese hektischen Neophyten."

Doch der Stuhl Petri selbst sollte sogar vorübergehend von den Juden erobert werden. Im Jahre 1130 wurde ein Mitglied der jüdischen Familie Pierloni mit Unterstützung der jüdischen Bankiers, die in Rom (wie wir ja bereits im Kapitel "USA" erfuhren) seit langem eine bedeutende Rolle spielten, als Anaklet II. zum Papst gekrönt. Doch, wie die Prophezeiung des Johannes in der Apokalypse sagt: "Die Bestie und der Drachen werden nach vorübergehender Herrschaft besiegt werden." Obwohl Anaklet durch Juden die goldenen Kelche und Kruzifixe einschmelzen liess, um sich Geld für seinen Kampf gegen die übrige Christenheit zu beschaffen, obsiegte doch der rechtmässige Glaube, der in Kaiser Lothar das notwendige Schwert gefunden hatte. 1143 kam es unter dem Pierloni zur Ausrufung einer Römischen Republik. Bald breitete sich der Einfluss dieser Gruppe sogar auf weite Teile Italiens aus, unterstützt von dem grossen Redner Arnaldo de Brescia, der gleich seinem ketzerischen französischen Lehrer Abelard in Verfälschung der Evangelien meinte, "den Juden darf man nicht die Schuld an der Kreuzigung Christi geben". Nur unter grossen Schwierigkeiten ward die Kirche unter Innozenz III. wieder Herr der Lage und verhinderte den Sieg der "Fünften Kolonne" in den eigenen Reihen, die vorübergehend die Macht erlangt hatte dank "einer von Juden abstammenden Familie, die trotz verschiedener Taufen, Mischehen und ihres Scheinchristentums jahrhundertelang den jüdischen Organisationen verbunden blieb" (Pinay, S. 565).

Kaum waren diese Schwierigkeiten überwunden, als das "Zweite Judäa" zum Schlag ausholte. "Die Anwesenheit der Juden in Südfrankreich begünstigte den Aufschwung des liberalen Denkens ... Gleichzeitig mit dieser Aufweichung entwickelte sich eine tolerante Haltung gegenüber den Juden ... Dieser Umstand begünstigte das Judentum in der Provence und gab nicht nur der Ketzerei im allgemeinen Aufschwung, sondern machte es möglich, dass die Juden und das Judentum auch entscheidend zur Entwicklung heterodoxer Bewegungen beitrugen, und liess dort, wo die Ketzerei blühte, verschiedene jüdische Tendenzen und Gruppen entstehen."(*304) Der jüdische Schriftsteller Leeb (*305) weist darauf hin, "dass eine Beziehung zwischen der jüdischen Aktivität und der religiösen Bewegung im Languedoc besteht". Dr. Hesekiel Teyssier schreibt, gestützt auf das "Handbuch der Freimaurerei" von Condorcet: "Sie bildeten eine riesige Gruppe, zu der Bürger, Soldaten, und sogar so wichtige Persönlichkeiten wie der König von Aragonien, der Graf von Toulouse, der Graf von Toix, ... gehörten ... Ihre theologische Theorie war der tödliche Dualismus (der Gnostizismus eben, wie wir bereits einige Seiten vorher erkannten. D. V.). Auf gesellschaftlichem Gebiet strebten sie die Anarchie an. ... Der Papst und die Könige erfuhren bald davon ... Da sie sich entdeckt sahen und sich für mächtig genug hielten, riefen sie zum Aufstand auf und machten eine Revolution, die die von 1792 in den Schatten stellt. Ihr Hauptquartier errichteten sie in Albi (daher "Albigenser"). Ihre Waffe war der Schrecken, der Gemeinbesitz, die Unabhängigkeit des Menschen von jeglicher Autorität, Hass auf die sozialen Einrichtungen und besonders auf die Kirche. Sie teilten ihre Geheimnisse nur Personen mit, die sie vorher langen, schwierigen Prüfungen unterworfen hatten, und verpflichteten sie, sogar ihren Angehörigen gegenüber zu schweigen. Ihre Führer waren der Menge unbekannt,

ebenso wie ihre Erkennungszeichen." Der Rabbiner Lewis Brown (*306) schreibt: "Wenn die Wahrheit bekannt wäre, wüsste man, dass die instruierten Juden in der Provence zum Teil für die Existenz dieser freimaurerischen Sekte der Albigenser verantwortlich sind. Die Lehren, die die Juden jahrhundertelang in allen Nationen verbreitet haben, mussten zwangsläufig die Macht der Kirche unterhöhlen." Innozenz III. organisierte einen Kreuzzug, der den Aufstand (1209 - 29) blutig niederwarf.

Wohlwollende Mithilfe fanden denn auch die antikatholischen Bewegungen der Waldenser und der Hussiten von seiten des Judentums. Louis Israel Newman (S. 238) schreibt: "Es ist nicht nur offensichtlich, dass eine persönliche Beziehung zwischen den Juden in der Provence und den Waldensern (in Lyon) im 13. Jahrhundert bestand, sondern im 15. Jahrhundert standen auch die Hussiten häufig mit den Juden in Verbindung..." (*307)

Die nicht abreissende Kette der Kämpfe zwischen Synagoge und Kirche findet dann ihren neuen Höhepunkt in dem gleichen 15. Jahrhundert mit der Vertreibung der Juden aus Spanien nach Abschluss der Reconquista, das heisst der Wiedereinfügung der Halbinsel als Ganzes in den Kulturraum Europas.

Mit den emigrierten Juden und dem aufkommenden Protestantismus wurde Holland bald zum geistigen Zentrum der Auflösung des bisherigen Europa.(*308) Die politische Bindung dieses Hollands zu England gab der sich formenden Bewegung dann den grösseren Spielraum und auch die konkrete Richtung gegen Frankreich. "Amsterdam, Utrecht, Den Haag, Leyden und Harlem waren wie wirkliche Ideen-Börsen tätig ... Holländische Verleger fanden ihre Geldgeber und Abnehmer in England, sodass das Unternehmen zu einem finanziellen und intellektuellen Triumph wurde."(Fay, S.78) Im ersten Drittel des 18.Jahrhunderts ist "es leicht feststellbar, dass die oberen Schichten Englands völlig in den Händen von Deisten sind" (Fay, S.83), jener Nachkommen der Reformatoren, die sich "einen Glauben formten gemäss den intellektuellen Forderungen ihrer Zeit und dabei jeden Sinn und Geschmack für Religion verloren" (Fay, S.79). Man traf sich in London in den "Hellfire-Clubs", wo das Höllenfeuer angeheizt wurde von Deisten wie Bernard de Mandeville aus Dordrecht, der so "moderne" Gedanken predigt wie: "Es lebe das Laster! - Dank ihm gibt es Fortschritt auf dieser Welt. Nur die Laster stossen uns vorwärts! Je mehr lasterhafte Menschen in einer Gesellschaftsschicht, um so aktiver, glücklicher und gesunder ist sie.

Si en chaque part le vice s'installe
Le tout est un paradis véritable..."

(Fay, S.85) und fügt diesem Spruch in Prosa hinzu: "Die privaten Laster sind der Vorteil der Allgemeinheit." Dementsprechend kann Fay von einem führenden Schüler dieser Klubs, Robert Walpole, sagen: "Er regierte nur dank der Laster und des aussergewöhnlichen Appetits seines Parlaments, dank der Käuflichkeit der Zeitungsleute und der Passivität des Volkes". Das London jener Zeit - von Montesquieu und anderen ganz fälschlich so sehr als Vorbild gepriesen - unterschied sich in seiner öffentlichen Moral in nichts von dem heutigen mit seinen ordengeschmückten Beatles und den schmutzigen Horden Jugendlicher auf seinen öffentlichen Plätzen.

Denn diese britischen Erscheinungsformen sind ja rassisch bedingt und lassen sich bis in die graueste Vorzeit zurückverfolgen. Es sind die Normannen, die sich seinerzeit an allen Flussmündungen Europas festsetzen und von dort aus ihre Raubzüge dann ins Innere starten. Diese Normannen werden zum beherrschenden Bevölkerungsteil im südlichen England mit dem Sieg Wilhelms im Jahre 1066. War seinerzeit das Wikingerschiff (mit der Schlangenform des Bugs und seinen 22 Rudern) Voraussetzung für diese Piratenzüge, so

wurde es später dann für die englische Piraterie die über Holland und Spanien errungene Seeherrschaft. Schon die an den Kreuzzügen beteiligten Normannen setzten das Bild der früheren Geschichte fort mit ihrer vordergründigen Beteiligung an der Gründung der Tempelritter mit einem Hugo Le Payens. Die jüngst geborene Republik Gambia an der Flussmündung des Gambia ist in ihrem geographischen Bild eine typisch normannische Schöpfung. Man darf wohl sagen, dass die normannischen Engländer niemals wahre Katholiken waren. Es geht daher auch blutsmässig und nicht nur in abstrakt geistiger Beziehung eine klare Linie von den Normannen zu den Tempelrittern, von hier zu den Piraten und weiter zum Kalvinismus und zur Freimaurerei.

In diesem England nun nimmt die Freimaurerei erste politisch fühlbare Formen an. Hervorgegangen, wie gesagt, aus Berufsvereinigungen der Maurer, die in diesen die Geheimnisse der Konstruktion ihrer Kathedralen bewahrten, waren später auch andere Berufe in diesen Klubs vertreten gewesen (so, wie auch heute noch Rotary International, wenn auch aus anderen praktischen Gründen bei der Wahl seiner Mitglieder von dem Beruf ausgeht). Doch war erst mit dem neuen Geist der Deisten für diese Logen mit ihrem "interessanten" Zeremoniell der Moment gekommen, sich in eine neue Welt einzufügen und in ihr eine Rolle zu spielen.

Wir wiesen bereits früher (R 461) auf die Gleichzeitigkeit hin, mit der das amtliche England die Piraterie auflöste und der Freimaurerei seine Aufmerksamkeit zuwandte. Es geht hier tatsächlich um eine ganz bewusste Aenderung der Eroberungstaktik. Vergessen wir nicht, dass die Freimaurerlogen jener Zeit sich nicht in eigenen Tempeln zusammenfinden, wie das dann später der Fall ist, sondern in Tavernen, das heisst an ganz den gleichen Orten an welchen bis dahin sich die gleichen Personen, Kaufleute nämlich, Offiziere, Adlige, Freigeister usw. zusammenfanden, um ihre seeräuberischen Pläne zu entfalten. Die Devise der Piraterie: "Freiheit" (ohne Anerkennung staatlicher Souveränität), "Gleichheit" (im Verteilen der Beute, mit einziger Ausnahme des Kapitäns, der doppelten Anteil hatte), "Brüderlichkeit" (Viktualienbrüder Klaus Störtebeckers, Frères de la Côte, Frères de l'Isle de la Tortue usw.) wurde wortwörtlich in die Freimaurerei übernommen. Walpole - denn er war der Kopf hinter diesem Wandel (anerkannt wird diese überragende Rolle bei der Gründung des Weltreiches dadurch, dass im Sitzungszimmer von Downing Street Nr. 10 in London nur ein Bild hängt, nämlich das von Sir Robert Walpole) - hielt es eben für opportun, nunmehr mit anderen, subtileren Mitteln den katholischen Mächten auf dem Kontinent zu Leibe zu rücken. Ohne das grosse Engagement, welches der englische Adel schnell schon mit der soeben gegründeten Grossloge einging, wäre auch diese kaum mehr gewesen als alle die anderen bisher schon in London tagenden Klubs. So aber konnte von hier aus nicht nur der "laizistische Kreuzzug unserer modernen Zeit beginnen" (Fay, S. 104), sondern auch hinter solcher Maske die Essenz der kontinentalen Monarchien zersetzt werden. Es ist ganz gewiss auch kein Zufall, dass der letzte der grossen Flibustier, der aus Santo Domingo gebürtige Franzose Jean Lafitte, ausgerechnet Karl Marx finanzierte. 1847 trifft er sich mit Marx und Engels in Brüssel und stellt ihnen das Geld zur Verfügung, um das "Kommunistische Manifest" drucken lassen zu können. (*309)

Diese neue Grossloge brach also nicht nur mit dem alten, sinnlos gewordenen Lebensinhalt einer Berufsorganisation von Maurern, sondern wurde zu einer "philosophischen" Vereinigung. Als solche stand sie trotz ihrer anfänglichen Unbedeutendheit bald schon in Kontakt mit der Regierung, der es sehr daran gelegen war, auch innerpolitisch die (in jenem korrupten London nicht unschwer vorstellbare) Gefahr einer Restauration der katholischen Stuarts

mit Hilfe eines möglichst vielseitigen Geheimdienstes zu bannen. Als philosophisch-intellektuelle Vereinigung aller Menschen guten Willens, ohne Ansehen ihres Berufs, ihrer Rasse, Religion oder Staatsangehörigkeit, "verwandelte sich die Gewerkschaft der Maurer in eine Kirche" (Fay, S. 105).

Der bereits erwähnte Hugenottenpfarrer Jean-Theophile Desaguliers (1685 war das Edikt von Nantes widerrufen worden und die grosse französische Emigration setzte ein) war es, der aus dieser an sich unbedeutenden Vereinigung ein für Walpole brauchbares Instrument machte. Erklärter Gegner des Papstes und des französischen Königs, "fügte sich Desaguliers mit seinen Vorträgen ein in den englischen Kreuzzug der Europa eine neue Kultur geben sollte, frei von französischem und römischem Einfluss" (Fay, S. 111). Dabei war Desaguliers durch ganz konkrete Arbeiten in seine Stellung gelangt. Gestützt auf Newtons physikalische Ideen baute er nicht nur die Westminster Bridge, sondern erfand u.a. auch den Mechanismus für die Reinigung eines Geschützes, welches 23 Schüsse pro Minute abgeben konnte - würdiger Vorgänger eines Chaim Weizmann, der mit seinen chemischen Kenntnissen 1915 dem Munitionsminister Balfour so nützlich wurde. Sein Gott war "der grosse Architekt und Ordner der Welt", so wie Newton ihn entdeckt hatte, und damit war der religiöse Gehalt der von ihm geformten Freimaurerei gegeben. "Newton glaubte im übrigen an die Existenz einer Kette von Eingeweihten, die sich durch die Jahrhunderte bis in eine sehr ferne Vergangenheit erstreckt. Die Mitglieder dieser Reihe kannten seiner Ansicht nach die Geheimnisse der Transmutationen und der Auflösung der Materie. Gewisse Bauten des Mittelalters legen Zeugnis von der seit undenklichen Zeiten geübten Gepflogenheit ab, durch die Architektur eine Botschaft der Alchimie zu übermitteln, die aus unendlich weit zurückliegenden Stadien der Menschheitsgeschichte stammt" (Pauwels, S. 134)(*310). Uebernahm die Freimaurerei also viel mehr noch als nur die Form der Gilden? Ist Gott "der grosse Architekt und Ordner der Welt", so heisst es darum in der "Verfassung der Freimaurerei":

> "Ein Maurer ist kraft seines Berufes verpflichtet, dem Gesetz der Moral zu gehorchen. Und wenn er eine rechte Auffassung von seinem Handwerk hat, so kann er niemals ein dummer Atheist oder ein unreligiöser Freidenker sein. Aber wenn auch früher die Maurer verpflichtet waren, in jedem Land die dortige Religion anzunehmen, sei es, welche es sei, so scheint es heute zeitgemässer, sie nicht zur Zugehörigkeit einer anderen Religion zu verpflichten, als jener, der alle Menschen zustimmen, mit der Möglichkeit, sich seine eigenen Meinungen zu bilden, sodass es genügt, dass sie gute und wahrheitsliebende und saubere Menschen sind, welches auch die verschiedenen Religionen oder Sekten seien, denen sie etwa angehören, sodass die Maurerei zum Zentrum der Vereinigung und zum Mittel wird, eine wirkliche Brüderschaft von Personen zu schaffen, die ohne sie auf immer getrennt bleiben würden."

Damit zerstört die Freimaurerei nicht die Kirchen, aber geht daran, sie zu ersetzen. Des Maurers Ueberzeugung, sagt Fay (S. 127) ist wissenschaftlich, seine Moral sozial. Der Gegensatz zwischen dieser Erde und dem Uebernatürlichen besteht nicht mehr. Frömmigkeit ist nun nichts anderes als genaues Verständnis des Wirklichen. An die Stelle einer geistigen Religion tritt eine intellektuelle.

Diese gleiche bestimmende Haltung nimmt Desaguliers gegenüber dem Staat ein, wenn es weiter in jener "Verfassung" dann heisst:

> "Ein Maurer ist ein friedliebendes Wesen, den zivilen Behörden jenes Ortes unterworfen, wo er lebt und arbeitet; er darf sich niemals in

Komplotts und Verschwörungen gegen den Frieden und das Wohlbefinden der Nation verwickeln, noch darf er sich undiszipliniert zeigen gegenüber den unteren Beamten, denn die Maurerei hat immer Kriege, Morde und Ordnungswidrigkeit verworfen, und die alten Könige und Fürsten haben sie gefördert und unterstützt wegen der Loyalität und dem friedfertigen Geist der Maurer, die auf diese Weise praktisch die Verleumdungen ihrer Gegner zurückwiesen und der Ehre der Kompanie gedient haben, die immer in Zeiten des Friedens geblüht hat. Wenn irgend ein Bruder sich rebellisch gegenüber dem Staat zeigt, so darf seine rebellische Handlung nicht unterstützt werden, man hat sich vielmehr von ihm zu trennen, als handle es sich um einen Verwunschenen."

Im Gegensatz zu bisherigen Maurerlogen stellt sich die Freimaurerei also jetzt über den nationalen und sozialen Zusammenhalt, anstatt Teil desselben zu bilden. Sie hält sich fern von allen politischen Bindungen, Skandalen, Kriegen usw., vermeidet selbst, von den Monarchen zu sprechen, sondern nennt nur "untergeordnete Beamte". Die einzige Bindung, die sie zu den Behörden anerkennt, ist sozialer Natur. Sie schliesst die Politik aus ihrem Schoss aus, erlaubt aber ebenso wenig, dass die Politik sich in ihre Aufgaben mische, und sie lehnt von Anfang an jede Ueberwachung ihrer Logen durch den Staat ab. (Vgl. Fay, S.129). Diese "unpolitische" Haltung ist denn auch bis heute hin von der Grossloge in London beibehalten worden, findet sich aber nicht mehr in den sich kurz darauf formenden kontinentalen Logen, obwohl auch diese zunächst die "Verfassung" von Desaguliers und Anderson im wesentlichen annehmen.

In Frankreich wurde 1723 eine Grossloge gegründet, die anfangs einen politischen (pro-Stuart) Charakter hatte, dann aber unter dem Einfluss des Regenten, des Herzogs von Orléans und seines Nachfolgers als Grossmeister, dem Herzog von Bourbon, mitverantwortlich zeichnete für das Absinken der königlichen Autorität. Kardinal Fleury erreichte (1738), dass die Freimaurerei in Frankreich verboten wurde und dass der Beitritt für Katholiken mit dem Bann belegt wurde. Doch wurde diesem Gebot schon bald kaum noch Folge geleistet. Die zwangsläufige Degeneration innerhalb der also weiterbestehenden Freimaurerei schritt dann so weit, dass es 1773 zu einer förmlichen inneren Revolution kam und die subversiven Elemente in ihr den "Gross-Orient" von Frankreich bildeten. Ohne diese erste Revolution von 1773 wäre es niemals zu der von 1789 gekommen! Um die Möglichkeiten zu erkennen, die den Dunkelmännern jener Zeit mit dieser Schaffung des Gross-Orients zur Verfügung standen, müssen wir aber zunächst kurz auf die innere Struktur der Logen eingehen.

Das Ritual der Londoner Grossloge entlehnte viele Einzelheiten nicht nur von den Tempelrittern, sondern auch von den uns bereits bekannten Rosenkreuzlern. Diese, nach Mirabeau "mystische, kabbalistische, theologische und die Magie ausübende (*311) Sekte", ursprünglich in Deutschland beheimatet, und mit gewisser Wahrscheinlichkeit eine unter anderem Namen fortlebende Templerloge, kennt die Gliederung in drei Grade, die dann auch von London übernommen wird.(*312) Bezeichnet wird diese Form als die sogenannte "Blaue Freimaurerei". In Frankreich wurde dann die Zahl der Grade bedeutend ausgeweitet, bis sie im sogenannten "Schottischen Ritus" (1754) dreissig Grade zählte (wobei der ursprüngliche 3. Grad jetzt zum 30. wird, also die neuen Grade dazwischen geschaltet werden). Um 1740 kam es zunächst zur Einführung des neuen Grades des "Royal Arch", der "rein jüdisch ist,

eine Glorifizierung Israels und ein Erinnern an den Bau des zweiten Tempels Salomons"(*313). Yarker (*314) fügt hinzu: "Die Einführung des Royal Arch Degree muss das Werk eines kabbalistischen Juden etwa um 1740 herum gewesen sein. Von da an dürfen wir eine geheime Tradition annehmen, die über das Andersonsche System gelegt wurde." Betrachtet man die Bezeichnungen für die neuen Grade (*315), so erkennt man deutlich, dass sie von zwei Grundelementen herrühren: Kreuzrittertum und jüdische Tradition. Der 30. Grad erhielt die Bezeichnung: "Kadosch" (hebräisch "heilig" oder "gewidmet"). Er ist einer der drei "Rachegrade" und sein Ritus symbolisiert, wie wir noch im einzelnen sehen werden, die Hinrichtung des Oberhaupts der Tempelritter, Jacques du Molay, bei der Auflösung der Tempelritter durch Philipp den Schönen, und ist so Sinnbild für die Bekämpfung des Königtums. Bezeichnend, dass im Augenblick, da 1806 Franz II. der deutschen Kaiserwürde entsagte, der Kaiseradler im gleichen Jahr noch aufgenommen wird in die Symbolik des 30. Grades, und 1848 die Freimaurerei offen das Reich in der Form einer Republik anstrebt.

Die Riten bei der Einführung in den jeweils nächsthöheren Grad waren ursprünglich streng geheim. Dieses Geheimnis stellte die Hauptwaffe der Freimaurerei dar. Heute gibt es keine solchen Geheimnisse mehr. Nicht etwa aber, weil die Freimaurerei sie veröffentlicht hätte, sondern weil im Zuge staatlicher Massnahmen in Portugal, Spanien, Frankreich, Belgien, Holland, Deutschland, auf dem Balkan usw. eine schwerwiegende Anzahl sehr oft übereinstimmender Dokumente gefunden wurden, die es ermöglichen, heute auf einwandfreien Tatsachen fussend, über die Freimaurerei berichten zu können. Das einzige, ihr verbleibende Mittel ist seitdem, die Unterrichtung über diese Dinge durch Eingriffe in die öffentlichen und privaten Bibliotheken und durch Einflussnahme auf das Verlagswesen und die Buchhandlungen zu verhindern. Doch sind diese Möglichkeiten in den verschiedenen Ländern ausserordentlich unterschiedlich, in vielen praktisch gleich Null.

Mit der Aufnahme in einen neuen Grad werden dem Initianten gewisse Dinge mitgeteilt, die er von nun an zu beachten hat. Es wird ihm untersagt, die neu erfahrenen Dinge unteren Graden mitzuteilen. Immer handelt es sich dabei um Hinweise darauf, was die Freimaurerei will. Dieses Wollen wird von Grad zu Grad weiter erklärt und erläutert. Andererseits ist der Bruder von Anfang an zu Gehorsam gegenüber seinen jeweiligen Oberen verpflichtet, ohne dabei die Obersten Brüder überhaupt zu kennen, und ohne zu wissen, was diese nach weiteren Initiationen mit ihm unbekanntem Inhalt wollen. Er gehorcht also immer Personen, die "mehr" wissen als er selbst. Dieses "Mehr" bezieht sich dabei nicht nur auf die Aeusserlichkeiten, die mit der Annahme höherer Grade verbunden sind, sondern vor allem auch auf den Inhalt und die Tendenz, die die Freimaurerei im jeweils höheren Grad annehmen kann. Die Einführung der höheren Grade mit ihrer politischen und später antichristlichen Tendenz stellt so eine völlige Abwendung dar von dem ursprünglich in England ausgearbeiteten Bild eines "unpolitischen" und in religiösen Dingen neutralen Freimaurerbundes.(*316) An einigen Graden wollen wir dieses sich wandelnde Bild beim Aufstieg innerhalb der Freimaurerei nunmehr konkret darstellen. Doch müssen wir dazu noch einmal etwas ausholen und über den kabbalistischen Hintergrund der Freimaurerei sprechen.

"Wenn der Talmud die Seele der Juden ist, so hat der Talmud seinerseits die Kabbala zur Seele."(*317) Die Synagoge besass schon vor den Schriften des Moses eine m ü n d l i c h e Tradition, die "den Buchstaben als Seele diente" um eine falsche Auslegung der Schriften zu verhindern. Diese mündliche Ueberlieferung ist die Kabbala. Schriftlich niedergelegt wurde sie erst

viel später, und auch dann niemals der Gesamtheit der Juden zugänglich gemacht. Der Talmud (in seiner sauberen, vorchristlichen Form) enthält Lebensgrundsätze und Verhaltensregeln, während die Kabbala geheimnisvolle magische Weisheiten bringt, von der Natur Gottes und von der unsichtbaren Welt spricht. "Von Abraham ("den die Geschichtsfälscher daher als den Vater der Geburt Israels bezeichnen"(*318)) aus Chaldäa mitgebracht, den ägyptischen Priestern durch Joseph gelehrt, gesammelt und gereinigt durch Moses, in der Bibel unter Symbolen versteckt, offenbar gemacht durch Johannes", fasst Eliphas Levy (*319) ihren Werdegang zusammen. Erst im 15. Jahrhundert wurde die Existenz der Kabbala den Christen (durch die Arbeiten des Juden Paul Ricci) überhaupt bekannt. In den Jahrhunderten um Christi Geburt wurde sie unter dem Einfluss der Pharisäer neu gefasst und erhielt betont den Sinn eines Schlüssels zur Beherrschung der Welt durch das auserwählte Volk der Juden. In dieser also relativ modernen Fassung ist das uralte "Wissen" der Chaldäer um die schicksalhafte Macht der Sterne zentral verankert. Mit Hilfe dieser Magie soll "die gewalttätige Vereinigung aller Völker" im Zuge einer "ungeheuren Revolution" erreicht werden.(*320) Das Evangelium des Johannes deutet mit seiner Apokalypse diese subversiven Bestrebungen allen Wissenden deutlich genug an. Alle Geheimgesellschaften bauen auf ihr auf, die Freimaurerei verdankt ihr ihre Geheimnisse und ihre Symbole, auch wenn viele zu ihr Gehörige es garnicht ahnen. Den unheilvollen Einfluss der Kabbala fasst des Mousseaux mit folgenden Worten zusammen (S. 509 ff.): "Mit Hilfe der Astrologie bemächtigten sie sich des heidnischen Rom und seiner schrecklichen Kaiser, verpesteten sie die Königspaläste und füllten mit Verbrechen die mittelalterlichen Burgen und die Wohnungen der satten Bürger bis hin in unsere Tage." "Die Kabbala ist also, um aufs Wesentliche zu kommen, die Hauptwurzel der Magie, dieser Kunst, deren Meister schon in den Tagen des Moses so tüchtig waren, dass dieser grosse Befreier die Macht Gottes zu Hilfe nehmen musste, um sich über ihre Einflüsterungen erheben zu können." "Die kabbalistischen Traditionen der Pharisäer beschmutzen seit den frühesten Tagen des Altertums die Religionen, die Geschichte und die Sitten" (S. 534). Die christliche Kirche entnahm die Idee der Engel und des Schutzengels dem chaldäischen Kern der Kabbala. Im jüdischen Volk richtete die Kabbala grösstes moralisches Unglück an. "Salomon selbst gibt uns davon ein bekanntes Beispiel mit seiner geistigen und sittlichen Verkommenheit, die in der Geschichte der Menschheit ihresgleichen sucht. Wie können wir da noch Besseres von den gewöhnlichen Juden erwarten, solange die Kabbala ihren Geist bestimmt?"(*321) Durch die Kabbala wird "der Vater der Lüge zum Vater Israels"(*322). Die Worte "Scham" und "eheliche Treue" werden sinnlos in der Sprache der Kabbala. Eliphas Levy aber bezeichnet die Kabbala wegen ihres grossen Einflusses auf alle dogmatischen Religionen als "die Wissenschaft der Wissenschaften, die Religion der Religionen"(*323). So ist das Ergebnis für einen ernsten Forscher wie des Mousseaux nur allzu klar: "Eines schönen Abends wird so eine jener schrecklichen Krisen die Welt erschüttern, die seit langem die okkulten Gesellschaften der Christenheit bereiten, und vielleicht wird man dann plötzlich auf der ganzen Welt alle Mitkämpfer, alle die brüderlichen Sekten und die unbekannten Anhänger der Kabbala ans Tageslicht kommen sehen. Die Unwissenheit und die Sorglosigkeit, die wir bisher ihrer stummen Gegenwart gegenüber bewahrten, wird ihnen dann unter der Fahne irgendeiner universellen Vereinigung die Möglichkeit geben, sich gegenseitig zu erkennen und sich den Friedenskuss zu geben. Sie werden sich dann begeistert unter e i n e m Führer einordnen. Mehr als e i n e Stimme der Hochfreimaurerei aber wird uns dann vielleicht ein bisschen brutal daran erinnern, dass die endlich auf der ganzen

Linie siegreiche Kabbala nach den Worten ihres Apostels "die Wissenschaft der Wissenschaften und die Religion der Religionen" ist."(*324)

Ich glaube, mit diesem Wissen über die Kabbala und in Erinnerung an das, was wir bereits an anderer Stelle, insbesondere aus Anlass des Moscheebrandes in Jerusalem erfuhren, haben wir jetzt das notwendige Rüstzeug, um den pittoresken Film der Einweihungen bei den verschiedenen Graden der Freimaurerei vor uns mit Gewinn ablaufen lassen zu können.

Der 16. Grad, "Prinz von Jerusalem", drückt den Wunsch des jüdischen Volkes nach Freiheit aus. Die Wiedererrichtung des Salomonischen Tempels und der Kampf gegen die Samariter (wobei diese gleichgesetzt werden mit den Christen, ohne dass das ausdrücklich gesagt wird) ist jetzt die Aufgabe des in den neuen Grad Aufgenommenen. Als Held der Juden, als Vorbild wird Zorobabel vorgestellt.

Der 18. Grad hat zum Inhalt eine gnostische und entweihende Interpretation der katholischen Eucharistie, verspottet das Osterlamm, das letzte Abendmahl und die Buchstaben INRRI am Kreuz. Ein rituelles Bankett in der Nacht von Gründonnerstag zum Karfreitag beendet die Zeremonie, bei der ein grosses Kreuz mit sieben Lichtern (der Anzahl der Lichter der Menorah, dem jüdischen heiligen Leuchter) neben dem Tisch steht. Dieses symbolisiert die Herrschaft des Judentums. Der Symbolismus der Rosenkreuzler und der Pelikan, der seine Kinder ernährt (Sinn dieser Symbolik uns unbekannt) sind die Zeichen, unter denen der 18. Grad steht. Die zum 18. Grad aufgestiegenen Logenbrüder tagen von nun an in einem abgesonderten Raum, dem Chapitre, zu dem die jüngeren Grade keinen Zutritt haben, ihn sehr oft überhaupt nicht einmal kennen. In sehr vielen dieser Chapitres sieht man ein Bild oder ein Fresko, welches einen Tempelritter zu Pferde darstellt, der in seiner Rüstung eine Brücke angreift. Auf dem Brückenbogen findet man drei Buchstaben: L. D. P. (= Liberté De Passer. Soviel wie: Er darf passieren. Gleichbedeutend ist dieses mit der "Freiheit für den Umsturz zur Eroberung des Staates".) Einige dieser aufgefundenen Gemälde stammen aus dem 18. Jahrhundert, andere waren erst im 20. Jahrhundert angebracht worden. In dem Wasser, welches unter der Brücke hindurchfliesst, sieht man die Gewänder von Geistlichen, Königen und Soldaten davontreiben. Diese Symbolik wurde bereits im 15. Grad eingeleitet: Die Macht der Juden und der Freimaurerei im Angriff auf die christliche Gesellschaft. Wir finden sie dann wieder bei der Symbolik zum 30. Grad des Kadosch. Aber auffallend ist, dass die an sich klare Symbolik bei der Einweihung des 15. und 18. Grades dem Neuling nicht ausdrücklich im Laufe der Zeremonie erklärt wird. So lässt man den Bruder nur nach und nach vorsichtig in den von jetzt an aufwärts herrschenden Geist eindringen. Zwischen dem Erreichen des 18. und 30. Grades (falls man überhaupt dorthin gelangt) liegen mindestens vier Jahre.

Der 24. Grad, Fürst des Tabernakels, beschäftigt sich speziell mit der jüdischen Symbolik (er wird manchmal übersprungen). Der Stern Salomons (mit oberem und unterem Dreieck), der weisse Gott und der schwarze Gott (aus der Kabbala stammende Symbole), die beiden aufeinanderhockenden Greise, die sich im Wasser spiegeln, gehören hierher. Wir finden diese Symbole wieder in einer Anzahl von Staatswappen, wobei die weisse Hälfte oft oben, die schwarze unten zu liegen kommt.

Vom 19. bis zum 25. Grad gibt es innerhalb der Logen keine Zeremonien, sie werden vielmehr mündlich erteilt. Das geschieht, obwohl es ein gedrucktes, jedoch nicht angewandtes Zeremoniell gibt. Dasselbe finden wir auch bei einigen weiteren Graden in gewissen Logen.

Es gibt im schottischen Ritus insgesamt 33 Grade, aber der 30. Grad

des Ritters Kadosch (K-H) ist der letzte Grad der sogenannten Einweihungs-Grade. Der 31., 32. und 33. Grad sind Inspektions- und Führungsgrade. Nicht aber aus diesem Grunde spricht man fast niemals von dem Zeremoniell bei der Ernennung zu diesen Graden, sondern weil es sich hier um besonders geheime Vorgänge handelt. Es gibt nur sehr wenige gedruckte Handbücher über diese Vorgänge, die meisten sind handgeschrieben. Man fand zB einen Brief des Sekretärs des Grossmeisters Benesch, gerichtet an das Haupt der schottischen Freimaurerei in Belgien, in welchem um die Ueberlassung eines Exemplars mit den Initiationen für den 32. und 33. Grad gebeten wird. Die Antwort war: Wir werden Ihnen ein solches Exemplar schicken, aber Sie müssen die Handschriften bezahlen, denn es gibt davon keine gedruckten Exemplare. (Was, wie man ebenfalls entdeckte, nicht stimmte, denn es gab einige, allerdings sehr wenige Exemplare im Tresor des Grossmeisters.) Man ging so vor, weil man immer die Wahrhaftigkeit eines handgeschriebenen Exemplars leugnen konnte, während das bei einem gedruckten Exemplar weit schwieriger ist. Wir werden später noch auf die Einweisungen in den 32. und 33. Grad zu sprechen kommen. Einstweilen verweilen wir ein wenig bei dem an sich, wie gesagt, höchsten Grad. Wir stossen dabei auf das Wesen der Freimaurerei selbst und legen ihre letzten Geheimnisse vor Ihnen offen auf:

Die Bezeichnung "Kadosch" stammt aus dem Hebräischen. Kadosch bedeutet soviel wie "Heiliger Kämpfer", "Religiöser Heiliger". Alle Ritter Kadosch, die der Einweisung eines neuen Bruders beiwohnen, tragen in ihrem Gürtel einen Dolch, dessen Spitze mit Farbe rot angemalt ist. Der 30. Grad ist einer der sogenannten "Rachegrade", denn in einem bestimmten Augenblick der Zeremonie zücken alle Anwesenden diesen Dolch und heben ihn in Angriffsbewegung hoch mit den Rufen "Nekam-Nekam-Nekam", "Rache-Rache-Rache". Dieser Augenblick ist beim 30. Grad dann gegeben, wenn ein Vorhang beiseitegezogen wird, hinter welchem drei Totenschädel aufgebaut sind, der eine mit der Königskrone bedeckt, der andere mit der Tiara des Papstes und der dritte mit einem Lorbeerkranz. Um den Sinn dieser trotz ihres theatralischen Gewandes sehr ernsten Produktion zu verstehen, müssen wir erneut in die uns bereits oberflächlich geläufige Geschichte des Mittelalters zurückkehren. Ohne solche Studien würde man niemals das geheime Ziel der Freimaurerei verstehen, würde man niemals verstehen, warum mit diesen Racherufen angesichts der drei Totenschädel sämtliche Zeremonien der Freimaurerei ihr eigentliches Ende finden, warum man mit so unendlich viel Vorsicht diese Vorgänge geheim zu halten trachtet, und was es schliesslich bedeutet, dass unter dem Schutz der Deutschen Wehrmacht im II. Weltkrieg der Freimaurerei in eindeutiger, unwiderlegbarer Weise dieses Geheimnis entrissen werden konnte.

Bei der Einweisung zum 3. Grad werden dem Initianten drei Figuren gezeigt. Man sagt: "Das sind die Mörder Hirams", jenes Baumeisters des Salomonischen Tempels, der in Israel ermordet wurde, und man ruft auch schon bei dieser Gelegenheit "Nekam-Nekam-Nekam". Die drei Figuren erhalten die nichtssagende Bezeichnung "Jubelo, Jubelum, Jubela". Bei der Weihe zum 9. Grad wird gesagt, es handle sich um "Abibala, Sterkin und Overfurt", womit man nichts weiter als eine neue Vernebelung mit Phantasienamen vornimmt. Wieder ruft man "Nekam-Nekam-Nekam" und ahnt nur, dass für irgend etwas Rache genommen werden soll. Erst mit dem 30. Grad wird dann wirklich in die Geschichte eingetreten. Bis dahin war alles nur Schein. Jetzt erst beginnt die Wirklichkeit. Man sagt (das heisst, man zeigt auf sie, und nennt sie bei Namen): Es handelt sich bei den drei Feinden um Philipp den Schönen, König von Frankreich, um seinen Ratgeber Wilhelm von Nogaret und um Papst Klemens den Fünften. Es handelt sich also diesmal wirklich um eine

handgreiflich notwendige Rache, nicht um den Tod eines legendären Hiram zu sühnen, sondern den Tod der Tempelritter und das Verbot jenes Ordens, das die genannten Drei auf dem Gewissen haben. Ein fünfhundert Jahre zurückliegendes Ereignis ist Höhepunkt im freimaurerischen Ritual, ein Ereignis, dem unendlich viele Schlachten, Verratshandlungen, Morde, Plünderungen usw. usw. gefolgt sind, die Renaissance, die Reformation, Elisabeth und Cromwell, Richelieu und Mazarin, die ganzen Religionskriege. Doch von dem allem spricht das Ritual der Freimaurerei nicht ein einziges Wort. Wie seltsam auf den ersten Blick! Für die Einweisung in ihren allerhöchsten Grad erinnert sie sich eines für jeden normalen Sterblichen längst vergessenen Ereignisses, eines selbst Historikern kaum noch erinnerlichen Prozesses. Und doch hat sie guten Grund dazu: Es war einer der grössten Prozesse der Geschichte. Mehr als viertausend Zeugen, als Angeklagte die höchsten Würdenträger des europäischen Adels. Gegen einen religiösen Orden war Anklage erhoben worden in einem Augenblick, da noch päpstliche Gerichtsbarkeit galt, und sie ergab einen ungeheuerlichen Sittenskandal: Unzucht, Sodomie und orientalische Laster, alles gekrönt von der Leugnung Christus, auf dessen Kreuz man bei den internen Zeremonien spie. Meineid über Meineid und Verrat jeder Art brachte das Verfahren an den Tag. Philipp der Schöne konnte gegenüber der Kurie aus Kompetenzgründen nur die "religiösen Motive" einer rechtsrelevanten Betrachtung unterziehen, aber die eigentlichen Beweggründe für diesen Prozess waren andere. Die Grossmacht der Templer bedrohte nämlich tatsächlich nicht nur das Königreich Frankreich, sondern alle christlichen europäischen Königreiche. Achttausend Festungen mit den sie umgebenden Gebieten, eine aus diesen sich rekrutierende Armee, die zehnmal stärker war als die der gesamten vereinigten christlichen Welt jener Zeit, das gesamte Bankwesen der Epoche lag in ihren Händen (ein französischer Historiker nannte sie berechtigterweise "die Bankiers des Mittelalters"). Mit ihren Festungen kontrollierten sie alle Handelswege, alle Pässe und Brücken, erhoben Brückengeld für alle intereuropäischen und nationalen Transporte. Mit einem Wort, der gesamte Handel war von ihnen abhängig. Die nationale Macht der Staaten war bereits de facto unterminiert. Eine adlige Geheimgesellschaft hatte in ganz Europa die eigentliche Macht in Händen, von England bis nach Ungarn und Griechenland. In dieser Situation, und nach einem zehnjährigen Studium der Lage (denn die ersten Beobachtungen datieren vom 22. Juni 1290) entschloss sich Philipp der Schöne zu einer der grössten gelungenen Polizeiaktionen aller Zeiten. In einer einzigen Nacht wurden sämtliche Festungen der Templer besetzt. Die Ueberraschung war so vollständig, dass der Grossmeister des Tempelordens in seinem befestigten Schloss der Templer mitten in Paris verhaftet werden konnte. Nicht ein Wort war den Offizieren, den "baillis" und "sénéchaux" des Königs entwichen. Alle an dem Unternehmen Beteiligten hatten acht Tage vorher einen mit dem königlichen Siegel verschlossenen Brief erhalten mit dem Befehl, ihn in der Nacht des 12. Oktober 1307 zu öffnen. Am Morgen des 13. Oktober hatten sie, möglichst ohne Kampf, einzudringen in die ihnen jeweils bezeichnete Festung, den Kommandanten der Templer aufzusuchen unter dem Vorwand einer königlichen Inspektion, und sich der Befestigung zu bemächtigen und die anwesenden Templer gefangen zu setzen. Kleine Kontingente hielten sich versteckt in der Nähe auf, um notfalls das Vorgehen zu unterstützen. Das Unternehmen gelang besser als man je vorausgesehen hatte. Es passierte nicht ein einziger Fehler oder Irrtum. Welcher heutige Staat könnte sich ein solches Vorgehen zumuten? Zu Dutzenden würden die Verräter alles ausspfeifen, denn nicht ein einziger Staat ist nicht durchlöchert wie ein Sieb vom Netz der Freimaurerei, den Nachfolgern der Templer. Doch damals, im Jahre 1307

gelang es Kirche, Königtum und Militär vereint die grösste Geheimgesellschaft jener Zeit zu vernichten. Der Grossmeister wurde öffentlich hingerichtet (*325), die Besitzungen eingezogen, der Orden verboten. Dieses Ergebnis ruft die Freimaurerei bei der Einweisung in ihren höchsten Grad wieder wach unter dem Schrei "Rache-Rache-Rache!" Staat, Kirche und geistige Führung, verkörpert in den drei Totenschädeln, sind zu zerstören oder von der Freimaurerei selbst zu übernehmen. Dieser subversive Sinn ist das Wesen der Freimaurerei, ein Wesen, welches erst mit dem 30. Grad enthüllt wird, und nicht nur Aussenstehenden, sondern selbst allen unteren Graden der Freimaurerei verborgen ist. Dieser subversive Sinn erklärt denn auch den blutigen Weg der Freimaurerei von 1789 über die Revolutionen von 1830, 1848, 1871, 1917 in Russland usw. usw., wie wir bereits früher bei der geographisch zuständigen Stelle es dargestellt haben. Die parlamentarische Demokratie ist so (unter Missbrauch unendlich viel guten Willens) zum Deckmantel geworden für die okkulte Herrschaft einiger Hochgradfreimaurer, die wie in einem Marionettentheater die Fäden ziehen und so der Welt Geschichte machen.

Die Zeremonie der Einführung in den 32. Grad ist deutlich antireligiös. Sie erfolgt vor einer Bühne, auf welcher grosse weisse Schilder aufgestellt wurden mit den Namen von Zoroaster, Moses, Buddha, Konfuzius, Mithra, Jesus und Mohammed, wobei über letzterem ein Fragezeichen angebracht ist. Dieser religiöse Eklektizismus ist nichts anderes als eine Missachtung jedes echten religiösen Gefühls, jedes wirklichen Glaubens. Der Sinn der Zeremonie ist: "Man ist Freimaurer vor allem andern."

Bei der Einführungszeremonie für den 33. Grad gibt die Alchimie den Ton an. Wenn wir im folgenden auf die Symbole dieser Einweisung eingehen, so glauben wir, dabei der bisherigen Forschung neue Gedanken hinzuzufügen, die sich aus jahrelangem, eingehendem Studium ergeben haben.(*326)

Im Mittelpunkt des Bildes befindet sich ein Alchimistenofen, genannt Athanor, der seinerseits in einen Festungsturm ausmündet. Am Eingang zum Athanor bemerkt man eine Retorte. An einer Ecke der Festung bemerkt man zur Linken einen schwarzen Raben, zur Rechten, und etwas höher angebracht, eine weisse Taube. Oben auf dem Gebäude steht ein Hahn, der im Begriffe ist sich in einen Phönix zu verwandeln. Ueber dem allem schwebt der Doppeladler des Obersten Gerichts.

Alle diese Gegenstände sind in sehr primitiver Form dem alchimistischen Ritual entnommen, doch ist ihr Sinn klar geblieben. Um diesen Sinn zu verstehen, ist es notwendig, dass man zunächst weiss, dass jeder Gegenstand in der Alchimie in zwei verschiedenen Formen zu interpretieren ist. Diese Doppelung der Interpretation ist für den alchimistischen Prozess kennzeichnend:

1) Die Verwandlung der rohen Materie in Gold durch den Eingewiesenen;
2) die Verwandlung des gewöhnlichen Menschen in einen Eingewiesenen, Eingeweihten.

Nur der Eingeweihte kann hoffen, Gold zu machen. Das ist das grosse Geheimnis der Freimaurerei wie der Alchimie. Im einzelnen:

Der Athanor (ein aus dem Hebräischen stammendes Wort), der Alchimistenofen, ist eng und ohne Fenster, denn keine Zeugung, pflanzlich oder menschlich, kann bei Licht vor sich gehen. Sie geschieht im Dunkeln. So ist der Athanor selbst das Symbol der Geheimen Gesellschaft.

In der Retorte befindet sich die Materie im Rohzustand. Symbol des nicht eingeweihten Menschen am Eingang zum Athanor.

Erst durch das Feuer (das heisst also, durch die Initiation) verwan-

delt sich die Materie und verliert ihre ursprünglichen Eigenschaften, so wie die Metalle im Feuer oxydieren. So verliert der Mensch durch die Weihen, die er hier empfängt, seine Rasse, seine Religion, seine ererbten Charaktereigenschaften, seine ursprüngliche und ihm von Gott gegebene Natur.

Der schwarze Rabe ist das Zeichen der Fäulnis, der Zersetzung, der Zerstörung, das caput mortuum der Alchimisten. Der Mensch hat seine ursprünglichen Eigenschaften verloren, er ist tot. Die Kunst der Alchimisten wird aus diesem toten Körper einen anderen, verwandelten Körper machen.

Die weisse Taube, das ist die Wiedergeburt, die Vergeistigung des philosophischen Merkur. Der Geist erhebt sich und belebt die Materie. Es ist der Eingeweihte, der jetzt zum zweiten Male geboren wird, nachdem er seine ursprüngliche Natur verloren hat. (Den Kabbalisten, die diese Symbolik einst entwarfen, schwebt in der Tat ein geistig so andersgeformtes Wesen vor, wie wir es ja heute auf ganz anderem Gebiet sehen, wenn wir schon bemerken mussten, wie ein Marxist in völlig anderen Kategorien denkt und spricht wie ein gewöhnlicher Mensch. Im Grunde genommen ist aber in beiden Fällen die Idee die gleiche: die völlige Entwurzelung des Menschen. Und die Idee entstammt in beiden Fällen den gleichen Gehirnen.)

Der Hahn, Symbol des Merkur und auch der Wiederauferstehung, wird zum Phönix, nachdem er dreimal gekräht hat (das heisst, nach drei letzten Verwandlungen). Wir sehen, wie Religion, Alchimie und Freimaurerei sich immer wieder der gleichen Symbolik bedienen, die ihren Ursprung findet in den Mysterien des Gottes Hermes, dem Gott der Weisheit, der dann identisch wurde mit Merkur. Man darf hinzufügen, dass Phönix, der rote Vogel, das Symbol der Phönizier war, jenem Händlervolk par excellence, welches bei der Schaffung des "jüdischen" Volkes so wesentliche Merkmale beitrug. (Vgl. dazu im Kapitel "USA".)

Der Doppeladler, der über allem schwebt, hat allen Forschern das grösste Problem aufgegeben, denn es war doch allzu seltsam, dass der Doppeladler des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation und der Romanows zum Wappentier einer geheimen Gesellschaft erkoren wurde. Aber sind nicht die Adler in der Alchimie das Symbol der Sublimation? Und ist es nicht eine Art moderner Sublimation, die die Freimaurerei vorzunehmen sucht, indem sie sich an die Stelle der alten Monarchien setzt?

Aus der Alchimie nimmt die Freimaurerei nicht zuletzt auch die Art ihres vorsichtigen und geheimnisvollen Vorgehens, wenn man die fortschreitende Einweisung in dreissig Graden als Ganzes betrachtet. Die Hochgrade 32 und 33 haben denn auch immer über dem geheimen Ritual der Alchimie zu wachen, welches gleichzeitig das der politisch wie kommerziell aktiven Freimaurerei ist, und sie haben den Gehorsam der Brüder gegenüber ihren bekannten oder unbekannten Oberen zu fordern. Das ist der Sinn der Symbolik bei diesen heute bekannten (wenn auch kaum veröffentlichten) internsten Vorgängen innerhalb der Freimaurerei.

Die Auffindung des auch in diesem Buch wiedergegebenen Bildes von den drei Totenköpfen, die dem Ritter Kadosch als die Feinde der Freimaurerei vorgestellt werden, war ein tödlicher Schlag für diese. Denn damit war klar geworden, dass die vom Grand-Orient in Paris abhängenden Logen staats- und kirchenfeindlich gelenkt werden. Diese Tatsache steht seitdem unbestritten und unwiderlegbar fest. Eine Anzahl von Regierungen hat sie amtlich bestätigt (Frankreich, Portugal, Spanien, Deutschland, Italien, Belgien, Serbien). Diese Tatsache steht fest, auch dann, wenn Tausende von Freimaurern sie bestreiten. Sie müssen diese Tatsache ja sogar bestreiten, weil sie gar nicht in den 30. Grad eingeführt wurden. Sie können überhaupt nur das wissen, was

ihnen bis zu ihrem jeweiligen Grad hin mitgeteilt wurde. Und das ist immer harmloser und friedfertiger, je weiter nach unten man geht. Wäre es anders, sehr viele von ihnen wären der Freimaurerei niemals beigetreten. Denn sie alle zeichnen sich ohne Ausnahme als ehrenwerte, saubere Menschen ohne politischen oder religiösen Fanatismus aus. Sie alle sind nichts anderes als gutgläubige Diener von Feinden der bestehenden religiösen und staatlich-völkischen Ordnung.

Nur einen Fehler allerdings haben sie alle: einen mit Neugierde gepaarten übersteigerten Ehrgeiz. Sie fühlen sich geschmeichelt, sich Bruder einer so wichtigen Organisation nennen zu dürfen, und sie lechzen nach der Auszeichnung eines höheren Grades, legen solchem Firlefanz mehr Wert bei als vielen Generationen nobler Abstammung. (Von König Gustav IV. von Schweden sagt Joseph de Maistre in seinem Buch "Du Pape": "Der Name, der ihn heute selbst unter Königen als solchen auszeichnet, ist ihm weniger schmeichelhaft als der, den er erhält, wenn er sich den Geheimgesellschaften anschliesst. Diesen letzteren setzt er unter seine Regierungsdekrete, und die Wappen seiner hohen Familie haben den burlesken Figuren der Brüder Platz gemacht.") Sie haben darüber hinaus zusätzlich gerade in unserem Jahrhundert entdeckt, welche bedeutenden materiellen Vorteile ihnen die Mitgliedschaft in einer so exklusiven Bruderschaft bringt (und haben mit der Ueberbetonung dieses Elements die Degenerierung der Freimaurerei vollends vollendet, wie ein Unternehmen wie das gegen Katanga aller Welt plastisch vor Augen geführt hat (vgl. R 303 ff.).

Der Ausbau bis zu 30 Graden, der dann die Freimaurerei so leicht zum Instrument politischer Interessen gemacht hat, wird als "perfekter Ritus" bezeichnet. Dieser "Rite of Perfection" wurde dann von dem Juden Stephen Morin (1761) als Abgesandter des Pariser Gross-Orients in Nordamerika aufgezogen. Morin ernannte dort 16 Inspektoren, fast alles Juden (Isaac Long, Isaac de Costa, Moses Hayes, B. Spitzer, Moses Cohen, Abraham Jacobs, Hyman Long usw.). 1806 wurde unter der Aegide des Gross-Orients in Charleston in den USA, das heisst in einem Ort auf dem 33. (!) Breitengrad, der Schottische Ritus (auch weiterhin also mit Ausnahme der Londoner Gross-Loge) weltweit angenommen. Zu einer Weltfreimaurerei in Form einer eindeutigen Hierarchie ist es jedoch bis heute nicht gekommen, obwohl derartige Versuche mehrfach unternommen wurden (Lausanne 1875). Immer aber stehen in wichtigen Dingen die Grossmeister der Logen untereinander in direktem, durch Kuriere befördertem Schriftwechsel. Niemals aber wird in solchen Fällen ein Befehl erteilt, immer nur Empfehlungen gegeben und Wünsche geäussert.

Die Degradierung der Freimaurerei zu einem politischen Instrument erlebte gerade London dann als erstes in Nordamerika (s.d.). Und von Nordamerika aus sprang das Feuer auf Frankreich über. Franklin lebte nicht umsonst jahrelang in Paris. Ihm gelang es, "in Europa die Idee, oder besser sagen wir den Mythos der siegreichen Revolution zu lancieren" (Fay, S. 253). Oeffentlich assistierte Franklin den von Ludwig XVI. untersagten Kundgebungen beim Begräbnis Voltaires. Diese beiden Namen sind es, die wir eigentlich schon früher in einem Atem hätten nennen müssen. Während Franklin von Nordamerika her mit Hilfe des Schottischen Ritus die Ordnung in Frankreich untergrub, hatte Voltaire ja allzugerne mit dem von ihm "gross" gemachten Friedrich von Potsdam her in sehr ähnlicher Weise aus der Freimaurerei ein Werkzeug der Politik gemacht. Dem Preussenkönig war sehr schnell klar geworden, welche Möglichkeiten ihm dieses "Jahrhundert der Freimaurerei" gab. Er liess sich in Braunschweig einführen und gründete dann eine Loge in

Berlin, zu deren Grossmeister er sich selbst ernannte.(*327) Zu weit aber zieht man wohl seinen Einfluss und auch seine Absichten, wenn man ihn darum mitverantwortlich machen will für die Französische Revolution.(*328)

Professor Fay weist darauf hin, dass die Freimaurerei in Frankreich in den zehn Jahren von 1780 bis 1790 einen vollständigen Wandel vornahm. Möglich war dieser durch die Einführung der neuen Grade, denn so wurden politische Einflüsse ansetzbar. Ausserdem aber hat schon damals die Freimaurerei die Realisierung konkreter Absichten immer durch ad hoc gegründete spezielle Vereinigungen vornehmen lassen. Die früher schon einmal erwähnte Philosophische Gesellschaft Franklins in Nordamerika war eine solche. Die in Paris um 1780 gegründete "Gesellschaft der Freunde der Neger" gehört ebenfalls hierher. Mit grosser Virtuosität wurde dieses System bis heute hin immer weiter ausgebaut, denn es erwies sich als ausserordentlich wirksam. Derart neu gegründete Vereinigungen, Zeitschriften, Klubs hatten sofort die stillschweigende Zustimmung der bestehenden und erfassten immer wieder neue, noch nicht beeinflusste Kreise und zogen sie hinein ins Spiel. Angesichts der Passivität und finanziellen Unterernährung der übrigen politischen Kräfte konnte die Freimaurerei so, ohne sich selbst blosszustellen, immer massiv ins Gefecht in gezielter Form eingreifen. Diese Taktik ist seit 200 Jahren die gleiche geblieben. Insbesondere hat sich die Freimaurerei, wie wir noch sehen werden, dann im 20. Jahrhundert als Fussvolk für ihren grossen Kreuzzug die Organisationen des Rotary und der Lions (in spanischen Ländern Leones genannt) geschaffen. Um der Darstellung mehr Leben zu geben, greifen wir voraus und berichten aus unseren Tagen darüber:

In mehreren Fällen hat die Freimaurerei in Argentinien in diesen Jahren die Ent-Deutschung von deutschen Auslandsschulen vorgenommen, ohne dass sie dabei irgendwie offiziell als solche auftrat. Nur wie zufällig waren die führend bei diesen Vorgängen tätigen Personen Mitglieder von Rotary International oder der International Association of Lion Clubs. Deutsche Kulturvereinigungen wurden offen zu politischer Hetze missbraucht.(*329) Im "Dekalog des guten Löwen" (*330) heisst es unter den Pflichten eines Mitglieds: "Wir dienen. Es handelt sich dabei um unparteiische Dienstleistung an der Gemeinschaft, unter absoluter Ausschaltung sektiererischer, politischer, religiöser, rassischer oder irgendwelcher anderer Interessen, die irgendeine Bevorzugung andeuten könnten."(*331) Unter den "spezifisch löwenmässigen Aktivitäten" werden dann solche auf dem Gebiet der Erziehung und im Kindergarten genannt. Man erkennt deutlich im Wortlaut den Geist der Freimaurerverfassung von 1717. Der menschlichen Gesellschaft wird ihre Essenz, ihre Seele genommen. Man zieht nicht mehr eine Religion, eine Rasse, eine Partei, nämlich die eigene, der anderen vor, man gehört ganz einfach keiner von ihnen mehr an, man stellt sich über alle diese wesentlichen Gliederungen der Menschheit, man verlacht den Lebensinhalt unserer Väter, spuckt auf ihr Opfer. Der Mensch ist nicht mehr ein Ergebnis seiner Geschichte, nicht mehr Teil seines Volkes oder einer Religion. Im krassen Widerspruch zu den klaren wissenschaftlichen Erkenntnissen der Biologie (wie wir sie hier im Kapitel "USA" bei der Behandlung der Untersuchungen des Dr. Jensen veröffentlichten), wird so getan, als seien alle Menschen von Geburt aus gleich und müsse man also durch Vernichtung der Leistung von Jahrtausenden wieder zu dieser angeblich vorhanden gewesenen primitiven Gleichheit zurückkehren. Die Freimaurerei in ihrem heutigen Gewand ist daher nichts anderes als der breit angelegte Versuch, unsere Kultur inexistent zu machen, das heisst, sie zu vernichten. Diejenigen, die aus ihr ausgeschert sind und dank ihres Pragmatismus jenseits des Atlantiks zu Geld und Kanonen gekommen sind, wenden sich jetzt rück-

wärts, auch die Daheimgebliebenen "altbackenen" zu entwurzeln. Die Gründung einer weltweiten Organisation wie die der International Association of Lion Clubs kommt daher nichts anderem gleich als der Verbreitung der "Amerikanischen Krankheit" über den gesamten europäischen Kulturraum hin. Das pervertierte Zerrbild menschlichen Zusammenlebens, das längst an die Stelle des Glaubens den leeren Prunk gestellt hat, den überdimensionalen bunt leuchtenden Weihnachtsbaum im Einkaufszentrum der Städte, während man ihn (wie in den USA) in den Schulen verbietet, der Rummel an Stelle der Geweihten Nacht, soll jetzt allgemein akzeptiert werden. Auf allen Gebieten wälzt sich dieser Caterpillar über die Gefilde, die in Jahrtausenden das eigentliche Leben wachsen liessen, und versucht, sie in Betonfelder ihrer Oberflächlichkeit zu verwandeln. War es bis heute hin diese Bildung, diese "Ganzheit einer durch historische Voraussetzungen entwickelten Verhaltensweise sowohl nach der Sitte wie nach dem Denkvermögen hin", die "weder durch Kriegsverwüstungen zu erschüttern war", noch unterging "im Sandstaub des individuellen Existenzkampfes"(*332), die Europa immer wieder obsiegen liess, so ist es gerade diese gleiche "Bildung", die heute in ihrer Gesamtheit von der Freimaurerei rundweg geleugnet, übergangen, ignoriert, totgeschwiegen wird. Die Freimaurerei will keinen Standpunkt haben in der Geschichte der Menschheit und behauptet, auch alle diejenigen, die sie direkt oder indirekt anspricht, hätten keinen solchen, "funktionierten" auch ohne ihn, hätten sich ausserhalb aller Geschichte zu "entwickeln" und "fortzuschreiten".(*333) Das ist der eigentliche Kern eines Angriffs, der so sublim gehandhabt wird, dass man ihn nicht einmal als solchen bezeichnet, und der unerkannt so auch alle Gegenwehr immer überhaupt erst dann möglich macht, wenn in allerletzter Minute ein Weckruf erschallt. Ausgelaugt und reingewaschen von allem, was ihm Gestalt und Inhalt gibt, was ihn vom nackten Produkt sozialer Vorgänge unterscheidet, was ihn, bisher noch, trennt von der vegetativen Stufe des Proletariers, steht der Einzelne in dieser Gruppe. Das Leben ist leer, inhaltslos geworden dank dem "Reinigungsmittel", dem Antibiotikum, das diese Organisation darstellt, und wenn das Geldverdienen nicht mehr wäre, hätte das Leben selbst diesen Pseudosinn verloren. Darum betäubt man diese mit phantastischen Bezeichnungen herausgeputzten Vogelscheuchen unserer Zivilisation mit einem Orden der "Löwen", der es ihnen ermöglicht, sich einzubilden, zu "dienen", allerdings wieder nur in dem von ihnen selbst aufgebauten Wachsfigurenkabinett ohne Seele und ohne Substanz. Das geschmacklos gemachte, koschere Essen soll durch rundherum aufgestellte witzlose und entartete Bilder wieder interessant gemacht werden. Es ist, wie der Direktor der Französischen Nationalbibliothek, Professor Dr. Fay schon von der Freimaurerei des 18. Jahrhunderts sagte: "Die Ueberzeugung ist nicht mehr religiös, sondern nur noch wissenschaftlich, die Moral nur noch sozial."

Gefährlich wurde diese Verdrängung aller wahren Werte schon einmal, als diese Organisation ihr Weltbild der Allgemeinheit aufzwingen und zum allgemein Anerkannten machen wollte. Heute beginnt sich erneut diese Gefahr abzuzeichnen. Man lese nur nach, mit wieviel Selbstherrlichkeit, Selbstverherrlichung, Unverschämtheit und Gier nach materiellem Gewinn sich die Anhänger der Philosophen und Mitglieder der Klubs im Frankreich Ludwigs XV. um öffentliche Angelegenheiten kümmerten, sich in Dinge einmischten, die sie überhaupt nichts angingen, um zu verstehen, wieso heute so manches in einer solcher Zersetzung gegenüber gleich indifferenten Welt möglich ist. Genau wie damals beginnt alles im Kleinen, obwohl man schon deutlich vom "Establishment" auf der ganzen Welt spricht. Da versucht (um uns bis in die letzten Einzelheiten bekannte Vorgänge anzuführen, wie sie sich aber laufend auf der

ganzen Welt in ähnlicher Form heute abspielen) im September 1969 ein Provinzgouverneur in einem südamerikanischen Staat einen ihm genehmen Bürgermeister in einer Stadt seiner Provinz zu ernennen. Sofort ruft die Industrie- und Handelskammer (!) zu einer Kundgebung zugunsten des bisherigen Stadtvaters auf. Die gesamte Stadt gerät in Aufruhr, die Polizei schreitet nicht ein, und der Gouverneur muss zurücktreten. Der Innenminister – ohne überhaupt klar zu erkennen, was geschehen ist – meint: "Ein ganz gewöhnlicher Vorgang ist von subversiven Elementen benutzt worden, um die Staatsautorität zu untergraben", doch sind diese "subversiven Elemente" nicht fassbar oder nennbar. In einer anderen Stadt in Südamerika sammeln die Kaufleute und die Angehörigen der Freien Berufe im Juli 1969 Unterschriften gegen einen internkirchlichen Disziplinarbescheid eines Bischofs und fordern vom Kardinal seine Absetzung. Man sieht: eine neue Klasse von Privilegierten ist dabei, mit Rükkendeckung der in der öffentlichen Meinung sich äussernden Freimaurerei die politische Macht an sich zu reissen.

Nur wie zufällig waren die bei diesen Vorgängen aktiv tätigen Personen Mitglieder des Rotary oder der Lions. Als solche konnten diese Gruppen schon deswegen nicht eingesetzt werden, weil das Gros ihrer Mitglieder niemals bereit gewesen wäre, sich zu exponieren. Immer nur schälen sich Einzelne heraus und bilden mit der massiven Rückendeckung der wohlwollend passiv bleibenden Organisation im Hintergrund die Zentren externer Aktionskomitees. Denn es ist ja immer die gleiche Grundhaltung bei der Mitgliederschaft dieser Klubs: Man tritt ihnen bei aus rein persönlich-materiellen Motiven. Keineswegs erst seit heute hat die Freimaurerei materielle Ziele in philosophisches Gewand gehüllt. De Espiard, Vikarpfarrer des Erzbischofs von Troyes, beschreibt schon 1753 in seinem Buch "L'Esprit des Nations", Band II, die englische Freimaurerei: "Sie befassen sich mit der grossen Angelegenheit der Freiheit und dem System des Welthandels in einem Atemzug... und haben dabei immer noch genügend Geld, um den Wünschen der Philosophen (wir würden heute sagen "Intellektuellen". D.V.) nachzukommen." Folgerichtig muss dann ein Abbé G.F. Coyer, Jesuit und Freimaurer, in seinem Werk "La noblesse commerçante", London 1756, den Vorschlag machen, dass es für die Adligen an der Zeit sei, sich von der "nutzlosen" Tätigkeit des Kriegführens abzuwenden und sich nunmehr einzuschiffen, um draussen in der Welt Handel zu betreiben. Heute sucht man Anschluss an Gleichgesinnte, das heisst an Personen, deren Bekanntschaft nicht politisch oder gesellschaftlich kompromittiert, aber doch einen materiellen Vorteil verspricht, neue Beziehungen öffnet, die sich für das eigene Geschäft oder eine gute Erziehung der Kinder günstig auswirkt. Man tritt beileibe nicht bei, um etwa die Welt zu ändern, man gehört nicht zu den Eiferern und Neuerern. Nicht scharf genug kann darum wiederholt werden, dass die Freimaurerei zunächst niemals einem Sendungsbewusstsein gehorcht. Sie hat für den Neueintretenden kein eigentliches sichtbares Ziel. Eine solche Zielstrebigkeit, eine solche Richtung kommt immer erst zustande in Beziehung zu den anderen Komponenten in der Welt, denen man *ihre* Zielstrebigkeit nehmen will, indem man damit anfängt, sie zu "übersehen", dann zu verlachen und dann zu bekämpfen. In diesem Mechanismus liegt der Grund, weshalb es immer wieder Freimaurer der unteren Grade gibt, die voller ernstester Ueberzeugung für den guten Willen und die politische Unschuld ihrer Organisation eintreten. Sie alle gehören doch zu den geistig Mittelmässigen, den Profit-Bedachten. In diesem Rahmen aber fühlt man sich dann stark, kann man in schöner Anonymität mitheulen, wenn es einmal verlangt wird, denn die Polizei ist in diesem Zusammenhang nicht zu fürchten. Man geht kein Risiko ein und schützt doch das für die eigene Kasse so vorteil-

hafte Establishment, das nach Meinung der Oberen im gegebenen Fall angeblich gefährdet ist. Nicht besondere Einsicht in die Zusammenhänge, nicht besonderen Bekennermut, nicht grössere Allgemeinbildung, nicht exponierende extravagante Ideale sind daher kennzeichnend für das weltweite Netz der grossen Schar der Rotarier, der Lions und der unteren Grade der Freimaurerei, sondern geradezu ihre mangelnde persönliche Zivilcourage, ihre geistige Primitivität, ihr Pragmatismus und ihre fehlende Einbildungskraft, die sich bei allem, was über Soll und Haben der eigenen Geschäftsbücher hinausgeht, an leeren Phrasen wie Demokratie, Weltfrieden, Brüderlichkeit, Fortschritt und Menschenrechte ausrichtet und diese Erfindungen des Satans an die Stelle des Glaubens setzt, der einzig und allein gerade solche Schwächlinge vor dem Unheil hätte bewahren können, das sie zwangsläufig kollektiv anrichten.

Darum auch sind Herrschaftsgebilde, die sich auf dieser Mittelmässigkeit aufbauen, immer wieder so leicht eine Beute des Teufels geworden. Kerenski war der erste Türöffner des Bolschewismus, und viele Freimaurer sind ihm in dieser Rolle inzwischen an anderen Orten gefolgt, wie wir bereits mehrfach auf unserer Studienreise durch eine Welt am Abgrund feststellen konnten. Wenn es schiesst, laufen sie alle ganz schnell davon und niemand ist da, die Front zu halten, denn sie haben es unmöglich gemacht, dass rechtzeitig Verteidigungsstellungen ausgehoben wurden, sie haben diejenigen, die daran gehen wollten, als Nazis und als Faschisten beschimpft. Bis zu diesem Augenblick allerdings leben sie in dem Wahn, die Welt zu regieren. Sie "weichen immer nur der Gewalt", wie sie dann unter dem Gelächter der Horen beleidigt und mit einem letzten wehmütigen Blick auf das gesperrte Bankkonto mit gekonnt unschuldigem Augenaufschlag ob so vieler Ungerechtigkeit der Nachwelt zuzurufen pflegen. Es ist der Moment, da ein ganzes Regiment von Stundenweibern beiderlei Geschlechts mit allerherrlichsten selbstzugelegten Titeln brotlos wird, die diesem Establishment bis dahin in seinen Hunderten und Tausenden von schönen Organisationen schamlos gedient haben, um alles in den vergoldeten Kot ihrer Observanz zu ziehen, was einstmals frei war von Liebedienerei vor dem Gelde. Gehen dabei dann Bibliotheken in Brand auf, kommt es zu ganzen Kulturrevolutionen, dann stöhnen sie über die Barbaren und vergessen, dass sie selbst - und niemand anders - es waren, die seit fast 200 Jahren sich darum mühten, einen jeden Schreibenden in ihre Prostitution zu zwingen und aus unserer Welt ein einziges grosses Bordell zu machen. Diese organisierte Mittelmässigkeit ist darum der Feind jeder höheren Ordnung auf der Welt. Sie führt uns alle ins Chaos. Die ganze Menschheit wird von ihr mitgeschleift in diesem Siegeszug des Teufels.

Nicht nur in der Form für den speziellen Zweck gegründeter Vereinigungen aber nimmt die Freimaurerei Einfluss auf das politische Geschehen. Sie scheut sich nicht, auch durch von langer Hand eingefädelte Intrigen Rufmord zu betreiben. Die berühmte "Halsbandgeschichte", die 1785 so wesentlich zur Verschärfung der antiklerikalen und antiköniglichen Stimmung in Frankreich beitrug, zeigt die würdigen Vorgänger der "Spiegel"-Redaktion am Werk.(*334) Prinz Rohan, also ein Mann aus einer der ersten Familien Frankreichs, Bischof von Strassburg, deutscher Reichsfürst, hatte die Königin durch beissenden Spott gekränkt und zu seiner erbittertsten Feindin gemacht. Er liess sich, um die Hofgunst wiederzugewinnen, auf eine fast unglaubliche Weise hineinlegen. In Strassburg hatte er den uns bereits bekannten jüdischen Fabrikanten von Freimaurerlogen, Balsamo alias Cagliostro, kennengelernt. Dieser brachte den Kardinal Rohan mit einer zweifelhaften Dame, die sich Gräfin la Motte Valois nannte, zusammen, die dann sich als Mittlerin zur Königin anbot. Rohan liess sich täuschen, schrieb Briefe an die Königin, welche

die la Motte zu besorgen übernahm, erhielt angebliche Antworten auf dieselben und hatte sogar einmal, ohne den Betrug zu bemerken, in der Dämmerung im Park von Versailles eine Zusammenkunft mit einer Dirne, die für die Königin ausgegeben wurde, aber dafür gesorgt hatte, dass die Zusammenkunft alsbald durch Geräusch in der Nähe gestört ward. Zuletzt überreichte man Rohan einen angeblichen Brief der Königin, in welchem diese ein Halsband wünschte, welches von zwei Hofjuwelieren für 1 600 000 Livres feilgeboten werde. Sie bat den Kardinal, dasselbe in ihrem Auftrag zu kaufen und werde es durch seine Vermittlung in Raten abzahlen. Sogar ein mit dem Namen der Königin unterzeichneter Kaufkontrakt zur Uebergabe an die Juweliere wurde beigefügt. Der Kardinal erhielt hierauf das Halsband und übergab es der la Motte, die dann die Edelsteine durch ihren Mann einzeln in England verkaufen liess. Als die Zahlung ausblieb, wandten sich die Juweliere unmittelbar an die Königin. Diese, bisher ohne Ahnung von all diesem, geriet ganz ausser sich. Auch der König wurde aufs höchste erbittert: er liess den Kardinal in vollem Ornat verhaften und ihm den Prozess machen. Da Rohans Vikar dessen gesamte Korrespondenz jedoch vernichtet hatte, so konnte vom Gericht nicht mit Sicherheit festgestellt werden, ob die Königin oder der Kardinal die Gaunerin zum Diebstahl veranlasst habe. Dies wurde dann von den vielen Feinden der Königin dazu benutzt, um einen Schatten auf sie zu werfen und boshafte Flugblätter zu verbreiten. Das Pariser Parlament, welches den Prozess zu führen hatte, sprach 1786 den Kardinal von aller Schuld frei, verwies Cagliostro des Landes (er betätigte sich ähnlich sofort wieder in London), verurteilte die la Motte zu Staupbesen, Brandmarkung und lebenslänglichem Gefängnis und richtete aus Hass gegen den Hof seinen ganzen Spruch so ein, dass ein stiller Verdacht gegen die Königin blieb.

Cagliostro aber schrieb aus London seinen bekannten "Brief an das französische Volk", der die gesamte Halsbandaffaire keineswegs mehr als eine geschichtliche Episode erscheinen lässt, sondern als Glied einer konsequenten Propagandaschlacht, die mit der Zerstörung der Bastille und dem Grossen Morden endete: "Jemand hat mich gefragt, ob ich nach Frankreich zurückkehren würde, wenn das entsprechende Verbot aufgehoben würde. Selbstverständlich, habe ich ihm geantwortet, vorausgesetzt nur, dass die Bastille ein öffentlicher Platz geworden sei. Das wolle Gott!... Ja, mein Freund, ich kündige es hiermit an, es wird über euch ein Fürst regieren, der seinen Ruhm mit der Abschaffung der geheimen Haftbefehle begründen wird, mit der Einberufung der Generalstände und vor allem mit der Aufrichtung der wahren Religion ... Was sage ich, mein Freund, vielleicht ist die Zeit gekommen." Und ein anonymer Brief aus Santo Domingo vom 20. November 1791 datiert, richtet sich an Cazotte: "So hat sich also Ihre Voraussage über Cagliostro bestätigt. Seine Sekte hat gerade genug Böses angerichtet. Ich werde niemals vergessen, dass er mir sagte, er werde nicht wieder den Fuss auf Pariser Boden setzen, bis an Stelle der Bastille ein Garten stände, dass das schon bald der Fall sein werde, und dass ich es sehen würde, und er hob dabei seine Augen gen Himmel, vergoss Tränen und fuhr fort: Armes Frankreich, wenn man das ganze Unglück erfassen könnte, das über dieses Land hereinbrechen wird, man müsste zittern."(*335)

Die Französische Revolution, möglich gemacht und geistig geleitet von der Freimaurerei (vgl. R 214), frass dann ihre eigenen Kinder. Es war Robespierre, der die Girondisten unters Messer brachte. Beachtlich, wie sein Bild dann verfälscht wird. Den Geschichtsschreibern gilt er als grausam und blutrünstig. Der Akademiker Charles Rodier aber schrieb 1831 über ihn: "Robespierre hat seine ganze Umgebung überragt und versucht, mindestens wäh-

rend der letzten Periode seiner öffentlichen Tätigkeit, die Greuel der Schrekkenszeit nach Kräften zu mildern. Er verfolgte einen wohldurchdachten, auf die Wiederherstellung des inneren Friedens gerichteten Plan und verlor sein Leben bei Durchführung desselben und im Kampf gegen schädliche und niedrig gesinnte Gegner." Labonneroy, der die Erinnerungen Robespierres herausgegeben und eine Rechtfertigung seines Wirkens niedergeschrieben hat, sagt über ihn: "Einen Widerwillen wie gegen Marat bewies Robespierre ebenso gegen alle Menschen, die aus der Gewalttätigkeit und dem Schrecken ein fast unaufhörliches Reinigungsmittel machten." Und am Ende seiner Aufzeichnungen widmet er Robespierre folgende Worte: "So starb der glühendste Freund der Menschheit, der furchtbarste Gegner der Tyrannen, die ihn stürzten." Angeführt wurde die Verschwörung gegen ihn von Fouché, der dann später in der Freimaurerei zu hohen Ehren aufstieg. Lüge und Verleumdung häufen sich seitdem über dem Namen Robespierre. Das grosse Morden der Girondisten aber wird umgetauft zur "Grossen Revolution". Ganz die gleiche "unaufhörliche Reinigung" wird heute vorgenommen, mit immer stärkerer Zerstörung der Rechtsstaatlichkeit.

Doch die grösste Ueberraschung für die Philosophen war die Reaktion der katholischen Bevölkerung.(*336) "Die Vitalität des französischen Katholizismus und seine Antwort auf den Versuch, Hand anzulegen an seine Dogmen und seine Hierarchie war für die Freimaurerei die grösste Ueberraschung der Jahre 1790 bis 1800."(Fay, S. 284) So erklärt es sich, dass die Freimaurerei von 1800 deutlich antiklerikal ist, und unter diesem Vorzeichen einzieht in das 19. Jahrhundert. Ihre erste Tat, die Judenemanzipation, ist die Antwort. Man sucht Bundesgenossen gegen die Völker Europas und ihre Herrscher. Immer wieder seitdem versucht sie, ihren Zielen durch Revolutionen näher zu kommen. Doch niemals "macht die Freimaurerei diese Revolutionen; sie bereitet sie vor und setzt sie fort. Sie lässt sie von ihren Mitgliedern machen, und manchmal, stösst sie diese dazu an; verschwindet aber, wenn die Revolution ausbricht, um hinterher mit grösserer Lebensfülle und Glanz neu zu erscheinen."(Fay, S. 296) Dieses ist ihr Vorgehen gewesen 1830, 1848 und 1871 in Paris, es gelang in Spanien und in Portugal, wie wir schon geschildert haben. Es misslang jedoch immer wieder im Spiel mit dem Kommunismus.

Verschiedene Versuche, das Riesenreich des Zaren zur weiteren Melkkuh für den von der Freimaurerei organisierten Kapitalismus zu machen, lassen sich seit der letzten Jahrhundertwende registrieren. 1907 kam der französische Freimaurer Dr. Encausse unter dem Decknamen Papus nach Russland (*337) und konnte dort sogenannte Martinisten-Logen einrichten, von denen er behauptete, sie seien christlich. Vergebens warnte der Baron Ratschkowsky, Vertreter der Ochrana (also dem zaristischen SD sozusagen) in Paris. In engen Verbindungen stand damals der Gross-Orient mit dem jüdischen Bund (genauer: "der Allgemeine Jüdische Arbeiterbund für Litauen, Polen und Russland"; vgl. R 462) und es gab selbst einige links-sozialistisch orientierte Logen.(*338) Hand in Hand mit dem in Russland beginnenden Einfluss der Freimaurerei wird auch die Währung unterwühlt, wie wir dann noch im Kapitel "Russland" ausführlicher behandeln wollen. Der Erfolg war im März 1917 die Revolution. Der Freimaurer Kerenski siegte. Doch schon im November des gleichen Jahres war der Traum ausgeträumt. Sokolosky beschreibt den Tag anschaulich. Da sich das gleiche eines Tages überall in der kapitalistischen Welt wiederholen wird, wollen wir es wortgetreu wiedergeben: "Ich besuchte die Gesetzgebende Versammlung, in der die Volksvertreter tagten. Die Bolschewiken waren eine kleine Minderheit. Beachteten sie das? Keineswegs. Lenin winkte seinem Sekretär auf dem Balkon mit der Hand und lächelte dabei.

Er wollte damit zeigen, wie wenig er sich um den tragischen Kampf für Russlands Freiheit sorgte. Dann kam er nicht mehr. Es erschien überhaupt kein Bolschewist mehr. Die Volksvertreter sassen und warteten. Einen Augenblick hörten wir ein Gerücht, wonach Lenins Mittagessen verlängert worden sei. In einem anderen Augenblick hörten wir, dass er in einem bestimmten Gebäude sei, die Duma, glaube ich, war es. Männer standen in Gruppen und redeten. Nicht ein einziger lächelte. Dann war es oft längere Zeit ganz still. Endlich erhob sich der Präsident der Versammlung, um von seiner Auffassung über die Volksvertretung zu sprechen. Da füllte sich mit einem Mal der Versammlungsraum mit Truppen. Einer näherte sich dem Rednerpult: "Kamerad, Du hast genug geredet", sagte der Soldat, "geh' nach Hause". Starke Männer weinten. Ich erinnere mich meiner eigenen Gefühle, meiner Qual angesichts aller Nutzlosigkeit. Die Volksvertreter waren erfüllt von Entsetzen. Chernoff versuchte, tapfer zu sein. Der Soldat stoppte ihn. Arbeiter marschierten bereits in den Strassen..."(*339)

Bezeichnend für die völlig falsche Beurteilung der Lage durch die Hintermänner Kerenskis war der Run auf russische Börsenwerte nach der Machtergreifung durch die Freimaurer. Es war der Versuch eines wahren Ausverkaufs Russlands durch die Finanzhyänen im Westen. Noch unter dem Eindruck der schnell aufgestellten weissrussischen Armeen, mit denen man das angerichtete Unheil vergebens zu wenden versuchte (*340), ging die Hausse bis 1920 weiter. Mantachef verkaufte seine Oelrechte in Baku zu Phantasiepreisen an Deterding, und Bekman Marcheff suchte, im Auftrag des gleichen Deterding verzweifelt Oelbeteiligungen bei den in den Westen geflohenen russischen Emigranten zu erwerben. So hohe Preise aber auch geboten wurden, Hunderte von Millionen von Goldfranken nannte man, viele Abschlüsse konnten dennoch nicht getätigt werden, weil niemand an den endgültigen Sieg der Bolschewisten glaubte. Die Freimaurerei war sich ihres Gewinns sicher. Diese Horde von Geldgierigen bewies so 1917 bis 20 zum ersten Mal mit ihrer ganzen geistigen Mittelmässigkeit ihre Unfähigkeit, einen einmal von ihr in seiner Ethik zerstörten Staat an die bereitgehaltenen goldenen Fesseln zu legen. Wo auch immer dieses Spiel neu angesetzt wurde, der Kommunismus obsiegte, sofern nicht autochthone nationale Kräfte die Lage retteten. Wir sahen das gleiche Ergebnis in Sansibar (R 332) und auf Kuba (R 71), in China (R 205) und am Kongo (R 290 ff.). Es lohnt, diese Stellen jetzt, nachdem wir vieles Hintergründige besser wissen, noch einmal nachzulesen. Immer wieder begegnen wir dem gleichen Ablauf der Dinge: Die Freimaurerei zersetzt die nationalen Stellungen, hindert Hilfe von aussen durch falsche Berichterstattung über ihr Weltnachrichtenmonopol, legt erste Hand auf die Reichtümer des Landes, sei es Oel, Zucker oder Kupfer, und muss dann dem kommunistischen Volksaufstand weichen, der über kurz oder lang mit der Verstaatlichung der Bodenschätze dem kapitalistischen Frevel ein Ende setzt. So planmässig läuft dieser Zyklus immer wieder ab, dass die Behauptung, die höheren Grade der Freimaurerei w o l l t e n es so, nicht mehr ohne weiteres von der Hand zu weisen ist. Denn was sollte uns glauben machen, dass diese Herren der Welt dümmer sind als wir? Ist dem aber so, dann IST DIE FREIMAUREREI DER GROESSTE FEIND DER FREIHEIT AUF UNSERER WELT.

Nach dem II. Weltkrieg wurde die Freimaurerei mit Macht wieder zu neuem Leben entfacht.(*341) Das war nicht nur in der BRD der Fall, wo mit Hochdruck an der Wiederherstellung der Paulskirche gearbeitet wurde, um den Neureichen auch einen würdigen Tempel mit entsprechender Tradition von 1848 an anbieten zu können. Das geschah vor allem andern auch in den Vereinigten Staaten. "Life" brachte (11.2.1957) in Grossaufmachung Bilder vom internen

Leben der Logen, um junge Kadetten aufmerksam zu machen auf die hier bestehenden Möglichkeiten, denn man brauchte Adepten in grosser Zahl, um die gewaltigen Aufgaben in eigener Regie meistern zu können, die das Trümmerfeld selbst nach dem freiwilligen Verzicht auf halb Europa und Asien noch übriggelassen hatte. Zwei bereits genannte grosse Parallelorganisationen wurden dazu ausgebaut, die schon bestehende Rotary International und die neu in Chicago geschaffene International Association of Lions Clubs. Je weiter die in besonderem Masse in diesen neuen Organisationen sich inkarnierende Krankheit der Freimaurerei, das Gelddenken, in den Jahren voranschreitet, je mehr gewachsene Werte sie mit ihrem Eigengewicht so vernichten hilft, um so stärker wird die neue Wertskala aus immanentem Impuls in ihr selbst und ausserhalb ihrer Kreise. Um so niedriger werden die Beweggründe, ihr erklärter Daseinszweck, der heute schon offen diametral entgegengesetzt zu dem ist, was Anderson ankündigte. Mit praktischen Mätzchen versucht man dennoch das menschenfreundliche Bild aufrechtzuerhalten, macht Kleiderspenden an Arme – bitte nur nicht so viel, dass es weh tut – , spendet für eine Schule oder ein Hospital, in der Hoffnung, so die grosse Abrechnung mit ihrer Unehrlichkeit hinausschieben zu können.(*342)

Für wie bodenlos dumm man die Menschheit hält, ergibt sich auch aus dem Ammenmärchen, welches man über die Gründung der Lions Clubs verbreitet. "Sie verdanken ihren Ursprung der glücklichen Initiative eines jungen Versicherungsagenten in Chicago. Dieser junge Mann, unternehmungslustig und mit grossen Organisationsfähigkeiten begabt, hiess Melvyn Jones, und seine Initiative brachte den Zusammenschluss verschiedener bereits bestehender unabhängiger Klubs in einer einzigen, starken und einflussreichen Einheit, die die Verwirklichung von Diensten zum Wohle der Menschheit ermöglichte." (Die argentinische Postverwaltung zur Ausgabe einer Leones-Sondermarke, Dezember 1969.) Eine Geburt, beinahe so wunderbar wie die Aufziehung des Romulus durch eine Wölfin. Historisch sieht das nämlich ganz entschieden anders aus. Das ganze Mittelalter hindurch war der Löwe Symbol des Antichrist. In Rom warf man den Löwen Christen zum Frasse vor. Der Löwe war das Symbol der Rosenkreuzler, deren Mitbegründer Samuel Hartlieb in London (er erhielt als Agent Cromwells eine Pension von 100 Pfund) seine Gedanken persönlich in die zu formende Freimaurerei einfügte. An deren Geburtstag 1917 gestattete der König von England der Londoner Grossloge, den britischen Löwen in ihr Wappen aufzunehmen. In Leningrad versuchte man im gleichen Jahr unter Sowjetherrschaft eine Loge unter dem Titel "Zum strahlenden Löwen" zu gründen. Schon 1636 schrieb aus Anlass der Gründung der Rosenkreuzler ein deutscher Katholik: "Ich fürchte, der Löwe wird den Kaiseradler verdrängen." Und Weihnachten 1970 gibt die UN eine Postkarte in 12 Sprachen heraus, die an Stelle christlicher Symbole einen Löwen mit einem Blümchen im Maul zeigt, Symbol des Sieges der Freimaurerei über die Religionen.

Drei Festungen will diese bekanntlich nehmen (Bild S. 414). Zwei davon wurden bereits genommen. Weder von unabhängigen Staaten noch von unabhängiger Wissenschaft kann man noch sprechen. Der unabhängige religiöse (und völkische) Mensch ist das Angriffsziel in unseren Tagen. So soll eine "Gesellschaft von Löwen" an die Stelle der Gemeinden treten, um den Endsieg der Freimaurerei zu besiegeln.

Wie umfangreich die Mittel der Freimaurerei aber trotz allem heute noch sind, erlebten wir bei dem Feuerwerk, welches veranstaltet wurde, um die englischen Wahlen vom Juni 1970 zu beeinflussen. Da hiess es: "Sämtliche Meinungsinstitute sprechen von 2 bis 22 Prozent Vorteil Wilsons." So viel und in so zahlreichen Varianten wurde der ganzen Welt diese Fata Morgana vorge-

gaukelt, dass alle diejenigen "die eine Grosse Tageszeitung beziehen und also gut informiert sind", mal wieder ihre Dämlichkeit und eigene Denkfaulheit unter Beweis stellen konnten. "Unerwarteter Triumph" der Konservativen war nämlich das Ergebnis. Wer die nationalen und sozialen Forderungen der Engländer kannte, hatte niemals an einem derartigen Ergebnis gezweifelt. Während der Bekanntgabe der Wahlergebnisse kam es in der Nacht vom 18. auf den 19. Juni am Trafalgar Square zu Begeisterungsszenen, die an jene im Reich erinnern, da die Nationalsozialisten trotz Terror und Verleumdung mehr als 100 Abgeordnete 1930 in den Reichstag schicken konnten.

Es liegt nun an der Konservativen Partei, dem eigentlichen Beweggrund für diesen Triumph zu gehorchen. Dieser aber drückt sich darin aus, dass der von der konservativen Parteileitung aus ihrem Kabinett ausgeschlossene Abgeordnete Enoch Powell die Zahl seiner Wähler in einem ausgesprochenen Arbeiterviertel verdoppeln konnte. Powell ist es nämlich, der erklärt hat: "Die kardinale, verheerendste Sünde der Regierungen ist es, ihre Politik und ihr Handeln - oder Unterlassen - auf die Annahme zu stützen, dass die menschliche Natur in messbarer Zeit in diesem oder jenem Sinne geändert werden kann. Weder wird die Möglichkeit der Veränderung der menschlichen Natur von dem von unserer Zeit so geehrten, die Wirklichkeit flüchtenden Gedanken von der Bedeutung der grundlegenden Umstände gestützt; noch darf sie sich darauf berufen, dass die Eigenschaften dadurch geändert werden können, indem man mehr und mehr öffentliche Gelder ausgibt für Gesundheit, Wohnungen, Schulen und Entwicklung. Es ist der schimmeligste aller Trugschlüsse, den die Erfahrung immer und immer wieder von sich geschoben hat, anzunehmen, dass die Moral einer Gesellschaft individuell wie kollektiv verbessert werden kann, wenn diese Gesellschaft besser wohnt, besser erzogen ist oder mehr pro Kopf konsumiert und produziert. Weder die Verbrechen noch Gewalttätigkeiten lassen nach unter der Verbesserung dieser Lebensbedingungen, und es gibt wahrhaftig wenig Grund, sie als relevant für den Hader in der Gemeinschaft anzusehen. Es ist eine ganz gefährliche Illusion, über die Folgen der Commonwealth-Einwanderung im Rahmen von Wohnungsbau oder Schulplänen zu sprechen, so, als würde diese Einwanderung ein anderes Gesicht annehmen, wenn nur genügend öffentliche Mittel ausgegeben würden. Meiner Meinung nach ist die vitale Tatsache doch, dass die grösste Mehrheit derjenigen, die einwanderten, sowie ihre Kinder, rechtmässige Bürger jener Länder sind, von denen sie kamen, und dass sie genau so zwingend dorthin zurückzukehren haben wie wir es in diesem Lande tun, wenn wir längere Zeit im Ausland waren. Nur diejenigen, die ihre Hoffnung auf Aufruhr und Spaltungen in diesem Lande setzen, können andere Ratschläge zur Hand haben. Ich erwarte von meinen Kameraden in der Konservativen Partei, im Parlament die Tatsachen in aller Härte zu diskutieren. Die Saat für einen Wirbelsturm wurde gesät und wir bemerken erst die ersten kleinen Wellen auf der Oberfläche. Nur noch sehr wenige Jahre fehlen, dass wir das grösste Unglück erleben, welches je über unser Land hereingebrochen ist. Dann werden wir ganze Städte haben, die von Farbigen bewohnt sind. Schickt sie rechtzeitig nach Hause!"

*295 - Man darf heute ruhig diese herrlichen Kathedralen vergleichen mit Erzeugnissen wie etwa dem Anbau an die Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche im Zentrum von Berlin, um einen Massstab zu haben, von welcher Höhe die einstige Geheimorganisation der Steinmetzen hinabgestürzt ist. Die vollständige Aushöhlung der ursprünglichen christlichen Substanz findet ihr Erscheinungsbild in den "modernen" Kirchenbauten.

*296 - Jede Geheimgesellschaft muss bei der Rekrutierung ihrer Mitglieder auf die Erfüllung von drei Bedingungen sehen:

a) Verständnis, das heisst eine gewisse Intelligenz,
b) Sicherheit, dass offenbarte Geheimnisse gewahrt bleiben,
c) Machtstellung, die entweder schon bei Eintritt vorhanden oder aber voraussehbar ist.

Postulate sind daher: Gehorchen und Schweigen. Auch Unausgesprochenes verstehen. Dienen, um Vorteile zu erlangen. Jede der weiteren Initiationen – Grad für Grad hinauf – hat daher nur ein einziges Ziel: sich des Charakters des Neulings zu vergewissern, indem man ihm langsam das Interesse des Ordens und seinen eigentlichen Sinn zu verstehen gibt, und was man von dem Neuling dabei will. Was die Freimaurerei anbelangt, so zeigt sie dabei einen immer unveränderlichen Kern von Charakterzügen:

1) Niemals das Volk als solches einweihen. Des Volkes bedient man sich nur als Instrument, als Hebel. Das wird zB deutlich, wenn man weiss, dass sämtliche führenden Sozialisten der II. Internationale hochgradige Freimaurer sind.

2) Sich des Welthandels bemächtigen, sowie der Weltfinanzen. Dazu braucht man politische Beziehungen (weswegen wir die Diplomatie als ein bevorzugtes Feld der Freimaurerei sehen) und wirtschaftliche (vgl. Sie, was wir vom CFR und BAC bei den USA sagten) wie kulturelle (Nobelpreisstiftung usw.). Auf diese Weise werden alle Kommandostellen eines Staates mit Freimaurern besetzt oder wenigstens durchsetzt, wobei uninteressant ist, welches seine Staatsform ist.

*297 - D'Herbelot, "Bibliothèque Orientale", 1778, zitiert bei Webster, S. 14.

*298 - Ragon, "Maçonnerie Occulte", S. 78, zitiert bei Webster, S. 28.

*299 - Webster, S. 29.

*300 - "Spanish Islam", S. 403/5.

*301 - Davon wurde die Bezeichnung des Ordens als Assassinen abgeleitet. Davon wieder leitete die französische Sprache ihre Bezeichnung für "Mörder", "assassin", ab. Bezeichnend ist, dass es dann der sowjetischen Geschichtsschreibung überlassen blieb, diese Mordorganisation als einen ihrer Vorläufer zu verherrlichen. Sarkisyanz (S. 283) teilt mit, "dass 1923/24 in einem sowjetrussischen Orientalistenorgan das ismailitische Assassinentum des Hassan Ssaba ("des Alten vom Berge") als radikal und revolutionär hingestellt und entsprechend verherrlicht wurde". Nicht nur also "der Aufklärung als gemeinsamem Erbe" (Dahrendorf) ist der "Osten" wie der "Westen" verpflichtet, auch die Wurzeln der Freimaurerei werden von beiden gleichsam geehrt.

*302 - Webster, S. 47.

*303 - Und nicht nur zu dieser, wie das Schicksal des Reiches Karls des Grossen zeigt. Als Ludwig der Fromme auf Anraten seiner jungen jüdischen Frau Judith die Aufteilung des Reiches beschliesst, kommt es unter Führung des Lyoner Erzbischofs Agobardo zu einem regelrechten Bürgerkrieg. Agobardo (Erzbischof von 816 bis 840) ist gotischer Emigrant aus dem von Muselmanen besetzten Spanien und zeichnet sich durch seine politische Weitsicht aus. Er erkennt die Notwendigkeit eines starken christlichen Reiches und kämpft um dessen Einheit. Sein Gegenspieler im Süden ist Graf Bernhard von Barcelona, Sohn des Herzogs Wilhelm von Toulouse. Vgl. Ramón Menéndez Pidal, "Emigrados hispanos bajo Luis el Piadoso y Carlos el Calvo", in "La Nación", Buenos Aires, 22.12.1963.

*304 - Der Rabbiner Louis Israel Newman in "Jewish Influence on Christian Reform Movements", S.135.

*305 - "La controverse religieuse", S.25.

*306 - Lewis Brown, "Stranger than Fiction", New York, 1925, S.222.

*307 - Es ist also wahrhaftig kein Zufall, wenn sich am 22. Oktober 1969 die "liberalen" Prälaten der Bischofskonferenz in Rom zu einem "Gottesdienst" ausgerechnet in der dortigen Waldenserkirche einfinden, bei dem die Handlung abgeschlossen wird mit einem gemeinsamen jüdischen Gebet. Junge Katholiken drangen anschliessend in die Kirche ein und desinfizierten sie.

*308 - Ist schon die Katholische Kircne einem unaufhörlichen Trommelfeuer von seiten der Synagoge des Satans ausgesetzt, und muss sich täglich, nein stündlich ihrer pausenlosen Angriffe erwehren, so ist das Bild natürlich ganz das gleiche bei den verschiedenen Evangelischen Kirchen und den christlichen Sekten. Der praktische Unterschied besteht nur darin, dass sich die Katholische Kirche bis heute hin immer wieder behaupten und ihrer eigentlichen Sendung treu bleiben konnte, während die übrigen Gruppen alle mehr oder weniger Einbrüche in ihre angeblich so feste Burg erlebten. Mit der Tatsache, dass das protestantische Pfarrhaus im Zuge der moderneren Lebensformen nicht mehr seine hohe sittliche Aufgabe im Rahmen der Gemeinde erfüllen kann (vgl. dazu Flitner, S.98), verliert derjenige Teil der Christenheit, der unmittelbar zu Gott steht, allzuleicht seine Linie, wird ein Opfer der Einflüsterungen, Ueberredungen, Verfälschungen, Verleumdungen von seiten der Anhänger der Synagoge. Das geht so weit, dass man heute bestimmte christliche Sekten als ausgesprochene Brutstätten des Antichrist ansehen muss. Auf nichts kann sich die Freimaurerei in ihrer subversiven Tätigkeit daher besser stützen als auf den selbstgerechten, pseudogebildeten Schwemmsand unserer Zeit, der sich bei den Zeugen Jehovas usw. usw. anzusammeln pflegt. Der Autor dieses Buches, selbst vom evangelischen Christentum herkommend, hat aus nächster Nähe beobachten können, wie das Fehlen aufrechter Seelenhirten so manchen von persönlicher Einbildung verblendeten Christen auf den Weg des Vaterlandsverrats und offen in die Arme der Feinde unseres Herrn getrieben hat. Die Notgemeinschaft Evangelischer Deutscher eV (D 7024 Bernhausen, Ludwigstr. 8, Postfach 1107, BRD), die sich in dieser Situation gebildet hat, wird die Rechristianisierung des deutschen Volkes so nur dann mit Erfolg durchführen können, wenn in erster Linie dem Satan die ihm für seine Hass- und Verleumdungspropaganda zur Verfügung stehenden öffentlichen Mittel und die Unterstützung des Staates wie der Internationalen Organe entzogen wird. Die be-

wusste Christianisierung des Staates ist daher erste Forderung in unserer heutigen Zeit. Diese Forderung möchte ich ohne Einschränkung gelten lassen für die aussereuropäische christianisierte Welt (vgl. unsere grundlegende Bemerkung dazu im Kapitel "Mexiko"). In Europa dagegen scheint die Möglichkeit, vielleicht sogar Notwendigkeit gegeben, Gottgläubigkeit an die Stelle des Christentums zu setzen. Die kommunistische und freimaurerische Unterwanderung der Kirchen (vgl. etwa die aufsehenerregende kleine Schrift: "How red is the National Council of Churches?", herausgegeben von dem uns nahestehenden American Council of Christian Churches, POB 8775, Pittsburgh, Penna. 15221, USA) tut ihr übriges, uns auf diesen Weg zu lenken.

Nicht nur in Deutschland sammeln sich übrigens die Gottgläubigen. Ich mache hier nur aufmerksam auf die "Northern League", POB 1796, Amsterdam/Holland, die besondere Beachtung unserer vorchristlichen oder "heidnischen" Vergangenheit "in Verteidigung wesentlicher Werte des Nordens" widmet, in geistiger Nachbarschaft zu der geachteten Zeitschrift "The Mankind Quarterly" (1 Darnaway Str., Edinburg 3, Scotland).

*309 – Georges Blond veröffentlichte eine interessante geschichtliche Studie über diese Zusammenhänge im "Match", 24. Mai 1969, S. 143.

*310 – Der englische Atomforscher Da Costa Andrade hat (nach Pauwels) im Juli 1946 aus Anlass einer 300-Jahrfeier für Newton in Cambridge gesagt: "Ich kann nicht hoffen, die Skeptiker davon zu überzeugen, dass Newton über prophetische Kräfte oder eine besondere Art der Schau verfügte, die ihm Einblick in das Wesen der Atomenergie gewährten; ich möchte nur betonen, dass die Sätze, die ich Ihnen jetzt zitieren werde und in denen Newton von der alchimistischen Transmutation spricht, weit umfassendere Dinge betreffen als die Erschütterung des Welthandels, die auf die Erfindung des synthetischen Goldes folgen würde. Newton schreibt: "Die Art, in der das Quecksilber so gesättigt werden kann, ist von den Wissenden geheimgehalten worden und stellt vermutlich eine Tür dar, die zu einer viel edleren Erkenntnis führt (als es die Herstellung von Gold ist). Diese Erkenntnis aber kann, wenn die Schriften des Hermes Trismegistos die Wahrheit sagen, nicht verbreitet werden, ohne dass die Welt in eine ungeheure Gefahr gerät." Und an einer anderen Stelle sagt Newton: "Es gibt ausser der Transmutation der Metalle noch ganz andere geheime Künste, sofern die Worte der alten Meister nicht leere Prahlerei sind. Sie allein kennen diese Geheimnisse." "Wenn ich so hoch gestiegen bin", sagt Newton, "dann nur deshalb, weil ich auf den Schultern von Riesen stand"." Bewahren Sie, Leser, dieses im Gedächtnis, bis wir im Kapitel "Sowjetrussland" zu einer bestimmten Anmerkung kommen. Ist die "besondere Art der Schau" Newtons vielleicht verwandt mit der "Intuition" eines Hitler? Stand auch er auf den "Schultern von Riesen"? Vielleicht hat man bisher sehr viel am Eigentlichen vorbeigesprochen. Behalten am Ende diejenigen recht, die zuerst an ihn glaubten? "Wir leben unter einer Inquisitionsherrschaft, und die Waffe, die sie gegen unliebsame Tatsachen am häufigsten anwendet, ist die von höhnischem Lachen begleitete Verachtung" (Pauwels, S. 173). Ist es aber damit getan? "Unsere Kultur ist, wie jede andere eine Verschwörung" (Pauwels). Schloss man daher nur von sich auf andere, als man in Nürnberg das uns Deutschen so unpassend, viel zu bombastisch klingende Wort von den "Verschwörern" prägte? Von den "Verschwörern gegen den Weltfrieden"?

*311 – Th. Louis Latour in "Princesses, Dames et Aventurières du Regne de Louis XIV", Paris 1923, Verlag Eugène Figuière, S. 278, macht darauf auf-

merksam, dass die Herstellung geheimer Medikamente und Gifte durch die Rosenkreuzler vergleichbar ist mit dem heutigen Schleichhandel von Kokain (wir fügen heute hinzu: Heroin), das in so verheerender Form Eintritt gefunden hat in die geistig-politisch im Stich gelassene Jugend. Dazu Zeitungsmeldung vom 13.10.69: "Die sehr strengen Kontrollen zur Unterbindung des Marihuana-Schmuggels an der mexikanischen Grenze wurden jetzt von den USA-Behörden wieder aufgehoben." Die "New York Times" lobt die Massnahme, "da diese scharfen Kontrollen nur antiamerikanische Gefühle in Mexiko genährt und das Geschäftsleben gestört hätten".

*312 – Webster betont 1924, dass die wirkliche Geschichte der Rosenkreuzler noch geschrieben werden muss. "Was wir brauchen sind Tatsachen. Diese Untersuchungen müssen angestellt werden von einem Historiker, der frei ist von Vorurteilen für oder gegen den Orden." Mag diese Frage für die englischsprachige wissenschaftliche Literatur über die Freimaurerei offen sein, so ist bezeichnend, dass wir im deutschsprachigen Raum noch viel grössere Forschungslücken haben. Was vorliegt ist zumeist französisch, spanisch, portugiesisch oder englisch. Das ist deswegen erstaunlich, weil wir doch im III. Reich sogar in der Person des Reichsleiters Rosenberg eine allerhöchste Instanz, verantwortlich für "Weltanschauliche Erziehung", besassen, zu deren Aufgabenkreis sachlich gesehen solche Forschung gehört hätte. Rosenberg liess wohl in Frankfurt ein Institut zur Erforschung der Judenfrage eröffnen (dessen Bibliothek in den Besitz des Landes Hessen überging und erneut der Forschung verschlossen ist), aber erschöpfte sich unseres Wissens in Angelegenheiten der Freimaurerei in innerpolitischen Kontroversen gegen Frau Dr. Ludendorff. So machte sich gerade hinter der Hakenkreuzfassade erstaunlich viel Unwissenheit breit, während das Wissen um die doch tatsächlich vorhandenen geistigen Spannungen jener Zeit, um die wirklichen Gefahren, in denen unser Abendland schwebt, im ausserdeutschen Europa viel allgemeiner erkannt und tiefgründiger erfasst worden waren. Die schrecklichen Morde der Sieger an der geistigen Elite Europas, von Brasillach bis Julio Maniu in Rumänien (gefolgt von dem Gehöhne eines Benda, die Opposition sei geistlos) zeigen, wen alles ein Rosenberg, zugleich ja ähnlich versagender Minister für die besetzten Ostgebiete, mit ins Verderben riss. Nicht erst mit dem deutschen Zusammenbruch und seinem menschlichen Versagen von Lahousen bis Schirach ist darum in den traditionsbewussten Schichten Europas der Glaube an die Berechtigung einer deutschen Führungsrolle in Europa ad acta gelegt worden. Die geographische Mitte hat versagt, ein folgenschweres Ereignis für den ganzen Kontinent. Pétains Worte in Sigmaringen im März 1945: "Die Deutschen haben mich jetzt genug belogen" stehen für so viele Verratene von Paris bis Bukarest. Europa kann darum nicht auf dem aufbauen, was mit der Bezeichnung "Drittes Reich" umschrieben wird. Es kann aber ebensowenig aufgebaut werden auf den Ungerechtigkeiten, die man mit "Oder-Neisse" und mit "Spandau" umschreibt. Dass dieses EUROPA aber trotzdem und auch andererseits trotz der billigen Verfälschung, die sich in "Strassburg" verkörpert, noch in so vielen Herzen und Taten lebt, beweist, wie viel echte geschichtliche Kraft, ja göttlicher Wille in diesem Begriff liegt, wie zukunftsträchtig er ist – trotz allem Geschehenen, trotz aller gegenwärtigen Feigheit. Millionen fühlen sich heute gleich uns auf den Katalaunischen Feldern.

*313 – Webster, S.132.

*314 – In "The Gentleman's Magazine", April 1747.

*315 - Nach Webster sind diese Bezeichnungen auf englisch:

1) Entered Apprentice
2) Fellow Craft
3) Master Mason
4) Secret Master
5) Perfect Master
6) Intimate Secretary
7) Intendant of the Buildings
8) Provost and Judge
9) Elect of Nine
10) Elect of Fifteen
11) Chief of the Twelve Tribes
12) Grand Master Architect
13) Knight of the Ninth Arch
14) Ancient Grand Elect
15) Knight of the Sword
16) Prince of Jerusalem
17) Knight of the East and West
18) Rose-Croix Knight
19) Grand Pontiff
20) Grand Patriarch
21) Grand Master of the Key of Masonry
22) Prince of Libanus or Knight of the Royal Axe
23) Sovereign Prince Adept
24) Commander of the Black and White Eagle
25) Commander of the Royal Secret
30) Kadosch

Während Nesta Webster die im Perfekten Ritus (vor allem USA) üblichen Bezeichnungen nennt, geben wir im folgenden die für die europäische kontinentale Freimaurerei üblichen Bezeichnungen wieder, wie sie vom Grand Orient und den ihm angeschlossenen Logen verwandt werden:

1.Grad
2.Grad. Ohne ausdrückliche Benennung. (Beim 2. Grad wird das linke Knie entblösst.)
3.Grad
4 Maître Secret
5 Maître Parfait
6 Secrétaire Intime
7 Prévot et Juge
8 Intendant de l'Edifice
9 Maître élu des 9. (Nach dem 3. ist es der zweite "Rachegrad".)
10 Elu des 15. (D.h. 15 Männer suchen die Mörder Hirams.)
11 Elu des 12. (Unter den 15 verkörpern 12 die 12 Stämme Israels.)
12 Grand Maître Architecte
13 Royal Arche de Salomon. (Man zeigt Jehova zwischen 2 Bronzesäulen. Für den jetzt erneut vorgesehenen Neubau des Tempels in Jerusalem kamen diese beiden neugegossenen Bronzesäulen bereits Anfang 1969 in Jerusalem an.)

14 Grand Elu et Parfait Maçon. (Inhalt der Zeremonie ist die Bundeslade.)
15 Chevalier de l'Orient et de l'Epée
16 Prince de Jérusalem
17 Chevalier de l'Orient et de l'Occident. (Zeremoniell gnostischen Ursprungs.)
18 Chevalier Rose-Croix de H.R.D.M.
19 Grand Pontife
20 Maître de la Loge Symbolique
21 Patriarche
22 Prince du Libanon
23 Chef du Tabernacle
24 Prince du Tabernacle
25 Chevalier du Serpent de Bronze
26 Prince de la Miséricorde
27 Commandant du Temple
28 Chevalier du Soleil
29 Chevalier Ecossais de St. André
30 Grand Elu Chevalier Kadosch K-H
31 Grand Inspecteur Inquisiteur
32 Grand Maître du Royal Secret
33 Souverain Grand Inspecteur Général

Die Folge dieser Einfügung von Graden ist ein etwas unübersichtliches Gesamtbild der Weltfreimaurerei. Wir stellen daher zusammen:

Gross-Orient (Frankreich, Paris, Grand Orient) kennt in Frankreich die Grade 1, 2, 3, 18 und 30. In Belgien nur 1, 2, 3, wobei aber der 3. belgische dem 30. französischen Grad entspricht. Die französische Form findet sich des weiteren in Spanien, Portugal, Italien, auf dem Balkan (bedeutender Freimaurer-Kongress in Belgrad 1928. Die Kleine Entente war mit allen in ihr tätigen Politikern ein Werk des französischen Gross-Orients.), Griechenland (wichtigstes Zentrum Saloniki), Türkei, und im geheimen auch im zaristischen Russland (vgl. "Wie der Völkerbund entstand").

Sämtliche 33 Grade, durchgehend, finden wir in der Freimaurerei in den Vereinigten Staaten, in Kanada und in Südamerika, sowie in England. Man spricht vom Schottischen Ritus (Rite écossais ancien et accepté). Für England trifft dieses zu mit Ausnahme der

Grossloge von London, die nur drei Grade kennt.

In Deutschland gibt es zunächst die Freimaurerei zu den Drei Kugeln, die ursprünglich zeitweise nationale Züge hatte. Ihr angeschlossen waren die militärischen Feldlogen. Im I. Weltkrieg gehörten ihnen praktisch sämtliche Generale an. Aus der Zeit der Freiheitskriege ist bekannt, dass die Generale Napoleons mit den preussischen Generalen (Blücher) auf dem Wege über die Freimaurerei Verbindung aufnahmen. Es erschien 1943 in Paris ein von einem deutschen General verfasstes wissenschaftliches Werk in französischer Sprache unter dem Titel "La Trahison des Généraux de Napoléon", welches dieses Thema ausführlich behandelte.

Ausserdem formten sich in Deutschland die "loges éclectiques", mit Hauptzentren in Frankfurt und Hamburg, in denen der jüdische Einfluss stark wurde. Beide deutschen Formen kannten bis zum II. Weltkrieg nur drei Grade, wobei wiederum der 3. Grad dem 30. Grad im Gross-Orient entsprach.

Alle diese Freimaurerorganisationen standen laufend von Gelegenheit zu Gelegenheit in gegenseitigem Kontakt miteinander. Die wichtigste politische Rolle spielte und spielt die von Paris gelenkte Gruppe des Gross-Orient, sowie die Gruppe des Schottischen Ritus, die heute ihr Aktionszentrum in den Vereinigten Staaten hat.

*316 - Webster, S. 147.

*317 - Gougenot des Mousseaux, "Le Juif, le Judaïsme et la Judaïsation des Peuples Chrétiens", 1. Auflage 1869, S. 540.
Weiter unterrichten über die Kabbala grundlegend:
Paul Vulliaud, "La Kabbale Juive; histoire et doctrine", 2 Bde., Verlag Emile Nourry, 62 Rue des Ecoles, Paris 1923.
Adolphe Franck, "La Kabbale", Paris.
Eliphas Levy, "Histoire de la magie", Paris 1860.

*318 - Des Mousseaux, S. 528.

*319 - In "Histoire de la magie".
In einer sehr interessanten Form nähert sich Edgar Dacqué in seinem Werk "Urwelt, Sage und Menschheit", München 1928, diesem Fragenkomplex. Er sieht eine biologische Entwicklung vom Stirnauge (Zirbeldrüse) hin zu unserem Grosshirn, vom intuitiven Schauen hin zu unserem wissenschaftlichen Denken, von den Menschen der Urzeit hin zur Gegenwart, und sieht in der heutigen Verwendung der alten Ueberlieferungen aus jener Zeit einen Missbrauch zu persönlichen Zwecken; Ueberlieferungen, die eben kraft der inzwischen eingetretenen biologischen Entwicklung gar nicht mehr in ihrem Wesen von uns erfasst werden können.
Erinnern wir auch noch an den Niederschlag solcher Gedanken bei Goethe:

Wie an dem Tag, der dich der Welt verliehen,
Die Sonne stand zum Grusse der Planeten,
Bist alsobald und fort und fort gediehen
Nach dem Gesetz, wonach du angetreten.
So musst du sein, dir kannst du nicht entfliehen,
So sagten schon Sibyllen, so Propheten;
Und keine Zeit und keine Macht zerstückelt
Geprägte Form, die lebend sich entwickelt.

Der uns bereits bekannte Louis Pauwels meint, anders als Dacqué, dass das hinter uns liegende magische Zeitalter erneut wieder auf uns zukommt ("Aufbruch ins dritte Jahrtausend"): "Die Rosenkreuzer wie die Alchimisten betonen immer wieder, das Ziel der Wissenschaften der Transmutationen sei die Transmutation des Geistes selber... Kaum hat man die Idee des Heiligen verjagt, kommt sie in den verschiedensten Verkleidungen schon wieder angaloppiert... Wer sich wahrhaft von der Zukunft angezogen fühlt, sollte sich auch für die Vergangenheit interessieren und mit der gleichen Wissbegier in

beiden Richtungen forschen... Nichts macht die Geister so unvorsichtig und töricht wie die Unkenntnis der Vergangenheit und Verachtung der alten Bücher. Aus dieser unserer Vergesslichkeit erwächst uns die Gefahr schwerer Schiffbrüche." Und er zitiert Jean-Paul Sartre: "Die H-Bombe ist gegen die Geschichte", nämlich gegen jene Entwicklung, die die Wissenschaft zwingt, wieder sich zurückzuziehen in geheime Gilden, jene Gilden, wie sie geheimnisbewahrend bestanden, bevor die Freimaurerei aus ihnen ein politisch-destruktives Handwerkszeug machte. Ist aber in diesem Sinne die H-Bombe "gegen die Geschichte", dann ist es auch heute schon die Weltfreimaurerei. "Das moderne Leben ist der stillschweigende Pakt, den die Besitzenden eingegangen sind, um ihre Ansprüche aufrechtzuerhalten und durchzusetzen. Und dieser Pakt wird so lange in Kraft sein, bis ein anderer geschlossen wird, um die Besitzenden von heute ihrer Macht zu berauben... Die Menschen, auf die es ankommt, sind diejenigen, die sich ausserhalb dieser Sphäre (der Paktteilnehmer) halten, die Artisten der Entdeckung, die von ihrem Wissen erst in dem Augenblick Gebrauch machen, an dem sie es mit einem Maximum an Wirkung tun können. Glauben Sie mir, die grössten Geister stehen ausserhalb dessen, was wir als Zivilisation bezeichnen... Ich sehe nur, dass eine starke, gegen unsere Gesellschaft gerichtete Strömung vorhanden ist,... Idealisten, die eine neue Welt erschaffen wollen... Unsere Zivilisation wird sich solange behaupten, bis ihre Gegner von ihr gelernt haben, wie wichtig der Besitz einer Staatsmaschinerie ist. Der Pakt hält so lange, bis ein Gegenpakt geschlossen ist... Die Zivilisation triumphiert, weil sie eine Weltliga ist; ihre Gegner scheitern, weil sie nur Splittergruppen bilden." (Buchanan schrieb das 1910, zitiert bei Pauwels). Und Pauwels meint weiter: "Es ist möglich und sogar wahrscheinlich, dass die Geheimgesellschaft die zukünftige Form der Regierung in der neuen Welt des Arbeitergeistes sein wird... Wir sind der Ansicht, dass die Intelligenz, wenn sie ein bestimmtes Niveau erreicht hat, unwillkürlich zu einer Art Geheimgesellschaft wird." Dieser Intelligenz versucht die Freimaurerei habhaft zu werden. Mit dem Missbrauch aber der Wissenschaft in Hiroshima brach die Basis ein. In einem sehr zerschlissenen Gewande aus verdorrten Feigenblättern stehen seitdem Massenmörder vor uns. "Wissenschaft ohne Gewissen ist der Ruin der Seele" (Pauwels). Es gilt daher: "Die Idee einer internationalen und geheimen Gesellschaft, zu der sich Menschen zusammenschliessen, die intellektuell hoch entwickelt sind und infolge der Intensität ihres Wissens eine geistige Umformung durchgemacht haben, die den Wunsch hegen, ihre wissenschaftlichen Entdeckungen gegen die organisierten Mächte, die Neugier und die Habgier der anderen Menschen abzuschirmen ... diese Idee ist sehr alt und zugleich ultramodern."(Pauwels)

*320 – Des Mousseaux, S. 546.

*321 – Des Mousseaux, S. 541.

*322 – Des Mousseaux, S. 542.

*323 – Eliphas Levy, "Dogme et Rituel", Paris 1854, 2. Bd., S. 244.

*324 – Des Mousseaux, S. 554.

Dagegen weist Auguste Viatte (II. Band, S. 277) darauf hin, dass es in der Freimaurerei und im Illuminismus bis zum Anfang des 19. Jahrhunderts, immer wieder Stimmen gibt, die sich sehr scharf gegen das Judentum ausspre-

chen. Es sei vollkommen falsch, aus der Lage am Ende jenes Jahrhunderts Rückschlüsse auf frühere Verhältnisse zu ziehen. Danach ist breiterer jüdischer Einfluss in der Freimaurerei erst nach der Judenemanzipation bemerkbar. Viatte erwähnt dazu, dass zur Zeit des Empire ein ausdrückliches Rundschreiben des Grand Orient ergangen sei, in welchem befohlen wird, Juden in die Logen aufzunehmen.

*325 – Nach diesem Grossmeister bezeichnet sich heute in Chicago das Jacob Molay Collegium, welches den Hingerichteten als "Opfer politischer Diffamation und eines Rufmordes ansieht, als einen Mann, der vom Establishment ermordet wurde". Im Sinne dieser Auslegung jenes Ereignisses ist das Jacob Molay Collegium "eine Institution für die Erhaltung und den Schutz menschlicher charakterlicher Werte und für die Entwicklung einer neuen Aristokratie ethischer Menschen". In ihrem Programm hat das Institut "der Sache des Weltfriedens zu dienen mittels einer Erziehung, die zum Verständnis, Tolerierung und Bewahrung bestehender sprachlicher und kultureller Charakteristika und Unterscheidungen führt", also ein Programm, welches wir vollauf unterstützen. Es ist beachtenswert, wie die abweichende Auslegung eines geschichtlichen Vorgangs zu irreführenden Bezeichnungen führen kann. Von "einer bizarren Verkehrtheit" spricht Spengler ("Untergang", S. 6) bezüglich "des Brutuskults, den man im Jakobinerklub trieb – den jenes Millionärs und Wucherers Brutus, der als Führer des römischen Uradels unter dem Beifall des patrizischen Senats den Mann der Demokratie erstach". Bewusst aber wird die Unwissenheit unserer Zeit genutzt, wenn Bertrand Russell das umgekehrte und gebrochene Kreuz ⅄, das mittelalterliche Symbol des Teufels und der Hexen, mit Unterstützung des Freimaurerorgans "Time" (Titelbild 7.6. 1968) zum Friedenssymbol der Atheisten machen will.

*326 – Bei der ernsthaften Erforschung dieser Symbolik ist es ausserordentlich schwierig, die Spreu vom Weizen zu trennen. Allzu oft stösst man auf Bücher, die mit lächerlicher Oberflächlichkeit versuchen, den symbolischen Linien in der Kulturgeschichte der Menschheit zu Leibe zu rücken. Als eines der wissenschaftlich beachtlichsten Werke habe ich Einsicht nehmen können in das Buch von Matila C. Ghyka, "Le nombre d'or" (Die goldene Zahl), "Rites et rythmes Pythagoriciens dans le développement de la Civilisation Occidentale", I. Band "Les Rythmes", II. Band "Les Rites". Mit hervorragenden Photos und in seinen Quellen weitreichendem Text wird belegt, wie seit Pythagoras und wieder seit Fibonacci das Schöne in der Natur in geometrische Beziehung gebracht wurde. Die Zahlenreihe 3, 5, 8, 13, 21, 34 kehrt wieder von den griechischen Tempeln über die Kathedralen der Gotik bis hin zu den Prachtbauten des Barrock. – Das wertvolle Buch dürfte kaum noch antiquarisch erhältlich sein, sondern nur noch über die grossen, insbesondere französischen Bibliotheken.

*327 – Sollte man nicht einmal dem Phänomen nachgehen, warum man gewissen Herrschern den Beinamen "der Grosse" verlieh? Vielleicht gewinnt man dann den Eindruck, dass die Geschichtsschreibung nicht erst in unseren Tagen gelenkt wird. Sicher, die Haltung Friedrichs im Streit mit dem Müller war "gross", doch fand sie sofort eine ungewöhnliche Propagierung in ganz Europa. Jedenfalls erhielt unser Friedrich kaum seinen Beinamen wegen der berühmten Ansprache vor der Schlacht von Leuthen (vgl. "Friedrich der Grosse", Holzner-Verlag, Würzburg 1962).

*328 – So bei Webster. Nicht dagegen Fay.

*329 – Wenn ich in diesem Buch manchmal hinabsteige in die Niederungen persönlicher Erlebnisse, so soll damit nur belegt werden, dass das hier wiedergegebene Wissen nicht nur aus Zitaten stammt, sondern dass mehrfach Mephistopheles mir seine dienstbaren Geister in ihrer ganzen Widerlichkeit in Fleisch und Blut vor Augen führte. Er blieb aber auch in solchen Fällen immer nur der Geist der Gutes schuf, soviel Böses er auch wollte. No hay mal que por bien no venga, übersetzt man Goethe mit einem alten Sprichwort in Argentinien.

*330 – Abgedruckt in "Club de Leones de Nueva Pompeya", Argentinien, Juli 1969.

*331 – Das heisst im Falle jener deutschen Privatschulen: Man gestattete einfach nicht, dass es noch etwas mehr geben sollte, als rein technische "Erziehung". ("Wenn wir deutsch unterrichten, werden wir dann nicht als nationalistisch angesehen?" war die bezeichnende Frage eines Beteiligten.) Die Komponente "deutschbewusst" hatte zu verschwinden. Das war etwas, was nicht mehr existieren durfte in der Vorstellungswelt dieser ungeistigen umerzogenen Einweltler. Und das heisst im Falle eines jeden Landes, dass jemand, der sich nicht in erster Linie als "León" fühlt, sondern als Angehöriger seines Landes, noch nicht auf jener höheren Stufe steht, auf welcher man sich eben erst dann befindet, wenn man über allen solchen Unterscheidungen steht. Alle Personen, die in der eben genannten Zeitschrift zu Worte kommen, haben als ersten "Vornamen" das Wort "León". Das ist jetzt die einzige "Qualität", die noch gilt. Bedenkt man, dass diese "Waschmaschine" der Freimaurerei die "Säuberung" der Menschen mit Ausnahme einer einzigen Gruppe erreicht, nämlich der für solche Methoden unerreichbaren Judenschaft, dann muss ein solches Vorgehen auch dann, wenn es völlig unbewusst geschieht (und gerade dann!) zu der Weltherrschaft der allein übrig bleibenden Gruppe der Juden führen. Die Freimaurerei ist gleichzusetzen mit einem Lähmungsgift für die auf den Katalaunischen Feldern antretende abendländische Menschheit.

*332 – Frank Thiess, S.528.

*333 – Wir werden erinnert an die "Kosmische Religion", die Einstein propagierte und von der Adolf Franck, Professor des Institut de France, Mitglied der Akademie und Vizepräsident des Französischen Israelitischen Konsistoriums, sagt: "Die Zeit ist danach nichts anderes als die unendliche und unerschöpfliche Möglichkeit von einander folgenden Ereignissen. Und der Raum ist die unendliche und unerschöpfliche Möglichkeit von Koexistenzen. Das sind also die beiden neuen Ansichten vom Unendlichen, das damit vergeblich noch aus den Ideen von Ursache und Wirkung sich ergibt..."

*334 – Wiedergegeben nach der Darstellung in Schlossers Weltgeschichte, Band XIV, S. 484 ff.

*335 – Abgedruckt in Viatte, Band I, S. 320, Anm. 2.

*336 – Es ist die gleiche Reaktion, die wir heute erleben. In Holland wendet sich die katholische Bevölkerung gegen ihre abtrünnigen, liebestollen Bischöfe

genau so wie in Brasilien und Nordamerika. Aus der Masse der Laien erwächst die Regeneration der Kirche und scheidet das Gift wieder aus.

*337 - Papus hatte eine fleissige Feder. In der Zeitschrift "La chaîne d'Union" veröffentlichte er 1907 zB den bemerkenswerten Satz: "Die Freimaurerei bedient sich in Internationalen Fragen mit Vorliebe der Brüder aus den kleineren Ländern. Das zieht weniger die Aufmerksamkeit auf uns."

*338 - Auch in Ungarn wurde in den Logen für Marx und Engels geworben. "Karolyi" war das erste Ergebnis, das Blutbad unter Béla Kun dann das selbstverständliche Ende. Vgl. Webster, S. 284.

*339 - Zitiert aus Wickliffe B. Vennard Sr., "The Enemy within", S. 12; Forum Publishing Company, 324 Newbury Str., Boston, Mass. 02115 USA.

*340 - Den Vormarsch der Bolschewisten nach Westen bremste dann Pilsudski vor Warschau. Die letzten Munitionsreserven hatte man aus Ungarn und der Tschechoslowakei herangebracht.

*341 - Vgl. insbesondere auch dazu die im Kapitel "Kolumbien" mitgeteilte Gründung der Weltfreimaurer-Union, Januar 1970.

*342 - Das Kommen einer solchen Abrechnung, "Die Stimme der Völker", spricht denn auch aus dem gleichnamigen 1968 erschienenen Buch Juan Peróns, wenn es auf S. 51 heisst: "Wir sind nicht, wie einige uns charakterisieren wollen, unterentwickelte Länder. Wir sind abgegrast von Ausländern, zerstückelt durch die einheimischen Zentren der Oligarchie, die nur ein Interesse hat, Gewinne zu machen, und die es einen Deut angeht, das auf Kosten des Vaterlandes zu machen, eines Wortes, das viele im Munde führen, aber nur einige Gezählte im Herzen."

*

IRLAND

Diese älteste katholische Nation Europas schuf einst die für die Kultur des Abendlandes mit kennzeichnende Gestalt des Eremiten (*343), der auf Wanderschaft ging, um das Christentum zu leben. Welche irischen Eremiten aber sind es dann, die, anders als ehemals im härenen Gewande Gallus, Columban, Emmeran und Kilian, heute zu "göttlichem Kriegsdienst" (wie es noch in den Mönchsregeln des Bischofs Basilius von Kappadokien heisst) unter den Blauhelmen ausziehen, um an Scheusslichkeiten und Verbrechen teilzuhaben, wie sie auf UN-Befehl in Katanga geschahen? Im Glauben, dem Guten zu dienen und das Böse zu bekämpfen, beteiligten sie sich, wie wir ausführlich darstellten (R 293) an einer der dunkelsten Epochen unseres daran nicht armen Jahrhunderts. Blut, viel Blut klebt seitdem an den Händen dieser vorgeblichen Gottesstreiter, und es wird viel Zeit vergehen müssen, bis der irische Name wieder seinen früheren sauberen christlichen Klang bekommt. Dieses Fehlen aber steht vor uns, wenn wir von dem neuerlichen Leid hören, das dieses auf-

rechte Volk im Nordteil seiner Insel jetzt ertragen muss, und hindert uns, vorbehaltlos seine Partei zu ergreifen.

Der katholische Stuart Jakob II. unternahm nach der Revolution von 1688 von Irland aus den Versuch, die Krone Englands wieder zu erobern. Auf der Insel hielt ihm nur noch die von Protestanten bewohnte Stadt Londonderry stand, Zentrum jener Engländer, die unter Elisabeth und Cromwell ins Land geholt worden waren und denen die Ländereien der verjagten oder gemordeten Iren geschenkt worden waren. Am 1. August 1689 wurde Londonderry nach grossen Leiden von den Engländern entsetzt. Die alljährlich stattfindenden Feiern in Erinnerung an diese Vorgänge wurden in diesem Jahr zum Anlass schwerster Unruhen, denn man empfand sie als Provokation. Erst wenige Monate vorher war es nur dank ernster Aufstände der katholischen Bevölkerung Nordirlands gelungen, Gleichheit vor dem Gesetz zu erlangen. Bis zum April 1969 hin nämlich kannte Grossbritannien in seiner ihm nächstgelegenen Kolonie Nordirland noch nicht den im schwärzesten Afrika so lauthals propagierten Begriff des "One man, one vote". Wählen durfte vielmehr nur, wer Haus und Grundbesitz hatte. Damit aber waren die meisten Katholiken vom Wahlrecht ausgeschlossen. Ausserdem aber war nur das Familienoberhaupt wahlberechtigt. Da aber die Katholiken zahlenmässig grössere Familien hatten als die Protestanten, war auch hier eine weitere Benachteiligung der Iren gegeben. Erst, als die Unruhen in Ulster die Entsendung britischer Truppen notwendig machten, bequemte man sich zu einer Anerkennung der politischen Rechte der Iren. Die Katholiken, die 35 Prozent der Bevölkerung ausmachen und die die an sich stärkste religiöse Gruppe darstellen, hatten sich in ihren Wohnvierteln verbarrikadiert, und es kam zum Bürgerkrieg.

Im freien Teil der Insel sah man den Vorgängen genau so wenig unbeteiligt zu, wie etwa Deutschland den Bromberger Morden 1939. Irland entsandte Truppen an die Grenze und stellte dort Feldlazarette auf zur Behandlung derjenigen nordirischen Kämpfer, die sich in den ausländischen protestantischen Krankenhäusern nicht behandeln lassen wollten. Der Aussenminister Irlands begab sich nach London und forderte eine Revision der Grenze: Beide Teile der Insel seien wieder zu vereinigen, und ein Friedensheer der UN habe bis dahin die Ruhe und Ordnung im Nordteil der Insel aufrecht zu erhalten. England lehnte beide Vorschläge brüsk ab. Die Frage wurde vor den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen gebracht. Es kam zu einer Wortschlacht zwischen dem irischen Aussenminister und dem britischen Vertreter (20.8.69). Der Ire wurde von Sowjetrussland unterstützt, doch wurde dann die Sitzung auf Vorschlag des Vertreters von Sambia (ausgerechnet) vertagt, da "solches die Vernunft befiehlt".

Die Rolle Sowjetrusslands in dieser Angelegenheit war nicht uninteressant, denn sofort war versucht worden, für die Sozialisten, ja für die Einweltler Kapital aus dieser nationalen Unterdrückung zu schlagen. Die sozialistische Unterhausabgeordnete Bernadette Devlin erschien im Minirock (so typisch für den Verfall der "Demokratie", der sich anderweitig in der Herabsetzung des Wahlalters ausdrückt) in den USA und machte Stimmung für ihre katholischen Landsleute gegen die "konservativen Reaktionäre in London". Natürlich wurde sie auch sofort von U Thant empfangen. Und wurde gelobt in der kommunistischen "Daily World": "Miss Devlin wünscht ein Irland, das sich aufbaut auf den Ideen des grossen irischen Gewerkschaftsführers und Marxisten James Conolly", und die junge Dame kommt in der linksextremen nordirischen Zeitung "New Left Review" zu Wort (Mai/Juni 1969): "Auch die Protestanten, die für mich gestimmt haben, taten es nur auf einer sozialistischen Basis." Ihr Mitarbeiter Baxter in der gleichen Zeitung: "Wir können keine Revolution in

Ulster allein haben, unser Ziel muss die Schaffung einer Sozialistischen Republik (in ganz Irland) sein, etwas wie Kuba, und ohne dass wir dazu auf die Errichtung einer Republik der britischen Arbeiter warten, denn darauf könnten wir noch lange warten müssen." Eamon McCann setzt fort: "Wir können nicht über Nacht eine bolschewistische Partei gründen. Anstatt also Räte aufzustellen, sollten wir zunächst eine radikale Front bilden aus den Republikanern und uns." Der Leitartikel jener Nummer sagt: "Nur die Kommunistische Internationale kann diese umfassenden Arbeiten durchführen. Sie allein kann die Revolutionäre Bewegung in der Welt lenken, innerhalb derer unser Sozialistischer Krieg ein Teil ist."(*344) Sofort wurde daher auch Frl. Devlin in den Staaten von bekannten Kommunisten unter ihre Fittiche genommen, wurde vom Bürgermeister von New York empfangen und solche Besuche erschienen in Grossphotos in allen Zeitungen der Welt. Sie hatte wahrhaftig die beste Unterstützung bei ihrem löblichen Tun. "News Behind the News" ergänzte, dass sie die Unterstützung führender Kreise in der Bank of England habe, um in Irland eine von England unabhängige kommunistische Regierung aufzurichten.(*345) Dass schnell herbeibefohlene "Studenten" aus England und Frankreich bei den Unruhen bombenwerfend festgenommen wurden, zeigt, dass man gewisse in Paris vorexerzierte Praktiken erneut in Irland anwenden wollte.

Die vernünftige Lösung, die dann Jack Lynch, Präsident der Irischen Republik, vorschlug, nämlich die Bildung eines Staatenbundes aus den beiden Teilen der Insel unter britischer Garantie für die Protestanten, wurde von London nicht einmal geprüft. Dabei haben die Wahlen vom Juni 1968 in Irland mit ihrem überwältigenden konservativen Sieg erneut gezeigt, dass Abenteuer kaum im Sinne der irischen Staatsmänner liegen. Der sehr tief religiös-rassisch wurzelnde Gegensatz zwischen Katholiken und Protestanten, zwischen Kelten und Angelsachsen findet also vorerst keinen Ausgleich und wird weiterhin gern gesehener Ansatzpunkt für die Feinde des Weltfriedens sein. Die Bemerkung, mit welcher dpa zum Beispiel selbst Nichtigkeiten versucht, hochzuspielen, ist dafür bezeichnend. Da nennt man nämlich die lächerliche Gruppe der Sozialisten, die bei den Wahlen kläglich durchfiel, in Tönen höchsten Lobes: "Die Labour Party, die sich bei der Parlamentsneuwahl am 18. Juni erstmalig im ganzen Lande mit einer eindrucksvollen (! - d.V.) jungen Mannschaft von Intellektuellen als sozialistische Alternative anbot, konnte nirgendwo einen Durchbruch erzielen." Den aber möchte man ausserhalb Irlands doch so gerne auch hier erreichen.

---

*343 - Dazu: Wilhelm Flitner, "Die Geschichte der abendländischen Lebensformen", S. 108.

*344 - Zitate aus "Common Sense", 1.10.69.

*345 - Zitiert in "WO", 15.10.69, S. 1.

*

FRANKREICH

Der Mörder Brasillachs trat ab von der Bühne der Geschichte. Wir erinnern:

"Wir schreiben den 6. Februar 1945. Wie Weihnachtsbäume brennen die Tannen des Ermsdorfer Forstes bei Berlin.. Es ist, als solle dieses Jahr für die vom Kriege bedrohte Stadt die Weihnacht ewig währen. Eine Weihnacht mit blinkendem Schnee und mit roten, grünen und blauen Sternen an kleinen Fallschirmen, die ein feindlicher Pilot auf diese märchenhafte Stadt regnete, bevor er seine Bomben von zweitausend Kilo fallen lässt.

"Weihnachten will nicht aus der Stadt fortgehen, denn draussen im Lande tobt der Krieg. Gleichzeitig tasten sich alle Radioapparate dieser Stadt in den fremden Aether hinaus. Aber nicht das Halleluja suchen sie, sondern sie folgen dem Weg der feindlichen Verbände, die losgelassen wurden gegen die Berliner Nächte und gegen die Stille an der Spree.

" – Achtung, Achtung, die Luftlagemeldung. –

"Wir schreiben den 6. Februar 1945. Zwei Frauen und ein Mann sitzen irgendwo im Dunkel ihres Zimmers und suchen eine Stimme in ihrem Radio. Nicht Goebbels suchen sie oder Hitler oder einen jener SS-Kriegsberichterstatter, die bei den schweren Kämpfen im Osten stehen, sie suchen auch nicht jene erschütternden Fragen und Meldungen von Familien, die sich quer durch den Raum wiedervereinigen möchten. Es geht garnicht um eine deutsche Stimme. Unbeweglich sitzen die Drei weiter im Durcheinander des beginnenden Luftalarms mit seinen Schreien, mit seinen hastigen Schritten hin zu den Bunkern. Nicht eher werden sie gehen, bevor sie nicht das Dementi jener unglaublichen Meldung, die seit dem Frühnachmittag in Berlin kursiert, erhalten haben. Denn sie können es nicht glauben, sie können sich solches Barbarentum nicht vorstellen. Sie suchen und hoffen noch.

"Ein Geräusch aus dem Apparat. Sie stellen lauter. Aus dem Lärm heraus hört man eine ferne Stimme. Sie klingt gemein, leiert gehässig dahin. Genau muss man sein wie ein Uhrmacher, um in diesen Kriegsnächten die Stimme des Gegners zu erwischen, und vorsichtig muss man auch sein, muss solches Tun hinter anderen Geräuschen verbergen. Aber an diesem Abend hat die Polizei nichts zu sagen. Wir wollen einen klaren Himmel, blau und rein. Begierig suchen wir französische Laute, die uns eine Stimme aus Frankreich herübertrage und die uns mit einem Schlage sagen könnte, dass es noch eine Seele Frankreichs, dass es über allem politischem Streit noch einen französischen Geist gibt.

" – Sie hörten soeben die Kommentare von Ded Rysel – sagt die Stimme auf Französisch.

"Gleich darauf beginnt der ferne Ansager mit den Nachrichten. Was wir hören schneidet sich in fast stillstehende Herzen ein. Es ist, als wäre die Welt eine andere geworden. Wir werden also auch dieses letzte Band jetzt mit Frankreich zerschneiden müssen, zerschneiden, wie man einen Arm abnimmt, das heisst mit der Gewissheit, immer schmerzlich an ihn erinnert zu werden. Aber dennoch müssen wir ihn abtrennen, denn das Unglaubliche *ist wahr*. Trunken in ihren Befreiungen und Zechgelagen führten einige Gestalten unser französisches Volk in die Gefangenschaft, in eine Finsternis und einen Schmutz, demgegenüber die Vorgänge von 1793 Licht und Edelmut waren.

"Zur Zeit eines Robespierre sandten die bluttriefenden "Reinen" einen Lavoisier und einen Chénier auf die Guillotine mit der einfachen Leichenrede: – Die Republik braucht keine Gelehrten. – 1945 begnügt sich die provisorische

Regierung des Herrn General De Gaulle mit der lapidaren Rundfunkmeldung: "Paris. Robert Brasillach wurde heute morgen im Fort Montrouge erschossen." Für uns aber, für jene beiden Frauen und jenen Mann vor dem Radioapparat, steht mit diesen Worten ein Verbrechen fest. Ein Verbrechen wurde uns bestätigt. Jetzt wissen wir: am 6. Februar 1945 tötet Frankreich auch seine Dichter.

"Politischer Mord, wird man behaupten wollen, Totschlag aus politischer Leidenschaft. Nein! Nichts wäre falscher! Ich wage zu schreiben: vorbedachter Mord, Mord mit Ueberlegung, kaltblütig vorbereitet.

"Mit Robert Brasillach schlug die provisorische Regierung ja nicht nur einen hervorragenden Schriftsteller nieder, sondern einen Zeugen, einen Mann, der die für den Zusammenbruch Frankreichs Verantwortlichen anklagen konnte, der miterlebt hatte, wie das Vaterland vom Stavisky-Skandal bis hin zur Kriegserklärung 1939 immer weniger galt, immer übler beschmutzt wurde, ein Mann, der die unehrenhafte Bündnispolitik oft genug verflucht hatte, die dann zum zweimaligen Verrat an Polen – in Teheran und in Katyn – führte.

"Am 6. Februar 1934 waren zwanzig Franzosen am Rande des Place de la Concorde zusammengeschossen worden, als sie zum Abgeordnetenhaus hinüberriefen: "Nieder mit den Dieben!" Elf Jahre später wählte man den gleichen Tag, um einen Schriftsteller zu beseitigen, der mit seinen 35 Jahren ein Werk hinterlässt, wie es selbst ein Balzac in diesem Alter nicht vollendet hatte. 6. Februar 1934: Robert Brasillach umreisst die Ereignisse dieses Tages mit dem Bemerken, dass die deutschen Zeitungen wohl recht hätten, wenn sie sagen: "Die Morgenröte des Faschismus leuchtet über Frankreich." 6. Februar 1945: Er bezahlt diese Auffassung mit seinem Leben.

"In einer geheimen Vorahnung seines Schicksals schreibt er in seinem Roman "Les Sept Couleurs": "Diejenigen aber, welche mit dreissig Jahren gar sterben, sie festigen nicht die bestehende Welt, sie sind die Begründer einer neuen. Sie sind es, die der Welt das leuchtende Beispiel ihres Lebens, ihrer Geheimnisse und ihrer Eroberungen bringen. Kurz aufleuchtend nur zeigen sie uns einige Strassen im Licht ihrer allgegenwärtigen Jugend. Sie blenden, sie enthüllen, sie erregen Bewunderung. Nimmt Gott einmal irdische Gestalt an, so wählt er die Hülle derer, die im Alexander-Alter wieder dahingehen. Männer und Frauen, Ihr habt alle um Euch herum diese Menschen erlebt. Etwas überschwänglich sind sie und etwas geheimnisvoll. Sie brennen ihr eigenes Leben und manchmal auch das Leben anderer, sie sind die Flamme und die Zukunft... So tragen diese Menschen, die wieder dahingehen, bevor sie fehlen, bevor sie ihren Ausgleich finden, bevor sie Erfolg hatten, nicht den Frieden in die Welt, sondern das Schwert." –

"Ob der Herr General De Gaulle wohl diese Botschaft Robert Brasillachs aus den ersten Monaten des Jahres 1939 gelesen hatte, als er daran ging, das Todesurteil zu unterschreiben und die Begnadigung zurückzuweisen? Ich zweifle sehr.

"Es gibt eben Menschen, die "weder den Frieden noch das Schwert" in die Welt tragen. Ihr Schicksal ist es, die Geschichte mit Leere zu füllen. Manchmal gewahrt man auf den Seiten, die von ihrer Rolle berichten, einige Flecken Blut. Man fragt dann weniger nach diesen zweitrangigen Tyrannen, als nach ihren Opfern, deren Licht sie einst so belästigte."

So schreibt Jean Azéma im "Weg" 1951, und ich füge meine vor also fast zwanzig Jahren jenem Artikel vorangesetzten Worte auch hier noch einmal an. Ich glaube, sie werden auch in weiteren zwanzig Jahren nichts von ihrer Gültigkeit verloren haben:

"Mit Brasillach verlor Frankreich einen seiner berufensten jungen Dichter und Europa einen seiner aufrichtigsten Bekenner. Mehr als zwanzig Werke zeugen von seinem Willen und Können. Die Romane L'Enfant de la Nuit, Le Marchand d'Oiseaux, Comme le temps passe, Les sept couleurs und La Conquérante machten den Dichter in gleicher Weise über die Grenzen seiner engeren französischen Heimat hinaus bekannt wie seine zeitgeschichtlichen Darstellungen, seine "Geschichte des Kinos" und sein "Lettre à un soldat de la classe 60". Brasillach ist einer jener Märtyrer dem jeder verpflichtet ist, der sich dem Begriff des Abendlandes verbunden fühlt. Als ein Weinheber sich angesichts der russischen Besetzung seiner Heimat den Tod gab, als ein Brasillach unter den Kugeln zusammenbrach, da erlöschten die Lichter in Europa. Der Kampf aber, den wir seitdem im Dunkel der Nürnberger Epoche kämpfen, wird immer wieder erhellt von dem Licht, das Männer wie sie noch von jenseits des Horizonts herüberschicken. Möge das deutsche Volk auch aus diesen Zeilen erkennen, dass es in seinem unter so vielen Leiden immer wieder bekundeten Willen zu einer gesunden europäischen Ordnung nicht allein steht. Es gilt, sich über die Grenzen hinweg wieder die Hände zu reichen."

Ein Augenzeugenbericht von der Hinrichtung soll ebenfalls hier wiedergegeben werden:

5. Februar 1945. Um 15 Uhr erfuhr Robert Brasillach, dass er am nächsten Morgen hingerichtet werde. Er verlor nicht seine Ruhe und unterhielt sich wie üblich mit seinem Verteidiger. Von 10 Uhr abends bis zum nächsten Morgen blieb Robert Brasillach allein in seiner Zelle. Er trug die Kutte der Zuchthäusler und Ketten an den Füssen.

6. Februar 1945. Um 9 Uhr morgens tritt Herr François als Vertreter des Staatsanwalts in die Zelle und verkündet ihm mit trockener Stimme, dass sein Gnadengesuch abgelehnt worden sei. Dann geht der Beamte wieder hinaus und bespricht sich mit den anderen Beamten und mit dem Gerichtsarzt.

Robert Brasillach war bereits aufgestanden und bereit. Er empfängt seine Verteidiger und unterhält sich dann einige Minuten allein mit dem Gefängnisgeistlichen. Zwei Wärter nehmen ihm die Ketten ab. Er übergibt seinen Verteidigern Briefe, die er vorbereitete, einen für seine Mutter, weitere für seine Familie, seine Freunde, seine Anwälte. Diesen übergibt er sodann auch die Manuskripte der im Gefängnis geschriebenen Gedichte und ein Stück Papier mit einigen Zeilen unter dem Titel "Angesichts des Todes".

Von Zeit zu Zeit betrachtet er die bei ihm Stehenden "mit einem guten, kindlichen Lächeln". Er sagt sogar zu seinem Anwalt: "Ich habe übrigens sehr gut geschlafen!" Dann öffnet Robert Brasillach seine Brieftasche und betrachtet einige Photographien, die seiner Mutter, seiner Schwester, seines Neffen und seiner Nichte, und seiner Freunde. Zwei Tränen rollen ihm über die Wangen. "Entschuldigen Sie bitte diesen Augenblick der Schwäche", sagt er, "er ist sicher zu entschuldigen; aber fürchten Sie nichts, ich werde schon den notwendigen Mut aufbringen."

Dann zieht er sich in aller Ruhe an, sorgfältig zieht er seinen Scheitel nach, ordnet seine persönlichen Sachen und tut sie in einen grossen Sack. In diesem Augenblick hat er Durst. Er trinkt ein wenig Wasser aus dem Kochgeschirr. Dann vollendet er seine Toilette. Robert Brasillach steckt in die innere Tasche seines Mantels vor seinem Herzen die Photographie seiner Mutter und die seines Neffen und seiner Nichte.

Auf Wunsch von Robert Brasillach tritt Herr Reboul, Kommissar der Regierung, der seinerzeit die Todesstrafe beantragt hatte, in die Zelle. Er ist steif voll innerer Bewegung, sein Gesicht ganz aus der Fassung und sehr blass.

Mit matter Stimme sagt ihm Robert Brasillach: "Herr Kommissar, ich werfe Ihnen nichts vor. Sie glaubten, Ihre Pflicht zu tun, und ich habe meinem Vaterland gedient. Sie sind Christ. Ich auch. Gott wird uns richten." Nach einem Augenblick der Stille fügt Robert Brasillach noch hinzu: "Wollen Sie mir die Hand geben?" Herr Reboul reicht ihm seinen zitternden Arm hin und Robert Brasillach drückt ihm die Hand. Und Robert Brasillach sagt ihm noch, indem er ihm in die Augen schaut, mit sanfter und fester Stimme: "Mut! Mut!"

Mit schnellem Schritt geht Robert Brasillach auf die Zellentür zu, öffnet sie und tritt hinaus, wendet sich dann an die in einer Ecke auf einem Haufen stehenden Personen und sagt mit lauter Stimme: "Meine Herren, ich stehe Ihnen zur Verfügung!" Er faltet seine Hände. Zwei Polizisten fesseln sie.

Dann durchquert Robert Brasillach in schnellem Schritt vor den andern, zu beiden Seiten von Polizisten mit Maschinenpistolen in den Händen begleitet, die lange Galerie des Gefängnisses in Richtung auf den Ausgang zu. Als er vor der Zelle vorbeigeht, ruft Robert Brasillach mit klarer Stimme: "Auf Wiedersehen, Beraud!" Und einige Meter weiter: "Auf Wiedersehen, Lucien Combelle!" Seine Stimme hallt über dem Lärm seiner Schritte oben im Gewölbe wider. Am Ende des Korridors hält er einen kleinen Augenblick an. Die andern stehen gleichzeitig still. Die Stille, die jetzt eintritt, ist der Abschiedsgruss Robert Brasillachs an die anderen eingekerkerten Kameraden, die er nicht bei Namen nennen will, um sie nicht zu kompromittieren, und die von den oberen Etagen herunter ihn in den Tod gehen sehen.

Draussen steigt er die Stufen der Treppe hinunter, wendet sich dann zu seiner Verteidigerin lächelnd um, küsst ihre Hand und sagt ihr: "Ich gebe Ihnen meine Schwester und die kleinen Kinder in Obhut." Er fügt hinzu: "Heute ist der 6. Februar. Ihr werdet an mich denken und auch an die andern Toten, die am gleichen Tage heute vor 11 Jahren starben." Dann klettert er zusammen mit seinem Hauptverteidiger und dem Geistlichen in den Gefängniswagen. Er setzt sich, unbeweglich. Er ergreift die Hand seines Advokaten. Von diesem Augenblick an spricht er nicht mehr.

Wie damals vor elf Jahren, am 6. Februar 1934, sind die Strassen von Paris nach Fresnes, von Fresnes nach Montrouge und von Montrouge zum Friedhof in Thiais schwarz gesäumt von bewaffneten Polizisten.

Festen Schrittes steigt Robert Brasillach im Fort Montrouge aus dem Wagen. Er umarmt seine Verteidigerin und klopft ihr auf die Schulter, um ihr Mut zu machen. "Ein reines Lächeln strahlt aus seinem Gesicht und sein Blick ist nicht traurig", sagt ein Zeuge, "dann begibt er sich sehr ruhig und sehr ausgeglichen, ohne das geringste Zittern auf den Pfahl zu, der am Fuss eines kleinen grünen Hügels steht." Er trägt einen dunklen Ueberzieher – den, den er auch im Prozess trug – der einem seiner Freunde gehört, denn seine Wohnung war geplündert worden, und seine Schwester wurde bei der "Befreiung" auf die Strasse gejagt. Er trägt ein Halstuch aus roter Wolle.

Sein Advokat hat sich ein wenig abseits von den übrigen Anwesenden aufgestellt. Jetzt ist Robert Brasillach angekommen. Er dreht sich vor dem Pfahl um und schaut dann zu seiner Verteidigerin. Es sieht aus, als wolle er sagen: "So, das ist vollendet!" Ein Soldat tritt aus dem angetretenen Zug heraus, um ihm die Hände an den Pfahl zu binden. Aber er verhaspelt sich und kommt nicht voran. Der Feldwebel tritt auf Befehl des Leutnants hinzu und versucht es ebenfalls. Die Sekunden fallen... Man hört die Stimme des Leutnants schneidend durch die Stille: "Feldwebel!... Feldwebel!" Robert Brasillach dreht langsam seinen Kopf von links nach rechts zu den beiden, die ihn binden. Auf seinen Lippen liegt ein sanftes und fast ironisches Lächeln.

Robert Brasillach ist an seinen Pfahl gebunden. Sehr grade steht er

da, den Kopf aufrecht und stolz. Ueber dem roten Schal ragt er ganz bleich heraus. Der Gerichtsdiener liest den Erlass herunter, in welchem die Berufung abgelehnt wurde. Dann ruft Robert Brasillach mit lauter Stimme den Soldaten und denen, die zittern, zu: "Mut!", und mit erhobenen Augen: "Es lebe Frankreich!" Das Feuer der Salve verhallt...

"O mon frère au col dégrafé", besang Brasillach, selbst die eiserne Kugel an den Füssen, in der Zelle seinen Schicksalsbruder André Chénier. – So besang er seinen irdischen Tod, denn – er sagt es selbst in den letzten Zeilen seines Romans "Ein ganzes Leben lang" – "wichtig ist nur, dass man eins wird mit seinem eigenen Lebensweg, selbst dann, wenn man nicht sofort dessen leuchtendes Ende sieht."

Das Leuchten ist da. Es blendet seine Mörder.

Seitdem ist Frankreich anders geworden, ist es nicht mehr Frankreich. Die Glocken von Notre-Dame klingen wohl noch, aber es ist nur noch eine Touristenattraktion. Die kleinen Buchläden säumen wohl noch die Seine-Ufer, aber sie zeigten, was das alles noch wert ist, als man sie im Mai 1967 kurzerhand niederbrannte. Ein seelenloses Land, in welchem Dichter ermordet werden. Wer diesen Mord an Brasillach vor Augen hat, wird alles verstehen, was seitdem geschehen ist. Hätte man sich 1958 des Mordes von 1945 erinnert, der grosse Verrat an Algerien und an Europa wäre nicht gewesen. Denn De Gaulle hatte sich ja wahrlich nicht geändert...

Mitte Oktober 1969 wurde in Westdeutschland dem Schriftsteller Alexander Mitscherlich in der Paulskirche in Frankfurt am Main der Friedenspreis des freimaurerisch gesteuerten deutschen Buchhandels verliehen. In seiner Ansprache definierte der Geehrte den Frieden als "Merkmal eines in ständiger Bewegung befindlichen befriedigenden Gleichgewichtssystems affektiver Beziehungen". In einfacherem Deutsch heisst das: Es kann kein Friede sein, solange man ganze Völker oder Religionsgemeinschaften beleidigt, verhöhnt und beschimpft. Und das wieder heisst konkret: Keinen Frieden kann es geben, solange man Wollen und Leistung unserer deutschen Generation verfälscht, und meint, uns mit Lügen, Terror und Drohungen begegnen zu können. Nur natürlich hat Herr Mitscherlich genau so wenig wie der "deutsche Buchhandel" überhaupt nur entfernt an diesen Schmutz in seiner allernächsten Nähe gedacht. Bonn steht mit einer ganzen deutschen Generation und ihren Vätern und Vorvätern seit seiner Geburtsstunde auf dem Kriegsfuss und lässt lieber alles zu Grunde gehen, als dass es endlich tätige Reue bezeigt. Unsere Haltung ist seit einem Vierteljahrhundert die gleiche, und wird sie in alle Ewigkeit bleiben, auch ohne Parlamentssitze und ohne Bankguthaben. In der Seelenruhe, die die Wahrheit gibt, sehen wir dem Hexensabbat zu, mit dem sich die Söldner der Sieger selbst zu Tode hetzen.

Dieses fügen wir an dieser Stelle ein, da ja auch der Nachbar im Westen meinte, sein nationales Leben auf dem Kampf gegen seine Besten aufbauen zu können. Doch der Abtritt De Gaulles gestattete dort, endlich 1969 eine Wiedergutmachung vorzunehmen wenigstens an denjenigen Opfern, die die landesverräterische Politik jenes Mannes 1958 und 1959 gefordert hatte. Einstimmig beschloss die französische Nationalversammlung am 11. Oktober 1969, den aus Algerien und anderen Ueberseegebieten Vertriebenen eine Entschädigung zu zahlen und amnestierte die Patrioten von damals. De Gaulle hatte eine solche Wiedergutmachung verweigert! Mit den Stimmen der Kommunisten hatte er seine ganz persönliche Auffassung im Parlament durchgesetzt! Die Convention Nationale des Repatriés, der neugegründete französische Vertriebenenverband unter General Jouhaud (De Gaulle hätte ihn allzugerne hingerich-

tet; vgl. R 126 ff.) braucht daher nicht mehr wie bisher in unerbittlicher Feindschaft der von dunklen Mächten gelenkten De-Gaullistischen Republik gegenüberzustehen, kann vielmehr überprüfen, ob es angängig ist, wieder an öffentlichen Aufgaben mitzuarbeiten. "Der Gegensatz zu einer sehr aktiven Bevölkerungsgruppe, die zu den härtesten Gegnern gehört, wurde so entschärft." ("NZZ" 10.10.69) In Westdeutschland wurde diese Möglichkeit für immer verpasst. Bonn ist zum Symbol der Abkehr von Deutschland geworden, zum Sinnbild der geschichtlichen Lüge an sich. Mit Sexorgien will man das Wissen um diese eigene Leere betäuben. "Die Würde des für sich selbst verantwortlichen Menschen" wurde daher von Bonn "längst völlig zerstört".(*346) In Frankreich ist dagegen der Anfang einer Versöhnung gemacht worden, einer Versöhnung, die letzten Endes eine solche mit seiner eigenen Geschichte sein muss. Denn noch immer blendet das Leuchten eines Brasillach seine Mörder.

De Gaulle trat am 27. April 1969 von der politischen Bühne ab. Die ganze persönliche Unehrlichkeit dieses Mannes konzentrierte sich noch einmal in seiner letzten Handlung und brachte ihn, im eigenen Netz der Demagogie gefangen, dann zu Fall. Denn das negative Ergebnis seiner Volksbefragung und das positive für den Gaullismus bei der unmittelbar folgenden Wahl seines Nachfolgers Pompidou lässt nur die Frage offen, ob De Gaulle bewusst seinen Abgang suchte oder aber in seiner Selbstüberschätzung nicht die Grenze seiner persönlichen Möglichkeiten mehr sah. Uns will letzteres scheinen. Allzulange schon ging dieser alte Krug zu Wasser.

Manches wird heute vorgebracht, was seinerzeit von De Gaulle unterdrückt wurde. Im September 1965 beschlagnahmte zB die Préfecture Maritime von Toulon die privaten Archive des verstorbenen Vizeadmirals Muselier und musste diese jetzt wieder herausgeben, da der Staatsrat De Gaulles Vorgehen in Toulon als illegal bezeichnete. In diesen Archiven aber befinden sich Unterlagen, die ein Licht werfen auf die 1940 durchgeführte militärische Besetzung der französischen Inseln Saint-Pierre et Miquelon gegen den Wunsch Washingtons durch jenen Admiral Muselier. Andererseits belegt Wohnungsbauminister Chalandon in einem Interview, dass Debré selbst nicht einig ging mit der Verratspolitik De Gaulles in Algerien. Und es erschien "Le dossier Laval" von Claude Gounelle. "Paris Match" urteilt: das Ergebnis der sachlichen Darstellung ist, dass man einen Unschuldigen tötete. Doch De Gaulle konnte sich eben alles erlauben, denn schon am Anfang seines politischen Auftretens stehen die berühmten Worte, die er einen Tag nach dem Waffenstillstandsangebot Pétains vom sicheren London aus an seine Landsleute richtete: "Rien n'est perdu, parce que cette guerre est une guerre mondiale. Dans l'univers libre des forces immenses n'ont pas encore donné. Un jour, ces forces écraseront l'ennemi." (Nichts ist verloren, denn dieser Krieg ist ein Weltkrieg. Im freien Universum sind immense Kräfte noch nicht eingesetzt worden. Eines Tages werden diese Kräfte den Feind zerschmettern.)

Der Wahl eines neuen Präsidenten gingen in der Presse Prophezeiungen voraus, die deutlich zeigten, wo die Sympathien der Herren unserer Welt standen. Alain Poher, der sich gegen die Geheimpolizei und gegen das staatliche Monopol von Rundfunk und Fernsehen wandte, sollte danach 48 Prozent der Wählerstimmen erhalten, musste sich aber im Endeffekt mit ganzen $23\frac{1}{2}$ zufrieden geben. Auch war es der Moment, die grossen "Fehler" der bisherigen gaullistischen Wirtschaftspolitik herauszustellen und so zwischen den Zeilen den Wunschzettel vorzulegen. "Kostspieliger Nationalismus" nannte man es, dass Frankreich "im Bestreben, alles selbst zu machen, seine Kräfte zersplittert... anstatt seine verfügbaren Mittel und Kräfte auf ganz bestimmte Bezirke zu konzentrieren, um hier dann Ergebnisse zu erzielen, die auch in-

ternational Bestand haben könnten."("NZZ" V/69) Genau die gleichen Posaunen wurden angesetzt, die wir schon beim Stürmen auf die Mauern Lateinamerikas vernahmen: Internationale Arbeitsteilung, einer abhängig vom anderen, die lukrativsten und bequemsten Arbeitsvorgänge in New York, niemand mehr Herr seiner selbst, letzten Endes Abhängigkeit aller vom Internationalen Geld. Denn auch das verübelte man Frankreich, dass Guiscard d'Estaing 1963 eine Reform der Wertpapierbesteuerung durchführte, wonach nur französischen Aktionären eine Steuergutschrift in Höhe von 50 Prozent der Dividenden gewährt wurde, was (wird als Nachteil hingestellt) "das Interesse des Auslandes für die Geldanlage in französischen Werten auf ein Mindestmass reduzierte". Um so mehr begrüsste man es dann, dass der neue Premierminister Chaban-Delmas am 26. Juni 1969 wenigstens erklärte: "Die Regierung wird ausländischen Investitionen gegenüber eine offene, realistische und pragmatische Haltung einnehmen. Jede Politik der Isolierung (eines der allergrössten Schimpfworte für einen Staatsmann in unserer Zeit! - d.V.) in diesem Bereich liegt ihr fern." Man überhörte dabei, dass sich die Regierung in der gleichen Erklärung der Tatsache bewusst ist, dass "die französische Industrie unzureichend entwickelt ist und die Unternehmen häufig nicht die international notwendige (sprich US-konkurrenzfähige, d.V.) Grösse aufweisen". Die Folge gerade dieser Ueberlegung war dann die allen guten Freunden im Lager der Weltwirtschaft so überraschend gekommene und (trotz bestehender EWG-Verpflichtung) nicht vorangemeldete Abwertung des Franken. "Der Frank wird nicht abgewertet" hatte es seit einem halben Jahr bei jeder Gelegenheit gelautet, und die Welt hatte sich bereits darauf eingerichtet, dass Frankreich nicht dem entsprechenden Druck stattgeben würde. So wurde denn insbesondere die heute so mächtige, für die kapitalistische Welt so typisch gewordene Spekulation um grosse Gewinne gebracht. Ein Chaos aber entstand auf dem soeben erst mit so viel Triumphgeschrei geschaffenen europäischen Agrarmarkt. Er musste schnellstens wieder beseitigt werden (weiteres darüber sahen wir bereits in unserem Kapitel "China"). Man kann verstehen, dass die oppositionellen Radikalsozialisten (Generalsekretär: Servan-Schreiber, der nach seinem Athener Besuch behauptete, hinter der Unversöhnlichkeit der Obersten stände die CIA) in ihr Parteiprogramm als ziehenden Punkt aufnahmen: Trennung der öffentlichen Macht von der wirtschaftlichen Macht. Aufhebung des Erbrechts bei privaten Produktionsmitteln. Die amerikanische Ueberfremdung der französischen Wirtschaft ist weiterer Anklagepunkt.(*346a)

Die Regierungserklärung vom September 1969 zeigte dann die weiteren Ziele des Gaullismus: bessere Organisation der Gewerkschaften, monatliche (statt täglicher) Entlöhnung der Arbeiter, Neuorganisation des Rundfunks und Fernsehens, um eine "grössere Freiheit der Information" zu gewährleisten (man sieht, wie überall sofort versucht wird, den Patriotismus zugunsten der Liberalen zu unterwandern). Die Passivität des Individuums soll durch Abbau der staatlichen Vormundschaft wieder beseitigt werden, insbesondere sollen die Eisenbahnen wieder privatisiert werden. Grössere Bedeutung soll den Regionen zukommen, der Staat also dezentralisiert werden.(*347) Die Dienstpflicht wird auf ein Jahr reduziert. Alles in allem ein Programm, mehr ausgerichtet nach praktischen Wünschen denn nach den Stufen eines ideologischen Gebäudes. Man sieht voraus, dass Frankreich in solchem Vakuum dringend diejenigen Stimmen benötigt, die dem Volk wieder den inneren Impuls zum Zusammenhalt geben, der diesen allzuleicht zentrifugal wirkenden materialistischen Plänen entgegenwirkt und ihnen überhaupt erst einen Sinn gibt. Auf der Tagung der "Union des Jeunes pour le Progrès" in Strassburg am 15. April 1969 wurde dieses Thema berührt, aber allem Hochflug entgegengeredet. De-



Das Recht ist zwar auf ihrer Seite, der Buchstabe des Gesetzes dagegen auf der seinigen. Die Justiz aber schützt nicht das Recht, sondern den Buchstaben

aus Eduard Fuchs, "Die Juden in der Karikatur".

bré: "Der Nationalismus verhält sich zum Nationalgefühl wie die Inquisition zur Religion; das aber kommt einer Degradierung gleich." Couve de Murville: "Der Gaullismus ist keine ideologische Konstruktion, sondern eine bestimmte Idee von Frankreich." Doch weder Debré noch de Murville definierten ihr Nationalgefühl und ihre Idee von Frankreich. Diese Definition wird man daher von anderer Seite erwarten müssen. Auch Pompidous Aeusserungen bei seinem Besuch in den USA erweckten eher den Eindruck, dass supranationale Gedankengänge den Vorrang haben. Nach den zionistischen antifranzösischen Demonstrationen in Chicago gab er den Juden eine Lehre, die wie von einem Weltkatheder kam: "Israel sollte seine nationalen Interessen auf jene geographische Region beschränken, wo dieser Staat liegt, und dieser Staat darf nicht mehr ein rassistischer und religiöser sein", und er fügte später lächelnd hinzu: "Man wird aus mir keinen Antisemiten machen." Als er in Orly dem Flugzeug entstieg schloss er mit den Worten: "Meine Reise hat dem Frieden gedient." Die französische Jugend wird also andern Orts die Definition ihrer Idee von Frankreich suchen müssen. Dass sie die weltweiten Zusammenhänge begriff, erkannte man, als sie am 25. März 1970 in Paris erfolgreich gegen ein Theaterstück protestierte, das Perón und Evita besudelte. Und Kardinal Marty hält es im April 1970 für angebracht, einen "Aufruf gegen den Antisemitismus" zu verkünden, "weil er selbst gehört habe, wie ein Bürger mit "Dreckjude" (sale juif) bezeichnet wurde, und weil es in einer Anzahl von Städten (Orleans, Amiens, Dinan, Marseille) zu judenfeindlichen Kundgebungen kam". Frankreich ist seiner Meinung nach vom "Rassenhass" bedroht. "Le Monde" assistiert und sagt, dass "sich eine Spannung zwischen weissen und farbigen Franzosen sowie Einwanderern aus dem Maghreb und Schwarzafrika ausbreitet".

---

*346 – Wilhelm Roepke, "Wirrnis und Wahrheit", Eugen Rentsch-Verlag, Stuttgart 1969.

*346a – Dem deutschen Leser empfehlen wir sehr die Schrift von Gerhard Stratthaus, "Ueberfremdung unserer Wirtschaft?", Pesch-Haus Verlag Mannheim-Ludwigshafen 1969, DM 1,--.

*347 – Was insbesondere Wunsch auch der in einer Region zusammengefassten Elsässer ist, die von Paris die Wiedereinführung des Deutschunterrichts und wirtschaftliche Autonomie fordern. Sie weisen auf die katastrophale Lage der elsässischen Industrie hin, gegenüber der ihnen so nahen Entwicklung der benachbarten Bundesrepublik. Man wünscht, keine Steuern mehr nach Paris zahlen zu brauchen, und unabhängige innere Verwaltung.

*

BELGIEN

Am 3.September 1969 feierte Belgien den 25.Jahrestag seiner Befreiung. Gemeint ist der Rückzug der deutschen Truppen. Mehr jedoch in den Zeitungen wird dem Tag gedacht als in der Bevölkerung. Diese, Wallonen, Flamen und Brüsseler, fühlen denn doch die grosse Enttäuschung allzu sehr, die ihnen die Logenbrüder bereiteten. Ein Spaak, Bruder der Loge "Les Amis Philanthropes" in Brüssel, kann ihnen den Unterschied zwischen Versprechungen und Wirklichkeit nicht mehr verdecken. Die Risse gehen heute quer durch den Staat. Wie sehr dieser erschüttert ist, erweist sich, wenn er immer wieder den Anwürfen selbst ganz bescheidener Kräfte gehorsamst nachgeben muss.

Da hat zB das Erzbistum Mecheln-Brüssel nach fünf Monate langen schweren Verhandlungen mit Grossrabbiner Dr.Robert Dreyfuss eine Erklärung bringen müssen, "wonach die judenfeindlichen Erklärungen an Werken aus dem 13.Jahrhundert in der St. Michaels Kathedrale aus dem Geist jener Zeit zu verstehen sind", und "die Gläubigen bittet, eine brüderliche Annäherung an die jüdische Gemeinschaft zu vollziehen".

Da wird der grosse Söldnerführer Oberst Schramme angeklagt, er sei schuldig an der Hinrichtung eines Belgiers im Kongo gewesen (wo er Tausende von Belgiern und andere rettete). Als er, mit ordnungsgemässem Pass ausgerüstet, ausser Landes geht, erhebt sich aus schwarzafrikanischen Kehlen ein Gegröhle gegen die belgische Justiz, und der Justizminister sieht sich genötigt, sich diesen Herren gegenüber zu verteidigen, die so böse darüber sind, dass man keinen Rufmord an einem Weissen vollbringen konnte.

Da weist die belgische Regierung den schwarzen Studenten Gaspard Mwepu aus, weil er am Grabe Tschombés in Brüssel-Etterbeek am 5.Juli 1969 eine Gedenkrede hält, in welcher er U Thant Wortbruch vorwirft und mitteilt, dass unter der Herrschaft der UN-Truppen Mitglieder der Katangaregierung nach entsetzlichen Folterungen umgebracht worden sind. Aussenminister Harmel beeilt sich, zur Generalversammlung nach New York zu fliegen und dort von den "positiven Elementen der UN-Politik" zu sprechen.

Da verweigern die belgischen Behörden die Auslieferung von Luis Benvindo und Antonio Barracosa an Portugal. Diese hatten schwerbewaffnet eine Bank überfallen und 30 Millionen Escudos erbeutet. Die belgischen Behörden entschieden, der Ueberfall habe politische Motive gehabt. Die Bankräuber haben mit dem Geld Salazarfeindliche Organisationen unterstützt. Das aber ist in Belgien kein Delikt.

Da bedauert der christlichsoziale Senator Leynen, dass Belgien eine Million belgischer Frank dem Fonds der UN für die Opfer der Apartheid zur Verfügung gestellt habe. Diese Gelder könnten seiner Meinung nach ihrem Zweck entfremdet und zu terroristischen Aktionen gegen Südafrika verwandt werden.

Da veranstalten Freunde Griechenlands gegenüber der Universität eine Kundgebung und werden prompt von den angeforderten Häuflein kommunistischer Studenten angegriffen, und der sozialistische Abgeordnete Simonet fordert, dass der griechische Botschafter zur persona non grata erklärt werde, weil er auf dieser Versammlung das Wort ergriff. Die Regierung, die tagtäglich die übelsten Verleumdungen gegen Griechenland in der gesamten Grossen Presse usw. zulässt, erlaubt sich, den Botschafter zu sich zu rufen, und ihm (nicht etwa den Krakeelern) ihr Missfallen auszusprechen.

Da mischen sich die acht belgischen Bischöfe in die hohe Politik und geben im Januar 1970 eine Erklärung zur Entwicklungspolitik bekannt: "1954

zB genügten 14 Sack kolumbianischen Kaffees, um einen Jeep zu erwerben. 1967 braucht man 39 Sack Kaffee, um ein solches Fahrzeug kaufen zu können ... Man kann kein System aufrechterhalten, das zwei Drittel der Menschheit dazu verurteilt, sich nicht zu vollwertigen Menschen entwickeln zu können." Vollwertig sind nach Meinung dieser Bischöfe nur Jeepbesitzer. Anderes zählt ihnen schon gar nicht mehr. Entwicklung wird auch bei ihnen nur noch rein technisch verstanden. Interessant ist, dass sie die Existenz eines "Systems" offen zugeben, eines also weltweiten Systems.

Da ist aber vor allem der Sprachenstreit. Eigentlich dürfte es so etwas natürlich heute unter vernunftbegabten Wesen überhaupt nicht mehr geben, sagt sich die Freimaurerei, und so entwickelt man seit 1964 eine Ermüdungstaktik seitens der Regierung und hofft, dass die gehetzten Menschen keine Kraft mehr aufbringen, ihre Seele zu verteidigen. Vier Sprachregionen sollen errichtet werden, eine flämische, eine französische, eine deutsche (70 000 Menschen im Osten des Landes) und eine zweisprachige in Gross-Brüssel. Der Senat soll die Kulturautonomie dieser Teile garantieren. Die Schulgesetzgebung soll diesen Regionen angepasst werden. Die Angelegenheit wird so verschachtelt, dass nur nach jeweils sechs Abstimmungen Entschlüsse gefasst werden können, die Einrichtung des vorgesehenen deutschen Kulturrats dadurch von dem Wohlwollen der beiden anderen Sprachengruppen abhängig wird. Der Präsident des Senats, Struye, hofft, "dass das belgische Volk, das den Zwist um König Leopold III., den Schulkampf und die Kongokrise überwunden hat, durch Verständigung und Entgegenkommen auch die Probleme der Sprachgemeinschaften bewältigen wird". Man fragt sich, ob er diese Worte ironisch meint, denn diese "Ueberwindung" war doch in allen Fällen von der Strasse als Gaunerei und Betrug bezeichnet worden. "Man muss die Sucht vermeiden", sagt er, "alles, auch das Unteilbare teilen zu wollen. Belgien in drei Staaten aufzuteilen, kommt einem absurden und schlechten Föderalismus gleich, der alle Belgier schwächen und niemandem zum Vorteil gereichen wird als unseren ausländischen Konkurrenten." Wieder meint man, die Dinge vom Gelde her aufrühren zu können. Und von Konkurrenten spricht ein Staatsmann, der die Aufgabe des christlichen Abendlandes darin sieht, jenen, die Jahrtausende lang nicht vorankamen, obwohl sie in engster Nachbarschaft zu Europa lebten, Gleichheit der Gelegenheit zu verschaffen, also Konkurrenten zu schaffen. Notfalls mit Millionen von belgischen Frank "für die Opfer der Apartheid". Der einem verfassungändernden Artikel im März 1970 zustimmt, wonach "auf Grund von Staatsverträgen und Gesetzen besondere nationale Befugnisse an überstaatliche Einrichtungen abgetreten werden können". Der aber den flämischen Antrag auf Einrichtung eines ständigen Staatssekretariats für die deutschsprachige Minderheit ablehnt, "weil das überflüssig ist" (Mai 1970).

Ob allerdings dieser täglich mit allen Mitteln der Publizistik geführte Kampf gegen die natürlichen völkischen Kräfte trotz aller in ihn hineingesteckten Gelder zum Ziele führt, ist sehr fraglich, wenn man erfährt, dass "die jährliche Pilgerfahrt der deutsch-holländisch-flämischen Mehrheit der belgischen Bevölkerung nach Yzer schon 1968 weit mehr als hunderttausend Teilnehmer zählte" ("The Northlander" VIII/68) und seitdem jährlich nur noch zunahm. Die Ermüdungstaktik der Freimaurerei dürfte darum in Belgien kaum Erfolg haben.

*

HOLLAND

Das unangenehmste war einem Holländer, wenn etwas "slordig" war. Es musste alles sauber, adrett, ordentlich sein. Unter diesem Zeichen ist Holland geworden. Der Ordnungssinn des Holländers verdrängte immer wieder die im Untergrund wühlenden fremden Kräfte, die von Holland aus die Welt stürzen wollten. Heute haben diese die Oberhand gewonnen. Alles, möchte man sagen, ist slordig geworden, vernachlässigt, unordentlich, unsauber. Man sieht Hausfrauen barfuss zum Markt gehen! Man sieht unfeine Dinge an allen Ecken und Enden. Die Kräfte der Anarchie haben viel Gelände im äusseren Bild dieses einst so sauberen Landes gewonnen. Ein Beispiel für das, was unter solchen Umständen möglich ist:

In Holland herrscht Wohnungsnot. Wohnungen, die leer stehen, sind sehr begehrt. Da hat sich die jugendliche Gruppe der Kabouters gebildet. Diese "ludieke trollen", diese "Zwerge", gehen daran und brechen solche Wohnungen auf und setzen Personen hinein, die keine Bleibe haben. Eine Sozialmassnahme auf eigene Faust. Anfang Juni 1970 nun erlebte die Hauptstadt des Landes, Amsterdam, die Ueberraschung, dass die Kabouters bei den Gemeindewahlen 11 Prozent der Stimmen bekamen und als viertgrösste Partei in den Gemeinderat einzogen. Die guten Vertreter der Demokratie waren schockiert. Mevrouw van Someren von der VVD-Partei meinte entsetzt: "Ich glaube nicht, dass die Kabouters in der Lage sind, eine Stadt gut zu regieren. Es ist für Amsterdam verdammt schlecht, was geschehen ist. Ich habe das Gefühl, dass die Wähler sich einen Witz machen wollten" (Ik heb het gevoel, dat de kiezers een grapje hebben willen withalen). Und so sieht es tatsächlich aus: Man macht sich öffentlich über die ganze sogenannte Demokratie lustig! Der Erfolg in Amsterdam ging einigen Herren in anderen Städten sogar so auf die Nerven, dass zB der Stadtrat von Deventer in amtlichem Schreiben sich an die "Zwerge" wandte und diese zu Besprechungen einlud. Der "Telegraaf" überschreibt die Meldung: "Burgemeester maakt van Kabouters Reuzen" (Bürgermeister macht aus Zwergen Riesen). Man merkt, das Gleichgewicht ist gestört. Man sieht gar nicht mehr, was alles "slordig" ist.

Die Unrast der Jugend spricht auch aus dem Internationalen Jugendkongress in Den Haag, der eine Antwort war auf das Geschwätz auf dem gleichzeitig stattfindenden FAO-Weltkongress am gleichen Ort. (Wir dürfen zunächst an das erinnern, was wir hierüber bereits ausführlich in R 162 berichteten.) Respektlos wird FAO übersetzt mit "Fijn Allemaal Ouwehoeren" ("Alles feine alte Huren") ("De Telegraaf"). Man fordert endlich einmal einen ECHTEN Kongress: "Der Hunger in der Welt ist keine technische Angelegenheit. Er ist eher eine Folge des kapitalistischen Systems innerhalb der Wohlstandswelt. Ein System wie die FAO, hat, wie alle anderen Organisationen der UN, einen deutlich sozialistischen Standpunkt einzunehmen." So wird auf dem Jugendkongress an jedem Tag das Programm auf der Tagesordnung stehen, welches am nächsten Tag von den "alten feinen Huren" durchgequatscht wird. Man darf beachten, dass dieser Jugendkongress Wehrmachtskasernen und Wehrmachtsküchen gratis zur Verfügung erhielt und dass es der Königin von der Regierung verboten wurde, zu den Jungen zu sprechen. Auch hier fordert die Jugend: "Nicht reden, sondern handeln!"

Ein Mitarbeiter der hervorragenden belgischen Kunstzeitschrift für christliche Künstler, "Vlaanderen", berichtet in deren Nummer 112 (Juni 1970) vom Besuch der diesjährigen Kunstausstellung im Stedelijkmuseum in Amsterdam. Im Mittelpunkt der "Komödie" stand ein Hocker. Die Beschrif-

tung sagte, er werde erst dann zu einem Kunstwerk, wenn sich jemand daraufsetze und sich damit photographieren liesse. Mit hohen Preisen wurden zwei Werke des in Europa "hochgeachteten" Künstlers Mansioni bedacht. Das eine war eine "versegelde aluminiumdoosje met strout van de kunstenaar" (eine versiegelte Aluminiumdose mit Scheisse (so steht es im Katalog!) des Künstlers). Das andere eine "versegelde varkensblaas met adem van de kunstenaar" (eine versiegelte Schweinsblase mit Atem des Künstlers). So wiederholt sich: als einzigem Ausweg ist es dem Spiessbürger, der dieses Weltgefängnis akzeptiert hat, gestattet, sich im Kot zu wälzen. Mit Schmutz will man die Langeweile des "Fortschritts" zudecken. Und der Spiessbürger fühlt gar nicht den Schmutz: "Um Philister zu sein, genügt es nicht, als solcher geboren zu werden. Man muss zu einem solchen werden... Der Philister lächelt zu solchen Vorwürfen; mit dem verächtlichen Lächeln des praktischen Menschen blickt er auf diejenigen, die von Ueberzeugungen und vom geschändeten Gefühl reden ... Es ist das Lächeln der römischen Patrizier über den Nazarener, das Lächeln jener, die, im Schmutz des Lebens versinkend, weder an transzendenten Problemen noch an sonst etwas ausserhalb des Kreises ihrer Alltäglichkeit interessiert sind... Das Philistertum hasst alles, was nicht im Sumpfe seiner Mittelmässigkeit versunken ist."(*347a) Dieses Philistertum ist heute "der Westen" (und es ist, wie wir noch sehen werden, ebenso "Moskau").

"Scheindemokratie oder echte Demokratie?" fragt die der Sozialistischen Partei nahestehende Frau Dr. F.A. Hoogendijk in "Elsevier's Weekblad" (23.5.70). Mit Sorgen stellt die Verfasserin fest, dass aus dem "Anti-Establishment" der linken Jugend ein "Anti-Institutionen" geworden ist und sogar, o Graus, auch ein "Anti-Geschichte". Dieses zeige sich zB darin, dass es wegen jugendlicher Demonstrationen nicht einmal möglich gewesen sei, in diesem Jahr der 25jährigen Wiederkehr des Tages der deutschen Kapitulation zu gedenken. "Die Rebellion der Jugend" macht nicht Halt vor den Götzen der Demokratie. Was aber wird geschehen, wenn die Jugend von heute merkt, dass die Jugend von gestern die gleiche Marschrichtung hatte? Dass zwischen beiden nur die Verleumdungstätigkeit des von beiden bekämpften Establishment steht?

Dass man die Scheindemokratie nicht mehr ernst nimmt, zeigt sich auch an der Wahlbeteiligung. Die gesetzliche Wahlpflicht war aufgehoben worden, und mehr als 20 Prozent der Wähler beteiligten sich spontan nicht mehr an den Provinzwahlen im März 1970. Die Dienste des Staates werden verachtet. Private Postbüros schiessen wie Pilze aus der Erde, und man lässt sich seine Post durch "schwarze" Briefträger befördern. Grosskunden gewährt die Post "Mengenrabatt" und durchlöchert die Gleichheitsthese der Demokratie.

Doch die Zersetzung nimmt noch ganz andere Formen an. Der "katholische" Schriftsteller Gerard van het Reve, Träger des holländischen Nationalpreises für Literatur 1969, hält eine Fragestunde in einer Amsterdamer Kirche ab. Dabei wird geraucht und getrunken. Der Bischof Theo Zwartkruis spricht von "Mehrzweckkirchen", die zum Mittelpunkt des gesellschaftlichen Lebens werden müssten. Van het Reve bezeichnet den Papst als einen "Kasperl", an dessen Aeusserungen sich niemand zu halten braucht. Es besteht ein deutlicher Niveauunterschied, wenn man die Haltung der "Geistlichen der Dritten Welt" in Südamerika vergleicht mit den Aeusserungen vieler ihrer Freunde in Westeuropa. Während man in Südamerika niemals den Glauben als solchen angreift, sondern nur Erscheinungsformen der Kirche, geht man in Europa einen bedeutenden Schritt weiter und leugnet Gott! So dient dieser Vergleich als weiterer Beweis für die bereits getroffene Feststellung, dass keine dieser jeweils im Abstieg erreichten Ebenen die endgültige ist. Wir stehen vor immer

weiteren Bergrutschen, bis wir alle da stehen, wo die Templer mit ihrer Sodomie und dem Bespeien des Kreuzes schon einmal standen, als Nogaré dem ersten Versuch der Weltbeherrschung durch einen prometheischen Geheimbund ein Ende setzte.

Die Abwendung von aller christlichen Nächstenliebe ergibt sich auch aus der Tatsache, dass noch heute drei deutsche Kriegsverurteilte in dem holländischen Gefängnis Breda gefangen gehalten werden. Der Hass regiert an Stelle der Liebe. Die holländischen "Kriegsverbrechen" in Indonesien dagegen werden verschwiegen. Ja, die Vereinigung der Widerstandskämpfer ist entsetzt darüber, dass das Vorgehen der Holländer 1945 auf Celebes und Java mit dem Wort "Gestapo-Methoden" bezeichnet wird, wie es der Psychologe Hueting im holländischen Fernsehen im Februar 1969 tat. Es fehlt dem Lande eben auch hier das moralische Gleichgewicht.

---

*347a – Alexander Herzen, 1847.

*

LUXEMBURG

Im März 1970 fanden Gemeindewahlen in Esch, der zweitgrössten Stadt des Ländchens statt. Die Kommunisten wurden zur stärksten Fraktion im Gemeinderat. Damit bahnt sich auch hier an, was in der kulturlosen Atmosphäre der Freimaurerei kommen m u s s . Denn so lautet doch deren Weg: Zerstörung aller moralischen Werte. Kampf allen Traditionen. Kampf dem Vaterland und Kampf dem Glauben. Das Geld alleine gilt. Die Leute mit Geld bestimmen sogar, was "Geld" sein soll. Gold ist nichts mehr wert. Papier, Buchgeld, ist alles. Die Anarchie ist die erste Folge. Die Vernichtung alles dessen, was mit solchem Geld geschaffen, die zweite, und die physische Beseitigung aller Träger dieser skandalösen Welt die dritte. Die Ablösung kommt mit dem Kommunismus.

*



DIE SCHWEIZ

hat 1969 ihre Neutralität aufgegeben. Ausgedrückt hat man das als "den Willen zum aussenpolitischen Engagement". Gemeint ist der Beitritt der Schweiz zur europäischen Menschenrechtskonvention. Damit ist es einem Schweizer Bürger möglich, sich bei dem Europäischen Gerichtshof über Entscheide von Schweizer Gerichten zu beschweren. Man spricht daher in der Schweiz vom "fremden Richter", der nunmehr zu entscheiden habe. Diese Zustimmung zu einer supranationalen Gerichtsbarkeit wurde geschmückt mit Worten wie: "Es ist unsere Aufgabe, unserer Jugend hohe und edle Ziele aufzuzeigen, die dem Aufbau eines neuen Europas des Rechtes dienen. Alle Menschen sind als Kinder des gleichen Vaters Brüder."(Nationalrat Tenchio) Demgegenüber betonte der Abgeordnete Schwarzenbach: "Die Strassburger Konvention unternimmt nichts, um die menschlichen Freiheiten moralisch zu untermauern. Die UN-Menschenrechtler bezeichnen sogar Lenin als grossen Humanisten. Die Strassburger Konvention ist hominististisch, nicht humanistisch." Und der liberale Jaccottet betonte: "Kein Vertrag greift derart tief in Bundesrecht und kantonales Recht ein wie die vorliegende Konvention, die sich erst noch durch unklare Formulierungen auszeichnet, von denen man nicht bestimmt weiss, ob nicht auch ihnen gegenüber Vorbehalte angebracht werden müssten." Und Fischer/Bern ergänzt: "Die Konvention würde es erlauben, dass Schweizer Bürger vor dem Strassburger Gericht gegen die eigenen Behörden und Gerichte prozessieren könnten. Das aber übersteigt unsere Zustimmungsmöglichkeiten." Das Ergebnis im Parlament war denn auch 88 Ja- gegen 80 Neinstimmen. Bundesrat Spuehler, spiritus rector dieses Vorgangs und Befürworter eines UN-Beitritts der Schweiz in einer Zeit, da sich andere Staaten von dem Geist der UN zu lösen bemühen, meinte sagen zu dürfen: "Wir stehen unter keinem Druck, aber man wartet auf die Unterzeichnung. (Wer ist dieses "man"? d.V.) Wir sind es dem übrigen Europa schuldig, am neuen Unternehmen "Europa" mitzuarbeiten. Solidarität bekundet sich nicht allein in der Spendefreudigkeit, sondern in der Bereitschaft zur Gemeinsamkeit im politischen Werk, soweit es nicht an unseren staatlichen Grundlagen rührt. Heute geht es – im Vergleich zur wirtschaftlichen Integration – um eine kleine (? - d.V.) Operation."

Als Bundesrat Spuehler im Januar 1970 nach erfülltem Auftrag abtritt, meint die "NZZ" in ihrem Nachruf deutlich genug: "Er entwickelte einen unverkennbar eigenen Stil. Aktivierung der Aussenpolitik bedeutete für ihn stärkeres Engagement... Das Streben nach weiterer Oeffnung des aussenpolitischen Wirkungsfeldes mochte in einzelnen Fällen weit, in der Beurteilung der Chancen einer "Europäischen Sicherheitskonferenz" oder der Dringlichkeit der Unterzeichnung des Atomsperrvertrages vielleicht etwas zu weit führen... Vollends passten einseitige Initiativen, wie seine schwedischen Parteifreunde im Konflikt in Südostasien sie entfalteten, nicht ins Leitbild schweizerischer Aussenpolitik, an das sich auch ein sozialdemokratisches Regierungsmitglied hält."

Hochtönend wird in der Presse die Menschenrechtskonvention als "gemeinsames sittliches Fundament der Rechtsordnung" bezeichnet. Das alles geschieht, während der israelische Sicherheitsbeamte Mordechai Rachamin, der auf dem Flugplatz in Kloten im Februar 1969 einen Jordanier ermordete, aus der Haft und nach Israel entlassen wird. Geschieht, während der franzö-

sische Friedensnobelpreisträger René Cassin im Namen der Menschlichkeit gegen ein Waffenausfuhrverbot nach Israel protestiert. Geschieht, während im März in Genf die UN-Menschenrechtskommission tagt und dabei "im Zeichen einer völlig einseitigen Beurteilung von Menschenrechtsfragen steht" ("NZZ"). Geschieht, da Tschombé in Algerien eines mysteriösen Todes stirbt, ohne dass die angerufene Menschenrechtskommission sich gerührt hätte. Geschieht, da in der BRD einer alten Frau die Pension verweigert wird, da sie die Witwe eines Gestapobeamten ist. Geschieht, da (Februar 69) Wilson in Bonn sagt, es wäre notwendig, Nigeria weiterhin mit Waffen gegen Biafra zu versorgen. Während die ganze Welt vor dem unwiderlegbaren, mit Blut geschriebenen Buch der Geschichte von 200 Jahren steht, angefüllt mit der Verrohung des gesamten öffentlichen Lebens im Zeichen der von der Freimaurerei geschaffenen Menschenrechtskonvention (*348), während als einzige Hinwendung zu wahrer Menschlichkeit, zu Anstand und Sauberkeit die Abwendung von der freimaurerischen Charakterlosigkeit, und die Hinwendung zu Glauben und Volk vor uns stehen, wendet sich die Schweiz einer ausgesprochenen Politisierung menschlicher Regungen zu. Die grosse Opposition, die diese Motion hat, ehrt das Schweizer Volk.

In Verfolg dieser Bemühungen musste in verschiedenen Kantonen das Frauenwahlrecht schnellstens eingeführt werden. Auch mussten gewisse religiöse Differenzierungen im Wahlrecht einiger Kantone beseitigt werden. Nachdem alles das geschehen ist, ist die Schweiz nunmehr in der Lage, sich mit voller Stimme bei jedem Kreuzzug zu beteiligen, den man in Strassburg beschliesst, sei es gegen Griechenland, gegen Portugal, oder gegen irgend einen anderen betont christlichen Staat auf der Welt. Denn jetzt wird Schweizer Aussenpolitik durch den politischen Filter der sogenannten "Menschenrechte" gegossen. Das Internationale Rote Kreuz wird sich wohl einen anderen Standort suchen müssen, falls überhaupt noch Platz auf derartig vergifteter Erde für neutrale Menschlichkeit ist. Denn seine Biafraflüge verstossen ja bekanntlich nach Aussage von U Thant gegen die Menschenrechte, weil Nigeria Mitglied der Menschenrechtskommission ist (vgl. R 275). (*349) Inwieweit im übrigen die Wähler selbst noch das Gefühl haben, dass es auf sie ankommt, selbst in dieser "ältesten Demokratie der Welt", zeigte sich bei der Abstimmung über wichtige Verfassungsänderungen in Neuenburg, wo – ganze 17,62 Prozent der Wähler zu den Urnen schritten. Eine deutliche Absage an den heutigen Inhalt der sogenannten "Demokratie".

Das Vorgehen Spuehlers machte das der Schweiz so oft schon nahegetretene Problem der gefährdeten Neutralität wieder akut. Man erinnert sich angesichts der jetzt von Paul-Henri Spaak veröffentlichten Memoiren (*350) jener Anfrage im schweizerischen Parlament, als es darum ging, ob die Beschlagnahme des Buches von Léon Degrelle rechtens sei. Sie war in der Schweiz gleich nach dem II. Weltkrieg auf Wunsch von Spaak erfolgt, und nur einige hundert Exemplare gelangten ins Ausland. Degrelle hatte in Photokopie damals jenen bekannten Brief veröffentlicht, in welchem Spaak von Südfrankreich aus sich Hitler als Gauleiter für Belgien anbot. Als Hitler sich darüber nur angewidert äusserte, war Spaak weiter nach Madrid geflüchtet. Dort nahmen ihn Engländer in ihre Obhut, und noch bei seiner Ankunft in London wusste er nicht, ob er aufgehängt oder umgedreht werden würde. Er war froh, dass man das letztere mit ihm vorhatte. Degrelle, der jetzt, 25 Jahre nach Kriegsschluss vor dem Spaakschen Zorn von Spanien nach Aegypten fliehen musste, dürfte zu dem Thema den Historikern noch einiges zu sagen haben – soweit es noch Historiker gibt. (*350a)

In anderer Weise wurde die Souveränität der Schweiz auf eine harte

Bewährungsprobe gestellt, als nämlich 1969 bekannt wurde, dass der israelische Militärattaché in Bern, Oberst Zvi Alon, von einem Ingenieur Frauenknecht die Pläne für die Triebwerke des Mirage-Flugzeuges gekauft hatte. Während die Schweiz den Oberst zur persona non grata erklärte, unternahm Westdeutschland nichts, obwohl sich herausstellte, dass die mehr als 20 Kisten Material auf dem Wege über die BRD nach Israel verschickt worden waren. Der Fall Frauenknecht weckt weitere Erinnerungen an die Auslassungen im "WO" 15.2.66, wonach die in der Schweiz angelegten Schwarzgelder nicht nur von untreuen Bankbeamten an das FBI sondern auch an die Sowjets verraten werden. Letztere haben so die Möglichkeit zu grossen Erpressungen an reichen USA-Staatsbürgern (man sprach von 2000 Konten mit einer Einlage von damals etwa 15 Milliarden Dollar).

Ganz auf der Linie der neuverstandenen "Neutralität" liegt es, wenn im Dezember 1969 die linksliberale Zeitschrift "Neutralität" in Form eines Preises den notwendigen Geldbetrag zugeschanzt erhielt, um dieses Blatt mit seiner Beilage "Der Drehpunkt" in die Lage zu versetzen, seine zersetzende Tätigkeit in breiterem Rahmen auszuüben. Es war das erste Mal, dass diese, etwa in der BRD schon lange geübten Praktiken ("Viel Gunst für schlechte Kunst") auch auf die Schweiz übergriffen.

Derselben "Neutralität" pflichtet dann Professor Werner Kaegi/Zürich bei, indem er in einer, guten Widerhall findenden Pressekonferenz die Ausnahmeartikel der schweizerischen Verfassung gegen die Jesuiten und Klöster als unvereinbar mit dem Gedanken der Rechtsgleichheit und im Widerspruch mit der schweizerischen Staatsidee ansieht. Auch hier also der Abbau differenzierender Einrichtungen. Gleichschaltung, Nivellierung im freimaurerischen Sinne, wenn auch im konkreten Fall an einem praktisch kaum akuten Beispiel.

Sehr schnell schon musste die Schweiz erfahren, dass man ihr den schützenden Nimbus der Neutralität genommen hatte. Palästinensische Freischärler brachten ein Flugzeug der Swissair auf dem Fluge nach Tel Aviv zum Absturz. Alle Insassen verloren das Leben. Darunter zwanzig israelische Staatsangehörige. Ihre Verwandten mögen dabei erinnert worden sein an die Grausamkeiten, mit denen Terrororganisationen wie die Irgun Zwei Leumi und die Sternbande vorgingen, um Palästina halten zu können. Denn wer Hass sät, wird Hass ernten. Die Schweizer Behörden aber sollten bedenken, wie sie weiteres schweres Leid von den Ihren abwenden können, indem sie sich aus derart gefährlichen Bindungen heraushalten.

Im Gegensatz zu dem oben erwähnten Neuenburger Beispiel regte sich der Unmut des Volkes um so vehementer dann in Dingen, die die Regierung nicht von sich aus vorbringt. 70000 Schweizer reichten der Regierung eine Petition ein, die "die volkliche und nationale Ueberfremdung der Schweiz" beseitigen soll. Unter dem Druck der Volksmeinung hat denn auch der Bundesrat die weitere Herabsetzung der Ausländerkontingente in den Betrieben um 2 Prozent vorgesehen. Die "nationale Aktion gegen Ueberfremdung" mit 6000 eingeschriebenen Mitgliedern erreicht eine allgemeine Abstimmung zu diesem Thema. Alle Parteien wenden sich in konzertiertem Aufmarsch dagegen. Die gesamte Geldwirtschaft fühlt sich bedroht. Die Textilindustriellen veröffentlichen einen bezeichnenden Aufruf: "Die Schweizer Textilindustrie vertraut auf den gesunden Menschenverstand des Stimmbürgers (*350b) und zählt auf eine wuchtige Verwerfung." Die Abstimmung ergab dann, dass es offenbar noch wenigstens 468152 Menschen mit "krankem" Verstand in der Schweiz gibt. In den Kantonen Luzern, Uri, Schwyz, Obwalden, Nidwalden, Freiburg, Solothurn, überwogen sogar diese, und dachten garnicht an eine Verwerfung (die auch in

der übrigen Schweiz nur sehr, sehr knapp vonstatten ging).

Im Zusammenhang mit diesem Streben um Erhaltung aus dem in Europa Form werdenden Völkerchaos muss unbedingt hier des sogenannten "roten Büchleins" gedacht werden. Unter der Ueberschrift "Zivilverteidigung" gab 1969 das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement im Auftrage des Bundesrates diese, rot und weiss eingebundene Schrift an alle Haushaltungen des Landes aus, um so "neben dem Soldatenbuch über den zivilen Schutz des Landes" zu unterrichten. Dieses von verantwortungsbewussten Schweizerbürgern zusammengestellte Büchlein ist DAS ERNSTESTE UND BEDEUTENDSTE WERK ZUM SCHUTZE EINES STAATES IN EUROPA, WELCHES SEIT 1945 UEBERHAUPT ERSCHIEN. Als Vorwort wird ein Auszug aus dem Bundesbrief von 1291 gebracht: "Im Namen des Herrn - Amen! Die Talgemeinden von Uri, Schwyz und Unterwalden haben angesichts der arglistigen Zeit einander Beistand gelobt mit Rat und Tat, mit allen Kräften und Mitteln. Einmütig haben wir beschlossen, in unseren Tälern keinen Obmann oder Vogt anzuerkennen, wenn dieser sein Amt mit Geld erkauft hat oder nicht unser Landsmann ist. Entsteht Zwist unter den Eidgenossen, so sollen die Einsichtigsten unter ihnen zu einem Schiedsgericht zusammentreten und den Streit schlichten. Die anderen Eidgenossen aber sorgen dafür, dass ihrem Richterspruch nachgelebt werde. Diese Beschlüsse sollen mit Gottes Hilfe ewig dauern."

Das Buch gliedert sich in die Teile Friede, Kriegsgefahr, Krieg, die zweite Form des Krieges und Widerstand, und geht so den theoretischen Fall eines modernen Krieges durch. Dabei wird dann dargestellt, wie sich der Schweizer Bürger im einzelnen zu verhalten hat. Der uns heute im Rahmen der einseitig "informierten Gesellschaft" (Steinbuch) verbliebene schmale Saum nationaler Wirkungsmöglichkeit wurde darin mit ganzer Meisterschaft von heimatstolzen Männern mit sehr konkreten praktischen Ratschlägen ausgefüllt. Ganz besonderes Gewicht wurde, eben auf Grund der vielseitigen jüngsten Erfahrungen, der psychologischen Kriegführung beigemessen. Unterüberschriften wie Geistige Landesverteidigung, Irreführende Meldungen, Verräterische Parteien, Defaitismus und Pazifismus, Sympathiepropaganda, Einschüchterungspropaganda, Wirtschaftskrieg, Ablauf eines revolutionären Krieges, Zermürbung und Subversion, Desorganisation des politischen Lebens, Terror und aussenpolitischer Druck, Staatsstreich, Widerstandsrecht, Völkerrecht, Repressalien, Befreiungskampf im Untergrund, treffen mit voller Wucht die Zentren jeglicher modernen Kriegführung. Man stelle sich nur vor, die deutsche Reichsregierung hätte 1944 ein ähnliches Buch herausgegeben, demzufolge dann jeder Deutscher gewusst hätte: "Die Besatzungsmacht muss die zivile Verwaltung im Amt belassen und darf Kirche und Schule nicht beeinträchtigen." ... "Die Besatzungsmacht wird unter Ueberschreitung ihrer völkerrechtlichen Befugnisse bewusst versuchen, uns in ihr weltanschauliches System einzugliedern." Demgegenüber ist der Widerstand legal. Und dann wird der Befreiungskampf geschildert, wie er geführt werden muss, um zum Ziele zu führen. Endlich einmal wird den Tausenden von subversiven Schriften und Büchlein eine klare Grenze gezeigt, ein Halt zugerufen. Was kein einziger Staat, weder in Europa noch in Uebersee bis heute fertigbrachte, wurde von einer staatlich handelnden Mitte Europas aufgegriffen. Dem heute bereits überall aktiven Feind der Völker wurde mit der einzigen Waffe begegnet, die in diesem Zustand des Kalten Krieges anwendbar ist: mit der Aufklärung des ganzen Volkes.

Die Reaktion war entsprechend. In einer ungewöhnlich vehementen Flucht in den Lärm versuchte eine Minderheit, das Blut der Masse ins Kreisen zu bringen, noch bevor man so richtig vom Inhalt des Büchleins hatte

Kenntnis nehmen können. Linksextreme Elemente fingen wie üblich damit an und verbrannten es in kleinen Scheiterhäufchen im Zentrum der Städte. Die Presse, sofort aus ihren kunklen Kanälen entsprechend angewiesen, unterstützte die Aktion und versuchte, die Schrift zu einem lächerlichen Machwerk zu stempeln. Wie aus allen Wolken fielen die Persönlichkeiten, die an dem Buch mitgewirkt hatten, ob des pünktlichen und umsichtigen Aufmarsches der Landesfeinde. Alle Logenbrüder, wo auch immer sie sassen, gehorchten zur Minute genau und schrieen gemeinsam: "Kreuziget sie!" Und dank der sekundenschnellen Informierungsmöglichkeit weltum stiessen sofort alle Nachbarn ins gleiche Horn. Man erfuhr in der BRD und in Holland und in Italien überhaupt nur von einem Buch, das als eine Art Faschingsscherz hingestellt wurde, ohne dass auch nur an irgendeiner Stelle eine sachliche Würdigung dem vorausgegangen wäre. Das ganze war ein geradezu schlagender Beweis für das, was in dem Büchlein selbst stand: "Der Feind will uns einschläfern. Der Feind will unsere Wehrkraft schwächen. Der Feind will uns einschüchtern. Der Feind beginnt, den Willen seines Opfers zu brechen. Der Feind treibt einen Keil zwischen Volk und Behörden." Nur bis zu einem einzigen Punkt ist es noch nicht gekommen, zur Bildung der in jenem Büchlein vorgesehenen Widerstandsregierung: "Die schweizerische Widerstandsregierung ist Eure rechtmässige Regierung." Noch ist der Bruch mit den wahren Schweizer Traditionen nicht offen genug, doch treibt alles, auch in der Schweiz dorthin. Schon wird über jene der Stab gebrochen, die die Verteidigung des Volkes vorbereiten möchten. Das ist eher tragisch als peinlich.

---

*348 – Auf dem Kongress des Pariser Gross-Orient, 1904, erklärt Bonnet: "Als die Bastille fiel, hatte die Freimaurerei die höchste Ehre, der Menschheit die Charta der Menschenrechte zu geben, die sie mit so viel Hingebung ausgearbeitet hatte."

Man hat gesagt, dass die "Demokratie zur Schreckensherrschaft entartet ist". Das ist aber wissenschaftlich nicht aufrecht zu erhalten. Denn das würde bedeuten, dass die "Demokratie" in ihrem Ursprung keine solche gewesen sei. Die Tatsachen sprechen eine andere Sprache. Die "Demokratie" ist vielmehr ihrem eigentlichen Wesen nach eine Herrschaft des Terrors, die Diktatur einer von einer skrupellosen Minderheit mit dubiosen Mitteln geschaffenen Mehrheit Getäuschter. Die "Demokratie" hat immer dann, wenn sie sich austoben konnte, dieses Wesen deutlich gezeigt. Sie ist ganz im Gegensatz zu den alten abendländischen Herrschaftsformen intolerant. Da sie ausserdem ohne Bindungen an die gewachsenen Werte ist, wird sie hemmungslos, unmenschlich rücksichtslos. Sie hat niemals bestritten, dass sie die Religionen und die Rassen und Völker leugnet. Ihr Wesen ist daher negativ und niemals positiv.

*349 – Von französischer Seite wurden wir darauf aufmerksam gemacht, dass die Schweiz auch schon früher ihre Neutralität aufgab. Am 4. Mai 1945 verweigerte sie Laval die Einreise, am 7. Mai De Brinon. Dem Marschall Pétain wurde sie nur in der Form der Durchreise in Richtung Mühlhausen gewährt, wo ihn der Herr General König "empfing", (ohne ihm die Hand zu geben, ganz

im Sinne der modernen "Menschlichkeit").

*350 – Paul-Henri Spaak, "Combats inachevés", Paris 1969.

*350a – Auf Schweizer Boden (bei Küssnacht) trugen sich ja auch jene politischen Verbrechen zu, die dem König der Belgier galten. Dem über die Strasse gespannten Drahtseil aber fiel damals nur seine Gattin Astrid zum Opfer. Die Presse sprach von einem Autounfall. Das war 1935. Noch ein Jahr davor hatte man im Palast in Brüssel seinen Vater, König Albert I., auf Weisung der Loge ermordet (und sein Chauffeur, den man dann mit einem ansehnlichen Geldbetrag nach Südamerika abschob, schaffte ihn in einen Wald, um dort ein Unglück konstruieren zu können), weil Albert sich geweigert hatte, den Militärvertrag mit Frankreich zu erneuern und man annahm, mit dem Sohn leichter verfahren zu können. Dieser aber, Leopold III. also, kannte die Hintergründe dieser Vorgänge sehr gut und war darum 1939 strikt neutral. Führer der entsprechenden Gruppe in seiner Umgebung war Joris Van Severen, der dann 1940 zusammen mit 50 anderen Personen in Abbéville von den Franzosen erschossen wurde, wobei in einem Communiqué deutscher Artilleriebeschuss als Todesursache angegeben wurde. Als dann noch kurz danach Spaak in London in einem ihm dort leicht abgehandelten Vertrag das Uran des Kongo an England verschenkte, drohte Leopold III. ihm mit einem Hochverratsprozess nach Beendigung des Krieges. Aus diesen Zusammenhängen ergab sich dann ganz klar die Hetze Spaaks gegen Leopold III. nach dem Kriege, die dann entgegen den Stimmen der Mehrheit des Volkes (vgl. R 424) zu seiner Abdankung führte. Die in Spanien und Portugal und Oesterreich eingeleitete Mordserie der Freimaurerei sollte fortgesetzt werden. Der Kampf gegen saubere Herrscher, wie er damals ja auch in England vor sich ging, war Teil eines Planes, sich die Stellungen zu verschaffen, die die spätere Subversion VON OBEN ermöglichten. (Die belgischen Vorgänge entnehme ich dem amtlichen Material, welches ich während meiner Tätigkeit als Ic der Feldkommandantur Amiens in Händen hatte, sowie Gesprächen mit dem Hofmarschall des belgischen Königshauses in Brüssel.)

*350b – Hier muss ein deutscher Jurist wirklich schmunzeln, denn er erinnert noch jene Tage, da das "Schwarze Korps" die Einführung des "gesunden Menschenverstandes" als Richtlinie in die deutsche Rechtssprechung forderte und damals das Establishment so etwas als würdelose Einschränkung des Römischen Rechts ansah.

*

PORTUGAL

Selbst der Friedfertigste kann nicht in Frieden leben, wenn es dem bösen Nachbarn nicht gefällt. Wenn irgendwo auf der Welt, so trifft dieses Wort auf Portugal zu. Eben hatte Salazar seinen Schlaganfall erlitten, da ging es bereits durch die gesamte Weltpresse: Portugals Opposition rührt sich. In Wirklichkeit rührte sich nichts, denn es gab gar nichts, was sich rühren konnte. Doch so langsam grub man hier und da einen Mann aus, der an dem Freimaurerregime von vor 1927 beteiligt war, und man schrieb vom Ausland Briefe an jene Veteranen, kramte in alten Adressenlisten und machte Besuche. Es kam so weit, dass man verkünden konnte: "Belebung der politischen Szene". Die portugiesische Regierung unter Caetano erlaubte der Opposition sogar, sich zu einem "Republikanischen Kongress" im Mai 1969 in Aveiro in Nordportugal zu treffen. Das Ergebnis schon in der äusseren Erscheinung war kläglich: "Viele der einst berühmten Parteioberhäupter sind heute schon tot oder so krank und alt, dass sie nicht mehr am Kongress teilnehmen konnten." Doch man konnte weiter berichten: "Unter den 1500 Delegierten befanden sich sowohl Vertreter der älteren liberal und antiklerikal gesinnten republikanischen Strömung als auch eine grosse Zahl von Jungen, meist Studenten, die sozialdemokratische oder linkskatholische Tendenzen vertraten." Es waren also doch einige auf den Leim gegangen. Umsonst hatten nicht sämtliche Zeitungen des Auslands ganz gross von dieser herrlichen Opposition berichtet und waren nicht die Gelder von überall her gekommen. Doch auch das stimmte: "Die mittlere Generation, Männer im regierungsfähigen Alter, war dünner gesät." (Zitate aus "NZZ" 27. 5.69) Am 26.Oktober kam es zu Wahlen. Die Opposition war zugelassen. Angesichts der geringen Aussichten hatten sich einige Grüppchen gar nicht erst gestellt; weder die monarchistische Bewegung, die sich unter dem Titel "Portugiesische Erneuerung" im Mai 1969 etablierte, noch die Sozialisten nahmen teil. Caetano sprach zwei Tage vor der Wahl über das Fernsehen:

"Die Gesellschaft, in der wir leben, wird vom Totalitarismus bedroht, vom Kommunismus und von der Anarchie. Lassen wir uns nicht täuschen von den Spiegelfechtereien einer idealen Gesellschaft, in welcher niemand etwas mehr kritisieren kann, und in welcher alle Lebewesen glücklich und zufrieden sind. Die Mauer in Berlin zeigt uns das Ergebnis solcher Glückseligkeit. Der Bürger hat bei dieser Wahl zu entscheiden, ob er weiterhin die von der Regierung bisher aufrechterhaltene öffentliche Ordnung will oder den früher oder später einsetzenden Bürgerkrieg." "NZZ", sich auf den Boden der Opposition stellend, gibt zu: "Weite Oppositionskreise sind wohl im Grunde radikal genug, damit die Gefahr eines Bürgerkrieges, wenn sie je an die Macht kämen, nicht von der Hand zu weisen wäre. Besonders nicht, weil es auch auf der Regierungsseite Rechtsfanatiker gibt, denen man zutrauen könnte, dass sie, um ihre Privilegien zu verteidigen (! - d.V.), einen Krieg auslösen könnten."

Das Wahlergebnis bewies, dass die Subversion noch nicht wieder Fuss fassen konnte. Bei starker Wahlbeteiligung wurden 130 Abgeordnete gewählt und sie gehörten alle 130 der 1932 von Salazar gegründeten Regierungspartei der "Union Nacional" an. Entschuldigend nach so viel Aufwand im Lager der Freimaurerei meint "La Nación", Buenos Aires, zu dem mageren Ergebnis: "Die Opposition hatte in 40 langen Jahren niemals Gelegenheit gehabt, sich an Wahlen zu beteiligen." Das nächste Mal wird es schon besser gehen. "Paulatinamente, tenazmente" (langsam, zäh) muss man vorgehen, dann "wird Caetano jedes Mal ein bisschen weiter die Tür öffnen müssen".

Dem Wahlsieg folgte eine Umbildung der Regierung. Durch Zusam-

menlegungen verminderte er die Zahl der Ministerien auf 10. Insbesondere wurden das Wirtschafts- und Finanzministerium fusioniert, "um eine den heutigen Gegebenheiten angemessene bessere Zusammenarbeit zu gewährleisten". (Seit 1968 druckt und prägt Portugal seine bis dahin in Holland und England gemachten Banknoten und Münzen, eine der Tatsachen, die Portugals unabhängige Haltung in diesen Jahrzehnten ermöglichte.) Die bürokratische Arbeit wird von einer Anzahl neu geschaffener Staatssekretariate und Unterstaatssekretariate geleistet. Die entsprechenden Posten wurden von recht jungen Personen besetzt. Die sehr enge Zusammenarbeit mit den Provinzen in Uebersee drückte sich auch dadurch aus, dass der bisherige Generalgouverneur von Mozambique, Rebelo de Sousa, die beiden bisherigen Ministerien für Gesundheit und für die Korporationen besetzte. Erziehungsminister wurde der bisherige Rektor der Universität von Lourenço Marques, Veiga Simao. Im übrigen ein Mann der Universitätsreform, sodass die völlig unhaltbaren Zustände auf den vernachlässigten Schulen und Universitäten seitdem Gegenstand von Reformplänen sind. Bedenkt man, dass die Zahl der portugiesischen Studenten sich in den nächsten 10 Jahren verdreifachen wird, dass aber schon heute das notwendige Lehrpersonal fehlt, auf den Universitäten deutlich überaltert ist, so sieht man, wo die schwerste Aufgabe der Regierung liegt.

Ebenfalls die Regierungspartei selbst erfuhr eine grundlegende Umbildung. Ihr Name wurde geändert in "Accion Nacional Popular" (ANP). Wurde bisher in Artikel 1 der Statuten "die Verwirklichung der Ziele der Revolution vom Mai 1926" als Programm genannt, so spricht das neue Parteistatut nicht mehr von dieser Revolution, wohl aber von der notwendigen "Förderung der Teilnahme der Bürger an der Ueberprüfung der Probleme des Landes". In Ablösung (des bleibend gesundheitlich geschädigten Salazars) wurde Caetano zum Präsidenten des neuen Zentralkomitees der Partei gewählt. Für die vorsichtige Anbahnung von Beziehungen zur älteren portugiesischen Vergangenheit spricht auch, dass am 5. September 1969 der Jahrestag der Ausrufung der Republik (1910) von der Regierung mit Festakten begangen wurde. Bis dahin hatte die Opposition an diesem Tage demonstriert.

Dass das neue Parteiprogramm die "Verteidigung des nationalen Gebietes", das heisst auch der Ueberseeprovinzen verlangt, versteht sich von selbst. Die Wahlen vom Oktober 1969 galten ja auch diesen Ueberseeprovinzen. Das Volk "gab mit seiner Stimme seine Meinung kund, ob die Ueberseegebiete aufgegeben werden oder ob die Regierung diese Territorien weiter entwickeln und zur Autonomie führen soll" (Caetano 12.9.69). Tatsächlich verlangt die Opposition ja nicht mehr und nicht weniger, als dass eine Zusammenarbeit mit den vom Ausland bezahlten Rebellen in Uebersee eingeleitet werden müsse! Als von dem Freimaurerforum der UN wieder einmal Portugal aufgefordert wurde, "sofort seine Streitkräfte aus jenen Gebieten abzuziehen, eine bedingungslose politische Amnestie zu erlassen und die Regierungsgewalt an freigewählte Körperschaften der einheimischen Bevölkerung zu übergeben", antwortete Caetano: "Diese Resolutionen der UN sind gekennzeichnet durch eine bedauerliche Einseitigkeit, die unvereinbar ist mit der Objektivität, die bei internationalen Beziehungen herrschen sollte. Die Befolgung dieser Resolution würde zu Auflösungserscheinungen führen. Die Kriege, die Portugal seit 1961 in Guinea, Angola und Mozambique führt, verlangen von uns enorme menschliche und finanzielle Opfer. Die soziale und wirtschaftliche Entwicklung dieser Gebiete kann sich aber nur vollziehen, wenn ein Zustand der Sicherheit besteht, der allein durch die Anwesenheit portugiesischer Truppen gewährleistet ist. Unruhen sind nur in jenen Staaten aufgetreten, die unseren Gebieten angrenzen und welche die Terroristen unterstützen und ihnen Unterschlupf gewähren.

Würden diese Staaten ihre Unterstützung einstellen, so wären auch die Unruheherde beseitigt." Trotzdem ist es etwa nicht menschliche Rührung, nicht etwa ein Bekenntnis zu Anständigkeit und Sauberkeit, wenn der amerikanische Aussenminister Rogers im Mai 1970 nach einem Besuch in Lissabon verkündet: "Jetzt verstehen wir die portugiesische Politik in den Ueberseeprovinzen." Es ist nur Ergebnis der Entkräftung, die die USA dank der Termiten im eigenen Bau erlebten und die sich in der berühmten Rede Nixons auf Guam schon ausdrückte, in welcher er eine Einstellung weltpolizeilicher Massnahmen der Vereinigten Staaten anordnete. Man sprach schon im August 1969 davon, dass Portugal in Zukunft für die Stationierung amerikanischer Soldaten auf der Azoreninsel Terceira eine Gegenleistung verlangen werde. Alle diese weltweit vorgenommenen Friedensbemühungen Rogers im Rahmen des Planes von Barranquilla sind ja überhaupt nur so zu verstehen, dass das Establishment eine Kastratenwelt aufzubauen versucht, in der dann die eigentliche Versklavung erst so richtig vonstatten gehen kann.

*

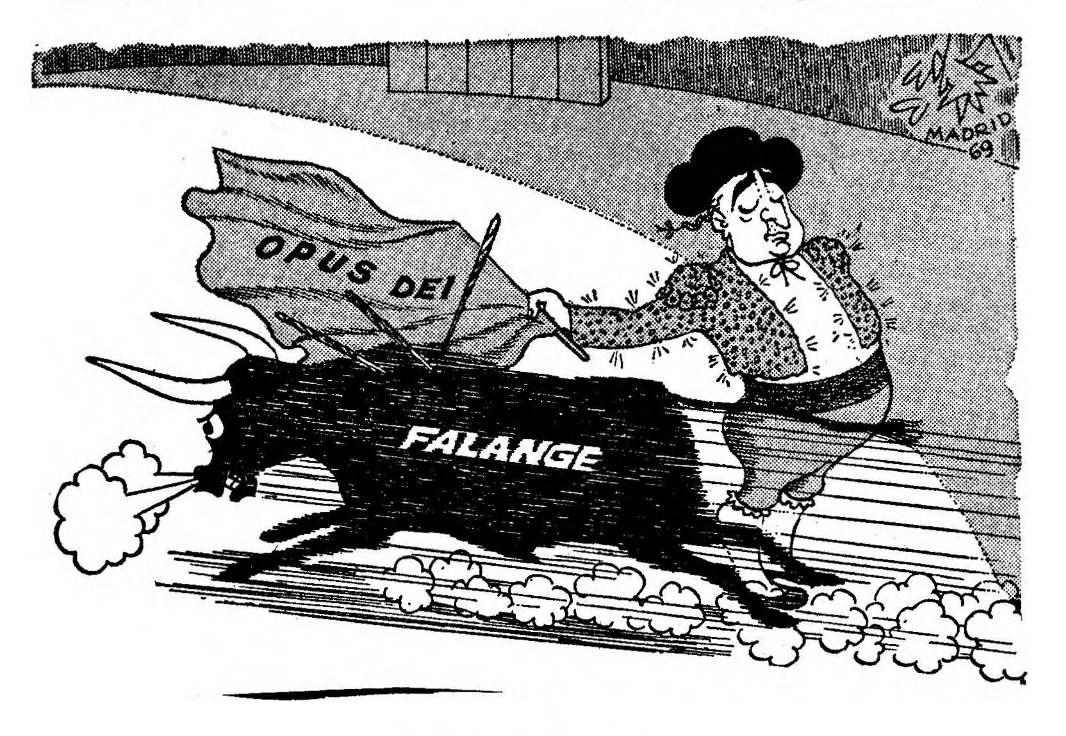
SPANIEN

Wir wollen dieses Kapitel mit einem Zitat beginnen, welches auf den ersten Blick keine Beziehung zu dem Thema hat. Doch, keine Sorge, wir werden auch hier genau so konkret und sachlich bleiben, wie wir es bisher waren und wie wir es bis zur letzten Seite dieses Buches auch bleiben werden.

Teilhard de Chardin sagt: "Unser Jahrhundert wird etwas erleben, das noch bedeutsamer ist als das Aufkommen des Buddhismus. Von jetzt an geht es nicht mehr darum, die menschlichen Fähigkeiten in den Dienst dieser oder jener Gottheit zu stellen. Die religiöse Kraft der ganzen Welt ist es, die in uns eine entscheidende Krise durchmacht: die Krise ihrer eigenen Entdekkung." Als "religiöser Mensch sich gleichzeitig dem grossen Schwung der Geschichte verbunden fühlen und so zum Glauben, zur Nächstenliebe und zur Hoffnung finden", ist das Ziel eines Pauwels.

1927 gründet der Monsignore Escriva de Balaguer in Madrid das "Opus Dei". Grundlage ist seine Schrift "El Camino", "Der Weg", die inzwischen in 20 Sprachen übersetzt und in mehr als $2\frac{1}{2}$ Millionen Exemplaren verlegt wurde. Der Orden besitzt heute 45 000 Mitglieder, von ihnen 27 000 in Spanien. Es gibt eine männliche und eine weibliche Teilorganisation. Die Mitglieder leisten das Gelübde der Armut, des Gehorsams, der Sauberkeit und sind hierarchisch gegliedert. Escriva de Balaguer betont in seinen Veröffentlichungen, dass dem Staat Kontrolle und Aufsicht zustehen und sagt: "Jedes Ausbrechen aus den ehrenhaften Realitäten des täglichen Lebens ist für Euch, Männer und Frauen dieser Welt, gegen den Willen Gottes." Eine eigene Universität, in Lehrerwahl und Lehrplan unabhängig vom Staate, in Pamplona, erzieht 4 500 Schüler, in erster Linie in Wirtschafts- und Sozialwissenschaften. So wird eine technokratische Theokratie aufgebaut, die heute bereits so viele Kommandostellen in der spanischen Wirtschaft besetzt hat, dass man nicht erstaunt

Diestro Por Luis J. Medrano



aus "La Nación", Buenos-Aires

war, als sich die Politik diesem Aufmarsch beugte. Am 29. Oktober 1969 wurden mit Neubildung der spanischen Regierung 14 (von insgesamt 18) Minister ernannt, die entweder dem Opus Dei angehören oder ihm nahe stehen. Monarchisten und Falangisten wurden entfernt.

Niemand kennt die Mitglieder des Opus Dei. Der Heilige Stuhl hat dem Orden Rechtspersönlichkeit erteilt und damit hat dieser alle legalen Formalitäten auch für Spanien erfüllt. In aller Stille hat Opus Dei die wichtigsten Stellen in Staat und Wirtschaft mit seinen Leuten besetzt, die hohen Ministerialposten, Bankdirektoren, Leiter der Grossfirmen, Ingenieure, Techniker. Die Ordensregel verlangt Achtung vor den christlichen Lebensgrundsätzen. Das "Werk" (Opus) kümmert sich nicht um die politischen Handlungen seiner Mitglieder, ihre wirtschaftlichen Beschäftigungen. Es will nicht mehr sein als eine Art christlicher laizistischer Freimaurerei, die ihre Mitglieder in allen politischen Parteien, selbst in der kommunistischen Partei haben kann. Man ist der Meinung, dass derartige Unterschiede nicht mehr zählen, seitdem man vom Mond aus die ganze Erde überblicken kann, seitdem man in Computern die Zukunft errechnen, in Stunden um die Welt fliegen, mit Medikamenten die Gene und mit Nachrichtensatelliten die Meinung der Menschheit festlegen kann. In

solcher Weitsicht werden die im gewöhnlichen Blickfeld liegenden Werte unerheblich; das gilt für Spanien im Hinblick auf die gesamte übrige Welt, wie es für die Basken etwa innerhalb Spaniens gilt. "Uebersteigerte Eigenart" ist das. Es sind hässliche Anachronismen, wenn sich baskische Studenten zusammenrotten und baskische Priester Autonomie wünschen. Längst hat die Technik den Verbündeten Luzifers diejenigen Mittel in die Hand gegeben, die sehr schnell mit solchen primitiven, irrationalen, an Gott und an seine natürliche Weltordnung Glaubenden aufzuräumen verstehen.

Und welcher Art ist heute die konkrete wirtschaftliche Macht dieses "Werkes"? Opus Dei kontrolliert heute zwanzig der grössten Konstruktionsfirmen Spaniens, die bedeutendsten Aussenhandelsfirmen, die Banco Popular de España, die Banco de Salamanca, den Crédito Andorra, la Financiera Franco-Española, el Banco de Andalucía, la Unión Industrial de Bancos, el Banco Atlántico. Das Kartell "Movie Record" mit 23 angeschlossenen Firmen auf dem Gebiet der Publizität, der Television, Zeitschriften und Kinowesen ist in den Händen des Opus. Weiter wird die Sociedad Española de Radiodifusión kontrolliert, desgleichen die Zeitschriften "Actualidad", "Telva", "Mundo cristiano", "El Alcázar", "Euro-Express", sowie Verlage und Zeitschriftenverteilungsorganisationen und Buchhandlungen. Das gleiche gilt von zahllosen Provinzblättern. Kürzlich erst wurde als Krönung dieser Eroberung der Presse das "Nuevo Diario" als Tageszeitung mit nur 25 000 Exemplaren geschaffen, welches mit einem monatlichen Verlust von 10 Millionen Peseten rechnet und in Riesenpropaganda dem Lande zuruft: "Spanien Erwache!"

Sind es die Falangisten, die nicht eine Schlacht, sondern einen Krieg verloren haben, so zeigt sich dies zuletzt darin, dass sie auch den Minister für die Bewegung und die staatlichen Syndikate nicht mehr stellen. Die "Bewegung", das sind jetzt alle Spanier geworden. Die nationale und soziale, antikommunistische, kirchenfreie Ideologie der letzten Jahrzehnte hat einer Kraft Platz gemacht, die mit Ausnahme ihrer Bindung an die christliche Religion frei ist in ihren Entscheidungen zwischen rechts und links. Die Technokraten des O.D. können mit Washington und mit Moskau sprechen, ohne ihre Stellung zu gefährden.

Vor allem hat das Opus auch gesiegt im Kampf um die Nachfolge Francos. Der Graf von Barcelona kam im Februar 1968 überraschend nach Madrid und wurde begeistert begrüsst, hatte Besprechungen mit Gewerkschaftsführern, Generalen und Admiralen. Franco erkannte die Notwendigkeit, einem Thronanwärter mit derartigen demokratischen Allüren den Weg zu versperren (der im übrigen auch reichlich Anhang in Strassburg hatte). In dieser Lage entschied das Opus Dei, sich für den Sohn des eigentlichen Anwärters einzusetzen. Man musste gegen die Absichten der Militärs vorgehen. Diese versuchten, ihre Position zu stärken, indem sie unter dem Vorwand der Bekämpfung linksextremer Aktivität den Belagerungszustand erklärten (den die Falange vergebens auszunutzen versuchte, um durch das neue Gewerkschaftsgesetz ihre Stellung zu festigen). Doch, O.D. vermochte, Franco zu überzeugen, und am 22. Juli 1969 präsentierte er Juan Carlos den Cortes als zukünftigen König.

Dass Franco sich in seiner Staatsführung niemals an die pragmatischen Schablonen hielt, zeigt nicht nur die Tatsache, dass er im letzten Weltkrieg mehr als 60 000 Juden durch persönliche Vermittlung bei Hitler aus Lagern in verschiedenen Teilen Europas befreien liess (*351), sondern auch die Rede, die er im April 1969 aus Anlass des 30. Jahrestages der Beendigung des Bürgerkrieges hielt: "Ich wende mich gegen die Wiedereinführung eines Parlaments- und Parteienstaates. Der Formaldemokratie stellen wir die tatsächliche Demokratie gegenüber, d.h. eine vernünftige Form der Demokratie, die den

natürlichen Lebensformen der Menschen entspricht. Vergangenheit und Gegenwart haben in vielen Beispielen bewiesen, dass eine ganze Reihe von demokratischen Systemen ohne Parlament und ohne das Bestehen verschiedener Parteien ihre Aufgabe erfüllten." Ob es jedoch nur Pragmatismus ist, wenn der gleiche Franco durch seine letzte Regierung, insbesondere durch deren Aussenminister López Bravo (O.D.), Moskau die Hand reicht, scheint noch sehr die Frage.

Denn (erinnert Alberto Daniel Faleroni in sehr beachteten Leitartikeln in der "Freien Presse", Buenos Aires), am 1. Oktober 1937 noch richtete Franco die folgenden Worte an seine Landsleute: "Dies ist ein Kampf zur Verteidigung Europas, und wieder gebührt den Spaniern der Ruhm, auf den Spitzen ihrer Bajonette die Verteidigung der Zivilisation zu tragen, die christliche Kultur und den katholischen Glauben zu erhalten." Am 15. August 1937 veröffentlicht der gleiche Franco einen Artikel in der "Revue Belge", in welchem er selbst den folgenden Satz unterstreicht: "Wir wünschen freundschaftliche Beziehungen zu allen Ländern der Erde zu unterhalten, mit Ausnahme von Sowjetrussland." Man fragt sich, hat man in Madrid das alles vergessen, was damals geschah, das viehische Morden der Internationalen Brigaden, den Diebstahl des Staatsschatzes, die nach Russland entführten Kinder, die vergewaltigten Nonnen und lebend verbrannten Priester? Kann man einfach an die Stelle der Menschenwürde die Technokratie setzen? Will man nicht wahrhaben, dass die heutige wirtschaftliche Position Spaniens das Ergebnis eines sehr, sehr schweren Kampfes ist? Der auf den Schlachtfeldern begann, und der unter den Sanktionen der "Freien Welt" jahrzehntelang fortgesetzt wurde? Dass die Grundlagen, auf denen heute die Technokraten ohne Ideologie aufbauen, überhaupt nur geschaffen werden konnten von S p a n i e r n? Das heisst von Menschen, denen ihr Vaterland über allem stand? Denn nicht, dass Strassen und Hotels und Fabriken gebaut wurden, ist das entscheidende. Entscheidend ist immer noch, in welchem Geist sie errichtet wurden. Wem sie dienen sollen. Für was sie errichtet werden. Heute, da das Internationale Kapital Nutzniesser sein will der vielen Opfer in Spanien, da es möglich ist, dass ein Hochgradfreimaurer Scheel sich in der westdeutschen Botschaft in Madrid mit gleichgesinnten Oppositionsführern trifft und die Untergrabung des spanischen Nationalstaates frech zum Thema nimmt ("um die Eingliederung (! - d.V.) Spaniens in die Europäische Gemeinschaft zu erleichtern"!), da ein strenggläubiger Katholik wie Léon Degrelle aus Madrid flüchten muss, da fragt es sich, ob nicht mit der Verdrängung der Falange aus ihren Positionen eine Generation an die Macht gelangt, die selbst nicht mehr weiss, mit wieviel Blut alles das erkauft wurde, was sie in Händen hält und die darum mit der Anbetung der Technik verrät, was sie angeblich mit ihrem "Camino" anbetet. Bei allem dem sind ja der Besuch des spanischen Aussenministers in Moskau, oder der Ankauf der kubanischen Tabakernte, oder die Aufnahme von Handelsbeziehungen zu Polen und Rumänien nichts als Symptome eines Vorganges, der ebensowenig mit "Ost-Wendung" bezeichnet werden kann, wie der Kommunismus von Anbeginn an nicht als Widerpart zum "Westen" gesehen werden darf, sondern nur als ein besonders ungeratener Bruder des Liberalismus und der "Demokratie". Der Oeffnung nach Osten steht, wenn auch weniger sichtbar, die Oeffnung auch nach allen anderen Richtungen zur Seite. Die Mauern werden rundherum eingerissen. Opus Dei ist nicht eine spanische Bewegung, sie will sich über die ganze christliche Welt erstrecken. Sie ist, wie René Hardy sagt, "eine christliche Freimaurerei". Man nimmt im Vatikan die Grosse Rebellion zur Kenntnis und geht auf ein Erfordernis unserer Zeit ein: Unsere Zeit kann gar nicht anders: sie m u s s ihre Freimaurerei haben. Nichts wäre undenk-

barer, als diese unsere Zeit ohne Freimaurerei. Ein Machtvakuum würde bestehen. So nimmt der Vatikan den Kampf auf mit denjenigen Waffen und in denjenigen Formen, die unserer Zeit relevant sind. Die Falange verhielt allzu lange im Valle de los Caídos im Gedenken ihrer Blutzeugen und vergass, dass diese Welt täglich neu erobert werden will, mit harter Arbeit der Stirn und der Faust.(*352)

Die ersten sichtbaren Erfolge einer Oeffnung nach allen Seiten ergeben sich im Verkehr mit Frankreich. Dieses hat sich verpflichtet, in den nächsten 10 Jahren 30 Millionen Tonnen Erdöl an Spanien zu liefern und eine Erdgasleitung in die Industriezone von Bilbao zu legen. Bereits im Januar 1969 weitete Spanien seine Hoheitsgewässer von sechs auf zwölf Seemeilen aus. Die Bemühungen um Mitgliedschaft in der EWG führten endlich zu einem Abkommen, welches Spanien für die meisten Industrieprodukte Vorzugszölle gewährte. Denn diese angeblich so europäische Gemeinschaft beantwortete jahrelang überhaupt nicht die spanischen Ansuchen auf Mitgliedschaft, die seit 1962 mehrfach wiederholt wurden. (Vergessen wir doch nicht, dass diese "europäische" Organisation selbstverständlich auch ihre eigene Komintern hat. Sie nennt sich "Kommission für Nichtmitgliedstaaten" und beschäftigte sich nicht nur mit der armen überfallenen Tschechoslowakei sondern auch mit den "iberischen Diktaturen".) Man hielt es für wichtiger, das ideologische Zerrbild eines Europa von 1945 aufrechtzuerhalten und bildete sich ein, die Welt so behandeln zu können, wie es ja die Westmächte taten, als sie nach dem II. Weltkrieg ihre Botschafter aus Madrid zurückzogen. Spanien bot den sechs Mitgliedern der EWG eine Oeffnung seiner Grenzen an, die eine Erhöhung der Importe um 13 Prozent zur Folge haben wird. Die stärksten Handelspartner Spaniens werden damit die USA, die BRD und Frankreich bleiben.

---

*351 – Chaim Lipschitz in "Newsweek", Februar 1969.

*352 – Hierher gehört auch die Reform der katholischen Priesterausbildung. In der "ratio fundamentalis" veröffentlicht die päpstliche Kongregation für die katholische Erziehung im März 1970 Richtlinien, die deutlich die Jugendlichkeit der Kirche zeigen. Die vom Trientiner Konzil geschaffenen Seminarien bleiben bestehen und alle anderweitigen extremistischen Wünsche werden kurz abgewiesen. Die Studenten aber sollen vorher ihren Militärdienst abgeleistet haben, sie sollen vorher das Diplom einer weltlichen Hochschule erwerben und vor dem endgültigen Antritt des Priesteramts sechs bis zwölf Monate lang eine andere intellektuelle Tätigkeit oder ein Handwerk ausüben. Bei der Gestaltung des Unterrichts sollen die örtlich zuständigen Bischöfe hinzugezogen werden. Den Seminaristen soll bezüglich der inneren Organisation ein Mitspracherecht eingeräumt werden. Moderne Wissenschaften wie Psychologie, Soziologie und die Erforschung des Atheismus gehören zum zukünftigen Lehrplan.

*

ITALIEN

Nach der Zerstörung der Arbeit Mussolinis war Italien nicht mehr in der Lage, die Aufgaben zu meistern, die der verlorene Krieg, der Raub der Ueberseegebiete und die biologische Dezimierung durch Krieg und Nachkrieg hervorgerufen hatten. Hinzu kam, dass überstaatliche Kräfte ihr Hauptaugenmerk auf wirtschaftliche Faktoren legten und so eine tiefgreifende Gesellschaftsumwandlung hervorriefen. Landflucht einerseits und Abwanderung aus dem Süden in den Norden, insbesondere den Raum um Turin, waren Folgen einer Industrialisierung, deren sozialen Begleiterscheinungen der Staat untätig gegenüberstand. "Panorama"/Mailand berichtet von einem "Mietwucher, der in Turin und Umgebung seinesgleichen sucht. In einer Pension in der Via Barbaroux werden die Betten schichtweise vermietet, sodass ein Bett in einem 24-Stunden-Turnus von drei Arbeitern benutzt wird". Die Folge waren Unruhen, Revolten, die in Europa nirgends in ihrer Schwere übertroffen wurden. "Christ und Welt" berichtet aus der "Gazetta del Popolo": "Bei einer der "Besetzungen" des Werkes Mirafiori mussten Direktoren und leitende Angestellte, die man aus den Büros geschleppt hatte, durch ein Spalier von 1 200 bis 1 300 Arbeitern unter Faustschlägen, Fusstritten und Anspucken Spiessruten laufen. Zu viert und zu fünf wurden leitende Angestellte mit Stricken umschlungen; bei den Protestumzügen mussten sie als gedemütigte Gefangene mitgehen. In einem anderen Werk der Turiner Umgebung, in Beinasco, wurden weibliche Angestellte und Arbeiterinnen von Krawallhelden nackt ausgezogen, die voller Begeisterung die eroberte Unterwäsche als Trophäen schwenkten." Den Anstoss, die eigentliche Siedehitze für den Ausbruch dieser demokratischen Erscheinungen schufen die vorhergehenden Studentenunruhen, die der Staat vorsichgehen liess. Natürlich folgten Unruhen in anderen Teilen Italiens, in Mailand insbesondere und in Rom. Beachtlich ist, dass vorher bereits, im Mai 1969, im Parlament der Vorschlag einer Entwaffnung der Ordnungskräfte abgewiesen werden musste. Nachdem der faschistische Sozialstaat mit Meuchelmord und Terror unter dem Schutz der gelandeten Angelsachsen beseitigt worden war, brach aller staatspolitischer Sinn zusammen, und es bildete sich das Vorbild für eine freimaurerische demokratische Gesellschaft, in welcher die Reichen immer reicher, die Armen immer ärmer wurden, in welcher ein jeder nur an sich, niemand aber an das Ganze dachte, in welcher die Regierung nur noch Spielball von Interessengruppen ist. Mit für derartige Verhältnisse typischen Mitteln versucht man jetzt der Lage Herr zu werden, und man weiss aus Erfahrung, dass alle Pläne, wie etwa die Steuerreform durch Einführung der "imposta unica sui redditi" immer nur sekundär anpacken, dass sie genauso zum Spielball der Ueberstaatlichen werden, wie alles Bisherige. Es fehlt an dem primären Eingreifen, an der Arbeit am Menschen selbst. Doch solches gilt als "faschistisch" und ist deshalb als "rechtsextrem" verpönt.

In Isolierung steht abseits als Alternative für eine Neuordnung der Verhältnisse das "neofaschistische" "Movimento Soziale Italiano". Mit allen nur denkbaren Mitteln wird dessen Eindringen in den Staat auf allen Ebenen verhindert. Man biegt immer weiter nach links ab, nur um eine faschistische Wiedergeburt Italiens hinauszuschieben. Man nimmt alles Geschilderte, ja den Einzug der Kommunisten in eine Volksfrontregierung gerne in Kauf, wenn es nur gelingt, Italiens Wiederaufstieg als Nation zu vermeiden.

Man schöpft daher die grossen Möglichkeiten der "Demokratie" in Italien genau so aus, wie in Westdeutschland, wo die Septemberwahlen 1969 dafür beredtes Zeugnis ablegten. Zunächst gibt man dem Spiessbürger mit

dem aufregenden Stichwort "Extremisten" einen kleinen Schock. Dann rüstet man Ueberfallkommandos aus, und wenn die "Extremisten" sich zur Wehr setzen, dann werden sie zu Raufbolden gestempelt, und schon hat man das erwünschte Wahlergebnis.

Als der Generalsekretär des MSI, Arturo Michelini, im Juni 1969 stirbt, da heisst es von ihm ("NZZ"): "Es gelang diesem grossen Organisator nicht, die Isolierung zu überwinden." Man kann sich vorstellen, wie alle Kontaktversuche immer wieder wie von unsichtbarer Hand selbst dort, wo sie zunächst gefunden worden waren, wieder zurückgewiesen wurden. Es war das Werk jener Freimaurerei, die niemals Italien freigegeben hatte, die das Vaterland im Kriege verriet und die es heute so raffiniert bekämpft. Was aber, darf man getrost fragen, würde geschehen, wenn sich die Völkischen ihrerseits zusammenschlössen (*353) und eine Gemeinschaft aufbauten, die mit ihrem Gemeinschaftsleben Inseln des Glücks in der zur Hölle gewordenen Welt bildeten? Heute schon, und in immer wachsendem Masse, lebt das Glück ja schon wieder in den Katakomben, wie einmal schon in Rom. Und die Flut derjenigen, die auszusteigen verstehen aus der Hetze der Welt des Teufels und Anschluss fanden an eine der vielen Vereinigungen, die heute überall auf der Welt die künstlich gesetzten Probleme der Logenherrschaft überwunden haben, legen Zeugnis ab dafür, dass bald schon die Isolierung von jenen gefürchtet werden muss, die sowieso schon unermüdlich das Leben zu Tode jagen müssen, denn sie wissen genau, mit dem Tage, da sie in dieser Jagd nur auf Augenblicke nachlassen, wird es sofort wieder ihre kalte Betonwelt überwuchern. Mit Rattenfängerparolen müssen sie immer wieder ihre Sirenenklänge ertönen lassen, wie etwa am 17. Januar 1970 in den "Bremer Nachrichten", da in einer grossformatigen Werbung (wer bezahlt das?) die "Weser-Loge" "Herren" sucht, "die geistig und wirtschaftlich aufgeschlossen und bereit sind, an den ideellen Zielen einer Loge mitzuarbeiten."

Anfang Februar 1970 trafen sich auf Einladung des MSI europäische Jugendliche in Mailand, "um gemeinsam im Namen der europäischen Rechten zum offenen Kampf aufzurufen gegen die kommunistische, maoistische und anarchische Subversion". Mit einem Umzug im Stadtzentrum, der mit dem Sturm auf die von Linksradikalen besetzte Staatsuniversität endete, lenkte man die Aufmerksamkeit der im übrigen natürlich schweigenden Presse auf die Vorgänge.

In anderer Weise wirft Licht auf die Lage in Italien der Bericht von einem Industriellen (AP, Vicenza, 11.3.70), der seinen arbeitenden Betrieb und dessen Arbeiter vor anrückenden Streikenden mit dem Gewehr verteidigte und dabei 10 Aufrührer verletzte.

Immerhin gewährte man der Witwe Mussolinis jetzt eine Witwenpension. Das Gericht betonte, dass die Höhe der Pension deswegen schwer feststellbar gewesen sei, weil der Duce 18 Jahre lang kein Gehalt bezogen hatte (erinnern Sie Demokrat Gerstenmaier und seine Doppelbezüge aus verpachteten Jagdhäusern?). Rachele Mussolini betonte, dass es ihr nicht auf die Höhe der Pension ankäme, sondern nur darauf, dass von Staats wegen so festgestellt werde, "dass ihr am 28. April 1945 erschossener Mann seinem Lande gedient habe".

Dreissig Jahre waren also notwendig gewesen, um die Umschichtung in der Gesellschaft zu vollziehen. Wieder gilt so heute das berühmte Wort Mussolinis von den Habenden und den Habenichtsen. Die Logenbrüder haben alles, das Volk hat nichts. Was es bekommt, wird ihm nach einem "Plan" vorgezählt. Wieder einmal ist daher der geschichtliche "Marsch auf Rom" fällig. Doch, wer wird diesmal marschieren? Denn auch das ist ja eine biolo-

gische Frage. Schon einmal erlebte Rom dieses Problem. "Der zweite Punische Krieg (218-201) verursachte grosse, furchtbare Verluste.(*354) Dies war Roms schwerste Prüfung, mit vernichtenden Niederlagen in den Schlachten bei der Trebia 218, am Trasimenischen See 217 und bei Cannae 216, wo 40 000 Mann Fusstruppen, 2 700 Ritter – equites – und 80 Männer von senatorischem Rang auf dem Schlachtfeld blieben... Die Goldringe der Erschlagenen wurden scheffelweise verkauft." Und jetzt? Die besten Schwarzhemdendivisionen blieben in Abessinien, Nordafrikas Sand trank das Blut verratener italienischer Soldaten, und der offene Mord beseitigte in der "Säuberung" 1944 und 1945 weitere der Besten. So also steht dieser Teil Europas vor der unmöglich erscheinenden Aufgabe, mit Staatssinn die Ueberlebenden der grossen Kriegskatastrophe zu erfüllen, während gleichzeitig die einzigen Verfechter einer solchen Staatsidee als Staatsfeinde verschrien werden und das Geld als letzter Sinn des Lebens gepredigt wird.

---

*353 – In Hamburg wurde Anfang 1970 der "Weltbund der Völkischen" gegründet. Die Anschrift ist: 2 Hamburg 19, Tresckowstr. 52. In dem betreffenden Aufruf heisst es:

> Die Welt ist aus allen Fugen geraten.
> Alle seitherigen Werte werden als Unwerte oder als überholt bezeichnet!
> Gewachsene Kulturen werden bewusst zerstört!
> Das Hässliche und Widerwärtige wird als Kunst gepriesen!
> Der vielgerühmte Fortschritt strebt deutlich der Vernichtung allen Lebens zu!
> Um die Weltherrschaft streiten sich Grossmächte, die über Massenvernichtungsmittel verfügen, mit denen man alles Leben auf Erden mehrmals auslöschen könnte!
> Völker und Nationen werden als Ueberbleibsel einer vergangenen Zeit bezeichnet!
> Ein Menschenbrei aus allen Völkern und Rassen wird als erstrebenswertes Zukunftsbild vorgegaukelt!
> Ueberall geht es nur um Macht! Macht wozu? Zur Ausbeutung der Massen!
> Eine Sklavenherde soll die Menschheit werden!

*354 – heisst es in dem mir zugegangenen Manuskript "Aufstieg und Untergang des Römischen Imperiums und sein biologischer Untergrund", von Dr. phil. F. J. Los, Oostburg/Holland.

*

GRIECHENLAND

Ohne auch nur eine einzige Ausnahme betonen sämtliche Verfechter der Einen Welt, sämtliche Agenten der "Menschheit", dass die Menschheit noch lange nicht reif ist für dieses herrliche Ziel. Sie können sogar nicht umhin, darauf hinzuweisen, dass es gerade die Brüder im eigenen Lager sind, die durch ihre monströsen Verbrechen alles bisher diesbezüglich in der Geschichte Uebliche in den Schatten gestellt haben und also in puncto Sittlichkeit der Menschheit einen Weg gewiesen haben, der diametral fortführt von jener Plattform, auf welcher die "Menschheit" konstituiert werden soll. In dem gleichen Augenblick, da sämtliche mühsam errungenen völkerrechtlichen Grundsätze auf den Kehrichthaufen geschüttet werden und das Deutsche Reich zum Objekt roher Gewalt wird, etabliert man in San Francisco eine Organisation, die an die Stelle der geschriebenen Genfer und Haager Konventionen einen Schwall von Phrasen setzt.

Diese Methode ist seitdem typisch geblieben für den erzwungenen Marsch der Welt nach Utopia. Man hält sich nicht lange mit den realen Problemen unter den Menschen auf, überspringt leichtfertig die unteren Stufen des menschlichen Zusammenlebens, die Familie und das Volk, und beginnt gleich ganz oben bei der Menschheit. Ja, man behauptet, dass die Existenz dieser unteren Gruppen ein Hindernis für die zu schaffende Einheit der Menschheit sei. Eine Idee tritt an die Stelle der Wirklichkeit. Und da diese Idee nicht von selbst Realität wird, hilft man ein wenig nach. Im Rausch der eigenen Potenz behauptet man, das Recht zur Zerstörung aller anderen natürlichen Möglichkeiten zu haben. Die Massenversklavung der ent-völkerten und entseelten Erde ist ihnen beileibe kein Verbrechen, sondern "ein Muss" (Picht), um die unbedingt notwendige "technische Welt" für die Eine Menschheit schaffen zu können. Alles ist denen gegenüber erlaubt, die meinen, zunächst einmal gottgläubig den eigenen Staat auf ein sittliches Niveau heben zu sollen, welches überhaupt erst die Teilnahme an einem internationalen Konzert sauberer Staaten ermöglicht. Das aber ist das Beispiel Griechenlands.

Wahre Orgien des Hasses erleben wir in der wunderschönen Stadt Strassburg. Da kommen "Europäer" zusammen, die beim Abflug aus ihrer jeweiligen Landeshauptstadt Massendemonstrationen, Streiks, Verbrechersyndikate, verhurte Jugend, undisziplinierte Heere, protestierende Studenten, verlogene Professoren und gekaufte Staatsanwälte zurücklassen, und erlauben sich, Gericht zu sitzen über einen europäischen Staat, der nichts von allem diesem kennt und bei sich endlich einmal Ordnung gemacht hat. Sie denken gar nicht daran, erst einmal vor ihrer eigenen Tür zu kehren. Ihre Rettung suchen sie darin, auch vor der griechischen Tür jenen Morast zu sehen, den sie im eigenen Haus schon haben. Sie meinen, im Unrat nur dann weiterleben zu können, wenn das Beispiel eines sauberen Staatswesens an ihrer Seite verschwindet und Vergleich aus eigenem Augenschein unmöglich gemacht wird.

Die von der Freimaurerei aufgezogene Institution des "Europarats" war Schauplatz von Auftritten, die jedem Zuschauer und Zuhörer einem Seminar über Freimaurerwahnsinn gleichkommen mussten. So, wie einst in Paris überschlugen sich die Redner in Anwürfen gegen das "Regime der Militärs", welches die "Menschenrechte" verachtet. Diese Gruppe von Geisteskranken in Strassburg nahm überhaupt nicht zur Kenntnis, was die Zeitungen in den gleichen Tagen von Unmenschlichkeiten aus ihren eigenen Staaten alles berichteten. Ein Aufhebens wurde von dem völlig selbstverständlichen und natürlichen Vorgehen der griechischen Regierung gemacht, welches bewies, auf was es

den Herrschern dieser Welt heute überhaupt nur ankommt. Dass der ehemalige politische Häftling Marketakis unter Terrordrohungen dieser Scheinheiligen um sein Leben fürchten musste, wenn er nach Strassburg ging und für die Athener Regierung aussagte, wurde von der Presse verschwiegen. Es herrschte DER TERROR, la terreur. Schon im Februar 1969 empfahl die aus Parlamentariern der europäischen Mitgliedstaaten sich zusammensetzende Beratende Versammlung des Europarats dem Ministerrat, den Ausschluss Griechenlands vorzunehmen. Grund: Verstoss gegen Art. 3 der Statuten: "Jedes Mitglied muss die Prinzipien ... der Menschenrechte und grundlegenden Freiheiten ... anerkennen." Es stellte sich heraus, dass darunter ein Freifahrschein für Vaterlandsverräter, für Internationalisten zu verstehen ist. Denn wenn diese ihrerseits unmenschlich handeln, wie, sagen wir, etwa im Falle von Rudolf Hess, dann rührt sich kein Europarat.

Es war dann der Wechsel in der BRD (*355) ausschlaggebend dafür, dass sich Ende 1969 eine Mehrheit auch im Ministerrat für einen solchen Ausschluss abzeichnete. Natürlich war es Hochgradfreimaurer Scheel, der diesem das Wort sprach und am 12. Dezember 1969 in Paris "den vorläufigen Ausschluss Griechenlands aus dem Europarat beantragte" und Griechenland aufforderte, "sobald wie möglich eine demokratische Regierung einzusetzen". Griechenland kam dem Ausschluss mit dem Austritt zuvor. Es steht fest, dass Frankreich, die Türkei, Zypern, Malta und Irland gegen einen Ausschluss gestimmt hatten. Spanien, Portugal, sowie alle osteuropäischen Länder sind sowieso nicht im Europarat vertreten. Man kann also den infektierten Bereich Europas genau abstecken, jenen Bereich, in welchem die Freimaurerei das Heft in der Hand hat.

In der BRD ging der Herr Professor Dahrendorf in seiner Eigenschaft als parlamentarischer Staatssekretär im Auswärtigen Amt so weit, den griechischen Arbeitskommissionen zur Betreuung ihrer Gastarbeiter in Westdeutschland den Verkehr mit ihren Landsleuten einzuengen, da sie unter diesen "antidemokratische Propaganda" betrieben. Die Regierung der BRD warf so im Unisono mit den demokratischen Zeitungen jener Freimaurerprovinz auch der "griechischen Justiz vor, eine mit den rechtsstaatlichen Prinzipien unvereinbare Politisierung erfahren zu haben". Das geschah, während ein deutsches Oberlandesgericht, bereits in zweiter Instanz also, Udo Walendy die Veröffentlichung des Bildteils seines historischen Quellenwerkes "Europa in Flammen 1939 bis 1945" und den dazugehörigen Sonderdruck "Gefälschte Bilder als historische Beweismittel" untersagte. In dem Augenblick, da deutsche Staatsanwälte und Richter also die Veröffentlichung b e w i e s e n e r Fälschungen verbieten, ja, sogar ein Sachverständigengutachten von Gerichts wegen ablehnen !!!!! Da deutsche Gerichte die belegte und erwiesene Fälschung der jüngsten deutschen Geschichte unterstützen und sich so öffentlich zu Dienern jener Diebe und Mörder stempeln, die 1945 über ihr Vaterland siegten.(*356) Da die Politisierung der Justiz in der BRD überhaupt nicht mehr übertroffen werden kann.

Als dann Griechenland die Westeuropaunion verliess, bekam man kalte Füsse. dpa berichtet sofort beschwichtigend aus London: "Man ist der Ansicht, dass der Austritt auf die Mitgliedschaft Griechenlands in der NATO keinen Einfluss haben werde", das heisst: man hofft, dass weiterhin die Griechen sich gerne für die Geldsäcke im Westen totschiessen lassen werden. Doch die Reaktion in Griechenland konnte nicht ausbleiben. Erst die Amokläufer in Strassburg hatten dem griechischen Volk die Augen geöffnet und gezeigt, w a s heute eine Totsünde ist. Nicht etwa ein Raubmord – da erhält man ein paar Jährchen mit Fernsehen auf der Stube. Nicht etwa Dokumentenfälschungen, die

tausende schädigen – dafür erhält man gut honorierte Schlagzeilen in den Illustrierten. Nein, Todsünde ist: Ausschaltung der "DEMOKRATEN" von der systematischen Umerziehung und Verblödung eines Volkes! In solchem Fall wird die ganze Welt alarmiert. Und Papandreou, der seinen New-Yorker Auftrag nicht ausführen konnte (vgl. R 446) fordert jetzt "den Kampf für die Demokratie mit Waffengewalt". Und da das allzu deutlich im Widerspruch zu den ach so pazifistischen Ideen seiner Brüder steht, fügt er diabolisch hinzu: "Das bedeutet keinen Bürgerkrieg, denn keine Klasse der Bevölkerung unterstützt die Militärdiktatur." Nein, sie hat ja auch nur mit 92 Prozent für die neue Verfassung gestimmt.

Das Schlagwort heisst "Griechenland griechischer Christen". In einer neuen Kirchenverfassung werden die Beziehungen zwischen Staat und Kirche neu festgelegt und die innere Organisation der letzteren gefestigt. In einem Leitartikel schreibt "Eleftheros Kosmos" im April 1970: "Nicht die Demokratie ist das Hauptproblem Griechenlands, sondern das NATIONALE UEBERLEBEN. Wenn unsere nationale Existenz einmal gesichert ist, können wir auch das Regime haben, das uns gefällt, und das ist zweifellos für fast alle Griechen das demokratische." Klarer kann nicht gesagt werden um was es geht, in Griechenland und in Brasilien, in Kambodscha und in Kolumbien, in den USA und in der BRD. Es hat sich vor dem Europarat klar gezeigt, dass "die europäischen Superdemokraten die eigentlichen Feinde des neuen Griechenlands sind". Die "NZZ" weist darauf hin (und hebt so ein wenig dadurch den Schleier über den Zusammenhängen), "dass die gesamte neugriechische Geschichte in einem neuen Licht dargestellt wird. Dabei nehmen die juntafreundlichen Blätter dem Aufstand des Jahres 1821, der nach übereinstimmender Ansicht der Historiker unter dem Einfluss der Französischen Revolution stand, das demokratische Fundament und schildern ihn als den Beginn einer nationalen Erneuerung, die nun von der Revolution vom 21. April 1967 vollendet werde". Die Franzosen melden (AFP XII/69): "Alle Nachrichtenmittel, offizielle und halbamtliche, werden gegenwärtig dazu aufgeboten, den Nationalstolz und das Besinnen auf die nationale Würde des griechischen Volkes wachzurufen. Das Volk wird aufgefordert, angesichts der Angriffe seiner Feinde mit Stolz und Einigkeit der nationalen Unabhängigkeit zu gedenken. Die Nachrichtensendungen sind vielfach von patriotischen Märschen und Volksliedern unterbrochen." Ein "Buch über Erziehung der Bürger" wird überall zum Verkauf ausgelegt. (*356a)

Während warnende Stimmen in Europa auf die Folgen der ideologischen Ueberspanntheit der regierenden Utopisten hinweisen (die belgische Senatskommission für Auswärtige Angelegenheiten, Januar 1970: "Die Sorge um den Zustand im östlichen Mittelmeer sollte uns veranlassen, keinen Bruch mit Griechenland hervorzurufen"), treten die USA mitten in den Porzellanladen mit einer im Bulletin des amerikanischen Informationsdienstes im Mai 1970 veröffentlichten Erklärung eines Vertreters des State Department: "Die USA wünschen die Einrichtung einer repräsentativen Regierung in Griechenland." Die Abendzeitung "Estia" spricht sofort von "einer frechen Intervention in die inneren Angelegenheiten des Landes". "Nea Politeia" sagt: "Griechenland ist frei, unabhängig und stolz und legt Wert darauf, als gleichberechtigter Verbündeter behandelt zu werden."

Seine wiedergewonnene Freiheit nutzt Griechenland, indem es auch jene künstlichen Richtlinien von der Tafel wischt, die man wie unumstössliche Grössen vorzustellen beliebt. Es nimmt Wirtschaftsbeziehungen zu Albanien auf, vereinbart mit der Sowjetunion Vorzugszolltarife, lädt die ungarische Handelskammer zu Besprechungen ein, bittet den bulgarischen Botschafter, die

Ausweitung des gegenseitigen Handels ins Auge zu fassen, und in Ost-Berlin wird eine griechische Industrie- und Handelskammer eröffnet. Gleichzeitig geht die EWG auf Rhodesienkurs und spricht von "Einfrierung der Beziehungen zu Griechenland". Die entsprechenden Debatten entlockten dem belgischen Sozialisten Ernest Glinne die interessanten Bemerkungen: "Das Regime verletzt den Grundgedanken der Assoziierung mit der EWG, die nicht eine blosse wirtschaftliche Abmachung ist, sondern auch politische Ziele des Zusammenschlusses auf der Grundlage der demokratischen Freiheit verfolgt." Eben das argwöhnten wir schon immer: Die EWG ist in Wirklichkeit nichts anderes als ein politisches Instrument der Ein-Weltler.

Natürlich fehlt es nicht an Versuchen, die innerpolitische Situation des Landes aufzulockern. Aussenminister Pipinelis begibt sich aus "Gesundheitsgründen" drei lange Monate in die Schweiz und nimmt von dort aus Kontakte mit dem König und mit Exilpolitikern auf. Doch alle diese Bemühungen scheitern an den unmöglichen Forderungen: "Rückkehr zur Demokratie, Freilassung aller politischen Häftlinge, Wiederherstellung der Pressefreiheit, Durchführung freier Wahlen." Die im Westen gehegte Idee einer Rückkehr König Konstantins und die Bildung einer Uebergangsregierung unter Karamanlis geht an den inzwischen geschaffenen Wirklichkeiten vorbei. Die Folge dieser Vorgänge ist, dass in Griechenland selbst eine Clique alter Monarchisten anfällig wird für oppositionelle Gedanken. Andererseits bemühte sich der Generalsekretär der französischen Radikalen Partei, Jean-Jacques Servan-Schreiber, um einen Ausweg. Es gelang ihm, von der griechischen Regierung den internierten oppositionellen Politiker und Komponisten Theodorakis zum Zwecke der besseren Ausheilung eines Tuberkuloseleidens in den Westen zu fliegen. Servan-Schreiber berichtet, er habe sich während des Fluges mit Theodorakis unterhalten und dieser wünsche, "dass die europäische Solidarität für Griechenland vollständig sei, DAMIT DIESES NICHT AUS EUROPA HINAUSGEJAGT WIRD". Die Anhänger der Grossen Rebellion sind so von sich eingenommen, dass sie es gar nicht bemerken, wie sie selbst es sind, die längst von EUROPA ausgestossen wurden, dass EUROPA nur noch – oder schon wieder – dort lebt, wo jenes Prinzip gilt, welches diesen Kontinent von allen Anfängen an von den Barbaren unterschied, das völkische. Im März 1970 erklärt Ministerpräsident Papadopoulos angesichts solcher Aeusserungen: "Alle Griechen müssen sich darüber klar werden, dass es kein Zurück zu den Tagen vor der Machtübernahme durch das Militärregime im April 1967 geben kann. Die Revolution wird zu Ende geführt. Eines Tages, wenn das Regime sein Ziel erreicht hat, wird sich Griechenland auch wieder den Luxus politischer Auseinandersetzungen oder Wahlen leisten. Ein Missbrauch der Demokratie aber, wie vordem, wird nicht mehr geduldet werden."

---

*355 – Zu diesem Wechsel ein hier fälliges Wort: Es gibt Personen im deutschen nationalen Lager, die den Wahlausgang vom September 1969 bedauern. Wie die Persilerklärungen Kiesingers und Haases vor den Wahlen ("Die NPD ist keine nazistische Partei") und die kongruente Allianz dann der SPD mit der FDP zeigen, wäre es zu einer Regierungsbeteiligung der einzigen nationalen Partei gekommen, diese also für den weiteren Verlauf der deutschen Geschichte

mitverantwortlich gemacht worden, ohne ihn aber wesentlich mitbestimmen zu können. Denn ein solcher, und das ergab sich sehr deutlich aus den Wochen der Tschechenkrise 1968 (vgl. R 478) war mit der konkreten Gefahr eines osteuropäischen Krieges verbunden, eines Krieges auf Grund einer amerikanischen Aussenpolitik auf deutschem Boden und bei militärversorgungsmässiger Abhängigkeit von den USA, eines Krieges also, der niemals hätte gewonnen werden sollen, ähnlich den grausigen Vorgängen in Vietnam. Heute aber besteht eine ausserparlamentarische harte und unbeugsame Opposition gegen die nationale Würdelosigkeit und soziale Ungerechtigkeit der derzeitigen Regierung, die weit, weit über den Prozentsatz hinausgeht, den die NPD im September 1969 vorweisen konnte. Und es ist eine oppositionelle Haltung, die nicht in parlamentarischen Gleisen abgebogen oder abgenutzt werden kann.

Die hier gezeichnete Gefahr (nämlich einer Regierungsbeteiligung der NPD) wog um so schwerer, als die nationale Opposition wohl sehr deutlich sagte, gegen was und gegen wen sie sich wendet, aber nur in Ansätzen ein positives Programm vorzuweisen hatte. Wir müssen nach einem Vierteljahrhundert führerlosem Aufbegehren, welches sich in erster Linie an den tausendfachen schweren Ungerechtigkeiten und Verbrechen der Sieger und ihrer Helfershelfer entzündete, feststellen, dass erhebliche Bildungslücken bestehen, dass vielfach unter Verzicht auf ein ernstes Erarbeiten der Realitäten im luftleeren Raum gephrast wurde. Nur aber mit Gefühlen kommt man schwer voran in einer Welt, in welcher der Gegner die letzten technischen Errungenschaften meisterhaft anzuwenden weiss. Es gibt heute nationale und soziale Anliegen des deutschen Volkes, die von der derzeitigen Regierung genauso wie von allen ihren Vorgängern seit 1945 mit Füssen getreten werden. Es gibt also ein klares Kampfziel. Es kann nur erreicht werden, wenn sich eine ihm verschworene Kampftruppe bildet, die auf allen heutigen Lebensgebieten schlagkräftig den Machenschaften des Gegners entgegenzutreten weiss. Die Parole heisst ANGRIFF, und das Kampffeld ist vom Gegner selbst so weit gesteckt, dass jeder heute tausendfache Möglichkeit hat, ihn vorzutragen. Vergessen wir dabei nicht, was schon ein Dr. Goebbels einst in seinem "Angriff" schrieb: "Die zunehmenden Krisen im wirtschaftlichen und politischen Leben werden sich zu spontanen Katastrophen verdichten. Und sie erfordern von uns Klarheit im Ziel, Geradheit in der Taktik und Unbeugsamkeit in der Methode."

*356 – Vgl. dazu die Darstellung "Ein Prozess um Bildfälschungen" in "Nation Europa" Mai 1970, S. 44 ff. mit dem Urteil des Oberlandesgerichts im Wortlaut.

*356a – Dass man in Argentinien keine ähnlichen Erziehungsmassnahmen nach der Machtübernahme durch Onganía erlebte, erweckte den ersten Argwohn bei denen, die mit dieser Revolution eine wirkliche Erneuerung der Demokratie in Argentinien erhofften. Die dann erfolgende Säuberung des höchsten Offizierskorps von nationalen Persönlichkeiten und die Einsetzung Levingstons durch den General Lanusse bestätigte, dass man keineswegs "Militärregierung" und Militärregierung gleichsetzen darf.

*

ZYPERN

Die vielleicht am Ende am wenigsten schmerzliche Lösung für diese Insel wäre wohl ENOSIS gewesen, das heisst, Anschluss an Griechenland. Die türkische Minderheit hätte dann zum Teil das gleiche Schicksal erlitten, welches die Türkei den Griechen in Kleinasien zuteil werden liess. Aber es wäre Ruhe auf der Insel eingetreten. So aber haben wir heute nach jahrzehntelangem Bürgerkrieg türkische Enklaven im griechischen Siedlungsgebiet, und beide Teile stehen sich Gewehr bei Fuss gegenüber. Die Nationalgarde des Makarios bildete sich zur regelrechten Inselarmee mit rein griechischem Offizierskorps aus, und in den Enklaven ist eine ebenso aufgebaute Enklavenarmee mit ihren eigenen türkischen Rängen entstanden. Dem entsprechen die folgenden politischen Strömungen: Da ist zunächst das nationalbewusste Griechentum, organisiert in der "rechtsradikalen" Untergrundbewegung der "Nationalen Front". Sie fordert eine "von unten herbeizuführende völlige Hellenisierung der Insel". Da ist sodann Erzbischof Makarios, der immer noch auf ein Zusammenleben beider Bevölkerungsteile hofft und dazu die Unterstützung des Präsidenten des Abgeordnetenhauses Klerides hat, der noch einen Schritt weiter geht und an die Stelle der bisherigen beiden Nationalitäten ein zypriotisches Nationalbewusstsein setzen möchte. Als einzige Gefolgsleute aber hat er das arrivierte Bürgertum, welches massgeblicher Nutzniesser des Wirtschaftsaufschwungs im griechischen Teil der Insel ist und engste Verbindungen mit englischen Importfirmen und Industrien einging. Denn die griechischen Städte der Insel ähneln heute westeuropäischen Metropolen, während die türkischen Enklaven eher dem Balkan von gestern gleichen. Pulsierendes Leben in den griechischen Stadtvierteln, Verödung in den türkischen. Die Gewichtigkeit des griechischen englandfreundlichen Bürgertums im innerpolitischen Spiel erlaubt es der "NZZ" frohgemut zu sagen: "Griechisch-Zypern hat den Anschluss an aufgelockerte innenpolitische Strukturen entwickelter Gesellschaften gefunden." Wir wissen, was wir unter "entwickelten Gesellschaften" leider zu verstehen haben.

Das verschiedenartige äussere Bild der Wohn- und Lebensverhältnisse in den beiden ethnischen Siedlungsgebieten ist Ausdruck einer tiefen Kluft, die niemand von allen denen sehen wollte, die das Zusammenleben auf der gleichen Insel befürworteten. Die Türkei versucht, mit einer jährlichen Entwicklungshilfe von 6 bis 7 Millionen Pfund eine Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse ihrer Landsleute herbeizuführen, doch sind sichtbare Resultate bislang ausgeblieben. Der Aussenhandel der Enklaven soll durch eine eigens zu gründende Ex- und Importgesellschaft in Richtung Ankara gelenkt werden.

"Nur durch Sozialisierung" können diese Verhältnisse nach Meinung der türkischzypriotischen "Avantgarde" geändert werden. Diese Anhänger marxistischer Gedankengänge meinen also, die von den Bürgern nach Freimaurerrezept zu formende zypriotische Nationalität und damit Beseitigung der bisherigen Fronten auf dem anderen Wege der Schaffung eines kommunistischen Zypern verwirklichen zu können. Der eindeutige kommunistische Erfolg bei den Wahlen im Juli 1970 (mit mehr als 40 Prozent der Stimmen für deren AKEL-Partei) drängt dabei nicht nur innerpolitisch zu einer solchen Realisierung, sondern ist auch für die weitere Umgebung im östlichen Mittelmeer interessant.

Die offiziellen Verhandlungen stehen derzeit still vor der Forderung der Inseltürken auf autonome Verwaltung ihrer Enklaven, eigene Gerichtsbarkeit und Polizei innerhalb derselben und festgelegte Kontingente im Gesamtparlament der Insel. Makarios bezeichnet diese Forderungen jedoch als "völ-

lig unannehmbar für die griechische Seite" (in "Akropolis", Athen, Februar 1970). Ralph Bunche, U Thants schwarzer Stellvertreter, besuchte die Insel im August 1969 und bat beide Seiten sehr, doch nicht die Verhandlungen zum Stocken kommen zu lassen. So redet man, wenn man sich trifft, ergebnislos weiter und sieht hilflos zu, wie sich die "unvernünftigen" Kräfte rechts und links stärken. Die Idee, wonach ein zypriotischer Einheitsstaat unter Aufhebung der völkischen Gegensätze entstehen soll, der sich nach "Menschenrechten" richtet (Anfang 1968 U Thant übergebener Vorschlag) ist hier ebensowenig realisierbar wie andernorts, wo Utopia das Ziel ist.

*

DIE TUERKEI

Im März 1970 traf in Djidda zum Islam-Gipfeltreffen auch der türkische Staatssekretär Orha Eralp ein. Dieses Ereignis zeigt mehr als alles andere, welche Wendung die Dinge in der Türkei genommen haben. Vor einem halben Jahrhundert war dieses Djidda noch türkisch. Dann brach der religiöse Staat des Kalifen im konzertierten Vorgehen der Welt der Freimaurerei zusammen und Kemal Pascha, Atatürk, schuf die "moderne", säkulare Türkei. Nachdem schon ganz in seinem Sinne mit den Armeniern verfahren worden war (vgl. R 451), wurden die Griechen im Lande niedergemetzelt oder über die Grenzen nach Mazedonien gejagt (wo sie dann von den Bulgaren im II. Weltkrieg liquidiert wurden). Doch man konnte auch in der Türkei nicht die Religion ausrotten. Man konnte nach der Hinrichtung Menderes durch den Staatsstreich des Generals Guersel noch einmal die freimaurerischen Ziele der Jungtürken etablieren, doch dann trat die von dem gleichen Guersel verbotene Demokratische Partei unter dem Namen Gerechtigkeitspartei ihren unaufhaltbaren Siegeslauf an. Die kemalistische Einheit von Staat, Partei und Armee ist seitdem endgültig zerschlagen.

Die Folge aber ist, dass der Staat am Scheideweg steht: Soll jene Einheit von Religion und Staat, die die Türkei einst geschaffen und Jahrhunderte hindurch erhalten hat, die noch heute in der Weite des Landes, von der religiösen Hochburg Konya bis in die landwirtschaftlichen Ostteile hin weiterlebt, neu geformt werden, oder soll das Land ephemeren Ideologien untertan werden?

Im November 1969 sagte Ministerpräsident Demirel vor einer Volksversammlung in Trapezunt: "Der türkische Staat ist sozial, nicht sozialistisch. Dieser Staat bekennt sich zu den Grundsätzen der sozialen Gerechtigkeit und der Menschenrechte. Die Verfassung legt darüber hinaus fest, dass die Methode, das Wirtschafts- und Sozialleben zu organisieren, demokratisch ist. Meinungsverschiedenheiten über diesen Punkt ergeben sich zumeist aus der falschen Interpretation eines sozialen Staates, die diesen zum Werkzeug ihrer besonderen Ideologie machen möchten. Die Philosophie vom "sozialen" Staat wird von jenen ausgebeutet, die die Umformung der Republik in einen sozialistischen Staat wünschen. Sie versuchen zu zeigen, dass soziale Gerechtigkeit

eine Pflicht des Staates sei und dass deswegen alle Unterschiede von Einkommen und Wohlstand beseitigt werden müssen... Meine Partei kämpft gegen Armut und Unwissenheit, und dieser Kampf darf das Land nicht in einen Klassenkampf bringen, der nur wieder neue Schmerzen verursachen würde." Demirel weigert sich auch, eine "Landreform" vorzunehmen. Er wünscht vielmehr eine "landwirtschaftliche Revolution". Das heisst, er wendet sich nicht an die Grossgrundbesitzer, sondern direkt an die bisher nie angesprochenen Bauern. Diesen sorgt er die notwendigen technischen Mittel und das notwendige Wissen zu besserer Rendite zu verschaffen.

So steht die Regierung nicht in harter Ablehnung dem Islam gegenüber, wie es die in die Opposition gedrängten Volksrepublikaner tun, und wie es in Strassenschlachten die Gruppen der Linksopposition manifestieren. Von diesen werden natürlich alle religiösen Vereinigungen wie etwa die starke "Gesellschaft zur Bekämpfung des Kommunismus" als "faschistisch" mit Pistole und Messer bekämpft, und man schreit in der gesamten Weltpresse vorsorglich mit von "faschistischen Methoden", wenn als Antwort darauf Buchhandlungen mit zersetzender Literatur in Schutt und Asche gelegt werden. Man meint, derartige Vorgänge auf den Nenner "Reformismus gegen Restauration" bringen zu können, der in den ersten Jahren kemalistischer Politik postuliert wurde, und übersieht, dass man damit nicht den in die Zukunft weisenden Kräften des Islams Rechnung trägt. In der demokratischen Welt draussen befürchtet man das Auseinanderbrechen des Staates in Rechts- und Links-"Extremismus", denn man kann nicht über den eigenen Schatten springen und muss dann, wenn Politik charakteristische Elemente annimmt, gleich von "Extremismus" sprechen.

Der Militärputsch von 1960 beseitigte auch nicht wieder die seit 1950 bestehende Einrichtung eines Departements für religiöse Angelegenheiten, welches dem Ministerpräsidenten direkt untersteht. Nach den damals erlassenen Richtlinien soll in jedem Kreis ein Mufti und ein Lehrer vorhanden sein. In vielen Kreisen wird diese Zahl natürlich weit übertroffen – Istambul hat zB 30 Khatibs (Koranschulen). Es gibt 63 000 Moscheen in der Türkei, die eine jede ihren Mufti und ihren Khatib hat. Die Türkei unterhält von Staats wegen darüber hinaus Institute für die Ausbildung der Koranlehrer, sowie ein Institut für Höhere Studien. Daneben zählt die Türkei 10 830 private charitative religiöse Organisationen.

Mit starker Unterstützung durch die USA ist der Industrialisierungsprozess weiter vorangetrieben worden. Mehr als 60 Prozent der industriellen Produktion stammen jedoch aus Staatsbetrieben. Damit wird der Staat auch zum vorrangigen Arbeitgeber für die Massen, die vom Lande in die Städte drängen. Folge dieser beispiellosen Landflucht ist die Bildung von Elendsvierteln (Gecekondus) am Rande der grossen Städte. 65 Prozent der Bevölkerung von Ankara und 40 Prozent jener von Istambul leben in derartigen Slums! Noch konnte die marxistische Ideologie unter diesen Armen kaum Fuss fassen, denn sie bringen in dieser Generation noch ihren Glauben mit, in dem sie der Mufti erzogen. Doch kann man bereits erkennen, wohin der Weg geht, wenn einerseits ein Demirel (dem man "freimaurerische Tendenzen" vorwirft) nicht den Weg frei macht für eine Erhaltung des Islams, und wenn andererseits amerikanische Provokationen wie die Flottenbesuche im Schwarzen Meer das demagogische Klima schaffen, in welchem die Kommunisten vom "vorrevolutionären Zustand" sprechen können. Dass Demirels Spielraum zwischen diesen beiden Lagern nicht frei ist von jenen Problemen, die der Kapitalismus erst schafft zeigt die Mitteilung, wonach das bei der Organisation für Wirtschaftszusammenarbeit und Entwicklung (OECD) bestehende Hilfskonsortium für die Türkei im Dezember 1969 "zur Kenntnis nahm, dass die türkische Regierung im Par-

lament eine ansehnliche Steuererhöhung für 1970 vorzuschlagen beabsichtigt. Man war sich über die Bedeutung einig, die dieser Steuererhöhung im Rahmen der Erhaltung der wirtschaftlichen Stabilität des Landes zukommt." Die Voraussicht dieser Kreise geht auch hier nicht über den engen Horizont des Bankiers hinaus. Die Türkei wird sich daran ebensowenig halten wie irgendein anderes selbstbewusstes Volk auf der Welt.

*

DAENEMARK

Wollen wir noch einmal dem Leser ins Gedächtnis zurückrufen, dass die bemerkenswerteste Tatsache in unserer auf das Geld ausgerichteten Zeit die Schaffung des Buchgeldes ist. 95 Prozent alles in Umlauf befindlichen Geldes ist Buchgeld, ist künstlich von den Internationalen Banken geschaffen worden. Dieses Buchgeld ist die Grundlage überhaupt für die Möglichkeiten des organisierten Satanismus in unserer Welt. Diese Geldschöpfung, ermöglicht durch die Federal Reserve Act und durch die Weltbank, gibt dem Weltbund der Freimaurerei erst die Mittel in die Hand, seine Macht immer weiter auszubauen. Während alle realen Werte, Hand- und Geistesarbeit, Rohstoffe, Industrieprodukte, Nahrungsmittel laufend ganz erhebliche Devaluationen durchmachen, steigt das künstliche Papiergeld in Umfang und Bewertung in den Händen der Mc Namara und Rothschild ins Gigantische. Diese von Menschenhand errichteten Zustände bestimmen den Gang der Ereignisse. "Die Wucherprivilege", schreibt der Ingenieur Willy Gatter (*357), "haben in den drei Jahrhunderten ihres Wirkens den Arbeitsertrag der Völker so geschmälert, dass neben der schimmernden Machtkonzentration des Wuchers, Wert und Ehre der Arbeit allen Glanz verlor. In der BRD, in der 70 Prozent des Reichtums an Produktionsmitteln einer Minderheit von 4 Prozent der Bevölkerung gehören, ist das Fortschreiten dieser Konzentration zu erkennen im

WIRTSCHAFTSKREISLAUF der BRD 1966 (in Md. DM)

Sozialprodukt aus Warenerzeugung		entspricht	Warenverbrauch aus Volkseinkommen	
480		Brutto-Sozialprodukt		480
120		Steuern der Oeff. Hand		120
360		Netto-Sozialprodukt		360
240	66%	"Nat. Arbeitsertrag" von	Konsum	220
	96%	der Bevölkerung	Investitionen	20
120	33%	Kap. Gewinne von	Luxuskonsum	25
	4%	der Bevölkerung aus	Investitionen	60
		Zinsen, Dividenden, Spekulation	Exportüberschüsse	10
		und Patentausbeutung	Kreditanbot	25

Durch das bei Festwährung nicht rückzahlbare Kreditanbot wird das Wucherkapital bis an die Verschuldungsgrenze des vierfachen "Nat. Arbeitsertrags"

von 1000 Md. DM aufgebaut, dessen Verzinsung das Volk in den Warenpreisen bezahlen muss. In den dann unumgänglichen periodischen Zwangsentschuldungen werden die Betriebe über Konkurse entschuldet, in Arbeitslosigkeit gestürzt und schliesslich mit den riesigen Investitionen in anonyme Finanzindustrien umgewandelt. Durch die geistvolle Geld- und Schuldenentwertung der "Permanenten Inflation" werden heute diese Wirtschaftsstörungen verschleiert.
So hat die Bundesbank 1966 eine derartige Entschuldungskrise durch Halbierung des Banknotenumlaufs über die Mindestreserven eingeleitet. Als 1968 die Aufwertungsgerüchte 20 Md. Spekulationsgelder in die BRD lockten und die Arbeiter an der überschäumenden Konjunktur mit schwarzen Streiks ihren Anteil forderten, wurden mit Diskonterhöhungen von 3 auf 7,5 Prozent diese Forderungen abgewehrt, mit der gleichzeitigen Steigerung der Wuchergewinne aber auch diese verbrecherische Wirtschaftssteuerung blossgestellt. Der marxistische Wirtschaftsminister musste diese Verdoppelung des Kreditanbots ins Ausland ableiten, wobei die rückströmende DM, durch Verdoppelung der Exportüberschüsse, die Aufwertung erzwang. Diese zweigleisige Steuerung von "Regierungen ohne Währungshoheit" und "Unabhängigen Nationalbanken" offenbart die Lächerlichkeit dieses Herumdokterns an den Wucherfolgen."

Da die "Käuflichkeit des Geistes" eine weitere jahrtausendealte Erfahrung der Menschheit ist, wird die Weltregierung zum raffinierten Mäzen, der bestimmt, was zu erforschen und was zu lehren ist. Mit der Zerstörung der heutigen Geldwirtschaft, der strengen Nationalisierung des Geldwesens, Abschaffung des Wuchers, Beseitigung der internationalen Interdependenz auf geldlichem Gebiet wird daher die Menschheit erst die bekannten Silberstreifen am Horizont erleben können.

Das kleine Dänemark ist darum heute nicht etwa wegen seines Gebietsumfangs oder seiner Bevölkerungszahl ein abhängiges Land, sondern deswegen, weil es keine souveräne Währung besitzt. Als 1969 die dänischen Währungsreserven weiterhin schrumpften, da stöhnt man: "Die Liquiditätsversteifung auf den ausländischen Geld- und Kapitalmärkten hat die Aufnahme dänischer Anleihen im Ausland verzögert."("NZZ") Die Situation wird so ernst, dass man zu "Massnahmen der Verbrauchsbekämpfung" übergehen muss. Konsumwaren werden künstlich verteuert, damit nicht zu viel gekauft wird. Man sieht, was hinter der Freimaurervokabel vom "Wohlfahrtsstaat" steht.

Doch, damit darüber nicht allzuviel nachgedacht wird, veranstaltet man im Oktober 1969 ein "Festival der Pornographie" in Kopenhagen. Pornographische Erzeugnisse unterliegen seit 1. Juli 1969 in Dänemark keinerlei Zensur oder Verkaufsbeschränkung mehr. Pornographische Produkte für "rückständige" Länder werden in Dänemark gedruckt und im Rahmen der freimaurerischen Zersetzungskampagne in andere europäische und aussereuropäische Länder geschmuggelt. Vielleicht betäuben einige Herren im Königreich Dänemark ihr Gewissen damit, dass die "Synagoge des Teufels" ja doch niemals gesiegt habe. Aber man vergisst dabei doch wohl offensichtlich, dass das Unheil, welches sie gerade in unserer Zeit mit Hekatomben von Leichen anrichtet, um so grösser ist, je weniger ihr Unwesen eingedämmt wird. Sicher, die Rache ist Sein, doch der Kampf ist unser. Vergebens erhofft der "Osservatore Romano" als Antwort auf das genannte Festival eine "sehr ernste Reaktion der öffentlichen Meinung Dänemarks", solange millionenfach vermehrtes Buchgeld in Kopie mephistophelischer Praktiken jeden Widerstand sofort aufkauft.

*357 – Ing. Willy Gatter, 7312 Kirchheim a.d. Teck, Hans-Thoma-Weg 31, in seiner sehr wertvollen Schrift "Weder Kapitalismus noch Kommunismus".

*

ISLAND

Die Wirtschaft des Landes ist im wesentlichen auf dem Fischfang aufgebaut. Bringt der Fischfang hohe Gewinne, wie dieses von 1962 bis 1966 der Fall war, so schwimmt das Land in Devisen, es wird importiert, es wird alles teurer. Kommt dann eine Absatz- oder Preiskrisis für den Heringsabsatz, dann sind soziale Unruhen die erste Folge. Die lange Reihe der Streiks in den letzten Jahren stellt dieses unter Beweis. Island bemüht sich daher um eine Ausweitung seiner Lebensbasis. Auf dem Gebiet der Landwirtschaft ist mit den Treibhäusern, die vulkanisch geheizt werden, bereits das äusserste getan worden. Möglichkeiten aber ergeben sich auf dem industriellen Gebiet. Hier ist vor allem ein Aluminiumwerk mit einer Jahresleistung von 75 000 Tonnen ab 1972 zu erwähnen, welches elektrisch mit "weisser Kohle" versorgt wird. Ein weiterer Ausbau der Industrie ist jedoch notwendig. Da andererseits festere wirtschaftliche Bindungen zu den Hauptabnehmerländern im europäischen Bereich erwünscht waren, kombinierte Island geschickt den im März 1970 erfolgten Beitritt zur Freihandelszone der EFTA (Norwegen, Schweden, Dänemark, Grossbritannien, Schweiz, Oesterreich, Portugal, assoziiert: Finnland) mit einem zugesicherten Zollschutz für die aufzubauende Industrie. Die nordischen EFTA-Staaten erklärten sich darüber hinaus dazu bereit, einen Kapitalfonds zu bilden, der die Entwicklung der isländischen Industrie erleichtern soll. Erste Folge allerdings dieser Integration war am gleichen 1. März 1970 die Heraufsetzung der Umsatzsteuer auf Island von 7,5 auf 10 Prozent, "um die Einnahmeausfälle des Staates durch die verringerten Zollabgaben auf Importe aus den EFTA-Staaten auszugleichen".

Die Aufnahme Islands als achtem Staat in die EFTA fiel zusammen mit den Bemühungen verschiedener Mitglieder dieses Verbandes, in die EWG aufgenommen zu werden, das heisst mit Bestrebungen, die leicht das Gespräch auf ein Ende der EFTA überhaupt bringen konnten. Andererseits taten sich die nordischen Staaten im Februar 1970 in Reykjavik zusammen, um die Möglichkeit eines noch engeren Zusammenschlusses zu besprechen, der einer Auflösungstendenz der EFTA entgegen die "Bildung einer Grossmacht" im Norden vorsah.

*

NORWEGEN

Das norwegische Klima findet sich zusammengefasst in der Thronrede König Olavs V. vom Oktober 1969. Da wird zunächst das erneut verpflichtende Bekenntnis zur NATO als einzig möglicher Alternative zur Verteidigung des Landes genannt. Da war dann auf wirtschaftlichem Gebiet der Wunsch, das morsche Gebäude der europäischen Integration zu stützen, und da war vor allem innenpolitisch der Kampf gegen die, an die Wurzeln des völkischen Bestandes rührende Rauschgiftsucht, wie der Zwang zur Verhinderung der Gewässerverschmutzung, die ein derart in die Verkommenheit gelenktes Volk achtlos geschehen lässt.

Die laufend von der Internationalen weitergetriebene Umstrukturierung der Besitzverhältnisse erschöpft sich auch in Norwegen nicht in der Anleihenverteilung, sondern beginnt auch hier bei der Besteuerung. Eine umfassende Steuerreform löst Ende 1970 die bisherige Umsatzsteuer durch die Mehrwertsteuer ab. Mit dem Ziel, persönliche Unabhängigkeit auf allen Ebenen zu verhindern, mit der Erkenntnis, dass beim einfachen Mann solche Gefahr auch dann noch nicht besteht, wenn man ihm die Möglichkeit des Sparens gibt, dass aber das Unternehmertum doch nicht so vollständig von Freimaurerklubs und Parallelorganisationen absorbiert ist, um die Verwendung von Kapitalien für völkische und religiöse Zwecke zu verhindern, legt man den Schwerpunkt nunmehr auf die Unternehmerbesteuerung und den Kapitalmarkt. Eine Preissteigerung von etwa 6 Prozent wird als Folge dieses Vorgehens vorausgesehen und damit die vorsorgliche Hortung nichtverderblicher Konsumwaren, bevor diese eintritt. Natürlich wird der Verkauf von Zeitungen, Büchern und "gewissen" Zeitschriften steuerlich begünstigt werden, denn man ist sich der Hilfe dieser Arme des Establishments bei der vorangehenden Entwicklung des Landes bewusst.

Wieder einmal steht ein Land vor uns, das die Lösung seiner Probleme in der Verteilung des Geldes sieht. "Ist überhaupt noch Zeit, den Verantwortlichen für die allgemeine Orientierung unserer Produktionszivilisation, dieser Expansion um der Expansion willen, dieses Einsatzes des Geldes als allmächtigstem Hebel und oberstem Objekt ein Halt zuzurufen?" fragt Maurice Lambilliotte (*358). Und Henri Hartung, um eine andere Stimme in der materialistischen Wüstenei der Freimaurerei zu zitieren (*359), stellt mutig klar: "In allen unseren Wirtschaftssystemen wird der Mensch nicht mehr als solcher respektiert, sondern nach dem, wie er handelt, wie er organisiert, wie er anschafft." Die Sendung des Menschen ist doch, sagt Hartung, letzten Endes, a l l e seine Fähigkeiten zu entwickeln, nicht alleine die des Schaffens, sondern auch die, die er als Träger der Wahrheit und der Liebe besitzt.

---

*358 - in der Zeitschrift "synthèses", März 1970, in dem Aufsatz "L'échec d'une civilisation qui détruit la nature et méprise l'homme" (Der Zusammenbruch einer Zivilisation, die die Natur zerstört und den Menschen missachtet).

*359 - Henri Hartung, "Ces Princes du Management", Vorwort von Henri Guillemin, Editions Fayard, Paris 1970.

*

SCHWEDEN

Wir erinnern uns noch der "interessanten Vokabel", um welche die politische Welt mit der Erfindung der "SCHWEDISCHEN NEUTRALITAET" bereichert wurde (vgl. R 459). Dieses Prachtexemplar politischer Falschmünzerei hat inzwischen weitere beachtenswerte Realisationen erfahren.

Lassen wir zunächst einen Schweden selbst zu Worte kommen, nämlich den für wahre Menschlichkeit sich so hoch verdient gemachten Biafraflieger von Rosen. "Sobald Schweden erwähnt wurde", sagt die "NZZ" von einer Pressekonferenz mit ihm, "brach bittere Verachtung durch." Er beschuldigt unverhüllt die Regierung seines Landes, dass sie sich dem Leid in Biafra verschliesst. Von Rosen hatte ausführliche Unterredungen mit Ministerpräsident Erlander und mit Aussenminister Nilsson. Er schilderte ihnen ausführlich den vollen Umfang der Tragödie. Diese nahmen also das Verbrechen, an welchem sie sich beteiligten, zur Kenntnis. Sie verwiesen aber von Rosen an untere Beamte im Aussenministerium, "bis das ganze Verfahren zeigte, dass MAN DIE WAHRHEIT EINFACH NICHT WISSEN WOLLTE !". Von Rosen stiess deutlich gegen die unsichtbare Mauer der Weltfreimaurerei, ohne sich dieses Hintergrundes bewusst zu werden.

Doch Schweden lässt es nicht beim Unterlassen selbstverständlichster Menschlichkeit bewenden. Es beteiligt sich sehr aktiv an der Ausführung der abscheulichsten Verbrechen. Denn die Unterstützung von Rebellen gegen die bestehende Ordnung in den portugiesischen Ueberseeprovinzen durch Erteilung der Ausbildung, Lieferung von Geld und Waffen, erfüllt bereits den strafrechtlichen Begriff der Mittäterschaft. Die portugiesische Regierung, Mitglied der gemeinsamen EFTA, sah sich gezwungen, in einer scharfen diplomatischen Note am 14. Oktober 1969 gegen diese Haltung zu protestieren, "die die legitimsten Empfindungen der portugiesischen Nation verletzt".

Ausdruck der gleichen "schwedischen Neutralität" war im Berichtsabschnitt dann weiter die Anerkennung Rot-Chinas und vor allem eine ausführliche Wirtschaftshilfe an Nordvietnam und an Kuba. Der Sprecher des USA-Aussenamts musste daraufhin am 13. Oktober 1969 warnend mitteilen, dass ein Gesetz es der amerikanischen Import-Export-Bank verbietet, einem Lande Kredite zu gewähren, dessen Regierung ein Land unterstützt, welches sich mit den USA im bewaffneten Konflikt befindet. Eine Anti-Nixon-Hysterie war die Folge im schwedischen Blätterwald.

Doch Schwedens "neutrale" Politiker haben natürlich noch andere Freunde. So schenkt man im April 1970 den UN 180 000 Dollar für die Unterhaltskosten der UN-Truppen auf Zypern. Die alte, im Katangablut geschweisste Liebe ist noch nicht gerostet.

Und man hat seine Feinde. Wie sich soeben erst zeigte, als der Lu-

therische Weltbund seine Vollversammlung nach Porto Alegre in Brasilien legen wollte, wohin die dortigen zumeist deutschstämmigen lutherischen Christen ihn eingeladen hatten. Da wandten sich die Schweden dagegen, denn "sie würden sich durch Annahme einer solchen Einladung mit dem dortigen Regime identifizieren".

Diese hässlichen Scherben, mit denen Schweden in der Welt um sich wirft, sind dabei Teile einer Weltauffassung, die aus den örtlichen Verhältnissen geboren wurde. Schweden ist das minenreichste Land Europas. Es kennt innerhalb seiner Grenzen weder religiöse noch völkische Probleme, weder Minderheiten noch südländische Gastarbeiter, hat übergenug Raum in einem menschenarmen Lande, kann sich den Luxus ausschliesslich funktionalen Denkens erlauben, in welchem die Planung des Fortschritts obenan geschrieben steht, ohne dass bislang solche Planung zu einer fühlbaren Einschränkung der menschlichen Entwicklung zu führen brauchte. Wohl steigt die Steuerlast rapide an, wird aber von der homogenen Bevölkerung vorerst noch in einer gemeinsamen Leidenschaft für den zu erzielenden Zustand einer unbedingten "Gleichheit" ohne grosses Murren ertragen. Dieser Zustand wird eben mangels eigener nationaler Probleme völlig ahistorisch rein in Zahlen gesehen. Die Kosten des Lebens sind allein das, was zählt; einen weiteren Inhalt fühlt man nicht, weil selbst die so zahlreich ins Land kommenden finnländischen Gastarbeiter ihre Differenzierung zum Osten auf der Suche nach "Fortschritt" hinter sich gelassen haben. Diese unkomplizierten örtlichen Verhältnisse sind ihnen selbstverständliche Anschauungsform der Welt und des Lebens überhaupt. Nebenbuhler, Andersdenkende, Andersplanende kennt man nicht und würde sie, träten sie auf, auch aus dem inneren Zwang zum automatisierten Gleichschritt heraus nicht dulden. Man duldet sie ja sogar nicht einmal draussen in der übrigen Welt. Ein in vom Klima aufgezwungener strenger Tageseinteilung (vgl. R 457) lebendes Volk hat sein anfängliches unbefangenes Nichtwissen ersetzt durch einen mit kaltgebliebenem Gemüt betriebenen Planungseifer. Weltgeschichtliches eigenes Erlebnis ist den Schweden in einer Zeit eigentlich aufrüttelnder Vorgänge im Schosse anderer Völker allenfalls nur der Dienst unter den geistesverwandten Blauhelmen oder die profitable Beteiligung an übernationalen Wirtschaftsgiganten. Das dabei vergossene Blut wird jedoch überhaupt nicht zur Kenntnis genommen, versucht man doch garnicht erst (mit der hohen Ausnahme eines v. Rosen), die Erlebnisse etwa in Katanga oder in Gaza geistig zu bewältigen, fühlt daher auch garnicht die Tragik der Anderen, die eigentliche, notwendige Wildheit unserer Welt oder gar etwa das Herannahen von Zeitenwenden, von grossen Umstürzen, die vielen Orts versuchte Beseelung unserer technischen Welt. Mehr kühl als berauschend wird in den schwedischen Zeitungen von draussen berichtet, während die Selbstzufriedenheit dieser angewandten Aufklärung, dieser kompakten Rebellion gegen Gott und die Natur immer neue Schösslinge treibt, die allen denen, die verzweifelt um ihre Freiheit in einer mehr und mehr vergitterten Welt kämpfen als hässliche Stachelpflanzen erscheinen müssen. Die Ruhmestaten, die von der Beteiligung in Korea und in Katanga, auf den schwedischen Regimentsfahnen schön eingestickt, berichten, gelten in der Welt der Hinterbliebenen keineswegs als solche.

Gott Plan verlangt sehr drastische Massnahmen, um sich durchzusetzen. Da muss zunächst dem starken Devisenabfluss gesteuert werden. 2 Milliarden Schwedenkronen gingen innerhalb eines Jahres (1969) ausser Landes! Um dem abzuhelfen, wurde der Zinssatz auf 6 Prozent erhöht. Und es wurden sämtliche als nicht dringlich bezeichnete Neubauten mit einer Investitionssteuer von 25 Prozent belegt, um genügend Kräfte frei zu haben für einen weiteren Ausbau der Industrie. Denn diese kämpft nicht nur mit Arbeitermangel, son-

dern kann auch ohne weitere Investitionen nicht die hohen, vorliegenden Aufträge mehr befriedigen. Das aber ist notwendig, um Zahlungs- und Handelsbilanz wieder gesund zu machen. Solchem Ausbau der Industrie aber stehen massivste Lohnforderungen der Gewerkschaften gegenüber, die also die ohnehin hässliche Inflation weiter antreiben müssen. Um das zu verhindern, will man die Industriegewinne mit dem für Plangläubige typischen Allheilmittel einer neuen Steuer belegen und die Einnahmen aus dieser den Arbeitern zukommen lassen. Hinter diesen Wirbeln aber steht die deutliche politische Absicht, laufend weitere Umstrukturierungen im Vermögensstand zu erreichen und in dem derart undurchsichtig-unruhigen Wasser das OBEN besser in die Hand zu bekommen, als es ohnehin der Fall ist in diesem Lande, dessen "schwedischer Sozialismus" merkwürdigerweise bei allen Rosaroten in Europa als - Vorbild dient.

*

FINNLAND

Siebenhundert Jahre lang, also bis 1809, waren Schweden und Finnland vereint, Finnland eine schwedische Provinz. Noch heute ist Finnland zweisprachig. Der gesamte Adel, die alte gebildete Schicht und die Küstenbevölkerung sind schwedisch-germanischer Rasse. Im russisch-finnischen Winterkrieg 1939/40 war Schweden nicht etwa erklärt neutral, sondern "nichtkriegführend". Aus Schweden kam grosszügige materielle Unterstützung, und es konnten in Schweden 9000 Freiwillige rekrutiert werden, die sich an die Seite der Brüder in Finnland stellten. Der Marschall von Finnland, Baron Mannerheim, war Finnlandschwede. Diesem Volksteil und diesen Bindungen dankt es Finnland, dass es nicht wie die übrigen finnischen Völker im russischen Völkermeer ertrunken ist, sondern zu einem europäischen Staat wurde. Man tut gut, diesen Hintergrund der heutigen Fassade nicht zu vergessen. In Finnland fand Schweden seine bis heute letzte geschichtliche Aufgabe im Rahmen seiner grossen europäischen Vergangenheit.

Im Frieden von Hamina wurde Finnland dann 1809 russisch und es war Russlands Bemühen, dieses Grossfürstentum auch völkisch und sprachlich von Schweden zu trennen. So wurde Helsinki gebaut. Es lag Schweden ferner als der bisherige Mittelpunkt Turku. Und Zar Alexander I. "erhob das finnische Volk in den Kreis der Nationen". Zar Alexander II. aber gab Finnland dann sein Gesicht. Das finnische Geldwesen wurde vom russischen getrennt, ein eigenes finnisches Heer unter finnischen Offizieren aufgestellt, und die finnische Sprache setzte sich allmählich in der Schule und in der Verwaltung durch. Der Schüler Schinkels, der Berliner Carl Ludwig Engel, gab der neuen Hauptstadt ihr bis heute gültiges Antlitz mit seinen klassizistischen Bauten. Die 1828 von Turku nach Helsinki verlegte autonome Universität war Hochburg der von Herder geweckten nationalen Flut und wurde so auch 1917 zur Wiege des Unabhängigkeitswillens. Auch diese Hintergründe der heutigen Fassade sollte man nicht vergessen, wenn man an das Land denkt, in welchem der Gewitter-

gott Ukko noch heute in den Wolken thront.

Die derzeitige innerpolitische Krise Finnlands ist in gewisser Weise Spiegelbild der geschichtlichen Situation. Da erlitt die Linke, und vor allem deren extremer Flügel, in den Wahlen vom März 1970 schwere Verluste, und die Kleinbauernpartei Vennamos auf dem äussersten rechten Flügel rückte nach blendendem Wahlsieg mit acht Sitzen ins Parlament ein. Sämtliche Linksparteien verloren und sämtliche konservativen Parteien verzeichneten Gewinne. Moskau schaltete sich ein und wünschte in Missachtung des Wahlergebnisses die Aufrechterhaltung der bisherigen Regierung. Die Verhandlungen um eine neue Regierungsbildung zogen sich so lange hin, dass man zunächst einmal ein provisorisches Expertenkabinett formen musste, um das Vakuum auszufüllen. So, wie etwa in Argentinien das Militär mit Onganía die Dinge in die Hand nahm, als die politischen Parteien zu tief im Sumpf steckten (und man völlig irrigerweise darin einen Wechsel in der liberalen Grundhaltung der Regierung sehen wollte), so kam es auch hier bei diesem Vorgang lediglich auf die Erfüllung der technischen Notwendigkeiten in einem Zeitraum parteipolitischer Divergenzen an. Die Kommunisten sollen also auch teilhaben an der neuen Regierung. Doch sie weigern sich, mit Vennamo zusammen in die Regierung zu gehen, da dieser die Frage der von der Sowjetunion 1944 besetzten finnischen Gebiete auf die Tagesordnung setzen will. Vennamo fordert als Lösung erneute Wahlen, dem sich wiederum die Kommunisten widersetzen, da sie eine weitere Verschiebung nach "rechts" befürchten.

Inzwischen macht sich Finnland auf aussenpolitischem Gebiet zum Sprachrohr Moskaus, indem es eine europäische Sicherheitskonferenz fordert und ein entsprechendes Memorandum nicht nur allen europäischen Staaten sondern auch den USA und Kanada vorlegt. Kaum anderes enthält es, als was kurz vorher von Budapest aus im Namen der Warschaupakt-Staaten der Welt verkündet wurde. Gleichzeitig kauft Finnland dabei in Schweden Draken-Jagdflugzeuge und in Russland Mig-Jäger. Es antwortet so auf die faustdicken Warnungen der "Prawda", im Interesse der beiden beteiligten Völker nicht von der bisherigen neutralistischen Politik abzuweichen.

So ist man in Finnland, anders als in Schweden, dauernd gezwungen, standzuhalten, denn die fremden Fahnen hängen tief und rot im Gesichtskreis eines jeden. Vornehme und zuchtvolle Haltung verdeckt dabei die ernsten Empfindungen des Herzens. Während aus der ungebrochenen vollen Kraft seiner Seele dem Finnen das Bekenntnis eines nationalen Weltbewusstseins bisher keineswegs ausbrannte und er den Wettlauf mit jedem anderen Volk auf der ganzen runden Erde in der Verteidigung seiner Eigenart weiterhin leicht gewinnt, interessieren naturgemäss weniger jene erotischen Handgreiflichkeiten, die unserer Zeit, nicht zuletzt vom benachbarten Stockholm und Kopenhagen aus, ihr äusseres Gepräge aufdrücken möchten. Mit daraus erwachsender Sicherheit wird die Technik unserer Zeit beherrscht und eingebaut. Alles Nationale ist wechselweise aufeinander bezogen, wenn auch vieles nicht auf offener Bühne ausgetragen wird. Dem deutschen Volk wird so ein Beispiel zugespielt, welches es sich wohl zu Herzen nehmen sollte.

*

VIII. DIE SOWJETUNION UND IHR EUROPAEISCHER EINFLUSSBEREICH

DIE UNION DER SOZIALISTISCHEN SOWJETREPUBLIKEN

ist sicher alles andere als eine russische Schöpfung, mögen auch Millionen von Russen sie heute als die ihre betrachten. Als Präsident Taft sich weigerte, auf jüdischen Druck hin den (aus dem Jahre 1832 datierenden) Handelsvertrag mit dem zaristischen Russland zu kündigen, da konnte es sich Jakob Schiff am 15. Februar 1911 im Weissen Haus leisten, dem Präsidenten der Vereinigten Staaten die Hand zum Gruss zu verweigern! Der New-Yorker Vorstoss zur finanziellen Vernichtung des Zarenreiches war aber nicht der einzige. Nicht aus Spass hatte man auf der ganzen Welt das Geld in seine Hände gebracht. Besonders vom Boden des kaiserlichen Deutschland aus erfolgten Vorstösse, um die russische Währung in die Hand zu bekommen. Die Russische Bank war Eigentum der Romanows. Sie war mit ihren Tausenden von Filialen im ganzen weiten Land nicht nur Notenbank, sondern hauptsächlichstes Kreditinstitut für die wachsende russische Industrie und konnte "leider" nicht für politische Zwecke eingespannt werden. So ging man an die kleineren Privatbanken heran. Es war die Berliner Handelsgesellschaft, die unter Carl Fürstenberg (von Bleichröder und Komp.) sich mit der Petersburger Diskontbank fusionierte und versuchte, mit diesem Kapitalzuwachs einer dortigen Bank Einfluss auf die russische Wirtschaftsentwicklung zu erlangen. Der Petersburger Privatbankier Ginsburg, verwandt mit dem Hamburger Bankhaus M. M. Warburg, erhielt ebenfalls Unterstützung aus Deutschland. Ihm nach tat es Dimitri Rubinstein, ebenfalls in St. Petersburg (sein Sohn wurde bekanntlich später von Unbekannten in New York ermordet und der Rabbiner nannte die Tat selbstverständliche Folge seines Lebenswandels und Charakters), sowie Ignati Manus, von dem der französische Gesandte in Moskau während des I. Weltkrieges sagt: "Er ist es, der in ständigem Kontakt mit Berlin steht und durch ihn plant und betreibt Berlin seine Intrigen in der russischen Gesellschaft. Er verteilt deutsche Gelder." Andererseits arbeitete Putiloff, Eigentümer der privaten Russisch-Asiatischen Bank, eng zusammen mit der Banque de l'Union Parisienne, in welcher die Munitionsfirma Schneider starke Interessen hatte (die ihrerseits wieder verbunden war mit Vickers in London und mit der Berliner Handelsge-

sellschaft). 1913 noch war Russlands Rubelumlauf von 1 670 Millionen völlig goldgedeckt und der Rubel stand mit $\frac{1}{2}$ Dollar im Kurs.(*360). Die Weigerung der Romanows, den internationalen Banken mehr Gewinnmöglichkeiten in Russland zu geben, ist neben der antizaristischen Haltung des Judentums (vgl. R 462) daher Hauptgrund für die antirussische Stimmung die in Zeitungen und Zeitschriften ganz Westeuropas Anfang dieses Jahrhunderts gestartet wurde. Mit Hilfe Rasputins (*361) gelang es dann, 1914, den "Drei Grossen" (Putiloff, Bartolin und Yaroschinsky, vgl. dazu "American Mercury" aaO) die Kontrolle über die Privatbanken in Russland zu erlangen. Grossherzog Alexander sagt dazu: "Nach einer kurzen Periode schon ging das eigentliche russische Kapital über in die Hände dieser drei Individuen. Die Folgen kann man sich leicht ausdenken. Ein Fabrikbesitzer, der sich weigerte, seine Fabrik dem "Trust" zu verkaufen, lief Gefahr, dass ihm der Kredit gekürzt würde. Kommerzieller Wettbewerb war eine Sache der Vergangenheit. Die Arbeitslöhne schwankten, wurden abhängig von der Börse... Die radikalen Zeitungen, so unermüdlich in den Angriffen gegen die Regierung, bewahrten vollständiges Stillschweigen bezüglich dieses "Trusts". Das war auch selbstverständlich, wenn man bedenkt, dass Bartolin vier der wichtigsten Blätter in St. Petersburg und Moskau besass."(*362)

Der Sturz des Finanzministers Graf Kokotsov (seit 1904) und seine Ersetzung durch Peter Bark (1913) besiegelte dann das Schicksal Russlands. Sofort setzte nämlich unter diesem Günstling von Putiloff, Manus und Rubinstein eine scharf inflationäre Aufblähung des Geldumlaufs ein. In kaum drei Jahren war die Währung ohne Deckung und ruiniert. Eine der Schlüsselfiguren bei diesem Spiel war Leonid Krassin, Vertreter der Berliner Handelsgesellschaft und der AEG (Rathenau). Krassin wurde auf Putiloffs Wunsch hin Mitglied der Behörde für die Kriegsindustrie. Als die Bolschewisten Ende 1917 an die Macht kamen, wurde er Kommissar des Aeusseren und später Botschafter in London. Diese Bankiers unterstützten die revolutionäre Bewegung (Maxim Gorki, später Vizepräsident des Leningrader Sowjets, konnte so in St. Petersburg eine Tageszeitung und eine monatlich erscheinende Zeitung herausbringen, "unterstützt von Millionen von Rubeln, beigesteuert von den ausländischen Bankiers": "American Mercury" aaO). Um Russland trotz derartiger desaströser Finanzpolitik im Interesse der Alliierten noch einige Jahre am Leben zu erhalten, bemühte sich die Freimaurerei in Paris darum, möglichst viele russische Anleihen unterzubringen. Diwok sagt dazu (S. 126): "Was die Rolle der französischen Finanzen im Rahmen der französischen Diplomatie anlangt, so sei schon auf die bedeutenden französischen Käufe von Anleihen des zaristischen Russland vor 1914 verwiesen, die, obwohl vom kleinen französischen Wertpapierkäufer aufgenommen, ihren Sinn nicht zuletzt darin hatten, Russland möglichst lange als kriegführende Macht zu erhalten, was immerhin bis 1917 gelang."

Es war ein Spiel mit dem Feuer und ging entsprechend aus. Nur acht Monate hielt sich die Freimaurerei und das internationale Kapital an der Macht, dann wich man Lenin. Dokumente, die Wilsons Abgesandter Edgar G. Sisson in diesen Monaten in Moskau sammeln konnte, bewiesen, dass "Deutsche Banken Lenin und Trotzky als bezahlte Agenten unterstützt hatten, um dann später das neue Regime ausbeuten zu können. Es war ein fünfjähriges deutsch-österreichisches Monopol für die Finanzierung und Entwicklung der russischen Schwerindustrie vorgesehen. Privatbanken sollten in Russland nur mit Zustimmung deutscher und österreichischer Bankhäuser tätig werden können. Russland sollte ein Wirtschaftssatellit gewisser deutsch-österreichischer Bankiers werden." Es kam etwas anders. Die genannten russischen Privat-

bankleute waren froh, ihre heile Haut zu retten. Peter Bark wurde belohnt mit dem Posten eines Direktors der Anglo-International Bank in London.

Doch die Unterstützung Sowjetrusslands von seiten der internationalen Banken fand dennoch bis heute kein Ende. Nur kam es manchmal zu heftigen Kämpfen unter den Rivalen. Die Rohstoffe Russlands lockten, vor allem das Oel. Deterding wollte sich gerne mit den Bolschewisten arrangieren, doch die amerikanische Standard Oil torpedierte die Bemühungen der Shell mit der in der gesamten westlichen Presse veröffentlichten Behauptung, dass Deterding damit "die kleinen Besitzer" schädige und somit unmoralisch handle.(*363) "Der rote Handel lockt" bis heute immer wieder die westlichen Länder. Diese verhinderten so, dass eine der grausamsten Utopien der Menschheitsgeschichte längst zusammenbrach.

Während des II. Weltkrieges wurde Russland durch den New Deal eine direkte Hilfe von 11,2 Milliarden Dollar zuteil.(*363a) Mai 1945 wurden der Sowjetunion sogar die Münzplatten ausgehändigt, und bis es möglich wurde, diesen Landesverrat anzuhalten, wurde der dadurch den USA entstandene Schaden bereits auf 250 Millionen Dollar geschätzt.(*364) Unmittelbar nach dem II. Weltkrieg setzte dann die UNRRA mit ihren riesigen Hilfszahlungen ein. Ihr folgte das 4-Punkte-Programm Trumans, welches eine derartige massive Hilfe für die kommunistische Welt bedeutete, dass D.H. Connors im "Green Bay Register" (16.2.62) schreiben konnte: "Nationalisierung und Staatskapitalismus wurden in denjenigen Ländern ausgebaut, die unsere Gelder erhielten", und der bekannte Journalist Henry Hazlitt schrieb bereits am 9. Mai 1960 im "Newsweek": "Das ganze "Foreign-Aid-Program" (Auslandshilfsprogramm) ruht auf sozialistischen Forderungen... Heute machen wir Staatsplanung oder Sozialismus direkt zur Bedingung für die Hergabe unserer Gelder." Schon 1963 belief sich die Summe die die UdSSR (also ohne ihre Satelliten) in dieser Form erhalten hatte, auf 419 Millionen Dollar. (Wirklich kein Wunder, dass jetzt die ganze Welt diese Suppe auslöffeln muss, indem sie mit allen Mitteln den Tod des derart schwindsüchtig gewordenen Dollars zu verhindern sucht und also letzten Endes die Rechnung der Zionisten im Weissen Haus begleichen hilft.) Den Handel aber mit der Sowjetunion hat niemand anders in Händen als der uns in Südamerika reichlich bekannte Herr Rockefeller. In Zusammenarbeit mit Cyrus Eatons (der seit langem das persönliche Vertrauen der Grössen in Moskau hat) liefert er im Einvernehmen mit dem "Office of East-West-Trade" im State Department der Sowjetunion nicht nur ganze industrielle Anlagen, sondern vor allem auch technische Anleitungen, wie wir bereits im Kapitel "Ghana" bezüglich der Oelindustrie erwähnen mussten. Russland aber hat längst auch den Spiess umgedreht und sich im Westen selbst ins Bankgeschäft gestürzt. In London sitzt die Moscow Narodny Bank Ltd. und beabsichtigt, Niederlagen in Frankfurt und Wien zu errichten. Die Woschod-Handelsbank in Zürich und die Russisch-Iranische Bank in Teheran, die Banque de L'Europe du Nord in Paris und die bevorstehende Eröffnung eines Bankinstituts in Tokio zeigen, dass Russland sehr genau erkannt hat, was letzten Endes im Westen entscheidet: das Geld. – Doch das gilt nur für dort draussen.

Denn nach wie vor muss sich das tüchtige russische Volk und mit ihm die übrigen in der Sowjetunion zusammengeschlossenen Völker mit der jüdisch-inspirierten Idee einer Planwirtschaft abquälen. Da es deutschen Lesern unter der neuen sozialistischen Aegide als überholt hingestellt werden wird, was das bedeutet, möchten wir nur einige Vorgänge anführen, wie sie in sowjetischen Zeitungen letzter Zeit zur Sprache kamen (*365): Am 12. März 1969 hatte ein vor einem halben Jahr in Angarsk fertiggestelltes Werk zur Herstellung von Polystryrol noch nicht mit Arbeiten angefangen, weil bislang noch kein Rohstoff

eintraf. Die Arbeiter aber erscheinen seitdem in allen vier Schichten pünktlich "zur Arbeit" und stehen an den Maschinen ihre Stunden ab. Eine Strumpffabrik in Kokand steht still, weil sie kein elastisches Band erhält. Eine Schuhfabrik arbeitet nicht, weil sie kein Leder erhält. Eine Gasherdfabrik ruht, weil kein Blech zu bekommen ist. Bier-, Fruchtsaft- und Mineralwasserfabriken liegen oft monatelang still, weil keine Flaschen eintreffen. Möbelfabriken sind ohne Holz, Kleiderfabriken ohne Nähfaden, Zementfabriken ohne Kalkstein. Getreide kann nicht eingebracht werden, weil kein Benzin für die Traktoren vorhanden ist. Ein Kobaltkombinat wird ("Prawda", 25.4.69) 500 Kilometer von der nächsten Bahnlinie errichtet. Das gesamte Baumaterial und die Maschinen müssen auf Lkw herangeführt werden, und nach Fertigstellung des Werks muss die Kohle zur Stromerzeugung auf gleichem Wege herangebracht werden, sowie alles, was die Arbeiter benötigen, und die Erzeugnisse müssen in gleicher Form abtransportiert werden. Fleischfabriken bekommen Befehl, welches Fleisch sie zu verarbeiten haben, doch die zuständigen Kolchosen haben solches gar nicht. In Irkutsk wurden neue Wohnviertel für 5 000 bis 15 000 Einwohner fertiggestellt, aber man vergass die Lebensmittelgeschäfte. Ein Kolchosvorsitzender, "Held der Arbeit", errichtet eine Konservenfabrik für die Mehrproduktion, muss aber Hunderte von Tonnen von Gemüse und Tomaten nach wie vor vernichten, weil er keine Einmachgläser erhält. "Beinahe die Hälfte aller Lkw-Fahrten sind Leerfahrten" (amtliche Verlautbarung). Ausserdem fehlen überall Ersatzteile. Pro Tag sind in der russischen Föderativen Republik etwa 75 000 Lkw ausser Betrieb. Die Materialverschwendung nimmt gigantische Ausmasse an. Auf der Eisenbahn spricht man von den zu langen Wartezeiten, die auf einigen Stationen Monate ausmachen, manche Waggons werden sogar kurzerhand als Lagerräume benutzt. Planziele werden oft ohne weiteres erhöht, sodass die Arbeiter (und nicht alle halten das aus) 12 bis 14 Stunden täglich arbeiten müssen. Trotz amtlicher Einführung der 5-Tage-Woche wird vielfach 6 Tage in der Woche gearbeitet.

Derartige Vorgänge spielen sich aber ausschliesslich im zivilen Sektor ab. Sie sind unbekannt im militärischen Bereich (dem die Raumfahrt zuzuordnen ist). Dieser hat alle notwendige Priorität, um reibungslos arbeiten zu können. Vor allem auch kann er seinen Nachwuchs aus der herangebildeten Jugend vorrangig decken. Die Ausbildung solcher Wirtschaftsfachleute ist weiterhin stark gefördert worden, erreicht aber noch nicht den notwendigen Umfang. An 34 Spezialuniversitäten und 20 Fakultäten sowie weiteren 326 Fachschulen werden Wirtschaftsexperten ausgebildet. 1965 waren das 70 000 Studenten, 1968 bereits 90 000.

Ein konkretes Beispiel für die durch solche Ausbildung dem Westen gegenüber erreichte Ueberlegenheit zeigt das Bild der Ozeanographie, das heisst der Erforschung der Riesenräume, die als Niemandsland noch der Eroberung offenstehen. Während die USA derzeit nur 3 700 ozeanographische Techniker und Wissenschaftler auf 150 im Einsatz stehenden Schiffen in der Ozeanforschung haben, zählt die UdSSR mehr als 200 Schiffe und etwa 9 000 Techniker und Wissenschaftler.

Bedenkt man, dass 40 Prozent der Lebensmittelversorgung in der Sowjetunion aus der Privatwirtschaft der Kolchosbauern herrührt, so versteht man, was es bedeutet, dass im Mai 1969 ein neues Kolchosstatut erlassen wurde, welches erneut den privatwirtschaftlichen Raum eines Kolchosbauern im wesentlichen auf die bisherigen engen Möglichkeiten beschränkt, ja, diese sogar noch ein wenig mehr einengt. Die mit Stalins erstem Kolchosstatut 1930 eingeleitete Verkrampfung der gesamten russischen Landwirtschaft mit ihren heute darin eingespannten 55 Millionen Menschen (bei 35 200 Kolchosen) wird

also fortgesetzt. Man hat wohl von noch unsinnigeren Ideen wie die Schaffung von Agrarstädten abgesehen, wie sie im Westen im Mansholtplan anklingen, hat aber weiter $\frac{1}{2}$ Hektar als oberste Grenze des Privatbesitzes, eine Kuh mit zwei Kälbern, eine oder zwei Sauen mit Ferkeln, zehn Schafe oder Ziegen, unbegrenzt Geflügel, Kaninchen und Bienenstöcke, als oberste Grenzen festgesetzt, verbietet weiterhin den Kolchosbauern jegliche Freizügigkeit. Er darf wohl freiwillig in eine Kolchose eintreten, diese aber dann nicht mehr verlassen, hat also reichlich weniger Rechte als etwa ein Schwarzer in Südafrika. Der Staat schreibt alles vor: Anbaupläne, Höhe der Ablieferung, Preise, Zuweisung von Maschinen, Treibstoff, Kunstdünger und Ersatzteile. Man kann daher nicht von einer Krisenfestigkeit der sowjetischen Landwirtschaft sprechen.

Diese Experimente bestimmen natürlich auch die Möglichkeiten im weiteren Machtbereich. Der osteuropäische "Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe" (auf englisch Comecon abgekürzt) krankt auf staatlicher Ebene an gleichen Unmöglichkeiten wie die Planwirtschaft als solche im nationalen Rahmen. Der von Moskau befohlenen Planung steht die nationale Struktur der Angesprochenen gegenüber, der Integration, der Wille zur Autarkie. Es ist die gleiche Krankheit, die durch dauernde UN-Injektionen im Westen ausgebreitet wird. Der Vitalität der Nationen steht die Stagnierung im übernationalen Rahmen gegenüber. Ein Auf-der-Stelle-Treten im Comecon-Rahmen wird im Comecon-Bereich sogar notfalls mit Hilfe militärischer Drohungen durchgesetzt, wie die Tschechoslowakei und Rumänien feststellen mussten. Auch alle innerwirtschaftlichen Reformpläne der Angeschlossenen werden so bereits im Keim erstickt. Man will keine freie lebendige Entwicklung, weiss aber nicht, was an ihre Stelle zu setzen ist, es sei denn seelenleere Zahlenanhäufung. Es ist unter anderen Bezeichnungen das Weltmodell der Freimaurerei, welches wir im Westen überall antrafen. Wagemut und Dynamik gehören auch im Osten der Vergangenheit an. Die technischen Möglichkeiten sind der Massstab, der an die Zukunft gelegt wird.

Kein Wunder, wenn die "Prawda" mitteilt, dass "wegen Schwänzen der Arbeit, Nichtstun und Unpünktlichkeit die Sowjetindustrie im Jahr 70 Millionen Arbeitstage verliert, die Bauindustrie mehr als 20 Millionen und die Transportindustrie mehr als 5 Millionen". Die Zeitung "Trud" spricht aus, dass der Arbeit der notwendige materielle Ansporn fehle, meint also mit kapitalistischen Methoden mehr erreichen zu können. Man meint daher, mit einem neuen Besoldungssystem weiter zu kommen und redet vom Leistungslohn, den Kossygin einführen wolle. Doch liegt die Krise im Kommunismus noch viel tiefer.

Während in der ganzen übrigen aufgeklärten Welt in einer permanenten Quasirevolution die Geister in Bewegung gehalten werden, in China durch die sogenannte Kulturrevolution, im Westen durch die dauernd weiter vorangetriebene Vermögensumschichtung zugunsten der Linientreuen, ist Sowjetrussland in seinem inneren Aufbau erschreckend konservativ und muss darum immer wieder zu Mitteln greifen, die im Westen an das Regime eines Iwan des Schrecklichen erinnern. Nicht nur an Ereignisse wie etwa den Einmarsch in die Tschechoslowakei oder vorher die brutalen Eingriffe in Berlin, in Posen, in Budapest, denken wir dabei. Schon das Leben des Einzelnen ist hier inbegriffen, wenn zB die Prager parteiamtliche "Prawda" von den schrecklichen sozialen Verhältnissen schreibt, in welchen eine Frau im Sowjetbereich leben muss, "sodass es sich jede Frau zweimal überlegt, mehrere Kinder oder auch nur eines in die Welt zu setzen" (23.12.69). Oder wenn die Untergrundliteratur in immer neuen Abschriften überhandnimmt und den Titel "Samisdat" trägt,

was so viel wie "Selbstverlag" bedeutet und damit ein Niveau andeutet, das in den noch geistig regen Kreisen im Westen ebenfalls bereits erreicht wurde. Oder wenn eine Dichterin, die 33jährige Natalja Gorbanjewskaja, wegen ihres Protestes gegen die Prager Vorgänge zu unbefristeter Haft in einem Irrenhaus verurteilt wird (sie hat einen mehrere Monate alten Säugling). Und wenn das gleiche Schicksal den Genetiker Chores Medwedew (einen Juden übrigens) ereilt, Vorgänge also, die auf dem niedrigen Niveau nordamerikanischer Ereignisse stehen, wie wir sie am Beispiel des Generals Walker erleben mussten (vgl. R 22) und wie sie die Mental-Health-Offensive allgemein vorbereitet. In Russland fand jedoch der Schriftsteller Solschenyzin den Mut, dieses "als teuflische Methode zu bezeichnen, die Unerwünschten langsam zu Tode zu foltern". Im Westen kennt man in den Grossen Zeitungen einen General Walker nicht einmal.

Es gibt in der übrigen Welt wegen der nationalistischen Welle, die über dieselbe geht, kaum noch eine einzige kommunistische Partei, die es sich erlauben könnte, offen den Internationalismus oder gar den Zentralismus mit Moskau als Machtpol zu predigen. Ausnahmslos alle müssen nationale Ziele an die Spitze ihrer Programme stellen. Die Zersägung der nationalen Einheit durch sogenannte Klassen hemmt sogar deutlich ihre Einflussmöglichkeiten. So kann Professor Pjotr Kapitza in einer beachteten Rede vor der russischen Akademie der Wissenschaften im Juni 1969 darauf hinweisen, "dass sowjetisches Gedankengut zum gegenwärtigen Zeitpunkt praktisch keinen Einfluss auf die rebellierende Jugend im Westen hat... Es wird notwendig, sich hier einzuschalten, um die Jugend in die Richtung eines moskauhörigen Kommunismus zu lenken". Darunter aber versteht man in Moskau vorbehaltlose Zustimmung zu den von dort kommenden Richtlinien auf allen Lebensgebieten. "Die Unversöhnlichkeit gegenüber jeder Manifestation bürgerlicher Ideologie gehört zum Wesen des Kommunismus" ("Prawda"). "Es ist ein untrennbarer Bestandteil des Kommunismus, dass man das Volk zu militanter Unversöhnlichkeit der bürgerlichen Ideologie gegenüber erzieht" ("Prawda"). "Artfremde Ideen" dürfen weder bei Schriftstellern, Künstlern noch Journalisten gestattet werden. Und das Ergebnis? Milovan Djilas schreibt auf Grund seiner jugoslawischen Erfahrungen: "Alle Dämonen, von denen der Kommunismus glaubte, er hätte sie nicht nur aus der realen, sondern auch aus der kommenden Welt vertrieben, haben sich in seine Seele eingeschlichen und wurden zu seinem Wesen. Einst war der Kommunismus eine Idee, eine Bewegung, die in den Werktätigen und Unterdrückten in aller Welt im Namen der Wissenschaft Hoffnungen auf Verwirklichung des himmlischen Reiches auf Erden geweckt hatte. Aus diesem unauslöschlichen menschlichen Traum, für den Millionen von Kämpfern in den Tod gegangen sind, und immer noch gehen, hat sich der Kommunismus in nationale politische Bürokratien verwandelt, in Staaten, die miteinander um Ansehen und Einfluss, um Quellen des Reichtums und um Märkte streiten, um all das also, worum die Staaten und Politiker immer schon gestritten haben... Die Kommunisten verfielen voll und ganz der Raffgier und dem Machtkampf. Ihre Herrschaft wurde absolut, totalitär. An Stelle der Abschaffung des Krieges, an die die Kommunisten einst glaubten und die sie als ihren Sieg ankündigten, versklaven nun kommunistische Grossmächte kleinere kommunistische Staaten."(*366)

Man hat oft genug darauf hingewiesen, dass Ausländern ein wirklichkeitsnahes Bild von den Verhältnissen in der Sowjetunion verwehrt wird. Das Wort vom "Inturistmärchen" hat Flügel bekommen und ist um die ganze Welt geflogen. Man weiss, dass man nicht durch Russland reisen kann, wie etwa einst noch ein Sven Hedin, von Ort zu Ort, von Dorf zu Dorf, in Karawanse-

reien übernachtend, und mit dem Volke sprechend. Doch, ist das wirklich so einzigartig? Ist das nicht heute in der Praxis ganz das gleiche Bild, welches wir auch im Westen haben? Wer könnte es sich etwa heute leisten, wie ein Barth, oder ein Wissmann quer durch Afrika zu reisen? Von Dorf zu Dorf, und mit dem Volke sprechen? Zunächst einmal fehlten die Mittel für ein solches Unternehmen. Dann aber würden alle örtlichen Behörden alle nur erdenklichen Schwierigkeiten in den Weg legen. Selbst einen gewöhnlichen Photoapparat kann man in die Mehrzahl der afrikanischen Staaten nur unter Zahlung ansehnlicher Geldsummen mitnehmen. Das allerhöchste Misstrauen aber würde sofort jenen treffen, der es wagte, über die Vororte der Hauptstadt hinauszugehen oder abseits der genormten Tierparks durchs Land zu ziehen. Es gibt auch gar keine Unterkunftsmöglichkeiten, Rasthäuser und ähnliches. In den Orten mit Flugplatz entstehen die supermodernen und teuren Sheraton und Hilton, nicht nur in Afrika, sondern gleicherweise in Asien und in Lateinamerika. Ueber diese Kette hinweg machen die kapitalistischen Herren der Welt ihre "inclusive-tours", und füllen ihre Pässe mit schönen Stempeln. Doch, wer schon kann, wie Luther einst, von der Wartburg herabsteigen, und "dem Volk aufs Maul schauen"? Auch jene anderen, die als Auswurf der "internationalen Bürokratie" (Pedro Cristia) sich einige Jahre für den Bau eines Staudamms oder einer Mine irgendwo im Busch aufhalten müssen, gilt ganz das gleiche. Sie wohnen in ihrer dafür speziell errichteten Wohnsiedlung und sind niemals gekommen, Land und Leute kennen zu lernen. Schon gar nicht aber sind jene Mittler zwischen Heimat und Uebersee, die im Auftrage der "internationalen Bürokratie" in sehr gut dotierten Stellungen "tätig" sind, mit (aus den eben genannten Gründen) unkontrollierbaren Behauptungen um sich werfen und als Teile eines im Gelde schwimmenden Klüngels die Wirklichkeit mit einem Netz überdecken, welches mit den UN-Organisationen die Wahrheit abschirmt, und sich gegenseitig mehr als gerne an der viel Geld spendenden Krippe erhält. Die Völker aber zahlen die Riesensteuern für diese grandiose Verschwendung. Denn, was uns FAO und Weltgesundheitsamt vormachen, sind mehr oder weniger nichts anderes als die berühmten "Potemkinschen Dörfer" in Russlands Weiten.

Als besonderer Fremdkörper wird in der Sowjetunion der zionistisch ausgerichtete Teil des Judentums betrachtet. Gehen wir von Karl Marx aus. In seiner Schrift: "Zur Judenfrage" sagt er: "Suchen wir das Geheimnis des Juden nicht in seiner Religion, sondern suchen wir das Geheimnis der Religion im wirklichen Juden. Welches ist der weltliche Grund des Judentums? Das praktische Bedürfnis, der Eigennutz. Welches ist der weltliche Kultus der Juden? Der Schacher. Welches ist sein weltlicher Gott? Das Geld... Sobald es der Gesellschaft gelingt, das empirische Wesen des Judentums, den Schacher und seine Voraussetzungen aufzuheben, ist der Jude unmöglich geworden." Das eben hoffte Karl Marx in der kommunistischen Gesellschaft zu erreichen. Nun aber steht in ihr ein neuer, ein von messianischen Ideen besessener Jude auf, der sich daran macht, das gesamte marxistische Staatswesen zu unterwühlen, der nicht die Diktatur des Proletariats sondern die Diktatur des Auserwählten Volkes ersehnt. Juden, die daher in der Sowjetunion um Ausreise nach Israel ansuchten, verloren ihre Arbeitsstelle, andere wurden verhaftet. (Erklärungen des israelischen Informationsministers Galili vor dem Parlament, Jerusalem, 16.7.69. Reutermeldung.)(*367) Mit Sorge stellt die jüdische Welt fest: "Für uns sind kulturelles Genocidium und erzwungene Assimilation, um die Grundlage einer einheitlichen sozialistischen Kultur zu schaffen, ganz das gleiche. Es ist das eine dramatische Abwendung von der Idee Lenins von der Selbstbestimmung der Völker."(*368) Als der Grossrabbiner von Jerusalem,

Isaak Nissim, darum im Februar 1969 zum 75. Geburtstag des Grossrabbiners der Sowjetunion, Arich Levin, eingeladen wurde, machte er sich denn auch sofort auf den Weg, "obwohl die Zeit knapp bemessen ist, denn der Besuch in der Sowjetunion kann im jetzigen Zeitpunkt nützlich und notwendig sein" (AFP). Allgemeines Aufsehen erregt es, mit welcher Vehemenz die Juden in aller Welt dann in immer grösserem Umfang das Thema der "Juden in Russland" aufs Tapet bringen. Schon am 31. Januar 1969 erscheint ein ganzseitiger Aufruf in der "New York Times" unter der Ueberschrift "We appeal for the Jews of Silence". Die jüdischen Mitglieder der verschiedenen Universitäten und anderen Instituten in den USA zeichnen Namen für Namen (eine stattliche, ehrfurchtgebietende Demonstration des geistig aktiven Judentums in den Vereinigten Staaten). Von Land zu Land geht die Welle dieser Aufrufe. Am 16. März 1970 versammeln sich fast alle jüdischen Organisationen Argentiniens (mit 500 000 Juden) und fordern, dass die Juden in der Sowjetunion das Recht erhalten, nach Israel auszuwandern, um "unter ihrem Gesetz leben zu können". Begann man mit der Forderung, diesem Gesetz innerhalb der Sowjetunion frei leben zu können, so wurde nach und nach der Akzent gelegt auf die Auswanderungsmöglichkeit nach Israel. Die Sowjetunion wehrt sich entsprechend gegen diesen Eingriff in ihre Souveränität und gibt führenden jüdischen Persönlichkeiten das Wort. Laufend versuchen Hinweise auf den jüdisch-arabischen Konflikt die Ursache dieses kalten Krieges in der Parteinahme Russlands für die Araber zu sehen. Doch die eigentlichen Beweggründe liegen viel tiefer.

Wie sieht es nämlich heute in Israel biologisch aus? Gibt es *den* Israeli überhaupt? Kenner der Verhältnisse verneinen die Frage.(*369) Es gibt den europäischen Juden und es gibt den orientalischen Juden, kurz den "Europäer" und den "Orientalen". Es gibt "Weisse" und "Schwarze". Das Zentrum von Tel Aviv gehört den Europäern, die Vorstädte den Schwarzen. Die Jugendkriminalität ist viermal grösser als in Frankreich, und 80 Prozent der Verbrecher rekrutieren sich aus den nach 1948 aus Afrika eingewanderten Gruppen. Die Europäer erziehen ihre Kinder gut und schicken sie auf die Universität, die Orientalen behaupten, man behandle sie als Menschen zweiter Klasse und sind doch nur in ihrem Lebensstil selbst für diese Entwicklung verantwortlich. Das Land aber wird geführt von Greisen. Ein Knessethabgeordneter von 55 Jahren ist noch jung. Und fast ausnahmslos sind es Europäer. Die Jugend aber, die nachwächst, stammt mehr und mehr aus den orientalischen Schichten. Schon in weiteren 20 Jahren sind 80 Prozent der Bevölkerung orientalisch. Einwanderer aus der westlichen Welt kommen nicht. Und die Jugend Israels vergnügt sich lieber am Strand des Mittelmeers als im Aufbauen neuer Kibutz. So ist es nur eine Frage der Zeit, dass Israel sein Gesicht verliert, dass ein grosser Gedanke des Judentums, wachgehalten im europäischen Judentum, vor die Hunde geht. In dieser Lage gibt es überhaupt nur eine einzige Rettung: die drei Millionen Juden der Sowjetunion. Gelingt es nicht, sie in den biologisch zusammenbrechenden Staat Israel aufzunehmen, dann ist die Idee der Zionisten passée. Dann ist alle anderweitige Fertigkeit, die Knebelung der ganzen Welt in zwei Weltkriegen zum Zwecke der Errichtung dieses Staates sinnlos gewesen. Dann geht ein Dayan in die Geschichte als gemeiner Verbrecher ein, denn der Endsieg, der alle seine Untaten verklärt hätte, bliebe aus.

Und man *weiss* um diese Zukunft Israels in Moskau. Darum nimmt man (Juli 1970) getrost in den nahöstlichen "Friedensplan" die Forderung auf Anerkennung Israels durch die Araber auf. Konservierung eines Leichnams ist es, *notwendige* Konservierung, denn solange dieses Israel besteht, ist auch die russische Präsenz weiterhin notwendig am Schnittpunkt der entscheidendsten weltpolitischen Kraftlinien.

Man hatte Angst vor dem Djihad, vor dem Heiligen Krieg, der mit dem Brand der El Aqsa in Jerusalem in bedrohliche Nähe gerückt war. Man hatte die mohammedanische Welt nicht so in der Hand der "Information", wie dieses bei der christlichen Welt der Fall ist. Man wusste sehr genau, dass Israel biologisch schon in wenigen Jahrzehnten nicht mehr zu halten ist. Man wusste auch, dass Russland die drei Millionen Juden nicht hergeben würde, dass es sich aber sehr gerne fest am Suezkanal einnistet. Darum kam es zum Friedensplan Rogers. Es war kein "amerikanischer" Plan, sondern ein solcher der Freimaurerei, des Establishments. Auf dieses bezieht sich Dayan, wenn er sagt: "Wir sind stark genug, als dass man uns zwingen könnte, von Feinden oder von Freunden Diktate anzunehmen. Aber wir sind nicht mächtig genug, auf Bundesgenossen verzichten zu können." In ein und demselben Jahr tritt so Präsident Nixon mit zwei Plänen auf, und das Schicksal dieser beiden Pläne beweist Vieles. Da ist einmal der Rogersplan für den Nahen Osten, und da ist zum andern der geplante Eingriff in Kambodscha. Die beinahe "wunderbare" Durchführung des einen, Annahme durch Israel, Aegypten und Jordanien, und der Zusammenbruch des anderen, zeigen uns, dass nicht Nixon bestimmt, sondern Personen hinter ihm, über ihm. Nicht "Amerika" bestimmt. Auch "Russland" bestimmt nicht. Es ist die Freimaurerei, die beide am Zügel hat. Wenn ein Dayan, eine Golda Meir sich diesem Plane beugen, so zeigt das, dass jenes alte Bündnis zwischen Davidstern und den drei Punkten, welches schon so lange hielt und welches überhaupt erst alles das ermöglichte, was hinführte zur Gründung Israels, nach wie vor hält. Man spürt in Tel Aviv, dass man ein solches Bündnis nicht ungestraft brechen kann. Man spürt, dass man nur "bei flexibler Haltung" (Golda Meir) weiterhin die Mächtigen dieser Erde auf seiner Seite hat. Man hat sehr gut verstanden, was an deutlichen Drohungen für den Fall des Gegenteils im Jahre 1970 vorgeführt wurde etwa in Biafra (Golda Meir: "Wir taten, was wir konnten") und was mit sehr deutlichen Worten ein Pompidou am Eingang der UN in New York und christliche Priester im UNESCO-Palast in Beirut warnend aussprachen. Für Nasser bedeutete die Zustimmung zum Rogersplan das offene Bekenntnis zur Freimaurerei, für die Sowjetunion aber Bestätigung ihres Mitspracherechts in den grossen Fragen der Weltpolitik und bedeutende Verbesserung ihrer weltstrategischen Möglichkeiten. "Os sovieticos necessitam de Israel" (Die Sowjets brauchen Israel) sagt im Juli 1970 dazu das weitblickende "Folha de São Paulo" So rettet die Sowjetunion Israel vor dem sicheren Untergang, während ihr gleichzeitig von der gesamten zionistischen Welt "Antisemitismus" vorgeworfen wird. Begraben aber haben wieder einmal die beiden Riesen im Vordergrund der Weltbühne ihren Scheinkampf. François Mauriac warnt: "Nicht, was die Vereinigten Staaten von der Sowjetunion trennt, sollte uns erschrecken, sondern das, was sie gemeinsam haben. Diese beiden Technokratien, die sich als Gegner auffassen, ziehen die Menschheit in die gleiche Richtung der Entmenschlichung." Und Professor Hans J. Morgenthau (Chicago's Center for the Study of American Foreign Policy): "Die internationale Regierung der Vereinten Nationen ist ihrer legalen Umhänge entkleidet und tatsächlich nur noch die internationale Regierung der vereint handelnden Sowjetunion und USA." Diese Weltherrschaft war durch Djihad und Zionismus in Gefahr geraten. Die kalte Dusche kam für beide gleichzeitig aus Washington und aus Moskau.

Das Experiment "Biro-Bidschan" zeigt, wie der Bolschewismus (vergebens) mit dem jüdischen Problem fertig werden wollte. Mit der "Kalinin-Erklärung" vom 7. Mai 1934, die bewusst der bourgeoisen "Balfour-Erklärung" entgegengesetzt wurde, sollte ein eigenes jüdisches Verwaltungsgebiet zwischen den chinesischen Grenzflüssen Biro und Bidschan geschaffen

werden. Man dachte an erstlinig landwirtschaftliche Betätigung. Doch nicht nur die Planung versagte (1932 verliessen 50 Prozent der jüdischen Einwanderer wieder die Provinz, da es an Lebensnotwendigstem fehlte), auch das Judentum, vor allem in seiner geistigen Führung, lehnte es ab, an die chinesische Grenze auszuwandern, wo sie fürchteten, zu Hinterwäldlern zu werden, ohne den für sie notwendigen lebendigen Kontakt mit dem russischen und anderen Völkern. Wer dennoch kam, ging in die Hauptstadt und nicht aufs Land. Doch wurden die Städte Biro-Bidschan, Birofeld und Waldheim niemals zu den Zentren des jüdischen kulturellen Lebens in der Sowjetunion, wie man es in Moskau erwünscht hatte. Führende jüdische Künstler und Historiker wandten sich scharf gegen dieses Experiment.

Doch die nationalistische Gärung nimmt in der UdSSR weit grösseren Raum ein, als es nach der zionistisch gelenkten Presse den Anschein hat. Der "Observer", London, konnte Anfang 1969 auf der ersten Seite Photographien von Demonstrationen in Circik in Uzbekistan veröffentlichen, bei welchen es Tote und Verwundete gab. Ein Fussballspiel in Taschkent gab um die gleiche Zeit Anlass zu russenfeindlichen Kundgebungen. Es kam so weit, dass wochenlang sich Russen nicht nachts auf die Strassen der uzbekischen Hauptstadt wagen konnten ohne umgelegt zu werden. Niemals war die kommunistische Macht hier gefestigt. Kein Geringerer als Anwar Pascha, der führende Politiker der jungtürkischen Bewegung, der 1918 vor den Engländern aus Konstantinopel nach Moskau flüchten musste, war es ja, der dort die Unehrlichkeit der leninschen Politik gegenüber den Völkern der Sowjetunion erkannte, und dann in Zentralasien die "Jung-Buchara-Befreiungs-Armee" bildete und erst nach heftigsten Kämpfen sich in Richtung Afghanistan zurückziehen musste. Er wurde am 8. August 1922, einen Tagesmarsch vor der rettenden Grenze, von einem Moskauer Agenten in seinem Zelt erschossen und gilt noch heute als Held in ganz Turkestan. Tausende von Freiwilligen, Angehörige der Turkvölker, kämpften so auch im letzten Weltkrieg mit der Waffe in der Hand an der Seite der deutschen Soldaten mit grösster Tapferkeit und Einsatzfreude, und es ist über alle Zweifel erhaben, dass der Wille zur tatsächlichen Befreiung dieser Völker, hätte er auf seiten der deutschen politischen Führung vorgelegen, einen Brand im Herzen Asiens ausgelöst hätte, der dem Bolschewismus den Todesstoss versetzt hätte. Die Chinesen wissen, dass sich an dieser Lage bis heute nichts geändert hat und die mohammedanische Welt vermerkt daher, wie die chinesische Propaganda versucht, die Mohammedaner auf sowjetrussischem Boden anzusprechen. Doch, wieder einmal hat Moskau es nicht schwer, zu antworten, indem es auf die Unterdrückung der Völker in Tibet und Sinkiang eben durch Peking hinweist. Sieht man aber die Erfolge, die solche Propaganda zeitigt, so ist klar, dass Zentralasien demjenigen zujubeln würde, der in dem weiten Raum von Lhasa bis an den Aralsee Staats- und Volksgrenzen zur Dekkung bringt und übernationale Bindungen auf das notwendige Mass menschlicher Kontakte beschränkt.

Die eigentliche grosse Umzingelung Chinas ist Stalin ja misslungen. Sie misslang, weil man in den USA nicht den Sinn des russischen Vordringens in Korea verstanden hatte. Man meinte, es richte sich gegen Washington, und schöpfte nicht aus der Landkarte die einfache Erkenntnis, welche Folgen für Peking ein russischer Ring im Norden haben müsste. So holte der Westen den Chinesen die Kastanien aus dem Feuer, ja, schenkte ihnen sogar noch halb Korea, um ja nicht eine russische Wiederholung des Spieles zu ermöglichen. Hat Stalin auch niemals seine antichinesischen Absichten bei Auslösung des Koreakrieges bekannt, so liegen sie deutlicher für den mandschurischen Raum. Wir zitieren aus dem Aufsatz "Red China against Russia?" (Rotchina gegen Russ-

land?) ("Saturday Evening Post", 1959) von Harrison E. Salisbury: "Stalins Gründe für den Angriff auf Korea sind noch unbewiesene Vermutung. Aber ein wichtiges fehlendes Zwischenstück ist inzwischen aufgetaucht. 1956 erhielten die Bezieher der sowjetischen "Bolshoi Enzyklopädie" eine Notiz, in welcher sie angehalten wurden, die Seite herauszunehmen, die die Biographie des führenden chinesischen Kommunisten Kao Kang enthielt und eine neue Seite einzusetzen, auf welcher dieser nicht mehr erwähnt wurde. Das war bis dahin nur nach der Exekution Berijas geschehen. So war also der Fall Kao Kang von gleicher Bedeutung wie der Fall Berija. Vielleicht standen sie sogar in gewissem Zusammenhang? Kao Kang war der Herr der fast autonomen Mandschurei. Die Chinesen haben ihn kaum je erwähnt, sagten nur später, er hätte nach seinem verräterischen Verhalten Selbstmord begangen, bevor er zur Rechenschaft gezogen werden konnte. Er hatte nämlich die Absicht, sich 1949 im Zuge einer Verschwörung zum Präsidenten eines unabhängigen "Königtums" der Mandschurei zu machen. Tatsache ist, dass Kao Kang fast sicher ein Mann Berijas war. Kurz bevor Mao seine Machtergreifung offiziell verkündete, war Kao im Alleingang nach Moskau gekommen und hatte dort eine Reihe von Vereinbarungen unterschrieben. Er hatte danach sogar seine eigene Währung. Stalin also hatte den de facto Herrscher der Mandschurei an seiner Seite, als er nach Korea hinübergriff. Der Ring um Mao schloss sich." Doch Washington brach ihn auf, unter den Fahnen der UN.

Es sind 109 ethnische Gruppen in der Sowjetunion vereint, davon 22 mit mehr als einer Million Angehöriger. Sieben Völker, unter ihnen die Krimtartaren und die Wolgadeutschen, wurden bei Beendigung des II. Weltkrieges ostwärts deportiert. So ist heute der russische Nationalismus in Wirklichkeit nichts anderes als "der Nationalismus der Unterdrücker gegen den Nationalismus der Unterdrückten", wie Lenin selbst es einmal ausdrückte. Die grosse biologische Strategie der Sowjetunion kann sich daher in ihren ernsten Problemen nur auf das russische Volkstum stützen. Jene Gebiete, die entlang der gefährdeten chinesischen Grenze besiedelt werden müssen, dürfen daher nur in russische Hände gelangen. Wie aber so der Plan, dort in Sibirien bis 1980 eine Bevölkerung von 100 Millionen Menschen anzusiedeln, verwirklicht werden soll, ist trotz aller tausendfältigen finanziellen und sonstigen Anreize heute noch ein Rätsel. Jedenfalls aber ist derartige Machtpolitik nicht gerade logischer Ausgangspunkt für die bekannten Moskauer Angriffe gegen die verantwortungsbewusste Apartheidspolitik im südafrikanischen Raum. Doch Russland kann sich eben alles erlauben, sagt doch sogar die UNESCO in ihrem Bericht über "Kolonialismus": "1940 wurde das Sowjetregime in Litauen, Lettland und Estland wieder eingeführt, nachdem diese Staaten sich freiwillig (! D.V.) in die Sowjetunion eingliederten." Versklavung durch Supermächte ist im Osten wie im Westen "freiwillige Eingliederung".

Doch nicht nur "Eingliederung" heisst das Stichwort, oft genug ist es brutalste Vernichtung. Die Weltbewegung des Nationalismus hat bisher viel zu wenig Kenntnis genommen von den völkervernichtenden Vorgängen im Raum der Sowjetunion. Genau so nämlich, wie dort die verschiedenen Religionen durch physische Vernichtungsmassnahmen unter Priestern, Mönchen und Gläubigen (zumindest im äusseren Bild) zur Bedeutungslosigkeit herabgesunken sind, so musste auch eine ganze Reihe von Völkern ihren betonten Selbstbehauptungswillen mit dem Ende bezahlen. Der Untergang ganzer Völker, wie ihn die Geschichte seit der sogenannten Völkerwanderung nicht mehr erlebt hat, spielt sich - von der "Oeffentlichen Meinung" klug abgeschirmt - in unseren Tagen ab, ohne dass dazu auch nur annähernd gebührend Stellung genommen wird.(*370) Denn da wir heute in allen Zeitschriften, die sich unter irgend

einem Gesichtspunkt mit diesen Gebieten befassen könnten (geographisch, kulturell, historisch, landwirtschaftlich, industriell, ethnologisch usw.) in der von New York abhängigen Welt das Bestreben finden, Völkisches als abnorm, ja als dekadent oder gar als dämonisch-verbrecherisch hinzustellen, wird die Weltöffentlichkeit nur ganz am Rande, wenn es gerade in den Plan gewisser kapitalistischer Kreise passt, über die Vorgänge im Kaukasus oder im asiatischen Russland unterrichtet. Und doch sind die dortigen Vorgänge für die Gestaltung der Welt noch viel schwerwiegender als die Vernichtungskämpfe etwa gegen Watussis und Ibos in Afrika.

Denn etwa mit der Zerstörung Tibets wurde auch Wissen zerstört, das stärker ist als Marx und Zion. Es wurde ganz bewusst zerstört, denn schon das Wenige, das davon in den letzten Jahrzehnten in den Westen gelangte (*371) bewies seine Sprengkraft, machte das ganze Gebäude der Freimaurerei einfach sinnlos und uninteressant, entthronte das Geld und machte die Strukturen dieser Welt kurzum lächerlich.

Doch nicht nur Tibets alte Geistigkeit wurde (endgültig dann ja von Peking aus) zerstört. In viele andere Täler und Hügel noch drang ebenfalls wie die lebensfeindliche Wolke eines Atompilzes das Gift des Bolschewismus, um die dort lebenden Völker zu liquidieren.

Bedingungslose Unterwerfung oder Vernichtung hiess so die Alternative Russlands gegenüber den Tscherkessen im Kaukasus. Zwischen 1861 und 1864 wurde schon eine halbe Million in die Türkei vertrieben, doch war der Bolschewismus mit diesem Ergebnis seiner Vorgänger nicht zufrieden. Nachdem zwischen den beiden Weltkriegen die Bergvölker des Kaukasus: Kabardiner, Tschetschenen, Tscherkessen, Inguschen, Ossetinen, Balkaren und Karatschaien immer wieder aus ihren Siedlungsgebieten in andere hin und her geschoben worden waren, kam mit dem II. Weltkrieg die Möglichkeit, radikaler vorzugehen. Die Tschetschenen, die gestützt auf ihren mohammedanischen Glauben, ein Bollwerk auch religiöser Opposition darstellten, wurden unter dem ja auch im Westen so beliebten Mord-Vorwand der "Zusammenarbeit mit den Deutschen" mit Kind und Kegel ausgerottet. Das gleiche Schicksal traf die ebenfalls mohammedanischen Inguschen. Die Karatschaien verloren "nur" ihre Gebietseinheit und wurden nach Dezimierung in alle Winde verstreut. Die Kabardiner wurden durch Grosseinwanderung von Russen in die Industrieunternehmen um Naltschik herum heimatlos gemacht. Die Balkaren wurden zum Verlassen des Kaukasus gezwungen. Der religiöse Widerstand in Dagestan, als Schamilkult mit starken nationalen Vorzeichen versehen, wurde durch Verbot der arabischen Sprache als Unterrichts- und Verkehrsmedium bei gleichzeitiger Hinrichtung der geistigen Führer gebrochen.

Die Armenier hatten das Glück, dass ihr Lebensraum teilweise auf türkischem Gebiet liegt und dass die Türkei mit den bekannten Armeniermetzeleien auf ewig einen Graben zwischen beiden Völkern zog. So meint Moskau, mit den Armeniern einen Trumpf in der Hand zu haben, wenn es einmal wieder in Richtung Bosporus vorwärts gehen soll. Das Wappen der Armenischen SSR weist ausser Hammer und Sichel und dem Sowjetstern denn auch noch den Berg Ararat auf, und der liegt auf türkischem Gebiet. Eine gesetzlich verankerte Rückwanderungspolitik soll das armenische Potential der Sowjetunion sogar noch verstärken. Trotzdem ist gerade der armenische Nationalismus am wenigsten mit den sowjetischen Forderungen in Einklang zu bringen, und eine Reihe armenischer Werke wurden auf den Index gesetzt.

Eine ähnliche Rolle wie die Armenier spielen auch die Georgier in Richtung Türkei. Dieses Volk, dem nicht wenige führende kommunistische Politiker entsprangen (Stalin, Ordschonikidse, Jenukidse, Berija), und dem es

gelang, mit seinen Regimentern an den Grenzen seiner Republik die Deutschen aufzuhalten, hat nämlich Stammesgenossen unter dem Namen der Lazen (man spricht von 600 000) in Nordostanatolien, an der Küste des Schwarzen Meeres sitzend, und es ist natürlich nicht ausgeschlossen, dass man hier einmal vorübergehend wie im Falle der Armenier den Weg der Selbstbestimmung der Völker geht und so seinen Machtbereich von Batum bis Trapezunt auszudehnen versucht.(*372) Gewogen machte man sich die Georgier auch dadurch, dass man die achasischen Nationalisten liquidierte und das Gebiet dieses Volkes ihnen (zumindest bis zum Tode Berijas) zuschanzte.

In Aserbeidschan begegnen wir erneut einem Volks- und Kulturbereich, der über die Grenzen der Sowjetunion hinausreicht, und in den Jahren der Auflösung, 1920/21 erhob Persien offen Anspruch auf diese Gebiete. Russland kam es zugute, dass die Aserbeidschantürken sehr bereitwillig die "Alphabetrevolution" mitmachten und sich vom arabischen zum kyrillischen Schreiben hinwandten. Eine angebliche Kultursymbiose mit Russland wurde so leichter vorgegaukelt. Die persische Sprache der Vergangenheit wird möglichst totgeschwiegen. Wer von den grossen persischen Dichtern Aserbeidschans spricht, wird des "Pan-Iranismus" angeklagt.

In Zentralasien gelang es mit Russifizierung und Industrialisierung die Völker der Kasaken, Usbeken und Tadschiken in eine ihnen artfremde Umgebung zu versetzen, ohne sie aussiedeln zu brauchen. Doch die bereits oben erwähnten neuesten Vorgänge zeigen, dass Supermächte in unseren Jahren nicht mehr das letzte Wort zu sagen haben, es sei denn, sie gehen offen zum Massenmord über. Wie im Baltikum spricht man in Turkestan von "freiwilliger Eingliederung" der Völker. Es ist im Osten wie im Westen das gleiche Vokabular.

Nur fragt es sich eben in einigen noch strittigen Weltzonen, welche Eingliederung erwünscht ist. Jedenfalls verspricht Breschnew mit einem Artikel vom 15. Juli 1969 in der ausgerechnet in Prag erscheinenden Zeitschrift der Internationalen Kommunistischen Bewegung "Unterstützung der revolutionären Kämpfe" und "Kampf gegen den Imperialismus", und bringt so nach der Zeit der Koexistenz unter Chrutschow wieder einmal das den Einweltlern nicht sehr zugetane Gespenst des Kalten Krieges erneut auf die Weltbühne.

Kaum mehr als ein Auffangen religiöser Gefühle war darum auch die Kirchenkonferenz von Sagorsk vom Juli 1969, die auf Initiative des Moskauer Patriarchen Alexei einberufen worden war. Seit 1952 wieder zum ersten Mal trafen sich auf ihr Christen der verschiedenen Konfessionen, Mohammedaner, Buddhisten und Juden und schlossen die Tagung mit einem gemeinsamen Aufruf an alle Gläubigen, in welchem mehr Friedfertigkeit und eine grössere Zusammenarbeit unter den Nationen gefordert wird. (Reuter, 5. Juli 1969.) In einem Staatenbund mit 241 Millionen Menschen darf man dabei in der UdSSR mit 40 Millionen Orthodoxen, 20 Millionen Muselmanen, 8 Millionen Katholiken und 3 Millionen Juden rechnen.

Alle diese vier Religionsgruppen erleben dabei das gleich widerliche Schauspiel eines atheistischen Staates, dem kein Mittel grausam genug ist, kräftige Glaubensgemeinschaften zu vernichten, und der dann Reste bestehen lässt, um mit diesen (zumeist aussen-)politische schmutzige Geschäfte unter dem Aushängeschild eines Beschützers der Religion zu machen.

Da ist die soeben erwähnte Orthodoxe Kirche. Es gibt auf der Welt 14 autokephale (d.h. unabhängige) Gliedkirchen der Orthodoxie. Der Vorrang gebührt innerhalb dieses Rahmens dem Patriarchen von Konstantinopel, heute dem 82jährigen Athenagoras. Dieser bemüht sich, ganz parallel zu ähnlichen liberalen Bestrebungen im Vatikan und im Weltkirchenrat, um Ausgleich der

theologischen Gegensätze, um ökumenische Oeffnung der Ostkirchen. Dem soll die Einberufung eines Konzils der orthodoxen Kirchen dienen, doch ist es vor allem aus Moskau kommenden Winkelzügen zu verdanken, dass eine solche Zusammenkunft bislang nicht stattfinden konnte, da eine solche Tagung unter dem Primat Athenagoras stattfinden müsste. Der russische Patriarch Alexei folgt so den Richtlinien des Kreml, wenn er zB brüsk Athenagoras im Mai 1968 zur Feier des 50jährigen Jubiläums der Wiedererrichtung des Moskauer Patriarchats auslädt, dann aber dem persönlich an die Newa reisenden Jerusalemer Patriarchen Benediktos bei den Feiern den Vortritt mit dem Bemerken lässt, Jerusalem habe einen bedeutenderen Rang in der Christenheit als Konstantinopel. Es wurde in Moskau eben klar erkannt, dass der Oekumenische Rat der Kirchen zu einem Instrument der kapitalistischen Welt wurde. Schon die Errichtung einer derartigen, den Glauben verwässernden Institution riecht ja deutlich nach Desagulier und Anderson. N. Grodienko veröffentlichte im März 1970 in der Moskauer Zeitschrift "Politische Selbsterziehung" einen Aufsatz, in welchem er feststellt, "dass die in der ökumenischen Bewegung präsentierte Christenheit zur Ernüchterung unter den gläubigen Massen führt, die eine Lösung der ernsten sozialpolitischen Probleme wünschen".

Politische Kräfte wirken aber nicht nur in Sowjetrussland auf diese seit ihrer Geburtsstunde in Spannungsfeldern lebende Kirche. In Griechenland fördert die Haltung der zur Häresie und zum Prometheismus neigenden Westkirchen den Wunsch zur Isolierung, zu einem "Hellenozentrismus" und Abwendung von allem, was von aussen unter der Bezeichnung "Oekumenismus" feilgeboten wird. In Albanien andererseits werden Anfang 1968 nach chinesisch-kulturrevolutionärem Vorbild alle Kirchen geschlossen und alle Geistlichen verhaftet, sodass die dortige Orthodoxie damit aufgehört hat, zu bestehen. In Aegypten wiederum gelingt es Nasser nicht, einen Araber auf den 1966 frei werdenden Patriarchenstuhl zu setzen, da der einzige mögliche Kandidat stirbt, findet aber dann doch in dem Griechen Nikolaus Varelopoulos einen 53jährigen Mann, der insbesondere die mit ihrem Schwergewicht nach Ost- und Südafrika gezogene afrikanische Gemeinde der Orthodoxen persönlich kennt und so dort auch politisch tätig werden kann.

Den Buddhisten ergeht es im Sowjetbereich nicht viel anders als den Orthodoxen. Wir hörten bereits bei der Behandlung verschiedener Südasiatischer Staaten, wie wohl in der vorstalinistischen Periode die Sowjetregierung zunächst ausgesprochen Buddhismus-freundlich handelte und sogar die Bestrebungen einer panbuddhistischen Bewegung förderte, dann aber auch hier mit rigoroser Härte alles vernichtete.

Den Kampf gegen den Islam rückt der Besuch des Präsidenten der Ostturkestanischen Befreiungs-Bewegung, Isa Yusuf Alptekin, erneut ins Bewusstsein zumindest der mohammedanischen Welt (die übrige schwieg natürlich), den dieser frühere Generalsekretär der Ostturkestanischen Regierung im Juni 1970 Indonesien abstattete. Er wies darauf hin, dass heute sowohl der unter russischer Herrschaft stehende Teil Ostturkestans wie jener unter chinesischer das gleiche Schicksal der Vernichtung der religiösen und völkischen Eigenart seiner Völker erleidet. Man schloss in Russland die Moscheen und es wurden ihnen nicht nur alle staatlichen Mittel verweigert, sondern sie überdies mit hohen Steuern belegt, die nur mit Hilfe einer freiwilligen Spende der Gläubigen hätten bezahlt werden können. Diese jedoch wurden so unter Terror gesetzt, dass sie es nicht mehr wagen konnten, die Moscheen zu betreten und zu Hause beten mussten. Die derart geleerten Gotteshäuser wurden dann in Ställe, Klubs oder Tanzdielen verwandelt. Den Koran lächerlich machende Zeitschriften nach dem Vorbild der nordamerikanischen cartoons wurden verteilt oder an

die Mauern der Moscheen geklebt. Wer Moslems ermordete, ging frei aus.

Mit dem bisher von der russischen Religions- und Nationalitätenpolitik Gesagten haben wir aber nur den äusseren Verlauf der Vorgänge umrissen. Das Wesen der bolschewistischen Revolution als solcher bedarf noch einer weiteren Klärung, bevor wir auch das Verhältnis Russlands zu Asien ganz begreifen können.

Sicher, die Vernichtung des Zarenreiches war nur möglich gewesen mit Hilfe der Juden. Sie stellten das (völlig unrussische) Element aktiven (auf Sieg gerichteten, und nicht nur leidend-passiven) Widerstandes, und sie brachten aus Nordamerika und aus Deutschland das notwendige Geld mit, während sie andererseits, wie wir ebenfalls bereits sahen, die Währung Russlands zerstörten. Aber sie schwammen dabei in der von den russischen Revolutionären, insbesondere den Narodniks, aufgewühlten See. Sie stülpten ihre politischen Wünsche einem Gebäude auf, welches seit Peters I. Reformen sich in der russischen Altgläubigkeit (und anderen weniger bedeutenden Zentren) revolutionär geformt hatte. Es gelang wohl, diese russische Sehnsucht auf eine bessere Welt, ja auf ein christlich-glückliches Ende der Geschichte zu betrügen und den Staat in die Hände seelenloser Mörder à la Trotzky und marxistischer Utopisten gleiten zu lassen, aber es gelang keineswegs, von Moskau aus eine jüdische Weltherrschaft zu errichten. Das einzige, was, und nicht gerade gewollt, gelang, war, im Westen mit so vielen jüdischen Namen im Vordergrund den Eindruck einer jüdischen Revolution hervorzurufen. "Die Vorstellung, die ganze bolschewistische Bewegung sei dem Judentum - ohne Teilnahme des Russentums - entsprungen, beruht auf einer optischen Täuschung."(*373) Erst, wenn wir zur Kenntnis nehmen, dass die bolschewistische Revolution keine ausschliesslich jüdische Revolution war, können wir überhaupt verstehen, wie diese Revolution so grosse Veränderungen insbesondere dann in der asiatischen Welt bewirken konnte, ja, wie sie bei den russischen bäuerlichen Massen selbst so starken und schnellen Anklang fand.

Sie traf sowohl in den Dörfern Russlands wie in den Weiten Asiens überall auf Menschen, die bei einer schweren, lastenden Gegenwart im Glauben an eine grosse Weltenwendung, an das Erscheinen ihres Gottes, lebten. Dieses Russland, das in der Osterbotschaft, in der Wiederauferstehung, das Wesen seiner Rechtgläubigkeit sah und das nach der Vernichtung der alten inneren Ordnung durch Peter (der den Adel aus der Dienstkette zwischen Zaren und Leibeigenen entliess) die Wiederherstellung der Prawda (der weltbeglükkenden Mischung aus Wahrheit und Gerechtigkeit) ersehnte, und in immer neuen Revolten bis hin zu der 1905 blutig zurückgewiesenen Verzweiflungstat versuchte, im Zaren Hilfe zu finden, stand in seiner messianischen Sehnsucht neben dem Chiliasmus des Islam (insbesondere im persisch-nordkaukasischen Bereich der auf die Wiederkehr des Imams wartenden Schia und auf Java mit seiner Erucakra-Erwartung), der Sehnsucht der Hindus nach einer Beendigung des derzeitigen dunklen Zeitalters (Kali) mit dem Herabsteigen Vishnus zum Schutze des Dahrma und der Hoffnung auf die Wiederkehr eines Bodhisattva bei den Buddhisten. Sie alle sahen in Lenin (und wurden dann auch oft genug durch bolschewistische Propaganda dazu geführt) den jeweiligen Erlöser. In den Kirchen Russlands wie in den Moscheen Syriens und in den Tempeln der Mongolei fanden Massengebete statt, in welchen der Bolschewismus in seinen ersten Tagen als Erfüllung der sozialen und religiösen Sehnsüchte aufgefasst wurde. In den Sowjets sassen Altgläubige, Mohammedaner und Buddhisten. (*374)

Wir sind es gewohnt, Moskau nach seiner Haltung gegenüber Europa zu beurteilen. Wir meinen, Moskaus westliche Grenzen seien seine wichtigsten. Alles, was wir von dort hören, wird über den Leisten geschlagen, den

uns unsere Bibliotheken und Universitäten zur Verfügung stellen, geistige Strömungen, die uns geläufig sind, wie Christentum etwa und Marxismus. Doch damit ist das Bild Moskaus keineswegs erschöpft. Wollen wir die Erde als Ganzes sehen, so müssen wir ihr Kleid auch dort betrachten, wo diese Ströme sich auf russischem Boden mit den asiatischen treffen. Ja, dass jene nicht erst an Russlands Grenzen auftreten, sondern uns schon viel früher begegnen, zeigt, dass Russland ein Teil Asiens ist. Haben wir das verstanden, dann aber wundert uns auch nicht, dass bereits am 21. November 1917, der berühmte sowjetische "Aufruf an den Orient" erging. Auf dem "Kongress der Völker des Ostens" in Baku 1920 rief Zinovjev die Völker Asiens zum "Heiligen Krieg, dem ersten wahrhaft heiligen Krieg" auf gegen den westlichen Imperialismus. Radek sagte damals: "Genossen, wir rufen die Kampfgefühle an, die einmal die Völker des Ostens beseelt haben, als sie unter ihren grossen Eroberern Europa zu überrennen pflegten. Wir wissen, Genossen, dass unsere Gegner sagen werden, wir riefen die Erinnerung Dschingis Chans an, die Erinnerung der grossen Eroberer, der grossen Kalifen des Islam... Und wenn die Kapitalisten Europas ausrufen, es drohe eine neue Welle von Barbarentum, eine neue Welle von Hunnen, so antworten wir ihnen: Es lebe der Rote Orient!" Schon im Dezember 1918 war die sowjetrussische "Liga für die Befreiung Asiens" gegründet worden. Vorher noch konnte ein Tolstoi ausrufen: "Es scheint mir, dass die Rolle der orientalischen Völker Chinas, Persiens, der Türkei, Indiens, Russlands darin besteht... der Welt den wahren Weg zur Freiheit zu weisen... eine Tat im Sinne der Ewigen Gesetze des Menschenlebens... Und diese Freiheit, welche die okzidentalen Völker fast unwiederbringlich verloren haben, sind anscheinend die orientalischen Völker zu verwirklichen berufen."(*375) Und Russland ist dazu ausersehen, den Weg in diese Freiheit zu weisen: "Die Stufen des Ueberganges von den russischen Besitzungen zu China sind so schwer bemerkbar, dass sie nicht einmal ausgedrückt werden können: in der Don-Gegend, das heisst im Zentrum Russlands, haben wir "Kosaken", die Buddhisten sind, den nomadischen Mongolen Zentralasiens verwandt; am Flusse Manytsch kann man buddhistischen Mönchen begegnen, die in ihrer Kleidung von denjenigen Tibets nicht zu unterscheiden sind... Deshalb entdeckten unsere ostrussischen Siedler, dass diese sich vor ihnen öffnende Welt nicht nur nicht fremd und feindlich ist, sondern ihnen seit ihrer Kindheit wohlbekannt" (E. Uchtomskij). Und in Vorwegnahme so mancher zeitgemässer UPI-Meldung schreibt Graf Witte 1893 an Alexander III.: "Weil das Verhältnis der europäischen Staaten zu Asien nur dasjenige der alle Menschlichkeit und Gerechtigkeit verachtenden Ausbeutung ist, verdächtigen diese Staaten jetzt Russlands Absichten in Asien." Ssaken Sseifullin, ehemaliger Vorsitzender des Sowjets von Kasachstan, schreibt unter dem Titel "Allah" das folgende Gedicht:

> "Verräterisches Europa, Land der Gewaltanwendung, der Ausbeutung und Grausamkeit...
> Viele Male hatte ich dich auf den Weg der Wahrheit gewiesen,
> Viele weise Geister hatte ich dir gesandt...
> Ich schickte dir meine Hunnen, meine Magyaren, Bulgaren, Mauren und Araber.
> Du sahst meine Tataren, meine Türken und Mongolen...
> Tage und Jahre vergingen, aber du hast das Böse nicht aufgegeben...
> Um die Erde zu säubern schickte ich dir auch meine Semiten unter der Führung von Karl Marx.
> Wehe, wehe Europa, falls es nicht lauscht der Stimme der Gerechtigkeit, der Stimme Asiens."

Besonders auf dem die Massen so persönlich angehenden Felde der Landwirtschaft werden die Parallelen gezogen. Die Kollektivwirtschaft in so vielen ländlichen Gemeinschaften des Ostens (Der Verkauf von Land war in Indien unbekannt. Indien kannte das Panchàyat, Indonesien das Dehsa, Syrien das Musch-a) wird verglichen mit dem Ideal des Narodnischestvo, dem Mir. Die erste Gefolgschaft des Bolschewismus rekrutierte sich so aus den Bauern, in Russland sowohl wie in Asien.

Doch dann trat die Wendung ein. Wollen wir sie mit einem Namen umreissen, so dürfen wir sie getrost als Stalinismus bezeichnen. Wir erfuhren bereits von dem Kampf, der einsetzte gegen alle Religionen. Die Weltrevolution wurde zum "Sozialismus in einem Lande" und "nicht mehr, alle Weltanschauungen durch den Kommunismus zu umfassen, wurde zum sowjetischen Programm, sondern sie zu verdrängen" (Sarkisyanz, S. 397). War das Staatsideal aller asiatischen Hochkulturen ein ebenso universalistisches, wie der Bolschewismus universal verstanden werden will, so sollte an die Stelle des brüderlichen Impulses jetzt der grosse Wurf der Beseitigung solcher Konkurrenten treten. Damit aber verriet die bolschewistische Revolution ihren Sinn, so, wie ihn Millionen von Menschen aufgefasst hatten, "jenes Streben nämlich nach Verwirklichung der Prawda des russischen Christentums". "Die Sowjetunion, die die Nacht der unterdrückten Völker mit dem Lichte der Freiheit erhellt hatte", wurde zum Unterdrücker aller jener Geistigkeit, die in ihr den Retter gesehen. Man sprach plötzlich von "der absurden Theorie von der Identität der kommunistischen und der buddhistischen Lehren", man griff die vorherige "Auffassung von Islam und Buddhismus als fortschrittlichen Volksbewegungen" als Irrlehren an und warf die Priester und Mönche ins Gefängnis. "Die Byzantinisierung der allumfassenden apokalyptischen Dynamik des leninistischen Universalismus im Stalinismus und die Wandlung der traditionellen Idee von Russlands universaler messianischer Mission zum jetzt herrschenden Dogma von Russlands Auserwähltheit als ausschliesslicher Träger der alleinseligmachenden kommunistischen Orthodoxie haben das Verhältnis des Bolschewismus zu den Weltanschauungen Asiens radikal geändert" (Sarkisyanz, S. 392).

Dieser neue "Superimperialismus bolschewistischer Prägung, welcher sich ausserhalb Russlands übernationaler Motive bedienen kann, aber dennoch ausschliesslich sowjetrussischen Staatsinteressen dienen soll, hat Russlands aussenpolitische Stellung in Asien ungeheuer gestärkt. Aus denselben Gründen hat er aber den Kommunismus als Ideologie in Asien – im Verhältnis zur Zeit Lenins – bedeutend geschwächt" (Sarkisyanz, S. 398).

Gleichzeitig aber war die Absage an die Weltrevolution der Endpunkt des langen Weges russischer Geistigkeit durch die Geschichte. Denn, "bedeutete die russische Revolution einerseits den historischen Kulminationspunkt von Russlands chiliastischen Spannungen, so hat sie andererseits zur Selbstverneinung und Selbstauflösung solcher Geisteshaltungen geführt" (Sarkisyanz, S. 401). Und Mühlestein ("Russland und die Psychomachie Europas", S. 51) doppelt: "Es war ausschliesslich das allgemeinste, damit aber auch elementarste Psychologisch-Formale der aufs äusserste gesteigerten Heilserwartung, was aus dem christlichen Chiliasmus sich dem Willen der russischen Revolution als unvergleichliches magnetisches Kraftfeld, als dramatisches Substrat für ihre "Erlösungstat" willenlos, ja nach Vergewaltigung gierig, unterschob. Die russische Religiosität, aus der diese Tat (die Revolution) ursprünglich entsprang, hat sich darin selbst vernichtet, ins Nichts aufgelöst." "Der Bolschewismus der leninistischen Periode hat zwar seine geistige Dynamik aus den beschriebenen russischen Geistesströmungen geschöpft, aber mit dem sich

aus dem Siege des Marxismus ergebenden Versiegen ihrer geistigen Quellen ist - Russlands Verbürgerlichung bewirkt worden, ein Vorgang, welcher sich bereits seit einer Generation in beschleunigtem Tempo vollzieht... So paradox es auch erscheinen mag: Durch den Marxismus ist Russland verbürgerlicht worden."(Sarkisyanz, S. 402/403.) Fedor Stepun schreibt bereits 1929: "Aus dem Chaos der Revolution erhebt sich der neuzeitliche echte Bourgeois. Der lebenstüchtige und willensstarke, phantasielose und ideenfeindliche Bauherr des neuen russischen Lebens." "Das Land der Riesenströme und endlosen Steppen, welches von Pilgern und Suchern bevölkert war, soll Tatmenschen hervorbringen", fordert Industrieminister Gastew, "die kontemplative Geistestradition, die der Bolschewismus vorfand, soll durch den Amerikanismus überwunden werden". Bucharin erklärt: "Wir brauchen Marxismus plus Amerikanismus." So ist die heutige Bürgerlichkeit Russlands "das Resultat einer binnen zweier Generationen rasend durchlaufenen Evolution ausserweltlicher und eschatologischer asketischer Ideale zum Nihilismus, und von diesem zum Marxismus mit Materialismus, Entgeistigung und Verspiesserung als Endergebnis." So hat Moskau nicht "neues Licht aus dem Osten gebracht, sondern hat sich aus dem allerkonsequentesten Miterleben der den Okzident aufwühlenden Geisteskrise heraus selbst vernichtet" (Sarkisyanz, S. 405/6).

Völlig wäre diesem Sowjetrussland wieder entglitten, was es auf dem Boden asiatischer Kulturen im Leninismus erreicht, hätten diese nicht gleichzeitig unter dem Trommelfeuer der westlichen Technologen gestanden und unter deren zersetzenden Einfluss ebenfalls hier und dort Bastionen aufgegeben, die bis dahin als für alle Ewigkeit errichtet galten. Dadurch, dass auch ausserhalb Russlands das Spiessertum die Macht übernahm, dank "der im schnellen Fortschreiten begriffenen Verbürgerlichung Asiens", konnte Sowjetrussland dort im Zuge bleiben, wo auch diese Bürger allein noch werteten, auf dem Gebiet der Technologie.

Man wird es verstehen, wenn erst an dieser Stelle noch etwas mehr über Asien als Ganzes gesagt werden kann. Der "Rote Orient" ist bis heute ebensowenig Wirklichkeit geworden wie der Kapitalistische. Beide Brautwerber haben wohl ihre Fürsprecher in dem weiten Raum zwischen Istambul und Tokio. Beide knausern auch nicht, ihre verschiedensten Machtmittel einzusetzen. Doch, alles, was sie bislang erreichten, war auch in diesem Kontinent Zerstören und Niederreissen, Elend und Not. Vom Jemen bis Kambodscha verzeichneten wir in diesen Seiten die letzten solcher Untaten. Weder Moskau noch New York konnten hier auch nur mit einer einzigen Zelle den Aufbau einer Neuen Welt für den berühmten "Neuen Menschen" beginnen. Auch dort nicht, wo der eine ungestört vom anderen auf seine Art wirken konnte. Asien wurde frei, weil die Habgierigen sahen, dass sie es nicht mehr halten konnten. Und weil sie meinten, ihm eine "Freiheit" geben zu können, die nur die Formen der Ausbeutung subtiler gestaltete. Und es kämpft heute verzweifelt (wie auf ihre Weise die Jugend Südamerikas) gegen eine tägliche Flut von Fälschungen und Verleumdungen und Entstellungen, die laufend die eben errichteten Schutzdämme wieder einzureissen droht. Erst die volle geistige und informatorische Unabhängigkeit von den unehrlichen Propheten im westlichen Moskau und im östlichen New York würde Asien den Anfang der eigentlichen Befreiung ermöglichen. Von Friedfertigkeit trieft dabei, was man derweilen aus einem Moskau vernimmt, welches nicht von höherer geistiger oder moralischer Warte aus auf den Amerikanismus schaut, sondern im Westen nichts anderes sieht als den lästigen Konkurrenten bei dem gleichen Geschäft.

Nicht gerade von grosser Friedfertigkeit zeugt allerdings, mit welcher Zielstrebigkeit die UdSSR daran geht, die von den Freunden in New York be-

reitete Weltlage militär-strategisch zu nutzen. Nicht nur das Vakuum, welches der britische Rückzug aus dem Indischen Ozean hervorrief, und welches sich durch die Schliessung des Suezkanals noch akzentuierte, wird bereits weitgehend von den Sowjets ausgefüllt, Unruhe bei den Vasallen der USA in Westeuropa löste vor allem die steigende Präsenz der Russen im Mittelmeer aus. Man fing an, Schiff gegen Schiff aufzurechnen und berichtete beruhigend von dem nach wie vor bestehenden zahlenmässigen Uebergewicht der NATO (bei deren Manövern im Mittelmeer im November 1969 auch israelische Einheiten mitwirkten – "Moslim World", 29.11.69, S. 6), kann aber nicht übersehen, dass die Russen doppelt so viele Raketenschnellboote und Motortorpedoboote wie die NATO-Mächte im Mittelmeer haben, und ausserdem als einzige über eine wirksame Schiff-Schiff-Rakete verfügen, wie sie an dem israelischen Kriegsschiff "Eilat" lächelnd demonstrierten. Sind auch die Gewässer vor der albanischen und der syrischen Küste wegen der Hinwendung dieser beiden Länder zu China den Russen verschlossen, so bleiben gerade genügend Häfen ihnen offen von Algerien bis hin in die Adria, wo man dem Freund des Weissen Hauses Tito die modernsten kleinen Kriegsschiffe liefert.

Die Japaner bauen im Fernen Osten den neuen Hafen Wrangelya-Port für die Verschiffung von Holz, Kohle und Containergut aus. Mit Raketen ausgerüstete Einheiten befahren regelmässig den Indischen Ozean. Port Louis auf Mauritius ist ihnen genau so freundlich offen wie Berbera in Somalia, und 30 Seemeilen östlich der Insel Coetivy, südlich der Seychellen, haben sie auf einem Korallenriff zwei Ankerbojen befestigt, die die dort laufend zu "ozeanographischen Forschungen" verkehrenden Sowjetschiffe benutzen. Man sucht tiefe Schluchten auf dem Meeresboden, möglichst mit überhängenden Rändern, als Liegeplätze für seine Raketen-U-Boote. Zwölf Fachschulen bilden das Personal in Russland für diese Arbeiten aus (die USA haben eine).

Die Lage ist ohne viel Anstrengung mit der der dreissiger Jahre vergleichbar, als ein Tuchatschewski, "grosser Taktiker und Stratege, ein Gigant des militärischen Gedankens, schon 1930 Deutschland als den künftigen Hauptfeind hinstellt"(*376), und "Stalin den Nichtangriffspakt mit Hitler nur unterzeichnet, um Zeit für die eigene Rüstung zu gewinnen und die Formierung einer antisowjetischen Einheitsfront zu verhindern... Schon auf dem XVIII. Parteikongress 1939 hat Stalin die Kriegsgefahr geschildert und für die Stärkung der militärischen Bereitschaft gearbeitet... Er leitete die Umrüstung der Armee auf mechanische Korps ein, doch war dieser Prozess vor Kriegsbeginn nicht mehr zum Abschluss gekommen."(*376)

Solcher militärischen Bereitschaft dient es, den Gegner gleichzeitig in Abhängigkeit zu bringen. Er ist dazu leicht zu verführen, wenn er an die Stelle der angeblich unter dem Freimaurerauge herrschenden Sachlichkeit Utopien setzt und zB Unsinnigkeiten zu Diensten Südafrika als Feindesland ansieht. Dann aber muss man eben Chrom in der Sowjetunion kaufen, solange man Südafrika boykottiert. Die strategischen nationalen Vorräte der USA an Magnesium, Chrom und Titanium sind nahezu erschöpft ("WO", 15.1.70). So werden 80 Prozent der Chromimporte und bis dahin 2 200 Tonnen Magnesium und Schiffsladungen mit Titanium (in Seattle entladen) von der UdSSR gekauft. Ausserdem Nickel, Bauxit, Mangan und Kobalt. Und drüben in Westeuropa spricht man von einem "Milliardengeschäft im Osthandel", weil die BRD Grossröhren an die Sowjetunion liefert und von ihr dafür Erdgas erhält, das ganze sogar noch mit Krediten von 12jähriger Laufzeit bei ungewöhnlich niedrigen Zinsen (6 bis 7 Prozent) finanziert. Ohne auch nur einen Augenblick zu bedenken, in welche Abhängigkeit dadurch einerseits die USA und andererseits Westeuropa von einem Lande kommen, welches doch angeblich unserer We-

sensart so erzfeindlich und aggressiv gegenübersteht. Etwaige Kassandrarufe löscht schnell der im Westen weit verbreitete Brief des Sowjetphysikers Sacharow an seine Regierung, der seinerseits diese davor warnt, "doch nicht zu einem Rohmateriallieferantenfortsatz von Europa sich zu entwickeln". "Frieden und Fortschritt" wachsen auch hier auf einem und demselben Holz, im Osten wie im Westen. Geopfert wird der Menschheit nur der Mensch, sonst nichts weiter. In den dreissiger Jahren aber fragte man sich, bereits in einer Parallele zum Heute, wohin Moskau wirklich steuert.

Jedenfalls gehen die Parallelen sogar noch weiter, wenn wir an die damaligen und heutigen Bemühungen der Sowjetunion zur Schaffung eines kollektiven Sicherheitssystems für Europa denken. War damals Polen und der weitere Osten Europas OBJEKT solcher Gedanken, so ist es allerdings heute das gesamte Resteuropa, das in den Verhandlungen in Helsinki auf dem Operationstisch der friedfertigen Strategen liegt.(*377)

---

*360 - George Knupffer, "The Struggle for World Power", hier in der spanischen Uebersetzung "La Lucha por el Poder Mundial", N.O.S. Madrid 1964, S.127, beschreibt die Lage Russlands, wie er sie als Russe selbst erlebt hat: "Russland, riesig an Bevölkerung und Ausdehnung, in schneller Entwicklung begriffen, in jeder Hinsicht eine der zwei oder drei Grossmächte der Welt, durfte einfach nicht ein Land bleiben, in welchem trotz Gültigkeit vieler kapitalistischer Gesichtszüge die tatsächliche Kontrolle des Geldes und des Kredits in Wirklichkeit in den Händen der Krone lag, die für sich selbst uninteressiert und unbestechlich, und überdies ganz und gar auf das Wohlbefinden der Nation ausgerichtet war. Daher ist es nicht überraschend, dass die Steuern die niedrigsten von allen grossen Staaten waren, ebenso wie die nationale Schuld, und dass der Aussenhandel einen so grossen jährlichen Ueberschuss erbrachte, dass die Goldgarantie des umlaufenden Geldes grösser war als der gesamte Notenumlauf, und sogar noch dauernd weiter anstieg; jeder Rubelschein konnte am gleichen Tage in Gold umgewechselt werden, und noch wäre Gold übriggeblieben im Staatstresor. Es handelte sich um die grösste auf der Welt bestehende Goldreserve. So ist es Tatsache, dass man sachlich gesehen nicht davon sprechen konnte, dass der Kapitalismus in Russland regierte. (Vgl. dazu die Bemerkungen in unserem Kapitel "USA". D.V.) Lediglich einige seiner Techniken wurden angewandt. So aber hätte auf lange Sicht gesehen, dieses "schlechte Beispiel" alle wirklich kapitalistischen Systeme zerstört. Das aber ist der erste Grund dafür, warum die Banken die Revolution von 1917 unterstützten. Die Ersetzung der nationalen Freiheit unter dem Zaren durch den Kommunismus löste das Problem der Materialisten in mehr als einer Hinsicht."

Vgl. auch Henri Costin, "Les Financiers qui mènent le Monde", Paris 1955. Auf Seite 115 lesen wir: "Wladimir Olaf Aschberg handelte von Stockholm aus als Verbindungsmann von Kuhn, Loeb & Co., New York, und M.M. Warburg, Hamburg, als diese die bolschewistische Revolution vom Oktober 1917 finanzierten. Aschberg war Präsident der Nya-Banken in Stockholm und gründete später, 1921, die (Sowjet)Russische Handelsbank. Dank dieser Institution wurde er in gewissem Sinne der russische Finanzdiktator."

*361 – Der an anderer Stelle bereits genannte Papus (siehe Kapitel "England") übte einen viel stärkeren Einfluss aus auf den Zaren als Rasputin. Er brachte durch die von ihm gegründeten Logen vor allem ein Element der Unsicherheit in die Armee. Ueberhaupt spielte die Freimaurerei immer wieder gerade im Offizierskorps eine verheerende Rolle, nicht nur in Russland. Wir erwähnten schon früher die Kanonade von Valmy (R 447) und das "Wunder" an der Marne (R 447). Die von Offizieren vorgebrachten "guten Ratschläge" bei der von diesen "empfohlenen" Abdankung des Zaren wie des Kaisers gehören ebenfalls hierher, wie die Logenzugehörigkeit einiger hoher deutscher Offiziere im II. Weltkrieg (zB von Falkenhausen in Brüssel). Es ist selbstverständlich, dass die beamteten Historiker diese belegten Tatsachen zu verschweigen versuchen.

*362 – Abgedruckt in "The American Mercury", Sommer 1969, S.49.

*363 – Anton Zischka schrieb darüber in seinem berühmten Buch "Kampf um Oel". Das Buch wurde von Agenten der Standard Oil aufgekauft. In Paris bot man 1000 Frank für ein Buch! Es kam trotzdem zu Verhandlungen Deterdings mit den Russen, wobei diese die Bedingung stellten, dass nicht mit den früheren "kleineren Besitzern" verhandelt würde. Dann kam es zur Haager Oelkonferenz (R 176), auf der die Shell von Russland abrückte, nachdem Deterding eine Weissrussin geheiratet und auf antibolschewistischen Kurs gegangen war. Später wurde er daher auch zum finanziellen Helfer Adolf Hitlers.

*363a – Die BRD hat vorgesehen, den Ostblockländern in den nächsten Jahren die Summe von 300 Milliarden DM auf 20 Jahre zu "leihen". Die Bedingungen (fünf Jahre zinsfrei, sodann sehr niedrige Zinsen) machen das Ganze zu einem Geschenk. Grund dieses Vorgehens ist, die westdeutsche Industrie mit gesteigertem Absatz am Laufen zu erhalten. Man hält so etwas für "Fortschritt". Da das so gesteigerte Sozialprodukt andererseits Grundlage für die Schenkungen im Rahmen der UNCTAD an die "unterentwickelten Länder" ist, werden so auch diese Zahlungen automatisch erhöht. Es hat in der Geschichte bisher Versklavung eines ganzen Volkes in diesem Umfang nicht gegeben.

*364 – Richard L. Stokes in "Readers Digest", März 1953.

*365 – Die Angaben dieses Abschnitts wurden dem Aufsatz "Planlose Sowjetische Planwirtschaft" von Dr. Roger Bernheim in der "NZZ", 9. Mai 1969, entnommen.

*366 – Einleitende Sätze des Buches von Milovan Djilas, "Die unvollkommene Gesellschaft. Jenseits der "Neuen Klasse"", Wien 1969.

*367 – Und es wurde als besonders böswillige Verleumdung bezeichnet, dass Radio Moskau in arabischer Sprache verbreitet, Golda Meir halte den Nazi Martin Bormann in ihrem Hause in Tel Aviv versteckt. Man fragt sich wirklich, wieviel Jahre nach seinem Tode dieser Leichnam noch aufgeputzt werden kann, um aus solchem Mummenschanz Kapital zu schlagen. Die Schweden opferten erst kürzlich wieder zu unserem Ergötzen Herrn Wiesenthal erhebliche Summen, um ihm die Bormannsuche weiterhin zu ermöglichen.

*368 – "Panorama", Buenos Aires, 2. Dezember 1969.
Die Erwähnung Lenins ist nicht zufällig, wenn wir erinnern, wie gerade die jüdische Welt in tiefster Trauer von ihm aus Anlass seines Todes sprach.

Kinder der hebräischen Schulen Moskaus trugen ein Banner in hebräischer Sprache im Trauerzug mit: Du befreitest die Nationen. Wir werden Deiner ewig gedenken. - Der Rabbiner Jacob Mase von Moskau, das Jüdische Wohltätigkeitskomitee in Moskau und verschiedene andere jüdische Organisationen sandten Beileidstelegramme, und die Vereinigung Jüdischer Autoren gab eine Sonderzeitschrift in jiddisch in Erinnerung an Lenin heraus. ("Jewish World", Januar 21, 1924.

*369 - Vgl. dazu den wertvollen Aufsatz von Georges Menant in "Paris Match", 3. Mai 1969, S. 83 ff.

*370 - Die Unwissenheit, Mutlosigkeit, Unselbständigkeit, Urteilsunfähigkeit des weitaus grössten Teils der Menschheit, nicht etwa nur der jeweils "anderen", sondern vor allem auch in unserer unmittelbaren Umgebung und dort auch gerade unter den sogenannten "gebildeten Schichten" ist wirklich eines der interessantesten Phänomena unserer Tage. Fragen Sie einen Geschichtsprofessor oder einen Richter oder einen Industriellen oder einen Kaufmann oder einen Minister, ob er sich schon einmal Gedanken darüber gemacht hat, warum so konzentrisch heute die Seele unseres Volkes angegriffen, zersetzt und vergiftet wird. Er wird vielleicht sogar sagen, dass er davon überhaupt noch nichts gemerkt hat. Er wird Ihnen vom Untergang der Zimbern und Teutonen etwas erzählen können oder von den Höhlenzeichnungen des Cro-Magnon-Menschen, aber er ist völlig unfähig, die Vorgänge um ihn herum richtig zu analysieren. Er hat - mit ganz, ganz seltenen Ausnahmen - überhaupt noch nicht begriffen, dass unsere Welt einem *bewusst gesteuerten* Zerstörungsprozess unterliegt. Er hat es vor allem deswegen noch nicht gemerkt, weil davon noch nichts im Fernsehen und in seiner Grossen Tageszeitung gestanden hat, denn er ist mit seinem so genannten Denkprozess im allgemeinen ein ganz simpler, unselbständiger Herdenmensch, dem überdies mit seiner "Bildung" auch noch die Bauernschläue seiner Vorfahren verlorenging, sodass er nur noch wiederkäut und nachbetet (mit entsprechend fein gedrechselten Phrasen möglichst, für die er ja bezahlt wird), was man ihm vorsetzt. Vorsichtig tastet er sich von Zitat zu Zitat und kommt er dabei an einen Abgrund, so biegt er schleunigst aus so gefährlicher Richtung wieder ab, anstatt gerade dorthin vorzustossen, wie es eigentlich seine Pflicht wäre. Von solchen Figuren sich frei machen ist daher eine der ersten Forderungen für eine Gesundung unseres Volkes. Unsere Jugend fühlt sehr richtig, dass diese Gestalten kein Mark in den Knochen haben und benimmt sich in den Gerichtssälen und auf den Universitäten ganz genau so, wie es sich daraus ergibt. Unsere Jugend hat ein ganz klares, gesundes Gefühl für diese Leere und stösst mit biologischer Sicherheit in ein Vakuum hinein, in eine Fäulnis, die eines der beachtlichsten Ergebnisse des "Sieges" von 1945 ist. Sie tut es, ohne dabei Leitbilder vor sich zu haben, rechtzeitig eingefangen von denselben Kräften, die jene Leere produzierten, abgeschnitten von der grossen Vergangenheit unseres Volkes. Wehe aber diesem ganzen demokratischen Popanz wenn diese Jugend mit der ihr eigentümlichen Vehemenz auch noch ein klares Ziel verbindet, die Drahtzieher erkannt hat! Ein Sturm ginge durch den westdeutschen Sumpf, der sich mit dem vergleichen liesse, was unser Volk in früheren Generationen erlebte. Und das ganze Spiessbürgertum von den Rosaroten bis zu den Blaublütigen würde baden gehen. Darum: Zeigt der Jugend, wie man bei uns früher mit Sch'kerlen umzugehen pflegte. Zeigt ihr, wer die grossen Revolutionäre in unserem Volke waren, ein Luther, ein Arndt, ein Bismarck, zeigt ihr, wie die grossdeutschen schwarzrotgoldenen Farben der Deutschen Burschenschaft ge-

stohlen wurden von den Sklavenhaltern der Feinde und so zum Symbol des Verrats wurden. Und dass allem diesem wieder ein anständiger Sinn gegeben werden muss. Aber verschafft Euch selbst erst einmal wieder Achtung bei der Jugend, indem Ihr einen Strich zieht zwischen Euch und denen, die das Heute vertreten, macht Ernst mit Eurer Haltung! Unter falschen Worten wie Bonn, Demokratie, Menschenrechte, Fortschritt, gibt's nichts mehr zu verteidigen. Da gibt's nur noch ein radikales Niederreissen. Auf der ganzen weiten Welt heulen die Glocken zum Sturm! Auch bei uns! Wer will, kann sie sehr deutlich hören. Das Blut kocht in den Adern einer noch führungslosen Jugend. Nur diejenigen werden von ihr nicht niedergerissen werden, die stark genug sind, um mitzugehen. Die anderen verrecken am Wegrand der Geschichte. Ob Ihr's wollt oder nicht, der Kampf geht an, die Stunde der Völker hat geschlagen und der Weltbürgerkrieg fordert seine ersten Opfer. Die letzte der Schlachten aber erst wird entscheiden, ob Satan siegen wird oder Gott.

*371 – Man denke nur an das Auftreten von Ivanovitch Gurdjieff, zu dessen Geheimgesellschaft Persönlichkeiten gehörten wie Orage, Ouspensky, Rowland Kenny (Redaktionschef des "Daily Herald"), Frank Lloyd Wright, Dr. Walkey, Sharp (Begründer des "New Statesman"), J.C.Bennett (Schüler Einsteins), Margaret Anderson (Verlegerin von "Joyce"), Arnold, Graf Keyserling, Dr. Young, Aldous Huxley, Arthur Koestler, Frau v. Chejov, Georgette Leblanc, Katherine Mansfield, Luc Dietrich, René Daumal, Louis Jauvet, Pierre Schäffer, René Barjavel usw.

Auch Adolf Hitler kam mit diesen Strömungen in Berührung. Man will selbstredend nicht wahr haben, dass es einem Manne gelingen konnte, die wirkliche Revolution zum Siege zu führen. Man darf der Welt nicht das Beispiel geben, dass es möglich ist, die Grosse Rebellion gegen Gott und die Natur zu vernichten. Diese einmalige Revolution von 1933, die so ganz im Gegensatz zu all den anderen "Revolutionen" der Linken wirklich das Glück wieder einziehen liess bei den Menschen, sie nicht verriet und verkaufte und in nur noch grössere Sorge um die Zukunft beliess, sie darf eben einfach nicht wahr sein. Und da sie dennoch geschah, muss mit allen Mitteln versucht werden, den Mann wieder zu Fall zu bringen, der das Werk vollbracht. So formen sich aus denen, die Hitler einst zu ihren esoterischen Zwecken in ihren intimsten Kreis aufnahmen, seine grössten und für ihn gefährlichsten Feinde.

Zwischen 1920 und 1923 gründet Dietrich Eckart die Thule-Gesellschaft in München. Zu ihren ersten Mitgliedern gehören Rosenberg und Morell und Hitler. "Die Mythen der arischen Doktrin Eckarts und Rosenbergs werden von diesen Propheten eines magischen Sozialismus der medialen Seele Hitlers eingeimpft."(Pauwels) "Durch das Auftreten Haushofers aber erst gewinnt die Thule-Gesellschaft ihren wahren Charakter."(Pauwels) In den Augen Pauwels nun wird Haushofer zum Beschwörer okkulter Mächte und Hitler zu seinem Medium. Und er zitiert dazu: "Man ist gezwungen, an Medien zu denken, Die meiste Zeit sind sie ganz gewöhnliche, unbedeutende Menschen. Plötzlich fallen wie aus dem Himmel Kräfte auf sie, die sie weit über das Mass des Gewöhnlichen herausheben... Und auch bei Hitler ist es unzweifelhaft so, dass gewisse Kräfte durch ihn hindurchgehen."(Rauschning) "Ein Schlafwandler – wahrhaftig, ein Medium, wie es die wirresten Epochen der Menschheitsgeschichte hervorbringen... Wie oft bin ich gefragt worden, worin denn die aussergewöhnliche Rednergabe Hitlers bestehe. Ich kann sie nicht anders erklären als durch jene wunderbare Intuition, die ihm die unfehlbare Diagnose von der Unzufriedenheit vermittelt, unter der seine Zuhörer leiden... Das Medium versinkt in Trance, wenn es seinem Publikum gegenübersteht. Das

sind die Augenblicke seiner wirklichen Grösse."(Strasser) "Er geriet in eine Art mediale Trance. Sein Gesichtsausdruck war der einer ekstatischen Verzückung."(François-Poncet) Und Pauwels meint: "Hinter dem Medium aber hat man zweifellos nicht einen einzelnen Menschen zu suchen, sondern eine Gruppe, eine Energiegemeinschaft, eine magische Zentrale." Wenn aber Hitler in dieser Form abhängig war, dann müssen wir ein wenig nachforschen, welche Ziele diese Personen hatten, die versuchten, auf ihn Einfluss zu gewinnen. Dietrich Eckart starb bereits 1923. Blieben Rosenberg, Hess, Himmler, Haushofer, Morell, Trebitsch-Linkoln, Sebottendorf und andere in der Thule-Gesellschaft. Wir wissen, dass der spätere Widerständler Sebottendorf den Kauf des "Völkischen Beobachters" finanziell ermöglichte, dass ein anderes Mitglied der Thule-Gesellschaft, Trebitsch-Linkoln, Hitler beim Kapputsch rettete, indem er nach Berlin fuhr und ihn rechtzeitig warnte. Dr. Sorge, der russische Meisterspion in Japan, erhielt von Professor Karl Haushofer einen Empfehlungsbrief an Botschafter Voretsch in Tokio und an den japanischen Botschafter Debuchi in Washington. Und der Sohn Haushofers, der wegen Teilnahme am 20. Juli in Moabit hingerichtet wird, schreibt im Gefängnis das folgende Sonett:

Ein tiefes Märchen aus dem Morgenland
erzählt uns, dass die Geister böser Macht
gefangen sitzen in des Meeres Macht,
versiegelt durch besorgte Gotteshand.

Bis einmal im Jahrtausend wohl das Glück
dem einen Fischer die Entscheidung gönne,
der die Gefangenen entsiegeln könne,
wirft er den Fund nicht gleich ins Meer zurück.

Für meinen Vater war das Los gesprochen,
es lag einmal in seiner Willenskraft,
den Dämon heimzustossen in die Haft.

Mein Vater hat das Siegel aufgebrochen.
Den Hauch des Bösen hat er nicht gesehen.
Den Dämon liess er in die Welt entwehn...

"Gibt das alles nicht zu denken?" schreibt mir der, soweit mir bekannt, einzige ernst zu nehmende Forscher dieser nationalsozialistischen Frühgeschichte, Dr. med. H.D. Roehrs (2092 Maschen Kreis Harburg), "Haushofer-Sorge, Haushofer-Morell, Haushofer-Hess, Haushofer, der Fischer aus dem Morgenland, das kann doch einfach nicht alles ein Zufall sein."

Und dann geht der Arzt Dr. Roehrs an die Arbeit und veröffentlicht zwei kleine Bücher, die ins Ziel treffen. Doch er arbeitet weiter und teilt mir aus diesen Arbeiten Anfang 1970 mit:

"Professor Kempner unterstützt in seinem letzten Buch meine These, dass die Medikamente Morells Hitler in seinen Entschlüssen beeinflusst haben könnten. Er kennt natürlich den Inhalt der Morellschen Aussagen. Morell hat nämlich – und dafür besitze ich Zeugen, die auch bereit sind, unter Eid auszusagen – den CIC's schlicht und einfach erklärt, er habe Hitler ganz bewusst "vergiftet". Ja, er hat sogar eine Aufstellung der wichtigen politischen und militärischen Ereignisse vorgelegt, in welcher zu diesen die jeweils von ihm gegebenen Medikamente angeführt waren... Ein wütender Hitler-Gegner und

Kommunist war ja schon seit 1935 als Pharmazeut der Kompositeur der Morellschen "Geheimmittel", die ärztlich gesehen, sofern sie überhaupt wirklich wirksam waren, der Aufputschung dienten. Die meisten waren reiner Schwindel wie das Russla-Puder, dessen Unbrauchbarkeit uns während des Russlandfeldzuges pro Jahr und eingesetzter Armee jeweils die Kampfkraft einer Division kostete (Prof. v. Bormann). Auf Führerbefehl (!) bekam Morell das Monopol, das soviel deutschen Soldaten das Leben kostete, obwohl wir im Lauseto eine höchst brauchbare Form des DDT hatten. Sie lagerte bis zum Schluss des Krieges ungenutzt in den Depots der Zahlmeister, bis ein Wechsel in der Person des obersten Wehrmachtshygienikers dem Russla-Spuk ein Ende machte. Genau wie auf Führerbefehl (!) Morell noch eine Fabrik zur Herstellung eines Sulfonamides aus der Produktion der (jüdischen) Firma Katz und Co. in Budapest, mit der er seit langem engste Verbindung unterhielt, im Herbst 1944 zugewiesen wurde. Dabei war Hitler genau bekannt, dass dieses Mittel von der Leipziger Fakultät als unbrauchbar, ja, nervenschädlich beurteilt war und wir im Reich gerade hinsichtlich der Sulfonamide führend waren. Professor Brandt sagt in seinen Niederschriften: "Morell konnte Hitler tatsächlich bitten, um was er wollte, es wurde ihm praktisch alles nicht nur genehmigt, sondern der gesamte Staatsapparat in Bewegung gesetzt, um die Wünsche zu erfüllen. Es wurden für Morell gesetzliche Ausnahmebestimmungen getroffen, wie sie bei anderen undenkbar gewesen wären." DAS ALLEIN GENUEGTE SCHON FUER EINEN ERFAHRENEN ARZT – dafür war Brandt leider noch zu jung –, ZU ERKENNEN, WO DER HASE IM PFEFFER LAG. DA KONNTE ES EIGENTLICH NUR EINEN GRUND GEBEN: DIE ABHAENGIGKEIT DES SUECHTIGEN VON SEINEM ARZT... Wie kam der mittellose kleine Landarzt Morell plötzlich 1919 nach Berlin in eine Luxuspraxis am Kurfürstendamm?... Wie konnte er sich als Facharzt ausgeben, obwohl er nicht einen Tag klinischer Ausbildung in der gewählten Disziplin nachweisen konnte?... Im deutschen Fernsehen wurde anlässlich der 25. Wiederkehr der Zerstörung Dresdens mit den einstigen Fliegerassen über den verlorenen Luftkrieg debattiert. Galland und Steinhoff gaben dabei als Grund, dass es versäumt wurde, den Messerschmitt-Düsenjäger in Serie gehen zu lassen, an, dass Hitler sich auf das Urteil Morells berufen habe, der als Arzt erklärt habe, solche Flugzeuge könne der Mensch gar nicht beherrschen. Dabei hatte Galland das Flugzeug längst mit Erfolg ausprobiert. Also der angeblich so unpolitische Herr Morell schaltete sich in so wichtige militärpolitische Fragen ein. Dabei hatte er doch nicht die geringste ärztliche Qualifikation zu solchem Urteil... Genau wie in der Russla-Pulver-Affäre ein weiterer Vorfall, der zeigt, wie geschickt Morell die deutsche Leistungskraft zu treffen vermochte und hier sogar entscheidend." Soweit zu den weitergehenden verdienstvollen Untersuchungen von Dr. Roehrs. Ich füge nur noch an, was Pauwels und sein jüdischer Mitarbeiter Jacques Bergier zu der kriegsentscheidenden Katastrophe von Stalingrad zu sagen haben: "Hitler war überzeugt, dass überall dort, wo er vorrückte, die Kälte zurückweichen musste (wer gab ihm diese Gedanken ein, wenn nicht die Gruppe Haushofer-Morell, sagen wir heute). Diese mystische Ueberzeugung erklärt zum Teil die Art, wie er den Feldzug in Russland führte... Der Winter würde vor seinen Legionen, den Trägern der Flamme, zurückweichen. Und während der Führer der Ausrüstung seiner Truppen sonst ganz besondere Aufmerksamkeit widmete, vernachlässigte er sie dieses Mal vollkommen... Im Dezember 1941 fiel das Thermometer plötzlich auf mehr als vierzig Grad unter Null. Die Voraussagen waren falsch gewesen... Hitler weigerte sich, an diesen ersten Zwiespalt zwischen Mystik und Realität zu glauben. General Guderian riskierte die Absetzung und vielleicht sogar den Tod, als er ins FHQ flog, um dem Führer über die Lage Be-

richt zu erstatten und um einen Rückzugsbefehl zu bitten. "Die Kälte ist meine Sache", erwiderte Hitler, "greifen Sie an!"" Und wem dieses alles noch nicht genügt, dem sei noch gesagt, dass DIE ALLIIERTEN BIS HEUTE EINE VEROEFFENTLICHUNG DER AUSSAGEN MORELLS VERBOTEN HABEN, DASS SIE EINEN AMERIKANISCHEN OBERSTEN VORS KRIEGSGERICHT BRACHTEN, ALS ER DIESE AUSSAGEN DEUTSCHEN ZUR EINSICHT VORLEGTE. Dieses letztere ist für uns genügend, um zu behaupten, dass hier die unschlagbaren Beweise der Welt vorenthalten werden, denen zufolge Hitler aus der schweren Verantwortung für die folgenschweren Fehler seit Beginn des Russlandfeldzuges zu entlassen ist. Diese Unterlagen gehören in die Hände eines Dr. Roehrs. Wir sind der Ueberzeugung, dass hier mit Erfolg unternommen wurde, einen Menschen so zu dirigieren, dass er alles wieder einreissen musste, was er Unerhörtes geschaffen.

Diese "Vergiftung" Hitlers aber, sei es durch ihm eingegebene mystisch-chiliastische Vorstellungen oder durch Medikamente, wie es nahezu bewiesen vor uns liegt, hatte besonders katastrophale Folgen über das Kriegsende hinaus insofern als infolge der völlig irrealen Siegeszuversicht bis zum letzten Augenblick nichts unternommen wurde, Werte in die Zukunft zu retten. Das trifft auf allen Ebenen zu. Alles wurde dem Feind preisgegeben, nicht nur sämtliche Geheimwaffen, sämtliche unermesslichen technischen, physikalischen, chemischen Erfindungen auf allen Gebieten. Vor allem auch war das Volk in allen seinen Berufsschichten, vom Diplomaten bis zum Handarbeiter, bar aller Richtlinien, bar aller Warnungen vor den zu erwartenden Uebergriffen und Eingriffen von einem Tag auf den anderen sich selbst überlassen. Sie hatten niemals etwas von Abhörvorrichtungen gehört, als sie in die Gefängnisse und Zuchthäuser geworfen, nichts von Spitzeln, als sie in die Internierungslager gepfercht wurden. Sie verloren im psychologischen Krieg, für den niemand der Verantwortlichen sie vorher vorbereitet hatte, völlig den Halt. Erst nach der militärischen Kapitulation wuchs der Verrat daher ins Gigantische und machte alle bisherigen Opfer sinnlos. Niemand hatte das deutsche Volk auf die Niederlage vorbereitet und für den Einzug des Feindes geschult. Das erst führte zur eigentlichen Katastrophe. Nirgends waren auch nur die allergeringsten Ansätze für eine noch so rudimentäre geistige Auffangstellung. So konnte es geschehen, dass das Deutsche Volk überhaupt nicht begriff, DASS DER KRIEG WEITERGING, ja, dass er eigentlich sogar erst 1945 begann! Man meinte, die Geschichte wäre an ihrem letzten Tage angelangt. Man sprach von "Stunde 13" und es war Null Uhr morgens. Man nahm zur Kenntnis, dass dieser oder jener zum "Minderbelasteten" erklärt wurde und ihm damit jede gehobene Stellung in der Wirtschaft versperrt wurde. Man nahm das als Abschluss, als "Strafe" für den verlorenen Krieg. Aber man übersah, dass diese Massnahme doch nur durchgeführt wurde, um Platz zu machen für Andere! Die Neubesetzung der Kommandostellen war das Eigentliche. Man merkte überhaupt nicht, dass es noch Kommandostellen gab. So etwas hielt man für abgeschafft. So wurde nach der militärischen Kapitulation ein zweiter, viel entscheidender Krieg erst in den Jahrzehnten nach 1945 verloren. Diese Niederlage ist für viele äusserlich heute verkörpert in dem, was mit dem Namen Brandt die Tageszeitungen füllt. Solange man nicht erkennt, dass wir noch immer mitten im Kriege stehen, hat aber der Feind ein leichteres Spiel, als er es ohnehin schon dank seiner technischen Ueberlegenheit seit 1945 hat. Die Jugend muss aufhören, gegen Windmühlenflügel zu kämpfen, muss die eigentlichen Fronten erkennen. Man ist dabei, einen weltweiten Sklavenstaat zu errichten. Es ist die Aufgabe der Jugend, dieses zu verhindern, es ist die Aufgabe der Aelteren, die Jugend darüber zu informieren. Das ist die viel zi-

tierte Bewältigung der Gegenwart.

In anderer Weise wurden die gleichen Jahre damals für Hitler entscheidend, als er durch die Zusammenkunft der russischen Exilierten 1922 in Bad Reichenhall Kenntnis erhielt von den Protokollen der Weisen von Zion. Diese waren bis dahin bereits etwa zwei Dezennien hindurch der russischen Regierung und der Ochrana bekannt, gelangten aber erst nach dem I. Weltkrieg, als Folge des jüdischen Sieges in Moskau und der damit verbundenen Flucht vieler russischer führender Persönlichkeiten zur Kenntnis breiterer Schichten in Europa und Amerika. Ein sich jahrelang hinziehender Prozess in Basel sollte die Fälschung dieser Protokolle beweisen und massgeblichen Russen wurden Riesensummen von dem New-Yorker Rechtsanwalt Schlossberg angeboten, wenn sie eine solche Fälschung vor Gericht zugeben würden. Das Judentum sah (und sieht) sich in diesen Protokollen in seinen weltpolitischen Zielen so klar erkannt, dass es mit allen Mitteln versuchen musste, diese Blosslegung seiner Absichten als Fälschung zu deklarieren. Heute, da grösste Teile des jüdischen Programms verwirklicht, weitere Teile allen sichtbar in Ausführung sind, ist es bereits absurd geworden, von einer "Fälschung" zu sprechen. In erster Linie war es das Verdienst des russischen Obersten Winberg, die Protokolle in Deutschland bekannt gemacht zu haben. Er veröffentlichte zunächst Teile davon in einer Zeitschrift "Das Licht" 1919 in Berlin und brachte sie ein oder zwei Jahre später in Buchform in deutscher Sprache heraus. In unabweislicher Logik beschrieben seine Veröffentlichungen die jüdischen und freimaurerischen Hintergründe der russischen Revolution und aller ihr in Europa im letzten Jahrhundert vorangegangenen. 1920 brachte er erneut in München die Protokolle heraus. Angeklagt wurde er damals in Berlin weil er beabsichtige, zusammen mit seinem Freunde Chabelski-Bork den führenden Freimaurer Meliukof ermorden zu wollen, und den Freimaurer Nabokov, ehemaligen Gesandten Kerenskis in London, ermordet zu haben. Er flüchtete darum nach Frankreich in das Haus seines Freundes, des Grafen Ignatief (vorher unter dem Einsatznamen Istomine im russischen zaristischen Geheimdienst tätig), und starb Anfang 1927 in Paris. Wie gesagt, wurde durch diese Tätigkeit das Wissen von den Protokollen in der übrigen Welt allgemein. Nach der Bibel sind die Protokolle das Buch mit der höchsten Weltauflage geworden. Eines der ersten Dekrete Kerenskis stellte bezeichnenderweise den Besitz dieses Buches unter Todesstrafe! Auf der erwähnten Tagung in Reichenhall wurden die Juden und die Freimaurer als die wahren Schuldigen für die antichristliche Rebellion in der Welt und die daraus resultierenden Kriege festgestellt. Noch heute sind die Protokolle als Schlüssel für das Verständnis unserer Zeit unersetzbar. Im besetzten Deutschen Reich werden sie unter besonderen Schutzmassnahmen vom Vater auf den Sohn und von Freund zu Freund weitergereicht.

Die Ochrana war die einzige Geheimpolizei einer europäischen Regierung, die deren Schutz ausdehnte auf die eigentlichen Fronten unserer christlichen abendländischen Gesellschaft. Sie hat bis heute – auch nicht im Dritten Reich mit dem SD – keinen ebenbürtigen Nachfolger gefunden. Es ist dieses Fehlen einer wirksamen staatlichen Schutzorganisation wesentlich verantwortlich für das ungehinderte Vorrücken der Subversion, mag man sie als Zionismus, Warrenrevolution oder Bolschewismus bezeichnen. Die Auslands-Ochrana (nicht zu verwechseln mit der im Inland tätigen Ochrana) teilte sich in vier Hauptabteilungen:

1) Antirevolutionäre und antinihilistische Tätigkeit.
2) Kulturabteilung, die mit der Steuerung von Literatur, Zeitungen, Schriftstellern durch finanzielle Unterstützung derselben ein Ge-

gengewicht gegen Nobelpreis- und andere subversive Stiftungen schuf und weit über den russischen Bereich hinaus überhaupt erst die Möglichkeit für unzählige wertvolle Veröffentlichungen brachte, die anderweitig niemals das Licht des Tages erblickt hätten.
3) Militärisches.
4) Wirtschaft und Finanzfragen. Auch auf diesem Feld fand eine Beratung der russischen Regierung statt, die aus dem zaristischen Russland, wie wir bereits hörten, ein wehr wirksames Bollwerk gegen die Zerstörung der Gesellschaft machte.

Der Chef der Ochrana - und das ist ebenfalls wichtig - bestimmte, welche der einzelnen Abteilungen einen Fall zu bearbeiten habe. So ergab sich als Gegengewicht zu einer etwaigen Spezialisierung eine analytische Zusammenfassung in der Spitze und eine Koordination des Gesamtapparates, wie sie bekanntlich in den meisten anderen Nachrichtendiensten fehlt.

*372 - Vgl. Walter Kolarz, "Die Nationalitätenpolitik der Sowjetunion", der in ausführlicher Form diese völkervernichtenden Taktiken, die auf der ganzen Welt heute ausgeübt werden, behandelt.

*373 - W. Biehahn in der Zeitschrift "Osteuropa", Oktober 1935, S. 493.

*374 - Hierzu sehr ausführlich und belegt Emanuel Sarkisyanz, "Russland und der Messianismus des Ostens", Tübingen 1955.

*375 - Alle hier wiedergegebenen Zitate aus dem erwähnten Werk von Sarkisyanz.

*376 - Aus den Memoiren des Marschalls der Sowjetunion G. K. Schukow.

*377 - Es liegt uns nahe, in diesem Zusammenhang die dauernden Warnungen Moskaus vor einer "deutschen Revanchepolitik" zu erwähnen. Die mit dem Ende des II. Weltkrieges erreichten Grenzen nicht anerkennen, bedeutet nach Moskauer Auffassung ein Spiel mit dem Feuer. Man stellt sich damit auf den Standpunkt, dass eine Aenderung der polnischen Besetzung von Ostdeutschland und der tschechischen Besetzung des Sudetenlandes nur mit militärischen Mitteln erfolgen kann. Man schliesst die Möglichkeit einer einsichtigeren Haltung der Weltmächte in diesen Fragen von vorneherein aus und meint, Deutschland erneut einmal einen Krieg aufzwingen zu können, um seinen Siedlungsraum wiederzugewinnen. Man darf jedoch nicht die Möglichkeit ausschliessen, dass nicht auch Moskau aus ebensolchen rein egozentrischen Gründen zu der Erkenntnis kommt, dass mit dem deutschen Volk ein stärkerer Freund gewonnen werden kann, als es die derzeitigen Satelliten darstellen. Das allerdings setzt zunächst einmal eine sittliche, völkische Erholung eben dieses deutschen Volkes voraus. Nicht also von aussen kann den Deutschen ein solches Geschenk gemacht werden, sie müssen es im eigenen Hause suchen.

*

POLEN

Die antizionistische Haltung der Regierung Gomulka blieb auch in diesen Jahren die gleiche wie bisher. Es wanderten bis September 1969 etwa 5 000 Juden aus, die sich als Zionisten mehr denn als Polen fühlten. Das ist etwa ein Viertel der jüdischen Bevölkerung Polens im Jahre 1968. Von jüdischer Seite wird dazu betont, dass es sich nicht um eine freiwillige Auswanderung gehandelt habe, sondern um eine "Judenvertreibung" (*378). Man hat den Betroffenen keine Arbeit mehr gegeben, hat sie von Studien ausgeschlossen usw. Lediglich solchen Personen, die in wichtigen Staatsstellungen gewesen sind, ist eine sofortige Ausreise verboten. Sie wurden pensioniert und dürfen erst nach einer fünfjährigen Pause das Land verlassen, wobei man annimmt, dass sie dann nicht mehr als Geheimnisträger schädlich werden können. Auffangstationen für die Vertriebenen wurden sofort in Wien und Stockholm eingerichtet, sodass keine Elendssituationen entstehen konnten, wie dieses im Falle der Palästinenser der Fall ist. Mit dem Verlassen Polens verlieren die Fortgehenden die polnische Staatszugehörigkeit.

In unserer Sicht ist es mit dieser Haltung nicht vereinbar, wenn im übrigen Polen innerhalb der Ostländer dadurch von sich reden macht, dass es supranationalen Strömungen den unbedingten Vorrang geben möchte. So steht es in Widerspruch zu zentrifugalen Bestrebungen, wie sie in der Tschechoslowakei und in Rumänien zum Ausdruck kamen, und hält Breschnew unbedingt die Stange. (*379)

Naturgemäss lastet in besonderer Weise auf dem Staat in seiner heutigen Verwaltungsform die Tatsache, dass deutsche Provinzen polnisch besetzt sind. Und man weiss auch zu gut, dass weder die DDR noch die BRD legitimiert sind, über diese zu verfügen, da beide illegitime Produkte der Siegermächte darstellen und das Deutsche Reich als Völkerrechtssubjekt weiterhin besteht, obwohl ihm völkerrechtswidrig 1945 ein Funktionieren seiner Organe unmöglich gemacht wurde, zum Teil durch offenen Mord, wie es mit den Richtern des Reichsgerichts geschah. So ist es immer nur eine kurzfristig wirkende Beruhigungspille, wenn Polen wünscht, "dass die BRD die Oder-Neisse-Linie anerkennt, auf ihren Alleinvertretungsanspruch verzichtet und ihren Atommachtehrgeiz zurückstellt". Auf solcher Grundlage könne dann eine "Normalisierung der Beziehungen der europäischen Völker untereinander" eingeleitet werden.

---

*378 – Erklärung polnisch-jüdischer Emigranten, veröffentlicht Juli 1969 in der "NZZ".

*379 – Es würde auch gar nicht in solches herzliches Einvernehmen passen, wenn an Katyn erinnert würde. So hat denn auch die USA-Regierung ganz im Interesse ihrer eigentlichen Freunde die Aufführung eines Films verboten, der seinerzeit von der Ermordung der 14 000 polnischen Offiziere gedreht wurde, um Stalin eine Beweisunterlage für die Ausführung seines Befehls zu liefern. ("WO", 15.8.69, S.4.)

*

DIE TSCHECHOSLOWAKEI

Die Tschechoslowakei bewies in diesen Jahren, dass es die Völker im kommunistischen Machtbereich nicht besser haben als im kapitalistischen. Nur die eine Beobachtung muss gemacht werden: dass der Kampf gegen die Seele der Völker im Osten noch nicht zu der katastrophalen Nivellierung geführt hat wie im Westen. Der Henker war doch nicht so wirksam wie die Pornographie. Man fahre nur einmal mit der S-Bahn durch das zweigeteilte Berlin: Apathisch sitzen die Fahrgäste in den Wagen im Westen, an nichts interessiert, höchstens eine obszöne Illustrierte vor sich, während mehr als die Hälfte aller Passagiere im Osten in ein Buch vertieft ist.

Wir schlossen in unserer vorigen Darstellung mit der Bemerkung: "Zwischen den orthodoxen Forderungen Moskaus und der liberalen Opposition laufen Dubcek und seine Mitstreiter Gefahr, zerrieben zu werden." Sie wurden es, und zwar schon sehr bald. Dubcek wurde beschuldigt, "das Land in eine politisch ausweglose Situation geführt und die Beziehungen zur Sowjetunion gestört zu haben" und als Generalsekretär der KP abgelöst. Es half den Tschechen wenig, dass sie am 21. August 1969, ein Jahr nach dem Einrücken der Sowjettruppen ins Land protestierten, und den Tag zum Volkstrauertag stempelten. Die Bevölkerung erschien in schwarzen Kleidern, die Männer mit schwarzer Krawatte auf der Strasse. Alles ging langsam zu Fuss zur Arbeitsstätte, Verkehrsmittel wurden gemieden, kaum ein Wort gesprochen, Geschäfte und Kaffeehäuser nicht betreten, Zeitungen nicht gekauft. Bis dann genau um 12 Uhr sich die Menge auf dem Wenzelplatz konzentrierte und in Sprechchöre ausbrach: "Dubcek, Dubcek!" und "Russen raus!" und ein Hupkonzert einsetzte, dem sich bald alle Autos in den Prager Strassen anschlossen, vereint mit den Sirenen der Fabriken. Polizei, die daraufhin mit Tränengasbomben einschritt, erreichte die Räumung des Stadtzentrums in 40 Minuten:



Kommentar der "Sueddeutschen Zeitung" zum Einmarsch der Sowjetrussen in die Tschechoslowakei: "Sag, dass du mich gerufen hast!".

2 Tote und 23 Verwundete. Es war dennoch nicht so grausig wie das, was 1945 im gleichen Prag geschah. Damals, als die heute von "deutschen" Zeitungen so gepriesenen Herren "Held" Smrkovsky und Präsident Svoboda sich als Massenmörder an Deutschen betätigten, und als ein Mordhetzer im Prager Rundfunk fünf Tage lang zum Massenmord an deutschen Frauen und Kindern aufforderte. Es war niemand anders als der Herr Fürst Svarcenberk, der dann für seine Verdienste von der Bonner Regierung als Staatsgast eingeladen und belohnt wurde.(*380) Mörder unter sich, kann man daher doch wohl nur zu dem sagen, was heute in Prag geschieht.

Die Wirtschaftsentwicklung, schwer gestört durch diese Vorgänge und durch so manche nicht laut werdende Sabotage, erschwert die Beruhigung der Gemüter. Denn die Löhne stiegen im ersten Vierteljahr 1969 um 15 Prozent an, Preiserhöhungen zwischen 5 und 58 Prozent wurden im Mai 1969 dekretiert, Inflation heisst das Schreckgespenst, denn das Warenangebot kann die erhöhte Nachfrage nicht mehr decken. In gerader Umkehrung der Vorwürfe gegen Dubcek kann man meinen, dass erst jetzt das Land "in eine politisch ausweglose Situation geführt wird", in eine Lage, in der supranationale Integration als Ausweg für eine verbotene Eigenentwicklung der Nation angeboten wird. Eben erst hat man die Notbremse gezogen und Slowaken und Tschechen ihre eigenen Parlamente gegeben, da erhält auch schon die Kommunistische Partei den Befehl, "als internationale Kraft beide Nationalitäten zu einen und jegliche u n g e s u n d e nationalistische Strömung oder Isolierungstendenz zu überwinden". Der Osten belegt also ganz genau die gleichen Tendenzen mit Schimpfworten, wie es im Westen der Fall ist. Der Osten ist so deutlich nach wie vor ein geistiges Kind New Yorks. Für die eigentlichen Herrscher unserer Welt ist Nationalismus etwas Verwerfliches, Anachronistisches, Hemmschuh auf dem Wege zum weltweiten Gefängnis der Völker. Niemals werden sie daher sich gegenseitig in den Arm fallen, wenn ein Volk gezüchtigt werden muss, weil es erst an sich und dann erst an die sogenannte Menschheit dachte.

Ganz auf solcher supranationalen Ebene trifft man sich daher natürlich auch leicht mit der BRD. Diese zahlt dann auch 7,5 Millionen DM für "Wiedergutmachung" an Bürger der Tschechoslowakei, das heisst an die Kroupa und Genossen. (Verehrter Leser, fragen Sie bei Sudetendeutschen an, was damit gemeint ist.) Und dpa, 30.10.69, fügt vielversprechend hinzu: "Man nimmt an, dass diesem Abkommen weitere ähnliche mit anderen Ländern des Ostblocks folgen werden." Die Vertreibung wird also gut honoriert, und das im "Jahr der Menschlichkeit".

---

*380 – Es darf daher noch einmal auf die Romantrilogie von Olga Barényi hingewiesen werden. "Das Tote Geleise", Kismet Verlag, 8 München 80, Possartstrasse 7. DM 18,80.

*

JUGOSLAWIEN

"Der Kommunismus verliert keine historischen Schlachten, sondern den Kampf gegen die Geschichte selbst", und das "obwohl oder gerade weil er glaubte, die Gesetze der Geschichte erkannt zu haben". Diese Sätze findet man in dem Buch des Altkommunisten und jugoslawischen Partisanen-Generals Milovan Djilas, "Die unvollkommene Gesellschaft". Dabei bezieht sich Djilas nur auf die Tatsache, dass "das Opfer, das Russland für die Freiheit aller Menschen (mit der Oktoberrevolution) brachte" inzwischen sinnlos wurde, "da nunmehr nichts geblieben ist als stereotype Phrasen, die kaum die Blössen der einstigen Revolutionäre und ihrer Söhne und Enkel bedecken. Menschen, die sich längst in Angehörige der privilegierten Schicht der Parteibürokratie verwandelt haben." Wenn aber aus dem Fanal der Freiheit nichts anderes wurde als "die Unterordnung der ausländischen revolutionären Bewegungen unter die russischen Grossmachtinteressen", was berechtigt dann noch zu der nur unter dem einstigen herrlichen Ideal eines sozialistischen Weltstaates unter Tito erneut geformten Vereinigung verschiedenster Völker in dem Freimaurerprodukt Jugoslawien? Ist schon die Idee eines Weltkommunismus historisch gesehen absurd, so ist ein Staat, der n u r einzig und allein von dieser Idee her seinen Zusammenhalt hätte finden können, genauso absurd. So muss mit der Erkenntnis eines Djilas auch der jugoslawische Föderalismus das Ende seiner Tage vor sich sehen.

Es wirkt wie ein Hohn auf die Einzwängung der Kroaten in ein solches Jugoslawien, wenn der jugoslawische Aussenminister Tepavac vor dem Bundesparlament in Belgrad im Juli 1970 verkündet, "dass alle Länder ein gleiches und unverfälschtes Recht auf volle Souveränität und Unabhängigkeit haben, auf gerechte Behandlung in internationalen Beziehungen, auf freie Wahl der Wege der inneren Entwicklung und der Formen der internationalen Verbindungen und der Zusammenarbeit". Man ist in Agram keineswegs der Meinung, dass solche Worte nur Theorie bleiben dürfen. Kroatien hatte in den jugoslawischen Nationalitätenrat den stellvertretenden Präsidenten des Bundesparlaments, Milosch Djanko, entsandt. Als dieser jedoch zentralistische Artikel in der Zeitschrift "Borba" veröffentlichte, da entzog ihm der Zentralrat der kroatischen Partei das Abgeordnetenmandat, "weil wir von derartigen Unionisten nicht in Belgrad vertreten werden können". Damit ist erneut das Stichwort von der kroatischen Unabhängigkeit gefallen. Noch im Vorjahre gelang es Tito, gleichen Lebenswillen im slowenischen Laibach zu ersticken. Er wird es mit Kroatien nicht so leicht haben. Mag ihm das weltbürgerliche Temperament der "Politika" mit ihrer hohen Auflage beim Abtun "anachronistischer" nationalistischer Strömungen ("die sogar einen klerikalen Anstrich haben"!) zur Seite stehen (und gerne gegen derartige Hilfe die Erlaubnis zur Wiedergabe kapitalistischer Wirtschaftsideen einhandeln), es bleibt dennoch eine Frage, ob der auf den neuen Autostrassen hereindringende Touristenstrom aus dem funktionalisierten Westen für die herrliche Hügellandschaft Kroatiens genügend zersetzende Giftstoffe heranschafft, um auch hier Gott und die Natur mit klingender Münze ersticken zu können.

Wir dürfen vor allem nicht vergessen, dass von Anfang an die Liebe des Mütterchen Russland zu einem kommunistischen Jugoslawien nicht gerade erhebend war. Wir erinnern (Hagen, "Geheime Front", S. 227): "In der Nacht vom 5. auf den 6. April 1941 wurde in Moskau ein Freundschaftsabkommen unterzeichnet... Die Sowjetunion verpflichtete sich nicht nur zur Neutralität, sondern zu einer wohlwollenden Haltung gegenüber Jugoslawien. Um so unbe-

greiflicher mag es später für die jugoslawischen Vertragspartner gewesen sein, dass der Kreml im entscheidenden Augenblick nicht den geringsten Versuch machte, Jugoslawien gegen den Angriff der deutschen Truppen zu unterstützen. Nicht einmal moralischer Beistand wurde geleistet... Am Sonntag den 13. April, erschien der Diktator (Stalin) überraschend zur Verabschiedung des japanischen Aussenministers Josuke Matsuoka auf dem Bahnhof, trat auf den deutschen stellvertretenden Militärattaché Oberst Hans von Krebs zu und sagte zu ihm, indem er ihm den Arm um die Schulter legte, die berühmt gewordenen Worte: "Wir werden immer Freunde bleiben, nicht wahr?" Einen Monat später wurde Gavrilovic (der jugoslawische Gesandte) ins sowjetische Aussenkommissariat gerufen, wo ihm Wyschinski mitteilte, die Sowjetunion sehe seine Mission als beendet an, da Jugoslawien die Souveränität verloren habe."

Gleich aufschlussreich für die Politik Russlands ist ein Aufsatz des damaligen stellvertretenden jugoslawischen Ministerpräsidenten Eduard Kardelj in der "Nova Jugoslavija" im April 1944, aus dem hervorgeht, "dass die Kommunisten ihren Widerstand erst begannen, als der Krieg im Osten ausgebrochen war. Mit Hitlers Ueberfall auf die UdSSR änderte sich die politische und militärische Situation in der ganzen Welt so grundlegend, dass auch in unserem Lande die Bedingungen für einen allgemeinen Volksaufstand reiften." (Zit. bei Hagen, S.245.)

Ist das Augenmerk im Westen auch mehr auf die Problematik des katholischen Kroatiens gerichtet, so ist die Eigenständigkeit der Mohammedaner in Bosnien/Herzegowina (1 300 000), im Sandschak (100 000) und in Montenegro (100 000), die sich trotz des 1944/45 versuchten Genocidiums nicht ausrotten liess, weiterer Anklagepunkt gegen die Befürworter eines jugoslawischen Staates. Der Lage versucht man Herr zu werden, indem man den Begriff des Moslem umzufälschen sucht in einen rein ethnischen. Nicht die an der Wiege stehende religiöse Ueberzeugung, sondern äusserliche Kennzeichen sollen heute bestimmend sein. Avdo Hums, ehemaliger Vizepräsident Jugoslawiens und Mitglied des Bundesrats, drückt dieses Wunschbild so aus: "Es ist vielleicht der einzige Fall in der Geschichte, wo mit der Zeit ein religiöses Konzept zum unterscheidenden Merkmal eines Volkes wurde. Das brachte viel Konfusion mit sich, da selbst Wohlmeinende aus dem Ausdruck schlossen, dass die Moslems eine religiöse Gruppe seien und nicht mehr. Das hatte unglückliche Folgen, denn es erlaubte reaktionären, undemokratischen Kräften, eine theoretische Grundlage für die Aberkennung nationaler Individualität der Moslemgemeinschaft zu schaffen."

"Der Ausdruck hat vielmehr im wesentlichen einen völlig anderen Sinn, obwohl er zu bestimmter Zeit eine festumrissene religiös-ideologische und politische Haltung gegenüber den benachbarten Gemeinschaften ausdrückte und trotz der Tatsache, dass die Religion zweifellos eine wichtige Rolle bei der Formung der Mentalität und der kulturellen Tradition der Moslembevölkerung spielte und dass Hand in Hand mit diesem Glauben eine gewisse philosophische und wissenschaftliche Selbsterkenntnis und Weltanschauung ging. Nach und nach jedoch, wurde das religiöse Element schwächer und ein rationelles, säkulares Element begann Platz zu ergreifen von der Moslempsyche und dem Moslemgewissen, indem es die Idee des Islam ausfüllte mit einem neuen Inhalt, der die soziale, wirtschaftliche und politische Situation der Moslemgemeinschaft widerspiegelt." So soll nach Meinung dieses Parteigenossen das Wort Moslem nur noch eine gesellschaftliche Vokabel sein, bar ihres ursprünglichen religiösen Gehalts.

Alle diese Worte aber deuten darauf hin, dass es den 14 Männern des

Exekutivbüros der jugoslawischen kommunistischen Partei ernst damit ist, die zentrifugalen Kräfte nationalistischer und religiöser Provenienz mit der Straffung eines reformierten und verjüngten Parteiapparats zusammenzuhalten. Kommt damit aber nicht erneut der eingangs wiedergegebene Vorwurf eines Djilas ins Rampenlicht der Ereignisse? Kann überhaupt eine zur Entseelung aufgerufene Welt mit Parteikadern (oder andernorts mit Technologen) Menschen g l ü c k l i c h machen?

*

UNGARN

"Das ungarische Volk muss dem sowjetischen Brudervolk und seiner Armee ewig dankbar sein für die grossen Opfer, die sie in den Kämpfen um die Befreiung Ungarns von den Deutschen gebracht haben." Nicht nur in Anwesenheit Leonid Breschnews, sondern auch Husaks, Walter Ulbrichts und Cyrankiewiczs sprach diese grossen Worte gelassen der ungarische Verteidigungsminister Czinege aus Anlass des "25. Jahrestages der Befreiung" im April 1970 aus. Die bisher grösste Truppenparade Ungarns mit anschliessendem Umzug der Jugendgruppen bildete den fahnengeschmückten lauten Hintergrund. Dann ergriff Breschnew das Wort und betonte, "dass die sozialistischen Länder in keiner Form nationale Interessen anerkennen dürfen, die auf Kosten der internationalen Interessen des Sozialismus gehen". Es war der östliche Abklatsch der im Westen geforderten Integration.

Wie weit die "internationalen Interessen des Sozialismus" dabei gehen, zeigt die verbogene Entwicklung des Landes. Ungarn wurde gezwungen, überzuindustrialisieren. 1968 waren 48 Prozent der staatlichen Investierungen für die Industrie bestimmt. Diese aber wurde so aufgebaut, dass Unabhängigkeit von Russland zum Phantom wird. Obwohl genügend Kohle im Lande selbst, wird alles abgestellt auf Gas- und Petroleumlieferungen aus Russland. 1970 wird eine weitere Pipeline gelegt, die die neu zu errichtende chemische Industrie zu versorgen hat, und deren Kosten auf eine Milliarde Florint geschätzt werden. Schneidet die Sowjetunion diese Zufuhren ab, so steht von einem Augenblick zum anderen mehr als die Hälfte der ungarischen Industrie still. Ungarn k a n n daher garnicht so handeln wie etwa das autarkere Rumänien.

Die Landwirtschaft wird dagegen bewusst vernachlässigt. Sie weist für 1969 eine Zuwachsquote von ganzen 1 bis 2 Prozent auf. Zur Erntearbeit wird mehr denn je die Stadtbevölkerung, das heisst die Industriearbeiterschaft, herangezogen. Das alles ist dabei Teil einer Wirtschaftspolitik, die seit Anfang 1968 unter dem Motto einer Wirtschaftsreform vor sich geht und marktwirtschaftliche Grundsätze in Antwort auf die scharfen Kritiken an marxistischen Experimenten auf ihre Fahnen schreibt. Denn "auf dem Gebiet der Ideologie besitzt der Marxismus in Ungarn immer noch keine Monopolstellung" trauert ZK-Sekretär György Aczel im Oktober 1969. Doch ist es mit der Aenderung der Formen nicht getan. Der Westen kennt in seiner Marktwirtschaft genau die gleichen Antreiber zum überstaatlichen Fortschritt wie der Osten

mit seinem sozialistischen Arzneischrank.

Man weiss auch ganz genau, im Osten wie im Westen, dass die biologischen Fragen an erster Stelle stehen. All den grossen Worten von Förderung der Volksgesundheit stehen hüben wie drüben die nackten Tatsachen entgegen. Diese aber besagen für Ungarn, dass 1956 der jüdische Gesundheitsminister Hegedues den Erlass 1047/1956 verabschiedete, welcher die Innung der ungarischen Aerzte zur Unterbrechung der Schwangerschaft an allen jenen Mädchen und Frauen verpflichtet (!), die einen solchen Eingriff wünschen. Damit aber dieser auch gewünscht werde, wird eine unerträgliche Wohnungsnot herbeigeführt. Die Bautätigkeit wird vernachlässigt, noch 1969 spricht man von einer Verteuerung der Baukosten um 12 Prozent. Nur die Riesenbauten der von den Russen benötigten Schwerindustrie gehen voran. Das entsetzliche Ergebnis sind 2 Millionen Schwangerschaftsunterbrechungen in 10 Jahren bei einem Volk, das 10 Millionen Seelen zählt! Kein einziges internationales Gremium beschäftigte sich je mit diesem Genocidium. So, wie die "christliche" Welt tatenlos der ungarischen Volkserhebung 1956 zusah, übergeht sie auch diese Tatsachen und beschäftigt sich lieber mit den Lügen über Rhodesien oder Griechenland in ihren Zeitungen und Fernsehapparaten.

*

RUMAENIEN

Eben aus den besonderen religiös-rassischen Urgründen und den daraus folgenden weltpolitischen Absichten heraus ergibt sich, dass der Zionismus zwei voneinander völlig verschiedene Gegner vor sich hat: Sowohl nämlich diejenigen, die (wie die Freimaurerei) alles Völkische als "faschistisch" ansehen und es mit Stumpf und Stiel daher auszurotten trachten, als auch diejenigen, die ihr eigenes Volkstum als höchsten Wert ihres Daseins erhalten wollen und daher vom Weltzionismus gefährdet sehen. Echte, "ewige" Freunde kann der Zionismus daher ausserhalb seiner Reihen eigentlich nicht haben. Es kann ihm höchstens gelingen, für gewisse Zeit aus pragmatischen Gründen Bundesgenossen zu finden (wie es ihm mit der Freimaurerei bislang geschah), oder aber seine Endziele zu verschleiern. Beides spielt sich heute in Rumänien ab, dem einzigen Lande des Sowjetblocks, welches enge wirtschaftliche Beziehungen zu Israel aufrechterhält und noch weiter ausbaut.

Rumänien gewann vor allem die "amerikanische" Freundschaft, als es ganz im Gegensatz zu Moskau (dessen Einverständnis Ceausescu allerdings wenige Tage vorher im Kreml persönlich einholte) im "6-Tage-Krieg" eine "unabhängige" Position einnahm, das heisst, Israel das notwendige Oel für seine Kriegsmaschine lieferte. Haushoch schlugen dann die Wellen der rumänisch-amerikanischen Freundschaft mit dem Besuch Nixons in Bukarest im Juli 1969. Man sprach von einem "Wendepunkt in den Ost-West-Beziehungen", (wieder einmal) von dem "Aufweichen des Kommunismus". Man meinte, Rumänien ins westliche Lager hinüberziehen zu können.

Doch, ein solches Unterfangen hätte nicht nur das Rad der Weltge-

schichte zurückdrehen müssen, es hätte auch eine völlige Aenderung der Absichten bei den eigentlichen Herrschern im Westen vorhergehen müssen. Denn diese waren es ja, die überhaupt erst Rumänien seinerzeit ganz gegen seinen Willen in die östliche Welt eingliederten und ihm die Zugehörigkeit zur westlichen verboten:

"Nach dem deutschen Rückzug im Kaukasus", schreibt Hagen ("Geheime Front", S. 296 ff.), und dem Frontwechsel Italiens im Sommer 1943 erkannte die rumänische Führung, dass der Krieg für Deutschland nicht mehr zu gewinnen war... Eine grundsätzliche Revision der rumänischen Politik erschien als Gebot der nationalen Selbsterhaltung. Jener Mann, der Rumänien auf einen neuen Kurs bringen wollte, war der stellvertretende Ministerpräsident und Aussenminister Mihai Antonescu, der immer mehr Einfluss auf den Marschall, seinen Namensvetter, gewann... Nur eine einzige Möglichkeit, aus dieser Situation herauszufinden, bestand in seinen Augen: ein Sonderfrieden mit den Westmächten, der das Land zugleich vor der Sowjetunion schützen würde. Aber diese Konzeption hatte einen fundamentalen Fehler: sie beruhte auf dem verhängnisvollen Irrtum, dass eine Verständigung mit den Westmächten unter Ausschluss Russlands noch denkbar war. Mihai Antonescu verschätzte die politischen Realitäten oder er wollte sie wider besseres Wissen nicht anerkennen: Amerika und England hatten Südosteuropa bereits abgeschrieben; Rumänien gehörte zur russischen Einflusssphäre; der Ausweg nach dem Westen war für das Land endgültig versperrt. So musste Mihai Antonescus Versuch tragisch enden, ganz ebenso wie die gleichgerichteten Aktionen Horthys in Ungarn und Murawieffs in Bulgarien, nur dass der rumänische Staatsmann bei diesem Spiel auch sein Leben verlor."

Hagen berichtet weiter, dass es auf deutscher Seite bereits Argwohn hervorrief, als der italienische Gesandte Bova-Scoppa, der sich auf die Seite Badoglios geschlagen, unangefochten im Lande bleiben durfte, ja, dass man den neueintreffenden faschistischen Gesandten nicht anerkannte. Dann flüchtete Ende März 1944, unmittelbar nach dem russischen Durchbruch bei Uman, der rumänische Fliegerhauptmann Prinz Mattei Ghika-Cantacuzino zusammen mit dem bedeutendsten rumänischen Grossindustriellen Max Auschnitt und anderen im Flugzeug nach Malta. "Es kam zu rumänisch-britischen Unterredungen. Anstatt aber von Anfang an Klarheit zu schaffen und den Rumänen zu sagen, dass England und Amerika nicht in der Lage und nicht gewillt seien, ohne die Sowjetunion irgendeine Bestimmung über Rumänien zu treffen, wurden die Unterredungen von englischer Seite ohne diese Konstatierung längere Zeit fortgeführt. Dadurch wurde in den Rumänen die falsche Hoffnung erweckt, dass sie tatsächlich mit Hilfe und unter dem Schutz des Westens aus dem Krieg austreten könnten." Es kam so zur Entsendung einer zweiten rumänischen Delegation unter Prinz Barbu Stirbey über Kairo nach London. Von dort "hatte er direkte Funkverbindung mit Bukarest, und zwar mit dem Abteilungsleiter im rumänischen Aussenministerium, Grigore Niculescu-Buzesti... Die Nachrichten aus London lauteten zunächst noch recht optimistisch; es schien danach möglich zu sein, dass Grossbritannien und die Vereinigten Staaten mit Rumänien einen Präliminar-Sonderfrieden schliessen und dann mit der Sowjetunion über die endgültige Regelung der rumänischen Angelegenheiten, gleichsam als Protektoren des Landes, weiter verhandeln würden. Der deutsche Geheimdienst war im wesentlichen über die wahren Absichten Mihai Antonescus unterrichtet, hatte aber keine Möglichkeit einzugreifen." Erst, als man in Bukarest erkannt hatte, dass die Sowjetunion nicht zu umgehen war, nahm dann General Aurel Aldea unmittelbare Verhandlungen mit der Roten Armee auf. Doch diese liessen sich auf Verhandlungen erst ein, nachdem durch den Verrat des Generals

Rakowitz die schwierig zu nehmende Serethfront geräumt und den Russen die Besetzung Rumäniens beinahe kampflos möglich wurde. (Weitere Einzelheiten dazu bei Hagen, S. 302 ff.)

Niemals hat sich seitdem die Demarkationslinie zwischen den Supermächten irgendwo auf der Welt geändert. Sie wurde höchstens in bisher nicht anvisierten Gebieten zusätzlich festgelegt. Niemals hat daher auch bei einem Nixon die Absicht bestanden, einen Einbruch in die Sowjetwelt zu versuchen. Wenn allerdings durch diesen Besuch Rumäniens relative Unabhängigkeit gegenüber Moskau gestärkt wurde, so kam das im konkreten Augenblick nur Israel zugute. Denn seitdem ist es jenen Juden, die sich in der Satellitenwelt Osteuropas ein rumänisches Visum beschaffen können, möglich, nach Zahlung der notwendigen Gebühren von Bukarest aus mit dem Flugzeug in wenigen Stunden das ersehnte Tel Aviv zu erreichen.

Rumänien war immer ein leidenschaftliches Land, voll menschlicher Wärme, eher der Lyrik als epischen Formen zugetan. Schon in der Sprache in anderen Dimensionen schreitend als die slawisch-magyarische Umwelt, mit der zu wetteifern im sozialistischen Konzert dem romanischen Selbstverständnis nur mit dem notwendigen Abstand zusagte, wacht man eifersüchtig über der eigenen Unabhängigkeit. Glückliche Stunden waren es daher immer, wenn man sich wieder einmal gegen die von jenseits des Pruth anrollenden Fluten behaupten konnte. Verstand und Herz gaben dazu dann gleichsam den jeweiligen Staatsmännern das passende Wort. In die Opposition wird das Land im Rahmen der Comecon getrieben, weil dort Bestrebungen zutage traten, die die internationale Arbeitsteilung in jener Welt auf dem gegenwärtigen Entwicklungsstand aufbauen wollte. Rumänien sollte in alle Zukunft hinein der Hauslieferant von Rohstoffen und Agrarprodukten sein und von jenseits seiner Grenzen die Industrieprodukte beziehen. Dieser "Arbeitsteilungsplan" wurde seiner harmlosen Hülle entkleidet und als das erkannt, was er hier genauso war wie etwa im Grupo Andino oder in Westafrika: Instrument ewiger Versklavung in künstlich geschaffener Interdependenz.

Das Ergebnis dieser Erkenntnis und der Mut zur Selbstbehauptung schufen dann im Juli 1970 einen sowjetisch-rumänischen Allianzvertrag, der sich in einigen Punkten deutlich anders ausnimmt als etwa der sowjetisch-tschechoslowakische Vertrag vom 6. Mai 1970. Es fehlt in erster Linie die Breschnew-Doktrin (die wir im Kapitel "Ungarn" mit dessen Worten kurz andeuteten), die die begrenzte wirtschaftliche und politische Unabhängigkeit kommunistischer Staaten postuliert. Die Pflicht zu militärischer Hilfeleistung ist deutlicher als im Prager Gewaltvertrag auf Angriffe aus Europa begrenzt. Es fehlt vor allem auch die Verpflichtung zur Unterstützung der Integrationsbestrebungen im Comecon. Ja, es wird sogar von guten Beziehungen zu allen Staaten gesprochen, unabhängig von ihrer Gesellschaftsordnung. Dennoch ist mit der rumänischen Unterschrift den Russen ein klarer Sieg über das Prinzip aussenpolitischer rumänischer Unabhängigkeit gelungen. Die seit Geburt des sozialistischen Rumäniens prästabilisierte Hegemonie der Sowjetunion wurde erneut bestätigt.

*

BULGARIEN

Die Henkerin der bulgarischen Nation heisst Dragoitschewa. "Der sichtbarste, wenn auch nicht der grausamste Akt der physischen Vernichtung aller potentiellen Gegner des Bolschewismus ereignete sich in der Nacht des 1. Februar 1945 (aus Hagen, S.323 ff.). Ueber 100 ehemals führende Persönlichkeiten des Landes... waren im ersten grossen Sofioter Schauprozess nach Sowjetmuster zum Tode verurteilt worden. Die Unglücklichen wurden auf Lastkraftwagen durch die Stadt in die Friedhofsgegend gebracht, wo noch grosse Bombenkrater von einem Luftangriff offen lagen. Man riss den Verurteilten die Kleider vom Leib, stellte sie an den Rändern der Krater auf und massakrierte sie mit Maschinenpistolen. Die Regisseurin dieser Schreckensszene, die Dragoitschewa, erklärte am nächsten Tage einem amerikanischen Journalisten, sie habe noch niemals so gut geschlafen wie nach dem Lärm dieser Hinrichtungssalven. Die furchtbaren Greueltaten und Massenmorde der Kommunisten beunruhigten auch die wenigen westalliierten Offiziere, die damals zu Verbindungszwecken in Bulgarien weilten. Als sie Miene machten, einzugreifen, was ihnen als Verbündete zustand, verlangte das sowjetische Oberkommando in Bulgarien, dass zwanzig Offiziere binnen 24 Stunden das Land verlassen müssten. Die Engländer und Amerikaner kapitulierten. Staatssekretär Cordell Hull erklärte auf einer Pressekonferenz in Washington auf die Frage, warum die Regierung der Vereinigten Staaten gegen diese Massnahme in Moskau nicht Protest eingelegt habe, dass die Angelegenheit überschätzt werde. Man könne die eigentliche Bedeutung dieses Zwischenfalls wegen der grossen Entfernung nicht richtig beurteilen. Dann setzte Hull noch hinzu, augenscheinlich fehle einigen amerikanischen Persönlichkeiten das richtige Verständnis für gewisse Situationen, wie sie sich in Bulgarien ergeben hätten."

Dazu folgende Vision:

Meldung aus Berlin, 1. Februar 1985: "Ueber 100 ehemals führende Persönlichkeiten des Landes wurden zum Tode verurteilt und auf Lastkraftwagen in die Nähe des Friedhofs gefahren. Dort wurden den Verurteilten die Kleider vom Leibe gerissen und sie dann mit Maschinenpistolen niedergemacht. Westalliierte Offiziere, die Miene machten, einzugreifen, mussten auf sowjetischen Befehl hin das Land verlassen." Der amerikanische Aussenminister erklärte in einer Pressekonferenz in Washington auf die Frage, warum die Regierung der Vereinigten Staaten gegen diese Massnahme in Moskau nicht Protest eingelegt habe, dass die Angelegenheit überschätzt werde. Man könne die eigentliche Bedeutung dieses Zwischenfalls wegen der grossen Entfernung nicht richtig beurteilen. Dann setzte er noch hinzu, augenscheinlich fehle einigen amerikanischen Persönlichkeiten das richtige Verständnis für gewisse Situationen, wie sie sich in Berlin ergeben hätten...

Nicht aufgeklärt wurde bis heute die Todesursache des Zaren Boris. "Hitler dachte sofort an einen Giftmord der Gegner, denn er erteilte der deutschen Delegation, die an den Trauerfeierlichkeiten in Sofia (28. August 1943) teilnehmen sollte, den ausdrücklichen geheimen Befehl, unter keinen Umständen im Königlichen Schloss etwas zu sich zu nehmen. Er befürchtete also noch weitere Anschläge... Dr. Brandt, der die Leiche des Zaren auf persönlichen Befehl Hitlers untersuchte, fertigte ein geheimes Memorandum für Hitler an, worin er behauptet, ein ganz besonderes Gift festgestellt zu haben, das den Tod durch Ausschaltung der Herztätigkeit herbeigeführt habe. Von Prof. Sauerbruchs Konstatierungen hiess es, auch er habe ein unbekanntes Gift, vermutlich asiatischer Herkunft, im Körper des Toten entdeckt, das die Herztätigkeit

langsam zum Erliegen bringt. Aehnliche Auffassungen sollen auch von Prof. Eppinger und Prof. de Crinis vertreten worden sein. Es ist bemerkenswert, dass heute die Russen ihre Beschuldigung, die Deutschen hätten den Mord auf dem Gewissen, kaum mehr erwähnen. Bezeichnenderweise vertreten sie nunmehr die These eines natürlichen Todes von Zar Boris. Jedenfalls steht fest, dass von allen Mächten, die im Spiel sein konnten – auch gegen England richtete sich der Verdacht des Giftmordes an Boris – , Deutschland das allergeringste Interesse an dessen Tode haben musste."(Hagen, S. 318)

Nach solchen Vorgängen ist der verbleibende geistige Bestand der bulgarischen Nation schwer noch feststellbar. Einzige Gewähr nur für das unsterbliche Leben der Nation ist ihre tägliche Arbeit in einer als solcher sicher nach wie vor erfühlten Natur zu beiden Ufern der Maritza bis hin in die tiefen Wälder um das Rilakloster und andererseits den Goldsanden am Schwarzen Meer. Einsichtsvoll und klug war schon immer die bulgarische Lebensgestaltung. Wir mögen annehmen, sie geht nach wie vor ihren eigenen, oft schwerfällig sich ausdrückenden Gesetzen nach; das auch in einer Welt, die hier wie im übrigen Satellitenbereich mit gleich unerbittlicher Strenge jene Peitsche des Fortschritts schwingt, die wir aus anderen Händen ebenfalls im Westen spüren. Die Heraufkunft welterschütternden politischen und geistigen Umsturzes wird man wohl zu Füssen der Witoscha kaum je zuerst erfühlen, aber ihn dann mit um so breiterer Selbstverständlichkeit eines Tages Tat werden sehen. Heute gehört es noch zu den mannigfaltigen Wunderlichkeiten einer entarteten Welt, wenn Bulgarien Waffen an schwarze Rebellen in Lusaka verkauft, die mit Geldern aus Stockholm und New York bezahlt werden, und die aus der gleichen Fabrik stammen, aus der jene Maschinenpistolen kamen, die im Februar 1945 bestes Bulgarentum mordeten.

*

ALBANIEN

"Das gemeinsame Interesse an der Wahrung der nationalen Souveränität, der Unabhängigkeit und der Gleichberechtigung im internationalen Leben sind gerade in diesem Augenblick von Bedeutung, da die kleinen Länder immer mehr dem Druck und der Einmischung von aussen ausgesetzt sind und ihnen das Recht auf den eigenen Weg der nationalen Entwicklung bestritten wird." Mit diesen offenen Worten antwortet das jugoslawische Regierungsorgan "Borba" im April 1970 auf einen Artikel, der kurz davor in der albanischen Parteizeitung "Zeri i Popullit" erschien, und in welchem betont wird, "dass trotz unvereinbarer (! D.V.) ideologischer Gegensätze zwischen Tirana und Belgrad die Völker Jugoslawiens im albanischen Volk einen Freund besitzen". Das sind völlig neue Töne in einer Atmosphäre dauernder ernster Reibungen nicht nur um sozialistische Theorien Moskauer oder Pekinger Provenienz, sondern um sehr handfeste Dinge wie insbesondere die ethnisch unannehmbare Grenzziehung im Nordosten.

Im Dezember 1969 kam es im derzeit jugoslawischen Tetovo zu De-

monstrationen der albanischen Bevölkerung. Schon im November war es im nördlich davon gelegenen Pristina zu ähnlichen Kundgebungen gekommen. Im Februar 1970 wurde in Skoplje ein Angehöriger jener albanischen Bevölkerung im oberen Wardartal zu sechs Jahren Gefängnis verurteilt, da er "nationalistische und religiöse Hassgefühle verbreitet, und zu nationalistischer Intoleranz zwischen Albanern und Mazedoniern aufgerufen hatte". Im März 1970 kam es erneut zu Gerichtsverhandlungen in Skoplje gegen Personen aus dem südlich Tetovo gelegenen Gostivar, "die die Bevölkerung zu verfassungswidrigen Aenderungen verleitet hatten und die Bruderschaft und Einheit der Völker Jugoslawiens sprengen wollten".

Zu konkreten Ergebnissen gelangte man mit Griechenland. In Paris konnte im Januar 1970 ein griechisch-albanischer Handelsvertrag abgeschlossen werden, der de facto damit auch dem Kriegszustand zwischen Albanien und Griechenland ein Ende setzt. Er ist nicht nur Teil der realistischen Balkan- und Ostpolitik des griechischen Aussenministers Pipinelis, sondern auch Frucht der Erkenntnis Hodschas, dass Albanien nicht alleine mit dem Wassertor, welches nach Peking führt, leben kann, sondern auch seine Landfronten ohne Gefahr für seinen nationalen Bestand öffnen kann. Reformen inner-wirtschaftlicher Art, die auf eine Beschneidung der Parteibürokratie und Ausdehnung der betriebswirtschaftlichen Eigenverantwortung hinausgehen, zeigen ähnliche Bemühungen, den Anschluss an die Welt jenseits der Berge zu finden.

Von weittragenderer Bedeutung will uns dabei die Tatsache erscheinen, dass Albanien diplomatische Beziehungen mit Libyen aufnahm. Es zeichnet sich damit im östlichen Mittelmeer eine Kombination ab, die weite Küstenlinien rot zu färben beginnt, und sei es auch ein Rot in unterschiedlicher Schattierung.

Schliessen wir so wieder mit Albanien auch diese zweite Weltreise ab, so wollen wir zum Schluss nur noch feststellen, dass wir alle, die wir an diesen beiden Büchern mitarbeiteten, aus sehr persönlichem, eigenem, oft nicht gerade leidlosem Erleben berichteten. Der Verfasser nahm z.B. genauso an Blutracheverhandlungen in den verschwiegensten Tälern Albaniens teil, wie er bei Verhandlungen internationaler Konglomerate hinter verschlossenen Türen zugegen war. Diese persönlichen Erlebnisse gestatteten es uns darum auch, in dem vorgetragenen sehr bestimmten und oft harten Ton zu sprechen und die Verantwortung für das Böse in unserer Welt mit dem Meissel jener auf eigener Erfahrung fussenden unerbittlichen und unbestreitbaren Wahrheit aus einem Stein zu hauen, an welchem sich unsere Gegner vergebens die Zähne ausbeissen werden.

*

Wollen wir versuchen, etwas Gültiges für die heutige Entwicklung in allen Kontinenten auszusagen, so können wir zunächst einmal feststellen, dass das politische Ergebnis von 1945 und die Entwicklung insbesondere auf dem Gebiet der Nachrichtentechnik in Verbindung mit der unsentimentalen, phantasielosen, materialistischen, rücksichtslosen Einstellung der herrschen-

den Gruppe die in rasendem Tempo vor sich gehende Ersetzung der bisherigen Vielfalt der Weltanschauungen durch eine rohe, geistlose Wüste ist. Eben infolge dieses Vorgangs ist es aber auch erst möglich, etwas über die Entwicklung auf dem ganzen Erdball auszusagen.

Eine solche Aussage bezieht sich also auch zunächst auf die eben geschilderte Entwicklung: Der Spiessbürger, der praktische Mensch, unter dem Titel eines Bürgers oder eines Proletariers, ist dabei, mit Hilfe von Organisationen, die das Licht der Oeffentlichkeit scheuen, alle ursprüngliche Geistigkeit bis hin in das letzte indische Dorf, den verstecktesten Kraal im afrikanischen Busch und die verschwiegenste Hütte im tiefen Andental brutal zu vernichten. Das, was er "Fortschritt" nennt, ist dem Fallenden der Anfang vom Ende, Beginn der Hölle auf Erden. Das, was er "Weltfrieden" nennt, ist den Betroffenen Schutzlosigkeit, Gewaltverzicht gegenüber vielfach Stärkeren, Unmenschlichkeit, allgemeine Unsicherheit und Entsittlichung. Die fürchterlichen Ereignisse der letzten Jahrzehnte belegen, dass diese Sorgen mehr als begründet sind. Nur in der Form von Sekten und Bruderschaften halten noch Stücke der bisherigen Welt zusammen wie die Scherben eines einstigen schönen grossen Spiegels, in welchem Erde und Himmel sich leuchtend begegneten, einem Spiegel, der die ganze Welt in ihren Volks- und Glaubensgemeinschaften umfasste. Je kleiner heute diese Scherben, desto schwerer sind sie völlig zu zermalmen. Es wird gewisser Temperaturen bedürfen, sie umzuschmelzen und zu einem neuen ganzen Spiegel auszugiessen. Vorerst jedoch sinkt das Seelenthermometer auf der ganzen Welt nur noch tiefer. Nicht nur in Deutschland, nicht nur in Europa. Diese Gleichartigkeit aber des Erlebnisses ist die erste Voraussetzung für das Werden jener Liebe, die wir alle erhoffen. Die Erkenntnis solcher Gleichzeitigkeit aber bei allen Völkern und Religionen fördern, mag helfen, dieses vor uns stehende geschichtliche Phänomen bewusst zu machen. Das aber ist dann der Ansatz zum Eingreifen für die uns Nachfolgenden.

Diese Entwicklung war schon jenen grossen Politikern gegenwärtig, die in den vergangenen Jahrzehnten versuchten, eine nichtgebundene Welt aufzubauen. Doch die Führer jener Dritten Welt, Nasser und Soekarno, Tito und De Gaulle, starben oder gaben ihr Amt ab, eine Rückkehr Peróns ins politische Leben ist unwahrscheinlich. Keiner von ihnen erreichte auch nur die Unabhängigkeit der eigenen Heimat, geschweige denn einer grösseren "Dritten Welt". Die Bemühungen der Epigonen, präsidiert von einem greisen Negus oder einem ambitiösen Kaunda, gehen bereits deutlich an der heutigen Entwicklung vorbei, mag auch ein Torres/Bolivien mit Stolz verkünden, dass die Zahl der Teilnehmer an derartigen Sitzungen von einst 18 Ländern in Belgrad sich auf 54 Staatschefs in Lusaka 1969 erhöhte. Die Politik der Konferenzen und grossen Worte blieb ohne Erfolg. Das Establishment ging ungerührt an ihnen vorbei zu Taten über. Eine Epoche im Kampf um die Freiheit der Völker ging so erfolglos dahin, da man die Tore weit offen liess für die Herden trojanischer Pferde, die der Feind mit seinem Informations- und Geldmonopol ungehindert auf die Weiden der "befreiten" Welt schicken konnte. Bereits tritt darum eine neue Generation an, die der Tupamaros, der Fatah, der I.R.A., der Firmenich und der Gojukwe. Sie versucht es mit offenem Kampf. Die brutale Abschlachtung ganzer Völker ist bisher die Antwort auch auf diese Form des Freiheitskampfes. Selbst Länder, die wie die Schweiz, so grosse Stücke halten auf Terroristen wie Wilhelm Tell und Jürgen Jenatsch, belegen die Jugend der Welt bei ganz dem gleichen hohen Willen mit übelsten Schimpfworten, und die offizielle Welt konstruiert weiter an der Festigung des ungerechten Status quo, sei es mit Europäischen Sicherheitskonferenzen, Atomsperrverträgen oder S.A.L.T.

-Abkommen.

Dabei ist erst mit der Schaffung unserer säkularen, seelenlosen Welt die völlige Unsicherheit eingezogen, das Fehlen jeglicher Vertrauensbasis, die Notwendigkeit, in immer eiligeren Diplomatenbesuchen alle fünf Minuten die Worte der gestrigen Konferenz wieder sich bestätigen zu lassen und die wachsende Nervosität der Menschen für jeweils einige weitere Stunden zu dämpfen. Bei geringstem Anlass kommt es an allen Ecken und Enden zu den blutigsten Bürgerkriegen. Erst mit der Schaffung des säkularen Indien brachen die wahnwitzigen Unruhen zwischen Hindus und Mohammedanern aus. Erst mit dem Rogersplan, die blutigen Kämpfe in Jordanien. Die Menschheit hat die ausgeworfenen Netze trotz noch so geschickter Tarnung erkannt und greift mit dem heiligen Recht auf Erhaltung ihrer traditionellen Formen und Werte zur Waffe. Man fühlt, alle Zusicherungen auf Freiheit der Religionsausübung und Schutz der Volksgemeinschaften von seiten der herrschenden Atheisten und Einweltler, sind nichts als machiavellistischer Schwindel. Die Welt der Freimaurer hat - wie unsere Zeit stündlich neu belegt - ihre so humane Maske verloren. Die Fratze des Teufels ist von Millionen von Menschen erkannt worden und sie stehen verzweifelt vor dem HILF DIR SELBST! Das aber ist nach Meinung unserer Jugend, nur noch mit der Maschinenpistole möglich, nachdem alle "Demokratie" längst zur Farce wurde, in allen ihren Formen missbraucht von den wortgewandten und so gut gekleideten Herren in den Regierungspalästen.

Man mag noch so dünkelhaft und denkfaul sein und es nicht wahrhaben wollen, fest steht heute, dass die Todesstunde Hitlers zugleich die der Völker und der Religionen auf dieser Erde sein sollte. Mit der Beseitigung des Deutschen Reiches trat der Kampf um die Versklavung der gesamten Menschheit in seine Endphase ein. Zu wahren Verzweiflungsausbrüchen kommt es darum seitdem rund um den Erdball. So allgemein ist heute bereits diese Verzweiflung, dass aus ihr heraus sich die Wendung, die Ueberwindung der Grossen Rebellion gegen Gott und die Natur zu formen scheint. Die Erfolge der Einweltler sind kaum noch mehr als äusserlich. Ihre Welt der Intelsat und der Sonderziehungsrechte rührt nicht mehr an den eigentlichen biologischen Strom der Menschheit, soviel sie auch mit ihren Tests und Experimenten daran herummanipulieren möchten. Die Seele der Völker ist ihnen entglitten, lebt weiter, abseits der Asphaltstrassen, der Jumbojets, der Atommeiler, der perversen Illustrierten, lebt weiter, selbst im grössten Verkehrsgewühl, unberührt von den zahllosen vergifteten Lagunen zuseiten des Weges. Ihre Tötung ist bis heute, trotz grösster Kraftanstrengungen auf allen Gebieten, im wesentlichen nicht gelungen. Die Regeneration der Menschheit aber ist möglich, solange nicht auch der allerletzte Glaubensfunke ausgetreten ist, ja, bedarf vielleicht sogar solchen Autodafés, um Tat werden zu können.

Dabei konnten wir im übrigen selbstredend nur von dem berichten, was uns bekannt wurde (und hatten schon dabei einige Schwierigkeiten zu überwinden). Doch, was mag ausserdem alles schon beschlossen worden sein? Wir konnten und wollten hier nur von dem sprechen, was tatsächlich geschah. Und konnten so beweisen, dass nichts davon "zufällig" eintraf, weder die Zerstörung der Macht Europas, noch die der Vereinigten Staaten, noch die Vernichtung so vieler Völker, noch die vielen Morde, die wir in diesen beiden Büchern registrieren mussten (Ivar Kreuger, Bang Jensen, Verwoerd, Tschombé, Dag Hammarskjoeld, Martin Luther King, John F. Kennedy, Trujillo u.a.), noch die völlige Entwertung unseres Geldes, das man dann in dieser papiernen Form dem gibt und jenem nimmt, ohne jegliche Rücksicht dabei auf arbeitsethische oder andere moralische Richtlinien, noch die biologischen und pädagogischen Experimente, mit denen man herumtestet und probiert an Menschen wie

an Versuchskaninchen. Das alles wissen wir positiv und sind in diesen beiden Büchern über derart bewiesene Feststellungen nicht hinausgegangen. Das, was darüber hinaus uns alle aber mit grösster Sorge bewegt, ist, was die bohrende Lebensangst uns an Fragen offen lässt: wie lautet der letzte Schluss, welche sind die letzten geheimen Absichten derjenigen, die so viel Entsetzliches schon über die Welt brachten? Was haben jene Herren unserer Welt noch vor an Grausigem, Teuflischem, Bestialischem, jene, die ihr Tun mit der Charta der "Menschlichkeit", mit "Entwicklung" und "Fortschritt" und "Weltfrieden" tarnen? Diese Fragen stehen damit allerdings am Ende dieser Arbeit, nicht nur vor dem Chronisten selbst, sondern wohl vor einem jeden, der unsere Tage miterlebt. Messianisch hat man unsere Zeit genannt. Wir pflichten dem bei: Vieles ist reif. Vieles wird und muss bald sich schon erfüllen. So, wie es ist, kann es nicht bleiben.

NACHWORT

Mehrfach fand ich jetzt in Werken die folgende Erklärung: "Meine Arbeit ist von keiner Regierung, keiner politischen Partei, Kirche, Stiftung oder Loge subsidiert worden." Auch ich gebe hiermit eine solche Erklärung ab. Dort, wo Sie in Zukunft in Büchern eine derartige Zusicherung nicht finden, sind grundsätzliche Bedenken an der Lauterkeit des Verfassers und an der Tendenzlosigkeit des Inhalts am Platze. Das ergibt sich aus den bestehenden und eingehend hier geschilderten Verhältnissen.

Ich erhebe nicht Anspruch darauf, das gewählte Thema auch nur annähernd erschöpfend dargestellt zu haben. Ich kann nur feststellen, es überhaupt gestellt zu haben. Gestellt zu haben in einer Welt, deren Beherrscher meinen, über so nebensächliche Dinge wie Gott und Volk und Familie mit ihrer Technik hinwegziehen zu können, und die meinen, eine solche Themenwahl überhaupt einfach verbieten oder gar aufkaufen zu können. Der Verfasser ist nicht in der Lage gewesen, Jahrzehnte an eine solche Arbeit zu setzen. Auch war ihm jeder wissenschaftliche Hilfsapparat bewusst versagt worden. So bleibt also noch genügend Raum, den einmal gesteckten Rahmen auszufüllen. Eine solche Möglichkeit (und ja wohl auch Notwendigkeit) hängt dabei weniger ab von dem guten Willen eventueller Autoren als von dem Umfang des Terrors, mit welchem, vor allem von der finanziellen Seite her, ein solches Unterfangen heute unterdrückt, oder, wenn unternommen, totgeschwiegen wird. So fragt es sich also, ob und wann sich diesem Buch weiterführende an die Seite stellen werden.

So oder so aber glaube ich, dass es an der Zeit war, viele Dinge wieder bei ihrem Namen zu nennen. Ob das in a l l e n Fällen bei der heute geschürten Begriffsverwirrung gelang, mag die Kritik feststellen. Es wurden mehr Fragen gestellt als Antworten erteilt. Doch auch für die noch fehlenden Antworten wird die Zeit schon sehr schnell jetzt reifen. Und "ganze Bibliotheken werden dann zu Makulatur werden", bezieht man sich auf die reichlichen und gutbezahlten Produkte, die der Sieg von 1945 ermöglichte.

Wurde manches beim Namen genannt, so doch nicht diejenigen, die den Zerfall unserer Zeit in meiner persönlichen Umgebung Gestalt werden liessen. Es scheint mir nicht unsere Aufgabe, zu rechten und zu richten. Auch dann nicht, wenn eine ganze Weltherrschaft sich ihrerseits solche Blasphemie als weitverbreitetstes Wirkungsmittel ersonnen. Auch sollte nicht mit der Nennung moderner Organisationen und deren kritischer Darstellung ein Urteil über diesen oder jenen in ihnen gefällt werden. Ich weiss zu genau nicht nur von der Schwäche des Einzelnen, sondern auch von dem Zwang der Umstände und – nicht zuletzt – von der reservatio mentalis, mit der Viele in den Ba-

taillonen des Teufels dienen. Denn, so mächtig auch überall der Einfluss Satans sichtbar wird, so mächtig seine tausendfältigen Organisationen auch sein mögen, wir wissen, dass sogar in ihnen allen die Zahl derjenigen überwiegt, die GUTES WOLLEN. Aenderung der Dinge erwächst nicht aus dem kleinlichen, persönlichen Zwist des Alltages. Es gehen Strömungen über die ganze Erde, die allem dem, was heute noch laut Gott lästern und die Anständigen und Treuen verhöhnen und gar morden darf, den Boden unter den Füssen wegziehen werden. Keiner jener Seelenmörder wird glücklich sterben! Und ihre Grabinschrift soll ruhig nach dem eigenen Wunsch jener materialistischen Philister an die Stelle des "Hier ruhet in Frieden" den Text erhalten: "Hier kriechen Würmer durch den Schädel des Herrn Sowieso".

Ich ging wohl von einer klaren Weltanschauung aus, war aber bei meiner Studienreise durch eine Welt am Abgrund und bei dem Zusammentragen von Beiträgen zur Analyse unserer historisch-politischen Situation immer bereit, mich von dem weiterführen zu lassen, was ich entdeckte. Ich musste feststellen, dass sich dabei meine anfänglichen Ahnungen auf Schritt und Tritt bestätigten und das Bild der persönlichen Erlebnisse sehr klar ergänzt wurde. Der Leser wird sich dieser Sprache der Tatsachen ebenfalls wohl kaum entziehen können.

George Eliot macht einmal darauf aufmerksam, "dass es keine Abkürzung, keine patentierte Strassenbahn gibt, die hinführt zu Wissen und Weisheit. Nach all diesen Jahrhunderten voller Erfindungen geht nach wie vor der Seelenpfad durch dornigste Wildnis. Ihn muss ein jeder für sich, mit blutenden Füssen gehen, so, wie er schon in frühesten Zeiten gegangen wurde." Ja, vielleicht ist dieser Weg gerade heute besonders schwer zu gehen, da der Kampf gegen alles Leben auf der Welt in wenigen Händen konzentriert ist und so Felsen aufgerichtet werden können, die schlechterdings nicht zu nehmen sind. Doch auch eine solche Verschärfung des Lebenskampfes darf nicht dazu führen, dass wir jenes Licht vergessen, welches hoch über den Kronen des irdischen Urwaldes uns allen leuchtet.

Staatseinheit und Volkseinheit sind von einer gemeinsamen Seelenlage her bedingt. Diese ist deren Voraussetzung. Eine solche gemeinsame Seelenlage aber kann nur die der Liebe sein, der Liebe zu einer Welt, die im göttlichen Kosmos geordnet uns umgibt und so auch die ins Chaos schreitenden Erbauer Babels mit einschliesst. Liebe zum Ganzen muss darum auch dort unsere Haltung sein, wo uns der unbeholfene Hass der Gottlosen entgegenweht. Mit dem ganzen Mitleid, dessen unser Einssein mit dem Kosmos fähig ist, müssen wir immer bereit sein, auch ihnen wieder Glück und Freude am wahren Leben zu geben. Denn auch unter der grauen Schuttdecke ihrer Geisteswüste wartet eine Seele auf Entfaltung, und sei es nach einem ganzen, in Gier vertanenen Leben spätestens in der Stunde des Todes.

Der in Serbien gebürtige nordamerikanische Physiker Michael Pupin füllte seinen Studenten einmal die Welt mit der folgenden Betrachtung:

"Als ich noch ein Junge war, verbrachte ich einen Teil meiner Schulferien damit, die Ochsenherde meines Vaters zu hüten. Meine Schulkameraden taten dasselbe mit den Herden ihrer Väter. Eine Herde bei Nacht zu bewachen ist eine emsige Kunst. Wir mussten wach bleiben und jeden Schritt der grasenden Ochsen beobachten, damit sie sich nicht verirrten und nicht von Viehdieben gestohlen würden. Dabei beobachteten wir gespannt das vorrückende Dunkel und das Näherkommen der freudvollen Dämmerung. Die flackernden Sterne im schwarzen Firmament der Sommernacht zeigten uns mit ihrer Stellung die Stunde an. Ich fasste das Licht dieser Sterne auf als eine Botschaft Gottes, die uns half, unsere grasende Herde zu schützen. Der schwache Ton

der Glocke aus dem entfernten und schlummernden Dorf war eine andere willkommene Botschaft, die, wie jene der Sterne, uns in unserer Wache half, und so hielt ich denn bald auch den Klang der Glocken für eine Botschaft Gottes. So überrascht es nicht, dass ich mir in meinen Kindestagen schon oft die Frage stellte: "Was ist eigentlich der Schall?"

"Die Antwort aber, die ich heute gebe, ist die folgende: Wenn der Klöppel gegen die Kirchenglocke schlägt, dann zittert diese und überträgt ihre Vibrationen auf die Luft. Die Schallwellen breiten sich nach allen Richtungen aus und erreichen so auch das lauschende Ohr. Dorthin tragen sie so die einfache Geschichte, dass der Zusammenprall von Klöppel und Glocke Vibrationen erzeugt. Weder der Klöppel noch die Kraft, die ihn bewegt, kann den Charakter dieser Schwingungen verändern. Sie sind das Ergebnis der Elastizität und der Dichtigkeit des Materials, aus welchem die Glocke gemacht wurde, und der Form, die ihr der Glockengiesser gab. Aber, gibt uns diese Geschichte eine vollständige Beschreibung von Entstehung, Uebertragung und Empfang des Tones? Nein. Sie tut es nicht. Sie sagt garnichts aus über die Botschaft, die die Glocke unseren Seelen bringt. Um diesen Teil der Geschichte zu erfassen, müssen wir den Schwingungen folgen bei ihrem Weg durch das wunderbare Empfangsinstrument, das Ohr mit seinen sechzigtausend Teilen, welches die Botschaft weitergibt über Millionen winziger Nerven bis hin in die Zentrale im Gehirn. Dort dann erst übersetzt die Seele des Menschen die Sprache der Glocke. Dieser zweite Teil aber der Geschichte sagt mir, dass das Vibrieren der Glocke nur ein kleines Glied ist in der endlosen Kette der Vorgänge, die die äussere physikalische Welt mit der inneren unserer Seele verbinden, wo dann die Botschaft der Glocke entziffert wird. Je mehr ich aber diesen Teil der Geschichte von der Glocke heute studiere, um so mehr erkenne ich, dass meine Kindheitsgedanken richtig waren, wenn sie mir auf den Wiesen meines Heimatdorfes eingaben, dass der schwache Ton der fernen Dorfglocke eine Botschaft Gottes war."

BERICHTIGUNGEN

ZU DEM BUCH "DIE GROSSE REBELLION"

Seite

24 Das amerikanische Wort "trillion" hat nicht den gleichen Wert im britischen Englisch oder im Deutschen. Siehe dazu die weiteren Ausführungen im Kapitel "Vereinigte Staaten" dieses Buches.

24 Die Zusammensetzung des Senats bei der Abstimmung über die Federal Reserve Bill war so, wie im Kapitel "Vereinigte Staaten" dieses Buches im einzelnen dargestellt wird.

77 Brasiliens Kriegserklärung an Deutschland erfolgte 1942.

95 "Che" Guevara erlag nicht seinen Verwundungen, sondern der Gefangene wurde auf Anordnung Ovando Candias erschossen. Dies wurde nach dem Sturz Candias als Präsident Boliviens Oktober 1970 bekannt.

110 Aus russischen Emigrantenkreisen wird mir geschrieben, dass Lenin nicht jüdischer Abstammung gewesen sei. Er war danach ein Viertel Asiate (Mongole) und seine Mutter war eine Wolgadeutsche, blond und blauäugig. Seine Frau jedoch war Jüdin.

114 Dr. Francisco Assis Chateaubriand war nicht Jude. Er entstammte der nordbrasilianischen Familie Bandeira de Melo.

189 Der holländische Generalgouverneur schreibt sich van Mook.

229 Zeile 11 v.u.: muss Dominus statt Domino heissen.

315 Nach den weiteren, in diesem Buch auch wiedergegebenen Informationen muss die CIA als verantwortlich gelten für die Entführung Tschombés.

386 Hermann Eckstein war nicht Nürnberger Jude, sondern Sohn eines Pfarrers aus Birkach in Württemberg. Sein Gesellschafter Beit war Jude.

408 Die Beseitigung Sikorskis erfolgte nicht in Malta sondern in Gibraltar.

487 Anstatt Obersteiermark und Unterkrain muss es Untersteiermark und Oberkrain heissen. Die Untersteiermark, die 1919 mit ihrer deutschen Bevölkerung völkerrechtswidrig an Jugoslawien gegeben wurde, kam 1945 erneut unter britischer und russischer Waffengewalt zu dem erneut geschaffenen Staat Jugoslawien. Auch diesmal dachte man gar nicht an eine Volksbefragung, schuf also eine weitere nicht legitimierte Grenze in Europa.

ERGAENZUNG

zu S. 128 dieses Buches: Im April 1971 kam ans Tageslicht, dass Barrientos auf Veranlassung des späteren Präsidenten Ovando Candia ermordet wurde. Riesenwaffenschmuggel nach Israel spielt die dunkle Hauptrolle dabei.

Seite

487 Von kroatischer Seite wird energisch der wiedergegebene Vorgang auf dem Bahnhof von Agram bestritten, während von serbischer Seite unsere Darstellung aufrechterhalten wird.

490 Rakosi (früherer Name Roth, nicht Rosencranz) wurde nicht erst beim Einrücken der Russen befreit, sondern schon vorher von Horthy nach der Niederlage Polens und Schaffung einer gemeinsamen russisch-ungarischen Grenze über die Grenze den Russen im Austausch gegen erbeutete Fahne aus dem Kriege von 1849 übergeben. Bis dahin wurde Rakosi von einer masonischen Gruppe, die dem "Manchester Guardian" nahestand, regelmässig besucht und besonderer Wert auf seine gute Verpflegung im Gefängnis gelegt. Er wurde dann in Moskau zusammen mit einem entsprechenden Stab ausgebildet und kam hinter den Sowjettruppen erneut ins Land.

490 Der ungarische Erziehungsminister war Joseph Rèvai alias Mozes Kahana. Verteidigungsminister, Mihaly Farkas alias Wolff Izrael. Dazu weitere Einzelheiten in Marschalko, "Orszaghoditok" ("Die Landeseroberer"), München 1965.

494 Frau Lupescu alias Magdalene Wolf, war nicht die Geliebte Michaels, sondern die Maitresse seines Vaters Carol, der von der Eisernen Garde ausser Landes gejagt worden war. Sein Sohn Michael befehligte dann später den Verrat von Focsani (23.8.44) in der komischen Meinung, sich dadurch den Thron retten zu können.

ABKUERZUNGEN

∴	Freimaurer, Freimaurerei
R	Rebellion; mit darauf folgender Zahl: weist hin auf die Seite in dem Buch "Die Grosse Rebellion", in welchem das gleiche Thema bereits angeschnitten wurde.
AFP	Agence France Press
AFPEL	Antifascist People's Freedom League (Burma)
ALALC	Asociación Latinoamericana de Libre Comercio
AP	Associated Press
APRA	Alianza Popular Revolucionaria Americanista (Peru)
AWG	Arabische Wirtschafts-Gemeinschaft
BAD	Business Advisory Board (USA)
BUF	Black United Front (Kanada)
CENTO	Central Treaty Organization (ursprünglich Bagdadpakt)
CFR	Council of Foreign Relations (USA)
CIES	Consejo Interamericano Económico Social
CIOS	Comité International de l'Organisation Scientifique (Genf)
CIS	Canadian Intelligence Service, Zeitschrift
CS	Common Sense, Zeitschrift
DHZ	Deutsche Hochschullehrer-Zeitung (Tübingen)
EAGFL	Agrarfonds des Mansholt-Planes
EIB	Investitionsbank des Mansholt-Planes
ESF	Sozialfonds des Mansholt-Planes
FAO	Food and Agricultural Organization (Vereinte Nationen)
FBI	Federal Board of Investigation (USA)
FROLINA	Front de Libération Nationale, Rebellenorganisation im Tschad
FUNAI	Fundaçao Nacional de Indio (Brasilien)
GATT	General Agreement on Tariffs and Trade, Weltzollvereinbarung
GPU	Sowjetrussische politische Geheimpolizei, Nachfolger der Tscheka. Ging 1934 in die NKWD über.
HNP	Herstigte Nasionale Party (Südafrika)
IPC	International Petroleum Company, zur Standard-Gruppe gehörig (Peru)
IUAB	Internal Unity Advisory Body (Burma)
IWF	Internationaler Währungsfonds
KANU	Kenya African National Union
KPU	Kenya People's Union
MLU	Moderne landwirtschaftliche Unternehmungen, im Rahmen des Mansholt-Planes
MSI	Movimento Sociale Italiano (Italien)
NEA	National Education Association (USA)
NLC	National Liberation Council, Militärregierung in Ghana
NTL	National Training Laboratories in Group Dinamics (USA)
NZZ	Neue Zürcher Zeitung

OAU	Organisation für Afrikanische Einheit
OCAM	Organisation Commune Africaine et Malgache
OCLEA	Organización Continental de Estudiantes (Kuba)
OEA	Organización de los Estados Americanos, Organisation der amerikanischen Staaten
OECD	Organization of Economic Cooperation and Development, eine UN-Organisation
OPEC	Organization of Petrol Exporting Countries (Naher Osten)
ORIT	Organización Regional Interamericana de Trabajo
PAN	Partido Acción Nacional (Mexiko)
PE	Produktionseinheiten im Rahmen des Mansholt-Planes
POB	Post Office Box (Postfach)
PRI	Partido Revolucionario Institucional, langjährige Regierungspartei in Mexiko
PPP	People's Progressive Party (Guyana)
RCD	Regional Co-operation for Development (Pakistan, Iran, Türkei)
SALT	Strategic arm limitation talks zwischen USA und UdSSR
SAO	South African Observer (Pretoria)
SDECE	Service de Contreespionnage Extérieur (Frankreich)
SDR	Special Drawing Rights, Sonderziehungsrechte des Weltwährungsfonds
SIECUS	Sex Information and Education Council (USA)
S.J.	hinter dem Namen: Pater des Jesuitenordens
TA	Tages-Anzeiger, überparteiliche Schweizer Zeitung (Zürich)
UN	United Nations, Vereinte Nationen
UNCTAD	Welthandelsrat der UN; United Nations Council on Trade and Development
UNRRA	United Nations Relief & Rehabilitation Administration
UNRWA	UN Relief Agency for Palestine Refugees
WFB	World Fellowship of Buddhists
WGO	Weltgesundheits-Organisation
WO	Washington Observer, Zeitschrift
YMBA	Young Men's Buddhist Association

LITERATURVERZEICHNIS

In einem deutschen Hause sollten die folgenden, auch hier herangezogenen Bücher als Rüstzeug unbedingt vorhanden sein:

Roth, Heinz, "Wieso waren wir Väter Verbrecher?", Verlag Heinz Roth, 6301 Odenhausen/Lumda, Postfach, BRD.

Roth, Heinz, "Was hätten wir Väter wissen müssen? 1933-1939", Verlag Heinz Roth, 6301 Odenhausen/Lumda, Postfach, BRD.

Kern, Erich, "Von Versailles bis Nürnberg", Verlag K.W.Schütz, Göttingen, DM,32,--.

"So gingen wir fort", J.F. LehmannsVerlag, München 1970.

Bei den weiterhin angeführten Büchern sind mit zwei Sternen diejenigen hervorgehoben, deren Anschaffung sehr empfohlen werden kann, und mit einem Stern diejenigen, deren Lektüre über die hier vorgenommenen Zitate hinaus als Ganzes empfehlenswert ist.

Abegg, Lily, "Ostasien denkt anders - Eine Analyse des west-östlichen Gegensatzes", Neuauflage 1970, Verlag Kurt Desch, München.

Afrika-Handbuch für Wirtschaft und Reise, 2 Bde., Uebersee-Verlag, Hamburg 36, 1968.

Ahmad, H. Manzooruddin, "Thailand, Land der Freien".

Bachmann, Hans, "The External Relations of Less-Developed Countries. A Manual of Economic Policies", Praeger Special Studies in International Economics and Development, New York 1968.

Bales, Dr. James D., "The Martin Luther King Story", Christian Crusade Publication, 2808 South Sheridan Rd (Box 977), Tulsa/Oklahoma 74102 USA.

*Bardèche, Maurice, "Nürnberg oder das gelobte Land", Ediciones del Restaurador, Buenos Aires 1949. (Es gibt noch eine andere deutsche Uebersetzung, verlegt in Mainz etwa 1960.)

Barraclough, Geoffrey, "Tendenzen der Geschichte im 20. Jahrhundert", Verlag C.H.Beck, München 1967.

Bechert, Heinz, "Buddhismus, Staat und Gesellschaft in den Ländern des Theravada-Buddhismus", 2. Bd., Birma, Kambodscha, Laos, Thailand, Verlag Otto Harrassowitz, Wiesbaden 1967.

*Belgion, Montgomery, "The Worship of Quantity", Verlag Johnson, London 1969.

Beveraggi Allende, Walter, "El Dogma Nacionalista", Editorial Manuel Belgrano SCA, Córdoba 1215, 7º, Buenos Aires 1969.

Beveraggi Allende, Walter, "El ocaso del patrón oro", Editorial Universitaria de Buenos Aires, 1969.

*Biese, Franz, "Ludendorff, wie er wirklich war", Verlag Franz v. Bebenburg, Paehl/Obb., BRD, 1969.

Bord, Gustave, "La Conspiración Masónica de 1789", Editorial Nuevo Orden, Buenos Aires 1965.
Bouvier, René, "Jacques Coeur, un Financier Colonial au XVe Siècle", Honoré Champion, Paris, Quai Malaquais, 1928.
Brennecke, Gerhard, "Die Nürnberger Geschichtsentstellung", Verlag der Deutschen Hochschullehrer-Zeitung, 1970, Tübingen, Postfach 1380.
Bronder, Dietrich, "Bevor Hitler kam", Hans Pfeiffer Verlag, Hannover 1964.
Bundy, Edgar C.; "Apostles of Deceit", Church League of America, Wheaton/Illinois, USA.
Bundy, Edgar C., "Collectivism in the Churches", Church League of America, 422 Prospect Str., Wheaton/Illinois, USA.
Burloin, Jacques, "Tschombé abandonné", Brüssel 1969.
Butler, Eric D., "The Fabian Socialist Contribution", The Australia League of Rights, 273 Little Collins Str., Melbourne, Australien.
Cesbron, Gilbert, "Je suis mal dans ta peau", Verlag Robert Laffont, Paris 1970, 14,30 Fr.
Charpentier, Louis, "El Enigma de la Catedral de Chartres", Plaza y Janes, Virgen de Guadalupe 21, Esplugas de Llobregat, Barcelona, Spanien. (Originaltitel: Les Mystères de la Cathedrale de Chartres)
Churchill Brown, Elizabeth, "The Enemy at his Back", The Bookmailer, New York, POB 101, Murray Hill Station, New York 16, NY, USA.
Cogan, Gertrude M., "Money Creators", Omni Publications, Hawthorne, California 90250, USA.
Comin, Eduardo, "Lo que España debe a la Masonería", Editorial Nacional, Madrid 1966.
Conze, Edward, "Der Buddhismus, Wesen und Entwicklung", Urban-Bücher, W. Kohlhammer Verlag, Stuttgart 1962.
Cunliffe, Marcus, "Washington, hombre y prócer", Plaza y Janes S.A., Argentina.
Dacqué, Edgar, "Urwelt, Sage und Menschheit", München 1928.
Dahrendorf, Ralf, "Die angewandte Aufklärung. Gesellschaft und Soziologie in Amerika", R. Piper und Co. Verlag, München 1963.
Dahrendorf, Ralf, "Pfade aus Utopia, Arbeiten zur Theorie und Methode der Soziologie", R. Piper und Co. Verlag, München 1968.
Demolins, Edmond, "A quoi tient la supériorité des Anglo-Saxons", Paris, etwa 1918.
*Des Mousseaux, Gougenot, "Le Juif, le Judaïsme et la Judaisation des Peuples Chrétiens", Henri Plon, Paris, 10 Rue Garancière, 1. Auflage 1869, 2. Auflage 1886.
Deutscher, Isaac, "The Non-Jewish Jew and other essays", Oxford University Press, New York 1968.
Diwok, Fritz, "Gold, Dollar und unser Geld", Verlag Fritz Molden, Wien-München-Zürich, 1968.
Djilas, Milovan, "Die unvollkommene Gesellschaft. Jenseits der "Neuen Klasse"", aus dem Serbokroatischen von Zora Shaked, Verlag Fritz Molden, Wien-München-Zürich, 1969, DM 16,80.
Dohnanyi, Klaus von, "Japanische Strategien oder das deutsche Führungsdefizit", Piper, München 1969, DM 12,80.
Dulles, Allen, "The Craft of Intelligence", Harper & Row, Publishers, New York, Evanston and London 1963.
Farthing, John, "Freedom wears a Crown", Kingswood House, Toronto/Canada 1957.

Fay, Bernard, "Franklin, el apóstol de los tiempos modernos", Traducción del inglés por M. Montes Lueje, Editorial Juventud Argentina, Calle Moreno 554, Buenos Aires, 2a.edición, febrero 1939.
Fay, Bernard, "La Franc-Maçonnerie et la révolution intellectuelle du XVIII[e] siècle, in La Librairie Française, Paris; hier zitiert nach der spanischen Uebersetzung "La francmasonería y la revolución intelectual del siglo XVIII", Editorial Huemul S.A., Santa Fe 2237, Buenos Aires.
Fernández Alvarez, Manuel, "Las sociedades secretas y los orígenes de la España Contemporánea", Publicaciones Españolas, Madrid 1961.
Flitner, Wilhelm, "Die Geschichte der abendländischen Lebensformen", R. Piper & Co. Verlag, München 1967.
Flynn, John T., "The Lattimore Story", The Devin Adair Company, 23 East 26 th. Street, New York 10.
Fochler-Hauke, Gustav, "Das politische Erdbild der Gegenwart", Safari-Verlag, Berlin 1968.
**Freytag, Dr. Dr. med. Werner, "Politik für Jedermann", Musterschmidt-Verlag, Göttingen 1968.
**Freytag, Dr. Dr. med. Werner, "Wohin treibt die Jugend?", Musterschmidt-Verlag, Göttingen 1969.
"Friedrich der Grosse", herausgegeben vom Göttinger Arbeitskreis, Holzner Verlag, Würzburg 1962.
Freyer, Hans, "Die politische Insel", Bibliographisches Institut AG, Leipzig 1936.
Fritsch, Theodor, "Der falsche Gott" (Beweismaterial gegen Jahwe), Hammer-Verlag, Leipzig 1919.
Fuchs, Eduard, "Die Juden in der Karikatur. Ein Beitrag zur Kulturgeschichte", Albert Langen Verlag, München 1921.
Furtado, Celso, "La Concentración del poder económico en los Estados Unidos y sus reflejos en América Latina", Centro Editor de América Latina, Buenos Aires 1969.
Gaxotte, Pierre, "Le siècle de Louis XV", A. Fayard et Cie., Paris 1933.
**Geyer, Thomas, "Der bundesdeutsche Michel und seine Sozialtäuscher. Arbeiter und Angestellte im Griff der Sozialausbeutung", herausgegeben vom Leistungsring Deutscher Unternehmer eV., Verlag Wissen und Leben, Düsseldorf.
**Geyer, Thomas, "Die "soziale" Enteignung. Macht, Krankenkassen und Volksverdummung", Verlag der "Waerland Mitteilungen", Bensberg-Immenkeppel 68, BRD.
Ghyka, Matila C., "Le nombre d'or. Rites et Rythmes Pythagoriciens dans le développement de la Civilisation Occidentale", I. Le Rythme; II. Les Rites, 17[e] Edition, Gallimard, Paris 1931.
Glasenapp, H.v., "Die Weisheit des Buddha", Baden-Baden 1946.
Griffin, G. Edward, "The fearful Master", Western Islands Publishers, Boston 1962.
**Gross, W., "Dämon Geld", Bezug: H. Strunk, Düsseldorf 1, Schliessfach 2621, Preis DM 1,50.
Grossmann, Rudolf, "Geschichte und Probleme der latein-amerikanischen Literatur", Max Hueber Verlag, München 1969.
Gueydan de Roussel, W., "A l'Aube du Racisme", E. de Boccard, 1 Rue de Médicis, Paris 1940.
*Hagen, Walter, "Die Geheime Front", Nibelungen Verlag, Linz und Wien, 1950.

Hellpach, Dr. Dr. Willy, "Geopsyche. Die Menschenseele unter dem Einfluss von Wetter, Klima, Boden und Landschaft", Ferdinand Enke Verlag, Stuttgart 1965.

Hewins, Ralph, "Japans Wundermänner – Hintergründe einer wirtschaftlichen Wiedergeburt", Econ-Verlag, Düsseldorf 1968, DM 26,--.

Hewins, Ralph, "Quisling, prophet without honour", Verlag W. R. Allen, London 1965.

Homberg, Octave, "La France des Cinq Parties du Monde", Paris 1926.

**Hunke, Sigrid, "Europas andere Religion. Die Ueberwindung der religiösen Krise", Econ-Verlag, Düsseldorf 1969.

*Jacob, Ernst Gerhard, "Grundzüge der Geschichte Portugals und seiner Uebersee-Provinzen", Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt.

Kenneth Fieldhouse, David, "Die Kolonialreiche seit dem 18. Jahrhundert", Fischer-Weltgeschichte, Bd. 29.

**Knupffer, George, "La Lucha por el Poder Mundial" (Originaltitel: "The Struggle for World Power"), Editorial NOS, Madrid 1964.

Kolarz, Walter, "Die Nationalitätenpolitik der Sowjetunion", Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt/Main 1956.

Kolarz, Walter, "Russland und seine asiatischen Völker", Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt/Main 1956.

**Künheim, Dietrich von, "Sowjet-Agenten überall", Widar Verlag Guido Roeder, Oberreute, BRD.

Lamb, Beatrice Pitney, "India, a World in Transition", 3. Auflage, Frederick A. Praeger, Publishers, New York 1968.

Landmann, Salcia, "Die Juden als Rasse", Walter-Verlag, Olten und Freiburg i. Br., 1967.

Landmann, Salcia, "Jiddisch, Abenteuer einer Sprache", Deutscher Taschenbuch Verlag, 1968.

Lappas, A., "La Masonería Argentina a través de sus Hombres", Establecimiento Gráfico de R. Rego, Chacabuco 1183, Buenos Aires 1958.

Le Bon, Dr. Gustave, "La Révolution française et la Psychologie des Révolutions", Ernest Flammarion, Paris, 26 Rue Racine, 1913.

Ledré, Charles, "La Masonería", Editorial Casal Vall, Andorra 1958.

*Leher, Ludwig, "Die Wurzel allen Uebels", Verlag Das Tribunal, 8 München 5, Jahnstr. 4.

*Leher, Ludwig, "Unerkannte Naturgesetze", Verlag Das Tribunal, 8 München 5, Jahnstr. 4.

Lendvai, Paul, "Eagles in Cobwebs, Nationalism and Communism in the Balkans", Doubleday & Company Inc., New York 1969.

**Lindbergh, Charles A., "The Wartime Journals of Charles A. Lindbergh", Verlag Harcourt Brace Jovanovich, New York 1970.

Ludendorff, Dr. Mathilde, "Spruchkammer-Verfahren", Verlag Hohe Warte, Stuttgart 1950.

Manrara, Luis V., "The Truth about Cuba Missiles", 931 SW First Street, Miami, Florida USA.

Marimont, Hella, "Wüstensand und Exzellenzen", Paul List-Verlag, München 1969.

**Meinvielle, "De la Cabala al Progresismo", Cruz y Fierro Editores, Córdoba 679, 5º of. 503, Buenos Aires, pesos 20,--. (Dieses hochinteressante Buch konnte leider nicht mehr im Rahmen meiner Arbeit berücksichtigt werden.)

Mensching, Gustav, "Soziologie der Religion", 2. Auflage, Ludwig Roehrscheid, Bonn 1968.

Michel, Fritz, "Der Glaube an die Zukunft. Organische Weltordnung", Verlag A. Francke AG, Bern 1944.
Monnerot, Jules, "Sociologie de la révolution", Fayard, Paris 1970.
Morgan, Edmund S., "El Nacimiento de la República" (englischer Titel: The Birth of the Republic), Plaza y Janes SA, Buenos Aires.
Morison, Samuel Eliot, "The Oxford History of the American People", New York Oxford University Press, 1965.
**Nadler, Josef, "Geschichte der deutschen Literatur", Verlag Josef Habbel, Regensburg.
Nitsuj, Alawa Letok, "South East Asia's New Civilization", M.D. Gunasena & Co., Colombo/Ceylon.
Ohm, Thomas, "Asiens Kritik am abendländischen Christentum", München 1948.
Ossendowsky, "Bêtes, hommes et dieux", Paris 1925.
Pauwels, Louis, "Gurdjieff, Documentos, Testimonios, Textos y Comentarios sobre una Sociedad Iniciática Contemporánea", Librería Hachette SA, Buenos Aires 1954.
Pauwels, Louis und Bergier, Jacques, "Aufbruch ins dritte Jahrtausend. Von der Zukunft der phantastischen Vernunft", Scherz Verlag, München 1969.
Perón, Juan, "La hora de los pueblos", Editorial Norte, Casilla de Correo 2844 (C), Buenos Aires 1968.
Picht, Georg, "Der Gott der Philosophen und die Wissenschaft der Neuzeit", Ernst Klett Verlag, Stuttgart 1966.
Picht, Georg, "Die Verantwortung des Geistes. Pädagogische und politische Schriften", Ernst Klett Verlag, Stuttgart 1969.
Picht, Georg, "Prognose, Utopie, Planung. Die Situation des Menschen in der Zukunft der technischen Welt", Ernst Klett Verlag, Stuttgart 1967.
*Pinay, Maurice, "Verschwörung gegen die Kirche", Imprenta Rafael Taravilla Paúl, Mesón de Paños 6, Madrid 1963.
Poliakov, Leon, "Les banquiers juifs et le Saint Siège du XIII[e] au XVII[e] siècle", spanische Fassung: Editorial Paidos, Cabildo 2454, Buenos Aires.
Pupin, Michael, "The New Reformation, from physical to spiritual realities", New York and London 1928.
Ramsay, A.H.M., "The Nameless War", British Publishing Co., London 1962.
*Riegelmann, Dr. Hans, Sulzbach-Saar, Mühlenstr. 51, "Atomenergie an der Saar?" und andere Schriften.
**Rieger, Jürgen, "Rasse. Ein Problem auch für uns", Hamburg 1969, DM 4,80.
Roepke, Wilhelm, "Wirrnis und Wahrheit", Eugen Rentsch Verlag, Stuttgart 1969.
Roerig, Fritz, "Vom Werden und Wesen der Hanse", Köhler & Amelang, Leipzig 1940.
Romanescu, Traian, "La Gran Conspiración Judía", Edición "Jus", Mexico 1961.
Ruhland, Dr. Gustav, "Das System der politischen Oekonomie", 3 Bde., Berlin 1884.
Runge, Albert R., "Das permanente Plebiszit", Casilla de Correo 138, General Roca/Río Negro, Argentinien.
**Sanden, Heinrich L., "Die Welt der tausend Völker. Erkundungsreise in die Wirklichkeit", Druffel-Verlag, Leoni am Starnberger See, 1969.

Sarkisyanz, Emanuel, "Russland und der Messianismus des Orients", J.C. B. Mohr, Tübingen 1955.
Scharnagel, Wilfried, "Die konzertierte Aggression", Ehrenwirth, München 1969, DM 22,80.
**Scheidl, D.D.Dr. Franz, die Israel-Buchreihe, Auflage 1970, im Eigenverlag, 1020 Wien, Postfach 61.
**Scheidl, D.D.Dr. Franz, "Geschichte der Verfemung Deutschlands", 7 Bde. einzeln käuflich, im Eigenverlag, 1020 Wien, Postfach 61.
Schlafly, Phyllis, "A choice, not an echo. The inside story of how American Presidents are chosen", Pѐre Marquette Press, POB 316, Alton/Illinois
Schneider, Wolf, "Ueberall ist Babylon. Die Stadt von Ur bis Utopia als Schicksal des Menschen", Econ-Verlag, Düsseldorf 1960.
Schoeck, Helmut, "Der Neid", Karl-Alber Verlag, Freiburg 1964.
**Schrenck-Notzing, Caspar, "Charakter-Wäsche. Die Amerikanische Besatzung in Deutschland und ihre Folgen", Seewald-Verlag, 7000 Stuttgart-Degerloch, Obere Weinsteige 44, 1965.
Schuette, Dr. H.G., "Freiheit ist anders", Ratco-Verlag, München 13, Georgenstr. 2, 1969.
**Scronn, "General Psychologus", Verlag Itatiaia-Buchversand, Itatiaia EFCB Estado Do Rio, Brasilien.
Smith, Donald Eugene, "India as a Secular State", Princeton University Press, Princeton, New Jersey 1963.
Sombart, Werner, "Der Bürger", Duncker & Humblot, Berlin. Neuauflage in französischer Fassung bei Payot, 106 Bd. Saint Germain, Paris 6, 1969.
Sorokin, P., "Fads and Foibles in Modern Sociology and Related Sciences", Mayflower and Vision, London 1958.
Soustelle, J., "Der Traum von Frankreichs Grösse", blick u. bild-Verlag S. Kappe KG, Velbert, DM 26,--.
Spaak, Paul-Henri, "Combats inachevés", Librairie Arthème Fayard, 1969. Deutsch: "Memoiren eines Europäers", Hoffman und Campe, Hamburg 1969.
Spengler, Oswald, "Der Untergang des Abendlandes", C.H. Beck'sche Verlagsbuchhandlung, München 1920.
Steffen, Dr. Daniel, "Kapital und Börse von Babylon bis Wall Street".
Steinbuch, Karl, "Die informierte Gesellschaft", Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart 1969.
Steinbuch, Karl, "Programm 2000", Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart 1970.
*Steiner, Karl, "Wir brauchen eine andere Religion!", Karl Steiner Verlag, 713 Mühlacker, Postfach 261, BRD 1970.
Stratthaus, Gerhard, "Ueberfremdung unserer Wirtschaft?", Pesch-Haus Verlag, Mannheim-Ludwigshafen 1969.
Strindberg, August, "Der bewusste Wille in der Weltgeschichte".
Sturdza, Prinz Michel, "The Suicide of Europe", Western Islands Publishers, Boston 1953.
Suzuki, Dr. Daisetz Teitaro, "Die grosse Befreiung", Leipzig 1939.
Suzuki, Dr. Daisetz Teitaro, "Zen und die Kultur Japans", Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart u. Berlin 1941.
Tawney, R.H., "Religion and the Rise of Capitalism"; spanische Fassung: "La Religión en el Origen del Capitalismo", Editorial Dédalo, Buenos Aires.

Thayer, George, "The War Business", Simon and Schuster, New York 1969.
The Jacob Molay Collegium, Report 1969 (Grundsteuerpolitik in den USA), 1664 La Salle Wacker Building, 221 North La Salle Str., Chicago/Ill 60601.
Thiess, Frank, "Die griechischen Kaiser, Die Geburt Europas", Paul Zsolnay Verlag, Hamburg-Wien, 1960.
Tillion, Germaine, "L'Afrique bascule vers l'avenir", Les Editions de. Minuit, Paris 1956.
Vágo, Paul, "Kelet Nepe" (Volk des Ostens, Zeitschrift der chinesisch-ungarischen Kulturbewegung), Treinta y Tres Nº 630, Beccar, Argentinien.
Vahlefeld, Hans Wilhelm, "100 Millionen Aussenseiter – Die neue Weltmacht Japan", Econ-Verlag, Düsseldorf 1969, DM 22,--.
Vasiljevitch, Milosav, "El Marxismo, su valor científico y objetivos reales", Selbstverlag, Conesa 775 H, Buenos Aires.
Vennard Sr., Wickliffe B., "Conquest or Consent", Omni Publications, POB 216, Hawthorne/Calif. 90250 USA.
Vennard Sr., Wickliffe B., "What's wrong in Washington?", Forum Publishing Co., 324 Newbury Street, Boston 15, Massachusetts, USA.
Verschiedene, "Your Church Their Target", Better Books, POB 2096, Arlington, Virginia 22202 USA.
Viatte, Auguste, "Les sources occultes du Romantisme. Illuminisme – Theosophie. 1770–1820", 2 Bde., 2. Auflage, Librairie Honoré Champion Editeur, 7 Quai Malaquais, Paris 1965.
Vijayavardhana, D.C., "The Revolt in the Temple", Colombo 1953.
von der Mehden, Fred R., "Religion and Nationalism in Southeast Asia", Madison 1961.
Wahrmund, Dr. Adolf, "Das Gesetz des Nomadentums und die heutige Judenherrschaft", Deutscher Volks-Verlag Dr. Ernst Boepple, München 1919.
*Webster, Nesta H., "Secret Societies and Subversive Movements", British Publishing Company, London 1964.
Wegner, Albert, "Menschentum und Allgemeinwohl", 3 Hannover, Bronsartstr. 20.
Wendt, Herbert, "Ich suchte Adam", Rowohlt, Hamburg 1953.
Wulf, Joseph, "Martin Bormann, Hitlers Schatten", Sigbert Mohn Verlag, Gütersloh, 1962.
Zeller, Claus, "Elfenbeinküste. Ein Entwicklungsland auf dem Wege zur Nation", Verlag Rombach, Freiburg/Br. 1969.
*Ziegler, Dr. Hans Severus, "Wer war Hitler?", Verlag der Deutschen Hochschullehrerzeitung, 74 Tübingen, Postfach 1380, 1970.

Erst im Augenblick der Drucklegung erhielt ich das Buch "Les Templiers sont parmi nous" (Verlag Julliard, Paris, 2. Auflage 1969) von Gérard de Sède. Es ergänzt und erweitert vieles hier Gesagte in so sensationeller und mit Photographien belegter Form, beweist die Macht der Freimaurerei in unseren Tagen auf Regierungen und Oeffentliche Meinung so unwiderlegbar, dass seine Lektüre nur sehr dringend empfohlen werden kann.

ZEITUNGEN UND ZEITSCHRIFTEN

AFRIKA

"Lumière", Hebdomadaire d'information de Madagascar, Fianarantsoa, Boîte postale 1169.
"Afrika-Spiegel", POB 3099, Pretoria, Südafrikanische Republik.

ARGENTINIEN

"Mundo Nacionalista", Buenos Aires, Rodríguez Peña 232, 4 A.
"Jauja", Avenida de Mayo 560, 5º Of. 6, Buenos Aires.
"Tiempo político", Avda. Leandro N. Alem 282, Buenos Aires.

AUSTRALIEN

"The New Times", Box 1226 L, G.P.O. Melbourne/Australia.

BELGIEN

"Europe – Amérique", 19 Grand'Place, Bruxelles.
"Synthèses", 63 rue Gachard, 1050 Bruxelles.

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

"Deutscher Studenten-Anzeiger", 683 Schwetzingen, Postfach 200; oder: 863 Coburg, Postfach 713.
"Nation Europa", 863 Coburg, Postfach 670.
"Die Gesundung", Informationsreihe der Gemeinschaft für deutsche Kultur- und Lebenserneuerung, H. Damm, 6503 Mainz-Kastel, Friedensstr. 1.
"Der Deutsche Lehrer im Ausland", Max Hueber Verlag, München 13, Amalienstr. 77.
"Widerstand", Herausgeber Wolfgang Strauss, 8 München 60, Kunreuthstr.61
"Deutsche Hochschullehrer-Zeitung", Tübingen, Am Apfelberg 20.
**"Klueter-Blätter", Deutsche Sammlung aus europäischem Geiste. Herausgegeben vom Deutschen Kulturwerk, Lochham bei München, Lenbachstr. 4.

CEYLON

"The Buddhist", Colombo.

FRANKREICH

"Nouvelle Ecole", F 75 Paris 70, Boîte postale 129-07.

HOLLAND

"The Northlander", The Northern League, POB 1796, Amsterdam.

ITALIEN

"Ordine Nuovo", Via degli Scipioni 268/A - 00192 Roma.

KANADA

"The Canadian Intelligence Service", Flesherton, Ontario.

NAHER UND MITTLERER OSTEN

"The Muslim World", 171 B 3 Off Sir Syed Ahmed Rd, E.C.H.S., Karachi 29, Pakistan.

OESTERREICH

"Europa-Korrespondenz", A 1040 Wien, Favoritenstr.56, Oesterreich.
"Eckartbote", A 1070 Wien 7, Lindengasse 42.

PORTUGAL

"Découvertes", Director: Jean Haupt, Rua Artilharia Um. 48, 1º, Lissabon.

USA

"The Washington Observer", POB 1306, Torrance/Calif. 90505.
"The American Mercury", POB 1306, Torrance/Calif. 90505.
"Common Sense", POB 807, Union NJ 07083.

ALPHABETISCHES NAMEN - UND SACHREGISTER

Die angegebenen Zahlen entsprechen den Seiten dieses Buches. Ä = Ae, Ö = Oe, Ü = Ue. Ländernamen sind nur angeführt, soweit sie ausserhalb ihrer Kapitel vorkommen. Autoren von Zitaten sind im allgemeinen im Register nicht noch einmal aufgeführt worden. Die folgenden Namenlisten wurden im Register nicht zergliedert:

Höchste Richter (USA)
Mitglieder des Business Advisory Boards (USA)
Staaten der Moslem-Welt und ihre Oberhäupter (Nordafrika)
Länderstatistik der Mekkapilger (Sa'ud-Arabien)
Bezeichnungen der Freimaurergrade in der englischen und in der französischen Fassung (Europa)
Firmenbeteiligungen des "Opus Dei" (Spanien)
Führende Mitglieder von Gurdjieffs Geheimgesellschaft (Russland)

A

B

C

D

E

F

G

H

I

M

N

O

P

Q

R

S

T

U

V

W

Y

Z

Vom gleichen Verfasser:

"Das deutsche Element im nordamerikanischen Buergerkrieg", Hamburg 1937

"Der deutsche Anteil an der Erschliessung Venezuelas", Hamburg 1938

"Nationale und soziale Komponenten im ueberseedeutschen Zeitungswesen des 19. Jahrhunderts", Hamburg 1939

"Wirtschaft und Verbrechen", eine strafrechtliche Studie, Hamburg 1939

"Der Schutz der deutschen Frau und des deutschen Kindes im deutschen Internationalen Privatrecht", aus Kriegsgruenden nicht mehr ausgefertigte Dissertation, Hamburg 1941

"Unser Suedwestafrika", Buenos-Aires 1966

"Die Entstehung des Voelkerbundes, Beitrag zur Kriegsursachenforschung", Buenos-Aires 1967

"Die Grosse Rebellion, Studienreise durch eine Welt am Abgrund", Buenos-Aires 1969.





